



Pascal Fontaine

Herzessache Europa Eine Zeitreise 1953-2009

**Geschichte der Fraktion der Christdemokraten
und der Europäischen Volkspartei
im Europäischen Parlament**

Vorwort von Hans-Gert Pöttering
Einführung von Joseph Daul

Racine

**Herzenssache Europa
Eine Zeitreise**

1953 - 2009

Pascal Fontaine

Herzenssache Europa Eine Zeitreise 1953-2009

Geschichte der Fraktion der Christdemokraten
und der Europäischen Volkspartei
im Europäischen Parlament

Vorwort von Dr. Hans-Gert Pöttering
Einführung von Joseph Daul



Racine

Dieses Buch, veröffentlicht in der französischen Originalfassung unter dem Titel *Voyage au cœur de l'Europe. 1953-2009. Histoire du Groupe Démocrate-Chrétien et du Parti Populaire Européen au Parlement européen*, erscheint gleichzeitig auf Englisch unter dem Titel *Voyage to the Heart of Europe. 1953-2009. A History of the Christian-Democratic Group and the Group of the European People's Party in the European Parliament*.

Übersetzt von Intertext Fremdsprachendienst e. G. unter Leitung von Kathrin Hadelar.
Seitenlayout: MC Compo, Liège
Druk und Bindung: Drukkerij Lannoo, Tiel

Alle Rechte der Wiedergabe, des auszugsweisen Nachdrucks oder der Bearbeitung des vorliegenden Buches durch gleich welches Verfahren für alle Länder vorbehalten.

© Éditions Racine, 2009
52, rue Defacqz • B-1050 Brüssel
www.racine.be

D. 2009, 6852. 40
Gesetzliche Hinterlegung: November 2009
ISBN 978-2-87386-609-9

Gedruckt in Belgien

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort von Dr. Hans-Gert Pöttering	19
Einführung von Joseph Daul	23
Abkürzungen	25
Danksagung	31
Einführung Wozu eine Geschichte der Fraktion?	33
Weitergabe des Vermächtnisses und der Erinnerung	33
Objekt und Subjekt der europäischen Geschichte	34
Die Methode: schriftliche Quellen, Aussagen von Zeitzeugen und Streben nach Transparenz	36
Warum ein Buch mit dem Titel: „Herzessache Europa – Eine Zeitreise“?	37
Die Gliederung des Buches	38
Erster Teil Die Ära der Wegbereiter (1952-1979)	43
I Entwicklungsgeschichte des europäischen Aufbauwerks	45
Entstehung der Christlich-demokratischen Fraktion	45
Der Schuman-Plan vom 9. Mai 1950 und die Gründerväter	47
Die EGKS – erster Erfolg des europäischen Aufbauwerks	49
Die Fraktion – eine Institution in der Institution?	50
Familiengeist und Werte der Christdemokraten	52
Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) – eine Enttäuschung für die Christlich-demokratische Fraktion (1953-1954)	55
Die Wiederbelebung des Europagedankens auf der Konferenz von Messina – Unterzeichnung der Römischen Verträge (1955-1957)	58

II	Der rasante Aufschwung der neuen Europäischen Gemeinschaften	61
	Metamorphose der einheitlichen Parlamentarischen Versammlung (1958): „Von der Puppe zum Schmetterling“	61
	Stärkung der Unabhängigkeit des Parlaments durch die Wahl Robert Schumans zum Präsidenten (März 1958)	63
	„Euratom – eine Frage des politischen Willens“	64
	Christlich-demokratische Fraktion tritt für die beschleunigte Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes ein (1958-1968)	67
	Europa wird populär	70
	Behauptung als gemeinsame Handelsmacht	71
	Die Vollendung der Zollunion (1968-1969)	72
III	Die Verteidigung des Gemeinschaftsmodells (1961-1966)	73
	Der Fouchet-Plan – Missverständnisse und Auseinandersetzungen über eine künftige politische Union (1961-1962)	73
	Die Christlich-demokratische Fraktion gibt sich nicht mit der einfachen zwischenstaatlichen Zusammenarbeit zufrieden	74
	Die „Krise des leeren Stuhls“ und der „Luxemburger Kompromiss“ (Juni 1965-Januar 1966)	77
IV	Die Gemeinsame Agrarpolitik als vordringliches Anliegen der Christdemokraten	83
	Konzipierung der Grundzüge der GAP auf der Konferenz von Stresa (1958)	83
	Dreifacher landwirtschaftspolitischer Marathon (1962-1968)	85
	Der Mansholt-Plan (1968) – Beginn einer grundlegenden Reform der GAP	87
	Die GAP bleibt dennoch das „wesentliche Element der Gemeinschaft, der Kernpunkt ihrer Integration“	90
V	Der lange Weg zur Währungsunion	93
	Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems (1971) leitet Währungskrise in Europa ein	95
	Währungsschlange hält Kursschwankungen in Grenzen	95
	Der Pariser Gipfel: Das Ziel heißt „Währungsunion“ (Oktober 1972)	96
	Die Fraktion begrüßt die Stärkung des Europäischen Währungsfonds	97

1974-1977: Die Überwindung der Durststrecke auf dem Weg zur gunion	98
Die Christdemokraten werden durch die Entstehung des Europäischen Währungssystems (1978) gestärkt	99
VI Die Christlich-demokratische Fraktion spielt im europäischen Parlament die Trumpfkarte des Haushaltsverfahrens aus	101
Gestärkte Haushaltsbefugnisse: die Haushaltsverträge von 1970 und 1975	102
Heinrich Aigner nimmt sich des Rechnungshofs an	104
Das „Notenboom-Verfahren“	104
VII Die erste Erweiterung der Gemeinschaft (1972)	107
Der Neubeginn in Den Haag (1969): Ein frischer Wind weht in Europa – Vollendung, Vertiefung, Erweiterung	107
Das Hin und Her um den britischen Antrag auf Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften	108
Beitritt neuer irischer Abgeordneter zur Christlich-demokratischen Fraktion – Die britischen Abgeordneten hingegen müssen noch warten	112
Weitere Fortschritte auf dem Weg zur politischen Union (1972-1974)	114
VIII Die demokratische Wende in den Staaten Südeuropas (1974-1975)	117
Die Nelkenrevolution in Portugal (April 1974)	118
Der Zypernkonflikt führt zum Zusammenbruch der griechischen Militärdiktatur (Juli 1974)	119
Der Tod von General Franco und der Demokratisierungsprozess in Spanien (November 1975)	120
IX Die Sozialpolitik der Gemeinschaft: ein Politikbereich, in dem die Christdemokraten den Ton angeben (1953-1979)	123
Die ersten Erfolge der EGKS	123
Wirtschaft und Soziales gehen Hand in Hand „wie die Flamme und das Feuer“	124
Konkrete Errungenschaft für die Bürger: die Freizügigkeit der Arbeitnehmer	126
Der soziale Dialog der Christlich-demokratischen Fraktion mit den Unternehmen und Gewerkschaften	129

X	Die Christlich-demokratische Fraktion ist solidarisch mit den von der sowjetunion unterdrückten Völkern	133
	Berlin: „Die Schandmauer“ (1961)	134
	Niederschlagung von Aufständen in Ungarn (Oktober 1956) und in der Tschechoslowakei (August 1968)	135
	Das Gipfeltreffen von Helsinki (1975): Realität oder Illusion einer Ost-West-Entspannung?	136
	Eine kühne Initiative der Fraktion: die europäische Rüstungszusammenarbeit (1978)	139
XI	Ein historisches und moralisches Erbe: die Hilfe für Afrika	141
	Der Beitrag der Christlich-demokratischen Fraktion zu den Abkommen Jaunde I (Juli 1963) und Jaunde II (1969)	142
	Die Konferenz von Lomé: ein Wendepunkt in den wechselseitigen Solidaritätsbeziehungen (Februar 1975)	144
	Die Christlich-demokratische Fraktion und der schwierige Kampf für die Menschenrechte in Afrika: eine kontrastreiche Bilanz	145
XII	Der Alltag in der Christlich-demokratischen Fraktion von 1952 bis 1979	149
	Eine deutsch-italienische Gemeinherrschaft innerhalb der Christlich-demokratischen Fraktion?	149
	Die ersten Vorsitzenden	151
	Ein „Klub“ der Europäer	152
	Europa bereisen und entdecken	154
	Die Geburt eines supranationalen Sekretariats	155
	„Von morgens bis abends wie wahre Mönche im Dienste der Organe!“	159
XIII	Auf dem Weg zu den ersten Europawahlen (Juni 1979)	163
	Geburt der Europäischen Volkspartei	163
	Die Christlich-demokratische Fraktion geht der Sozialdemokratischen Fraktion einen Schritt voraus	166
	Allgemeine unmittelbare Wahlen: die „große Hoffnung“ der Christdemokraten	167
	Der 10. Juni 1979: Tag X für die CD-Fraktion und die EVP	170

Zweiter Teil Die Ära der Erbauer (1979-1994)	175
XIV Struktur der neugewählten Fraktion (Juli 1979)	177
Die eindrucksvolle deutsche Delegation	179
Die italienische Delegation: die zweite „Großdelegation“	182
Bedeutende Persönlichkeiten der belgischen, französischen, niederländischen, irischen und luxemburgischen Delegationen	185
XV Politisches Leben und Organisation der Fraktion in der ersten Wahlperiode (1979-1984)	191
Die Aufgabe von Giampaolo Bettamio: Ausbau des Sekretariats und Bewahrung seines supranationalen Charakters	192
EVP-Fraktion überzeugt griechische Abgeordnete, der Fraktion beizutreten (Dezember 1981)	196
Die Niederlage Egon Klepschs bei den Präsidentschaftswahlen und die Wahl Paolo Barbis zum Fraktionsvorsitzenden (1982)	197
XVI Die „Van-Aerssen-Initiative“ als Beginn der institutionellen Debatte in der EVP-Fraktion (1979-1984)	201
Die Doppelstrategie: „Kleine Schritte“ und ein neuer Vertrag	201
Von der Genscher-Colombo-Initiative (November 1981) zum Entwurf eines Vertrags über die Europäische Union des Europäischen Parlaments (Februar 1984)	203
XVII Auf dem Weg zur vollen Anerkennung des europäischen Parlaments als Zweig der Haushaltsbehörde (1979-1984)	209
Die Ablehnung des Haushaltsplans 1980: Die „erste Nagelprobe“ für das gewählte Parlament	210
Die „Adonnino-Doktrin“ (1981): Der Haushaltsplan ist ein politisches Mittel, nicht nur ein buchhalterisches Dokument	212
Auf dem Weg zur Lösung der Haushaltskrisen (1981-1984)	214
Die Verweigerung der Entlastung für den Haushaltsplan 1982: eine Verwarnung an die Kommission	217

XVIII	Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP): das „Haushaltsfass ohne Boden“	219
	Der Skandal um die Überschüsse	220
	Modernisierung der Landwirtschaft	221
	Die EVP-Fraktion unterstützt die Reformen der Kommission	223
XIX	Der sowjetischen Bedrohung weiter die Stirn bieten	225
	Die Enttäuschungen der Entspannungspolitik	225
	„Weder rot noch tot“ – die Krise um die in Europa stationierten Mittelstreckenraketen (1979-1984)	228
	Für eine gemeinsame Verteidigungspolitik	230
XX	Die neue Welle der EVP-Abgeordneten bei den Wahlen im Juni 1984	235
	Die Wahlen vom 14. und 17. Juni 1984 – Erfolg oder Niederlage?	235
	Egon Klepsch übernimmt erneut und für längere Zeit die Leitung der Fraktion	236
	Die europäische „Krönung“ von Pierre Pflimlin als Präsident des Europäischen Parlaments am 24. Juli 1984	239
	Der Kampf um die Redezeit: „Primadonna“ gegen „Hinterbänkler“	240
	Veränderungen zur Halbzeit der Wahlperiode (Januar 1986 und Januar 1987)	241
	Ein neuer Generalsekretär: Sergio Guccione (Februar 1986)	242
XXI	Auf dem Weg zur Einheitlichen Akte und zum großen Binnenmarkt: „Ziel 1992“	245
	Günstige politische Rahmenbedingungen (Juni-Juli 1984)	245
	Die „Känguru-Gruppe“ bringt Bewegung in den Binnenmarkt	246
	Das Weißbuch der Kommission, Gründungsakte des Binnenmarkts	249
	Der Europäische Rat von Mailand: ein Sieg für die Europäer (Juni 1985)	251
	Die EVP-Fraktion beschließt, das Beste aus der Einheitlichen Europäischen Akte zu machen (Februar 1986)	253
	Das zunehmende Engagement der EVP-Fraktion für das „Ziel 1992“	255
	Der Binnenmarkt: eine positive Gesamtbilanz	257

XXII	Europa der Symbole und Europa der Bürger: vom Adonnino-Ausschuss (1984) zum Vertrag von Maastricht (1992)	261
	Die zwölf Alexandersterne und die Neunte von Beethoven	261
	Aufhebung der Grenzkontrollen	263
	Jugendaustausch	264
	Die europäische Staatsbürgerschaft	265
	Der Europäische Bürgerbeauftragte	267
	Das aktive und passive Wahlrecht bei Kommunalwahlen und bei den Wahlen zum Europäischen Parlament	267
XXIII	Schutz der Menschenrechte und Armutsbekämpfung	271
	Die Schaffung des Sacharow-Preises	271
	Der Ausschuss für die Rechte der Frau	273
	Flüchtlinge wegen der Jugoslawienkrise	276
	Menschenrechte in den Ländern des Sowjetblocks	277
	Latein- und Mittelamerika im Spannungsfeld zweier Totalitarismen	280
	„...Wo Hunger herrscht, kann es keine Freiheit geben“	282
	Erneuerung des Nord-Süd-Dialogs: das zweite Lomé-Abkommen	284
	Lomé III: eine „einzigartige Veranstaltung“	286
	Schwerpunkt des vierten Abkommens von Lomé: Förderung der Demokratie in Afrika	287
XXIV	Die dritte Wahlperiode des gewählten Parlaments: Erweiterung der EVP-Familie (1989-1994)	291
	Der Beitritt der spanischen Partido Popular	292
	Der „eingefrorene“ Beitrittsantrag der britischen Konservativen... (Juli 1989)	293
	... wird schließlich angenommen (April 1992)	296
	Steigender Frauenanteil und zunehmende Verjüngung der EVP-Fraktion	297
	Verstärkung der EVP-Riege durch charakterstarke Frauen und Männer	299
	Eine Überraschung: Der Eintritt von Valéry Giscard d'Estaing (Dezember 1991)	302
	Veränderungen an der Fraktionsspitze: der Vorsitz Leo Tindemans und die Neuzugänge im Sekretariat (Januar 1991-Juli 1994)	302

XXV	Der Fall der Berliner Mauer (November 1989), die deutsche Wiedervereinigung und der Zusammenbruch des Sowjetimperiums (1991)	305
	Eine unvorhersehbare Revolution	305
	Erste Anzeichen eines Wandels in der Sowjetunion	306
	Der Vorstand der EVP-Fraktion besucht Moskau (März 1987)	307
	Der Eiserne Vorhang zeigt erste Risse (Anfang 1989)	309
	Wie reagierte die Fraktion auf den Fall der Berliner Mauer? (Oktober 1989)	310
	Die EVP-Fraktion tritt für eine baldige Wiedervereinigung Deutschlands innerhalb der Europäischen Union ein	312
	Der Zusammenbruch der UdSSR (Dezember 1991)	316
	Der Ostseeraum kehrt auf die europäischen Landkarten und in das Bewusstsein der westlichen Länder zurück	317
XXVI	Der Jugoslawienkonflikt (1990-1995) und seine Folgen	321
	Die Rückkehr des Krieges nach Europa	321
	Auf dem Weg zur Unabhängigkeit der Westlichen Balkanstaaten	323
	Krieg, Massaker und ethnische Säuberungen in Bosnien (1992-1995)	327
	Der Vance-Owen-Plan	328
	Humanitäre und politische Initiativen der EVP-Fraktion	330
	Das Ende des Konflikts in Bosnien-Herzegowina	330
XXVII	Die Rolle der EVP-Fraktion bei der Gestaltung des Vertrags von Maastricht (1992)	333
	Das föderale Europa – Ziel der nationalen und europäischen Abgeordneten bei den „Assisen“ von Rom (November 1990)	333
	Das Bewusstsein vom Zusammenwachsen des europäischen Kontinents und rasches Handeln	334
	Forderungen des EVP-Kongresses in Dublin (15. – 16. November 1990) im Vorfeld der Regierungskonferenzen von 1991	335
	Die „Sechsergruppe der EVP“: politischer Motor der Verhandlungen von Maastricht (1991-1992)	336

XXVIII	Der Vertrag von Maastricht trägt die Handschrift der Christdemokraten	341
	Ein wichtiger Schritt für das europäische Einigungswerk	341
	Das dänische Referendum: schmerzhaftes Absage der Bürger (Juni 1992)	343
	Der Bericht Herman über die Europäische Verfassung (Februar 1994)	345
XXIX	Die Erweiterung um Österreich, Schweden und Finnland	347
	Der Europäische Wirtschaftsraum als Übergangslösung (1992)	347
	Die Last der Neutralität	348
	Keine Erweiterung ohne Vertiefung?	349
	Die EVP-Fraktion stimmt für den Beitritt der drei Länder	352
Dritter Teil	Die Ära der Erneuerer (1994-2009)	353
Einführung	Der Werdegang der EVP-Fraktion von 1994 bis 2009: eine Erfolgsgeschichte	355
XXX	Die EVP-Fraktion unter dem Vorsitz von Wilfried Martens (1994-1999)	359
	Die im Juni 1994 neu in die Fraktion gewählten Mitglieder	359
	Der Parteivorsitzende übernimmt die Fraktionsführung (Juli 1994)	364
	Die tödliche Gefahr einer Konkurrenz von Rechts und die Kohl-Martens-Antwortstrategie	368
	Die „Bungalowgespräche“ vom 24. März 1998 und der Beitritt von Forza Italia zur Fraktion am 9. Juni 1998	371
XXXI	Die EVP-ED-Fraktion unter dem Vorsitz von Hans-Gert Pöttering (1999-2007)	375
	Ein großer Erfolg: Die EVP-ED-Fraktion wird zur stärksten Kraft im Parlament (1999)	375
	Die Wahl Hans-Gert Pötterings zum Fraktionsvorsitzenden (13. Juli 1999)	381

	Die ersten politischen Maßnahmen des neuen Vorsitzenden: die Umbenennung in EVP-ED-Fraktion, die Präsidentschaft des Europäischen Parlaments für die EVP-ED und die heikle österreichische Frage	383
	„To be or not to be“ in der Fraktion? Diese Frage stellen sich die britischen Konservativen erneut	386
	Die neuen Abgeordneten vom Juni 2004 und Januar 2007	389
XXXII	Das Sekretariat der EVP-Fraktion von 1994 bis 2009	397
	Die Leitung des Sekretariats: Gerhard Guckenberger, Mário David, Klaus Welle, Niels Pedersen, Martin Kamp	397
	Erneuerung und Professionalisierung	403
	Babylonisches Sprachgewirr in den Aufzügen und Rollenkoffer	405
	Handwerker für einen Tag oder Erbauer von Kathedralen?	408
XXXIII	Wiedervereinigung des Kontinents: die Union der 15 bis 27 Mitgliedstaaten	411
	Das Tor nach Europa öffnet sich: Die historische Entscheidung von Kopenhagen im Juni 1993	411
	Die Heranführungsstrategie der EVP-Fraktion	414
	Bestätigung der Thesen der EVP durch den Euro- päischen Rat im Dezember 1997	418
	Vorbereitung der Erweiterung durch das Parlament und die Fraktion	421
	Die Wiederentdeckung Europas	422
XXXIV	Die institutionellen Treffen: Amsterdam (1997): ein Teilerfolg, Nizza (2000): ein Desaster	427
	Die unumgängliche Revision gemäß Artikel N des Vertrags von Maastricht	427
	Licht- und Schattenseite des Vertrags von Amsterdam (Oktober 1997)	430
	Die Union erneut vor dem Dilemma: Muss die Vertiefung der Erweiterung geopfert werden?	433
	Das Scheitern von Nizza (Dezember 2000)	435

XXXV	Der Union eine Zukunft geben: von der europäischen Verfassung (Oktober 2004) zum Vertrag von Lissabon (Oktober 2007)	437
	Der Erfolg der Europäischen Verfassung (2002) nach dem Scheitern der Regierungskonferenz in Nizza (Dezember 2000)	437
	Der Einfluss der EVP-ED im Präsidium des Konvents (Februar 2002 – Juni 2003)	442
	Auf dem Weg zum Verfassungsvertrag (Oktober 2004)	445
	Der „Donnerschlag“ der negativen Referenden in Frankreich und den Niederlanden (Mai 2005)	448
	Die Neubelebung geht von Paris aus: der vereinfachte Vertrag von Lissabon vom 13. Dezember 2007	448
	Auch Irland bekundet seine Ablehnung (13. Juni 2008)	450
XXXVI	Stärkung der politischen Kontrolle des Parlaments über die Kommission: die Rolle der EVP-Fraktion in der Geschichte der Kommissionen Santer (1994), Prodi (1999) und Barroso (2004)	453
	Die neuen interinstitutionellen Beziehungen zwischen Parlament und Kommission nach Maastricht (1992)	453
	Die Kommission Santer: Auftakt zur schrittweisen „Parlamentarisierung“ des politischen Systems in Europa (1994-1999)	455
	Die Kommission Prodi: Gelegenheit für die EVP-ED-Fraktion, ihre Forderungen zu stellen (1999-2004)	461
	Breite Unterstützung der Kommission Barroso durch die EVP-ED-Fraktion (2004-2009)	464
XXXVII	Der Binnenmarkt und die Globalisierung	469
	Der „Binnenmarkt“ von 1993: Ein Wachstumsfaktor?	469
	Das Europa „des Wachstums und der Beschäftigung“ nach der Lissabon-Strategie	473
	Drei Erfolge für die Bürger: günstigere Telefentarife, höherwertige Dienstleistungen und verbesserter Umweltschutz	476
	Die Fraktion befürwortet die Ausweitung des Welthandels (die Runden in Seattle, Doha und Cancún)	479

XXXVIII	Der Euro als Schutzschild gegen die Weltweiten währungsturbulenzen (1999-2009)	483
	„Der lange Weg zum Euro“	483
	Der Kampf um die Konvergenzkriterien	489
	Die unabdingbare Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank	491
	Der Euro, ein Erfolg für die EVP	492
	Oktober 2008: Die Eurogruppe und die Stärke der einheitlichen Währung als Antwort der Europäer auf die weltweite Finanzkrise	495
	Eine europäische Wirtschaftsregierung?	496
XXXIX	Die neue internationale Strategie der Fraktion im erweiterten Europa	497
	Die Zukunft der westlichen Balkanstaaten liegt in der Europäischen Union	497
	Die Fraktion unterstützt die demokratischen Kräfte in Belarus, der Ukraine, der Republik Moldau und Georgien	500
	Schwierige Beziehungen zu Russland	506
	Weiterhin offen gegenüber den Völkern im arabischen und im Mittelmeerraum	507
	„Gewissensentscheidung“ Türkei (2004)	509
XL	Freiheit, Sicherheit und Recht in der Europäischen Union	511
	Die Freizügigkeit von Personen nimmt Gestalt an: Der Schengen-Raum (1985-1995)	511
	Freiheit und Sicherheit	513
	Bekämpfung des Drogenhandels	515
	Neuartige Bedrohungen durch den Terrorismus	516
	EUROPOL	519
	Kontrolle der Einwanderungspolitik	523
	Für ein sichereres Europa	526
XLI	Die geistig-religiösen Werte der EVP-ED-Fraktion: Dialog und Toleranz	527
	„Wir bauen eine Union gemeinsamer Werte“	527
	Die Grundrechte	528

Die Werte der EVP in der europäischen Verfassung: Die Debatte um den Hinweis auf das „jüdisch- christliche Erbe“	530
Dialog mit der orthodoxen Kirche	535
Die Fraktion öffnet sich gegenüber der muslimischen Welt	537
Treffen mit dem Dalai Lama	539
Ein zentraler Wert der Fraktion: Toleranz	540
Ikone der EVP-Fraktion: Robert Schuman	542
XLII Die Öffnung der EVP-ED-Fraktion gegenüber der Zivil- gesellschaft und der europäischen Politik	545
Die Fraktion geht auf die Europäer zu	545
Studientage und externe Sitzungen des Fraktions- vorstands	545
Zukunftsweisende Überlegungen innerhalb der Fraktion: von Nostradamus (1996) zum Europäischen Ideen- Netzwerk (2002)	551
Bewahrung einer privilegierten Beziehung zu den nationalen Parlamenten	558
XLIII Die EVP-ED-Fraktion unter dem Vorsitz von Joseph Daul (2007-2009) und der Wahlerfolg im Juni 2009	561
Die Wahl Joseph Dauls und der neue Fraktionsvorsitz (9. Januar 2007)	561
Möglichst effiziente Organisation der parlamentarischen Arbeit	564
Der persönliche Einsatz Joseph Dauls für die Unter- stützung der Schwesterparteien in Mittel- und Osteuropa	570
Der Fraktionsvorsitzende unter dem deutschen Ratsvorsitz (Januar-Juni 2007) und dem französischen Ratsvorsitz (Juli-Dezember 2008)	575
Turbulenzen in Prag: Der heikle tschechische Ratsvorsitz (1. Januar-30. Juni 2009)	580
Die politische Vorbereitung der Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2009	582
Der große Erfolg der EVP-Fraktion am Abend des 7. Juni 2009	588
Joseph Daul übernimmt nach seiner Wiederwahl als Fraktionsvorsitzender am 23. Juni 2009 das Steuer	589

Fazit	Wurzeln, Vermächtnis, Zukunft	595
	Darlegung der Fraktionsgeschichte und Sinngebung	595
	Die Krisen – Zeichen von Veränderung	596
	Überzeugung und Toleranz	597
	Die Lehren aus der britischen Affäre	599
	Die neuen „Gründungsmitglieder“ des wieder- vereinigten Europa	603
	Die Verantwortung der künftigen Generationen	604
	Fünf Voraussetzungen für den künftigen Erfolg der EVP	605
	„Europa ist eine Frage von Krieg und Frieden“	607

Anhänge

Anhang 1	Zeittafel	611
Anhang 2	Liste der Mitglieder der Fraktion der CD, der EVP und der EVP-ED seit 1952	623
Anhang 3	Wahlperioden, Vorsitzende, Generalsekretäre	647
Anhang 4	Preisträger der Robert-Schuman-Medaille	651
Anhang 5	Vertretung der EVP-Fraktion im europäischen Parlament und Verteilung der nationalen Delega- tionen innerhalb der Fraktion	655
Anhang 6	Externe Sitzungen der EVP-Fraktion	671
Anhang 7	Personenregister	679
Anhang 8	Liste der Fraktionsmitarbeiter am 31. Dezember 2008	697
Anhang 9	Liste der am 7. Juni 2009 gewählten Mitglieder	703
Anhang 10	Fußnoten	709

VORWORT

Die Einigung Europas ist das größte Friedenswerk nicht nur in der Geschichte unseres Kontinents, sondern der Welt. Diese historische Betrachtung und Wertung mag vielen übertrieben, unangemessen oder gar pathetisch zumuten, aber sie bleibt wahr.

Die Menschen vergessen zu leicht, welchen langen Weg die Europäer zurückgelegt haben von einem Kontinent der Feindschaft zu einer Europäischen Union, die sich gründet auf gleiche Werte und Prinzipien und in der heute nahezu 500 Millionen Menschen aus 27 Ländern auf der Grundlage der „Einheit in der Vielfalt“ zusammen leben. Nur wenn wir wissen, woher wir kommen, wissen wir, wo wir sind und können entscheiden, wohin wir gehen wollen. Die Bewahrung unseres historischen Gedächtnisses, die Vermittlung des Vergangenen gerade an jüngere Menschen, die die Zukunft gestalten werden, gehört zu dem Notwendigen, damit die Erfahrungen der Vergangenheit eine Grundlage sein können für unseren Weg in die Zukunft.

Die Partner Deutschlands haben nach dem Grauen des Zweiten Weltkriegs den Mut, die Kraft und die Weitsicht gehabt, Deutschland die Hand zu reichen und das Friedenswerk der europäischen Einigung zu beginnen. Robert Schuman, durch Vorbild und Handeln einer der Großen der europäischen Einigung, hat das mit Jean Monnet konzipierte revolutionäre Projekt der „Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)“ in die Tat umgesetzt. Damit begann ein langer, erfolgreicher Weg, auch wenn er immer wieder von Rückschlägen begleitet war. Es gehört zu den historischen Glücksfällen, dass Robert Schuman in Konrad Adenauer, Alcide De Gasperi und anderen gleichgesinnte Freunde fand. Wir können stolz darauf sein, dass es insbesondere Christdemokraten waren, die das Versöhnungs- und Einigungswerk Europas begannen. Dabei wussten alle, und das gilt auch heute: die europäische Einigung fällt nicht wie eine reife Frucht vom Himmel, sondern sie muss immer wieder neu errungen werden. Die kleinen

Schritte sind dabei ebenso bedeutsam wie große Entscheidungen. Wichtig ist und bleibt, dass die Richtung stimmt: nicht das Europa der Regierungen, das intergouvernementale Europa, sondern eine Europäische Union, die der Gemeinschaftsmethode, dem durch starke Institutionen gemeinschaftlich handelnden Europa verpflichtet ist, entspricht unseren Prinzipien. „Nichts ist möglich ohne die Menschen, nichts dauerhaft ohne Institutionen“, so hat es Jean Monnet formuliert.

Eine dieser Institutionen ist das Europäische Parlament. Aus einer ursprünglich „Versammlung“ genannten Institution hervorgegangen, ist es heute machtvoll und einflussreich. Ohne das Europäische Parlament wäre die Europäische Union heute nicht das, was sie ist. Das Europäische Parlament war und ist in vielem Vorreiter, und die Fraktion der Christdemokraten, heute die Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP), steht dabei an der Spitze und hat sich immer als Anwalt eines neuen, handlungsfähigen Europas verstanden, das sich gründet auf Demokratie und Parlamentarismus. Dabei war und ist unsere Fraktion – seit 1999 mit Abstand die größte Fraktion im Europäischen Parlament – erfolgreicher als es selbst der interessierten Öffentlichkeit bekannt ist. Bis zum Ausscheiden der britischen Konservativen aus der Fraktion nach der Europawahl 2009 – ein großer strategischer Fehler – war unsere Fraktion die einzige im Europäischen Parlament mit Abgeordneten aus allen 27 Ländern der Europäischen Union. Vor Abgabe des Fraktionsvorsitzes im Januar 2007 habe ich dem Präsidium unserer Fraktion vorgeschlagen, die Geschichte unserer Fraktion schreiben zu lassen. Das Präsidium ist diesem Vorschlag einstimmig gefolgt. Das Ergebnis liegt jetzt vor. Pascal Fontaine, langjähriger stellvertretender Generalsekretär unserer Fraktion, ist es gelungen, in objektiver, kluger und historisch genauer wissenschaftlicher Arbeit die Geschichte der Christdemokraten im Europäischen Parlament seit ihrem Anbeginn im Jahre 1953 darzustellen. Hierfür möchte ich Pascal Fontaine, ebenso seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, aufrichtig danken! Mein Dank gilt aber auch meinem Nachfolger im Amt des Fraktionsvorsitzenden, meinem Kollegen und Freund Joseph Daul, der dieses Projekt uneingeschränkt unterstützt hat.

Als Mitglied des Europäischen Parlaments seit der ersten Direktwahl im Jahre 1979 habe ich mehr als die Hälfte der Geschichte unserer Fraktion begleiten und mitgestalten dürfen. Mit allen unseren Fraktionsvorsitzenden seit 1979 habe ich freundschaftlich zusammengearbeitet: Egon Klepsch, Paolo Barbi, Leo Tindemans, Wilfried Martens – als dessen Stellvertreter von 1994 bis 1999 – und jetzt Joseph Daul. Besonders dankbar bin ich für die Jahre als Vorsitzender unserer

Fraktion (von Juli 1999 bis Januar 2007) und als Präsident des Europäischen Parlaments (von Januar 2007 bis Juli 2009). Auf diesem Wege wurde ich engagiert unterstützt von den Generalsekretären der Fraktion, Klaus Welle (1999-2004) und Niels Pedersen (2004-2007). Klaus Welle begleitete mich auch während meiner Präsidentschaft als Kabinettschef und ist heute Generalsekretär des Europäischen Parlaments. Es gehört zu den besonders guten Erfahrungen meines politischen Lebens, dass er über viele Jahre an meiner Seite war. In der Beurteilung von politischen und personellen Fragen waren wir fast immer einer Meinung, was ich nicht nur für außergewöhnlich, sondern auch als glücklich empfunden habe.

Die schönste Erfahrung in den vielen Jahren im Europäischen Parlament war für mich, dass die Einheit Deutschlands am 3. Oktober 1990 – anders als in manchen Hauptstädten Europas – vom Europäischen Parlament begrüßt wurde und wir am 1. Mai 2004 ehemals kommunistische Länder – Estland, Lettland, Litauen, Polen, die Tschechische Republik, die Slowakei, Ungarn und Slowenien – in der Europäischen Union willkommen heißen konnten. Die Freiheit hat gesiegt. Dass wir diese Erfahrung in unserer Lebenszeit machen konnten, bleibt für mich das Wunder unserer Zeit. Die Überwindung der Teilung Europas wurde möglich, weil wir im westlichen Teil Europas an unsren Werten festgehalten haben, sie eine Anziehungskraft in der Mitte und im Osten Europas entfalteteten und so die Menschen die Verwirklichung dieser Werte ersehnten und die Freiheit friedlich erkämpften.

Heute sind wir, wie es so schön in der Berliner Erklärung vom 25. März 2007 heißt, „zu unserem Glück vereint“.

Unsere politische und moralische Aufgabe für die Zukunft ist, das Erbe unserer christlich-demokratischen Überzeugungen zu wahren und unseren Werten treu zu bleiben: der Einigung unseres Kontinents auf der Grundlage der Würde des Menschen, der Menschenrechte, der Freiheit, der Demokratie, des Rechts sowie der Prinzipien von Solidarität und Subsidiarität. Wenn wir uns daran orientieren wird die Fraktion der Europäischen Volkspartei auch in Zukunft erfolgreich sein und die Bürgerinnen und Bürger für unsere „Herzessache Europa“ gewinnen.

Dr. Hans-Gert Pöttering

MdEP

Präsident des Europäischen Parlaments (2007-2009)

Vorsitzender der EVP-ED-Fraktion (1999-2007)

EINFÜHRUNG

Das europäische Aufbauwerk, von der Erklärung von Robert Schuman am 9. Mai 1950 bis zum Vertrag von Lissabon, ist ein gewaltiges menschliches Abenteuer. Und auch die Geschichte der EVP-Fraktion gestaltete sich als gewaltiges menschliches Abenteuer.

Ein Abenteuer, das unseren Völkern, den heute wieder vereinten 500 Millionen Europäern, mehr als sechzig Jahre Frieden und relativen Wohlstand bescherte.

Bei diesem europäischen Epos spielte die politische Familie der EVP, der ich voller Stolz angehöre, und deren Fraktion, der seit nunmehr drei Wahlperioden wichtigsten und einflussreichsten Fraktion im Europäischen Parlament, ich derzeit vorsitze, eine erhebliche Rolle.

Die Europäische Volkspartei hat stets an Europa geglaubt, von den Gründungsvätern Europas, von denen ich nur Adenauer, De Gasperi, Monnet, Schuman und Pflimlin nennen möchte und die zu einem großen Teil der EVP angehörten, bis zu den heutigen Akteuren, zu denen Staats- und Regierungschefs und Abgeordnete, aber auch Parteimitglieder zählen. Die EVP hat sich immer für Europa eingesetzt und es zu dem gemacht, was es heute schließlich ist: eine Gemeinschaft von Männern und Frauen, die durch die Werte des Respekts, der Freiheit, der Verantwortung und der Toleranz miteinander verbunden sind.

Die Europäer haben eine lange Geschichte, und sie sind zu einem großen Teil deren Resultat. Dennoch können sie der Globalisierung und ihren – sowohl von Befreiung als auch von Beängstigung geprägten – Folgen nicht entgehen und haben den Wunsch, ihre Ideale und ihre humanistische Gesellschaftsvision mit Stolz, aber ohne Arroganz, an andere weiterzugeben.

Die Geschichte unserer Fraktion ist ein Abbild der Geschichte unseres Kontinents seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Im Laufe dieser Jahre, in denen sich die Welt und Europa so schnell veränderten wie nie zuvor, erlebte auch die EVP Umgestaltungen. Doch hat sie aus

meiner Sicht auch einen Beitrag dazu geleistet, die Welt zum Besseren zu wenden.

Mit diesem Buch, das mich als Elsässer, als Franzose und als Europäer tief berührt hat, verfolgten wir den Anspruch, ein anschauliches, aufrichtiges und treues Bild der Wirklichkeit zu zeichnen.

Es soll die Neugier der Jüngeren befriedigen, für die die europäische Dimension so selbstverständlich ist, dass sie sich zuweilen fragen, warum sich meine Generation und all jene, von deren gemeinsamer Leidenschaft und geteiltem Ehrgeiz in diesem Buch berichtet wird, so sehr darum bemüht haben, die Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen.

Das Buch verfolgt außerdem das Ziel, den heutigen Entscheidungsträgern in Europa in ihrer täglichen schwierigen Arbeit zu Klarheit zu verhelfen und ihnen Mut zu geben, die Herausforderungen der heutigen Welt mit der gleichen Selbstlosigkeit, der gleichen visionären Haltung und dem gleichen politischen Mut zu begegnen wie ihre Vorgänger.

Die Werte, für welche die EVP steht, sind offensichtlich moderner denn je: Davon zeugt das Vertrauen, das die Europäer unserer Idee bei den Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 2009 schenkten.

Ich hoffe, die Leser gewinnen durch die Lektüre dieses Buches den nötigen Abstand, um die aktuellen Entwicklungen vielleicht aus einer gelösteren Perspektive betrachten zu können. Mich selbst ermutigt es, meine politische Tätigkeit im Dienste eines gestärkten Europas, eines Europas der Solidarität und der Vision fortzusetzen.

Joseph Daul

Vorsitzender der EVP-Fraktion

ABKÜRZUNGEN

AASM	Assoziierte afrikanische Staaten und Madagaskar
ABL./ABL. EG	Amtsblatt/Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
AKP	Adalet ve Kalkınma Partisi (Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung der Türkei)
AKP-Staaten	Gruppe der afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten
ALDE-Fraktion	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
Anm. d. Red.	Anmerkung der Redaktion
ASEAN	Verband Südostasiatischer Nationen
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BNH	Berichtigungs- und Nachtragshaushaltsplan
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BSE	Bovine spongiforme Enzephalopathie
BUDG	Haushaltsausschuss
CDA	Christen Democratisch Appèl (Christlich-Demokratischer Appell der Niederlande)
CD-Fraktion	Christlich-demokratische Fraktion
CDH	Centre démocrate humaniste (Christdemokraten im französischsprachigen Teil Belgiens)
CDI	Christlich-Demokratische Internationale
CDS	Centro Democrático e Social (Demokratisches und Soziales Zentrum Portugals)
CDS	Centre des Démocrates Sociaux (Sozialdemokratisches Zentrum Frankreichs)
CDU	Christlich Demokratische Union (Deutschland)
CD&V	Christen-Democratisch en Vlaams (Christlich-Demokratisch und Flämisch)
COMECON (RGW)	Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe
COMETT	Zusammenarbeit von Hochschule und Unternehmen hinsichtlich der Ausbildung auf dem Gebiet der Technologie
CONT	Haushaltskontrollausschuss
COSAC	Konferenz der Ausschüsse für Gemeinschafts- und Europa-Angelegenheiten der Parlamente der Europäischen Union
CSP	Christlich Soziale Partei (deutschsprachige christdemokratische Partei Belgiens)

CSU	Christlich-Soziale Union (Bayern)
CSV	Chrëschtlech Sozial Vollekspartei (Christlich-Soziale Volkspartei Luxemburgs)
CVP	Christelijke Volkspartij (Christliche Volkspartei im belgischen Flandern)
DC	Democrazia Cristiana (Christliche Demokratie Italiens)
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DL	Démocratie Libérale (Liberale Demokratie Frankreichs)
DM	Deutsche Mark
DOK	Dokument
EAG oder Euratom	Europäische Atomgemeinschaft
EAGFL	Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft
ECU	European Currency Unit (Europäische Währungseinheit)
ED-Fraktion	Fraktion europäischer Demokraten
EDU	Europäische Demokratische Union
EEA	Einheitliche Europäische Akte
EEF	Europäischer Entwicklungsfonds
EFTA	Europäische Freihandelsassoziation
EFWZ	Europäischer Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit
EG	Europäische Gemeinschaft
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EIN	European Ideas Network
EJRM	Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien
EMPV	Euromediterrane Parlamentarische Versammlung
EP	Europäisches Parlament
EPV	Europäische Parlamentarische Versammlung
EPG	Europäische Politische Gemeinschaft
EPU	Europäische Politische Union
ESZB	Europäisches System der Zentralbanken
ETA	Euskadi Ta Askatasuna (Baskenland und Freiheit)
EU	Europäische Union
EUCD	Europäische Union Christlicher Demokraten
EUJCD	Europäische Union Junger Christdemokraten
Eurodac	System für den Vergleich der Fingerabdrücke von Asylbewerbern und illegalen Einwanderern
Eurojust	Einheit für justizielle Zusammenarbeit der Europäischen Union
Europol	Europäisches Polizeiamt
EuSF	Europäischer Solidaritätsfonds
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
EVP	Europäische Volkspartei
EVP-ED-Fraktion	Fraktion der Europäischen Volkspartei und europäischer Demokraten
EVP-Fraktion	Fraktion der Europäischen Volkspartei
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWI	Europäisches Währungsinstitut
EWK	Europäischer Wirtschaftsraum

EWS	Europäisches Währungssystem
EZB	Europäische Zentralbank
FAES	Fundación para el Análisis y los Estudios Sociales (Spanische Stiftung für Analyse und soziale Studien)
FAO	Food and Agriculture Organisation (Ernährungs- und Landwirtschafts-Organisation der Vereinten Nationen)
FDP	Freie Demokratische Partei (Deutschland)
Fed	Federal Reserve System (US-Zentralbank)
FIDESZ	Fiatal Demokraták Szövetsége (Ungarischer Bund Junger Demokraten)
FNSEA	Fédération Nationale des Syndicats d'Exploitants Agricoles (Französischer Bauernverband)
FORCE	Aktionsprogramm zur Förderung der beruflichen Weiterbildung in der Europäischen Gemeinschaft
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
GAP	Gemeinsame Agrarpolitik
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen)
GAZ	Gemeinsamer Außenzoll
GD	Generaldirektion
GERB	Grazhdani za Evropeysko Razvitie na Balgariya (Bürger für eine europäische Entwicklung Bulgariens)
GMO	Gemeinsame Marktorganisation
Infodoc	Informationsdokument für die Mitglieder und Mitarbeiter der EVP-ED-Fraktion
IRA	Irish Republican Army (Irisch-Republikanische Armee)
KD	Kristdemokraterna (schwedische Christdemokraten)
KDH	Kresťanskodemokratické hnutie (Christlich-demokratische Bewegung der Slowakei)
KDNP	Kereszténydemokrata Néppárt (Christlich-Demokratische Volkspartei Ungarns)
KDU-CSL	Křesťanská a demokratická unie – Československá strana lidová (Christliche und Demokratische Union – Tschechoslowakische Volkspartei)
KDS	Kristdemokratiska Samhällspartiet (Christdemokratische Gesellschaftspartei Schwedens)
KGB	Komitet Gossudarstwennoi Besopasnosti (Komitee für Staatssicherheit)
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
LICRA	Internationale Liga gegen Rassismus und Antisemitismus
MDF	Magyar Demokrata Fórum (Ungarisches Demokratisches Forum)
MOEL	Mittel- und Osteuropäische Länder
MRP	Mouvement Républicain Populaire (Republikanische Volksbewegung Frankreichs)
MwST	Mehrwertsteuer
NATO	Nordatlantikpakt-Organisation

NOA	Nicht obligatorische Ausgaben
NSi	Nova Slovenija – Krščanska ljudska stranka (Neues Slowenien – Christliche Volkspartei)
OA	Obligatorische Ausgaben
ODS	Obcanská Demokratická Strana (Demokratische Bürgerpartei Tschechiens)
OEEC	Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit
OLAF	Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung
ÖVP	Österreichische Volkspartei
PASOK	Panellinio Sosialistiko Kinima (Gesamtgriechische Sozialistische Bewegung)
PASD-Fraktion	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament
PDL	Popolo della libertà (Volk der Freiheit in Italien)
PDL	Partidul democrat-liberal (rumänische Demokratisch-Liberale Partei)
PETRA	Aktionsprogramm für die Berufsbildung Jugendlicher und zur Vorbereitung der Jugendlichen auf das Erwachsenen- und Erwerbsleben
PHARE	Poland and Hungary Aid for the Reconstruction of the Economies (Programm für die Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Reformprozesse und die Entwicklung der Marktwirtschaft in Mittel- und Osteuropa)
PN	Partit Nazzjonalista (Nationalist Party in Malta)
PNV	Partido Nacionalista Vasco (Baskische Nationale Partei)
PO	Platforma obywatelska (Polnische Bürgerplattform)
PP	Partido Popular (Spanische Volkspartei)
PPI	Partito Popolare Italiano (Italienische Volkspartei)
PSC	Christlich-soziale Partei Walloniens
PSD	Partido Social Democrata (Sozialdemokratische Partei Portugals)
PSE-Fraktion	Sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament
PSL	Polskie stronnictwo ludowe (Polnische Volkspartei)
RDE-Fraktion	Fraktion der Sammlungsbewegung der Europäischen Demokraten
RE	Rechnungseinheit
REACH	Rechtsrahmen für den Umgang mit chemischen Stoffen
RK	Regierungskonferenz
RPR	Französische Sammlungsbewegung für die Republik
SALT	Strategic Arms Limitation Talks (Gespräche zur Begrenzung strategischer Rüstung)
SAP	Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess
SDI	Initiative zur strategischen Verteidigung
SDKU-DS	Slovenská demokratická a kresťanská únia – Demokratická strana (Slowakische Demokratische und Christliche Union – Demokratische Partei)
SDS	Slovenska demokratska stranka (Slowenische Demokratische Partei)
SIS	Schengen-Informationssystem

SMK-MKP	Strana mad'arskej koalície – Magyar Koalíció Pártja (Partei der ungarischen Koalition)
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPS	Sojus Prawych Sil (Russische Union der Rechten Kräfte)
STABEX	System zur Stabilisierung der Ausfuhrerlöse
SVP	Südtiroler Volkspartei
Sysmin	System of Stabilization of Export Earnings from Mining Products (System zur Stabilisierung der mineralischen Exporterlöse)
TEMPUS	Europaweites Mobilitätsprogramm für den Hochschulbereich
TREVI-Gruppe	Zusammenschluss der Innenminister zur Bekämpfung von Terrorismus, Radikalismus, Extremismus und Gewalt auf internationaler Ebene
UÇK	Ushtria Çlirimtare e Kosovës (Befreiungsarmee des Kosovo)
UCLAF	Taskforce „Koordinierung der Maßnahmen zur Betrugsbekämpfung“
UDC	Unione dei democratici cristiani e democratici di centro (Italienische Union der Christdemokraten und Zentrumsdemokraten)
UDC	Unió Democràtica de Catalunya (Demokratische Union Kataloniens)
UDF	Union pour la Démocratie Française (Union für die französische Demokratie)
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UDMR	Uniunea democrată maghiară din România (Demokratische Union der Ungarn in Rumänien)
UEN-Fraktion	Fraktion Union für ein Europa der Nationen
UMFDC	Union mondiale des femmes Démocrates-Chrétiennes (Weltunion christdemokratischer Frauen)
UMP	Union pour un Mouvement Populaire (Französische Volksbewegungsunion)
UNO	Organisation der Vereinten Nationen
UNPROFOR	Schutztruppe der Vereinten Nationen
UNR	Union pour la Nouvelle République (französische Union für die Neue Republik)
UPE-Fraktion	Fraktion Union für Europa
WAB	Währungsausgleichsbeträge
WEU	Westeuropäische Union
WTO	Welthandelsorganisation
WWU	Wirtschafts- und Währungsunion

DANKSAGUNG

Mein Dank gilt Präsident Hans-Gert Pöttering, der mir mit dem Auftrag für dieses Buch sein volles Vertrauen geschenkt und der ebenfalls ein Vorwort verfasst hat, sowie dem Fraktionsvorsitzenden Joseph Daul, der grünes Licht für die Veröffentlichung erteilt und eine Einführung geschrieben hat.

Niels Pedersen und Martin Kamp verdienen meine Anerkennung, da sie mir in den Jahren 2006 bis 2009 als Generalsekretäre der Fraktion ihre uneingeschränkte Unterstützung gewährt haben.

Ferner möchte ich allen Freunden, Kollegen, freien Mitarbeitern und Praktikanten danken, die mich auf dieser langen und umfassenden europäischen Zeitreise begleitet und unterstützt haben, darunter insbesondere Sandrine Dauchelle, Emma Petroni, Pascaline Raffegeau und Baptiste Thollon.

Das vorliegende Buch enthält Berichte und Beobachtungen und erhebt nicht den Anspruch, eine offizielle Geschichte der Fraktion zu sein. Die Anmerkungen zu den Begebenheiten, die Daten und die Zitate, die Auswahl und Gewichtung der Ereignisse einschließlich ihrer chronologischen Abfolge sowie die Porträts von Persönlichkeiten geben ausschließlich die Meinung des Verfassers wieder, der sich um größtmögliche Objektivität und den gebotenen historischen Abstand bemüht hat. Der Verfasser weist darauf hin, dass ihm seine Auftraggeber weitgehende inhaltliche Freiheiten eingeräumt haben.

Einführung

WOZU EINE GESCHICHTE DER FRAKTION?

Das europäische Aufbauwerk, mit dem nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs im Jahr 1945 begonnen wurde, ist bereits Teil der Geschichte, doch zu welchem Ergebnis dieses Abenteuer letztlich führen wird, kann im Jahr 2009 noch niemand erahnen. Die Historiker wissen, dass der Verlauf der Ereignisse die menschliche Vorstellungskraft oft übersteigt. „Der Lauf der Geschichte verbirgt sich hinter einer Maske“, sagte Raymond Aron.

Wer von den Überlebenden der Gräueltaten und der auf beiden Seiten des Rheins sowie auf dem gesamten Kontinent erlittenen Leiden hätte 1945 zu hoffen gewagt, dass die von Robert Schuman und Konrad Adenauer eingeleitete deutsch-französische Aussöhnung ab 1950 für die dauerhaft von der Geißel des Krieges befreiten Völker das Fundament einer neuen Bestimmung sein würde?

Weitergabe des Vermächtnisses und der Erinnerung

Wer in Westeuropa und im Ostblock hätte 1988 ahnen können, dass die Berliner Mauer im November 1989 fallen würde und den Zusammenbruch des Sowjetreiches nach sich zöge, des autoritärsten und verknöchertsten Regimes, das Mittel- und Osteuropa jemals erlebt hat?

Der Entschluss, eine „Geschichte der Fraktion“ zu veröffentlichen, resultiert auch aus der von Wissenschaftlern und Politikern gleichermaßen getroffenen Feststellung, dass das Europäische Parlament ein Organ der Europäischen Union ist, das innerhalb von sechs Jahrzehnten eine große moralische Autorität erworben und beträchtlichen Einfluss auf die Entscheidungen, die in der Gemeinschaftspolitik getroffen werden, erlangt hat. 1951 als einfache Beratende Versammlung einer auf den Gemeinsamen Markt für Kohle und Stahl spezialisierten Gemeinschaft eingerichtet, wurde das Europäische Parlament 2009 als Vertreter der Völker von 27 europäischen Ländern mit 500 Millionen

Bürgern zum siebten Mal in allgemeinen unmittelbaren Wahlen gewählt.

Schrittweise, von Vertrag zu Vertrag, hat das Parlament gesetzgebende Befugnisse erworben, die es zu einem ernst zu nehmenden Gesprächspartner der Mitgliedstaaten machen, zumal es den Alltag der Bürger immer direkter beeinflusst.

Die politische Triebkraft des Parlaments speist sich übrigens aus der Vitalität seiner Fraktionen. Diese haben sich seit der Einrichtung des Europäischen Parlaments im Rahmen des Gründungsvertrags auf das in den internationalen Beziehungen revolutionäre Experiment eingelassen, ihre Mitglieder nicht innerhalb nationaler Delegationen, sondern in länderübergreifenden politischen Familien antreten zu lassen.

Am 23. Juni 1953 fassten die Christdemokraten der sechs Gründungsländer – Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien, Luxemburg und Niederlande – formal den Beschluss, es den beiden anderen politischen Familien jener Zeit, den Sozialdemokraten und den Liberalen, gleichzutun und die Bänke miteinander zu teilen.

Es ist also an der Zeit, dass unsere Fraktion, die im Laufe der Jahre vielfältiger und stärker geworden ist, die unverzichtbare Erinnerungsarbeit leistet, die die Identität stärkt und dem Handeln in der Gegenwart noch mehr Sinn verleiht.

Objekt und Subjekt der europäischen Geschichte

Seit ihrer Gründung hat die Christlich-demokratische Fraktion, die 1979 in Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und 1999 in Fraktion der Europäischen Volkspartei und europäischer Demokraten (EVP-ED) umbenannt wurde und seit Juni 2009 Fraktion der Europäischen Volkspartei heißt, stetigen Einfluss auf das Leben und die Entwicklung des Europäischen Parlaments und über dieses Organ auf den europäischen Integrationsprozess genommen.

Die EVP-ED-Fraktion des Europäischen Parlaments ist somit zu einem historischen „Objekt“ geworden, ein Akteur, dessen Bilanz und wichtigste Lehren für Forscher und für Bürger gleichermaßen von Belang sind. Dieses „historische Objekt“ ist vielfältig und komplex zugleich.

„Wer“ war die Christlich-demokratische Fraktion? Erstens ein Organ, dem der Platz, die Macht und die politische Autorität innerhalb der Institution, also im Europäischen Parlament, allmählich zugewachsen sind. Zweitens ein Akteur mit einer immer wichtigeren Rolle im europäischen Aufbauwerk und mit unmittelbarem Einfluss auf die politischen Entscheidungsträger, die Staats- und Regierungschefs. Im Laufe

der Zeit standen der Fraktion immer substanziellere Mittel zur Verfügung, zudem hatte sie sich dezidiert eine europäische Strategie gegeben, um dieses Ergebnis zu erreichen. Drittens aber, und damit wird der wichtigste Punkt angesprochen, bot die Fraktion die Struktur, die es Männern und Frauen ermöglicht hat, gemeinsam im Dienste einer bestimmten Vorstellung vom europäischen Einigungswerk sowie gemeinsamer Werte tätig zu werden. Ihre Vertreter stammten aus einem breiten Spektrum wirtschaftlicher und sozialer Kreise und politischer Richtungen und waren sehr unterschiedlicher kultureller und regionaler Herkunft.

Ganz unterschiedliche Persönlichkeiten haben den Weg der Fraktion gekreuzt und ihre Spuren hinterlassen – manche stärker als andere. Es gab Abgeordnete, die wie „Sternschnuppen“ nur zwei Monate – manchmal auch weniger – am Himmel der Fraktion gefunktelt haben, solange sie als Spitzenkandidaten ihrer Partei bei den Europawahlen formal einen Sitz innehatten, bis sie von den Turbulenzen sowie den Höhen und Tiefen der nationalen Politik eingeholt wurden. Andere hingegen entschieden sich für eine längerfristige Laufbahn beim Europäischen Parlament, wollten dort schrittweise die Schalthebel besetzen und sich den strategisch wichtigsten Themen mit der erforderlichen Kompetenz widmen. Karl von Wogau, Hans-Gert Pöttering und Ingo Friedrich sind die einzigen Abgeordneten der Fraktion und – von den wenigen Ausnahmen abgesehen – des gesamten Parlaments, die von 1979 bis 2009 ohne Unterbrechung ihr Mandat ausgeübt haben.

Daher kann die Fraktion als „Subjekt“ der Geschichte auch nicht als ein homogenes Gebilde oder Bündelung wie von selbst zusammenlaufender Willensbekundungen bezeichnet werden. Vielmehr machen die Vielfalt und die teilweise bestehende Heterogenität der Menschen mit unterschiedlichen nationalen Kulturen, parlamentarischen Traditionen und Arbeitsmethoden im Hintergrund letztendlich das eigentliche Wesen unserer Fraktion aus. Als Versuchslabor einer komplexen post-modernen Welt, in der die Interessen durch „Soft-Power“ langfristig und auf dem Verhandlungsweg verfolgt werden können, ist die EVP-Fraktion neben anderen ein Prototyp dieser Kategorie kollektiver Akteure, die die Welt von heute gestalten.

Von 1952 bis 2009 werden 1061 Europaabgeordnete einen Sitz in der Fraktion innegehabt haben.^a Außerhalb der üblichen Arbeitsorte Straßburg, Brüssel und Luxemburg wird die Fraktion mehr als 200 Mal

a Exakt von 1952 bis Januar 2009.

Anmerkung des Verfassers: Die Fußnoten am Ende der Seite sind *Erläuterungen* und mit römischen Ziffern nummeriert; die Endnoten am Ende des Buches sind *Bezugnahmen* und mit arabischen Ziffern nummeriert (Anhang 10).

zusammengekommen sein. Von Andalusien bis Lappland, von Berlin über Riga bis Malta^a wird sie der Handlungsreisende der Christdemokratie, der Gemäßigten und der Konservativen in Europa gewesen sein und die zu ihrer Familie gehörenden Regierungen und Parteien unterstützt haben. Sie wird insbesondere die Koalitionen, die den Zusammenhalt der rechten Mitte gewährleisten, unterstützen und die Demokratie auf dem Kontinent stabilisiert haben.

In der Entscheidung, sich mit der Vergangenheit zu befassen, kommt auch die Überzeugung zum Ausdruck, dass die Zukunft des europäischen Aufbauwerks, das sich in einem ständigen Prozess der Weiterentwicklung befindet und dessen endgültige Ausgestaltung somit nicht vorhersehbar ist, auf die bisherigen Erfahrungen stützen muss. Aus der Kenntnis der Vergangenheit lassen sich stets wertvolle Lehren für das weitere politische Handeln ziehen. All diejenigen, die seit 1953 als Abgeordnete und Beamte am Leben der Fraktion beteiligt waren, haben sie Schritt für Schritt zu dem gemacht, was sie heute ist. All diejenigen, die 2009 als Abgeordnete der von der EVP-Fraktion vertretenen politischen Kräfte ein Mandat von den Völkern Europas erhalten haben, profitieren somit vom Erbe ihrer Vorgänger und müssen es ihrerseits annehmen und mehren.

Die Methode: schriftliche Quellen, Aussagen von Zeitzeugen und Streben nach Transparenz

Die Geschichte der Fraktion, die sich über mehr als ein halbes Jahrhundert erstreckt, basiert im Wesentlichen auf den folgenden drei Quellen:

- Zu nennen sind vor allem die schriftlichen Quellen: unveröffentlichte Protokolle der Sitzungen der Organe der Fraktion, Protokolle der Kolloquien und Studientage, Memoiren und interne Schriftstücke, Berichte über Aussprachen und Abstimmungen im Europäischen Parlament.
- An zweiter Stelle stehen die mündlichen Aussagen von Zeitzeugen in Form von Interviews der ehemaligen Fraktionsvorsitzenden und Generalsekretäre. Wären weitere Führungspersonlichkeiten der Fraktion einbezogen worden, wären sicher viele weitere interessante Standpunkte zutage getreten, doch hätten Kriterien für die Auswahl der Persönlichkeiten aufgestellt werden müssen, und das Vorhaben wäre schnell an seine methodischen Grenzen gestoßen.

a Die CD-Fraktion, dann EVP und schließlich EVP-ED, hat in allen Ländern der EU-27 (ausgenommen Litauen) sowie in Kroatien, Bosnien und in der Türkei getagt.

- Drittens bilden die vom Autor seit 1979 innerhalb des Organs gesammelten Erfahrungen eine hinreichende Informationsquelle für den Versuch, den Alltag der Abgeordneten und Beamten, die unermüdlich zwischen ihrer Herkunftsregion, der Hauptstadt ihres Landes sowie Brüssel und Straßburg unterwegs waren, ebenso nachzuzeichnen wie die Kultur der Fraktion, ihre Verfahrensweisen, ihre Traditionen, ihre Quellen, ja sogar ihre Rituale, aber auch die Erwartungen, den Stolz und die Enttäuschungen der Männer und Frauen, die sich in ihr engagieren und dadurch, wenn schon nicht einer Familie, so doch zumindest einem Stamm angehören, der eigenen Gesetzen und Tabus unterworfen ist.

Will ein „Insider“ Zeugnis ablegen, muss er sich sowohl um Loyalität als auch um Objektivität bemühen. Naturgemäß ist es unmöglich, dem zweiten Kriterium in seiner Absolutheit gerecht zu werden, sodass das Wesentliche darin bestand, sich der Sache zu nähern und dabei so oft wie nur möglich den Standpunkt eines Beobachters einzunehmen.

Warum ein Buch mit dem Titel: „Herzessache Europa – Eine Zeitreise“?

Zunächst lädt das Buch zu einer Zeitreise durch fast sechs Jahrzehnte europäischer Geschichte ein.

Es lädt aber auch zu einer Reise ins „Herz“ eines Organs ein, bei der dessen Mechanismen, Verantwortungsbereiche und Gewohnheiten studiert werden. Diese Selbstbeobachtung kann als Beitrag zu den Bemühungen um Transparenz angesehen werden, die alle Akteure des institutionellen politischen Lebens der Union unternehmen müssen, um ein möglichst hohes Maß an Vertrauen zwischen den europäischen Völkern und ihren Mandatsträgern herzustellen bzw. wiederherzustellen.

Und schließlich hat sich die EVP-Fraktion seit ihrem Bestehen in der Mitte des Parlaments positioniert, auch wenn sie seit einem Jahrzehnt aus strategischen Gründen, auf die noch ausführlich eingegangen werden wird, tendenziell über ihren rechten Flügel an Stärke gewinnt. Bleibt noch die feste Verwurzelung der EVP in den gemäßigten und volksnahen Mittelschichten zu erwähnen, die das Herz unserer Gesellschaften bilden. Sie hat stets diese zentrale Stellung im Parlament eingenommen, und zwar nicht nur was die politische Positionierung angeht, sondern auch die Übernahme von Verantwortung. So hat die Fraktion in den sechs Wahlperioden zwischen 1979 und 2009 fünf

der zwölf Parlamentspräsidenten gestellt^a, gegenüber vier Präsidenten der Fraktion der Sozialdemokraten, zwei der Fraktion der Liberalen und einem der Konservativen Fraktion. Mit der Wahl von Jerzy Buzek am 14. Juli 2009 hat die EVP erneut die Präsidentschaft des Parlaments übernommen, in diesem Fall für den Zeitraum Juli 2009 bis Januar 2012.

Im August 1988 beschloss die Fraktion, sich ein Logo und den Slogan „Herz Europas“ zu geben. Im Januar 2009 vervollständigte die inzwischen in EVP-ED-Fraktion umbenannte Fraktion ihr „Markenimage“ und gab sich das Label „The EPP-ED Group: Europe’s driving force“.

Es gibt jedoch nicht nur Originalschriften, Gesetze, Vorschriften und Slogans, sondern auch Männer und Frauen mit ihrem Engagement, ihrer Energie und ihren Leidenschaften. Die Sinnbilder sind da, die jeder nach eigenem Belieben auslegen kann.

Die Gliederung des Buches

Gegenstand des Buches ist die Darstellung von annähernd sechzig Jahren Geschichte, an der drei Generationen von Europaabgeordneten mitgewirkt haben.

– Abgeordnete, die vor dem Ersten Weltkrieg geboren wurden und die dramatischen Geschehnisse im Zusammenhang mit der Eskalation der Gewalt und dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs persönlich miterlebt haben. Zu dieser Generation gehörten die Gründungsväter und die meisten Mitglieder der Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS). Ihre vorrangigen Beweggründe waren das Streben nach Frieden und der Wiederaufbau des Kontinents auf gesunder wirtschaftlicher Grundlage.

Dies ist **die Ära der Wegbereiter: 1952/1979 (Teil I)**.

– Abgeordnete, die kurz vor oder während des Zweiten Weltkriegs geboren wurden und unmittelbare familiäre Erinnerungen hatten, die so stark waren, dass sie sich vom Aufbau eines zu Aussöhnung und wirtschaftlichem Wohlstand beitragenden Europas persönlich angesprochen fühlten. Sie haben den Erfolg der Römischen Verträge und später der Einheitlichen Europäischen Akte möglich gemacht und wollten ein konkretes Europa schaffen, das der Volkswirtschaft des Kontinents die Möglichkeit bietet, sich zu modernisieren und die

a Pierre Pflimlin, Egon Klepsch, José María Gil-Robles Gil-Delgado, Nicole Fontaine, Hans-Gert Pöttering, Lord Plumb war Präsident des Parlaments bevor sich die Konservative Fraktion der EVP-Fraktion anschloss.

Dimension eines Binnenmarktes zu erlangen. Diese Generation entwickelte die Idee, gemeinsame politische Maßnahmen auch zur Förderung der sozialen Solidarität und des regionalen Zusammenhalts zu ergreifen. Sie strebte nach allgemeinen unmittelbaren Wahlen zum Europäischen Parlament, um die Dynamik der parlamentarischen Befugnisse gegenüber dem Rat und der Kommission in Gang zu setzen, für das Europäische Parlament neue Zuständigkeiten innerhalb des institutionellen Systems der Gemeinschaft durchzusetzen und über den Vertrag von Maastricht am großen Projekt einer Währungsunion und des Euro mitzuwirken.

Dies ist **die Ära der Erbauer: 1979/1994 (Teil II)**.

– Die dritte Generation, die nach dem Krieg geboren wurde, betrachtet die Europäische Union als den natürlichen Rahmen ihrer politischen Tätigkeit. Diese Abgeordneten haben den Wunsch der Öffentlichkeit der Mitgliedstaaten, besser in die Herausforderungen des europäischen Aufbauwerks eingebunden zu werden, vernommen. Mehr Transparenz, mehr Bürgernähe, mehr Kontrolle über die Kommission, weniger anonyme Bürokratie sind zu vorrangigen Zielen geworden. Gleichzeitig hat diese Generation das Erwachen des anderen Europas miterlebt und begleitet, jenes Europas, das den Worten von Milan Kundera¹ zufolge bis zur Wiedergeburt der Demokratie 1989/1990 von Stalin „gekidnappt“ worden war. Die Europäische Union für die Anforderungen einer Wiedervereinigung des Kontinents zu rüsten, wurde zur Priorität der Mitglieder der EVP-Fraktion. So musste vor allem versucht werden, die Ungerechtigkeiten der Geschichte zu bereinigen.

Die Erweiterung der Union von 12 auf 27 Mitglieder musste mit einer institutionellen Reform einhergehen. Wie kann man für die Erweiterung eintreten, ohne eine Verwässerung in Kauf zu nehmen? So stellte sich das Problem, das die Fraktion dadurch zu lösen beabsichtigte, dass sie bis zur Ablehnung in zwei Referenden im Jahr 2005 den Entwurf der europäischen Verfassung mehrheitlich unterstützte. Der schließlich angenommene Vertrag von Lissabon wird sich als eine – zwar weniger spektakuläre, jedoch zweifellos genauso wirksame – Alternative erweisen, um das Europäische Parlament, das 2009 zum siebten Mal gewählt wurde, mit weiteren Befugnissen und insbesondere dem gesetzgebenden Mitentscheidungsrecht auszustatten.

Die EVP-Fraktion hat sich an den politischen Paradigmenwechsel, zu dem es zu Beginn des 21. Jahrhunderts kam, angepasst. Und um den Wandlungen in der Wählerschaft Rechnung zu tragen, passten die christdemokratischen Nachkriegsparteien ihre Doktrin und ihre Ziele Stück um Stück diesen Gegebenheiten an. Unter Bekräftigung ihres

Bekenntnisses zu den humanistischen und individuellen Werten haben sie sich gegenüber gemäßigten konservativen politischen Gruppierungen aus Skandinavien und Mittel- und Osteuropa geöffnet, blieben aber bei der Auffassung, dass zur Ankurbelung der Wirtschaft besonderer Wert auf Effizienz und individuelle Verantwortung zu legen ist. Die EVP-Fraktion ist schließlich Teil der großen Familie der Mitte und des rechten Lagers geworden, die in Europa die Mehrheit bildet. Um sich das Bündnis mit den britischen Konservativen zu sichern, die nicht alle Europa zugewandten Vorstellungen teilen, wurde aus der EVP-Fraktion 1999 die EVP-ED-Fraktion.^a

Dank dieser Strategie der Öffnung und Einbeziehung konnte die EVP-ED-Fraktion ihren ersten Platz seit 1999 im Europäischen Parlament festigen.

Dies ist **die Ära der Erneuerer: 1994/2009 (Teil III)**.

Die Wahlen vom 4. und 7. Juni 2009 haben der Fraktion einen spektakulären Ausbau ihrer Position beschert. Trotz des angekündigten Ausscheidens der britischen Konservativen und der Vertreter der tschechischen ODS, die bislang den Flügel der europäischen Demokraten („ED“) in der Fraktion bildeten, kommt diese auf 265 Mitglieder und damit auf 36 % der Mandate, d. h. einen Anteil, der in etwa dem der Fraktion im vorherigen Parlament entspricht. Die Bezeichnung der Fraktion, die ihren Vorsprung gegenüber der Sozialdemokratischen Partei weiter ausbauen konnte, lautet nun wieder „Fraktion der Europäischen Volkspartei“. Wir sind daher der Ansicht, dass die Fraktion der Europäischen Volkspartei im Ergebnis der Wahlen von 2009 die Trumpfkarten für das europäische Spiel im Zeitraum 2009-2014 in den Händen hält.

Diesen drei Generationen von Europäern der CD/EVP-ED-EVP-Fraktion entsprechen somit drei große historische Perioden. Bereits jetzt zeichnet sich die Nachfolge der vierten Generation von Parlamentariern in der Fraktion ab, die im Zeitalter des Internet, der Globalisierung, des Postkommunismus und des Dschihad-Terrorismus herangewachsen sein wird.

Ein durch Kultur- und Erfahrungsunterschiede bedingter Riss wird noch einige Jahre all diejenigen voneinander unterscheiden, die auf

a Im Februar 2009 gehörten der EVP-ED-Fraktion 288 Abgeordnete an, während bei einer Gesamtzahl der Parlamentsabgeordneten von 785 die Sozialdemokratische Fraktion 217 Mitglieder zählte. Die Anzahl der für die Fraktion tätigen Beamten aller Laufbahngruppen belief sich zu diesem Zeitpunkt ebenfalls auf 288 Personen. Die sieben Fraktionen des Parlaments beschäftigen 809 Personen. In der Verwaltung des Europäischen Parlaments sind 5 100 Beamte tätig.

der jeweils anderen Seite des Eisernen Vorhangs herangewachsen sind und dadurch geprägt wurden. Die einen werden physisch den Kontakt zu den familiären Erinnerungen an die Gräueltaten des Faschismus und des Zweiten Weltkriegs verloren haben. Die anderen werden den Opfern und Zeitzeugen des Kommunismus und der Diktatur noch nah sein und die Forderung nach Freiheit und nationaler Identität wie ihren Augapfel hüten. Die Fusion dieser beiden kollektiven Erinnerungen wird sich letztendlich zum Vorteil eines neuen und notwendigen ehrgeizigen Ziels vollziehen, nämlich eines Europas, das bereit ist, die noch unbekannteren Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu meistern.

Erster Teil

DIE ÄRA DER WEGBEREITER
(1952-1979)

Kapitel I

ENTWICKLUNGSGESCHICHTE DES EUROPÄISCHEN AUFBAUWERKS

Entstehung der Christlich-demokratischen Fraktion

Am Freitag, dem 16. Juni 1953, um 9.00 Uhr, sind im Raum 054 des Europahauses in Straßburg zwölf christdemokratische Abgeordnete, Mitglieder der nationalen Parlamente Frankreichs, Italiens, Deutschlands, der Niederlande, Belgiens und Luxemburgs versammelt, um das erste offizielle Treffen der Christlich-demokratischen Fraktion der Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) abzuhalten. Der Präsident, Dr. Emmanuel Sassen, begrüßt die Teilnehmer, unter ihnen Margaretha Klompé, Alfred Bertrand, Antonio Boggiانو-Pico, Eugen Gerstenmaier, Hermann Kopf, Nicolas Margue, Georg Pelster, Willem Rip, Armando Sabatini, Italo Mario Sacco, Franz Josef Strauß und Pierre Wigny. Bereits nach der Eröffnungstagung der Versammlung am 10. September 1952 hatten Treffen stattgefunden, doch waren noch keine förmlichen Beschlüsse gefasst worden. Im EGKS-Vertrag war die Bildung von Fraktionen nicht vorgesehen. In den Artikeln 20 bis 25 hieß es lediglich, dass jährlich von den nationalen Parlamenten „Vertreter der Völker der in der Gemeinschaft zusammengeschlossenen Staaten“ zu benennen seien.

Die Anzahl der Parlamentarier spiegelt die Bevölkerungszahl der einzelnen Länder wider, wobei der Vertretung der kleinen und mittleren Staaten Vorrang eingeräumt wird – jeweils achtzehn für Deutschland, Frankreich und Italien, zehn für Belgien und die Niederlande und vier für Luxemburg. Der Vertrag sieht eine jährliche Sitzungsperiode der Versammlung vor, die in mehrere zeitliche Abschnitte gegliedert ist. Die Versammlung besitzt Kontrollbefugnisse über die Hohe Behörde, die sich bis zum Einsatz des äußersten Mittels – des Misstrauensvotums mit Zweidrittel-Mehrheit – erstrecken. Entscheidend ist, dass die Versammlung eine Geschäftsordnung annehmen kann, denn auf dieser Grundlage werden später die Fraktionen gebildet.

Die Fraktion bestätigt den Niederländer Emmanuel Sassen im Amt des Vorsitzenden und ernennt dessen Landsmann Willem J. Schuijt,

der Fraktion von den „Nouvelles Équipes internationales“ in Paris zur Verfügung gestellt, zum vorläufigen Sekretär, der für die Führung des Protokolls zuständig sein soll.

Dem Fraktionsvorstand gehören jeweils zwei Mitglieder aus den drei großen Ländern (Frankreich, Deutschland, Italien) und je ein Mitglied aus den Beneluxstaaten an. Somit ergibt sich die folgende Zusammensetzung mit Emmanuel Sassen als Vorsitzendem und acht Mitgliedern (zwei Deutsche, zwei Franzosen, zwei Italiener, ein Belgier und ein Luxemburger): Hermann Kopf und Franz Josef Strauß, Ernst Müller-Hermann und Alain Poher, Ludovico Montini und Italo Mario Sacco, Théodore Lefèvre (an dessen Stelle vorübergehend Pierre Wigny tritt), Nicolas Margue und Emmanuel Sassen.² Die Leitung der Fraktion wird dem Präsidium und dem Vorstand übertragen. Im Präsidium sind der Vorsitzende und seine zwei Stellvertreter tätig, die zur Einberufung und Leitung der Fraktionssitzungen, zur Leitung der Fraktion im Plenum sowie deren Vertretung nach außen bevollmächtigt sind.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 9.25 Uhr.

Die Tagesordnung beinhaltet zwei Punkte: erstens den Bericht des belgischen Abgeordneten Alfred Bertrand, einer großen Persönlichkeit der Christdemokraten, im Namen des Ausschusses für soziale Angelegenheiten. Es geht um von der EGKS zu finanzierende Vorhaben des sozialen Wohnungsbaus für die Arbeitnehmer in der Eisen- und Stahlindustrie. Europa beschäftigt sich bereits damals mit dem wirtschaftlichen und sozialen Aspekt des Gemeinsamen Marktes, der im Montanbereich geschaffen werden soll.

Der zweite Punkt der Tagesordnung betrifft die offizielle Gründung der Fraktion gemäß Artikel 33 a der Geschäftsordnung. Die anwesenden Mitglieder sind sich einig darüber, dass die Christlich-demokratische Fraktion, die bislang genauso wie die Sozialdemokratische Fraktion und die Liberale Fraktion informell tagt, der formalen Anerkennung bedarf.

Eine entsprechende Entscheidung wird in der EGKS-Versammlung getroffen und am 23. Juni gibt die Christlich-demokratische Fraktion ihr offizielles Bestehen bekannt: *„Ich, der Unterzeichnete, Emmanuel Sassen, erkläre, dass sich heute, am 23. Juni 1953, gemäß Artikel 33 a der Geschäftsordnung der Gemeinsamen Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl in Straßburg eine Fraktion konstituiert hat, die auf Französisch die Bezeichnung ‚Groupe Démocrate-Chrétien‘, auf Deutsch ‚Christlich-demokratische Fraktion‘, auf Italienisch ‚Gruppo Democratico-Cristiano‘ und auf Niederländisch ‚Christen-Democratische Fractie‘ trägt.“* Sie stellt 38 der insgesamt 78 Abgeordneten und ist somit die größte unter den Fraktionen.

Damit wurde eine neue Institution ins Leben gerufen. Auf die neue Fraktion wartet viel Arbeit.

Der Schuman-Plan vom 9. Mai 1950 und die Gründerväter

Mit der ersten Tagung der EGKS-Versammlung im September 1952 nimmt das europäische Abenteuer gerade erst seinen Anfang. Ausgangspunkt war eine zwei Jahre zurückliegende Initiative des französischen Außenministers Robert Schuman, der am 9. Mai 1950 Deutschland und den Ländern, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg mühsam wieder erholen, die Chance bot, dem Schicksal Europas eine Wendung zu geben. Es galt, die Jahrhunderte währende Schicksalhaftigkeit von Kriegen umzukehren, ein neues System zu errichten, in dem Sieger und Besiegte gleichberechtigt behandelt werden und ihre Zukunft als gemeinsame Zukunft ansehen, der tödlichen Spirale von Herrschaftsanspruch und Revanche zu entrinnen, den Nationalismus zu überwinden und Westeuropa moralisch und materiell wieder aufzubauen. Doch Europa ist seit 1945 zweigeteilt und ein großer Teil wird von sowjetischen Truppen besetzt und von kommunistischen Diktaturen beherrscht.

Zu diesem Zeitpunkt ergreift Robert Schuman eine Initiative von historischer Tragweite.

Wer ist Robert Schuman? Er stammt aus dem Grenzgebiet, wird 1886 in einer Familie lothringischer Auswanderer in Luxemburg geboren, studiert Rechtswissenschaften und lässt sich 1912 als Anwalt in Metz nieder. 1919 wird er im Département Moselle zum Abgeordneten gewählt. Im Zweiten Weltkrieg wird er von den Nazis verhaftet, flüchtet und geht in die Illegalität. 1946 ist er Finanzminister, 1947 Ministerpräsident, und wird von Juli 1948 bis Juli 1953 Außenminister. Seine Vision, man könnte fast sagen, seine Obsession besteht darin, zwischen Frankreich und Deutschland wieder vertrauensvolle Beziehungen herzustellen. „Was soll mit Deutschland geschehen?“, fragt er im Frühjahr 1950 wiederholt Jean Monnet^a, für den er große Hochachtung empfindet. Die Amerikaner üben Druck auf Frankreich aus, eine Lösung zu finden,

a Jean Monnet kann als Vordenker des gemeinschaftlichen Europa angesehen werden, da die Beschlussfassungsverfahren und die institutionellen Mechanismen, die heute in Europa gelten, auf seine Vorschläge zurückgehen. Als ehemaliger stellvertretender Generalsekretär des Völkerbundes hatte er nach dem Ersten Weltkrieg im Umfeld von Franklin Roosevelt maßgeblichen Anteil daran, die USA dafür zu gewinnen, sich entschieden in den Krieg gegen den Nazismus einzuschalten. 1945 wurde er von General de Gaulle mit der Gestaltung der wirtschaftlichen Modernisierung Frankreichs betraut und nahm zwischen 1945 und 1979 unter den politischen Verantwortungsträgern Westeuropas stets einen zurückhaltenden, aber von hohem Einfluss geprägten Rang ein.

die der besiegten Macht die Rückkehr in das westliche Lager ermöglicht. Jean Monnet legt Robert Schuman am 3. Mai Teile des Vorschlags zur Zusammenlegung der deutschen und der französischen Kohle- und Stahlproduktion vor. Dieser erkennt sofort die Tragweite des Vorhabens und übernimmt die politische Verantwortung. Seine im Namen Frankreichs vorgebrachte Initiative wird von Konrad Adenauer in Deutschland und Alcide De Gasperi in Italien unterstützt.

Der am 1. Januar 1876 in Köln geborene Konrad Adenauer ist der erste Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und bekleidet dieses Amt von 1949 bis 1963. Von rheinländischer Herkunft, hat er eine humanistische und historisch geprägte Vision von seinem Land und dessen Beziehungen zu Frankreich. Als Begründer der Christdemokratie in der neu gegründeten Bundesrepublik Deutschland erkennt er, wie wichtig der Vorschlag über die Gleichberechtigung der Staaten innerhalb gemeinsamer europäischer Institutionen, der im Mittelpunkt des Schuman-Plans steht, für sein Land und für die friedliche Zukunft Europas ist.

Alcide De Gasperi befindet sich im Wesentlichen auf der gleichen politischen Linie. Sein persönliches Schicksal und die europäische Sache sind eng miteinander verflochten. De Gasperi, der am 3. April 1881 geboren wurde, wird 1921 zum Abgeordneten der Provinz Trentino gewählt, die vor dem Krieg zu Österreich-Ungarn gehörte. Als Italiener, der die deutsche Sprache beherrscht, und praktizierender Katholik wie Schuman und Adenauer unterstützt er die Wunschvorstellung von einem Europa der Werte. Als Ministerpräsident und als Begründer der italienischen Christdemokratie macht er sein Ansehen voll und ganz für die Unterstützung des Schuman-Vorschlags geltend.

Auch die Christdemokraten und die demokratischen Kräfte in den Benelux-Ländern verfolgen die gleiche Linie. Es geht darum, dass die freie Welt angesichts der Aggressivität Moskaus ein starkes Gegengewicht schafft. Am 4. April 1949 wird der Nordatlantikpakt unterzeichnet. Die freien Völker Europas begnügen sich jedoch nicht damit, militärische Garantien in Anspruch zu nehmen und auf die amerikanische Präsenz zu bauen. Es gilt, die Wirtschaft auf der Grundlage des freien Wettbewerbs und der Öffnung der Grenzen wieder aufzubauen. In diesem Sinne beschlossen die sechs europäischen Staaten – die „Sechs“ – auf Anregung von Jean Monnet, die Anstrengungen in den Grundstoffindustrien zu bündeln, bei denen die Frage, in wessen Besitz sie sich befanden und wie sie genutzt wurden, im Verlauf der Geschichte häufig für den Fortbestand der deutsch-französischen Rivalität sorgte.

Mit dem Vorschlag, den Kohle- und Stahlsektor Frankreichs und Deutschlands einer gemeinsamen Aufsichtsbehörde zu unterstellen

und den freien Verkehr von Kohle und Stahl einzuführen, regelt der Schuman-Plan die Frage des Produktionsniveaus im Ruhrgebiet und zerstreut zugleich die französischen Befürchtungen hinsichtlich des Wiedererstarkens deutscher Kartelle. Mit der EGKS kommt es auf der Grundlage der freiwilligen Übertragung von Hoheitsrechten innerhalb einer neu gegründeten Organisation zu gleichen Rechten und Pflichten für Sieger wie für Besiegte. Die Methode des Schuman-Plans trägt durchaus revolutionären Charakter, denn sie bewirkt die Errichtung einer von den Regierungen unabhängigen Behörde, an deren Beschlüsse die Staaten gebunden sind.

Die EGKS wird mit der Unterzeichnung des Vertrags von Paris am 18. April 1951 gegründet. Es ist die erste Nachkriegsorganisation, in der alle beteiligten Staaten einen gleichberechtigten Status besitzen. Sie stellt insbesondere das erste supranationale politische System dar, das je im Gefüge der internationalen Beziehungen bestand. Die Hohe Behörde wird eingerichtet, die in ihren Zuständigkeitsbereichen innerhalb des Gemeinsamen Marktes für Kohle und Stahl über erhebliche Vollmachten verfügt. Die Staaten werden von einem Ministerrat vertreten. Eine parlamentarische Versammlung, die sich aus von den jeweiligen Parlamenten benannten nationalen Abgeordneten zusammensetzt, und ein Gerichtshof, der eine einheitliche Rechtsauslegung gewährleistet, vervollständigen dieses in seiner Art noch nie dagewesene interinstitutionelle Gremium, dem manche den Status „präföderal“ beimessen, andere hingegen, unter ihnen die Christdemokraten, legen Wert auf die Bezeichnung „gemeinschaftlich“. Damit ist das institutionelle System der Gemeinschaft geboren. In den Folgejahren, durch alle Krisenzeiten und Erweiterungsrunden hindurch und bei jedem neuen Vertrag, bildet es den Kern, von dem aus schrittweise die Europäische Union errichtet wird.

Die EGKS – erster Erfolg des europäischen Aufbauwerks

Diese erste europäische Gemeinschaft führt zu konkreten Ergebnissen. Zunächst intensivieren sich die Handelsbeziehungen zwischen den sechs Mitgliedstaaten. Auf Initiative der Hohen Behörde und unter Kontrolle der Versammlung heben die Staaten die Zölle und Mengenbeschränkungen sowie die Exportsteuern bei den Transporttarifen auf und führen direkte internationale Tarife ein. Die Lieferungen von Kohle und Stahl zwischen den Partnern nehmen in bedeutendem Maße zu. Auch der Kohlemangel, durch den die europäische Stahlindustrie nach dem Kriege fast zum Erliegen gekommen wäre, wird weitgehend ausgeglichen. Die regelmäßige Versorgung mit Eisenerz,

Schrott und Kohle ermöglicht es den Sechs, das Wachstum der Industrie wiederherzustellen.

Im Februar 1953 wird der Gemeinsame Markt für Kohle, Schrott und Eisenerz und im Mai 1953 der Gemeinsame Markt für Stahlerzeugnisse eingeführt. „Seit heute morgen, dem 10. Februar 1953, gibt es keine deutsche, belgische, französische, italienische oder luxemburgische Kohle mehr, sondern europäische Kohle, die in unseren sechs Ländern, die als geschlossenes Territorium gesehen werden, frei im Umlauf ist...“⁴³, konnte Jean Monnet, der damalige Präsident der Hohen Behörde, erklären.

Am 1. Januar 1953 wird die erste europäische Steuer – die EGKS-Umlage – wirksam. Die Stahlerzeuger haben fünf Jahre Zeit, um sich den neuen Wettbewerbsbedingungen anzupassen. Dank staatlicher Beihilfen gelingt es auch Italien, eine moderne Stahlindustrie zu errichten.

Die EGKS spielt im Sozialbereich eine bedeutende Rolle. So sorgt sie vor allem für bessere Hygiene- und Sicherheitsbedingungen in der Arbeitswelt und trägt zur Entwicklung der beruflichen Bildung bei. Ziel des Pariser Vertrags ist es auch, den Lebensstandard der Arbeitnehmer zu verbessern. Hierfür sieht er seitens der Gemeinschaft finanzielle Unterstützungsleistungen zur Wiedereingliederung arbeitsloser Arbeitnehmer vor und untersagt Wettbewerbspraktiken, die auf Lohnabbau beruhen.

Die Bemühungen der EGKS gehen in zwei Richtungen. Zum einen werden die Zölle und Mengenbeschränkungen im Kohle- und Stahlhandel zwischen den sechs Ländern aufgehoben und der Diskriminierung bei den Transporttarifen ein Ende gesetzt. Zum anderen fördert sie ein reguliertes industrielles Wachstum in den sechs Ländern. Außerdem werden zugunsten der Arbeitnehmer, die von den Umstrukturierungen im Kohlebergbau betroffen sind, sozialpolitische Maßnahmen getroffen. Insgesamt betrachtet, erweist sich die EGKS im europäischen Aufbauwerk als bedeutender Schritt nach vorn. Daher ist nach Auffassung von Jean Monnet *„unsere Gemeinschaft nicht eine Assoziation von Kohle- und Stahlproduzenten: Sie ist der Beginn Europas“*⁴⁴.

Die Fraktion – eine Institution in der Institution?

Die Christlich-demokratische Fraktion der EGKS-Versammlung trug durch ihre Gründung und seit ihrer Konstituierung im Jahr 1953 entscheidend zu dem Geist bei, der die Organe der Gemeinschaft prägte.

Die von den einzelnen Parlamenten ernannten nationalen Abgeordneten hätten laut Vertrag nach ihrem Eintreffen in Straßburg, dem

vorläufigen Sitz der neuen Versammlung, nationale Delegationen bilden können. Damit wären eine deutsche Delegation, eine italienische Delegation usw. in der Art eingerichtet worden, wie dies bei Tagungen von Mitgliedern internationaler parlamentarischer Versammlungen üblicherweise der Fall ist. Allerdings hätte diese Bestimmung dem Geist der Gründerväter widersprochen, denn das gesamte europäische Aufbauwerk, das mit der Schuman-Erklärung eingeleitet wurde, ist politischer Natur. Sein Ziel ist es, den bis dahin in den innereuropäischen Beziehungen vorherrschenden Zustand zu überwinden, bei dem vor allem und ausschließlich die nationalen Interessen im Mittelpunkt standen. Zu überwinden waren der Geist des Wiener Kongresses, die Praxis der zwischenstaatlichen Bündnisse und der je nach Umstand gebildeten Koalitionen, die ebenso unsicher wie widerrufbar waren. Die Gemeinschaft hingegen strebt nach einer „friedlichen Revolution“. Dies ist auch das Ziel der Christdemokraten, die im Mai 1947 zu einem informellen Treffen in Chaufontaine in Belgien zusammenkamen, wo sie die Nouvelles Equipes Internationales (NEI), den Vorläufer der Europäischen Union Christlicher Demokraten (EUCD, 1965) und späteren Europäischen Volkspartei (EVP, 1976), gründeten, um die mit der Vorbereitung der Europawahlen von 1979 befassten christdemokratischen Parteien zusammenzuschließen.

Die Sozialdemokraten und die Liberalen, die einzigen demokratischen politischen Kräfte der Nachkriegszeit, die entschlossen waren, sich über nationale Grenzen hinaus zu einer Familie zusammenzuschließen, ziehen nach.

Die drei Fraktionen einigen sich auf die Schaffung einer Rechtsstruktur für die länderübergreifenden Fraktionen der EGKS, die es ihnen erlaubt, bereits unmittelbar nach der Einrichtung der parlamentarischen Institution als maßgebende Akteure aufzutreten. Im Lauf der Jahre ist die Bedeutung der Fraktionen im Europäischen Parlament immer weiter angewachsen. Da die Fraktionen über eigene finanzielle Mittel und ausreichend Personal verfügen, um logistisch unabhängig zu sein, können die Abgeordneten im Hinblick auf die europäischen Werte und Zielsetzungen, die sie zusammengeführt haben, mit großer Geschlossenheit politisch tätig werden. Mit Fug und Recht kann daher behauptet werden, dass die bemerkenswerte innere Dynamik und Lebendigkeit, mit der sich das Parlament im interinstitutionellen Gefüge der Gemeinschaft als wesentliche Kraft durchgesetzt hat, auf die Vorstellungen zurückzuführen ist, die die erste Generation von Parlamentsmitgliedern von der Rolle und der Zukunft der Fraktionen hatte.

Im Rahmen der Konferenz der Präsidenten bestimmen die Fraktionsvorsitzenden die Tagesordnung und nehmen so Einfluss auf das Arbeitstempo und die politische Agenda des Parlaments.

Nach dem für die Fraktionen geltenden „d'Hondt-Verfahren“ werden sämtliche Funktionen des Parlaments (Ausschussvorsitzende, Präsidiumsmitglieder) proportional vergeben, sodass die größte Fraktion Vorrang genießt. Die Christlich-demokratische Fraktion ist sich der Bedeutung dieser Stellung als der zahlenmäßig größten Fraktion wohl bewusst. In dieser Eigenschaft ist ihr Vorsitzender der erste Redner, der nach den Äußerungen des Rats- und des Kommissionspräsidenten auftritt. Die politische Sichtbarkeit der Fraktionen in Abhängigkeit von ihrer zahlenmäßigen Stärke ist daher ein entscheidender Faktor im Leben des Parlaments geworden, der bewirkt hat, dass die christdemokratische Fraktion als die größte Fraktion tatsächlich eine Institution innerhalb der Institution darstellt. Die christdemokratische Fraktion hatte von 1953 bis 1975^a und später von 1999 bis 2009 die führende Rolle im Parlament inne. Somit stand sie in den 56 Jahren des Bestehens des Europäischen Parlaments 32 Jahre lang an erster Stelle.

Familiengeist und Werte der Christdemokraten

Es bedurfte des politischen Weitblicks und des Mutes dieser Abgeordneten aus den sechs Gründerstaaten, ein solches Unternehmen in Angriff zu nehmen. Geduldig mussten Familienbande geknüpft werden, die über Landesgrenzen und mentale Barrieren hinausgingen. Bis 1950 gab es nur wenige Kontakte, und hartnäckig hielten sich die Vorurteile. Das Zusammentreffen der führenden Vertreter der Christdemokratie in ihren Ländern – Robert Schuman, Konrad Adenauer und Alcide De Gasperi – sowie deren geistige Nähe gaben den Ausschlag, denn jeder einzelne von ihnen war von der christlichen Überzeugung beseelt, dass die Versöhnung von Erbfeinden und die Überwindung ihrer aggressiven Nationalismen eine moralische Pflicht war, die es im Namen Frankreichs, Deutschlands und Italiens zu erfüllen galt. Es bereitete keine Schwierigkeiten, die aus ihren Parteien hervorgegangenen Mitglieder der EGKS-Versammlung davon zu überzeugen, sich in einer christdemokratischen Fraktion zu vereinen. Auch die christdemokratischen Parteien der drei Beneluxstaaten unterstützten diese Bewegung und wirkten aktiv in ihr mit.

a So hatte die Fraktion im Zeitraum 1952-1979 zehnmal den Vorsitz der Versammlung inne (Alcide De Gasperi, Giuseppe Pella, zweimal Hans Furler, Robert Schuman, Jean Duveusart, Victor Leemans, Alain Poher, Mario Scelba, Emilio Colombo), die Sozialdemokraten hingegen viermal und die Liberalen einmal.

Dank dieser Geisteshaltung bestand tatsächlich Übereinstimmung zwischen dem europäischen Gedanken und den christlich-demokratischen Werten. Hans-August Lücker betont: *„Es ist sicher kein blinder Zufall der Geschichte, schon eher ein Geschenk des Himmels, dass nach dem zweiten Weltkrieg, in der Stunde tiefster Not Europas, Alcide De Gasperi an Robert Schuman und Konrad Adenauer zwei Weggefährten fand, die mit ihm zusammen als Männer in die Geschichte eingegangen sind, die sich dem historischen Auftrag ihrer Zeit gewachsen zeigten; das Schicksal Europas in einer von Grund auf veränderten Welt richtig einschätzten; die Größe des Mutes und der sittlichen Kraft aufbrachten, sich einer demoralisierenden Verzweiflung entgegenzustemmen und den Europäischen Völkern ein neues gültiges Ziel zu weisen; sie gaben damit neue Hoffnung und setzten damit menschliche Kräfte frei, denen es gelingen konnte, ein neues Europa in Frieden, in Wohlfahrt und in sozialer Gerechtigkeit aufzubauen.*

Die Völker Europas hatten sie verstanden; sie folgten ihnen und vollbrachten eine europäische Wiedergeburt, an die in den ersten Jahren nach dem Krieg kaum jemand zu glauben gewagt hätte.

Wahrhaft, Alcide De Gasperi, Robert Schuman und Konrad Adenauer, sie hatten den Zipfel des Mantels ergriffen, als der Herrgott durch die Geschichte ging!“⁵

Für diese Männer der Nachkriegszeit ist der europäische Gedanke in moralischer Hinsicht neu, denn er stellt die Suche nach Frieden vor das Denken in den Kategorien des Kräfteverhältnisses und den Geist der demokratischen Gleichheit vor Diskriminierung und Autoritätsdenken. Diese Werte des Friedens, der Demokratie und der Freiheit stehen in krassem Gegensatz zu den Übeln, unter denen der Kontinent seit dem Fall der vier Reiche litt, die 1914 die geopolitische Landschaft prägten – die Österreichisch-Ungarische Monarchie, das Deutsche Reich, das Russische Reich und das Osmanische Reich. Nach den Zerstörungen und dem Verlust von über 50 Millionen Soldaten und Angehörigen der Zivilbevölkerung im Ersten Weltkrieg wurden in der Zeit nach 1918 unglaublich leidvolle und sinnlose Versuche angestellt. Erneut führten radikale Ideologien die Völker in den Abgrund eines Krieges. Die demokratischen Kräfte vermochten es damals nicht, gegen die Wiederkehr der Gewalt nach innen und der Konfrontation nach außen Widerstand zu leisten.

Die Wegbereiter der Christdemokraten befürworteten bereits in den 1930er Jahren ein föderales Europa, aber die Zeit war noch nicht reif dafür und sie fanden kein Gehör. Don Sturzo versuchte in Italien und in von der christlichen Soziallehre beeinflussten politischen Bewegungen, diese auf europäischer Ebene neue Denkrichtung im Rahmen

eines transnationalen Gremiums zu vereinigen. Er war es, der für die Strukturen die Grundlagen schuf, aus denen sich nach 1945 eine christlich-demokratische Bewegung entwickelte. In der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen waren die Voraussetzungen für die praktische Umsetzung dieses Ziels jedoch nicht günstig. Italien, Deutschland, Frankreich und Belgien, wo das personalistische Gedankengut von Emmanuel Mounier einen gewissen Widerhall gefunden hatte, gerieten bald in die Katastrophe des Zweiten Weltkriegs.

Die Mitglieder der Christlich-demokratischen Fraktion ließen sich auch deshalb von der Vorstellung einer europäischen Föderation leiten, weil sie der Ansicht waren, dass der Frieden ein schwieriges und heikles Werk sei. Politischen Vorrang besaßen seinerzeit die Stärkung dieses Friedens und die Bewahrung der Freiheit, die die westlichen Demokratien und die Länder im westlichen Teil des Kontinents genossen. Längerfristig bestand das Ziel natürlich in der Wiedervereinigung des Kontinents in Freiheit.

Hans-August Lücker berichtet bewegt über seine erste Begegnung mit einem der französischen Mitglieder in der Christlich-demokratischen Fraktion, René Charpentier, in Straßburg im Jahr 1953. René Charpentier kommt mit ausgestreckter Hand auf ihn zu und sagt: *„Du bist Hans-August Lücker. Ich habe von Dir gehört. Ich komme zu Dir als Freund.“ Ich habe ihn nicht danach gefragt, aber ich wußte, daß er von den Nazis in Dachau gefoltert worden war. Beide Beine waren gebrochen und er lief an Stützen. Ich war tief betroffen und sagte ihm das auch. Er aber antwortete: „Mach Dir nichts daraus, ich habe überlebt!“ Er hatte einen großen landwirtschaftlichen Betrieb in der Champagne. Diese Begegnung war der Ausgangspunkt für unsere Freundschaft und unsere gemeinsame Arbeit.“*⁶

Rückblickend ist es sehr wichtig, sich die grundlegenden Werte in Erinnerung zu rufen, mit denen sich die Christdemokratie in dieser Zeit identifizierte – Würde und Vorrang des einzelnen Menschen, Freiheit in Verbindung mit Verantwortlichkeit, Grundrechte des Individuums, Gerechtigkeit, Solidarität zwischen Menschen und Gemeinschaften, Ablehnung totalitärer Ideologien, Tätigsein im Mittelpunkt des politischen Lebens.

Hans-Gert Pöttering zeigte die Bedeutung dieses anfänglichen Engagements der Gründerväter auf, als die EVP-ED-Fraktion im Mai 2000 den 50. Jahrestag des Schuman-Plans beging:

„Robert Schuman, Konrad Adenauer und Alcide De Gasperi forderten Frankreich, Deutschland, Italien und die übrigen Länder Europas auf, ihre materiellen Mittel und ihren politischen Willen zu vereinen und miteinander ihre gemeinsamen Interessen im Rahmen von Einrichtungen zu

entwickeln, denen die Achtung des Rechts und Gleichheitsgrundsatzes zugrunde liegt. Durch den Erfolg ihrer politischen Initiative gelang es diesen Staatsmännern, in Europa einen richtigen Zivilisationssprung zu bewirken. Wir, Christliche Demokraten und Europäische Demokraten, wissen, dass das Gemeinschaftsunternehmen von seiner Gründung an eine moralische Bedeutung hatte und sich in die humanistische Tradition einfügt, die das Fundament unserer Werte darstellt“.⁷

Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) – eine Enttäuschung für die Christlich-demokratische Fraktion (1953-1954)

Gerade diese Werte der westlichen Welt wurden durch die Sowjetunion bedroht. Die Westeuropäer vermochten es nicht, solidarisch mit den Völkern Mittel- und Osteuropas zu handeln, die unter sowjetischer Bevormundung standen und blutigen Repressalien ausgesetzt waren, 1953 in der DDR und 1956 in Ungarn. Zudem sahen sie sich den von innen heraus geführten Angriffen der stalinistischen kommunistischen Parteien und den Kriegsdrohungen Moskaus gegen die „Revanchisten“ in Deutschland und die kapitalistischen Demokratien ausgesetzt.

Am 25. Juni 1950 wurde mit dem Ausbruch des Korea-Krieges eine neue Stufe in der Ost-West-Konfrontation erreicht. In diesem Zusammenhang machen die USA ihren Wunsch deutlich, dass die Europäer einen konkreten Beitrag zur Verteidigung des westlichen Lagers leisten sollten. Frankreich, das gegen das unkontrollierte Wiedererstehen einer deutschen Armee ist, regt an, die deutsche Armee in eine europäische Armee zu integrieren. Der französische Vorschlag ist Gegenstand von Verhandlungen zwischen den sechs EGKS-Mitgliedern, die am 15. Februar 1951 eröffnet werden und am 27. Mai 1952 in die Unterzeichnung des Vertrags zur Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft münden.

Der EVG-Vertrag sieht die Aufstellung von 40 nationalen Verbänden mit 13 000 Mann – alle in europäischer Uniform – vor. Verwaltung und Ausrüstung sollten analog zur Hohen Behörde der EGKS unter die Leitung eines aus neun Mitgliedern bestehenden europäischen Verteidigungskommissariats gestellt werden. Eine Parlamentarische Versammlung (die EGKS-Versammlung, erweitert um je drei Mitglieder der großen Staaten) sollte ermächtigt sein, das Kommissariat per Misstrauensvotum abzusetzen und an der Ausarbeitung des gemeinsamen Haushalts mitzuwirken. Der Ministerrat sollte die Politik der EVG auf

der Grundlage einstimmiger Positionen zu allen wichtigen Fragen bestimmen.

In der Überzeugung, dass der föderale Aufbau Europas mit der Schaffung einer gemeinsamen europäischen Armee einen gewaltigen Schritt vorankäme, setzte sich die soeben gegründete Christlich-demokratische Fraktion aktiv für die Unterstützung des EVG-Vorhabens ein. Diese Unterstützung wurde durch eine weit reichende Initiative des italienischen Ministerpräsidenten Alcide De Gasperi, nämlich die politische Union mit der militärischen Integration zu verknüpfen, weiter verstärkt. Erfordert die Verteidigungsgemeinschaft nicht aufgrund der ihr obliegenden Verpflichtungen eine Regierung, die in der Lage ist, Entscheidungen von höchster Wichtigkeit im Interesse aller Europäer zu treffen?

Alcide De Gasperi setzt sich unermüdlich für die folgende These ein: *„Die Armee hat ihren Sinn nicht an sich, sie ist das Instrument einer Außenpolitik, sie steht im Dienste eines Patriotismus. Der europäische Patriotismus entwickelt sich im Rahmen eines föderalistischen Europa.“*⁴⁸

Um dieses Ziel schneller zu erreichen, veranlasst er die Aufnahme von Artikel 38 in den EVG-Entwurf, wonach die gemeinsame Versammlung in allgemeinen Wahlen unmittelbar gewählt und durch sie eine auf dem Grundsatz der Gewaltenteilung beruhende und mit einem Zweikammerparlament ausgestattete föderale Organisation geprüft werden soll. Aber die Annahme des Vertrags scheint noch in weiter Ferne zu liegen und ist obendrein ungewiss. Daher entsteht der Gedanke, den Alcide De Gasperi Robert Schuman übermittelt, diese Aufgabe vorab der EGKS-Versammlung zu übertragen. Dieser ausgesprochen kühne Vorschlag wird am 10. September 1952 in Luxemburg von den Ministern der sechs Länder aufgegriffen. Am darauffolgenden Tag erhält die neue Versammlung in Straßburg eine Frist von sechs Monaten, die ihrerseits einen aus den sechs bestqualifizierten Mitgliedern bestehenden so genannten konstitutionellen Ad-hoc-Ausschuss beauftragt. Aufgabe dieser Ad-hoc-Versammlung, einer Art verfassungsgebender Versammlung, ist es, die Umrisse einer europäischen politischen Gemeinschaft zu entwerfen.

Die christdemokratischen Abgeordneten Heinrich von Brentano, Alain Poher, Pierre-Henri Teitgen, Pierre Wigny und Théodore Lefèvre erkennen an, dass die europäische Verteidigung ohne ein demokratisch legitimes institutionelles Organ nicht möglich und nicht umsetzbar ist. Deshalb ist die Ausarbeitung einer Verfassung erforderlich.

Die Ad-hoc-Versammlung verabschiedet am 10. März 1953 einen Entwurf, in dem eine außerordentlich anspruchsvolle politische Konstruktion vorgeschlagen wird – ein aus zwei Kammern bestehendes

Parlament, in dem eine Kammer in allgemeiner Wahl gewählt werden und über Rechtsetzungsbefugnis verfügen soll, ein Exekutivrat, ein Ministerrat und ein Gerichtshof. Die EGKS und die EVG sollten dann in der künftigen Europäischen Politischen Gemeinschaft (EPG) aufgehen.

Allerdings wird die Ratifizierung des Vertrags über die EPG am 30. August 1954 von der Französischen Nationalversammlung durch die Opposition der Kommunisten und der Gaullisten sowie einen Teil der Sozialdemokraten und der Radikalen mit der Annahme eines Antrags auf Ablehnung wegen Unzulässigkeit zurückgewiesen. Die italienische Regierung ratifiziert den Vertrag ebenfalls nicht, da sie die Ratifizierung durch Frankreich abwarten wollte, ehe sie selbst Stellung nimmt.

Damit wird der von der Ad-hoc-Versammlung der EGKS ausgearbeitete Entwurf einer Europäischen Politischen Gemeinschaft (EPG) hinfällig und der europäische Gedanke erleidet einen herben Rückschlag.

Weshalb hat sich Frankreich von dem Vorhaben einer europäischen Armee abgewendet, das ja ursprünglich auf seine Initiative zurückging? Die internationale Lage hatte sich weiter entwickelt. Durch die Stabilisierung des Korea-Konflikts und den Tod Stalins am 5. März 1953 mildern sich die Spannungen im Kalten Krieg. Die Gegner der EVG machen geltend, dass die Frage der EVG die Gefahr einer Spaltung der französischen Armee berge, wobei ein Teil unter dem integrierten Kommando in Europa stünde und der andere sich in den Überseegebieten befände. Die Gegner des Vorhabens in Frankreich beziehen sich auf die der deutschen Wiederbewaffnung ablehnend gegenüberstehenden Kräfte sowie auf die irrationalen Argumente, die sich gegen das Wesen der Armee selbst als dem höchsten Symbol der nationalen Souveränität wenden.

Mit dem entsprechenden historischen Abstand betrachtet, kann man heute feststellen, dass der Gedanke eines föderalen Europa im Frühjahr 1953 seinen Höhepunkt erlebte. War er realistisch oder verfrüht?

Die Christdemokraten lassen sich nicht entmutigen

Die Christlich-demokratische Fraktion bringt nach dem Scheitern der EVG zwar ihre Enttäuschung zum Ausdruck, lässt sich jedoch nicht entmutigen. Am 29. November 1954 reagierte Giuseppe Pella in seiner ersten Rede als Vorsitzender der EGKS-Versammlung mit der ihm eigenen Emotionalität und Leidenschaft: *„Es könnte scheinen, daß schwere, dunkle Wolken den einst so leuchtenden Horizont unserer Hoffnung, mehr noch, unserer Gewissheit, verdüstern. Gestatten Sie mir, diesen*

Pessimismus nicht zu teilen, sondern ihn entschieden zurückzuweisen, mit dem festen Willen dessen, der verhindern will, daß eine vorübergehende Stimmung den Tatendrang zum Erliegen bringt. Lassen Sie mich diesen Pessimismus sowohl auf der weiteren Ebene unseres Europäertums, auch im enger begrenzten Rahmen unserer Gemeinschaft zurückweisen (...). Wir wollen Europa auf der Grundlage des supranationalen Gedankens errichten, nicht gegen die Nationen, sondern in ehrlicher Zusammenarbeit mit den Nationen (...). Erstens muß dafür gesorgt werden, daß alle Organe der Gemeinschaft daran mitarbeiten, die Ziele des Vertrages zu verwirklichen in ihrer ganzen Fülle und aus dem Geiste, dem sie entspringen, der ein Geist der Solidarität, der Zusammenarbeit und der Integration ist (...). Zweitens muß ohne jede Demagogie, aber mit unbeugsamer Entschiedenheit die Tätigkeit der Gemeinschaft immer mehr von jenem sozialen Geist durchdrungen werden, den unsere vom Streben nach größerem Wohlstand und höherer Gerechtigkeit erfüllte Zeit sowohl innerhalb der einzelnen Länder als auch auf internationaler und supranationaler Ebene fordert (...). Drittens müssen die notwendigen Voraussetzungen geschaffen und es muß darauf hingewirkt werden, daß immer umfassendere Bindungen fruchtbarer Assoziierung zwischen der Gemeinschaft und den Ländern, die noch nicht zu ihr gehören, zustande kommen.“⁹ Pierre Wigny ergänzt am 1. Dezember 1954: „Wir müssen aus dieser Erfahrung lernen und auf die Einwände eingehen, um sie zu widerlegen. An uns liegt jetzt fast ausschließlich der Fortschritt der wirtschaftlichen Institutionen Europas.“¹⁰

Die Wiederbelebung des Europagedankens auf der Konferenz von Messina – Unterzeichnung der Römischen Verträge (1955-1957)

Die Initiative zur Wiederbelebung des Europagedankens ging einerseits von Jean Monnet, andererseits von den Beneluxstaaten aus. Nach dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft will Jean Monnet seine Handlungsfreiheit wiedergewinnen und kündigt an, dass er keine Verlängerung seines Mandats als Präsident der Hohen Behörde der EGKS beantragen werde. Seinen Vorstellungen folgend schlägt er eine neue Europäische Gemeinschaft vor, die auf den Bereich der zivilen Nutzung der Kernenergie spezialisiert sein soll. Der Belgier Paul-Henri Spaak, der Niederländer Johan Willem Beyen und der Luxemburger Joseph Bech befürworten ihrerseits eher die Einführung eines erweiterten Gemeinsamen Marktes für Handel und Industrie zwischen den sechs Ländern, was eine wirtschaftliche Notwendigkeit

darstellt, wie die Mitglieder der Christlich-demokratischen Fraktion bereits betont haben. Diese beiden Ansätze, von denen der eine auf Euratom abzielt, der andere – jener, den die Beneluxstaaten befürworten –, auf die Einführung eines weiter gefassten Marktes, werden von Wirtschaftsminister Ludwig Erhard (CDU), dem „Vater des Wirtschaftswunders“ in der Bundesrepublik Deutschland, nachdrücklich unterstützt. Die Vorschläge werden in einem Memorandum zusammengefasst, das bald unter der Bezeichnung „Benelux-Memorandum“ bekannt wird.

Am 9. Mai 1955 stimmt die Christlich-demokratische Fraktion mit der großen Mehrheit der Versammlung dafür, diesen Neubeginn künftig zu unterstützen. Das Memorandum wird von den sechs Außenministern angenommen, die sich am 1. und 2. Juni 1955 in Messina versammeln, um den Nachfolger von Jean Monnet zu bestimmen. Mit der Wiederbelebung des Europagedankens auf der Konferenz von Messina kehrt auch die Hoffnung in die Christlich-demokratische Fraktion zurück. Es zähle vor allem, Solidarität und Integration voranzubringen. Eine Konferenz wird ins Leben gerufen, für die Paul-Henri Spaak verantwortlich zeichnet.

Die Christlich-demokratische Fraktion – Wächterin über die Verhandlungen

Die Christlich-demokratische Fraktion hatte sich verpflichtet, den Neubeginn zu unterstützen und im Sinne der europäischen Überzeugungen ihrer Mitglieder auszurichten. Dabei kommt es auf eine enge Zusammenarbeit zwischen dem von den Mitgliedstaaten eingerichteten Verhandlungsausschuss und der Gemeinsamen Versammlung an. Der Präsident der Gemeinsamen Versammlung, Giuseppe Pella, äußert dazu: „(...) daß die Versammlung in diesen letzten Monaten der politischen Aufgabe, die ihr der Vertrag zuweist, gerecht geworden ist und daß sie auch weiterhin ihre anregende Rolle im Rahmen des Vertrags wie bei der weiteren Arbeit am Bau eines neuen Europa wahrnehmen wird.“¹¹

Die Christdemokraten wünschen, über die Arbeit des zwischenstaatlichen Ausschusses (des so genannten Brüsseler Ausschusses) die parlamentarische Kontrolle auszuüben und konkrete, an die Mitglieder des Ausschusses und die Regierungen der EGKS-Mitgliedstaaten gerichtete Initiativen zu entwickeln. Der Gemeinsame Markt solle auf einer Wirtschafts- und Zollunion beruhen, in der Freizügigkeit nicht nur für Güter, Dienstleistungen und das Kapital herrscht, sondern auch für die Arbeitskräfte. Dazu sollten im Sinne der Solidarität Gemeinschaftshilfe durch Anpassungsfonds eingeplant und Maßnahmen zur Harmonisierung der Sozialabgaben getroffen werden. Es sollten auch

Einrichtungen mit ausreichenden Vollmachten zur Umsetzung dieser Grundsätze geschaffen werden. Dies kommt auch in dem Gedanken zum Ausdruck, „*daß die Regierungen der Mitgliedstaaten untereinander dringend Verträge auf der Grundlage dieser Prinzipien abschließen sollten*“¹².

Der Abschlussbericht wird am 29. Mai 1956 auf der Außenministerkonferenz in Venedig vorgelegt. Er enthält detaillierte Vorschläge zur Schaffung einer Europäischen Atomenergiegemeinschaft und einer Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Darin geht es um die technischen Einzelheiten der wirtschaftlichen Integration und Lösungen für das durch das Scheitern der EVG entstandene institutionelle Problem.^a Als Institutionen werden ein Ministerrat, eine Europäische Kommission, ein Gerichtshof und eine Parlamentarische Versammlung in Erwägung gezogen. Die Gemeinsame EGKS-Versammlung soll die Parlamentarische Versammlung werden, allerdings mit den folgenden Änderungen: Erhöhung der Zahl der Mitglieder und veränderte Sitzverteilung zwischen den sechs Staaten. Sie sollte außerdem mehr Kontrollvollmachten über die Kommission erhalten.¹³

Im Ergebnis der Verhandlungen werden am 25. März 1957 die Römischen Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) bzw. der Europäischen Atomgemeinschaft (EAG oder Euratom) unterzeichnet. Damit gewinnt die europäische Einigung wieder an Fahrt.

a In dem Bericht geht es insbesondere um die Struktur eines Gemeinsamen Marktes, um zollrechtliche Bestimmungen, die Abschaffung der Zollkontingente, die Landwirtschaft, die Freizügigkeit von Personen, Investitionsmittel zur Unterstützung der unterentwickelten Länder, Probleme der traditionellen Energieversorgung und das institutionelle Problem. Im letzten Teil werden die Nutzung der Kernenergie sowie Euratom angesprochen.

Kapitel II

DER RASANTE AUFSCHWUNG DER NEUEN EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN

Metamorphose der einheitlichen Parlamentarischen Versammlung (1958): „Von der Puppe zum Schmetterling“

Beim Inkrafttreten der beiden neuen Verträge am 1. Januar 1958 bestanden in den Europäischen Gemeinschaften drei Exekutivorgane – die Hohe EGKS-Behörde, die EWG-Kommission unter der Leitung von Walter Hallstein, eines Vertrauten von Kanzler Konrad Adenauer, der an den jeweiligen Verhandlungen über den Schuman-Plan und über die Römischen Verträge teilgenommen hatte und rasch Ansehen erworben hatte, und schließlich die Euratom-Kommission.

Die EGKS-Versammlung stand seit dem 29. November 1954 unter dem Vorsitz von Giuseppe Pella, dem Nachfolger des viel zu früh verstorbenen Alcide De Gasperi, dessen Engagement für die europäische Einigung maßgeblich war. Gemäß dem Grundsatz, auf den sich die drei Fraktionen – die Christdemokraten, die Sozialdemokraten und die Liberalen – geeinigt hatten, dass der für ein Jahr vorgesehene Vorsitz, der um ein Jahr verlängert werden kann, automatisch der jeweils stärksten Fraktion zukommt, folgte ihm am 27. November 1956 ein weiterer Christdemokrat, der Deutsche Hans Furler.

Im Februar 1958 wird der Belgier Pierre Wigny zum Vorsitzenden der Christlich-demokratischen Fraktion gewählt. Doch dann wird er in seinem Land in das Amt des Außenministers berufen und am 6. Oktober 1958 von dem Franzosen Alain Poher abgelöst.

Alain Poher, ein Vertrauter Robert Schumans, engagierte sich mit ganzer Kraft in der Fraktion, deren Vorsitz er mit Diplomatie und Weitblick bis zum 7. März 1966, dem Zeitpunkt seiner Wahl zum Präsidenten des Europäischen Parlaments, innehatte. Inzwischen hatte die nach wie vor die Mehrheit stellende Christlich-demokratische Fraktion gemäß der geltenden Regelung weiterhin den Vorsitz des Europäischen Parlaments inne. Hans Furler war am 28. März 1960 wiedergewählt worden und führte sein Amt bis zum 28. März 1964. Er wurde von dem belgischen Christdemokraten Jean Duvieusart abgelöst, dem am

24. September 1965 sein Landsmann Victor Leemans und schließlich von 1966 bis 1969 Alain Poher folgten.

Als Präsident der EGKS-Versammlung verfolgte Hans Furler vorrangig das Ziel, eine Teilung in drei Versammlungen zu vermeiden, was unmittelbar zu einem Verlust an parlamentarischen Befugnissen geführt hätte. Es musste unbedingt eine gemeinsame Versammlung für die drei Gemeinschaften bestehen, die die drei Exekutiven gemäß den ihnen im Rahmen der Verträge jeweils übertragenen Befugnissen kontrollieren sollte. Er begründet diese Forderung in seiner Antrittsrede als Präsident anlässlich der Sondersitzung der Gemeinsamen Versammlung am 27. November 1956 mit folgenden Worten: *„Wer jedoch die Entwicklung der vergangenen Jahre betrachtet, muß feststellen, daß dieses Parlament sich durch eine klare, kraftvolle, aber auch maßhaltende Arbeit eine Stellung erworben hat, die die Kraft der parlamentarischen Idee widerspiegelt. Die bisherige Arbeit aber rechtfertigt das Vertrauen, das notwendig ist, wenn diesem Hause jene parlamentarischen Funktionen übertragen werden sollen, die auszuüben in einer erweiterten oder neu entstehenden wirtschaftlichen Gemeinschaft erforderlich wird. Es kann für Euratom, für die Montanunion und für den Allgemeinen gemeinsamen Markt nur eine einheitliche, parlamentarische Institution geben, die aus unserer Gemeinsamen Versammlung hervorgehen muß.“*¹⁴

Diese kluge Überlegung wurde von den Regierungen und der Europäischen Parlamentarischen Versammlung (EPV), die sich am 19. März 1958 konstituierte und dann zur Gemeinsamen Versammlung für die drei Organe wurde, ohne Probleme akzeptiert.

Der italienische Christdemokrat Emilio Battista bringt rückblickend seine Begeisterung mit folgenden Worten zum Ausdruck: *„Am 1. Januar 1958 begannen die neuen Gemeinschaftsinstitutionen mit der Arbeit, und die Gemeinsame Versammlung der EGKS, die sich viele Verdienste erworben hatte und nun im Begriffe stand, sich in das Europäische Parlament zu verwandeln, befand sich damals in jenem besonderen Zustand, wie ihn ein Schmetterling erleben mag, wenn er aus der Puppe schlüpft und seinen ersten Flug unternimmt.“*¹⁵

Die Anzahl der Mitglieder der Versammlung stieg von 78 auf 142 und die der Christlich-demokratischen Fraktion von 38 auf 67, womit sie weiterhin die zahlenmäßig stärkste Fraktion blieb. 1962 nahm die Europäische Parlamentarische Versammlung offiziell die Bezeichnung Europäisches Parlament an.¹⁶ Die Zahl der Mitglieder des Parlaments nahm im Zuge der ersten Erweiterungen, der Direktwahlen im Jahr 1979 und der späteren Erweiterungen regelmäßig zu und erreichte 785 im Jahr 2008.

Stärkung der Unabhängigkeit des Parlaments durch die Wahl Robert Schumans zum Präsidenten (März 1958)

In den Römischen Verträgen wurde festgelegt, dass die Versammlung ihren Präsidenten und ihr Präsidium (Artikel 140 EWG-Vertrag und Artikel 110 EAG-Vertrag) wählt. Gleichwohl steht es dem Parlament nach den Verträgen frei, das Verfahren für diese Wahl zu bestimmen. Das Parlament widersetzt sich der Bedrohung, der sein Recht auf Selbstorganisation ausgesetzt ist, als die Regierungen im Verlauf einer Besprechung während der konstituierenden Sitzung im März 1958 ihren Vertretern im Europäischen Parlament empfehlen, für einen von den Mitgliedstaaten ausgewählten Kandidaten zu stimmen. Das Präsidium des Parlaments und die Fraktionsvorsitzenden veröffentlichen daraufhin eine Erklärung, in der sie deutlich machen, dass die neue Versammlung ihre souveräne Entscheidungsbefugnis darüber wahrnehmen wird, wie mit diesen Empfehlungen verfahren werden soll. Die Kandidatur Robert Schumans wird von allen Fraktionen eingereicht und seine Wahl erfolgt am 19. März 1958. Bis zur Konstituierung des direkt gewählten Parlaments findet die Wahl des Präsidenten und der 12 Vizepräsidenten im Allgemeinen am zweiten Dienstag im März, dem Tag der Eröffnungssitzung der jährlichen Sitzungsperiode des Parlaments statt. Nach der damaligen Geschäftsordnung erstreckt sich das Mandat des Präsidenten praktisch über die gesamte Dauer der jährlichen Sitzungsperiode, wobei es aufgrund der Kürze des Mandats schwierig für ihn ist, als Vertreter des Parlaments eine eigenständige Politik zu entwickeln, und ihm kaum Zeit bleibt, sich in seine Funktionen einzuleben. Allerdings wurde es zur Regel, die Amtszeit des Präsidenten durch Zuruf um ein weiteres Jahr zu verlängern.

Robert Schuman stellt bei seinem Amtsantritt am 19. März 1958 in Straßburg fest, dass das Parlament durch seine politischen Maßnahmen und seine zahlreichen Entschlüsse, deren Ziel die zügige Herstellung der politischen Einheit ist, eine Vorreiterrolle in Europa spielt. Präsident Walter Hallstein betont diese Rolle ebenfalls, indem er erklärt, dass die Parlamentarische Versammlung nicht nur den supranationalen Charakter der Gemeinschaft garantiere, sondern sie sei auch der starke Ausdruck des in seinem Wesen politischen Inhaltes dieser Gemeinschaft.¹⁷

Am gleichen Tag verweist Pierre Wigny auf die wichtigsten Grundsätze, für die sich die Christlich-demokratische Fraktion einsetzt. Im Hinblick auf die institutionellen Fragen sagt er: *„Die Fraktion begrüßt, daß die Kontrolle über die drei Gemeinschaften einer einzigen Vollversammlung anvertraut ist, deren Mitglieder so bald wie möglich in direkter*

Wahl gewählt werden sollen... Im Einklang mit den Traditionen der Gemeinsamen Versammlung und der Mitarbeit der Hohen Behörde umfaßt diese Kontrolle ebensowohl die Initiative als auch das Misstrauensvotum, daß sie im voraus und nachträglich ausgeübt wird, daß sie durch die Arbeit der parlamentarischen Ausschüsse fortgesetzt und auf alle Exekutivorgane ausgedehnt wird.“ Pierre Wigny fügt hinzu, dass „die Gegenüberstellung von Ministerrat und Versammlung keine politische Möglichkeit, sondern eine rechtliche Verpflichtung ist“¹⁸.

Somit führt das Inkrafttreten der Römischen Verträge zur Errichtung von drei verschiedenen Gemeinschaften einer einzigen Versammlung sowie von drei Ausschüssen. Allerdings sieht Pierre-Henri Teitgen darin nicht drei einzelne, verschiedene und rivalisierende Regierungen, sondern drei Ministerien ein- und derselben im Entstehen begriffenen, potenziellen Regierung – der Regierung des föderalen und integrierten Europas.

„Euratom – eine Frage des politischen Willens“

Als Mitberichterstatter über die künftige Atomenergiegemeinschaft, die zwischen den Mitgliedstaaten noch im Gespräch ist, machte Pierre Wigny bei der Aussprache am 9. Mai 1956 sein großes Interesse an diesem Vorhaben deutlich: *„Euratom muß ein gemeinsames Unternehmen sein, damit seine neuen, noch wenig kontrollierten Kräfte schließlich zum Wohle der Menschheit nutzbar gemacht werden.“¹⁹ „Die mit dem Kernsektor zusammenhängende Tätigkeit umfaßt heute eine so weitgespannte und reichgegliederte Skala, daß es unmöglich ist, sich dabei auf den Rahmen einer einzigen Nation zu beschränken. Gäbe es nicht die Euratom, so müßte man sie deshalb erfinden. Ohne die Koordinierung des Kernsektors im Rahmen der Gemeinschaft liefe Europa Gefahr, seine Mittel planlos anzulegen und dadurch geringe Ergebnisse zu erzielen.“²⁰ Hans Furler wiederum hatte im Namen der Christlich-demokratischen Fraktion betont: *„Ich bin persönlich der Meinung – trotz aller politischen Probleme, die sich hier ergeben –, daß dieser Gedanke durchaus begrüßenswert ist. Die Gemeinschaft, wie wir sie bilden wollen, wird ja nicht errichtet, um Atomwaffen zu erzeugen, sondern sie wird geschaffen, um Europa die nötigen Energien zu geben (...). Im Übrigen meine ich, daß wir in dieser Beziehung in die große atlantische Gemeinschaft eingebettet sind.“²¹**

Die Suez-Krise im Jahr 1956 bringt Schwierigkeiten für die Versorgung Europas mit Erdölprodukten mit sich. Die Aufrechterhaltung der europäischen Einheit zur Absicherung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit des Kontinents ist zwingend geboten. Frankreich macht seinen

Partnern Zugeständnisse im Hinblick auf den Gemeinsamen Markt, wofür Deutschland sich im Gegenzug bei Euratom entgegenkommend zeigt. Die Regierungskonferenz fordert im Oktober 1956 von Louis Armand, der damals an der Spitze der Staatlichen französischen Eisenbahngesellschaft SNCF stand, Franz Etzel, dem Vizepräsidenten der Hohen EGKS-Behörde, und Francesco Giordani, dem ehemaligen Vorsitzenden des italienischen Ausschusses für nukleare Forschung, einen Bericht über den Energiebedarf Europas und die Möglichkeiten, Strom aus Kernenergie zu erzeugen, vorzulegen. Der Bericht der drei Weisen unter dem Titel „Ziele und Aufgaben für Euratom“ wird im Mai 1957 veröffentlicht. Darin wird deutlich gemacht, in welchem Maße die europäischen Länder vom Erdöl des Mittleren Ostens abhängen, denn die sechs Länder der Gemeinschaft kommen nur für 15 % der Energieerzeugung in der Welt auf. Vor diesem Hintergrund kann Erdöl weltweit jederzeit als gefährliches Druckmittel eingesetzt werden. Schlimmer noch, es wird die Verdopplung bzw. sogar die Verdreifachung der Energieeinfuhren nach Europa vorausgesagt. Damit erlangt der Bau von Kernkraftwerken Vorrang. Euratom wird parallel zur EWG gegründet, und das neue Parlament ist für die Kontrolle der drei Exekutivorgane zuständig.

Bald machen die sechs Mitgliedstaaten grundlegend unterschiedliche Auffassungen zu den Zielen und Mitteln der neuen Atomenergiegemeinschaft geltend, umso mehr, als der Amtsantritt von General de Gaulle in Frankreich zur Änderung der Sachlage führt. Die Franzosen wünschen, dass Euratom eine bloße Ergänzung des französischen Programms bleibt, und versuchen, ihren Standpunkt durchzusetzen, wonach es zu keinen Überschneidungen zwischen dem europäischen Vorhaben und der Produktion von Kernwaffen durch Frankreich kommen dürfe. Umgekehrt sehen die Partnerländer Frankreichs in Euratom eine Möglichkeit, die eigene Kernkraftindustrie zu entwickeln. Die Befürworter der Kernenergie sind überzeugt, dass diese neue Energiequelle schrittweise die Ablösung von Erdöl und Kohle ermöglichen wird. Diese Prognosen werden zusätzlich dadurch gestützt, dass die Ölkrise im Gefolge der Ereignisse um den Suezkanal einen Anstieg der Preise für Erdölzeugnisse nach sich zieht. Die Unterbrechung der Erdöllieferungen aus dem Nahen Osten macht den Europäern schlagartig ihre Abhängigkeit im Bereich der Energieversorgung bewusst. Diese Abhängigkeit zu verringern, wird daher ein vorrangiges Ziel der europäischen Energiepolitik.

Der Italiener Mario Pedini erweist sich als bedeutender Experte für Energiefragen innerhalb der christdemokratischen Fraktion. Bei einer Aussprache über den Gesamtbericht der Euratom hebt er hervor: „Die

*Sicherheit der Versorgung wird erst dann erreicht sein, wenn Europa über das Atom als eine autonome, sichere Energiequelle verfügt, deren Zufuhr nicht gedrosselt werden kann und die nicht der Gefahr politischer oder wirtschaftlicher Erpressungsversuche seitens anderer Märkte ausgesetzt ist.*²²

Nach der Beruhigung der politischen Lage im Nahen Osten sinken die Erdölpreise wieder, und die Kernenergie büßt an Wettbewerbsfähigkeit ein. Entgegen den alarmierenden Prognosen erweisen sich die weltweiten Erdölreserven vor allem nach der Entdeckung neuer Vorkommen als ausreichend. Das nunmehr deutlich über der Nachfrage liegende weltweite Angebot führt zu einem erheblichen Nachgeben der Erdölpreise. Nachteilig für die Wettbewerbsfähigkeit der Kernenergie wirkt sich auch aus, dass die Terminplanung für den Kernkraftwerksbau überzogen wird, sodass die Kernenergie nicht mehr als Universallösung erscheint. Andererseits verdoppelt sich im Zeitraum 1958-1968 der Grad der Abhängigkeit der Gemeinschaft von der Erdöleinfuhr.

Die französische Regierung macht ihre mangelnde Begeisterung für Euratom dadurch deutlich, dass sie sich Ende 1961 der Verlängerung des Mandats des Präsidenten der Euratom-Kommission, Etienne Hirsch, eines überzeugten Föderalisten, der von den Christdemokraten unterstützt wird, widersetzt. Etienne Hirsch wollte für die Euratom-Kommission eine effiziente Rolle durchsetzen. Mario Pedini unterstützt das Konzept des Präsidenten der Euratom-Kommission: *„Allein der Geist der Gemeinschaft wird Europa auch auf dem Kernsektor eine Funktion geben, durch die die europäische Wissenschaft, die in der Welt nicht zurücksteht, auf ihre Weise zur Lösung der bedeutendsten Probleme dieses Jahrhunderts des Fortschritts beitragen kann.*²³

Vergeblich. Etienne Hirsch wird von Pierre Chatenet, zuvor Minister unter General de Gaulle, abgelöst. Der zwischenstaatliche Charakter von Euratom prägt sich weiter aus. Der aus nationalen Beiträgen und nicht etwa aus Eigenmitteln wie im Falle der EGKS finanzierte Haushalt ist kein Gemeinschaftshaushalt mehr, sondern wird vielmehr aus der Summe der Forschungsprojekte der interessierten Länder gebildet.

Auf der Plenartagung des Europäischen Parlaments im September 1964 trifft die Christlich-demokratische Fraktion über Fraktionssprecher Joseph Illerhaus die Feststellung, dass diese Gemeinschaft noch keine wirkliche Einigung über die Mittel erzielt hat, die zur Verwirklichung einer gemeinsamen europäischen Atompolitik eingesetzt werden müssen.

Gleichwohl erscheint die Entwicklung einer gemeinsamen Energiepolitik angesichts der zunehmenden Abhängigkeit vom Ausland notwendig. Der Anteil der Energieeinfuhren am registrierten Verbrauch

steigt von 25 % im Jahr 1950 auf 57 % im Jahr 1958. Mario Pedini stellt auf der Sitzung am Dienstag, dem 18. Oktober 1966 mit Bedauern fest, dass die Euratom-Krise in dem allgemeinen Zusammenhang der Krise steht, in der sich alle europäischen Gemeinschaften befinden: *„Man kann kein integriertes modernes Europa aufbauen, wenn man ihm nicht auch eine gemeinsame Politik auf dem Gebiet der Atomenergie gibt. Eine der Hauptaufgaben der wissenschaftlichen Zusammenarbeit muß es sein, hier in Europa einen gemeinsamen Kernenergiemarkt zu errichten, wie es im Euratom-Vertrag vorgesehen ist. Auch die Kernenergie muß zu einem nützlichen Mittel zur Konsolidierung des europäischen Integrationsprozesses gemacht werden. Die gemeinsame Kernforschung ist nicht nur eine wissenschaftliche, sondern vor allem auch eine politische Angelegenheit. Wir haben keinen europäischen Leistungsreaktor bauen können, und ein wesentliches Ziel des Vertrages von Rom wurde nicht erreicht, nämlich die Gründung gemeinsamer Unternehmen. Dieses Thema liegt dem Parlament sehr am Herzen, und wir haben wiederholt mit Nachdruck darauf hingewiesen, denn die Kernindustrie bedarf nach Ansicht der Christdemokraten nicht nur der Bemühungen der Wissenschaftler, sondern auch der Zusammenarbeit zwischen Unternehmen verschiedener Nationen.“*²⁴

Abschließend sagt Mario Pedini: *„Das Problem der Euratom ist im Grunde nicht technischer oder wissenschaftlicher Natur. Es ist ein Problem des gemeinsamen politischen Willens, obwohl es um Fragen geht, die auf atomarem oder wissenschaftlichem Gebiet liegen.“*²⁵

Weitere Versuche, die unternommen wurden, führten jedoch nicht zu den Ergebnissen, die sich die Christdemokraten in der gemeinsamen Energiepolitik erhofften. In den 1970er Jahren widmete sich Hanna Walz, die einzige weibliche Vertreterin der deutschen Delegation der Fraktion im Europäischen Parlament vor der Direktwahl 1979, diesem Problem und setzte dies nach ihrer Wahl zur Vorsitzenden des Ausschusses für Energie fort. Die Energieabhängigkeit Europas ist eine zentrale Frage, die regelmäßig erneut auf der europäischen Agenda erscheint.

Christlich-demokratische Fraktion tritt für die beschleunigte Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes ein (1958-1968)

Die Enttäuschungen, die der Vorbereitung des Euratom-Projektes folgten, vermochten es jedoch nicht, den Christdemokraten die Genugtuung über den Erfolg eines anderen Aspekts der Wiederbelebung des Europagedankens auf der Konferenz von Messina zu nehmen – die rasche Verwirklichung eines Gemeinsamen Marktes in Industrie und

Handel, der es den Europäern ermöglichen sollte, eine neue Dimension in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung kennen zu lernen. Die Christdemokraten wünschen sich den Gemeinsamen Markt als eine starke Wirtschaftseinheit: *„Wenn es uns nicht gelingt, den Gemeinsamen Markt zu schaffen, ist der Ruin Europas sicher“*²⁶, lautet der Standpunkt in den 1950er Jahren. 1956 empfiehlt Pierre Wigny folgendes Vorgehen: *„Wir Christdemokraten wollen einen Gemeinsamen Markt an sich, der nicht mit der Euratom verknüpft sein soll. Wir wollen ihn schrittweise und stetig errichten, was voraussetzt, daß es kein Zurück gibt, aber nicht, daß beim Übergang von einer Etappe zur nächsten neue Entscheidungen des Parlaments anstehen.“*²⁷

Bei der Unterzeichnung der Römischen Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft verpflichteten sich die Sechs, anstelle ihrer sechs bislang abgeschotteten Märkte Schritt für Schritt einen einzigen gemeinsamen politischen Raum mit den Eigenschaften eines Binnenmarktes zu errichten, in dem Personen, Waren, Kapital und Dienstleistungen frei verkehren können. Die Verbesserung des Lebensstandards von 180 Millionen Europäern erfordert die Schaffung günstiger Voraussetzungen für technischen Fortschritt und wirtschaftliches Wachstum, wobei die Bürger die Möglichkeit erhalten müssen, in einem Markt mit moderner Ausrichtung zu agieren. Zur Schaffung dieser Voraussetzungen gehört einerseits die Errichtung einer Zollunion, bei der innerhalb von 12 Jahren schrittweise alle Hemmnisse beseitigt werden sollen – vor allem die Zölle, die nicht nur dem freien Verkehr von Waren, sondern allen Produktionsfaktoren im Wege stehen. Dazu gehört aber auch die Vereinheitlichung der Bedingungen, zu denen Einfuhren aus den Ländern außerhalb der EWG Zugang zu diesem neuen Raum gewährt wird, d. h. indem die Gemeinschaft nach außen hin einen Gemeinsamen Zolltarif einführt.

Am 1. Januar 1959 nimmt der Prozess, der zur völligen Abschaffung der Handelshemmnisse zwischen den Sechs führen soll, mit der ersten 10%-igen Zollsenkung im Gemeinsamen Markt seinen Anfang. Die Wirtschaft der Gemeinschaft macht rasche Fortschritte. Die Chancen, die der Gemeinsame Markt eröffnet, spornen die Produzenten an. Die unter General de Gaulle veranlasste Abwertung des Franc im Jahr 1958 ermöglicht eine grundlegende Besserung der Finanzlage in Frankreich, der jedoch die Gefahr birgt, sich als Schwachstelle für den Gemeinsamen Markt zu erweisen. Die Zahlungsbilanz der Sechs verbessert sich, und der Handel zwischen den Sechs nimmt um durchschnittlich 22 % zu.

Vom 28. bis 30. März 1960 erörtert die Europäische Parlamentarische Versammlung in einer dreitägigen Aussprache den Vorschlag

der EWG-Kommission, das Tempo der Anwendung des Vertrags über den Gemeinsamen Markt zu beschleunigen. In dem im Namen der Fraktion von dem Niederländer Pieter A. Blaisse eingereichten Entschließungsantrag wird die beschleunigte Schaffung des Gemeinsamen Marktes gebilligt: „Die EWG darf nicht als eine begrenzte Freihandelszone oder eine einfache Zollunion, sondern muß als ein einheitliches mächtiges Ganzes betrachtet werden.“²⁸ Die Christlich-demokratische Fraktion trägt entscheidend dazu bei, die Unterstützung der Versammlung für die Kommissionsvorschläge zu gewinnen.

Auf der Ministerratstagung am 12. Mai 1960 wird beschlossen, das Tempo der Umsetzung der Römischen Verträge zu beschleunigen. Die Zölle werden zum 1. Juli 1968 vollständig abgeschafft.

Ausgehend von den bereits erzielten Erfolgen schlägt die Kommission des Gemeinsamen Markts die vollständige Abschaffung der Binnenzölle und die Einführung des gemeinsamen Agrarmarktes zum 1. Juli 1967 vor. Die Christlich-demokratische Fraktion unterstützt den Vorschlag der Kommission, der von ihrem Präsidenten Walter Hallstein während der Oktobertagung 1964 vorgelegt wurde. Das Dokument sah die Abschaffung der Zölle, die endgültige Anwendung des gemeinsamen Zolltarifs zum 1. Januar sowie die Abschaffung der Grenzkontrollen im Handel zwischen den Sechs vor. In seiner Stellungnahme befürwortet das Parlament die Vorschläge der Kommission. Der Berichterstatter, der italienische Christdemokrat Carlo Scarascia Mugnozza, ein leidenschaftlicher Verfechter Europas, der später wie sein Landsmann Giuseppe Caron Mitglied der Kommission wird, unterstützt die Abschaffung der Binnenzölle und die Angleichung des Zollrechts.

Während der Märztagung 1965 nimmt die Fraktion den Bericht von Karl Hahn über die schrittweise Einführung der gemeinsamen Handelspolitik an. Darin stellt der Redner fest, dass „*der Handel mit den Drittländern eine unerlässliche Voraussetzung für den Wohlstand und die Vollbeschäftigung des Industriesektors innerhalb der Gemeinschaft ist*“²⁹. Ferner betont er die unbedingte Notwendigkeit einer immer engeren Koordinierung der bilateralen Abkommen im Rahmen der gemeinsamen Handelspolitik.

1967 bereitet sich die Gemeinschaft auf den 1. Juli 1968, den Stichtag der Verwirklichung der Zollunion und der GAP, vor. Die Kommission ist entschlossen, alle Hemmnisse für den freien Warenverkehr zu beseitigen. Den Beginn des Jahres 1967 markieren zwei wichtige Beschlüsse, die einen neuen Fortschritt darstellen: am 11. April 1967 verabschieden der Ministerrat und die Regierungen der sechs Mitgliedstaaten das erste mittelfristige wirtschaftspolitische Programm (1966-1970).

Außerdem beschließen sie die Angleichung der Umsatzsteuersysteme im Hinblick auf die Anwendung eines gemeinsamen Mehrwertsteuersystems der Sechs im Jahr 1970. Dieser Beschluss kommt dem niederländischen Abgeordneten Barend Willem Biesheuvel, dem künftigen christdemokratischen Ministerpräsidenten der Niederlande, entgegen, der bereits 1965 erklärt hatte: *„Lange Zeit hat der Nachdruck vor allem auf dem Abbau der Wirtschaftsschranken gelegen, also auf der Zollunion, stärker als auf dem Aufbau einer gemeinsamen wirtschaftlichen und sozialen Existenz der Wirtschaftsunion.“*³⁰

Allerdings bestehen weiterhin zwischen den sechs Mitgliedstaaten nichttarifäre Hindernisse, die vor allem die Unterschiede in den Steuersystemen und den Verwaltungsstandards betreffen. Auf die Überwindung dieser Hindernisse konzentrieren sich in den 1980er Jahren alle Bemühungen zur Vollendung des Binnenmarktes.

Giuseppe Caron, Fraktionsmitglied aus Italien und künftiges Kommissionsmitglied, begrüßt den im Rahmen der Römischen Verträge bereits in den 1960er Jahren erzielten Erfolg: *„Der Vertrag ist der lebendige Kern des Bestrebens der sechs Völker, einen größeren Raum zu schaffen um darin ihren gegenseitigen Handel immer reibungsloser und normaler zu gestalten. Diese sechs Völker haben einen gemeinsamen Außentarif als unumgängliche Voraussetzung dieses Gemeinsamen Marktes aufgestellt, aber sie werden sich auch streng an die Bestimmungen des Artikels 18 des Vertrages halten, der die Mitgliedstaaten verpflichtet, auf der Grundlage der Gegenseitigkeit und zum gemeinsamen Nutzen Abkommen mit allen Staaten zu schließen, um die Entwicklung des zwischenstaatlichen Handels zu erleichtern.“*³¹ Der Gemeinsame Zolltarif (GZT) wird parallel zu den einzelnen Etappen der innergemeinschaftlichen Handelsliberalisierung eingeführt.

Europa wird populär

In der Öffentlichkeit wächst das Interesse am europäischen Aufbau. Im Unterschied zur EGKS und zu Euratom, die nur bestimmte Wirtschaftsbereiche betreffen, hat der gemeinsame Industrie- und Agrarmarkt Auswirkungen auf das Alltagsleben der Europäer. Die Vorteile sind für alle spürbar. Dies ist die Zeit, in der die Produkt- oder Unternehmensmarken vorangestellte Vorsilbe „EUR“ in den Medien und der Werbung Popularität erlangt.

Die Gemeinschaften müssen immer bedeutsamere Beschlüsse von großer politischer Tragweite fassen. Die langen Diskussionen im Vorfeld der Annahme der ersten Verordnungen machen deutlich, dass der Gemeinsame Markt Kompromisse zwischen bedeutenden

Interessenkonstellationen erfordert, die nur dann verwirklicht werden können, wenn der Wille der Gemeinschaft, voran zu kommen, vorhanden ist. Die Sechs legen gleichzeitig die gemeinsamen Regeln für „Absprachen“ zwischen den Unternehmen im Binnenmarkt fest. Ziel dabei war es vor allem zu vermeiden, dass die Verbraucher Opfer von Absprachen zwischen den Herstellern werden, die sich die Märkte aufteilen und hohe Preise aufrechterhalten. Dies ist das erste europäische „kartellrechtliche Gesetz“.

Behauptung als gemeinsame Handelsmacht

Gleichzeitig läuft in Genf die so genannte „Kennedy-Runde“ weiter, d. h. die Handelsverhandlungen im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens GATT, die im Mai 1963 beschlossen und im Mai 1964 aufgenommen wurden. Ihr Ziel ist der allgemeine Abbau der Zölle und der verschiedenen Handelshemmnisse sowie die Entwicklung des Handels mit Agrarerzeugnissen im Rahmen einer weltweiten Marktorganisation. Walter Hallstein erklärte am 27. März 1963 vor dem Europäischen Parlament: *„Die Kennedy-Runde bietet eine Möglichkeit, mit den konkreten Wirtschaftsproblemen fertig zu werden, sowie eine wesentliche Basis für die Errichtung einer atlantischen Partnerschaft.“*³² Für Fraktionssprecher Pieter A. Blaisse *„sind die harmonische Entwicklung des Welthandels, die schrittweise Beseitigung der Beschränkungen im internationalen Handelsverkehr und der Abbau der Zollschränken die Ziele, die der Gemeinschaft mit dem Vertrag von Rom im Bereich der Handelspolitik gestellt werden“*³³. An den Verhandlungen nehmen über 70 Länder teil. Die Gemeinschaft vertritt als größte Handelsmacht der Welt einen gemeinsamen Standpunkt, der von der EWG-Kommission vorgetragen wird. Am 30. Juni 1967 wird das endgültige Abkommen in Genf unterzeichnet: *„Die Kennedy-Runde stellt für Europa und die Wirtschaft der gesamten westlichen Welt (...) ein außergewöhnliches Ereignis dar“*³⁴, führt der Luxemburger Abgeordnete Jean Bech aus. Damit fanden nach drei Jahre währenden Diskussionen die umfangreichsten handelspolitischen Verhandlungen der Nachkriegszeit ihren Abschluss. Ergebnis war eine durchschnittliche Senkung der Zölle um 35 % bis 40 % für Industrieerzeugnisse, ein internationales Getreide-Abkommen, das Festlegungen zu den Preisen im Zusammenhang mit Nahrungsmittelhilfeprogrammen enthielt. Die Christlich-demokratische Fraktion wollte nicht, dass der Gemeinsame Markt eine in sich geschlossene, für die bedeutenden internationalen Handelsströme gesperrte Festung wird. Im Gegenteil.

Am 1. Juli 1967 tritt der Vertrag über die Fusion der Exekutivorgane in Kraft, mit dem für den Gemeinsamen Markt, die EGKS und Euratom ein einziger Rat und eine einzige Kommission geschaffen werden. Zu der neuen, aus 14 Mitgliedern bestehenden Kommission, deren Präsident Jean Rey ist, gehören vier Vizepräsidenten: Sicco Mansholt, Lionello Levi-Sandri, Fritz Hellwig und Raymond Barre. Die Zusammenlegung der Organe stärkt den Zusammenhalt der Gemeinschaften und ermöglicht eine effizientere Gestaltung ihrer Arbeit.

Die Vollendung der Zollunion (1968-1969)

Das Jahr 1968 wird von einem wichtigen Schritt geprägt, als nämlich am 1. Juli die Zollunion der Sechs 18 Monate früher, als es der Vertrag über die Zollunion vorsah, vollendet wird. Die Zölle innerhalb der Gemeinschaft sind damit vollständig abgeschafft. Der gemeinsame Außenzolltarif und die beiden ersten Tranchen der Zollsenkung, wie sie in den Zollverhandlungen der Kennedy-Runde beschlossen wurden, werden eingeführt. Allerdings überschatten die Ereignisse von Mai und Juni 1968 in Europa und vor allem in Frankreich sowie später die sowjetische Unterdrückung des Prager Frühlings diesen Erfolg für Europa.

1969 ist das letzte Jahr der 12 Jahre währenden Übergangszeit, die von den Begründern der Römischen Verträge zur Vollendung der Zollunion vorgesehen wurde. Ende 1969 geht die Gemeinschaft in die endgültige Phase des unbefristet abgeschlossenen Vertrags über.

Dies war für Europa eine günstige Zeit, die auf spektakuläre Weise einen Beitrag zur Hebung des Lebensstandards der Westeuropäer leistete. Im Zeitraum 1958-1970 versechsfacht sich der Handel zwischen den Sechs und das durchschnittliche BIP dieser Länder wächst um 70 %. Die Kluft zwischen den beiden Teilen Europas vertieft sich, denn im gleichen Zeitraum wird Osteuropa im Rahmen des RGW, des schwachen Gegenpols, den die kommunistischen Herrschaftsstrukturen dem Erfolg des Gemeinsamen Marktes entgegensetzen wollen, von der Sowjetunion geknebelt und ausgebeutet.

Kapitel III
**DIE VERTEIDIGUNG
DES GEMEINSCHAFTSMODELLS
(1961-1966)**

Die 1960er Jahre waren nicht allein von den Erfolgen des Gemeinsamen Marktes geprägt, sondern auch von der Konfrontation zwischen dem Frankreich von General de Gaulle, der von 1958 bis 1969 sein Land regierte, und dessen fünf Partnern. Gleichwohl hatte die Christlich-demokratische Fraktion, der die Abgeordneten angehörten, die aus dem Mouvement Républicain populaire (MRP), der Republikanischen Volksbewegung, einer der drei großen Parteien der Nachkriegszeit, hervorgegangen waren, die Absicht von General de Gaulle zur Kenntnis genommen, sich an die Unterschrift der letzten Regierung der Vierten Republik zu halten, mit der Frankreich in die EWG eingebunden wurde. Bald befürwortete General de Gaulle auch die Inangriffnahme eines Politikbereichs, der sich später als besonders förderlich für die europäische Einigung erweisen sollte – die Gemeinsame Agrarpolitik. Die Finanzierung dieser Politik und die der Europäischen Kommission übertragene Geschäftsführungsbefugnis wurden auf überstaatlicher Ebene geregelt. Es galt, die Förderung der wichtigsten Agrarerzeugnisse sowie Preisgarantien in die Wege zu leiten. Frankreich stimmte dem zu, solange diese Politik zur Modernisierung der französischen Landwirtschaft beitrug. Aber seit 1962 und deutlicher noch nach 1965, während der Krise des „leeren Stuhls“, stimmten die Auffassungen zwischen Paris und der Christlich-demokratischen Fraktion nicht mehr überein.

**Der Fouchet-Plan – Missverständnisse
und Auseinandersetzungen über eine künftige politische
Union (1961-1962)**

Nach der Ablehnung seiner NATO-Reformprojekte 1959 und 1960 durch die Amerikaner und die Briten konzentriert General de Gaulle seine Handlungen im internationalen Bereich teilweise auf die Verwirklichung

eines politischen Europas. Im Juli 1960 teilt er Bundeskanzler Konrad Adenauer seine Überlegungen zu einer europäischen politischen Union mit. Ziel des Generals ist eine Reform der Europäischen Gemeinschaften im Sinne eines Europas der Staaten. General de Gaulle empfiehlt Konrad Adenauer eine Art französisch-deutschen Staatenbund mit einer gemeinsamen Staatsbürgerschaft. Dabei setzt er auf den Mitnahmeeffekt, den das französisch-deutsche Bündnis im Hinblick auf die Errichtung eines autonomen Europas auf die übrigen europäischen Partner ausüben würde. Trotz der Zurückhaltung des Bundeskanzlers und der Meinungsverschiedenheiten der „Sechs“ hinsichtlich der britischen Beteiligung werden daraufhin erste gemeinschaftliche Verhandlungen geführt.

Bei einem Gipfeltreffen in Paris am 10. und 11. Februar 1961 kommen die „Sechs“ überein, ihre politische Zusammenarbeit auszubauen. General de Gaulle schlägt seinen fünf Partnern vor, eine Untersuchungskommission mit Vertretern der sechs Regierungen einzusetzen, deren Aufgabe es sein sollte, die Modalitäten einer möglichen diplomatischen und politischen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) zu prüfen. Die Untersuchungskommission wird von dem französischen Diplomaten und ehemaligen gaullistischen Abgeordneten Christian Fouchet geleitet. Bei einem Treffen in Bad Godesberg bei Bonn am 18. Juli 1961 bekräftigen die „Sechs“ ihre Absicht, eine politische Union zu errichten, ohne diese jedoch näher zu bestimmen.

Die Christlich-demokratische Fraktion gibt sich nicht mit der einfachen zwischenstaatlichen Zusammenarbeit zufrieden

Die Christlich-demokratische Fraktion unterstützt den Gedanken einer politischen Union. Sie ermutigt die Regierungen der „Sechs“, dem Aufbau eines demokratischen und föderalen Europas einen praktischen Impuls zu geben. Das Parlament nimmt dazu in seinen Entschlüssen auf der Juni-, September- und der Dezembertagung 1961 Stellung³⁵.

Nach Ansicht des christdemokratischen Berichterstatters des Politischen Ausschusses, Heinrich von Brentano, soll diese Einheit zu den Vereinigten Staaten von Europa führen und schon jetzt die enge Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten von Amerika ermöglichen, die eines Tages die volle Einheit der Atlantischen Gemeinschaft bringen wird.³⁶ Auf dem Weg zu diesem Ziel stellt die Konferenz der sechs Regierungschefs eine bedeutende Etappe dar.³⁷ Heinrich von Brentano führt

aus: *„Eines sollen und dürfen wir (die Christdemokraten) nicht aus dem Auge verlieren, und das ist unser Ziel der europäischen Einigung. Ob wir von Föderation oder von Konföderation sprechen, ist von untergeordneter Bedeutung, solange wir uns auf dem Wege zu diesem Ziel befinden.“*³⁸

Am 19. Oktober 1961 legt Christian Fouchet der Untersuchungskommission den ersten Vertragsentwurf (Plan Fouchet I) vor, mit dem ein unauflösbarer Staatenbund errichtet werden soll, der auf der Zusammenarbeit zwischen den Staaten und der Achtung der Identität der Völker und der Mitgliedstaaten beruht.³⁹ Er regt an, in Verbindung mit den Gemeinschaftsverträgen die Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik sowie in den Bereichen Wissenschaft, Kultur und Schutz der Menschenrechte zu begründen. Nach Ansicht von René Charpentier, *„konnte die Ausgangsbasis des Fouchet-Plans, nämlich die Zusammenarbeit, als erste Etappe, nicht aber als ein Ziel an sich gerechtfertigt werden.“*⁴⁰

Die Partner Frankreichs bringen diesem Plan gegenüber gewisse Vorbehalte zum Ausdruck, denn sie sehen darin den Versuch, die im Rahme der EWG bestehenden Gemeinschaftsverfahren staatlicher Kontrolle zu unterstellen. Angesichts dieser Widerstände schlägt General de Gaulle eine härtere Gangart an. Im Ergebnis dieser Initiative findet in der Parlamentarischen Versammlung eine Aussprache statt, in der der Sprecher der Christlich-demokratischen Fraktion, Alain Poher, das gemeinschaftliche System mit folgenden Worten verteidigt: *„Wir wollen, daß das wirtschaftliche Europa ein Erfolg wird, und deshalb wollen wir das politische Europa schaffen.“*⁴¹ Die Prioritäten der Fraktion, die das ganze Jahr über bei den Aussprachen über den Entwurf der politischen Union immer wieder vorgebracht werden, lassen sich in drei Punkten zusammenfassen: Ausweitung der Tätigkeiten der Gemeinschaft, allgemeine und direkte Wahlen und Fusion der Exekutivorgane.

Die fortwährenden Meinungsverschiedenheiten enden mit einer Niederlage

Am 18. Januar 1962 legt Christian Fouchet eine neue Version seines Plans (Fouchet-Plan II) vor, wonach die bereits bestehenden europäischen Wirtschaftsorgane der Leitung einer politischen Gemeinschaft unterstellt werden sollen. Aber gerade als die zweite Phase der Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes in Angriff genommen werden soll, wird dieser Plan von den Beneluxstaaten abgelehnt. Sie formulieren Gegenvorschläge, die wiederum von der französischen Regierung abgelehnt werden.

Die christdemokratische Fraktion bedauert diese Niederlage und stimmt am 9. Mai 1962 für die Entschließung des Parlaments, mit der die Fortsetzung des Entwurfs der politischen Union befürwortet wird. *„Das Europäische Parlament ersucht nachdrücklich um baldige Wiederaufnahme der Verhandlungen im Rahmen der Konferenz der Außenminister“*.⁴² Jean Duvieusart bringt seine Enttäuschung folgendermaßen zum Ausdruck: *„Zehn Monate nach der Erklärung von Bonn ist noch nichts Gültiges, Positives, Reales geschehen und die von diesem Parlament entfalteten Bemühungen haben keinen Widerhall gefunden.“*⁴³ Für Emilio Battista, *„sind jedoch leider die Hoffnungen, die die Bonner Konferenz vom Juli 1961 erweckt hat, im April 1962 in Paris begraben worden und wir stehen heute wieder auf dem Nullpunkt der politischen Union Europas.“*⁴⁴ Von da an ist der Plan zum Scheitern verurteilt. Am 15. Mai kritisiert General de Gaulle während der sogenannten Volapük-Pressekonferenz die europäischen Föderalismus-Thesen und missbilligt die Haltung der angelsächsischen Länder: *„Denn nur die Staaten sind in dieser Beziehung tragfähig, legitim und leistungsfähig. Ich habe schon einmal gesagt und ich wiederhole: Zur Stunde kann es kein anderes Europa als das der Staaten geben, abgesehen natürlich von Mythen, Fiktionen und Paradestückchen.“*^a

Die Spannungen spitzen sich zu. Die Minister der MRP (Christdemokraten) von General de Gaulle, an ihrer Spitze der ehemalige Präsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarats und spätere Präsident des Europäischen Parlaments (1981-1984), Pierre Pflimlin, treten auf der Stelle zurück. Damit geht ein Kapitel im politischen Leben Frankreichs und Europas zu Ende. Die aus der Résistance hervorgegangenen französischen Christdemokraten entfernen sich aufgrund ihrer Treue zu ihren europäischen Auffassungen endgültig von General de Gaulle, dem sie ursprünglich nahe standen. Die MRP kommt ihre Opposition zu de Gaulle teuer zu stehen: Bei den Parlamentswahlen 1962 verliert sie den größten Teil ihrer Abgeordneten an die gaullistische Formation, die UNR. Damit ist die Vertretung der Christdemokraten im Europäischen Parlament ebenfalls geschwächt. 1962 gehören der christdemokratischen Fraktion nur noch drei Franzosen an. Zugleich konstituiert sich eine neue Fraktion, die vor allem aus französischen, aus der gaullistischen Bewegung hervorgegangenen

a General de Gaulle äußerte bei diesem Anlass den folgenden kleinen Satz, der Berühmtheit erlangte: „Dante, Goethe, Chateaubriand gehören in eben dem Maße dem ganzen Europa, in welchem sie in hervorragender Weise Italiener, Deutscher, Franzose waren. Sie hätten sich wohl herzlich wenig um Europa verdient gemacht, wären sie Vaterlandslose gewesen und hätten in irgendeinem integrierten Esperanto, Volapük oder was weiß ich gedacht und geschrieben.“

Abgeordneten besteht, die RDE (Rassemblement des Démocrates Européens – Sammlungsbewegung der Europäischen Demokraten).

Es sollte bis zum Jahr 1999 dauern, bis beide Teile, die gemäßigten Rechten und die Angehörigen des mittleren politischen Spektrums Frankreichs, in der EVP-Fraktion zusammenfanden.

Das Scheitern des Fouchet-Entwurfs über die europäische politische Staatenunion am 17. April 1962 und die Ablehnung des britischen Antrags auf Beitritt zum Gemeinsamen Markt durch Frankreich am 14. Januar 1963 ziehen neue Spannungen mit den „Fünf“ nach sich. Mit der Unterzeichnung des Elysée-Vertrags^a, eines förmlichen bilateralen Vertrags zum Ausbau der Beziehungen zwischen den beiden Ländern in den Bereichen Sicherheit und Diplomatie, am 22. Januar 1963 wird die französisch-deutsche Annäherung in die Tat umgesetzt. Dieser für die Annäherung und die bilaterale Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern bedeutsame Vertrag stellt für die Christdemokraten keine Alternative zum Plan der europäischen politischen Einheit dar. Übrigens setzt die CDU/CSU im Bundestag die Verabschiedung einer Präambel zum deutsch-französischen Vertrag durch, mit der die politische Bedeutung dieses Vertrags relativiert und das Engagement Deutschlands sowohl für das europäische Aufbauwerk als auch für die Atlantische Allianz betont wird. Das politische Europa tritt auf der Stelle.

Am 19. Januar 1965 stellt Emilio Battista tief betrübt fest: *„Wir (befinden) uns noch immer im Jahre Null der politischen Union Europas (...). Jetzt müssen die Staats- und Regierungschefs und die Außenminister wieder regelmäßig zusammentreten und sich gegenseitig konsultieren.“*⁴⁵ Bei der Aussprache über die Annahme des Abschlussberichts verweist Hans Furler darauf, dass *„die politische Union nicht der einzige Weg zu unserem Ziel einer föderalistischen Einheit Europas (ist). Gleichberechtigt ist der Weg, den wir schon lange gehen, der Weg über unsere Europäischen Gemeinschaften, der eine eminent politische Bedeutung hat.“*⁴⁶

Die innere Krise der Gemeinschaft erreicht mit der so genannten „Krise des leeren Stuhls“ im Jahr 1965 ihren Höhepunkt.

Die „Krise des leeren Stuhls“ und der „Luxemburger Kompromiss“ (Juni 1965-Januar 1966)

Der dem Europäischen Parlament am 24. März 1965 vom damaligen Kommissionspräsidenten Walter Hallstein vorgelegte Vorschlag über

a Der Elysée-Vertrag wird später durch zwei Protokolle geändert, die anlässlich seines 25. Jahrestages am 22. Januar 1988 unterzeichnet und mit denen zwei neue Einrichtungen geschaffen wurden: der Deutsch-Französische Verteidigungs- und Sicherheitsrat und der Deutsch-Französische Wirtschafts- und Finanzrat.

die Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ist Ausgangspunkt für eine besonders schwere Krise der Gemeinschaft.

Ausgehend von dem Gedanken, dass die Gemeinschaft über finanzielle Mittel der Staaten verfügt, die zur Finanzierung der ersten integrierten gemeinsamen Politik, der GAP, bestimmt sind, erinnert der Vorschlag Hallsteins an eine dreistufige Rakete, mit der die Gemeinschaft auf eine Umlaufbahn befördert werden soll. Gemäß diesem Vorschlag sollen die Eigenmittel der Staaten, die nicht unter der Kontrolle der nationalen Parlamente stehen, künftig vom Europäischen Parlament kontrolliert werden. Dazu wäre es erforderlich – und das entspräche der dritten Stufe der Rakete – die Vollmachten und die Legitimität des Parlaments zu stärken, indem seine Mitglieder in allgemeinen Wahlen gewählt werden. Darüber hinaus soll am 1. Januar 1966 beim Übergang zur dritten Stufe des Übergangszeitraums bei der Schaffung des Gemeinsamen Marktes im Ministerrat das Mehrheitswahlrecht angewendet werden. Lediglich bei den wichtigsten Fragen, wie dem Beitritt neuer Staaten, oder bei strittigen Fragen, wie der Harmonisierung der Bestimmungen der Wettbewerbspolitik, gilt die Einstimmigkeitsregelung. Außerdem gilt sie für alle Maßnahmen, die über den Rahmen der Verträge hinausgehen.

Das Maßnahmenpaket von Walter Hallstein wird von der christdemokratischen Fraktion befürwortet, steht jedoch im direkten Gegensatz zu den Vorstellungen von General de Gaulle. Dieser will zunächst und mit allen Mitteln die Anwendung der Mehrheitsregelung verhindern. Mehrheitsbeschlüsse sind unvereinbar mit seiner Vorstellung von der absoluten Souveränität der einzelnen Mitgliedstaaten. General de Gaulle hatte nicht an den Verhandlungen über die Römischen Verträge teilgenommen. Er hatte sie 1958 nur aus wirtschaftlichen Gründen und unter der Voraussetzung angenommen, dass die Anwendung der Mehrheitsregelung auf später vertagt wird.

Frankreich ist nicht mehr bereit, die Aussprache auf der Grundlage der Vorschläge von Hallstein fortzusetzen, und macht damit seine Ablehnung des Gedankens der Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit im Rat sowie der Stärkung der Befugnisse der Kommission und des Parlaments deutlich. Der damalige amtierende Ratspräsident, Maurice Couve de Murville, stellt am 30. Juni 1965 fest, dass eine Einigung unmöglich ist, und schließt die Sitzung. Dies ist der Beginn der „Krise des leeren Stuhls“, die die Gemeinschaft etwas länger als sechs Monate lähmen wird. Zum ersten Mal seit dem Inkrafttreten der Verträge von Rom im Jahr 1958 wird die Funktion der EWG durch einen Mitgliedstaat blockiert. Auf einer Pressekonferenz am 9. September 1965 stellt de Gaulle die Anwendung der Bestimmungen des Vertrags

infrage. Er kommt zu dem Schluss, dass das, was am 30. Juni in Brüssel geschehen sei, grundsätzliche Fehler bzw. Missverständnisse deutlich gemacht habe, die der Vertrag im Hinblick auf die wirtschaftliche Einheit der „Sechs“ beinhalte. Insofern sei die Krise früher oder später unvermeidlich gewesen.⁴⁷ Diese Erklärung führt zur Wiederaufnahme der Verhandlungen, mit denen Gespräche zwischen den Regierungen, eine Einigung über die Finanzierung der Landwirtschaft und eine Änderung hinsichtlich der Anwendung des Vertrags verbunden werden.

Vor dem Hintergrund der Krise verabschiedet das Europäische Parlament am 24. September 1965 auf Initiative des Politischen Ausschusses unter dem Vorsitz von Edoardo Martino eine Entschließung, in der betont wird, dass kein Mitgliedsstaat das Recht habe, sich den in den Verträgen von Paris und Rom eingegangenen Verpflichtungen zu entziehen. Anliegen des Europäischen Parlaments ist die baldige Überwindung der Krise. Der Vorsitzende der Europäischen Union Christlicher Demokraten (EUCD), Mariano Rumor, gibt am 12. Oktober 1965 vor der Presse eine Erklärung zur Krise des Gemeinschaftsprozesses ab: *„Wir wollen eine Leitlinie unseres Verhaltens festlegen, damit sich der gegenwärtig festzustellende Stillstand nicht in eine ausweglose Krise verwandelt. Diese Leitlinie geht von der Unantastbarkeit der Verträge von Rom und Paris aus und hat zum Ziel, die Tätigkeit der Gemeinschaft durch die systematische Suche nach einer Einigung zwischen den fünf Ländern fortzuführen, damit Frankreich wieder für den Dialog gewonnen werden kann. (...) Die Europäischen Christlichen Demokraten sind bereit, den politischen Willen zu interpretieren, indem sie die Voraussetzungen für eine große Wiederbelebung der Idee der Gemeinschaft und Supranationalität zu schaffen suchen.“*⁴⁸

Vor dem Hintergrund dieser Krise verweist Alain Poher darauf, dass sich die Christdemokraten *„endgültig für das gemeinschaftliche, vereinigte Europa anstelle der untereinander austauschbaren und aufkündbaren Achsen und Allianzen der Vergangenheit entschieden hat. Wir befinden uns in einer ernsten Krise und haben damit um so mehr Grund, dem Defätismus und der Angst zu entsagen. (...) Wir werden der Kommission unser Vertrauen aussprechen, die bisher für die Vereinigten Staaten von Europa so gute Arbeit geleistet hat.“*⁴⁹ Im November 1965 fasst Hans Furler die Lage mit folgenden Worten zusammen: *„Der Rat nahm seine Tätigkeit nach der Sommerpause auf und setzte sie fort, obwohl Frankreich in dieser Tagung nicht vertreten war. Meine Fraktion (Christdemokraten) billigt diese Haltung der fünf Mitgliedstaaten, die allein den Verträgen von Rom entspricht (...) Von großer Bedeutung sind die in den Verträgen enthaltenen Bestimmungen, aufgrund derer vom 1. Januar*

1966 an in weiterem Umfang zu Mehrheitsentscheidungen übergegangen werden kann. Auch hier liegt eine wohlerwogene Regelung vor, die nicht herausgebrochen werden darf, wenn die Verträge von Rom ihre integrierende Kraft behalten sollen.“⁵⁰ Die institutionellen Vorschläge der Kommission zu den Eigenmitteln und den Befugnissen des Parlaments, die im Frühjahr 1965 erarbeitet worden waren und teilweise die „Krise des leeren Stuhls“ sowie den Luxemburger Kompromiss verursacht hatten, werden von der Fraktion trotz der Missbilligung der Ratsmitglieder weiter vertreten.

Für die Christlich-demokratische Fraktion und ihren Vorsitzenden Alain Poher war dies eine Zeit schwieriger Prüfungen. Der Fortbestand des europäischen Aufbauwerks an sich auf der Grundlage des Gemeinschaftsmodells war in Gefahr. Das Parlament folgte in seiner Mehrheit den entschiedenen Positionen der Christlich-demokratischen Fraktion, die für die Verbindlichkeit des Gemeinschaftsmodells, die Einhaltung der Verträge und den Vorrang des Rechts eintraten. Zu den Fraktionsmitgliedern zählten damals Mitglieder des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa, das seit 1955 von Jean Monnet geleitet wurde. Es handelte sich um ein einflussreiches Gremium, dem die maßgeblichen Regierungen Gehör schenkten.

Der „Luxemburger Kompromiss“ – Ausgangspunkt einer langwierigen institutionellen Krise

Der Plan für ein politisches Europa hatte schweren Schaden genommen. Zum ersten Mal seit der Unterzeichnung des Vertrags von Rom war der europäische Geist zum Erliegen gekommen und in Brüssel, Straßburg, Paris und dessen Partnern wehte ein Wind des Misstrauens, bis die sechs Mitgliedstaaten im Januar 1966 in Luxemburg eine Einigung erzielten.

Der „Luxemburger Kompromiss“ vom 29. Januar 1966^a gestattet es dem einzelnen Mitgliedstaat, Einspruch gegen einen mehrheitlich gefassten Beschluss der Gemeinschaft zu erheben, wenn er der Ansicht ist, dass seine nationalen Interessen erheblich beeinträchtigt werden. Nach Ansicht von Joseph Illerhaus *„gibt die Luxemburger Übereinkunft der Gemeinschaft erst die Chance, nicht aber die Gewißheit, die Probleme der Krise zu überwinden“*.⁵¹

a Zwar ermöglicht die Vereinbarung von Luxemburg den „Sechs“, die Sackgasse zu verlassen, schafft jedoch zugleich eine Situation, die mitunter einen gewissen Stillstand bewirkt. Die Sorge, Verhandlungen zu blockieren, schränkt faktisch das Initiativrecht der Europäischen Kommission ein. Diese politische Verwerfung, die zu steuern umso schwieriger wird, je stärker die Zahl der Mitgliedstaaten zunimmt, wird allerdings teilweise durch die Anwendung der Einheitlichen Europäischen Akte korrigiert, die ab dem 1. Juli 1987 den Bereich der Beschlüsse, die mit qualifizierter Mehrheit gefasst werden, deutlich ausweitet.

Diese Vereinbarung, die von der Fraktion als eine bloße „Feststellung der Uneinigkeit“ zwischen Frankreich und seinen Partnern angesehen wurde, ermöglichte es den Institutionen, ihre Arbeit wieder aufzunehmen. Dennoch hat die stillschweigende Anerkennung eines Vetorechts im Rat, zu dem sich 1966 lediglich Frankreich bekannte, allmählich das Funktionieren der Gemeinschaft negativ beeinflusst. Die Anwendung der Mehrheitsregelung in Bereichen, die in den Verträgen festgelegt wurden, und deren Ausweitung auf weitere Bereiche der Tätigkeit der Gemeinschaft standen seit dieser Krise in den Jahren 1965/1966 stets im Mittelpunkt der politischen Prioritäten der Christdemokraten.

Mit den Luxemburger Beschlüssen wurden die Schwierigkeiten nicht vollständig ausgeräumt.⁵² In Taormina übernahmen die christlich-demokratischen Parteien eine doppelte Verpflichtung, nämlich einerseits auf ihre jeweilige Regierung einzuwirken, damit keine Möglichkeit zur Beschleunigung der Fusion der Verträge von Rom ungenutzt bleibt, und andererseits in ihren Heimatländern dieses Wiedererwachen des europäischen Bewusstseins mit allen Mitteln zu fördern.⁵³ Der Präsident des Parlaments, Alain Poher, stellt in seiner Rede nach seiner Wahl am 7. März 1966 fest, dass die Verlangsamung, zu der die Krise der Gemeinschaften geführt habe, ein Grund mehr sei, eines der ersten konkreten Ergebnisse der Europäischen Gemeinschaft, die Gemeinsame Agrarpolitik, zu stärken.⁵⁴

Kapitel IV

DIE GEMEINSAME AGRARPOLITIK ALS VORDRINGLICHES ANLIEGEN DER CHRISTDEMOKRATEN

Nach dem Zweiten Weltkrieg nimmt die Landwirtschaft in den Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft weiterhin einen bedeutenden Platz ein. Ende der 1950er Jahre ist in diesem Bereich noch immer jeder fünfte europäische Erwerbstätige beschäftigt, wobei sich vor allem die Agrarstrukturen in den einzelnen Ländern und Regionen erheblich voneinander unterscheiden.

Gemäß dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) erstreckt sich der Gemeinsame Markt auch auf die Landwirtschaft und den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Die Christdemokraten sehen sich einer enormen Herausforderung gegenüber, denn ein Teil ihrer Wählerschaft entstammt dem ländlichen Milieu. Seit ihrer Gründung unterstützt die Fraktion auch die Europäische Kommission, die für die Umsetzung des Vertrags zuständig ist. Mit dem Vertrag werden der GAP die folgenden fünf Ziele gestellt: Steigerung der Produktivität der Landwirtschaft; Sicherung einer angemessenen Lebenshaltung für die landwirtschaftliche Bevölkerung; Stabilisierung der Märkte; Sicherstellung der Versorgung der Verbraucher in den sechs Mitgliedstaaten mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Belieferung der Verbraucher zu angemessenen Preisen.

Konzipierung der Grundzüge der GAP auf der Konferenz von Stresa (1958)

In Anwendung von Artikel 43 des Vertrags beruft die Kommission vom 3. bis 12. Juli 1958 eine Konferenz der wirtschaftlichen und sozialen Interessengruppen der Gemeinschaft ein, die sich einen Überblick über die Probleme der Einbindung der Landwirtschaft in den Gemeinsamen Markt verschaffen sollten. Damit kommt die Konferenz einem Ersuchen Frankreichs nach, dessen Wunsch es ist, möglichst bald

die Grundzüge der künftigen Agrarpolitik der sechs Mitgliedstaaten festzulegen – Einheitlichkeit der Märkte, Gemeinschaftspräferenz und finanzielle Solidarität.

„Die Konferenz von Stresa im Juli 1958 bildete gleichsam den Auftakt für die Gestaltung einer gemeinsamen Agrarpolitik; die zur Einrichtung gewordene Konferenz der Agrarminister der EWG, die Beratungen im Wirtschafts- und Sozialausschuß, die Berichte und Debatten des Europäischen Parlaments lieferten wertvolle Beiträge zur Gestaltung der gemeinsamen Agrarpolitik. Die Kommission unserer Gemeinschaft konzipierte dann ihren ersten Vorschlag“⁵⁵, erläutert Hans-August Lücker.

1959 werden auch im Europäischen Parlament die Debatten über die Agrarpolitik, die Märkte, die Preise und die Strukturen eingeleitet. Im März 1960 besteht Hans-August Lücker im Plenum darauf, die Bevölkerung der Gemeinschaft mit den Grundsätzen der GAP vertraut zu machen. Er beschreibt die Situation in der Landwirtschaft und verweist auf die Hemmnisse, die durch ihre historischen Strukturen, ihre Beziehungen zu Industrie und Handel sowie durch den Wettbewerb mit der Landwirtschaft von Drittländern auf ihr lasten.

Im Bericht Lücker⁵⁶ wird vorgeschlagen, von einer ersten Stufe – der Koordinierung der autonom bestehenden Marktsysteme – zu einer endgültigen Stufe – der gemeinsamen europäischen Regulierung der Märkte – überzugehen. Dabei muss das institutionelle System selbstverständlich die mehrheitliche Beschlussfassung fördern. Hans-August Lücker betont, dass in der Landwirtschaftspolitik sowohl Naturgesetze als auch Wirtschaftsgesetze zu berücksichtigen sind, von denen die landwirtschaftliche Tätigkeit bestimmt wird: *„Es ist eine Aufgabe und Verpflichtung gerade für uns Christdemokraten, diese Philosophie für unsere Agrarpolitik zu prägen: In ihrer Ausgewogenheit zwischen Erzeugern und Verbrauchern landwirtschaftlicher Produkte und in ihrer Ausgewogenheit zwischen den agrarpolitischen Eigenbelangen unserer Gemeinschaft und den handelspolitischen Erfordernissen nach außen.“*⁵⁷ Er fordert die Europäische Kommission auf, in der internationalen Aussprache zu diesen Fragen als Sprecher der Mitgliedstaaten zu fungieren.

Zustimmung der Fraktion zu den Kommissionsvorschlägen (1960)

Kommissionspräsident Walter Hallstein unterbreitet dem Ministerrat am 30. Juni 1960 seine Pläne für den Agrarbereich, worin er von Kommissionsvizepräsident Sicco Mansholt unterstützt wird. Die Kommission schlägt vor, den Agrarmarkt durch den freien Verkehr der Erzeugnisse zu vereinheitlichen, durch die schrittweise Vereinheitlichung und Gewährleistung der Preise Produktmärkte zu schaf-

fen, die Gemeinschaftspräferenz sicherzustellen, die Intervention der Gemeinschaft zu ermöglichen, einen Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für Landwirtschaft (EAGFL) einzuführen und finanzielle Solidarität innerhalb der Gemeinschaft zu praktizieren.

Die GAP soll die Angleichung von Angebot und Nachfrage bewirken. Zu diesem Zweck können die entsprechenden Stellen der EWG die Produktionsüberschüsse aufkaufen, um das Angebot zu begrenzen und so die Preise zu stabilisieren. Es sollen Schutzmaßnahmen ergriffen werden, um die Einfuhren aus Drittländern zu beschränken und so zu verhindern, dass der gemeinschaftliche Markt durch kosten- und damit preisgünstigere Erzeugnisse überflutet wird. Denn um den Lebensstandard der europäischen Produzenten zu sichern, sollen die ihnen gezahlten Preise über den Weltmarktpreisen liegen.

Die Christdemokraten unterstützen diese Vorschläge voll und ganz. Der niederländische Abgeordnete Philippus van Campen äußert sich daher wie folgt: *„Diese Vorschläge sind sogar mehr als nur ein brauchbarer Ausgangspunkt; sie beweisen meiner Meinung nach, daß es möglich ist, trotz der in den Ländern der Gemeinschaft unterschiedlichen Verhältnisse und trotz der unterschiedlichen Struktur der Landwirtschaft und der Agrarsysteme, zu einer wirklichen gemeinsamen Agrarpolitik für alle Mitgliedstaaten zu gelangen.“*⁴⁵⁸

Die Christdemokraten hoffen, dass *„es eine Politik sein möge, die zur baldigen Verwirklichung eines freien Binnenmarktes für Agrarerzeugnisse, zur Förderung des Welthandels und zur Entwicklung des bäuerlichen Familienbetriebs in der Gemeinschaft beiträgt.“*⁴⁵⁹

Dreifacher landwirtschaftspolitischer Marathon (1962-1968)

Im Mai und Juli 1961 wird der Rat mit Vorschlägen der Kommission zur Organisation folgender Märkte befasst: Getreide, Schweinefleisch, Eier, Geflügel, Obst und Gemüse und Wein. Geplant wird nicht nur die schrittweise Durchsetzung des vollständigen freien Verkehrs dieser Erzeugnisse innerhalb der Gemeinschaft, sondern auch die Festlegung gemeinsamer Preise. Die schrittweise Übernahme der Kosten für Ausfuhrbeihilfen in Drittländer und Maßnahmen zur Preisstützung auf den Märkten der Gemeinschaft werden ebenfalls vorgesehen. Diese Vorschläge werden im Oktober 1961 vom Europäischen Parlament befürwortet. Im Dezember 1961 verabschiedet dann der Ministerrat die Grundsätze des freien Verkehrs der Erzeugnisse und legt die ersten gemeinsamen Preise fest. Die Kommission kann die ersten Verordnungen zu diesem Thema verfassen. Allerdings gelingt die innerhalb von

sechs Jahren vorgesehene Verwirklichung eines einheitlichen Marktes für die wichtigsten Agrarerzeugnisse erst nach acht Jahren.

„Für die Agrarpolitik der sechs Mitgliedstaaten bedeutet das eine echte Revolution, denn die einzelstaatliche Agrarpolitik muß einer gemeinsamen Politik weichen und sich in den freien Warenverkehr und bei den meisten Erzeugnissen in Marktordnungen fügen, die auf der Ebene der Sechs geschaffen wurden“, stellt der französische Abgeordnete und Spezialist der MRP für Agrarfragen, René Charpentier, erfreut fest.⁶⁰ Denn am 14. Januar 1962, zu einem Zeitpunkt, da der Gemeinsame Markt in seine zweite Stufe übergeht, nimmt der Rat die ersten sechs Agrarverordnungen zu Getreide, Schweinefleisch, Geflügelfleisch, Eiern, Obst und Gemüse sowie Wein an und begründet auf Vorschlag der Kommission den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für Landwirtschaft (EAGFL), dem die schwierige Aufgabe der Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) obliegt. Dieser Fonds gliedert sich in zwei Bereiche, denen zwei genaue Ziele zugeordnet sind – Preisgarantien und Steuerung der Strukturmaßnahmen. Die mit dem EAGFL verbundenen Ausgaben machen bereits allein 60 % des Gemeinschaftshaushalts aus.

Für den Fraktionsvorsitzenden Alain Poher *„erscheint der am 14. Januar 1962 vom Ministerrat in Brüssel gefaßte Beschluß, den gemeinsamen Agrarmarkt Wirklichkeit werden zu lassen, in seiner vollen politischen Bedeutung, wenn man sich darüber klar wird, daß das Schicksal unserer Bauern nun auf das engste verknüpft ist. Die gemeinsamen Interessen der Land- und Stadtbevölkerung sind der beste Garant der Zukunft. Zwar hatten die Minister in Brüssel schwere Stunden durchzustehen, aber – wie einer von ihnen es selbst so treffend gesagt hat: „Wir sind zur Verständigung verurteilt“. Ist das nicht der beste Beweis, daß Europa schon besteht und nicht mehr aufgelöst werden kann? Niemand konnte bei den Palavern der Minister, die sich über einen Monat hinzogen, auf den Gedanken kommen, die Aussprache zu beenden und nicht zur zweiten Stufe des Gemeinsamen Marktes überzugehen. Sogar jene, die auf diese traurige Möglichkeit anspielten, wußten recht gut, daß der einzige Ausweg „eine Flucht nach vorn“ in Richtung eines umfassenderen Aufbaus Europas sein konnte.“*⁶¹

Im ersten Halbjahr 1962 unternimmt der Rat den enormen Aufwand der Erarbeitung zahlreicher Anwendungsverordnungen, die zur Umsetzung der Basisverordnungen vom Januar 1962 erforderlich sind. Diese Basisverordnungen treten am 30. Juli 1962 in Kraft.

Der erste große agrarpolitische Marathon ist ein Erfolg, der dem Ministerrat den Weg zur zweiten Stufe des Übergangs zur Verwirklichung der Zollunion ebnet.

Die zweite Stufe der Umsetzung der Agrarpolitik ist noch schwieriger. Am 23. Dezember 1963 wird beschlossen, den zweiten agrarpolitischen Marathon zu beenden. Der Rat verabschiedet drei neue Verordnungen, die Rindfleisch, Milchprodukte und Reis betreffen. In einer Entschlieung bestimmt er die Grundzüge einer gemeinsamen Politik im Bereich der Streichfette und plant bereits, wie diese gemeinsame Politik durch die Einführung einer Margarinesteuer finanziert werden kann. Im Verlauf dieses Marathons ergänzt der Rat auch die Bestimmungen zur Finanzierung der EAGFL. Ferner legt der Rat die Leitlinien für den Standpunkt der Gemeinschaft im gewerblichen und im Agrarbereich für die „Kennedy-Runde“ fest.

1964 kommt es zu ersten Schwierigkeiten. Mehrere mit der Festlegung der Weizenpreise beauftragte Ministerratstagungen können zu keinem Ergebnis kommen. Im September des gleichen Jahres fordert General de Gaulle eine zügige Lösung für die Marktorganisation für Getreide. Andernfalls erwägt er, die Beteiligung Frankreichs an der Gemeinschaft infrage zu stellen. Die Drohung ist schwerwiegend und verschiedene Mitglieder des Parlaments nehmen Stellung zu der Lage, die durch dieses Ultimatum entstanden ist. Der Vorsitzende der Fraktion, Alain Poher, erklärt, dass die Methode des Ultimatums sich schon einmal in der Vergangenheit, und zwar bei den Verhandlungen über einen Beitritt Großbritannien zum Gemeinsamen Markt, verhängnisvoll ausgewirkt habe. Ganz generell sei ein Ultimatum das falsche Mittel, wenn es um diplomatische Verhandlungen gehe.⁶²

Der dritte agrarpolitische Marathon endet am 15. Dezember 1964. Er ermöglicht am 1. Juli 1967 die Eröffnung des Gemeinsamen Marktes für Getreide, Schweinefleisch, Geflügel und Eier, wobei für jedes Erzeugnis gemeinsame Preise gelten. Mit der institutionellen Krise von 1965 tritt eine Pause ein. Im Mai und Juli 1966 werden schließlich Beschlüsse zur Festlegung gemeinsamer Preise für Milchprodukte und Rindfleisch zum 1. April 1968, zur Organisation des Zuckermarktes zum 1. Juli 1968 sowie zur Organisation des Olivenolmarktes zum 1. November 1966 gefasst.^a

Der Mansholt-Plan (1968) – Beginn einer grundlegenden Reform der GAP

a Außerdem werden im April 1970 auf Antrag Italiens Beschlüsse zur Organisation der Wein- und Tabakmarkte gefasst. Gleichzeitig wird die endgültige Finanzierung der GAP verabschiedet, die damit als abgeschlossen angesehen werden kann und die sich nunmehr auf nahezu alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse erstreckt.

Im Lauf der 1960er Jahre erfolgte die schrittweise Einführung der gemeinsamen Marktorganisationen (GMO). Gleichzeitig erfordert die GAP immer mehr Finanzmittel und die Kommission ist angesichts der unkontrollierten Zunahme der Produktionsüberschüsse, vor allem im Getreide- und Milchsektor, bestrebt, die Ausgaben einzudämmen. Die Ausgaben zu Interventionszwecken, mit denen die Preise garantiert werden, und die Marktstützungsmaßnahmen belasten zunehmend den Gemeinschaftshaushalt, während gleichzeitig die Zahl der Landwirte abnimmt.

Ein erster Versuch, die GAP zu reformieren, wird zehn Jahre nach deren Einführung unternommen. Am 21. Dezember 1968 legt Sicco Mansholt, für Landwirtschaft zuständiges Kommissionsmitglied, dem Ministerrat sein Memorandum über die Reform der Landwirtschaft in der Europäischen Gemeinschaft vor. In diesem langfristig angelegten Plan, in dem eine neue soziostrukturelle europäische Landwirtschaftspolitik ins Auge gefasst wird, legt Sicco Mansholt die Grenzen der Preis- und Marktpolitik dar. Der Plan zielt auf die Verringerung der Anzahl der Beschäftigten der Landwirtschaft und die Förderung größerer, effizienter wirtschaftender Produktionseinheiten ab.

1972 wird der Mansholt-Plan zur Modernisierung der landwirtschaftlichen Betriebe, zur Drosselung der landwirtschaftlichen Tätigkeit und zur Ausbildung der Landwirte mittels dreier Richtlinien umgesetzt.

Für die EVP-Fraktion „sind die Grundlagen der GAP in Gefahr“

Die GAP wird damals als ein „*tragendes Element der Gemeinschaft*“ angesehen, wie Giosuè Ligios anlässlich der Studientage der Fraktion im italienischen Brixen im Juni 1977 hervorhebt: „*Im Laufe der Jahre verlief die Entwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik praktisch analog zu der des Gemeinsamen Marktes, und oft ließen sich die Krisen und Erfolge der Gemeinsamen Agrarpolitik nicht von denen der Gemeinschaft abgrenzen. (...) In keinem anderen Bereich – sei es die Wirtschaft, die Währung oder die Politik, ganz zu schweigen vom Verkehrs- und Energiebereich –, sind die Mitgliedstaaten bisher zu einem Grad der Integration gelangt, der mit dem vergleichbar wäre, der in der Gemeinsamen Agrarpolitik erreicht wurde (...).*“⁶³

Der glänzende Erfolg der GAP vermag jedoch gewisse Zweifel in der Fraktion, die sich hauptsächlich auf die zunehmenden Kosten der GAP beziehen, nur unzureichend zu verbergen. Bei den Studientagen in Berlin 1974 und in Den Haag 1975 hatte die Fraktion bereits „*die Probleme der Landwirtschaft gründlich geprüft, um bei der Eröffnung der*

*parlamentarischen Aussprache, die den Reformen der Agrarpolitik der Gemeinschaft gewidmet war, ein konstruktives und zugleich kritisches Urteil dazu abzugeben*⁶⁴. Obwohl die Kommission der Europäischen Gemeinschaften die Ergebnisse der GAP insgesamt positiv bewertet⁶⁵, stellt die Fraktion fest, dass die „*Grundlagen der Gemeinsamen Agrarpolitik in Gefahr [sind]*“⁶⁶.

In der zweiten Hälfte der 1970er Jahre nimmt die Debatte in der Gemeinschaft an Heftigkeit zu, wobei sich der Standpunkt der Fraktion angesichts der Vielschichtigkeit und Kompliziertheit der Probleme im Zusammenhang mit der Gemeinsamen Agrarpolitik genauer ausprägt. Die vier Säulen der GAP – Einheit des Marktes, Gemeinschaftspräferenz, finanzielle Solidarität und Gestaltung der Agrarstrukturen – werden durch mehrere Krisen gefährdet, die miteinander im Zusammenhang stehen. In seinem in Brixen vorgelegten Bericht⁶⁷ benennt Giosuè Ligios einige von ihnen, darunter die Währungsausgleichsbeträge, die hohe Kosten verursachen.

Die negativen Auswirkungen der Währungsausgleichsbeträge (WAB)

Das Funktionieren des gemeinsamen Agrarmarktes erfordert äquivalente Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Leider ziehen die Währungsschwankungen, denen die europäischen Länder seit den 1970er Jahren ausgesetzt sind, Schwankungen der in diesen Ländern garantierten Preise nach sich. Zur Behebung dieser Marktverzerrung wird ein System von Ausgleichsabgaben an den Grenzen eingeführt, das nicht mit dem Agrarmarkt, sondern ausschließlich mit der Währungssituation verknüpft ist.

Dieses seit 1969 nach der Abwertung des französischen Francs und der Aufwertung der Deutschen Mark geltende System sollte als Puffer dienen und die Auswirkungen der Währungsbeschlüsse auf die Einkommen der Landwirte abfedern und zeitlich strecken, da jede Aufwertung einer nationalen Währung zu einem Absinken der gemeinsamen Agrarpreise in der jeweiligen Landeswährung und Preissteigerungen in den Ländern mit der abgewerteten Währung führt.⁶⁸

Einige Fraktionsmitglieder, unter ihnen Giosuè Ligios, fällen ein gnadenloses Urteil: „*Das System der Währungsausgleichsbeträge war daher nicht nur Ursache erheblicher Wettbewerbsverzerrungen, sondern hat die gemeinsamen Agrarpreise praktisch zu einer Fiktion werden lassen und die Einheit des Marktes zerstört. Darüber hinaus verursachte es ernsthafte Widersprüche und gegenseitiges Mißtrauen zwischen den Mitgliedstaaten. Die Kontroversen über die Ausfuhren deutscher Milch nach*

*Italien oder über die Subventionen für den Verbrauch von Butter in Großbritannien sind Geschehnisse, die noch nicht lange zurückliegen, so daß es nicht erforderlich ist, länger darauf einzugehen.*⁶⁹

Der deutsche Koordinator des Ausschusses für Landwirtschaft, Isidor Früh, geht sogar so weit, eine Verbindung zwischen den Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Gemeinsamen Agrarpolitik und dem Fehlen einer Wirtschafts- und Währungsunion herzustellen⁷⁰: „Seit 1969 hatten die zunehmenden wirtschaftlichen Ungleichgewichte Auswirkungen auf den Währungsbereich. Seitdem war auf dem gemeinsamen Agrarmarkt ununterbrochen das Fehlen einer Wirtschafts- und Währungsunion spürbar, was das System der Agrarpreise und Agrarmärkte noch mehr in Mitleidenschaft zog. Dieses System konnte nur so lange zufriedenstellend funktionieren, solange die Kaufkräfte der verschiedenen Währungen zur Angleichung tendierten und die Paritäten zwischen den Gemeinschaftswährungen sich nicht änderten (...). Hingegen vergrößert jede Veränderung des Wechselkurses den in den verschiedenen nationalen Währungen ausgedrückten nominalen Unterschied zwischen den Agrarpreisen. So führt jede Abwertung automatisch zu einer Erhöhung der Orientierungs- und Interventionspreise, während ein Anstieg des Wechselkurses das Gegenteil bewirkt. Derart gravierende Auswirkungen auf die Erzeuger- und die Verbraucherpreise konnten nur durch die Einführung eines Systems von Ausgleichsbeträgen vermieden werden, die trotz der Bildung von sieben Teilmärkten zu einem Bindemittel für den Gemeinsamen Agrarmarkt geworden sind (...). Die derzeitige Lage resultiert aus dem Scheitern der Bemühungen zur Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion.“⁷¹

Die GAP bleibt dennoch das „wesentliche Element der Gemeinschaft, der Kernpunkt ihrer Integration“

Trotz der Kritik, der die GAP ausgesetzt war, hatte sie unbestreitbar positive Wirkungen von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Sie führte zur Stabilisierung des Marktes der Gemeinschaft in einer Zeit, als der Weltmarkt starken Preisschwankungen unterworfen war, und garantierte den Verbrauchern Versorgungssicherheit zu angemessenen Preisen, sicherte den Landwirten eine gewisse Einkommensgarantie, wenn auch je nach Fall in unterschiedlichem Maße. Darüber hinaus war sie jahrelang, wie Giosuè Ligios bemerkte, „wesentliches Element der Gemeinschaft, der Kernpunkt ihrer Integration“⁷².

1977 kommt es zu einer schweren Krise der GAP, die allerdings in vielen Fällen von Ursachen herrührt, die außerhalb der GAP selbst liegen, insbesondere der Wirtschafts- und Währungssituation und der

von der Gemeinschaft erreichten geringen oder noch gar nicht in Angriff genommenen Integration bei den anderen Politikbereichen. Es sind daher Reformen erforderlich, um die Zukunft der GAP zu sichern.

Vor diesem Hintergrund werden die verschiedenen Aspekte der GAP von der Christlich-demokratischen Fraktion im Mai 1977 während ihrer Studientage in Brixen geprüft. Unter dem Vorsitz von Egon Klepsch werden nacheinander mehrere Aspekte aufgezeigt, von denen die Zukunft dieser Politik abhängt. Der Bericht über die Perspektiven der Agrarpolitik der Gemeinschaft wird Giosuè Ligios übertragen, der Bericht über die Ausrichtung der Markt-, Preis- und Einkommenspolitik – Ferruccio Pisoni, der Bericht über die Agrarstrukturpolitik, unter besonderer Berücksichtigung der Berglandwirtschaft – dem Italiener Peter Brugger, einem Abgeordneten aus Südtirol, und der Bericht über die Agrarpolitik im Rahmen einer gemeinsamen Wirtschafts-, Währungs- und Handelspolitik – Isidor Früh. Die Christlich-demokratische Fraktion des Europäischen Parlaments beschließt, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, welche im Hinblick auf die Direktwahl des Europäischen Parlaments bis zum Herbst dieses Jahres programmatische Thesen zur Agrarpolitik erarbeiten wird. In einer Konferenz mit Vertretern der nationalen Parteien wird dann eine Gesamtkonzeption für die zukünftige Agrarpolitik der Europäischen Gemeinschaft entwickelt werden.

Die GAP trug in den 1960er Jahren zum Prozess der europäischen Einigung bei. In den 1980er Jahren wird sie jedoch aufgrund ihrer Erfolge und ihrer Kosten wieder infrage gestellt.

Kapitel V

DER LANGE WEG ZUR WÄHRUNGSUNION

Versetzt man sich in das Europa der 1960er und 1970er Jahre und das damals herrschende wirtschaftliche und politische Klima zurück, so stellt man fest, dass langsam aber sicher die Erkenntnis reifte, eines Tages eine Europäische Wirtschafts- und Währungsunion gründen zu müssen. Jeder Staat besitzt seine Landeswährung, die er zusammen mit der Sprache und der Flagge als symbolträchtigstes Attribut seiner Souveränität und Identität betrachtet. Die Deutschen sind stolz auf die starke Deutsche Mark, mit der sie den Wiederaufbau ihrer Wirtschaft finanzieren und die für ihre teuer erkaufte Fähigkeit steht, die Inflation endgültig in den Griff zu bekommen. Die Franzosen identifizieren sich mit dem Franc, dem Neuen Franc, den General de Gaulle 1958 eingeführt hat. Der Franc ist seit dem Ende der Monarchie untrennbar mit der französischen Geschichte verbunden. Desgleichen hängen die Niederländer an ihrem Gulden, der den Seehandel und die florierenden Geschäfte vergangener Jahrhunderte in Erinnerung ruft. Die Luxemburger und die Belgier haben unmittelbar nach dem Krieg ein Währungsabkommen geschlossen und den belgisch-luxemburgischen Franc zu einer gemeinsamen Währung erhoben, auch wenn diese in beiden Ländern durch unterschiedlich gestaltete Münzen und Geldscheine verkörpert wird. Großbritannien wird gleichsam mit dem Pfund Sterling identifiziert. Und selbst Spanien, Portugal und Griechenland hätten sich kaum vorstellen können, dass Peseta, Escudo oder Drachme eines Tages verschwinden würden.

So bewiesen die führenden Köpfe und die europäischen Organe Mut und Weitblick, als sie zu der Überzeugung gelangten, dass der bis zur Freizügigkeit und zum freien Verkehr vorangetriebene Marktöffnungsprozess zwangsläufig mit einer Wirtschafts- und Währungsunion verbunden und letztlich durch diese gekrönt werden müsste. Denn ohne Währungsunion würden die Wettbewerbsverzerrungen, die zu Wechselkursmanipulationen, Ab- oder Aufwertungen führen könnten, auf

Dauer gesehen die Existenz eines solchen Gemeinsamen Marktes gefährden.

Die Christlich-demokratische Fraktion hat sich nachdrücklich dafür eingesetzt, Binnenmarkt und gemeinsame Währung zusammen zu verwirklichen. Männer wie Friedrich Burgbacher, Hermann Schwörer, Ernst Müller-Hermann, Harry Notenboom und Richie Ryan, an deren Stelle nach den Wahlen von 1979 Karl von Wogau, Fernand Herman, Otmar Franz und Ingo Friedrich traten, setzten alles daran, um ihre Kollegen und die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, diesen spektakulären Schritt zu wagen, der am 1. Januar 2002 schließlich zur Einführung von Euro-Scheinen und -Münzen in neun Mitgliedstaaten führt und die nationalen Währungen schnell untergehen lässt. Dieser Erfolg wurde durch die Inkraftsetzung des Vertrags von Maastricht im November 1993 ermöglicht, doch um ihn richtig zu verstehen, muss man sich auf die Anfänge dieses großen Projekts zurückbesinnen und sich dessen langen und schwierigen Reifeprozess ansehen.

Die Aussicht auf eine gemeinsame Währungspolitik klingt in den Artikeln 103 bis 108 des Vertrags von Rom (1957) an, in dem auch der freie Zahlungs- und Kapitalverkehr Erwähnung findet. Die Bestimmungen des Vertrags zu Währungsfragen sind allerdings recht zurückhaltend, und weder die Kommission noch der Rat besitzen verbindliche Befugnisse zur Koordinierung der Währungspolitik. Im Vertrag ist lediglich die Einsetzung eines Beratenden Währungsausschusses vorgesehen. Zu der Zeit wurde die währungspolitische Zusammenarbeit noch nicht als wirkliches Erfordernis betrachtet, da sich die sechs Mitgliedstaaten der Gemeinschaft einer insgesamt überschüssigen Zahlungsbilanz erfreuten und zu jener Zeit weltweit Währungsstabilität herrschte.

Am 6. März 1970 setzt der Rat einen Sachverständigenausschuss unter dem Vorsitz des luxemburgischen Ministerpräsidenten Pierre Werner ein. Die Arbeitsgruppe soll einen analytischen Bericht erstellen und die grundlegenden Optionen für eine stufenweise Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion in der Europäischen Gemeinschaft bis 1980 aufzeigen. Der Bericht wird später mehrmals überarbeitet, sodass am Ende immerhin ein Kompromiss erzielt werden kann. Der endgültige Bericht wird am 8. Oktober 1970 vorgelegt.

Pierre Werner ist eine der historischen Persönlichkeiten der Christdemokraten sowohl in Luxemburg, wo er sich großer Beliebtheit erfreute, als auch in der Europäischen Gemeinschaft, in der er mit seinem Engagement für Europa die Tradition der Gründerväter fortsetzte. Sein Bericht über die Währungsunion diente als Grundlage für alle Arbeiten, die zur gemeinsamen Währung führten. Der als ein Weiser

Europas geltende und geachtete Pierre Werner wurde häufig eingeladen, vor der Christlich-demokratischen Fraktion und später vor der EVP-Fraktion seine Meinung zu äußern. Pierre Werner und Jacques Santer stellten sich im Amt des Ministerpräsidenten Luxemburgs treu und unerschütterlich in den Dienst des europäischen Einigungswerks, und auch Jean-Claude Juncker ist nicht von dieser Linie abgewichen. Ihre kulturelle und sprachliche Nähe zu Frankreich und Deutschland, ihre Sensibilität als Bürger kleiner Staaten im Herzen Europas und als Verfechter des Europagedankens brachten ihnen das Vertrauen und die Sympathie der Fraktionsmitglieder ein.

Als der Rat schließlich am 22. März 1971 die Vorschläge der Kommission für die stufenweise, im Laufe von zehn Jahren zu bewältigende Verwirklichung der WWU annimmt, vollzieht er damit einen wichtigen politischen Schritt. Dieser Stufenplan ist ein historisches Ereignis, sieht er doch die allmähliche Vereinheitlichung der Wirtschaftspolitik der Sechs und die Schaffung einer Währungsorganisation vor, die 1980 durch eine gemeinsame Währung gekrönt werden sollte.

Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems (1971) leitet Währungskrise in Europa ein

Leider stehen die Zeichen nicht günstig für die Währungspläne der Sechs. Das schwindende Vertrauen in den Dollar fördert schon bald Schwierigkeiten zutage. Um die in einem massiven Ansturm auf die D-Mark zum Ausdruck kommende Spekulation gegen den Dollar einzudämmen, beschließen Deutschland und die Niederlande, die Kurse ihrer Währungen nach oben frei zu geben. Die anderen Länder „klamern“ sich an Maßnahmen zur Kontrolle der Wechselkurse. Im Zuge dieses Prozesses gerät die Einheit des Agrarmarktes in Gefahr, sodass die sechs Mitgliedstaaten der Gemeinschaft Ausgleichsmaßnahmen ergreifen müssen. Die am 15. August 1971 verkündete Entscheidung von US-Präsident Richard Nixon, durch Aussetzung der Dollar-Konvertibilität in Gold den Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems zu provozieren, markiert den dramatischen Höhepunkt der damaligen internationalen Währungskrise.

Währungsschlange hält Kursschwankungen in Grenzen

Am 21. März 1972 legt der Ministerrat für Wechselkursschwankungen zwischen zwei Währungen der Gemeinschaft eine Bandbreite von 2,25 % fest und beschließt, dass Interventionen der Zentralbanken in Gemeinschaftswährung erfolgen müssen. Somit wäre der Dollar nicht

mehr die „Zentralsonne“ des europäischen Währungssystems. Am 10. April 1972 wird durch die Baseler Übereinkunft die „Währungsschlange“ ins Leben gerufen. Die Zentralbankpräsidenten engen die Bandbreite für Kursschwankungen innerhalb der Gemeinschaft ein, sodass der Wechselkursverbund nur noch eine kurzzeitige Abweichung von maximal 2,25 % von der festgelegten Wechselkursparität erlaubt. Die im Verhältnis zum Gold festgelegte Rechnungseinheit (RE) löst in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft den Dollar als Verrechnungswährung ab. Mangels einer echten Währungsunion dient die Währungsschlange als Stütze, um angesichts des internationalen währungspolitischen Chaos eine Zone verhältnismäßiger Stabilität zu schaffen.

Der Pariser Gipfel: Das Ziel heißt „Währungsunion“ (Oktober 1972)

Die am 19. und 20. Oktober 1972 in Paris tagenden Staats- und Regierungschefs der Neun stellen fest, dass es den sechs ursprünglichen Mitgliedstaaten in 16 Jahren nicht gelungen ist, das Werk zu vollenden, und dass die Europäische Gemeinschaft in wirtschaftlicher und währungspolitischer Hinsicht weitgehend unvollendet geblieben ist. Da die Gemeinschaft gerade erweitert wurde, müssen ihr neue Aufgaben übertragen werden. Ein Europa, das sich seiner Verantwortung nach innen und außen bewusst ist, erscheint daher immer unentbehrlicher. Damit Europa *„imstande [ist], seiner Stimme in der Weltpolitik Gehör zu verschaffen, den eigenständigen Beitrag zu leisten, der seinen menschlichen, geistigen und materiellen Möglichkeiten entspricht...“*, müssen die neun Mitgliedstaaten eine *„Wirtschafts- und Währungsunion [schaffen], die Unterpfand für Stabilität und Wachstum, Grundlage ihrer Solidarität sowie unerlässliche Voraussetzung für sozialen Fortschritt ist, und dabei regionalen Disparitäten abhelfen“*.⁷³ Dies setzt auf absehbare Zeit die Verstärkung bestehender Gemeinschaftspolitiken, die Inangriffnahme neuer Politikbereiche und die engere Koordinierung der Wirtschafts- und Währungspolitiken voraus, aber auch die Intensivierung der politischen Zusammenarbeit und die Stärkung der Gemeinschaftsinstitutionen. Vornehmstes Ziel der Staats- und Regierungschefs ist es, noch bis zum Ende der 1970er Jahre die Gesamtheit der Beziehungen der Mitgliedstaaten in eine Europäische Union umzuwandeln.

In diesem neuen Klima tritt Anfang 1977 eine neue EG-Kommission unter dem Vorsitz des Briten Roy Jenkins ihr Amt an. Gemäß den Forderungen des Pariser Gipfels beginnt sie umgehend mit der Ausarbeitung mehrerer Vorschläge. Das internationale System bleibt jedoch äußerst

instabil. Im Februar/März bricht eine neue Krise aus. Gleichwohl gelingt es der Gemeinschaft, den Zusammenbruch ihres Währungssystems zu verhindern. Sechs Mitgliedstaaten, nämlich Deutschland, Frankreich, Belgien, Luxemburg, die Niederlande und Dänemark, beschließen, die Schwankungsbreite von 2,25 % zwischen ihren Währungen beizubehalten und diese gegenüber dem Dollar geordnet floaten zu lassen.

Die Fraktion begrüßt die Stärkung des Europäischen Währungsfonds

Die Fraktion spricht sich vor allem für die Schaffung eines Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit aus. Am 5. Juni 1973 äußert sich der Deutsche Friedrich Burgbacher hierzu im Parlament wie folgt: *„Der Europäische Währungsfonds ist eine notwendige Institution. Es ist aber schon gesagt worden, so wie er jetzt ausgestattet ist, ist er zur Lösung europäischer Währungsprobleme nicht funktionsfähig. Dazu müsste sehr viel mehr von unseren Währungsreserven in den Fonds gegeben werden.“*⁷⁴

Aufgrund der Währungskrise im ersten Halbjahr 1973 kommt es zu einer erheblichen Verzögerung der Entscheidungen, die für den Übergang zur zweiten Stufe der WWU erforderlich sind, während sich die Inflation in ganz Europa beschleunigt und jährliche Raten von 8 % bis 9 % erreicht. Als im Oktober der vierte Krieg im Nahen Osten ausbricht, gesellt sich eine neue Krise hinzu. Die von den arabischen Ländern beschlossenen Einschränkungen des Ölangebots, verbunden mit einem totalen Lieferembargo gegen die Niederlande, drohen die europäischen Volkswirtschaften kurzfristig lahm zu legen. Die Solidarität der Gemeinschaft wird auf eine harte Probe gestellt. Im Oktober 1973 einigen sich die Neun auf ein „Dokument über die europäische Identität“, um mit den USA mit einer Stimme sprechen zu können.

Es gilt, den für den 1. Januar 1974 vorgesehenen Eintritt in die zweite Stufe der WWU zu vollziehen, was Hermann Schwörer während einer Plenartagung des Europäischen Parlaments im Januar 1974 mit folgenden Worten erklärt: *„Einmal müssen die Versäumnisse der ersten Stufe (z. B. die gemeinsame Bekämpfung der Inflation, eine gemeinsame Haushaltspolitik) aufgeholt werden; zum anderen müssen wichtige neue Maßnahmen, wie ständige Konsultationen im Wirtschafts- und Währungsbereich, die Koordinierung der Sozial-, Steuer- und Wettbewerbspolitik, eingeleitet werden. Da diese zweite Stufe am 1. Januar 1976 abgeschlossen sein soll, muß der Rat mit aller Dringlichkeit aufgefordert werden, durch entsprechende Beschlußfassung den sofortigen Eintritt in die nächste Stufe zu ermöglichen.“*

1974-1977: Die Überwindung der Durststrecke auf dem Weg zur Währungsunion

In den ersten Monaten des Jahres 1974 verschärft sich die europäische Krise, und die Unsicherheit über das Schicksal Europas wächst. Im Januar kommt diese Vertrauenskrise in der Entscheidung der Pariser Regierung zum Ausdruck, den Kurs des Franc freizugeben. Der Franc verliert somit den Anschluss zum harten Kern der WWU, der sich nun auf die Deutsche Mark, den belgischen und luxemburgischen Franc, die dänische Krone und den niederländischen Gulden beschränkt. Die Sackgasse, in der man sich bei der Schaffung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung als Herzstück der Wirtschaftsunion befindet, und die Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und seinen europäischen Partnern, die während der Washingtoner Konferenz der wichtigsten Erdölverbraucherländer zutage treten, vervollständigen das düstere Bild.

Die Jahre 1974-1977 stellen eine Durststrecke dar, die auf dem Weg zur geplanten Währungsunion überwunden werden muss. Eine galoppierende Inflation und defizitäre Zahlungsbilanzen schwächen in dieser Zeit die britische, die italienische, die französische und die irische Währung und zwingen sie mehrmals, aus dem Europäischen Währungsverbund auszutreten. Im Januar 1974 wird dieser nur noch von der DM-Zone, d. h. der Bundesrepublik Deutschland, Dänemark und den drei Beneluxstaaten getragen. Die Währungsschlange wird damit auf ihre einfachste Ausdrucksform reduziert und ist am toten Punkt angelangt.

Nach diesem Fehlschlag versuchen die politisch Verantwortlichen Europas, für die Stabilisierung ihrer Währungen ein anderes Konzept zu finden. Zur selben Zeit kommen in Kingston die Finanzminister des IWF-Interimsausschusses zusammen, der am 8. Januar 1976 eine Reform des internationalen Währungssystems beschließt. Bekannt geworden als so genanntes „Jamaika-Abkommen“ werden mit dieser Reform die freien Wechselkurse legalisiert und somit dem System der festen und der veränderbaren Paritäten ein Ende gesetzt.

Roy Jenkins, der Präsident der Europäischen Kommission, unterbreitet am 27. Oktober 1977 in Florenz den Vorschlag, den Weg in Richtung einer Währungsunion einzuschlagen, die er als das sicherste Instrument darstellt, um das Wirtschaftswachstum in Europa wieder in Gang zu bringen und Inflation und Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.

Die Christdemokraten werden durch die Entstehung des Europäischen Währungssystems (1978) gestärkt

Im Januar 1978 nimmt die Christlich-demokratische Fraktion des Europäischen Parlaments einstimmig einen Entschließungsantrag über die Wiederbelebung der WWU an, den ihre von Ernst Müller-Hermann geleitete Arbeitsgruppe ausgearbeitet hatte. Die Fraktion hält diese Wiederbelebung für dringend erforderlich, bevor es zur Erweiterung der Gemeinschaft kommt, eine Erweiterung, die die Fraktion begrüßt, da die Integration der neun Mitgliedstaaten unbedingt vertieft werden muss. Darüber hinaus hat die partielle Wirtschaftskrise der Gemeinschaft die Mitgliedstaaten dazu bewogen, zunehmend einzelstaatliche und protektionistische Maßnahmen zu erlassen, was dem EWG-Vertrag widerspricht. In Anbetracht ihres bedeutenden wirtschaftlichen Potenzials muss sich die Gemeinschaft schließlich ihrer großen Verantwortung für die Dritte Welt und ihrer Rolle bei der Stabilisierung der Weltwirtschaft bewusst sein. Hierzu bedarf es eines gemeinsamen Vorgehens der Mitgliedstaaten, was die Christdemokraten in ihrer Überzeugung bestärkt, dass die Gemeinschaft zum Erreichen des Ziels der WWU konzertierte und parallele Maßnahmen in mehreren Bereichen durchführen muss. Verstärkt sind die Anstrengungen auf ein Wachstum ohne Inflation zu richten, und es müssen eine größere Kohärenz der Wirtschaftspolitik der Gemeinschaft herbeigeführt, die regionalen Ungleichgewichte beseitigt und eine bessere Zusammenarbeit im Bereich der Währungspolitik gewährleistet werden.

Auf der Tagung des Europäischen Rates am 7. und 8. April 1978 in Kopenhagen tragen Valéry Giscard d'Estaing und Helmut Schmidt die Idee von einem neuen Europäischen Währungssystem (EWS) vor, das allen EG-Staaten offenstehen soll. Die Ergebnisse der Beratungen über die Errichtung eines Europäischen Währungssystems zeigen, dass eine größere Konvergenz im Bereich der Wirtschaftsentwicklung unabdingbar ist, wenn dieses System auf Dauer funktionieren soll. Auf diese Frage konzentrieren sich die Ausführungen der Christdemokraten Harry Notenboom, Ernst Müller-Hermann, Camillo Ripamonti und des Fraktionssprechers Richie Ryan während der Debatten des Europäischen Parlaments im letzten Quartal 1978. Vor einem insgesamt günstigen wirtschaftlichen Hintergrund billigt der Europäische Rat in Bremen am 7. Juli 1978 die Schaffung des EWS. Die Organe der Gemeinschaft und die Finanzminister der neun Mitgliedstaaten werden umgehend aufgefordert, konkrete Vorschläge auszuarbeiten, die auf der Tagung des Europäischen Rates am 4. und 5. Dezember 1978 in Brüssel

förmlich angenommen werden. Ernst Müller-Hermann begrüßt im Namen der Fraktion das Konzept eines Währungssystems mit festen Wechselkursen: *„Wenn dieses Projekt zum Erfolg führt, dann würde zweifellos die Gemeinschaft einen ganz entscheidenden Fortschritt in Richtung auf mehr Integration erreichen, in Richtung auf ökonomische Effizienz und damit auch in Richtung auf mehr politische Solidarität und Autorität.“*⁷⁵

Für Harry Notenboom stellt der Beschluss von Bremen einen gewaltigen Fortschritt dar. Er erinnert daran, dass die Christdemokraten aufgrund der Währungsinstabilität bestimmte Aufgaben, die sie sich gestellt haben, nicht erfüllen können. Denn die Christlich-demokratische Fraktion strebt eine gerechtere Verteilung unter den gesellschaftlichen Gruppen und den Regionen an. Währungspolitische Unsicherheit gefährdet zudem den Erfolg der geplanten Erweiterung: *„Ohne Integration kann Europa nie die Rolle spielen, die wir wünschen. Wir wollen doch im Inneren die schwere Arbeitslosigkeit zurückdrängen, unsere sozioökonomische Struktur an die neuen Gegebenheiten in der Welt und an die neue internationale Arbeitsteilung anpassen, und wir wollen auch eine erfolgreiche Erweiterung der Gemeinschaft.“*⁷⁶

Am 13. März 1979 wird das EWS eingeführt, allerdings ohne Großbritannien, das ihm nicht beitrifft, um den Kurs des Pfunds weiterhin frei schwanken lassen zu können. Die wichtigste Neuerung, durch die sich das EWS – gelungenes Fundament der künftigen Wirtschafts- und Währungsunion – gegenüber der Währungsschlange auszeichnen wird, ist die Einführung des ECU (European Currency Unit – Europäische Währungseinheit).

Es werden allerdings noch zwei Jahrzehnte ins Land gehen müssen, ehe die Europäer den in „Euro“ umgewandelten und umgetauften ECU in ihren Portemonnaies haben werden.

Kapitel VI

DIE CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE FRAKTION SPIELT IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT DIE TRUMPFKARTE DES HAUSHALTSVERFAHRENS AUS

Wie haben die nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten im Laufe der Geschichte der Demokratie ihre Befugnisse errungen? Durch das Haushaltsverfahren, die Haushaltskontrolle, den gleichberechtigten Dialog mit den Regierungen über alle den Haushalt betreffenden Fragen. Zu diesem Ergebnis gelangten die Wegbereiter der Fraktion im Haushaltsausschuss, „die Haushaltsexperten“. So haben die Christdemokraten im Europäischen Parlament schon frühzeitig dafür gekämpft, dieses demokratische Organ als wirklich mitverantwortlichen Teil der Haushaltsbehörde im institutionellen Dreieck der Gemeinschaft durchzusetzen.

Der Pariser Vertrag von 1951 enthielt zugleich „kurze und vereinfachte“ Haushaltsvorschriften, die ein Merkmal für die Originalität des Systems sind. Die Hohe Behörde erhebt die als „Umlagen“ bezeichneten Einnahmen und genehmigt die operationellen Ausgaben, die die wichtigsten Ausgaben sind. Die Verwaltungsausgaben werden hingegen vom „Kollegium der vier Präsidenten“⁷⁷ genehmigt, das heute nicht mehr besteht.

In den Römischen Verträgen hat der Haushalt eine sehr viel größere Bedeutung als im Vertrag von Paris. So wird die Haushaltsbefugnis nicht mehr der Kommission übertragen, die die Supranationalität verkörpert, sondern dem Rat, der die Staaten vertritt. Das Europäische Parlament hat praktisch keine Haushaltsbefugnisse. Es hat das Recht, Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf des Rates vorzulegen, den endgültigen Haushaltsplan stellt jedoch der Rat nach Beratungen mit der Kommission fest.

Mit dem Fusionsvertrag der Exekutivorgane der drei Gemeinschaften (EGKS, EWG, Euratom) vom 8. April 1965 wird durch die Fusion des Verwaltungshaushaltsplans der EGKS, des Haushaltsplans der EWG und des Haushaltsplans der Euratom ein Haushaltsplan der Gemeinschaften geschaffen.

Die eigenen Mittel, die an die Stelle der Finanzbeiträge der Mitgliedstaaten treten sollen, und die Stärkung der Haushaltsbefugnisse des Europäischen Parlaments sind zwei Themen, bei denen die Christlich-demokratische Fraktion in die Offensive gehen will.

Am 2. Juli 1969 findet eine Aussprache über eine mündliche Anfrage zu den eigenen Mitteln der Gemeinschaften und den Haushaltsbefugnissen des Parlaments statt, in der Helmut Karl Artzinger feststellt: *„Solange die Gemeinschaft wesentlich von den Beiträgen der Mitgliedsländer lebt, wird es kein echtes Haushaltsrecht des Parlaments geben (...). Aber daß es das unabdingbare Ziel dieses Parlaments ist, das volle Budgetrecht zu erhalten, daran darf kein Zweifel sein“*.⁷⁸ Am 10. Dezember 1969 verkündet Hans Furler die Ziele der Fraktion: *„Sie wissen, daß der Kampf um das Haushaltsrecht des Europäischen Parlaments schon seit Jahren geführt wird und daß hier einmütig die These vertreten wurde, daß das Parlament mit gemeinsamen Einnahmen auch ein echtes Haushaltsrecht erhalten muß (...). Wir verlangen weder ein volles Haushaltsrecht noch sind wir zufrieden mit einer unverbindlichen Konsultation. Wir verlangen vielmehr eine echte Mitwirkung in Form eines Zustimmungsrechts“*.⁷⁹

Gestärkte Haushaltsbefugnisse: die Haushaltsverträge von 1970 und 1975

Am 21. April 1970 beschließt der Ministerrat, die Europäische Gemeinschaft mit finanzieller Autonomie auszustatten, sodass sie sich vollständig aus Mitteln finanzieren kann, die ihr automatisch zugeführt werden, während die Haushaltsbehörden der Mitgliedstaaten nicht mehr gezwungen sind, jedes Jahr einen Posten für Gemeinschaftsausgaben in den nationalen Haushalt einzusetzen. Die erste Form von „Eigenmitteln“ findet sich allerdings im Vertrag über die Gründung der EGKS, der seinerzeit die Hohe Behörde (später die Kommission der Europäischen Gemeinschaften) dazu berechtigte, von den Kohle- und Stahlunternehmen der Mitgliedstaaten jährlich Umlagen zu erheben, mit denen die Politik der Gemeinschaft im Kohle- und Stahlsektor finanziert werden sollte. Die Agrarabschöpfungen stellen eine weitere Kategorie von „Eigenmitteln“ dar. Auch die Zollabgaben werden im Rahmen des Gemeinsamen Zolltarifs, den die Europäische Gemeinschaft eingeführt hat, als „Eigenmittel“ an den europäischen Haushalt gezahlt. Die übrigen Mittel, die erforderlich sind, um die Gesamtausgaben zu bestreiten, kommen von den nationalen Beiträgen, d. h. von den Beiträgen, die die Mitgliedstaaten abführen.⁸⁰

Zusammen mit der Schaffung von Eigenmitteln erhält das Parlament in zwei Schritten tatsächliche Haushaltsbefugnisse. Der Beschluss vom 21. April 1970 über die Ersetzung der Finanzbeiträge der Mitgliedstaaten durch eigene Mittel und der am 22. April 1970 unterzeichnete Vertrag von Luxemburg zur Änderung bestimmter Haushaltsvorschriften, mit dem die Haushaltsrechte des Parlaments gestärkt werden, stellen die Fraktion zufrieden, sodass sie am 5. Juli 1972 durch Heinrich Aigner das Anliegen der Christdemokraten verkünden lässt: *„Ich darf sagen, daß meine Fraktion das Haushaltsrecht in zwei Richtungen, Bewilligungsrecht und Kontrollrecht, als einen Angelpunkt der demokratischen Entwicklung der Gemeinschaft betrachtet.“*⁸¹

Der Vertrag von Luxemburg bringt mehrere Neuerungen mit sich. Mit ihm werden einige Aspekte der Haushaltsbefugnis (Ausgaben, Feststellung, Entlastung) geändert und die „obligatorischen Ausgaben“ (OA) und die „nichtobligatorischen Ausgaben“ (NOA) eingeführt. Das Europäische Parlament erhält eine eigene Entscheidungsbefugnis für die NOA und hat in diesem Fall „das letzte Wort“. Der Vertrag räumt dem Parlament das Recht auf „endgültige Feststellung des Haushaltsplans“ ein. Schließlich verpflichtet sich der Rat zu einer engeren Konzertierung mit dem Europäischen Parlament bei der Prüfung von Rechtsakten mit ins Gewicht fallenden finanziellen Auswirkungen. Die Bestimmungen für die Anwendung dieses Konzertierungsverfahrens sind in einem Interinstitutionellen Abkommen festgelegt, das am 4. März 1975 geschlossen wird.

Der am 22. Juli 1975 unterzeichnete Vertrag von Brüssel ist der zweite „Haushaltsvertrag“. Mit ihm werden zum einen einige Haushaltsvorschriften der Verträge geändert, das Vermittlungsverfahren eingeführt und der Rechnungshof gegründet. Zum anderen stärkt er die Haushaltsbefugnisse des Europäischen Parlaments sowie dessen Haushaltskontrollbefugnisse bei der Ausführung der Ausgaben: Das Parlament erhält das Recht, den vom Rat angenommenen Haushaltsentwurf als Ganzes abzulehnen, und ihm wird die Zuständigkeit übertragen, der Kommission Entlastung zur Ausführung des Haushaltsplans zu erteilen. Das Entlastungsverfahren spiegelt den Machtzuwachs des Europäischen Parlaments wider. Während es anfänglich nur eine nachträgliche Kontrollbefugnis innehat, baut es diese zu einer kontinuierlichen Kontrolle über den Haushaltsvollzug der Gemeinschaft aus. Es kontrolliert die Ausführung des Haushaltsplans und erteilt der Kommission jedes Jahr Entlastung.

Die Ausweitung der Haushaltsbefugnisse des Europäischen Parlaments vollzieht sich jedoch nicht ohne Schwierigkeiten. Die Stärkung der Rolle des Parlaments gegenüber dem Rat heißt für Letzteren, seine

Haushalts- und Gesetzgebungsbefugnisse zu teilen, d. h. einen gemeinsamen Standpunkt mit der parlamentarischen Institution zu finden und Kompromisse zu schließen. Dies ist häufig sehr schwierig, und durch Haushaltskrisen wird das reibungslose Arbeiten der Haushaltsbehörde gefährdet.

Heinrich Aigner nimmt sich des Rechnungshofs an

Heinrich Aigner, Ko-Berichterstatter zum Entwurf eines Vertrags zur Änderung der Beziehungen zwischen den Organen der Gemeinschaft, unterstützt die Gründung des Rechnungshofs.⁸² Seiner Auffassung nach wird es nur mithilfe eines lückenlosen Netzes externer und interner Kontrollen möglich sein, die Betrugstatbestände zu verringern. Der Rechnungshof müsse die Haushaltsbehörde sowie die kontrollierende Behörde dabei unterstützen, die festgestellten Fehler, die zuweilen ja auch von den Haushaltsbeschlüssen herrühren, zu berichtigen. Er sollte seine Tätigkeit in voller Unabhängigkeit ausüben und Prüfungen bei den Institutionen der Gemeinschaft und in den Mitgliedstaaten vornehmen. Er müsse das Recht haben, alle Unterlagen oder Informationen anzufordern, die für die Erfüllung seiner Aufgaben notwendig sind. Heinrich Aigner erwirkt für das Parlament das Recht auf uneingeschränkte Mitwirkung bei der Ernennung der Mitglieder des Rechnungshofs. Das Parlament gewinnt bei der Vorbereitung von Assoziations- und Handelsabkommen, die von der Gemeinschaft geschlossen werden, an Einfluss.

Das „Notenboom-Verfahren“

Das Europäische Parlament hat es dem niederländischen Christdemokraten Harry Notenboom zu verdanken, dass 1976 ein Verfahren zur parlamentarischen Kontrolle im Laufe des Haushaltsjahrs geschaffen wird. Sein Zweck besteht darin, der Kommission Informationen über die ordnungsgemäße Haushaltsführung zur Verfügung zu stellen und das Haushaltsverfahren transparenter zu gestalten. Das heute noch, wenn auch in abgewandelter Form, angewandte „Notenboom-Verfahren“ wurde vom Ausschuss für Haushaltskontrolle angeregt, der „sicherstellen wollte, dass die Debatte über den Haushaltsplan des folgenden Jahres den Haushaltsvollzug im Vorjahr und im laufenden Jahr widerspiegelt“. Dieses Verfahren, das weiter ausgestaltet wurde und nunmehr in der institutionellen Tradition verankert ist, hat seinen Ursprung in der Entschlossenheit der christdemokratischen Abgeordneten, die Ausübung der Haushaltskontrolle nicht nur auf eine bloße beratende

Tätigkeit zu beschränken, sondern vielmehr auf eine moderne und wirksame parlamentarische Kontrollbefugnis zu stützen.

Am Vorabend der Direktwahl 1979 verfügt das Europäische Parlament somit über eine neue Befugnis, die seinen Machtzuwachs im Gemeinschaftssystem einleitet. Männer wie Heinrich Aigner und Harry Notenboom haben den auf Haushaltsfragen spezialisierten Ausschüssen des Parlaments zu Ansehen verholfen. Es gibt kein Geheimnis oder Geheimrezept für den Erfolg dieser Männer: Es gilt, gegenüber den Mitgliedern des Rates, denen hochrangige Haushaltsexperten zur Seite stehen, einen ebensolchen kämpferischen Geist und dieselbe Sachkenntnis unter Beweis zu stellen. Es geht nicht darum, einen Machtkampf zu führen, sondern einen anspruchsvollen Parlamentarismus zu entwickeln. Die Fraktionsmitglieder, die vor und nach 1979 dem Haushalts- und dem Haushaltskontrollausschuss angehörten, berichten mit einem gewissen Stolz von der Atmosphäre, die in diesen Ausschüssen herrscht. Sie haben das Gefühl, einer Elite anzugehören, die Macht über die Zahlen hat und ein erhebliches Arbeitspensum zu bewältigen vermag, was oft auch Nachtsitzungen einschließt. Horst Langes, Efthimios Christodoulou, James Elles und viele andere setzen diese Pionierarbeit in den folgenden Wahlperioden fort. Jan Westebroek, der aus den Niederlanden stammende Haushaltsbeauftragte der Fraktion, ist ein hartnäckiger und äußerst kompetenter Mann, der den für Haushaltsfragen zuständigen Mitgliedern der Fraktion viele kluge Ratschläge erteilt.

Nach den Wahlen von 1979 ringen die Christdemokraten weiter um neue Haushaltsbefugnisse, und zwar in Form eines „Guerillakampfes“, in dem sie die bereits erworbenen Befugnisse offensiv auslegen.

Kapitel VII

DIE ERSTE ERWEITERUNG DER GEMEINSCHAFT (1972)

Der Neubeginn in Den Haag (1969): Ein frischer Wind weht in Europa – Vollendung, Vertiefung, Erweiterung

Mit dem Amtsantritt von Georges Pompidou am 10. Juli 1969, der General de Gaulle nach dessen Rücktritt im April desselben Jahres ablöst, eröffnen sich der Gemeinschaft neue Perspektiven. Der neue französische Staatspräsident schlägt bald die Einberufung eines Gipfeltreffens der Sechs vor, auf dem unter anderem eine neue Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften erörtert werden soll. Da die Niederlande zu diesem Zeitpunkt den Vorsitz der EWG innehaben, findet das Treffen der Staats- und Regierungschefs am 1. und 2. Dezember 1969 in Den Haag statt. Der französische Außenminister Maurice Schuman fordert, dass sich der Gipfel mit drei politischen Problembereichen befasst: der Vollendung, der Vertiefung und der Erweiterung. In der Öffentlichkeit und den Eliten der Gemeinschaft erwacht neue Hoffnung.

Vollendung: Neue Eigenmittel

In Den Haag einigen sich die Sechs darauf, nun in die Endphase der zwölfjährigen Übergangszeit der EWG einzutreten. Die Zollunion und die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) sind wirksam und belegen das gute Funktionieren des Gemeinsamen Marktes. Doch noch ist nicht alles vollendet und einige Probleme bleiben bestehen. Da die Finanzierung der GAP weiterhin den größten Haushaltsposten darstellt, einigen sich die Staats- und Regierungschefs darauf, die Finanzbeiträge der Mitgliedstaaten schrittweise durch eigene Mittel der Gemeinschaften zu ersetzen.

Vertiefung: In Richtung der Währungsunion?

Die Europäische Kommission ihrerseits schlägt eine Neubelebung des europäischen Aufbauwerks und eine beschleunigte Vertiefung durch Erweiterung ihrer eigenen Zuständigkeiten und Stärkung der Organe der Gemeinschaft vor. Frankreich schließt sich diesen Rahmenbedingungen an und regt eine Ausdehnung der gemeinschaftlichen

Zusammenarbeit auf neue Bereiche wie Währung, Verkehr, Technologie und Energie an. Zur Konkretisierung dieser Vorschläge beauftragen die Staats- und Regierungschefs einen Sachverständigenausschuss unter dem Vorsitz des luxemburgischen Premier- und Finanzministers Pierre Werner mit der Ausarbeitung eines Wahrungsplans.

Erweiterung: Die Aufhebung des französischen Vetos gegen den Beitritt Großbritannien

Die wichtigste Entscheidung dieses Gipfeltreffens ist zweifellos die Einverständniserklärung der Regierungschefs und des französischen Präsidenten zur Aufnahme von Verhandlungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den vier Bewerberländern (Dänemark, Großbritannien, Irland und Norwegen) ber deren Beitritt. Die Geschichte der Beziehungen zwischen dem Europa der Sechs und Großbritannien geht bis auf die Anfänge des europäischen Einigungswerks zurück.

Das Hin und Her um den britischen Antrag auf Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften

Im Mai 1950 lehnt Großbritannien die Beteiligung an den Verhandlungen des Schuman-Plans auf der Grundlage der neuen Grundsätze zur Übertragung der Hoheitsrechte und der Gemeinschaftsorgane ab. Jean Monnet hält diese Weigerung jedoch nicht für dramatisch: *„Laßt uns Europa mit denen beginnen, die es gemeinsam mit uns gestalten wollen. Die pragmatischen Briten werden sich uns anschließen, wenn wir erfolgreich waren.“*⁴⁸³ Großbritannien erholte sich zu dieser Zeit gerade mühsam von der Schmach der Suezkrise und den politischen Folgen des Rücktritts von Premierminister Anthony Eden. Dessen Amtsnachfolger Harold MacMillan sollte sich im Laufe der Zeit als überzeugter Europäer erweisen.

Großbritannien verfolgte über viele Jahre hinweg das Ziel der Assoziierung mit den anderen Ländern Europas.

Für die Christdemokraten stellte die am 21. Dezember 1954 im Assoziierungsvertrag vereinbarte Zusammenarbeit eine gute Grundlage dar. Daher schlugen sie in einer ersten Stufe die Abhaltung gemeinsamer Treffen der Mitglieder der EGKS-Versammlung und der Mitglieder des britischen Parlaments vor. Die Niederländerin Margaretha Klompé erklärt hierzu: *„(...) Das Abkommen zeigt die Solidarität zwischen den Mitgliedern der Gemeinschaft und England, das Europa trotz seiner Trennung durch das wenige Wasser sehr nahesteht. Ich hoffe, daß diesem*

ersten Schritt zum größten Vorteil der Gemeinschaft und Englands – und damit auch Europas – noch viele weitere folgen werden.“⁸⁴

Mit großem Erstaunen nahm Harold MacMillan im Frühjahr 1960 in Washington die nachdrückliche Unterstützung zur Kenntnis, die die amerikanische Regierung für die Straffung des Zeitplans der Europäischen Gemeinschaften zum Ausdruck brachte. Kurz darauf begann man in Whitehall über den Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften nachzudenken.

Erste Bewerbung Großbritanniens 1961, erstes Veto Frankreichs am 14. Januar 1963

Am 9. August 1961 reicht Harold MacMillan beim Präsidenten des Rates der EWG den offiziellen Antrag Großbritanniens auf Einleitung der Beitrittsverhandlungen ein. Der Antrag enthält zahlreiche Bedingungen, die den Fortbestand der privilegierten Beziehungen Großbritanniens mit den Staaten des Commonwealth, insbesondere in den Bereichen Wirtschaft und Währung, sichern sollen. Am gleichen Tag beantragt das Vereinigte Königreich den Beitritt zur EGKS und zur Euratom.

Seit diesem Tag steht die Frage des Beitritts des Vereinigten Königreichs im Mittelpunkt zahlreicher Diskussionen im Europäischen Parlament. Die Fraktion der Christdemokraten steht dem Beitritt des Landes zur EWG mehrheitlich positiv gegenüber. Für die Fraktion bliebe ein Europa, das sich diesem großen demokratischen Land verschlüsse, stets nur ein „Kleineuropa“. Grundbedingung ist jedoch, dass die Beitrittskandidaten die Vorschriften und Ziele der Verträge annehmen. Im Bericht von Pieter A. Blaisse zu den kommerziellen und wirtschaftlichen Aspekten des Beitritts des Vereinigten Königreichs zur EWG vom 23. Januar 1962 wird betont, dass *„alle Staaten, die der EWG beizutreten gedenken, die wirtschaftliche und institutionelle Philosophie der Römischen Verträge und ein Minimum an zeitlichen Abweichungen und Einschränkungen akzeptieren müssen.“*

Am 9. Mai 1962 verabschiedet das Europäische Parlament eine EntschlieÙung über die Verhandlungen betreffend den Beitritt Großbritanniens zu den Gemeinschaften, in der es erwartet, dass *„die Verhandlungen über den Beitritt in kurzer Frist zum vollen Erfolg geführt werden“⁸⁵*. Die Fraktion der Christdemokraten nimmt am 28. Juni 1962 eine Erklärung an, in der sie *„wünscht, daß die Verhandlungen über den Beitritt des Vereinigten Königreichs und anderer europäischer Länder zur EWG, zur EGKS und zur EAG bald zu einer harmonischen Erweiterung der Gemeinschaft im Rahmen der Verträge von Rom und Paris führen werden“⁸⁶*.

Doch „im Januar 1963 fiel plötzlich der Nachtfrost auf diese Beitrittsverhandlungen, aber auch auf unsere Gemeinschaft“⁸⁷. Trotz der Unterstützung der fünf anderen Partner für die Weiterführung der Verhandlungen ist General de Gaulle der Ansicht, dass es in dieser Phase wegen der zahlreichen Anträge Großbritanniens auf Ausnahmeregelungen, insbesondere in den Bereichen Wirtschaft, Gemeinsame Agrarpolitik und Beziehungen mit dem Commonwealth, nutzlos sei, die Verhandlungen fortzuführen. Grundsätzlich will General de Gaulle verhindern, dass die Briten, die für seinen Geschmack im Bereich der Verteidigungspolitik viel zu eng mit den Vereinigten Staaten von Amerika verbunden sind, in eine Gemeinschaft eintreten, in der er seine Vorstellung von Unabhängigkeit gegenüber den USA verwirklichen wollte.

Die christdemokratische Fraktion reagierte auf die Aussetzung der Verhandlungen mit dem Vereinigten Königreich mit der am 6. Februar 1963 verabschiedeten Entschließung des Parlaments, deren Initiative im Wesentlichen auf die Fraktion zurückgeht: „Das Europäische Parlament (...) befürwortete den Beitritt Großbritanniens und weiterer Länder zu den Europäischen Gemeinschaften unter der Bedingung, daß der Integrationsprozess durch ihren Beitritt nicht beeinträchtigt wird und dass die Verträge von Rom und Paris weder in ihren materiellen Vorschriften noch in ihrer institutionellen Struktur verletzt werden.“⁸⁸

Pieter A. Blaisse unterstreicht im Namen der Fraktion erneut, die Fraktion wünsche sich die „Vereinigten Staaten von Europa, nicht eine Gemeinschaft auf der Basis der Sechs, sondern eine Gemeinschaft mit mehr Ländern. Ein geteiltes Europa ist niemals ein starkes Europa.“⁸⁹ Innerhalb der Fraktion befürwortete die niederländische Delegation am deutlichsten den britischen Beitrittsantrag. Wie einer der damaligen Generalsekretäre der Fraktion gut beobachtete, wollte „de Gaulle ein Europa nach britischer Art^a, aber ohne die Briten, während die Niederländer ein Europa nach dem Modell Schumans, aber mit den Briten anstrebten.“^b

Zweite Bewerbung, zweites Veto Frankreichs: Christlich-demokratische Fraktion wendet sich gegen Missbrauch des Vetos

Am 11. Mai 1967 bewirbt sich Großbritannien zusammen mit Dänemark, der Republik Irland und Norwegen in einer günstigeren politischen Lage erneut um Aufnahme in die EWG. Dieser Schritt stellt einen entscheidenden Wendepunkt dar, da die Bewerbung dieses Mal von

a Also rein zwischenstaatlich und mit zahlreichen Ausnahmeregelungen.

b Interview mit Carl Otto Lenz, 15. November 2007, in Bensheim.

der Labour-Regierung eingereicht wird, die in der Zwischenzeit ihre grundsätzlichen Bedenken gegenüber dem europäischen Aufbauwerk überwunden hat. Die Vorhersage Jean Monnets bewahrheitet sich, da die vom Erfolg des Gemeinsamen Marktes beeindruckten Briten dieses Mal deutlicher ihren Willen zeigen, sich den Gemeinschaften anzuschließen, ohne dabei die Zahl der Ausnahmeregelungen noch weiter zu erhöhen.

Doch am 27. November 1967 legt Frankreich auf einer Pressekonferenz zum zweiten Mal sein Veto gegen den Beitritt des Vereinigten Königreichs ein. Die kategorische, von General de Gaulle vorgetragene und bei der zweiten Bewerbung bekräftigte Ablehnung gründete in der Furcht Frankreichs, Großbritannien könne sich in der Gemeinschaft als „Trojanisches Pferd“ der Vereinigten Staaten entpuppen. Zugegebenermaßen förderten der Atlantismus und der Partikularismus der Engländer sowie ihre Weigerung, sich an jeglicher föderal ausgerichteten europäischen Aufbauarbeit zu beteiligen, nicht gerade einen Beitritt Großbritanniens zu den Europäischen Gemeinschaften ohne Hintergedanken. Doch um sich Gewissheit zu verschaffen, mussten zumindest neue Verhandlungen eingeleitet werden.

Im Anschluss an die französische Entscheidung erklärt der Vorsitzende der Christlich-demokratischen Fraktion, Joseph Illerhaus, dass *„die Fraktion weiterhin vehement die Idee der Erweiterung der Gemeinschaft der Sechs verteidigt (...). Die Frage, die ich stelle – und die ich sogleich bejahen werde – ist, ob hier nicht ein Machtmissbrauch vorliegt, durch den die Anwendung des Vetorechts hinfällig wird“*⁹⁰. Mario Scelba zufolge bedeutet die Erweiterung für die Gemeinschaften *„eine Chance für neue und entscheidendere Schritte auf dem Weg zu einer auch politischen Integration Europas, als Garantie für die Freiheit, den Frieden und den zivilisatorischen Fortschritt“*⁹¹. Joseph Illerhaus erklärt, dass die Gemeinschaft aus politischen und wirtschaftlichen Gründen einer Erweiterung und insbesondere des Beitritts Großbritanniens bedürfe. Die Christdemokraten hätten die Erweiterung der Gemeinschaft stets unter einer Bedingung befürwortet: Die Anerkennung der Verträge und der von der Gemeinschaft angewandten Vorschriften durch die Beitrittskandidaten. Die Fraktion sei überzeugt, dass Großbritannien sei *„auf Europa und auf die Zusammenarbeit mit Europa angewiesen sein“*⁹² wird.

Annahme der britischen Bewerbung auf dem Gipfel von Den Haag

Im Zuge der Einigung der Sechs auf der Gipfelkonferenz in Den Haag 1969 nimmt die EWG am 30. Juni 1970 die Verhandlungen mit den Bewerberländern, dem Vereinigten Königreich, Dänemark, Irland und

Norwegen, wieder auf, da diese die Bedingungen (Annahme der Verträge und des abgeleiteten Rechts, Bekräftigung der politischen Endziele der EWG) akzeptieren.

Mit dem Amtsantritt der konservativen Regierung unter Edward Heath, einem überzeugten Verfechter des europäischen Aufbauwerks, im Jahre 1970 vereinfachten sich die Verhandlungen und endeten schließlich mit dem Abkommen von Luxemburg vom 23. Juni 1971. Hans-August Lückert erläutert den Standpunkt der Fraktion zur Erweiterung und unterstreicht den neuen Charakter der Gemeinschaft wie folgt: „*Hier formiert sich eine Gemeinschaft ohne Vorbild, ohne Modelle in der Vergangenheit bei allen Völkern, eine Gemeinschaft, die den Typus einer neuartigen Zusammenarbeit zwischen Völkern und Staaten eröffnet, eine Gemeinschaft, die offen und gegen niemand in dieser Welt, weder in Europa noch außerhalb Europas gerichtet ist, eine Gemeinschaft, die bereit ist, ihren gültigen Beitrag in der Welt und für die Welt und natürlich auch für die europäische Welt zu leisten, eine Gemeinschaft, die entschlossen ist, ihre Probleme selbst in die Hand zu nehmen.*“⁹³

In einer wahrhaft historischen Abstimmung im Unterhaus nimmt das Vereinigte Königreich am 28. Oktober 1971 seinen Beitritt an. Die Zustimmung erfolgt parteiübergreifend, so dass das Vereinigte Königreich am 22. Januar 1972 in Brüssel den Beitrittsvertrag unterzeichnen kann. Nach Abschluss der Ratifizierungen wird das Vereinigte Königreich am 1. Januar 1973, dem Beispiel Irlands und Dänemarks folgend, in die Europäischen Gemeinschaften aufgenommen⁹⁴.

Beitritt neuer irischer Abgeordneter zur Christlich-demokratischen Fraktion – Die britischen Abgeordneten hingegen müssen noch warten

Das Parlament tritt in eine neue Phase seiner Geschichte ein: Aus dem Parlament der Sechs wird ein Parlament der erweiterten Europäischen Gemeinschaften mit nunmehr neun Mitgliedstaaten. Dem bisher 142 Mitglieder starken Parlament schließen sich 41 neue Mitglieder an⁹⁵.

Auch die Christlich-demokratische Fraktion wächst durch die Erweiterung. Nach dem Beitritt der drei irischen Abgeordneten der *Fine Gael* Richie Ryan, Anthony Esmonde und Charles McDonald⁹⁶ zählt die Fraktion nun 55 Mitglieder⁹⁷. Damit ist sie, gefolgt von der sozialdemokratischen Fraktion mit 43 Abgeordneten, die größte Fraktion im Europäischen Parlament. Allerdings blieben die britischen Labour-Abgeordneten, die Einspruch gegen die Bedingungen des Beitritts erhoben, dem Europäischen Parlament bewusst fern, wodurch sie der

sozialdemokratischen Fraktion bis Juli 1975 ihre Unterstützung versagten.

Zusammen mit den dänischen Konservativen bilden die englischen Konservativen eine eigene Fraktion, die Fraktion der Europäischen Demokraten, bestehend aus 18 britischen und 2 dänischen Abgeordneten. Wie gewünscht findet eine Zusammenarbeit mit den Christdemokraten statt⁹⁸. Nach Meinung des Fraktionsvorsitzenden der Konservativen, Peter Kirk, müssen sich die Parteien der Mitte zusammenschließen, um im Europäischen Parlament ihren Vorstellungen entsprechende Ergebnisse zu erzielen. Entsprechend einem gemeinsamen Beschluss vom 18. September 1972 findet daher zu Beginn jeder Tagung ein Treffen der beiden Fraktionsvorstände statt, um die Tagesordnung und die aktuellen Probleme zu prüfen⁹⁹. Obwohl die Christlich-demokratische Fraktion und die Konservative Fraktion zusammen nicht die absolute Mehrheit im Parlament erreichen, stellen sie die größte und zusammenhängendste Gruppe dar, zumal die sozialdemokratische Fraktion durch den nachträglichen Einzug der Labour-Abgeordneten in Straßburg lediglich gespalten wird.

Die Frage des Beitritts der Konservativen zur Christlich-demokratischen Fraktion stellte sich allerdings nicht, denn die Benelux-Länder und Italien standen einem solchen Vorhaben entgegen. Der damalige Fraktionsvorsitzende Hans-August Lücker führte Gespräche mit Edward Heath, dem Vorsitzenden der Konservativen Partei, den er für einen Mann ersten Ranges und überzeugten Europäer hielt. Die beiden Männer einigten sich auf den Grundsatz einer engen Zusammenarbeit zwischen den beiden Fraktionen, insbesondere in den parlamentarischen Ausschüssen. Die Koordinatoren beider Fraktionen sollten wichtige Informationen austauschen und ihre Standpunkte abstimmen können. Die beiden Fraktionsvorsitzenden sollten im Plenarsaal nebeneinander sitzen und in London sollte ein gemeinsamer Studientag organisiert werden.^a

Bereits ab der ersten Plenartagung zeigen sich die konservativen Abgeordneten initiativreich. So erwiesen sie sich von Anfang an als aktive Parlamentarier, denen das Europäische Parlament Verfahren zu verdanken hat, welche die Vitalität des britischen Parlamentarismus widerspiegeln. Nach der Erinnerung an die Rolle des Vereinigten Königreichs bei der Unterstützung des europäischen Aufbauwerks leitet ihr Vorsitzender, Peter Kirk, eine breite Offensive zum Ausbau des Einflusses des Europäischen Parlaments ein, „*denn von seiner Gesundheit hänge die Europäische Gemeinschaft ab*“¹⁰⁰. Kurz nach dieser

a Interview mit Hans-August Lücker in Bonn, 16. März 2004.

„Inthronisierungsrede“ veröffentlicht die Fraktion ein Memorandum über die Verbesserung der Verfahren im Parlament.

In der Folge erarbeiteten die Christdemokraten und die Fraktion der Europäischen Demokraten die Grundlagen einer regelmäßigen Zusammenarbeit. Diese führte zwanzig Jahre später, im Jahre 1992, zum Beitritt der britischen und dänischen Konservativen als gleichgesinnte Mitglieder zur EVP-Fraktion, die 1999 in EVP-ED umbenannt wurde.

Weitere Fortschritte auf dem Weg zur politischen Union (1972-1974)

Auf dem Pariser Gipfel vom 21. Oktober 1972 wurden erneut ehrgeizige Ziele aufgestellt, die am Ende der festgelegten Frist jedoch von ihrer Realisierung weit entfernt waren. Gemäß dem Schlusskommuniqué bestand das Ziel darin, „vor Ablauf dieses Jahrzehnts die Gesamtheit ihrer Beziehungen unter strikter Wahrung der bestehenden Verträge in eine Europäische Union umzuwandeln“. Die Christlich-demokratische Fraktion übertrug Alfred Bertrand das Amt des Berichterstatters des politischen Ausschusses des Europäischen Parlaments. Bertrand, der zusammen mit Emilio Colombo und Hans-August Lückner Fraktionssprecher war, setzte sich beharrlich für die doppelte institutionelle Strategie ein, die die Christlich-demokratische Fraktion seit 1958 unablässig verfolgte.

Diese bestand einerseits in der Schaffung der Umrisse eines föderalen Europas, in dem die Hoheitsrechte schrittweise den demokratischen und exekutiven Gemeinschaftsbehörden übertragen werden sollten. Man sprach daher weniger von einer „Delegierung von Hoheitsrechten“ als vielmehr von der „gemeinsamen Ausübung der übertragenen Hoheitsrechte“. Ein solches Europa bedurfte einer Verfassung, durch die die Kommission in ein Exekutivorgan, das Europäische Parlament in ein Unterhaus und der Rat in einen Senat der Mitgliedstaaten umgewandelt würden. Dieses ehrgeizige Ziel diente zwei Jahrzehnte lang, von 1959 bis 1979, in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der großen christdemokratischen Parteien in der Gemeinschaft als Fundament des europäischen Ideals der Fraktion.

Auf der anderen Seite sollte ohne Umschweife mit der Politik der „kleinen Schritte“ begonnen werden, wozu es auch gehörte, mit dem Rat und der Kommission interinstitutionelle Vereinbarungen sowie mit den Mitgliedstaaten neue Finanzverträge auszuhandeln.

Diese Strategie führte zu zwei großen Erfolgen: der Erarbeitung und Ratifizierung der Finanzverträge von 1970 und 1975 und dem Beschluss des Europäischen Rates vom 5. Dezember 1974, das Europäische Parlament im Jahr 1978 in allgemeinen und direkten Wahlen

wählen zu lassen. Nach dem Tod von Georges Pompidou im Jahr 1973 war Valéry Giscard d'Estaing zum französischen Staatspräsidenten gewählt worden.

Der überzeugte und seit seinem Eintritt ins politische Leben aktive Europäer Valéry Giscard d'Estaing war bei seiner Wahl zum Staatspräsidenten im Jahr 1974 von der Partei „Centre des Démocrates Sociaux“ unter dem Vorsitz von Jean Lecanuet unterstützt worden, deren Abgeordnete in der Christlich-demokratischen Fraktion für Frankreich aktiv waren. Valéry Giscard d'Estaing verfolgte im Dienste Europas eine engagierte Laufbahn: Von 1991 bis 1994 war er Mitglied der EVP-Fraktion und von 2004 bis 2006 Vorsitzender des Europäischen Konvents.

Die Institutionalisierung des Europäischen Rates ab 1974, d. h. die regelmäßigen Treffen der Staats- und Regierungschefs, denen sich der Kommissionspräsident anschloss, veränderte auch die Machtstruktur der Gemeinschaft. In das institutionelle System wurde ein gewisses Maß an Intergouvernementalismus eingeführt, der zweifelsfrei bestätigte, dass die europäische Einigung vorankam und einen Punkt erreicht hatte, an dem es kein Zurück mehr gab. Die führenden Politiker der Mitgliedstaaten und die Volksvertreter waren von nun an direkter in die Verfolgung der europäischen Ziele eingebunden.

Kapitel 8

DIE DEMOKRATISCHE WENDE IN DEN STAATEN SÜDEUROPAS (1974-1975)

Innerhalb eines Zeitraums von 18 Monaten vollzieht sich in den drei Staaten Südeuropas eine unerwartete demokratische Wende. Mit der Nelkenrevolution in Portugal im April 1974, der Intervention griechischer Truppen auf Zypern im Jahre 1974 und schließlich dem Tod von General Franco in Spanien im November 1975 wurde nacheinander den autoritären Regimes des Salazar-Nachfolgers Marcelo Caetano, dem von den griechischen Obristen eingesetzten und von General Ioannidis maßgeblich mitbestimmten Militärregime sowie dem Franco-Regime ein Ende gesetzt.

Obgleich diese drei Länder lange Zeit unter dem Joch konservativer, militaristischer und autoritärer Regimes gestanden hatten, gelang es ihnen, eine unumkehrbare demokratische Wende zu vollziehen. An den ersten Schritten des europäischen Einigungswerks waren sie zwar nicht beteiligt, doch wurden die jungen Demokratien in Südeuropa bis zu ihrem Beitritt von den europäischen Christdemokraten unterstützt, für die *„der Beitritt dieser Länder zur Gemeinschaft Bestandteil ihrer kulturellen, historischen und politischen Konzeption für Europa sein“*¹⁰¹ muss. So hat Leo Tindemans in seiner Eigenschaft als Präsident der Europäischen Volkspartei schon am 2. März 1977 gefordert, dass *„der Beitritt Spaniens, Griechenlands und Portugals sobald wie möglich erfolgen soll und daß die materiellen Probleme einer Mitgliedschaft kein Alibi für eine Politik der Verzögerung sein dürfen.“*¹⁰²

Im Europäischen Parlament spricht sich die Christlich-demokratische Fraktion im Rahmen der Erweiterungsdebatte geschlossen für eine Beitrittsperspektive aus. Am 12. Oktober 1977 legt die Fraktion gemeinsam mit den Europäischen Konservativen, den Europäischen Demokraten für den Fortschritt und den Kommunisten eine Entschlie-ßung zu den Verhandlungen über die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft vor.¹⁰³ Im Namen der Fraktion erklärt Egon Klepsch, *„der Beitritt Griechenlands, Portugals und Spaniens stellt für uns eine*

politische Option dar, die diese Länder endgültig aus einer mehr oder weniger anhaltenden politischen Isolierung herausführt und in die europäische Staatengemeinschaft integriert. Wir glauben durch die Einbindung dieser Länder in ein freies Europa den besten und wirksamsten Beitrag zur politischen und wirtschaftlichen Stabilisierung in den europäischen Mittelmeerländern zu leisten und die dortigen jungen Demokratien auf diese Weise besonders stärken zu können.“¹⁰⁴

Die Nelkenrevolution in Portugal (April 1974)

Seit 1971 konstituiert sich eine portugiesische Gruppe der Jungen Europäischen Christdemokraten (EUCD) im Untergrund. Mitglieder der Katholischen Aktion, die in der demokratischen Opposition gegen die Salazar-Diktatur aktiv waren, beteiligen sich an dieser Bewegung. Nachdem die portugiesische Armee mit Unterstützung der Bevölkerung die Macht übernimmt und die Demokratie wiederherstellt, ist die Unterstützung der Christdemokraten durch nichts mehr zu erschüttern.¹⁰⁵

Unter der Führung einer Junta von Hauptmännern, die zuvor in der Dritten Welt das Ende der Kolonialkriege in Angola und Mosambik herbeigeführt hatten, kommt es zu beunruhigender Ausmaße annehmenden Unruhen und Demonstrationen linker Kräfte, die einen prosovietischen Neutralitätskurs anstreben. Als am 25. Januar 1975 der Kongress des den Christdemokraten nahestehenden Sozialdemokratischen Zentrums von Demonstranten besetzt wird, bringt die CD-Fraktion das Thema unverzüglich auf der Plenartagung zur Sprache.¹⁰⁶ Alfred Bertrand hebt dabei mit besonderem Nachdruck die Besorgnisse der Christdemokraten hervor: *„Wir betrachten die politische Lage in Portugal mit großer Sorge, denn wir sind der Meinung, daß dieses Land heute die Chance erhalten sollte, sich durch freie Wahlen zu einer Demokratie zu entwickeln. Nach den Ereignissen in Porto, die überall im Ausland große Besorgnis hervorgerufen haben, bleiben für uns noch einige Fragen offen: Werden im April nächsten Jahres Wahlen in Portugal stattfinden? Werden sie frei und geheim sein? Werden die Kandidaten ihren Wahlkampf ungehindert und in Sicherheit führen können und muß nicht eine Einschüchterung der Wähler befürchtet werden, um diese daran zu hindern, ihre freie Wahl zu treffen? Unserer Meinung nach ist ein demokratisches Portugal dazu bestimmt, seinen Platz in der Europäischen Gemeinschaft einzunehmen. Dieses Land wird eine Lösung seiner Probleme nur finden, wenn es sich zu einer Demokratie entwickelt.“¹⁰⁷*

Bei den Parlamentswahlen am 25. April 1976¹⁰⁸ kann das Sozialdemokratische Zentrum seine Stimmzahl verdoppeln, womit sich die

Zahl seiner Abgeordneten im Nationalparlament von 16 auf 41 erhöht. Die CDS wird damit zu einer wichtigen Kraft in der politischen Landschaft Portugals.¹⁰⁹ Am 28. März 1977 reicht Portugal, an dessen demokratischer Stabilität offenkundig keinerlei Zweifel mehr bestehen, seinen offiziellen Antrag auf Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft ein. Im Anschluss an lange Verhandlungen, die schließlich am 1. Januar 1986 in den Beitritt Portugals münden, treten die Abgeordneten des CDS unverzüglich der EVP-Fraktion bei; zehn Jahre darauf folgen ihnen die Abgeordneten der Sozialdemokratischen Partei, PSD, die bisher der Fraktion der Liberalen angehört hatten.

Der Zypernkonflikt führt zum Zusammenbruch der griechischen Militärdiktatur (Juli 1974)

Auf den Putschversuch griechischer Offiziere am 15. Juli 1974 im durch den Primas der zyprisch-orthodoxen Kirche, Makarios III., geführten Zypern folgt fünf Tage später eine Intervention türkischer Truppen zur Verteidigung der türkischen Minderheit auf der Insel. Die drei Länder sind bereits seit mehreren Jahren mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft assoziiert. Die Christlich-demokratische Fraktion appelliert daraufhin an Europa, eine Lösung des Konfliktes herbeizuführen, der jederzeit außer Kontrolle geraten könne: *„Nachdem der Rat und die Kommission der Europäischen Gemeinschaften im Zypernkonflikt bisher große Zurückhaltung geübt haben, hat die Christlich-demokratische Fraktion des Europäischen Parlaments im Europäischen Parlament die Frage aufgeworfen, warum die Gemeinschaft der Neun die Ausdehnung des Konfliktes zuließ und den Assoziationsrat nicht zusammengerufen hat. Die CD-Fraktion ging (...) davon aus, daß die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft mit Zypern, der Türkei und Griechenland assoziiert ist. Diese Assoziationen sollen dazu dienen, zwischen allen diesen Staaten und der Europäischen Gemeinschaft enge Wirtschafts- und Handelsbeziehungen durch die Errichtung einer Zollunion herbeizuführen. Wirtschaftliche Beziehungen stellen aber auch politische Beziehungen dar und in jedem Fall bestehen Beziehungen nie um ihrer selbst willen; sie werden dazu angeknüpft, um zum Wohlstand und zum Frieden der betroffenen Völker beizutragen.“*¹¹⁰

Das bereits durch die vom *Polytechnion*¹¹¹ ausgehenden Studentenproteste geschwächte Regime bricht zusammen. Vier Monate später, im November 1974, erringt die Nea Demokratia von Konstantinos Karamanlís bei den Wahlen 54,37 % der Stimmen. Die neue demokratische Regierung unter Führung von Konstantinos Karamanlís reicht bereits

am 12. Juni 1975 ihren Antrag auf Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft ein.

Die Christlich-demokratische Fraktion verfolgt die Entwicklung aufmerksam, und im November 1975 reist ihr stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Hans-August Lücker, in Begleitung von Generalsekretär Alfredo De Poi nach Athen. Dort treffen sie mit Wirtschaftsminister Anastasios Papaligouras, und Handelsminister Ioannis Varvitsiotis, sowie mit Vertretern der Partei des Premierministers, Konstantinos Karamanlís¹¹² zusammen. Die Nea Demokratia tritt der EVP-Fraktion am 23. Dezember 1981 bei. Ioannis Varvitsiotis bekleidet zunächst mehrere Ministerämter in seiner Heimat, bevor er 2004 Mitglied des Europäischen Parlaments und Vorsitzender der griechischen Delegation in der EVP-ED-Fraktion wird.

Am 1. Januar 1981 tritt Griechenland der Europäischen Gemeinschaft als zehntes Mitglied bei.

Der Tod von General Franco und der Demokratisierungsprozess in Spanien (November 1975)

Am 20. November 1975 stirbt General Franco nach langer Krankheit. Zwei Tage später wird Don Juan de Borbón y Borbón, Enkel des früheren Königs Alfons XIII., als Juan Carlos I. zum König von Spanien gekrönt. Der junge Prinz war 1969 vom Caudillo selbst zu seinem Nachfolger ernannt worden. Spanien befindet sich zu dieser Zeit in einer äußerst angespannten Lage. Kurz vor dem Tod General Francos waren im September 1975 trotz mehrerer Gnadengesuche der Europäischen Gemeinschaft fünf Todesurteile an baskischen Oppositionellen vollstreckt worden.

Im Oktober 1975 bekräftigt Hans-August Lücker die Haltung der Christlich-demokratischen Fraktion zu Spanien und führt aus, dass sich das Europäische Parlament stets ausdrücklich zur Achtung der Menschenrechte bekannt und alle Sondergerichte und Militärurteile im Schnellverfahren, die dem Angeklagten jegliche Verteidigung versagen, verurteilt habe. Die Achtung der Menschenrechte, die auch das Recht des Angeklagten auf Verteidigung umfassen, sei nach Auffassung der Fraktion ein wesentlicher und unwiderruflicher Bestandteil der europäischen Tradition, Kultur und Zivilisation. Jeder, der der Gemeinschaft beitreten wolle, müsse diese Grundsätze achten.

Die CD-Fraktion verurteilt nicht nur die Übergriffe des Franco-Regimes, sondern erteilt auch terroristischen Aktivitäten, die sich in dieser Zeit entwickeln, eine Absage. Ebenso verdammt sie Terror und

Gewalt, ganz gleich von welcher Seite, sofern diese politischen Zwecken dienen. In der Erwägung, dass die Ermordung von Polizisten als terroristische Handlung zu werten ist, verurteilt die Christlich-demokratische Fraktion aufs Schärfste, dass einige spanische Organisationen Terrorismus als Instrument des politischen Kampfes einsetzen.

Nichtsdestotrotz gibt sich die Christlich-demokratische Fraktion optimistisch und glaubt an einen künftigen Beitritt Spaniens zur Gemeinschaft. Nach Auffassung der Fraktion gibt es zwei Möglichkeiten zu handeln: einerseits könne, im Einvernehmen mit den demokratischen Kräften Spaniens, die sich mit dem Europäischen Parlament und der Christlich-demokratischen Fraktion in Kontakt befinden, die spanische Bevölkerung dabei unterstützt werden, Demokratie und Freiheit in ihrem Land durchzusetzen; ferner könne Spanien dabei unterstützt werden, eines Tages seinen Platz unter den Völkern der Gemeinschaft zu finden, denn die Fraktion ist davon überzeugt, dass das spanische Volk mit seiner europäischen Kultur und Tradition ein Anrecht auf einen Platz in der Gemeinschaft hat.¹¹³

Nach seiner Krönung erkennt Juan Carlos I. schon bald den Wunsch der spanischen Bevölkerung nach Demokratisierung und leitet die Öffnung des Regimes ein.

Hans-August Lücker stattet Spanien 1976 einen offiziellen Besuch ab. Dort trifft er mit dem Kardinal von Toledo und Primas von Spanien zusammen. *„Was können wir tun, um den Demokratisierungsprozess zu unterstützen?“* fragt Lücker. *„Auf keinen Fall eine spanische Partei gründen, die sich auf das Christentum beruft,“* lautet die Antwort des Primas. Diese Warnung war berechtigt. Lücker trifft sich außerdem mit dem starken Mann aus Galicien, Manuel Fraga Iribarne, den seine noch nicht lange genug zurückliegenden Verbindungen zum Franco-Regime daran hindern, den Vorsitz einer gemäßigten spanischen Nationalpartei zu übernehmen. Schließlich trifft Lücker mit Adolfo Suarez zusammen, der bei ihm einen guten Eindruck hinterlässt. Er ist zwar der letzte Vorsitzende der Jugendorganisation des Franco-Regimes, verfügt aber über gute Kontakte zu König Juan Carlos I., der bestätigt, dass Adolfo Suarez eine Rolle beim Übergang Spaniens übernehmen sollte.^a

a (Interview mit Hans-August Lücker am 16. März 2004 in Bonn). Zwei Monate nach diesem Treffen reist eine Delegation der Fraktion und der EUCD zum Gründungskongress der Union des Demokratischen Zentrums von Adolfo Suarez. Mariano Rumor und Hans-August Lücker wurde ein herzlicher Empfang bereitet. Ziel war es, eine große spanische Volkspartei zu bilden. Doch bis dahin war es ein langer Weg, und erst mit José María Aznar an der Spitze der Volkspartei konnte dieses Vorhaben mithilfe der europäischen Christdemokraten in die Tat umgesetzt werden. Siehe Teil II.

Am 1. und 2. Februar 1977 tagt das Fraktionspräsidium unter dem Vorsitz von Alfred Bertrand in Madrid. Auch hohe Vertreter der EUCD nehmen daran teil. Eine Delegation unter der Leitung von Alfred Bertrand und Kai-Uwe von Hassel wird von König Juan Carlos I. und dem neuen Premierminister Adolfo Suarez, der eine Regierung der gemäßigten Mitte gebildet hat, empfangen.

Die Fraktion bringt in aller Deutlichkeit ihre Unterstützung für die Demokratisierung in Spanien und die Zugehörigkeit des Landes zur Europäischen Gemeinschaft zum Ausdruck. Wenige Monate darauf reicht Spanien seinen offiziellen Beitrittsantrag ein. Wie auch Portugal tritt es am 1. Januar 1986 der Europäischen Gemeinschaft bei. Die beiden Regionalparteien aus Katalonien, die *Convergència i Unió*, und dem Baskenland, die *PNV*, schließen sich aufgrund ihrer bisherigen Zugehörigkeit zur christlich-demokratischen Bewegung unverzüglich der Fraktion an. Erst nach den Wahlen im Juni 1989 finden auch die Abgeordneten der einzigen auf nationaler Ebene vertretenen großen Mitte-Rechts-Partei Spaniens, der Volkspartei, den Weg in die EVP-Fraktion. Von diesem Zeitpunkt an bildet sie eine der einflussreichsten Delegationen.

Kapitel IX

DIE SOZIALPOLITIK DER GEMEINSCHAFT: EIN POLITIK- BEREICH, IN DEM DIE CHRIST- DEMOKRATEN DEN TON ANGEBEN (1953-1979)

„Freunde, laßt uns nicht den Sozialismus verachten, aber kommen wir ihm zuvor, durch die soziale Gestaltung des Wirtschaftslebens. In allen Bereichen können wir besser als die Sozialisten die Ungerechtigkeit bekämpfen und uns jeder Unterdrückung widersetzen, denn wir sind die Anhänger einer Religion, die auf der Gerechtigkeit basiert.“¹¹⁴

Alcide De Gasperi

Die ersten Erfolge der EGKS

Seit ihrer Gründung im Jahr 1953 ist die Christlich-demokratische Fraktion dagegen, *„eine Unterscheidung zwischen wirtschaftlichen und sozialen Problemen, zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik zu treffen.“¹¹⁵* Zu den wichtigsten Zielen der Christdemokraten im Sozialbereich gehören die Angleichung der Löhne, die Beschränkung der Arbeitszeit – insbesondere für junge Arbeiter und Schwerstarbeiter – sowie die Verlängerung des Urlaubs. Dringlichstes Ziel bleibt jedoch die Verwirklichung der Vollbeschäftigung. Der Fraktionsvorsitzende Emmanuel Sassen betont nachdrücklich, dass *„der Hohen Behörde ein umfangreicheres Arbeitsfeld und größere Verantwortung auf dem Gebiet der Sozialpolitik zugewiesen werden sollte, als im Rahmen des Vertrages gerechtfertigt erscheint, (...) und daß Artikel 3 der Hohen Behörde eine fördernde Rolle zuweist.“¹¹⁶*

Die Fraktion der Christdemokraten hat als erste zunächst in der Gemeinsamen Versammlung der EGKS und später im Europäischen Parlament Berichte zu sämtlichen Bereichen der Sozialpolitik vorgelegt und durchgefochten. Bei ihrer ersten Sitzung am 16. Juni 1953 in Saal 54 des Europahauses in Straßburg stellte die Fraktion ihr Bemühen um eine Sozialpolitik unter Beweis, die den von den negativen

Auswirkungen der Errichtung des Gemeinsamen Marktes für Kohle und Stahl betroffenen Arbeitnehmern unmittelbar zugute kommt. Mit seinem ersten im Namen des Ausschusses für Fragen der Sozialpolitik vorgelegten Bericht bot sich Alfred Bertrand die Gelegenheit, seiner „sozialen Ader“ Ausdruck zu verleihen. Dem Protokoll ist das Einvernehmen der anwesenden Mitglieder darüber zu entnehmen, dass *„die Aufmerksamkeit der Versammlung auf die religiösen und familiären Aspekte der Sozialpolitik der Hohen Behörde gelenkt werden müsse. Die Doktrin der Christdemokraten, insbesondere mit Blick auf Probleme religiöser und familiärer Natur, die die Pläne zum Bau von Arbeiterwohnungen und zur Wanderung der Arbeitskräfte aufwerfen könnten, sei zu bekräftigen.“*¹¹⁷

So wurde schon zu Beginn dieser Initiative der Schwerpunkt auf das gelegt, was über Jahrzehnte die Besonderheit der Doktrin der Christdemokraten im Sozialbereich ausmachte, eine Doktrin, die den Anliegen der Kirche und der nach dem Krieg entstandenen christlichen Gewerkschaften nahe kam. Zwischen dem rein profitorientierten Kapitalismus und dem zu Bürokratie und zum Erschlaffen der wirtschaftlichen Eigeninitiative führenden Sozialismus gibt es einen dritten gangbaren Weg, der auf ein Gleichgewicht zwischen wirtschaftlicher Effizienz und sozialer Gerechtigkeit abzielt.

Das Wohnungsbauprogramm der EGKS eröffnet Tausenden von Arbeitnehmern die Möglichkeit, Wohneigentum zu besitzen. Die Hohe Behörde legt am 12. Oktober 1953 ein Memorandum vor.¹¹⁸ Der Bau des ersten Hauses unter finanzieller Beteiligung der Hohen Behörde beginnt am 30. September 1954 in Marchienne-au-Pont im Bergbaurevier von Charleroi. Bis zum 1. Januar 1961 werden im Rahmen der Programme (4. Programm der EGKS) 51 783 Wohnungen errichtet.¹¹⁹ Insgesamt werden zwischen 1952 und 1979 nicht weniger als 150 000 Arbeiterwohnungen in der gesamten Gemeinschaft von der EGKS gebaut und finanziert.

Wirtschaft und Soziales gehen Hand in Hand „wie die Flamme und das Feuer“

Was die soziale Grundausrichtung anbelangt, so bekennt sich die Fraktion zur „sozialen Marktwirtschaft“, die letztlich den wirtschaftlichen Erfolg mit der sozialen Solidarität verknüpft. In dieser durch starkes Wachstum geprägten Nachkriegsperiode ist es möglich, Reichtum zu schaffen und gerecht zu verteilen. Der Sprecher der deutschen Delegation, Hermann Kopf, vertritt diese Linie im Jahr 1956 mit den folgenden Worten: *„Wir sind zutiefst davon überzeugt, daß die freien Nationen*

*Europas ihre Freiheit nur dann bewahren können, wenn die sozialen Verhältnisse innerhalb unserer Länder geordnet sind und wenn unsere Gemeinschaft nicht nur eine Gemeinschaft für Kohle und Stahl, sondern auch eine befriedete Gemeinschaft von Arbeitgebern und Arbeitnehmern ist.*¹²⁰

Alfred Bertrand wiederum verweist darauf, dass ein Europa des Friedens nicht ohne das Vertrauen und die Unterstützung der Arbeitnehmer entstehen kann: *„Eine Ausdehnung des vereinten Europas wird nur möglich sein, wenn die Arbeitnehmer Vertrauen in die Gemeinschaft haben. Um sie nicht zu enttäuschen, muß die Hohe Behörde daher die Ausarbeitung und Umsetzung eines breiten und umfassenden Sozialprogramms anstreben, das sie dazu ermuntert, am europäischen Aufbauwerk mitzuwirken.“*

Im Vertrag von Rom aus dem Jahr 1957 ist aufgrund der starren nationalen Sozialsysteme keine gemeinsame Sozialpolitik vorgesehen. Gleichwohl wird in dem Vertrag die Notwendigkeit einer von Frankreich geforderten gewissen Harmonisierung, die zum einen aus dem Funktionieren des Gemeinsamen Marktes selbst und zum anderen aus dem gemeinschaftlichen Handeln und der Angleichung der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften resultiert, anerkannt. Er enthält daher Vorschriften, die auf das höchst mögliche Lebens- und Beschäftigungsniveau, die Freizügigkeit der Arbeitnehmer, die Tätigkeit des Europäischen Sozialfonds, die gemeinsame Politik der Berufsausbildung, die Angleichung der Lebens- und Arbeitsbedingungen und langfristig die Angleichung der Sozialgesetzgebung abzielen.

Für die Christdemokraten ist die Sozialpolitik Teil der nationalen Systeme und Gesetze, die es auf europäischer Ebene anzugleichen und in die anderen Politikbereiche, insbesondere die Wirtschafts- und Regionalpolitik, einzubinden gilt. Die Ziele sind klar, aber nicht leicht zu erreichen: Vollbeschäftigung, mehr soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit.

Wirtschaft und Soziales sind eng miteinander verknüpft und ohne Wirtschaftswachstum ist kein sozialer Fortschritt möglich – das ist der Grundgedanke der Christdemokraten, den der Italiener Leopoldo Rubinacci bei der Aussprache in der Versammlung am 9. Januar 1959 erläutert: *„Die Verfasser der Verträge von Rom haben nicht nur ein politisches Ziel und auch nicht nur ein – der größten Anstrengungen würdiges – wirtschaftliches Ziel angestrebt, sondern (...) sie hatten vor allem ein sozialpolitisches Ziel vor Augen (...) Soziale Ziele werden wir nur dann erreichen, wenn es uns gelingt, die Wirtschaftspolitik der Gemeinschaft und unserer sechs Länder wirklich zu koordinieren und zu harmonisieren. Ich bin der festen Überzeugung, daß Sozialpolitik und Wirtschaft*

*eng miteinander verflochten sind; ein sozialer Fortschritt läßt sich nicht erhoffen, und wesentliche Verbesserungen der Lebensbedingungen der untersten Klassen lassen sich nicht erreichen, wenn damit nicht auch der wirtschaftliche Fortschritt und ein Aufschwung der Wirtschaftstätigkeit einhergeht.*¹²¹

Erst bei der Tagung vom 11. bis 15. Januar 1960 ist der Sozialbereich zentrales Thema der Aussprache. Bis dahin waren die sozialen Gesichtspunkte des europäischen Aufbauwerks mit einer gewissen Gleichgültigkeit an das Ende der Tagesordnung verbannt worden.

Der niederländische Christdemokrat Cornelis P. Hazenbosch begrüßt dies mit den Worten: *„Letztlich erlangt jeder Versuch der wirtschaftlichen Integration zum Gutteil erst im Sozialbereich seinen vollen Wert. Worum es hier geht, ist die Festigung der Grundlagen unseres Wohlstands und insbesondere die gerechte Teilhabe aller Bevölkerungsschichten an dem wachsenden Wohlstand. Für uns, die Christdemokraten in der Versammlung, stellen die Schaffung von Wohlstand und die Verteilung seiner Errungenschaften sozusagen einen untrennbaren Vorgang dar. Wenn wir in dem sich vereinigenden Europa unser Ziel erreichen wollen, müssen beide Hand in Hand gehen wie die Flamme und das Feuer.“*

Konkrete Errungenschaft für die Bürger: die Freizügigkeit der Arbeitnehmer

Im Oktober 1960 beschäftigt sich die Versammlung mit einer Verordnung über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer in der Gemeinschaft. Nach Ansicht von Leopoldo Rubinacci wird *„durch die Einführung dieser Ordnungsbestimmungen (...) auch etwas getan, was wirtschaftlichen Erfordernissen unserer Gemeinschaft gerecht wird: Die unbeschäftigten Arbeitskräfte werden den Gebieten zur Verfügung gestellt, in denen Arbeitskräftemangel herrscht, wodurch die vorhandenen Mittel und Kapitalien zur wirtschaftlichen Ausweitung – die der ganzen Gemeinschaft zugute kommt – verwendet werden können. Die Freizügigkeit der Arbeitskräfte erleichtert letzten Endes den Prozeß der Hebung der Lebenshaltung der Arbeitnehmer unserer sechs Länder; sie trägt zu jener Harmonisierung des Lohnniveaus, der geltenden Normen, der Sozialversicherungssysteme bei, die auch eines der sozialen Ziele des Vertrages ist.“* Mit dieser Verordnung demonstriert die Versammlung ihren Willen, *„eine echte Gemeinschaft, einen gemeinsamen Markt zu schaffen, in dem die Waren, die Dienstleistungen, das Kapital und auch die Arbeitskräfte – wesentlicher Faktor für den Wirtschafts- und Produktionszyklus unserer Länder – frei verkehren können.“* Dies ist die Bestätigung dafür, dass *„es in unserem ganzen Denken stets der Mensch ist, dem wir in erster Linie*

unsere Aufmerksamkeit und unsere Sorge zuwenden; und auch die Wirtschaft, wie wir sie auffassen, steht in Funktion zum Menschen.“¹²² Mit der Verordnung wird die Regelung für Wanderarbeitnehmer dahingehend geändert, dass ihnen ein besonderer Schutz in Bezug auf die Dauer ihres Aufenthalts und in Bezug auf die Möglichkeit, in einen anderen Betrieb hinüberzuwechseln, gewährt wird. Der Arbeitnehmer kann sich durch Familienangehörige begleiten lassen. Allerdings wird der Schaffung von Arbeitsplätzen gegenüber der Abwanderung von Arbeitskräften aus Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit in Regionen mit Fachkräftemangel in jedem Fall der Vorrang gegeben: *„Oftmals kann es zuträglicher sein, wenn Kapital und Initiative dorthin gehen, wo sich die Arbeitskraft befindet, als wenn die Arbeitskraft dem Kapital und der Initiative nachgehen muß“*.¹²³

1963 wird eine weitere Verordnung über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer verabschiedet. Sie schafft den Grundsatz des Vorrangs des nationalen Marktes ab und stellt den Wanderarbeitnehmer dem nationalen Arbeitnehmer nicht nur hinsichtlich des aktiven Wahlrechts, sondern auch bezüglich des Rechts auf Wählbarkeit zu den Organen der Arbeitnehmervertretungen in den Betrieben gleich.

1966 legt die Kommission Richtlinien über eine europäische Sozialpolitik vor, die 1968 durch vier „vorrangige Leitlinien“ ergänzt werden. Abgedeckt werden damit die Förderung der beruflichen Ausbildung, die Verbesserung der Lebens- und Beschäftigungsbedingungen, der Zusammenhang zwischen der Sozialpolitik und den anderen Gemeinschaftspolitiken und die Kontrolle der Sozialstatistiken der Sechs auf europäischer Ebene.

Seit 1. Juli 1968 sind die Arbeitnehmer der sechs Mitgliedstaaten nicht nur vor jeder Form von Diskriminierung wegen der Staatsangehörigkeit geschützt, sie haben auch das Recht auf Freizügigkeit, das Recht, ihre Dienste anzubieten und mit jedem Arbeitgeber Stellenangebote und -gesuche auszutauschen. Ebenso können sie sich mit ihren Familien in jedem Land der Gemeinschaft niederlassen.

Ein betont sozial ausgerichtetes Europa in den 1970er Jahren

Mitte der 1970er Jahre steht die Sozialpolitik im Zentrum des Interesses. Wie Hans-August Lücker betont, haben fast alle Entscheidungen soziale Auswirkungen: *„Eine Demokratie besteht nicht nur aus Institutionen, sie muß vielmehr im Sinne einer ‚offenen Gesellschaft‘ alle materiellen und sozialen Schranken beseitigen, die dem Bürger die volle Beteiligung am Leben des Staates beschränken. Die europäischen Christdemokraten sind stolz darauf, leidenschaftliche Initiatoren auf diesem Gebiet zu sein.“*¹²⁴

Auf der Pariser Gipfelkonferenz vom 19. bis 21. Oktober 1972 wird der politische Wille der Regierungen hervorgehoben, sich nach Kräften für eine koordinierte Politik im Arbeits- und Berufsbildungssektor und die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmer einzusetzen. Zudem wird bei diesem Gipfel die zentrale Rolle der Sozialpolitik im erweiterten Europa offiziell anerkannt. So stellt der Gipfel einen Wendepunkt in der Entwicklung der Gemeinschaft dar. Alfred Bertrand stellt dazu fest: *„Der Augenblick ist also gekommen, in dem die europäischen Einrichtungen in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern eine ernsthafte Sozialpolitik für die neun Mitgliedstaaten ausarbeiten müssen.“*¹²⁵

Das „Soziale Aktionsprogramm“, dem die Christlich-demokratische Fraktion des Europäischen Parlaments mit dem Bericht ihres Mitglieds, des Italieners Luigi Girardin, prinzipiell zustimmt, stellt nur einen ersten Schritt zu einer gemeinschaftlichen Sozialpolitik und damit zu einer menschlicheren Dimension der Gemeinschaft dar:¹²⁶ *„In der feierlichen Erklärung von Paris wurde gesagt: die Mitgliedstaaten erklären, daß sie die wirtschaftliche Expansion nicht als Endziel betrachten, sondern als ein Mittel, um die Lebenshaltung der Völker weiterhin zu verbessern. (...) Dies ist eine sehr wichtige Erklärung; endlich ist man wenigstens an der Stufe politischen Willens angelangt, die auf eine offene Sozialpolitik abzielt. Wir müssen diese Gelegenheit ergreifen, denn wenn wir den sozialen Anforderungen des wirtschaftlichen Integrationsprozesses der Gemeinschaft nicht entsprechen, bestätigen wir nur die Theorie, daß der Mensch im Dienste der Wirtschaft steht und nicht umgekehrt. Daher müssen wir uns die Mühe machen und uns sowohl im nationalen Parlament wie auch im Parlament der Gemeinschaft hierfür einsetzen. Wir müssen dies vor allen Dingen als eine neue, wichtigere Rolle verstehen, die die Gewerkschaften und die Sozialpartner in der Gemeinschaft spielen müssen.“*¹²⁷

Sieben Millionen Arbeitslose in der EWG belasten das soziale Klima, das durch das starke Wachstum in den Vorjahren lange Zeit durch Euphorie geprägt war. Der luxemburgische Abgeordnete Jacques Santer, dem eine vielversprechende Zukunft als Ministerpräsident seines Landes und Präsident der Kommission bevorsteht, warnt, dass, *„sollte es nicht gelingen, der Masse der Arbeitnehmer, die sich um ihre Zukunft sorgen, die europäische Sache nahe zu bringen, die institutionelle Entwicklung hin zur Europäischen Union nicht den Rückhalt in der Bevölkerung finden werde, der für die Schaffung eines Europas der Völker unerlässlich sei“*¹²⁸.

Die Fraktion schlägt daher eine breite Debatte im Beisein der für Sozial-, Wirtschafts- und Finanzpolitik zuständigen Minister vor. Im

Verlauf des Jahres 1978 beschäftigt sich das Parlament mit der sektorbezogenen Strukturpolitik.¹²⁹ Die Fraktion widmet sich diesem Thema eingehend während ihrer Studientage im Oktober in Regensburg. Im Lichte der Berichte von Ernst Müller-Hermann, Harry Notenboom, Ferruccio Pisoni, Guillaume Schyns und Hermann Schwörer unterstreicht sie die Notwendigkeit einer sektorbezogenen Strukturpolitik auf Gemeinschaftsebene. In einem Gemeinsamen Markt müssten die wesentlichen Wirtschaftsvoraussetzungen auf der Ebene des gesamten Marktes geschaffen werden. Die Mittel müssten mit den Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft im Einklang stehen und in den von der Krise betroffenen Sektoren, wie der Eisen- und Stahl- sowie der Textilindustrie, setzten sie die Bildung eines sozialen Konsenses voraus.

Der soziale Dialog der Christlich-demokratischen Fraktion mit den Unternehmen und Gewerkschaften

Einige Mitglieder der Fraktion kommen aus der Christdemokratie nahestehenden Gewerkschafts- oder Arbeitgeberkreisen. So sind auch die Treffen und der Meinungsaustausch mit den christlichen Gewerkschaftsorganisationen von großer Bedeutung.

Mit den dem Beratenden Ausschuss angehörenden christdemokratischen Gewerkschaftern kommt die Fraktion am 9. Mai 1955 zum ersten Mal zusammen. Ziel dieses Treffens ist die Erörterung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme der EWG.¹³⁰ Die Christdemokraten schlagen den Arbeitnehmerorganisationen die Durchführung länderübergreifender Konsultationen vor. Sie sprechen sich für die Schaffung von Paritätischen Ausschüssen zur Beilegung von Streitfällen zwischen nationalen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen aus. Die Ausschüsse sollten eine beratende Funktion ausüben und eine große moralische Autorität genießen. Vorgeschlagen wird auch die Einrichtung einer zentralen Stelle für die Analyse der Löhne und Arbeitsbedingungen in den anderen Industriezweigen der Mitgliedstaaten.

Für die Zukunft gibt Alfred Bertrand Folgendes zu bedenken: *„Es muß vermieden werden, dass man bei der Errichtung des gemeinsamen Marktes in den gleichen Fehler wie seinerzeit bei der EGKS verfällt. Der Vertrag über den Gemeinsamen Markt enthält keine Klausel zu den Arbeitnehmern (...). Soweit es sich um Wettbewerbsbestimmungen, die Festlegung der mit dem Investitionsfonds zu verfolgenden Politik sowie um die Verwaltung des Anpassungs fonds handelt, müssen die Arbeitnehmer herangezogen werden. Dies geschieht am besten durch die Bildung eines Wirtschafts- und Sozialrates.“*¹³¹

Diese Gedanken, die Alfred Bertrand bereits im Jahr 1956 geäußert hatte, werden bei der Schaffung der verschiedenen aus dem Gemeinschaftshaushalt finanzierten Fonds der sozialen und regionalen Solidarität (Europäischer Sozialfonds bzw. Europäischer Fonds für regionale Entwicklung) in den 1960er und 1970er Jahren auf ein breites Echo stoßen.

Gemäß dem Vertrag von Rom gehört es insbesondere zu den Aufgaben der Kommission, eine enge Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten auf dem Gebiet des Koalitionsrechts und der Tarifverhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu fördern. In den 1960er Jahren wird eine Reihe von Beratenden Ausschüssen eingesetzt, die die Kommission bei der Ausarbeitung spezifischer politischer Maßnahmen beraten. Diesen Ausschüssen, wie dem Ausschuss für soziale Sicherheit der Wanderarbeitnehmer, dem Ausschuss für den ESF und dem Ausschuss für die Chancengleichheit von Frauen und Männern, gehören Vertreter nationaler Arbeitgeber- und Gewerkschaftsverbände sowie der Regierungen an.

Die Versammlung unterstützt den sozialen Dialog und leistet einen praktischen Beitrag, indem sie die Sozialpartner auf Gemeinschaftsebene auffordert, ihre Auffassungen darzulegen, bevor der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten einen Bericht über einen sie betreffenden Vorschlag ausarbeitet.

Der katholische Arbeitgeberverband und die Europäische Föderation christlicher Gewerkschaften fordern die Fraktion zur Einberufung einer Konferenz auf, die im Februar 1961 stattfindet. Ihr geht am 27. Juni 1960 in Straßburg eine vorbereitende Sitzung voraus, an der der Fraktionsvorstand sowie je zwei Arbeitgeber- und Gewerkschaftsvertreter teilnehmen.¹³² Nach erfolgter Bilanz der Sozialpolitik der EGKS (1952-1962) betont der belgische Abgeordnete René Pêtre, wie wichtig eine noch stärkere Einbeziehung der Sozialpartner sei.

Die Gewerkschaften der Arbeitnehmer und die Arbeitgeberverbände passen sich den Dimensionen der EWG an. In jeder Sozialpartnergruppe werden europäische Sekretariate gebildet. Verbindungsbüros belegen den gemeinsamen Willen zur Zusammenarbeit. *„Alle diese Einrichtungen sind nicht nur nützlich, sondern unerlässlich, damit die Europäische Gemeinschaft in den Augen der europäischen Arbeiterschaft als ein echtes Instrument der gemeinschaftlichen Solidarität und der sozialen Gerechtigkeit erscheint.“*¹³³

Seit 1970 ist der Ständige Ausschuss für Beschäftigungsfragen das wichtigste Dreiergremium auf europäischer Ebene zur Erörterung von Beschäftigungsfragen. Die regelmäßige Konsultation zwischen dem

Ministerrat, der Kommission und den Sozialpartnern soll die Zusammenarbeit in der Beschäftigungspolitik erleichtern.

Anhörung und Mitwirkung der Arbeitnehmer sind seit der Annahme des ersten sozialen Aktionsprogramms im Jahre 1974 ein zentrales Thema in der europäischen Diskussion. In den Beschäftigungsrichtlinien geht es um das Recht der Arbeitnehmer auf Unterrichtung und Anhörung bei einer Reihe wichtiger Fragen, die die Entwicklung des Unternehmens oder die Interessen der Arbeitnehmer angehen. Sie enthalten dagegen keine Bestimmung, die ihnen das Recht auf Mitwirkung an der Beschlussfassung einräumt.

Kapitel X

DIE CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE FRAKTION IST SOLIDARISCH MIT DEN VON DER SOWJETUNION UNTERDRÜCKTEN VÖLKERN

„Dieses Europa ist gegen niemand gerichtet. Weder zwischen seinen Mitgliedstaaten noch gegen andere Länder bestehen irgendwelche Aggressionsabsichten noch egoistische oder imperialistische Züge. Es steht allen offen, die sich ihm anschließen wollen. Der Grund seines Bestehens sind Solidarität und internationale Zusammenarbeit, eine rationelle Organisation der Welt, von der es ein wesentlicher Bestandteil ist.“¹³⁴ Robert Schuman

Die Verträge von Rom enthalten keine Bestimmung zur Außenpolitik. Sie sehen weder eine Konsultation noch auch nur irgendeine Form der Zusammenarbeit zwischen den sechs Staaten in diesem Bereich vor. Gleichwohl kommt den Europäischen Gemeinschaften eine ausschlaggebende Rolle im außenpolitischen Bereich zu. Die Dynamik des Gemeinsamen Marktes stärkt die Position Europas in der Welt beträchtlich und ermöglicht es der Gemeinschaft, zu einem neuen Faktor in den internationalen Beziehungen zu werden.

Zwischen 1953 und 1979 hat die Christlich-demokratische Fraktion des Europäischen Parlaments ihren politischen Willen in allen wichtigen Fragen der außenpolitischen Zusammenarbeit zu erkennen gegeben.¹³⁵

Anfang der 1950er Jahre beginnt eine neue Ära in der Geschichte der internationalen Beziehungen. Vor dem Obersten Sowjet verkündet Georgi Malenkow feierlich, dass die USA nicht mehr das Monopol der Wasserstoffbombe besäßen.¹³⁶ In Reaktion auf diese wachsende Gefahr bekunden die Nouvelles Equipes Internationales 1951 ihren Willen, die christliche und westliche Zivilisation gegen die Gefahr der totalitären Gewalt, die uns aus dem Osten Europas drohe, zu verteidigen.¹³⁷ Die Vereinigten Staaten von Amerika, die mit dem Marshall-Plan entscheidend zum Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg beigetragen haben, gaben dem Prozess der Einigung

Europas, des „zweiten Pfeilers“ der Atlantischen Allianz, regelmäßig Rückendeckung und haben generell zu seiner Fortsetzung ermutigt.

Anlässlich seines Amtsantritts als Präsident der Europäischen Parlamentarischen Versammlung betont Hans Furler 1956: *„Nur in einer Verbindung mit den Vereinigten Staaten von Amerika sind wir Europäer den weltpolitischen Gefahren gewachsen.“*¹³⁸

Für die Christdemokraten ist die Basis eines friedlichen Europas vor allem ein politisches Europa, das sich auf Solidarität und europäische Werte gründet. Sie sind überzeugt, dass dieses Europa eines Tages die Befreiung der Länder des Ostens aus der Gewalt des Kommunismus ermöglichen wird. Die Niederländerin Margaretha Klompé bekräftigt schon 1954: *„Die Gemeinsame Versammlung betrachtet die Gemeinschaft für Kohle und Stahl als ein erstes konkretes Beispiel einer politischen Union, aus der eines Tages eine größere Union hervorgehen könnte. Die Zukunft der Völker des Westens, wie auch die der Völker jenseits des Eisernen Vorhangs hängt von den Bemühungen der Gemeinsamen Versammlung um die Verwirklichung der europäischen Einheit ab, und zwar nicht nur im militärischen Bereich, sondern viel mehr noch auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet.“*¹³⁹

Mit dem Wunsch, eines Tages eine größere Union unter Einbeziehung „der Völker jenseits des Eisernen Vorhangs“ zu schaffen, unterscheiden die Christdemokraten zwischen den unterdrückten Völkern – den Opfern des Regimes – und ihren Unterdrückern: *„Es gibt keine Satellitenvölker, sondern Satellitenstaaten (...)“*¹⁴⁰. Umso mehr ist es geboten *„sich mit dem Unterdrücker jeder Mausechlei zu widersetzen, die auf einen politischen Kuhhandel hinsichtlich des Schicksals der von der kommunistischen Aggression heimgesuchten Völker abzielt“*¹⁴¹.

Berlin: „Die Schandmauer“ (1961)

In den 1950er Jahren spiegelt sich der Schweregrad jeder Krise in der Situation der Berliner wider. Berlin bleibt geteilt: ein Westteil mit dem amerikanischen, dem britischen und dem französischen Sektor und ein sowjetischer Teil. Am 16. und 17. Juni 1953 brechen Streiks in Ostberlin aus und weiten sich schnell auf die gesamte DDR aus. Sämtliche Demonstrationen werden von der sowjetischen Armee niedergeschlagen, es sind zahlreiche Opfer zu beklagen, tausende Ostdeutsche fliehen danach in die Bundesrepublik Deutschland. Die Flaggen vor dem Europahaus in Straßburg werden daraufhin als Zeichen des Mitgefühls des freien Europas auf Halbmast gesetzt.¹⁴²

Der Ausschuss für politische Angelegenheiten des Europäischen Parlaments tagt am 25. und 26. Oktober 1960 in Berlin als Zeichen der

Solidarität der Europäischen Parlamentarischen Versammlung mit der Berliner Bevölkerung. Der Vorsitzende der CD-Fraktion fordert alle diesem Ausschuss angehörenden CD-Mitglieder zur Teilnahme an der Sitzung auf.¹⁴³

So verlassen innerhalb von weniger als zehn Jahren mehr als 2 Millionen Menschen den Osten in Richtung Westen. Um diese fortgesetzte Massenflucht zu beenden, trifft die DDR schließlich die Entscheidung, durch den Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961 den Weg nach Westen zu unterbinden. Damit wird die sowjetische Besatzungszone zum größten Gefängnis, das Europa je gesehen hat, und es wird ein neues Kapitel in der Geschichte des totalitären Kommunismus eingeleitet.

Niederschlagung von Aufständen in Ungarn (Oktober 1956) und in der Tschechoslowakei (August 1968)

Im Oktober 1956 verleiht die politische Opposition Ungarns ihrer Unzufriedenheit zunächst mit friedlichen Aufmärschen in den Straßen von Budapest Ausdruck und geht danach zum bewaffneten Kampf über. Nikita S. Chruschtschow erteilt der Roten Armee den Befehl, den ungarischen Aufstand gewaltsam niederzuschlagen. Die sowjetischen Truppen starten einen gewaltigen Angriff und setzen die nationale Unabhängigkeitsregierung ab. Dieser Zeitpunkt ist von den Sowjets äußerst geschickt gewählt, denn das westliche Lager, das durch die gleichzeitig laufende Suez-Krise gespalten und geschwächt ist, kann nicht angemessen reagieren und schaut der russischen Intervention ohnmächtig zu.

Die Ereignisse in Ungarn schockieren die Christlich-demokratische Fraktion der Versammlung zutiefst. Hans Furler findet dafür die folgenden Worte: *„Wir stehen in einer erregenden weltpolitischen Situation. Mit erschreckender Deutlichkeit offenbarte sich die unerbittliche Gewalt, mit der im Osten unseres Kontinents alten europäischen Völkern die Freiheit verweigert wird. Ich denke da in erster Linie an das stolze und tapfere Volk der Ungarn, für das unsere Herzen schlagen“*.¹⁴⁴ Mit diesem Demokratie verachtenden Gewalteinsatz fällt das Ansehen der UdSSR in den westeuropäischen Ländern so tief wie noch nie seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Diese Ereignisse werden den Europäern noch lange in Erinnerung bleiben.¹⁴⁵

Knapp zwölf Jahre später setzt die UdSSR dem „Prager Frühling“ in der Tschechoslowakei ein genauso brutales Ende. Nach den Ereignissen vom 21. August 1968 hält die Europäische Parlamentarische Versammlung eine Aussprache auf der Grundlage des von Mario Scelba

erarbeiteten Berichts über die politischen Konsequenzen der Ereignisse in diesem Land ab.¹⁴⁶ Der Berichtersteller bringt im Namen der Christlich-demokratischen Fraktion seine Solidarität mit dem tschechoslowakischen Volk zum Ausdruck. Angesichts dieser Verhärtung des kommunistischen Blocks müsse das freie Europa eine angemessene Rolle in der Weltpolitik spielen. Mario Scelba stellt fest, dass diese Ereignisse zu einer Zeit eingetreten seien, als Europa uneins gewesen sei und sich hinter dem Schutz der USA verschanzt habe. Eine solche Haltung Europas festige die sowjetische Herrschaft über die Satellitenstaaten und begünstige die Teilung der Welt in Einflussphären der beiden großen Mächte. Das europäische Streben nach Einheit sei der Garant für Unabhängigkeit, Freiheit und Frieden. Die Entschließung, in der die Besetzung der Tschechoslowakei durch die ausländischen Truppen verurteilt wird, wird gebilligt.¹⁴⁷ Auch auf dem Europäischen Kongress der christlich-demokratischen Parteien, der vom 12. bis 15. September 1968 in Venedig tagt, wird die Solidarität mit dem tschechoslowakischen Volk bekundet. Dieses Ereignis macht Initiativen zur Neubelebung der politischen Integration, zur Stärkung der Gemeinschaften sowie zu ihrer Erweiterung umso dringlicher.¹⁴⁸

Das Gipfeltreffen von Helsinki (1975): Realität oder Illusion einer Ost-West-Entspannung?

Die Entspannung vollzieht sich in den 1970er Jahren parallel zur Intensivierung der Kontakte zwischen Ost und West. In dieser Zeit verschreiben sich die Christdemokraten dem Konzept „*Pacem in Terris*“¹⁴⁹ und unterstützen jede zu Entspannung und Abrüstung führende Initiative.¹⁵⁰

Sie hüten sich jedoch vor jeder Illusion angesichts der Risiken, durch Moskau manipuliert zu werden, das nach Belieben schalten und walten kann und versucht, die euroatlantische Solidarität zu untergraben. Ohne die Atlantische Allianz kann Europa keine Außenpolitik im Sinne der Ost-West-Entspannung führen. Mit den Amerikanern müssen die Grundlagen einer auf Gleichberechtigung beruhenden Partnerschaft gefunden werden, wie dies von John F. Kennedy in seiner berühmten Rede zur „Equal Partnership“ im Juli 1962 in Philadelphia vorgeschlagen wurde. Dieser Vorschlag ermöglicht die Einleitung weitreichender Zollverhandlungen, die zur Liberalisierung des Welthandels beitragen. Auf politischer Ebene leiden die Beziehungen nach wie vor unter einem Ungleichgewicht zwischen den USA und der Europäischen Gemeinschaft, da sich diese lange Zeit unfähig zeigt, mit einer Stimme zu sprechen.

Durch die politische Zusammenarbeit der Neun können jedoch während der Vorbereitung und im Verlauf der KSZE, die das denkwürdigste Ereignis in der Geschichte der Ost-West-Beziehungen der Nach-Stalin-Ära ist, gemeinsame Standpunkte angenommen werden.¹⁵¹

Am 1. August 1975 wird die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) nach zweijähriger Arbeit mit einem Grundlagentext abgeschlossen: der Schlussakte des Gipfels von Helsinki.^a Die KSZE ist ein Verhandlungsforum, in dem sich bislang gegnerische Staaten zu dauerhafter Zusammenarbeit und Überwindung ihrer Unstimmigkeiten bereit erklären. Die KSZE fügt sich in den europäischen Kontext des Kalten Krieges ein und folgt einer euroatlantischen Logik: Alle Länder, deren Territorium sich ganz oder teilweise in Europa, den USA oder Kanada befindet, sind Vollmitglieder. Albanien ist der einzige Staat, der diese Kriterien erfüllt und nicht an den Verhandlungen teilnimmt.

Der Verlauf der KSZE wirkt sich insgesamt positiv auf den gemeinschaftlichen Zusammenhalt aus.¹⁵² Den Neun gelingt es, ihre gemeinsamen Interessen und Ziele mit einer gemeinsamen Stimme zu verteidigen, und dieser Zusammenhalt bildet die Grundlage, auf der sich die Verhandlungen vollziehen.¹⁵³ Bei den Verhandlungen des Europäischen Parlaments über die Schlussakte betont Egon Klepsch, dass ausgewogene Verhandlungen zu multilateralen Ergebnissen führen müssen, die keine Hindernisse auf dem Weg Europas zu seiner Vereinigung darstellen dürfen. Die Christlich-demokratische Fraktion begrüßt insbesondere die Fortschritte in „Korb 3“, bei dem es um die Freizügigkeit von Menschen und Ideen sowie die Förderung des Vertrauens bei der beiderseitigen Reduzierung von Streitkräften und Rüstungen geht: *„Wir wollen gleichberechtigte Kooperation der Staaten und keine hegemoniale Struktur in Europa“*.¹⁵⁴

a In diesem Dokument erkennen die 35 Teilnehmerstaaten, die der Organisation des Nordatlantikvertrags (NATO) bzw. dem Warschauer Vertrag angehören oder als neutral gelten, die nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs geschaffenen Grenzen offiziell an. Es wird ein System militärischer Vertrauensmaßnahmen beschlossen, in dessen Rahmen sich die Mitglieder der Militärbündnisse verpflichten, bestimmte militärische Manöver im Voraus anzukündigen. Die Unterzeichner der Schlussakte von Helsinki gehen die Verpflichtung ein, sich nicht in die inneren Angelegenheiten der anderen teilnehmenden Staaten einzumischen, und es werden Regelungen zu militärischen Fragen, zur wirtschaftlichen, technischen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit, zu demokratischen Grundsätzen und zum Umweltschutz getroffen. Die Schlussakte ist auch als ein Verhaltenskodex für die Beziehungen zwischen Ost und West zu verstehen und gibt in Form eines Dekalogs den Rahmen vor, innerhalb dessen die Änderung eines Grenzverlaufs nur im friedlichen Einvernehmen entsprechend den Regeln des Völkerrechts sowie dem Grundsatz der Selbstbestimmung der Völker erfolgen darf.

Die UdSSR und ihre Satellitenstaaten, die – wie angesichts der auf der Tagesordnung stehenden Themen zu befürchten war – nur mit großem Zögern an den Verhandlungen teilnehmen, sind bereit, sich über gegenseitige Anerkennung und wirtschaftliche Zusammenarbeit auszutauschen. Artikel 7 des Abkommens von Helsinki, der die Ostblockstaaten zur Einhaltung der Menschenrechte und Grundfreiheiten verpflichtet, nimmt hingegen keine konkrete Form an und die für die Einhaltung der Verpflichtungen ihres Staates kämpfenden Bürgerrechtler sind weiterhin Unterdrückung, Verbannung und Inhaftierung ausgesetzt. Alexander Solschenizyn in der UdSSR und Václav Havel in der Tschechoslowakei gehören neben vielen unbekannteren zu den bekanntesten Opfern. Das Gipfeltreffen von Helsinki hat viele Hoffnungen geweckt, die sich leider nicht verwirklicht haben.

Das Parlament zieht bei der Aussprache am 24. September 1975 die ersten Schlussfolgerungen: *„Die Schlußakte ermöglicht den Übergang in eine von Frieden, Sicherheit und Gerechtigkeit sowie der stetigen Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen und der Zusammenarbeit geprägte Zukunft Europas (...). Die Ergebnisse der Konferenz werden den Prozeß der Einheit Europas nicht behindern. Sie werden dem allmählichen Prozeß der Entspannung einen neuen, substantiellen Inhalt geben.“*¹⁵⁵

Die Christlich-demokratische Fraktion beauftragt Egon Klepsch und Giovanni Bersani mit der Bewertung der Auswirkungen der Konferenz von Helsinki. Ihre Schlussfolgerung lautet wie folgt: *„Was von der Konferenz von Helsinki als ein realer politischer Fakt bleibt, ist die vor der Weltöffentlichkeit eingegangene feierliche Verpflichtung.“*¹⁵⁶ Obgleich die konkreten Ergebnisse bei der Verwirklichung der Absichtserklärung der Schlussakte also noch gering sind, ist 1977 doch festzustellen, dass die langfristigen und indirekten Wirkungen der Konferenz von großer Tragweite sein werden. So unterstreicht Hans Edgar Jahn: *„Die KSZE-Schlußakte gibt dem Westen eine feste rechtliche Grundlage, nicht nur die Erfüllung der dort beschlossenen konkreten Absichtserklärungen bei den kommunistischen Regierungen anzumahnen, sondern auch die gesamte Skala der Menschenrechte und Grundfreiheiten zum Gegenstand der zwischenstaatlichen Beziehungen und Diskussionen zu machen. Mit der KSZE-Schlußakte ist die Wahrung der Menschenrechte innerhalb der Staaten als wesentlicher Faktor der zwischenstaatlichen Beziehungen anerkannt worden. Dies entspricht der Erkenntnis, daß die Achtung der individuellen Freiheit im Staate und der Friede zwischen den Staaten in einem unlösbaren Zusammenhang stehen.“*¹⁵⁷

Eine kühne Initiative der Fraktion: die europäische Rüstungszusammenarbeit (1978)

Es ist die Christlich-demokratische Fraktion, auf die die konkreten Vorschläge, mit denen das Europa der Verteidigung vorangetrieben werden soll, zurückgehen. Im Gegensatz zur Sozialdemokratischen und erst recht zur Kommunistischen Fraktion, die die Versprechen der Sowjetunion für bare Münze nehmen, obwohl es sich dabei um den Versuch handelt, die Verteidigungsabsichten der Europäer zu neutralisieren, fordern die Christdemokraten weiterhin ein politisches Europa ein. So werden im Bericht Blumenfeld, der im Namen des Ausschusses für politische Angelegenheiten des Europäischen Parlaments vorgelegt wird, vierteljährliche Treffen zwischen den Verteidigungs- und Außenministern der Neun angeregt.¹⁵⁸ Den größten Initiativgeist der Fraktion stellt jedoch der ebenfalls im Namen des Ausschusses für politische Angelegenheiten vorgelegte Bericht von Egon Klepsch unter Beweis: Angesichts der Überrüstung der sowjetischen Streitkräfte insbesondere im konventionellen Bereich und angesichts der wachsenden Kosten der Rüstungsindustrie stellt Egon Klepsch fest, dass die Bemühungen der europäischen Länder zu unkoordiniert sind. Für die europäische Verteidigungsfähigkeit wäre es von Vorteil, wenn eine gemeinsame Industriepolitik im Rüstungsbereich verfolgt würde: *„Man könnte auf diese Instrumente – über die weder die NATO, die WEU noch die Eurogruppe verfügen – zur Rationalisierung der Rüstungsproduktion zurückgreifen. Eine Senkung der Rüstungsausgaben durch die Standardisierung und durch einen rationelleren Einsatz der vorhandenen Industrien sowie eine größere Autonomie im Rüstungsbereich sind unabdingbar“*.¹⁵⁹ Der Ausschuss befürwortet die Forderung nach Vorlage eines europäischen Aktionsprogramms im Bereich der Entwicklung und Herstellung von konventionellen Waffen. Die EntschlieÙung wird mit den Stimmen der Christdemokraten, der Liberalen und der Konservativen angenommen, während die Sozialdemokraten und Kommunisten mehrheitlich dagegen stimmen und die Gaullisten sich enthalten.

Kapitel XI

EIN HISTORISCHES UND MORALISCHES ERBE: DIE HILFE FÜR AFRIKA

Einige der in der christlich-demokratischen Familie versammelten Parteien, so die Parteien Frankreichs, Italiens, Belgiens und der Niederlande, stammen aus Ländern, die bei der Kolonialisierung im 19. Jahrhundert und bei der Entkolonialisierung in den ersten zehn Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg eine aktive Rolle gespielt haben.

Bereits in der Schuman-Erklärung vom 9. Mai 1950 ist der folgende Satz zu finden, der der künftigen Gemeinschaft eine zusätzliche Aufgabe überträgt: *„Europa wird dann mit vermehrten Mitteln die Verwirklichung einer seiner wesentlichsten Aufgaben verfolgen können: die Entwicklung des afrikanischen Erdteils“.*

Für die Christlichen Demokraten steht unzweifelhaft fest, dass *„der Kampf gegen Hunger, Armut und Unterentwicklung eine Aufgabe ist, die die ganze Menschheit, insbesondere aber die entwickelten Länder in die Pflicht nimmt“*.¹⁶⁰

Die Gründung der EWG erfolgt parallel zur Entkolonialisierung. Noch vor der Unterzeichnung des Vertrags von Rom schlägt die französische Regierung vor, ihre überseeischen Gebiete in den Anwendungsbereich dieses Vertrags einzubeziehen. Dieser Vorschlag wird von Belgien, Italien und den Niederlanden unterstützt. In einem speziellen Teil des Vertrags sind unter der Überschrift „Die Assoziierung der überseeischen Länder und Hoheitsgebiete“ die Grundsätze dazu festgelegt. Mit der Gründung der EWG werden diese Ziele zur gemeinsamen europäischen Afrikapolitik.

Für Pierre Wigny ist *„eine der durch die Verträge von Rom eröffneten Möglichkeiten (...) Eurafrika. Es gilt, für die Völker jenseits des Mittelmeers, und zwar mit deren Zustimmung und in ihrem Interesse, Formen der Zusammenarbeit zu finden, die ihnen eine schnellere, wirtschaftliche und politische Entwicklung sichern und sie an den Verantwortlichkeiten der Macht teilhaben lassen.“*¹⁶¹ Mit dem Vertrag von Rom sollen zwischen den europäischen Staaten und den überseeischen

Ländern und Hoheitsgebieten gemeinsame Beziehungen aufgebaut werden.¹⁶²

Das Ziel der Assoziierung ist die Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung dieser Länder und die Herstellung enger Wirtschaftsbeziehungen zwischen ihnen und der Gemeinschaft. Zu diesem Zweck müssen sämtliche Handelsbeschränkungen aufgehoben und die Einfuhren in die Gemeinschaft vom Zoll befreit werden. Die Mitgliedstaaten schaffen einen Europäischen Investitionsfonds für einen Zeitraum von fünf Jahren (1957-1962), aus dem Investitionen von allgemeinem Interesse in Afrika finanziert werden sollen.

Vom 3. bis 5. Mai 1961 tagt in Bonn der gemeinsame Ausschuss der Europäischen Parlamentarischen Versammlung und der Parlamente der afrikanischen Staaten und Madagaskars. Der Ausschuss, dem 16 Vertreter der afrikanischen Länder und 16 Delegierte der Versammlung angehören, soll den Erfolg der Hauptkonferenz sicherstellen. Im Anschluss findet auf der Plenartagung im Mai 1961 eine Aussprache zu diesem Thema statt, und es wird eine EntschlieÙung zu den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Aspekten der Assoziierung mit den afrikanischen Ländern angenommen.¹⁶³ Die Abgeordneten sind bestrebt, einen breiteren Rahmen für die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Afrika und Europa zu finden. In diesem Zusammenhang betont der christdemokratische Vertreter Mario Pedini, dass die neue Beziehung zwischen Europa und Afrika die jüngsten Entwicklungen in Afrika widerspiegeln müsse. Die Europäer müssten den Stand der Freiheit, der Unabhängigkeit sowie der kommerziellen und kulturellen Liberalisierung der Länder Afrikas berücksichtigen, damit *„die euroafrikanische Gemeinschaft nicht zweideutigen, undurchsichtigen Interessen ausgesetzt ist, sondern etwas Dauerndes darstellt, eine Garantie für ein kulturelles Gleichgewicht, dessen die Welt heute so sehr bedarf“*.¹⁶⁴ Es geht um die Solidarität der Industrienationen mit den Entwicklungsländern.

Der Beitrag der Christlich-demokratischen Fraktion zu den Abkommen Jaunde I (Juli 1963) und Jaunde II (1969)

Am 20. Juli 1963 wird in Jaunde das Assoziierungsabkommen zwischen der EWG und 18 afrikanischen Ländern einschließlich Madagaskar unterzeichnet. Es tritt 1964 in Kraft und wird zentrales Instrument einer regionalen, wirtschaftlichen, handelspolitischen, finanziellen, technischen und kulturellen Zusammenarbeit.

Das Abkommen von Jaunde basiert auf dem freien Warenverkehr zwischen der EWG und jedem einzelnen der assoziierten afrikanischen

Staaten und Madagaskar. Mit ihm werden paritätisch besetzte, für die Verwaltung der Assoziierung zuständige Organe geschaffen. Obwohl der Europäische Entwicklungsfonds durch das Abkommen aufgestockt wird und die Mittel zu den Investitionen der EIB (Europäische Investitionsbank) hinzukommen, ist der Umfang der finanziellen Unterstützung kleiner als die bilaterale Hilfe, die die ehemaligen Mutterländer leisten. Die Fraktion der Christdemokraten des Europäischen Parlaments hält es jedoch für erforderlich, die Beziehungen zu den Staaten zu fördern, die das Kriterium der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit erfüllen.¹⁶⁵ Im Übrigen kommt Hans Furler, der von 1960 bis 1962 Präsident des Europäischen Parlaments war, das Verdienst zu, die Parlamentarische Versammlung der Assoziation eingerichtet zu haben. Der Abschluss des Assoziierungsabkommens findet die Billigung der Fraktion, wobei ihre Vertreter vor allem auf die Möglichkeit des Beitritts weiterer afrikanischer Staaten und die Bedeutung der Zusammenarbeit im Kultur- und Bildungsbereich hinweisen.¹⁶⁶

Die wichtigsten Bestimmungen des Abkommens von Jaunde werden durch das neue Assoziierungsabkommen zwischen der EWG und 18 afrikanischen Staaten und Madagaskar vom 29. Juli 1969 erneuert. Das zweite Abkommen von Jaunde ermöglicht die Umsetzung und Verbesserung dieser mit Mechanismen der technischen, finanziellen, landwirtschaftlichen, industriellen und kommerziellen Zusammenarbeit ausgestatteten Assoziierung, die von paritätisch besetzten parlamentarischen Organen und Einrichtungen verwaltet und kontrolliert wird. Mittlerweile sind zu den mit der EWG assoziierten afrikanischen Staaten und Madagaskar weitere Gebiete hinzugekommen, nämlich das niederländische Surinam¹⁶⁷ und die Niederländischen Antillen.¹⁶⁸

1968 wird mit drei Staaten des Commonwealth (Kenia, Tansania und Uganda) das Abkommen von Arusha unterzeichnet, mit dem eine Assoziierung vollzogen wird (teilweise Freihandelszone, paritätische Organe), ohne eine finanzielle oder gar technische Zusammenarbeit zu begründen. Das Abkommen von Jaunde II wirkt der Aushöhlung der Zollpräferenzen und dem Problem der schwankenden Ausfuhrerlöse entgegen, wenn der Preisrückgang bei den Rohstoffen, die diese Länder exportieren, erhebliche Einkommensverluste nach sich zieht. Zu diesem Zweck werden Finanzstabilisierungsfonds geschaffen.

Die Konferenz von Lomé: ein Wendepunkt in den wechselseitigen Solidaritätsbeziehungen (Februar 1975)

„Die Christlich-demokratische Fraktion des Europäischen Parlaments sieht in den Entwicklungen nach dem Abkommen von Lomé viele ihrer Institutionen, ihrer Ideale und ihrer politischen Leitlinien bestätigt: Die Unterzeichnung des Abkommens von Lomé ist aus Sicht der Fraktion insofern besonders wichtig, als sie einen Schritt hin zu neuen demokratischen Modellen der Zusammenarbeit und der Beteiligung an der Lösung weltweiter Wirtschaftsprobleme signalisiert.“¹⁶⁹

Giovanni Bersani

Das Abkommen von Lomé wird am 28. Februar 1975 in der Hauptstadt Togos unterzeichnet und verbindet die neun Mitgliedstaaten der EWG mit den 46 Staaten in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean (AKP) in einer gemeinsamen Politik der wirtschaftlichen, industriellen, finanziellen und technischen Zusammenarbeit, womit die Abkommen von Jaunde ersetzt werden. Es sieht die Einrichtung einer paritätisch zusammengesetzten Beratenden Versammlung AKP-EWG vor, mit deren Vorbereitungsarbeiten der Paritätische Ausschuss beauftragt wird. Im Verlauf der Aussprache über das Abkommen unterstreicht der Belgier Pierre Deschamps, dass es für die AKP-Staaten genauso wichtig ist, *„die Einheit dieser Länder zu stärken, wie für Europa, den offenen Charakter der Gemeinschaft zu beweisen“*¹⁷⁰.

Mit diesem im April 1976 offiziell in Kraft getretenen Abkommen wird endgültig ein Schlussstrich unter den Kolonialismus gezogen, indem der gleichberechtigte Charakter der neuen Zusammenarbeit herausgestellt wird. Europa schafft eine demokratisch institutionalisierte Form der paritätischen Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil. Das Abkommen stellt einen Schritt in Richtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung dar, die sich auf Solidarität und Gerechtigkeit gründet.¹⁷¹ Wie Giovanni Bersani betont, ist *„das Abkommen (...) ein Meilenstein in der Kooperationspolitik der EG im Bereich der Entwicklungshilfe; in einem entscheidenden Augenblick der Einigungsphase des afrikanischen Kontinents stellt es eine Wende dar im gegenseitigen Verhältnis eines großen Teils der afrikanischen Länder, eines beachtlichen Teils der karibischen Länder und bestimmter Regionen des pazifischen Raums“*.¹⁷²

Das Abkommen von Lomé basiert auf den Werten der Christdemokraten: Solidarität, Achtung der Würde des Einzelnen und Gleichheit.¹⁷³ Giovanni Bersani stellt dazu fest: *„Im Gegensatz zum Nord-Süd-Dialog, der auf eine Reihe von AKP-Ländern eine desillusionierende Wirkung ausgeübt hat, war die Sitzung der Beratenden Versammlung durch eine*

Atmosphäre des Vertrauens und der Freundschaft charakterisiert.¹⁷⁴ Diese Kooperationsformel hat nach und nach Vorurteile und Misstrauen überwinden können und schließlich zum Beitritt anderer Staaten, darunter die Länder der Ostafrikanischen Gemeinschaft (Tansania, Kenia und Uganda), die Insel Mauritius (1972) und 27 weitere afrikanische, karibische und asiatische Länder, geführt.¹⁷⁵

Aufgrund seiner Tragweite ist das Abkommen von Lomé ein Novum. Die 46 AKP-Länder repräsentieren 268 Millionen Einwohner und mit den Europäern werden von dem Abkommen insgesamt mehr als eine halbe Milliarde Menschen betroffen – wodurch es eine wirklich weltweite Bedeutung erlangt. Den Verträgen über den Handelsverkehr und die kommerzielle Zusammenarbeit liegt das Prinzip der Gegenseitigkeit zugrunde.¹⁷⁶

Eine Sitzung des Paritätischen Ausschusses der Assoziation EWG-AASM (assoziierte afrikanische Staaten und Madagaskar) findet vom 21. bis 23. Mai 1975 in Dublin statt. Pierre Deschamps bezeichnet sie als eine „Weltpremiere“ für die Beziehungen zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern. In der Sitzung ging es vor allem um die Anwendung der Bestimmungen, die die Schaffung einer Beratenden Versammlung und ihrer Organe vorsehen. Pierre Deschamps bezeichnet es als „*ein Charakteristikum des Abkommens von Lomé (...), daß es Europa und seine Partner in einer dynamischeren Einheit verbindet*“.¹⁷⁷ Für Europa trifft dies zu. Der Präsident der EG-Kommission, François-Xavier Ortoli, bekräftigt: „*Europa verfolgt von nun an (1975) gegenüber der Dritten und der Vierten Welt eine Entwicklungspolitik, die in ihren Zielen eindeutig, in ihren Mitteln diversifizierend ist, eine Politik, deren konsequente Anwendung unsere zufriedenstellendste Manifestation nach außen ist*“.¹⁷⁸

Die Christlich-demokratische Fraktion und der schwierige Kampf für die Menschenrechte in Afrika: eine kontrastreiche Bilanz

Die Christdemokraten wollen, dass die Anwendung der fundamentalsten Menschenrechte auf alle Partner ausgedehnt und diese Rechte in allen Abkommen und Verträgen ausdrücklich erwähnt werden.¹⁷⁹ Sie unterstützen sämtliche Bemühungen um die Aufnahme eines ausdrücklichen Hinweises auf die Menschenrechte in dem neuen Abkommen von Lomé und bekräftigen die Verpflichtung der EWG, die AKP-Partner in die Lage zu versetzen, die Grundrechte zu achten. Die Achtung der Würde des Menschen ist für sie das Fundament des pluralistischen demokratischen Systems, zu dem sie sich bekennen,

und eine Voraussetzung für die Sicherung des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit.¹⁸⁰

Pierre Deschamps setzt sich mit aller Kraft für die Menschenrechte und Lomé II ein. Die christdemokratischen Abgeordneten betonen, dass diese Frage *„sehr aufmerksam und mit größtem Verantwortungsbe-
wusstsein (...) ohne Nachsicht oder Vorurteile“* und ohne *„verhüllte Vor-
wände für irgendeine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der
Mitgliedstaaten des Abkommens“*¹⁸¹ geprüft werden müsse. Die Grund-
freiheiten haben Vorrang vor der staatlichen Souveränität. Die Christ-
demokraten verurteilen die Apartheid¹⁸², da diese im Widerspruch zu
der grundsätzlichen Gleichheit der Menschen steht.

Im Juli 1978 widmet die Fraktion ihre Studententage in Mandelieu-La-
Napoule (Frankreich) dem Nord-Süd-Dialog. In der von der Fraktion
angenommenen Entschließung heißt es, dass *„die wirtschaftliche und
soziale Entwicklung der Dritten Welt sowie die internationale Zusam-
menarbeit die Schwerpunktthemen der 25 letzten Jahre dieses Jahrhun-
derts sein werden; vom Herangehen an diese Themen werden der Frieden
und das Gleichgewicht in der Welt abhängen“*¹⁸³. Es wird eine Reihe von
Initiativen entwickelt, von denen die erste aus einer im Dezember 1978
von Luigi Noé gestellten mündlichen Anfrage zur Hilfe für die Entwick-
lungsländer im energiepolitischen Bereich besteht.

Das am 31. Oktober 1979 unterzeichnete zweite Abkommen von
Lomé erlangt neben der wirtschafts- und finanzpolitischen Dimen-
sion, von der die vorhergehenden Vereinbarungen gekennzeichnet
waren, eine menschliche und soziale Dimension. Das Thema Men-
schenrechte wird genauso in die Verhandlungen über das Abkommen
einbezogen wie die kulturelle Zusammenarbeit, die Mitwirkung der
Sozialpartner und die Wahrung der Rechte der in Europa lebenden
Arbeitnehmer und Studenten aus den AKP-Staaten. Auf der Konferenz
der Staats- und Regierungschefs 1973 in Kopenhagen wurde bereits
festgestellt, dass sich *„die internationalen Beziehungen unter Achtung
der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen entwickeln und auf
mehr Gerechtigkeit gründen sollten, um so die Sicherheit jedes Einzelnen
besser zu gewährleisten“*¹⁸⁴.

Die Bilanz, die für die Entwicklungspolitik in Afrika in den ersten
postkolonialen Jahrzehnten gezogen wird, fällt nicht einheitlich aus.
Das koloniale Erbe hat Spuren in den Köpfen der neuen Herrscher hin-
terlassen und die noch unerfahrene Demokratie stößt bei ihren Versu-
chen, die Zersplitterung in eine Vielzahl von Stämmen zu überwinden,
auf Schwierigkeiten.

Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der am stärksten benach-
teiligten Länder verzögert sich enorm. Staatsstrieche und Bürgerkriege,

sogar Massaker und Hungersnöte häufen sich unter den Augen der europäischen Partner, die dies hilflos mit ansehen müssen. Die Fraktion setzt sich speziell für ein erfolgreiches Wirken der mit den Abkommen von Lomé geschaffenen neuen paritätischen Organe ein, doch bestehen Mängel am repräsentativen Charakter der afrikanischen Seite, und der Dialog gestaltet sich oft zu diplomatisch-förmlich. Allerdings tragen die Handelsbestimmungen und die Finanzprotokolle gewisse Früchte: Stabilisierung bei den Rohstoffen, Einnahmegarantie für bestimmte Agrarexporte, Beihilfen für Infrastrukturprojekte. Einige Fraktionsmitglieder arbeiten mit großem persönlichen Einsatz auf eine privilegiere Beziehung zu den in einigen afrikanischen Ländern bestehenden christlich orientierten Bewegungen hin. Nach 1979 wird die EVP-Fraktion eine von Giovanni Bersani und dem Franzosen Michel Debatisse angeregte afrikanische Stiftung ins Leben rufen. Weitere Initiativen sind auf das südliche Afrika gerichtet und tragen dazu bei, dass die Apartheid in Südafrika allmählich und relativ friedlich überwunden wird.

Kapitel XII

DER ALLTAG IN DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN FRAKTION VON 1952 BIS 1979

Die Mitglieder der Christlich-demokratischen Fraktion werden von den nationalen Parlamenten der sechs Mitgliedstaaten delegiert, doch kann ihre Anzahl je nationaler Delegation in Abhängigkeit von den Parlamentswahlen in den Herkunftsländern variieren. Wegen dieser relativ instabilen Zusammensetzung der Europäischen Versammlung werden die meisten Mandate alle zwei Jahre oder gegebenenfalls häufiger erneuert. Von Anfang an sind die italienische und die deutsche Delegation zahlenmäßig am stärksten in der Christlich-demokratischen Fraktion vertreten und dies sowohl in der Gemeinsamen Versammlung der EGKS von 1952 bis 1958 als auch in der Europäischen Parlamentarischen Versammlung, der gemeinsamen Versammlung für die EGKS, die EWG und die Atomgemeinschaft ab 1958. Nicht unerwähnt bleiben soll auch die Zunahme der Gesamtmitgliederzahl von Versammlung zu Versammlung. Waren es im Jahr 1952 erst 78 Mitglieder, so stieg die Zahl auf 142 Mitglieder ab März 1958 und schließlich 410 nach den Direktwahlen im Juni 1979.

Eine deutsch-italienische Gemeinherrschaft innerhalb der Christlich-demokratischen Fraktion?

Die deutsche CDU/CSU-Delegation hat von Anfang an den ersten Platz in der Fraktion eingenommen und diesen über die Jahre ausgebaut. So zählte sie acht Mitglieder im Jahr 1952 (21 %), 19 Mitglieder im Jahr 1958 (28 %) und 16 Mitglieder im Jahr 1975 (31 %). Die zahlenmäßige Stärke erklärt sich aus der dominierenden Stellung dieser politischen Familie im Nachkriegsdeutschland.

Die deutsche Delegation hat kontinuierlich Schritt für Schritt mehr Verantwortung in der Fraktion übernommen. So hielt sie sich zunächst in den ersten sieben Jahren nach Kriegsende völlig zu Recht zurück und strebte keine führende politische Position wie die des Präsidenten

des Europäischen Parlaments oder des Fraktionsvorsitzenden an. Erst 1956 haben die deutschen Christdemokraten einen der ihren – Hans Furler – in das höchste Amt der Versammlung bringen können und erst 1966 Joseph Illerhaus für den Fraktionsvorsitz vorgeschlagen.

Von diesem Zeitpunkt an wird die deutsche Delegation mit den Vorsitzenden Joseph Illerhaus, Hans-August Lücker, Egon Klepsch und schließlich Hans-Gert Pöttering ihre Verbundenheit mit dem Fraktionsvorsitz unter Beweis stellen, den sie im Zeitraum 1953-2009 insgesamt 30 Jahre lang innehaben wird. Diese Dominanz erklärt sich ganz natürlich aus dem ersten Platz, den die CDU/CSU-Delegation seit der Geburtsstunde der Fraktion behauptet hat.^a

Diese Vorherrschaft behauptete sie über viele Jahre aufgrund des ausgewogenen Verhältnisses zu der zahlenmäßig praktisch gleichstarken italienischen Delegation.

Die zwölf Abgeordneten der italienischen Christdemokratie machen 1952 32 % aller Fraktionsmitglieder aus. 1958 sind es mit 25 Abgeordneten 38 % und 1975 mit 16 Abgeordneten 31 %. Die starke italienische Vertretung hängt natürlich mit der führenden Stellung der „Democrazia Cristiana“ im Nachkriegsitalien zusammen, aber auch mit der Entscheidung des italienischen Parlaments – der Abgeordnetenkammer und des Senats -, angesichts der ablehnenden Haltung der Kommunisten gegenüber dem europäischen Aufbauwerk während des gesamten Kalten Krieges keine kommunistischen Abgeordneten in ihren Reihen zu dulden. Die Kommunistische Fraktion wurde erst 1974 gebildet, da das italienische und das französische Parlament erst 1969 bzw. 1970 kommunistische Abgeordnete delegierten. Im Jahr 1962 vertraten also 26 der insgesamt 36 italienischen Abgeordneten die DCI und hatten einen Platz in der Christlich-demokratischen Fraktion inne.

Daher wurde es von den anderen Delegationen akzeptiert, dass die Deutschen und die Italiener die Ämter des Vorsitzenden und des

a Egon Klepsch war zwei Mal Fraktionsvorsitzender: 1977-1982 und 1984-1992. Hans-Gert Pöttering blieb Vorsitzender von Juli 1999 bis Januar 2007. Im gesamten Zeitraum hatte die französische Delegation den Vorsitz zehn Jahre lang inne (Alain Poher von 1958 bis 1966 und Joseph Daul von 2007 bis 2009). Vier belgische Vorsitzende, Pierre Wigny, Alfred Bertrand, Leo Tindemans und Wilfried Martens, übten den Vorsitz über einen Zeitraum von insgesamt zehn Jahren aus. Ein niederländischer Vorsitzender, Emmanuel Sassen, hatte das Amt fünf Jahre lang inne und ein italienischer Vorsitzender, Paolo Barbi, zweieinhalb Jahre. Politischen Einfluss durch das Amt des Generalsekretärs brachte die deutsche Delegation insgesamt 25 Jahre lang zur Geltung (Hans-Joachim Opitz, Carl Otto Lenz, Gerhard Guckenberger, Klaus Welle, Martin Kamp) und die italienische Delegation 24 Jahre lang (Arnaldo Ferragni, Alfredo De Poi, Giampaolo Bettamio, Sergio Guccione). Ein zwei Jahre lang amtierender portugiesischer Generalsekretär (Mário David) und ein vier Jahre lang amtierender dänischer Generalsekretär (Niels Pedersen) vervollständigen diese Liste. Siehe Teile II und III dieser Abhandlung.

Generalsekretärs einvernehmlich untereinander aufteilten. Egon Klepsch geht davon aus, dass sich die italienische Delegation stets ihrer privilegierten Beziehung – einer „Privilegiata“ – zur deutschen Delegation bewusst war.^a

Die belgische, die niederländische und die luxemburgische Delegation wurden einvernehmlich als die Delegation der Beneluxstaaten und mit insgesamt 13 Mitgliedern im Jahr 1958 (34 %), 17 Mitgliedern 1962 (25 %) und 13 Mitgliedern 1975 (26 %) als dritte „große Gruppe“ innerhalb der Fraktion betrachtet.

Die Aufteilung der wichtigen Ämter – Präsident des Europäischen Parlaments und Vizepräsidenten, Vorsitzender und stellvertretende Vorsitzende der Fraktion sowie Ausschussvorsitz – erfolgte unter Berücksichtigung der zahlenmäßigen Stärke dieser drei Blöcke.

Die französische Delegation war eher klein (5 Mitglieder 1952, 6 Mitglieder 1958, 3 Mitglieder 1975), erlangte jedoch durch einige der darin vertretenen Persönlichkeiten, darunter vor allem Robert Schuman, Alain Poher und Pierre-Henri Teitgen, hohe Wertschätzung. Aus Sicht der deutschen Abgeordneten war es unverzichtbar, eine privilegierte politische Beziehung zu ihren französischen Kollegen zu einer Zeit zu pflegen, da diesen persönlichen Kontakten eine beispielhafte Symbolkraft zukam.

Die ersten Vorsitzenden

Der erste Fraktionsvorsitzende ist Emmanuel Sassen, Jahrgang 1911. Er war kurz nach dem Krieg Abgeordneter in den Niederlanden, dann Minister und erneut Abgeordneter. Er gab den Vorsitz der Christlich-demokratischen Fraktion 1958 auf, um Mitglied der neuen Euratom-Kommission zu werden, und setzte seine europäische Karriere bei der EWG-Kommission bis 1971 fort. Sein Nachfolger, Pierre Wigny, war Mitglied der Christlich-Sozialen Partei Belgiens und von 1947 bis 1950 ebenfalls Minister. Von 1958 bis 1962 amtierte er als Außenminister, nachdem er kurz den Fraktionsvorsitz innegehabt hatte.

Auf Vorschlag des Leiters der deutschen Delegation, Hermann Kopf, wird Alain Poher, der der Fraktion seit ihrer Gründung angehörte, am 6. Oktober 1958 zum Vorsitzenden der CD-Fraktion gewählt. Damit begann ein neuer Abschnitt in seiner von Treue geprägten langen europäischen Karriere. Der ehemalige Chef des Kabinetts von Robert Schuman, der von 1952 bis 1995 Senator von Val de Marne war, steht der Fraktion von 1959 bis 1966 vor, bevor er Präsident des Europäischen Parlaments wird und dieses Amt von 1966 bis 1969 ausübt. Sein paralleles

a Interview mit Egon Klepsch in Koblenz am 15. März 2004.

Amt als Präsident des Senats in Frankreich von 1968 bis 1992 bringt es mit sich, dass er zwei Mal – nach dem Rücktritt von General de Gaulle 1969 und dem Ableben von Georges Pompidou 1974 – die Aufgaben des amtierenden Präsidenten der Republik wahrzunehmen hat.

Im Amt des Fraktionsvorsitzenden folgt ihm von 1966 bis 1969 der ehemalige Textilhändler Joseph Illerhaus, der 1903 geboren wurde und seit 1953 dem Deutschen Bundestag angehörte.

Der Fraktionsvorsitz wird anschließend, und zwar von 1969 bis 1975, von Hans-August Lücker ausgeübt, der seine Karriere nach dem Krieg bei der Landwirtschaftskammer Bayerns begann und von 1953 bis 1980 Mitglied des Deutschen Bundestages war. Er ist ein zutiefst von Europa überzeugter, durch seine persönlichen Erfahrungen und seinen Glauben geprägter Mann. Von den Nazis der Universität verwiesen, weil er nicht dem nationalsozialistischen Studentenbund der Partei Adolf Hitlers beitreten wollte, wird er als einfacher Soldat eingezogen und muss an der Schlacht von Stalingrad teilnehmen. Er brauchte mehrere Wochen, um zu Fuß nach Deutschland und zu seiner Einheit zurückzukehren, wo er den Untergang des Dritten Reichs miterlebte. Als großer Verehrer von Robert Schuman setzte er sich in seinen letzten Lebensjahren bis zu seinem Tod im Jahr 2008 für die Seligsprechung des Vaters von Europa ein. Er war einer der wenigen nicht gewählten Abgeordneten des Europäischen Parlaments, die bei der Direktwahl 1979 erneut ein Mandat errangen.

Ein „Klub“ der Europäer

Hans-Joachim Opitz, der erste Generalsekretär der Fraktion, erinnert sich, dass die Fraktionsmitglieder sehr offen und aufmerksam miteinander umgingen. Jeder versuchte, sich in seiner Muttersprache verständlich zu machen, auch wenn de facto die meisten genötigt waren, Französisch zu sprechen, die Verkehrssprache zwischen den Italienern, Belgiern und Luxemburgern, denen das nicht schwer fiel, während sich die Deutschen und die Niederländer häufig abmühten, sie zu lernen. Bis zum Eintreffen der irischen Fine-Gael-Delegation 1973 wurde Englisch nie als Amtssprache verwendet. Muss erwähnt werden, dass dieser Trend mit der Erweiterung um die skandinavischen Länder und die Länder Mittel- und Osteuropas in den 1980er und 1990er Jahren eine heftige Kehrtwende nahm und sich Englisch neben Französisch durchsetzte? Die Dienste des Europäischen Parlaments haben natürlich die simultane Verdolmetschung aller formellen Fraktionssitzungen in die vier Amtssprachen der Fraktion (Deutsch, Französisch, Niederländisch und Italienisch) gewährleistet.

Kann man von einer „Klubkultur“ innerhalb der Christlich-demokratischen Fraktion zu dieser Zeit sprechen? Wenn dieser Begriff das Gefühl der Zugehörigkeit zu einer Gruppe von Persönlichkeiten mit gleichen Vorstellungen vom Fundament ihres politischen Handelns heraufbeschwört, insbesondere mit gleichen christlich-demokratischen und föderalistisch-europäischen Werten, und wenn er für ein stillschweigendes Einvernehmen steht, dieselben Verhaltensregeln zu befolgen, um den Zusammenhalt und die Harmonie dieser Gruppe zu gewährleisten, dann war die Christlich-demokratische Fraktion in den Jahren von 1952 bis 1979 fürwahr ein Klub. Einige Mitglieder waren darin präsenter und aktiver als andere, doch bestimmt wurde das Geschehen schließlich von einigen wenigen Abgeordneten, und zwar jenen, die ihrer nationalen politischen Tätigkeit keinen Vorrang einräumten und ihrem europäischen Mandat genügend Zeit widmeten. Dieses Mandat war im Übrigen nicht mit einem extremen Zeitaufwand verbunden. Das Parlament hielt jährlich sechs Tagungswochen ab: im Januar, März, Mai, Juni, September und November. Die seinerzeit weniger häufigen Ausschusssitzungen fanden erst ab 1958 in Brüssel statt, als dort vorläufig die EWG-Kommission unter Vorsitz von Walter Hallstein angesiedelt wurde. Die Fraktion hielt ihre Sitzungen nur während der Plenarwoche in Straßburg ab, und zwar im Allgemeinen eine Stunde vor Beginn der Plenartagung und zwei oder drei Mal im Verlauf der Woche. Erst in dieser Vorbereitungsstunde wurden die Linie der Fraktion zu den im Plenum vorgelegten Berichten und die Verteilung der Redezeit zwischen den Rednern der Fraktion bestimmt. Auf Wunsch der luxemburgischen Delegation fanden einige Vorstandssitzungen in Luxemburg statt und dieser Turnus einer jährlichen Sitzung der Fraktion am dritten Arbeitsort des Europäischen Parlaments wurde daraufhin von 1979 bis 1997 streng eingehalten.

Erst mit dem Vorsitz von Egon Klepsch wurde im Mai 1977 eine gewisse Aufgabenverteilung innerhalb der Fraktion für die Woche in Brüssel zur Vorbereitung der Plenartagung in Straßburg eingeführt. Egon Klepsch setzte Arbeitskreise ein, die Kreise A, B, C und D, die für bestimmte Ausschüsse zuständig waren. Nach dem Vorbild des Bundestages schlug er des Weiteren vor, Koordinatoren zu benennen, die in jedem Ausschuss mithilfe eines technischen Beraters die Arbeiten der Fraktionsmitglieder organisieren sollten. Ebenso wurde die Funktion des von der Fraktion zu benennenden „Schattenberichterstatters“ eingeführt, dessen Aufgabe darin besteht, Berichte zu begleiten, mit deren Erstellung eine andere Fraktion beauftragt wurde. Diese Methode der rationellen internen Zusammenarbeit, die die neuen, gewählten Abgeordneten 1979 vorfanden, wurde in den darauffolgenden Wahlperioden zu einer ständigen Einrichtung.

Europa bereisen und entdecken

1961 wurde eine weitere Initiative ergriffen, die stark dazu beitrug, den Klubgeist – später könnte man es sogar Familiensinn nennen – unter den Mitgliedern zu fördern. Es wurden Studientage eingeführt, die zwei Mal pro Jahr außerhalb der üblichen Arbeitsorte in einer Hauptstadt oder einer Region eines der Mitgliedstaaten abgehalten wurden. Diese zwei- bis dreitägigen Studientage boten die Möglichkeit, in einem weniger förmlichen Rahmen – meist in einem großen Hotel oder einem Verwaltungssitz – zu arbeiten, dort lokale und nationale Persönlichkeiten oder auch Mitglieder einer der der Fraktion angehörenden Partei zu treffen, um sich über die politische Lage im Land und in Europa zu informieren und ein oder zwei unmittelbar mit den europäischen Angelegenheiten zusammenhängende Themen eingehender zu erörtern, beispielsweise die Regionalpolitik, die institutionelle Strategie, die Agrarreform, die Entwicklungshilfe usw. Gastredner, nationale und regionale politische Entscheidungsträger, Mitglieder der Kommission sowie Berufs- und Hochschulvertreter hielten dort neben den je nach ihrer Zuständigkeit für das Thema ernannten Fraktionsmitgliedern Vorträge. Die am Rande dieser Arbeiten veranstalteten Empfänge und offiziellen Einladungen boten den Abgeordneten, die zum Teil von ihren Ehepartnern begleitet wurden, zudem die Gelegenheit, nähere Bekanntschaft zu schließen. Es wurde ihnen sogar nahegelegt, sich bei den Mahlzeiten so zu setzen, dass sich Nationalitäten und Sprachen durchmischten!

So hielt die Fraktion im Zeitraum 1953-1979 Studientage an den folgenden Orten ab: Stresa und Paris im Jahr 1961, Den Haag und Köln 1962, Köln 1963, Rom und Paris 1964, Rom und Ostende 1965, Paris 1966, Eindhoven 1967, Nizza 1968, Kiel 1969, Lüttich 1970, Catania 1971, Rennes und Stuttgart 1972, Florenz und Namur sowie Bonn 1973, Dublin und Berlin 1974, Den Haag und Cala Gonone 1975, Bonn, Den Haag, Rom, Brügge, München und Koblenz 1976, Madrid, Bressanone, Bari, London und Bonn 1977, Den Haag, Berlin, Dublin, Mandelieu-la-Napoule, Rom, Regensburg und Porto 1978, Rom, Killarney, Mainz und Maastricht 1979.

Aufgelistet unter diesen immer häufigeren Treffen sind auch einige kleinere Zusammenkünfte der Fraktion auf Vorstandsebene, an denen das Präsidium, die Delegationsleiter und die Ausschussvorsitzenden teilnahmen, und bei denen es wie in Madrid 1977 und in Porto 1978 darum ging, öffentlich die Unterstützung der Fraktion für eine innenpolitische Entwicklung zu bekunden, die der Demokratie und der Bildung der Christdemokratie nahestehender politischer Kräfte förderlich war.

Diese die Entdeckung Europas fördernde Tradition lebte im 1979 neu gewählten Parlament fort und die Finanzierung der vom Präsidium des Parlaments für alle Fraktionen genehmigten Treffen außerhalb der üblichen Arbeitsorte ist fester Bestandteil des Haushalts des Parlaments.

Die Geburt eines supranationalen Sekretariats

Die von ihrem Leiter Heinrich von Brentano, einer starken Persönlichkeit mit großem Einfluss in Bonn und Straßburg, vertretene deutsche Delegation hatte bereits bei der Gründung der Fraktion die Einrichtung eines von der Verwaltung des Europäischen Parlaments unabhängigen Sekretariats im Dienste der Fraktionsmitglieder angeregt. Dieses Sekretariat sollte in einem supranationalen Geiste arbeiten. Heinrich von Brentano schlug vor, die Einrichtung des Sekretariats einem jungen deutschen Beamten, Hans-Joachim Opitz, zu übertragen, der daraufhin zum Generalsekretär ernannt wurde und seine Tätigkeit im Januar 1954 aufnahm. Hans-Joachim Opitz war seit 1945 eine der Leitfiguren der Katholischen Jugend in der CDU und war Heinrich von Brentano wegen seines außerordentlichen Organisationstalents aufgefallen.

Der Kandidat der deutschen Delegation erfuhr vor allem von Alain Poher Unterstützung, der im Januar 1954 seinerseits die Einstellung von Micheline Valentin anregte, die daraufhin zur stellvertretenden Generalsekretärin der Fraktion ernannt wurde – der sie bis 1979 treu blieb. Als Sekretärin wurde die Luxemburgerin Hortense Geimer ebenfalls zu diesem Datum eingestellt.

Hans-Joachim Opitz musste das Sekretariat der Fraktion aus dem Nichts schaffen. Der der Fraktion im Jahr 1954 vom Europäischen Parlament zustehende kleine Haushalt gestattete nur begrenzte Verwaltungsausgaben einschließlich der Gehälter der drei Mitglieder des Sekretariats und der Miete für Büroräume in Straßburg. Dabei musste erst einmal alles geregelt werden, vom Kauf der Büroausstattung bis zur Herstellung von Verbindungen zu den luxemburgischen Zoll- und Steuerbehörden. Vor allem aber musste die Arbeit zur Unterstützung der Abgeordneten der Fraktion organisiert werden: Unterrichtung über die Tätigkeit der Hohen Behörde, Vorbereitung der Berichte für die Ausschüsse, Redebeiträge der Fraktionsmitglieder im Plenum: *„Wir mußten den Bedarf der Parlamentarier decken. Schon bald haben wir uns gesagt, daß etwas Schriftliches verfaßt werden müsse, weil es neben den Ausschusssitzungen eine Vielzahl von Plenartagungen jedes Jahr gab. Das Ziel bestand darin, Informationen über ein 15-20seitiges Bulletin zu verbreiten, das monatlich veröffentlicht wird und in dem darüber berichtet wird, was in der Hohen Behörde gesagt wurde und was sich in der*

Gemeinsamen Versammlung ereignet hat. Dies funktionierte sehr gut. (...) Bald kam uns die Idee, Interviews mit den Abgeordneten vor den Ausschusssitzungen zu führen. Wenn die Sitzung für 10 Uhr angesetzt war, trafen wir uns mit ihnen um 9 Uhr, um Standpunkte und Informationen austauschen zu können. Ich kümmerte mich um den Wirtschaftsbereich und Fräulein Micheline Valentin um den Bereich soziale und politische Angelegenheiten. Auf der Suche nach interessanten Einzelheiten gingen wir die Tagesordnung Punkt für Punkt durch. Einige Abgeordnete fanden die Idee sehr nützlich. So erkannte Margaretha Klompé aus den Niederlanden darin eine Gelegenheit für die Mitglieder der Fraktion, ihre Positionen zu koordinieren“.^a

Diese Aufgabe war umso anspruchsvoller als die entstehende Verwaltung des Europäischen Parlaments erst selbst ihre Arbeit organisieren musste und nur einen kleinen Beitrag zur Arbeit der Angestellten der Fraktion leisten konnte. Diese durften beispielsweise weder an den parlamentarischen Sitzungen noch an den Pressekonferenzen der Hohen Behörde teilnehmen.

Hans-Joachim Opitz erinnert sich weiter: *„Ich habe darüber hinaus lange Zeit versucht, an den Sitzungen mit Jean Monnet und insbesondere den Pressekonferenzen teilzunehmen; aber dies wurde niemals erlaubt, trotz der Zusage, während der Sitzung nicht das Wort zu ergreifen. Daher war es sehr schwierig, die Informationen für den Monatsbericht zusammenzutragen. Gleichwohl hat uns ein italienischer Journalist, Emmanuel Gazzo, sehr geholfen. Er verfasste nämlich regelmäßig ein Bulletin mit dem Titel ‚Europa‘. Zu ihm unterhielt ich hervorragende Beziehungen. Darüber hinaus war er stets über alles im Bilde. Trotzdem war es sehr schwierig, an Informationen heranzukommen.“^b*

Der erste Jahresbericht über die Tätigkeit des Sekretariats wurde am Sonntag, dem 28. November 1954 vom Generalsekretär bei einem Abendessen in einem Straßburger Restaurant, an dem fast alle Mitglieder teilnahmen, anhand eines Vermerks^c mündlich vorgetragen.

a Interview mit Hans-Joachim Opitz am 10. März 2008 in Luxemburg.

b Interview mit Hans-Joachim Opitz am 10. März 2008 in Luxemburg.

c Die Auszüge aus diesem, in exzellentem Französisch abgefassten sechsseitigen Bericht zeugen von den Arbeitsbedingungen der ersten Mitglieder des Sekretariats (28.11.1954): *„Die Einrichtung eines Sekretariats mit ständigem Personal machte zunächst die Schaffung eines wirklichen Organismus nötig. Dies hat unweigerlich viel Zeit in Anspruch genommen, die daher nicht für Arbeiten zum direkten und unmittelbaren Nutzen der Fraktionsmitglieder zur Verfügung stand. Es ging in der Tat darum, aus einem leeren Raum ein Büro zu machen und zunächst alle erforderlichen Auskünfte einzuholen, um dieses Büro so rationell und kostengünstig wie möglich einzurichten. Dann musste mit der Buchführung begonnen werden, und zwar sowohl für den Rechnungs- als auch für den Schriftverkehr, und gleichzeitig musste hierfür ein Kategorisierungssystem erarbeitet und eine Form der Zusammenarbeit mit den Organen der Gemeinschaft und anderen ebenso wichtigen Insti-*

Erst nach dem Eingreifen von Präsident Alain Poher im März 1966 konnten die Bediensteten des Sekretariats schließlich ihre Mitglieder in die Ausschüsse begleiten. Die arbeitsrechtliche Stellung der Bediensteten des Sekretariats war ebenso prekär. Ihre Eingliederung in die Allgemeine Satzung des europäischen öffentlichen Dienstes von 1962 als Zeitbedienstete ist der Beharrlichkeit des Präsidenten des Europäischen Parlaments, Hans Furler, zu verdanken.^a Das Sekretariat der Fraktion begann seine Pionierarbeit unter starken personellen

tutionen gefunden werden; Miet- und Versicherungsverträge mussten abgeschlossen werden, und schließlich musste den zahlreichen materiellen Aufgaben nachgegangen werden, wie dem Druck vom Briefkopfpapier der Fraktion und Karteikarten für die Kartothek, d. h. sämtlichen Dingen, die in einem Büro benötigt werden. (...) Wir glauben sagen zu können, dass die Einrichtung des Sekretariats keine unnötigen Kosten verursacht hat, über die im Übrigen unser Schatzmeister Nicolas Margue wacht. (...) Die zweite Aufgabe bestand darin, Kontakte zu den Personen zu knüpfen, die Informationen von potenziellem Interesse für unsere Fraktionsmitglieder liefern könnten. Wir gelangten zu dem Schluss, dass es so weit als möglich und ohne dass unsere Hauptaufgabe darunter leidet, nötig sei, die nationalen Parteien auf die Liste der Personen zu setzen, denen wir Informationen zukommen lassen. (...) Alle Fraktionsmitglieder können sich nun in unseren ‚INFORMATIONEN‘ selbst ein Bild von der Arbeit des Sekretariats machen. Nach der Herausgabe des Bulletins Nr.º 11 können wir feststellen, dass unsere ‚INFORMATIONEN‘ ungefähr ein Mal pro Monat erscheinen und Sie über alle wichtigen Sachverhalte der Gemeinschaft unterrichten sollen. (...) Mit einigem Recht können wir es wohl als persönlichen Erfolg betrachten, dass wir Ihnen kaum zwei Monate nach der Einrichtung des Sekretariats unser erstes ‚INFORMATIONSBULLETIN‘ vorlegen konnten, während z. B. die liberale Fraktion, die sich knapp einen Monat nach uns in Luxemburg gebildet hat, trotz beträchtlichen Informationspotenzials ihren Mitgliedern noch keine einzige Zusammenstellung von ‚INFORMATIONEN‘ aushändigen konnte. (...) Es wurde bereits gesagt, dass fast eine Woche zwischen dem Zeitpunkt vergeht, da wir die Neuigkeiten erfahren, die in den ‚INFORMATIONEN‘ zu finden sein sollten, und dem Moment, da Sie sie in den Händen halten. Die technische Arbeit nach Eingang der Dokumente, d. h. Beschäftigung mit den zu erwähnenden Problemen, Zusammenfassung und Redaktion, Übersetzung, Tippen der Druckvorlage, Drucken derselben, Zusammenheften der Seiten sowie Vorbereitung der Auslieferung und Postweg nimmt unserer Erfahrung nach eine Woche in Anspruch. Dabei darf nicht vergessen werden, dass das Sekretariat bislang nur mit zwei Personen besetzt war und erst vor Kurzem eine dritte Person hinzugekommen ist. Beim Dokumentationsdienst der Gemeinsamen Versammlung, mit dem wir uns in gewisser Weise vergleichen können und der Ihnen die ‚HALBMONATIGEN INFORMATIONEN‘ zukommen lässt, deren Artikel etwas umfangreicher sind als unsere, sind 16 Personen (einschließlich des Bibliothekspersonals) beschäftigt. Die Übersetzung erfolgt durch den Sprachendienst, dem ein Schreibbüro zum Tippen der Druckvorlagen zur Verfügung steht; die Auslieferung erfolgt über den Postdienst. So müssen wir inzwischen zwar feststellen, dass unsere ‚INFORMATIONEN‘ selten aktueller als die ‚HALBMONATIGEN INFORMATIONEN‘ der Gemeinsamen Versammlung sind, doch stellen diese – soweit sie auf Artikeln aus Periodika basieren – eine einfache Ergänzung unserer ‚INFORMATIONEN‘ dar, und damit haben wir dann doch wieder ein ziemlich gutes Gewissen“.

a In der Satzung vom 28. September 1972 wird das Mandat des Fraktionsvorsitzenden bestätigt, dem vom Parlament die Zuständigkeit für Anstellungen übertragen wurde. In der Praxis werden die Bediensteten des Sekretariats anhand eines Verteilungsschlüssels je nach Größe der Fraktionen angestellt. Der Fraktionsvorsitzende unterschreibt die Dienstverträge der Bediensteten der Fraktion nach einem Auswahlverfahren, das im Laufe der Jahre den bei den europäischen Organen üblichen Auswahlverfahren angeglichen wurde.

Beschränkungen, aber gestärkt durch das Bewusstsein, eine einzigartige Erfahrung im Hinblick auf menschliche Beziehungen und das europäische Ideal machen zu können. 1959 wurde Hans-Joachim Opitz zum Direktor der Generaldienste des Europäischen Parlaments berufen. Die deutsche Delegation präsentierte einen weiteren jungen Juristen, Carl Otto Lenz, der sein Amt offiziell am 1. Januar 1960 antrat; als zweite Sekretärin wurde Felicitas Roesch eingestellt.

Für Carl Otto Lenz war dies die erste Berufserfahrung und die erste Europaerfahrung zugleich. Im Jahr 1930 geboren und zu jung, um am Krieg teilgenommen zu haben, wurde Carl Otto Lenz von seinem Vater, einem Bundestagsabgeordneten und Berichterstatter zum Vertrag von Rom, in die Kreise der deutschen Europäer eingeführt. In der Fraktion hatte er die Gelegenheit, Robert Schuman zu treffen, für den er eine große Verehrung empfand. Bei der Beisetzung von Robert Schuman in Scy-Chazelles wurde ihm die Ehre zuteil, einer der sechs Sargträger zu sein. Er wurde von Konrad Adenauer persönlich im Kanzleramt empfangen, der ihn fragte, ob er das Vorwort zur deutschen Übersetzung des Buches von Robert Schuman „Für Europa“ verfassen wolle. Carl Otto Lenz absolvierte eine beachtliche politische Karriere, indem er sechs Mal in den Bundestag gewählt wurde, wo er 18 Jahre lang einen Sitz für den Wahlkreis in Hessen innehatte, der durch den Tod von Heinrich von Brentano vakant geworden war. Zunächst Vorsitzender des Rechtsausschusses des Bundestages war er anschließend von 1984 bis 1997 Generalanwalt beim Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften, wodurch er nach Luxemburg zurückkehren konnte, wo er während seiner Amtszeit in der Fraktion gelebt hatte. Seine Erinnerung an diese Zeit ist mit einem Engagement verknüpft, das Markstein für ein ganzes Leben sein kann: *„Im Sekretariat der Fraktion hatte man den Eindruck, an etwas sehr Wichtigem beteiligt zu sein, wichtiger sogar als unsere Heimatländer. Überstunden gab es nicht. Das war normal, man zählte sie nicht. Es war ein Privileg, dort zu arbeiten, das europäische Aufbauwerk voranzubringen und dauerhaften Frieden zu schaffen.“*^a

Arnaldo Ferragni, ein junger föderalistischer Aktivist mit Wurzeln in der italienischen Christdemokratie, auf den Alain Poher bei einer Demonstration der „Nouvelles équipes internationales“ in Paris aufmerksam geworden war, folgte diesem 1960 nach Luxemburg und wurde am 1. Februar 1966 Nachfolger von Carl Otto Lenz im Amt des Generalsekretärs.

Auf Initiative von Alain Poher unterstanden den nachfolgenden Generalsekretären bis zur Direktwahl im Jahr 1979 auch das Sekretariat

a Interview mit Carl Otto Lenz am 15. November 2007 in Bensheim.

der Christlich-demokratischen Fraktion bei der Versammlung des Europarates, die in Straßburg zusammentrat, und bei der in Paris tagenden Versammlung der Westeuropäischen Union (WEU). Diese zusätzlichen Aufgaben machten eine Anwesenheit nicht zwingend erforderlich, erleichterten jedoch die Abstimmung der politischen Ausrichtung zwischen den Christdemokraten in den drei europäischen Versammlungen, denn die ins Europäische Parlament delegierten nationalen Parlamentarier waren nicht dieselben wie die Parlamentarier, die einen Sitz im Europarat und in der WEU hatten.

„Von morgens bis abends wie wahre Mönche im Dienste der Organe!“

Das vertrauensvolle Verhältnis zwischen dem jeweiligen Fraktionsvorsitzenden und seinem Generalsekretär war für die reibungslose Arbeitsweise der Fraktion von entscheidender Bedeutung. Alain Poher schenkte seinen Mitarbeitern volles Vertrauen, und es genügten wenige Worte zwischen Carl Otto Lenz bzw. Arnaldo Ferragni und ihm, um den Ansatz zu einem politischen Kompromiss zwischen zwei Delegationen der Fraktion oder eine praktische Lösung für die Anliegen des einen oder anderen Abgeordneten zu finden und bei den zuständigen Dienststellen des Parlaments die für die Arbeit der Fraktion unabdingbaren Grundlagen auszuhandeln. Noch wichtiger jedoch war der persönliche Einsatz jedes Einzelnen, der sich nicht in Stunden bemessen lässt: *„Wir arbeiteten wie wahre Mönche von morgens bis abends im Dienste der Organe. Wir hatten den Eindruck, etwas Solides aufzubauen, denn wir hatten den Krieg miterlebt“*, erinnert sich Arnaldo Ferragni etwas nostalgisch an diese Ära der Wegbereiter. Das Sekretariat der Fraktion musste sich nach und nach den neuen Aufgaben, die sich aus den Finanzvereinbarungen von 1970 und 1975 für die Versammlung ergaben, anpassen, denn dieser schrittweise Ausbau der Zuständigkeiten des Parlaments spiegelte sich in einem Zuwachs an Arbeit in den Fraktionen wider.

Das Sekretariat hatte seinen Sitz in Luxemburg (Stadt), zunächst in bescheidenen Räumlichkeiten zusammen mit der Sozialdemokratischen und der Liberalen Fraktion in der Rue Beaumont Nr. 19, später im Gebäude des Europäischen Parlaments, das auf dem Kirchberg-Plateau errichtet worden war. Eine Außenstelle für die Büros der mit den parlamentarischen Arbeiten betrauten Bediensteten der Fraktion befand sich im Stadtzentrum von Brüssel im Boulevard de l'Empereur. Nach den Direktwahlen im Jahr 1979 zog das Sekretariat in das vom Parlament im Europaviertel in der Rue Belliard errichtete Gebäude um.

In diesen ersten Jahren stand der Sekretariatsleiter vor stets neuen Aufgaben. Es galt Beziehungen zur Presse zu unterhalten, Broschüren über die Tätigkeit der Fraktion und Berichte über die Studientage zu veröffentlichen und Standpunkte für die Abstimmung über die wichtigsten dem Plenum vorliegenden Berichte zu erarbeiten. Arnaldo Ferragni beschreibt einen Teil seiner Arbeit so: *„Worin bestand unsere Arbeit, wenn wir als Beamte der Fraktion an den parlamentarischen Ausschusssitzungen teilnahmen? Zunächst begleitete und unterstützte man die Abgeordneten. Zuvor mussten sämtliche Vorgänge, die auf der Tagesordnung standen, studiert und die Abgeordneten – so sie uns darum baten – bezüglich zu vertretender Standpunkte oder zu leistender Redebeiträge beraten werden. Anschließend verfasste man einen maximal zweiseitigen Bericht über die vom Ausschuss gefassten Beschlüsse und über die etwai- gen Probleme, die im Plenum und bei der Abstimmung auftauchen könnten. (...) Wer bekam dieses Dokument? Der Vorsitzende und die Mitglieder des Fraktionsvorstands, bestehend aus dem Vorsitzenden und zwei Stellvertretern; sechs Nationalitäten insgesamt. (...) Wir, die Beamten, nahmen Kontakt sowohl zum Fraktionsvorsitzenden als auch zu den Sprechern der anderen Fraktionen im parlamentarischen Ausschuss auf. Und mehrfach haben wir einem Abgeordneten unserer Fraktion in bestimmten Teilaspekten bei der Ausarbeitung seines Berichts geholfen.“*^a

Als Arnaldo Ferragni zum Direktor des Informationsbüros des Europäischen Parlaments in Rom ernannt wird, folgt ihm Alfredo De Poi in seiner Funktion als Generalsekretär am 1. Dezember 1972 nach.

1945 in Perugia geboren, engagierte sich Alfredo De Poi parallel zu seinem Jurastudium in der Jugendbewegung der italienischen Christdemokratie, deren Vorsitzender er war, wodurch sich ihm der Weg zum Vorsitz der Europäischen Union Junger Christlicher Demokraten (EIJCD) eröffnete. Dieses europäische Engagement prädestinierte ihn für die Funktion in der Christlich-demokratischen Fraktion des Europäischen Parlaments.

Alfredo De Poi sieht einen Grund für seine Wahl zum Vorsitzenden der EUJCD und seine spätere Nominierung als Generalsekretär der CD-Fraktion des Europäischen Parlaments im *„Erfolg seiner Vermittlung zur Überwindung der Kluft zwischen der Jungen Union Deutschlands und den anderen Jugendbewegungen. Aber der Konsens kam auch durch einen avantgardistischen Einsatz zustande, nämlich den ausdrücklichen Willen, die Bildung einer ‚großen demokratischen europäischen Partei anzustreben, die entwicklungsfähig und in der Lage ist, die verschiedenen Christlich-demokratischen Parteien auf volksnahen und*

a Interview mit Arnaldo Ferragni am 14. November 2007 in Straßburg.

fortschrittlichen Grundlagen zu vereinen.‘ Im gleichen Jahr, 1972, wurde ich dazu berufen, die Leitung des Generalsekretariats der CD-Fraktion im Europäischen Parlament zu übernehmen, wobei mir sicherlich dieser strategische Wille zuhelfe kam, der voll und ganz der Strategie der Fraktion entsprach.“^a

Rückblickend auf seine maßgebliche politische Rolle in der Fraktion bei der Gründung der EVP und seinen späteren Einstieg in die italienische Politik äußert sich Alfredo De Poi folgendermaßen: „*Zu den Aufgaben des Generalsekretärs gehörte es auch – zusammen mit einem Teil der Sekretariatsmitarbeiter – technische Unterstützung für die Fraktionen der Versammlungen der WEU und des Europarates zu leisten. Erste und wichtigste Aufgabe war es damals, den einsetzenden Prozess der Bildung einer politischen Kraft innerhalb der gemeinsamen Organe zu unterstützen, der in kurzer Zeit – insbesondere dank der Initiativen der Vorsitzenden Hans-August Lückner und Alfred Bertrand zu der Zeit, als ich dem Sekretariat vorstand, sowie politischer Führungskräfte wie Amintore Fanfani, Helmut Kohl, Leo Tindemans und Alain Poher, um nur einige zu nennen – zur Gründung der EVP im April 1976 führen wird. Das Sekretariat der Fraktion erfüllte seine Aufgabe als vorläufiges Sekretariat somit bis zum Gründungskongress in Brüssel. Von April bis Juni 1976 führte ich einen schwierigen Wahlkampf, der mich ins italienische Abgeordnetenhaus und dort mitten unter die jungen Erneuerer der Christdemokratie in einer Situation führte, die durch die Wirtschaftskrise, das Aufflammen des Terrorismus sowie die politische und institutionelle Krise gekennzeichnet war. Da sich mein Engagement in der Fraktion des Europäischen Parlaments und zum Teil auch das in der EVP in der Praxis nicht mit meinen neuen Funktionen vereinbaren ließ, habe ich das Sekretariat im September 1976 verlassen.“^b*

Alfredo De Poi bleibt seinem Engagement für Europa über seine Tätigkeit in den europäischen Organen treu: „*Gleichwohl habe ich meine Tätigkeit in den europäischen Organen fortgesetzt – zunächst als Mitglied, dann von 1979 bis 1984 als Leiter der parlamentarischen Delegation Italiens bei der Versammlung des Europarates, und als stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für allgemeine Angelegenheiten der Parlamentarischen Versammlung der WEU, deren gewählter Präsident ich von 1983 bis 1984 war. In der WEU habe ich mich als Berichterstatter vor allem für die Weiterentwicklung der Beziehungen zum Europäischen Parlament und die Institutionalisierung der gemeinsamen Sicherheitspolitik unter dem einigenden Dach des Europarates eingesetzt.“^c*

a Biografie von Alfredo De Poi, die dem Autor am 1. Oktober 2007 zugesandt wurde.

b a. a. O.

c Ebd.

Auf seine politische Karriere folgte sein Einsatz in der Wirtschaft. Die Enttäuschung über die Entwicklung seiner Partei in Italien fasst Alfredo De Poi folgendermaßen zusammen: *„Mir wurde insbesondere durch meine persönliche Erfahrung – d. h. meine gescheiterte Wiederwahl in die Kammer – klar, dass die Hoffnungen auf eine Weiterentwicklung und Erneuerung der Christdemokratie vergeblich waren und sich in einem Prozess sich selbsterhaltender alter Gewohnheiten und des Zerfalls aufgelöst hatten, der schließlich zum Untergang zu Beginn der 1990er Jahre führen sollte. Im Bewusstsein dieser Realität trat ich der Partei nicht erneut bei, zumal ich mir der Unabänderlichkeit der Krise, von der sie heimgesucht worden war, sicher und vom Abhandenkommen des Gleichgewichts, das einen Teil ihrer historischen Bedeutung ausmachte, überzeugt war.“*^a

Giampaolo Bettamio übernimmt am 1. Oktober 1976 das strategische Amt des Generalsekretärs der Fraktion im Vorfeld der Direktwahlen im Juni 1979 und übt es weit darüber hinaus bis 1986 unter dem Vorsitz von Egon Klepsch aus. Zwischen 1977 und 1979 erfolgt dank einer Erhöhung der Zahl der den Fraktionen bewilligten Zeitbediensteten eine erste Strukturierung des Sekretariats der Fraktion. Mehr als zehn Bedienstete der Besoldungsgruppe A und ebenso viele Mitarbeiterinnen der Besoldungsgruppen B und C werden daraufhin für das Sekretariat eingestellt. Dort erfolgt eine Spezialisierung, in deren Folge insbesondere den Mitarbeitern der Besoldungsgruppe A die Zuständigkeiten eines Beraters zukommen.^b

a *Ebd.*

b So wird das Sekretariat in Luxemburg in den 1970er Jahren allmählich größer und verfügt nur über eine kleine Zweigstelle in Brüssel. Im Vorfeld der Wahlen vom Juni 1979 ist Friedrich Fugmann Stellvertreter des Generalsekretärs Giampaolo Bettamio. Zu den wichtigsten Mitarbeitern, die den Mitgliedern der Fraktion parlamentarische Zuarbeit leisten, gehören der Haushaltsspezialist Jan Westenbroek, Giovanni Perissinotto für den Rechtsausschuss, Gerhard Guckenberger für den Agrarausschuss, Alain de Brouwer für die Entwicklungshilfe, Aloyse Scholtes für den Sozialausschuss, Wolf Yorck von Wartenburg für den Verkehrsbereich. Fünf der Mitarbeiterinnen, die vor den Wahlen 1979 eingestellt wurden, arbeiten auch 2009 noch im Sekretariat der Fraktion: Gabriele De Bondt, Maria Flanagan, Marianne Hecké, Gabriella Tassinari und Paulette Vertriest können auf eine mehr als 30-jährige Dienstzeit zurückblicken. Die Irin Maria Flanagan, die mit dem Hinzukommen der irischen Delegation am 1. Oktober 1973 ihren Dienst antrat, ist im Jahr 2009 dienstälteste Bedienstete des Sekretariats.

Kapitel XIII
**AUF DEM WEG ZU DEN ERSTEN
EUROPAWAHLEN
(JUNI 1979)**

Geburt der Europäischen Volkspartei

Die Christlich-demokratische Fraktion erlebt einen bedeutsamen Wandel, indem sie am 14. März 1978 ihren Namen in „Christlich-demokratische Fraktion (Fraktion der Europäischen Volkspartei)“ umändert. Mit dem vom Ministerrat der Europäischen Gemeinschaft am 20. September 1976 in Form eines Akts zur Einführung allgemeiner unmittelbarer Wahlen der Abgeordneten des Europäischen Parlaments gefassten Beschluss wurde formal der politischen Einigung entsprochen, die der Europäische Rat im Dezember 1974 erzielt hatte. Damit eröffnete sich eine neue Perspektive für die Mobilisierung der politischen Kräfte Europas, und die Christdemokraten ergriffen die weitreichendste Initiative, indem sie eine echte Partei, die Europäische Volkspartei, gründeten. Welches Ziel wurde damit verfolgt? Mit der Gründung einer echten europäischen Partei als Zusammenschluss der in den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft existierenden christlich-demokratischen Parteien sollte der Schwung ausgenutzt werden, den die Einführung der Direktwahl unzweifelhaft auf das europäische Aufbauwerk haben musste. Mit diesem Beschluss wurde eine bereits alte Vision einiger führender Christdemokraten beschleunigt und konkretisiert.

Arnaldo Ferragni erinnert sich an ein Gespräch, das er bereits im September 1966 mit Hans-August Lücker anlässlich einer Sitzung des Ausschusses für politische Angelegenheiten des Parlaments in Gardone in Italien geführt hat:

„Nachdem wir an diesen institutionellen Sitzungen teilgenommen hatten, sind Herr Lücker und ich auf die Terrasse mit Blick auf den See herausgetreten, und dort haben wir uns in aller Offenheit über die Situation und das, was in der Zukunft geschehen sollte, ausgetauscht.

Bei dieser Gelegenheit keimte die Idee der Partei auf. Ich nannte den Namen, der mir in den Sinn gekommen war: Volkspartei. ‚Warum Volkspartei?‘ – ‚Weil die Christdemokraten traditionell die Vertreter des Volkes sind‘.

In ihr sind nicht nur die Großbourgeoisie, die Wirtschaft und die mächtigen Banken vertreten – auch wenn diese in jeder Partei zu finden sind – sondern sie ist Plattform des Volkes. Wie man es auch betrachtet, es besteht eine historische Verbindung zur italienischen Volkspartei unter Führung von Don Sturzo. Er fragte mich: ‚Wer ist dieser Don Sturzo?‘ Ich sagte ihm, wer er war und was er gemacht hat, und ich erklärte ihm auch die historischen Zusammenhänge zwischen den politischen Erfahrungen von Don Sturzo und der politischen Geschichte Deutschlands, insbesondere der deutschen Zentrumspartei in den 1920er Jahren.

Er hörte mir zu und plötzlich sagte er: ‚Sie haben Recht, denn mein Vater, der eine führende Rolle im Zentrum spielte, hat mir von diesem Don Sturzo, der eigentlich Priester war, erzählt‘.

Er bat mich, über den Inhalt unseres Gesprächs Stillschweigen zu wahren, da es seiner Ansicht nach zu früh war, diese Idee zu verwirklichen. Jedoch sollten wir anfangen, gemeinsam an der Vorbereitung der Umsetzung zu arbeiten.

Er ist nach Deutschland zurückgekehrt, zwei Wochen später haben wir uns dann wiedergetroffen. Bei dieser Gelegenheit sagte er zu mir: ‚Ich habe Kollegen gesprochen, die die Geschichte von Don Sturzo ebenfalls kannten, und ich finde die Idee gut. Vorläufig sollte darüber jedoch nicht geredet werden.‘

Wir haben also gemeinsam eine Strategie erarbeitet, um unser Ziel zu erreichen. Allerdings stellten wir in Gesprächen mit den Parteichefs fest, daß es noch erhebliche Vorbehalte gegenüber der Gründung einer großen Partei auf europäischer Ebene gab.

Die Europaabgeordneten standen dieser Idee offener gegenüber, da sie sich ihres engen Handlungsspielraums im Parlament ohne die Unterstützung durch eine wirklich europäische Partei bewußt waren.

Ihnen waren jedoch die Hände gebunden, weil sich die hinter ihnen stehenden nationalen Parteien der wichtigen Rolle, die Europa bei der Lösung bestimmter Probleme spielen könnte, noch nicht bewußt geworden waren.

Hans-August Lücker beschloß daraufhin, sich in die verschiedenen Hauptstädte zu begeben (wobei ich ihn gelegentlich begleitete), um dort über seine Bedenken, aber auch seine Vorstellungen von der Zukunft zu sprechen.

Dank dieses Einsatzes ist es Herrn Lücker gelungen, die nationalen Verantwortlichen vom Vorhandensein des Problems zu überzeugen.“^a

Bereits im April 1972 hatte sich innerhalb der Europäischen Union Christlicher Demokraten (EUCD) ein „Politisches Komitee der

a Interview mit Arnaldo Ferragni am 14. November 2007 in Straßburg.

christlich-demokratischen Parteien der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften“ gebildet, dem nur Mitgliedsparteien eines Mitgliedstaates der Europäischen Gemeinschaft angehörten. Aufgabe des Komitees ist es, *„eine ständige Beziehung zwischen den Parteien und Fraktionen sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene herzustellen und einen grundsätzlichen politischen Konsens über die Vertiefung und künftige Entwicklung der europäischen Integration herbeizuführen.“*

Sechs gemeinsame Arbeitsgruppen werden in der Christlich-demokratischen Fraktion und der EUCD gebildet: Internationale Politik, Wirtschaft, Europäisches Programm, Denken und Handeln, Regionalpolitik und Sozialpolitik. Diese Zusammenarbeit zwischen der Christlich-demokratischen Fraktion und den Mitgliedsparteien der EUCD trug zur Herausbildung eines stärkeren europäischen Bewusstseins bei den politischen Verantwortungsträgern der nationalen Parteien bei, sodass auch allmählich der Idee einer europäischen Partei der Weg gebahnt wurde.

Zu diesem Zeitpunkt kommt es darauf an, die bei den Gipfeltreffen von 1969 und 1972 aufgekeimten Hoffnungen auf Neubelebung des europäischen Aufbauwerkes zu nutzen, war dort doch die Perspektive einer künftigen Europäischen Union umrissen worden. Der Fraktionsvorsitzende Hans-August Lückner ist für rasches Handeln. Er bindet Wilfried Martens, den jungen Vorsitzenden der belgischen CVP, der später zur Symbolfigur der Europäischen Volkspartei wird und der Fraktion von 1994 bis 1999 vorsteht, in die Tätigkeit einer Arbeitsgruppe „Europäische Partei“ ein. Zwischen November 1975 und Januar 1976 finden mehrere Sitzungen statt, in denen es um die Ausarbeitung des Statuts und des politischen Programms der künftigen Partei geht. Die französische CDS möchte die christliche Bezugnahme im Parteinamen verhindern, um den säkularen Traditionen in Frankreich entgegenzukommen. Schließlich einigt man sich auf die beiden Schlüsselwörter „Volk“ und „europäisch“.

Die CDU und die CSU versuchten, die britische Konservative Partei möglichst eng in die neue EVP-Partei einzubinden, um eine Allianz der großen, das Mitte-Rechts-Spektrum der gesamten Europäischen Gemeinschaft repräsentierenden Volksparteien zu schaffen. Angesichts des kategorischen Widerstands der italienischen Christdemokraten und der Benelux-Parteien machen die deutschen Parteien einen Rückzieher. Aber sie bleiben ihrer Strategie treu und gründen 1978 mit Unterstützung der österreichischen Volkspartei (ÖVP) die Europäische Demokratische Union (EDU). Die EDU soll dauerhafte Beziehungen und eine organisierte Zusammenarbeit zwischen den Christdemokraten und den

Konservativen begründen. Der EDU mit Sitz in Wien werden sich viele Mitte-Rechts-Parteien, darunter die französische RPR, anschließen. Die Beziehungen zwischen der EVP und der EDU nahmen einen ungleichmäßigen Verlauf, bis die EDU 1999 durch die Umwandlung der EVP-Fraktion in die EVP-ED-Fraktion ihre Daseinsberechtigung verlor.

Das Politische Komitee beschließt am 29. April 1976 die Gründung der Europäischen Volkspartei, des Zusammenschlusses der christlich-demokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft. Den förmlichen Beschluss dazu fasst die Versammlung der EUCD am 8. Juli 1976 in Luxemburg. Leo Tindemans wird zum Vorsitzenden gewählt. Er wird die Galionsfigur der Partei bei den Europawahlen 1979 werden. Es war nicht schwer, sich auf die Person des belgischen Ministerpräsidenten zu einigen, der auf Ersuchen des Europäischen Rates vom Dezember 1974 im Dezember 1975 seinen Bericht über die Europäische Union^a vorgelegt hatte.

Ferner werden drei stellvertretende Vorsitzende ernannt: Dario Antoniazzi, der der EVP-Fraktion für viele Jahre angehören wird, André Colin, ein Vertreter der französischen Christdemokratie, und Norbert Schmelzer, ein geachteter und im außenpolitischen Bereich einflussreicher Abgeordneter der CDA, der neuen Partei des Verbunds dreier niederländischer christdemokratischer Gruppierungen.

Die Christlich-demokratische Fraktion geht der Sozialdemokratischen Fraktion einen Schritt voraus

Mit der Gründung der EVP vollendet sich die lange und schwierige Pionierarbeit der CD-Fraktion im Europäischen Parlament. Solange es noch keine europäische Partei gab, hatte sich die Fraktion neben ihrer parlamentarischen Tätigkeit für die Bündelung der europäisch

a In seinem am 29. Dezember 1975 veröffentlichten und am 2. April 1976 dem Europäischen Rat von Luxemburg vorgelegten Bericht schlägt Leo Tindemans vor, die bestehenden Organe zu stärken, um ihre Effizienz zu erhöhen, die Befugnisse der Kommission zu erweitern, dem Parlament Rechtsetzungsbefugnis einzuräumen und die Mehrheitsbeschlussfassung im Rat auszudehnen. Der Berichterstatter schlägt vor, dass der Rat der Übertragung von Durchführungsbefugnissen an die Kommission zustimmt, die es ihr ermöglichen würden, ihren Aufgaben wieder gerecht zu werden. Leo Tindemans schlägt des Weiteren vor, die Befugnisse des Europäischen Parlaments – dessen Direktwahl er seit 1978 erwartungsvoll entgegenblickt – auszudehnen, indem ihm ein bislang der Kommission vorbehaltenes Initiativrecht eingeräumt wird. Trotz seines pragmatischen und bewusst zurückhaltenden Charakters stößt der Tindemans-Bericht auf keine große Begeisterung bei den Regierungen der Mitgliedstaaten. Die Christlich-demokratische Fraktion unterstützt den Bericht durch ihren Vertreter Alfred Bertrand und nimmt ihn in ihren Vorschlag zur Neubelebung des europäischen Prozesses auf.

ausgerichteten Maßnahmen der christdemokratischen Parteien der Länder der EWG eingesetzt.

„Heute können wir mit Stolz feststellen, daß wir als erste eine umfassende und kohärente Parteistruktur auf europäischer Ebene geschaffen haben. Damit sind es wieder die Christlichen Demokraten, die – wie in den 50er Jahren – den Sozialisten den Weg gewiesen haben, und wir werden sie abermals zwingen, uns – wenn auch nur zögernd – auf diesem Weg zur politischen Einigung Europas zu folgen. Ihrem Motto ‚Europa kann nur sozialistisch sein‘ setzen wir die Antwort entgegen: ‚Europa wird es geben – es wird aber kein sozialistisches Europa sein‘.“ Das von der Fraktion im Juni 1976 herausgegebene „CD-Europa Bulletin“ Nr. 6 klingt wie eine Siegesbotschaft.

Die Partei und die Fraktion werden also zwischen 1976 und 1979 ihre Kräfte mit Blick auf den erfolgreichen Ausgang der für Juni 1979 angesetzten ersten Wahlen zum Europäischen Parlament vereinen. Die europäisch-föderalistische Flagge wurde ganz oben gehisst. In dem vom Kongress am 8. März 1978 im Vorfeld der Wahlen verabschiedeten Politischen Programm heißt es: *„Wir als Europäische Volkspartei, Zusammenschluss der christlich-demokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft, wollen die Einheit Europas unter Berufung auf die erfolgreiche Politik der christdemokratischen Staatsmänner wie Robert Schuman, Alcide De Gasperi und Konrad Adenauer, die die Grundlagen für das bisher Erreichte gelegt haben. In demselben Geist sind wir fest entschlossen, dieses historische Werk fortzusetzen und zu vollenden, dessen politisches Endziel eine europäische Föderation sein wird, wie sie Robert Schuman am 9. Mai 1950 vorgeschlagen hat“.* Wilfried Martens, treibende Kraft der neuen Partei, beschreibt mit großer Klarheit die Entscheidung, die die EVP getroffen hat: *„Für uns muss die europäische Einigung zu einer europäischen Föderation führen, da allein die Föderalstruktur die Einheit in Vielfalt und die Vielfalt in der Einheit bewirken und gewährleisten kann. Die Föderalstruktur ist in unseren Augen die geeignetste Form für die Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips, d. h. es sollte nichts auf die höchste Ebene verlagert werden, was wir auf einer niedrigeren Ebene erreichen können. Die so verstandene Föderalstruktur entspricht unserer pluralistischen, monopolfeindlichen Vision am besten. Kurzum, der Föderalismus ist die politische Form unseres Personalismus.“*

Allgemeine unmittelbare Wahlen: die „große Hoffnung“ der Christdemokraten

Der 6. und der 10. Juni 1979 werden von der Christlich-demokratischen Fraktion wie Neugründungsdaten erwartet. Und das zu Recht, denn

die Direktwahl wird tatsächlich das gesamte europäische Aufbauwerk auf ein neues Fundament stellen und erweist sich nach der Einführung der Gemeinschaftsmethode im Jahr 1950 als zweite Revolution im Gefüge der internationalen Beziehungen. Die Idee dazu war im Keim bereits im EGKS-Vertrag und dem dort in Artikel 21 festgeschriebenen Grundsatz angelegt worden. Im Vertrag von Rom zur Gründung der EWG wird die Tragweite des Grundsatzes bestätigt, indem den Mitgliedern der Parlamentarischen Versammlung das Mandat erteilt wird, „Entwürfe für allgemeine unmittelbare Wahlen nach einem einheitlichen Verfahren in allen Mitgliedstaaten“ auszuarbeiten.

Pierre-Henri Teitgen, ein Mann mit Weitblick und Enthusiasmus, MRP-Abgeordneter und ehemaliger Résistance-Kämpfer, Professor für Europarecht, worin er mehrere Generationen von Studenten in Paris unterwies, hatte bereits am 2. Dezember 1954 auf der Plenartagung der EGKS-Versammlung diese Frage aufgeworfen. Artikel 21 der EGKS müsse eines Tages konkrete Gestalt annehmen und von da an sei *„die Rechtfertigung der allgemeinen Wahl einer Versammlung wie der unseren einfacher, da sie sich nicht mehr nur mit Kohle- und Stahlthemen beschäftigen müßte.“*

Hierüber vergehen die Krise der EVG, der Neubeginn von Messina und die Annahme der Römischen Verträge. Schon bald nehmen andere Christdemokraten die Initiative auf. Unter Berufung auf Artikel 138 beauftragt das Europäische Parlament seinen Politischen Ausschuss mit der Ausarbeitung eines Vorschlags. Dieser wird am 17. Mai 1960 in Form eines „Entwurfs eines Abkommens betreffend die Wahl des Europäischen Parlaments in allgemeiner unmittelbarer Wahl“ von der Europäischen Versammlung verabschiedet. Der Entwurf sieht die Einführung eines komplett einheitlichen Wahlsystems, die Erhöhung der Zahl der Abgeordneten auf 426 sowie ein einheitliches Wahldatum vor. Dem Christdemokraten Emilio Battista wird die Ehre zuteil, den historischen Entwurf zusammen mit dem belgischen Sozialdemokraten Fernand Dehousse und dem Franzosen Maurice Faure, der für die Liberalen an den Verhandlungen über den Vertrag von Rom beteiligt war, zu unterschreiben.

Darauf folgt eine lange Durststrecke geprägt durch das klare und eindeutige Veto Frankreichs im Rat, dem einzigen Organ, das dem Vorschlag des Parlaments Gesetzeskraft zu verleihen vermag. Im Grunde geht es – wie Pierre-Henri Teitgen sehr wohl vorausgeahnt hatte – einzig um die Frage der Macht. Für das gaullistische Frankreich kommen neue Befugnisse für die Versammlung nicht infrage. Die Wahl erübrigt sich daher. Die Christdemokraten sehen das genau andersherum: Das europäische Aufbauwerk muss gedeihen und demokratischer werden.

Die Direktwahl würde neue Fortschritte legitimieren. Sie ist das Leitmotiv der 1960er und 1970er Jahre. Schließlich erteilen Frankreich und seine Partner im Dezember 1974 ihre Zustimmung. Fünfzehn Jahre Geduld und Beharrlichkeit haben die nationalen Widerstände überwunden. Am 14. Januar 1975, als das Parlament den neuen Bericht zur Direktwahl annimmt, führt Alfred Bertrand, der sich selbst so sehr für diesen Entwurf eingesetzt hat, den zurückgelegten Weg mit bewegenden Worten vor Augen: *„Dieser Beschluss ist von so historischer Tragweite, daß wir Christdemokraten nicht umhinkommen daran zu erinnern, wie wir im europäischen Aufbau- und Entwicklungsprozess unaufhörlich auf ein menschliches Europa gedrängt haben, wie es das bislang nicht gab. Von nun an werden die Bürger dank der Einführung allgemeiner unmittelbarer Wahlen zum Europäischen Parlament die Möglichkeit haben, ihr künftiges Europa selbst zu gestalten.“*

Die bevorstehende Wahl stellt für die christdemokratische Familie eine große Hoffnung dar. Das europäische Aufbauwerk läuft Gefahr, in nebensächlichen Zankereien um nationale Interessen zu versanden, wenn es der Willkür nationaler Regierungen preisgegeben wird, von denen einige ihre Energie hauptsächlich darauf verwenden, sich den Vorschlägen der Kommission in den Weg zu stellen. Diese braucht daher einen starken politischen Verbündeten, zu dem das Parlament werden kann, wenn es selbst über eine neue Legitimität verfügt, die seine Position gegenüber dem Rat und den Mitgliedstaaten stärkt.

Die Demokratisierung der Europäischen Gemeinschaft wird zum wichtigsten Ziel der CD-Fraktion, da sie die Voraussetzung für den neuen Schwung ist, den sie der europäischen Integration verleihen möchte.

Egon Klepsch, CDU-Abgeordneter aus Koblenz, der 1973 in das Europäische Parlament eingezogen ist, wird für zwei Jahrzehnte zur Schlüsselfigur der Fraktion. Er weiß, wie sehr das hochpolitische Thema der Direktwahl und der Befugnisse des Europäischen Parlaments im Mittelpunkt der Debatten stehen wird. Auch er ergreift an diesem 14. Januar 1975 das Wort: *„Eines der Ziele dieses Projekts ist es, die Legitimität der Europäischen Gemeinschaft zu erhöhen und die Verwirklichung der Europäischen Union zu erleichtern. Den Christdemokraten ist es wichtig, die demokratische Struktur Europas weiter aufzubauen und darauf zu achten, daß die europäische politische Union kein weit entferntes Ziel bleibt, sondern im Gegenteil ein greifbares Ziel wird, das wir mit einem Parlament, das mit den Völkern Europas in unmittelbarem Kontakt steht, erreichen können.“*

Die Debatte geht weiter. Das Europäische Parlament übt weiterhin Druck auf den Rat aus. Es bedarf eines zwischenstaatlichen Abkommens, um die Modalitäten dieser Wahl zu regeln.

Es muss so schnell wie möglich ein Datum festgelegt werden. Das Abkommen mit folgenden Festlegungen wird schließlich am 20. September 1976 unterzeichnet: Die Wahlperiode des Europäischen Parlaments dauert jeweils fünf Jahre, es wird das Doppelmandat durch ein gleichzeitiges nationales Mandat gestattet, die Abgeordnetenzahl wird auf 410 festgelegt, das Wahlverfahren der ersten Wahl folgt dem nationalen Recht der Mitgliedstaaten.

Der Rat lässt somit die Frage des einheitlichen Wahlverfahrens offen, das von nun an zu den Lieblingsthemen der gewählten Abgeordneten gehören wird. Schließlich legt der Rat ein Datum fest: Mai-Juni 1978.

Der 10. Juni 1979: Tag X für die CD-Fraktion und die EVP

Aus dem Termin 1978 wird allerdings nichts.

Großbritannien hat die Vertagung um ein Jahr für die Festlegung seiner territorialen Wahlkreise beantragt, da London vorhat, die Tradition des Einerwahlkreises zu wahren. Die Wahl wird also auf den 7. bzw. 10. Juni 1979 verschoben. Eine zusätzliche Frist, die die Christdemokraten zur Verbesserung ihres Wahlkampfapparats nutzen.

Es schlägt die politische Stunde von Egon Klepsch. Als ehemaliger Flüchtling aus dem Sudetengebiet in der früheren Tschechoslowakei hat er einen Großteil seiner Familie auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs zurückgelassen. Er findet sein europäisches Ideal im Erbe von Konrad Adenauer und sein politisches Vorbild ist Heinrich von Brentano. Mitglied der CDU seit 1951, unternimmt Egon Klepsch seine ersten politischen Schritte in der Jungen Union, deren Vorsitzender er von 1963 bis 1969 ist. 1965 wird er in den Bundestag gewählt und 1973 Mitglied der Christlich-demokratischen Fraktion des Europäischen Parlaments. Er ist das jüngste Mitglied der deutschen Delegation. Am 5. Mai 1977 wird er auf Vorschlag von Alfred Bertrand zum Vorsitzenden der CD-Fraktion gewählt. Mit Unterstützung einer großen Mehrheit der deutschen Delegation entwickelt er eine Bündnisstrategie mit der italienischen Delegation der Fraktion.

Egon Klepsch sieht sich einige Wochen vor seiner Wahl zum Fraktionsvorsitzenden einer großen politischen Herausforderung gegenüber. Er erkennt nämlich, dass die Sozialdemokraten, die Liberalen und die Gaullisten das Amt des Parlamentspräsidenten seit einigen Jahren in stillschweigendem Einvernehmen nach folgendem Muster unter sich aufteilen: sozialdemokratischer Präsident, gefolgt von einem liberalen Präsidenten, dann wieder ein sozialdemokratischer Präsident und anschließend ein gaullistischer Präsident, ehe die Runde wieder von vorne beginnt, was auf eine Absprache im März 1971 zurückgeht. Im

Februar 1973 war es der Konservativen Fraktion und der CD-Fraktion nicht gelungen, den von ihnen vorgeschlagenen Kandidaten, Willem J. Schuijt, Vizepräsident des Europäischen Parlaments und Mitglied der niederländischen Delegation der CD-Fraktion, durchzubringen. Das abgekartete Spiel, mit dem die Christdemokraten von der Präsidentschaft ausgeschlossen wurden, wollte Egon Klepsch daher durchkreuzen, indem er für eine Absprache mit der Fraktion der britischen Konservativen eintrat. Schnelles Handeln war gefragt. Nach der Präsidentschaft des deutschen Sozialdemokraten Walter Behrendt von 1971 bis 1973, des niederländischen Liberalen Cornelis Berkhouwer von 1973 bis 1975 und des französischen Sozialdemokraten Georges Spénale von 1975 bis 1977 war die gaullistische Fraktion an der Reihe, ihren Kandidaten, den Iren Michael B. Yeats vorzuschlagen. Egon Klepsch verständigte sich gemeinsam mit dem Generalsekretär der Fraktion, Giampaolo Bettamio, unterstützt durch den Vorsitzenden der Fraktion, Alfred Bertrand, mit der italienischen Delegation darauf, einen gewichtigen Kandidaten im Namen der CD-Fraktion mit Rückhalt bei den Konservativen und den Liberalen vorzuschlagen. Das war Emilio Colombo.^a

Im Gegenzug verpflichtete sich die EVP-Fraktion, nach Abschluss der Direktwahl im Juni 1979 einen Kandidaten der Liberalen Fraktion zu unterstützen.

Am 8. März 1977 kommt es zur Abstimmung im Plenum. Im ersten Wahlgang erhält Emilio Colombo 81 Stimmen, Georges Spénale 74 und Michael B. Yeats 19. Der zweite Wahlgang führt zu einem ähnlichen Ergebnis. Nach einer Sitzungsunterbrechung verkündet die Sozialdemokratische Fraktion, dass sie die Kandidatur von Georges Spénale zugunsten von Michael B. Yeats zurückzieht. Beim dritten Wahlgang geht die Strategie der Christlich-demokratischen Fraktion auf. Emilio Colombo wird mit 85 Stimmen gegen 77 Stimmen für Michael B. Yeats gewählt.¹⁸⁵

Die Wahl von Emilio Colombo zum Präsidenten des Europäischen Parlaments wird verkündet, und der Fraktion ist damit ein erneuter taktischer Sieg in eigener Sache und für den künftigen Vorsitzenden Egon Klepsch gelungen.

Emilio Colombo ist einer der führenden Köpfe der DCI. Er wurde 1920 geboren und war seit Gründung der Italienischen Republik im Jahr 1948 Mandatsträger, nachdem er 1946 Mitglied der verfassungsgebenden Versammlung war. Er übte verschiedene Ministerämter aus, darunter das Amt des Außenministers. Von 1970 bis 1972 war er

a Interview mit Egon Klepsch am 15. März 2004 in Koblenz.

Präsident des italienischen Ministerrates. Seit 1976 Mitglied des Europäischen Parlaments, trugen ihm sein energischer Einsatz für Europa und seine bemerkenswerten diplomatischen Fähigkeiten die Autorität für das Amt des Parlamentspräsidenten ein. Er wurde in den Jahren 1978 und 1979 wiedergewählt, wobei in dieser dritten Amtszeit mit einer bis dahin von den Fraktionen praktizierten Tradition gebrochen wurde, jede Amtsperiode auf zwei Jahre zu begrenzen.

Seine Aufgabe ist es, als Präsident des Organs für den möglichst effizienten politischen und verwaltungstechnischen Übergang vom nicht gewählten Parlament zum gewählten Parlament zu sorgen. Seine Amtszeit endet im Juli 1979 mit der Wahl von Simone Veil, der Kandidatin der Liberalen Fraktion.

Die EVP-Fraktion hat somit ihre Zusage gegenüber den anderen Mitte-Rechts-Gruppierungen eingehalten. Die Absprache sieht im Übrigen vor, dass die Liberalen im Jahr 1982 für einen EVP-Kandidaten stimmen. Emilio Colombo kehrt ins Europäische Parlament zurück, da er in der Wahlperiode 1989-1992 zum Abgeordneten gewählt wird. Die Fraktion verleiht ihm 1986 die Schuman-Medaille. Später, im Alter von 88 Jahren, wird das europäische Ideal von Emilio Colombo, Senator der Italienischen Republik auf Lebenszeit, eine tiefe Befriedigung erfahren: Er wird an den auf Initiative von Hans-Gert Pöttering am 12. März 2008 in Straßburg abgehaltenen Feierlichkeiten anlässlich des 50. Jahrestags des Europäischen Parlaments teilnehmen.

Egon Klepsch ist Vorsitzender der Fraktion, Emilio Colombo Präsident des Europäischen Parlaments und Leo Tindemans Vorsitzender der Europäischen Volkspartei: Die Christdemokraten bereiten sich darauf vor, den 10. Juni 1979 zu einem historischen Datum werden zu lassen.

Die Fraktion, der nun finanzielle Mittel aus dem Haushalt des Europäischen Parlaments entsprechend ihrer zahlenmäßigen Größe zustehen, kann der jungen EVP-Partei unter die Arme greifen. 40 Millionen BEF, umgerechnet 1 Million Euro, fließen an die Partei für die Veröffentlichung des Wahlkampfmaterials, insbesondere zur Bekanntmachung und Verbreitung des am 22. und 23. Februar 1979 vom Kongress angenommenen Wahlprogramms.

Es beginnt ein neuer Abschnitt in der Geschichte des Kontinents: Die Wähler neun demokratischer Länder sind gleichzeitig aufgerufen, Abgeordnete zu wählen, die in einem Organ zusammensitzen werden.

Mit historischem Abstand erst lässt sich erkennen, in welchem Maße die Geschichte bedeutsame und in dieselbe Richtung wirkende Ereignisse hervorbringt. So ist das Jahr 1979 nicht nur das Jahr der Wahlen,

am 5. Februar werden auch die Beitrittsverhandlungen mit Spanien und Portugal eröffnet. Sie werden sich lange hinziehen und erst 1986 zum Beitritt dieser beiden Länder zur Europäischen Gemeinschaft führen. Griechenland unterzeichnet seinen Beitrittsvertrag am 28. Mai und wird am 1. Januar 1981 das zehnte Mitglied. Die Mittelmeererweiterung ist somit nach der Demokratisierung Südeuropas eingeleitet und bewirkt nach der Norderweiterung 1972 eine Neuausrichtung des Kontinents in südlicher Richtung.

Zwei weitere Daten sind schließlich hervorzuheben: Am 13. März 1979 wird das Europäische Währungssystem eingeführt, ohne das nicht 20 Jahre später, am 1. Januar 1999, der Euro als gemeinsame Währung hätte eingeführt werden können. Einige Wochen später, am 3. Mai 1979, wird Margaret Thatcher Premierministerin Großbritanniens. Für die Christdemokratie wird sie sich im Hinblick auf das europäische Aufbauwerk als schwierigere Partnerin erweisen, da sie die föderal ausgerichteten politischen Zielsetzungen nicht teilt und dies während der gesamten 1980er Jahre zum Teil schonungslos zu verstehen geben wird. Gegenüber Moskau wird sie eine große Standfestigkeit unter Beweis zu stellen wissen und eine treue Verbündete von Ronald Reagan beim Kräfteressen zwischen der NATO und der Sowjetunion in der Frage der Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa sein.

Und schließlich kreuzen sich die Geschicke von zwei bedeutenden, wenn auch einander unbekanntenen Persönlichkeiten: Kardinal Karol Joseph Wojtyła wird am 16. Oktober 1978 zum Papst gewählt und nimmt den Namen Johannes Paul II. an, und Jean Monnet verstirbt am 16. März 1979 im Alter von 91 Jahren 50 km vor den Toren von Paris in seinem Haus in Houjarray. In diesem Haus haben Jean Monnet und Robert Schuman diskutiert und den Schuman-Plan vom 9. Mai 1950 reifen lassen. Unverzüglich schlägt Emilio Colombo im Namen des Europäischen Parlaments eine Geste mit großer Symbolkraft vor: Das Haus wird vom Europäischen Parlament erworben und ist seit diesem Tag ein Museum, in dem die Erinnerung an einen der Väter Europas bewahrt wird.

In Rom wird Johannes Paul II. ein Pontifikat beginnen, dessen Botschaft – durch Taten untermauert – zur Schicksalswende des Kontinents beitragen wird, wenn zehn Jahre später die abgewirtschafteten und machtlosen kommunistischen Regime in Mittel- und Osteuropa zusammenbrechen. Aber diese Entwicklungen waren damals kaum vorstellbar: Die Fraktion und die EVP sahen dem Entscheidungstag entgegen, dem Tag, da die Ergebnisse der Wahlen in den neun Ländern der Gemeinschaft ermittelt und am späten Sonntagabend des 10. Juni 1979 bekannt gegeben werden sollen.

Zweiter Teil

DIE ÄRA DER ERBAUER (1979-
1994)

Kapitel XIV

STRUKTUR DER NEUGEWÄHLTEN FRAKTION (JULI 1979)

Der Sieg ist eindrucksvoll und doch frustrierend. Warum? Mit 32,8 Millionen Wählern und 29,6 % der Stimmen in der Gemeinschaft erringt die Christlich-demokratische EVP-Fraktion zwar die absolute Mehrheit, trotzdem belegt sie im neuen Parlament mit 108 Fraktionsabgeordneten nur den zweiten Platz. Die sozialdemokratische Fraktion hingegen erhält mit nur 29,5 Millionen Wählern und 26,9 % der Stimmen 112 Abgeordnete. Die Erklärung hierfür ist einfach: In Großbritannien wurden die Abgeordneten in ihren Wahlkreisen nach dem Verfahren des einfachen Mehrheitswahlrechts gewählt, das eine erhebliche Verstärkung der Tendenzen in der Wählerschaft bewirkt. Der Kandidat, der in seinem Wahlkreis die absolute Mehrheit auf sich vereinigen kann, erhält einen Sitz im Parlament. Aufgrund ihres leichten Vorsprungs gegenüber Labour in den meisten Wahlkreisen erhielten die Konservativen 64 der insgesamt 81 Mandate. Da die britischen Konservativen jedoch nicht Teil der EVP-Fraktion waren, konnte sich die sozialdemokratische Fraktion, der alle 17 gewählten Labour-Abgeordneten angehörten, den ersten Platz sichern.

Doch die Christlich-demokratische EVP-Fraktion musste ihre Zufriedenheit nicht verbergen, denn zwei ihrer Spitzenkandidaten hatten in ihrem Land bemerkenswerte Wahlergebnisse erzielt: Die 983 600 Präferenzstimmen für Leo Tindemans in Belgien und die 860 000 Stimmen für Emilio Colombo in Italien kamen einem wahren Plebiszit für die Spitze der Christdemokraten gleich.

Insgesamt erhält in Deutschland die CDU/CSU 49,2 % der Stimmen, in Italien die DCI 36,5 %, in den Niederlanden die CDA 35,6 %, in Luxemburg die CSV 36 % und in Irland die Fine Gael 33 %. In Frankreich ist die Lage etwas komplizierter: Die von Simone Veil geführte Liste „Union für Frankreich in Europa“ (Union pour la France en Europe), der sowohl Christdemokraten der CDS als auch Liberale der UDF angehören, erreicht ein hervorragendes Wahlergebnis von 27,5 % und lässt damit

den anderen Teil der Mehrheit, die von Jacques Chirac geführte Liste „Verteidigung der Interessen Frankreichs in Europa“ (La défense des intérêts de la France en Europe), weit hinter sich. Dieses Ergebnis ist eine empfindliche Niederlage für den damaligen euroskeptischen Kurs der RPR, für die nur 15 Abgeordnete ins Parlament einziehen können. Der Fraktion der Europäischen Demokraten für den Fortschritt gehören im gewählten Parlament lediglich 5 % der Parlamentsabgeordneten an (im Gegensatz zu 8 % im nichtgewählten Parlament). Neun Abgeordnete der Liste von Simone Veil gehören zur Christlich-demokratische EVP-Fraktion, 17 sind Mitglied der Liberalen Fraktion.

Die Wahlergebnisse in Deutschland sind für die Regierungskoalition aus SPD und FDP unter Helmut Schmidt, die nicht mit einem derart großen Vorsprung der Christdemokraten gerechnet hat, eine Überraschung: Den 42 gewählten Abgeordneten der CDU/CSU stehen lediglich 35 Abgeordnete der SPD und vier Abgeordnete der FDP gegenüber. Darüber hinaus trifft Deutschland eine wichtige Entscheidung, die für den beständigen Einfluss der deutschen Parlamentsabgeordneten in den folgenden Wahlperioden mitverantwortlich sein wird: Die Abschaffung des Doppelmandats, d. h. der gleichzeitigen Ausübung eines nationalen Abgeordnetenmandats ab 1980 (mit Ausnahme Willy Brandts von der SPD und Hans Katzers von der CDU).

Die hohe Wahlbeteiligung (70 % in den sechs Gründungsstaaten, in Großbritannien mit 30 % weit weniger überzeugend) zeigt das große öffentliche Interesse am europäischen Aufbauwerk und an der neuen Form der Demokratie durch Direktwahl. Der Vorsitzende der EVP, Leo Tindemans, kommentiert dieses positive Signal der Wähler mit folgenden Worten: *„Wir tragen die große Verantwortung, dieses Parlament zu verwirklichen, ihm Glaubwürdigkeit zu verleihen und den Hoffnungen derer, die uns gewählt haben, gerecht zu werden. Man mobilisiert nicht ungestraft 180 Millionen Wähler, um dann ein machtloses Parlament zu erhalten, ein Parlament, das seine Macht nicht ausbauen kann, oder nicht den von den Wählern vorgezeichneten Weg beschreitet.“*¹⁸⁶

Die erste Fraktionssitzung am Montag, den 29. Juli, um 16.30 Uhr in Luxemburg ist eindrucksvoll. Der Fraktionsvorsitz wird dem Altersvorsitzenden Guido Gonella übertragen, einem der Gründerväter der italienischen Christdemokraten und Weggefährten von Alcide De Gasperi. Der mehrmalige Minister hatte während des Krieges die anerkannte Referenzzeitung der Christdemokraten „Il Popolo“ gegründet und trat 1978 als Kandidat für das italienische Präsidenschaftsamt an.

Der Vorsitzende unterstreicht die historische Bedeutung dieser ersten Sitzung der gewählten Fraktion und kündigt die erneute Kandidatur des bisherigen Vorsitzenden Egon Klepsch zur Wiederwahl an.

In der folgenden Abstimmung wird Egon Klepsch praktisch einstimmig im Amt bestätigt (96 Ja-Stimmen, 3 Enthaltungen). Auch zwei stellvertretende Vorsitzende werden wiedergewählt: Willem Vergeer von der niederländischen Delegation und Maria Luisa Cassanmagnago Cerretti von der italienischen Delegation erhalten 85 der insgesamt 91 Stimmen bei 4 Enthaltungen. Damit entscheidet sich die Fraktion bei ihrem Eintritt in die neue Entwicklungsphase für die Kontinuität und die Erfahrung der Älteren. Gleichzeitig trifft sie eine weitere Entscheidung, die als Symbol für die neue Stufe ihrer Entwicklung angesehen werden kann, ändert sie doch am 17. Juli ihren Namen von „Christlich-demokratische Fraktion (Fraktion der Europäischen Volkspartei)“ in „Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christlich-demokratische Fraktion)“ und unternimmt damit einen weiteren Schritt in Richtung der Laizisierung der politischen Mitte-Rechts-Familie.

Von der ersten Sitzung an macht jeder Abgeordnete mit seinen europäischen Nachbarn Bekanntschaft, denn die Abgeordneten sitzen im Fraktionssaal in alphabetischer Ordnung, sodass sich die Nationalitäten untereinander mischen.

Die eindrucksvolle deutsche Delegation

Mit 42 Mitgliedern stellt Deutschland die größte Delegation der Fraktion. Darunter befinden sich bedeutende, eng mit der Geschichte Europas der vergangenen Jahrhunderte verbundene Namen, wie Otto von Habsburg von der Liste der CSU in Bayern, der 1916 zum Kronprinzen von Österreich-Ungarn ernannt wurde. Er ist der Sohn von Karl I., Kaiser von Österreich, König von Ungarn, Böhmen und Kroatien, und von Zita von Bourbon-Parma. Nach dem Zerfall des Kaiserreichs im Jahr 1918 lebte von Habsburg bis 1939 im Exil in der Schweiz, später auf Madeira, in Spanien und in Belgien. Erst 1966 erhielt er die offizielle Erlaubnis, nach Österreich zurückzukehren. Von einigen EVP-Mitgliedern, wie dem Franzosen Olivier d'Ormesson, der selbst einem alten Adelsgeschlecht entstammt, wird er mit „Hoheit“ angesprochen. Doch Otto von Habsburg ist vor allem Europäer und politisch aktiver Unterstützer der Demokratie und des großen Europa. Neben seinen beiden Muttersprachen Deutsch und Ungarisch spricht er fließend Italienisch, Spanisch, Englisch, Portugiesisch und Französisch. Ein Abgeordneter berichtet über ihn folgende Anekdote: Als Otto von Habsburg eines Abends nach seiner Prognose zum anstehenden Fußballspiel Österreich-Ungarn befragt wurde, erwiderte dieser: „Gegen wen?“. Der mit einem schlagkräftigen Humor in verschiedenen Sprachen ausgestattet, leidenschaftliche Verteidiger der Völkerrechte, unnachgiebige

Gegner des Kommunismus und über die politische Entwicklung Mitteleuropas bestens informierte Vorsitzende der Paneuropäischen Bewegung zählt zu den bedeutendsten Persönlichkeiten der Fraktion. Otto von Habsburg gehörte der Fraktion bis 1999 insgesamt 20 Jahre lang an und ist bis heute der einzige Träger des Titels „Ehrenmitglied“. Seine Autorität als Koordinator des Ausschusses für politische Angelegenheiten erstreckte sich weit über die EVP-Fraktion hinaus auf die gesamte Mehrheit der parlamentarischen Mitte-Rechts-Fraktionen. Bei den Feierlichkeiten anlässlich seines 95. Geburtstags am 13. November 2007 wurde er fraktionsübergreifend von allen anwesenden Abgeordneten geehrt.

Zur deutschen Delegation gehören daneben weitere bedeutende Persönlichkeiten wie Kai-Uwe von Hassel, ehemaliger Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein, Bundesverteidigungsminister und Präsident des Deutschen Bundestags. Als Vorsitzender der EUCD leistete Kai-Uwe von Hassel einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung der christlich-demokratischen Parteien in den südeuropäischen Ländern. Aufgrund dieser Tätigkeit wurde er vom kopfscheuen und wenig demokratischen sozialistischen Ministerpräsidenten von Malta, Dom Mintoff, des Landes verwiesen. Daneben begab sich von Hassel mehrmals in die Türkei, um bei der Wiederherstellung der parlamentarischen Demokratie mitzuwirken.

Philipp von Bismarck, Neffe des „Eisernen Kanzlers“, war sechs Jahre lang im Wirtschaftsausschuss des Parlaments tätig und vertrat die deutschen Industrie- und Handelskammern. Seine preußisch-aristokratische Art, die durch seine äußerste Höflichkeit gemildert wurde, hinterließ einen bleibenden Eindruck.

Wichtigstes Anliegen der deutschen Delegation ist es allerdings, ihre Kompetenz und Beharrlichkeit unter Beweis zu stellen. Obwohl die Zahl der Mitglieder nicht ausreicht, um den politischen Einfluss zu sichern, vereinfacht die tägliche Präsenz in der Fraktion und den Ausschüssen die Spezialisierung und ermöglicht den Parlamentariern, die mehrere Mandate ausfüllen, in der Fraktion eine erfolgreiche Karriere. Vier Vertreter der neuen Generation deutscher Abgeordneter von 1979 üben ohne Unterbrechung seit 30 Jahren im Parlament ein Mandat aus: Hans-Gert Pöttering, Karl von Wogau, Ingo Friedrich und Elmar Brok (seit 1980). Ursula Schleicher und Hans-August Lückner sind seit 25 Jahren im Parlament vertreten. Fünf Abgeordnete sind seit 20 Jahren Mitglied des Parlaments: Siegbert Alber, Otto von Habsburg, Marlene Lenz, Kurt Malangré und Günter Rinsche. Diese Beständigkeit und das hohe persönliche Engagement erklären die steile Karriere einiger der neu gewählten Abgeordneten im Parlament: Egon Klepsch war 12 Jahre

lang Fraktionsvorsitzender und danach Präsident des Europäischen Parlaments. Auch Hans-Gert Pötterings steter Aufstieg verlief beispielhaft. Zunächst Mitglied des Ausschusses für Regionalpolitik übernahm er in den folgenden Wahlperioden den Vorsitz des Unterausschusses für Sicherheit und Verteidigung, war stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Fraktionsvorsitzender und wurde schließlich Präsident des Europäischen Parlaments. Ingo Friedrich, Siegbert Alber und Ursula Schleicher hatten das Amt des Vicepräsidenten Präsidenten des Europäischen Parlaments inne. Karl von Wogau begann als äußerst aktiver Abgeordneter im Wirtschaftsausschuss, dessen Vorsitz er übernahm, bevor er sich als Vorsitzender des Unterausschusses für Sicherheit und Verteidigung Fragen der Verteidigung widmete. Elmar Brok übernahm zahlreiche Verpflichtungen, durch die er schließlich zum Vorsitzenden des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten wurde und das Parlament in den meisten Verhandlungsgremien zu den neuen Verträgen vertrat: Maastricht, Amsterdam, Nizza und der Verfassungskonvent. In dieser Reihe ist auch Marlene Lenz zu nennen, seit 20 Jahren Fraktionsmitglied und äußerst aktive Vorsitzende des Ausschusses für die Rechte der Frau. Marlene Lenz erbt ihre politische und europäische Ader von ihrem Vater, dem ehemaligen Staatssekretär Konrad Adenauers, ebenso wie ihr Bruder Carl Otto Lenz, ehemaliger Generalsekretär der Christlich-demokratischen Fraktion des Europäischen Parlaments und langjähriges Mitglied des Bundestags.

Auch Kurt Malangré, Oberbürgermeister von Aachen, war über vier Wahlperioden im Parlament vertreten. Ebenso Günter Rinsche, ehemaliges Mitglied des Bundestags, Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, enger Vertrauter von Bundeskanzler Helmut Kohl, mit dem er sein großes europäisches Engagement teilte, und langjähriger Leiter der deutschen Delegation. Rinsches moralische Autorität und seine Besonnenheit machten ihn zu einem Partner, dem die anderen Delegationen respektvoll Gehör schenkten. Auch die folgenden vier 1979 gewählten deutschen Abgeordneten wurden in den kommenden Jahren zu Schlüsselfiguren: Horst Langes galt aufgrund seines großen Engagements in den internen Arbeitsgruppen und im Haushaltsausschuss, dessen Sprecher er ab 1979 war, unbestritten als „Herr des Fraktionshaushalts“. Langes gehört zu den Parlamentariern, für die sich Arbeit nicht messen lässt. Er hatte Freude an den langen, teilweise auch nächtlichen Sitzungen des Haushaltsausschusses, nahm jeden Änderungsantrag gründlich unter die Lupe und sorgte dafür, dass das Haushaltsjahr wie eine mächtige und unbeirrbare Maschine Jahr um Jahr seinen Lauf nahm. So erwarb sich Horst Langes eine mächtige Position. Das war auch den Abgeordneten der anderen Ausschüsse

bekannt, die sich häufig an ihn wandten, um sich bei der Abstimmung über den Haushaltsplan der Unterstützung der EVP-Fraktion für ihren Änderungsantrag zu versichern. Diese königlichen Befugnisse musste Langes allerdings mit einem anderen „Papst“ der Haushaltsstrategie teilen: dem Bayern Heinrich Aigner, seit 1961 Mitglied des Europäischen Parlaments und Vorsitzender des Unterausschusses für Haushaltskontrolle des nichtgewählten Parlaments. Heinrich Aigner erreichte die Umwandlung des Unterausschusses in einen vollwertigen Ausschuss, den Haushaltskontrollausschuss, dem er seit 1979 vorstand. Er bekleidete das Amt des Ausschussvorsitzenden bis zu seinem Tod im März 1988. Amtsnachfolger bis zum Ende der Wahlperiode wurde der Koordinator Konrad Schön.

Dieser Porträtgalerie der deutschen Abgeordneten, die das Leben der Fraktion in den ersten drei Wahlperioden entscheidend prägten, sind noch mindestens drei weitere Namen hinzuzufügen: Rudolf Luster, ein aufgeschlossener und freundlicher Jurist, der von 1978 bis 1994 für seine Stadt Berlin im Parlament saß. Luster war vor Günter Rinsche Leiter der deutschen Delegation und trug mit seiner europäisch-föderalistischen Überzeugung zur Ausarbeitung eines föderalen Verfassungsentwurfs bei, den er im Namen der Fraktion im Büro des Ausschusses für institutionelle Fragen des Parlaments einreichte. Auf sein Betreiben hin reiste die Fraktion mehrmals nach Berlin, um ihrer Solidarität mit den Opfern der Mauer Ausdruck zu verleihen. Reinhold Bocklet ein waschechter Bayer, widmete sich während seines Fraktionsmandats von 1979 bis 1993 zwei Hauptthemen: der Landwirtschaft und dem einheitlichen Wahlgesetz. Aufgrund seiner Kompetenzen verließ er die Fraktion 1993, um in der bayerischen Landesregierung als Minister tätig zu werden. Bernhard Sälzer, der innerhalb der deutschen Delegation großen Einfluss hatte, war zunächst im Ausschuss für Energie und Forschung tätig. Für Egon Klepsch leitete er heikle Missionen in den den Christdemokraten nahestehenden Parteien Südeuropas und wurde 1992 stellvertretender Fraktionsvorsitzender unter Leo Tindemans. Er verstarb im Dezember 1993 vorzeitig in Folge eines Autounfalls. Amtsnachfolger bis zum Ende der Wahlperiode wurde Horst Langes.

Die italienische Delegation : die zweite „Großdelegation“

Die 30 Mitglieder starke italienische Delegation stellt die zweitgrößte Delegation der EVP-Fraktion dar. Ihr gehörte unter anderem der scheidende Präsident des Europäischen Parlaments, Emilio Colombo, an, der seit Juli 1979 Vorsitzender des Ausschusses für politische

Angelegenheiten war. Einige Monate nach seiner Ernennung wurde Emilio Colombo erneut berufen, in der italienischen und europäischen Politik eine zentrale Rolle zu spielen: Im März 1980 wurde er zum italienischen Außenminister ernannt und legte zusammen mit seinem deutschen Amtskollegen Hans-Dietrich Genscher im November 1981 einen Vorschlag vor, auf dessen Grundlage die Einheitliche Europäische Akte erarbeitet wurde, die erste echte Wiederbelebung des Europagedankens seit den Verträgen von Rom. Im Jahr 1989 kehrte Emilio Colombo ins Europäische Parlament zurück.

Eine weitere wichtige Persönlichkeit der italienischen und internationalen Christdemokraten war Mariano Rumor, Mitglied der italienischen Verfassungsgebenden Versammlung von 1946, fünf Mal in das Amt des Ministerpräsidenten Italiens gewählt und Vorsitzender der Internationalen Union Christlicher Demokraten. Rumor, freundlich, diplomatisch und sprachgewandt wie ein italienischer Kardinal, folgte Emilio Colombo als Vorsitzender des Ausschusses für politische Angelegenheiten. Der Mann der Verhandlungen und Kompromisse konnte in diesem Amt brillieren, das von den italienischen Christdemokraten als das vornehmste in einem Parlament angesehen wurde, insbesondere im Europäischen Parlament, wo alle internationalen politischen Strömungen aufeinandertreffen.

Auch mehrere bisherige Abgeordnete fanden ihren Sitz im neugewählten Parlament, wie Dario Antoniozzi, Mitglied des Parlaments von 1972 bis 1976, mehrmaliger Minister und Fraktionsmitglied bis 1989. Er war ein sprachgewandter Redner und mit der Vitalität der Europäischen Volkspartei, als deren stellvertretender Vorsitzender er wirkte, eng verbunden. Dario Antoniozzi war aktives Mitglied und Sprecher der italienischen Delegation. Sein Sohn Alfredo Antoniozzi trug als Abgeordneter der EVP-Fraktion von der Liste „Forza Italia“ ab 2004 die Fackel dieser Politik weiter. Mario Pedini, ebenfalls ehemaliger Minister, der seine Autorität im Bereich der wissenschaftlichen und kulturellen Angelegenheiten im vorhergehenden Parlament unter Beweis gestellt hatte, wurde 1979 zum Vorsitzenden des Ausschusses für Jugend, Kultur, Bildung, Information und Sport gewählt. Er schied 1984 nach 15-jähriger Mandatsträgerschaft aus dem Europäischen Parlament aus. Giosuè Ligios, seit 1972 Mitglied der Christlich-demokratischen Fraktion und besonders aktiv im Bereich Landwirtschaft, kehrte 1979 in seinen bevorzugten Ausschuss zurück und wurde dessen stellvertretender Vorsitzender. Zu den anderen italienischen Abgeordneten, die die Interessen der ländlichen Wähler und die Nahrungsmittelindustrie vertraten, gehörten Alfredo Diana und Roberto Costanzo, beide angesehene Mitglieder ihrer Delegation, die sich dem

Landwirtschaftsausschuss anschlossen, sowie Joachim Dalsass, deutschsprachiger Vertreter der Provinz Südtirol bis 1994.

Giovanni Bersani war eine der Persönlichkeiten, die mit der christdemokratischen EVP-Fraktion besonders vertraut und ihr treu ergeben waren, gehörte er ihr doch insgesamt 29 Jahre lang an. Er interessierte sich insbesondere für den Bereich soziale Fragen, dem er sich als ehemaliger Leiter der Christlichen Vereinigung der italienischen Arbeitnehmer verbunden fühlte. Sein größtes Engagement galt jedoch zweifellos der Förderung der Beziehungen zwischen Europa und Afrika. Von 1977 bis 1979 war Bersani Ko-Vorsitzender der Paritätischen Versammlung des Lomé-Abkommens und stellvertretender Vorsitzender des Entwicklungsausschusses. Er reiste mehrmals nach Afrika, wo er dauerhaft persönliche Kontakte zu Afrikanern knüpfte, die häufig unter Einsatz ihres Lebens, aber ohne großen Erfolg versuchten, vor Ort eine Demokratie aufzubauen. Zusammen mit dem niederländischen stellvertretenden Vorsitzenden Willem Vergeer schlug er die Einrichtung einer afrikanischen Stiftung vor, die schließlich im September 1981 von der Fraktion gegründet wurde und das Ziel verfolgte, junge Politiker ausfindig zu machen, die in bestimmten dieser Länder den Aufbau der Christdemokratie befürworteten, und diese dabei zu unterstützen.

Die seit 1976 gewählte Mailänderin Maria Luisa Cassanmagnago Cerretti wurde von der italienischen Delegation erneut zur stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden ernannt. Cassanmagnago Cerretti stand dem Volk nahe und verwendet große Gesten und Worte. Sie war ohne Unterbrechung bis 1994 in der Fraktion aktiv, bekleidete das Amt der stellvertretenden Präsidentin des Europäischen Parlaments und war später Vorsitzende des Ausschusses für politische Angelegenheiten.

Der elegante Anwalt und begabte Redner Pietro Adonnino übte lediglich einmal ein Mandat aus, das er von 1979 bis 1984 inne hatte. Als ordentliches Mitglied des Haushaltsausschusses erwarb er sich einen Namen, als er vom Europäischen Rat von Fontainebleau am 26. Juni 1984 zum Vorsitzenden des Ausschusses für das Europa der Bürger gewählt wurde. Seine Aufgabe bestand in der Ausarbeitung konkreter Maßnahmen, um den Bürgern der Gemeinschaft die Vorteile des europäischen Aufbauwerks und die Notwendigkeit seiner Weiterentwicklung besser verständlich zu machen. Der Bericht Adonnino wurde zusammen mit zwei weiteren Dokumenten eingereicht und führte auf dem Europäischen Rat von Mailand am 28. und 29. Juni 1985 zu dem Beschluss, eine Regierungskonferenz einzuberufen.

Schließlich gehörte der italienischen Delegation mit dem 1919 geborenen Paolo Barbi ein großer Verfechter Europas an. Dieser hervorragende Redner und Verehrer der klassischen Kultur aus Neapel war der Tradition der föderalistischen und fortschrittlichen Christdemokratie verpflichtet. Als Egon Klepsch im Januar 1981 auf seinen Posten verzichtete, um sich für das Amt des Präsidenten des Europäischen Parlaments zu bewerben, war Barbi der einzige Italiener, der je den Vorsitz der Fraktion übernahm. Die Sitzungen unter dem Vorsitz Paolo Barbis waren erinnerungswürdig: In mehreren Straßburger Sitzungen kam es gegen Ende des Tages zu hitzigen Diskussionen und die mächtige Stimme des Vorsitzenden dröhnte durch den Saal. Barbi schien keines Mikrofons zu bedürfen, um sich Gehör zu verschaffen. Auch andere Mitglieder der italienischen Delegation gaben ihren Überzeugungen energisch Ausdruck, einige verließen gestikulierend den Sitzungssaal. Am nächsten Morgen jedoch traten alle wieder als Freunde zusammen. Paolo Barbi war ein glühender Verfechter des föderalen Europas. Im Jahr 1984 schied er aus dem Parlament aus, blieb in der italienischen Delegation der EVP-Fraktion aber weiterhin sehr aktiv. Mit Kummer verfolgte er den Niedergang seiner eigenen Partei ab 1992 und sprach sein Bedauern gegenüber der von ihm „taktischen Involution“ genannten Entwicklung in der EVP in den Folgejahren aus: der Aufgabe der christlich-demokratischen und europafreundlichen Identität der EVP zugunsten der Konservativen.^a

Bedeutende Persönlichkeiten der belgischen, französischen, niederländischen, irischen und luxemburgischen Delegationen

Die 37 weiteren Abgeordneten der Fraktion gehörten fünf verschiedenen Delegationen an, von denen drei zahlenmäßig ein etwa gleich großes Gewicht besaßen: Die Niederlande und Belgien stellten jeweils 10, Frankreich 9 Abgeordnete. Aus Irland stammten vier, aus Luxemburg drei Abgeordnete.

Die belgischen und die niederländischen Abgeordneten zeichnete eine hohe Beharrlichkeit aus, die sich nicht allein durch die geografische Nähe der beiden Länder der Arbeitsorte des Parlaments erklären lässt. Seit den Anfängen des europäischen Aufbauwerks vertraten die christlich-demokratischen Parteien der Beneluxstaaten traditionell eine pro-europäische Haltung, die für sie einen Garant zur Vermeidung von Kriegen darstellte, unter denen ihre Bevölkerungen und Länder in der Vergangenheit so sehr gelitten hatten. Außerdem sollte das

a Interview mit Paolo Barbi in Brüssel vom 4. Februar 2004.

supranationale Europa ein Gegengewicht zum hegemonialen Streben der großen Nationen bilden.

Leo Tindemans trug dank der zahlreichen Präferenzstimmen auf seinen Namen als *Primus inter pares* zum Erfolg der Liste seiner Partei, der flämischen CVP, bei. Der Vorsitzende der EVP-Fraktion verließ die Fraktion im Dezember 1981 zusammen mit seinem Landsmann Paul der Keersmaeker, um sich an der belgischen Regierung zu beteiligen, in der er das auf seine Fähigkeiten zugeschnittene Amt des Außenministers übernahm. 1989 kehrte Tindemans in die Fraktion zurück und bekleidete ab Januar 1992 erneut das Amt des Fraktionsvorsitzenden.

Zwei weitere belgische Abgeordnete hinterließen, beide auf ihre Art, ebenfalls einen dauerhaften Eindruck in der Geschichte der EVP-Fraktion: Der ehemalige belgische Wirtschaftsminister und in Brüssel gewählte Abgeordnete Fernand Herman, ein ausgezeichnete und leidenschaftlicher Redner, war ein regelrechter Kreuzritter für Europa. In den 20 Jahren, in denen er Fraktionsmitglied (1979 bis 1999) war, erwarb er sich einen Namen als Verteidiger zweier komplementärer Visionen, der des wirtschaftlich und monetär geeinten Europas und der der politischen Union. Bei jeder Grundsatzdiskussion in der Fraktion, in der eine strategische Entscheidung getroffen werden musste, setzte sich Fernand Herman für den gemeinschaftlichen Ansatz ein, in dessen Mittelpunkt eine unabhängige Kommission, ein demokratisches Parlament und ein nach dem Grundsatz des Mehrheitswahlrechts abstimmender Rat standen. Als Berichterstatter des Ausschusses für institutionelle und konstitutionelle Fragen zögerte Fernand Herman nicht, direkt an der Basis gegen Euroskeptiker vorzugehen, manchmal schonungslos, immer aber mit der Gabe, seine Position klar verständlich zu machen und dem Wunsch, diese Position zu teilen.

Einen vollkommen anderen Stil verfolgte Lambert Croux, Hermans Landsmann aus dem flämischen Limburg, der bei der Bewältigung seiner Aufgabe als Vorsitzender des Arbeitskreises A, der innerhalb der Fraktion für die Koordinierung der politischen und institutionellen Aktivitäten verantwortlich war, ernsthaft und methodisch vorging. Von 1987 bis 1989 war Croux ebenfalls stellvertretender Fraktionsvorsitzender und beendete in diesem Amt sein zweites und letztes Mandat im Parlament. Er war Berichterstatter der Fraktion bei der Aushandlung der Einheitlichen Europäischen Akte und erwies sich als besonnener Verfechter der schrittweisen Befugnisserweiterung des Europäischen Parlaments.

Auch bei den niederländischen Abgeordneten waren Beharrlichkeit und Kompetenz gleichermaßen anzutreffen. Hanja Maij-Weggen erlangte insgesamt vier Mandate, von 1979 bis 1989 und, nach einer

Unterbrechung als Ministerin in der CDA-Regierung von Ruud Lubbers, erneut von 1994 bis 2004. Die ausgebildete Krankenschwester war bei ihrer Wahl 1979 35 Jahre alt. Maij-Weggen gehörte dem Umweltausschuss an und erlangte in den Niederlanden schnell große Popularität, als sie sich den mächtigen Interessengruppen der Babyrobberjäger in der kanadischen Arktis entgegenstellte. Nach einer breit angelegten Sensibilisierungskampagne in Europa veranlasste Hanja Maij-Weggen das Europäische Parlament im März 1982 zu einer Entschließung über den „Gemeinschaftshandel mit Robbenerzeugnissen“, die die europäische Entscheidungsfindung zur Beschränkung der Einfuhr von Pelzen vereinfachte. Bei ihrer Rückkehr in die Fraktion 1994 übernahm sie das Amt der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, wurde Leiterin der niederländischen Delegation und erweiterte ihr Tätigkeitsfeld um soziale und institutionelle Angelegenheiten.

Zwei weitere niederländische Abgeordnete wurden im Zeitraum 1979-1994 für je drei Wahlperioden gewählt: Bouke Beumer verdiente sich seine Sporen beim Wirtschafts- und Währungsausschuss. Durch seine gewissenhafte Arbeitsweise und seine zurückhaltende Art erwarb er sich die Achtung seiner Kollegen. Von 1982 bis 1984 war Beumer Vorsitzender des Ausschusses für Jugend und Kultur und danach Leiter der niederländischen Fraktionsdelegation. Jean Penders engagierte sich leidenschaftlich für die internationale Politik und die europäische Sicherheit. Als Mitglied des Ausschusses für politische Angelegenheiten war er Berichterstatter über den Nahen Osten und andere Themen der politischen Zusammenarbeit. Der äußerst aktive und gut informierte Penders bildete zusammen mit Otto von Habsburg ein sich in ihrem Temperament und ihrer politischen Orientierung perfekt ergänzendes Team, das im Ausschuss für politische Angelegenheiten mit großer Wirksamkeit agierte. Auch zwei Mitglieder des nichtgewählten Parlaments erhielten einen Sitz im neuen Parlament: Harry Notenboom, der sich seit 1971 im Haushaltsausschuss durch den schrittweisen Zugewinn von Befugnissen und Verfahren für das Europäische Parlament einen Namen machte, und Willem Vergeer, stellvertretender Vorsitzender und verantwortlich für den Bereich internationale Beziehungen, der im Namen der Fraktion zahlreiche Dienstreisen nach Afrika und auf andere Kontinente übernahm.

Nicolas Estgen wurde in der gleichen Zeitspanne von 1979 bis 1994 in Luxemburg gewählt. Er achtete auf die Berücksichtigung der Interessen seines Landes, insbesondere in Bezug auf die Sitzverteilung im Parlament. Von 1982 bis 1984 war er stellvertretender Präsident des Europäischen Parlaments.

Der französischen Delegation gehörten neun Mitglieder der christlich-demokratischen UDF an. Jean Lecanuet, Vorsitzender der UDF und der CDS, stand seit den 1960er Jahren wie kein anderer für den europäischen Zentrismus in Frankreich. Folglich gehörte er zu den ersten, die in Valéry Giscard d'Estaing den modernen Sprecher dieser politischen Familie erkannten. Seine zahlreichen Mandate erschwerten dem ausgezeichneten Redner, ausgebildeten Philosophen und Kulturmenschen, der gleichzeitig Senator und Bürgermeister von Rouen war, allerdings, seinen Platz im Parlament und der Fraktion voll auszufüllen.

Jean Seitlinger, Weggefährte von Robert Schuman und Generalsekretär der EVP, 1956 im Département Moselle gewählt, war der Christdemokratie ebenso treu wie André Diligent, Senator im Département Nord und Generalsekretär der CDS, und Maurice-René Simonnet, ehemaliger Minister der MRP, Schatzmeister der EVP und stellvertretender Fraktionsvorsitzender.

Mit Louise Moreau, einer der wenigen Frauen in der EVP-Fraktion^a, die als ehemalige Widerstandskämpferin mit dem Fallschirm im besetzten Frankreich abgesprungen und nun stellvertretende Bürgermeisterin von Mandelieu-la-Napoule war, wo die Fraktion ihre Studientage abhielt, bilden die französischen Fraktionsmitglieder ein Team, das sich vor allem um den historisch bedeutsamen, ebenfalls im Parlament vertretenen Pierre Pflimlin gruppierte. Der seit 1959 amtierende Bürgermeister Straßburgs wurde 1907 geboren. Als Elsässer durch und durch widmete er seine gesamte Energie und sein großes Talent der europäischen Sache und der deutsch-französischen Aussöhnung. Bei seiner Wahl ins Europäische Parlament konnte der ausgezeichnete Redner in den Sprachen Deutsch und Französisch bereits auf eine außergewöhnlich erfolgreiche Karriere zurückblicken. Er war Ratspräsident und Minister in der IV. Republik und gab 1962 in der Regierung unter General de Gaulle seine nationale Laufbahn auf, um ganz und gar für seine europäischen Überzeugungen einzutreten. Das ehemalige Mitglied des nichtgewählten

a In dieser ersten Wahlperiode waren acht Frauen Mitglied der Fraktion : Hanna Walz, Marlene Lenz, Renate-Charlotte Rabbethge und Ursula Schleicher für die deutsche Delegation, Maria Luisa Cassanmagnago Cerretti und Paola Gaiotti De Biase für die italienische Delegation, Louise Moreau für die französische Delegation und Hanja Maij-Weggen für die Niederlande.

Parlaments und Präsident des Europarats war von 1979 bis 1984 stellvertretender Präsident des Europäischen Parlaments.

Aufgrund der uneingeschränkten Hochachtung, die Pflimlin innerhalb der Fraktion genoss, schlug ihn die deutsche Delegation im Juli 1984 als Kandidaten für das Amt des Präsidenten des Europäischen Parlaments vor. Mit seiner Wahl begann ein neues Kapitel im Schicksal dieses Mannes der Grenzregion, der sein Amt bis Januar 1987 mit Autorität und Enthusiasmus ausübte.

Zum Abschluss dieser notwendigerweise überblickhaften Porträtgalerie der Frauen und Männer in der EVP-Fraktion ist der Ire John Joseph McCartin zu nennen, der ohne Unterbrechung von 1979 bis 2004 gewissenhaft für den Landwirtschaftsausschuss tätig war und mehrere Initiativen ins Leben rief, die zum Frieden und zur Entwicklung Nordirlands beitrugen. Am 7. Juli 2004 verlieh Präsident Hans-Gert Pötering dem bisherigen stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden John Joseph McCartin in Budapest die Robert-Schuman-Medaille.

Kapitel XV
**POLITISCHES LEBEN
UND ORGANISATION
DER FRAKTION IN DER ERSTEN
WAHLPERIODE (1979-1984)**

Egon Klepsch ist der „Dirigent“ des Übergangs von der alten, nicht gewählten Fraktion zur Fraktion von 1979. Nur 27 der insgesamt 107 gewählten Abgeordneten stammen aus der vorhergehenden Versammlung. Um mit den neuen Aufgaben und dem neuen Rhythmus des Parlaments Schritt zu halten, müssen die Organisation der Fraktion neu gestaltet und die Arbeitsmethoden angepasst werden. Zunächst gilt es, sicherzustellen, dass jeder Abgeordnete in allen fünfzehn parlamentarischen Ausschüssen über einen ordentlichen und einen stellvertretenden Sitz verfügt. Vier der Parlamentarischen Ausschüsse werden von EVP-Mitgliedern geleitet: Mariano Rumor ist Vorsitzender des Ausschusses für politische Angelegenheiten, Hanna Walz steht dem Ausschuss für Energie vor, der Niederländer Frans van der Gun dem Ausschuss für soziale Angelegenheiten und Heinrich Aigner dem Haushaltskontrollausschuss. In allen anderen Ausschüssen haben EVP-Mitglieder das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden inne; außerdem stellt die Fraktion die Leiter zahlreicher interparlamentarischer Delegationen mit Drittländern.

Egon Klepsch behält die Arbeitskreisstruktur mit Arbeitskreis „A“ (Politik), Arbeitskreis „B“ (Wirtschaft) und Arbeitskreis „C“ (Haushalt) bei, denen die Mitglieder verschiedener Ausschüsse angehören. Ihre Aufgabe ist es, zu jedem Bericht die Plenumsausprachen vorzubereiten, Änderungsanträge vorzulegen und die Rednerliste vorzuschlagen. Arbeitskreis „A“ wird geleitet von Maria Luisa Cassanmagnago Cerretti, Arbeitskreis „B“ von Egon Klepsch und Arbeitskreis „C“ von Willem Vergeer. Jedem Vorsitzenden steht darüber hinaus ein Koordinator zur Seite: Giosuè Ligios für Arbeitskreis „A“, Siegbert Alber für Arbeitskreis „B“ und Sjouke Jonker für Arbeitskreis „C“.

Die Aufgabe von Giampaolo Bettamio: Ausbau des Sekretariats und Bewahrung seines supranationalen Charakters

Zur wichtigsten Aufgabe der Fraktion gehört der Ausbau des Sekretariats. Der Parlamentshaushalt sieht für die Haushaltsjahre 1980 und 1981 eine erhebliche Aufstockung der Zahl der Fraktionsbediensteten vor, um der Verdoppelung der Abgeordnetenzahl nach der Wahl gerecht zu werden. Im Dezember 1979 und Februar 1980 wird daher beschlossen, den Bediensteten ein eigenes Statut zu verleihen und die Vorschriften für die Arbeit des Sekretariats festzulegen. Dieses gliedert sich in mehrere Dienststellen: das zentrale Sekretariat, die Abteilung Parlamentarische Arbeiten, die Pressestelle und den Dokumentationsdienst.

Mit dieser Umstrukturierung wird Giampaolo Bettamio betraut. Zwar verfolgt Egon Klepsch alle Personalangelegenheiten genauestens, er schenkt seinem 40-jährigen Generalsekretär jedoch bei der Umsetzung der Beschlüsse des Fraktionspräsidiums volles Vertrauen. Bettamio war 1973 nach seinem Studium in seiner Heimatstadt Bologna in die Fraktion gekommen. Nach Brüssel war er gegangen, um dort die Fachpresse der italienischen Industrie- und Handelskammern zu vertreten. Der der DCI nahestehende Bettamio wurde von Alfred Bertrand und Hans-August Lücker kooptiert, um die ersten Öffentlichkeitsarbeiten für die Fraktion zu übernehmen. Als Nachfolger von Alfredo De Poi konnte er ab 1976 mit Egon Klepsch Arbeitskontakte knüpfen, die für eine gute Zusammenarbeit zwischen einem methodischen und direkten deutschen Vorsitzenden und einem kreativen und diplomatischen italienischen Generalsekretär notwendig sind. Die beiden Männer kommunizierten auf Englisch und verstanden sich so gut, dass ihre Zusammenarbeit von 1977 bis 1982 und von 1984 bis 1986 praktisch reibungslos verlief.^a Auch unter dem Vorsitz Paolo Barbis von 1982 bis 1984 wurde Bettamio in seinem Amt bestätigt.

Im September 1980 stellt der Generalsekretär dem Fraktionsvorstand den für 1981 vorgesehenen Stellenplan vor. Innerhalb weniger Monate sollen über zwanzig Verwaltungsbeamte und ebenso viele

a Der im Februar 1986 vom Europäischen Parlament zum Direktor ernannte Giampaolo Bettamio tritt 1992 erneut dem Kabinett von Egon Klepsch bei, als dieser Präsident des Europäischen Parlaments wird. Nach dem Erfolg Silvio Berlusconi bei den Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 1994 wird Giampaolo Bettamio von den Abgeordneten der Forza Italia beauftragt, sie bei der Bildung einer neuen Fraktion und der Einrichtung eines Generalsekretariats zu unterstützen. So wird der ehemalige Generalsekretär der EVP-Fraktion zum Generalsekretär der „Forza Europa“, die im Juni 1998 innerhalb der EVP-Fraktion gegründet wurde. Bettamio wird Senator der Forza Italia und 2008 in den italienischen Senat wiedergewählt.

Sekretäre eingestellt werden. Sie sollen unter dem Statut der Europäischen Gemeinschaften und in einem supranationalen Geist arbeiten. Einige Delegationen plädieren vergeblich für die Einrichtung eines „Ausschusses für Personalangelegenheiten“, der aus Mitgliedern aller nationalen Delegationen bestehen und unter anderem für die Einstellung neuer Mitarbeiter zuständig sein soll. Doch der Vorsitzende und der Generalsekretär lehnen dies ab. Im Gegenzug schlagen sie einen Gemeinsamen Ausschuss aus drei Bediensteten und drei Abgeordneten vor, der als Aufsichtsorgan dienen soll. Es obliegt jedoch allein dem Fraktionsvorstand, dem Verwaltungsbüro die Einstellung bestimmter Bewerber vorzuschlagen. Diese müssen zuvor ein Auswahlverfahren durchlaufen, das schrittweise den internen Verfahren des Parlaments angepasst werden soll. Mit der Ausarbeitung des Personalstatuts, das kurz darauf angenommen wird, wird Fernand Herman betraut.

Die EVP-Fraktion sollte auch ein Ergebnis erzielen, das den Bediensteten der meisten Fraktionen zugute kam. So erklärt Giampaolo Bettamio stolz: *„Das Statut entspringt der Notwendigkeit, die Vereinbarungen zwischen den Bediensteten und den Abgeordneten schriftlich zu fixieren. Die Sozialdemokraten haben dieses Modell von den Christdemokraten, übernommen. Dabei wäre das Gegenteil viel schlüssiger gewesen. Es wäre logischer gewesen, wenn die Sozialdemokratische Partei, die Partei der Arbeiter, diese Initiative ergriffen hätte. Aber es waren wir, die Christdemokraten.“*^a

In diesen ersten Monaten wird in Luxemburg und Brüssel somit eine neue Generation von Mitarbeitern eingestellt, die von der Welle der Direktwahlen und der von ihnen ausgelösten Dynamik getragen wird. Bereits Ende des Jahres 1980 können diese Bediensteten in Brüssel in der Rue Belliard mitten im Europäischen Viertel ihre neuen Büros beziehen. Im ersten Stellenplan des Fraktionssekretariats vom September 1981 sind 34 weibliche und 22 männliche Mitarbeiter aus sieben Nationen vertreten, die im Durchschnitt deutlich jünger sind als die Abgeordneten. Einige von ihnen verfolgen eine lange Laufbahn in der Fraktion, während andere nach einem Auswahlverfahren in die Parlamentsverwaltung wechseln.^b Einige verlassen das Parlament

a Interview mit Giampaolo Bettamio, Rom, 28. Mai 2008.

b Von den 56 Bediensteten im Jahr 1981 sind 2009 noch 18 im Amt: Paolo Licandro, stellvertretender Generalsekretär, Pascal Fontaine, Sonderberater, Robert Fitzhenry, stets gut informierter und gutmütiger Leiter des Pressedienstes und stolz auf seine irische Herkunft, Béatrice Scarascia Mugnozza, Leiterin der Abteilung Beziehungen zu den nationalen Parlamenten, die seit dessen Gründung im konstitutionellen Ausschuss arbeitet und deren Vater, Fraktions- und Kommissionsmitglied Carlo Scarascia Mugnozza, eine wichtige Persönlichkeit der italienischen Christdemokratie nach dem Krieg war, Werner Krögel, Vorsitzender des Arbeitskreises „C“, der lange Zeit dem Landwirtschaftsausschuss angehörte, wo

auch, um sich anderen Tätigkeiten zu widmen. Wieder andere verfolgen eine Laufbahn in der Parlamentsverwaltung wie Karl Colling, Finanzdirektor, und Stefan Pfitzner, Leiter der Abteilung für Außenbeziehungen.

Ein stabiles Sekretariat – Kontinuitätsfaktor der Fraktion

Das Statut der unbefristet eingestellten Bediensteten war zwar rechtlich nicht gleichbedeutend mit einer Verbeamtung und dem Status eines Beamten, in der Praxis kam es jedoch – abgesehen von besonders schwerwiegenden Fällen – nach einer Verwarnung äußerst selten zur einseitigen Aufkündigung eines Vertrags durch die Fraktion. Die Einstellung der Fraktionsbediensteten erfolgt auf der Grundlage verschiedener Kriterien: Hochschulabschluss, berufliche Qualifikation, Sprachkenntnisse und „Fraktionskultur“. Im Zuge der Erneuerung wurde den neuen Delegationen, die der Fraktion im Laufe der Jahre beitraten, Rechnung getragen. Unter Berücksichtigung des Eigenbedarfs des Sekretariats wird ein nationaler Verteilungsschlüssel mit den folgenden Kriterien angewandt: Sachkenntnis (EDV, Rechnungswesen), geografische Vielfalt und politische Repräsentativität. Beachtet wird auch, dass sich Schwankungen in der Anzahl der Fraktionsmitglieder und ihrer Verteilung auf die nationalen Delegationen, die nach jeder Neuwahl des Parlaments auftreten, nicht unmittelbar auf die Arbeitsplatzsicherheit der Bediensteten und die Arbeit des Sekretariats auswirken dürfen. So sind einige Delegationen eine gewisse Zeit lang unterrepräsentiert, während die Bediensteten einer anderen nationalen Delegation, deren Mitglieder bei den Wahlen eine herbe Niederlage erlitten haben, überrepräsentiert sind. Es ist die Aufgabe des Generalsekretärs, zusammen mit seinen Amtskollegen der anderen Fraktionen Maßnahmen zu treffen, um die Zahl der Fraktionsmitarbeiter unter Berücksichtigung der Notwendigkeit der Leistungserbringung und der persönlichen Situation der einzelnen Mitarbeiter auszubalancieren. Die relativ hohe Arbeitsplatzsicherheit der Fraktionsbediensteten gelangt zum Vorteil der gesamten Fraktion, da das Zugehörigkeitsgefühl, das

ihm seine bayrische Herkunft nützte; Arthur Hildebrandt, Leiter der Abteilung für internationale Beziehungen, unermüdlicher Globetrotter der Fraktion, der im Rahmen seiner Missionen bei den Abgeordneten über 60 Länder in Afrika, Zentralamerika und Asien, einschließlich Papua und Samoa, bereiste. Zu den Bediensteten, die im Zeitraum 1979-1981 eingestellt wurden und 2009 noch immer in der Fraktion aktiv sind, zählen neben den fünf Mitarbeiterinnen auf Seite 162 auch Michèle Melia, seit 1981 Assistentin des Leiters der französischen Pressestelle, Guy Korthoudt, langjährig für die EVP tätig und deren stellvertretender Generalsekretär, Angela Kaladjis, Marilena Deriu, Fiona Kearns und Monique Pocket, ebenso wie Pascaline Raffégeau, zunächst im Kabinett des Präsidenten Pierre Pflimlin, danach bis 1985 in der Fraktion tätig.

die Hingabe und das Engagement des Einzelnen stimuliert, zur Qualität der Arbeit aller Bediensteten des Sekretariats beiträgt. Ohne ein motiviertes und stabiles Sekretariat wäre der supranationale Geist, der die Fraktion beflügelt und das Vertrauen in die Abgeordneten und ihre Mitarbeiter stärkt, weniger ausgeprägt und erfolgreich.

Zunehmender Nutzen der neuen Technologien

Die Arbeitsbedingungen der Parlamentarier und Beamten haben sich mit dem in den 1980er Jahren beginnenden technischen Fortschritt deutlich verbessert. Bei der Plenartagung in Straßburg mussten die frisch gewählten Abgeordneten noch die kräftezehrenden Obstruktionsversuche durch den italienischen Radikalen Marco Pannella ertragen. Dieser hatte, um die Abstimmung über die neue Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments zu behindern, die von Rudolf Luster im Namen des Geschäftsordnungsausschusses vorgestellt worden war, mehrere tausend Änderungsanträge eingereicht, die einer nach dem anderen durch Handzeichen abgelehnt werden mussten. Die technischen Dienststellen des Parlaments richteten am 6. November 1979 für die Haushaltsgenehmigung die elektronische Stimmabgabe ein, durch die das Abstimmungsverfahren beschleunigt wurde.

Am 3. Oktober 1979 erhielt die Fraktion ihr erstes Telefax-Gerät. Es sollten noch drei weitere Jahre vergehen, bis im Oktober 1982 die ersten wenigen Textverarbeitungsgeräte genutzt werden konnten. Die Mitarbeiterinnen brachten zahlreiche Stunden damit zu, jede textliche und inhaltliche Änderung, die im Laufe der Diskussionen beschlossen wurde, einzuarbeiten, indem sie den gesamten Text neu abtippeten. Die wahre IT-Revolution findet jedoch zehn Jahre später im Zuge eines Ausstattungsplans statt, der im Dezember 1990 von Paolo Licandro vorgestellt wird und mit dem die Fraktion einen mit Spitzentechnologie ausgestatteten IT-Dienst erhält.^a Die materiellen Aspekte der Arbeit der Abgeordneten und Beamten der Fraktion zeichnen sich durch die Besonderheit aus, dass die Entfernung zwischen den drei Arbeitsorten und den Wahlbezirken, aus denen die Abgeordneten stammen, meist recht groß ist. Aufgrund ungünstiger Witterungsbedingungen oder Streiks kommt es auf den Autobahnen häufig zu Staus oder zu Verspätungen im Flugverkehr. Die Koffer der Abgeordneten werden beim Umzug von einer Hauptstadt in die Nächste vorausgeschickt und können abhandenkommen, sodass einem Abgeordneten möglicherweise genau die Akte fehlt, die er gerade dringend benötigt. Durch die Telematik und tragbare Computer wird die Abhängigkeit der „Nomaden“

a Unter der effizienten Leitung des 1986 eingestellten Walter Petrucci.

des Europäischen Parlaments von ihrem Hauptarbeitsinstrument – dem Papier, auf dem die Worte fixiert sind – mehr und mehr reduziert.

Vor allem die Abgeordneten aus Italien, Irland, später auch Griechenland und der Iberischen Halbinsel beschwerten sich in den ersten Jahren des gewählten Parlaments regelmäßig über die unzureichenden Flugverbindungen zwischen Straßburg und den europäischen Hauptstädten. Die mit allen Verkehrsmitteln (Flugzeug, Auto, Zug) langen Anreisezeiten führen daher zwischen den Mitgliedstaaten zu Spannungen und zur Infragestellung des Status quo des Parlamentssitzes. Gegner Straßburgs und Befürworter eines einzigen Sitzes in Brüssel finden sich in allen Fraktionen, auch in der EVP-Fraktion – mit der ständigen und beachtenswerten Ausnahme der deutschen, der französischen und der luxemburgischen Delegation, denen die symbolische Bedeutung der elsässischen Hauptstadt bewusst ist. In den Berichten, die dem Ausschuss für politische Angelegenheiten zur Frage des Parlamentssitzes vorgelegt werden, geraten die beiden Lager immer wieder aneinander, und es bedarf der Entscheidung des Gerichtshofs und schließlich der Staatschefs im Europäischen Rat von Edinburgh am 12. Dezember 1992, um diese Frage endgültig zu klären. Auch die Verbesserung der Flugverbindungen trägt zur Beruhigung der Stimmung zwischen den Gegnern und Befürwortern Straßburgs bei, obwohl die institutionellen Argumente für einen einheitlichen Sitz weiterhin für Gesprächsstoff sorgen.

EVP-Fraktion überzeugt griechische Abgeordnete, der Fraktion beizutreten (Dezember 1981)

Einige Wochen vor der Direktwahl vom Juni 1979 wird der Beitrittsvertrag mit Griechenland, dem zehnten Mitgliedstaat, unterzeichnet. Der Vertrag tritt am 1. Januar 1981 in Kraft, und in diesem Zusammenhang ist es eine der ersten wichtigen politischen Entscheidungen der Fraktion, auf die Zugehörigkeit der griechischen Abgeordneten zu ihr hinzuarbeiten. So eindeutig die Beitrittsentscheidung für die PASOK ausfällt, die natürlich zur sozialdemokratischen Fraktion hinzustößt, so ungewiss ist die Entscheidung aufseiten der von Konstantin Karamanlís geführten Nea Demokratia, die in Athen regiert. Da die Nea Demokratia nicht der EVP-Partei angehört, könnten sich ihre Abgeordneten ebenso gut der Fraktion der Liberalen, der Fraktion der Konservativen oder der Fraktion der Gaullisten anschließen. Die vom griechischen Parlament entsandten Abgeordneten treffen jedoch zunächst keine Entscheidung und gehören dem Parlament einige Monate lang als Unabhängige an. Für den 18. Oktober 1981 sind allgemeine unmittelbare Wahlen in Griechenland angesetzt. Da Egon

Klepsch für seine Fraktion einen Erfolg verbuchen will, nimmt er die Vermittlungsdienste von Giulio Andreotti in Anspruch, der gute Beziehungen zu seinem griechischen Kollegen im Außenministerium pflegt, und steht einen Tag nach den Wahlen an der Spitze einer Delegation, die Griechenland besucht. Um seine zukünftigen Partner zu überzeugen, hat Egon Klepsch eine Idee: Er zeichnet ein Bild des Plenarsaals, in dem die EVP deutlich und mächtig im Zentrum des Parlaments sitzt und wo zu ihrer Rechten kaum Platz für die anderen Mitte-Rechts-Fraktionen bleibt. Dieses Argument und das Versprechen, im Namen der EVP-Fraktion zwei wichtige Posten zu erhalten, darunter den des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, überzeugt die Führung der Nea Demokratia, und so schließen sich die acht neu gewählten griechischen Abgeordneten am 23. Dezember 1981 der EVP-Fraktion an, deren Mitgliederzahl in Folge auf 117 Abgeordnete steigt.^a

Die Niederlage Egon Klepschs bei den Präsidentschaftswahlen und die Wahl Paolo Barbis zum Fraktionsvorsitzenden (1982)

Der Beitritt der griechischen Abgeordneten war ein großer taktischer Erfolg für Egon Klepsch, den Wegbereiter der schrittweisen Erweiterung der Fraktion um Parteien, die die gleichen Werte vertraten wie die EVP, der Christdemokratie historisch jedoch nicht angehörten. Trotz dieses Erfolgs scheitert der Fraktionsvorsitzende im Januar 1982 mit seinem Ziel, Parlamentspräsident zu werden. Ab dem 13. Mai 1981 macht Klepsch im Vorstand und Präsidium der Fraktion auf das Problem der Nachfolge der im Juli 1979 gewählten Simone Veil aufmerksam. Er erinnert daran, dass die Vereinbarung mit der Liberalen Fraktion über die Amtsübernahme durch die EVP am Ende des zweieinhalbjährigen Mandats von Simone Veil die Fraktion der Konservativen formal nicht einschließt. Da diese zur Mehrheit der Mitte-Rechts-Fraktionen gehören, wäre es für sie politisch gesehen nicht sinnvoll, die Wahl eines Sozialdemokraten zu unterstützen. Daher schlägt Klepsch die Ernennung eines Kandidaten für das Amt des Präsidenten aus den Reihen der EVP-Fraktion vor. Nominiert werden Leo Tindemans und Egon Klepsch. Am 9. Oktober 1981 findet eine erste Wahl in Brüssel statt, nachdem Klepsch entsprechend der Geschäftsordnung der CDU-Fraktion im Bundestag die Einführung der Briefwahl unter der Aufsicht des Generalsekretärs durchgesetzt hatte.^b Beide Kandidaten kommen in der

a Interview mit Egon Klepsch, Koblenz, 15. März 2004.

b Die Stimmrechtsvertretung ist von da an nicht mehr in der Geschäftsordnung der Fraktion enthalten.

Abstimmung in die engere Wahl. Am 5. Oktober vereinigt Egon Klepsch nach intensiver politischer Betätigung und einer gewissen Aufregung innerhalb einiger nationaler Delegationen schließlich die Stimmen der Fraktion auf sich. Doch noch ist die Partie nicht gewonnen. Die Liberalen verzichten gemäß der Vereinbarung auf die Aufstellung eines eigenen Kandidaten. Doch die Konservativen nominieren ihren Fraktionsvorsitzenden, Sir James Scott Hopkins. Einige Fraktionsmitglieder sind der Auffassung, dass die Konservativen ihren Kandidaten gemäß der Geschäftsordnung in den ersten drei Wahlgängen, in denen eine absolute Mehrheit erreicht werden muss, antreten lassen und ihn nach Verhandlungen im vierten Wahlgang zu Gunsten Egon Klepschs, des geeignetsten Kandidaten der Mitte-Rechts-Parteien, zurückziehen werden.

Doch diese Hoffnung erfüllt sich nicht. Die Konservativen halten bis zur Wahl des niederländischen Sozialdemokraten Pieter Dankert im vierten Wahlgang an ihrem Kandidaten fest. Und zwischen Egon Klepsch und den englischen Konservativen tut sich ein tiefer Graben auf. Klepsch ist der Ansicht, dass sich einige Liberale nicht an ihre Zusagen gehalten haben.^a Die Stimmabgabe war entsprechend dem Wahlverfahren geheim, doch im Dunkel der Urnen ist alles möglich.

Trotz der Niederlage öffnet sich dem Fraktionsvorsitzenden Klepsch, der zum stellvertretenden Parlamentspräsidenten gewählt wird, die Tür zum Parlamentspräsidium. Mit seiner Wahl zum Parlamentspräsidenten im Jahr 1992 soll er dann durch die „große Tür“ zurückkehren.

Einige Tage nach der Wahl des Präsidenten des Europäischen Parlaments reformiert die EVP-Fraktion ihre Organe für die kommende halbe Wahlperiode. Paolo Barbi wird zum Fraktionsvorsitzenden gewählt, Willem Vergeer bleibt stellvertretender Vorsitzender für die deutsche Delegation und der Grieche Konstantinos Kallias erhält gemäß den Vereinbarungen über den Beitritt der Nea Demokratia das neu geschaffene Amt des dritten stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden. Mit dem neuen Wahlamt des Schatzmeisters wurde de facto das Amt eines vierten stellvertretenden Vorsitzenden eingerichtet, das Maurice-René Simonnet übernahm. Aus den Reihen der EVP-Fraktion werden fünf stellvertretende Parlamentspräsidenten gewählt. Darüber hinaus werden zwei weitere organisatorische Entscheidungen getroffen: der Zusammenschluss des Präsidiums und des ehemaligen Verwaltungsvorstands sowie die Einrichtung eines vierten ständigen Arbeitskreises. Die Arbeitskreise unterstehen Lambert Croux (A), Philipp von Bismarck (B), Horst Langes (C) und Maria Luisa Cassanmagnano Cerretti (D).

a Interview mit Egon Klepsch, Koblenz, 15. März 2004.

Der Vorsitz von Paolo Barbi ist geprägt von einer Reise des Fraktionsvorsitzenden in den Nahen Osten vom 21. Mai bis zum 3. Juni 1983. Sein Besuch in Israel, Ägypten, Libanon, Jordanien und den palästinensischen Flüchtlingslagern in Sabra und Schatila, bei dem er vom italienischen Militär als Teil der UN-Friedenstruppe begleitet wurde, war für ihn und seine Begleiter eine Mission von großer politischer Intensität.

Paolo Barbi setzt sich ebenfalls für die Festigung der Arbeitsbeziehungen mit der EVP-Partei und insbesondere mit dessen Vorsitzenden Leo Tindemans und seinem Generalsekretär Thomas Jansen ein. Die Fraktion fördert die Zusammenarbeit ihrer Mitglieder bei der Teilnahme am Vierten Parteitag im Dezember 1982 in Paris. Die Arbeitsweise Paolo Barbis unterscheidet sich deutlich von der Egon Klepschs. Er ist in Bezug auf taktische Politik und pragmatische Einigungen weniger versiert als sein Vorgänger, dafür konzentriert er seine Energie auf die großen Aussprachen und setzt sich energisch für ein föderales Europa ein. Der Professor aus Neapel, der sich in den Spielchen des Politikgeschäfts nicht auskennt, wird von seiner Partei bei den Europawahlen im Juni 1984 nicht mehr zur Wahl aufgestellt. Von seinen Kollegen und Mitarbeitern wurde er als Vorsitzender sehr geschätzt. Im Leitartikel der Monatszeitung der Fraktion, für deren Publikation der Generalsekretär Giampaolo Bettamio und der Leiter der Pressestelle Werner de Crombrughe verantwortlich sind, wird er in der Ausgabe vom September 1984 mit den folgenden Worten verabschiedet: *„Vielen Dank, Paolo Barbi. Sie haben zwar Ihren Sitz im Europäischen Parlament verloren, nicht aber Ihren Platz in der Christdemokratie. Sie haben denen, die Sie kennen, ein Erbe hinterlassen, das ebenso bedeutend ist wie Ihre Tätigkeit als Vorsitzender der EVP-Fraktion, denn Sie haben, und Ihre Laufbahn bezeugt dies, eine Auffassung von Politik vertreten, in der Sie den Höhen des politischen Lebens die Dienerschaft vorgezogen haben. Sie sind weder bei den Pflichten noch bei den Ehren Kompromisse eingegangen.“*¹⁸⁷

Das Zeugnis, das ihm Thomas Jansen, von 1983 bis 1994 Generalsekretär der Europäischen Volkspartei, ausstellte¹⁸⁸, ist besonders aussagekräftig, sowohl in seiner Bewertung der Zusammenarbeit zwischen der Fraktion und der Partei als auch hinsichtlich der „Führungsmethode“ der beiden Fraktionsvorsitzenden, die er gut kannte: *„Das außerordentliche Engagement des Italieners Paolo Barbi stand ganz im Zeichen der Kooperation mit der Partei. Tatsächlich hat Barbi keinen Unterschied gemacht zwischen den beiden Kooperations- und Aktionsstrukturen; für ihn standen sowohl Partei wie Fraktion gleichermaßen im Dienste eines einzigen – Christlich-demokratischen und europäisch-föderalistischen –*

Projekts, das es mit allen verfügbaren Kräften zu verwirklichen galt. Sein Einsatz zugunsten der EVP wurde Barbi übrigens nicht honoriert. Nach seiner erfolgreichen Arbeit in Brüssel und Straßburg hat es die Democrazia Cristiana (beziehungsweise deren damals mächtiger Mann, nämlich De Mita) versäumt, ihm die für die Wiederwahl ins Europäische Parlament notwendige Unterstützung zu gewähren.“¹⁸⁹

In Bezug auf Egon Klepsch, der im Juli 1984 erneut zum Fraktionsvorsitzenden gewählt wird, erklärt Thomas Jansen: „*In seiner mehrfachen Wiederwahl findet das in der Fraktion während dieser langen Zeit vorherrschende Gefühl seinen Ausdruck, dass Klepsch in seiner Funktion unersetzlich war. Obwohl sein Führungsstil nicht immer unumstritten war, musste er sich in keinem einzigen Fall mit einem Gegenkandidaten auseinandersetzen. Seine Stärke beruhte auf einer außerordentlichen Präsenz im Parlament und in der Fraktion sowie auf einer genauen, bis in die technischen Einzelheiten hineinreichenden Kenntnis aller Verfahren, Vorgänge, Konstellationen und der jeweils anliegenden politischen Probleme. Er stützte sich im Wesentlichen auf die beiden starken nationalen Gruppen innerhalb der Fraktion, die deutsche und die italienische. Erstere war ihm nicht nur aus landsmannschaftlicher Verbundenheit, sondern auch aufgrund freundschaftlicher Beziehungen, die er sorgfältig pflegte, mehrheitlich treu ergeben. Um die Unterstützung und Zustimmung der Italiener hatte er sich in seiner Zeit als Bundesvorsitzender der Jungen Union und als Präsident der Europäischen Union Junger Christlicher Demokraten während der sechziger Jahre systematisch bemüht.*

Klepsch prägte die Fraktion durch seinen Führungsstil, der dadurch gekennzeichnet war, dass er immer schon im Vorfeld möglicher Kontroversen darum bemüht war, einen die Einheit der Fraktion gefährdenden Dissens nicht entstehen zu lassen. Mittels Absprachen, in die er die im jeweiligen Zusammenhang wichtigen Persönlichkeiten und Gruppen einbezog, gelang es ihm meistens, durch die Herstellung eines Gleichgewichts der Interessen einer Auseinandersetzung aus dem Weg zu gehen. Auf diese Weise beherrschte er taktisch das Feld. Dabei verfolgte er konsequent und mit strategischem Durchblick die von der grossen Mehrheit der Fraktion verfolgten Ziele: die föderale Organisation der Europäischen Gemeinschaft, die Stärkung ihrer demokratischen und parlamentarischen Komponente sowie schliesslich der Ausbau der zentralen Position der EVP-Fraktion mit dem Ziel, alle im Europäischen Parlament fälligen Entscheidungen von ihrer Zustimmung oder Mitwirkung abhängig zu machen.“¹⁹⁰

Kapitel XVI

DIE „VAN-AERSSSEN-INITIATIVE“ ALS BEGINN DER INSTITUTIONELLEN DEBATTE IN DER EVP-FRAKTION (1979-1984)

Die Doppelstrategie: „Kleine Schritte“ und ein neuer Vertrag

Kurz nach ihrer Gründung übernimmt die neu aus den allgemeinen Wahlen hervorgegangene EVP-Fraktion die Initiative und stellt die entscheidende Frage zur Zukunft des europäischen Aufbauwerks: Wie können die Ziele der Gipfel von 1972 und 1974 verwirklicht werden, wie lässt sich jene Europäische Union erreichen, die bereits 1975 im Bericht Bertrand und 1976 im Bericht Tindemans beschrieben wurde, wie sind Erweiterung und Vertiefung miteinander zu vereinbaren, und wie lässt sich die Grundlage für eine Gemeinschaft der Grundrechte schaffen, aus der eine europäische Staatsbürgerschaft entstehen kann?

Am 27. September 1979 wird dem Parlament ein von Jochen van Aerssen, Egon Klepsch, Emilio Colombo, Leo Tindemans und allen anderen Delegationsleitern der Fraktion unterzeichneter Entwurf einer Entschließung zur Ausweitung der Rechtsgrundlagen der Europäischen Gemeinschaft vorgelegt. Neben einer kurzen Begründung enthält der Entwurf eine Liste von konkreten Zielen, die es mithilfe eines neuen Vertrags zu erreichen gilt.

Ist die Debatte erst einmal angestoßen, findet sie kaum ein Ende. Innerhalb der Fraktion lässt sich rasch ein Konsens für das Prinzip einer Doppelstrategie ausmachen:

- der „verfassungsbefürwortende und föderalistische“ Ansatz, nach dem die Vorrechte der Gemeinschaft ausgeweitet und die Verträge geändert werden sollen und das Parlament zu diesem Zweck aus seinen Reihen einen speziellen Ausschuss einrichtet, der entsprechende Vorschläge einreicht;
- der „pragmatische und schrittweise“ Ansatz, umgesetzt durch die Einrichtung eines Institutionellen Unterausschusses beim Politischen Ausschuss, mit dem die Beziehungen zwischen den Organen der EWG verbessert werden sollen, indem die im Rahmen der bestehenden Verträge gebotenen Möglichkeiten bestmöglich genutzt werden.

Einige Monate lang hatte im Parlament Uneinigkeit hinsichtlich der Vereinbarkeit dieser beiden Herangehensweisen geherrscht. Ausschließliche und erbitterte Anhänger des ersten Ansatzes, die „Verfassungsbefürworter“ unter Führung von Altiero Spinelli, einem italienischen Föderalisten der ersten Stunde und ehemaligen Mitglied der Kommission, der über die Liste der Kommunistischen Partei in Italien gewählt wurde und den „Krokodil-Club“^a ins Leben rief, zweifelten an der Wirksamkeit der Bemühungen des Politischen Ausschusses und seines Institutionellen Unterausschusses, die Europa „mit kleinen Schritten“ voranbringen wollten.

Die EVP-Fraktion schloss sich der Krokodil-Initiative nicht an, da sie der Ansicht war, dass sie das Thema Föderalismus bereits länger und kontinuierlicher als jede andere Fraktion verfolgt habe.

Bei der Sitzung im Juli 1981 errang der Ansatz der EVP einen doppelten Sieg. So wurden die wichtigsten Berichte des Institutionellen Unterausschusses, an denen unter dem Vorsitz von André Diligent mehr als ein Jahr lang gearbeitet worden war, vom Plenum mit großer Mehrheit angenommen, und auf diese Weise die Methode der „kleinen Schritte“ gewürdigt. Gleichzeitig beschloss das Parlament auf der Grundlage eines im Namen der EVP von Sjouke Jonker, Jochen van Aerssen, Egon Klepsch, Erik Blumenfeld und anderen eingereichten Änderungsantrags, der fast die gesamte Entschließung des Krokodil-Clubs ersetzte, mit 161 Ja-Stimmen bei 24 Gegenstimmen und 12 Enthaltungen beschlossen:

- sich verstärkt dafür einzusetzen, der Europäischen Union neuen Schwung zu verleihen,
- in der zweiten Hälfte der Wahlperiode des Europäischen Parlaments einen ständigen Institutionellen Ausschuss einzurichten, der sich mit der Änderung der bestehenden Verträge befasst,
- den Institutionellen Unterausschuss aufzufordern, dem Parlament Vorschläge für eine genaue Abgrenzung der Zuständigkeiten vorzulegen.

Mit Fragen institutioneller Art soll sich demnach ein neuer ständiger Ausschuss befassen, dessen Aufgabe es ist, den Mitgliedstaaten Vorschläge zu unterbreiten, wie die Gemeinschaftsintegration spürbar vorangetrieben werden kann. Die in den Verträgen vorgesehenen Begrenzungen sind dabei nicht mehr als unüberwindliche Hindernisse zu betrachten. Vielmehr ist ihre Überarbeitung als wichtiger Fortschritt anzusehen, ohne den die für 1984 vorgesehene erneute Direktwahl

a Benannt nach einem der besten Restaurants in Straßburg, in dem die Mitglieder die Gründung ihrer kleinen Gruppe beschlossen.

des Europäischen Parlaments einen Großteil ihrer Bedeutung verlieren würde.

Zwischenzeitlich können die vom Politischen Ausschuss vorgelegten Berichte, die auf den Arbeiten des Institutionellen Unterausschusses beruhen, zur Verbesserung der Beziehungen zwischen den Organen der Gemeinschaft beitragen. Fünf der Berichte wurden im Juli 1981 angenommen: die Berichte Hänsch^a, van Miert^b, Diligent^c, Baduel Glorioso^d sowie Lady Elles^e.

Die Mitglieder der EVP-Fraktion leisten zu dieser Berichtreihe einen erheblichen Beitrag. Der Bericht von André Diligent wurde mit 127 Ja-Stimmen bei 20 Gegenstimmen angenommen. Darin wird gefordert, dass zwischen dem Europäischen Parlament und den einzelstaatlichen Parlamenten regelmäßige und organische Beziehungen aufgenommen werden. Neue Informationskanäle sollen erschlossen und ein gegenseitiger Austausch organisiert werden. Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments sollten die Möglichkeit haben, sich ohne Stimmrecht an der Arbeit der Ausschüsse in den einzelstaatlichen Parlamenten zu beteiligen. Auch zwei weitere Berichte von Mitgliedern der EVP wurden im Institutionellen Unterausschuss diskutiert: der Bericht von Erik Blumenfeld, der sich mit der Rolle des Europäischen Parlaments bei der Aushandlung der Beitrittsverträge und der anderen Verträge und Vereinbarungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Drittländern beschäftigt, und der Bericht von Dario Antoniozzi über die Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und dem Europäischen Rat.

Von der Genscher-Colombo-Initiative (November 1981) zum Entwurf eines Vertrags über die Europäische Union des Europäischen Parlaments (Februar 1984)

Am 9. Juli 1981 wird schließlich der neue Institutionelle Ausschuss eingerichtet und dem Vorsitz von Altiero Spinelli unterstellt. Ihm gehören elf Mitglieder der EVP-Fraktion an. Das Klima in Europa ist zu dem Zeitpunkt, an dem der Ausschuss seine Tätigkeit aufnimmt, von

a Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und dem Rat.

b Initiativrecht und Rolle des Europäischen Parlaments bei der Rechtsetzungsbefugnis der Gemeinschaft.

c Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und den einzelstaatlichen Parlamenten.

d Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und dem Wirtschafts- und Sozialausschuss.

e Die Europäische Politische Zusammenarbeit und die Rolle des Europäischen Parlaments.

wiederholten Haushaltskrisen und einer gewissen Ratlosigkeit der Regierungen angesichts der wachsenden Skepsis der Öffentlichkeit gegenüber dem europäischen Aufbauwerk geprägt. Hier gilt es, Initiative zu zeigen.

Immer stärker kommt der Wunsch auf, die politische Blockade durch eine Verfassungsreform aufzuheben. Am 6. Januar 1981 startet Hans-Dietrich Genscher (FDP), Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, beim Dreikönigstreffen seiner Partei in Stuttgart einen Appell, den sein italienischer Amtskollege Emilio Colombo in seiner Rede am 28. Januar 1981 in Florenz beim 8. Kongress des Rates der Gemeinden und Regionen Europas aufnimmt.

Am 6. November legen die Regierungen Deutschlands und Italiens ihren Partnern einen Plan in Form eines Entwurfs für eine Europäische Akte vor.¹⁹¹ Ihren Vorstellungen zufolge soll die Rolle des Europäischen Rates institutionalisiert und gestärkt werden, und bei den Befugnissen des Ministerrats wird eine deutlichere Darlegung angestrebt. Der deutsch-italienische Plan stellt den Luxemburger Kompromiss nicht infrage, sieht jedoch vor, dass sich die Mitglieder des Ministerrats eher der Stimme enthalten sollen, statt ihr Veto-Recht zu nutzen. Vor allem aber wird dem Europäischen Parlament eine „zentrale Bedeutung“ zugesprochen, „*der seine Mitwirkungsrechte und Kontrollfunktionen entsprechen müssen*“¹⁹². Diese Neuerung ist von großer Tragweite, da das Parlament jetzt über „*alle Gegenstände der Europäischen Gemeinschaft*“ beraten kann, gegenüber dem Ministerrat eine Kontrollfunktion erhält (über eine halbjährliche Berichterstattung des Rates an die Abgeordneten sowie mündliche Anfragen), an der Amtseinsetzung der Kommission und dem Konzertierungsverfahren beteiligt und zu den Verhandlungen über völkerrechtliche Verträge konsultiert und informiert wird. Ferner wird den Entschlüssen des Parlaments zu Menschenrechten eine besondere Legitimation zugesprochen, und ferner sollen die Kontakte zwischen dem Europäischen Parlament und den einzelstaatlichen Parlamenten sollen weiterentwickelt werden.

Das Europäische Parlament berät über den Genscher-Colombo-Plan auf der Plenarsitzung am 19. November 1981. Die beiden Minister fordern explizit die Unterstützung des Parlaments, da diesem nach der Überzeugung der Verfasser der Europäischen Akte „*bei der Entwicklung zur Europäischen Union eine zentrale Rolle zukommt*“¹⁹³.

Emilio Colombo, der im Namen des Rates das Wort ergreift, erinnert freudig daran, dass er bis April 1980 selbst Mitglied der EVP-Fraktion und Vorsitzender des Politischen Ausschusses war. Er beginnt seine Rede mit der kurzen und symbolhaften Einleitung „*Frau Präsidentin,*

*sehr verehrte (...) Kollegen!*¹⁹⁴. Im weiteren Verlauf seiner Rede führt er aus: *„Das Europäische Parlament tritt dabei kraft des ihm vom Volk verliehenen Mandats auf. Wir meinen, daß das Parlament berechtigt und instande ist, eine Mittelpunktfunktion bei der Förderung dieses Unternehmens zu übernehmen. Bei der Entwicklung des Projekts trugen wir den Anregungen des Parlaments sehr wohl Rechnung; die Breite der im Projekt einer Europäischen Akte vorgeschlagenen Maßnahmen“* für dieses gemeinsame Werk *„legt davon Zeugnis ab“*¹⁹⁵.

Kurz darauf ergreift Leo Tindemans im Namen der Fraktion das Wort. Auf die verheißungsvollen Vorschläge der beiden Minister antwortet er mit einem *„Ja, aber: Ja zu Ihren Vorschlägen, aber unter der Voraussetzung, daß dieses Europa zu einem starken, wirklich vereinten Europa wird“*¹⁹⁶.

Leo Tindemans bemängelt zunächst das Vetorecht des Ministerrats, das auch in dem Entwurf beibehalten wird, obwohl gleichzeitig darauf verwiesen wird, dass es auch Nachteile mit sich bringt und *„in der Praxis zur Immobilität“* führt.

Schließlich erklärt er, dass die Europäische Akte allein dem Parlament keine Befugnisse übertragen kann, da es sich bei ihr nicht um einen Rechtsakt handelt: *„Wir müssen folglich früher oder später zu einer Überprüfung der Verträge kommen“*. Dies ist allerdings beim gegenwärtigen Stand des Plans nicht mehr vor den Wahlen im Jahr 1984 vorstellbar: *„Bei den Wahlen 1984 müssen wir den Wählern deutlich machen können, daß dieses Parlament alles darangesetzt hat, um die Interessen der Völker Europas so gut wie möglich zu verteidigen, auch im Hinblick auf die Zukunft. Wenn Sie sagen, daß die Akte erst nach fünf Jahren geändert werden kann, dann sind wir eigentlich nicht mehr damit einverstanden (...)“*¹⁹⁷.

Bei der Vorlage seines Zwischenberichts über den Entwurf einer Europäischen Akte¹⁹⁸ ein Jahr nach der Aussprache vom November 1981 erklärt Lambert Croux, das Parlament unterstütze die Genscher-Colombo-Initiative zwar, es werde aber *„auch darüber wachen, wie der Rat und die Regierungen ihrerseits diese dringende Aufgabe (...) im weiteren Verlauf behandeln werden“*¹⁹⁹.

Die Unterstützung des Europäischen Parlaments für das deutsch-italienische Projekt hat allerdings beim Rat von Stuttgart vom 17. bis 19. Juni 1983 keine wirklichen Folgen. Der Europäische Rat nimmt die Europäische Akte in Form einer Feierlichen Erklärung zur Europäischen Union an, die rechtlich nicht verbindlich ist. Die Durchführungsbestimmungen sind wenig ambitioniert, und der Luxemburger Kompromiss wird zwar durch das Bemühen um Einstimmigkeit eingeschränkt, jedoch nicht wirklich infrage gestellt.

Inzwischen nimmt das Parlament am 6. Juli 1982 eine Entschlie-ßung über die Leitlinien für die Institutionelle Reform an und beauftragt den Institutionellen Ausschuss mit der Abfassung eines Berichts, woraufhin der Entwurf Spinelli entsteht. Die EVP-Fraktion stimmt als einzige Fraktion im Parlament geschlossen dafür.²⁰⁰

Die Fraktion begrüßt den Vorentwurf des Parlaments, da er ihren pro-europäischen Vorstellungen entspricht.^a Auf diese Weise kann die Fraktion zudem ihrer Auffassung hinsichtlich des Zusammenwirkens der Gesellschaft und ihrer Werte Ausdruck verleihen. *„[D]as Bild vom Staat als freiheitlich-rechtlicher parlamentarischer Demokratie [ist] im Verlauf der Aufklärung entstanden. Das ist das gemeinsame Erbe, das Europa und die USA verbindet. Die Basis dieser Wertvorstellung war und ist die Grundüberzeugung, daß jeder Mensch unverletzlich und unveräußerliche Rechte hat“*²⁰¹, erklärt Gero Pfennig, Ko-Berichterstatter der EVP, bei der Aussprache am 13. September 1983.^b

Paolo Barbi erklärt mit Überzeugung und Begeisterung, dass die Fraktion *„dem Antrag des Institutionellen Ausschusses nach langer und eingehender Prüfung einmütig zustimmen wird“*²⁰².

Als den Abgeordneten des Europäischen Parlaments am 14. Februar 1984 die Entschlie-ßung zum Vertrag zur Gründung der Europäischen Union zur Aussprache vorliegt, wird diese von der EVP-Fraktion mit umfassender Zustimmung angenommen. Die Christlich-demokratischen Abgeordneten sehen sich als die Erben der gewichtigen Entwürfe, die in der Vergangenheit vorgelegt wurden, und sind bereit, das

a Neben dem Berichterstatter und Koordinator M. Altiero Spinelli benennt der Institutionelle Ausschuss sechs Ko-Berichterstatter: Karel de Gucht (Belgien – Liberale), Jacques Moreau (Frankreich – Sozialisten), Gero Pfennig (Deutschland – Europäische Volkspartei), Derek Prag (Großbritannien – Europäische Demokraten), Hans-Joachim Seeler (Deutschland – Sozialisten) und Ortensio Zecchino (Italien – Europäische Volkspartei).

b Am gleichen Tag legen zwei eifrige Verfassungsexperten der Fraktion, Rudolf Lüster und Gero Pfennig, unterstützt von dem Juristen des stellvertretenden Generalsekretärs, Friedrich Fugmann, dem Vorstand des Institutionellen Ausschusses den Entwurf einer Verfassung für einen Bundesstaat vor. Mit diesem Entwurf soll ausdrücklich nicht die Initiative des Parlaments hintertrieben, sondern ein Beitrag zur Debatte über die Reform der Verträge geleistet werden. Das Dokument beschreibt klar das Ziel dieses Bundesstaats, der an Föderalverfassungen wie Kanada angelehnt ist und von der derzeitigen institutionellen Gemeinschaftsarchitektur abrückt. Die Befugnisse des Bundesstaats erstrecken sich von der Verteidigung der Außengrenzen bis zur Bekämpfung von Kriminalität und beinhalten zudem Entwicklungshilfe, Währungspolitik sowie Umwelt- und Verbraucherschutz. Der Unionspräsident wird in alphabetischer Reihenfolge unter den Staatschefs der Mitgliedstaaten bestimmt. Das Parlament wählt einen Präsidenten des Rates der Union, der dem Unionspräsidenten die Ernennung von Ministern vorschlägt. Zudem kann das Parlament ein konstruktives Misstrauensvotum gegenüber dem Präsidenten des Rates der Union aussprechen. Der Sitz der Organe, den das Parlament bestimmt, wird zum Bundesgebiet erklärt. Die Union verfügt über Finanzhoheit und trägt Verantwortung auch im Bereich Verteidigung.

Projekt auch außerhalb des Parlaments zu fördern, wie Flaminio Piccoli erklärt: *„1975 sah Bertrand die Verwirklichung der Europäischen Union bis zum Jahr 1980 voraus; 1977 forderte Scelba zur Stärkung der Rechte der europäischen Bürger auf, um damit eine einheitliche europäische Gesellschaftsstruktur als wesentliche Voraussetzung für die Konsolidierung der Gemeinschaft zu schaffen; der verstorbene Gonella griff während der jetzigen ersten Wahlperiode des direktgewählten Europäischen Parlaments diese These erneut auf und mit dem Genscher-Colombo-Plan – der inzwischen blockiert wurde – war zu dem Thema der Schaffung einer Union ein neuer Vorschlag unterbreitet worden. Diese Initiativen zeigen das auf das Ziel der Europäischen Union ausgerichtete Bemühen der Christdemokraten. Aus diesem Grunde sagen wir mit Überzeugung Ja zu dem Vorschlag eines neuen Vertrags. (...) Wir werden als europäische Christdemokraten die Initiative übernehmen, die nationalen Parlamente und Regierungen dazu aufzufordern, daß jeder sich entsprechend seinen Verantwortungen um die Ratifizierung des Vertragsentwurfs bemüht, in dem Bewußtsein, daß nur die die europäischen Bevölkerungen vertretenden Institutionen in der Lage sind, jene Entscheidungen für die Schaffung einer Union zu treffen, die bei den schwierigen und mühsamen Verhandlungen zwischen den nationalen Bürokratien nicht möglich sind.“*²⁰³

Die Entschließung des Europäischen Parlaments zum Vorentwurf des Vertrags zur Gründung der Europäischen Union findet jedoch nicht das gewünschte Echo bei den einzelstaatlichen Parlamenten, mit Ausnahme des italienischen Parlaments, dem Altiero Spinelli angehörte. Der Entwurf Spinelli steht bei den zweiten allgemeinen und direkten Wahlen zum Europäischen Parlament nicht im Mittelpunkt.

Am 24. Mai 1984 erklärt François Mitterrand, Präsident der Französischen Republik und amtierender Präsident des Europäischen Rates, trotz allem seine Unterstützung für den Entwurf eines Vertrags über die Europäische Union und schlägt dem Europäischen Parlament vor, diesbezügliche Gespräche aufzunehmen.

Kapitel XVII
**AUF DEM WEG ZUR VOLLEN
ANERKENNUNG DES EUROPÄISCHEN
PARLAMENTS ALS ZWEIG
DER HAUSHALTSBEHÖRDE
(1979-1984)**

Das Europäische Parlament war zwar faktisch bereits seit 1975 als Teil des Haushaltsverfahrens anerkannt, diese Rolle erhält aber mit der Einführung der allgemeinen und direkten Wahl neuen Auftrieb. Die Abgeordneten, die jetzt gegenüber dem Rat und der Kommission demokratisch legitimiert sind, wollen nun all ihre Befugnisse nutzen, um sich gegenüber dem Rat zu behaupten. Der Haushaltskampf, über den es dem Parlament in den 1970er Jahren gelang, seine Vorrechte besser durchzusetzen, gewinnt an Intensität und findet erst Ende der 1980er Jahre ein Ende. Neben anderen Mitgliedern des Haushaltsausschusses machen sich Heinrich Aigner, Harry Notenboom, Horst Langes, Konrad Schön, Pietro Adonnino und Paolo Barbi konsequent und erfolgreich für den Einfluss des Haushaltsausschusses stark.

Der Haushalt ist für die EVP-Fraktion somit zu einem Mittel für den Aufbau Europas geworden.

Im Verfahren zur Festlegung des Haushaltsplans werden Parlament und Rat gleichberechtigt in einer Folge von Lesungen tätig, die einen Dialog ergeben und den Rhythmus der Debatten im Parlament bestimmen, wobei gelegentlich auch die Kommission ihre Stimme erhebt.

Zu Beginn der 1980er Jahre finden zwischen den beiden Teilen der Haushaltsbehörde lebhaftere Verhandlungen statt, was insbesondere mit der besonderen wirtschaftlichen Situation zusammenhängt, in der sich Europa im Gefolge der beiden Ölpreisschocks befindet. Angesichts zunehmender Arbeitslosigkeit, einer starken Inflation sowie einer Rezession, die sich in den Schlüsselindustrien der Volkswirtschaften bemerkbar macht, sind für einige Mitgliedstaaten die Vorteile einer gemeinschaftlichen Nutzung der Ressourcen und einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik nicht klar erkennbar. Großbritannien, und in geringerem Maße auch Deutschland, sind der Auffassung, dass ihre Beiträge den Mittelrückfluss der Gemeinschaft übersteigen, und

fordern eine Entschädigung. Diese Idee des „angemessenen Mittelrückflusses“ bringt die Zukunft des europäischen Aufbauwerks in ernsthafte Gefahr.

Das Parlament positioniert sich angesichts dieser gemeinschaftsfeindlichen Haltung als Verteidiger europäischer Interessen. Es bestimmt eindringlich die relevanten Themen der Debatte: Ist die Finanzierung der Gemeinschaftspolitiken gesichert, wenn der in jedem Mitgliedstaat einbehaltene Anteil der Mehrwertsteuer in Höhe von 1 Prozent nicht tatsächlich der Gemeinschaft zufließt und wenn zudem die Eigenmittel insgesamt nicht ausreichen? Wie lassen sich neue Politiken zur Verbesserung der Wirtschaftsleistung der Gemeinschaft entwickeln, wenn die obligatorischen Ausgaben – das heißt Ausgaben, die sich aus den Verpflichtungen der Verträge ergeben – und allgemein die Ausgaben in Zusammenhang mit der Gemeinsamen Agrarpolitik mehr als die Hälfte des Gemeinschaftshaushalts ausmachen? Wie kann zwischen den Mitgliedern der Europäischen Gemeinschaft eine Solidarität der Tat entstehen, wenn einige Staaten den Gemeinschaftshaushalt als Erweiterung ihres eigenen Haushalts betrachten, oder, schlimmer noch, aufgrund ihrer tatsächlichen oder empfundenen wirtschaftlichen Lage eine Entschädigung verlangen?

Die Ablehnung des Haushaltsplans 1980: Die „erste Nagelprobe“ für das gewählte Parlament

Die im Juli 1979 eingeleitete Aussprache über den von der Kommission vorgelegten Vorentwurf des Haushaltsplans 1980 stellt für die Abgeordneten der EVP-Fraktion eine gewisse Genugtuung dar. Mit dem Ziel, den Gemeinschaftshaushalt zugunsten der Strukturmaßnahmen wieder ins Gleichgewicht zu bringen, ist die Kommission sogar bereit, die Agrarausgaben zu senken.

Bei der Aussprache am 27. und 28. September, nach der ersten Lesung des Rates, ändert sich der Ton jedoch grundlegend. Der den Abgeordneten vorgelegte Entwurf des Haushaltsplans wurde um zahlreiche Ausgaben beschnitten, vor allem im Bereich der Strukturmaßnahmen. Diese nichtobligatorischen Ausgaben – zu denen gemäß dem Haushaltsverfahren das Parlament das letzte Wort hat – werden in die Gemeinsame Agrarpolitik überführt, deren chronische Finanzierungsschwierigkeiten bereits seit einigen Jahren den Gemeinschaftshaushalt zu ersticken drohen.

Die Abgeordneten der EVP-Fraktion weisen auf verschiedene Themen hin, mit denen sie nicht einverstanden sind: die Energiepolitik, die die Ausschussvorsitzende Hanna Walz vehement verteidigt, die

zudem das Plenum auffordert, für die Abänderungen zu stimmen, die von ihrem Ausschuss eingereicht wurden; die Sozialpolitik von John Joseph McCartin, der *„bedauert, daß die Mittel für die europäische Sozialpolitik nur 6 % des Gesamthaushalts ausmachen.“*

Da zum Haushalt offenbar kein Konsens erzielt werden kann, sprechen sich die Fraktionsmitglieder einstimmig (mit Ausnahme von 6 französischen Mitgliedern) für die Ablehnung des Haushaltsplans aus. Der Fraktionsvorsitzende Egon Klepsch begründet die Position der EVP mit der wenig versöhnlichen Haltung des Rates in den Verhandlungen. Für ihn bedeutet die Ablehnung des Haushaltsplans dennoch *„keine Krise der Institutionen, sondern lediglich, dass von einem im Vertrag verankerten Recht Gebrauch gemacht werde. Eine Stimme für den Haushaltsplan wäre gleichzeitig eine Stimme für die Stagnation der Gemeinschaft gewesen“*.

Am 11. Dezember 1979, nach einer zweiten, ebenso wenig überzeugend verlaufenen Lesung des Rates, begründen die Sprecher der Fraktionen des Europäischen Parlaments, die kurz davor sind, den Vorentwurf des Haushaltsplans einvernehmlich abzulehnen, ihren Standpunkt. Egon Klepsch erklärt: *„Die überzeugende Begründung und die Rechtfertigung dafür, 180 Millionen Europäer an die Wahlurnen zu bitten, besteht ganz sicher darin, daß man von diesem direkt gewählten Europäischen Parlament eine schärfere, zielgenauere Bestimmung des europäischen Gemeinwohls erbitten kann, wenn man sich schon, wie es ja vielerorts getan wird, stark gegen eine Befugnisserweiterung dieses Hauses wendet. Bei der Beschlußfassung über den Haushalt erleben nicht nur das Europäische Parlament, sondern auch die anderen Institutionen – ob sie es vergessen haben oder nicht – die erste Nagelprobe nach dieser Entscheidung der europäischen Bürger (...).“*²⁰⁴ Egon Klepsch nennt die Aspekte, die im Vorentwurf des Haushaltsplans zu fehlen scheinen, und erklärt, dass seine Fraktion für die Ablehnung des Entwurfs stimmen werde. Am 13. Dezember 1979 lehnt schließlich das gesamte Europäische Parlament mit 288 Stimmen bei 64 Gegenstimmen und 1 Enthaltung den Haushalt für das Jahr 1980 ab.

Die Ratstagung von Luxemburg am 27. und 28. April 1980 gerät zum Misserfolg. Die Briten verlangen eine Senkung ihres Beitrags, da sie nur einen geringen Anteil an der GAP hätten.

Ein Ausweg aus der Situation zeichnet sich jedoch ziemlich bald ab, als der Ministerrat am 30. Mai 1980 eine Einigung über den britischen Beitrag und die Festlegung der Agrarpreise erzielt. Unter Mitwirkung von Heinrich Aigner und Harry Notenboom setzt eine Konzertierungsphase zwischen dem Rat und dem Parlament ein, bis der Rat am 20. Juni einen neuen Entwurf für den Haushaltsplan vorlegt. Schließlich finden

am 26. und 27. Juni endlich die Verhandlungen und die Abstimmung über den Haushaltsplan für 1980 statt. Paolo Barbi erklärt letztendlich die Unterstützung seiner Fraktion und zeigt sich mit Blick auf die Zukunft offensiv. Er glaubt, *„daß wir aus diesem langwierigen, bitteren und für uns Mitglieder des Haushaltsausschusses mühsamen Haushaltsverfahren 1980 zwei Lehren ziehen müssen. Die erste besteht darin, daß wir uns auf den Weg einer wesentlichen und umfassenden institutionellen Änderung begeben müssen, durch die sich Europa auf eine größere politische Einheit zuentwickelt und durch die sich die ernstesten Nachteile der zweifachen Haushaltsbehörde beseitigen lassen. (...) [N]atürlich [müssen] die Befugnisse des Parlaments gestärkt und seine Möglichkeiten erweitert werden, das letzte Wort zu sagen, auf haushaltspolitischem Gebiet die endgültigen Entscheidungen zu treffen, so daß den politischen Zielsetzungen und Entscheidungen, die sonst leere Worte blieben, eine finanziell greifbare Gestalt gegeben werden kann (...). Die zweite Lehre (...) besteht darin, daß umgehend dafür gesorgt werden muß, die finanziellen Möglichkeiten der Gemeinschaft zu vergrößern.“*²⁰⁵ Nachdem der Rat die Änderungen der Abgeordneten akzeptiert hat, erklärt der Präsident des Europäischen Parlaments am 9. Juli schließlich die Feststellung des Haushaltsplans für 1980.

Die „Adonnino-Doktrin“ (1981): Der Haushaltsplan ist ein politisches Mittel, nicht nur ein buchhalterisches Dokument

Am 10. Juli 1980 legt die Europäische Kommission dem Parlament ihren Vorentwurf des Haushaltsplans 1981 vor. Die Fraktionen sind jedoch vorsichtig geworden und geben erst nach Vorlage des Haushaltsentwurfs durch den Rat bei der Plenarsitzung am 14. Oktober 1980 eine Stellungnahme ab.²⁰⁶

Erneut stößt der Vorentwurf des Haushaltsplans nicht auf einhellige Zustimmung unter den Abgeordneten. Der zum Berichterstatter ernannte Pietro Adonnino meldet sich zu Wort und kritisiert, dass der Haushaltsplan eher als buchhalterisches Dokument und weniger als Mittel der Politik betrachtet wird, und fragt zudem nach der *„rechtlich-politische[n] Rolle, die dem Haushaltsplan zugedacht werden soll“*²⁰⁷. Nach Ansicht des Berichterstatters betrachtet der Rat *„den Haushaltsplan immer noch als ein buchhalterisches Dokument zur Registrierung von Beschlüssen, die anderweitig gefaßt wurden und die anschließend nur im technischen Sinne in dieses Dokument aufgenommen werden, insofern diesem eben die Bedeutung einer Genehmigung zur Durchführung dieser Beschlüsse zukommt.“*²⁰⁸

Der Fraktionssprecher Konrad Schön bringt ebenfalls seine Enttäuschung zum Ausdruck. Zum einen seien die nichtobligatorischen Ausgaben massiv zusammengestrichen worden, obwohl diese für das Parlament ein wesentliches Handlungsinstrument darstellen. Zum anderen finde die EVP-Fraktion drei ihr wichtige Prioritäten in dem Entwurf des Haushaltsplans nicht wieder: die Energiepolitik, die Industriepolitik im Zusammenhang mit der Sozialpolitik sowie den Kampf gegen den Hunger in der Welt. Schließlich werden die Ausgaben bezüglich der Agrarpolitik als nicht ausreichend eingeschätzt.²⁰⁹

Am 3. November 1980 legt Pietro Adonnino seinen endgültigen Bericht vor. Zum Schluss seines Redebeitrags entwickelt er eine wahre „Haushaltsdoktrin“, in der er der Vision, die wir von der Rolle des Haushaltsplans haben können, die höchstmögliche Bedeutung bei der europäischen Integration zuspricht: *„Dem Parlament, einem direkt gewählten Parlament, kommt in diesem Zusammenhang die besondere Aufgabe zu, eine Konzeption zu definieren, die es erlaubt, diese Vorstellung von einem Europa der Vaterländer, einem Europa als permanentem Kompromiß zwischen verschiedenen Interessen, als Gleichgewicht der Kräfte zu überwinden; diese Vorstellung muß überwunden werden zugunsten der Idee von einem Europa, dessen Politiken und gemeinschaftliche Maßnahmen – ich betone gemeinschaftlich, so wie es im Vertrag von Rom vorgesehen ist – dazu beitragen, die Unterschiede zu verringern, die gemeinsamen Punkte zu stärken und zu unterstreichen, Konjunkturprobleme zu überwinden und insbesondere die allmähliche und ausgewogene Entwicklung zu fördern; kurz und gut, um die wesentlichen Voraussetzungen zu schaffen, die es dann unserer Gemeinschaft ermöglichen, sich einheitlich zu den großen internationalen Problemen der Gegenwart zu äußern – was wir eigentlich wollen und was durch die verschiedenen politischen Kooperationsbemühungen angestrebt wird – und die grundlegende Rolle zu spielen, die ihm als einem Gremium gegenüber all jenen zukommt, die in diesem historischen Zeitraum diese Herausforderung annehmen. Und all das, Kollegen, ist auch beim Haushaltsplan der Fall.“*

Nicht weniger als 610 Änderungsanträge werden am 6. November zur Abstimmung gestellt, um den Haushaltsplan den Wünschen des Parlaments anzupassen. Entsprechend den Vorstellungen der Abgeordneten werden die Zahlungsermächtigungen um mehr als 332 Millionen ERE^a und die Verpflichtungsermächtigungen um mehr als 554 Millionen ERE aufgestockt. Als der ehrgeizige Entwurf des Parlaments für den Haushaltsplan 1981 dem Rat zur zweiten Lesung vorge-

a Europäische Rechnungseinheit.

legt wird, wird er von diesem jedoch stark beschnitten, während gleichzeitig der Zusatzhaushalt für 1980, über den ebenfalls noch beraten wird, erhöht wird.

Am 18. Dezember stimmt das Parlament über den Haushalt für das Jahr 1981 und über den Zusatzhaushalt des Jahres 1980 ab, einschließlich der Änderungen hinsichtlich einer deutlichen Aufstockung ihrer Ermächtigungen. Als der Rat über diese Entscheidung informiert wird, teilt er dem Präsidenten des Parlaments am 23. Dezember mit, dass er bezüglich der Änderungen am Zusatzhaushalt 1980 noch zu keinem Beschluss gekommen ist. Der Präsident des Europäischen Parlaments kann gemäß den Bestimmungen des Haushaltsverfahrens davon ausgehen, dass der Rat sich nicht innerhalb der entsprechenden Fristen geäußert hat, und stellt die beiden Haushaltspläne fest.

Die EVP-Fraktion begrüßt diese unerwartete aber rechtmäßige Annahme des Haushaltsplans 1981: *„Die Entscheidung war richtig. Sie wird von der Fraktion der EVP (Christlich-demokratische Fraktion) getragen“*, erklärt der Vorsitzende Egon Klepsch. *„(...) Die Haushaltsentscheidungen des Parlaments bedeuten einen Schritt nach vorn. Sie manifestieren die Handlungsfähigkeit des Parlaments, das damit weise und maßvoll entschied (...). Die Fraktion der EVP ist überzeugt davon, daß das Parlament politisch und korrekt handelte. Es bewies damit europäische Solidarität (...). Die Europäische Gemeinschaft wird wie bisher nur durch politische Entscheidungen voranschreiten. Unsere Wähler, die Bürger Europas, sollen wissen, daß wir uns allen Versuchen widersetzen, diesen Fortschritt durch Rückschritte in nationale und juristische Einzelpositionen zu bremsen.“*²¹⁰

Auf dem Weg zur Lösung der Haushaltskrisen (1981-1984)

Am 15. September 1981 legt der Rat den Entwurf des Haushaltsplans für das Jahr 1982 vor. Der Sprecher der EVP-Fraktion, Harry Notenboom, bezeichnet die Vorschläge als schwach und zögert auch nicht, zu bekräftigen, dass *„dieser Haushalt (...) schlicht und einfach einen Rückschritt darstellt“*²¹¹.

Das dauerhafte Streitthema zwischen den drei Organen, die Aufteilung zwischen obligatorischen und nichtobligatorischen Ausgaben, kommt erneut auf. Das Parlament ist der Auffassung, dass eine von ihm als nichtobligatorisch angesehene Ausgabe eindeutig in diese Kategorie fällt²¹². Der Rat hat zwar Zweifel hinsichtlich des Handlungsspielraums des Parlaments, gibt aber keine Stellungnahme ab, und der Haushalt wird in dieser Form vom Parlamentspräsidenten festgestellt.

Diese drei von Haushaltskrisen geprägten Jahre hinterlassen ihre Spuren bei den Beteiligten. Die EVP-Fraktion ruft zu einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen den drei Organen auf: *„Ich hoffe von Herzen, daß es uns gelingt, zusammen mit der Kommission und vor allem mit dem Rat im Dezember einen Haushaltsplan [für 1982] festzustellen. Wir werden dies nicht um jeden Preis tun, nur um einen Haushaltsplan zu haben. Wir möchten einen Haushaltsplan haben, denn wir haben die Nachteile der vorläufigen Zwölfstel kennen gelernt.“*²¹³

Im ersten Halbjahr des Jahres 1982 hat die belgische Ratspräsidentschaft die Aufgabe, die Voraussetzungen für eine Einigung zu finden, um den Dialog zwischen den drei Zweigen der Haushaltsbehörde zu erleichtern. Leo Tindemans, der Außenminister des Königreichs Belgien und somit Ratspräsident, und gleichzeitig Vorsitzender der Europäischen Volkspartei, bringt seine gesamte Intelligenz und seine diplomatischen Talente auf, damit am 30. Juni 1982 eine gemeinsame Erklärung verabschiedet werden kann.²¹⁴ Dabei geht es vor allem darum, Diskussionen zwischen den Organen während des Verfahrens zu vermeiden, die zu einer Verzögerung der Annahme des Haushaltsplans führen, und den offenen Konflikten zwischen dem Rat und dem Parlament ein Ende zu setzen²¹⁵. Gegenstand dieser Erklärung sind außerdem die Frage der derzeitigen und künftigen Verteilung der obligatorischen und nichtobligatorischen Ausgaben, die Bestimmung des Handlungsspielraums des Parlaments, die Begründung eines Kompromisses in der Frage der in den Grundverordnungen vorgesehenen Obergrenzen, die vom Parlament geforderte Festlegung einer Rechtsgrundlage für Mittelbindungen und schließlich die Stärkung des Zusammenarbeitsverfahrens zwischen den Institutionen.

Der den Abgeordneten bei der Plenarsitzung am 26. Oktober 1982 zur ersten Lesung vorgelegte Entwurf des Haushaltsplans 1983 findet noch nicht deren Zustimmung.²¹⁶ Wiederum kann die EVP-Fraktion die Auffassung des Rates nicht akzeptieren, nach der *„der Gemeinschaftshaushalt unbedingt das gleiche Schicksal erleiden müsse“* wie die nationalen Haushalte²¹⁷. Konrad Schön greift diesen Standpunkt auf, da seiner Meinung nach der Haushalt nicht nur ein Ziel ist – in einer Periode der Sparsamkeit Einsparungen zu erzielen –, sondern vor allem ein politisches Mittel, das zur Lösung bestimmter wirtschaftlicher Probleme in Europa beitragen kann. Seiner Meinung nach ist der Gemeinschaftshaushalt immer noch zu *„bescheiden – ich sage immer zu meinen deutschen Besuchern hier im Haus: er ist ja nicht größer als der des deutschen Bundeslandes Nordrhein-Westfalen“*²¹⁸.

Bei der zweiten Lesung am 14. Dezember 1982²¹⁹ befassen sich die Abgeordneten erneut mit dem Handlungsspielraum des Parlaments.

Die EVP-Fraktion unterstreicht die Bedeutung des Haushaltsplans bei der Verwirklichung einer immer enger werdenden Gemeinschaft und erklärt durch Pietro Adonnino ihre Unterstützung für die Aufstockung um 137,5 Millionen ECU an Zahlungsermächtigungen und 176 Millionen ECU an Verpflichtungsermächtigungen. Das Europäische Parlament stellt den Haushaltsplan für 1983 entsprechend dem Handlungsspielraum, den es als rechtmäßig erachtet, fest.

Gleichzeitig mit der Abstimmung in zweiter Lesung über den Haushaltsplan für 1983 muss das Parlament auch über den Berichtigungs- und Nachtragshaushaltsplan (BNH) für 1982 diskutieren. Allein mit diesem kann die Frage des britischen Beitrags nicht geklärt werden, sondern er verkompliziert diese vielmehr noch, da bisher nur provisorisch angewandte Finanzinstrumente weiterbestehen sollen und das Vereinigte Königreich bei der Beitragserstattung einen Überhang von einer Milliarde ECU erhält.

Da der Haushaltsrat gegenüber den Bedingungen des Parlaments nur unzureichende Zugeständnisse macht, beschließt letzteres, den BNH für 1982 abzulehnen, und riskiert damit eine neue schwerwiegende Haushaltskrise. Das Nachspiel folgt zwei Monate später, als das Parlament beschließt, für den BNH für 1983 zu stimmen²²⁰, in den auch Aspekte des BNH für 1982²²¹ eingeflossen sind. Der Rat hat inzwischen einige Bedingungen der Parlamentarier erfüllt und sich darüber hinaus verpflichtet, von dieser Praxis der nachträglichen Entschädigung abzulassen.

Bei dem Entwurf des Haushaltsplans für 1984 treten die gleichen Probleme wie in den Jahren zuvor auf. Unter den Abgeordneten macht sich ein Gefühl der Ohnmacht breit, das durch das Scheitern der Regierungskonferenz in Athen im Dezember 1983 noch verstärkt wird.

Im Gegensatz zu den Sozialdemokraten, den europäischen Demokraten und einem Teil der britischen Labour-Abgeordneten, die den Haushaltsplan für 1984 ablehnen wollen²²², sträubt sich die EVP-Fraktion gegen derartig extreme Schritte²²³. Somit verabschiedet das Parlament trotz starkem Widerstand aus Großbritannien mit großer Mehrheit den Haushaltsplan für 1984 in der in erster Lesung geänderten Fassung. Die infolge der Aussprache am 15. Dezember 1983 angenommene Entschließung blockiert die Entschädigungen für Großbritannien und Deutschland und räumt dem Rat eine dreimonatige Frist zur Lösung der Krise ein. Das Parlament fordert vor allem eine Reform der GAP sowie die Berücksichtigung der Entscheidungen des Parlaments bei der künftigen Finanzierung der EWG. Am 21. Dezember 1983 stellt der Präsident des Parlaments den Haushalt in der in

zweiter Lesung geänderten Fassung fest und erlegt der Kommission und dem Rat die Verpflichtung auf, endlich Lösungen zu finden.

Die Verweigerung der Entlastung^a für den Haushaltsplan 1982: eine Verwarnung an die Kommission

Bei der Prüfung der Entlastung, die es der Kommission für das Haushaltsjahr 1982 erteilen soll, stellt das nach den Wahlen im Juni 1984 neu zusammengesetzte Europäische Parlament einige Missstände fest. Vor allem missfällt den Abgeordneten das Verhalten der Kommission: Diese verweigerte im Laufe des Jahres 1984 trotz dringender Aufforderung durch den Haushaltskontrollausschuss die Herausgabe bestimmter Dokumente, die sie als vertraulich bezeichnete. Die Kommission wiederum kritisierte ihre Haushaltskontrollstelle, den Europäischen Rechnungshof, der ihr die Bewilligung für die Ausführung des Haushaltsplans 1982 verweigerte. Darüber hinaus hat die Kommission die Forderungen des Parlaments, die britischen und deutschen Beiträge nicht zu erstatten, außer Acht gelassen. Schließlich wurden auch die Änderungsanträge, die das Parlament zum Haushaltsplan 1982 verabschiedet hatte, von der Kommission nicht ausgeführt.²²⁴

Der Ausschuss für Haushaltskontrolle sieht sich daher bei der Aussprache am 14. November 1984 gezwungen, die Mitglieder des Parlaments aufzufordern, der Kommission die Entlastung zu verweigern. Dies ist in zehnjähriger Praxis ein bisher einmaliges Ereignis. Der Vorsitzende des Haushaltskontrollausschusses, Heinrich Aigner, rechtfertigt die Haltung des Parlaments gegenüber der Kommission: *„Herr Präsident (der Kommission) Gaston Thorn, die Kritik des Ausschusses für Haushaltskontrolle an der Kommission richtet sich nicht gegen Ihre Person oder gegen einzelne Mitglieder, sondern gegen ihre Funktion als Institution. Ich glaube, fast alle Fraktionen haben in den Reden der letzten Jahre immer wieder gesagt, Hauptpunkt der Kritik sei, daß die Kommission ihre eigentliche Rolle als Motor, als Initiator der Weiterentwicklung der Gemeinschaft nicht mehr voll habe tragen können.“*²²⁵

Bald wird klar, dass diese dem Anschein nach technische Debatte eher politischer Natur ist und dass das Eingreifen des Parlaments nicht neutral erfolgen kann. Der Fraktionssprecher Konrad Schön begründet diese Position wie folgt: *„Parlamentarische Kontrolle – in welcher Form sie sich auch immer vollzieht – ist politische Kontrolle, und politische Kon-*

a Haushaltsentlastung: Zustimmung des Europäischen Parlaments zur Ausführung des Haushalts des vorangegangenen Jahres durch die Kommission.

trolle muß zu politischen Bewertungen führen! (...) [D]er Ausschuß für Haushaltskontrolle [ist] mehr als nur ein Rechnungsprüfungsausschuß, der am Ende eines Haushaltsvollzugs Zahlen prüft, sie vielleicht korrigiert, feststellt und dann ad acta legt. (...) Im Gegensatz [zur Kommission] wollen wir auch Politik machen, und Gott sei Dank brauchen wir dieses Recht nicht zu teilen!“²²⁶

Die Verweigerung der Entlastung ist ein Ausdruck tiefer Missbilligung des Parlaments gegenüber der Politik der Kommission, aber für die EVP-Fraktion muss sie nicht notwendigerweise eine Sanktion einschließen.²²⁷ Ganz im Gegenteil ist sie eher ein Mittel, mit dem die Rolle von Kommission und Parlament bestätigt wird. In diesem Sinn verteidigt Heinrich Aigner den Bericht des Ausschusses für Haushaltskontrolle, „*der in seiner Kritik die Gemeinschaft nicht zurückwirft, sondern der, wie ich hoffe, im Gegenteil die Gemeinschaft nach vorne treibt.*“ Weiter erklärt der deutsche Abgeordnete: „*Ziel unseres Berichts – auch wenn er sich in einer negativen Form darstellt – ist nicht die Schwächung, sondern die Stärkung der Kommission.*“²²⁸

Kapitel XVIII

DIE GEMEINSAME AGRARPOLITIK (GAP): DAS „HAUSHALTSFASS OHNE BODEN“²²⁹

Die EVP-Fraktion gerät durch die Gemeinsame Agrarpolitik in ein echtes Dilemma. Alle christdemokratischen Parteien haben enge Verbindungen zum ländlichen Raum und Verpflichtungen gegenüber dem Agrarsektor. Mit Blick auf die Wähler darf die EVP die landwirtschaftlichen Berufe nicht enttäuschen, weder die kleinen noch die großen Betriebe, weder die Landwirte im Süden noch die nördlichen Regionen. Zudem unterliegen die Positionen der Fraktion in den 1980er Jahren noch dem starken Einfluss dieser Wählerschaft. Dennoch muss die Fraktion einräumen, dass die Agrarausgaben einen dominanten Anteil am Haushalt der Gemeinschaft haben: fast 75 %, wovon den Großteil Marktstützungsausgaben ausmachen. Paradox an der Situation ist die Tatsache, dass diese Ausgaben zu den „obligatorischen Ausgaben“ gezählt werden, an denen das Parlament keine Änderungen vornehmen kann. Daher besteht die Haushaltsstrategie der Fraktion, wie bereits dargelegt, darin, politische Prioritäten in Richtung einer wirklichen Gemeinschaftsdynamik zu setzen. Ausdruck dieser Dynamik ist die Entwicklung von Zukunfts- und Solidaritätsmaßnahmen, die den nichtobligatorischen Ausgaben (NOA) zugerechnet werden. Die EVP-Fraktion steht vor der heiklen Frage, ob sie sich dafür einsetzen soll, den Rat zu einer Senkung der Agrarausgaben zu bewegen, und damit den Unwillen der ländlichen Wählerschaft auf sich zu ziehen, oder ob sie auf die neuen Maßnahmen verzichtet. Es gilt, die GAP zu reformieren und weniger kostenintensiv zu gestalten, ohne dabei ihre grundlegenden Prinzipien infrage zu stellen.

Das Bemühen um die Begrenzung der Ausgaben ist somit in der Wahlperiode 1979-1984 eines der wesentlichen Ziele der Fraktion, die damit hofft, *„der GAP den Ruf zu nehmen, ein Faß ohne Boden zu sein, das alle finanziellen Möglichkeiten zur Entwicklung anderer Politiken verhindert“*²³⁰.

Der Skandal um die Überschüsse

Die GAP, die in bestimmten Bereichen zum Opfer ihres eigenen Erfolgs geworden ist, löst damit eine der größten Kontroversen in der Geschichte der Gemeinschaft aus. Da das Ziel der GAP nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem in der Ernährungssicherheit bestand, hatte die Gemeinschaft ein System zur Unterstützung der Erzeuger entwickelt, mit dem eine rasche Zunahme der Erträge erreicht werden sollte. Dieses Ziel wurde weitgehend erreicht – womit die europäische Landwirtschaft jetzt allerdings vor einer neuen Herausforderung steht: Die Erträge reichen zwar im Moment aus, um die Agrarmärkte ausreichend zu versorgen, doch führt die kleinste Schwankung in Richtung eines steigenden Angebots zu unerwünschten Überschüssen.

Die Agrarüberschüsse sorgen für starke Spannungen zwischen den Mitgliedstaaten und erhitzen die öffentliche Debatte. Der Fraktionsprecher Isidor Früh äußert sich bereits bei den Studientagen der Fraktion in Den Haag im Jahr 1975 besorgt angesichts des Umstands, dass *„die im Agrarsektor erzielten Kompromisse zunehmend einer Addition von Wünschen gleichen, die den nationalen Interessen entsprechen“*²³¹. Die Bemühungen von Rat und Kommission, die negativen Folgen dieser Beschlüsse zu korrigieren, sind kaum von Erfolg gekrönt, da die eingeleiteten Initiativen zu häufig auf kurzfristige Ziele ausgerichtet sind. Der Berichterstatter leitet daraus ab, dass *„die große Palette der [von der Gemeinschaft] in kurzen Abständen eingeleiteten Maßnahmen [zum Ausgleich der Agrarmärkte], deren Auswirkungen sich zum Teil diametral gegenüberstehen, wenig Anlass zur Hoffnung auf die mittelfristige Entstehung eines fruchtbaren Ansatzes gibt. Mit kurzfristigen Maßnahmen erreichen wir keine Nivellierung der Produktionszyklen, sondern steigern die Überproduktion eher noch“*²³².

Die „Butterberge“ und „Milchseen“ beherrschen regelmäßig die Schlagzeilen. Die EVP-Fraktion zeigt sich über die Lage beunruhigt: *„Die Ziele des Artikels 39 der Römischen Verträge sind seit Bestehen der GAP in unterschiedlicher Intensität verwirklicht worden. Der Produktivitätsfortschritt erfolgte in solch einem starken Umfang, daß der Selbstversorgungsgrad in einigen Sektoren die 100-Prozent-Marke überschritten hat. Die Überschüsse und die daraus resultierenden Mehrausgaben für Interventionsmaßnahmen rücken die GAP immer mehr ins Kreuzfeuer der Kritik“*²³³.

Das Ziel der Fraktion besteht daher eindeutig in einem *„Abbau der Überschußproduktion in vertretbarem Ausmaß auf das Niveau einer angemessenen Nahrungsmittelbevorratung und einer verantwortungsbewußten Nahrungsmittelhilfe. Der Absatz tatsächlicher Agrarüberschüsse*

belastet den Haushalt und führt zu Spannungen mit den Handelspartnern auf dem Weltmarkt. Die EVP-Fraktion befürwortet die zeitlich begrenzte Beteiligung der Erzeuger am Absatz durch die Form einer progressiven Erzeugermitverantwortungsabgabe. Langfristig sind die Überschüsse durch Strukturmaßnahmen abzubauen“²³⁴.

Die sektorweise Verbesserung der Agrarpolitik

Als eine der ersten Handlungen verstärkt die EVP-Fraktion ihre Präsenz im Landwirtschaftsausschuss des Parlaments. Im Laufe der ersten Wahlperiode in allgemeiner unmittelbarer Wahl kann die Fraktion im Zuge der Umgestaltung der Zusammensetzung des Ausschusses die Zahl ihrer Mitglieder spürbar steigern. Stellt sie in der ersten Hälfte der Wahlperiode 10 ordentliche und 10 stellvertretende Mitglieder, so erhöht sich der Anteil der Christdemokraten im Landwirtschaftsausschuss in der zweiten Wahlperiode mit dem Eintritt von zusätzlich 3 ordentlichen und einem stellvertretenden Mitglied auf insgesamt 45 Mitglieder. Auch die christdemokratischen stellvertretenden Ausschussvorsitzenden werden in ihrer Funktion bestätigt: Die Wiederwahl von Isidor Früh sowie des Italieners Arnaldo Colleselli ist für die EVP-Fraktion Anlass zur Freude, wenn auch der Vorsitz des Ausschusses erneut knapp einem Mitglied der Fraktion Europäische Demokraten zufällt, der als der GAP nur wenig geneigt gilt²³⁵.

Aufgrund ihrer starken Präsenz kann die Fraktion intensiv an der Erstellung von Berichten des Parlaments zu speziellen Bereichen der GAP mitwirken. So ist Arnaldo Colleselli an der Ausarbeitung des Berichts zum Reissektor²³⁶ und zur gemeinsamen Marktorganisation für Weinbauerzeugnisse²³⁷ beteiligt; Joachim Dalsass wirkt am Bericht über den Saatgutsektor²³⁸ mit Giosuè Ligios am Bericht zur gemeinsamen Marktorganisation für Obst und Gemüse²³⁹; Alfredo Diana am Bericht zu den Organisationen der Olivenbauern²⁴⁰; Efstratios Papaefstratiou am Bericht über die Erzeugergemeinschaften und ihre Vereinigungen im Baumwollsektor²⁴¹; Reinhold Bocklet bei den Techniken für Zuchtschweine²⁴², dem Hopfensektor²⁴³ und der gemeinsamen Marktorganisation im Zuckersektor²⁴⁴.

Modernisierung der Landwirtschaft

Die zweite Strategie der Fraktion, die im Lauf der Wahlperiode 1979-1984 zunehmend an Bedeutung gewinnt, besteht in der Gemeinschaftstätigkeit zu den Agrarstrukturen.

„Mitglieder der CD-Fraktion haben schon frühzeitig auf die Notwendigkeit hingewiesen, den landwirtschaftlichen Strukturwandel im

*Gesamtrahmen der Schaffung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum zu sehen. Nur so kann sich der Strukturwandel in der Landwirtschaft auf freiwilliger Basis und ohne soziale Härten vollziehen“.*²⁴⁵ Mehrere Mitglieder der Fraktion verfassen Berichte zu dem Thema. Diese Berichte, die sich zuweilen vorrangig mit den Regionen befassen, legen die Vielfalt der europäischen Landwirtschaft und die hier auftretenden Probleme sowie die Antworten dar, die es darauf zu finden gilt.

Die Problematik der benachteiligten Regionen kommt in dem Bericht über die Beschleunigung der Agrarentwicklung in bestimmten Gebieten Griechenlands²⁴⁶ zur Sprache.

Mithilfe gezielt auf bestimmte Regionen ausgerichteter Strukturmaßnahmen sollen die Unterschiede zwischen den verschiedenen Agrargebieten in Europa, und insbesondere zwischen dem Mittelmeerraum und den nördlichen Regionen, ausgeglichen werden. Efstathios Papaefstratiou, Sprecher der Fraktion bei den Verhandlungen über den Bericht Kaloyannis, weist auf Folgendes hin: *„Diese Entwicklungsunterschiede erfordern den dringenden Einsatz der Gemeinschaft dafür, daß eine zweckdienliche Auseinandersetzung mit den Bedürfnissen und Problemen der benachteiligten Gebiete Griechenlands eingeleitet wird.“*²⁴⁷

Auch auf europäischer Ebene könnte die Forderung nach einer Strukturpolitik erhoben werden, wie der Bericht eines weiteren Abgeordneten der Fraktion, des Südtirolers Joachim Dalsass, deutlich macht.²⁴⁸ Dieser erinnert daran, dass es bei den hoch gesteckten Zielen der GAP zum Zeitpunkt ihrer Einrichtung ausschließlich um Fragen der Versorgung und der Preise ging. Diese beiden Ziele bleiben zwar seiner Ansicht nach von Bedeutung, es *„genügt aber nicht, nur ein schönes Preispaket zu verabschieden. Es war und ist notwendig, an die Produktionsstätten, an die landwirtschaftlichen Betriebe zu denken, an deren quantitative und qualitative Verbesserung.“*²⁴⁹

Gegen Ende der Wahlperiode 1979-1984 nimmt die Strukturpolitik in den Zielen der EVP-Fraktion immer klarere Züge an: *„Als ein weiterer Schwerpunkt der EVP-Agrarpolitik ist die Strukturpolitik zu sehen, wobei dieser Bereich immer mehr als ein Teil einer Gesamtstrukturpolitik für den ländlichen Raum zu sehen ist. (...) In den letzten Jahren wurden auch auf Initiative der EVP Sonderprogramme erarbeitet für bestimmte benachteiligte Regionen der Gemeinschaft, wie z. B. das Sonderprogramm für Irland, zur Verbesserung der Infrastruktur in benachteiligten Gebieten der Bundesrepublik Deutschland oder die Programme zur Beschleunigung der Agrarentwicklung in Griechenland. (...) Die Neuformulierung der Strukturrichtlinien wird entscheidend durch die EVP beeinflusst.“*²⁵⁰

Die EVP-Fraktion unterstützt die Reformen der Kommission

Mitte der 1980er Jahre benennt die neue Kommission Frans Andriessen zum Kommissar für Landwirtschaft und Fischerei; Vorsitzender des Ausschusses für Landwirtschaft, Fischerei und Ernährung des Europäischen Parlaments wird der niederländische Abgeordnete Teun Tolman. Mit zwei Christdemokraten an der Spitze strategischer Positionen der europäischen Landwirtschaft eröffnen sich den Mitgliedern der EVP neue Möglichkeiten hinsichtlich der Beziehungen zwischen Parlament und Kommission²⁵¹.

1985 leitet die Kommission auf der Grundlage ihres Grünbuchs „Perspektiven für eine gemeinsame Agrarpolitik“²⁵² eine umfassende Debatte über die Zukunft der Landwirtschaft in Europa ein. Der Sektor steckt bereits in einer tiefen Krise. Es werden Maßnahmen ergriffen, um die Produktion in Überschuss produzierenden Sektoren einzugrenzen, die Frage der Einkünfte kleiner Familienbetriebe zu lösen und die Landwirte für die Umweltproblematik zu sensibilisieren. Dabei gilt es, den Markt zu berücksichtigen, indem die garantierten Preise an die Weltpreise angeglichen und die Mengen, für die Unterstützung gewährt wird, begrenzt werden. Speziell für Milchprodukte werden für einen Zeitraum von fünf Jahren Quoten festgelegt. Von dem neuen System, mit dem die Produktion gedrosselt werden soll, ist ein Drittel der gesamten Agrarproduktion betroffen.

Kurze Zeit später legt die EVP-Fraktion über ihre Arbeitsgruppe „Landwirtschaft“ unter Vorsitz von Joachim Dalsass ihren Standpunkt zur GAP vor.²⁵³ Die „Leitlinien der EVP für eine fortschrittliche Gemeinsame Agrarpolitik“ sind das Ergebnis intensiver Diskussionen, die von Juli bis Dezember 1985 sowohl innerhalb der Fraktion als auch mit Landwirtschaftsorganisationen geführt wurden. Die Christdemokraten messen den in der Landwirtschaft Beschäftigten eine bedeutende Rolle zu. Sie machen sich zudem für die landwirtschaftlichen Familienbetriebe stark, die in ihrer Vielfalt eine besonders erfolgversprechende Antwort auf die strukturellen Gegebenheiten der Gemeinschaft darstellen. Die notwendige Reduzierung der Überproduktion muss auf sozialverträgliche Weise und unter Beteiligung der Landwirte erfolgen.

Die „Leitlinien“ bieten den Abgeordneten der EVP-Fraktion eine Orientierung in der Debatte zum Grünbuch der Kommission und zum Bericht Tolman²⁵⁴ über die Zukunft der GAP vom Januar 1986.

Reinhold Bocklet fasst die Haltung der EVP-Fraktion in drei Punkten zusammen: – die Rückführung der Überschüsse muss auf sozial vertretbare Weise erfolgen; – das Einkommen der Bauern muss ergänzt

werden durch Entgelte „für die landeskulturellen Leistungen der bäuerlichen Landwirtschaft – wie Erhaltung der Kulturlandschaft und der Strukturstabilität des ländlichen Raumes“; – der Schutz der Umwelt muss im Mittelpunkt der GAP stehen.²⁵⁵

Gleichzeitig fordert die Fraktion eine aktive und vernünftige Markt- und Preispolitik.

Währenddessen gewinnt die Frage der Lagerbestände ab 1986 zunehmend an Brisanz, da diese im Haushalt der GAP immer mehr Gewicht erhalten. Beim Europäischen Parlament wird ein Untersuchungsausschuss eingerichtet. Dessen Berichterstatter, Michel Debattise, legt im November 1987 die Ergebnisse seiner Studie vor²⁵⁶.

Kapitel XIX

DER SOWJETISCHEN BEDROHUNG WEITER DIE STIRN BIETEN

Die Enttäuschungen der Entspannungspolitik

Die 1970er Jahre, die mit großen Hoffnungen begannen, enden in Enttäuschung. Die Annäherung an den Osten, an den der Westen nach den Helsinki-Abkommen so gern glauben wollte, kam nicht zustande. Ganz im Gegenteil scheinen die Sowjets alles daran zu setzen, den Frieden in Europa zu stören. Zwar befürwortet die EVP-Fraktion vor den Wahlen zum Europäischen Parlament auch weiterhin die Politik der Entspannung²⁵⁷, doch auf der anderen Seite der Mauer sind keinerlei Veränderungen spürbar. Immerhin zeigt die Schlussakte von Helsinki erste reale Auswirkungen bei der Bevölkerung der UdSSR und gibt Menschenrechtsaktivisten neuen Mut – der EVP-Fraktion wird jedoch bald klar, dass diese, wollen sie sich Gehör verschaffen, indem sie auf die von ihren Ländern unterzeichneten Dokumente verweisen, den gleichen Unterdrückungsmaßnahmen ausgesetzt sind wie zuvor.²⁵⁸ Die Fälle von Andrei Sacharow²⁵⁹, Anatol Tscharansky²⁶⁰, Orlow²⁶¹ und anderen, mit denen sich das Parlament befasst, zeigen deutlich die ideologische Starre des sowjetischen Systems.

Auch der Helsinki-Prozess selbst gerät ins Stocken. Die Konferenzen in Belgrad und später Madrid, bei denen die Abkommen umgesetzt werden sollten, werden von den beiden verschiedenen Auffassungen der Entspannungspolitik erstickt. Die Sowjetunion scheint nicht zu Zugeständnissen bereit.

Ende 1979 kommt es zum Putsch in Kabul. Nach Abschluss des leoninischen Vertrags über Freundschaft, gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit, den die UdSSR Afghanistan aufgedrückt hatte, marschiert die Rote Armee in Kabul ein und verübt einen Staatsstreich. Der Westen verurteilt diesen Schritt sofort, und die EVP-Fraktion verleiht mit den Worten Erik Blumenfelds ihrer Unterstützung für Afghanistan Ausdruck: *„Hier geht es nicht um einen plötzlichen Unfall in der Weltgeschichte, und auch nicht um eine Frage der Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Landes, sondern um eine militärische Invasion*

durch eine Weltmacht in einen souveränen und unabhängigen Staat, zu einer Zeit, in der sich die Welt in einer extrem dramatischen Lage befindet.“²⁶²

Am 15. Februar 1980 führt das Europäische Parlament eine Aussprache über Afghanistan. Seit dem Einmarsch der sowjetischen Truppen in Afghanistan verschärft die UdSSR ihre Politik gegenüber Regimekritikern; Andrei Sacharow wird verhaftet. Dem Parlament liegen dazu drei Entschließungsanträge vor: Im ersten verleihen die EVP, die Sozialdemokraten, die Konservativen, die Liberalen sowie die Fraktion der Europäischen Demokraten für den Fortschritt ihrer Entrüstung Ausdruck und verurteilen die Verhaftung des Wissenschaftlers.²⁶³ Im zweiten Antrag, der von den gleichen Fraktionen eingereicht wird, geht es um den Vorschlag, die Olympischen Spiele nicht in Moskau, sondern an einem anderen Ort auszutragen.²⁶⁴ Der dritte Antrag wird von der EVP-Fraktion und den Konservativen vorgelegt und enthält die Aufforderung an die Kommission, ihre gesamten Beziehungen zur Sowjetunion zu überdenken.²⁶⁵ Die drei Entschließungen werden vom Plenum verabschiedet, Letztere gegen den Widerstand der Linken im Europäischen Parlament.²⁶⁶

Die Auswirkungen des Krieges auf die Menschen sind tragisch, wie Hans-Gert Pöttering einige Jahre später in seinem Bericht über die Lage in Afghanistan schreibt: *„Der Versuch, dieses Land [in einen abhängigen Satellitenstaat] zu verwandeln, hat zu schätzungsweise 1,5 Millionen Toten, 1,2 Millionen Verletzten und mehr als 4 Millionen Flüchtlingen und Verfolgten geführt (...). Dieser Krieg, der entgegen internationales Recht in besetzten Regionen geführt wurde, beinhaltet die Zerstörung ziviler Ziele – die Bombardierung von Dörfern, die Zerstörung von eindeutig gekennzeichneten Krankenhäusern, die Behinderung von ärztlicher Behandlung, die Zerstörung von Ernten und Vieh, die Verwendung chemischer Waffen, die zu Verätzungen der Haut, Lungen und Nerven führen, Gefangenschaft, Folter und Mord; dieser Krieg ist die bedeutendste Verletzung der Menschen- und Völkerrechte dieses Jahrzehnts (...).“²⁶⁷*

Im Sommer 1980 muss Europa selbst den Atem anhalten. Die Krise in Polen, ausgelöst durch die Arbeiterstreiks gegen die Beschlüsse der Regierung, die Preise für Grundnahrungsmittel zu erhöhen, lässt einen sowjetischen Einmarsch fürchten, wie ihn auch andere Länder des Warschauer Paktes erleben mussten. Die Ereignisse im Juli führen zu Verhandlungen zwischen den Streikenden und Vertretern des Politbüros und münden schließlich im Danziger Abkommen, das am 31. August 1980 von Lech Wałęsa, dem Vorsitzenden des Streikkomitees, und einer Regierungsdelegation unterzeichnet wird. Somit scheint zunächst das Schlimmste verhindert.

Das Europäische Parlament äußert unverzüglich seine Unterstützung für die Bevölkerung und begrüßt deren Bestrebungen, die Krise auf friedlichem Wege zu lösen. In der Tat hätte, wie Leo Tindemans deutlich macht, eine weitere Ausweitung des Konflikts unausweichlich zu einem Eingreifen Moskaus geführt, in dessen Verlauf „*die Verteidigung der Menschenrechte zu einer Karikatur geworden*“ wäre. „*Der Geist von Helsinki, die Schlußakte von 1975, die von unseren Ländern, aber auch von Polen unterzeichnet wurde, sowie das bevorstehende Treffen in Madrid (...) hätten bei einer Intervention von außen sicher Sinn und Zweck verloren. Das Streben für Frieden und Entspannung wäre nach Gebrauch der Knute aller Glaubwürdigkeit beraubt worden.*“²⁶⁸ Kurze Zeit später wird der Bericht Penders über die Menschenrechte in Polen²⁶⁹ veröffentlicht. Dieser enthält die Forderung, im Rahmen der Konferenz von Madrid weiter Druck auf die UdSSR auszuüben, um diese dazu zu bringen, endlich auf die Frage der Menschenrechte einzugehen.

Die Befürchtungen der Fraktion bewahrheiten sich, als dem Prozess der Öffnung, der sich durch das Danziger Abkommen abgezeichnet hatte, im Dezember 1981 mit der Machtübernahme durch das Militär ein plötzliches Ende gesetzt wird. Die Fraktionsmitglieder bekräftigen erneut ihre Solidarität mit dem polnischen Volk, der mittlerweile verbotenen Gewerkschaft Solidarność und der Kirche.

Am 29. April 1982 empfangen Vertreter des Polnischen Katholisch-Sozialen Verbands eine Delegation der EVP-Fraktion, darunter den stellvertretenden Vorsitzenden Siegbert Alber aus Deutschland sowie die Belgier Marcel Albert Vandewiele, Pierre Deschamps und Victor Michel. Bei diesem Treffen wird ein finsternes Bild von der Lage in Polen gezeichnet. Eine europäische Nahrungsmittelhilfe für das polnische Volk scheint unabdingbar. Die EVP-Fraktion wird mit der Erarbeitung eines Berichts über die Lage in Polen betraut. Am 25. Februar 1982 erläutert Pierre Deschamps in großen Zügen seinen Text, der eine eingehende Untersuchung der historischen und politischen Voraussetzungen der Entstehung des polnischen Dramas darstellt²⁷⁰, und betont dabei, dass der Tag der Verhängung des Ausnahmezustands in Polen, der 13. Dezember 1981, nicht nur den Prozess der demokratischen Erneuerung des Landes zunichtemache, sondern auch der Entspannungspolitik in Europa schade.²⁷¹ Die Rolle, die die Sowjetunion bei der Durchsetzung der von den polnischen Behörden erlassenen Repressivmaßnahmen spielt, stellt eine schwere Verletzung der Menschenrechte und des Geistes von Helsinki dar. Infolgedessen ist der Großteil des Politischen Ausschusses der Ansicht, dass die Wirtschaftspolitik gegenüber der UdSSR grundsätzlich überprüft werden sollte, ohne dabei

allerdings die humanitäre Hilfe und Nahrungsmittelhilfe für die polnische Bevölkerung infrage zu stellen. Der Ausschuss empfiehlt dem Ministerrat, jegliche Form privater Hilfe zur direkten Unterstützung der polnischen Bevölkerung aufrechtzuerhalten. Die kommunistischen und sozialdemokratischen Abgeordneten stimmen gegen den Bericht Deschamps. Sie fordern, die vereinzelt „Inseln“ der Entspannung im Verhältnis zur UdSSR zu erhalten und sich der amerikanischen Politik der Einschränkung der Wirtschaftsbeziehungen mit den Ländern des Ostblocks nicht anzuschließen. Dennoch wird der Bericht im Politischen Ausschuss mit großer Mehrheit angenommen.

„Weder rot noch tot“ – die Krise um die in Europa stationierten Mittelstreckenraketen (1979-1984)

Seit 1977 lebt Europa unter dem Damoklesschwert der sowjetischen Nuklearraketen SS-20, die auf dem Gebiet der Satellitenstaaten verteilt sind. Die UdSSR nutzt dabei Lücken in den SALT-Verträgen zur nuklearen Rüstungsbegrenzung, die sie in den Jahren der Entspannung mit den Vereinigten Staaten abgeschlossen hatte. Kurz nach der Wahl von Ronald Reagan wird Alarm geschlagen: Die sowjetische Übermacht scheint überwältigend, die Risiken der nuklearen Bedrohung des europäischen Kontinents rücken in greifbare Nähe. Im Dezember 1979 erteilt die NATO der Stationierung von amerikanischen Pershing II-Raketen und landgestützten Marschflugkörpern in Westeuropa ihre offizielle Zustimmung. Gleichzeitig sollen die europäischen Anlagen modernisiert werden. Mit diesem Arsenal, das ein Gegengewicht zu den sowjetischen SS-20-Raketen und „Backfire“-Bombern schaffen soll, wird der Bestand an Waffen, die sowjetisches Gebiet erreichen können, umfassend aufgestockt. Dieser Beschluss steht im Einklang mit der EVP-Strategie vom Gleichgewicht der Kräfte: Natürlich muss alles dafür getan werden, den Frieden zu sichern und die Entspannung zwischen Ost und West voranzutreiben – dies muss aber begleitet sein von gemeinschaftlichen, unzweideutigen Abschreckungsbemühungen, die sich auf die Solidarität und die Zusammenarbeit des Westens stützen. Egon Klepsch fasst den Beschluss der NATO vor dem Europäischen Parlament wie folgt zusammen: *„Warum ist denn der NATO-Doppelbeschluss gefasst worden? Um der Sowjetunion Gelegenheit zu geben, diese Bedrohung von uns abzuwenden, um in Verhandlungen mit ihr zu erreichen, daß wir nicht nachzurüsten brauchen, damit das Gleichgewicht der Kräfte erhalten bleibt.“*²⁷²

Überall in Westeuropa entstehen Friedensbewegungen, denen zum einen aufrechte Kämpfer, zum anderen aber auch offen pro-sowjetische

Stimmungsmacher angehören. Gekonnt manipuliert von sowjetischer Propaganda protestieren die Pazifisten in Deutschland und anderen Ländern gegen die Stationierung amerikanischer Raketen mit der Parole „Lieber rot als tot“. Sie fordern das unilaterale „Einfrieren der Nuklearwaffen“, was de facto ein Fortbestehen der nuklearen Übermacht der Sowjetunion und somit der Erpressungsmöglichkeiten in den Händen Moskaus zur Folge hätte.

Pierre Pflimlin, Erster Vizepräsident des Europäischen Parlaments, mahnt hingegen zur Vorsicht: *„Viele denken, im Kreml gebe es keinen Angriffswillen, und es bestehe daher keine Gefahr von Krieg. Wahrscheinlich wollen die derzeitigen Führungspersonen in der Sowjetunion auch wirklich keinen Krieg in Europa. Wenn aber das aktuelle Ungleichgewicht bestehen bleibt, so haben sie gute Chancen, auch ohne Krieg den Sieg davon zu tragen: die Kapitulation vor dem Druck eines vor Angst gelähmten Westeuropas, das bereit ist, die Vorherrschaft zu akzeptieren.“*²⁷³

Bei ihrem vierten Kongress im Jahr 1983 unterstützt²⁷⁴ die Europäische Volkspartei die „Nulllösung“, die Präsident Ronald Reagan der Sowjetunion vorgeschlagen hat: In Europa wird keine einzige amerikanische Rakete stationiert, sofern die Sowjetunion ihre SS-20 zerstört. Für den Fall aber, dass dieser Schritt sein Ziel nicht erreicht, bekräftigen die Fraktionsmitglieder ihr Festhalten an der NATO-Strategie. Das Atlantische Bündnis bleibt für die EVP der glaubwürdigste Rahmen für die Verteidigung unserer Freiheiten.²⁷⁵

Die kategorische Ablehnung der „Nulllösung“ seitens der UdSSR stellt die Abrüstung allerdings infrage. Moskau setzt die Stationierung seiner SS-20 systematisch fort. Angesichts dieser Doppelzüngigkeit warnt Paolo Barbi erneut vor der Gefahr: *„(...) haben die Sowjets Nutzen gezogen, nicht um zu verhandeln, sondern um die Zahl ihrer Sprengköpfe von 135 im Jahr 1979 auf 1 050 dieses Jahr (1983) zu erhöhen, womit sie ihren unmißverständlichen Willen bekunden, sich das Monopol bei den Mittelstreckenraketen zu sichern, ganz Europa durch die Angst vor der Atombombe zu erpressen und dadurch von den amerikanischen Partnern zu lösen“*²⁷⁶.

Im November 1983 befasst sich das Europäische Parlament mit dem an die Ratspräsidentschaft gerichteten Vorschlag der sozialistischen Regierung in Griechenland, ein Moratorium für die Stationierung amerikanischer Raketen zu erlassen. Die Sozialdemokratische Fraktion unterstützt den Vorschlag²⁷⁷, die EVP-Fraktion lehnt ihn hingegen ab.²⁷⁸ Die Debatten zu diesem Thema sind lebhaft und zeigen deutlich die Trennlinie zwischen der linken und der rechten Seite des Plenarsaals.²⁷⁹ Der Belgier Paul Vankerhoven erläutert den Standpunkt der EVP-Fraktion und verweist auf die negativen Folgen der Friedensdemonstrationen: *„Der Wunsch nach Frieden (...) bedeutet nicht, Slogans zu*

rufen, die einem in den Mund gelegt werden, bedeutet nicht, Anweisungen zu befolgen, ohne zu wissen, woher sie stammen und wem sie nützen. Der Wunsch nach Frieden erfordert ein Minimum an Weitblick und Mut²⁸⁰. Seiner Ansicht nach braucht es Weitblick, um zu erkennen, dass „der einseitige Pazifismus nicht die richtige Antwort auf die Stationierung von SS-20-Raketen ist, die die UdSSR während der Verhandlungen in Genf unablässig vorantreibt“²⁸¹. Es braucht Mut, um zu erkennen, dass die Ideologie, wonach der Kampf für den Frieden mit dem Kampf für den Kommunismus gleichzusetzen ist, nicht annehmbar ist. Wollen die Völker Europas ihre Unabhängigkeit bewahren, so können sie nicht hinnehmen, dass die UdSSR mit Blick auf ihre Sicherheit über ein Vetorecht verfügt. Wir müssen in allen Verhandlungen mit den Sowjets für Frieden und Freiheit eintreten, „wenn wir morgen nicht lieber rot als tot, sondern vielmehr weder rot noch tot sein wollen“²⁸².

Im Juni 1984 werden in Europa die ersten Pershing II-Raketen stationiert, woraufhin die Sowjetunion die Wiederaufnahme von Verhandlungen vorschlägt. Als die amerikanischen Raketen im Dezember 1985 in Betriebsbereitschaft versetzt werden, führt das Europäische Parlament eine Aussprache über eine von Hans-Gert Pöttering, Otto von Habsburg, Erik Blumenfeld, Reinhold Bocklet, Philipp von Bismarck, Egon Klepsch, Jacques Mallet, Pierre Bernard-Reymond, Jean Penders, Lambert Croux, Gustavo Selva und Ioannis Tzounis im Namen der EVP-Fraktion vorgeschlagene Entschließung über den Abrüstungsdialog.²⁸³ In dieser werden die Außenminister aufgefordert, „die Regierungen der USA und der Sowjetunion dringend auf die Notwendigkeit hinzuweisen, ohne einseitige Vorbedingung Maßnahmen zu ergreifen, damit die Verhandlungen über die Waffenkontrolle zwischen den Supermächten ohne Verzögerung fortgesetzt werden können, wobei die Grundsätze der Gleichheit, der Gegenseitigkeit und des gleichen Rechts auf Sicherheit hinsichtlich aller Waffensysteme zu beachten sind (...)“²⁸⁴.

Für eine gemeinsame Verteidigungspolitik

Mit der Krise der Mittelstreckenraketen erhält die Idee einer gemeinsamen europäischen Verteidigungspolitik neuen Auftrieb. Die EVP weist als erste Fraktion auf die Bedeutung einer Initiative hin, mit der eine solche gemeinsame Politik der Länder der Gemeinschaft eingeführt werden kann. „Für die freien demokratischen Staaten ist Sicherheitspolitik ein Synonym für Friedenspolitik. Der Kern der Sicherheitspolitik liegt darin, alle potenziellen Angreifer von militärischen Auseinandersetzungen abzuhalten. Ohne Frieden ist weder Sicherheit noch Freiheit möglich“²⁸⁵, erklären die 1982 in Florenz zu ihren Studentagen

zusammengekommenen Fraktionsmitglieder. Die Europäische Gemeinschaft muss auf der internationalen Bühne mit einer Stimme sprechen. Nach dem Scheitern der EVG scheint dieses Thema jedoch bei den europäischen Institutionen tabu zu sein. Das Parlament verfügt im Bereich der Außenbeziehungen nur über einen sehr beschränkten Einfluss. Die Mitglieder der EVP-Fraktion möchten sich mit dieser Machtlosigkeit aber nicht abfinden und sind der Ansicht, dass „*das Europäische Parlament durch die Direktwahl für die Behandlung dieser Fragen und insbesondere ihrer politischen Aspekte durchaus kompetent ist, da sie den Schutz und die Freiheit der Europäer bestimmend beeinflussen*“²⁸⁶. Sie schlagen dem Europäischen Parlament daher vor, über eine gemeinsame europäische Politik nachzudenken, mit der die Atlantische Allianz durch die Errichtung einer „europäischen Säule“ gestärkt werden könnte. Mit dieser Zusammenarbeit wäre es möglich, eine kohärente Strategie gegenüber der UdSSR und ihren Verbündeten festzulegen.²⁸⁷

Es erfolgen einige konkrete Schritte in diesem Bereich. So gründet sich auf Initiative von Wolfgang Schall, über die CDU-Liste gewählter Brigadegeneral im Ruhestand, eine „Arbeitsgruppe für Sicherheitsfragen“, in der sich inoffiziell während jeder Tagung in Straßburg Vertreter der EVP-Fraktion, der Fraktion der Europäischen Demokraten und der Liberalen versammeln. Ziel dieser Konzertierung ist die gegenseitige Unterrichtung über die Initiativen jeder Fraktion in Sicherheitsfragen, die Beratung über die zur Versammlung der Westeuropäischen Union herzustellenden Beziehungen und die Verfolgung der Arbeiten im Zusammenhang mit der Ausarbeitung des Generalberichts, der dem Politischen Ausschuss vorgelegt werden soll. Auf Anregung von Kai-Uwe von Hassel und infolge von Gesprächen innerhalb der Arbeitsgruppe entsteht eine Zusammenarbeit zwischen Mitgliedern des Europäischen Parlaments und Mitgliedern der Versammlung der Westeuropäischen Union. Es wird ein „Gemeinsamer Ausschuss“ des Europäischen Parlaments und der WEU eingerichtet.²⁸⁸ Zu Beginn des Jahres 1982 fordert die EVP-Fraktion eine Verbesserung der Europäischen Sicherheitspolitik in den folgenden Bereichen:²⁸⁹ Harmonisierung der Außen- und Wirtschaftspolitik der Gemeinschaft und der USA; Beteiligung der Streitkräfte der europäischen Partner in wichtigen sicherheitstechnischen Bereichen; Erhöhung der konventionellen Kontingente der europäischen Partner im Rahmen der NATO; Förderung der Abrüstungsverhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion.

Da die Fragen der europäischen Verteidigungspolitik im Europäischen Parlament nicht offen diskutiert werden können (dieses ist nach den Gemeinschaftsverträgen dafür noch nicht zuständig), bringt die

Fraktion diese Fragen ins Gespräch, indem sie auf den Schutz der Versorgungswege zur See eingeht. Ende der 1970er Jahre sind zwei Entwicklungen zu beobachten: Zum einen die zunehmende „Entkontinentalisierung“ der UdSSR, die sich durch eine militärische Interventionsmacht ausdrückt, mit der sie an jedem Ort der Welt, und insbesondere auch in den besonders verletzlichen Ländern der Dritten Welt, eingreifen kann. Zum anderen wird seit dem Schock der ersten Ölkrise fast das gesamte in der Gemeinschaft benötigte Öl auf dem Seeweg importiert.

Die französischen Fraktionsmitglieder Louise Moreau, Olivier d'Ormesson und André Diligent eröffnen im Januar 1980 die Debatte im Europäischen Parlament. Angesichts des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan und der Lage im Nahen Osten gewinnt das Problem an Schärfe. Das gesamte erste Halbjahr 1980 hindurch stellen Mitglieder der Fraktion mündliche Anfragen zu dem Thema und reichen entsprechende Entschließungsentwürfe ein.²⁹⁰ Hier zeigt sich erneut die Spaltung zwischen Rechts und Links. Die Linke setzt alles daran, diesen Vorstoß zu durchkreuzen, und geht sogar so weit, das Plenum während der Plenarsitzung zu verlassen, um das Quorum für die Abstimmung zu Fall zu bringen²⁹¹. Trotz weiterer Bemühungen der sozialdemokratischen Fraktion, den Bericht für unzulässig zu erklären, gelingt es der EVP-Fraktion, den Bericht André Diligent zu übertragen, der sein Dokument verfasst und im November 1980 vom Politischen Ausschuss verabschieden lässt.²⁹² Mit dem Bericht sollen die Regierungen auf die drohenden Gefahren aufmerksam gemacht sowie aufgefordert werden, gemeinsam nachzudenken und abgestimmte Entscheidungen zu treffen, um so Verhältnisse auf See zu schaffen, mit denen die Versorgungssicherheit bestmöglich zu garantieren ist. Der Berichterstatter hebt die eindrucksvolle Machtzunahme der sowjetischen Marine auf allen Weltmeeren hervor und verweist auf die Politik der Besetzung strategischer Basen, die Moskau in Afrika und im Indischen Ozean betreibt. In der Entschließung des Europäischen Parlaments werden die „über eine Kriegsflotte verfügenden Mitgliedstaaten zur Koordinierung ihrer Überwachungsmissionen“ über die im Nordatlantikpakt festgelegten Gebiete hinaus aufgefordert.²⁹³ Der Entwurf wird zwar nicht angenommen, doch hat die Debatte über die Sicherheit Europas endgültig Einzug in den Straßburger Plenarsaal gehalten.

1984 richtet das Europäische Parlament den Unterausschuss „Sicherheit und Abrüstung“ ein, durch den diese beiden Themen offiziell auf die Tagesordnung der Parlamentsarbeit gelangen. Die EVP-Fraktion nutzt die Chance dieses neuen Forums, um ihre Verteidigungspläne voranzubringen. Dies gelingt insbesondere bei der Plenarsitzung im

Mai 1986, als der junge deutsche Vorsitzende des Unterausschusses, Hans-Gert Pöttering, eine mündliche Anfrage über die europäische Sicherheit und Verteidigungsstrategie an die Außenminister richtet, die sich im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit versammelt haben.²⁹⁴ Im Anschluss an diese Aussprache verabschiedet das Parlament eine Entschließung zur Ausarbeitung eines Entwurfs für eine europäische Verteidigungsstrategie. Es ist somit unter anderem dem Unterausschuss zu verdanken, dass in der Einheitlichen Europäischen Akte ein Abschnitt über die politischen und wirtschaftlichen Aspekte der Sicherheit verankert wird²⁹⁵. Der Unterausschuss stellt somit zunehmend ein Forum zur Überwindung der Spaltung dar, die den Dialog über die europäische Sicherheitspolitik zwischen den Fraktionen des Europäischen Parlaments so beschwerlich macht.

Kapitel XX
**DIE NEUE WELLE
DER EVP-ABGEORDNETEN
BEI DEN WAHLEN IM JUNI 1984**

**Die Wahlen vom 14. und 17. Juni 1984 –
Erfolg oder Niederlage?**

Bei der zweiten Direktwahl ist die Wahlbeteiligung gesunken, übersteigt aber immerhin die Marke von 50 %. Insgesamt erhält die Parteienfamilie der EVP mehr als 31 Millionen Stimmen, gegenüber 30 Millionen für die Sozialdemokraten. Die EVP bleibt damit zwar die stärkste politische Kraft in Europa, da jedoch die der EVP nahe stehende Partei aus dem Vereinigten Königreich nicht vertreten ist und es kein einheitliches Wahlsystem in den Mitgliedstaaten gibt, bleibt der zahlenmäßige Einfluss der Fraktion, die 110 Abgeordnete stellt und damit 7 Sitze verliert, aber weiterhin begrenzt. Die Sozialistische Fraktion hingegen profitiert von den Erfolgen der Labour-Partei, die 15 Sitze hinzugewinnen konnte, und stellt jetzt 130 Abgeordnete. Die Fraktion der Europäischen Demokraten, der auch die britischen Konservativen angehören, verliert 13 Sitze und stellt jetzt 50 statt 63 Abgeordnete. Der Anteil der Liberalen Fraktion verringert sich von 38 auf 31 Abgeordnete. Die Fraktion der Sammlungsbewegung der Europäischen Demokraten, der die Gaullisten und die irischen Mitglieder der Fianna Fáil angehören, gewinnt 7 Sitze hinzu, ihr Anteil steigt von 22 auf 29 Abgeordnete. Durch den Vorstoß Jean-Marie Le Pens in Frankreich wird die Fraktion der Europäischen Rechten gestärkt (16 und damit 4 zusätzliche). Schließlich formiert sich auf der linken Seite eine neue Gruppierung, die „Regenbogenfraktion“, die mit 20 Sitzen die Bewegung der Grünen und der Umweltschützer repräsentiert.

Innerhalb der Fraktion bildet die CDU/CSU mit 41 Sitzen weiterhin die größte Gruppe, gefolgt von der Democrazia Cristiana und der Südtiroler Volkspartei aus Italien (26 Sitze + 1 Sitz), die ein leicht rückläufiges Ergebnis erzielten (- 3 Sitze). Das Bröckeln der belgischen und niederländischen Parteien (- 4 und - 2) trägt ebenfalls zu den leichten Verlusten der Fraktion bei.

Egon Klepsch übernimmt erneut und für längere Zeit die Leitung der Fraktion

Am 18. Juli übernimmt Egon Klepsch erneut den Fraktionsvorsitz, den er erst im Januar 1992 wieder abgeben wird, um das Amt des Präsidenten des Europäischen Parlaments anzutreten. Unterstützt wird er von fünf stellvertretenden Vorsitzenden, die ebenfalls in geheimer Wahl gewählt werden: Willem Vergeer, der sein Amt beibehält, Giovanni Giavazzi (Italien), Michel Debatisse (Frankreich), Panayotis Lambrias (Griechenland) sowie Nicolas Estgen (Luxemburg). Die Fraktion stellt in vier Ausschüssen den Vorsitzenden: Heinrich Aigner tritt den Vorsitz des Ausschusses für Haushaltskontrolle an, der Grieche Georgios Anastassopoulos den des Verkehrsausschusses, der Italiener Roberto Formigoni übernimmt den politischen Ausschuss, Marlene Lenz den Frauenausschuß und der Niederländer Teun Tolman sitzt dem Agrarausschuss vor.

Neue und starke Persönlichkeiten treten der Fraktion bei

Welche neuen Persönlichkeiten stoßen zur Fraktion? Die deutsche Delegation bleibt weitgehend homogen, da 25 Abgeordnete in ihrem Amt bestätigt wurden. Der Ökonom Otmar Franz, der bereits 1981 ins Parlament gewählt wurde, widmet sich bis 1989 der Förderung der Wirtschafts- und Währungsunion. Zu den Abgeordneten der CSU zählt unter anderem Franz Ludwig Schenk Graf von Stauffenberg, Jurist und Sohn des berühmten Offiziers, der das von ihm verübte Attentat auf Adolf Hitler mit dem Leben bezahlte.

Der italienische Abgeordnete Giovanni Giavazzi, seit 1979 im Parlament, übernimmt das Amt des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, in welchem er sein Interesse an wirtschaftlichen und institutionellen Fragen bekundet. Seine gewissenhafte und maßvolle Arbeitsweise tragen ihm den Respekt seiner Kollegen ein. Gleiches gilt für Ferruccio Pisoni, der, nachdem er bereits von 1972 bis 1979 als nicht gewähltes Mitglied im Parlament tätig war, seinen Sitz 1984 ebenfalls wieder erlangt und diesen bis 1994 hält. Als Experte für Landwirtschaftsfragen folgt er seinem Kollegen Giovanni Giavazzi im Amt des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden. Außerdem halten drei weitere italienische Persönlichkeiten ihren Einzug: Zum einen Carlo Casini, Richter aus Florenz, der in den katholischen Bewegungen seiner Partei eine bedeutende Rolle spielt. Er ist Vorsitzender der „Bewegung für das Leben“ und findet in dieser Eigenschaft bei den Aussprachen über bioethische Fragen vor allem bei einem Teil der Fraktionsmitglieder Gehör. Zu diesem Thema ernennt ihn der Rechtsausschuss zum

Berichterstatter. Er sitzt von 1984 bis 1999 im Parlament und ist in der Wahlperiode 2004-2009 erneut dabei. Roberto Formigoni, der 1984 im Alter von 37 Jahren ins Parlament gewählt wird, war 1973 einer der Begründer der vatikannahen Organisation Movimento Popolare, und genießt in katholischen Kreisen in Italien einen gewissen Einfluss. Roberto Formigoni behält seinen Sitz bis 1993 bei. Zwei Jahre später wird er zum Präsidenten der Region Lombardei gewählt. Seinen Einfluss in der italienischen Delegation bekommen die anderen Fraktionsmitglieder rasch zu spüren, da es ihm mit seiner Delegation gelingt, eine der angesehensten Positionen, den Vorsitz des Politischen Ausschusses, zu erlangen. Schließlich ist noch Luigi Ciriaco De Mita zu nennen, der von 1982 bis 1989 den Vorsitz der DCI innehat. 1984 bis 1988 ist er Mitglied der Fraktion, bis er 1988 Ministerpräsident in Italien wird, um dann von 1999 bis 2004 ins Parlament zurückzukehren. Aufgrund der Rolle, die er in diesen Jahren in Italien zu vertreten hat, in denen die DCI zunehmend geschwächt und das politische Spektrum aufgewirbelt wird, hält er sich allerdings häufiger in Rom als in Straßburg und Brüssel auf.

Der griechischen Delegation gehören 9 Mitglieder an, von denen 4 zuvor Ministerämter innehatten: Ioannis Boutos, Dimitrios Evriginis, der lange als Richter am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte tätig war und daher mit der Erstellung des Berichts des nichtständigen Ausschusses zu Rassismus und Antisemitismus betraut wird, welchen das Parlament 1980 gegründet hatte. Panayotis Lambrias, Journalist und Weggefährte von Konstantinos Karamanlís, blieb bis 1999 Mitglied der Fraktion und war zeitweise ihr stellvertretender Vorsitzender. Georgios Anastassopoulos ist ebenfalls Journalist und gehörte der Fraktion 15 Jahre lang an. Er war als Abgeordneter sehr aktiv und liebte, wie der Großteil seiner Landsleute auch, die Politik, mit deren unergründlichsten Geheimnissen er vertraut zu sein schien. Außerdem gehörte der Delegation Efthimios Christodoulou an, der von 1984 bis 1990 Mitglied des Parlaments und aktiv im Haushaltsausschuss tätig war. 1990 bis 1994 wurde er von der griechischen Regierung ins Wirtschaftsministerium berufen und kehrte von 1994 bis 1999 als Delegationsleiter in die Fraktion zurück. Efthimios Christodoulou, der zahlreiche Sprachen souverän beherrschte, gehörte der Riege der Zentralbankpräsidenten an und genoss über die Grenzen seines Landes hinaus hohes Ansehen. Schließlich stießen noch Ioannis Tzounis, ehemaliger griechischer Botschafter in Washington, und Marietta Giannakou zu der Fraktion. Letztere hatte verschiedene Ministerienposten in Athen inne und war Leiterin der griechischen Delegation.

Auf Seiten der Beneluxländer gab es wenig Veränderungen: Petrus Cornelissen gehörte erneut der niederländischen Delegation an und widmete sich in den drei Wahlperioden bis zum Jahre 1999, in denen er dem Parlament angehörte, vor allem dem Verkehrssektor. Der flämische Abgeordnete Raphael Chanterie und Gérard Deprez, Abgeordneter der Frankophonen, spielten nach ihrer Wahl eine aktive Rolle. Raphael Chanterie, der bereits seit 1981 als Nachfolger von Leo Tindemans im Parlament saß, gehörte der Fraktion bis 1999 an. Als geduldiger Verhandlungsführer und in seiner Rolle als stellvertretender Fraktionsvorsitzender pflegte er zusammen mit Egon Klepsch vielfältige Kontakte der Fraktion zu den christdemokratischen Kommissionsmitgliedern und den Mitgliedern des Europäischen Rates, insbesondere bei der Erarbeitung des Vertrags von Maastricht. Der Vorsitzende der belgischen Parti Social Chrétien, Gérard Deprez, repräsentiert zusammen mit Fernand Herman das frankophone Belgien. Mit seinen überzeugenden Redebeiträgen, in denen er sein traditionelles Bild der föderalistischen Christdemokratie vertrat, beteiligte er sich regelmäßig an den wichtigsten Debatten der Fraktion. Da er sich im Jahr 2004 der Mehrheitsmeinung in der Fraktion nicht anschließen konnte, nach der die Partei der Europäischen Demokraten die Möglichkeit erhalten sollte, ihren eigenen Standpunkt zur Verfassung zu vertreten, der von dem der EVP abwich, verließ er die Fraktion nach 20 Mandatsjahren und trat der Liberalen Fraktion bei. Der luxemburgischen Delegation gehören erneut drei Abgeordnete an. Dies ist die Hälfte der gesamten Mandate des Landes, sodass die Mitglieder voller Stolz darauf verweisen können, eines der besten Ergebnisse der Fraktion erzielt zu haben. Der Delegation gehören weiterhin Nicolas Estgen sowie Marcelle Lentz-Cornette an, die, ebenso wie Ernest Mühlen, bis 1989 im Parlament sitzt.

Der französischen Delegation gehören weiterhin 9 Mitglieder der UDF-CDS an, die über die gemeinsame Liste der UDF-RPR, erneut unter Leitung von Simone Veil, gewählt wurden und die sich schließlich auf die Fraktionen der EVP, der Liberalen und der RDE verteilen. Dominique Baudis, 37 Jahre alt und Bürgermeister von Toulouse, folgt seinem Vater Pierre Baudis, der während der ersten Wahlperiode im Parlament saß und ebenfalls Bürgermeister der „rosaroten Stadt“ war. Die Fraktion war mehrfach zu Gast in Toulouse, einer der wichtigsten Städte in Südwestfrankreich und Hauptsitz von Airbus. Nicole Fontaine übernimmt zum ersten Mal einen Platz im Parlament und hat diesen bis zum Jahr 2002 inne, als sie in die französische Regierung berufen wird, kehrt dann aber für die Wahlperiode 2004-2009 in die Fraktion zurück. Vor ihrem Eintritt in die Politik hatte sich Nicole

Fontaine in Frankreich durch ihr Eintreten für das katholische Unterrichtswesen verdient gemacht. Innerhalb der Fraktion legt sie eine fleißige und zähe Arbeitsweise an den Tag, die ihr Stück für Stück die Anerkennung ihrer Kollegen einträgt. Sie ist zunächst als Koordinatorin im Ausschuss für Jugend und Kultur tätig und beschäftigt sich aktiv mit den Rechtsfragen. 1989 wird sie zur Vizepräsidentin des Parlaments und im Juni 1994 zur ersten Vizepräsidentin gewählt. Aufgrund ihrer herausragenden Kenntnisse der Abstimmungsmechanismen und ihres ausdauernden Einsatzes im Präsidium des Parlaments wird sie von der deutschen Delegation für die Wahl zur Präsidentin des Europäischen Parlaments vorgeschlagen und füllt dieses Amt von Juli 1999 bis Januar 2002 aus (siehe Teil 3). Michel Debatisse, ein Landwirt aus der Auvergne, ist geprägt durch die Arbeit in der Jugendorganisation Jeunesse Agricole Catholique. Er wird Chef der bedeutendsten französischen Landwirtschaftsgewerkschaft FNSEA und anschließend Staatssekretär in der Regierung von Raymond Barre. Im Vorstand der Fraktion wurde er zum Schatzmeister ernannt. Er hatte ein warmherziges und ausdauerndes Wesen und zeigte ein besonderes Interesse an der Gründung einer katholischen demokratischen Bewegung in Afrika.

Die europäische „Krönung“ von Pierre Pflimlin als Präsident des Europäischen Parlaments am 24. Juli 1984

Pierre Pflimlin, dessen Popularität bereits in der vorangegangenen Wahlperiode in seiner Funktion als Vizepräsident des Europäischen Parlaments zugenommen hatte, erklärte den Höhepunkt seiner Karriere als aktiver Europäer am 24. Juli 1984 mit seiner Wahl zum Präsidenten des Europäischen Parlaments. Im zweiten Wahlgang erhielt er 221 Stimmen, gegenüber 133 für den bisherigen Präsidenten, den Sozialisten Pieter Dankert aus den Niederlanden, sowie 49 Stimmen für Altiero Spinelli, den Kandidaten der Kommunistischen Fraktion. Die ersten Worte des neuen Präsidenten, mit dem die EVP-Fraktion eine Funktion wiedererlangte, die sie seit Emilio Colombo nicht mehr innegehabt hatte, galten seinem Vorgänger und „geistigen Vater“ Robert Schuman. Während sich für das Amt des Präsidenten der Kommission die Kandidatur von Jacques Delors abzeichnete, trug die Wahl von Pierre Pflimlin dazu bei, dass das Parlament in Fragen wie der Verteidigung der Haushaltsbefugnisse des Parlaments sowie der Ausweitung seiner Zuständigkeit in den Verhandlungen über die Einheitliche Europäische Akte würdig vertreten war.

Pierre Pflimlin hatte den Vorsitz im Europäischen Parlament bis Januar 1987 inne und blieb bis zum Ende seines Mandats im Juli 1989

Mitglied der Fraktion. Auch danach setzt er sich weiter für Europa ein. Mit Überzeugungskraft und Redegeschick spricht er sowohl vor französisch- als auch vor deutschsprachigem Publikum und veröffentlicht seine Memoiren 1991 unter dem Titel „Mémoires d'un Européen“.²⁹⁶

Am 27. Juni 2000 verstirbt Pierre Pflimlin im Alter von 93 Jahren in seiner Heimatstadt Straßburg. Einige Tage später, am 4. Juli 2000, gedenkt Hans-Gert Pöttering, der ein Weggefährte Pierre Pflimlins war, seiner in einer Rede zum Programm der französischen Ratspräsidentschaft^a: *„Herr Chirac, Sie haben dankenswerterweise an Robert Schuman und die anderen Gründerväter Europas erinnert. Am vergangenen Freitag haben wir Abschied genommen von Pierre Pflimlin in der Kathedrale hier in Straßburg. Alle, die dabei waren, (...) waren tiefbewegt. Neben dem Sarg von Pierre Pflimlin stand die Europafahne, und zum Abschluss des Gottesdienstes, der kein Trauergottesdienst war, sondern ein Gottesdienst der Hoffnung, der Zuversicht, wurde die europäische Hymne gespielt (...). Wenn das vor 100 Jahren möglich gewesen wäre, welches Leid, welches Elend wäre unserem europäischen Kontinent erspart geblieben! Deswegen ist im Kern die europäische Einigungspolitik Friedenspolitik“*

Der Kampf um die Redezeit: „Primadonna“ gegen „Hinterbänkler“

Der neuen Fraktion wurde klar, dass die Redezeit der Abgeordneten bei den Plenartagungen schwerer aufzuteilen ist als zuvor im nicht direkt gewählten Parlament, was hauptsächlich auf die massiv angestiegene Zahl der Abgeordneten zurückzuführen ist. Auch dem Präsidium selbst stellte sich die Frage: Sind in den Debatten jene Abgeordneten bevorzugt zu behandeln, die regelmäßig an der Fraktionsarbeit mitgewirkt haben, oder sollen eher Wortmeldungen berücksichtigt werden, die in letzter Minute von einer „Primadonna“ eingereicht werden, also einer Person, die in ihrer Partei oder ihrem Land eine führende Rolle innehat, nur wenig Zeit in Brüssel verbringt, aber darum bemüht ist, in den nationalen Medien präsent zu sein? Es ist nicht leicht, die Frage einer nationalen Führungsperson oder eines Delegationsleiters zu missachten, wenn es um den amtierenden Vorsitz, einen Europäischen Rat oder ein Thema mit internationaler Tragweite geht. Wie soll aber gleichzeitig vermieden werden, der Enttäuschung der „Hinterbänkler“ Nahrung

a Sieben Jahre später, am 9. Juli 2007, weihet Hans-Gert Pöttering als Präsident des Europäischen Parlaments das Pierre-Pflimlin-Gebäude als festen Bestandteil des Europäischen Parlaments in Straßburg ein.

zu geben, den Abgeordneten der Basis, die sich allein dadurch auszeichnen, dass sie, häufig unter großen Schwierigkeiten, mit anderen Delegationen oder Fraktionen einen Kompromisstext ausgearbeitet haben? Das Dilemma bleibt auch in den folgenden Wahlperioden bestehen. Der Präsident und die Vizepräsidenten, die für die parlamentarischen Arbeiten zuständig sind, bemühen sich um grundsätzliche Lösungen, um die fleißigen Abgeordneten nicht zu entmutigen. Darüber hinaus sind auch die verschiedenen Traditionen der einzelnen Mitgliedstaaten zu berücksichtigen, die häufig mit dem Wahlsystem oder der Parteienkultur in Verbindung stehen: So machen z. B. die Abgeordneten, die über proportionale Listen der Einzelstaaten gewählt wurden, wie es bis 2004 in Frankreich üblich war, oder die wie in Italien über ein System der Vorzugsstimmen ins Parlament gekommen sind, geltend, dass sie in ihrem Land Präsenz zeigen müssen, um ihre Chancen auf eine Wiederwahl zu erhöhen. Andere, wie die deutschen oder britischen Abgeordneten, wurden in regionalen oder lokalen Wahlkreisen gewählt und müssen ihren Wählern über ihre Arbeit in Brüssel und Straßburg Rechenschaft ablegen. Es gibt aber auch die Ausnahme von der Regel: In fast allen Delegationen gibt es einige „schemenhafte“ Abgeordnete, die manchen ihrer Kollegen zum Ende der Wahlperiode kaum bekannt sind. Andere hingegen erlangen durch ihre Präsenz und ihre für die Fraktion aufgebrauchte Zeit und Arbeit im Parlament einen Ruf, den sie in ihren einigen Ländern kaum erreichen konnten.

Veränderungen zur Halbzeit der Wahlperiode (Januar 1986 und Januar 1987)

Der Beitritt Spaniens und Portugals zur Europäischen Gemeinschaft im Januar 1986 führte zu Veränderungen bei der Zusammensetzung des Parlaments. Dank der Kontakte, die die Fraktion bereits während des Demokratisierungsprozesses der beiden Länder knüpfen konnte, stießen zwei regionale christdemokratische Parteien aus Spanien, die baskische PNV und eine Fraktion der katalanischen *Convergència i Unió*, sowie die Partei der Union des *Centro Democrático y Social* zu der Fraktion. Leiter der Delegation, der im Namen von sieben spanischen Delegationsmitgliedern tätig ist, wurde der Katalane Josep Antoni Duran i Lleida. Die beiden portugiesischen Abgeordneten wurden in diesem Gremium von Francisco António Lucas Pires vertreten, der der Fraktion bis 1998 angehörte. Der Professor der Rechtswissenschaft an der Fakultät von Coimbra und ehemalige Vorsitzende seiner Partei war ein anerkannter Verfassungsexperte und wurde zunächst Vizepräsident des Europäischen Parlaments. Anschließend wandte er

sich der institutionellen Arbeit zu und ließ seine Kollegen in der Fraktion von seinen feinfühligem und klaren Analysen im Bereich des Rechts und der Politik profitieren. Dank seiner menschlichen Wärme, aber auch seiner Gelassenheit, seinem Humor und seinem überaus kultivierten Geist war er während der zwölf Jahre, die er bis zu seinem plötzlichen Tod mitten in der Wahlperiode in der Fraktion verbrachte, eine hoch geschätzte Persönlichkeit.^a

Ein neuer Generalsekretär: Sergio Guccione (Februar 1986)

Nach seiner Ernennung zum Parlamentsdirektor im Februar 1986 legt Giampaolo Bettamio sein Amt als Generalsekretär nieder. Seinen Posten übernimmt Sergio Guccione.

Sergio Guccione wurde auf Sizilien geboren, wo er auch seine Kindheit verbringt, während sich Italien in den Wirren des Krieges befindet. Er studiert Rechtswissenschaften an den Universitäten von Palermo und Köln, wo er zudem Deutsch lernt und sich auf Haushaltspolitik spezialisiert. 1962 tritt er ins Europäische Parlament in Luxemburg ein, wo er die Leitung der parlamentarischen Ausschüsse übernimmt und sich unter den EVP-Mitgliedern des Haushaltsausschusses einen Namen macht. Als Leiter des Haushaltsausschusses ist er mit der parlamentarischen Institution sehr gut vertraut. *„Die Haushaltsbefugnisse waren die ersten wirklichen Befugnisse des Parlaments. Jetzt konnte tatsächlich das Parlament über die Festlegung des Haushalts bestimmen. Die Änderungen waren von grundlegender Bedeutung: So sind Änderungen, die eine Meinung verdeutlichen, zwar stets eine wichtige Sache, Änderungen, die Zahlen und Summen festlegen, Prioritäten setzen und ihnen Summen zuweisen, haben jedoch ein enormes Gewicht.“*^b

Egon Klepsch kennt und schätzt ihn.^c Er wird von der Fraktion entsendet, und die Zusammenarbeit zwischen dem Präsidenten und seinem neuen Generalsekretär, der auch das Vertrauen der italienischen Delegation genießt, hält sechs Jahre lang. Im Januar 1991 steigt Sergio

a Im Januar 2009 beschloss das Präsidium des Parlaments, Francesco António Lucas Pires zu würdigen, indem die Bibliothek (Lesesaal) des Parlaments in Brüssel nach ihm benannt wird.

b Interview vom 19. Mai 2008 in Luxemburg.

c Sergio Guccione erinnert sich gut an die Zusammenarbeit mit dem ehemaligen Fraktionsvorsitzenden. *„Egon Klepsch verfügte im Bereich Politik über eine gute Intuition. In dieser Hinsicht war er tatsächlich mein Lehrmeister (...) Er war in allen Bereichen einzigartig. Es ist ihm gelungen, immer anwesend zu sein, was für jemanden wie mich, der aus dem fernen Süden kommt, technisch gar nicht möglich gewesen wäre. Er musste bei allen Sitzungen dabei sein und war ein wirklich fleißiger Mann.“* Interview vom 19. Mai 2008 in Luxemburg.

Guccione erneut in die Verwaltung ein und übernimmt den Posten des Generaldirektors für Information.

Auch der organisatorische Aufbau des Sekretariats der Fraktion wird an die neue Arbeitsteilung der Abgeordneten angepasst. Die Leitung des Dienstes Parlamentarische Arbeiten wird Gerhard Guckenberger übertragen, der zum Stellvertretenden Generalsekretär ernannt wurde, und den Arbeitskreisen A, B, C, D (Hans Reh, Stefan Pfitzner, Jan Westbroek, Riccardo Ribera d'Alcala^{a)}) gehören jeweils etwa zehn Mitarbeiter an, die im Wesentlichen den Ausschüssen zuzuordnen sind. Ausschüssen, in denen die Nord-Süd-Unterschiede eine Rolle spielen, wie dem Landwirtschaftsausschuss, werden von jetzt an zwei Berater zur Seite gestellt: Franco Sestito aus Italien und Werner Krögel aus Deutschland. Dem Pressedienst gehört ab jetzt ein Berater für jede nationale Delegation an.

a Riccardo Ribera d'Alcala, der wie Paolo Barbi aus Neapel stammte und dem Sekretariat der Fraktion seit 1982 angehörte, machte später Karriere in den Kabinetten der Parlamentspräsidenten Egon Klepsch, Nicole Fontaine und Pat Cox. Zwischen 1994 und 1999 schloss er sich der Fraktion wieder an und wurde 1998 bis 1999 zum stellvertretenden Generalsekretär ernannt. Im Dezember 2008 wird Riccardo Ribera d'Alcala in seinem Amt als Generaldirektor der GD Interne Politikbereiche bestätigt, das zuvor Klaus Welle innehatte.

Kapitel XXI

AUF DEM WEG ZUR EINHEITLICHEN AKTE UND ZUM GROßEN BINNENMARKT: „ZIEL 1992“

„Wenn wir den Binnenmarkt verwirklichen wollen, müssen wir von einer Feststellung ausgehen: Nichts Wesentliches trennt uns, nichts Wesentliches hindert uns daran, uns in einem Raum zusammenzuschließen, in dem der freie Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital gewährleistet ist.“²⁹⁷ Leo Tindemans

Günstige politische Rahmenbedingungen (Juni-Juli 1984)

Am 25. und 26. Juni 1983, wenige Tage nach den Wahlen zum Europäischen Parlament, tritt der Europäische Rat in Fontainebleau zusammen. Er reagiert zum Teil auf die Initiative des Parlaments, wenngleich er einen neuen Vertrag vom Grundsatz her ablehnt, und entschließt sich, zwei Arbeitsgruppen einzusetzen: der Spaak-II-Ausschuss, dessen Bezeichnung ausdrücklich an den ehemaligen belgischen Premierminister und dessen Rolle bei der Ausarbeitung der Römischen Verträge erinnert, soll Vorschläge zum besseren Funktionieren der europäischen Zusammenarbeit im Gemeinschaftsbereich sowie im Bereich der Politischen Zusammenarbeit unterbreiten. Der andere nennt sich Ausschuss für das „Europa der Bürger“ und wird beauftragt, eine Reihe konkreter und eindeutiger Maßnahmen vorzuschlagen, die bei den Bürgern der Gemeinschaft ein besseres Verständnis für die Erfordernisse einer solchen Entwicklung fördern.²⁹⁸

Der Spaak-II-Ausschuss setzt sich aus persönlichen Vertretern der Staats- bzw. Regierungschefs zusammen. Er konstituiert sich in der zweiten Hälfte des Jahres 1984 unter der irischen Ratspräsidentschaft, die den ehemaligen Außenminister und Sonderbeauftragten von Premierminister Garret Fitzgerald, Senator J. Dooge, mit seinem Vorsitz betraut.

Pierre Pflimlin, soeben zum Präsidenten des Europäischen Parlaments gewählt, ist zwar nicht befugt, an den Beratungen teilzunehmen,

setzt jedoch den Dooge-Ausschuss und den Rat ständig unter Druck. Diese Kontrolle, die von der EVP-Fraktion unterstützt wird²⁹⁹, findet ihren formalen Niederschlag in mehreren Entschließungsanträgen, die im Laufe des Jahres 1984-1985 angenommen werden und Gegenstand regelmäßiger Aussprachen im Plenum sind. Parlamentspräsident Pierre Pflimlin fordert den Rat mehrmals auf, bestimmten Empfehlungen des Ausschusses Folge zu leisten, während das erweiterte Präsidium des Parlaments am Rande der Tagung des Rates in Mailand zusammentreten wird³⁰⁰, als dieser die Arbeitsergebnisse des Ausschusses prüft.

Die Forderungen des Parlaments stimmen mit den Anliegen der EVP-Fraktion überein: möglichst bald eine Regierungskonferenz einzuberufen, die in der Lage ist, die angestrebte institutionelle Reform auf den Weg zu bringen und die Rolle des Parlaments im Entscheidungsprozess der Gemeinschaft zu stärken – ganz im Sinne des Spinelli-Entwurfs.

Am 17. April 1985 nimmt das Parlament den Bericht Croux zur Haltung des Europäischen Parlaments gegenüber den die Europäische Union betreffenden Arbeiten des Europäischen Rates an³⁰¹, in dem einmal mehr gefordert wird, der Europäische Rat von Mailand solle eine Regierungskonferenz einberufen. Die Abgeordneten betonen, dass sich diese Konferenz vom Geist und von der Methode des Unionsvertragsentwurfs des Europäischen Parlaments, vom Bericht des Dooge-Ausschusses und vom gemeinschaftlichen Besitzstand leiten lassen sollte³⁰². *„Die Konferenz sollte dieses Werk prüfen und Änderungen vorschlagen, wo sie dies für notwendig hält, und gleichzeitig das Parlament mit einbeziehen, so wie es übrigens der Dooge-Ausschuss vorgeschlagen hat.“*³⁰³

Die am 19. und 20. Juni 1985 in Rom tagenden christlich-demokratischen Parteiführer vertreten die Auffassung, dass die Tagung des Europäischen Rates in Mailand *„irreversible Entscheidungen zugunsten der Europäischen Union treffen und auf dieser Basis eine Regierungskonferenz mit klarem Mandat zu deren Formalisierung einberufen“*³⁰⁴ sollte. Diese Konferenz, an der das Europäische Parlament durch seinen Präsidenten beteiligt werden sollte, müsse ihre Arbeiten noch im Laufe des Jahres abschließen, um die weitere Integration zu ermöglichen.

Die „Känguru-Gruppe“ bringt Bewegung in den Binnenmarkt

Der Vertrag von Rom sah vor, zum 1. Januar 1970 einen Gemeinsamen Markt zu errichten, der durch die Einführung von „vier Freiheiten“ (freier Verkehr von Personen, Waren, Kapital und Dienstleistungen),

einer Zollunion zwischen den Mitgliedstaaten und einer gemeinsamen Wettbewerbspolitik gekennzeichnet sein sollte.

Vor allem im Waren- und Dienstleistungsbereich hielten wettbewerbswidrige und protektionistische Verhaltensweisen an, sodass der Gemeinsame Markt aufgrund materieller, technischer, steuerlicher und administrativer Schranken zersplittert war.

Zu Beginn der 1980er Jahre wenden die Mitgliedstaaten und die Gemeinschaftsorgane dem Projekt des Gemeinsamen Marktes erneut ihr Interesse zu, was durch mehrere wirtschaftliche und politische Faktoren begünstigt wird.

Zunächst ergibt sich die Notwendigkeit des Binnenmarkts aus dem starken internationalen Wettbewerb, der eine Folge sowohl der Globalisierung als auch der Wirtschaftskrise ist, unter der Europa seit den beiden Ölpreisschocks von 1973 und 1979 zu leiden hat. In einem zunehmend wettbewerbsorientierten internationalen Umfeld mit aufstrebenden Entwicklungsländern drängt sich der Gemeinsame Markt als realistische und tragfähige Lösung auf, um die europäischen Waren und Dienstleistungen wettbewerbsfähiger zu machen, die Konjunktur in den Mitgliedstaaten wieder anzukurbeln und die Krise zu überwinden. Der französische Abgeordnete und ehemalige Ministerpräsident, Raymond Barre, hebt 1987 hervor, eine offene Gesellschaft lehne Abschottung und Protektionismus ab und nutze all ihre Ressourcen, vor allem die geistigen, die innovativen und die der unternehmerischen Initiative, um umfassend am internationalen Verkehr von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital teilzuhaben, denn darin läge der Schlüssel für wirtschaftlichen und menschlichen Fortschritt. Die Öffnung gegenüber Europa, die im Übrigen nichts anderes sei als eine Öffnung gegenüber der Welt, sei letztendlich in den kommenden Jahrzehnten der Motor der Entwicklung.³⁰⁵

Im Binnenmarkt liegt ferner die Lösung für die Modernisierung der europäischen Wirtschaft, die sich auf den Dienstleistungsbereich ausrichtet, sowie für die neuen Ziele wie Umweltschutz oder Wohlstand der Verbraucher.

Zur gleichen Zeit formiert sich auf Betreiben des Briten Basil De Ferranti und seines deutschen Amtskollegen Karl von Wogau, der der EVP-Fraktion angehört, eine informelle Gruppe. Deren Ziel ist es, durch die Verwirklichung des Binnenmarkts das wirtschaftliche Potenzial Europas zu stärken und den innergemeinschaftlichen Handel auszubauen. Die Gruppe nennt sich „Känguru-Gruppe“ (Kangaroo Group), in Anlehnung an die Fähigkeit dieses Tieres, große Sprünge zu machen und somit im übertragenen Sinne Grenzen zu überwinden. Karl von Wogau, Basil De Ferranti und der deutsche Sozialdemokrat Dieter

Rogalla übernehmen die Führung dieser Gruppe, die am Rande der Tagungen des Parlaments zusammentritt, regelmäßig politische Persönlichkeiten empfängt und Druck auf politischer und fachlicher Ebene ausübt, indem sie die Abschaffung der Personenkontrollen an den Grenzen und dann die Vollendung des Binnenmarkts fordert.

Auch die EVP-Fraktion fordert am 6. Mai 1982 in ihrer Aachener Erklärung die Aufhebung der Grenzen innerhalb der Gemeinschaft. Sie bedauert, dass ein europäischer Pass eingeführt werden soll, obwohl die Personenkontrollen an den Grenzen noch nicht abgeschafft wurden.³⁰⁶

Im Europäischen Parlament wird die Wiederbelebung des Binnenmarktprojekts von der EVP-Fraktion energisch unterstützt. Fernand Herman, Mitglied des nichtständigen Ausschusses des Parlaments zum wirtschaftlichen Wiederaufschwung in Europa, plädiert für mehr Europa, mehr Investitionen und mehr Forschung.³⁰⁷ Während der Aussprache richtet Karl von Wogau im Namen der Fraktion eine mündliche Anfrage an die Kommission, in der es um die Vorschläge von Fernand Herman geht.³⁰⁸ Er erinnert an die Forderung nach einer Verwirklichung des Binnenmarkts und in diesem Zusammenhang nach einer Aufhebung der Grenzkontrollen bis 1989. In den Vorschlägen der EVP-Fraktion wird besonderer Nachdruck auf Maßnahmen gelegt, die ein Europa der Bürger, die Beseitigung bürokratischer Hindernisse sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen betreffen.

Am 9. April 1984 nimmt das Europäische Parlament den von Karl von Wogau erstellten Bericht über die notwendige Verwirklichung des Binnenmarkts an. Die Veranschlagung der Kosten, die durch die Aufrechterhaltung der Zollschranken im Gemeinsamen Markt entstehen, ist ein ausgezeichnetes Mittel, um die Notwendigkeit des Binnenmarkts ins Bewusstsein zu rücken. So wird in dem Bericht hervorgehoben, dass die europäischen Unternehmen 12 Milliarden ECU einsparen könnten, wenn es den Binnenmarkt gäbe. Als eindrucksvollstes Beispiel werden die Lkw-Warteschlangen an den Grenzen genannt, die aufgrund der Zollabfertigung entstehen und die europäische Wirtschaft jährlich etwa 500 Millionen ECU kosten.

In dem Bericht wird unverhohlen die folgende Frage gestellt: Wird Europa imstande sein, die große Herausforderung der Globalisierung zu bewältigen und Stagnation und Arbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen? Die Berichterstatter merken an, dass der integrierte Binnenmarkt ein notwendiger Rahmen sei, um Innovation, Kreativität und Initiative zu fördern. [...] Die Errichtung eines umfassenden Binnenmarkts sei nicht das Ziel, sondern ein Weg, der einen Aktionsrahmen für die politische Entschlossenheit bieten könne, die

bekanntem Herausforderungen zu bewältigen. Dies sei ein angemessener Rahmen für die industriepolitischen Strategien, die in den europäischen Institutionen entwickelt wurden. Notwendig sei jedoch ein gemeinsamer Wille zum Handeln.³⁰⁹

In dem Bericht werden konkrete Maßnahmen befürwortet, darunter die Einführung eines einheitlichen Aus-, Durch- und Einfuhrdokuments in der Gemeinschaft, das an die Stelle der bestehenden Dokumente treten soll. Ferner wird die Schaffung eines gemeinsamen Zollkodex gefordert und der Wunsch nach einer Angleichung anstatt nach einer Harmonisierung der Mehrwertsteuersätze zum Ausdruck gebracht. Schließlich werden die Entwicklung europäischer Normen und die Einführung eines europäischen Patents angeregt.

Der Bericht stimmt mit den Positionen der Fraktion zum Thema Binnenmarkt überein, die beinhalten nach einem realistischen und pragmatischen Ansatz zu suchen, der Erzeuger und Industrie nicht benachteiligt, sowie konkrete und greifbare Fortschritte für die Bürger anzustreben. Dieses Konzept wird von dem Dänen Poul Møller aufgegriffen, der während der Aussprache über den Bericht erklärt: „*Am Europa der Bürger wollen wir weiterarbeiten.*“³¹⁰

Am 24. Juli 1984 nimmt das Europäische Parlament den von Karl von Wogau im Namen der EVP-Fraktion eingereichten Entschließungsantrag zu den Beschlüssen des Europäischen Rates von Fontainebleau an. Es fordert den Rat auf, den Binnenmarkt zu vollenden und den ECU zu einer parallelen europäischen Währungseinheit zu entwickeln.

Das Weißbuch der Kommission, Gründungsakte des Binnenmarkts

Am 14. Januar 1985 hält der neue Kommissionspräsident Jacques Delors im Europäischen Parlament eine Rede, in der er die Leitlinien der neuen Kommission darlegt. Dabei spricht er sich für die Vollendung des Binnenmarkts aus und schlägt als Endtermin das Jahr 1992 vor, was vom Europäischen Parlament mit großer Zustimmung aufgenommen wird.

Im März 1985 nimmt der in Brüssel tagende Europäische Rat den Vorschlag der Kommission förmlich an. Im Mai beschließt er, dass der Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung nationaler Standards endgültig anzuwenden ist. Der Rat beauftragt die Kommission, ein Arbeitsprogramm und einen Zeitplan für die Verwirklichung des Binnenmarkts aufzustellen. Somit gibt der Europäische Rat binnen weniger Monate grünes Licht für ein Paket von Vorschlägen, die die Grundlage für das Binnenmarktprogramm bilden. Diese politische Entschlossenheit gibt

der Kommission die Möglichkeit, die technische Umsetzung einzuleiten.

Die vom 28. bis 31. Mai 1985 in Luxemburg durchgeführten Studientage der Fraktion sind zu einem Großteil der Wiederbelebung der Wirtschaft und dem Binnenmarkt gewidmet. Emilio Colombo bekräftigt in der Diskussion, dass *„die Überwindung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten für Europa die Gelegenheit sein [muss], seinen Zusammenhalt zu stärken und wieder zu seiner politischen Identität zu finden“*³¹¹.

Karl von Wogau geht in seinem Redebeitrag auf den Beschlussfassungsprozess zum Binnenmarkt ein und erklärt, dass er einen Übergang zur Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit im Rat sehr begrüßen würde. Ziel sei es, gegen die zeitlichen Verzögerungen und die komplizierten und bürokratischen Texte anzugehen.³¹²

Am 14. Juni 1984 veröffentlicht die Europäische Kommission ihr Weißbuch zur Vollendung des Binnenmarkts. Verfasst von Lord Cockfield, Vizepräsident der Kommission und zuständig für den Binnenmarkt, der dabei von dem deutschen Christdemokraten und für Industriepolitik, Forschung und Innovation zuständigen Kommissionsmitglied Karl-Heinz Narjes unterstützt wurde, stellt das Weißbuch ein detailliertes Gesetzgebungsprogramm bis 1992 dar und sieht 300 Maßnahmen zur Schaffung eines *„Binnenmarkts, Raum ohne Grenzen“* vor. Außerdem wird in dem Dokument endgültig ein verbindlicher Zeitplan bis 1992 festgelegt.

Es werden drei Arten von Schranken für den freien Verkehr aufgezeigt: materielle Schranken, technische Schranken und schließlich Steuerschranken. Zu ihrer Beseitigung werden genaue und konkrete Maßnahmen vorgeschlagen.

Am 12. Juni 1985 findet im Europäischen Parlament eine Aussprache zu dem Bericht über den Binnenmarkt statt. In diesem von dem Briten Ben Patterson ausgearbeiteten Bericht wird für die Aufhebung der Grenzen, die Aufstellung gemeinsamer technischer und rechtlicher Industrie- und Handelsvorschriften und schließlich für die Ausarbeitung einer gemeinsamen Verkehrs- und Außenhandelspolitik plädiert.³¹³

Karl von Wogau erinnert an die Voraussetzungen für die Errichtung eines großen Gemeinsamen Marktes: *„Unser Ziel besteht darin, bis zum Jahr 1992 einen offenen Gemeinsamen Markt zu schaffen (...). [Es] ist von besonderer Bedeutung, daß wir einen Gemeinsamen Markt für Zukunftstechnologien schaffen, mit gemeinsamen Normen, der gegenseitigen Anerkennung von Zeugnissen, der Weiterentwicklung des Europäischen Patents, der Entwicklung eines Europäischen Markenrechtes und der*

*europaweiten Ausschreibung, denn das ist die Vorbedingung dafür, daß die kleinen und mittleren Unternehmen, die ja besonders innovativ sind und auch mehr als andere Arbeitsplätze schaffen, von vornherein die Chance des großen Marktes wahrnehmen können.*³¹⁴

Der Franzose Jean-Pierre Abelin, Sprecher der EVP-Fraktion, hebt im weiteren Verlauf hervor, dass die Binnenmarktfrage im Rahmen der Gemeinschaft im weiteren Sinne behandelt werden müsse, wobei es darum gehe, die Regionalpolitik zu verstärken und die Währungen zu stabilisieren sowie für mehr wirtschaftspolitische Konvergenz zu sorgen. *„Es kann keinen Binnenmarkt ohne Außengrenzen und ohne eine wirkliche Außenhandelspolitik geben. Andernfalls würde die von uns gewünschte Weiterentwicklung womöglich dazu führen, dass unsere Märkte von außen überschwemmt werden und die Gemeinschaft bald zu einer seelenlosen Freihandelszone wird.*“³¹⁵

Die Mitglieder der EVP-Fraktion weisen nachdrücklich darauf hin, dass ein Zeitplan, eine Methode und ein praktikables Entscheidungsverfahren für all die geplanten Maßnahmen erforderlich sind. Mit einem genauen Zeitplan soll sichergestellt werden, dass nicht wieder Entscheidungen unendlich vertagt werden. Die Methode sollte darin bestehen, die Maßnahmen in Paketen zu verabschieden, sodass es möglich sein würde, Vorschläge zusammenzufassen und sich auf der Grundlage gegenseitiger Zugeständnisse leichter zu einigen. Und im Beschlussfassungsprozess sollte die qualifizierte Mehrheitsentscheidung die Regel werden.

Der Europäische Rat von Mailand: ein Sieg für die Europäer (Juni 1985)

Als die Staats- und Regierungschefs am 28. und 29. Juni 1985 in Mailand zusammenkommen, finden sie auf dem Verhandlungstisch neben dem Schlussbericht des Dooge-Ausschusses³¹⁶ den vom Parlament vorgelegten Entwurf eines Vertrages über die Europäische Union und den Bericht des Adonnino-Ausschusses vor. Zu diesen drei Dokumenten kommen das Weißbuch über die Vollendung des Binnenmarkts sowie die Feierliche Deklaration von Stuttgart hinzu.

Das Weißbuch von Lord Cockfield wird angenommen. Die Staats- und Regierungschefs erteilen ihre formale Zustimmung zu dem festgesetzten Zeitplan und den vorgeschlagenen Prioritäten. Infolgedessen wird der Ministerrat beauftragt, die institutionellen Bedingungen zu prüfen, unter denen die Vollendung des Binnenmarkts erreicht werden könnte, wobei die Blockaden im Entscheidungsprozess der Gemeinschaft überwunden werden sollen. Beim Überlegungsansatz zu den

Institutionen soll er sich selbstverständlich von den Vorschlägen im Dooge-Bericht leiten lassen.

Der allgemeine Text des Dooge-Berichts ist anspruchsvoll, er kommt den am stärksten föderalistisch ausgerichteten Bestrebungen der damaligen Zeit sehr entgegen und enthält Vorschläge für zahlreiche Neuerungen sowohl im Bereich der Institutionen als auch im Hinblick auf die Zuständigkeiten der künftigen Union. Die Vorbehalte, die mehrere Ausschussmitglieder zu konkreten Punkten äußern, bedeuten allerdings allesamt kleine Rückschritte.

Trotz des Widerstands des Vereinigten Königreichs, Griechenlands und Dänemarks beschließt der Europäische Rat, eine Regierungskonferenz einzuberufen. Dank der Hartnäckigkeit von Außenminister Giulio Andreotti stimmt der Rat erstmals ab und trifft eine Mehrheitsentscheidung. Ziel des Mandats der RK ist es, einen Vertrag über eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik auszuarbeiten und die Änderungen des EWG-Vertrags zu prüfen, die zur Durchführung der institutionellen Anpassungen erforderlich sind, die das Beschlussfassungsverfahren des Rates, die Exekutivbefugnis der Kommission und die Befugnisse des Europäischen Parlaments sowie die Erfassung neuer Tätigkeitsbereiche betreffen.

Am 9. Juli 1985 nimmt das Parlament den Entschließungsantrag seines Institutionellen Ausschusses zur Einberufung der Konferenz an und begrüßt darin die Durchführung dieser Konferenz, die sich mit der institutionellen Reform befassen soll. Es missbilligt jedoch den Mangel an Kohärenz im Verfahren zur Änderung der Verträge, die Tatsache, dass kein Entwurf eines neuen Vertrags für die politische Zusammenarbeit vorliegt, sowie das Ausbleiben der notwendigen Reformen für die Vollendung des Binnenmarkts und die Schaffung eines Europas der Technologie.³¹⁷

Egon Klepsch bewertet die Ergebnisse des Mailänder Gipfeltreffens: *„Nach unserer Beurteilung ist Mailand der Aufbruch in eine neue Phase der europäischen Politik. Es ist ganz unzweifelhaft: Wir hätten uns ein klareres Mandat für die Regierungskonferenz gewünscht, als es erteilt worden ist. Auf der anderen Seite aber erkennen wir an, daß in Mailand die Entschlossenheit an den Tag gelegt wurde, Entscheidungen zu treffen, denn was dieser Gemeinschaft dringend fehlt, sind Entscheidungen. Wir mögen nicht mit jeder einverstanden sein, aber ohne Entscheidungen droht die Gemeinschaft zu verdorren.“*³¹⁸

Trotz alledem ist der Weg zur Einheitlichen Akte frei.

Die EVP-Fraktion beschließt, das Beste aus der Einheitlichen Europäischen Akte zu machen (Februar 1986)

Die Regierungskonferenz, die die Revision der EG-Verträge zum Ziel hat, wird am 9. September 1985 in Luxemburg eröffnet. Aufgrund der unterschiedlichen Einschätzung der Sachlage durch die Mitgliedstaaten steht eine schwierige Debatte über die institutionelle Reform bevor. Die Kommission findet einen Weg, Streitigkeiten zu vermeiden, indem sie ein klares Ziel vorschlägt: die Verwirklichung des Binnenmarkts (das Weißbuch von Lord Cockfield). Das Problem der institutionellen Reform wird dort mit Blick auf dieses wirtschaftliche Ziel behandelt. Da die Aussicht auf den großen Binnenmarkt für das Vereinigte Königreich und für Dänemark von Interesse ist, können sich diese beiden Mitgliedstaaten nun nicht mehr gegen die Reformen stellen, die für seine Verwirklichung notwendig sind.

Die Konferenzteilnehmer einigen sich auf die Grundsätze der institutionellen Reformen, mit denen die Funktionsweise der Gemeinschaft verbessert und ihre Zuständigkeiten erweitert werden sollen. Im Hinblick auf die Verwirklichung eines großen Binnenmarkts bis zum Jahre 1992 wird vorgesehen, die Anwendung der Mehrheitsabstimmung auszuweiten, die Zuständigkeitsbereiche der Gemeinschaft auszudehnen, die Befugnisse des Europäischen Parlaments zu stärken und eine rechtliche Grundlage für die Zusammenarbeit im Bereich der Außenpolitik zu schaffen.

Mit seiner EntschlieÙung vom 12. Dezember 1985 unternimmt das Europäische Parlament einen letzten Versuch, den Verhandlungsverlauf zu beeinflussen. Das Parlament bewertet die Ergebnisse im Vergleich zum Spinelli-Entwurf als unzureichend. Es empfiehlt dem Ministerrat eine Reihe von Verbesserungen und behält sich seine endgültige Stellungnahme vor.³¹⁹

Egon Klepsch hebt im Plenum hervor, dass *„es Ansätze für Reformen und Kompetenzerweiterungen der Europäischen Gemeinschaft gibt und daß man sich um eine Straffung des Entscheidungsverfahrens bemüht. Aber wir sind uns klar darüber, daß das unserer Meinung nach politisch Erforderliche und sachlich Gebotene erheblich über das jetzt Beschlossene hinausgeht.“* Er stellt fest, dass die Fortschritte hinsichtlich der Befugnisse des Parlaments nicht ausreichen und daß *„wir uns sicher [sind], dass wir die Auseinandersetzung mit der Bürokratie des Rates mit dem Ziel, die demokratische Kontrolle im Sinne unserer Bürger herbeizuführen, noch erfolgreich zu bestehen haben“*³²⁰.

Als das Parlament am 16. Januar 1986 seine EntschlieÙung zu den Ergebnissen des Luxemburger Gipfels annimmt, äußert es seine

Vorbehalte und stellt fest, „*daß die einzige Akte nur in einigen Gemeinschaftsbereichen zu gewissen bescheidenen Fortschritten führen kann, aber keine echte Reform der Gemeinschaft darstellt*“³²¹. Diese Entschlie- ßung wird von der EVP-Fraktion uneingeschränkt unterstützt.

Jean Penders ergreift im Namen der EVP-Fraktion das Wort und schlussfolgert aus den Ergebnissen der Konferenz: „*Sie hat sicher nicht den quantum jump gebracht, den ein Mitglied der niederländischen Regierung (...) anführte. Im Angelsächsischen gibt es dafür eine blende- nde Formulierung: ‚We take note‘. Kein Jubel, aber damit arbeiten und das Beste daraus machen.*“³²²

Die EEA knüpft unmittelbar an die Feierliche Deklaration von Stutt- gart sowie an den vom Europäischen Parlament stammenden Entwurf eines Vertrags zur Gründung der Europäischen Union an und bringt deutlich den Willen ihrer Unterzeichner zum Ausdruck, Fortschritte auf dem Weg zur Europäischen Union zu erzielen, auf die in ihrer Prä- ambel und in Artikel 1 Bezug genommen wird.

Mit der am 17. Februar 1986 in Luxemburg unterzeichneten Einheits- lichen Akte wird zum ersten Mal in einem zwischen Regierungen ver- einbarten Rechtstext dem europäischen parlamentarischen Organ der Titel „Europäisches Parlament“ zuerkannt, obwohl es sich selbst schon seit 1962 so nennt. Da das Parlament endlich in seiner Form legitimiert ist, beginnt es, dieses Amt, wenngleich auch verhalten, in seiner Haupt- funktion als Parlament, der Gesetzgebungsfunktion, auszufüllen.

Das neue „Verfahren der Zusammenarbeit“ bietet dem Parlament die Möglichkeit, beim europäischen Rechtsetzungsprozess mitzuwirken. In dem Text³²³ lehnt sich das Verfahren der Zusammenarbeit an das Anhörungsverfahren an, wobei der Rat auf Vorschlag der Kommission und nach Stellungnahme des Parlaments beschließt. Allerdings „legt“ der Rat nur „*einen Gemeinsamen Standpunkt fest*“, den er dem Europäi- schen Parlament übermittelt: Damit wird die zweite Lesung im Parla- ment eingeleitet. Bei der Übermittlung liegt das Schwergewicht auf der Unterrichtung des Parlaments über die Gründe, aus denen der Rat seinen Gemeinsamen Standpunkt festgelegt hat, sowie über die etwaigen Abänderungen, die während der ersten Lesung am Stand- punkt der Kommission vorgenommen wurden. Die zweite Lesung im Parlament hat innerhalb einer Dreimonatsfrist zu erfolgen, in der die Mitglieder die Möglichkeit haben, den Gemeinsamen Standpunkt zu billigen oder sich nicht dazu zu äußern. In diesen beiden Fällen „*wird der Rechtsakt vom Rat (...) endgültig verabschiedet*“. Das Parlament kann den Gemeinsamen Standpunkt auch ablehnen. In diesem Fall hat der Rat binnen eines Monats in zweiter Lesung einstimmig zu beschließen. Schließlich kann das Parlament als Zwischenlösung Abänderungen an

dem Vorschlag der Kommission vorschlagen: Diese überprüft dann innerhalb einer Frist von einem Monat den geänderten Vorschlag und übermittelt anschließend dem Rat zusammen mit dem überprüften Vorschlag die Änderungen, die sie beschlossen hat, nicht zu übernehmen. Will der Rat diese Abänderungen dennoch annehmen oder den überprüften Vorschlag erneut abändern, muss er einstimmig beschließen. Der überprüfte Vorschlag wird mit qualifizierter Mehrheit verabschiedet.

Das zunehmende Engagement der EVP-Fraktion für das „Ziel 1992“

Die Einheitliche Akte tritt im Juli 1987 in Kraft.

Sie stellt die erste weitreichende Änderung des Vertrages von Rom dar. Über ihre institutionellen Bestimmungen hinaus werden darin hauptsächlich das Binnenmarktprojekt und das in diesem Zusammenhang aufgestellte „Programm 1992“ berücksichtigt. In der Einheitlichen Akte wird der Binnenmarkt in die Ziele des europäischen Einigungsprozesses aufgenommen und definiert als ein *„Raum ohne Binnengrenzen, in dem der freie Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital (...) gewährleistet ist“*³²⁴. Es werden wichtige Leitgrundsätze wie Wettbewerb, Zusammenarbeit und Solidarität verkündet. Der 31. Dezember 1992 wird offizieller Endtermin für die Vollendung des Binnenmarkts und zeugt von der politischen Entschlossenheit und den Bemühungen der Gemeinschaft, dieses Vorhaben zum Erfolg zu führen.

Das Europäische Parlament bringt sich umgehend in die Verwirklichung des Binnenmarkts ein. Ein nichtständiger Ausschuss für den Erfolg der Einheitlichen Akte wird beauftragt, eine Stellungnahme zu der Mitteilung der Kommission *„Die europäische Akte muss ein Erfolg werden – eine neue Perspektive für Europa“* abzugeben. Mit der Ausarbeitung des Berichts werden Karl von Wogau und der Spanier Enrique Barón Crespo betraut, die ihn den anderen Mitgliedern am 13. Mai 1987 vorlegen.³²⁵

Im März 1988 veröffentlicht die Europäische Kommission eine von einer Gruppe unabhängiger Sachverständiger ausgearbeitete Studie zum Thema *„Europa 1992. Die große Herausforderung“*. Gegenstand dieser gemeinhin als „Cecchini-Bericht“ bezeichneten Studie sind *„Die Kosten des Nicht-Europa“* und die Vorteile des Binnenmarkts sowie deren Evaluierung. Im Cecchini-Bericht werden die Vorteile des Binnenmarkts auf fünf Prozent mehr Wachstum und 5 Millionen neue Arbeitsplätze in der Gemeinschaft geschätzt. Der Bericht berücksichtigt darüber

hinaus politische Erwägungen, die sich aus der Vollendung des Binnenmarkts ergeben könnten. Die Verwaltung eines großen Wirtschaftsraums ohne Grenzen erfordert eine neue Entscheidungsfähigkeit auf Gemeinschaftsebene, wodurch die Kommission zur Keimzelle einer Regierung werden könnte.³²⁶ Diese Auffassung wird vom Parlament und von der Kommission geteilt.

Das Europäische Parlament und ganz besonders die EVP-Fraktion sprechen sich für verstärkte Befugnisse der Kommission, aber auch des Parlaments selbst aus. Am 15. Juni 1988 erörtern die Abgeordneten zugleich die institutionellen Konsequenzen der „Kosten des Nicht-Europa“³²⁷ und die Konsequenzen der Vollendung des Binnenmarkts³²⁸.

In dem Bericht wird festgestellt, dass sich durch die Verwirklichung der Einheitlichen Akte erhebliche Einsparungen erzielen lassen (pro Jahr 170 Milliarden ECU).^a Die Abgeordneten werden aufgefordert, dafür zu sorgen, dass der Prozess sich nicht im Gewirr der Bürokratie totläuft, wobei hierfür Bemühungen um mehr Transparenz im Beschlussfassungsverfahren erforderlich sind.³²⁹

Im Laufe der Aussprache trägt Lambert Croux eine mündliche Anfrage im Namen der EVP-Fraktion vor und unterstreicht Folgendes: *„Wenn wir den Binnenmarkt realisieren, wird sich eine derartige qualitative Veränderung in unserer Gemeinschaft in praktisch allen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Bereichen, sogar in Teilen der Kulturpolitik vollziehen, daß auch politisch-institutionelle Veränderungen notwendig werden und daß wir in der Tat zu einem Ansatz für eine europäische Regierung kommen müssen (...). Ich meine, daß dann der Zeitpunkt gekommen ist, daß die Kommission von einem Mann geführt werden muß, der selbst seine Kommissare benennt nach Absprache mit Regierungen und Parlamenten und mit Zustimmung des [Europäischen] Parlaments.“*³³⁰

Am 27. Juni 1988, während der Tagung des Europäischen Rates in Hannover, nehmen die Staats- und Regierungschefs die Vollendung des Binnenmarkts in die Prioritäten der Gemeinschaft auf. Sie heben in ihren Schlussfolgerungen hervor, dass die Vollendung des Binnenmarkts mit dem Umweltschutz, der Verwirklichung des Europas der Bürger und des sozialen Europas sowie mit der Schaffung der Währungsunion Hand in Hand gehen müsse. Das Europa der Bürger bedeute, die Hindernisse für die Freizügigkeit zu beseitigen und dabei gleichzeitig die innere Sicherheit zu gewährleisten. Ziel des sozialen Europas sei es indessen sicherzustellen, dass die Vorteile des Binnenmarkts allen zugutekommen.

a Der Berichterstatter führt ein ganz konkretes Beispiel an: Demnach würde eine vierköpfige Familie in einer Größenordnung von jährlich 2 000 bis 3 000 ECU profitieren.

Im Übrigen zeigt sich der Rat zufrieden mit den Fortschritten, die auf dem Weg zur Vollendung des Binnenmarkts erzielt wurden. Er begrüßt, dass in strategischen Bereichen wie der vollständigen Liberalisierung des Kapitalverkehrs, der gegenseitigen Anerkennung der Diplome, der Liberalisierung des öffentlichen Beschaffungswesens, dem Versicherungswesen sowie dem Güterkraftverkehr und dem Flugverkehr Beschlüsse gefasst wurden. Diese Fortschritte seien durch die „*volle Ausschöpfung der in der Einheitlichen Europäischen Akte vorgesehenen Abstimmungsverfahren*“³³¹ ermöglicht worden.

Die EVP-Fraktion begrüßt die Ergebnisse des Europäischen Rates und stellt fest, dass die neuen Beschlussfassungsverfahren beträchtliche Fortschritte bei der Umsetzung des Weißbuchs ermöglicht haben. Nach Auffassung der Fraktion begegnet man hier jener auf konkreten Verbindungen aufbauenden Dynamik der Verzahnung, die Jean Monnet teuer war: konkrete Solidarität üben.³³²

Der Binnenmarkt: eine positive Gesamtbilanz

Dank der Einheitlichen Akte erhält das Europäische Parlament mehr Handlungsspielraum, um Kommission und Rat unter Druck zu setzen und den Entscheidungsprozess zu beeinflussen. Die jährlichen Berichte des Ausschusses für Wirtschaft, Währung und Industrie über die Vollendung des Binnenmarkts geben dem Parlament die Möglichkeit, die Umsetzung des Weißbuchs zu kontrollieren und die Maßnahmen, die seiner Auffassung nach Vorrang haben müssen, zu unterstützen.

Ein Beispiel dafür ist der am 16. Mai 1991 angenommene Bericht von Karl von Wogau, in dem das Bedauern darüber zum Ausdruck gebracht wird, dass es nach Öffnung der Binnengrenzen der Gemeinschaft nicht zu Fortschritten in Bezug auf das soziale Europa und die innere Sicherheit kam. Hingegen wird in dem Bericht der Einfluss des Parlaments in den Vordergrund gestellt und begrüßt, dass über die Hälfte der vom Europäischen Parlament vorgeschlagenen Abänderungen direkt oder indirekt vom Rat übernommen wurden.³³³

Der letzte Bericht über die Vollendung des Binnenmarkts wird von Ben Patterson verfasst und am 18. Dezember 1992, wenige Tage vor Ablauf der Frist, angenommen. Er unterstreicht, dass die Arbeit noch lange nicht abgeschlossen sei, insbesondere was die Angleichung der Mehrwertsteuersätze, die Unternehmensbesteuerung, die Luftkabinengebühren, das System der Gemeinschaftsmarke und das Gemeinschaftspatent angehe. Das zweite Problem, das Ben Patterson anspricht, betrifft die Umsetzungsquote der Rechtsakte in nationales Recht. In dem Bericht wird die Kommission aufgefordert, alle ihr zur Verfügung

stehenden Mittel zu nutzen, um die Mitgliedstaaten zu verpflichten, dieser Situation abzuweichen. Das Europäische Parlament droht sogar, eine Untätigkeitsklage gegen die Kommission einzureichen, falls diese gegenüber den Mitgliedstaaten nicht mehr Entschlossenheit zeige.³³⁴

Parallel dazu geben die EVP-Fraktion und der Ausschuss für Wirtschaft, Währung und Industrie des Europäischen Parlaments den Anstoß zu zahlreichen Entschließungsanträgen, in denen die Einhaltung des Endtermins gefordert und die Verabschiedung von Maßnahmen empfohlen wird, die die Freizügigkeit der Personen, die Unionsbürgerschaft und die zur Aufhebung der materiellen Schranken erforderliche Steuerharmonisierung betreffen.³³⁵

Das andere Organ, dessen Beschlussfassungsverfahren durch die Einheitliche Akte einschneidende Änderungen erfährt, ist der Rat selbst. Zahlreiche Maßnahmen, die für die Verwirklichung des Binnenmarkts notwendig sind, werden mit qualifizierter Mehrheit beschlossen: gemeinsamer Zolltarif, freier Dienstleistungsverkehr, freier Kapitalverkehr und Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten.

Andererseits wird in Steuerfragen sowie in Fragen der Freizügigkeit und in der Rechte und Interessen der Arbeitnehmer am Einstimmigkeitsvotum festgehalten. In diesen sensiblen Themenbereichen wollen sich die Mitgliedstaaten ihre Hoheitsgewalt bewahren. Die EVP-Fraktion, die sich dafür ausgesprochen hatte, bei allen in dem Weißbuch vorgesehenen Maßnahmen zur Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit überzugehen, kann nicht umhin, ihr Bedauern zu bekunden.

Immerhin können von nun an etwa zwei Drittel der in dem Weißbuch enthaltenen Maßnahmen mit qualifizierter Mehrheit angenommen werden, was die Verwirklichung des „Programms 1992“ wesentlich erleichtert und beschleunigt hat.

Die Einheitliche Europäische Akte erweitert die Tätigkeitsbereiche der Gemeinschaft und schafft dadurch eine neue Dynamik. Auf die Regional-, Sozial-, Umwelt- und Verkehrspolitik wird bei der Vollendung des Binnenmarkts besonderes Augenmerk gelegt. Die für 1993 anvisierte Beseitigung der Hemmnisse für die Freizügigkeit soll dazu beitragen, die Lebensbedingungen überall in der Gemeinschaft zu verbessern. Die Grenzöffnung soll unbedingt mit einer Reihe von Maßnahmen verbunden werden, die darauf abzielen, die Entwicklungsunterschiede im sozialen Bereich und auf regionaler Ebene zu verringern. Folglich besteht das Ziel der Solidaritätspolitik darin, die Verwirklichung des Binnenmarkts zu flankieren und dessen Ungleichgewichte durch Strukturmaßnahmen zu korrigieren.

Die Kommission ist bestrebt, die Strukturinterventionen der Gemeinschaft zu reformieren, und schlägt vor, die für die Verwirklichung der

Strukturfondsziele bestimmten Haushaltsmittel bis 1992 zu verdoppeln.

Die Strukturfonds dienen als Mittel zur Verwirklichung der Politik des Zusammenhalts. Nach Ansicht von Panayotis Lambrias sollten sie dazu beitragen, die sozialen und wirtschaftlichen Strukturen der Gemeinschaft zu verbessern und sich den Zielen zu nähern, die sich die Gemeinschaft im Rahmen der allgemeinen Entwicklungspolitik gesetzt hat. Infolgedessen wird die Strukturpolitik der Gemeinschaft im Jahr 1988 einer tief greifenden Reform unterzogen.

Dank dieser Reform werden über 60 Milliarden ECU für die Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts bereitgestellt. Während der Studientage der EVP-Fraktion in Galway freut sich Egon Klepsch darüber, dass: „*der EG der entscheidende Durchbruch zur Solidargemeinschaft gelungen [ist]*“³³⁶.

Die zweite Strukturfondsreform wird 1992 eingeleitet. Der Europäische Rat beschließt auf seiner Tagung in Edinburgh (11.-12. Dezember 1992), die Finanzmittel für die Regionalpolitik aufzustocken.

Kapitel XXII
EUROPA DER SYMBOLE
UND EUROPA DER BÜRGER:
VOM ADONNINO-AUSSCHUSS (1984)
ZUM VERTRAG VON MAASTRICHT
(1992)

Die zwölf Alexandersterne und die Neunte von Beethoven

Am 29. Mai 1986 steigen vor dem Gebäude der Europäischen Kommission in Brüssel langsam zwölf goldene Sterne auf blauem Hintergrund in die Höhe. Europa gibt sich – nach 36-jährigem Bestehen – ein einheitliches Symbol für all seine Organe. Zu den Anwesenden, die gekommen sind, um Beethovens Ode an die Freude zu lauschen, zählen natürlich Jacques Delors, der neue Präsident der Kommission, und Pierre Pflimlin, der Präsident des Europäischen Parlaments. Ihm vor allem haben wir zu einem großen Teil die neue Flagge „von eleganter Schlichtheit“ zu verdanken „[Das europäische Ideal] wurde mitunter von der Tendenz der europäischen Institutionen verdeckt, die jeweilige Besonderheit stärker herauszustellen und sich so von den anderen Institutionen abzugrenzen. Die Gemeinschaft litt besonders unter den Streitigkeiten, bei denen sich ihre Hauptakteure, der Ministerrat, die Kommission und das Europäische Parlament, zu häufig gegenüberstanden. Diese Streitigkeiten, für die die Öffentlichkeit kaum Interesse aufbringt, schaden dem Image Europas. Für mich war es daher von großer Bedeutung, alle europäischen Institutionen unter einer gemeinsamen Flagge zu vereinen. Der Europarat, das älteste Organ Europas, hatte bereits die zwölf goldenen Sterne auf blauem Hintergrund [als Flagge] gewählt. Die anderen Organe hatten die Flagge jeweils um ein eigenes Symbol ergänzt: Für das Europäische Parlament waren dies die Buchstaben EP-PE, umringt von Eichenblättern. Im Anschluss an eine Entschließung des Parlaments gelang es mir, wenn auch mit Mühe, das Präsidium davon zu überzeugen, auf das Symbol zu verzichten.“³³⁷

Das „Europa der Bürger“ ist bereits in den 1970er Jahren, seit dem Bericht von Leo Tindemans über die Europäische Union, ein wichtiges Thema und wird im Laufe der 1980er Jahre, mit dem Näherrücken der Unterzeichnung des Vertrags von Maastricht, zunehmend zu einem

politischen Ziel. Auf der Sitzung des Europäischen Rates von Fontainebleau im Juni 1984 wird ein Ausschuss aus persönlichen Vertretern der Staats- und Regierungschefs eingerichtet, der noch vor Mitte 1985 eine Reihe von Vorschlägen zu diesem Thema ausarbeiten soll. Als erste besondere Gemeinschaftstätigkeit in diesem Sinne übernimmt er die Vorbereitung und Koordinierung von Initiativen, mit denen die Identität und das Bild der Gemeinschaft in den Augen der Bürger und der Welt gefestigt werden soll. Er befasst sich mit den Maßnahmen, die für den freien Warenverkehr, die Erleichterung der Formalitäten für den Personenverkehr sowie für ein System der Anerkennung von Bildungsabschlüssen erforderlich sind. Darüber hinaus ist er mit der Entwicklung symbolischer Elemente beauftragt: der Schaffung einer gemeinsamen Flagge und einer europäischen Hymne, der Angleichung der Grenzkontrollen sowie der Einführung einer europäischen Währung – des ECU.³³⁸ Ein Jahr später stellt der Vorsitzende des Ausschusses, Pietro Adonnino, ehemaliges Mitglied der EVP-Fraktion, bei der Tagung des Europäischen Rates in Mailand den endgültigen Bericht vor, in dem untersucht wird, inwiefern die Rechte der Bürger der Gemeinschaft ausgeweitet und die Regelungen, mit denen ihre Freizügigkeit eingeschränkt wird, gelockert werden können. Außerdem werden Vorschläge zu speziellen Bürgerrechten, Kultur und Kommunikation, Information, Jugend, Bildung, Austausch und Sport, Gesundheit, sozialer Sicherheit, Partnerschaften sowie zur Verbesserung der Wahrnehmung und der Identität der Gemeinschaft vorgelegt.

Europa zu einer greifbaren Realität machen

Der Bericht spiegelt in großem Maße die Forderungen der EVP-Fraktion wider. So enthält er mehrere Vorschläge, mit denen die Teilnahme der Bürger am Gemeinschaftsleben gefördert werden soll, unter anderem bezüglich der Freizügigkeit der Bürger, der Aufhebung oder Vereinfachung der Personenkontrollen, der Einführung europäischer Pässe sowie, auf längerfristige Sicht, Ideen, die 1992 als die Vorschläge von Jacques Delors zur Schaffung eines „Europas ohne Grenzen“ bekannt werden. Dazu zählen außerdem die Besteuerung in Grenzgebieten, die gegenseitige Anerkennung von Hochschulabschlüssen und beruflichen Eignungsnachweisen sowie die Einrichtung eines allgemeinen Aufenthaltsrechts.³³⁹ Ferner wird erkannt, dass die Maßnahmen zur Freizügigkeit von Personen weniger Bedenken hervorrufen, wenn sie der Errichtung des Binnenmarktes geschuldet sind.

Die Fraktion begrüßt zwar den Bericht Adonnino, ihr Vorsitzender Egon Klepsch weist aber auch darauf hin, dass das Europäische Parlament nicht außen vor gelassen werden dürfe: *„Wer die Gemeinschaft*

*über intergouvernementale Ausschüsse, Ad-hoc-Arbeitsgruppen oder andere Gremien voranbringen will, in denen dann wieder nur die nationalen Bürokraten den Ton angeben, baut Europa auf sandigen Boden“.*³⁴⁰ Er hofft, dass „das Europa der Bürger nicht nur im Adonnino-Bericht eine vorzügliche schriftliche Grundlage erhält, sondern daß dafür auch die konkreten Maßnahmen getroffen werden“³⁴¹. Die EVP-Fraktion bemüht sich, dieser Absichtserklärung Taten folgen zu lassen, und Elmar Brok hat die Aufgabe, die Meinung des Parlaments zu den Empfehlungen des Adonnino-Ausschusses darzulegen. Auf der Plenartagung im November 1985 verabschiedet das Parlament die Berichte zum „Europa der Bürger“: den Bericht Brok zum Europa der Bürger und den ersten Bericht von Nicole Fontaine über den Vorschlag für eine Richtlinie über eine allgemeine Regelung zur Anerkennung der Hochschuldiplome.³⁴²

Das Parlament befasst sich außerdem mit der Frage des aktiven und passiven Wahlrechts bei Kommunalwahlen und bei den Wahlen zum Europäischen Parlament für Bürger aus einem anderen als dem Wohnmitgliedstaat. Im Bericht Brok finden die Vorschläge des Adonnino-Ausschusses Unterstützung, dem Rat wird jedoch vorgeworfen, diese nicht rasch genug umzusetzen. Mit dem Ziel, Europa zu einer greifbaren Realität zu machen, enthält der Bericht zahlreiche detaillierte Vorschläge zu den Themen spezielle Bürgerrechte, Kultur, Kommunikation und Information, Jugend, Bildung, Austausch und Sport, Freizügigkeit der Bürger, freier Waren- und Kapitalverkehr, Umwelt, Gesundheit, Drogen und soziale Sicherheit.³⁴³

Werner Münch, Koordinator der Fraktion im Ausschuss für Jugend und Kultur, betont die Bedeutung einer gemeinsamen Identität und eines europäischen Bewusstseins: *„Der Bürger will keine Hindernisse, Barrieren, Formulare, Gebühren, Kontrollen und Konflikte. Der Bürger will schon gar nicht Stagnation und Resignation. Der Bürger in Europa will Ermutigung für eine Idee. Er will Hilfen für stärkeres europäisches Bewußtsein, er will mehr Möglichkeiten für höhere Akzeptanz und Identifikation, und er will Weichenstellungen für Visionen und reale Utopien. Entscheidend bleibt – abgesehen von allen politischen Einzelfragen – im Kern die Beteiligung der Bürger an der politischen Willensbildung in der Gemeinschaft, denn die Grundlage eines demokratisch rechtsstaatlichen Europas ist die Verwirklichung des Prinzips der Gewaltenteilung.“*³⁴⁴

Aufhebung der Grenzkontrollen

Nur einen Monat nach der Vorlage des Berichts des Adonnino-Ausschusses präsentiert der Ausschuss für Recht und Bürgerrechte einen Bericht über den Vorschlag der Kommission zur Erleichterung

der Kontrollen und Formalitäten für Bürger der Mitgliedstaaten an den Binnengrenzen der Gemeinschaft. In dem Bericht wird betont, dass das Ziel der Gemeinschaftstätigkeiten hinsichtlich der Binnengrenzen nicht die Erleichterung, sondern die Abschaffung der Personenkontrollen sein sollte.³⁴⁵ Die wichtigsten darunter betreffen die indirekte Besteuerung, die pflanzengesundheitlichen und statistischen Kontrollen sowie die Bestimmungen über die Abschaffung des Einheitsdokuments, das bei grenzüberschreitenden Warentransporten dem Zoll vorgelegt werden musste.³⁴⁶

Die Liberalisierung innerhalb der Gemeinschaft setzt natürlich eine entsprechende Überwachung der Außengrenzen voraus. Mit dem Schengener Abkommen werden ab dem 1. Januar 1993 alle Kontrollen an den Grenzen zwischen den Mitgliedstaaten aufgehoben, und die Kontrollen werden an die Außengrenzen des Schengen-Raums verlegt. Eine gemeinsame Visumpolitik sowie ein gemeinsames Asylrecht werden ebenfalls angestrebt.

Nach Ansicht der EVP-Fraktion ist die Freizügigkeit von Personen stets im Zusammenhang mit der Frage der inneren Sicherheit zu betrachten. Im Bericht Malangré über den freien Personenverkehr und die Sicherheit in der Europäischen Gemeinschaft vom 10. September 1992 wird betont, dass die Öffnung der Grenzen am 1. Januar 1993 unter keinen Umständen verzögert werden darf. Außerdem werden eine eingehende Prüfung der Einrichtung eines gemeinschaftlichen Polizeiapparates zur Bekämpfung der internationalen organisierten Kriminalität sowie die Achtung der Menschenrechte und der internationalen Verpflichtungen in allen das Asylrecht betreffenden Vorschlägen gefordert.³⁴⁷

Jugendaustausch

Der Raum ohne Grenzen eröffnet jungen Europäern neue Möglichkeiten. Die Gemeinschaft fördert mit ihren speziellen Programmen die berufliche Erstausbildung oder Weiterbildung, die Mobilität von Studenten und Hochschullehrern in Europa, die akademische Anerkennung von in einem anderen Mitgliedstaat erbrachten Studienleistungen, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Unternehmen sowie das Erlernen von Fremdsprachen. Die Anzahl der Gemeinschaftsprogramme^a und die Höhe der bereitgestellten Mittel steigen mit jedem Jahr weiter an.

a Wesentliche Programme: PETRA (Jugendliche in Erstausbildung und Ausbildungsverantwortliche), FORCE (Weiterbildung), COMETT (Zusammenarbeit zwischen Hochschu-

Die Förderung des gegenseitigen Verständnisses durch Jugendaustauschprogramme ist schon seit Beginn der 1980er Jahre eine Forderung der EVP-Fraktion. Damals wurden auf Initiative von Reinhold Bocklet im Gemeinschaftshaushalt erstmals Mittel für den Jugendaustausch vorgesehen.³⁴⁸ Die Mitglieder der EVP-Fraktion unterstützen sämtliche Austauschprogramme und fordern angemessene Finanzmittel dafür. Nicole Fontaine ist die Berichterstellerin für das Programm YES FÜR EUROPA (Aktionsprogramm zur Förderung des Jugendaustauschs)³⁴⁹, Mary Elizabeth Banotti berichtet über das Programm PETRA³⁵⁰ und Arie Oostlander über das Programm TEMPUS.³⁵¹ Anna Hermans ist für die Berichterstattung über die europäische Dimension auf Hochschulebene zuständig.³⁵² Werner Münch regt die Mobilität der Lehrer an.³⁵³ Die EVP-Fraktion stimmt einstimmig dafür, gemäß dem Bericht Hermans über die Bildungs- und Ausbildungspolitik aus der Sicht von 1993³⁵⁴ vorzuschlagen, den Rahmen des ERASMUS-Programms auf die Grund- und Sekundarbildung auszuweiten.

Die europäische Staatsbürgerschaft

Im Vertrag von Maastricht aus dem Jahr 1992 sichern die europäischen Regierenden zu, dem Europa der Menschen zunehmend Raum zu geben. Die größte Neuerung des Vertrags wird die Unionsbürgerschaft sein, auf die alle Menschen, die über die Staatsbürgerschaft eines der Mitgliedstaaten verfügen, Anspruch haben. Mit der europäischen Bürgerschaft gehen spezielle Rechte einher, die sich aus der Zugehörigkeit zur Gemeinschaft ergeben und zusätzlich zu den Rechten und Pflichten gelten, die aus der Staatsangehörigkeit zu einem Mitgliedstaat resultieren. So haben die europäischen Bürger das Recht, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten, das aktive und passive Wahlrecht bei kommunalen Wahlen und Wahlen zum Europäischen Parlament, wenn sie in einem Mitgliedstaat wohnen, dessen Staatsangehörigkeit sie nicht besitzen, sowie das Recht auf diplomatischen und konsularischen Schutz eines jeden Mitgliedstaats auf dem Hoheitsgebiet eines Drittlandes. Ferner können Unionsbürger ihre Rechte aus dem neuen Vertrag einfordern, indem sie ihr Petitionsrecht gegenüber dem Europäischen Parlament geltend machen und Beschwerden, die sich auf Missstände bei der Tätigkeit der Organe und Institutionen der Gemeinschaft beziehen, beim neu eingerichteten Bürgerbeauftragten einreichen.

len und Unternehmen), ERASMUS (Mobilität von Studierenden), JUGEND FÜR EUROPA (Jugendaustausch für 15- bis 25-Jährige), LINGUA (Sprachausbildung), TEMPUS (wissenschaftliche Zusammenarbeit mit Mitteleuropa).

Allerdings ist das Petitionsrecht keine wirkliche Neuerung. Bereits seit 1953 hat das Parlament aufgrund einiger Bestimmungen seiner Geschäftsordnung jedem europäischen Bürger das Recht eröffnet, bei ihm Petitionen einzureichen. Die Einführung des Petitionsrechts in den Vertrag von Maastricht war daher nur eine feierliche Bestätigung eines Bürgerrechts, dessen Ausübung das Parlament bereits seit 1987 garantierte.³⁵⁵

Die Staatsbürgerschaft kann nur in einem Umfeld bestehen, in dem jeder über Rechte und Grundfreiheiten verfügt, und zwar sowohl als Einzelperson als auch als Teil eines sozialen Gefüges. Die Staatsbürgerschaft ist daher nicht als Privileg ausgelegt, sondern als ein Aspekt der Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft, in der jedem garantiert wird, dass seine Rechte und seine Würde geachtet werden. Diese Vorstellung, die auch Teil des christlichen Glaubens ist, wird im ersten Bericht Bindi über die Unionsbürgerschaft aufgegriffen: *„Die Staatsbürgerschaft [ist] ein Kriterium für die Festlegung der Natur der Union (...), die wir aufbauen. (...) Neben den Staaten müssen die Bürger zu auch rechtlichen Hauptfiguren des gemeinschaftlichen Aufbauwerks werden. Ein Vertrag zwischen souveränen Staaten genügt nicht mehr; unerlässlich wird der Aufbau der Union auch auf der bestimmenden Präsenz der Bürger: Die Union kann keine vorwiegend bürokratische Struktur sein, sie muss eine wesentliche demokratische Komponente entwickeln.“*³⁵⁶

Der Institutionelle Ausschuss des Parlaments erarbeitet den endgültigen Bericht Bindi über die Unionsbürgerschaft, der am 21. November 1991 angenommen wird. In dem Bericht wird die Aufnahme bestimmter Artikel zur Unionsbürgerschaft in den Vertrag der Europäischen Union vorgeschlagen. Die Definition der Unionsbürgerschaft ist ein wesentliches und einigendes Element der Europäischen Union, da die Union nicht nur auf der Beziehung zwischen den Staaten, sondern ebenso auf den Beziehungen zwischen den Bürgern basieren muss. Es wird gefordert, einen wirklichen Bürgerstatus zu schaffen, der zum einen die Einhaltung der Pflichten, vor allem aber die Gewährleistung und Durchsetzung ihrer Rechte vereinfacht. Ziel ist es, die Unionsbürgerschaft zur Grundlage der politischen Macht der Gemeinschaft zu erklären. Die Legitimität der Gemeinschaft geht von den Bürgern aus, und durch die Ausübung ihrer Rechte bestimmen sie die grundsätzlichen Entscheidungen der Gemeinschaft. Die Staatsbürgerschaft muss in einem System, in dem allen Menschen, auch Gebietsfremden, soziale und wirtschaftliche Rechte zuerkannt werden, ihr Potenzial erfüllen können.³⁵⁷

Der Europäische Bürgerbeauftragte

Die Bürger der Union können beim Bürgerbeauftragten Beschwerden einreichen, die die öffentliche Verwaltung der Gemeinschaft betreffen. Der Bürgerbeauftragte kann infolge der Klage einer Einzelperson, einer Vereinigung oder auf eigene Initiative eine Untersuchung einleiten. Geschaffen wurde das Amt, um die Rechte und Interessen der Bürger zu schützen und in der Gemeinschaft ein möglichst hohes Maß an Transparenz zu gewährleisten.

Nach Maastricht erarbeitet der Institutionelle Ausschuss des Parlaments einen Bericht über die Stellung des Europäischen Bürgerbeauftragten und die Bedingungen für die Ausübung seiner Aufgaben (Bericht Bindi über den Europäischen Bürgerbeauftragten, angenommen am 17. Dezember 1992³⁵⁸). Dies ist der erste Rechtsakt auf Initiative des Parlaments gemäß dem Vertrag von Maastricht. Inhaltlich ist dieser Beschluss von großer Bedeutung, weil er die Kontakte zwischen den Bürgern und den Gemeinschaftseinrichtungen fördert. *„Es geht somit um die Lösung eines Problems, das direkt mit der Einführung der europäischen Staatsbürgerschaft verbunden ist.“*³⁵⁹

Der Bürgerbeauftragte ist ausschließlich dem Europäischen Parlament verpflichtet: Er wird vom Europäischen Parlament ernannt, erstattet dem Parlament über jede Feststellung eines Missstands in der Verwaltungstätigkeit Bericht und legt ihm einen Jahresbericht vor. Der Entwurf ist Gegenstand zweier Seminare, an denen Professoren, Fachleute und nationale Bürgerbeauftragte aller Mitgliedstaaten teilnehmen. Die Frage des Europäischen Bürgerbeauftragten wird außerdem bei der Aussprache am 17. November 1993 über die Verhandlungen mit der Kommission und dem Rat im Hinblick auf eine interinstitutionelle Erklärung über einen Beschluss zu dem Statut des Bürgerbeauftragten behandelt. Rosaria Bindi fordert, dass der Bürgerbeauftragte Zugang zu allen Informationsquellen der Institutionen haben und seine Tätigkeiten unabhängig durchführen können sollte.³⁶⁰ Entsprechend der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 25. Oktober 1993 zum Europäischen Bürgerbeauftragten billigt der Rat am 7. Februar 1994 den Entwurf eines Beschlusses des Parlaments zu diesem Thema.³⁶¹

Das aktive und passive Wahlrecht bei Kommunalwahlen und bei den Wahlen zum Europäischen Parlament

Das Prinzip entstammt dem Vertrag von Rom, wobei die Debatte darüber bereits 1974 begann, als der Europäische Rat den Rat und eine Arbeitsgruppe mit der Ausarbeitung eines Entwurfs zum Wahlrecht

beauftragte. Nach eher verhaltenen Reaktionen der Kommission sowie zahlreichen Entschließungsanträgen der Mitglieder des Europäischen Parlaments nimmt das Parlament diese Frage bei der Debatte über das Europa der Bürger wieder auf und fordert die Kommission zum Handeln auf.³⁶²

Vertreter der Fraktionen und die lokalen Abgeordneten beraten über die mündliche Anfrage vom 13. November 1985 zum aktiven und passiven Wahlrecht der Bürger anderer EG-Mitgliedstaaten zu Gemeinderäten und zum Europäischen Parlament im Mitgliedsland ihres Wohnsitzes.³⁶³ In der Aussprache betont Michelangelo Ciancaglini, Mitglied der EVP-Fraktion, dass die beiden Repräsentationsebenen, die kommunale Wahl und die Wahl zum Europäischen Parlament „*ein unverzichtbares Minimum für jenes Europa der Bürger bilden, das sonst der elementarsten Inhalte entbehren würde*“³⁶⁴.

Im Nachgang zu einem Vorschlag der Kommission³⁶⁵ entsteht der Bericht über das Wahlrecht der Bürger anderer EG-Mitgliedstaaten zu Kommunalwahlen im Mitgliedsland ihres Wohnsitzes³⁶⁶, der am 15. März 1989 vorgelegt wird und mit dem die Situation von vier Millionen europäischen Bürgern geklärt werden soll, denen ihr Wahlrecht bei Kommunalwahlen vorenthalten wird. Da die Umsetzung des Europas der Bürger zur Beseitigung der immer noch bestehenden Benachteiligung von Angehörigen eines Mitgliedstaats, die in einem anderen Mitgliedstaat ihren Wohnsitz haben, führen soll, ist es logischer und auch gerechter, wenn Bürger an der Wahl in der Gemeinde teilnehmen, in der sie ihren Wohnsitz haben, als in einer Gemeinde wählen zu dürfen, in der sie zwar nicht wohnen, deren Staatsangehörigkeit sie aber besitzen. In dem Vorschlag für eine Richtlinie werden die Bedingungen für dieses Recht festgelegt.

Im Unterschied zum Kommunalwahlrecht spricht der Vertrag über die Europäische Union mit der Einführung der Unionsbürgerschaft seinen Bürgern das Recht zu, an den Wahlen zum Europäischen Parlament in ihrem Wohnsitzmitgliedstaat teilzunehmen, ohne dessen Staatsangehörigkeit zu besitzen.^a Der Zeitplan des Vertrags sieht vor, dass die Einzelheiten der Wahl, die vor dem 31. Dezember 1993 festgelegt worden sind, bereits ab der vierten Direktwahl zum Europäischen Parlament im Juni 1994 gelten.

Das Parlament nimmt am 17. November 1993 den Bericht Froment-Meurice zum aktiven und passiven Wahlrecht bei den Wahlen zum

a Nach Artikel 8b, Absatz 2 des Vertrags besitzt jeder Unionsbürger mit Wohnsitz in einem Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit er nicht besitzt, in dem Mitgliedstaat, in dem er seinen Wohnsitz hat, das aktive und passive Wahlrecht bei den Wahlen zum Europäischen Parlament.

Europäischen Parlament für Unionsbürger mit Wohnsitz in einem Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit sie nicht besitzen, an. Das Parlament spricht sich dabei gegen jeden Versuch aus, aus Gründen der Staatsangehörigkeit gegenüber Unionsbürgern vom Grundsatz der Nichtdiskriminierung abzuweichen. Der Berichterstatter fordert die Mitgliedstaaten auf, die Richtlinie so rasch wie möglich umzusetzen, damit die Unionsbürger an den Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 1994 teilnehmen können, wie im Vertrag über die Europäische Union vorgesehen.³⁶⁷

Kapitel XXIII

SCHUTZ DER MENSCHENRECHTE UND ARMUTSBEKÄMPFUNG

Die Schaffung des Sacharow-Preises

*„Der Kampf für die Freiheit in ihrer ganzen Fülle: das ist unser erster Daseinsgrund. Dies macht die Christlichen Demokraten zu einem unerbittlichen Gegner des Totalitarismus in jeglicher Form und aller Diktaturen, ob sie nun von rechts oder von links kommen.“*³⁶⁸ **Jean Lecanuet**

1977 unterzeichnen das Europäische Parlament, der Rat und die Kommission eine gemeinsame Erklärung betreffend die Achtung der Grundrechte³⁶⁹. Für die Christdemokraten ist die Annahme dieses ersten Dokuments zu den Menschenrechten ein wichtiger Schritt, bilden diese doch eine der Grundvoraussetzungen für das europäische Aufbauwerk, an dem sie arbeiten. Das Europäische Parlament widmet sich diesem Thema ausführlich im Verlauf seiner ersten Wahlperiode, wie auch die Fraktion, die sich zum Ziel gesetzt hat, auf politischer Ebene sowohl innerhalb als auch außerhalb der Gemeinschaft für die Menschenrechte einzutreten.

1983 stellen die Abgeordneten fest, dass nach wie vor Menschenrechtsverletzungen verübt werden, ungeachtet der Allgemeinen Erklärung und der Europäischen Erklärung des Europarates. Die Christdemokraten schlagen daher vor, die für alle UNO-Mitglieder verbindliche Allgemeine Erklärung durch regionale, zielgerichtetere Erklärungen zu ergänzen, in denen die Einrichtungen benannt werden, die über die Verletzungen wachen sollen und die sich an die Institutionen der Allgemeinen Erklärung wenden können.

Während des Kalten Krieges finden die Christdemokraten Mitstreiter in ihrem Kampf gegen Diktaturen und Machtmissbrauch, durch die Menschen unter Missachtung der Freiheit des Einzelnen am freien Denken und Handeln gehindert werden. Die von den Christdemokraten initiierte allgemeine Verurteilung der Invasion der UdSSR in Afghanistan – an der sich lediglich die Abgeordneten der Französischen Kommunistischen Partei nicht beteiligen – kann zwar den Angreifer

nicht zum Rückzug bewegen, führt jedoch dazu, dass die Menschen in Polen relative gewerkschaftliche Freiheiten erhalten.

Grundsätzlich ist die Verteidigung der Grundfreiheiten in Ländern, die über keine oder nur junge und schlecht abgesicherte demokratische Traditionen verfügen, was insbesondere auf die Staaten Afrikas und Lateinamerikas zutrifft, nicht immer ein leichtes Unterfangen. Die EVP-Fraktion ist nichtsdestotrotz im Rahmen ihrer Möglichkeiten darum bemüht, die Kräfte der Freiheit zu unterstützen und dem Totalitarismus Einhalt zu gebieten. Im Jahre 1983 legt Marlene Lenz einen Bericht zu den Menschenrechten in der Welt vor. Darin heißt es, das Parlament habe zur Kenntnis genommen, dass zwischen moralischen Bestrebungen und politischem Alltagsgeschäft häufig eine Lücke klaffe, die nur dann rasch geschlossen werden könne, wenn sich alle Länder zur Achtung der Menschenrechte verpflichteten und man sich andererseits darüber im Klaren sei, was Frieden und Freiheit für Europa bedeuten³⁷⁰.

Im Mai 1985 prüft der politische Ausschuss unter Vorsitz von Roberto Formigoni den Bericht zur Schaffung des Sacharow-Preises, über den im Oktober abgestimmt wird. Im Dezember 1985 regt der Ausschuss der Parlamentarischen Versammlung die Einführung des Sacharow-Preises des Europäischen Parlaments an, der alljährlich auf Vorschlag des parlamentarischen Ausschusses, der mit Zweidrittelmehrheit beschließt, für ein Werk der geistigen Freiheit verliehen wird. In Würdigung des bekannten sowjetischen Dissidenten werden mit diesem Preis Menschen für ihren Kampf gegen Unterdrückung und Ungerechtigkeit ausgezeichnet.

Zur Schaffung dieses Preises findet eine Aussprache im Rahmen der Plenartagung statt. Der Sprecher der EVP-Fraktion, Otto von Habsburg, begrüßt den Preis und bemerkt dazu: „*Wir dürfen nicht vergessen, daß Sacharow heute (...) ein Symbol der Sauberkeit und des Mutes geworden ist. (...) Sacharow [steht] für viele andere. Er ist ein Symbol, denn er hat sich getraut, der Tyrannei Widerstand zu leisten, für seine Grundsätze einzutreten und die Folgen seiner Handlungen auf sich zu nehmen.*“³⁷¹

Der Preis wird im 13. Februar 1989 an Nelson Mandela vergeben, der sich als Vertreter der Anti-Apartheid-Bewegung zwanzig Jahre lang in Haft befand, sowie posthum an den sowjetischen Dissidenten Anatoli Martschenko, der im Jahre 1987 in einem sowjetischen Gefängnis an den Folgen eines Hungerstreiks starb.^a

a Am 17. Dezember 2008 wird im Europäischen Parlament unter Vorsitz von Präsident Hans-Gert Pöttering der 20. Jahrestag des Sacharow-Preises begangen. In Anwesenheit der Witwe von Andrei Sacharow, Jelena Bonner, sowie zahlreicher ehemaliger

Der Ausschuss für die Rechte der Frau

Des Weiteren führt das Parlament Neuerungen auf dem Gebiet der Frauenrechte ein. Im Anschluss an die erste Direktwahl wird mit Simone Veil eine bedeutende Vertreterin aus der Reihe der weiblichen Abgeordneten Parlamentspräsidentin. Zu dieser Zeit beträgt die Zahl der Frauen im Parlament 67, was auf die Bildung eines Ad-hoc-Ausschusses zurückzuführen ist, der zur Aufgabe hat, die Situation der Frauen in der Europäischen Gemeinschaft zu analysieren.

Dieser Ausschuss führt seine Arbeiten gemeinsam mit dem Ausschuss „in bezug auf Maßnahmen, die im Rahmen des Vertrages zur Regelung der Frauenprobleme getroffen werden können“³⁷², durch. Unter den Christdemokraten, die im März 1980 einen dringenden Appell an den Rat richten, die Mitgliedstaaten der Gemeinschaften sollten das Abkommen der Vereinten Nationen über die Beseitigung jeglicher Diskriminierung von Frauen unterzeichnen und ratifizieren, ist auch Hanja Maij-Weggen. Auf der Grundlage eines von Hanja Maij-Weggen, Maria Luisa Cassanmagnago Cerretti, Renate-Charlotte Rabbethge, Marlene Lenz, Paola Gaiotti De Biase, Elise C.A.M. Boot, Gisele M.H. Moreau, Ursula Schleicher und Hanna Walz sowie von vier weiteren Abgeordneten anderer Fraktionen vorgelegten Entschließungsantrags zur Situation der Frauen in der Europäischen Gemeinschaft erarbeitet der Ausschuss für soziale Angelegenheiten einen Zwischenbericht über die Situation der Frau³⁷³.

Vierzehn Monate lang ist der Ausschuss mit der Ausarbeitung eines Berichts zur Stellung der Frau in der Europäischen Gemeinschaft³⁷⁴ befasst, der von Hanja Maij-Weggen vorgelegt und am 11. Februar 1981 vom Parlament angenommen wird. Darin listet der Ad-hoc-Ausschuss ausführlich alle konkreten Probleme und Formen der Diskriminierung auf, mit denen Frauen konfrontiert sind. Die Sprecherin der EVP-Fraktion, Marlene Lenz, unterstützt den Bericht und betont, dass auch Frauen eine Chance auf dem Arbeitsmarkt erhalten und gleichzeitig – wie auch die Männer – über mehr Zeit für die Familie verfügen müssten. Nach Auffassung von Marlene Lenz beschränkt sich der Bericht nicht nur darauf, die vielfältigen Maßnahmen aufzuzählen, die auf Ebene der Politik und des Arbeitsmarktes ergriffen werden könnten, sondern führt ferner eine Reihe von Maßnahmen auf, die es ermöglichen würden, die Anforderungen von Familien- und Berufsleben miteinander in Einklang zu bringen. Im Juni 1981 bildet das Europäische

Preisträger wird der Preis an die Mitglieder der Familie des chinesischen Dissidenten Hu Jia übergeben, der für seinen Einsatz für die Menschenrechte nach wie vor in Peking inhaftiert ist.

Parlament einen Untersuchungsausschuss mit der Aufgabe, über die Verwirklichung der in der EntschlieÙung gesteckten Ziele sowie über die Entwicklung der Lage der Frauen in allen Ländern der Gemeinschaft zu wachen, damit die in der EntschlieÙung formulierten Forderungen nicht in Vergessenheit geraten.

Erst im Jahre 1984 wird das Thema Frauenrechte nicht nur im Rahmen des Ad-hoc-Ausschusses oder des Untersuchungsausschusses, sondern in einem eigens dafür bestimmten Ausschuss unter Vorsitz von Marlene Lenz erörtert. Der Untersuchungsausschuss legt nach zweieinhalbjähriger Arbeit einen Bericht und einen EntschlieÙungsantrag vor, der am 17. Januar 1984 verabschiedet wird³⁷⁵. Das Parlament regt an, nach den Wahlen 1984 einen ständigen Ausschuss einzusetzen, um dadurch die Wahrung des gemeinschaftlichen Besitzstandes und die Fortentwicklung der Chancengleichheit zu gewährleisten. Die EntschlieÙung umfasst 116 Punkte und dient als Leitfaden für die Frauenpolitik. Sie wird im Juli 1984 vom neu gewählten Parlament angenommen, das die Einsetzung eines Ausschusses für die Rechte der Frau beschließt. Die Aufgabe des Ausschusses besteht darin, über die Umsetzung der im Bereich der Chancengleichheit geltenden Richtlinien zu wachen, sich aber auch mit Themen wie Bildung, Beschäftigung, berufliche Bildung, neue Technologien und Migrantinnen auseinanderzusetzen.

Die Gleichbehandlung von Männern und Frauen gilt als Leitmotiv der Arbeiten im Ausschuss und der parlamentarischen Tätigkeit. Zu den vorrangigen Themen gehören künftige Perspektiven für den Arbeitsmarkt mit besonderem Nachdruck auf Bildung und Ausbildung im Hinblick auf neue Beschäftigungsmöglichkeiten für Mädchen, die Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen, die Durchführung und Entwicklung von Gemeinschaftsinstrumenten und Familienpolitik³⁷⁶. Die Mitglieder der EVP-Fraktion sind bemüht, den Grundsatz der Chancengleichheit von Männern und Frauen in der Arbeitswelt und bei der Vereinbarkeit von zwischen beruflichen und familiären Aufgaben von Frauen sicherzustellen.

Als Vorsitzende des ständigen Ausschusses setzt sich Marlene Lenz dafür ein, dass die Kommission der Gemeinschaften Strategien zur Verwirklichung der Gleichberechtigung von Männern und Frauen in ihre Legislativprogramme aufnimmt. Im Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit erachtet sie es als bedauerlich, dass die Kommission den Problemen von Frauen, die eine große Gruppe der Arbeitslosen stellen, wenig Beachtung schenkt. Im Bericht von Hanja Maij-Weggen wird die Frage der Frauenarbeitslosigkeit ausführlicher behandelt. Die Ergebnisse lassen nicht lange auf sich warten. Angesichts der Tatsache, dass ungeach-

tet des Artikels zum gleichen Arbeitsentgelt im Vertrag Diskriminierungen fortbestehen, führt die Kommission Aktionsprogramme zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen durch³⁷⁷. Ferner bringt sie zahlreiche Richtlinien zur Lohngleichheit sowie zur Gleichbehandlung im Bereich der Beschäftigung und der sozialen Sicherheit auf den Weg³⁷⁸.

Im Mai 1992 kommen in Brüssel Vertreterinnen von 16 christdemokratischen Frauenorganisationen aus 13 Ländern zusammen. Unter dem Motto „Eine soziale Dimension für Europa – Die Rolle der Frauen“ vereinigt dieser Kongress zum ersten Mal alle wichtigen Frauenorganisationen der EVP und der EUCD in einem gemeinsamen Gremium. Unter den Teilnehmern sind der EVP-Vorsitzende und belgische Premierminister Wilfried Martens, die für die Politik der Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen zuständige belgische Ministerin Miet Smet, Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth und die Präsidentin des luxemburgischen Parlaments, Erna Hennicot-Schoepges sowie die ehemalige griechische Ministerin für Kultur und Sport, Fanny Palli-Petralia. Am Kongress nehmen ferner die Präsidentin der Weltunion christdemokratischer Frauen (UMFDC), Maria Bello de Guzman, und das Internationale Komitee der UMFDC teil.

Die Gleichbehandlung von Frauen und Männern bestimmt zwar nicht dauerhaft, aber doch wiederholt den politischen Diskurs. Marlene Lenz³⁷⁹, Hanja Maij-Weggen, Rika de Backer-van Ocken³⁸⁰, Ursula Braun-Moser³⁸¹, Ria Oomen-Ruijten³⁸², Marietta Giannakou³⁸³ und Nicole Fontaine³⁸⁴ haben einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, dass diese Themen fortan in der europäischen Politik über einen größeren Stellenwert verfügen.

Der Kampf gegen Faschismus und Rassismus

Das Erstarken von Faschismus und Rassismus in Europa erfüllt das Parlament mit großer Besorgnis. Im September 1984 setzt das Präsidium des Parlaments einen Untersuchungsausschuss mit 15 Mitgliedern ein, darunter für die EVP Otto von Habsburg, Nicole Fontaine, Gustavo Selva sowie der künftige Berichterstatter des Ausschusses Dimitrios Evrigenis, der die Auffassung vertritt, dass das demokratische Bewusstsein der Bürger unaufhörlich gestärkt werden müsse, um sie vor politischem Extremismus zu schützen. Er stellt eine Zunahme der Fremdenfeindlichkeit fest³⁸⁵.

Im Juni 1986 fordert das Europäische Parlament, gestützt auf die Entschließungsanträge von Dimitrios Evrigenis und Simone Veil³⁸⁶, den Rat, die im Rat vereinigten Vertreter der Mitgliedstaaten und die Kommission dazu auf, eine Erklärung gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit³⁸⁷ abzugeben. Damit ergreift das Europäische Parlament

die Initiative für eine feierliche Verpflichtung der Mitgliedstaaten zur Bekämpfung des Rassismus. Die Erklärung wird fortan als „Evrigenis-Erklärung“ bezeichnet. 1991 wird ein weiterer Bericht zu diesem Thema veröffentlicht. In diesen Dokumenten werden in Europa wiederholt begangene rassistisch motivierte Taten aufs Schärfste verurteilt.

Der Kampf gegen die Todesstrafe

Die Fraktion stellt fest, dass der Demokratisierungsprozess in einigen Ländern insbesondere Osteuropas im Verlauf der 1980er und zu Beginn der 1990er Jahre Fortschritte gemacht hat. Die weltweite Lage der Grundrechte gestaltet sich allerdings nach wie vor besorgniserregend. Tagtäglich erhält die Fraktion Kenntnis von Folter und Todesfällen in Haft.

Die EVP-Fraktion legt zahlreiche Entschließungsanträge zum weltweiten Problem der Todesstrafe vor. So stellt sie beispielsweise 1990 im Parlament einen Entschließungsantrag zu Todesurteilen und Hinrichtungen in Indonesien³⁸⁸ zur Abstimmung. In der Entschließung bringt sie ihre Missbilligung darüber zum Ausdruck, dass 24 Gefangene nach 24 Jahren in Haft hingerichtet wurden, und fordert die Kommission auf, die Entwicklungszusammenarbeit mit diesem Land einzuschränken. Gegenstand der Parlamentsdebatte zum Thema Todesstrafe sind natürlich auch die USA. Das Parlament nimmt im selben Jahr auf Initiative von Maria Luisa Cassanmagnago Cerretti eine weitere Kommissentschließung zur Todesstrafe in den Vereinigten Staaten³⁸⁹ an und fordert die Behörden zahlreicher US-Bundesstaaten, die an der Todesstrafe festhalten, auf, die Gesetze zu ändern und die Todesstrafe abzuschaffen.

Im Jahre 1994 zieht die Fraktion Bilanz über ihre Entschließung vom 18. Juni 1981 zur Abschaffung der Todesstrafe in der Gemeinschaft. Die Fraktionsmitglieder stellen fest, dass bisher nur geringe Fortschritte erzielt werden konnten und die Todesstrafe nach wie vor in zahlreichen Ländern der Welt praktiziert wird.^a

Flüchtlinge wegen der Jugoslawienkrise

Der letzte internationale Konflikt hat ganze Völker zu Vertriebenen gemacht. Ihre Zahl beläuft sich in Europa auf etwa 25 Millionen sowie zusätzliche 18 bis 20 Millionen Flüchtlinge. Als die Ereignisse in Bosnien-Herzegowina, die Tausenden von Toten und die Hunderttausenden von Flüchtlingen in den Blickpunkt der Öffentlichkeit rücken, legen die

a 1994 wird die Todesstrafe noch in 132 Ländern vollstreckt.

Abgeordneten der EVP-Fraktion Arie Oostlander, Otto von Habsburg und Ria Oomen-Ruijten einen Entschließungsantrag vor und fordern eine Dringlichkeitsdebatte zur humanitären Hilfe für die Konfliktgebiete im ehemaligen Jugoslawien³⁹⁰.

In seinem Bericht über die Beziehungen der Gemeinschaft zu den Republiken des ehemaligen Jugoslawiens befasst sich Arie Oostlander im Juni 1992 mit dieser Frage. Zur Flüchtlingsproblematik enthält der Bericht den Vorschlag, dass die Kommission ein wirtschaftliches Hilfsprogramm erarbeitet, um zur Lösung der Probleme beizutragen, mit denen in erster Linie Slowenien, Kroatien und Bosnien-Herzegowina konfrontiert sind³⁹¹. Im Anschluss daran fordert das Europäische Parlament die Mitgliedstaaten der Gemeinschaft im Juli 1993 auf, das humanitäre Hilfsprogramm auszuweiten³⁹². Zum Schutz der Konvois mit Hilfsgütern für die vertriebenen und vom Krieg betroffenen Bevölkerungsgruppen sowie zum Schutz der Zivilbevölkerung in den Sicherheitszonen führt die Europäische Gemeinschaft in Zusammenarbeit mit der UNO und den USA eine gemeinsame Aktion durch, in die auch die UNPROFOR-Truppen eingebunden werden³⁹³.

Die Jugoslawienkrise wirft darüber hinaus Fragen nach dem Schutz der Rechte von Minderheiten auf. Die EVP-Fraktion fordert das Parlament auf, sich nach dem Vorbild der Tätigkeit des Europarates in diesem Bereich intensiver den wirtschaftlichen und sozialen Rechten des Einzelnen sowie den Minderheitenrechten zu widmen. Nach Auffassung der Fraktionsmitglieder müsse insbesondere der Schutz von Minderheiten eine Voraussetzung für die Anerkennung der im Anschluss an den Fall der Berliner Mauer neu gegründeten Staaten sowie für die Aufnahme von Kooperationsbeziehungen bilden.

Menschenrechte in den Ländern des Sowjetblocks

*„Angesichts eines derartigen Ereignisses wird man sich der Tatsache bewusst, dass Freiheit ein wertvolles Gut ist (...), ein überragender Sieg der Werte, für die wir stehen. Diese Völker haben die Freiheit aus wirtschaftlichen, aber noch viel mehr aus politischen und intellektuellen Gründen gesucht“.*³⁹⁴ Pierre Pflimlin

Die Frage der Achtung der Menschenrechte in den Staaten Osteuropas und in den unter dem Einfluss der Sowjetunion stehenden Ländern Lateinamerikas zieht die Aufmerksamkeit des Unterausschusses Menschenrechte auf sich.

Wolfgang Schall, Sprecher der Fraktion zur Lage der Menschenrechte in der Sowjetunion, bestätigt, dass sich die Sowjetunion nicht darauf beschränke, die Bedingungen für die Anwendung der Menschenrechte

zu missachten, sondern ihren Druck auch auf andere Staaten ausweite und mithilfe eines gigantischen Staatsapparats durchsetze. Dieser rücke an die oberste Stelle einer inoffiziellen Staatsmaxime, einer stillschweigenden Staatsräson. Ihre feierlichen Zusagen in den Verträgen der UNO und der KSZE, ihre demokratische Verfassung dürften die Teilnehmer des Gipfels nicht über ihre Geringschätzung und kalte Missachtung für den Menschen, für entrechtete Bürger, aber auch für den Rest der Menschheit hinwegtäuschen.³⁹⁵

Um den Kampf für die Menschenrechte voranzubringen, fordert die EVP wenige Wochen vor der Einberufung der 2. KSZE-Nachfolgekonferenz in Madrid die Teilnehmerstaaten auf, gerade bei dieser Zusammenkunft beharrlich die Erfüllung der menschenrechtlichen Vorschriften aus der Schlussakte von Helsinki bei denjenigen Staaten anzumahnen, die sich bisher den von ihnen selbst eingegangenen Verpflichtungen entzogen haben³⁹⁶.

Die EVP zeigt sich besorgt über die Situation zahlreicher bekannter Persönlichkeiten. Zu dieser Zeit ist die Rede vom „inneren Exil Sacharows“, doch ist dieser Ausdruck nicht nur ein Euphemismus, sondern auch falsch. So müssen die Christdemokraten die Erfahrung machen, dass alle, die ihn besuchen, sofort von den Behörden befragt werden. In diesem Zusammenhang erinnert die EVP-Fraktion daran, dass Dissidenten dringend die Unterstützung des Europäischen Parlaments benötigen, da sie sich in einer schwierigen Lage befinden, ihre Telefongespräche abgehört und Kontakte untereinander unterbunden werden. Im Rahmen der Entschließung zum Fall Andrei Sacharow, die von der Fraktion im Politischen Ausschuss vorgelegt wird, bringen die Europaabgeordneten ihre Unterstützung für das couragierte Verhalten von Andrei Sacharow und weiteren Dissidenten zum Ausdruck, die in anderen Ländern mit einem von der Sowjetunion aufgezwungenen Regime Widerstand leisten.

In Polen gestaltet sich die Lage besorgniserregend. Auf der Tagung des Europäischen Rates von Luxemburg im Dezember 1980 verkünden die Neun ihre Position, die in den Aussprachen des Parlaments aufgegriffen wird. Am 24. Juni 1982 billigt das Parlament den Bericht zur Lage in Polen von Pierre Deschamps, der auf die große Hoffnung verweist, die in Polen erwacht ist: *„Die Hoffnung nämlich, daß die gesamte polnische Gesellschaft über wirklich repräsentative und spontan ernannte Organe am öffentlichen Leben teilnehmen, konkret auf das Staatswesen einwirken und die Macht kontrollieren könne. Dies sollte natürlich im gesetzlichen Rahmen der seit August 1980 anerkannten erweiterten Bürgerrechte und Freiheiten geschehen.“*³⁹⁷ Er erinnert an die Entwicklung der „Freiheitsbewegung“ bis zur Verhängung des Kriegsrechts

am 13. Dezember 1981, als die „*Hoffnung des polnischen Volkes dem Gefühl der Verbitterung wich*“. Die Machthaber hatten den Affront einem Dialog vorgezogen. Im Hinblick auf die Menschenrechte und aus sozialer und politischer Sicht ist diese Bilanz sogar noch betrüblicher. Das Parlament wird im Bericht dazu aufgefordert, auf die Gefahren hinzuweisen, die sich für die Sicherheit der Völker, wie auch für die Entspannung durch die Nichteinhaltung der Menschenrechte und Grundfreiheiten ergeben. Die EVP-Fraktion fordert „*die Aufhebung des Kriegszustands, die sofortige Befreiung der Gefangenen*“, insbesondere von Lech Wałęsa, „*die Wiederaufnahme des Dialogs zwischen den Vertretern des polnischen Volkes, bestehend aus Regierung, Kirche und Solidarność*“³⁹⁸ und freie Gewerkschaften.

Menschenrechtsverletzungen in der Türkei

Auch die Menschenrechtslage in der Türkei bereitet den Christdemokraten Sorgen. Die Beziehungen zwischen der Türkei und der Europäischen Gemeinschaft haben sich seit dem Staatsstreich auf Zypern im Jahre 1974 und dem Abbruch der seit dem Abkommen von 1964 gepflegten Beziehungen zweifellos verbessert. Die Christlich-demokratische Fraktion schlägt vor, einen Dialog zwischen den Parteien des Zypernkonflikts einzuleiten. Allerdings beschließt das Europäische Parlament nach dem Militärputsch im Jahre 1980, den Gemischten Ausschuss EP Große Nationalversammlung der Türkei auszusetzen.

Die Wiederaufnahme der Tätigkeit dieses Ausschusses wird fünf Jahre später im Rahmen des Berichts zur Lage der Menschenrechte in der Türkei geprüft³⁹⁹. Darin wird festgestellt, dass trotz gewisser Fortschritte auf dem Weg zur Wiederherstellung der Menschenrechte die durch Gewalttaten und die Verletzung fundamentaler Grundrechte gekennzeichnete Lage eine Aufhebung des Aussetzungsbeschlusses noch nicht rechtfertigt. Der Bericht wird von der großen Mehrheit der EVP-Fraktion wegen „seiner Einseitigkeit und zweifelhafter Recherchen vor Ort“⁴⁰⁰ abgelehnt. Die Fraktion tritt im Rahmen des politischen Ausschusses für eine Wiedereinsetzung des Ausschusses ein und legt ihre Sichtweise vor, nach der eine Voraussetzung für die Sicherheit der Europäischen Gemeinschaft das gute Funktionieren und die Einheit des atlantischen Bündnisses seien, zu dessen besonders gefährdeten Regionen Südeuropa und zu dessen Pfeilern die Türkei gehörten⁴⁰¹. Der Berichterstatter Kai-Uwe von Hassel unterbreitet dem Parlament einen Entschließungsantrag zur politischen Lage in der Türkei, über den es abstimmen soll. Darin wird die Solidarität der Europäischen Gemeinschaft in einer ausgesprochen kritischen Phase der Geschichte des Landes bekräftigt. Als diesbezügliche Voraussetzungen werden in

der Entschließung die Achtung und Garantie der Menschenrechte sowie die Durchführung freier allgemeiner Wahlen zur türkischen Generalversammlung genannt.

Latein- und Mittelamerika im Spannungsfeld zweier Totalitarismen

Zu Beginn der 1980er Jahre zeichnet sich im Süden Lateinamerikas ein „Block“ von autoritären Ländern (Argentinien, Paraguay, Uruguay, Chile) ab, dessen Zentrum Brasilien ist. Die Regierungen vereinen politische Autorität (Konzentration der Macht, Ideologie der „nationalen Sicherheit“, Unterdrückung der Opposition) mit wirtschaftlichem Liberalismus.

Während der Plenartagung des Europäischen Parlaments im März 1982 legt die EVP-Fraktion einen Entschließungsantrag zur Situation der Parteien in Uruguay vor. Die Fraktion zeigt sich besorgt angesichts einer neuen Gesetzesvorlage des Militärregimes zur Auflösung bestimmter Parteien. Vor diesem Hintergrund hebt Maria Luisa Cassanmagnago Cerretti hervor: *„Wie kann man von einer Demokratie sprechen, in der die freiheitlichen Grundrechte missachtet werden, wenn die Kräfte der großen demokratischen Strömungen wie beispielsweise die Christdemokraten (die es in diesem Land seit 60 Jahren gibt) und die Sozialisten (die seit 70 Jahren aktiv sind) aufgrund ihrer Solidarität und ihrer internationalen Beziehungen vom politischen Leben ausgeschlossen wurden?“*⁴⁰²

Die Situation in El Salvador gestaltet sich ebenfalls besorgniserregend. Nur die Teilnahme der Christdemokraten an der Regierungsmitverantwortung hat den Ausbruch eines Bürgerkriegs verhindert⁴⁰³. Dieses Problem ist Gegenstand der Aussprachen im Parlament. Auf Initiative von Egon Klepsch schlägt die EVP-Fraktion die Annahme einer Entschließung zur Lage im Land vor⁴⁰⁴. Gestützt auf den Vorschlag von Horst Langes regt die Fraktion die Organisation eines Nothilfeprogramms zugunsten der „Caritas“ in den Diözesen des Landes an.⁴⁰⁵

Die Christdemokraten begrüßen den Zusammenbruch des Regimes von Anastasio Somoza in Nicaragua und bringen gleichzeitig ihre Hoffnung zum Ausdruck, dass das nachfolgende Regime politischen Pluralismus gewährleisten kann. Der Entschließungsantrag zu einem Nothilfeprogramm für Nicaragua vom September 1979 stößt in der EVP-Fraktion auf Zustimmung. Maria Luisa Cassanmagnago Cerretti erklärt dazu, dass angesichts des Ernstes der Lage in Nicaragua, das täglich 300 Tonnen Lebensmittel benötigt, um eine katastrophale Hungersnot zu verhindern, ein sofortiges Handeln dringend geboten

sei. Im April 1980 erklärt Dario Antoniozzi anlässlich der Prüfung seines Berichts zur Lage in Nicaragua⁴⁰⁶ vor dem Europäischen Parlament: *„Der Politische Ausschuss glaubt nicht, daß Hilfsmaßnahmen an politische Kriterien gebunden werden sollten; nichtsdestoweniger wird aber, falls die internationale Völkergemeinschaft Nikaragua bei der gewaltigen Aufgabe des Wiederaufbaus nicht zu Hilfe kommt, die Schaffung eines demokratischen Staatswesens erheblich verzögert werden.“*

Im Rahmen ihrer Studientage in Lissabon widmet die EVP-Fraktion den 8. Juli 1986 der „Solidarität innerhalb und außerhalb der Gemeinschaft“ und den Beziehungen zu Lateinamerika. Die Fraktionsmitglieder stellen fest, dass die Demokratie in Südamerika erste Bewährungsproben bestanden hat und Konflikte zwischen Nachbarländern abgebaut oder entschärft wurden. Egon Klepsch merkt dazu an: *„Chile, Paraguay und Surinam sind besorgniserregende Anachronismen in einem insgesamt demokratischen und – mit Abstrichen – friedlicher gewordenen Umfeld“*⁴⁰⁷. Chile hat für die EVP traditionell besondere Bedeutung. Hier wurde eine lange demokratische Entwicklung, maßgeblich mitgeprägt von Christlichen Demokraten der ersten Stunde in Lateinamerika, abrupt abgebrochen. *„Eduardo Freis soziales Konzept einer „Revolution in Freiheit“ geriet nach ihm zunächst in die ideologische Polarisierung, die Militärdiktatur Pinochets machte sich sodann an die Einebnung des gewachsenen politischen und gesellschaftlichen Pluralismus.“*⁴⁰⁸ Die EVP-Fraktion stellt fest, dass die Verletzung der Menschenrechte, Relegationen, die Ausweisung oppositioneller Politiker zum traurigen Markenzeichen des Systems Pinochet wurden. Die EVP-Fraktion hat von Anfang an den freiheitlichen Kräften Chiles in ihrem gewaltlosen Kampf für die Wiederherstellung der Demokratie durch freie Wahlen, für die Respektierung der Grundrechte, den Rücken gestärkt.

Die EVP-Fraktion unterstützt in dieser Region und vor allem in Chile und Nicaragua die demokratischen Parteien, die freien Gewerkschaften und die Kirchen in ihrem Kampf gegen Diktatur und Repression, für Frieden, Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Achtung der Menschenrechte.

Sie setzt sich für eine verstärkte Hilfe der Europäischen Gemeinschaft zugunsten derjenigen Länder ein, die den demokratischen Weg beschritten haben. Die Christdemokraten gehen davon aus, dass die Zusammenarbeit der Europäischen Gemeinschaft mit anderen Industrienationen zu größerer Effizienz im Kampf für Demokratie beiträgt. Die Fraktionsmitglieder plädieren dafür, dass die Gemeinschaft weltweit *„ein abgestimmtes Vorgehen in allen gemeinsamen Fragen der Siche-*

„*... Wo Hunger herrscht, kann es keine Freiheit geben*“⁴¹⁰

Zu Beginn der 1980er Jahre fällt die Bilanz düster aus: außerhalb der Wohlstandszonen Europa, USA und Japan herrschen der „*Hunger und die absolute Armut, unter denen nahezu 1 Milliarde Einwohner der Dritten Welt zu leiden haben*“⁴¹¹. Die Europäische Gemeinschaft kann angesichts dieser menschlichen Tragödie, die eine besonders katastrophale Wendung genommen hat und immer schwerer unter Kontrolle gebracht werden kann, nicht tatenlos bleiben. Natürlich ist Afrika davon betroffen, insbesondere das Gebiet am Horn von Afrika, wo sich Somalia und Äthiopien bis aufs Messer bekämpfen. Aber auch Kambodscha darf nicht vergessen werden, das nach einem Genozid an seiner eigenen Bevölkerung nun eine tragische Besatzung durch die Vietnamesen über sich ergehen lassen muss.

Diese Fragen genießen die höchste Aufmerksamkeit der Fraktionsmitglieder, die im Ausschuss für Entwicklung und Zusammenarbeit vertreten sind: Giovanni Bersani, Vizepräsident der Kommission und Ko-Präsident des Paritätischen Ausschusses AKP-EG, Jean Lecanuet, Hans-August Lücker, Victor Michel, Angelo Narducci, Renate-Charlotte Rabbethge, Willem Vergeer und Kurt Wawrzik beteiligen sich mehrere Monate lang tatkräftig an der Vorbereitung einer Aussprache über den Hunger in der Welt.

Die gesamte Fraktion verfasst Berichte und Entschließungsanträge zu diesem Thema.⁴¹² Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Maria Luisa Cassanmagnago Cerretti sowie der Vorsitzende Egon Klepsch legen bereits 1979 zwei Entschließungsanträge vor.⁴¹³

Im Verlauf der Aussprache im Europäischen Parlament warnt Leo Tindemans: „*Wir, hier in diesem Gremium, müssen uns von dem Problem des Hungertods aufrütteln lassen. Wir müssen die UNO, die FAO^a und die Weltbank fortwährend anspornen, damit sie im großen Maßstab politische Maßnahmen treffen. Wir dürfen nicht unsererseits in die nur allzu bekannten Fehler verfallen, große Reden führen, Entschließungen annehmen, jeden beschuldigen, große Worte gebrauchen, Pressekonferenzen und anschließend sehr zufrieden mit uns selbst nach Hause gehen*“.

1980 geht aus Statistiken hervor, dass täglich 40 000 Kinder an Hunger sterben⁴¹⁴. Renate-Charlotte Rabbethge hebt die Fehler der bisheri-

a Ernährung- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen.

gen Entwicklungspolitik hervor und fordert eine verstärkte Kontrolle der Wirksamkeit der verwendeten Mittel. Eine unverzügliche Aufstockung der Mittel für den Kampf gegen den Hunger könne es ihrer Meinung nach nur in den Ländern geben, die über den politischen Willen verfügen, eine bessere Marktwirtschaft aufzubauen, die als Garant für Demokratie und eine größere Mitteleffizienz zur Lösung des Problems beitragen könne. Auf Initiative von Victor Michel beschließt der Paritätische Ausschuss AKP-EWG, eine gemeinsame Arbeitsgruppe einzurichten, um die Ergebnisse der diesem Thema gewidmeten Aussprache des Europäischen Parlaments zu bewerten und zu prüfen, wie die geplanten Änderungen im Rahmen der Entwicklungspolitik und der internationalen Wirtschaftsbeziehungen umgesetzt werden. Otto von Habsburg vertritt folgende Auffassung: *„Wir müssen uns bei unserer Entwicklungshilfe daran erinnern, daß nicht derjenige ein echter Freund ist, der seinem Nächsten einen Apfel schenkt, sondern derjenige, der ihm beibringt, einen Apfelbaum zu pflanzen.“*⁴¹⁵

Die Handlungsgrundsätze der EVP-Fraktion im Parlament sind somit klar umrissen.

Erstens seien die Landwirte selbst in der Lage, genügend landwirtschaftliche Produkte und Nahrungsmittel zu erzeugen.

Zweitens bedürfe es, um dies zu erreichen *„der Achtung der soziokulturellen Umgebung, einer angepaßten Belehrung, einer guten Unter- richtung und insbesondere der Ausrichtung der Bemühungen auf die Ärmsten und Bedürftigsten“*.

Drittens regt die Fraktion an, die Erfahrungen mit der Freiwilligkeit junger Menschen wieder aufzugreifen, um mehr junge Menschen für ein „neues Ideal“ im Kampf gegen die Unterentwicklung zu gewinnen.⁴¹⁶ Während der Haushaltsdebatten zeigt sich schließlich der politische Willen der Fraktion in der Zuweisung wachsender Mittel für die Entwicklungs- und Kooperationspolitik.

Soforthilfen für Asien

Im November 1979 unterzeichnet die Gemeinschaft ein Kooperationsabkommen mit den Ländern des Verbands Südostasiatischer Nationen (ASEAN).^a Es ist das erste Abkommen mit einer Gruppe von nichtassozierten Entwicklungsländern, das einen die Entwicklung betreffenden Artikel enthält, in dem sich die Europäische Gemeinschaft verpflichtet,

a Der ASEAN wurde am 8. August 1967 in Bangkok von Indonesien, Malaysia, den Philippinen, Singapur und Thailand gegründet. Als Zielsetzungen wurden die Beschleunigung des Wirtschaftswachstums, des sozialen Fortschritts und der kulturellen Entwicklung, die Schaffung von Frieden und Stabilität in der Region, aktive Zusammenarbeit sowie gegenseitige Unterstützung bei gemeinsamen Anliegen festgelegt.

gemeinsam mit der ASEAN „zur Unabhängigkeit, wirtschaftlichen Selbstversorgung und zum sozialen Wohlstand dieser Region beizutragen“⁴¹⁷.

Die katastrophale Lage in der Region im Gefolge des Indochina-Kriegs erfordert vonseiten der Gemeinschaft ein besonderes Engagement. Ende 1979 legt die EVP-Fraktion einen Entschließungsantrag zum Problem der Soforthilfe für Vietnam und Kambodscha von Horst Langes⁴¹⁸ vor. Die EVP-Fraktion fordert die übrigen Parteien im Parlament auf, das Vorgehen der Gemeinschaft in dieser Region zu unterstützen. In Entschließungsanträgen befasst sie sich mit der Frage der Flüchtlinge in Indonesien⁴¹⁹, in Südchina⁴²⁰ und in Kambodscha⁴²¹. Die Fraktion prüft den Bericht von Kurt Wawrzik vom 11. Februar 1980 über die humanitäre Hilfe für Kambodscha und die Flüchtlinge aus Südostasien⁴²².

Erneuerung des Nord-Süd-Dialogs: das zweite Lomé-Abkommen

Zwanzig Jahre nach dem ersten Lomé-Abkommen verlängern Europa und die Länder Afrikas, des Karibischen Raumes und des Pazifischen Ozeans ihren „freien Vertrag“. Die Abkommen von Lomé zeichnen sich durch vier wichtige Punkte aus: sichere Kooperationsbeziehungen durch langfristige Abkommen, Aufbau von Beziehungen in einem gemeinschaftlichen Rahmen unter Ausschluss jeglicher Manipulierung oder wirtschaftlicher und ideologischer Diskriminierung zwischen den afrikanischen Staaten, Einrichtung gemeinsamer Institutionen (Beratende Versammlung, Ministerrat, der von einem Botschafterausschuss unterstützt wird), weit gefächerte Kooperationsbereiche⁴²³. Der Erfolg der Lomé-Politik ist in gewissem Maße darauf zurückzuführen, dass das Abkommen konkrete kooperationspolitische Zielsetzungen enthält (finanzielle, wirtschaftliche, handelspolitische, technische, industrielle und anderweitige Zusammenarbeit) und dass innovative Mechanismen zur mittelfristigen Stabilisierung der Ausfuhrerlöse von bestimmten empfindlichen, landwirtschaftlichen und Bergbauerzeugnissen (Stabex, Sysmin) eingeführt wurden.

Anfang 1979 ernennt die Fraktion den ehemaligen Leiter der Afrika-Abteilung der CDWU zum Afrika-Berater, dessen Aufgabe darin besteht, Sondierungsmissionen in einigen afrikanischen Staaten durchzuführen und das Kolloquium in Kigali/Ruanda im Oktober 1980 vorzubereiten⁴²⁴. Bei diesem Kolloquium trifft eine Fraktionsdelegation, der Giovanni Bersani, Willem Vergeer, Kurt Wawrzik und Victor Michel angehören, mit etwa fünfzig Teilnehmern aus fünfzehn afrikanischen Ländern zusammen. Im Mittelpunkt dieses Treffens steht die Schulung für die Entwicklung eines Gemeinwesens in Afrika. Es dient dem

Zweck, eine Bilanz der kulturellen, gesellschaftlichen und sozialen Bewegung in Afrika zu ziehen, den Stand des Erziehungswesens zu untersuchen und erneut die Frage der notwendigen materiellen Hilfe der Gemeinschaft zu erörtern.

Victor Michel hat zur Aufgabe, die soziale Dimension der Kooperation zu beurteilen. Bei der Vorlage seines Berichts im Rahmen der V. Tagung der Beratenden Versammlung AKP-EWG stellt er fest, dass *„im Abkommen von Lomé II durch die Schaffung von Bestimmungen zugunsten der Wanderarbeitnehmer die wirtschaftliche Zusammenarbeit AKP-EWG eine ganz neue soziale Dimension erhält“*⁴²⁵. Er schlägt vor, die sozialen Schutzinitiativen zugunsten von Wanderarbeitnehmern und Studenten, die aus diesen Ländern nach Europa kommen, fortzuführen. Mit Nachdruck weist er darauf hin, dass die sozialen Schutzmaßnahmen durch politische und kulturelle Maßnahmen ergänzt werden müssen. So bringt die Beratende Versammlung mit der Annahme des Berichts Michel den Wunsch zum Ausdruck, dass die EWG und ihre Mitgliedstaaten eine Politik der Koordinierung und Harmonisierung der einzelstaatlichen Politiken hinsichtlich der Rechte der Wanderarbeitnehmer aus den AKP-Ländern durchführen.

Das Engagement der Fraktion zugunsten von Afrikas wird 1982 mit den Studententagen im irischen Limerick ausgeweitet, die unter anderem den Problemen des afrikanischen Kontinents gewidmet sind. Im Verlauf dieser Studientage merkt Emilio Colombo an, dass die Fraktion davon überzeugt sei, dass die handelspolitischen Probleme nur eine, wenngleich eine entscheidende Ursache für die Unterentwicklung darstellen. Es sei daher wichtig, der Zusammenarbeit im weitesten Sinne mehr Bedeutung beizumessen, um die afrikanischen Länder in die Lage zu versetzen, ihren Nahrungsmittelbedarf eigenständig zu decken.⁴²⁶ Ferner weist der ehemalige Präsident des Europäischen Parlaments darauf hin, dass die Europäische Volkspartei der Schulung von Führungskräften einen besonderen Stellenwert einräume, die seines Erachtens einen wichtigen Beitrag zum menschlichen und kulturellen Fortschritt der betroffenen Bevölkerungen leisteten.⁴²⁷

Sechs afrikanische Parteien sind Mitglied der Nachfolgeorganisation der CDWU, der Christlich-Demokratischen Internationale (CDI). Beim ersten offiziellen Auftreten der CDI in Afrika in Kampala (Uganda) im Oktober 1984, wo die Fraktion durch ihren Vorsitzenden Egon Klepsch und durch Willem Vergeer und Giovanni Bersani vertreten ist, kann *„der tiefe Zusammenhang zwischen Menschenrechten, Demokratie, Frieden und Entwicklung in Afrika deutlich gemacht werden“*. In Kampala rufen die Christdemokraten zur Hilfe für die Afrikaner auf, die *„millionenfach ihrer Grundrechte beraubt sind und in elender Armut*

leben“. Sie bekräftigen, dass *„die Achtung der Menschenrechte die unerläßliche Voraussetzung für die Verwirklichung der Demokratie, der Entwicklung und des Friedens ist“* und richten *„an die ugandischen Behörden und an die der anderen afrikanischen Länder den Appell, die von den Vereinten Nationen 1966 angenommenen internationalen Konventionen über die bürgerlichen und politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte zu unterzeichnen und zu ratifizieren“*⁴²⁸.

Lomé III: eine „einzigartige Veranstaltung“

Die letzte Tagung der Beratenden Versammlung AKP-EWG vor der Unterzeichnung des neuen Kooperationsabkommens AKP-EWG wird im September 1984 abgehalten. Die Parlamentariertreffen AKP-EWG finden in Luxemburg statt, zunächst das des Paritätischen Ausschusses unter dem Ko-Vorsitz von Jean Ganga Zandzou, Präsident der Nationalen Volksversammlung des Kongo, und Giovanni Bersani, und das der Beratenden Versammlung unter der Ko-Präsidentschaft von J. T. Kolane, Präsident der Nationalversammlung Lesothos, und Pierre Pflimlin. Zur Eröffnung der Arbeiten in Luxemburg weist Giovanni Bersani darauf hin, dass sich *„die ohnehin bereits ernste, in vielerlei Hinsicht sogar dramatische Lage auf der südlichen Halbkugel noch weiter verschlechtert hat“* und dass *„trotz Lomé die Lage der AKP-Staaten, zu denen viele der ärmsten Länder gehören, ebenfalls äußerst besorgniserregend ist“*⁴²⁹.

Am 8. Dezember 1984 unterzeichnet die Gemeinschaft in der togoischen Hauptstadt Lomé mit 66 afrikanischen, karibischen und pazifischen Ländern das dritte Abkommen von Lomé. Der damalige Parlamentspräsident, Pierre Pflimlin, nimmt als Beobachter daran teil und beschreibt das eindrucksvolle Ereignis einige Jahre später in seinen Memoiren: *„Die einzigartige Zusammenkunft fand in der Zentrale der togoischen Einheitspartei statt. Die Bankreihen im Saal waren bis auf den letzten Platz mit Parteimitgliedern in farbenprächtiger Tracht besetzt. Der Präsident der Republik und Parteivorsitzende, Étienne Eyadéma, wurde mit stürmischem Beifall empfangen. Die Gemeinschaft wurde von Kommissionspräsident Gaston Thorn und dem Vorsitzenden des Ministerrates, Peter Barry, vertreten, die auf dem Podium Platz nahmen und das Abkommen unterzeichneten. (...) Es war eine äußerst feierliche Veranstaltung. Die Unterzeichnerstaaten (zehn Mitgliedstaaten der Gemeinschaft und 66 AKP-Staaten) wurden nacheinander in alphabetischer Reihenfolge aufgerufen. Bei jedem Aufruf wurde die Flagge des jeweiligen Landes in die Mitte des Saales getragen und anschließend an den Seitenwänden aufgestellt. Wie mir berichtet wurde, hatten Vertreter der nordkoreanischen Einheitspartei den Ablauf, der von afrikanischer Spon-*

*taneität nicht viel spüren ließ, genauestens geplant. (...) Beim abendlichen Festessen gab es Tanz- und Gesangeinlagen zu Ehren von Präsident Eyadéma. Kurioserweise wurden in die Gesänge die Abkürzungen EWG und AKP eingeflochten (...).*⁴³⁰

Der Abschluss der Verhandlungen ist ein Schritt auf dem Weg zur Herstellung von Beziehungen zwischen den Industriestaaten und den Entwicklungsländern. Im Mittelpunkt des dritten Abkommens von Lomé steht die Förderung eines neuen Typs von Beziehungen. Anders als in der Vergangenheit liegt der Schwerpunkt nicht mehr auf der Industrie, die kaum wettbewerbsfähige Erzeugnisse hervorbringt und nur wenige Absatzmärkte hat, sondern auf der Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung. So ist geplant, den Nahrungsmittelanbau zu fördern, die Selbstversorgung bei Nahrungsmitteln herbeizuführen, allgemein für die Entwicklung des ländlichen Raums zu sorgen und dies durch die Bekämpfung von Erosion und Versteppung mit dem Schutz der Umwelt zu verbinden.

In der Präambel des Abkommens wird bekräftigt, dass sich die Unterzeichner zur Einhaltung der Grundsätze der Charta der UNO und der Grundrechte verpflichten. Das neue Abkommen enthält Bestimmungen bezüglich der Situation der Frau, der kulturellen Zusammenarbeit und der Bedeutung der natürlichen Umwelt. Viele dieser neuen Aspekte ergeben sich aus parlamentarischen Initiativen der Fraktion, darunter beispielsweise die Vorschläge zur Rolle der Frau im Entwicklungsprozess, die von einer Arbeitsgruppe des Paritätischen Ausschusses AKP-EWG unter dem Vorsitz von Renate-Charlotte Rabbethge vorgelegt werden⁴³¹.

Zur Frage der Finanzhilfe bringt die Fraktion ihr Bedauern darüber zum Ausdruck, dass zwar mehr Mittel zur Verfügung gestellt worden seien, ihr Gesamtbetrag sich jedoch nicht ausreichend erhöht habe. Die Fraktionsmitglieder vertreten die Auffassung, dass ein Teil der Probleme, die sich bei der Aushandlung des dritten Lomé-Abkommens als hinderlich erwiesen, haben nach wie vor bestehen. Nach Ansicht der Fraktion handelt es sich dabei insbesondere um die unzureichende Finanzausstattung, die dazu führt, dass Finanzhilfen nach dem Gießkannenprinzip verteilt werden, sowie um die Staatsverschuldung in der Dritten Welt, die Apartheid, die Unzulänglichkeit der Stabex-Finanzierungsinstrumente und die Nahrungsmittelhilfe, die letztendlich die effiziente Durchführung einer geeigneten Agrarpolitik verhindert hätten⁴³². Dies sind die Bewährungsproben, vor denen die Verhandlungsführer für das vierte Lomé-Abkommen stehen.

Schwerpunkt des vierten Abkommens von Lomé: Förderung der Demokratie in Afrika

Ab 1989 ist Leo Tindemans Ko-Präsident der Paritätischen Versammlung AKP. Am 15. Dezember 1989 unterzeichnen die „12“ und die „66“ in Lomé das vierte Abkommen für einen weiteren Zeitraum von zehn Jahren mit einer verbindlichen Prüfung nach fünf Jahren. Das Abkommen tritt im September 1990 in Kraft. Lomé IV ist das erste Abkommen, das für einen Zeitraum von zehn Jahren unterzeichnet wird, während das beigefügte Finanzprotokoll nur für fünf Jahre angenommen wird. Im Rahmen dieses Finanzprotokolls für den Zeitraum 1990-1995 werden 12 Milliarden ECU, darunter 10,8 Milliarden ECU aus dem Siebten EEF und der Rest von der Europäischen Investitionsbank, zur Verfügung gestellt.

Die EVP-Fraktion hebt die Bedeutung von Kleinstkrediten für den Privatsektor und insbesondere die Kleinstunternehmen und die KMU hervor, um die Wirtschaft zu fördern, Arbeitsplätze zu schaffen und dem Teil der Bevölkerung, der vom Zugang zu großen Banken ausgeschlossen ist und ein Unternehmen gründen will, Finanzdienstleistungen zur Verfügung zu stellen⁴³³.

Nachdem Maria Luisa Cassanmagnago Cerretti die Nachfolge von Leo Tindemans als Ko-Präsidentin des Paritätischen Ausschusses angetreten hat, befasst sich die EVP-Fraktion mit der sozialen Dimension der Zusammenarbeit. Es handelt sich vor allem darum, das menschliche Potenzial und die sozialen Maßnahmen zu fördern, indem man die Armen nicht mehr zum Objekt, sondern zum Subjekt ihrer Entwicklung macht, indem man gegen Diskriminierung, vor allem von Frauen kämpft, indem man Beschäftigung, Produktivität der Arbeit, Gesundheit und Ausbildung in den Mittelpunkt der Entwicklungspolitik stellt.⁴³⁴

Die Halbzeitüberprüfung des Abkommens ist für 1995 angesetzt. Im zweiten Finanzprotokoll, das im Rahmen des am 2. November 1995 in Mauritius geschlossenen Abkommens unterzeichnet wurde, ist für den Zeitraum 1995-2000 der Betrag von 14,625 Milliarden ECU vorgesehen. Das Abkommen richtet sich schwerpunktmäßig auf die Förderung von Demokratie und verantwortungsvoller Staatsführung, die Verbesserung der Lage der Frauen in der Gesellschaft, den Umweltschutz, die dezentrale Zusammenarbeit, die Diversifizierung der Wirtschaft der AKP-Staaten, die Förderung des Privatsektors und der regionalen Zusammenarbeit, die industrielle und handelspolitische Zusammenarbeit sowie den Aufbau von Unternehmen und Dienstleistungen. Die Fraktion ist davon überzeugt, dass in den meisten AKP-Staaten eine

wesentliche Verbesserung der Lage der Frauen entscheidend für Fortschritte auf dem Gebiet der Bekämpfung der Armut wäre. In dieser Hinsicht muss sich die Fraktion auf Initiativen auf dem Gebiet Ausbildung, Information, Unterrichtung und Begleitung konzentrieren. Die Wahrung der Menschenrechte, der demokratischen Grundsätze und der Rechtsstaatlichkeit bilden wesentliche Bestandteile der zweiten Phase des Abkommens. Gemäß dem Abkommen von 1995 laufen AKP-Staaten, die diese Kriterien nicht erfüllen, Gefahr, dass die ihnen bereits gewährte Hilfe ausgesetzt wird.^a Auf dieser Grundlage und in Anbetracht der Tatsache, dass im Jahre der Unterzeichnung des Abkommens von 30 Konflikten weltweit 13 in den AKP-Staaten stattfanden, betont die EVP-Fraktion, wie wichtig es ist, eine Politik für den Frieden und die Konfliktverhütung zu verfolgen und diese Ziele sowie das Ziel der ordentlichen Verwaltung in öffentlichen Angelegenheiten in die verschiedenen Bereiche der Partnerschaft einzubeziehen.

a Artikel 5 a des Lomé-IV-Abkommens.

Kapitel XXIV

DIE DRITTE WAHLPERIODE DES GEWÄHLTEN PARLAMENTS: ERWEITERUNG DER EVP- FAMILIE (1989-1994)

Die Wahlen vom 15. und 18. Juni 1989 erweisen sich für die EVP-Fraktion nicht als Erfolg. Die politische Linke hingegen erlebt mit dem Sieg der britischen Labour-Partei, für die 46 Abgeordnete ins Parlament einziehen können (+ 14), einen Aufstieg; der Vorsprung der Sozialdemokratischen Fraktion (180 Abgeordnete) gegenüber der EVP-Fraktion (121 Abgeordnete) wächst. Auch die Fraktion der Europäischen Demokraten verliert Mitglieder (32 der verbliebenen 34 Abgeordneten sind Briten). Am auffälligsten ist jedoch der starke Rückgang innerhalb der deutschen Delegation der EVP-Fraktion (32 Abgeordnete statt vormals 41) infolge der sinkenden Beliebtheit der Regierungsparteien CDU und CSU. Italien zählt weiterhin beachtliche 27 Abgeordnete, da sich die Auflösung der Democrazia Cristiana bei der Europawahl noch nicht bemerkbar macht. In Frankreich jedoch erzielt die EVP-Fraktion aufgrund der Strategie der CDS innerhalb der UDF ein unbefriedigendes Wahlergebnis. Die CDS hatte sich geweigert, sich der von Valéry Giscard d'Estaing geführten Liste anzuschließen, und trat unter Simone Veil, die sich später zusammen mit Jean-Louis Borloo, einem weiteren Abgeordneten ihrer Liste, der Fraktion der Liberalen anschließen sollte, allein zur Wahl an.

Die deutsche und die italienische Delegation stellen zusammen über 50 % der gesamten Mandate der zwölf Delegationen der Fraktion. Mit je zehn Mitgliedern erreichen die griechische und die niederländische Delegation insgesamt ein gutes Ergebnis. In Belgien dagegen ist das Wahlergebnis mit sieben Abgeordneten trotz der Wiederwahl von Leo Tindemans eher enttäuschend. Daneben gehören der Fraktion ein Brite für Nordirland und ein Däne der Christlich-demokratischen Partei an.

Abgesehen von Egon Klepsch und Hanja Maij-Weggen, die ihr Amt als Fraktionsvorsitzender bzw. stellvertretende Fraktionsvorsitzende beibehalten, wählt die Fraktion drei neue Mitglieder in die Fraktionspitze: den Spanier Marcelino Oreja Aguirre, den Belgier Raphael Chanterie und den Italiener Antonio Iodice.

Der Beitritt der spanischen Partido Popular

Ohne die Unterstützung der fünfzehn neuen Mitglieder der „Partido Popular“ hätte die spanische Delegation lediglich aus Concepció Ferrer i Casals, dem einzigen Abgeordneten der katalanischen Partei „Convergència i Unió“, bestanden. Dies hätte die EVP-Fraktion weiter geschwächt. Der Beitritt der spanischen Abgeordneten der Partido Popular war bereits in der vorhergehenden Wahlperiode beschlossen und vorbereitet worden. Anlässlich des Beitritts Spaniens im Januar 1986 hatte die auf nationaler Ebene von Manuel Fraga Iribarne geführte Alianza Popular beschlossen, dass sich ihre europäischen Abgeordneten der Fraktion der Europäischen Demokraten, d. h. der britischen Konservativen, anschließen sollten. Der EVP-Fraktionsvorsitzende Egon Klepsch berichtet, dass er sich im Hinblick auf die Wahlen 1989 mit dem ehemaligen Generalsekretär des Europarates, Marcelino Oreja Aguirre, einem überzeugten Christdemokraten und Europäer, in Verbindung setzte.^a Dieser lud Klepsch zu einem Gespräch mit Manuel Fraga Iribarne bei einem Abendessen in Straßburg ein. Beide Spanier sprechen Deutsch, was die Kommunikation mit Egon Klepsch erleichterte. Marcelino Oreja Aguirre befürwortet die Gründung einer großen spanischen Volkspartei, die sich stärker an der politischen Mitte ausrichtet und so eine größere Wählerschaft anspricht, um die Vorherrschaft der sozialistischen PSOE unter Felipe Gonzáles zu beenden. Zur Erneuerung des Bildes der Partei in der Öffentlichkeit, die zu eng mit dem Erbe des Franco-Regimes verbunden wird, bedarf es einer jungen, die Moderne verkörpernden Führungspersönlichkeit. Diese wird kurze Zeit später in José María Aznar gefunden.

In der Zwischenzeit wurden Versuche zur Neuzusammensetzung der Partei unternommen, die sich als großer Erfolg erwiesen. Auf der Tagung der Alianza Popular am 21. Januar 1989 wird die Partei in „Partido Popular“ umbenannt. Der von Marcelino Oreja Aguirre geführten Liste der Partido Popular gehören sowohl Christdemokraten als auch Gemäßigte des Zentrums sowie einige Anhänger Manuel Fraga Iribarnes an. Fraga Iribarne selbst geht auf Distanz zur spanischen Nationalpolitik und regiert in seiner Region Galicien. Diese Schritte werden ebenfalls von der Partido Popular und der Europäischen Volkspartei in aktiver Zusammenarbeit mit ihrem Vorsitzenden Jacques Santer gebilligt. Nun galt es, auch Javier Rupérez zu überzeugen, der die Christlich-demokratische Partei Spaniens auffordert, sich der neuen Partido Popular anzunähern. Am 24. Mai unterrichtet Egon Klepsch den Fraktionsvorstand über ein Schreiben von Rupérez, in dem dieser den Beitritt der künftigen

a Interview mit Egon Klepsch, *a. a. O.*

Abgeordneten der Liste von Marcelino Oreja Aguirre zur Fraktion fordert. Das ideologische Programm der neuen Partido Popular stützt sich auf die Gedanken Robert Schumans, Konrad Adenauers und Alcide De Gasperis. Der Fraktionsvorstand stimmt dem Beitritt grundsätzlich zu und am 3. Juni 1989 bestätigt der EVP-Gipfel den Fraktionsbeitritt der künftigen Abgeordneten der Liste der Partido Popular als assoziierte Mitglieder (Artikel 5b der Geschäftsordnung).

Ein Jahr später, am 18. Oktober 1991, wird nach einem Treffen zwischen Wilfried Martens, José María Aznar und Javier Rupérez der Grundsatz des Beitritts der Partido Popular zur EVP-Partei offiziell angenommen und bestätigt. Der Wahlsieg José María Aznars bei den Europawahlen 1994, durch den sich die Zahl seiner Abgeordneten verdoppelt, und die Ernennung des Vorsitzenden der Partido Popular zum Ministerpräsidenten im Jahre 1996 (in den Parlamentswahlen von 2000 bestätigt) belegen, dass die Entscheidung, sich stärker zur politischen Mitte hin auszurichten, richtig war.

Der „eingefrorene“ Beitrittsantrag der britischen Konservativen... (Juli 1989)

Die Erweiterung der Fraktion um eine den historischen Wurzeln der Christdemokratie kaum verwandte politische Familie führt ab 1992 zu großen Veränderungen in der EVP-Fraktion und der Partei. Der Beitritt der spanischen Partido Popular und der griechischen Nea Demokratia zur Fraktion erfolgte auf der Grundlage einer wesentlichen Bedingung, deren Einhaltung von den moralischen und politischen Autoritäten der EVP streng überwacht wurde: der eindeutigen Verpflichtung gegenüber den humanistischen Werten und dem europäischen Aufbauwerk. Die spanischen und die griechischen Fraktionsmitglieder erfüllten diese Bedingung und durch ihren Beitritt wurde die geografische Basis der politischen EVP-Familie gestärkt. Noch vor den Wahlen im Juni 1989 hatten die Spanier ihren britischen Partnern mitgeteilt, dass sie ihre Mitgliedschaft in der Fraktion der Europäischen Demokraten nicht verlängern würden.

Faktisch inspirierte der Beitritt der spanischen Abgeordneten die Konservativen, die angesichts ihrer Wahlniederlage eine Marginalisierung im neuen Parlament befürchteten. Am 6. Juli 1989, drei Wochen nach den Europawahlen, unterrichtet Egon Klepsch den in Brüssel zusammengesetzten Fraktionsvorstand über ein Schreiben des Fraktionsvorsitzenden der Europäischen Demokraten, Sir Christopher Prout, vom 28. Juni, in dem es hieß: *„Ich habe die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß ich von den neu gewählten Europaabgeordneten der britischen konservativen Partei gestern*

Abend auf einer Tagung in London mit der Einreichung eines Beitrittsantrags zur Fraktion der Europäischen Volkspartei gemäß den Bestimmungen nach Artikel 5b Ihrer internen Geschäftsordnung betraut wurde. Diese Entscheidung beruht auf der hervorragenden und fruchtbaren Zusammenarbeit zwischen der Fraktion der Europäischen Demokraten und der Fraktion der Europäischen Volkspartei in der gesamten zweiten Wahlperiode des Europäischen Parlaments. Ich möchte betonen, daß unser Wunsch, der Fraktion der Europäischen Volkspartei beizutreten, Ausdruck unseres aufrichtigen Willens ist, an der Stärkung des Parlaments und der Vollendung des europäischen Aufbauwerks konstruktiv mitzuwirken. In den kommenden fünf Jahren steht das Parlament vor großen Herausforderungen. Die Schaffung eines voll funktionsfähigen europäischen Binnenmarktes ist dabei eines der ersten und wichtigsten Themen auf der Tagesordnung. Auch die Wirtschafts- und Währungsunion profitiert von dem starken Impuls, der kürzlich von den Entscheidungen des Gipfels von Madrid ausging. Außerdem müssen dringend die notwendigen Maßnahmen zur Verbesserung und zum Schutz unserer Umwelt eingeleitet werden. Wir sind überzeugt, daß wir der Erreichung dieser Ziele durch die Zusammenarbeit unserer beiden Fraktionen am nächsten kommen können. Unser Beitritt zur Fraktion der Europäischen Volkspartei würde unsere gemeinsamen Bemühungen für eine noch engere Union der Völker Europas verstärken.“

Dieses Schreiben vom 28. Juni 1989 sollte weder den Auftakt noch das Ende der langen und turbulenten Geschichte der Beziehungen zwischen der EVP und den britischen Konservativen bilden. In seinen Memoiren⁴³⁵ gibt Wilfried Martens offen zu: *„Die Beziehung zwischen der EVP und den britischen Konservativen war eines der Kreuze in meiner Zeit als Vorsitzender.“* Der damalige belgische Premierminister Wilfried Martens folgt Jacques Santer am 10. Mai 1990 als Vorsitzender der EVP-Partei. Er erinnert daran, dass die ersten Kontakte zwischen den Briten und den kontinentalen Christdemokraten auf den Januar 1966 zurückgehen, als Edward Heath auf einer Pressekonferenz in Rom ankündigte, seine Partei wolle sich der Europäischen Union der Christlicher Demokraten (EUCD) anschließen. Aufgrund des kategorischen Widerstandes der Italiener, Niederländer und Belgier wurde dieser Vorschlag jedoch dauerhaft abgelehnt. Martens merkt an: *„Die Geschichte der britischen Konservativen und der EVP, und womöglich auch des Vereinigten Königreichs und der Europäischen Gemeinschaft, wäre vielleicht anders verlaufen, wenn man die Briten damals in die christdemokratische Familie aufgenommen hätte. Das war ein entscheidender historischer Fehler.“*

Mehr als zwanzig Jahre nach diesem ersten Versuch müssen sich nun die Fraktionsvorsitzenden Egon Klepsch und später Leo Tindemans, zusammen mit Wilfried Martens, dieser Angelegenheit annehmen.

Doch wie reagierte die Fraktion auf diesen Beitrittsantrag? Das Protokoll der Vorstandssitzung während der Studententage der Fraktion in Funchal, der Hauptstadt von Madeira, vom 10. Juli 1989 fasst die Diskussion lakonisch zusammen: „*Der Vorsitzende gedenkt, den Beitrittsantrag der Fraktion der Konservativen angesichts der Opposition mehrerer christdemokratischer Parteien einzufrieren und hofft stattdessen, mit dieser Fraktion eine Kooperationsvereinbarung abschließen zu können.*“ Egon Klepsch ist kein Anhänger einer Beschleunigung des Zeitplans. Dennoch sind die britischen konservativen Abgeordneten, die im Juni 1989 gewählt werden, nicht euroskeptisch, im Gegenteil: Die große Mehrheit von ihnen vertritt eine neue Richtung innerhalb der Konservativen, die sich von der traditionellen Isolierung abwendet, zu der die abrupte Offenheit der britischen Premierministerin seit 1979, Margaret Thatcher, in Bezug auf die Interessen ihres Landes in Europa geführt hatte („*I want my money back!*“). Mit der Wahl John Majors zum Premierminister am 27. November 1990 bestätigt sich der veränderte Tonfall der Tories gegenüber dem europäischen Aufbauwerk.^a

Auf Initiative der Partei tauen die Beziehungen zwischen den beiden Fraktionen schließlich auf. Helmut Kohl will Bewegung in die Angelegenheit bringen. Traditionellerweise versucht die CDU, enge Beziehungen zu den gemäßigten Mehrheitsparteien der großen Länder in Europa zu unterhalten. Ihre Kontakte mit John Major sind zwar nicht herzlich, aber offen genug, um einen Dialog anzustoßen. Auch Wilfried Martens verfolgt diesen Ansatz. Am 18. Juni 1990 lädt Martens, der frisch gewählte Parteivorsitzende, den Vorsitzenden der Fraktion der Europäischen Demokraten, Sir Christopher Prout, den Vorsitzenden der Partei der Konservativen, Christopher Patten, Europabefürworter und Katholik^b, sowie den Generalsekretär der ED-Fraktion, Harald Rømer, zu einem Arbeitessen in seine Residenz als Premierminister ein.⁴³⁶

Einige Monate später, am 13. April 1991, leitet Wilfried Martens den EVP-Gipfel in Val Duchesse. Auf der Tagesordnung stehen die Schreiben von Sir Christopher Prout und Christopher Patten vom 5. und 11. April, in denen sich beide dem Programm der EVP verpflichten und erneut ihren Antrag auf Beitritt zur Fraktion bekräftigen. Wieder ist die EVP gespalten: Helmut Kohl, José María Aznar, Konstantinos Mitsotakis und Jacques Santer befürworten die Annahme des Antrags. Doch der niederländische Ministerpräsident Ruud Lubbers,

a Mit der Niederlage John Majors bei den Wahlen im März 1997 gegen Tony Blair kehrt sich diese mehrheitliche Haltung der Konservativen jedoch wieder um und der Euroskeptizismus gewinnt Oberhand.

b Christopher Patten, der letzte Gouverneur von Hongkong, war von 1999 bis 2004 Mitglied der Prodi Kommission.

die Belgier, die Italiener und die Iren sind weiterhin dagegen. Daher wird beschlossen, einen Konzertierungsausschuss zwischen dem Vorstand der EVP-Fraktion und dem Vorstand der ED-Fraktion einzurichten, der die Arbeiten der acht gemeinsamen Sachverständigengruppen der beiden Fraktionen koordinieren und bis zum 1. April 1992 die Vereinbarkeit der beiden Positionen überprüfen soll. Arnaldo Forlani erklärt im Namen der italienischen DC offiziell seine Ablehnung.

Die wenig kooperative Haltung John Majors, der auf dem Europäischen Rat von Maastricht am 10. Dezember 1991 ein umfassendes „Opting-out“ erreicht, dämpft die Begeisterung der Befürworter eines schlichten und einfachen Beitritts zur EVP-Fraktion. Doch die Aussicht auf ein individuelles Wahlbündnis mit den konservativen Abgeordneten setzt sich schließlich durch.

... wird schließlich angenommen (April 1992)

Am 14. Januar 1992 folgt Leo Tindemans Egon Klepsch als Fraktionsvorsitzender nach dessen Wahl zum Präsidenten des Europäischen Parlaments. Damit obliegt die institutionelle Behandlung des britischen Beitrittsantrags nun den beiden belgischen Christdemokraten und überzeugten Europäern Tindemans und Martens. Auf dem EVP-Gipfel vom 14. März 1992 zeigt sich Ruud Lubbers nachgiebig und ebnet damit der Fraktion den Weg zu einer pragmatischen Lösung. Die innenpolitisch geschwächten italienischen Christdemokraten verlieren insgesamt an Einfluss. Am 7. April 1992 legt Leo Tindemans der Fraktion einen Vorschlag über ein Wahlbündnis mit den britischen Abgeordneten zur geheimen Abstimmung vor. Das Wahlbündnis wird mit 72 Stimmen bei 36 Gegenstimmen und 3 ungültigen Stimmen angenommen. Am 1. Mai 1992 treten die 32 britischen und zwei dänischen konservativen Abgeordneten offiziell der EVP-Fraktion bei. Artikel 1 der Satzung wird abgeändert und die Fraktion in „Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und Nahestehenden“ umbenannt. Sir Christopher Prout wird zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden ernannt. Außerdem wird zugunsten der Konservativen ein fünfter ständiger Arbeitskreis eingerichtet. John Biesmans wird stellvertretender Generalsekretär der Fraktion, die sämtliche Bedienstete des Sekretariats der Europäischen Demokraten übernimmt.^a Damit ist die Fraktion der Europäischen Demokraten aufgelöst.

^a John Biesmans rückt als stellvertretender Generalsekretär und Kabinettschef des Generalsekretärs, Klaus Welle, ab 1999 nach und nach zur Nummer 2 des Sekretariats auf. Außerdem war er nach Werner de Crombrugge und vor Robert Fitzhenry Leiter des Pressedienstes. 2008 ist er für die interne Finanz- und Personalverwaltung verantwortlich.

Steigender Frauenanteil und zunehmende Verjüngung der EVP-Fraktion

Seit den 1980er Jahren hat sich der Anteil der Frauen in der Politik mit individuellen Unterschieden in den einzelnen Ländern kontinuierlich erhöht. Die ehemalige Christlich-demokratische Fraktion des Parlaments von 1952 bis 1979 hatte lediglich vier weibliche Mitglieder: die Niederländerin Margaretha Klompé, die beiden Deutschen Maria Probst und Hanna Walz, sowie die Italienerin Erisia Tonetti. 1979 wurden acht Frauen in die Fraktion gewählt, 1984 neunzehn. Von den insgesamt neunzehn Frauen, die 1989 gewählt werden, gehören sieben der deutschen Delegation an, jeweils zwei der italienischen, niederländischen, spanischen und luxemburgischen Delegation und je eine der französischen, belgischen, griechischen und irischen Delegation.

Die Verjüngung der Fraktion 1989 erfolgt durch den Beitritt mehrerer Abgeordneter, die nach dem Zweiten Weltkrieg geboren wurden und teilweise eine lange Karriere in der Fraktion vor sich haben.

Reimer Böge, 1951 in Schleswig-Holstein geboren und von Beruf Agraringenieur und Landwirt, verfolgt im Parlament eine erfolgreiche Karriere in seinen beiden Kompetenzbereichen Landwirtschaft und Haushalt. Er wird Berichterstatter des Untersuchungsausschusses zur BSE-Krise (Bovine spongiforme Enzephalopathie) und zur Finanzierung der Union für den Zeitraum 2007-2013, sowie ab 2004 Vorsitzender des Haushaltsausschusses. Der 1947 geborene Karl-Heinz Florenz verdient sich seine Sporen zunächst im Umweltausschuss, in dem er erst als Koordinator der EVP und dann von 2004 bis 2007 als Vorsitzender tätig ist. Georg Jarzembowski, geboren 1947, gewählt in Hamburg,

Biesmans ist ständiger Assistent des Vorsitzenden und des Generalsekretärs auf der Rednerbühne der Fraktion. Seine britische Gelassenheit, die an einen Major der britischen Armee erinnern mag, sowie sein Organisationstalent machen ihn zu einer Schlüsselfigur im Sekretariat. Zu den anderen Mitgliedern des Sekretariats der Fraktion der Europäischen Demokraten, die 1992 der EVP-Fraktion beitraten, gehört der ehemalige Generalsekretär der ED-Fraktion, Harald Römer, kurze Zeit Sonderberater der Fraktion, bevor er in die Verwaltung des Europäischen Parlaments als Generaldirektor, stellvertretender Generalsekretär und schließlich Generalsekretär übernommen wurde. Sein Landsmann Niels Pedersen, der zusammen mit seiner Frau Merete Pedersen 1974 ins Parlament einzog, wurde Mitglied des Ausschusses für Geschäftsordnung und war für die parlamentarischen Arbeiten zuständig, bevor er 2005 nach dem Ausscheiden von Klaus Welle Generalsekretär der Fraktion wurde. Anthony Teasdale, der lange dem Fraktionsvorstand in London angehört hatte, wurde 2007 Mitglied des Kabinetts von Parlamentspräsident Hans-Gert Pöttering. Seine britischen Landsleute Alan Reid, Berater im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Thimothee Brainbridge, der im Dokumentationsdienst tätig war, David Steel, Berater des Haushaltskontrollausschusses, und Stephen Biller, zuständig für die Beziehungen zu den Kirchen und den Dialog mit der orthodoxen Kirche, dessen sicheres Auftreten eines Diplomaten oder römischen Prälaten ihm den Zutritt zum Vatikan erleichterte, haben ihre Tätigkeit inzwischen aufgegeben.

ist seit 1991 Mitglied des Europäischen Parlaments. Auch er spezialisiert sich im Verlauf der einzelnen Wahlperioden hindurch in einem Fachgebiet, was ihm ermöglicht, innerhalb der Fraktion wichtige Ämter zu übernehmen. Jarzembowski, der in den Fraktionssitzungen übrigens großen Wert auf Pünktlichkeit legt, ist der unangefochtene Koordinator im Verkehrsausschuss. Die 1947 in Belgien geborene Godelieve Quisthoudt-Rowohl beendet in Deutschland ihre Ausbildung zur Biochemikerin. Sie vertritt in der Wahl von 1989 Niedersachsen und übernimmt ab 1999 das Amt der Quästorin im Europäischen Parlament, nachdem sie intensiv an den Forschungsrahmenprogrammen der Union mitgearbeitet hat.

Auch durch den Beitritt der britischen Konservativen im April 1992 erhöht sich die Zahl der nach dem Zweiten Weltkrieg geborenen Abgeordneten in der EVP-Fraktion. Drei von ihnen verschreiben sich dauerhaft den Zielen der Fraktion, der sie auch 2009 noch angehören: Caroline Jackson, 1946 geboren und gewählt in South West England, ist Diplom-Historikerin am Nuffield College in Oxford. Nachdem sie von 1974 bis 1984 Vorstandsmitglied der Fraktion der Europäischen Demokraten war, widmet sie sich in ihren folgenden Mandaten den Themen Umweltschutz und Nahrungsmittelsicherheit. Edward McMillan-Scott, 1949 geboren und gewählt in Yorkshire, war Leiter der britischen Delegation. Der Experte der europäischen Tourismusindustrie wurde 2004 zum Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments gewählt. Der 1949 geborene James Elles wird seit 1984 im Wahlbezirk South East England gewählt, in dem auch die berühmte Oxford-Universität gelegen ist. Der Sohn von Lady Elles, die bei der Wahl zum ersten Parlament 1979 ebenfalls gewählt wurde, war zunächst Beamter der Europäischen Kommission, wo er großes Fachwissen in Verwaltungs- und Haushaltsfragen erwarb, das ihm in seinen eigenen Mandaten sehr nützte. Als geachtetes und teilweise gefürchtetes Mitglied des Haushaltsausschusses und des Haushaltskontrollausschusses zeigt er gegenüber seiner ehemaligen Behörde unnachgiebige Wachsamkeit. Als stellvertretender Fraktionsvorsitzender bis 2007 und Gründer des Ideen-Netzwerkes EIN (siehe Teil 3) ist Elles einer der aktivsten Abgeordneten der EVP-ED-Fraktion und engagiert sich sowohl für das Fraktionsleben als auch für die Belange der britischen Delegation.

Zu dieser neuen Generation von Abgeordneten, die 1989 gewählt werden, gehören auch die 1950 geborene Niederländerin Ria Oomen-Ruijten und die 1951 geborene Luxemburgerin Viviane Reding.

Ria Oomen-Ruijten trat bereits mit 31 Jahren in die Politik ein und war von 1981 bis 1989 Abgeordnete in den niederländischen Generalstaaten (Parlament). Die dynamische und extrovertierte Limburgerin

aus Maastricht repräsentiert den katholischen Süden, der traditionell vom calvinistisch-strengen Norden des Landes unterschieden wird. Als aktives Mitglied des Sozialausschusses und des Umweltausschusses wird Oomen-Ruijten im Januar 1992 in der zweiten Hälfte der Wahlperiode zur stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt. Ab 2007 ist sie Leiterin der Delegation für die Beziehungen zu Russland.

Viviane Reding, von Beruf Journalistin, war bereits im luxemburgischen Abgeordnetenhaus vertreten. Die stellvertretende Vorsitzende der Christlich-sozialen Partei spricht wie die meisten Luxemburger neben ihrer Muttersprache, in der sie sich nur mit ihren Landsleuten unterhält, fließend Deutsch und Französisch. Reding vertritt ihre Delegation im Fraktionsvorstand und engagiert sich im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten. Ihre starke Position in Luxemburg und in europäischen Kreisen und ihr Engagement bei der Verteidigung ihrer Dossiers führen dazu, dass sie von Luxemburg im Jahr 1999 nach zwei aufeinander folgenden Mandaten in der EVP-Fraktion als Mitglied für die Prodi-Kommission vorgeschlagen wurde.

Verstärkung der EVP-Riege durch charakterstarke Frauen und Männer

Doris Pack wurde zu einer der aktivsten und einflussreichsten Abgeordneten der deutschen Delegation. Die im Saarland gewählte, französischsprachige Politikerin, die sich für die deutsch-französische Verständigung einsetzte, hatte ihr Bundesland bereits als Abgeordnete im Bundestag vertreten, bevor sie ins Europäische Parlament gewählt wurde. Zunächst Mitglied des Ausschusses für Kultur und Bildung, wird sie 1994 zu dessen Koordinatorin und hat diesen Posten auch im Jahr 2009 noch inne – ein Beleg für ihre Autorität und Kompetenz. Doris Pack engagiert sich neben ihrer Tätigkeit im Ausschuss auch aktiv für den Stabilisierungs- und Aussöhnungsprozess in den westlichen Balkanländern. Seit 1989 ist sie Leiterin der Delegation für die Beziehungen zu Südosteuropa und hat in dieser schwierigen Region Tausende von Kilometern zurückgelegt, um mit den meisten Akteuren, die über Krieg oder Frieden, Aussöhnung oder Konfrontation entscheiden, dauerhafte Kontakte zu etablieren. Die leidenschaftliche und kämpferische Doris Pack ist in der EVP-Fraktion eine wichtige Ansprechpartnerin für Fragen im Zusammenhang mit den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens.

In einem ganz anderen Bereich, dem der Haushaltskontrolle, übt Diemut Theato großen Einfluss aus. In der süddeutschen Rhein-Neckar-Region gewählt, war sie von 1987 bis 2004 Abgeordnete der Frak-

tion. Sie folgte Heinrich Aigner als Vorsitzende des Haushaltskontrollausschusses, der in den 1990er Jahren schonungslose Kritik an der Kommission übte und die Exekutive durch die wiederholte Infragestellung ihrer Haushaltsführung schwächte. Die Verweigerung der Haushaltsentlastung und die berechtigte Kritik an der Haushaltsführung der Kommission hatten schließlich den geschlossenen Rücktritt der Kommission Santer im März 1999 zur Folge (siehe Teil 3).

Unter den 1989 gewählten spanischen Abgeordneten, die sich nach der politischen Vereinbarung mit der neuen Partido Popular der Fraktion anschlossen, zeichnen sich zwei temperamentvolle Männer der rechten Mitte mit sehr unterschiedlichen politischen Lebensläufen aus: Carlos Robles Piquer, 1925 in Madrid geboren, verfolgte zunächst eine Karriere als Diplomat und vertrat Spanien auf mehreren Kontinenten. Er war Staatssekretär und Minister in den letzten Regierungen unter General Franco und wurde anschließend Vorsitzender mehrerer Institutionen und Kulturstiftungen. Der Vertreter der traditionellen Rechten in der spanischen Delegation ist von 1994 bis 1999 stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Robles Piquer initiiert den ersten von der Fraktion organisierten Dialog zum Thema Toleranz und interkultureller Dialog auf einer Vorstandssitzung im Juni 1996 auf Malta.

José María Gil-Robles Gil-Delgado, geboren 1935, gehört der spanischen christdemokratischen Familie an. Sein Vater ist eine ihrer wichtigsten Persönlichkeiten und zögerte nicht, seine Werte auch gegen das Franco-Regime zu verteidigen. Gil-Robles Gil-Delgado stellt der Fraktion seit seinem Eintritt ins Europäische Parlament im Jahr 1989 sein juristisches Fachwissen zur Verfügung und kann seine leidenschaftliche europäische Überzeugung in mehreren Sprachen präzise und klar zum Ausdruck bringen. Zunächst Mitglied, dann von 1992 bis 1994 Vorsitzender des Ausschusses für institutionelle Fragen, wird er als Kandidat der EVP-Fraktion zum Vizepräsidenten und im Januar 1997 zum Präsidenten des Europäischen Parlaments gewählt. In seiner letzten Rede am 5. Mai 1999 bekennt er, *„von der Leidenschaft für Europa angetrieben worden zu sein, dieser Leidenschaft, dank der die Utopie von vor 50 Jahren zum großen Teil Wirklichkeit geworden ist“*⁴³⁷.

Auch Astrid Lulling wurde 1989 in die Fraktion gewählt. Die 1929 geborene freimütige Luxemburgerin hält mehrere Rekorde: Sie ist die älteste Abgeordnete im Parlament, da sie bereits in der noch nicht gewählten Versammlung von 1965 bis 1974 als nationale Abgeordnete ihren Sitz hatte, und sie ist Alterspräsidentin der Fraktion, der sie auch 2009 noch angehört. Lulling ist Mitglied des Wirtschaftsausschusses, in dem sie ihre liberalen Standpunkte verteidigt, und nimmt an allen vom

Fraktionsvorstand an verschiedenen Orten der Union abgehaltenen Sitzungen teil. Astrid Lulling ist eine starke Persönlichkeit, die bei ihren Kollegen aus verschiedenen Ländern und Fraktionen u. a. wegen der Einsetzung einer Studiengruppe Wein und ihrer Verteidigung der Honigproduktion sehr beliebt ist. Dank dieser Beliebtheit wird sie 2004 in geheimer Wahl zur Quästorin des Europäischen Parlaments gewählt.

Im Jahr 1989 treten zwei weitere starke Persönlichkeiten der EVP-Fraktion bei: Sir Henry Plumb gehört der ersten Welle konservativer Abgeordneter an, die 1979 gewählt wurden. Der ehemalige Vorsitzende des einflussreichen britischen Bauernverbands (National Farmers Union) ist von 1979 bis 1982 Vorsitzender des Landwirtschaftsausschusses des Parlaments. Von 1982 bis 1987 wird er als Nachfolger von Sir James Scott Hopkins und Vorgänger von Sir Christopher Prout Vorsitzender der Fraktion der Europäischen Demokraten. 1987 wird er, unterstützt von der EVP-Fraktion, zum Präsidenten des Europäischen Parlaments gewählt (bis 1989). Nach seiner Wiederwahl 1989 schloss er sich dem kollektiven Beitrittsantrag der Konservativen an, der jedoch erst im Mai 1992 angenommen wurde. Der zum Sir Plumb ernannte Lord Henry ist vor allem ein Gentleman, der seine britischen Eigenschaften mit einem leidenschaftlichen Europäismus vereint, wodurch er im Europäischen Parlament sehr beliebt ist. *„Ich wurde als Brite geboren und werde als Europäer sterben“*, dieses berühmte ihm zugeschriebene Zitat fasst die Laufbahn dieses pragmatischen Konservativen zusammen, der das europäische Aufbauwerk nach seinen Erfolgen und Errungenschaften beurteilte.

Jean-Louis Bourlanges, ein ehemaliger linker Gaullist, der auf der Liste Simone Veils und der christdemokratischen CDS gewählt wurde, ist ein echter Vertreter der französischen Intelligenz: brillant und kultiviert, seine Redebeiträge im Plenum und der Fraktion und seine häufig in der französischen Presse erschienenen Beiträge waren vielfach voller Paradoxe und humoristischer Einlagen. Sein Hang zur Polemik machte ihm nicht nur Freunde, doch die Anhänger, die er aufgrund seiner europäischen Überzeugungen gewann, hielten ihm die Treue. Bourlanges war Mitglied des Haushaltsausschusses und wurde 1993 Vorsitzender des Haushaltskontrollausschusses. Er engagierte sich vor allem in den institutionellen Diskussionen, in denen er sich durch Leidenschaft und Argumentationsstärke auszeichnete. Bourlanges wurde von 1989 bis 2004 für die EVP-Fraktion wiedergewählt, wechselte 2004 jedoch zum Bedauern seiner Kollegen im Ausschuss für institutionelle Fragen in die Fraktion der Liberalen über.

Eine Überraschung: Der Eintritt von Valéry Giscard d'Estaing (Dezember 1991)

In den letzten Tagen unter dem Vorsitz Egon Klepschs wurden die Mitglieder der EVP-Fraktion im Dezember 1991 vom Beitrittsantrag Valéry Giscard d'Estaings und der drei ihm treuen französischen Abgeordneten Alain Lamassoure, Jeannou Lacaze und Robert Hersant von der Fraktion der Liberalen als nahestehende Mitglieder überrascht. Der ehemalige französische Staatspräsident war im Juni 1999 als Spitzenkandidat der UDF ins Parlament eingezogen und mit seinen Mitbewerbern der Fraktion der Liberalen beigetreten, und er war seit seinem Eintritt sogar zu deren Fraktionsvorsitzendem gewählt worden. Giscard d'Estaing von der französischen Delegation unterstützter Eintritt in die EVP-Fraktion etwas mehr als zwei Jahre später wurde als Anerkennung des zunehmenden Einflusses der EVP verstanden. Nachdem der Fraktionsvorsitzende der Liberalen erkannt hatte, dass die wichtigsten strategischen Leitlinien des Parlaments von den beiden stärksten Fraktionen, der EVP und der SPE, festgelegt wurden, hielt Giscard d'Estaing es für sinnvoller, sich in der EVP zu engagieren, deren Standpunkte er vollständig teilte, als an der Spitze der Fraktion der Liberalen, deren Positionen stets zwischen rechts und links schwankten. Obwohl ihm damals nicht alle liberalen Abgeordneten folgten, setzte er eine Bewegung in Gang, in deren Verlauf sich auch die portugiesische PSD im November 1996 der EVP anschloss – eine Voraussetzung für die deutliche Überlegenheit der EVP über die SPE ab 1999.

Veränderungen an der Fraktionsspitze: der Vorsitz Leo Tindemans und die Neuzugänge im Sekretariat (Januar 1991-Juli 1994)

Im Fraktionsvorstand um den Vorsitzenden Egon Klepsch vollziehen sich im Januar 1991 einige Neuerungen. Da Hanja Maij-Weggen als Verkehrsministerin in die Regierung von Ruud Lubbers berufen wird, rückt Ria Oomen-Ruijten für sie nach und übernimmt das strategisch wichtige Amt der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden für die parlamentarischen Arbeiten, insbesondere für die Aufstellung der Rednerlisten aus der Fraktion und die Festlegung der Redezeit. Sie bleibt auch unter den Vorsitzenden Leo Tindemans und Wilfried Martens bis 1999 in diesem Amt tätig. Ferruccio Pisoni nimmt den Platz von Antonio Iodice ein, und José María Gil-Robles Gil-Delgado den von Marcelino Oreja Aguirre, der zum Vorsitzenden des Ausschusses für institutionelle Fragen ernannt wird.

Auch in der Sekretariatsführung finden Veränderungen statt. Sergio Guccione wird am 31. Januar 1991 erneut Generaldirektor für Information des Parlaments in Luxemburg.

Egon Klepsch schlägt Gerhard Guckenberger, der bisher die parlamentarischen Arbeiten leitete, als Nachfolger Gucciones vor. Guckenberger kennt die Fraktion gut und wird sowohl von den Abgeordneten als auch von seinen Kollegen im Sekretariat geschätzt. Der taktvolle und zurückhaltende Bayer, der bereits vor den Wahlen 1979 eingetreten war, war zuvor Assistent von Hans-August Lücker und zunächst für die Begleitung des Landwirtschaftsausschusses zuständig, eines damals für die Christdemokraten wichtigen strategischen Bereichs. Der von Egon Klepsch ernannte neue Generalsekretär sollte von 1992 bis 1994 auch Leo Tindemans und von Juli 1994 bis April 1997 Wilfried Martens unterstützen.

Am 12. Februar 1991 stellt Gerhard Guckenberger dem Fraktionsvorstand seine neuen Leitlinien für das Sekretariat vor. Es wird ein „Managementteam“ aus den Leitern der Dienststellen eingerichtet, das das erste begrenzte und operationelle Gremium des Sekretariats darstellt und regelmäßig einmal wöchentlich unter dem Vorsitz des Generalsekretärs tagt, um einen Überblick über die Tätigkeiten der Fraktion zu geben und die Arbeit der Führungsorgane, des Vorstandes und der Fraktion zu koordinieren.

Das Managementteam wird auch von den Nachfolgern Guckenbergers beibehalten (siehe Teil 3). Das Sekretariat umfasst zu diesem Zeitpunkt 99 Mitarbeiter, von denen 85 in Brüssel beschäftigt sind.^a

a Zu den in den 1980er und den 1990er Jahren dem Sekretariat beigetretenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gehören Delia Carro (1986), Leiterin der Personalabteilung, zuvor im Dokumentationsdienst tätig, Miguel Seabra-Ferreira (1986), zuständig für die portugiesische Presse und später für das Internet, Andreas Hartmann (1987), zunächst Assistent des Fraktionsvorsitzenden Klepsch, danach Berater im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, Anne Vahl (1986), Beraterin für die französischsprachige Presse und den Frauenausschuss, Martin Kamp (1989), Berater im Umweltausschuss, danach Leiter eines Arbeitskreises, stellvertretender Generalsekretär zuständig für die parlamentarischen Arbeiten und Generalsekretär der Fraktion ab September 2007, Elias Kavalierakis, Mitglied des Rechtsausschusses, folgt 1984 seinem Landsmann Spyros Efstathopoulos (1981), Mitglied des Regionalausschusses und des Ausschusses der Regionen, Klaus Kellersmann, Berater des Sozialausschusses und regelmäßig in den Personalrat der Fraktion gewählt, Romain Strasser (1986), Luxemburger und Mitglied des Verkehrsausschusses, Christine Detourbet (1991), folgte den französischen Abgeordneten der Fraktion der Liberalen, lange im Dokumentationsdienst tätig, ab 2008 für die strategische Abteilung zuständig, Véronique Donck (1991), ehemalige Assistentin von Gérard Deprez, Beraterin der EVP-Abgeordneten des Kulturausschusses, Mariangela Fontanini (1991), im italienischen Pressedienst tätig, Carlo Palassof (1991), Mitglied des Entwicklungsausschusses und der AKP-Versammlung, Katrin Ruhrmann (1991), zuständig für die deutsche Presse und Sprecherin von Hans-Gert Pöttering im Fraktionsvorstand und im Präsidium des Europäischen Parlaments, Antonio Preto (1992), Oberrechtsrat für den Rechtsausschuss, danach Mitglied des Kabi-

Am 14. Januar 1992, in der Mitte der Wahlperiode, findet der deutlichste Wechsel an der Fraktionsspitze statt. Nach der Wahl Egon Klepschs zum Parlamentspräsidenten, einem Ziel, das dieser lange Zeit verfolgt und nun endlich erreicht hat, wird Leo Tindemans in einem relativ offenen Wettbewerb zwischen mehreren Bewerbern, darunter Tindemans Landsmann Raphael Chanterie und der Italiener Calogero Lo Giudice, zum Fraktionsvorsitzenden gewählt. In der Abstimmung, an der 122 Mitglieder teilnehmen, erhält Leo Tindemans 65 Stimmen, Raphael Chanterie und Calogero Lo Giudice jeweils 25 Stimmen, bei 6 Enthaltungen und einer ungültigen Stimme. Ria Oomen-Ruijten wird in ihrem Amt als stellvertretende Fraktionsvorsitzende bestätigt. Als stellvertretende Fraktionsvorsitzende werden weiterhin der Grieche Menelaos Hadjigeorgiou, der Spanier Manuel García Amigo, der Deutsche Bernhard Sälzer und der Ire John Joseph McCartin gewählt. Zur Reihe der vielen Ämter Ria Oomen-Ruijtens kommt die neue Funktion der „Bundesgeschäftsführerin“ hinzu, durch die eine verbesserte Präsenz und Abstimmungsdisziplin unter den Mitgliedern gewährleistet werden soll. Jede nationale Delegation ernennt einen parlamentarischen Geschäftsführer. Diese whips überprüfen gemeinsam die Gewissenhaftigkeit der Abgeordneten, indem sie der Bundesgeschäftsführerin Bericht erstatten und Informationen sammeln, die an den Vorstand und die Delegationsleiter weitergeleitet werden.

netts von Hans-Gert Pöttering, Jorge Soutullo Sánchez (1993) Mitglied des Landwirtschaftsausschusses, Harald Kandolf (1994), Österreicher, Mitglied des Regionalausschusses, Johan Ryngaert (1989), erwirbt das Vertrauen der Generalsekretäre der Fraktion und ist für das Zentralsekretariat tätig.

Kapitel XXV

DER FALL DER BERLINER MAUER (NOVEMBER 1989), DIE DEUTSCHE WIEDERVEREINIGUNG UND DER ZUSAMMENBRUCH DES SOWJETIMPERIUMS (1991)

Eine unvorhersehbare Revolution

Die Geschichte hält bisweilen Überraschungen bereit; dessen wurden die Abgeordneten der dritten Wahlperiode des Parlaments rasch gewahr. Die politischen Kräfte, die sich den Bürgern im Juni 1989 im Europa der 12 zur Wahl stellten, hätten nicht im Traum daran geglaubt, dass sie in der folgenden Amtszeit eine unvorhersehbare Revolution bewältigen müssten: Der Fall der Berliner Mauer am 9. November, die Absetzung von Ceausescu am 22. Dezember und seine Hinrichtung im Schnellverfahren, die Wahlen in Ungarn im März 1990, in der Tschechoslowakei im Juni 1990, die deutsche Wiedervereinigung am 3. Oktober, die Wahl von Lech Wałęsa zum polnischen Staatspräsidenten am 9. Dezember, die Auflösung des Warschauer Paktes am 25. Februar 1991, die Unabhängigkeitserklärungen Kroatiens und Sloweniens am 25. Juni 1991, die Beitrittsgesuche von Schweden am 1. Juli und Finnland am 18. März 1992, die Anerkennung der baltischen Staaten durch die zwölf Mitgliedstaaten am 27. August 1991, der Beginn der blutigen Auseinandersetzungen im zerfallenden Jugoslawien und die „samtene Revolution“ in der Tschechoslowakei. Es scheint, als ob innerhalb weniger Monate plötzlich ein Hauch von Wahnsinn durch die Welt weht. Von Europa ausgehend werden alle geopolitischen Karten neu gemischt. Mit dem Ende der Konfrontation zwischen Ost und West und dem Zusammenbruch des Kommunismus scheint eine neue Zeitrechnung zu beginnen. Europa entdeckt die Freiheit wieder, die Zeit der Angst ist vorbei, die Forderungen nach Demokratie und größerem materiellen Wohlstand werden immer lauter, der Kommunismus, eine der gefährlichsten und schädlichsten Ideologien, die der Mensch hervorgebracht hat, gerät in Misskredit und wird verurteilt, und gleichzeitig leben mit territorialen Forderungen, Identitätskrisen, religiösen

Auseinandersetzungen und „ethnischen Säuberungen“ die Geister der Vergangenheit wieder auf.

Im Juli 1989 hat die EVP-Fraktion nicht im Entferntesten daran gedacht, dass ihr Arbeitsplan für die kommenden Monate und Jahre so grundlegend auf den Kopf gestellt werden würde. Im Mittelpunkt der von den 1980ern geprägten Vorjahre hatten nüchterne Finanzfragen, der britische Beitrag zum Haushalt und die Kosten der Agrarpolitik gestanden. Das Großprojekt Binnenmarkt hatte alle positiven Kräfte der Regierungen und Gemeinschaftsinstitutionen auf sich gelenkt. Die Sorgen der Europäer drehten sich vor allem darum, dass sich die Wirtschaftskrise auf die Beschäftigung und die Inflation in den Mitgliedstaaten niederschlagen könnte. Doch all das sollte mit dem Erwachen der Völker in Mittel- und Osteuropa und ihrem Wunsch, in Freiheit zu leben und verlorene Jahrzehnte aufzuholen, an Bedeutung verlieren. Das Europa der 12 steuert im Jahre 1989 völlig ahnungslos auf das Europa der 27 zu, denn die Mitgliedstaaten haben das volle Ausmaß der Veränderungen, die sich vor ihren Augen vollziehen, noch nicht erfasst.

Erste Anzeichen eines Wandels in der Sowjetunion

Im März 1985 tritt in der Sowjetunion ein junger Mann des Amtes des Generalsekretärs des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei an: Michail Gorbatschow. Das Land befindet sich in einem jämmerlichen Zustand. Im Ausland schafft sich die Rote Armee in einem aussichtslosen Kampf in Afghanistan „ihr Vietnam“. Im Inland wird die Gesellschaft von Versorgungsengpässen lahmgelegt, die wirtschaftliche und demografische Entwicklung befindet sich im Stillstand. Hier soll die *Perestroika* Abhilfe schaffen und rasch die dringend benötigten grundlegenden Reformen herbeiführen. Mit seiner Politik der *Glasnost* will Michail Gorbatschow gleichzeitig die von ihm angestrebte Offenheit gewährleisten.

Der Westen dagegen musste zu Zeiten der Entspannung häufig die leidvolle Erfahrung machen, dass die in der UdSSR angekündigten Veränderungen mit Vorsicht zu genießen sind. Man stellt sich daher die Frage, welche Wendung diese Ereignisse nehmen werden: „*Werden sich in der UdSSR bedeutende, grundlegende und dauerhafte Veränderungen vollziehen? Werden diese Veränderungen eine Annäherung zwischen Ost und West begünstigen? Oder ergeben sich für die UdSSR daraus neue Möglichkeiten, ihr Streben nach Weltherrschaft fortzusetzen? Müssen die Länder Europas, die sich unter sowjetischer Kontrolle befinden, nicht eine Verstärkung der Bevormundung durch Moskau fürchten?*“⁴³⁸

Die EVP-Fraktion betrachtet die von Michail Gorbatschow vorgegebene Offenheit und die neue politische Richtung des Kreml mit Argwohn. Die Mitglieder warnen davor, *„nicht die Kontrolle zu verlieren und sich für die politische Einigung eines freien Europa einzusetzen, um gestärkt auf mögliche Entwicklungen reagieren zu können“*⁴³⁹.

Ihre Zweifel werden durch wiederholte Menschenrechtsverletzungen in der Sowjetunion genährt, auf die das Parlament mit zahlreichen Entschlüssen reagiert.

Gleichzeitig wird die Abrüstungsdebatte fortgesetzt.

Der US-Präsident und der sowjetische Generalsekretär kommen zu regelmäßigen Treffen zusammen: im Oktober 1986 in Reykjavik zu Abrüstungs- und Sicherheitsgesprächen und im Dezember 1987 zur Unterzeichnung des Vertrags über eine doppelte Nulllösung, der den Abbau und die Zerstörung aller in Europa stationierten nuklearen Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite von mehr als 500 km vorsieht. Damit wird der Weg für eine dritte Nulllösung geebnet: Der Vertrag legt fest, dass in Europa fortan nur noch nukleare Kurzstreckenwaffen (mit einer Reichweite von unter 500 km) zugelassen sind und damit die Bundesrepublik Deutschland eine Sonderstellung erhält, weil sie als einziges NATO-Mitglied dem Risiko eines Nuklearschlags ausgesetzt sein könnte.

Den Mitgliedern der EVP-Fraktion entgeht nicht, dass sich die UdSSR damit einen diplomatischen Vorteil sichert. Die Sowjets bringen die europäischen Regierungen gegenüber ihren Bürgern in Erklärungsnot. Insbesondere in der Bundesrepublik herrscht inzwischen Unverständnis darüber, dass sich die NATO nicht an den Verhandlungen beteiligen will. Allerdings stellt Pierre Pflimlin fest: *„Die völlige oder teilweise Ausschaltung der in Europa stationierten amerikanischen Atomwaffen, die, und das ist verständlich, von einem großen Teil unserer öffentlichen Meinung als wünschenswert erachtet wird, stellt das Problem in einen völlig neuen Rahmen. Um in Zukunft unsere Sicherheit zu garantieren, ist unbedingt notwendig, (...) daß dem gewaltigen Ungleichgewicht ein Ende gemacht wird, das im Bereich der konventionellen Waffen besteht, und daß die chemischen und bakteriologischen Waffen (...) gänzlich eliminiert werden (...)“*⁴⁴⁰.

Der Vorstand der EVP-Fraktion besucht Moskau (März 1987)

Der EVP reichen allein gute Absichten nicht aus, um Frieden zu garantieren. Die Verträge müssen geachtet und ihre Einhaltung in den einzelnen Ländern muss durch strenge und wirksame Verfahren überwacht werden können. Auf Einladung des Vorsitzenden des Unionsowjets

und des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Lew Tolkunow, begibt sich der Vorstand der EVP-Fraktion auf Erkundungsreise in die UdSSR.

In Moskau möchte der Fraktionsvorstand, dem Egon Klepsch, Panayotis Lambrias, Giovanni Giavazzi, Michel Debatisse, Lambert Croux und Hanja Maij-Weggen angehören, Antworten auf zahlreiche Fragen finden: Vollzieht sich tatsächlich ein Wandel in der UdSSR? Strebt Michail Gorbatschow wirklich offene Beziehungen mit der Gemeinschaft an? Kann eine Einigung über die in Europa stationierten Raketen erzielt werden? Ist mit einer Nulllösung nicht ein Rückgang der Sicherheit in Europa verbunden? Der Fraktionsvorstand will in Erfahrung bringen, welche Absichten die Sowjets im Zusammenhang mit der Abschaffung aller nuklearen und chemischen Waffen, der Umsetzung des dritten Korbs der Helsinki-Schlussakte (Achtung der Menschenrechte, Reisefreiheit auf dem gesamten europäischen Kontinent) und der Beilegung regionaler Konflikte (Afghanistan, Ost- und Südafrika, Zentralamerika, Südostasien) verfolgen⁴⁴¹. Bei dem Besuch kann ermittelt werden, dass die Sowjets ein ernstzunehmendes Interesse an einem Ausbau der Beziehungen zwischen den beiden Teilen Europas haben, die mit der Einleitung der Expertengespräche zwischen der Gemeinschaft und dem RGW am 22. September 1986 in eine entscheidende Phase eingetreten sind⁴⁴².

Am 13. November 1987 veranstaltet die Fraktion in Brüssel ein Kolloquium zur Perestroika. Dabei werden zahlreiche innenpolitische Probleme der UdSSR hervorgehoben: der Zusammenbruch des Wirtschaftssystems (Missstände beim System der Kolchosen und der Planwirtschaft), ein blühender Schwarzmarkt, eine gewisse Identitätskrise und die Korruption innerhalb der Kommunistischen Partei selbst sowie eine aktive Opposition in einigen besetzten Ländern (Polen, Afghanistan). Seit dem Sturz Nikita S. Chruschtschows schwankt die UdSSR zwischen einer Rückkehr zum Stalinismus und nationalen bolschewistischen Tendenzen⁴⁴³. Michail Gorbatschow steht vor der schwierigen Aufgabe, gegen die parteiinterne Korruption und die lokalen Mafiaorganisationen vorzugehen und den Alkoholismus zu bekämpfen. Im Bereich der Ost-West-Beziehungen ist der Kreml bestrebt, sich die Antagonismen oder bestehenden Widersprüche in der westlichen Welt zunutze zu machen. Moskau bemüht sich lediglich um die Abschaffung der atomaren Mittelstreckenwaffen, ohne Berücksichtigung der chemischen und konventionellen Waffen. Angesichts der neuen militärischen Herausforderungen, die in den kommenden fünf Jahren von den USA ausgehen (insbesondere die Strategische Verteidigungsinitiative), ist Moskau nicht gezwungen, sich nicht zwischen

Kanonen und Butter, sondern zwischen den Kanonen von heute und den Kanonen von morgen zu entscheiden⁴⁴⁴.

Der Eiserner Vorhang zeigt erste Risse (Anfang 1989)

Anfang 1989 weht ein neuer Wind, doch noch scheint niemand im Westen begriffen zu haben, dass er einen umfassenden Wandel mit sich bringen wird. Er kommt zunächst aus Polen, wo General Jaruzelski die Solidarność anerkennt und halbwegs freie Wahlen zulässt. Es wird eine Regierung unter Führung des aus der Solidarność stammenden Katholiken Tadeusz Mazowiecki gebildet. Der Wind weht auch aus Afghanistan, wo die völlig geschwächte Rote Armee den Rückzug antritt. Er kommt über Ungarn, wo Imre Nagy, der als Ministerpräsident im Jahre 1956 den Volksaufstand in Budapest gegen Moskau leitete, endlich als Märtyrer anerkannt wird.

In der Tschechoslowakei wird Václav Havel bei einer Gedenkfeier für den Studenten Jan Palach verhaftet, der sich im Januar 1969 aus Protest gegen die sowjetische Invasion selbst verbrannt hatte. In der DDR erstarben die Kommunisten mit Unterstützung der Armee und der Staatssicherheit erneut. Eine mögliche deutsche Wiedervereinigung scheint zu diesem Zeitpunkt noch in weiter Ferne. Die ostdeutsche Regierung zählt auf die Unterstützung der UdSSR und der in der DDR stationierten sowjetischen Truppen. Doch Michail Gorbatschow ist nicht bereit, seine Politik der Annäherung mit dem Westen zu opfern und lehnt jegliche Militärintervention ab, was er gegenüber Helmut Kohl während seines Besuchs in Bonn am 13. Juni 1989 bestätigt. Ungarn öffnet seine Grenze zu Österreich für DDR-Bürger und löst damit einen Exodus gen Westen aus. Am 9. Oktober 1989 protestieren mehr als 70 000 Menschen gegen das Regime mit der Parole: „Wir sind das Volk“. Die erwarteten heftigen Zusammenstöße bleiben aus. Am 16. Oktober beteiligen sich bereits 120 000 Menschen an den Demonstrationen. Am 18. Oktober tritt Erich Honecker zurück, der bis zum Schluss versucht hatte, das Regime zu retten. Die Demonstrationen breiten sich auf alle Städte der DDR aus. Die Machthaber ziehen sich immer mehr zurück, bis sie schließlich kapitulieren. Eine neue Führung tritt mit dem Versprechen freier Wahlen an ihre Stelle und verkündet nach einem Missverständnis am 9. November die Öffnung der Mauer in Richtung BRD und Westberlin. Der Eiserner Vorhang ist gefallen.

Wie reagierte die Fraktion auf den Fall der Berliner Mauer? (Oktober 1989)

Der am 17. Juli 1989 neu gewählte Vorstand der Fraktion steht erneut unter der Leitung von Egon Klepsch, der aufgrund seiner Herkunft aus dem Sudetenland persönlich von der deutschen Frage und der Entwicklung in Mitteleuropa betroffen ist. Der Zufall will es, dass Österreich dem Rat am selben Tag, an dem der neue Fraktionsvorsitz in Straßburg gewählt wird, ein Beitrittsgesuch zur Gemeinschaft unterbreitet. Der Fall der Berliner Mauer kommt völlig überraschend und zieht am Abend des 9. November Millionen von Westeuropäern in ihren Bann, die das Ereignis live an ihren Fernsehgeräten miterleben wollen. Die EVP-Fraktion hatte allerdings schon im Vorfeld Kontakte zu demokratischen Kräften aufgebaut, die sich hier und da in den Ländern des RGW gebildet hatten und in Polen und Ungarn weniger brutal unterdrückt wurden. Am 29. Oktober tritt der Fraktionsvorstand eine Ungarnreise an. Egon Klepsch erstattet darüber einen ausgesprochen interessanten Bericht: *„Uns erschien die Delegation des Demokratischen Forums unter der Leitung ihres Vorsitzenden József Antall, der ohne Zweifel das Format eines Staatsmannes hat, bei weitem am überzeugendsten und geeignetsten, die Führung zu übernehmen. Auch wenn sich diese Partei, die es bereits seit zwei Jahren gibt, zunächst aus Persönlichkeiten der unterschiedlichsten politischen Richtungen zusammensetzte und damit ein eher uneinheitliches Bild abgab, so hat sie sich doch seitdem weiterentwickelt (die Wahl von Herrn József Antall zum Vorsitzenden hat hierauf sicherlich einen entscheidenden Einfluß gehabt) und ist zu einer Vereinigung von Menschen mit christdemokratischen Vorstellungen geworden, deren grundlegende politische Positionierungen mit den Überzeugungen der KDNP und der Partei der Kleinlandwirte übereinstimmen. Im Gegensatz zu diesen beiden Parteien scheint das MDF allerdings über einen weitaus größeren und wirksameren Parteiapparat zu verfügen und sowohl in außen- als auch innenpolitischer Hinsicht relativ eindeutige Vorstellungen von der Zukunft Ungarns zu haben. Außerdem kann sie im Gegensatz zu den anderen Parteien mit einem weiteren Vorteil auftrumpfen, denn sie kann die Gunst der Wählerschaft ihr Eigen nennen.“*⁴⁴⁵

Diese politische Analyse wird durch die Ereignisse bestätigt, als József Antall das Amt des ungarischen Ministerpräsidenten übernimmt. Unter seiner Führung entwickelt sich seine Partei zur einer großen Regierungspartei, und Ungarn unternimmt die für einen Beitritt zur Europäischen Union erforderlichen Reformen. Im Jahre 2007 benennt das Parlamentspräsidium eines seiner neuen Gebäude in Brüssel nach József Antall.

Die Tagung des Europäischen Parlaments vom November 1989 zur Lage in Mittel- und Osteuropa ist von Enthusiasmus geprägt. Im Anschluss an Staatspräsident François Mitterrand ergreift Helmut Kohl das Wort vor den Abgeordneten⁴⁴⁶. Sowohl für Deutschland, dessen Wiedervereinigung in greifbare Nähe rückt, als auch für alle anderen Völker in Osteuropa vollziehen sich historische Ereignisse. Konrad Adenauers Prophezeiung von einem „*freien und geeinten Deutschland in einem freien und geeinten Europa*“ erfüllt sich.

Doch die Revolution in Osteuropa ist nur eine erste Etappe. Pierre Bernard-Reymond hebt am Tag nach der Rede des deutschen Bundeskanzlers hervor, dass nun jegliche Rückschritte zu vermeiden seien. Man müsse zunächst darüber wachen, dass keinerlei Maßnahmen unternommen würden, die die Aufgabe von Michail Gorbatschow erschweren könnten, von dessen Erfolg eine positive Entwicklung der gegenwärtigen Lage in Mitteleuropa abhängt. Ferner sei Umsicht geboten, weil noch nicht alle Regierungen an der Spitze totalitärer Regimes dem Druck der Bevölkerung nachgegeben hätten. Außerdem sei die militärische Lage mit Vorsicht zu genießen, die zwar unter dem Vorzeichen der Abrüstung stehe, deren Gleichgewicht sich aber umso gefährlicher gestalte, da eines der Lager nach wie vor über zahlreiche Waffen verfügt und gleichzeitig politisch instabil ist.⁴⁴⁷ Darüber hinaus sei aber auch Entschlossenheit erforderlich, um Polen und Ungarn, die couragiert den Weg in die Demokratie gewiesen hätten⁴⁴⁸, und den Ländern, die ihnen auf diesem Weg folgen, Unterstützung zukommen zu lassen.

Nach dem Fall der Mauer nehmen die Initiativen der Fraktion zu. Egon Klepsch beruft am 8. und 9. Dezember in Straßburg eine erweiterte Sitzung des Fraktionsvorstands allein zum Thema der Entwicklung in Osteuropa ein. Dazu lädt er Vertreter der Zivilgesellschaft und der neuen demokratischen Parteien in Ungarn, Polen und der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) zum Dialog mit den Mitgliedern des Vorstands, den vier christdemokratischen Kommissionsmitgliedern, die angereist waren, sowie dem italienischen Ministerpräsidenten Giulio Andreotti und dem ehemaligen Mitglied der Fraktion und belgischen Minister Paul De Keersmaecker, die sich anlässlich des parallel stattfindenden Europäischen Rates in Straßburg aufhielten.

Der Vorstand der EVP-Fraktion erwartet vom Europäischen Rat, der sich mit den Folgen des Falls der Berliner Mauer befasst, „*Entscheidungen, die der Tragweite der historischen Ereignisse, die unser Kontinent erlebt und die das Schicksal von Millionen von Europäern beeinflussen werden, entsprechen*“⁴⁴⁹. Während die Europäische Gemeinschaft in

Westeuropa bereits zu einer festen Größe geworden ist, bricht in Osteuropa die letzte Diktatur zusammen: *„Die beiden Teile Europas sind somit in der Lage, sich einander anzunähern, und für die Zukunft kommt die Hoffnung auf, daß der ganze Kontinent seine Einheit in Freiheit und Demokratie wiedererlangen wird.“*⁴⁵⁰ Angesichts der Tatsache, dass sich der Lauf der Geschichte beschleunigt, hält es die Fraktion für unerlässlich, auch den Aufbau eines vereinten Europas zu beschleunigen⁴⁵¹.

Der Europäische Rat ist bestrebt, Entscheidungen zu treffen, die der Tragweite der Ereignisse gerecht werden. Die zwölf Mitglieder einigen sich darauf, eine weitere Regierungskonferenz zur Währungsunion einzuberufen.

Einige Tage darauf kommt die Fraktion vom 8. bis 12. Januar 1990 im Berliner Reichstag zusammen. Alle Mitglieder können die Mauer, die gerade abgerissen wird, besichtigen und mit eigenen Händen berühren. Die größten Glückspilze können für 2 D-Mark ein farbiges Stück Zement erwerben, das sich schnell zum Relikt und Zeugnis einer anderen Zeit entwickelt. Die Fraktion besucht Ostberlin und trifft dort mit Mitgliedern der noch jungen Ost-CDU, Vertretern der Kirchen und des Demokratischen Aufbruchs zusammen. Kurze Zeit später melden sich am 16. Januar auf der Plenartagung in Straßburg vier Gäste aus Estland in der Fraktion zu Wort, darunter einer der Vertreter der Unabhängigkeitspartei, Tunne Kelam, der im Jahre 2004 der Fraktion als gewählter Abgeordneter beitreten sollte. Am 17. Januar legt der Vorsitzende der von der Fraktion unlängst gegründeten Stiftung für die Zusammenarbeit mit den Christdemokraten, Horst Langes, dringende Finanzierungsanträge für Kopiergeräte, Faxgeräte und sogar Megafone vor. Mit diesem Material soll die Beteiligung der sich neu bildenden demokratischen Kräfte an den in Mitteleuropa angekündigten ersten demokratischen Wahlen unterstützt werden. Der Generalsekretär der Partei, Thomas Jansen, fertigt eine Liste der Parteien an, die der EVP nahestehen. Am 14. Februar ernennt die EVP-Fraktion ihre sechs Vertreter für den Ad-hoc-Ausschuss, den das Europäische Parlament zum Thema Auswirkungen der deutschen Einheit eingesetzt hat: Fritz Pirkl, Elmar Brok, Leo Tindemans, Gerardo Fernandez-Albor, Adrien Zeller und Roberto Formigoni.

Die EVP-Fraktion tritt für eine baldige Wiedervereinigung Deutschlands innerhalb der Europäischen Union ein

Am 18. März finden die ersten demokratischen Wahlen in Ostdeutschland statt. Ministerpräsident wird Lothar de Maizière, der Vorsitzende der Ost-CDU, die im Gefolge des eindrucksvollen Engagements von

Bundeskanzler Helmut Kohl zugunsten der Wiedervereinigung neu gegründet worden war. Eine Woche später, am 25. März, siegt József Antall bei den Wahlen in Ungarn. Die Reaktion der Europäischen Union und insbesondere des deutsch-französischen Paares lässt nicht auf sich warten: Am 19. April schlagen Helmut Kohl und François Mitterrand vor, zeitgleich mit der Regierungskonferenz zur WWU eine Konferenz zur politischen Union einzuberufen. Am 17. Mai hält Lothar de Maizière eine Rede vor der Fraktion in Straßburg. Am 8. Juni finden die Wahlen in der Tschechoslowakei statt. Am 4. Juli organisiert Egon Klepsch in Luxemburg parallel zur Fraktionssitzung eine Konferenz über die Zukunft Europas in Anwesenheit von Jacques Delors und mehreren Parteivorsitzenden der EVP. Am 6. Juli nimmt die Fraktion die Erklärung einer von Raphael Chanterie geleiteten Arbeitsgruppe zum Thema „Europa 2000“ an, in der zur Wiedervereinigung des Kontinents und zur Fortsetzung des europäischen Einigungswerks aufgerufen wird. Am 10. Mai wird Wilfried Martens als Nachfolger von Jacques Santer in den Parteivorsitz der EVP gewählt.

Die politische Strategie der Fraktion konzentriert sich fortan auf die neuen Entwicklungen, die sich über Monate, Wochen und Tage vollziehen, wie in einem Film, in dem sich die Ereignisse immer mehr überschlagen. Es ergeben sich neue geografische Perspektiven, neue geopolitische Konzepte und neue Dimensionen des europäischen Ideals.

Am 3. September 1990 eröffnet die Fraktion ihre Studientage in Wien. In Österreich regiert die Schwesterpartei ÖVP. Die Vertreter der Parteileitung und Regierungsmitglieder Joseph Riegler, Alois Mocke sowie der Beobachter in der Fraktion, Friedrich König, bringen Argumente für einen künftigen Beitritt ihres Landes vor. Die Neutralität des Landes wird nicht mehr als Hindernis betrachtet. Ganz Mitteleuropa einschließlich der baltischen Staaten befindet sich im Umbruch. Und auch aus Jugoslawien kommen neue Signale, die in einigen Fällen hoffnungsvoll sind, in anderen zu Krieg und Unterdrückung aufrufen.

Am 3. Oktober findet auf Initiative von Egon Klepsch im Fraktionsaal, Saal 62 in der Brüsseler Rue Belliard, eine Zeremonie statt, zu der alle Mitglieder des Parlaments mit Ausnahme der radikalen Parteien geladen sind, um die an diesem Tag vollendete deutsche Einheit zu begehen. Wilfried Martens, Pierre Pflimlin, Emilio Colombo und der wichtigste Vertreter der Christdemokraten in der ehemaligen Volkskammer, Jürgen Schröder, ergreifen das Wort. Die Teilnehmer sind sich darüber einig, dass sie einem entscheidenden Ereignis der europäischen Geschichte beiwohnen dürfen.

Egon Klepsch erklärt: *„Der 3. Oktober ist nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa ein wichtiger Tag“*. Ferner hebt er hervor, in der Führungsriege der deutschen Christdemokraten sei man sich immer bewusst gewesen, dass die Europäische Union eine Voraussetzung für die Überwindung der deutschen Teilung verkörpert⁴⁵². Im Anschluss ergreift der Vorsitzende der Europäischen Volkspartei, Wilfried Martens, das Wort und dankt Bundeskanzler Helmut Kohl für seine Verdienste um dieses großartige Projekt: *„Mein Dank gilt Bundeskanzler Helmut Kohl, der sich gegen alle Unsicherheiten und Befürchtungen durchgesetzt hat. Im Übrigen haben die Ereignisse selbst bereits die Anschuldigungen entkräftet, die bisweilen gegen die BRD vorgebracht werden, daß sie sich nämlich dem Osten annäherte oder zumindest eine neutrale Haltung einnehme, um die Einheit wiederzuerlangen. Aber nein, die DDR hat sich aus freien Stücken Westdeutschland und damit dem Atlantischen Bündnis und der Europäischen Gemeinschaft angenähert. Wir sind froh darüber, daß die UdSSR letztendlich dem NATO-Beitritt des vereinigten Deutschlands zustimmen mußte. Nur mit Hilfe des Sicherheitsrahmens, den das Atlantische Bündnis bietet, kann heutzutage die künftige Stabilität Europas, der Europäischen Gemeinschaft und sogar der Westeuropäischen Union (WEU) garantiert werden, da diese noch weit davon entfernt sind, in Europa die gemeinsame Verteidigung und Sicherheit zu gewährleisten“*⁴⁵³. Einige westeuropäische Partner Deutschlands, so Wilfried Martens zum Abschluss, hätten gefürchtet, dass sich der deutsche Einigungsprozess aufgrund seines Tempos vom europäischen Integrationsprozess loslösen könnte. *„Ich würde es vorziehen, wenn sich die Prozesse gegenseitig voranbringen und sich die deutsche Einheit als kräftiger Katalysator der europäischen Integration erweist“*⁴⁵⁴.

Der Präsident der Europäischen Union Christlicher Demokraten, Emilio Colombo, erklärt, dass mit der deutschen Einheit eine der schlimmsten Folgen der Konferenz von Jalta aus der Welt geschafft würde⁴⁵⁵. *„Wir müssen uns eingestehen, daß es gewisse Vorbehalte gegen diese Einheit gibt“*, fährt der ehemalige Präsident des Europäischen Parlaments fort, *„was darauf zurückzuführen ist, daß ein vereintes Deutschland mitten in Europa durch die dunkle Brille der Vergangenheit betrachtet und nicht an den Erfahrungen der letzten Jahre gemessen wird (...). Wir dürfen diesen Ängsten keinen Glauben schenken. Wir müssen Vertrauen in das wiedervereinigte Deutschland haben.“*⁴⁵⁶ Er unterstreicht die Notwendigkeit einer umfassenden Kulturoffensive in Europa zur Unterstützung der bedeutenden humanistischen Entwicklungen⁴⁵⁷ und bringt seine Hoffnung zum Ausdruck, dass aus den für Jahresende angesetzten Regierungskonferenzen nicht nur

nebensächliche Änderungen der geltenden Verträge hervorgehen, sondern tatsächlich eine Europäische Union.

Nach Auffassung der EVP-Fraktion geht es keinesfalls darum, die Geschwindigkeit der europäischen Integration zu drosseln, sondern vielmehr das Engagement der Gemeinschaft ungeachtet der Komplexität des Integrationsprozesses zu verstärken. Angesichts der grundlegenden Umwälzungen in Osteuropa habe die Europäische Gemeinschaft mehr denn je an Bedeutung gewonnen. Nach dem Fall der Berliner Mauer werden Stimmen laut, die von einer Rückkehr des „Europas der Nationen“ und von einer Zunahme der Nationalismen sprechen⁴⁵⁸. Als Antwort auf diese Behauptungen rufen die Mitglieder der EVP-Fraktion einige Tatsachen in Erinnerung: *„Auch wenn die UdSSR und der Warschauer Pakt ins Wanken geraten sind, so bleibt Rußland doch nach wie vor die größte Macht auf unserem Kontinent. Unsere Mitgliedstaaten sollten sich daher um ein geschlossenes Auftreten bemühen. Dies gilt ebenfalls für die Beziehungen zu unseren amerikanischen Partnern (...) Die Völker müssen ihre alte Heimat Europa, ihre Identität und ihre Wurzeln wiederentdecken. Gibt es ein anderes Projekt, das besser in der Lage wäre, den Menschen ein ganz konkretes Ideal, die Aussicht auf Frieden und ein Zusammengehörigkeitsgefühl zu vermitteln, das mehr Wahrheit beinhaltet als die Solidarität, die in einer unruhigen, im Wandel begriffenen Welt, in der die gegenseitige Abhängigkeit immer größer wird, zu noch mehr Solidarität führen kann?“*⁴⁵⁹ Adrien Zeller merkt an, dass diese Fragen bereits ihre Antwort beinhalten.

Auf den Studientagen der Fraktion vom 30. April bis 4. Mai 1990 auf Kreta merkt Jean Penders an: *„Die Revolutionen im Herbst 1989 haben überdeutlich gezeigt, daß das marxistische Staats- und Regierungssystem, in dessen Rahmen Freiheit, Entfaltungsmöglichkeiten des einzelnen und aktive Beteiligung der Bürger am wirtschaftlichen und politischen Leben unterdrückt werden, völlig gescheitert ist. Die einzige wirkliche Alternative bietet eine demokratische Gesellschaft, in deren Rahmen Menschenrechte, parteipolitischer Pluralismus und freie Wahlen Allgemeingut sind.“*⁴⁶⁰

Auf dem Gipfel der westlichen Industrienationen, der vom 14. bis 16. Juli 1989 im Pariser Triumphbogen „Arche de la Défense“ stattfindet, wird die Kommission mit der Koordinierung der Hilfe zur Umgestaltung der Wirtschaft Polens und Ungarns betraut. Mit dem PHARE-Programm zugunsten der beiden Länder, das der Rat anschließend auf alle Länder ausdehnt, die sich um eine Demokratisierung bemühen, wird die Schlüsselrolle der Gemeinschaft im Rahmen der „G 24“ bei der Entwicklung Osteuropas bekräftigt.

Das Parlament und die EVP-Fraktion verfolgen aufmerksam die Ereignisse in Osteuropa. Während sich Otto von Habsburg im Rahmen einer Parlamentsdelegation insbesondere mit Ungarn befasst, setzt sich Jean-Louis Bourlanges beim Europäischen Parlament für die polnischen Interessen ein.⁴⁶¹ Die Vorsitzende des politischen Ausschusses, Maria Luisa Cassanmagnago Cerretti, trifft zeitgleich mit dem erweiterten Präsidium des Parlaments am 20. März 1991 mit Präsident Václav Havel und am 4. April 1991 mit Präsident Lech Wałęsa zusammen. Neben den Studientagen auf Kreta 1990 zur Situation in Mittel- und Osteuropa widmet sich die Fraktion auf ihren Studientagen in Schwerrin unter anderem der Lage in den neuen Bundesländern sowie dem Ostseeraum⁴⁶². Ferner tritt die Fraktion bei den ersten freien Wahlen als Beobachter auf.

Der Zusammenbruch der UdSSR (Dezember 1991)

Auch in der UdSSR überschlagen sich die Ereignisse. Der Präsident des russischen Parlaments, Boris Jelzin, trifft am 16. April 1991 im Rahmen eines Staatsbesuchs in Straßburg mit den Abgeordneten der EVP-Fraktion zusammen. In seiner Rede bezeichnet Boris Jelzin Russland als Teil der großen europäischen Familie und setzt sich ferner dafür ein, dass das Land Vertreter in die UNO und verschiedene internationale Organisationen entsendet.

Egon Klepsch erinnert in seiner Eröffnungsrede daran, dass *„Rußland eines der größten Länder Europas ist und daß Boris Jelzin als Präsident von dessen Obersten Sowjet von der überwiegenden Mehrheit der russischen Bevölkerung getragen wird. Viele Jahrhunderte gemeinsamer europäischer Geschichte und die Gemeinsamkeit christlicher Grundwerte sind das große Bindeglied zwischen Rußland und den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft. Der Aufbruch Rußlands zur Demokratie, verbunden mit der Überwindung starrer politischer und wirtschaftlicher Strukturen, muß die uneingeschränkte Unterstützung der Europäischen Gemeinschaft finden.“*⁴⁶³

Vier Monate nach dieser Zusammenkunft, im August, sind konservative Kräfte bemüht, das kommunistische Regime wieder an die Macht zu bringen. Der Putschversuch scheitert und Boris Jelzin zerschlägt endgültig den kommunistischen Machtapparat. In einem Bericht der EVP-Fraktion aus dieser Zeit heißt es: *„Die sowjetischen Kosmonauten, die nach einem langen Aufenthalt im Weltraum uninformiert auf die Erde zurückkehrten, erkannten die Sowjetunion nicht wieder: Sie hatte sich innerhalb einiger Monate aufgelöst und Rußland sowie anderen unabhängigen neuen Republiken Platz gemacht, nachdem im*

August 1991 ein militärischer Putschversuch gegen Michail Gorbatschow gescheitert war. Durch die Reaktion der von Boris Jelzin verkörperten demokratischen Kräfte wurden der Niedergang des kommunistischen Regimes und der Zerfall des Sowjetstaates beschleunigt, dessen Auflösung am 17. Dezember 1991 proklamiert wurde. Daraufhin erklären sich die einzelnen Ex-Sowjetrepubliken für unabhängig und treten der UNO bei.“⁴⁶⁴ Die Europäische Gemeinschaft und das Atlantische Bündnis werden Zeugen, wie ihr bisheriger strategischer Gegner innerhalb weniger Wochen verschwindet. Die ehemaligen Sowjetrepubliken treten einzeln der KSZE bei, die sich zu einem umfassenden Forum für den Kontinent entwickelt, in dem Fragen der Sicherheit, der Zusammenarbeit oder die Lösung von Grenz- und Minderheitenproblemen erörtert werden.

Der Ostseeraum kehrt auf die europäischen Landkarten und in das Bewusstsein der westlichen Länder zurück

Das Europäische Parlament hatte bereits im Jahre 1987 seine deutliche Kritik an den durch die UdSSR verübten Menschenrechtsverletzungen in den baltischen Staaten⁴⁶⁵ zum Ausdruck gebracht. Am 23. August 1989 bilden fast 2 Millionen Bürger der baltischen Staaten eine Menschenkette mit einer Länge von mehr als 500 Kilometern, um gegen die sowjetische Besatzung ihrer Heimatländer zu protestieren. Dieses in der Folge als „Baltischer Weg“ bezeichnete Ereignis löst die Unabhängigkeitsbewegungen in den drei Republiken aus.

Im September 1990 stattet eine Delegation der EVP-Fraktion Litauen einen Besuch ab, das als Initiator der Unabhängigkeitsbewegung in dieser Region gilt. Egon Klepsch, Ria Oomen-Ruijten, Bartho Pronk, Georgios Saridakis und Konstantinos Stavrou treffen mit führenden litauischen Politikern sowie Vertretern der litauischen Christdemokraten und der katholischen Kirche zusammen und sprechen ihnen ihre Unterstützung aus. Allerdings nimmt die sowjetische Repression insbesondere im Anschluss an die Unabhängigkeitserklärungen der baltischen Staaten zu. Die Intervention der Roten Armee fordert am 11. Januar 1991 zahlreiche Tote und Verletzte unter der Bevölkerung.

Vytautas Landsbergis, Präsident der verfassunggebenden Versammlung und Staatsoberhaupt der Republik Litauen sowie Mitglied der EVP-Fraktion seit 2004, beschreibt die Ereignisse wie folgt: *„Ich war im Parlament, bestellte die Abgeordneten dorthin, und nicht wenige kamen zurück. Freiwillige legten hier Eid und Beichte ab. Eine kleinere Zahl von Verteidigern und Sicherheitsbeamten war bereit, das Parlament zu*

verteidigen, soweit es ihnen möglich sein würde, denn sie besaßen kaum Waffen, hatten nur Pistolen, Jagdgewehre, Stöcke und Benzinflaschen.

Ich versuchte, telefonisch Michail Gorbatschow zu erreichen, bat seinen Assistenten oder Sekretär ausdrücklich, dem Präsidenten der UdSSR auszurichten, daß in Vilnius Menschen ermordet werden und er allein imstande sei, die eskalierende Gewalt zu stoppen. (...) Im Westen gelang es mir, telefonisch den Vertreter Litauens in Oslo (...) zu erreichen, der auf mein Ersuchen hin sofort mit dem Außenminister Norwegens und demjenigen Islands Verbindung aufnahm. Sie reagierten mit entschlossenem politischen Handeln. In Moskau faßte Boris Jelzin einen festen Entschluß (...). Ohne auf die Warnungen seiner Genossen und die tatsächliche Gefahr zu achten, kam er an demselben Tag, den 13. Januar, nach Tallinn geflogen, wo von den vier Staaten Estland, Lettland, Litauen und Rußland, die gegenseitig ihre staatliche Souveränität anerkannten und ihre zwischenstaatlichen Beziehungen nach völkerrechtlichen Prinzipien gestalten wollten, eine Protestnote und ein Appell an den UNO-Generalsekretär gerichtet wurden.

Aber bis dahin mußten die schwierigsten und schrecklichen Stunden der Nacht des 13. Januar und des schmerzhaft anbrechenden Morgens vorüberschleichen: Ermordete, Verletzte, überfüllte Krankenhäuser. Das besetzte Fernsehen in Vilnius wurde durch dasjenige in Kaunas ersetzt. Der neue Premierminister verschwand. Wir warteten, ob das Parlament angegriffen würde. Ich bat die Frauen, das Parlamentsgebäude zu verlassen. Sie hörten nicht auf mich. Ich wandte mich an die große Menschenmenge, die sich vor dem Parlament versammelt hatte, und bat sie, sich zurückzuziehen, um weitere Opfer zu vermeiden. Sie wußten, was sie erwartet – und sie zogen sich nicht zurück. Später erzählten sie mir, daß meine Aufforderung sie verärgert habe. Ich schrieb einen Text für den Rundfunk und nahm ihn für den Fall, daß wir vernichtet würden, auf Video auf, damit andere ihn senden (...). Er enthielt auch eine Anweisung, wie sich die Bevölkerung unter der neuen Okkupation verhalten sollte. Zum Glück kam es nicht dazu. Der Angriff wurde für dieses Mal beendet und wiederholte sich in diesem Maße auch nicht. Irgend jemand hinterbrachte mir später die angebliche (...) Äußerung eines KGB-Offiziers auf die Frage, warum sie das Parlament nicht angegriffen hätten: „Es gab halt zu viel Fleisch um das Parlament herum.“ (...)

So kehrte Litauen auf die europäischen Landkarten und in das Bewußtsein der westlichen Länder zurück. Nun fragte mancher nicht mehr, wo Litauen liegt, sondern woher solche Menschen kommen, die singend für die Freiheit sterben und unbewaffnet eine Atommacht besiegen.“⁴⁶⁶

Am 14. Januar findet eine außerordentliche Dringlichkeitssitzung des Politischen Ausschusses des Europäischen Parlaments statt,

während sich die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft auf die Golfkrise konzentriert. Die 18 Mitgliedstaaten, die EVP-Fraktion und die Christlich-Demokratische Internationale veranstalten eine Pressekonferenz im Europäischen Parlament, an der auch der litauische Außenminister Algirdas Saudargas teilnimmt, der zeitgleich der Fraktion einen Besuch abstattet⁴⁶⁷. Im Verlauf der Pressekonferenz äußert sich der litauische Minister kritisch über das Verhalten der westlichen Führung gegenüber den baltischen Staaten, da der Westen nie einen sofortigen Rückzug der Sowjettruppen aus Litauen gefordert hätte. Der Minister appelliert im Europäischen Parlament an die europäischen und nationalen Abgeordneten der Gemeinschaft, sich in das Parlament von Vilnius zu begeben, das von den Truppen der Roten Armee besetzt wird. *„Hören Sie auf, nur von Demokratie zu sprechen“, erklärt er. „Kommen Sie nach Vilnius, um für die Demokratie zu kämpfen. Schlafen Sie im litauischen Parlament. Für die Abgeordneten ist es eine Frage von Leben und Tod.“*⁴⁶⁸

Diese Worte stoßen bei der Europäischen Volkspartei und ihrer Fraktion im Europäischen Parlament auf offene Ohren. Am Tag der Pressekonferenz empfängt Wilfried Martens in der Brüsseler Parteizentrale führende Vertreter der Christlich-Demokratischen Internationale (CDI) sowie die Abgeordneten der Fraktion. Er bringt die Solidarität der Fraktion und der Europäischen Volkspartei mit der Bevölkerung und den Kräften zum Ausdruck, die für den Erhalt der demokratischen Institutionen kämpfen und die Unabhängigkeit der baltischen Staaten fordern. *„Wir rufen Präsident Michail Gorbatschow in Erinnerung, daß er sich im Rahmen der Charta von Paris im vergangenen November feierlich zu den Prinzipien der Schlußakte von Helsinki bekannt hat. Ich fordere die sowjetische Führung auf, den Willen der baltischen Völker zu respektieren.“*⁴⁶⁹

In einem Schreiben vom 24. Januar 1991 an Michail Gorbatschow erklären Wilfried Martens und Egon Klepsch, dass die EVP die Lage in den baltischen Republiken und die Entwicklung ihrer Beziehungen mit der sowjetischen Zentralregierung mit großer Besorgnis verfolgt: *„Die Intervention der sowjetischen Truppen in Litauen und Lettland, von der Sie sich distanziert haben, hat große Besorgnis innerhalb der Europäischen Gemeinschaft ausgelöst. Die Christdemokraten dieser Länder, die in der EVP vereinigt sind, haben das Vorgehen der sowjetischen Soldaten nachdrücklich verurteilt und zutiefst bedauert, dass es bei der Intervention, die nicht provoziert wurde und jeglicher Rechtfertigung entbehrt, Tote und Verletzte gegeben hat.“*⁴⁷⁰ Auf der Plenartagung im Januar 1991 verurteilt der Politische Ausschuss in einer Erklärung⁴⁷¹ die Aggression der sowjetischen Streitkräfte.

1991 erklären die drei baltischen Staaten schließlich ihre Unabhängigkeit von der Sowjetunion, und zwar Litauen am 11. März, Lettland am 4. Mai und Estland am 20. August. Auf der Tagung auf Ministerbene der Europäischen Politischen Zusammenarbeit am 27. August bekräftigen die Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten ihren Entschluss, die Unabhängigkeit dieser drei Staaten offiziell anzuerkennen, unverzüglich diplomatische Beziehungen aufzunehmen und die dortigen Entwicklungsbemühungen zu unterstützen. Die Besorgnis über die anhaltende Weigerung der sowjetischen Regierung, Verhandlungen mit den Regierungen der baltischen Staaten aufzunehmen, ist Anlass für eine neue EntschlieÙung, die am 13. Juni 1991 vom Europäischen Parlament angenommen wird⁴⁷². Am 10. Juli empfängt die EVP-Fraktion Vytautas Landsbergis zu einer Aussprache in StraÙburg⁴⁷³. Der Politische Ausschuss beschließt auf seiner Sitzung vom 15. bis 17. Juli 1991, einen Bericht zur Lage in den baltischen Staaten vorzulegen. Die Spanierin Concepció Ferrer i Casals wird zur Berichterstatte-rin ernannt. Im EntschlieÙungsantrag zum Bericht, den das Plenum am 23. April 1993 verabschiedet⁴⁷⁴, wird die einmütige Unterstützung und der Wille des Parlaments zum Ausdruck gebracht, eine gemeinschaftliche und internationale Aktion in Gang zu setzen, um Estland, Lettland und Litauen dabei zu helfen, sich so rasch wie möglich in das Weltwirtschaftssystem einzugliedern, insbesondere durch bevorzugte Beziehungen zum Nordischen Rat und zur Europäischen Gemeinschaft. Es wird gefordert, dass die Kooperationsabkommen so schnell wie möglich in Assoziationsabkommen umgewandelt werden. Russland wird ersucht, alles zu unternehmen, um den vollständigen Abzug der Truppen der ehemaligen Sowjetunion aus den baltischen Staaten zu beschleunigen und damit den souveränen Willen der Bürger dieser Länder zu respektieren. Ohne die „Russifizierung“ außer Acht zu lassen, der die baltischen Staaten unterworfen waren, werden die baltischen Behörden in der EntschlieÙung aufgefordert, alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, damit die russischsprachigen Einwohner in keiner Weise diskriminiert werden, was den Grundsätzen des Völkerrechts, denen sich die baltischen Republiken verpflichten, entgegenstehen würde.

DER JUGOSLAWIENKONFLIKT (1990-1995) UND SEINE FOLGEN

Die Rückkehr des Krieges nach Europa

Das Ende des Sowjetimperiums war, mit Ausnahme einiger weniger Episoden, das Ergebnis einer stillen Revolution. Zur Jahreswende 1989/90 versinkt der Block langsam aber sicher im Meer der Geschichte. Dagegen löst der Zerfall der Bundesrepublik Jugoslawien eine leidvolle Phase von Bürgerkriegen aus. Knapp 80 Jahre später kommen die alten Dämonen Europas am selben Ort wieder zum Vorschein.

Im Mai 1980 beginnt mit dem Tod von General Tito ein neues Zeitalter, das von einer Wirtschaftskrise, einer Krise innerhalb der Kommunistischen Partei, aus der eine Opposition hervorgeht, und einer Zunahme der Nationalismen geprägt ist.

An der Spitze der Regierung kündigen Branko Mikulić und der Bund der Kommunisten Wirtschaftsreformen an, um Jugoslawien schrittweise in eine Marktwirtschaft nach westlichem Vorbild zu führen. Diese Reformen sind von zahlreichen Misserfolgen geprägt und führen zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit. Die geschwächte Bundesregierung befindet sich im Umbruch und ist nicht mehr in der Lage, Konflikte zwischen den Republiken, die sich selbst um eine Konjunkturbelebung bemühen, zu unterbinden. Branko Mikulić tritt am 30. Dezember 1988 zurück. Die schwere Legitimationskrise der jugoslawischen Kommunisten begünstigt ein Wiederaufflammen der Nationalismen⁴⁷⁵. Zu dieser Zeit finden Demonstrationen in Belgrad (Serbien) und in Pristina (Kosovo) statt. 1989 tritt Slobodan Milošević das Amt des serbischen Präsidenten an. Er setzt sich für einen großserbischen Staat unter Einschluss der serbischen Minderheiten in Kroatien, Bosnien und Mazedonien ein. Der Autonomiestatus der Provinzen Vojvodina und Kosovo innerhalb Serbiens wird aufgehoben.

Der neue jugoslawische Ministerpräsident Ante Marković steht im Januar 1990 vor der Aufgabe, die Zunahme der Nationalismen und den Zusammenbruch des Bundes der Kommunisten zu bewältigen. Der Bund hat sich zum Ziel gesetzt, eine gemischte Wirtschaft sowie

Meinungs- und Versammlungsfreiheit einzuführen und freie Wahlen in allen Republiken zu veranstalten, wird aber von schwer wiegenden internen Konflikten erschüttert.⁴⁷⁶ Der Vorschlag des Bundes wird vom Parteikongress zurückgewiesen. Slowenien und Kroatien verlassen die Sitzung und brechen die Beziehungen zum jugoslawischen Bund ab. Es zeichnet sich immer deutlicher ein politischer Wandel zur Demokratie ab: Von den Reformkräften in Slowenien wird er im April mit der Annahme einer Unabhängigkeitserklärung auf den Weg gebracht, die in einem Referendum bestätigt wird; in Kroatien bildet sich im Anschluss an freie Wahlen eine Regierung ohne kommunistische Beteiligung, und im Dezember gibt sich die Republik eine neue Verfassung, die ein Recht auf Abspaltung beinhaltet; im September ruft der Kosovo seine Republik aus. Am 20. und 21. Februar 1991 legen das slowenische und das kroatische Parlament einen Vorschlag vor, die Bundesrepublik in mehrere souveräne Einzelstaaten aufzuspalten.

Bereits 1991 werden im Europäischen Parlament die ersten Fälle von Menschenrechtsverletzungen angeprangert. Während der Plenartagung im Februar geht Doris Pack auf die Situation der Albaner im Kosovo ein. Sie weist darauf hin, dass das Vorgehen der serbischen Regierung als Versuch gewertet werden könne, die Apartheid einzuführen⁴⁷⁷. Im Verlauf der Dringlichkeitsdebatte spricht die Abgeordnete von Menschenrechtsverletzungen und der Zerstörung der kulturellen Identität der albanischen Bevölkerung. Das Parlament verabschiedet eine Entschließung, in der es den Rat auffordert, ein Signal der Warnung an die Regierung in Belgrad zu übermitteln und die laufenden Verhandlungen über ein Finanzabkommen zwischen der Gemeinschaft und Jugoslawien auszusetzen⁴⁷⁸.

Im März 1991 tritt Präsident Borislav Jović zurück, nachdem die politischen Vertreter der Teilrepubliken abgelehnt hatten, Sofortmaßnahmen einzuleiten, um die Ordnung im Land wiederherzustellen. Die Europaabgeordneten befürchten eine Verschärfung der institutionellen, aber auch der politischen und der wirtschaftlichen Krise. Eine Unregierbarkeit und Auflösung der Föderativen Republik Jugoslawien zeichnet sich ab. Im Anschluss an einen Besuch der Interparlamentarischen Delegation für die Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und Jugoslawien setzt sich Pavlos Sarlis für den Erhalt der Grenzen auf dem Balkan ein⁴⁷⁹.

Auf dem Weg zur Unabhängigkeit der Westlichen Balkanstaaten

Seit Beginn des Jahres 1991 hat die Europäische Gemeinschaft „*freundschaftlichen Druck auf Belgrad ausgeübt (...), in der Hoffnung, eine Lösung innerhalb des föderalen Systems Jugoslawien selbst zu ermöglichen*“⁴⁸⁰. Doch in Wirklichkeit haben die Zwölf keinerlei Position bezogen und verlieren viel Zeit mit Verfahren. Dadurch ist es dem starken Mann in Belgrad, Slobodan Milošević, möglich, Situationen zu schaffen, die nicht mehr beherrschbar sind⁴⁸¹.

Im April 1991 kommt es zu Zwischenfällen in den serbischen Enklaven Kroatiens. Im Mai gelangen nationalistische Kommandos aus Serbien in die serbischen Regionen Kroatiens. Die Rolle der Bundesarmee, die in dieses Gebiet entsandt wurde, um die Ordnung wiederherzustellen, wird von Teilen der kroatischen Bevölkerung infrage gestellt, die ihr vorwerfen, die Serben zu schützen. Am 25. Juni 1991 erklären Slowenien und Kroatien ihre Unabhängigkeit ab dem 26. Juni desselben Jahres. Vierundzwanzig Stunden später greift die Jugoslawische Volksarmee die slowenischen Grenzposten an. Die Volksarmee und die slowenische Territorialverteidigung liefern sich schwere Kämpfe, bei denen innerhalb kürzester Zeit zahlreiche Tote und Verletzte zu beklagen sind, obgleich die Offensive innerhalb von zehn Tagen vorüber ist. Gleichzeitig stationiert die Volksarmee etwa 70 000 Soldaten in Kroatien. Die Gemeinschaft ist bemüht, einen Dialog zwischen den Parteien herzustellen und eine friedliche Lösung der Krise herbeizuführen. Auf dem Gipfeltreffen in Luxemburg im Juni 1991 entschließt sie sich, aktiv zu werden – indem sie die Minister-Troika an den Ort des Geschehens entsendet – und ihre Vermittlung anzubieten, die „*kein anderes Ziel haben kann, als die Integrität des Staates Jugoslawien*“⁴⁸², den die internationale Gemeinschaft weiterhin anerkennt, aufrechtzuerhalten. Am 28. Juni wird ein Waffenstillstand mit Slowenien ausgehandelt, dessen Einhaltung durch von der Gemeinschaft entsandte Beobachter beaufsichtigt werden soll. Slowenien und Kroatien sind bereit, ihre Unabhängigkeitserklärungen für drei Monate auszusetzen.^a Slowenien erlangt am 25. Juni 1991 seine Unabhängigkeit. Eine entscheidende Rolle fällt in diesem Zusammenhang Alojz Peterle zu, bis Mai 1992 Ministerpräsident Sloweniens und Parteichef der Christlichen Partei Sloweniens seit ihrer Gründung im Jahre 1990.

Auf dem Kolloquium der EVP-Fraktion, das in der ersten Juliwoche in Brüssel zu Fragen der Sicherheit und Verteidigung der Gemeinschaft veranstaltet wird, gibt der Fraktionsvorsitzende Egon Klepsch eine

a Das Abkommen wird am 7. Juli in Brioni geschlossen.

Erklärung zu den Ereignissen in Jugoslawien ab. Er spricht sich für die sofortige Entsendung eines Beobachters des Europäischen Parlaments in das Gebiet aus und wirft der jugoslawischen Armee vor, gegen die Bevölkerung vorzugehen und sich von Usurpatoren und Anhängern stalinistischer Ideologien instrumentalisieren zu lassen⁴⁸³. Die Generäle dieser Armee trafen damit nicht nur ihre eigenen Mitbürger, sondern auch den Frieden in Europa, so Egon Klepsch. Unverzüglich begibt sich eine Delegation der EVP-Fraktion mit Otto von Habsburg, der stellvertretenden Vorsitzenden der interparlamentarischen Delegation für die Beziehungen EP-Jugoslawien, Doris Pack, dem Jugoslawien-Berichterstatte Arie Oostlander und Pavlos Sarlis nach Slowenien und Kroatien, um sich im Vorfeld der Aussprache im Parlament zur Jugoslawienkrise über die Situation vor Ort zu informieren.

Diese Aussprache findet im Rahmen der Plenartagung vom 8. bis 12. Juli 1991 statt. In der von den Europaabgeordneten angenommenen Gemeinsamen Entschließung vom 10. Juli wird die Anwendung von Gewalt in Slowenien durch die jugoslawische Bundesarmee, offensichtlich unter Missachtung der Bundesbehörden, verurteilt, und es werden alle beteiligten Parteien aufgefordert, sich jeder weiteren Gewalt zu enthalten⁴⁸⁴.

Das Europäische Parlament begrüßt die Friedensbemühungen, die insbesondere von der Europäischen Gemeinschaft und der KSZE unternommen werden. Ferner unterstützt es den Beschluss des Rates, die Wirtschafts- und Finanzhilfe für Jugoslawien auszusetzen, und fordert die Kommission, den Rat, die Europäische Politische Zusammenarbeit und die Regierungen der Mitgliedstaaten auf, deutlich zu machen, dass ein weiteres Eingreifen der jugoslawischen Bundesarmee in der politischen Krise zur vorübergehenden Einstellung aller Formen der Unterstützung und Zusammenarbeit – u. a. auch der diplomatischen Beziehungen – mit der jugoslawischen Föderation führen wird⁴⁸⁵. Dieser Appell bezieht sich auf einen Artikel der jugoslawischen Verfassung, laut dem die Teilrepubliken und autonomen Provinzen Jugoslawiens das Recht haben, über die Zukunft auf friedliche und demokratische Weise selbst zu bestimmen. Das Parlament vertritt die Auffassung, *„dass jede Teilrepublik beim Streben nach Verfassungsänderungen ausschließlich friedliche und demokratische Mittel einsetzen darf und die KSZE-Verpflichtungen, u. a. in bezug auf die Menschenrechte und insbesondere die Rechte der Minderheiten und Nationalitäten vollständig einhalten und sich den von der Föderativen Republik Jugoslawien eingegangenen internationalen Zusagen verpflichtet fühlen muß“*⁴⁸⁶.

Nach Auffassung von Doris Pack verfügen die Unabhängigkeitserklärungen Sloweniens und Kroatiens über eine solide Rechtsgrundlage,

da sie auf der demokratischen Willensbekundung der jeweiligen Bürger und Parlamente beruhen⁴⁸⁷. Die Abgeordnete weist im Namen der EVP-Fraktion darauf hin, dass die Volksarmee die ihr erteilten Befugnisse überschritten hat, was dramatische Ereignisse zur Folge hatte⁴⁸⁸. Es sei dringend erforderlich, dass die beiden Republiken das Moratorium ihrer Unabhängigkeitserklärungen dafür nutzen, Abmachungen mit den Nachbarrepubliken zu schließen: *„Sollte (...) die Armee noch einmal eingreifen, müßten die EG-Mitgliedstaaten die beiden Republiken umgehend anerkennen.“*⁴⁸⁹ Otto von Habsburg zieht die Bilanz einer Niederlage mit den Worten: *„(...) daß nämlich Jugoslawien in seiner heutigen Form nicht mehr existiert. Es ist noch eine Fiktion, aber es ist keine Realität mehr (...). Die Europäische Gemeinschaft war schwach in dieser Situation! Sie hat sogar eine ganz große Mitverantwortung an der gegenwärtigen Entwicklung, denn nie haben wir zur richtigen Zeit die richtigen Worte gefunden.“*⁴⁹⁰ Otto von Habsburg verweist darauf, dass es zwischen der tatsächlichen Macht der Gemeinschaft und den Instrumenten zu ihrer Ausübung eine ungeheure Diskrepanz gibt, und macht deutlich, dass die Europaabgeordneten nur dann demokratische Grundsätze im Völkerrecht verankern können, wenn sie die Selbstbestimmung der Völker ausrufen und sich um eine Ächtung militärischer Interventionen bemühen⁴⁹¹. Vor dem Hintergrund der Willensbekundungen der slowenischen und kroatischen Bevölkerung sind Verhandlungen mit den übrigen Konfliktparteien mit dem Ziel ihrer Unabhängigkeit aufzunehmen.

Am 29. Juli 1991 bekräftigen die Zwölf ihre Forderung nach einer Unverletzlichkeit der Binnengrenzen der Föderativen Republik. Dies wird von Slobodan Milošević und den kroatischen Serben zurückgewiesen, die sich weigern, Bürger eines unabhängigen Kroatiens zu sein. Die Kampfhandlungen in Kroatien weiten sich aus. Vukovar wird von den Serben massiv bombardiert. Obwohl die Zwölf ab dem 7. September zu einer Friedenskonferenz in Den Haag laden, kann sich die Gemeinschaft nicht auf einen Gemeinsamen Standpunkt einigen und ist somit nicht in der Lage, ein Ende der Kampfhandlungen zu erwirken.

Der niederländische Ratsvorsitz der Gemeinschaft schlägt gemeinsam mit Frankreich und Deutschland im September die Entsendung einer Friedenstruppe der Westeuropäischen Union vor. Großbritannien, Dänemark und Portugal sprechen sich geschlossen gegen einen Truppeneinsatz aus. Mit dem Carrington-Plan wird fortan der Unabhängigkeitswille respektiert, den Slowenien und Kroatien sowie in der Folge Mazedonien⁴⁹² und Bosnien-Herzegowina⁴⁹³ zum Ausdruck gebracht haben, und die Möglichkeit eines Fortbestands der Föderativen Republik Jugoslawien wird ausgeschlossen.

Auf der Plenartagung im September 1991 bekräftigt das christdemokratische Kommissionsmitglied Abel Matutes die Absicht der Kommission, in dieser Frage den Dialog mit dem Europäischen Parlament beizubehalten⁴⁹⁴. Die Vorsitzende des Politischen Ausschusses, Maria Luisa Cassanmagnago Cerretti, gibt zu bedenken: *„Bei den Bürgern besteht ein starkes Verlangen nach Demokratie (...).“* Die freie Welt dürfe angesichts des derzeitigen Blutvergießens in Jugoslawien nicht gleichgültig und untätig bleiben.⁴⁹⁵ Der Politische Ausschuss hatte bereits im Juni gefordert, die KSZE-Mechanismen zu aktivieren. Im Namen der EVP-Fraktion verweist die italienische Abgeordnete darauf, dass es innerhalb der jugoslawischen Gesellschaft einen Willen zum Frieden gebe und es nun darum gehe, neue Mittel und Wege zur Förderung demokratischer Werte im Rahmen der Zusammenarbeit zu finden⁴⁹⁶. Sie ruft in Erinnerung, dass der Politische Ausschuss ein Treffen des Europäischen Parlaments mit den Vertretern der Parlamente der jugoslawischen Teilrepubliken vorgeschlagen hatte. *„Das Selbstbestimmungsrecht jedes Volkes steht zwar außer Diskussion, doch müssen wir einen Dialog zwischen den jugoslawischen Parlamenten herbeiführen und ihnen deutlich zeigen, daß es möglich ist, in einer Gemeinschaft mit besonderen Ausdrucksformen, mit einer wirtschaftlichen Integration und einer politischen Union zu leben.“*⁴⁹⁷ Die Vorsitzende des Politischen Ausschusses spricht sich für die Einsetzung einer Friedensarmee aus, um eine Ausweitung des Konflikts zu verhindern⁴⁹⁸.

Am 16. Dezember 1991 beschließen die Zwölf, die Unabhängigkeit aller Republiken, die dies wünschen, unter der Voraussetzung anzuerkennen, dass sie die Menschen- und Minderheitenrechte und die Schiedsgerichtsbarkeit achten. Dieser Beschluss ersetzt das bisherige allgemeine Abkommen zwischen den Parteien, das auf der Friedenskonferenz geschlossen wurde. Am 23. Dezember erfolgt die einseitige Anerkennung Sloweniens und Kroatiens durch Deutschland; die übrigen Mitgliedstaaten folgen am 15. Januar 1992, nachdem die Schiedskommission zu dem Schluss gekommen ist, dass die beiden Republiken den festgelegten Anforderungen genügen.

Am 25. Januar 1992 beschließt das Parlament gegen den erbitterten bosnisch-serbischen Widerstand, ein Referendum zur Unabhängigkeit der Republik abzuhalten. Das Referendum zur Abspaltung von Jugoslawien findet am 29. Februar und 1. März in Bosnien-Herzegowina statt. Die Unabhängigkeit wird von 64 % der Bürger befürwortet. Allerdings verweigern die Serben den Urnengang und legen Sarajevo mithilfe von Barrikaden lahm.

Nichtsdestotrotz müssten diese Ergebnisse nach Dafürhalten von Arie Oostlander ernst genommen werden, da zwei Drittel der

Bevölkerung und ein Viertel der Serben in dieser Region das Referendum trotz des Drucks, dem sie ausgesetzt waren, befürwortet haben. Es müsse nun gründlich geprüft werden, ob eine Konföderation gebildet oder eine Kantonisierung des Gebietes vorgenommen werden sollte⁴⁹⁹. In diesem Zusammenhang gibt Otto von Habsburg zu bedenken, dass die Nationalitätenfrage in Bosnien-Herzegowina, im Gegensatz zu Kroatien und Slowenien, ein tatsächliches Problem darstellt. Otto von Habsburg zeigt sich besorgt, dass die Lage unter dem äußeren Einfluss der Serben aus den Fugen geraten könnte⁵⁰⁰. Am 6. Mai 1992 richtet das Politische Büro der Europäischen Union Christlicher Demokraten unter Vorsitz von Emilio Colombo eine Mitteilung an alle Regierungschefs und Außenminister, deren Parteien der EUCD angehören. Darin werden die „inakzeptablen“ Angriffe der Serben gegen Bosnien-Herzegowina verurteilt⁵⁰¹. In der Mitteilung heißt es, das Politische Büro vertrete die Auffassung, *„daß die diplomatischen Beziehungen zu Serbien unverzüglich abgebrochen werden müssen, um die Mißbilligung des demokratischen Europa für das Vorgehen der politischen Entscheidungsträger in dieser Republik zum Ausdruck zu bringen“*⁵⁰² und dass *„das Embargo in bezug auf Güter, die den Militärapparat des Angreifers am Laufen halten, streng einzuhalten ist“*⁵⁰³.

In Belgrad stößt die bosnische Unabhängigkeit auf Ablehnung. Nach den kurzen Kriegshandlungen in Slowenien und Kroatien zeichnet sich im bereits ausgebluteten Jugoslawien ein dritter Krieg ab, der an Orten wie Vukovar, Srebrenica, Sarajevo oder Tuzla stattfinden soll.

Krieg, Massaker und ethnische Säuberungen in Bosnien (1992-1995)

Im Juni 1992 legt Arie Oostlander dem Parlament seinen Bericht im Namen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten und Sicherheit über die Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Republiken des früheren Jugoslawien⁵⁰⁴ vor. In Anbetracht der Tatsache, dass Jugoslawien als Föderation der sechs Republiken aufgehört hat zu existieren, wird in dem im Bericht enthaltenen Entschließungsantrag darauf verwiesen, dass die neue Föderation aus Serbien und Montenegro nicht für sich beanspruchen kann, im Hinblick auf sämtliche internationale Rechte und Verpflichtungen die Nachfolge des früheren Jugoslawien anzutreten.

Zwar wird im Entschließungsantrag die Anerkennung der Republiken Slowenien und Kroatien und weiterer Republiken, die die festgelegten Kriterien erfüllen, begrüßt, aber auch gleichzeitig darauf verwiesen, *„daß im Falle einer Anerkennung auf die UNO und die EG*

*sofort sehr viel einschneidendere Verpflichtungen im Hinblick auf die Kriegshandlungen gegen Bosnien und Kroatien zukommen würden, da solche Handlungen offiziell einen Verstoß (...) gegen die Normen des Völkerrechts (...) darstellen würden*⁵⁰⁵ und dass darüber hinaus *„die fort-dauernde Unterdrückung der albanischen Bevölkerung im Kosovo unannehmbar ist und ein Hindernis für normale Beziehungen zwischen Serbien und der EG bildet*⁵⁰⁶.

Im Entschließungsantrag wird ferner auf die Minderheiten- und Menschenrechte verwiesen, deren Schutz durch einen Gerichtshof zu gewährleisten ist. Die Grenzen auf jugoslawischem Gebiet müssen respektiert und innerhalb der Republiken neue, sich selbst verwaltende Einheiten gebildet werden, in denen die Minderheiten ihre spezifischen Rechte gestalten können. Arie Oostlander vertritt die Auffassung, dass diese Grenzen nur mit Zustimmung der betroffenen Regierungen Organe und Bevölkerungsgruppen geändert werden könnten. Seiner Meinung nach müsse sich die Bundesarmee einer Unterstützung der serbischen Milizen und jeder Art von Unterdrückungsmaßnahmen gegenüber Gebieten von Republiken des früheren Jugoslawien enthalten⁵⁰⁷. Schließlich habe die Bundesarmee durch die Auflösung der jugoslawischen Föderation keine rechtliche Grundlage mehr. Der Berichterstatter hält eine geordnete Auflösung der Armee unter Kontrolle der UNO für notwendig und fordert, dass die EG bei der Umstellung des betreffenden Armeepersonals auf zivile Aufgaben Hilfe leistet⁵⁰⁸. Die Kommission wird ausdrücklich ersucht, ein Wirtschaftshilfeprogramm auszuarbeiten, um einen Beitrag zur Bewältigung der beträchtlichen Probleme zu leisten, mit denen sich vor allem Slowenien, Kroatien und Bosnien-Herzegowina konfrontiert sehen.

Otto von Habsburg plädiert für ein rasches bewaffnetes Einschreiten, um die Angreifer zu schwächen, denn *„in jeder zusätzlichen Minute wird mehr Blut vergossen und mehr Verzweiflung geschürt. Uns bleibt nicht viel Zeit, und wir müssen alles unternehmen, um dieses Massaker, diesen „Völkermord“ zu beenden.*⁵⁰⁹ Er ist der festen Überzeugung, dass sich die Serben, die auch Europäer sind, der großen europäischen Familie anschließen, sobald sie sich von der Diktatur unter Milošević befreit haben⁵¹⁰.

Der Vance-Owen-Plan

Mit dem Vance-Owen-Plan, der dem Sicherheitsrat vorgelegt wird, soll eine ausgewogene Aufteilung des bosnischen Staatsgebiets zwischen Muslimen, Kroaten und Serben gewährleistet werden. Die Serben lehnen den Plan ab und zwingen den Sicherheitsrat, ein Programm mit

fünf Sofortmaßnahmen anzunehmen: Bereitstellung humanitärer Hilfe für die bosnische Bevölkerung, wirksame Durchsetzung aller von den Vereinten Nationen gegen die Serben beschlossenen Wirtschafts-sanktionen, Schließung der Grenzen zwischen Serbien und den serbischen Gebieten in Bosnien, Einrichtung einer Schutzzone für die Versorgung der Zivilbevölkerung und Einsetzung eines internationalen Kriegsverbrechertribunals.

Der dänische Außenminister Helveg Petersen verteidigt im Rahmen der Plenartagung vom Mai 1993 vor dem Europäischen Parlament im Namen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit das Programm des Sicherheitsrats⁵¹¹.

Arie Oostlander unterstreicht, dass die EVP-Fraktion sowie weitere Fraktionen einen derartigen Kompromiss nicht akzeptieren.⁵¹² Er hält es für befremdlich, dass sich die Mitgliedstaaten der Gemeinschaft hinter den Russen verstecken müssen, um ihre geschwächte Position zu verbergen, und *„daß einem souveränen Staat, den wir anerkannt haben, Lösungen vorgeschrieben werden, und daß dieser Staat in unseren Entscheidungen zur Umsetzung dieser Lösungen keine Anerkennung findet“*⁵¹³, *„daß die Rebellen unsere Entscheidungen billigen, wofür wir uns schämen sollten, denn wir sind Anhänger einer Rechtsordnung, die es durchzusetzen gilt“*⁵¹⁴. Der Schutz der Bevölkerung stehe an oberster Stelle, und den gefährdeten Bevölkerungsgruppen müsse mit Unterstützung der rechtmäßigen Regierung Schutz aus der Luft gewährt werden.

Das Europäische Parlament bringt der rechtmäßigen Regierung im Rahmen eines Besuchs in Sarajevo seine Unterstützung zum Ausdruck.

Doris Pack stellt fest, dass die Russen, die die Schwäche des Westens ausnutzen und für ihre serbischen Freunde Partei ergreifen, ein Scheitern des Vance-Owen-Plans herbeigeführt hätten: *„Auch wenn man sich eingesteht, daß dieser Plan eine schlechte Lösung beinhaltet, darf nicht vergessen werden, daß es sich um eine politische Lösung handelt, ganz im Gegensatz zu den neuen Ideen, die in erster Linie Tatsachen mit Gewalt schaffen wollen.“*⁵¹⁵ Sie betrachtet die Schutzzonen als Ghettos. Mit dem neuen Plan würden ethnische Säuberungen und Völkermord de facto legalisiert. Die Serben haben gewaltsam ein Drittel der kroatischen und zwei Drittel der bosnischen Gebiete erobert. Doris Pack stellt die Frage, welche Regierung bereit wäre, den Serben im Falle einer Krise im Kosovo die Stirn zu bieten⁵¹⁶.

Humanitäre und politische Initiativen der EVP-Fraktion

Im Januar 1993 organisiert der stellvertretende Bürgermeister von Lyon und Europaabgeordnete Henry Chabert mit Unterstützung des Fraktionsvorsitzenden der EVP, Leo Tindemans, einen Konvoi mit humanitären Hilfsgütern nach Sarajevo⁵¹⁷, der zehn Tonnen Lebensmittel und Medikamente für die Menschen in Bosnien umfasst.

Im Mai 1993 schlägt die EVP-Fraktion vor, den Sacharow-Preis an die Redaktion der Tageszeitung *Oslobodjenje* in Sarajevo (Bosnien-Herzegowina) zu vergeben, bei der Muslime, Kroaten und Serben gemeinschaftlich und solidarisch zusammenarbeiten. Die Fraktion übermittelt dem EP-Präsidenten und dem Vorsitzenden des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Parlaments ihren Vorschlag am 9. September 1993⁵¹⁸.

Das Ende des Konflikts in Bosnien-Herzegowina

Im Juli 1995 erstürmt die Armee der bosnischen Serben unter Führung von Ratko Mladić die seit Beginn des Konflikts in einer Sicherheitszone liegende bosnische Enklave Srebrenica, in der Tausende von Flüchtlingen Schutz suchen. Bis zum Angriff der Serben stand Srebrenica unter dem Schutz der Blauhelme. Bei dem anschließend durch die serbischen Soldaten verübten Massaker kommen alle Männer, die nicht flüchten können, ums Leben. Die Zahl der Toten beläuft sich auf mehr als 8 000.

Angesichts der Tatenlosigkeit der Blauhelme gehen NATO-Einheiten 1995 direkt gegen die serbischen Milizen in Bosnien vor. Im August desselben Jahres erobert Kroatien mit einem Blitzangriff innerhalb von drei Tagen die Krajina zurück. Gleichzeitig gelingt es den bosnischen und kroatischen Streitkräften, die Serben in die Defensive zu drängen und die Kontrolle über weite Gebiete zurückzugewinnen.

Doris Pack legt im November 1995 einen Bericht über die Schlussfolgerungen der Arbeitsgruppe der Delegation vor, die am 31. Oktober und 1. November 1995 eine Reise nach Skopje in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien unternimmt⁵¹⁹, in dem sie einen Überblick über die aktuelle Situation gibt. In diesem Bericht wird vorgeschlagen, die EJRM in das PHARE-Programm einzugliedern⁵²⁰ und Verhandlungen über den Abschluss eines Abkommens über die Zusammenarbeit aufzunehmen⁵²¹.

Der Krieg endet mit der Unterzeichnung des in Dayton (Ohio) zwischen dem 1. und dem 26. November 1995 ausgehandelten Abkommens. Alle wichtigen politischen Vertreter der Region nehmen an den Friedensgesprächen teil: der serbische Präsident und Vertreter der

bosnisch-serbischen Interessen, Slobodan Milošević, der kroatische Präsident Franjo Tuđman, und der Präsident von Bosnien-Herzegowina, Alija Izetbegović in Begleitung des bosnischen Außenministers Muhamed „Mo“ Sacirbey. Die Leitung der Friedenskonferenz übernehmen der amerikanische Vermittler Richard Holbrooke sowie der Sondergesandte der Europäischen Union, Carl Bildt, und der stellvertretende Außenminister der Russischen Föderation, Igor Iwanow.

Das Abkommen wird am 14. Dezember 1995 in Paris formell unterzeichnet und sieht die Unantastbarkeit der Grenzen nach dem Vorbild der Grenzen zwischen den Teilrepubliken der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien sowie die Schaffung von zwei Entitäten innerhalb des Staates Bosnien und Herzegowina vor: die bosniakisch-kroatische Föderation und die Republika Srpska.^a

a Die beiden Teilrepubliken verfügen in zahlreichen Bereichen über eigene Zuständigkeiten, sind allerdings Teil eines Gesamtstaats. Im Vorsitz des Staatspräsidiums des Landes (nach dem Vorbild des ehemaligen Jugoslawiens in der Zeit nach Tito) wechseln sich turnusmäßig alle drei Monate ein serbischer, ein kroatischer und ein muslimischer Bosnier ab.

Kapitel XXVII

DIE ROLLE DER EVP-FRAKTION BEI DER GESTALTUNG DES VERTRAGS VON MAASTRICHT (1992)

Das föderale Europa – Ziel der nationalen und europäischen Abgeordneten bei den „Assisen“ von Rom (November 1990)

Am 27. November 1990 versammeln sich 258 Abgeordnete des Europas der Zwölf im prunkvollen Palazzo Montecitorio in Rom, Sitz der italienischen Abgeordnetenkammer. Unter der majestätischen Architektur Berninis treffen die Vertreter des Europäischen Parlaments und der zwölf nationalen Parlamente der Europäischen Gemeinschaft zu den Tagungen der Konferenz der Parlamente („Assisen“) zusammen. Es ist ein feierlicher Augenblick: Zum ersten Mal sitzen nationale und europäische Volksvertreter der Gemeinschaft Seite an Seite, um über die Zukunft Europas zu beraten.

Die Abgeordneten sitzen nun nicht mehr nach Nationen getrennt, sondern wie im Plenarsaal in Straßburg nach den politischen Fraktionen.

Initiative der Fraktion im Juli 1989 auf Madeira

Organisiert wurden die Assisen vom Europäischen Parlament in enger Zusammenarbeit mit dem italienischen Parlament, doch die treibende Kraft hinter den Tagungen war die EVP-Fraktion. Bereits über ein Jahr zuvor hatte die Fraktion bei ihren Studientagen im portugiesischen Funchal zu einer stärkeren europäischen Integration aufgerufen. Um den Binnenmarkt zu verwirklichen, mussten die starren Grenzen des in der Einheitlichen Europäischen Akte festgelegten institutionellen Rahmens überwunden werden. Die Ausweitung der politischen Befugnisse Europas und die Demokratisierung des Entscheidungsverfahrens sind für eine stärkere wirtschaftliche Integration ebenfalls unerlässlich. Nach Ansicht der Fraktion gibt es lediglich zwei politische Akteure, die diese Forderung erfüllen können: das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente. *„Zu diesem Zeitpunkt regte Leo Tindemans, der nach Wegen suchte, die Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten*

zu verbessern, eine umfassende Aussprache über den Stand der Union („State of the Union“) unter der Beteiligung der führenden Politiker der Mitgliedstaaten an. (...) Diese Idee wurde von Karl von Wogau begeistert aufgegriffen, der sich unverzüglich an die Ausarbeitung der Modalitäten machte und den Begriff der „Assisen“ prägte.“⁵²²

In Vorbereitung dieses Treffens veranstaltete die EVP-Fraktion vom 4. bis 6. Juli 1990 gemeinsam mit der „Stiftung zur Zusammenarbeit der Christlichen Demokraten in Europa“ für die nationalen Abgeordneten eine Woche der Reflexion zum Thema: „Die Christdemokraten: Architekten des Europas des Jahres 2000“. Das bei dieser Gelegenheit angenommene Manifest betont das Engagement der Christdemokraten für das föderale Europa: *„Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments und die Mitglieder der nationalen Parlamente müssen gemeinsam über die Strukturen des föderalen Europas nachdenken.“*⁵²³ Von noch größerer Symbolkraft ist allerdings die Entscheidung der Christdemokraten, ihre 62 nationalen und europäischen Vertreter im Parlament von nun an in einer einzigen Fraktion zusammenzufassen und nicht mehr nach den nationalen Delegationen getrennt sitzen zu lassen.

Die Assisen von Rom bestätigen, dass der Zeitpunkt gekommen ist, die bestehenden Beziehungen zwischen den Zwölf in eine Europäische Union umzuwandeln und dies kraft der verfassungsgebenden Gewalt des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente organisch in einer Verfassung zu fixieren. Es gelingt den christlich-demokratischen Abgeordneten, die Abschlusserklärung entscheidend mitzubestimmen, sodass diese ihren grundsätzlichen Positionen entspricht: dem langfristigen Ziel einer föderalen Verfassung, der Politischen Union und der Währungsunion, der Stärkung der demokratischen Legitimität in den Beziehungen zwischen der Gemeinschaft und den Mitgliedstaaten sowie der Stärkung der demokratischen Legitimität innerhalb der Gemeinschaft, in der dem Europäischen Parlament die Rolle eines Mitgesetzgebers zukommen soll, der Forderung nach einer gemeinsamen Sozialpolitik, der Notwendigkeit der gemeinsamen Politikbereiche Außenbeziehungen und Sicherheit, dem Subsidiaritätsprinzip und der Effizienz.⁵²⁴

Das Bewusstsein vom Zusammenwachsen des europäischen Kontinents und rasches Handeln

Einige dieser ehrgeizigen Ziele konnten schließlich mit dem Vertrag von Maastricht verwirklicht werden, doch es bedurfte umfangreicher politischer Vorarbeiten. Diese hatten bereits am Tag nach der Unterzeichnung der Einheitlichen Europäischen Akte im Februar 1986

(s. Kapitel 21) begonnen, die die Christdemokraten lediglich als ersten Schritt auf dem Weg zur Union ansahen. Die Herausforderung besteht erneut darin, die Fortschritte der politischen Union den Fortschritten der Wirtschaftsunion anzupassen.

Die EVP hatte bereits im Vorfeld die Notwendigkeit eines neuen „Fahrplans“ für die Union erkannt. Im ersten Halbjahr 1988 hatte Deutschland den Ratsvorsitz inne und Helmut Kohl lud die EVP ein, ihren Gipfel am 30. Mai 1988 in Bonn abzuhalten. Der Fokus des Treffens liegt auf der Frage, wie Europa über die Währung neuer Schwung verliehen werden konnte. Auf dem Europäischen Rat in Hannover am 27. Juni 1988 erreichte die deutsche Ratspräsidentschaft, dass eine Arbeitsgruppe unter der Leitung des Kommissionspräsidenten Jacques Delors mit der Ausarbeitung eines Stufenplans zur Verwirklichung einer Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) betraut wurde. Der Bericht Delors wurde im Juni 1989 in Madrid als Arbeitsgrundlage angenommen.

Doch die historischen Ereignisse sind schneller und das politische Klima in Europa wandelt sich in Folge des Mauerfalls in Berlin 1989 und der Aussicht auf die Wiedervereinigung Deutschlands erheblich. Angesichts des erstaunlichen und spektakulären Zerfalls des Ostblocks denken die Europäer nun auch über einen künftigen Beitritt der ehemaligen Satellitenstaaten Moskaus nach, die ihre Unabhängigkeit wiedererlangen und sich dem demokratischen Europa zuwenden. Diese Ereignisse liefern den Christdemokraten zusätzliche Argumente für ein politisches Europa föderaler Natur, das in der Lage ist, dieses neue, große Europa zu verkörpern, ohne die wertvollen Errungenschaften der Europäischen Gemeinschaft aufs Spiel zu setzen.

Forderungen des EVP-Kongresses in Dublin (15.-16. November 1990) im Vorfeld der Regierungskonferenzen von 1991

Wenige Tage vor der feierlichen Eröffnung der Assisen in Rom hielt die EVP in Dublin ihren Kongress ab. Das von der Partei und der Fraktion angenommene Dokument mit dem bezeichnenden Titel „*A Federal Constitution for Europe*“ (Eine föderale Verfassung für Europa) leistet einen wichtigen Beitrag zu den europäischen Debatten. Im Geiste bereitet man sich bereits auf die Eröffnung der zwei Regierungskonferenzen vor, bei denen die Verträge modifiziert werden sollen, um die Gemeinschaft in Richtung der Politischen Union und der Währungsunion voranzubringen. Die beiden Regierungskonferenzen sollen im Jahr 1991 stattfinden, die Eröffnungssitzung ist auf den 14. und

15. Dezember 1990 in Rom festgesetzt. Bereits am 6. Dezember trat die Fraktion in Rom zusammen und konnte Giulio Andreotti, dem amtierenden Ratspräsidenten, die Standpunkte der Fraktion und der Partei übermitteln.

Gemäß dem Dokument von Dublin soll die Entwicklung der Europäischen Union zu einer politischen Union nach einem kohärenten und in allen Dimensionen eines weltweiten politischen Projekts ausgeglichenen Ansatz erfolgen. Dies erfordert eine Neuverteilung der Zuständigkeiten zwischen der Union und den Mitgliedstaaten gemäß dem Subsidiaritätsprinzip und unter Berücksichtigung der regionalen Selbstverwaltung. Weiter ist das demokratische Fundament des Gemeinschaftssystems in Übereinstimmung mit dem Grundsatz der Gewaltenteilung zu gewährleisten.

Die Verwirklichung der politischen Union umfasst eine institutionelle Neuordnung und eine Ausweitung der Zuständigkeiten der Gemeinschaft. In institutioneller Hinsicht soll eine europäische Exekutive geschaffen werden (die Kommission), die von einem Zweikammerparlament kontrolliert wird (dem Ministerrat und dem Europäischen Parlament). Das Europäische Parlament soll in den Bereichen der Legislative und der Haushaltsfestlegung über Mitentscheidungsbefugnisse verfügen, den Kommissionspräsidenten wählen und die Kommission einsetzen dürfen. Die Ausweitung der Zuständigkeiten betrifft die Bereiche der Außenpolitik und der Sicherheits- und Verteidigungspolitik und soll schrittweise, beginnend beim Rat, in allen Gemeinschaftsorganen erfolgen. Der Kommission bleibt jedoch von Anfang an das Initiativrecht vorbehalten.

Die Wirtschafts- und Währungsunion beinhaltet auch eine einheitliche Währungspolitik durch eine unabhängige Zentralbank, die das Ziel der Preisstabilität und letztlich der Einführung einer gemeinsamen Währung verfolgt. Hierzu sind ebenfalls eine größere Konvergenz in der Wirtschaftspolitik und eine gewisse Haushaltsdisziplin erforderlich. Darüber hinaus wurde in dem Dokument auch die soziale Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion berücksichtigt, die auf dem Modell der sozialen Marktwirtschaft basieren sollte.

Die „Sechsergruppe der EVP“: politischer Motor der Verhandlungen von Maastricht (1991-1992)

Im Vorfeld der Ausarbeitung des Vertrags von Maastricht erhalten die Christdemokraten erneut Gelegenheit, sich ihrer gemeinsamen Verantwortlichkeiten in Bezug auf das europäische Einigungswerk bewusst zu werden. Sechs von zwölf Regierungen und damit die Hälfte

des Europäischen Rates werden von Christdemokraten geführt: Wilfried Martens in Belgien, Helmut Kohl in Deutschland, Giulio Andreotti in Italien, Jacques Santer in Luxemburg, Ruud Lubbers in den Niederlanden und Konstantinos Mitsotakis in Griechenland. Jacques Santer ist im ersten Halbjahr 1991 Präsident des Europäischen Rates, Ruud Lubbers im zweiten Halbjahr. Beide Ratspräsidenten leiten nacheinander die Regierungskonferenzen. Wilfried Martens ist gleichzeitig belgischer Premierminister (bis März 1992) und Vorsitzender der Europäischen Volkspartei (ab Mai 1990). Helmut Kohl gilt als „Kanzler der Wiedervereinigung“ und verfügt in Europa nach dem Fall der Berliner Mauer über eine große Autorität. Martens erkennt das große Potenzial dieses Zusammentreffens von historischen Ereignissen und Machtkonstellationen zwischen einigen Politikern, durch das gleichzeitig die Einigung Europas vorangetrieben und die Familie der EVP gefestigt werden kann. Martens beruft drei Parteigipfel ein, am 21. Juni 1991 in Luxemburg^a, am 6. Dezember 1991 in Den Haag und am 14. Februar 1992 in Brüssel, auf denen sich die sechs Regierungschefs, die Parteivorsitzenden der EVP und der Fraktionsvorsitzende Egon Klepsch während des Verhandlungsprozesses regelmäßig abstimmen können. Die Verhandlungen enden am 7. Februar 1992 mit der Unterzeichnung des Vertrags von Maastricht.^b

In dieser intensiven Phase, in der sich der europäische Kontext für alle deutlich spürbar veränderte, blieben die Partei und die Fraktion eng miteinander verbunden. Gewiss setzte Helmut Kohl daneben auch auf sein Vertrauensverhältnis zu François Mitterrand und den Fortbestand des deutsch-französischen „Motors“. Die politischen

a Neben den sechs Regierungschefs nahmen am Gipfel von Luxemburg auch die Vorsitzenden der folgenden Parteien teil: John Bruton für die irische Fine Gael, Gérard Deprez für die belgische Christlich-Soziale Partei, Josep Antoni Duran Lleida für die katalonische UDC, Arnaldo Forlani für die italienische Christdemokratie, Jean-Claude Juncker für die luxemburgische CSV, Pierre Méhaignerie für die französische CDS, Herman Van Rompuy für die belgische CVP, Wim van Velzen für die niederländische CDA, Gerold Tandler für die deutsche CSU, sowie drei Vertreter assoziierter Parteien: Eddie Fenech-Adami (Nationalistische Partei, Malta), Joseph Riegler (ÖVP, Österreich) und José María Aznar (spanische Volkspartei). Als europäische Bevollmächtigte nahmen teil: Egon Klepsch für die EVP-Fraktion, Frans Andriessen, Vizepräsident der Kommission, Emilio Colombo, Präsident der EUKD, und Thomas Jansen, Generalsekretär der EVP.

b Wilfried Martens organisierte außerdem am 26. November 1991, einige Tage vor dem Europäischen Rat von Maastricht, im Schloss Stuyvenberg ein exklusives „strategisches“ Abendessen, an dem die sechs Regierungschefs und Egon Klepsch teilnahmen. Diskutiert wurde über eine bei einem Treffen der europäischen „Sherpas“ der sechs Regierungschefs am 16. November verfasste Note und die in ihr festgelegten Hauptziele, die in Maastricht erreicht werden sollten. Der Protokollant (Autor des vorliegenden Buches, Anm. d. Red.) übermittelte die Ergebnisse des Abendessens von Stuyvenberg unverzüglich den Sherpas.

Entscheidungen, die gefasst wurden, berührten empfindliche Bereiche der Mitgliedstaaten, die lange Zeit an die Teilung Deutschlands und die Unantastbarkeit der Ost-West-Grenzen gewöhnt waren. Die plötzliche Veränderung der politischen Landschaft im Zuge der deutschen Wiedervereinigung erforderte von allen Partnern der Europäischen Gemeinschaft gewisse Anstrengungen der Vorstellungskraft, des Weitblicks und des politischen Wagemuts. Helmut Kohl konnte dabei stets auf die Unterstützung der Fraktion, der EVP-Partei und der Kommission vertrauen. Seine langjährigen Verbindungen zu Egon Klepsch und Wilfried Martens sowie sein natürliches Charisma verliehen ihm in den EVP-Sitzungen Autorität. Aber er musste auch erfahrene Gesprächspartner berücksichtigen wie Giulio Andreotti und, außerhalb der EVP, François Mitterrand, John Major, Felipe Gonzáles, sowie andere einflussreiche Mitglieder des Europäischen Rates.

Auch Ruud Lubbers ergriff als Präsident des Europäischen Rates verschiedene Initiativen, die die Fraktion zusammenführten: So organisierte er am 14. Oktober und am 5. und 6. Dezember 1991 in Den Haag zwei Treffen mit dem Fraktionsvorstand, bei denen über das vom Vorstand angenommene Dokument: „Forderungen der Fraktion für Maastricht“ beraten werden konnte.

Die Vorbereitung des Gipfels von Maastricht führte zweifellos zu einer intensiven Zusammenarbeit zwischen der Fraktion und der Partei, die durch die gemeinsame Überzeugung noch verstärkt wurde. Die Ziele waren klar und fest umrissen: Es galt, die politische Union und die Wirtschafts- und Währungsunion gemeinsam voranzutreiben, die Zuständigkeiten der Gemeinschaft und das qualifizierte Mehrheitswahlrecht auszuweiten, die Union zu demokratisieren und einen einzigen Vertrag zu schaffen, der als vielversprechender Rahmen für die Zukunft der Europäer dienen sollte.

Der Beitrag des Europäischen Parlaments

Das Europäische Parlament, das formal nicht an den Verhandlungen beteiligt ist, obwohl es dies gewünscht hatte, hat am 23. Oktober 1991 Gelegenheit, über die WWU zu beraten. Der EVP-Fraktionssprecher Bouke Beumer erinnert daran, dass der Fraktion sehr an den bestehenden institutionellen Verhältnissen, dem Initiativrecht der Europäischen Kommission und an echten Kontrollmöglichkeiten und, soweit möglich, auch an Mitbestimmungsmöglichkeiten des Europäischen Parlaments als Partner bei der Entwicklung in Richtung einer Wirtschafts- und Währungsunion gelegen ist.⁵²⁵

Die im Anschluss an die Aussprache angenommene Entschließung des Parlaments umfasst drei Punkte: Dem Parlament muss im Vorfeld

ein Mitspracherecht bei der wirtschaftspolitischen Ausrichtung der Union eingeräumt werden; es muss Einfluss nehmen und eine echte Stellungnahme abgeben können; und es darf nicht nur informiert, sondern muss konsultiert werden. In dieser Phase der Verhandlungen im Rahmen der Konferenz ist die Rolle des Parlaments in Bezug auf die Währungsfragen noch nicht eindeutig geklärt. Die Fraktion lehnt sämtliche Bestrebungen einer Beschlussfassung außerhalb der Gemeinschaftsstrukturen rigoros ab. Fernand Herman betont: „*Es kommt in der Tat nicht in Frage, daß alle Beschlüsse legislativer Natur außerhalb des derzeitigen Schemas gefaßt werden.*“⁵²⁶ Die Ausnahmeregelung für das Vereinigte Königreich bezüglich der dritten Stufe der WWU dürfe nicht dazu führen, dass auch andere Mitgliedstaaten die Teilnahme verweigern, ansonsten würde die WWU ihre Glaubwürdigkeit verlieren.

Das zweite heikle Thema der Diskussionen betrifft die Einrichtung der Europäischen Zentralbank. Fernand Herman fragt sich, ob das europäische Geldinstitut, dessen Gründung für die zweite Stufe der WWU vorgesehen ist, „*die Keimzelle der künftigen Zentralbank sein [wird], die mit den Befugnissen und der Unabhängigkeit ausgestattet ist, die erforderlich sind, um einen möglichst raschen Übergang von der gefährlichen und schwierigen Zwischenphase zur Endphase zu bewerkstelligen*“⁵²⁷.

Laut John Walls Cushman darf sich die Regierungskonferenz jedoch nicht allein mit wirtschaftlichen Fragen befassen, sondern muss sich auch dem wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt widmen. „*Die Sozialunion ist so wichtig wie die Wirtschaftsunion, und der neu erworbene wirtschaftliche Wohlstand muß zur Verbesserung der Lebensqualität aller Völker Europas, insbesondere der benachteiligten, genutzt werden. Soll eine echte europäische Integration erreicht werden, dann muß sich die künftige europäische Politik der Herausforderung stellen, das Übel Arbeitslosigkeit und Armut anzugehen.*“⁵²⁸

Am 10. Dezember 1991 wird in Maastricht schließlich eine Einigung über den Vertrag über die Europäische Union erzielt und der Vertrag am 7. Februar 1992 offiziell unterzeichnet. Dies bedeutete für die Europäische Union einen entscheidenden Schritt nach vorn.

Kapitel XXVIII

DER VERTRAG VON MAASTRICHT TRÄGT DIE HANDSCHRIFT DER CHRISTDEMOKRATEN

Ein wichtiger Schritt für das europäische Einigungswerk

Am 7. Februar 1992 wird in Maastricht, einem hübschen alten Städtchen in der niederländischen Provinz Limburg an der Grenze zu Deutschland und Belgien, das zur neuen symbolischen Hauptstadt Europas aufsteigt, der Vertrag von Maastricht unterzeichnet. Bereits am 8. und 9. Dezember 1991 fanden in der gleichen Stadt auf dem Gipfel der Staats- und Regierungschefs und unter der niederländischen Präsidentschaft die Verhandlungen über die zwei neuen europäischen Verträge – den Vertrag über die Gemeinschaft und den Vertrag über die Union – ihren Abschluss. Dieses Ereignis bedeutet einen großen Erfolg für Ministerpräsident Ruud Lubbers. Die neuen Zuständigkeiten der Gemeinschaft, die Neuordnung der Institutionen, die Bekräftigung des Subsidiaritätsprinzips, die diplomatischen Maßnahmen, die Sicherheit und die Zusammenarbeit im Bereich der Justiz festigen die politische Union. Gleichzeitig entsteht eine Wirtschafts- und Währungsunion mit dem Ziel der Einführung einer einheitlichen, von einer unabhängigen Zentralbank gelenkten Währung und einer aktiven Praxis der wirtschaftlichen Konvergenz innerhalb der Union.

Doch unter den begeisterten Europa-Befürwortern der Fraktion finden sich auch manche, für die das Glas halb leer statt halb voll ist: So schrieb Fernand Herman nur wenige Tage später in einem Artikel des „*Courrier de la Bourse et de la Banque*“ (Börsen- und Bankenkurier): *„Wie soll einerseits genug Europa geschaffen werden, um die Mehrheit der Mitgliedstaaten zufrieden zu stellen, ohne andererseits durch ein Zuviel die Ratifizierung durch das britische Parlament zu gefährden? Wir haben die Quadratur des Kreises geschafft, indem wir ihn zerstört haben. In zwei grundlegenden Punkten, bei der Währungsunion und der Sozialpolitik, hat sich das Vereinigte Königreich dem Kreis der Zwölf entzogen. (...) Die Akzeptanz dieser Widersprüchlichkeiten hat zur Folge, dass François Mitterrand gegenüber den französischen Journalisten behaupten kann, Frankreich habe alle seine Ziele erreicht, während die englische Presse*

*gleichzeitig titelt, John Major sei siegreich in den Inselstaat zurückgekehrt.*⁵²⁹

Allerdings wird mit ausreichendem historischen Abstand deutlich, wie sehr die in Maastricht getroffenen Entscheidungen das Europäische Einigungswerk vorangebracht haben. Bundeskanzler Helmut Kohl stellte ausdrücklich eine Verbindung zwischen der Währungsunion und der politischen Union her: Für Deutschland gebe es keine Währungsunion ohne ernsthafte Fortschritte der politischen Union.⁵³⁰ Die zehn erfolgreichen Jahre des europäischen Währungssystems bilden hierfür eine stabile Grundlage. Die Verwirklichung der Währungsunion soll über die stufenweise Einführung einer gemeinsamen Währungspolitik mit dem Ziel einer einheitlichen, von einer unabhängigen Zentralbank gelenkten Währung erfolgen. Dieses Konzept basiert auf dem Modell der Deutschen Mark und der Deutschen Bundesbank.⁵³¹ Bemerkenswerterweise zeigen sich gerade die Deutschen bereit, ihre heilige Deutsche Mark in den Dienst Europas zu stellen und sie in einer zukünftigen einheitlichen Währung aufgehen zu lassen.

Dank der Teilnahme der sechs Regierungschefs der EVP an den Verhandlungen liegen dem Vertrag von Maastricht in vielerlei Hinsicht verschiedene Vorschläge und Ideen der EVP zugrunde, wie etwa die Aufstellung eines endgültigen Zeitplans für die Währungsunion, die Einführung des Mitentscheidungsverfahrens für das Europäische Parlament, die Unabhängigkeit der Zentralbank und der Einrichtung des Ausschusses der Regionen. Einige Ziele der EVP können allerdings nicht erreicht werden, so die Einführung einer einheitlichen Struktur, die Zustimmung des Europäischen Parlaments im Falle der Revision der Verträge und die Abkehr vom Einstimmigkeitsprinzip in der Außenpolitik.⁵³²

Das Subsidiaritätsprinzip, das in den Vorgängertexten lediglich eine Empfehlung darstellte, wird nun zu einem gemeinschaftsrechtlichen Grundsatz. In seinem Vertragsentwurf von 1984 setzte sich das Europäische Parlament für das seit den 1970er Jahren auf der Tagesordnung der europäischen Debatten stehende Subsidiaritätsprinzip ein⁵³³, das als föderaler politischer Grundsatz aus dem deutschen Grundgesetz stammt. Der Vertrag über die Europäische Union enthält daher den neuen Artikel 3B, in dem es heißt: *„Die Gemeinschaft wird innerhalb der Grenzen der ihr in diesem Vertrag zugewiesenen Befugnisse und gesetzten Ziele tätig. In den Bereichen, die nicht in ihre ausschließliche Zuständigkeit fallen, wird die Gemeinschaft nach dem Subsidiaritätsprinzip nur tätig, sofern und soweit die Ziele der in Betracht gezogenen Maßnahmen auf Ebene der Mitgliedstaaten nicht ausreichend erreicht werden können und daher wegen ihres Umfangs oder ihrer Wirkungen besser auf*

*Gemeinschaftsebene erreicht werden können. Die Maßnahmen der Gemeinschaft gehen nicht über das für die Erreichung der Ziele dieses Vertrags erforderliche Maß hinaus.*⁵³⁴

Abgesehen von seinem föderalen Aspekt ist das Subsidiaritätsprinzip vor allem ein wesentlicher Bestandteil der christlichen Vision Europas: Es entstammt dem Gedankengut des heiligen Thomas von Aquin und wurde im 19. Jahrhundert mit der Enzyklika *Rerum Novarum* des Papstes Leo XIII. in die kirchliche Soziallehre aufgenommen.

Der Vertrag von Maastricht ist nun unterzeichnet. Jetzt gilt es, ihn zu ratifizieren. Doch der Ratifizierungsprozess erweist sich als eine der ersten und größten Konfrontationen zwischen der Fortführung des Europäischen Einigungswerkes auf der einen und dem Bild desselben in der Öffentlichkeit auf der anderen Seite. In den meisten Ländern erfolgt die Ratifizierung durch die Parlamente, in einigen Mitgliedstaaten jedoch über ein allgemeines Referendum.

Das dänische Referendum: schmerzhaftes Absage der Bürger (Juni 1992)

Am Abend des 2. Juni 1992 herrscht Bestürzung: Trotz der breiten Unterstützung des Vertrags von Maastricht durch die politischen, religiösen, sozialen und kulturellen Eliten lehnt ihn das dänische Volk mit knapper Mehrheit (50,7 %) ab. Diese Absage erklärt sich zum Teil aus der Kluft zwischen der öffentlichen Meinung und der politischen Klasse, der mangelnden Verständlichkeit des Vertrags, einigen irrationalen Ängsten und der notwendigen Bekräftigung der nationalen Identität, deren Verschwinden einige befürchten. In dieser Situation fordert die EVP-Fraktion die Organe der Gemeinschaft auf, alle erforderlichen Vorkehrungen zu treffen, um den restlichen Elf die Fortführung des Ratifizierungsprozesses zu ermöglichen und Dänemark gleichzeitig die Möglichkeit zuzugestehen, sich ihnen so bald wie möglich anzuschließen.⁵³⁵

Ziel der EVP-Fraktion ist die schnellstmögliche Überwindung der Blockade, wie der Fraktionsvorsitzende Leo Tindemans betont: *„Die Verträge von Maastricht müssen so rasch wie möglich ratifiziert werden und in Kraft treten (...) Der Zwischenfall in Dänemark darf nicht als Vorwand für eine Verlangsamung des Prozesses dienen. Außerdem haben wir vor, die Verträge von Maastricht zu verbessern und so eine Föderation von Nationalstaaten zu schaffen. Ich bestehe darauf, dass das Subsidiaritätsprinzip ausgebaut und möglicherweise auch institutionalisiert wird. Folglich sind wir gegen eine Neuverhandlung der Verträge von Maastricht und lehnen jede Bestrebung zur Verwirklichung eines Europas der verschiedenen Geschwindigkeiten instinktiv ab.*⁵³⁶

Aus der Sicht von Wilfried Martens offenbaren sich in dem dänischen Votum die Unterschiede zwischen den großen und den kleinen Ländern der Gemeinschaft. Um diesen Missstand zu beseitigen, muss das gemeinschaftliche Vorgehen bekräftigt und gestärkt werden, das sicherstellt, dass zu keiner Zeit eine Institution oder ein Mitgliedstaat die Oberhand hat.⁵³⁷ *„Wenn Maastricht scheitert, müsste mindestens eine Generation vergehen, bevor der Weg in Richtung Union fortgesetzt werden könnte. Ein Europa, das nicht auf der Ausbildung eines europäischen Bewusstseins in der Öffentlichkeit und der Zustimmung seiner Völker beruht, wäre auf Sand gebaut“*⁵³⁸, stellt der Fraktionsvorsitzende Wilfried Martens fest.

Erleichterung in Irland und in Frankreich

Am 18. Juni 1992 wird der Vertrag über die Europäische Union in Irland und am 20. September 1992 in Frankreich zur Volksabstimmung vorgelegt. Die in beiden Ländern erzielten positiven Ergebnisse ebnen den Weg für die Annahme der Verträge von Maastricht durch die anderen Partner. Leo Tindemans fordert die Teilnehmer des EVP-Gipfels am 25. September 1992 auf, sich unmissverständlich hinter die Ziele von Maastricht zu stellen und die am besten geeigneten Maßnahmen aufzuzeigen, um diese Ziele zu erreichen. Außerdem müssten die Länder, die ein Aufschieben der Umsetzung des Vertrags fordern, auch die Verantwortung für eine Verzögerung des eventuellen Beitritts der Kandidatenländer übernehmen.⁵³⁹

*„Der Vertrag von Maastricht ist unumgänglich. Die Hoffnung, durch die Nichtratifizierung des Vertrags von Maastricht zum bisherigen Status Quo zurückkehren und gleichzeitig den gemeinsamen Markt bewahren zu können, ist Anwaltsphantasterei. Maastricht stellt kein Problem dar, sondern eine Lösung“*⁵⁴⁰, warnt der britische konservative Abgeordnete John Stevens.

Am 18. Mai 1993 erteilt das dänische Volk in einem erneuten Referendum schließlich seine Zustimmung zum Vertrag von Maastricht – allerdings mit einigen Ausnahmeregelungen. Auf dem Europäischen Rat von Kopenhagen dankt das Europäische Parlament dem dänischen Volk, dass es ihm durch die Ratifizierung des Vertrags von Maastricht die Fortführung der Europäischen Einigung ermöglicht hat, und drückt seine Hoffnung aus, Dänemark werde von den Ausnahmeregelungen, die dem Land in Edinburgh gewährt wurden, keinen Gebrauch machen müssen.⁵⁴¹

Der Bericht Herman über die Europäische Verfassung (Februar 1994)

Kurz nach der Ratifizierung des Vertrags von Maastricht stellt das Europäische Parlament am 9. Februar 1994 mit der Annahme des Berichts Herman einen Entwurf einer Verfassung der Europäischen Union vor. Der Bericht leistet den wichtigsten Beitrag zu der durch den Europäischen Rat für das Jahr 1996 angekündigten Vertragsrevision, mit der die institutionellen Herausforderungen künftiger Erweiterungen bewältigt werden sollen. Auf diese Weise will das Parlament auf die Befürchtungen, die im Rahmen der Aussprache zum Vertrag von Maastricht vorgebracht wurden, auf die Forderung nach Klarheit, nach Einfachheit und nach Verständlichkeit sowie auf die Festlegung von allgemein verständlichen politischen und rechtlichen Grundsätzen, die die Interessen der Mitgliedstaaten und der Bürger garantieren, eingehen. Die Erweiterung der Gemeinschaft bedarf klarer Regeln und Verfassungsvorschriften, über die das System gesteuert werden kann: *„Statt den Aufbau Europas zu vereinfachen, wurde dieser durch den Maastricht-Vertrag noch komplizierter gestaltet, indem größte Verwirrung über die Verantwortlichkeiten geschaffen wurde. (...) Der Vertrag von Maastricht sieht für das Jahr 1996 eine Anpassung der Verträge vor. Sie muß schon jetzt vorbereitet werden.“*⁵⁴²

Fernand Herman ist nach Emilio Colombo und Marcelino Oreja Aguirre der dritte christdemokratische Berichterstatter über die Verfassung der Union. In seinem Bericht werden die föderale Ausrichtung der Union und die Ausarbeitung eines Verfassungstextes erneut explizit bekräftigt. Der Berichterstatter erläutert die Gründe für eine Verfassung und die Wahl eines solchen Modells: *„Ein Vertrag bindet die Staaten, nur die Staaten. Eine Verfassung betrifft die Bürgerinnen und Bürger, ihre Grundrechte und die Machtstruktur ihrer Regierung. Wir, die direkten Vertreter der Bürgerinnen und Bürger, sollten uns deshalb unentwegt dafür einsetzen, schnellstmöglich eine neue Verfassung zu bekommen.“*⁵⁴³

Europa kann nicht in verschiedenen Bereichen tätig werden, wenn es nicht über die dazu erforderlichen Mittel verfügt. Auf rein zwischenstaatlicher Ebene ist jedoch keine effiziente Lösung zu finden, und es ist die Aufgabe des Parlaments, an die Leitlinien der künftigen institutionellen Entwicklung zu erinnern. Maria Luisa Cassanmagnago Cerretti fordert das Parlament auf, den Wählern am Vorabend der Wahlen zum Europäischen Parlament *„eine große europäische Perspektive zu bieten als Fortsetzung des großen Kampfes, den es seit den ersten Direktwahlen geführt hat, nämlich des Kampfes für ein föderalistisches, demokratisches und effizientes Europa“*⁵⁴⁴.

Der Vorsitzende des Ausschusses für institutionelle Fragen, José María Gil-Robles Gil-Delgado, appelliert: *„Wir haben heute eine Pflicht: nämlich die, kohärent zu unseren bisher eingenommenen Positionen zu stehen, daß es notwendig ist, die Kompetenzen klar zu regeln. Wir müssen der Funktion entsprechen, die dieses Parlament immer gehabt hat, nämlich Vorreiter auf dem Weg des Unionsaufbaus zu sein und Lösungen anzubieten, präsent zu sein, wenn es darum geht, die für 1996 anstehenden großen Entscheidungen vorzubereiten.“*⁵⁴⁵

Der Bericht Herman beinhaltet auch einen Verfahrensvorschlag: Der Verfassungsentwurf soll zunächst von den Parlamenten der Mitgliedstaaten geprüft und einer Gruppe unabhängiger Persönlichkeiten, die von den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten ernannt werden, vorgelegt werden. Danach ist er einer, der Regierungskonferenz von 1996 vorausgehenden, interinstitutionellen Konferenz zu unterbreiten.⁵⁴⁶

Das Europäische Parlament steckte also einige Monate vor den für Juni 1994 angesetzten nächsten Wahlen seine institutionellen Ziele sehr hoch, um die Funktion des Parlaments als politischer Motor des Einigungsprozesses zu bewahren. Die Erwartungen konnten jedoch nur zum Teil erfüllt werden. Der auf Artikel N des Vertrags von Maastricht zurückgehende Vertrag von Amsterdam im Jahr 1997 konnte als Teilerfolg gewertet werden. Seinen Nachfolger, den Vertrag von Nizza allerdings, der im Jahr 2000 von den Regierungschefs unterzeichnet wurde, die sich mit den Herausforderungen einer politisch notwendigen, institutionell jedoch nicht bewältigten Erweiterung konfrontiert sahen, empfanden die Föderalisten der EVP-Fraktion als empfindliche Niederlage (s. Kapitel 34).

Kapitel XXIX

DIE ERWEITERUNG UM ÖSTERREICH, SCHWEDEN UND FINNLAND

Der Europäische Wirtschaftsraum als Übergangslösung (1992)

Der Prozess, der zur Einheitlichen Europäischen Akte und zur Schaffung eines europäischen Binnenmarktes zum 1. Januar 1993 führt, veranlasst die Gemeinschaft, ihre Beziehungen zu den Mitgliedstaaten der Europäischen Freihandelsassoziation, der Norwegen, Schweden, Finnland, Island, Österreich, die Schweiz und Liechtenstein angehören (wobei die beiden letztgenannten Staaten bereits eine Währungs- und Zollunion bilden), neu zu durchdenken. Diese Länder, die mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften vergleichbare wirtschaftliche und politische Standards haben, profitieren von bilateralen Handelsabkommen mit den EG-Mitgliedstaaten, indem sie einen beträchtlichen Teil ihres Handels mit diesen Ländern abwickeln. Sie wollen daher nicht vom Binnenmarkt ausgeschlossen werden.

Im Bewusstsein der gegenseitigen Abhängigkeit zwischen der Gemeinschaft und den EFTA-Staaten widmet die EVP-Fraktion ihre Studientage in Konstanz (Deutschland) im August und September 1987 diesem Thema.⁵⁴⁷ Darüber hinaus führt die Fraktion auf Initiative und unter dem Vorsitz des deutschen Abgeordneten Hans-Jürgen Zahorka im Juni 1988 ein Kolloquium zu den künftigen Beziehungen EG-EFTA durch.⁵⁴⁸

Die Europäische Kommission ihrerseits erwägt „eine neue Form des Zusammenschlusses“ zwischen der Gemeinschaft und den EFTA-Staaten. Am 17. Januar 1989 schlägt Jacques Delors bei der Vorstellung der neuen Kommission und ihres Arbeitsprogramms die Bildung eines Europäischen Wirtschaftsraums vor. Er führt aus, dass „den Beziehungen zu den Ländern der Europäischen Freihandelszone sowohl multilateral als auch bilateral ein besonderes Gewicht gegeben werden [muss]“⁵⁴⁹ und diese eine Form annehmen könnten, die „institutionell strukturierter wäre und gemeinsame Entscheidungs- und Verwaltungsorgane hätte“⁵⁵⁰.

Im Ergebnis der Verhandlungen wird am 2. Mai 1992 in Porto der Vertrag zur Gründung des Europäischen Wirtschaftsraums zwischen den Zwölf und den sieben EFTA-Mitgliedern unterzeichnet.

Schließlich sollte die Geschichte selbst den Verlauf dieses Prozesses beschleunigen. Durch den Fall der Berliner Mauer wird der vom Ostblock ausgehende Druck auf den Beitritt von Ländern außerhalb seines Machtbereiches genommen, der ihnen Neutralität aufgezwungen und sie davon abgehalten hatte, sich der Gemeinschaft anzuschließen. Der EWR, der zunächst nur eine vollständige Integration dieser Staaten in den Binnenmarkt beinhaltete, wird zu einem Schritt auf dem Weg zum Beitritt, womit er gleichzeitig seine Daseinsberechtigung verliert.

Zwischen dem 9. Juli 1989 und dem 22. November 1992 beschließen alle EFTA-Mitgliedstaaten mit Ausnahme Islands, das die Vorteile, die ihm der EWR verschafft, für ausreichend erachtet, einen Antrag auf Beitritt zur Europäischen Union einzureichen. Allerdings treten von den ursprünglich geplanten sieben nur drei Länder zum 1. Januar 1995 bei: Die Schweiz zieht ihren Antrag nach einem Referendum über die Beteiligung am EWR mit negativem Ausgang zurück; auch Norwegen, dessen Regierung fest entschlossen war, sich dem europäischen Aufbauwerk nicht länger fernzuhalten, wiederholt per Referendum seine Ablehnung. So treten nur Österreich, Schweden und Finnland der neuen Europäischen Union bei.

Die Last der Neutralität

Wenngleich der Beitritt der EFTA-Länder zur Gemeinschaft ihr keine wirtschaftlichen Probleme bereitet und sie sogar stärkt, werden ihr im Zuge dessen jedoch zwei Zugeständnisse in Bezug auf die währungs- und außenpolitische Souveränität abverlangt. Während das erste keine besonderen Schwierigkeiten mit sich bringt, da die EFTA-Länder de facto in das EWS integriert sind, werden die Verhandlungen durch die Neutralität der drei beitriftswilligen Staaten erschwert. Dieser Status verbietet ihnen die Wahrnehmung einer militärischen Zuständigkeit, während der Vertrag von Maastricht, der mit ihrem Beitritt zum neuen politischen Rahmen der Union wird, die Entwicklung einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) vorsieht⁵⁵¹. „Die Beantwortung der Frage der Neutralität (...) wird [von diesem Zeitpunkt an] für die Beurteilung des Engagements der beitriftswilligen Länder ausschlaggebend sein“⁵⁵².

Österreich unterstreicht mehrmals sein Interesse am Fortschritt des gemeinschaftlichen Aufbauwerks und erklärt sich zur Änderung seines Status bereit, um zur Verwirklichung der Ziele des Vertrags von Maastricht, einschließlich der GASP, beizutragen. Anlässlich der Eröffnung der Beitrittsverhandlungen erklärt der österreichische Außenminister die Bereitschaft seines Landes, die Ziele der GASP zu

verwirklichen und die außen- und sicherheitspolitischen Strukturen zu entwickeln⁵⁵³.

In Zusammenarbeit mit der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) veranstaltet die EVP-Fraktion in Wien ein Kolloquium zum Beitritt Österreichs zur Europäischen Union (16.-17. Juni 1993). Österreich bekundet seine Absicht, den gesamten gemeinschaftlichen Besitzstand, einschließlich des Vertrags von Maastricht, zu übernehmen. Die ÖVP bekräftigt jedoch auch, dass die Frage der Neutralität mehrere spezifische Probleme aufwirft. Zum einen ist die Aufrechterhaltung der Neutralität mit der Ausübung des Vorsitzes der Europäischen Union durch einen Mitgliedstaat im Rahmen der GASP unvereinbar. Zum anderen muss die ÖVP auch den Empfindungen der österreichischen Öffentlichkeit Rechnung tragen: Die Österreicher fühlen sich der Neutralität noch sehr verbunden und sind in einem Referendum zur Stellungnahme zum Beitrittsvertrag aufgefordert. Die Mitglieder der ÖVP drängen darauf, dass dieser Aspekt der Kandidatur nicht zu stark im Vertrag betont wird⁵⁵⁴.

Für Finnland stellt sich die Frage anders. Als Bindeglied zwischen dem Sowjetblock und der westlichen Allianz war seine unter dem Namen „Paasikivi-Kekkonen-Doktrin“ bekannte Neutralität nicht in der Verfassung festgelegt und „die ‚Aktualisierung‘ seiner Position und die Anpassung an die in den letzten Jahren verzeichneten Veränderungen (...) weniger problematisch“⁵⁵⁵.

Schweden, dessen Neutralität letztlich auf das 19. Jahrhundert zurückgeht und sich als „Nichtbeteiligung an Allianzen in Friedenszeiten mit dem Ziel der Neutralität in Kriegszeiten“ definieren lässt, erklärt seine Bereitschaft zu einer umfassenden Beteiligung an der GASP. Die Politik der Nichtbeteiligung Schwedens an militärischen Allianzen bleibt davon allerdings unberührt.

Schließlich bewirken die geopolitischen Umwälzungen in Europa, vor allem in Jugoslawien und der ehemaligen Sowjetunion, einen tiefgreifenden Wandel in den Ansichten der drei Beitrittsländer, und im Verlauf der Verhandlungen mit der Kommission erklären diese, dass ihre Neutralität nach dem Ende des Kalten Krieges überholt sei. So gibt es keine größeren rechtlichen Unvereinbarkeiten zwischen den verfassungsrechtlichen Bestimmungen der Beitrittskandidaten und ihrem Engagement im Rahmen der GASP mehr.

Keine Erweiterung ohne Vertiefung?

Ein zweiter Schwachpunkt im Zusammenhang mit der Erweiterung liegt in der noch ungefestigten Struktur der Europäischen Gemeinschaft.

Diese hat mit der Einheitlichen Europäischen Akte die Verstärkung ihrer Entscheidungsprozesse in Gang gesetzt, womit die Voraussetzungen für die Verwirklichung der Ziele des Binnenmarkts und letztendlich die Entwicklung der Europäischen Union geschaffen werden sollen. Die im gegenseitigen Interesse angestrebte Erweiterung der Gemeinschaft um die EFTA-Länder darf nicht zu Lasten der Vertiefung gehen. Der Fraktionsvorsitzende Leo Tindemans weist im Arbeitsbericht der Fraktion von 1992 sehr deutlich darauf hin: *„Getreu ihren Verpflichtungen wünscht die Fraktion der EVP ein Hineinwachsen der Union in eine föderative Organisation des Kontinents auf der Grundlage demokratischer und effizienter Institutionen. Nach Auffassung der EVP-Fraktion ist die Europäische Union ein historisches Unterfangen zur Stärkung des Friedens und zum solidarischen Zusammenschluss Europas. Daher spricht sich die Fraktion der Europäischen Volkspartei für den Beitritt eines jeden demokratischen Landes entsprechend den Vertragsbestimmungen aus. Die Erweiterung darf indes nicht zum Schaden der Vertiefung gehen.“*⁵⁵⁶

Nach Ansicht der EVP-Fraktion sollten die Verhandlungen mit den Beitrittskandidaten nicht abgeschlossen werden, bevor sämtliche in der Einheitlichen Akte niedergelegten Ziele erreicht sind. Etwas dramatisierend beschreibt Fernand Herman die Situation mit folgenden Worten: *„Die Stunde der Wahrheit rückt näher: Entweder die Gemeinschaft wird vertieft oder sie geht in die Brüche, denn mit ihren gegenwärtigen Strukturen könnte sie ihre Erweiterung nicht überleben.“*⁵⁵⁷

In dem Programm, das sie auf ihrem vom 11. bis 13. November 1992 in Athen abgehaltenen IX. Kongress verabschiedet, bekräftigt die Europäische Volkspartei, dass *„die Stärkung der Organe der Gemeinschaft eine wichtige – aber nicht ausreichende – Voraussetzung für den Erfolg künftiger Erweiterungen ist. Eine Debatte und eine gemeinsame Entscheidung über die im Zuge der Erweiterung der Gemeinschaft notwendigen institutionellen Änderungen sollten vor und nicht nach den Beitrittsverhandlungen erfolgen.“*⁵⁵⁸

Bei der Debatte über den Vertrag von Maastricht bringt Leo Tindemans erneut die Position der EVP-Fraktion zur Erweiterung zum Ausdruck: *„Keine Erweiterung also solange keine Verfassung für Europa angenommen wurde, eine Verfassung, in der die künftige Struktur der Europäischen Union und ihr demokratischer Charakter festgelegt sind, in der bekräftigt wird, dass sie eine Union des Rechts sein soll und genau dargelegt wird, was dazu gehört: Anerkennung der Grundprinzipien der Subsidiarität und der Solidarität, eine klare Definition des Zwecks der Europäischen Union sowie der Menschenrechte, so wie wir sie verstehen.“*⁵⁵⁹

Aber nach dem „Nein“ der Dänen zum Vertrag von Maastricht vermeiden die Zwölf lieber jede Diskussion über die Vertiefung der

Gemeinschaft, um nicht die Öffentlichkeit in den Kandidaten- und den Mitgliedsländern in Aufruhr zu versetzen. Auf den Tagungen des Europäischen Rates in Lissabon (26.-27. Juni 1992) und Edinburgh (11.-12. Dezember 1992) wird grünes Licht für die Eröffnung der Beitrittsverhandlungen mit den Ländern gegeben, die ihre Bewerbung eingereicht haben und zu denen die Kommission eine befürwortende Stellungnahme abgegeben hat.

Das Europäische Parlament, das seit der Einheitlichen Europäischen Akte jedem Beitritt zustimmen muss, leitet eine große Debatte über die Erweiterung und die Größe der künftigen Europäischen Union ein. Der vom Parlament verfasste Bericht zur Gestaltung und Strategie der Europäischen Union im Hinblick auf ihre Erweiterung vom 20. Januar 1993⁵⁶⁰ sowie die Ausarbeitung der befürwortenden Stellungnahmen zum Beitritt Österreichs, Schwedens und Finnlands bieten Anlass zu einer ausgedehnten und Aufsehen erregenden Diskussion, mit der das Parlament wieder in den Mittelpunkt der institutionellen Debatte rückt. Die Botschaft des Parlaments an die Verhandlungsführer ist unmissverständlich: Wenn der Beitritt auf der Grundlage des Vertrags von Maastricht vollzogen werden muss, müssen auch die Organe reformiert werden. Dies ist nur über einen Zuwachs an Effizienz und Demokratie bei der strikten Anwendung des Subsidiaritätsprinzips zu erreichen. Jean-Louis Bourlanges betont, dass eine auf sechzehn, zwanzig oder fünfundzwanzig Mitglieder erweiterte Gemeinschaft nicht wie die Gemeinschaft der Zwölf funktionieren kann. Die gemeinschaftlichen Organe müssten sich für institutionelle Anpassungen einsetzen, indem sie Gemeinschaftslösungen den Vorrang geben⁵⁶¹. Fernand Herman gibt zu bedenken, dass *„es ... kein Zufall [ist], wenn die beiden Länder, die dem Aufbau eines supranationalen, föderalen Europa am meisten Widerstand entgegenbringen, nicht nur die sind, die Maastricht nicht ratifiziert haben, sondern vor allem die, die eine Erweiterung am intensivsten, schnellsten und umfassendsten wünschen. (...) Sie sind für die Erweiterung, weil das für sie der Beginn eines Europa nach ihren Wünschen ist, d. h. eines Europa ohne Macht, einer einfachen Freihandelszone“*.⁵⁶²

Das Parlament billigt im Verlauf der Beitrittsverhandlungen mehrere Entschlüsse in diesem Sinne⁵⁶³. Als die Verhandlungen zum Abschluss kommen, verpflichten sich die beitretenden Länder zur Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstands, einschließlich des Vertrags von Maastricht. Das Parlament behält seine befürwortende Position zur Erweiterung im Dezember 1993⁵⁶⁴ und Februar 1994⁵⁶⁵ bei.

Die EVP-Fraktion stimmt für den Beitritt der drei Länder

Im Verlauf der fraktionsinternen Debatten in Vorbereitung der mit Blick auf die Zustimmung des Europäischen Parlaments einzunehmenden endgültigen Position, drückt der Fraktionsvorsitzende Leo Tindemans sein Bedauern darüber aus, dass die Entscheidung über die Erweiterung ohne die notwendigen Reformen getroffen und die Diskussion darüber auf die Regierungskonferenz im Jahr 1996 vertagt wird. Zwar ist es politisch und diplomatisch undenkbar, den Bewerberländern den Beitritt zu verwehren, doch können auf keinen Fall weitere Länder aufgenommen werden, bevor die Regierungskonferenz von 1996 zu Ergebnissen gekommen ist. Leo Tindemans ruft die europäischen Abgeordneten auf, *„heute Ja zu einer Erweiterung [zu] sagen, doch muss dann ab morgen schon darauf hingearbeitet werden, 1996 tatsächlich zum Jahr des entscheidenden Durchbruchs werden zu lassen“*⁵⁶⁶.

Schließlich nimmt das Parlament davon Abstand, die Debatte – wie von einigen Abgeordneten auch der EVP-Fraktion⁵⁶⁷ angeregt – zu vertagen und durch dieses Zeichen des Misstrauens gegenüber den Bewerberländern eine Krise heraufzubeschwören. Unter Ausübung seines Rechts auf Zustimmung spricht sich das Parlament am 4. Mai 1994 nachdrücklich für den Beitritt der vier Beitrittskandidaten aus⁵⁶⁸.

Nach einer leidenschaftlichen Debatte hatte sich die EVP-Fraktion bei ihrer Sitzung am 20. April mit 77 Ja-Stimmen gegen 23 Nein-Stimmen für die Zustimmung entschieden. Erleichtert worden war dieser mit großer Mehrheit gefasste Beschluss durch ein Schreiben von Bundeskanzler Helmut Kohl an die Fraktion, in dem dieser eine Reihe von Zusicherungen bezüglich des Engagements des deutschen Ratsvorsitzes für die Beteiligung des Europäischen Parlaments an der institutionellen Reform von 1996 machte.

Dritter Teil
DIE ÄRA DER ERNEUERER
(1994-2009)

Einführung

DER WERDEGANG DER EVP-FRAKTION VON 1994 BIS 2009: EINE ERFOLGSGESCHICHTE

In den 15 Jahren zwischen 1994 und 2009 nimmt das europäische Aufbauwerk einen im Vergleich zu den vorangegangenen Jahrzehnten beispiellosen quantitativen Aufschwung.

Während die Europäische Gemeinschaft 22 Jahre brauchte, um von sechs auf neun Mitgliedstaaten anzuwachsen (1950-1972), wird sie nur 13 Jahre benötigen, um sich von 12 auf 27 Mitgliedstaaten zu erweitern (1994-2007).

Die EVP-Fraktion, die vor den Wahlen von 1994 121 Mitglieder zählt, wächst im Juli 1994 auf 157 Mitglieder, im Mai 1999 auf 201, im Juli 1999 auf 233, im Juli 2004 auf 268 und im Januar 2008 auf 289 Mitglieder an. Gleichzeitig steigt die Zahl der Delegationsleiter der Fraktion von 15 im Jahr 1994 auf 30 im Jahr 2008. Das Präsidium der Fraktion, kollegiales und supranationales Leitungsorgan für das Alltagsgeschäft, das dem Fraktionsvorsitzenden untersteht, wird von dieser „inflationären Entwicklung“ allerdings nicht erfasst: Ihm gehören 1994 acht Mitglieder (unter dem Vorsitz von Wilfried Martens) und 2007 elf Mitglieder (unter dem Vorsitz von Joseph Daul) an. Ähnlich stark erhöht sich indessen die Zahl der Mitglieder des Sekretariats, das von 134 Mitarbeitern im Jahr 1994 auf 267 im 2008 anwächst, wird doch die Anzahl der Stellen, die den Fraktionen vom Generalsekretariat des Parlaments bewilligt werden, nach einem festen Schlüssel entsprechend der Anzahl der Mitglieder im Parlament und der vertretenen Nationalitäten berechnet.

Seit 1999 ist die EVP-ED stärkste Fraktion im Parlament und die einzige, die Abgeordnete aus allen Mitgliedstaaten in ihren Reihen hat. Der Abstand zur Sozialdemokratischen Fraktion wird 2004 mit dem Beitritt der 10 neuen Mitgliedstaaten und 2007 mit dem der Bulgaren und Rumänen weiter ausgebaut. Im Mai 2008 hat die EVP-ED-Fraktion einen Vorsprung von 71 Mitgliedern gegenüber ihrer Hauptkonkurrentin, der Sozialdemokratischen Fraktion, während sie 1994 von dieser noch um 41 Mitglieder übertroffen wurde.

In Anbetracht dieses zahlenmäßigen Aufschwungs und der neuen Herausforderungen, die die Geschichte des Kontinents mit sich bringt, wird nunmehr nachvollziehbar, inwiefern die Mitglieder der Fraktion Erneuerer waren und den Ereignissen entgegentraten, durch die sich das Schicksal Europas und die Struktur der Fraktion wandelten.

1994 beginnen die 12 Mitgliedstaaten der Europäischen Union mit der Umsetzung des am 1. November 1993 in Kraft getretenen Vertrags von Maastricht. Die Wahlen vom Juni 1994 bewirken noch keine sichtbaren Veränderungen in der parlamentarischen Institution. Obwohl die Zustimmung zum Beitritt Österreichs, Finnlands und Schwedens gerade erteilt wurde, werden die Abgeordneten dieser Länder erst zum 1. Januar 1995, dem Datum des Inkrafttretens der Beitrittsverträge, in das Parlament Einzug halten. Die Aussicht auf eine Aufnahme der jungen mittel- und osteuropäischen Demokratien in die Union hat noch keine konkrete Gestalt angenommen: Im Juni 1993 hatte der Europäische Rat von Kopenhagen lediglich die Kriterien festgesetzt, die etwaige Beitrittskandidaten zu erfüllen hätten. Letztere sind vor allem bemüht, politische Stabilität zu erlangen und die schmerzhafteste Krise infolge der postkommunistischen Wirtschaftsreformen zu überwinden.

Dank der politischen Impulse von Bundeskanzler Helmut Kohl, der während seiner bis Oktober 1998 ausgeübten Amtszeit als Bundeskanzler den größten Anteil an der Umstrukturierung der rechten Mitte in Europa hatte, ist die EVP-Fraktion der große Nutznießer der Wiedervereinigung des Kontinents. Ebenso ausschlaggebend hierfür ist, dass die Fraktion, und speziell Wilfried Martens, der von 1994 bis 1999 gleichzeitig das Amt des Partei- wie auch das des Fraktionsvorsitzenden innehat, kräftig die politische Werbetrommel rühren. Hans-Gert Pöttering ist zunächst als stellvertretender Fraktionsvorsitzender (1994 bis 1999) und dann als Vorsitzender (1999 bis 2007) die dritte zentrale Gestalt in dieser Erfolgsgeschichte der EVP.

Parallel zu den Ereignissen, die Europa zwischen 1994 und 2009 von Grund auf veränderten, wirken die „Erneuerer“ der EVP-Fraktion aktiv an deren Neugestaltung mit. Die Fraktion, die ursprünglich sehr stark von der christlich-demokratischen Bewegung durchdrungen war, nimmt im Zuge der Erweiterungen politische Familien aus verschiedenen europäischen Nationen auf. Da diese eine unterschiedliche ideologische Nähe zur Christdemokratie aufweisen, muss die Fraktion Mittel und Wege finden, die verschiedenen Mitte-Rechts-Strömungen in Übereinstimmung zu bringen, damit eine starke und homogene europäische politische Familie entsteht, deren Werte und Ideen sich an den Entwicklungen Europas zu Beginn des 21. Jahrhunderts ausrichten.

In dieser Zeit wird die Fraktion vor der Aufgabe stehen, die Zusammenführung der verschiedenen Strömungen und Traditionen der europäischen Rechten voranzutreiben.

Im Rahmen dieser Bemühungen wird sie jedoch vor ein Dilemma gestellt: Wie sollen die traditionellen Werte der historischen Christdemokraten, insbesondere das Ziel eines föderalen Europas, mit einer Strategie in Einklang gebracht werden, die darauf abzielt, Kräfte als assoziierte Partner in die Fraktion einzubeziehen, in denen es europaskeptische Tendenzen gibt?

Anders formuliert: War die von der Fraktion am 15. Juli 1999 getroffene strategische Entscheidung, künftig die Bezeichnung „Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten (EVP-ED)“ zu führen, um dem Standpunkt der britischen Konservativen Rechnung zu tragen, denen sich im Jahr 2004 die Mitglieder der tschechischen ODS anschließen werden, eine bloße Aktualisierung oder vielmehr das Signal für eine unumkehrbare genetische Mutation?

Kapitel XXX
**DIE EVP-FRAKTION
UNTER DEM VORSITZ
VON WILFRIED MARTENS
(1994-1999)**

Die im Juni 1994 neu in die Fraktion gewählten Mitglieder

Die vierten Direktwahlen zum Europäischen Parlament finden vom 9. bis 12. Juni 1994 statt. Die EVP-Fraktion stellt 157 der insgesamt 567 Parlamentsmitglieder, gegenüber 121 von 518 Abgeordneten im Jahr 1989, und steht damit nach wie vor an zweiter Stelle hinter der Sozialdemokratischen Fraktion.

Die deutsche Delegation liegt mit 47 CDU/CSU-Abgeordneten von insgesamt 99 deutschen Volksvertretern erneut mit Abstand an der Spitze. Vier der neuen Abgeordneten schlagen eine besonders dauerhafte Laufbahn in der Fraktion ein. Werner Langen, Abgeordneter aus Rheinland-Pfalz, ist omnipräsent und widmet sich Wirtschafts- und Währungsangelegenheiten sowie dem Thema Türkei. 2007 wird er Leiter der deutschen Delegation werden und damit die Nachfolge von Hartmut Nassauer antreten. Dieser wird ebenfalls 1994 gewählt. Der als Richter und Anwalt tätige Jurist und ehemalige Innenminister des Landes Hessen ist gewissenhaft und besonnen und wird mehrfach als Berichterstatter des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten in Erscheinung treten. Als Leiter der deutschen Delegation, der er zusammen mit dem aus Bayern stammenden Markus Ferber vorsteht, wird er 2007 zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt und mit dem Bereich Parlamentarische Arbeiten betraut werden. Markus Ferber, Jahrgang 1965 und damit der nachfolgenden Generation zugehörig, zieht im Alter von 29 Jahren für den bayerischen Landkreis Augsburg ins Europäische Parlament ein. Sein Europarealismus und seine Kompetenz in Haushaltsfragen werden sich später in seinen Redebeiträgen widerspiegeln, in denen sich seine konservativen Wähler aus Bayern wiederfinden werden. Bernd Posselt schließlich, Jahrgang 1956 und Gründer sowie Präsident der Paneuropa-Jugend, war als Assistent von Otto von Habsburg im Europäischen Parlament tätig. Als CSU-Abgeordneter, der sich sehr engagiert für die Interessen der „Vertriebenen“

einsetzt, die nach dem Zweiten Weltkrieg ihre Heimat verlassen mussten, ist Bernd Posselt eine geradlinige und eigenständige Persönlichkeit. Er ist ein vehementer Verteidiger von Straßburg als Sitz des Europäischen Parlaments und tritt auch als „Hinterbänkler“ auf, als einfacher Abgeordneter, der über die individuellen Rechte der Parlamentsmitglieder wacht.

Die spanische Delegation erzielt ebenfalls einen großen Erfolg und mit 30 Abgeordneten, die alle von der Partido Popular kommen, mit Ausnahme von Concepció Ferrer I Casals, Abgeordnete der katalanischen UDC, und Josu Jon Imaz San Miguel, der für die baskische PNV ins Parlament einzieht, behauptet sie sich als zahlenmäßig zweitstärkste Delegation der Fraktion. Carmen Fraga Estévez wird von 1994 bis 2002 dem Parlament angehören, dem Jahr, in dem sie nach Madrid zurückkehrt, um ein hohes Amt im Fischereisektor zu übernehmen. Als Tochter von Manuel Fraga Iribarne, Gründer der Alianza Popular und langjähriger Präsident der Region Galicien, beginnt Carmen Fraga Estévez eine Laufbahn als Verwaltungsrätin in der Fraktion der Europäischen Demokraten und später der EVP, bevor sie selbst Parlamentsmitglied wird. Sie spezialisiert sich auf Fischereifragen und wird 1999 stellvertretende Vorsitzende der Fraktion. Gerardo Galeote war ebenfalls Beamter in der EVP-Fraktion bevor er als langjähriger und seit deren Gründung aktiver Mitstreiter der spanischen Partido Popular den Abgeordnetenstatus erlangt. Wiedergewählt in den Jahren 1999 und 2004 wird Gerardo Galeote ein allgegenwärtiger Delegationsleiter sein, der die Interessen seiner Mitglieder beherzt verteidigt und sich zudem aktiv in den Prozess der Erweiterung der Fraktion um neue Mitte-Rechts-Kräfte einbringt. Er ist seit 2004 Vorsitzender des Ausschusses für Regionale Entwicklung und trat in der wichtigen Funktion des Vorsitzenden der Konferenz der Ausschussvorsitzenden des Europäischen Parlaments die Nachfolge von Joseph Daul an.

Íñigo Méndez de Vigo war bereits 1992 in das Europäische Parlament gekommen. Dieser gebildete, belesene und galante Jurist, der mehrere Sprachen beherrscht, reist hin und her zwischen Madrid, wo er Europarecht lehrt, und Brüssel bzw. Straßburg, wo er all seine Talente als Redner und Verhandlungsführer entfaltet: Zunächst als Leiter der Delegation des Parlaments für die Charta der Grundrechte, dann in derselben Funktion im Konvent über die Zukunft Europas und schließlich als Vertreter des Europäischen Parlaments bei der Regierungskonferenz zur Aushandlung des Vertrags von Lissabon. Als EVP-Koordinator im Institutionellen Ausschuss ist Íñigo Méndez de Vigo wie sein ehemaliger Mentor Marcelino Oreja Aguirre in der Lage, seine Kollegen mit seiner Leidenschaft für Europa ebenso mitzureißen wie mit seinen Aufrufen

zum Pragmatismus, als die Verhandlungen zu einem eher bescheidenen Ergebnis für Europa führen.

Ana Palacio Vallelersundi bildete zusammen mit ihrer Schwester Loyola de Palacio Vallelersundi, die selbst Spitzenkandidatin der spanischen Partido Popular bei den Europawahlen 1999 war und unmittelbar danach zur Vizepräsidentin der Europäischen Kommission ernannt wurde, die weibliche Speerspitze der „Generation Aznar“ in der spanischen und europäischen Politik. Energisch und couragiert, war Ana Palacio Vallelersundi Vorsitzende des Rechtsausschusses, wurde 1999 wiedergewählt und war Vorsitzende der Konferenz der Ausschussvorsitzenden. Im Juli 2002 übernahm sie den Posten der Ministerin für auswärtige Angelegenheiten Spaniens, den sie bis März 2004 bekleidete, um anschließend in die Dienste der Weltbank einzutreten. Ana, Jahrgang 1948, und Loyola, geboren 1950, Töchter des Marquis de Matonte, verkörperten den modernen und liberalen Flügel der spanischen Rechten und brachten mit ihrem Engagement ihr Vertrauen in die europäische Zukunft Spaniens zum Ausdruck.

José Manuel García-Margallo y Marfil ist ein erfahrener Abgeordneter, der von 1977 bis 1994 ins spanische Parlament gewählt wurde, bevor er sich von 1994 bis 2009 im Europäischen Parlament mit Wirtschafts- und Währungsfragen befasst. Kompetent und präzise wie sein Kollege Salvador Garriga Polledo, dem ebenfalls seit 1994 ohne Unterbrechung gewählten Koordinator des Haushaltsausschusses, setzte er sich zusammen mit diesem nachhaltig dafür ein, dass Spanien weiterhin durch die europäischen Strukturfonds gefördert wird.

José Ignacio Salafranca Sánchez-Neyra hat mit 39 Jahren bereits umfangreiche Erfahrungen in europäischen Angelegenheiten gesammelt. Seine Ausbildung als Jurist und Diplomat führt ihn zur Kommission, wo er Aufgaben in den Kabinetten der aus Spanien kommenden christdemokratischen Kommissionsmitglieder Abel Matutes und Marcelino Oreja Aguirre wahrnimmt. Er wird 1999 und 2004 wiedergewählt und spielt eine aktive Rolle im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten sowie bei den Beziehungen zu den Ländern Mittel- und Lateinamerikas. Von 2002 bis 2004 ist er stellvertretender Fraktionsvorsitzender und übernimmt damit den Posten von Carmen Fraga Estévez.

Die spanische Delegation, die zur zweitgrößten der Fraktion geworden ist, tritt in dieser Position die Nachfolge der italienischen Christdemokratie an, die diese seit Gründung der Fraktion innehatte.

Die britische Delegation bleibt mit 19 Abgeordneten weit hinter ihren Möglichkeiten zurück und steht an dritter Stelle. Ihre Zusammensetzung gleicht praktisch der vom April 1992, als sich ihre Mitglieder der Fraktion angeschlossen hatten, wobei zwei neue Abgeordnete

hinzugekommen sind, die ihr Mandat bis Juli 2009 behalten werden: Robert Sturdy und Giles Chichester.

Die aus der von Dominique Baudis angeführten Liste hervorgegangenen 13 französischen Abgeordneten sind die gewählten Vertreter der UDF, die beide Strömungen, die liberale und die christlich-demokratische, die 1974 das Fundament der von Valéry Giscard d'Estaing gegründeten politischen Familie bildeten, in sich vereint. Pierre Bernard-Reymond, ehemaliger Minister für europäische Angelegenheiten, der bereits von 1984 bis 1986 der Fraktion angehörte und Bürgermeister von Gap – einer der höchstgelegenen französischen Gemeinden in den Provenzalischen Alpen – ist, sowie Bernard Stasi, Bürgermeister von Epernay – Hauptstadt des Weinbaugebiets Champagne – und ehemaliger, für seinen stetigen Einsatz für die Menschenrechte in Frankreich und in der ganzen Welt anerkannter und viel beachteter Minister, stoßen zu Dominique Baudis, Nicole Fontaine und Jean-Louis Bourlanges, die bereits 1989 für die christlich-demokratische Familie gewählt wurden.

Françoise Grossetête, städtische Abgeordnete von Saint-Etienne, einer der Hauptstädte der Region Rhône-Alpes, Jean-Pierre Raffarin und André Soulier vertreten die Liberale Partei, die sich auf Betreiben von Valéry Giscard d'Estaing im Dezember 1991 der EVP-Fraktion angenähert hatte.

Françoise Grossetête gewinnt zunehmend an Einfluss in der Fraktion, denn ihre Sachkenntnis, ihr Kampfgeist, mit dem sie ihre Standpunkte verteidigt, und ihre Bereitschaft, alle ihr angetragenen Aufgaben zu übernehmen, machen sie zu einer unverzichtbaren Abgeordneten. Sie engagiert sich besonders aktiv für Umwelt- und Gesundheitsbelange und wird als stellvertretende Fraktionsvorsitzende von 1999 bis 2007 während der gesamten Amtszeit des Fraktionsvorsitzenden Hans-Gert Pöttering mit der heiklen strategischen Funktion des „Whip“ der Fraktion betraut, in der sie für Parlamentarische Arbeiten und Schlichtung zuständig ist. In dieser Position entwickelt sie einen unablässigen Tatendrang, ähnlich dem, den ihre Kollegin und Vorgängerin in diesem Amt, Ria Oomen-Ruijten, von 1992 bis 1999 unter dem Fraktionsvorsitz von Leo Tindemans und Wilfried Martens entfaltet hatte.

Jean-Pierre Raffarin, der zum Quästor des Europäischen Parlaments ernannt wurde, verlässt die Fraktion im Mai 1995, um in der Regierung von Alain Juppé mitzuwirken. Später, von Mai 2002 bis Mai 2005, wird er Premierminister unter Jacques Chirac. Auch in diesem Amt wird er weiterhin sein Interesse und seine Sympathie für die Fraktion bekunden und am 1. Juli 2003 an den Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der EVP-ED-Fraktion teilnehmen. André Soulier wird sein Nachfolger auf

dem Posten des Quästors. Ein anderes Mitglied der Familie der Liberalen, André Fourçans, Experte in Wirtschafts- und Währungsfragen, der bereits in der vorangegangenen Wahlperiode Mitglied der Liberalen Fraktion war, wird der EVP-Fraktion im April 1996 beitreten.

Die italienische Delegation wird im Juni 1994 dezimiert und aufgegeben; sie zählt 12 Abgeordnete, davon acht von der PPI, Nachfolgerin der DCI, drei vom Patto Segni und ein Vertreter der Südtiroler Volkspartei, Michl Ebner. Zwei langjährige Christdemokraten, Pier Antonio Graziani und Pierluigi Castagnetti, übernehmen die heikle Aufgabe, ihre dem Untergang geweihte politische Familie in der Fraktion zu vertreten, Ersterer als stellvertretender Fraktionsvorsitzender von 1994 bis 1999, Letzterer als Leiter der italienischen Delegation. Pier Antonio Graziani, ehemaliger Herausgeber der Zeitung „Il Popolo“ und Senatsmitglied, verteidigte hartnäckig, oft auch wütend, den Standpunkt der Partito Popolare Italiano gegen die wiederholten und siegreichen Angriffe von Forza Italia. Weder er noch Pierluigi Castagnetti, dessen eher diplomatischer Stil ihm eine große Dialogbereitschaft und ein offenes Ohr in der Fraktion sicherten, konnten verhindern, dass die Abgeordneten von Forza Europa am 9. Juni 1998 in die Fraktion Einzug hielten. Von dieser Delegation, die durch den überwältigenden Sieg von Silvio Berlusconi im Juni 1999 ausgelöscht wurde, blieben nur Michl Ebner, der in Südtirol regelmäßig wiedergewählt wird, und Carlo Casini übrig, der 2006 unter dem Banner der Union der Christdemokraten und Zentrumsdemokraten, einer zur Mehrheit von Silvio Berlusconi gehörenden kleinen Splitterpartei, wieder seinen Platz in der Fraktion fand.

Die zehn Niederländer von der CDA, die neun Griechen von der Nea Demokratia, die sieben Belgier von der PSC und der CVP, die vier Iren von der Fine Gael, die drei dänischen Konservativen, die zwei Luxemburger sowie der einzige Repräsentant Portugals, Francisco António Lucas Pires, vervollständigen dieses Spektrum der 12 Nationalitäten, die in der Fraktion vertreten sind. Die meisten dieser Abgeordneten gehörten bereits dem vorhergehenden Parlament an, mit Ausnahme des Vorsitzenden der CDA, Wim van Velzen, der von 1994 bis 2004 wichtige Aufgaben in der Fraktion bezüglich deren Politik zur Erweiterung um die mittel- und osteuropäischen Parteien wahrnehmen wird. Die griechische Delegation hat ebenfalls neue Mitglieder, darunter Georgios Dimitrakopoulos, der 1999 und 2004 wiedergewählt wird und enorme Aktivitäten im Bereich internationale und institutionelle Beziehungen entfalten wird. Antonios Trakatellis wird ebenfalls in diesen drei Wahlperioden gewählt. Als Doktor der Medizin und ehemaliger Rektor der Universität von Thessaloniki wird dieser Wissenschaftler

regelmäßig seine Autorität walten lassen, wenn die Fraktion sensible umweltpolitische und bioethische Themen zu erörtern hat. Und schließlich kann die Fraktion stolz darauf sein, dass ihr die als Sängerin weltbekannte Nana Mouskouri angehört, die wiederholt die Gelegenheit haben wird, ihre Kollegen bei Gedenkveranstaltungen in den Genuss ihrer Kunst kommen zu lassen.

Im Januar 1995 werden sich die sechs Österreicher der Österreichischen Volkspartei (ÖVP), die sechs Schweden aus zwei Parteien, der Moderata Samlingspartiet und der Kristdemokratiska Samhällspartiet (KDS), sowie die vier finnischen Abgeordneten von der Kansallinen Kokoomus der Fraktion anschließen. Somit gehören der Fraktion 173 Mitglieder an.

Der aus der Steiermark stammende Reinhard Rack ist Professor für Verfassungsrecht und wird sein Mandat von 1995 bis 2009 ausüben. Die Fraktion hört den Stellungnahmen dieses gestandenen und erfahrenen Juristen aufmerksam zu. Auch Charlotte Cederschiöld gehört zu den Parlamentsmitgliedern aus den neuen skandinavischen Mitgliedstaaten, die sich rasch die Anerkennung ihrer Kollegen erwerben. Diese Abgeordnete aus Stockholm, die gleichermaßen fließend Englisch, Deutsch und Französisch spricht, war insbesondere Mitglied des Konvents über die Charta der Grundrechte und von 2002 bis 2004 Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments. Sie wurde für die Wahlperiode 2004 bis 2009 wiedergewählt. Ihre Landsmännin Margaretha af Ugglas, die von 1991 bis 1994 Außenministerin Schwedens und aktiv an den Vorbereitungen des Beitritts ihres Landes zur Europäischen Union beteiligt war, wird später Leiterin der schwedischen Delegation in der Fraktion werden.

Der Parteivorsitzende übernimmt die Fraktionsführung (Juli 1994)

Nun geht es darum, den Präsidenten auszuwählen. Der amtierende Präsident Leo Tindemans kandidiert erneut. Allerdings muss er von nun an mit seinem Parteikollegen und „Erzrivalen“ in der belgischen Politik, Wilfried Martens, rechnen, der über einen zusätzlichen Vorteil verfügt, nämlich den, Parteivorsitzender zu sein.

Wilfried Martens schildert in seinen Memoiren die Umstände, unter denen er zum Fraktionsvorsitzenden gewählt wurde. Dabei verhehlt er weder die große persönliche Unterstützung, die ihm Helmut Kohl zuteil werden ließ, noch die Rolle, die der deutsche Bundeskanzler bei der Entwicklung der Fraktion spielte: *„Kohl hatte seinen eigenen Standpunkt zum Lauf der Dinge in der Fraktion und im Parlament. Jahrelang*

hatte er Egon Klepsch unterstützt, doch als dieser 1994 als Präsident des Europäischen Parlaments ausschied, hielt er die politische Karriere von Egon Klepsch für beendet. Leo Tindemans war er auch nicht viel mehr zugetan. 1992 hatte Helmut Kohl wissen lassen, dass er dessen Kandidatur als Fraktionsvorsitzender nicht gutheißen würde. Dass er dennoch gewählt wurde, missfiel ihm und sobald sich die Gelegenheit dafür bot, machte er seinen Einfluss geltend. Helmut Kohl hatte im Bundeskanzleramt in Bonn eine Sitzung anberaumt, bei der es um die Wahl des neuen Fraktionschefs ging (...) Dabei wurde die Botschaft von Helmut Kohl klar: Nicht Leo Tindemans, sondern ich (Wilfried Martens, Anm. d. Red.) sollte die Fraktion leiten.“⁴⁵⁶⁹

Die belgische Delegation wird daraufhin beauftragt, sich auf einen der beiden Kandidaten festzulegen, was sie am 7. Juli 1994 tat. Nach quälenden internen Diskussionen, die die Zerrissenheit und Gemütsverfassung ihrer Mitglieder offenbaren, spricht sie sich mehrheitlich für Wilfried Martens aus. Es war wirklich nicht leicht, sich zwischen dem amtierenden Vorsitzenden Leo Tindemans, vormals Ministerpräsident und Vorsitzender der EVP, einem überzeugten und geachteten Europäer, und seinem Landsmann Wilfried Martens zu entscheiden, der ebenfalls lange Zeit belgischer Ministerpräsident, Vorsitzender der EVP und ein genauso leidenschaftlicher und geachteter Verfechter Europas war...

Nachdem also Wilfried Martens auf diese Weise von der belgischen Delegation als Kandidat aufgestellt wurde, wird er am selben Tag mit 118 von 136 abgegebenen Stimmen zum Fraktionsvorsitzenden gewählt.

Die strategische Mission des neuen Fraktionschefs, der nun zum ersten Mal zugleich auch das Amt des Parteivorsitzenden der EVP bekleidete, bestand hauptsächlich darin, der EVP zum Sieg zu verhelfen: *„Meine Aufgabe war es von nun an, unsere Macht zu stärken. Wen konnten wir mit ins Boot nehmen, um unsere Prioritäten so erfolgreich wie möglich durchzusetzen? Konkret ging es darum, die politische Macht im Europäischen Parlament zu erobern und so die Sozialdemokraten zurückzudrängen. Das war vor allem für die Deutschen von äußerster Wichtigkeit. Die einflussreichsten Persönlichkeiten waren von der Bedeutung dieses Ziels überzeugt und glaubten, ich könnte es zügig erreichen. Nun musste so weit wie möglich in die Praxis umgesetzt werden, wofür in Maastricht so unerbittlich gerungen worden war. Den Partei- und Fraktionsvorsitz in eine Hand zu legen – was genau den Vorstellungen von Helmut Kohl entsprach und feste Tradition in Deutschland war – sollte dabei helfen. Während meiner fünfjährigen Amtszeit gelang es mir, die Fraktion zu vergrößern; sie wuchs von 157 auf 201 Mitglieder, d. h. um ein Drittel.“⁴⁵⁷⁰*

Ein weitgehend erneuertes Präsidium

Das am 5. Juli gewählte Präsidium steht für eine durchgreifende Erneuerung der Fraktionsführung. Ria Oomen-Ruijten ist die Einzige, die ihr Amt als stellvertretende Vorsitzende sowie die Funktionen, die ihr unter dem Vorsitz von Tindemans übertragen worden waren, behält. Es hatte sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass Ria Oomen-Ruijten im Verantwortungsbereich Parlamentarische Arbeiten Erfahrungen und Fachkenntnisse erworben hatte, die von vielen Mitgliedern geschätzt wurden. Sowohl Tatkraft, Flexibilität, Diplomatie und Hartnäckigkeit als auch letztendlich eine gewisse Autorität sind unter Beweis zu stellen, um die Redezeit während der Plenartagung in Straßburg aufzuteilen, die „Whips“ zu koordinieren und neben dem Vorsitzenden für eine kontinuierliche und aufmerksame Präsenz in der Fraktion sowie bei den Tagungen zu sorgen. Häufig kommt es aufgrund von Verfahrensmanövern der anderen Fraktionen: zu Spannungsmomenten. Am Vorabend einer Abstimmung über die Liste der Änderungsanträge zu einem Bericht sind fraktionsinterne Auseinandersetzungen zu schlichten und die Einheit der Fraktion herzustellen, die Voraussetzung für ihre Effizienz ist. Ihr Verhandlungsgeschick, ihre Gewandtheit in den persönlichen Kontakten aufgrund der Beherrschung von vier Sprachen und eine Portion Vitalität gepaart mit einem unglaublichen Kampfgeist sind weitere Stärken, auf die sich Ria Oomen-Ruijten stützen kann, um sich von 1992 bis 1999 auf diesem strategischen und exponierten Posten zu halten, der ein direktes Vertrauensverhältnis zu den beiden niederländischsprachigen Vorsitzenden voraussetzt.

Wilfried Martens wird sie später mit folgenden Worten würdigen: *„Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Ria Oomen-Ruijten war meine rechte Hand bei der Fraktionsführung. Wir haben in einem engen und beispiellosen Einvernehmen zusammengearbeitet. Sie war mit der internen Organisation der Fraktion betraut (Redezeit, Abstimmungsliste usw.)“*⁵⁷¹.

Das neue Fraktionspräsidium ist auch dadurch geprägt, dass Hans-Gert Pöttering zum ersten stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt wird. Dies ist eine Bestätigung und eine neue Etappe beim Aufstieg dieses Abgeordneten, der sein viertes Mandat im Parlament antritt und, nachdem er sich in den klassischen Parlamentsfunktionen (Koordinator, Vorsitzender des Unterausschusses Sicherheit und Abrüstung) erprobt und das Vertrauen seiner Delegation erworben hat, ein politisches Amt erlangt. Hans-Gert Pöttering wird einen Schlüsselbereich besetzen: Erweiterung, Studientage und internes Leben der Fraktion. Die anderen 1994 berufenen stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, Sir Henry Plumb, Panayotis Lambrias, Carlos Robles Piquer

und Pier Antonio Graziani, teilen die Aufgabenbereiche entsprechend ihren Neigungen unter sich auf: Institutionelle Beziehungen, Information, Lateinamerika, Vereinigte Staaten von Amerika usw. Edward Kellett-Bowman, das zweite britische Mitglied im Präsidium, wird das Amt des Schatzmeisters übernehmen.

Der Fraktionsvorsitz von Wilfried Martens war durch Maßhalten und Kompromissfähigkeit geprägt. Die außergewöhnliche Erfahrung, die er im politischen Leben Belgiens – davon zehn Jahre als Regierungschef – gesammelt hatte, und sein Engagement in der Partei versetzten ihn in die Lage, sein Amt an der Fraktionsspitze vom ersten Tag an sachkundig auszuüben.

Wilfried Martens bettete seinen Fraktionsvorsitz erfolgreich in eine Strategie ein, die zugleich die Erweiterung seiner ursprünglichen politischen Familie, der Christdemokratie, und andere gemäßigte und konservative Kräfte der alten Mitgliedstaaten der Union mit einschloss. In seiner gleichzeitigen Eigenschaft als Parteivorsitzender der EVP trieb er die Annäherung und schrittweise Eingliederung der aufstrebenden Parteien aus den neuen mittel- und osteuropäischen Staaten voran. Diese Rolle als „Anwerber“ junger Gruppierungen der postkommunistischen Ära, die sich ähnlichen Werten verpflichtet fühlten und später zur weiteren Ausgestaltung der erweiterten Europäischen Union beitragen konnten, stellten für die EVP und ihren Vorsitzenden eine historische Mission dar. Diese hat zur Stabilisierung und zum Neuaufbau der Demokratie in einer der empfindlichsten Regionen Europas beigetragen, in denen die Gefahr bestand, dass sie erneut den Versuchungen des Nationalismus und Populismus erliegen könnten. Die von Wilfried Martens zwischen 1994 und 1999 geleistete Arbeit trägt zu dem durchschlagenden Erfolg bei, den die Fraktion im Juli 1999 erringen wird, als sie zum ersten Mal seit den Direktwahlen von 1979 die Spitzenposition im Europäischen Parlament erringt.

In seinen Memoiren erinnert der Fraktionsvorsitzende an die Rolle des Sekretariats, auf das er sich stets stützte, um die tägliche Leitung der Fraktion sicherzustellen.^a Selbstverständlich konnte

a *„Unter 160 Mitarbeitern gab es 20, an die ich mich wirklich wenden konnte; die anderen waren vor allem den (großen) nationalen Delegationen zu Diensten. Im Mitarbeiterstamm der Fraktion war der Franzose Pascal Fontaine mein wirkliches Alter Ego. Er war wie ich im besten Sinne des Wortes ein Urgestein des alten Europa. Sein Vater war ein enger Berater von Jean Monnet; er selbst war dessen letzter Assistent. Uns verband dieselbe Auffassung von der Zukunft Europas: Die geistige Übereinstimmung war perfekt. Er war der ideale Verfasser für meine Reden, insbesondere weil er einer der wenigen in der Fraktion war, die sich mit den Klassikern der christlich-demokratischen Bewegung auskannten. Indem er die Syntheseberichte der EVP-Gipfel und der Präsidiumstagungen erstellte, spielte er eine wichtige Rolle für die Entwicklung der Partei und der Fraktion. Seine vielen Dienstjahre*

Wilfried Martens während seiner Zeit als Vorsitzender auch auf die Mitarbeit von Klaus Welle zählen, den er 1994 zum Generalsekretär der EVP ernannt hatte und der am 8. Februar 1999 die Leitung des Fraktionssekretariats übernahm.

Die tödliche Gefahr einer Konkurrenz von Rechts und die Kohl-Martens-Antwortstrategie

Zunächst musste der am 7. Juli 1994 an die Fraktionsspitze gerückte Wilfried Martens der unmittelbaren Gefahr einer rechten Konkurrenz zur Fraktion und zur Partei entgegentreten, einer Gefahr, die aus dem Inneren des Parlaments selbst heraufzog.

Die DCI, die Democrazia Cristiana Italiana, die seit dem Krieg eine der beiden Säulen der europäischen Christdemokratie war, erleidet bei den Wahlen im Juni 1994 eine herbe Niederlage. Ihre Vertretung geht von 27 Abgeordneten bzw. 23 % der Fraktionsmitglieder im Jahr 1989 auf 12 Abgeordnete bzw. 8 % im Jahr 1994 zurück. Infolgedessen droht der EVP eine tödliche Gefahr: Das Emporkommen einer politischen Kraft und einer Parlamentsfraktion als rechte Konkurrenz, als Gravitationszentrum für politische Bewegungen mit nationaler und populistischer Tendenz im alten wie im neuen Europa. Der Zusammenbruch der DCI, die von der durch den Korruptionsskandal Tagentopoli ans Licht gebrachten Filzokratie und Klüngelwirtschaft aufgezehrt wurde und darunter litt, dass sich die Bürger von allen traditionellen Parteien Italiens abwandten, da sie unfähig waren, der politischen Instabilität und der Korruption ein Ende zu setzen, macht den Weg frei für die von Silvio Berlusconi gegründete Forza Italia. Deren 27 Abgeordnete bilden zunächst eine Fraktion im Europäischen Parlament, in der die Italiener nahezu unter sich sind: Forza Europa.^a Später verkünden sie ihre Absicht, sich mit den französischen Abgeordneten der RPR zusammenzuschließen. Diese treten entgegen ihrem Wahlversprechen, das sie im Rahmen ihrer Beteiligung an der von Dominique Baudis angeführten gemeinsamen UDF-RPR-Liste abgegeben hatten, im Juli 1994 nicht der EVP-Fraktion bei, sondern behalten ihre Fraktion der Sammlungsbewegung der Europäischen Demokraten (RDE) bei. Im Juli 1995 schließen sich Forza Europa

*versetzten ihn in die Lage, die wichtigen Ereignisse ins richtige Licht zu rücken. Der Brite Edward Steen gehörte ebenfalls zum engeren Kreis der Mitarbeiter, die sowohl für die Partei als auch für die Fraktion tätig waren. Mit der wachsenden Bedeutung des Englischen als Arbeitssprache in der europäischen Politik im Gegenzug zur abnehmenden Bedeutung des Französischen wuchs seine Rolle als Übersetzer und Redenschreiber.“ In Wilfried Martens, *Mémoires pour mon pays*, Brüssel, Racine, 2006, S. 322-323.*

a Am 15. Dezember 1994 treten Enrico Ferri und Marilena Marin der Fraktion Forza Europa bei.

und die RDE zur Fraktion „Union für Europa“ (UPE), der drittstärksten Fraktion im Europäischen Parlament, zusammen.

Wilfried Martens berichtet darüber, wie er als neuer Fraktionsvorsitzender dieser heiklen politischen Situation gegenüberreten musste: *„Die RPR hatte im Hinblick auf die Europawahlen 1994 eine von dem Christdemokraten Dominique Baudis angeführte gemeinsame Liste mit der UDF aufgestellt. Beide Parteien hatten versprochen, dass sich ihre gewählten Mitglieder der EVP-Fraktion anschließen würden. Dies war Gegenstand einer Vereinbarung zwischen den damaligen Parteiführern, Jacques Chirac für die RPR und Giscard für seine Republikanische Partei, die wie die Christdemokraten der UDF angehörte. Die EVP hatte auf ihrem Brüsseler Kongress am 8. Dezember 1993 ihre Zustimmung zu dem Vorschlag des Vorsitzenden der CDS, Pierre Méhaignerie, signalisiert. Doch die RPR hat nicht Wort gehalten.^a Ihre Europaabgeordneten schlossen sich der ‚Sammlungsbewegung der Europäischen Demokraten‘ an, weil sie ihre eigene Fraktion mit allem, was dazu gehört, beibehalten wollten: Vorsitzender, Mitarbeiter usw.“*

Der Sommer 1995 präsentierte sich somit voller Gefahren. Sollte das Vorhaben, das der Vorsitzende der RPR, Philippe Seguin, in Paris auf den Weg gebracht hatte, gelingen, könnte die neue Fraktion in Zukunft die neuen Parteien aus den mittel- und osteuropäischen Ländern ohne fest verankerte politische Traditionen für sich gewinnen. Der sich abzeichnende Erweiterungsprozess könnte somit der UPE die Tschechen, die Polen, die Ungarn und andere Bewegungen zuführen, die sich in Bezug auf ihre Listenverbindung mit der EVP noch nicht festgelegt hatten. Und stand nicht auch zu befürchten, dass die britischen Konservativen die EVP-Fraktion verlassen könnten?

Mit historischer Distanz lässt sich ermesen, wie nötig es damals war, rasch und wirksam zu reagieren. Das Eingreifen von Wilfried Martens, der in der EVP glänzend von Klaus Welle unterstützt wurde, war dabei ausschlaggebend.

Wilfried Martens, der seit 1990 Parteivorsitzender der EVP war, war in Vorbereitung der Aktualisierung des Grundsatzprogramms der Partei auf Klaus Welle aufmerksam geworden. Das Athener Programm, das auf dem Kongress am 11. und 12. November 1992 angenommen wurde, ist weitgehend den Beiträgen der Parteien aus den Beneluxstaaten sowie der zusammenfassenden Arbeit eines jungen CDU-Mitarbeiters, eben Klaus Welle, zu verdanken.

a *„Nach meiner Rede auf dem Parteitag der UMP am 24. September 2005 in Paris entschuldigte sich der Parteivorsitzende Nicolas Sarkozy für die Geschehnisse im Jahr 1994 und bekräftigte das Engagement der UMP in der EVP“, Wilfried Martens, Mémoires pour mon pays, Brüssel, Racine, 2006, S. 342.*

Klaus Welle, der 1964 in Beelen (Westfalen) geboren wurde, absolvierte eine Bankausbildung in Münster und studierte Wirtschaftswissenschaften mit dem Schwerpunkt Bankwirtschaft an der Universität Witten/Herdecke. In die einflussreichen Kreise der CDU gelangte er durch seine Arbeit in der Abteilung für Europa- und Außenpolitik dieser Partei. Dank seiner Fähigkeit, alle strategischen Gesichtspunkte des nationalen und internationalen politischen Lebens einzubeziehen, war er schon bald in der Lage, zu den Arbeiten der EVP beizutragen. Wilfried Martens, der auf Dauer auf seine Mitarbeit zählen wollte, stellte ihn für die Partei ein und schlug ihn 1994, damals 30-jährig, nach dem Ausscheiden von Thomas Jansen für den Posten des Generalsekretärs der Partei vor.^a

Wie gelang es nun Wilfried Martens und Klaus Welle aus dieser schwierigen Situation herauszukommen? Der Schlüssel für die Entschärfung des von Philippe Seguin in Paris ersonnenen Plans, der vom Vorsitzenden der RDE-Fraktion, Jean-Claude Pasty, aktiv nach Straßburg und Brüssel weitergeleitet wurde, lag in Italien. Das plötzliche Auftauchen von Silvio Berlusconi auf der politischen Bühne Italiens wurde von der EVP zunächst mit Argwohn betrachtet. Zwar wusste Wilfried Martens, dass die traditionellen DCI-Wähler mit großer Mehrheit für die neue politische Bewegung Forza Italia gestimmt hatten, doch seiner Ansicht nach *„war es vor allem die Person Berlusconi, die auch in Italien das Hindernis bildete. Und niemand in der Fraktion, geschweige denn bei den Italienern, war bereit, eine rasche Annäherung zu erleichtern (...) Dennoch versuchte Berlusconi, mit der EVP in Kontakt zu treten. So traf ich ihn erstmals im Juli 1994 (...) Deshalb flog ich allein zu einer privaten Unterredung in seinem Haus in Mailand. Es war eine freundliche Begegnung, bei der wir über die Aussicht auf einen Beitritt von Forza Italia zu unserer politischen Familie sprachen. Vorläufig blieb es dabei (...)“*

Obwohl Forza Italia seit 1995 der Fraktion Union für Europa angehörte, strebte sie weiterhin eine engere Zusammenarbeit mit der EVP-Fraktion an.

Wilfried Martens fährt fort: *„Seit Mitte 1997 fand in der Plenartagswoche in Straßburg ein monatliches formelles Treffen zwischen*

a Es ist ganz selbstverständlich, dass Wilfried Martens ihn später am 8. Februar 1999 als Nachfolger von Mário David, zum Generalsekretär der EVP-Fraktion ernannte, wobei er diesen Posten noch unter dem Vorsitz von Hans-Gert Pöttering bis zum 1. Januar 2004 bekleidete. Zu diesem Zeitpunkt wurde er zum Generaldirektor des Europäischen Parlaments ernannt und stand dann ab Januar 2007 dem Präsidenten des Europäischen Parlaments, Hans-Gert Pöttering, als Kabinettschef zur Seite. Klaus Welle wird seinen rasanten Aufstieg im Parlament fortsetzen, in dem er ab dem 15. März 2009 im Alter von 44 Jahren die Nachfolge von Harald Rømer als Generalsekretär des Europäischen Parlaments antritt.

*dem Delegationsleiter Claudio Azzolini, dem stellvertretenden Vorsitzenden der EVP-Fraktion, Hans-Gert Pöttering, dem spanischen Europaabgeordneten Gerardo Galeote sowie dem Leiter der PPI-Delegation, Pierluigi Castagnetti, statt.*⁵⁷²

Ende 1997 überschlugen sich die Ereignisse: „Am Freitag der Plenartagung in Straßburg las ich zufällig in einer Lokalzeitung, dass Forza Italia zusammen mit den Neogaullisten von der RPR eine neue europäische Partei gegründet hätte. Das war ein Schock für mich und den neben mir sitzenden Hans-Gert Pöttering. Die Gründung einer neuen, rechts von uns stehenden Gruppierung war eine echte Bedrohung für die Zukunft der EVP, denn die Anziehungskraft, die die neue Gruppierung auf unsere derzeitigen und zukünftigen Mitgliedsparteien ausüben konnte, durfte nicht unterschätzt werden. Darüber hinaus konnten damit die Bemühungen der EVP um ihre Ausdehnung auf uns nahestehende Parteien zunichte gemacht werden (...) Der gemeinsamen Pressekonferenz nach zu urteilen, die Berlusconi und der Vorsitzende der RPR, Philippe Seguin, am 18. Dezember 1997 abhielten, um die Gründung der ‚Union für Europa‘ anzukündigen, stand der Plan wohl fest. Es lag auf der Hand, dass die EVP zur Gegenoffensive ausholen musste. Zunächst galt es, eine dauerhafte Beziehung zu Forza Italia herzustellen. Danach sollte durch ein Bündnis mit den Neogaullisten unsere Präsenz in Frankreich deutlich ausgebaut werden.“⁵⁷³

Die „Bungalowgespräche“ vom 24. März 1998 und der Beitritt von Forza Italia zur Fraktion am 9. Juni 1998

Laut Ankündigung der Mitglieder der UPE-Fraktion sollte die neue Partei Union für Europa im Frühjahr 1998 offiziell gegründet werden. Helmut Kohl ergriff die Initiative und rief am 24. März die Führungsriege der EVP in seinem in Bonn am Ufer des Rheins gelegenen Bungalow zusammen. Drei amtierende Ministerpräsidenten, José María Aznar, Jean-Luc Dehaene und Jean-Claude Juncker, der ehemalige schwedische Ministerpräsident, Carl Bildt, und der CSU-Vorsitzende Theo Waigel trafen dort mit Wilfried Martens zusammen. Auf der Grundlage eines von Klaus Welle verfassten Schriftstücks wurde die langfristige Strategie umrissen, die es außerdem ermöglichte, Silvio Berlusconi eine Alternative anzubieten.^a

a Diese „Bungalow-Schlussfolgerungen“ wurden wegen ihrer Bedeutung für die weitere Entwicklung der EVP in den Memoiren von Wilfried Martens, S. 316-317, veröffentlicht. Seinerzeit waren sie nicht für Dritte bestimmt, doch da ihre Ziele fast vollständig verwirklicht sind, haben sie inzwischen ihren vertraulichen Charakter verloren.

1 Wir brauchen eine EVP, die, gestützt auf ihre Grundprinzipien, offen ist für den Beitritt neuer Parteien und, im Rahmen der EVP-Fraktion, für die Zusammenarbeit mit

Wilfried Martens erinnert sich folgendermaßen an dieses entscheidende Treffen: *„Ziel war es, eine Strategie auf die Beine zu stellen, um die EVP in struktureller Hinsicht zu stärken. Deshalb war es unbedingt erforderlich, Forza Italia und der RPR die Tür zu unserer Familie offenzuhalten. Zudem mussten auf absehbare Zeit die Verschmelzung der EVP mit der EDU (Europäische Demokratische Union) vollzogen und, um uns eine reaktionsfähigere Struktur zu geben, die EVP-Gipfel ausgedehnt werden. Nach dem Zerfall der Democrazia Cristiana galt es, das politische Vakuum in Italien auszufüllen, und dafür gab es nur einen wirklichen Kandidaten: Forza Italia. In Frankreich hatten sich die Neogaullisten auf Betreiben des Parteichefs Alain Juppé und mit Unterstützung von Präsident Jacques Chirac von den Europaskeptikern befreit und waren so weit, sich uns anzuschließen.“*

Parlamentsmitgliedern, deren Vorstellungen den unsrigen nahe stehen. Diese Grundprinzipien sind ein christliches Menschenbild, eine europäische Doktrin (das „gemeinschaftliche“ Europa und das Subsidiaritätsprinzip) sowie die soziale Marktwirtschaft.

2 Die EVP hat sich nach ihrer Erweiterung in den letzten Jahren zu einer breiten politischen Bewegung von Volksparteien unterschiedlichen geografischen, geschichtlichen und kulturellen Ursprungs entwickelt. Wir sind nicht mehr nur Christdemokraten (Christlich-Soziale), sondern auch Konservative und Zentrumsliberale.

3 Die EVP muss die entscheidende Kraft bleiben. Wenn wir unsere gegenwärtige Struktur beibehalten, werden wir keine Mehrheit haben. Wir müssen neue Beitritte in Betracht ziehen. Darüber hinaus darf eine Europäische Partei nicht mehr ausschließlich aus Parteien der Europäischen Union bestehen. Deshalb müssen wir in der EVP die Schwesterparteien aus den mittel- und osteuropäischen EU-Kandidatenländern zulassen.

4 Wenn die Partei „Union für Europa“ gegründet wird, könnte dies schwerwiegende Folgen haben und zu einer großen Gefahr werden. Wir sind uns einig darin, dass das verhindert werden muss.

5 Um die Gründung einer UPE-Partei zu verhindern, können wir kurzfristig eine Reihe wichtiger Maßnahmen ergreifen, und zwar:

a) die Zusammenarbeit mit den Europaabgeordneten der britischen Konservativen fortführen und verstärken;

b) die RPR davon überzeugen, ihre Zusage von 1994, wonach ihre Europaabgeordneten der EVP-Fraktion beitreten (oder ihr nahestehende Mitglieder werden) sollten, einzuhalten. Der RPR muss es auf ihren Antrag hin ermöglicht werden, sich der EVP als Mitgliedspartei anzuschließen;

c) in Italien die Gründung einer Zentrumspartei fördern, um die ehemaligen DC-Wähler zu halten. Falls die Europaabgeordneten von *Forza Italia* – als nationale Delegation oder Einzelpersonen – bereit sein sollten, sich der EVP-Fraktion anzuschließen, muss die Fraktion mehrheitlich darüber beschließen;

d) zu den EVP-Gipfeln auch die Oppositionsführer von Mitgliedsparteien der EVP und mit der EVP zusammenarbeitenden Parteien einladen. Auf diese Weise werden politische und persönliche Beziehungen geknüpft, mit denen der Gefahr des Entstehens einer europäischen Konkurrenzpartei begegnet werden kann.

6 Die EVP-Spitze muss öfter und in unterschiedlicher Form zusammentreten. Zur konkreten Vorbereitung der Tagungen des Europäischen Rates ist die gegenwärtige Form eines engen Kreises beizubehalten. Bei allen anderen Gelegenheiten können die Oppositionsführer an den Beratungen teilnehmen.

7 Wir sind uns darin einig, dass die UDE aufgelöst und in die EVP zurückgeführt werden muss. Bis Ende 1998 werden alle Parteien, denen die Teilnehmer angehören, die UDE verlassen. Es ist wichtig, einen genauen Zeitplan einzuhalten.

Die Frage wurde am 7. Mai in Dublin entschieden. Auf Einladung der irischen Fiánna Fáil, die Mitglied der UPE ist, sollte die offizielle Konstituierung der Partei „Union für Europa“ stattfinden. Das Fernbleiben von Silvio Berlusconi in Dublin war ein deutliches Signal, das die EVP sofort verstand: *„Als offizielle Delegation, der auch Hans-Gert Pöttering als stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Mário David als Generalsekretär angehörten, flogen wir nach Mailand. Auf dem Flughafen erwartete uns ein Hubschrauber von Berlusconi, der uns zu seiner Villa brachte. Berlusconi ließ uns ohne Umschweife sein persönliches und endgültiges Einverständnis wissen. Die Übereinkunft wurde auf Fotos festgehalten.“*⁵⁷⁴

Nun muss der Beitritt der Forza-Italia-Mitglieder zur EVP-Fraktion gemäß der Geschäftsordnung vollzogen werden, d. h. nach geheimer Abstimmung, die am 9. Juni während einer Fraktionssitzung in Brüssel stattfindet. Die Abstimmung erfolgt nach Artikel 5a der Geschäftsordnung, d. h. über die 20 Abgeordneten von Forza Italia wird getrennt und in Abwägung dessen abgestimmt, inwieweit sie der Fraktion als Mitglied nahestehen, sich zum Programm der Fraktion bekennen und ihre Geschäftsordnung anerkennen.

Es findet eine hitzige geheime Aussprache statt. Wilfried Martens gibt einen chronologischen Überblick über diese Angelegenheit und erinnert insbesondere an den so genannten Bungalow-Gipfel der EVP vom 24. März.

Laut Protokoll der Fraktionssitzung führt Wilfried Martens Folgendes aus⁵⁷⁵: *„anschließend wurden verschiedene Kontakte aufgenommen:*
– *mit Präsident Jacques Chirac, um sich für eine Aussprache mit der RPR einzusetzen, damit sie unserer Fraktion beitrifft,*
– *mit dem Chef der britischen Konservativen, William Hague, der zugesichert hat, dass die gewählten Konservativen nach den Wahlen 1999 weiterhin in der EVP-Fraktion verbleiben,*
– *mit dem Chef von Forza Italia, Silvio Berlusconi, um zu erfahren, ob er eine Möglichkeit sieht, dass die Forza Italia-Mitglieder im Europäischen Parlament einzeln um ihren Beitritt zur EVP-Fraktion ersuchen.“*

Daraufhin schlägt er eine Redezeit von 30 Minuten für die italienischen Mitglieder vor, denen sich Vertreter der Delegationen, die dies wünschen, anschließen können. Die italienischen Mitglieder der PPI, Gerardo Bianco und Pierluigi Castagnetti, fechten das Verfahren an und warnen die Fraktion vor einem künftigen Identitätsverlust. Gegen den Beitritt sprechen sich Hanja Maij-Weggen im Namen der niederländischen Delegation, Mary Elizabeth Banotti im Namen der irischen Delegation, Viviane Reding im Namen der luxemburgischen Chrëschtlech Sozial Vollekspartei und Concepció Ferrer I Casals für die Unió Democràtica de Catalunya aus. Man schreitet zur Abstim-

mung, an der die 135 anwesenden Mitglieder teilnehmen. Die 20 Kandidaten von Forza Italia werden nacheinander mit durchschnittlich 92 Ja- und 36 Nein-Stimmen bei einigen Stimmenthaltungen und einigen ungültigen Stimmen aufgenommen⁵⁷⁶.

Die Fraktion ging gestärkt aus dem Beitritt dieser neuen Mitglieder hervor, obgleich die italienische Delegation in eine Minderheit von PPI-Mitgliedern und eine Mehrheit von Forza-Italia-Mitgliedern und ihnen nahestehenden Mitgliedern gespalten war.^a Der Rückstand zur Sozialdemokratischen Fraktion begann zu schrumpfen. Noch wichtiger war jedoch, dass die von dieser rechten parlamentarischen und politischen Kraft ausgehende Gefahr schnell dahinschwand. Im Juli 1999 werden sich die RPR-Abgeordneten der EVP-Fraktion anschließen und die UPE wird aufhören zu existieren.

a Formal manifestierte sich nach dieser Abstimmung keine interne Spaltung in der Fraktion. Innerhalb der EVP wurde eine Initiative geboren: Am 23. Juni 1998, 35 Jahre nach Gründung der Christlich-demokratischen Fraktion im Europäischen Parlament, riefen die Vorsitzenden mehrerer Parteien – der belgischen CVP und PSC, der niederländischen CDA, der italienischen PPI, der irischen Fine Gael sowie der Christdemokraten Luxemburgs, des Baskenlands und Kataloniens – die Athener Gruppe ins Leben, benannt nach dem Athener Programm von 1992. Den Vorsitz der Gruppe führte John Bruton, Ministerpräsident Irlands und stellvertretender Vorsitzender der EVP. Mit ihrer gemeinsamen Initiative wollten diese Parteivorsitzenden sicherstellen, dass die im Athener Grundsatzprogramm bekräftigten Werte, insbesondere die christlich-demokratischen Wurzeln, gewahrt blieben. Wilfried Martens stellt fest, dass sich die Aktivitäten dieser Gruppe auf vier Treffen am Sitz seiner Partei, der CVP, beschränkten, und fügt hinzu: „*Meines Wissens führte das kaum zu konkreten Ergebnissen.*“ In Wilfried Martens, *Mémoires pour mon pays*, Editions Racine, 2006, S. 320.

Kapitel XXXI
**DIE EVP-ED-FRAKTION
UNTER DEM VORSITZ
VON HANS-GERT PÖTTERING
(1999-2007)**

Ein großer Erfolg: Die EVP-ED-Fraktion wird zur stärksten Kraft im Parlament (1999)

Bei den fünften Europawahlen vom 10. und 13. Juni 1999 erlebt die EVP-ED-Fraktion einen Triumph: Von den ehemals 157 Abgeordneten bei den vorangegangenen Wahlen wächst die Fraktion nun auf 232 Abgeordnete an und übertrifft damit die Sozialdemokratische Fraktion mit lediglich 180 Sitzen deutlich.

Zu verdanken ist dieser Erfolg vor allem dem ausgezeichneten Wahlergebnis mehrerer Delegationen: Knapp ein Jahr nach der Niederlage der CDU bei den nationalen Wahlen gehören nun mehr als die Hälfte aller deutschen Abgeordneten im Europäischen Parlament der deutschen Delegation der EVP an (53 von 99 Sitzen). Die Fraktion zählt 12 neue Abgeordnete aus Deutschland, von denen neun auch im Juni 2004 wiedergewählt werden: Michael Gahler, ein ehemaliger Diplomat, der mit 39 Jahren gewählt wird und auf auswärtige Angelegenheiten spezialisiert ist; Ruth Hieronymi, gewählt in Nordrhein-Westfalen, die als Expertin für audiovisuelle Fragen Mitglied des Ausschusses für Kultur und Bildung wird; Elisabeth Jeggle, Mitglied mehrerer deutscher gesellschaftlicher und berufsständischer Vereinigungen in Baden-Württemberg und auf Bundesebene, Mitglied des Landwirtschaftsausschusses; Ewa Klamt, gewählt in Niedersachsen und Mitglied des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten; Kurt Lechner, gewählt in Rheinland-Pfalz, Mitglied des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz; Hans-Peter Mayer, Jurist aus Niedersachsen, Mitglied des Rechtsausschusses; Alexander Radwan, gewählt auf der Liste der CSU in Bayern, Mitglied des Wirtschafts- und Währungsausschusses; Renate Sommer, Agrarwissenschaftlerin, gewählt in Nordrhein-Westfalen und Mitglied des Ausschusses für Verkehr und Fremdenverkehr; Joachim Würmeling, gewählt in Bayern, nach seiner Wiederwahl 2004 in die bayerische Landesregierung berufen.

Drei weitere Abgeordnete, Christian Ulrik von Bötticher, Emilia Franziska Müller und Brigitte Wenzel-Perillo erhalten nur für die Wahlperiode 1999-2004 ein Mandat. Gabriele Stauner, die vor ihrer Wahl im Jahr 1999 Ministerin in der bayerischen Landesregierung war, kehrt 2006 ins Europäische Parlament zurück. In ihrer ersten Amtszeit war sie als aktives Mitglied des Haushaltsausschusses mehrfach an der Infragestellung der Verwaltung der Europäischen Kommission beteiligt.

Die Zahl der britischen Konservativen verdoppelt sich von 18 auf 36 Abgeordnete. Der EVP-Fraktion treten insgesamt 24 neue Mitglieder bei, von denen 16 im Juni 2004 wiedergewählt werden. Dies bestätigt die feste Verwurzelung der nach dem Mehrheitswahlsystem gewählten konservativen Abgeordneten in ihren Wählerhochburgen. Gewählt wurden: Sir Robert Atkins, mehrfach Minister für Industrie, für Nordirland und für Umwelt; John Bowis, gewählt in London, war Gesundheits- und Verkehrsminister, der in seinen beiden Amtszeiten besonderen Wert auf die Verteidigung von Umweltangelegenheiten und Fragen der öffentlichen Gesundheit legte, wird Koordinator der Fraktion im Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit; Philip Charles Bradbourn, gewählt in den West Midlands und Mitglied des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten; Philip Bushill-Matthews, Mitglied des Verwaltungsrats großer Agrar- und Lebensmittelkonzerne und Mitglied des Ausschusses für Arbeit und soziale Angelegenheiten; Martin Callanan, gewählt in North East England und Mitglied des Umweltausschusses; Nirj Deva, gewählt in South East England, Luftfahrtingenieur und Geschäftsmann, Mitglied des Entwicklungsausschusses; Den Dover, gewählt in North West England, Mitglied des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie; Jonathan Evans, gleichzeitig Minister in Wales und Berater großer Versicherungsunternehmen, der Leiter der britischen Delegation der Fraktion und Vorsitzender der Delegation für die Beziehungen zu den USA war; Malcolm Harbour, gewählt in den West Midlands, als Experte der Automobilindustrie aktives Mitglied im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz, legte in dessen Namen eine Reihe von strategischen Berichten vor; Christopher Heaton-Harris, gewählt in den East Midlands und Mitglied des Ausschusses für Kultur und Bildung; Timothy Kirkhope, gewählt in Yorkshire, ebenfalls Leiter der britischen Delegation, der in dieser Eigenschaft schwierige politische Schiedsverfahren innerhalb der britischen Delegation zu bewältigen hatte, in der in den beiden Wahlperioden sowohl europafreundliche als auch europaskeptische Haltungen versöhnt werden mussten; Neil Parish, gewählt in South West England, Leiter eines

landwirtschaftlichen Familienbetriebs, der im Jahr 2007 zum Vorsitzenden des Landwirtschaftsausschusses gewählt wird; John Purvis, gewählt in Schottland, Mitglied des Wirtschafts- und Währungsausschusses; Struan Stevenson, ebenfalls stolz auf seine schottische Herkunft, stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Vorsitzender des Arbeitskreises C, der sich u. a. mit Fischereifragen befasst, an denen er ein persönliches Interesse hat; Charles Tannock, in London gewählter Psychiater, aktiver Abgeordneter im Plenum und in der Fraktion, insbesondere im Bereich der Verteidigung der Menschenrechte und der Lage in der Ukraine; Geoffrey Van Orden, gewählt in East of England, ehemaliger Brigadegeneral der britischen Armee und Experte für Verteidigungsfragen.

Theresa Villiers, in London gewählte Anwältin und Binnenmarktexpertin, wird 2004 erneut gewählt, verlässt das Parlament jedoch im Jahr 2005.

Die beiden 1999 gewählten und 2004 wiedergewählten Abgeordneten Roger Helmer und Daniel J. Hannan, die gegenüber der Fraktion und ihrem Vorstand mehrfach beleidigende Äußerungen vorbrachten und sich bei den Plenartagungen des Parlaments offen feindselig zeigten, wurden gemäß der Geschäftsordnung 2005 bzw. 2008 aus der EVP-ED-Fraktion ausgeschlossen.^a

Jacqueline Foster, Robert Goodwill, Bashir Khanbhai, der Earl of Stockton und David Sumberg werden nur für die Wahlperiode 1999-2004 gewählt. Der Earl of Stockton, Enkel des ehemaligen konservativen Premierministers Harold MacMillan, hatte eine interessante Karriere als Journalist und Mitglied verschiedener europäischer Bewegungen hinter sich. Seine äußerst „britische“ aristokratische Haltung machte ihn zu einem der populärsten Mitglieder der Fraktion.

Der italienischen Delegation gehören nach der Wahl 35 Abgeordnete an, darunter 24 neue Mitglieder, die größtenteils durch den Erfolg der Listen von Silvio Berlusconi und der Forza Italia ins Parlament

a Der Ausschluss von Roger Helmer erfolgte am 7. Juni 2005 in geheimer Abstimmung in der Fraktion gemäß Artikel 8 der Geschäftsordnung der Fraktion. Helmer hatte am 25. Mai 2005 in der Plenartagung des Europäischen Parlaments den Fraktionsvorsitzenden bei der Debatte über einen Misstrauensantrag gegenüber der Kommission persönlich angegriffen. Daniel Hannan war von der Fraktion und der britischen Delegation verwart worden, nachdem er in der Zeitung „Die Welt“ am 2. März 2005 einen Artikel veröffentlicht hatte, der „Verleumdungen gegen seine Kollegen“ enthielt (Fraktionsprotokoll vom 10. Mai 2005). Am 31. Januar 2008 greift Hannan bei einer Aussprache über den Vertrag von Lissabon mit seiner Anspielung auf das Ermächtigungsgesetz von 1933 Hans-Gert Pöttering als Parlamentspräsident persönlich an. Der Fraktionsvorsitzende Joseph Daul erklärt daraufhin seine Absicht, den Ausschluss von Daniel Hannan aus der Fraktion zu beantragen. Der Ausschluss wird am 19. Februar 2008 in Straßburg mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit beschlossen (155 Ja-Stimmen, 52 Gegenstimmen).

einziehen konnten. Auch Berlusconi selbst bis 2001 Mitglied des Europäischen Parlaments an, bis er es verlässt, um in Italien erneut die Regierungsgeschäfte zu übernehmen. Seiner Regierung gehört auch Rocco Buttiglione an, der Berlusconi von Brüssel nach Rom folgt. Im Jahr 2001 verlässt auch Guido Viceconte die Fraktion. Einige Abgeordnete wie Guido Bodrato, Luigi Cocilovo und Franco Marini gehören der italienischen Volkspartei PPI an und sind damit in der italienischen Delegation in einer schwierigen Lage, da sie sich in der Minderheit befinden und eine andere politische Strategie verfolgen als die Forza Italia. Ab 2004 gehören die Mitglieder der PPI nicht mehr der Fraktion an; einige von ihnen, wie Luigi Cocilovo, schließen sich der Fraktion der Liberalen an. Die Silvio Berlusconi nahestehenden Abgeordneten Renato Brunetta, Raffaele Lombardo, Mario Mantovani, Francesco Musotto und Amalia Sartori werden 2004 wiedergewählt, ebenso wie Mario Mauro, der den katholischen Kreisen in Italien nahe steht und 2004 nach einer aktiven Laufbahn im Ausschuss für Kultur, Jugend und Medien zum stellvertretenden Parlamentspräsidenten gewählt wird. Luigi Cesaro, Raffaele Costa, Marcello Dell'Utri, Raffaele Fitto, Giorgio Lisi, Clemente Mastella, Pietro-Paolo Mennea, Giuseppe Nistico', Giuseppe Picicchio, und Vittorio Sgarbi sind nur eine Amtszeit im Europäischen Parlament vertreten. Francesco Fiori, ebenfalls für die Wahlperiode 1999-2004 gewählt, wird stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Vorsitzender des Arbeitskreises D. Carlo Fatuzzo wird im Namen der Rentnerpartei (Partito Pensionati), in der er seit 1987 als Landessekretär tätig ist, für zwei Amtszeiten gewählt.

Der spanischen Delegation gehören insgesamt 28 Mitglieder an, darunter 13 neue Abgeordnete. Die drei Abgeordneten Maria del Pilar Ayuso González, gewählt in Badajoz, Expertin für Landwirtschaft der Partido Popular; Cristina Gutiérrez-Cortines, gewählt in Madrid, aktives Mitglied im Umweltausschuss, und der Katalane Alejo Vidal-Quadras, ein international anerkannter Kernphysiker und seit 2004 stellvertretender Parlamentspräsident, werden jeweils für zwei Amtszeiten gewählt (1999-2004 und 2004-2009). Maria Antonia Aviles Perea, Mitglied des Haushaltskontrollausschusses, Cristina García Orcoyen Tormo, Mitglied des Umweltausschusses, Juan Ojeda Sanz, Mitglied des Ausschusses für Kultur und Jugend, Mónica Ridruejo Ostrowska, Mitglied des Wirtschafts- und Währungsausschusses, Carlos Ripoll y Martínez De Bedoya, Mitglied des Ausschusses für Regionalpolitik, und Theresa Zabell, zweifache Olympiasiegerin im Segeln, erhalten jeweils nur ein Mandat.

Die Liste der neu gewählten Mitglieder der spanischen Volkspartei, die von Parteichef José María Aznar mit eiserner Hand geführt wird,

zeugt von einer Verjüngung und einem höheren Frauenanteil der Mitglieder. Durch das in Spanien übliche System der proportionalen Landeslisten fällt der Partei die Autorität über die Auswahl der Abgeordneten zu, da weder Präferenzstimmen (wie in Italien), noch regionale Wahlkreise (wie in Deutschland) oder Einmandatswahlkreise (wie in Großbritannien) eine Rolle spielen. Daraus erklärt sich eine gewisse Erneuerung unter den spanischen Abgeordneten, da sich diese im Unterschied zum britischen oder deutschen Wahlsystem nicht in einem Wahlkreis etablieren oder sich im Europäischen Parlament und der Fraktion spezialisieren können, indem sie die Möglichkeit haben, für mehrere Mandate gewählt zu werden. Eine Ausnahme stellt der Fall von Alejandro Agag Longo dar. Der junge und begabte Bankierssohn gliedert die Jugendbewegung der Partido Popular an und gehört ab seinem 25. Lebensjahr zum Kreis der Vertrauten von José María Aznar. Als solcher steht er auf der Liste der Partido Popular und wird im Jahr 2000 ins Europäische Parlament gewählt. Gleichzeitig schlägt ihn der spanische Premierminister als Nachfolger des Generalsekretärs der EVP, Klaus Welle, vor. Im Jahr 2002 heiratet Agag Longo die Tochter José María Aznars und zieht sich aus der Politik zurück, um in der Wirtschaft tätig zu werden.

Auch der Erfolg der französischen Delegation trägt zur Stärkung der EVP-Fraktion bei. Die Lage im Jahr 1999 ist allerdings paradox: Während des Wahlkampfes im Juni 1994 hatte die von Dominique Baudis geführte Liste der Union aus UDF und RPR den verbindlichen Beitritt all ihrer gewählten Abgeordneten zur EVP-Fraktion zugesagt. Zur Erinnerung: Die gewählten Vertreter der RPR hatten im Juli 1994 beschlossen, sich erneut ihrer ehemaligen Fraktion anzuschließen, der künftigen UPE-Fraktion (Fraktion Union für Europa). Im Jahr 1999 stellen die beiden großen Parteien UDF und RPR ihre eigene Liste auf, die „*Démocratie Libérale*“ (DL), die sich zusammen mit der RPR zur Wahl stellt. Am 30. Mai 1999 treten schließlich entsprechend der Zusage von Nicolas Sarkozy alle Abgeordneten seiner Liste der EVP-Fraktion bei. Von der von François Bayrou geführten Liste der UDF werden abgesehen vom Spitzenkandidaten Bayrou die folgenden Abgeordneten gewählt: Nicole Fontaine, Philippe Morillon, Alain Lamassoure, Jean-Louis Bourlanges, Marielle de Sarnez, Janelly Fourtou, Thierry Cornillet, Francis Decourrière. Aus der Liste der RPR und der DL werden die folgenden Abgeordneten gewählt: Nicolas Sarkozy, Alain Madelin, Margie Sudre, Françoise Grossetête, Hugues Martin, Thierry Jean-Pierre, Joseph Daul, Tokia Saïfi, Marie-Thérèse Hermange, Christine de Veyrac, Roger Karoutchi und Hervé Novelli.

Die Zusammenführung der 20 französischen Abgeordneten in einer einzigen Delegation gelang deshalb so problemlos, weil damals alle der gleichen präsidentiellen Mehrheit angehörten. Nach den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Jahr 2002 verkomplizierte sich die Lage jedoch. Anlässlich dieses für das politische Leben Frankreichs entscheidenden Ereignisses wurde eine neue Partei gegründet, die „Union pour un Mouvement Populaire“ (UMP), bestehend aus der RPR, der Démocratie Libérale und einem Großteil der UDF. Doch François Bayrou verfolgte eine andere Richtung: Er wollte die Unabhängigkeit der neuen UDF, um selbst als Kandidat bei den Präsidentschaftswahlen 2007 antreten zu können. Die zweite Hälfte der Wahlperiode bis 2004 zeichnete sich durch eine gute technische Zusammenarbeit in der französischen Delegation unter der diplomatischen Leitung von Margie Sudre aus. Dennoch verließ François Bayrou das Europäische Parlament 2002, um bei den Parlamentswahlen in Frankreich zu kandidieren. Seine Vertrauten, insbesondere Marielle de Sarnez und Jean-Louis Bourlanges, verkörperten in der Folge die Besonderheit der neuen UDF in der Fraktion. Inzwischen gehört die UMP der Europäischen Volkspartei als vollwertiges Mitglied an und ist eines ihrer aktivsten Mitglieder, insbesondere nach der Ernennung Jean-Pierre Raffarins zum Premierminister.

François Bayrou übernimmt später die Verantwortung für den Austritt der UDF aus der EVP-ED-Fraktion und der Europäischen Volkspartei bei den Europawahlen 2004 und den Beitritt ihrer Abgeordneten, darunter Marielle de Sarnez, Jean-Louis Bourlanges, Thierry Cornillet, Philippe Morillon und Janelly Fourtou, zur Fraktion der Liberalen. Diese Entscheidung hatte vor allem innenpolitische Gründe, rief aber bei den traditionellen Partnern in der Fraktion, die in der UDF die Erbin der französischen Christdemokratie nach dem Vorbild von Robert Schuman, Alain Poher und Jean Lecanuet sahen, sowohl Überraschung als auch Enttäuschung hervor.

Zusammen mit den anderen Delegationen (Griechenland 9 Abgeordnete, Niederlande 9, Portugal 9, Österreich 7, Schweden 7, Belgien 6, Finnland 5, Irland 5, Luxemburg 2, Dänemark 1) gehören der Fraktion Vertreter aller 15 Mitgliedstaaten der Union an. Einige der neuen Abgeordneten sollen in der Fraktion eine wichtige Rolle spielen: Othmar Karas, der 2004 wiedergewählt wird, war von 1995 bis 1999 Generalsekretär der österreichischen ÖVP. Er hatte in der österreichischen und europäischen Christdemokratie großen Einfluss und erhielt 1999 das Vertrauensamt des stellvertretenden Vorsitzenden und Schatzmeister der Fraktion. Karas achtete stets auf eine korrekte Ausgabenpolitik und engagierte sich für den Europäismus der Fraktion. Darüber

hinaus war er aktives Mitglied des Wirtschafts- und Währungsausschusses.

Zu den neuen Abgeordneten der griechischen Delegation gehört Rodi Kratsa-Tsagaropoulou, aktives Mitglied in mehreren griechischen Europaorganisationen und der Partei Nea Demokratia. Die vor allem von ihren weiblichen Kolleginnen sehr geschätzte Abgeordnete war Koordinatorin der EVP-ED-Fraktion im Ausschuss für die Rechte der Frau und Gleichstellung der Geschlechter. Aufgrund ihrer Beliebtheit wurde sie nach ihrer Wiederwahl 2004 von ihren Kollegen zur ersten Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments gewählt.

Auch die beiden portugiesischen Abgeordneten Vasco Graça Moura, Mitglied des Ausschusses für Jugend, Kultur und Bildung, und Sérgio Marques, Mitglied des Ausschusses für regionale Entwicklung, werden 2004 wiedergewählt. Die schwedische Delegation kann drei neue Abgeordnete begrüßen: Per-Arne Arvidsson, Lennart Sacrédeus und Anders Wijkman. Der in Stockholm geborene Wijkman ist einer der weltweit führenden Experten in den Bereichen Umweltschutz und Entwicklung der Dritten Welt.

Die Wahl Hans-Gert Pötterings zum Fraktionsvorsitzenden (13. Juli 1999)

Nach diesem Erfolg ist schnelles Handeln gefragt: Vom 5. bis 9. Juli versammeln sich alle Abgeordneten des scheidenden und des neu gewählten Parlaments im südspanischen Marbella zu den traditionell nach den Wahlen abgehaltenen Studientagen der Fraktion. So können sich die neu gewählten Abgeordneten, die teilweise mit ihrer Familie anreisen, kennenlernen. Die Stimmung ist locker und die Verhandlungen um die Verteilung der Ämter beginnen. Viele Abgeordnete bedauern, dass Wilfried Martens im Europäischen Parlament nicht mehr vertreten ist. Die Haltung seiner Partei, der CVP, ihm gegenüber in der Phase der Aufstellung der Wahlliste (*„Nichts ist schlimmer für einen Politiker, als über ihn persönlich betreffende Entscheidungen im Ungewissen gelassen zu werden.“*⁵⁷⁷) hatte Martens schmerzhaft dazu bewogen, nicht mehr zur Wahl anzutreten.^a Martens, der immer an der Spitze der Partei gestanden hatte und bei dem Treffen von Marbella den Vorsitz

a Die CVP hatte beschlossen, Miet Smet, eine beliebte Politikerin in Flandern und ehemalige Familienministerin, die in der belgischen Politik lange Zeit eng mit Wilfried Martens zusammengearbeitet hatte, als Spitzenkandidatin für die Liste der flämischen Christdemokraten aufzustellen. Martens, der sich nicht mit dem zweiten Platz auf der Liste zufriedengeben wollte, lehnte im Juli als scheidender Vorsitzender der größten Fraktion seine Aufstellung als Kandidat für das Amt des Präsidenten des Europäischen Parlaments ab.

führte, hielt es nur für gerechtfertigt und selbstverständlich, dass Hans-Gert Pöttering, der in der vergangenen Wahlperiode in der Fraktion einer der engsten und kompetentesten stellvertretenden Vorsitzenden gewesen war, sein Nachfolger werden sollte: *„Wir teilten beide die gleiche tiefe europäische Überzeugung.“*⁵⁷⁸

Die Wahl Hans-Gert Pötterings zum Fraktionsvorsitzenden am 13. Juli 1999 in Brüssel verlief reibungslos, da er als Einziger für das Amt kandidiert. Er erhält 189 der insgesamt 209 abgegebenen Stimmen (12 Gegenstimmen und 8 Enthaltungen).⁵⁷⁹ Auch die stellvertretenden Vorsitzenden werden in geheimer Abstimmung gewählt und die Liste der Reihenfolge der Vorsitzenden wird gemäß der Anzahl der Stimmen der einzelnen Kandidaten aufgestellt. Der neue Fraktionsvorstand, bestehend aus Carmen Fraga Estévez, Françoise Grossetête, Staffan Burenstam Linder, James Elles, Wim van Velzen und Francesco Fiori, kann auf die Arbeit von Klaus Welle zählen, der bereits am 8. Februar 1999 zum Generalsekretär der Fraktion ernannt worden war. Die Aufstellung einer derart einflussreichen Fraktion bedarf großer Weitsicht und Erfahrung.

Hans-Gert Pöttering legt an diesem Tag einen weiteren Schritt auf seinem langen Weg zurück, den er 1979 mit 33 Jahren begonnen hatte, um die höchsten europäischen Ämter auszuüben. Aufgrund seines gewissenhaften, auf Professionalität beruhenden Aufstiegs und seiner Überzeugungen blieb Pöttering bis Januar 2007 Fraktionsvorsitzender und wurde anschließend mit 61 Jahren zum Präsidenten des Europäischen Parlaments gewählt (bis Juli 2009).

Anlässlich des 60. Jahrestages des Endes des Zweiten Weltkrieges im Jahr 2005 offenbarte er seinen Kollegen die Ursprünge seiner politischen Berufung und seiner Vision von Europa. Sein persönliches Schicksal, der Krieg und das europäische Aufbauwerk sind Teil dieser Geschichte. Der am 15. September 1945 in Bersenbrück in Niedersachsen geborene Pöttering hat seinen Vater, der einige Monate vor seiner Geburt wieder an die Front musste, nie kennengelernt. Weder er noch seine Mutter haben je erfahren, wann und wo der einfache Soldat der Landstreitkräfte den Tod gefunden hat. Zweifellos an der Ostfront, irgendwann im April 1945. Erst nach den ersten Kontakten zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion im Jahr 1955 gab der Junge das Warten auf seinen verschollenen Vater auf, dessen Tod nie offiziell bestätigt wurde.⁵⁸⁰ In dieser tragischen Vergangenheit wurzeln die Überzeugungen Hans-Gert Pötterings und seine Ablehnung des Totalitarismus.

Als Fraktionsvorsitzender sollte er sich insbesondere den folgenden wichtigen politischen Themen widmen: den institutionellen

Fortschritten der Union und ihrer Demokratisierung, der Erweiterung um die neuen Länder Mittel- und Osteuropas und der Aussöhnung des Kontinents.⁵⁸¹ Innerhalb der Arbeiten der Fraktion misst er auch den spirituellen Gesichtspunkten des europäischen Aufbauwerks und dem interreligiösen Dialog eine neue Bedeutung bei. Mit seiner großen Arbeitskraft und seiner lokalen und regionalen Verwurzelung im niedersächsischen Osnabrück in Deutschland und in Europa wurde er zu einem der erfahrensten Abgeordneten des Parlaments. Die Sitzungen, die er im Namen des Vorsitzes, der Delegationsleiter, des Vorstands und des Plenums einberief, erforderten Aufmerksamkeit, Geduld und ständige Kompromissbereitschaft.

Der Vorsitz Pötterings von 1999 bis 2007 ging mit einem spektakulären Anwachsen der EVP-ED-Fraktion einher. Hieraus ergaben sich entsprechend vielfältige und komplizierte Probleme. Da sich die Tage nicht in gleichem Maße ausweiten ließen, sind die Maßnahmen des Vorsitzenden einer derart großen Fraktion nach dem menschlichen und persönlichen Einsatz zu bemessen.

Mit einem Anstieg von ursprünglich 157 Abgeordneten aus 15 Ländern vor der Europawahl 1999 auf 268 Abgeordnete aus 25 Ländern im Juni 2004 wurde die EVP-ED-Fraktion zu einer riesigen Institution, deren Größe und Vielfalt sogar die meisten nationalen Parlamente der Union in den Schatten stellte. Mit der Unterstützung der einflussreichen CDU/CSU-Delegation wird der Fraktionsvorsitzende daher am 14. November 2001 und erneut am 13. Juli 2004 in seinem Amt bestätigt.

Die ersten politischen Maßnahmen des neuen Vorsitzenden: die Umbenennung in EVP-ED-Fraktion, die Präsidentschaft des Europäischen Parlaments für die EVP-ED und die heikle österreichische Frage

Zunächst steht ein wichtiges politisches Ereignis an: Bei der konstituierenden Sitzung der Fraktion am 15. Juli beschließt die Fraktion per Abstimmung, ihren Namen in „Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und Europäischer Demokraten (EVP-ED)“ umzuändern. Mit der Zustimmung der Fraktion zu der Namensänderung soll der Besonderheit der britischen Konservativen und ihrem zahlenmäßigen Gewicht Rechnung getragen werden. Die Entscheidung war bereits eine Woche zuvor in Málaga getroffen worden. Wilfried Martens berichtet, dass am Rande der Studientage ein informelles Abendessen stattgefunden hatte, an dem die Vorsitzenden der drei größten Parteien der EVP, Silvio Berlusconi, José María Aznar und Wolfgang

Schäuble, sowie William Hague von der Konservativen Partei teilgenommen hatten. Um den Verbleib seiner Abgeordneten in der Fraktion zu sichern, hatte William Hague die Umbenennung der neuen Fraktion in „Fraktion der EVP-Konservative“ gefordert. Wilfried Martens hingegen erkannte die Nachteile dieses Vorschlags: *„Als ich beim Abendessen davon erfuhr, wäre ich beinahe vom Stuhl gefallen. Die ausdrückliche Bezeichnung als Konservative war für viele unserer Mitgliedsparteien inakzeptabel und mir war klar, dass dies zu einer Spaltung führen konnte.“*⁵⁸²

Der Name „Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und Europäischer Demokraten (EVP-ED)“ ermöglichte schließlich die Erfüllung der Erwartungen beider Lager. Die Briten hofften außerdem, mit der Bezeichnung „ED“ weitere Delegationen für die Fraktion gewinnen zu können und in den Bereichen Finanzen und Personal bestimmte Ausnahmeregelungen und Sondervorschriften zu erwirken.

Das zweite Anliegen Hans-Gert Pötterings besteht in der Schaffung einer neuen Mehrheit für den Präsidenten im Parlament, durch die das Bündnis zwischen der EVP und der SPE gelöst werden konnte. Aufgrund ihres Größenvorteils gegenüber der SPE konnte die EVP-ED-Fraktion die Initiative ergreifen und der Fraktion der Liberalen eine Legislaturvereinbarung vorschlagen, gemäß der sich die beiden Fraktionen bei der Stellung des Parlamentspräsidenten abwechseln sollten. Als erstes wird Nicole Fontaine, die seit 1984 dem Europäischen Parlament angehört und diesem immer weitreichendere Befugnisse gesichert hat^a, von allen nationalen Delegationen ernannt, die Fraktion in der ersten Hälfte der Wahlperiode zu vertreten. Hans-Gert Pöttering versichert der Fraktion der Liberalen im Gegenzug, dass die EVP-ED-Fraktion entsprechend der Vereinbarung in der zweiten Hälfte der Wahlperiode ab Januar 2002 den Kandidaten der Liberalen unterstützen werde, wodurch die Wahl des Iren Pat Cox, des Vorsitzenden der Fraktion der Liberalen, garantiert würde. Für die Linke stellt die Fraktion der Sozialdemokraten den ehemaligen portugiesischen Staatspräsidenten, Mário Soares, als Kandidaten auf. Beim ersten Wahlgang erhält Nicole Fontaine 306 Stimmen (die absolute Mehrheit liegt bei 277 Stimmen), Mário Soares lediglich 200. Dieser deutliche Sieg ist damit auch eine Anerkennung der persönlichen Qualitäten Nicole Fontaines, die in der vorangegangenen Wahlperiode als erste stellvertretende Präsidentin ihre parlamentarische Erfahrung und ihre Sachkenntnis unter Beweis gestellt hatte.⁵⁸³

a Siehe S. 238.

Aus der Sicht des Fraktionsvorsitzenden machte dieses gelungene Bündnis mit der anderen Fraktion der Mitte den politischen Standpunkt der EVP-ED-Fraktion deutlich und befreite die Parteimitglieder von der lästigen Pflicht, ihren nationalen Kollegen das „technische“ Bündnis, das die EVP-Fraktion lange Zeit mit der SPE-Fraktion unterhalten hatte, erklären zu müssen.^a

Ab Anfang 2000 muss sich der Fraktionsvorsitzende einer weiteren politischen Herausforderung stellen: der Bewältigung der Krise, die die Familie der EVP-ED nach den Wahlen in Österreich spaltet. Die österreichische ÖVP, Mitgliedspartei der EVP, hatte am 4. Februar 2004 beschlossen, eine Regierungskoalition mit der FPÖ (Freiheitliche Partei Österreichs) einzugehen, einer Minderheitspartei unter der Führung des Populisten Jörg Haider, dessen ausländer- und europafeindliche Standpunkte das Misstrauen einiger EVP-Mitglieder erregten. Wolfgang Schüssel, überzeugter Europäer und Vorsitzender der ÖVP, hatte sich bereit erklärt, das Amt des Bundeskanzlers zu übernehmen, und sich dabei von der Überzeugung leiten lassen, dass die populistischen Tendenzen eines sich in der Minderheit befindenden, aber für eine Koalition ohne die Sozialisten notwendigen Partners Schritt für Schritt abgebaut werden könnten und keine Auswirkungen auf die allgemeine Ausrichtung und die Grundwerte der österreichischen Regierung hätten.

Hans-Gert Pöttering und Wilfried Martens vertraten in der EVP-Fraktion und -Partei die gleiche Position gegenüber den drei Mitgliedsparteien – der belgischen PSC, der französischen UDF und der italienischen PPI –, die am 10. Februar den Ausschluss der ÖVP aus Partei und Fraktion gefordert hatten. Schließlich einigte man sich auf einen Kompromiss: Ein „Überwachungsausschuss“, dem die drei Fraktionsmitglieder Wim van Velzen, Gerardo Galeote und Hartmut Nassauer angehörten, sollte über die politische Lage in Österreich und insbesondere das Regierungsprogramm Bericht erstatten. Die deutsche Delegation und Hans-Gert Pöttering lehnten eine brutale Entscheidung, die die österreichischen Partner isolieren würde, kategorisch ab. Sie wollten vielmehr Solidarität und Vertrauen in das demokratische Engagement der österreichischen Regierung beweisen. Die Parteien, die eine Isolierung Österreichs befürworteten, äußerten ihrerseits innenpolitische Befürchtungen und sprachen sich für eine andere Strategie aus. Doch die Position des Fraktionsvorsitzenden wurde mehrheitlich übernommen und es kam weder zu einem

a Eine technische Vereinbarung, die die EVP-ED-Fraktion von 2004 bis 2009 erneut einging und durch die 2004 erst der spanische Sozialdemokrat Josep Borrell Fontelles und dann 2007 Hans-Gert Pöttering Parlamentspräsident wurde.

Fraktionsausschluss noch zu einer Suspendierung der sieben Abgeordneten der ÖVP. Der „Überwachungsausschuss“ bekräftigte im Juni 2002 die Richtigkeit dieser Entscheidung, da keine Maßnahme oder Ausrichtung der Regierung von Wolfgang Schüssel die Befürchtungen bestätige. So ebneten die Fraktion und die Partei der EVP einer ähnlichen Vereinbarung auf dem Europäischen Rat 2000 den Weg, mit der die Isolierung der österreichischen Regierung beendet wurde.

Die Minderheitsparteien, die zu Sanktionen gegen ihre österreichischen Partner aufgerufen hatten, nahmen diese Entwicklung zur Kenntnis. Sie beschlossen allerdings auf Initiative einiger Fraktionsmitglieder die Gründung einer inoffiziellen Gruppe mit dem Namen „Schuman-Gruppe“. Diese Gruppe inneren Drucks hatte sich zum Ziel gesetzt, auf die Fortführung einer föderalistischen und christlich-demokratischen Linie zu achten. Die von François Bayrou ausgehende Initiative fand nicht die Zustimmung des Fraktionsvorsitzenden; im Gegenteil: Hans-Gert Pöttering bezweifelte sogar die Rechtmäßigkeit einer, wenn auch inoffiziellen, internen Zersplitterung der Fraktion, die ihr Engagement für die Grundsätze und Werte der EVP infrage stellen könnte. Seiner Ansicht nach dürfe Robert Schuman nicht zur Untergrabung der Einheit und des Zusammenhalts der Fraktion instrumentalisiert werden. Die „Schuman-Gruppe“ hält einige Treffen in Straßburg ab, die immer seltener werden, und löst sich bald darauf auf. Der Austritt der UDF unter François Bayrou und der italienischen PPI bei den Wahlen 2004 zeigt die Kurzlebigkeit dieser internen Opposition.

„To be or not to be“ in der Fraktion?

Diese Frage stellen sich die britischen Konservativen erneut

Die Vereinbarung von Málaga, die im Juli 1999 von den Vorsitzenden der wichtigsten Mitgliedsparteien der EVP und William Hague im Namen der britischen Konservativen unterzeichnet wurde, hätte die Beziehungen zwischen den beiden Lagern der neuen EVP-ED-Fraktion zumindest für fünf Jahre stabilisieren sollen. Doch mit der Wahl von Iain Duncan Smith 2001 zum neuen Vorsitzenden der konservativen Partei, der im britischen Unterhaus gegen die Ratifizierung des Vertrags von Maastricht gestimmt hatte, übernahm der Clan der Europaskeptiker das Steuer in der konservativen Partei. Iain Duncan Smith forderte sogleich neue Konditionen für die ED in der Fraktion, z. B. die Aufnahme anderer Abgeordneter in die ED, ohne dass die in der Mehrheit befindliche EVP dagegen Einspruch erheben konnte. Eine solche Forderung käme faktisch jedoch der Schaffung von zwei getrennten

Fraktionen gleich und Hans-Gert Pöttering lehnte dies mit Unterstützung des Vorstands kategorisch ab. Dennoch wurden einige Regelungen bezüglich der Kommunikation sowie Personal- und Finanzfragen neu verhandelt, sodass das Lager der ED eine gewisse Autonomie erhielt.

Doch im Vorfeld der anstehenden Europawahlen 2004 setzte die politische Offensive erneut mit voller Kraft ein. Die europaskeptische Führung der konservativen Partei wollte verhindern, dass die britischen Wähler die Zugehörigkeit zur EVP-ED-Fraktion als Unterstützung des Entwurfs einer Europäischen Verfassung (im Juni 2003 im Konvent verabschiedet und seit Oktober 2003 auf der Regierungskonferenz diskutiert) fehlinterpretierten. Hans-Gert Pöttering sah sich mit einer neuen Forderung der Konservativen konfrontiert, die diese als Bedingung für ihren Verbleib in der Fraktion nach den Wahlen 2004 stellten. Es stand viel auf dem Spiel, da die Forderung der Briten den Kern des Engagements der Christdemokraten und der vom Lager der EVP verfolgten Politik berührte: Die Geschäftsordnung der Fraktion sollte geändert und den Mitgliedern gemäß Artikel 5b, d. h. den Konservativen, das Recht zugestanden werden, „ihre Ansichten zu konstitutionellen und institutionellen Fragen über die Zukunft Europas kundzutun und zu verteidigen“. Mit anderen Worten, Wahlkampf gegen die Verfassung zu betreiben und im Plenum zu diesem Thema in Opposition zu den Mitgliedern der EVP abstimmen zu können. Hierdurch würden natürlich die ideologische Einheit der Fraktion und ihre politische Berechenbarkeit bei einem wesentlichen Wahlkampfthema erheblich beeinträchtigt, doch die Alternative zu einer Einigung mit den Konservativen wäre deren Austritt gewesen. Die EVP-Fraktion wäre Gefahr gelaufen, im künftigen Parlament ihren Rang als größte Fraktion zu verlieren. Angesichts dieses Dilemmas übernahm Hans-Gert Pöttering mit Unterstützung des Vorstands die politische Verantwortung für den Beschluss zur Änderung der Geschäftsordnung.

Pöttering, der dieser Einbeziehungsstrategie, die seiner Ansicht nach der Isolation und dem Bruch mit einem Partner vorzuziehen war, verpflichtet blieb, musste viel Energie und Geduld aufwenden, um alle Delegationen von der Richtigkeit seiner Entscheidung zu überzeugen. Zur gleichen Zeit führte Wilfried Martens entsprechende Verhandlungen mit den Parteivorsitzenden der EVP. Am 30. März 2004 fand in Straßburg schließlich eine Abstimmung über die der Änderung der Geschäftsordnung der Fraktion vorausgehende Aussprache statt. Die Gegner versuchten, die Entscheidung durch eine Reihe von Änderungsanträgen zu modifizieren. Jean-Louis Bourlanges, Gérard Deprez, Guido Bodrato und Concepció Ferrer I Casals mussten schließlich

jedoch eingestehen, dass sie in der Minderheit waren. Die Abstimmung am darauffolgenden Tag lieferte folgendes Ergebnis: 170 Stimmen für den Vorschlag des Vorstands, 10 Gegenstimmen und 15 Enthaltungen. Die Abstimmung bedeutete keine Abkehr von der traditionell pro-europäischen Haltung aller Mitgliedsparteien der EVP. Sie lieferte allerdings der italienischen PPI und dem François Bayrou folgenden Teil der UDF ein zusätzliches Argument, um die Fraktion im Juli 2004, vor allem aus innenpolitischen Gründen, zu verlassen.

Der am 13. Juli 2004 als Fraktionsvorsitzender wiedergewählte Hans-Gert Pöttering würdigte das Engagement bei der Änderung der Geschäftsordnung, indem er dem von der britischen Delegation für das Amt des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden vorgeschlagenen Kandidaten, Struan Stevenson, die Wahl zum Nachfolger von James Elles zusicherte.

Doch erneut gab es von britischer Seite Schwierigkeiten. Die Europawahlen im Juli 2004 waren für die britischen Konservativen, die statt 36 nur noch 27 Abgeordnete erhielten, kein Erfolg gewesen. Die euroskeptische Linie der Parteispitze der Konservativen schien sich allerdings mit der Wahl David Camerons am 6. Dezember 2005 zum Vorsitzenden zu verstärken. Cameron bekundete gemäß einer Vereinbarung, die er während des internen Parteiwahlkampfes gegenüber den euroskeptischsten Mitgliedern eingegangen war, seine Absicht, seine Abgeordneten aus der EVP-ED-Fraktion abzuziehen, und die Gründung einer neuen Fraktion im Europäischen Parlament, zusammen mit anderen Souveränisten zu befürworten. Hans-Gert Pöttering wollte so rasch wie möglich reagieren. Am 12. Dezember erklärte er dem Fraktionsvorstand, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel David Cameron schriftlich mitgeteilt habe, dass sie alle direkten Kontakte mit der Führung der konservativen Partei abbrechen werde, falls diese die Fraktion verlasse. Darüber hinaus begab sich der Fraktionsvorsitzende im Januar 2006 nach London, um David Cameron zu treffen und ihm persönlich mitzuteilen, dass ein Austritt der Konservativen aus der Fraktion einen schwerwiegenden Bruch des aus den Vereinbarungen von Málaga hervorgegangenen Vertrages bedeute.^a Ein derartiger Wortbruch müsste für einen britischen Konservativen eine wahre Geschmacksverirrung darstellen.

Am 29. August 2006 musste der Fraktionsvorsitzende seine Kollegen jedoch über die am 13. Juli angenommene gemeinsame Stellungnahme von David Cameron und dem Vorsitzenden der tschechischen Partei ODS, Mirek Topolánek, über die eventuelle Gründung einer neuen

a Interview mit Hans-Gert Pöttering am 25. August 2008 in Brüssel.

Fraktion im Jahr 2009 unterrichten. Auch bei dieser Gelegenheit erklärt Pöttering, er sei *„entschlossen, keine Initiative zu dulden, die den Interessen der Fraktion schadet, und warnt, dass alle, die die Solidarität untergraben, automatisch aus der Fraktion ausgeschlossen werden.“*⁵⁸⁴ Die Führung der konservativen Partei und die ODS, deren Vorsitzender Topolánek am 19. Januar 2007 zum Ministerpräsidenten gewählt wird, scheinen auf ihrem Standpunkt zu beharren, stellen ihren Verbleib in der Fraktion bis Juni 2009 jedoch nicht mehr infrage.

Die neuen Abgeordneten vom Juni 2004 und Januar 2007

Vor allem mit der Ankunft der Abgeordneten aus den zehn neuen Mitgliedstaaten Mittel- und Osteuropas, aus Malta und Zypern nach den Wahlen im Juni 2004, sowie aus Bulgarien und Rumänien im Januar 2007, findet eine neue Generation von Abgeordneten den Weg in die Fraktion.

Doch auch in den 15 alten Mitgliedstaaten der Union kommt es, abhängig vom jeweiligen Land, zu einer teilweise deutlichen Erneuerung.

In Deutschland treten zwölf neue Mitglieder der Fraktion bei: Daniel Caspary, Albert Deß, Christian Ehler, Ingeborg Gräßle, Karsten Friedrich Hoppenstedt (der der Fraktion bereits von 1989 bis 1999 angehörte), Kurt Joachim Lauk, Markus Pieper, Herbert Reul, Andreas Schwab, Thomas Ulmer, Manfred Weber und Anja Weisgerber.

Roland Gewalt und Horst Posdorf stoßen im Jahr 2005 zur Fraktion. Gabriele Stauner, bereits von 1999 bis 2004 Fraktionsabgeordnete aus Bayern, kehrt 2006 in die Fraktion zurück.

Der spanischen Delegation treten 13 neue Abgeordnete bei: Pilar del Castillo Vera, Agustín Díaz De Mera García Consuegra, Carmen Fraga Estévez, bereits Mitglied von 1994 bis 2002, Luis de Grandes Pascual, Luis Herrero-Tejedor, Carlos José Iturgaiz Angulo, Antonio López-Istúriz White, Ana Mato Adrover, Jaime Mayor Oreja, Francisco José Millán Mon, Cristobal Montoro Romero, Luisa Fernanda Rudi Ubeda und José Vila Abelló.

Unter den Neuzugängen befindet sich mit Jaime Mayor Oreja auch eine der prägendsten Persönlichkeiten des politischen Lebens Spaniens und der Partido Popular. Er war zunächst Sprecher der Coalición Popular im baskischen Parlament, vertrat das Baskenland seit mehreren Wahlperioden im spanischen Parlament (Cortes) und war in der Regierung Aznar von 1996 bis 2001 Innenminister. Der Leiter der spanischen Delegation in der Fraktion und stellvertretende Fraktionsvorsitzende engagiert sich von 2004 bis 2009 aktiv für die Organisation

einer strategischen und programmatischen Vision der Fraktion, die Verteidigung der Werte und die Themen Terrorismus und Sicherheit.

Drei weitere spanische Abgeordnete treten der Fraktion 2008 für ausscheidende Mitglieder bei: Florencio Luque Aguilar, Juan Andrés Naranjo Escobar, bereits von 1999 bis 2004 Mitglied, und Salvador Domingo Sanz Palacio.

In Frankreich werden 2004 neun neue Fraktionsmitglieder gewählt: Nicole Fontaine und Tokia Saïfi, die das Parlament zuvor verlassen hatten, um in Frankreich Ministerämter zu übernehmen; die drei ehemaligen Minister Ambroise Guellec, Jacques Toubon und Roselyne Bachelot-Narquin, die 2007 erneut in die Regierung berufen und durch Elisabeth Morin ersetzt wird; der Vorsitzende der internationalen Liga gegen Rassismus und Antisemitismus, Patrick Gaubert, und der in der Haute-Normandie gewählte Jurist Jean-Paul Gauzès. Die ursprünglich einer anderen Fraktion zugehörige Véronique Mathieu tritt 2004 der EVP bei. Überraschend ist auch die Wahl des ehemaligen finnischen Rallyefahrers und -weltmeisters Ari Vatanen, der als Landwirt in der Provence für die französische Liste der UMP antritt.

Brice Hortefeux, Fraktionsmitglied in der vorhergehenden Wahlperiode und Vertrauter von Nicolas Sarkozy, wird 2005 ebenfalls in die französische Regierung berufen, und an seine Stelle tritt Jean-Pierre Audy, ein Experte für Steuer- und Währungsfragen und aktives Mitglied des Haushaltsausschusses, der bei den Wahlen im Juni 2009 als Spitzenkandidat die Liste der UMP für die Region Centre anführt. Seit Januar 2008 gehört der französischen Delegation als zusätzliches Mitglied Brigitte Fouré an, die an die Stelle von Jean-Louis Bourlanges trat, der aus dem Europäischen Parlament ausgeschieden war und die sich jedoch der EVP-ED-Fraktion anschloss.

In Großbritannien sind die meisten Abgeordneten aufgrund der enttäuschenden Wahlergebnisse 2004 alte Mitglieder. Einziges neues Mitglied ist Richard Ashworth, dem sich 2005 Syed Kamall und 2007 Sajjad Karim als Nachfolger für ausgeschiedene Mitglieder anschließen.

In Griechenland werden 2004 acht neue Abgeordnete gewählt: Ioannis Gklavakis, Meropi Kaldi, Manolis Mavrommatis, Marie Panayotopoulos-Cassiotou, Georgios Papastamkos, Antonis Samaras, Nikolaos Vakalis und Ioannis Varvitsiotis.

Ioannis Varvitsiotis ist einer der erfahrensten Politiker Griechenlands und einer der treuesten Anhänger der EVP, deren stellvertretender Vorsitzender er von 1985 bis 1996 war. Der mehrfache Minister, zwei Mal allein Verteidigungsminister, ist eine der angesehensten Persönlichkeiten der Nea Demokratia. Varvitsiotis wird zum Leiter der griechischen Delegation der Fraktion ernannt.

Emmanouil Angelakas und Margaritis Schinas treten der Fraktion im Jahr 2007 bei. Margaritis Schinas war viele Jahre in der Europäischen Kommission tätig, vor allem für die Vizepräsidentin Loyola de Palacio Vallelersundi und Kommissar Marcos Kyprianou.

Zu den vier neuen Abgeordneten aus Belgien gehören Ivo Belet, Frieda Brepoels, Raymond Langendries und Jean-Luc Dehaene. Dehaene ist ein wahrer Veteran der belgischen und europäischen Politik. 1981 zum Bundesminister ernannt, wird er als Nachfolger von Wilfried Martens von 1992 bis 1999 belgischer Premierminister. Als Vizepräsident des Europäischen Konvents war er eine der geachtetsten Stimmen in den institutionellen Diskussionen im Parlament und in der Fraktion. Sein Ruf als ideenreicher, wagemutiger und kompromissbereiter Politiker erwies sich für seine Kollegen bei den Verhandlungen in der Wahlperiode 2004-2009 als Vorteil.

Irland wird von drei neuen Mitgliedern vertreten: Jim Higgins, Mairead McGuinness und Gay Mitchell, der als ehemaliger stellvertretender Minister für europäische Angelegenheiten über umfangreiche Erfahrungen verfügt. Im Jahr 2007 kommt Colm Burke hinzu.

In Italien werden 2004 elf neue Mitglieder gewählt: Marcello Veronola, Riccardo Ventre, Armando Dionisi, Antonio De Poli, Paolo Cirino Pomicino, Lorenzo Cesa, Giuseppe Castiglione, Giorgio Carollo, Vito Bonsignore, Alfredo Antonozzi und Gabriele Albertini. Im Jahr 2006 kommen Iles Braghetto, Carlo Casini, Aldo Patriciello und Armando Veneto hinzu, die einige ihrer ausgeschiedenen Kollegen ersetzen. Zum gleichen Zeitpunkt rückt Vito Bonsignore für Lorenzo Cesa als stellvertretender Fraktionsvorsitzender nach.

Im Jahr 2008 ziehen Paolo Bartolozzi, Maddalena Calia, Elisabetta Gardini, Sebastiano Sanzarello, Eleonora Lo Curto, Innocenzo Leontini und Iva Zanicchi ins Europäische Parlament ein.

Die beiden neuen finnischen Abgeordneten sind Ville Itälä und Alexander Stubb, ein exzellenter Kenner der Gemeinschaftsbelange, der im April 2008 mit 40 Jahren zum finnischen Außenminister ernannt und durch Sirpa Pietikäinen abgelöst wird.

In Österreich wird 2004 Richard Seeber als neues Mitglied gewählt. 2006 folgt Hubert Pirker, der bereits von 1996 bis 2004 Fraktionsmitglied war und als Experte auf dem Gebiet der Sicherheit und Kriminalität die Nachfolge von Ursula Stenzel antritt, die in ihrem Land in ein neues Amt berufen wird.

Die luxemburgische Delegation erzielt 2004 ein hervorragendes Wahlergebnis: Ihre drei gewählten Fraktionsmitglieder stellen 50 % der luxemburgischen Vertreter im Europäischen Parlament. Neu hinzu

kommt Erna Hennicot-Schoepges, mehrmalige Ministerin und Vorsitzende ihrer Partei.

Gitte Seeberg ist 2004 die neue Abgeordnete für Dänemark. Ab 2007 vertritt auch der High-Tech-Experte Christian Rovsing die dänische konservative Partei wieder im Parlament, nachdem er bereits von 1989 bis 2004 Fraktionsmitglied war.

Zu den sechs neuen Abgeordneten für Portugal gehören Maria da Assunção Esteves, Duarte Freitas, João de Deus Pinheiro, José Ribeiro E Castro, Luis Queiró und José Albino Silva Peneda.

João de Deus Pinheiro war portugiesischer Außenminister und Mitglied der Europäischen Kommission. Aufgrund seiner langjährigen Erfahrung mit dem gemeinschaftlichen Räderwerk wurde er von seinen Kollegen unmittelbar nach seiner Wahl zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden ernannt.

Drei der fünf schwedischen Abgeordneten sind zum ersten Mal in der Fraktion vertreten: Christofer Fjellner, Gunnar Hökmark und Anna Ibrisagic.

Gunnar Hökmark, ein erfahrener schwedischer Politiker und ehemaliger Generalsekretär seiner Partei Moderata, gehörte dem schwedischen Parlament zwölf Jahre lang an. Seit seinem Eintritt in die EVP-ED-Fraktion wurde er zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt, der für den Arbeitskreis B zuständig ist. Im Januar 2007 bewarb er sich um das Amt des Fraktionsvorsitzenden und erhielt im dritten Wahlgang 115 Stimmen gegenüber Joseph Daul, der mit 134 Stimmen gewählt wurde.

Von den sieben niederländischen Fraktionsmitgliedern sind drei zum ersten Mal dabei: Camiel Eurlings, Lambert van Nistelrooij und Corien Wortmann-Kool. Eurlings, Leiter der niederländischen Delegation, zeichnete im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten für den wichtigen Bericht über die Türkei verantwortlich, bevor er in den Niederlanden in ein Ministeramt berufen wurde.

Esther de Lange, Joop Post und Cornelis Visser gehören seit 2007 als Nachfolgekandidaten der Fraktion an.

Bildwechsel durch den Beitritt der neuen Länder

Mit dem Beitritt der zehn neuen Mitgliedstaaten am 1. Mai 2004 geht ein Bildwechsel einher, auf den sich die Fraktion einstellen muss. Aus den zehn Ländern werden 69 neue Abgeordnete entsandt, da jedes Land durch mehrere Parteien vertreten werden kann. Die Sprachenvielfalt wächst, ebenso wie die kulturellen Ansätze, die historischen Bezugspunkte und die nationalen Belange. Die EVP-ED-Fraktion ist

die einzige Fraktion im Europäischen Parlament, die die Gesamtheit der erweiterten Union widerspiegelt.

Zypern wird von den drei Abgeordneten Demetriou Panayiotis, Ioannis Kasoulides und Ioannis Matsis vertreten.

In Malta werden die beiden Mitglieder Simon Busuttil und David Casa gewählt.

Aus Polen werden 19 Mitglieder entsandt: Jerzy Buzek, Zdzisław Kazimierz Chmielewski, Małgorzata Handzlik, Stanisław Jałowiecki, Filip Kaczmarek, Bogdan Klich, Barbara Kudrycka, Zbigniew Krzysztof Kuźmiuk, Janusz Lewandowski, Jan Olbrycht, Paweł Bartłomiej Piskorski, Zdzisław Zbigniew Podkański, Jacek Protasiewicz, Jacek Saryusz-Wolski, Czesław Adam Siekierski, Bogusław Sonik, Janusz Wojciechowski, Zbigniew Zaleski und Tadeusz Zwiefka. 2007 kommen mit Urzula Gacek und Krzysztof Hołowczyc zwei weitere Mitglieder hinzu.

Die Tschechische Republik wird von 14 Abgeordneten vertreten: Jan Březina, Milan Cabrnoch, Petr Duchoň, Hynek Fajmon, Jana Hybášková, Miroslav Ouzký, Zuzana Roithová, Nina Škottová, Ivo Strejček, Oldřich Vlasák, Jan Zahradil, Tomáš Zatloukal, Josef Zieleniec und Jaroslav Zvěřina.

Aus Ungarn treten 13 Abgeordnete der Fraktion bei: Etelka Barsi Pataky, Zsolt László Becsey, Kinga Gál, Béla Glattfelder, András Gyürk, Livia Járóka, Péter Olajos, Csaba Öry, Pál Schmitt, György Schöpflin, László Surján, József Szájer und István Pálfi. Für den 2006 verstorbenen Pálfi rückt Antonio De Blasio nach.

Die Slowakei entsendet acht Mitglieder: Edit Bauer, Árpád Duka-Zólyomi, Tomáš Galbavy, Ján Hudacký, Miroslav Mikolášik, Zita Pleštinská, Peter Šťastný und Anna Záborská.

Aus Slowenien erhalten vier Mitglieder einen Sitz: Mihael Brejc, Romana Jordan Cizelj, Ljudmila Novak und Alojz Peterle.

Tunne Kelam aus Estland, Valdis Dombrovskis, Aldis Kušķis und Rihards Pīks aus Lettland, sowie Laima Andrikiénė und Vytautas Landsbergis aus Litauen vertreten die neuen baltischen Staaten.

Unter den 69 neuen Mitgliedern befinden sich auch zahlreiche nationale Abgeordnete und ehemalige Minister, die in ihrem Land zu den Protagonisten der demokratischen Revolution in den Jahren 1989 und 1990 gehörten. Einige von ihnen, wie der Pole Jacek Saryusz-Wolski, von 1991 bis 1996 Minister für europäische Angelegenheiten, verfügten nachweislich über Europa-Erfahrung. Diese Erfahrung und seine persönliche Autorität in der polnischen Delegation ließen ihn nach seiner Wahl rasch zum stellvertretenden Parlamentspräsidenten aufsteigen. Ab 2007 war er Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige

Angelegenheiten, ein Amt, das er Elmar Brok in mühsamem Kampf abgerungen hatte und mit Talent ausübte.

Darüber hinaus wurden zwei ehemalige Ministerpräsidenten gewählt: Alojz Peterle, der nach dem Ende des Tito-Regimes von 1990 bis 1992 in Slowenien regierte, und Jerzy Buzek, von 1997 bis 2001 im Namen seiner Partei, der Bürgerplattform, polnischer Ministerpräsident.

Auch eine wichtige historische Persönlichkeit Litauens fand ihren Platz in der Fraktion: Der Musiker, Schachspieler, Patriot und Demokrat Vytautas Landsbergis hatte sich der kommunistischen Diktatur widersetzt und unter ausgesprochen angespannten Bedingungen im März 1990 das Amt des Staatsoberhauptes des neuen Staates Litauen übernommen. Von 1996 bis 2000 war er Präsident des litauischen Parlaments.

Sein estnischer Kollege Tunne Kelam war ebenfalls ein historischer Gegner der ehemaligen Sowjetunion. Die Einblicke, die der Mitbegründer der Partei für die Unabhängigkeit und sein Kollege Landsbergis den Mitgliedern der EVP-ED-Fraktion bei den Diskussionen um die Strategie Russlands gewähren, sind aufgrund der Intensität ihrer persönlichen Erfahrung äußerst wertvoll. József Szájer, der in der demokratischen Entwicklung in Ungarn und bei der Gründung der Partei Fidesz, die von 1998 bis 2002 regierte, eine entscheidende Rolle spielte, wird 2004 zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden ernannt. Seine Vorliebe für politische Analysen und die Finesse seiner strategischen Analysen machen ihn zu einem geachteten Sprecher der Fraktion in den Debatten über den Postkommunismus.

Mit dem Beitritt der Abgeordneten aus Rumänien und Bulgarien im Jahr 2007 wächst die Fraktion erneut an.

Die rumänische Delegation erlebt einen rasanten Aufstieg, da es der Fraktion gelang, die neuen, der EVP-Familie nahe stehenden Regierungsparteien Rumäniens an sich zu binden. Daher sind im Februar 2008 18 rumänische Abgeordnete der Partidul Democrat-Liberal und der l'Uniunea Democrata Maghiara din România in der Fraktion vertreten: Roberta Alma Anastase, Sebastian Valentin Bodu, Nicodim Bulzesc, Dragoş Florin David, Constantin Dumitriu, Petru Filip, Sorin Frunzäverde, Monica Maria Iacob-Ridzi, Marian-Jean Marinescu, Rareş-Lucian Niculescu, Dumitru Oprea, Maria Petre, Mihaela Popa, Nicolae Vlad Popa, Csaba Sogor, Teodor Dumitru Stolojan, Iuliu Winkler und Marian Zlotea. Flaviu Călin Rus wird im Jahr 2008 gewählt.

Durch den Erfolg der rumänischen Delegation zählt die EVP-ED-Fraktion im Jahr 2008 288 Mitglieder.

Marian-Jean Marinescu übernimmt als Leiter seiner Delegation und stellvertretender Fraktionsvorsitzender rasch Verantwortung in der

Fraktion, wo er für Osteuropa, die Länder des Nordkavkasus und den Dialog mit den christlichen Kirchen zuständig ist.

Die Lage in Bulgarien hingegen war für die Fraktion alles andere als einfach, da es den alten und traditionell der Christdemokratie nahestehenden Parteien nicht gelungen war, die Wähler zu überzeugen. Doch die Fraktion konnte zwei Parteien der modernen Rechten, darunter die GERB (Bürger für eine europäische Entwicklung Bulgariens), erfolgreich für den Beitritt zur Fraktion gewinnen. So gehören ab 2007 mit Rumiana Jeleva, Nickolay Mladenov, Petya Stavreva, Vladimir Urutchev und Dushana Zdravkova auch fünf bulgarische Abgeordnete der Fraktion an.

Kapitel XXXII

DAS SEKRETARIAT DER EVP-FRAKTION VON 1994 BIS 2009

Von 1994 bis 2009 hatte das Generalsekretariat der Fraktion einen spektakulären Personalzuwachs zu verzeichnen, der dem Zuwachs an Fraktionsmitgliedern entsprach. Dieser Anstieg ist gleichermaßen Ausdruck des Erweiterungsprozesses der Union, deren Mitgliederzahl in diesem Zeitraum von 12 auf 27 wächst, wie auch des zunehmenden politischen Einflusses der Fraktion.

Den zu diesem Zeitabschnitt veröffentlichten Organisations- und Personalübersichten ist zu entnehmen, dass es im April 1993 129 Bedienstete gab – die meisten von ihnen den Laufbahngruppen A, B und C zugehörig und Bedienstete auf Zeit, die auf der Grundlage von Auswahlverfahren auf unbestimmte Dauer eingestellt worden sind; die anderen Hilfskräfte mit Zeitverträgen – und im Mai 2008 267 Bedienstete, was eine Verdopplung des Personalbestands bedeutet.^a

Die Leitung des Sekretariats: Gerhard Guckenberger, Mário David, Klaus Welle, Niels Pedersen, Martin Kamp

Das Sekretariat steht zu jener Zeit unter der Leitung von Gerhard Guckenberger, der dieses Amt seit dem 24. Januar 1991 innehat und von einem Sonderberater, dem Dänen Harald Rømer, der bis zum Zusammenschluss mit der EVP-Fraktion im Jahr 1992 Generalsekretär der Fraktion der Europäischen Demokraten war, unterstützt wird. Gerhard

^a Am 20. August 2008 beläuft sich die Zahl der ehemaligen Bediensteten der Fraktion (die nicht mehr im Dienst sind) seit Gründung des Sekretariats im Jahr 1953 auf 207, davon 58 Deutsche, 31 Italiener, 23 Briten, 19 Spanier, 17 Franzosen, 15 Belgier, 8 Griechen, 6 Dänen, 5 Portugiesen, 4 Niederländer, 3 Polen, 3 Ungarn, 3 Luxemburger, 3 Schweden, 2 Iren, 1 Finne, 1 Lette, 1 Malteser, 1 Slowake, 1 Tscheche. Damit wurden von 1953 bis Mai 2008 474 Personen für einen mehr oder weniger langen Zeitraum in der Personalübersicht des Sekretariats der Fraktion aufgeführt.

Guckenberger stehen außerdem zwei stellvertretende Generalsekretäre zur Seite: John Biesmans, der ebenfalls aus der konservativen Fraktion kam, und der Italiener Franco Sestito.

Nachdem Wilfried Martens am 5. Juli 1994 den Vorsitz der Fraktion übernommen hat, weist die Personalübersicht im November 1995 134 Bedienstete aus und umfasst drei zusätzliche stellvertretende Generalsekretäre, den Niederländer Jan Westenbroek, den Franzosen Pascal Fontaine und den Spanier José Maria Beneyto. Letzterer bleibt nur wenige Monate im Amt und wird durch seinen Landsmann Gonzalo Bescós ersetzt.

Am 10. April 1997, nach dem Ausscheiden von Gerhard Guckenberger, wird der Portugiese Mário David, vormals Generalsekretär der Liberalen Fraktion, deren Mitglieder sich zu einem Großteil der EVP-Fraktion angeschlossen hatten, zum Generalsekretär ernannt.

Mário David, der die portugiesische Staatsangehörigkeit besitzt, wurde am 20. August 1953 in Angola geboren. Obwohl er ein Studium absolviert hatte, das ihn zur Ausübung des Arztberufs befähigte, was er von 1977 bis 1980 auch tat, ließ ihn seine Leidenschaft für die Politik sehr schnell einen anderen Weg einschlagen. Von 1980 bis 1989 war er Kabinettschef mehrerer Minister in Regierungen, die im Zuge der Demokratisierung des Landes gebildet wurden, ehe er 1989 Mitglied des Europäischen Parlaments wird und die Aufgaben des Generalsekretärs der Liberalen und Demokratischen Fraktion übernimmt. Zusammen mit seiner Partei, der Sozialdemokratischen Partei Portugals, schloss sich Mário David im November 1996 der EVP-Fraktion an und trat zunächst im April 1997 die Nachfolge von Gerhard Guckenberger als Generalsekretär der Fraktion an; im Februar 1999 überließ er seinen Posten Klaus Welle und wurde Sonderberater der Fraktion. Im April 2002 wurde er an die Seite des portugiesischen Ministerpräsidenten gerufen und begleitete José Manuel Durão Barroso im Juni und Juli 2004 nach Brüssel, als dieser zum Präsidenten der Europäischen Kommission ernannt wurde. Anschließend setzte Mário David seine Karriere in der portugiesischen Politik fort, wo er Staatssekretär für europäische Angelegenheiten und dann Parlamentsmitglied wurde. Seine Partei stellte ihn als Kandidat für die Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2009 auf, sodass er als Abgeordneter in die Fraktion zurückkehren wird.

Mário David stehen zwei Sonderberater zur Seite, die ehemaligen stellvertretenden Generalsekretäre Jan Westenbroek und Franco Sestito, sowie vier stellvertretende Generalsekretäre: John Biesmans, Pascal Fontaine, Gonzalo Bescós und Karl Colling. Im Februar 1998

weist der Stellenplan 149 Bedienstete aus. Bis Dezember 1998 steigt deren Zahl auf 163.^a

Am 8. Februar 1999 wird Klaus Welle zum Generalsekretär ernannt. Laut Personalübersicht vom 16. Februar 2000 wird der Generalsekretär von einem Sonderberater, Mário David, und fünf stellvertretenden Generalsekretären unterstützt: John Biesmans, der außerdem zum „Kabinettschef“ befördert wird und somit in der Hierarchie an die zweite Stelle rückt, den drei amtierenden stellvertretenden Generalsekretären sowie dem neu hinzu kommenden Italiener Paolo Licandro. Karl Colling wird kurz darauf zum Direktor der Direktion Finanzen des Europäischen Parlaments ernannt und Gonzalo Bescós zum Direktor für Finanzen des Ausschusses der Regionen. An seine Stelle tritt sein Landsmann Miguel Papi-Boucher, der im November 1998 bei der Fraktion angestellt und später in das Kabinett des spanischen Ministerpräsidenten José María Aznar berufen wurde.

Im Mai 2003 umfasst der Stellenplan 200 Bedienstete.

Am 1. Januar 2004 wird Niels Pedersen zum Generalsekretär ernannt. Martin Kamp wird zum stellvertretenden Generalsekretär und Verantwortlichen für Parlamentarische Arbeiten befördert, wofür bis dahin Niels Pedersen zuständig war. Die im Februar 2005 veröffentlichte Personalübersicht weist 236 Bedienstete aus, die vom Juni 2006 261.

Niels Pedersen, der aufgrund seiner Einstellung im Jahr 1974 bereits auf reiche Erfahrungen im Europäischen Parlament zurückblicken konnte, trat das Erbe von Klaus Welle an. Zu seinen vorrangigen Aufgaben gehörte es, das starke Wachstum des Personalbestands im Zusammenhang mit der Erweiterung in den Griff zu bekommen und die Bemühungen um eine Professionalisierung des Sekretariats fortzusetzen. Der Däne mit den eisblauen Augen bewies Gelassenheit und Hartnäckigkeit bei den Herausforderungen, die seine drei Jahre währende Amtszeit als Generalsekretär von Januar 2004 bis September 2007 prägten: die konstituierende Sitzung im Juni 2004, als die Abgeordneten aus den zehn neuen Mitgliedstaaten einzogen, und die Unterstützung, die er dem Vorsitzenden Hans-Gert Pöttering in den langwierigen und schwierigen Verhandlungen angedeihen ließ, die zu einer gerechten und politisch akzeptablen Aufteilung der parlamentarischen Verantwortlichkeiten unter den 27 nationalen Delegationen der

a Es handelt sich speziell um die sieben italienischen Beamten, die den im Juni 1998 gewählten Mitgliedern von Forza Italia folgten: Amarylli Gersony, Stefano Guccione, Luigi Mazza, Orazio Parisotto, Emma Petroni, Alessia Porretta und Mario Schwetz. Im Juli 1999 stoßen dann aus derselben Fraktion die drei französischen Beamten an der Seite der RPR-Abgeordneten hinzu: Antoine Ripoll, Natacha Scriban und Marie-Claude Delahaye.

Fraktion führen sollten. Da die EVP-ED-Fraktion nun die stärkste Fraktion im Europäischen Parlament war, wurde ihr Generalsekretär außerdem stärker in den Gesprächen mit der Verwaltung und mit den anderen Fraktionen gefordert. Stets an der Seite der beiden von ihm unterstützen Präsidenten, Hans-Gert Pöttering und Joseph Daul, vermochte sich Niels Pedersen deren Vertrauen bis zu seinem Ausscheiden aus dem Organ zu erhalten.

Die kräftige Personalaufstockung des Sekretariats in den drei Jahren vor der Erweiterung der EU im Mai 2004 war dadurch begründet, dass vor allem im Pressebereich Staatsangehörige der zukünftigen Mitgliedstaaten auf der Grundlage von Hilfskraftverträgen eingestellt werden mussten.^a Diese Maßnahmen, in deren Rahmen eine sprachliche Diversifizierung erfolgte und erste Kontakte zu den nationalen politischen Parteien der zukünftigen Mitgliedstaaten geknüpft wurden, waren der Integration der neuen EP-Mitglieder, die der Fraktion 2004 beitraten, außerordentlich förderlich. Viele der mit den Bediensteten der neuen Mitgliedstaaten geschlossenen Hilfskraftverträge wurden nach Stellenausschreibungen in unbefristete Verträge umgewandelt. Auf diese Weise wurden von Mai 2004 bis Februar 2008 30 Mitglieder des Sekretariats verbeamtet.

Am 1. September 2007 wird Martin Kamp zum Generalsekretär ernannt. Damit sieht der ehemalige stellvertretende Generalsekretär, der seit Januar 2004 für Parlamentarische Arbeiten zuständig war, seine Karriere in der Fraktion verankert. Am 2. August 1959 im hessischen Bad Nauheim geboren, ist Martin Kamp, dessen Vater aus Schlesien und dessen Mutter aus dem Sudetenland geflohen waren, ein engagierter Europäer, in dessen Familiengedächtnis die schmerzlichen Erinnerungen an den Krieg und das Leid der vertriebenen Zivilbevölkerung bewahrt werden. Nach seinem Rechtswissenschafts- und Völkerkundestudium an den Universitäten Marburg und Frankfurt ging er für kurze Zeit zum Bundesministerium des Innern nach Bonn, um dann ein Praktikum in der EVP-Fraktion zu absolvieren, bei der er im Januar 1989, nachdem er die Stellenausschreibung als Verwaltungsangestellter gewonnen hatte, angestellt wurde. Dem Umweltausschuss zugewiesen und dann für die Koordinierung eines ständigen Arbeitskreises eingesetzt, ist er außerdem damit betraut, die Arbeiten des Europäischen Konvents zu verfolgen. Dank dieser 18-jährigen Erfahrung im Sekretariat, insbesondere in einem Parlamentsausschuss, der

a In eben dieser Wahlperiode 1999-2004 wurden die folgenden Personen als Berater der Fraktion eingestellt: Jesper Haglund, Philipp Schulmeister, Géraldine Philibert, Markus Arens, Knut Götz, Adam Isaacs, Pedro Lopez de Pablo, Adriaan Bastiaansen, Stephen Woodard, Alwyn Strange, György Hölvenyi, Atilla Agardi und Marek Evison.

über eine weitgehende Rechtsetzungskompetenz verfügt, ist der neue Generalsekretär in der Lage, die vielfältigen Herausforderungen, die die Leitung eines so großen und für derart komplexe Aufgaben zuständigen Teams mit sich bringt, zu bewältigen.

In seiner neuen Funktion muss er vor allem stets dafür sorgen, dass die Sekretariatsangestellten in multinationalen Bahnen denken und sich weiterhin für Europa engagieren. Der Generalsekretär ist die hierarchische Schnittstelle zwischen dem politischen Organ, dem Fraktionspräsidium und allen Bediensteten, deren vorrangige Aufgabe es ist, die Mitglieder der Fraktion zu unterstützen. Neben dem Vorsitzenden muss der Generalsekretär ständig über die politischen Herausforderungen und die im Parlament und in der Union anstehenden Themen Bescheid wissen. Er muss die Aussprachen des Präsidiums vorbereiten und dessen Suche nach Lösungen, die für die zehn stellvertretenden Vorsitzenden akzeptabel sind, unterstützen. Präsenz, Diskretion, Einsatzbereitschaft, Wachsamkeit und Initiativegeist – dies alles sind Eigenschaften, die sich der Generalsekretär dieser bedeutenden Fraktion zu kultivieren bemüht, um sich das Vertrauen seines Vorsitzenden zu erhalten.

Die Sprachgewandtheit schließlich, mit der sich Martin Kamp neben seiner Muttersprache auch in Englisch, Französisch und Portugiesisch zu artikulieren versteht, erleichtert ihm offenkundig die Kontakte, die er als Generalsekretär tagtäglich zu sehr vielen Gesprächspartnern innerhalb und außerhalb der Fraktion unterhalten muss.

Bei seinem Amtsantritt schlägt der neue Generalsekretär den bis dahin für Finanzen zuständigen Miguel Papi-Boucher als seinen Nachfolger als Leiter des Dienstes Parlamentarische Arbeiten vor. Der Zuständigkeitsbereich von John Biesmans wird auf die Finanzen und die Interne Organisation als Ganzes ausgedehnt. Paolo Licandro steht an der Spitze einer neuen Dienststelle mit der Bezeichnung „Nachbarschaftspolitik und Interkulturelle Tätigkeiten“. Der Dienst Beziehungen zu nationalen Parlamenten wird unter der Leitung von Béatrice Scarascia-Mugnozza gebildet. Es wird der neue Posten des Leiters des Referats Interparlamentarische Delegationen geschaffen, der Joanna Jarecka-Gomez übertragen und in die von Arthur Hildebrandt geleitete Dienststelle Internationale Beziehungen eingegliedert wird. Darüber hinaus führt das Sekretariat die Funktion eines Rechtsberaters der Fraktion ein, mit der Oliver Dreute betraut wird, und schafft den Posten eines Internen Wirtschaftsprüfers, der Martin Hare übertragen wird. Beide Stellen sind direkt beim Generalsekretär angesiedelt, womit die Entschlossenheit der Fraktion zum Ausdruck kommt, sich eine größere Unabhängigkeit vom Juristischen Dienst des Europäischen

Parlaments zu verschaffen und die interne Finanzkontrolle zu verstärken.

Am 1. September 2008 wird die Stellenplanstruktur erneut geändert: Pascal Fontaine wird zum Sonderberater ernannt und Antoine Ripoll, Pressesprecher des Fraktionsvorsitzenden und seit Juli 1999 für die französischsprachige Presse zuständig, wird zum stellvertretenden Generalsekretär und Leiter einer neuen Dienststelle, der Dienststelle für Präsidiumsgremien, kurz Präsidiumsdienst der Fraktion, befördert.^a Sie wird geschaffen, um die Arbeit des Sekretariats zu straffen, und soll intern für eine bessere Vorbereitung der fraktionseigenen Organe sorgen und nach außen eine wirksamere Unterstützung der Fraktionsmitglieder bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben in den Organen des Europäischen Parlaments gewährleisten. Somit ist die EVP-ED-Fraktion besser in der Lage, die Koordinierung der Fraktionen vor und nach den Wahlen sicherzustellen und die Aufgabenverteilung im Parlament zu optimieren.

Zum 1. Dezember 2008 beläuft sich die Zahl der Mitarbeiter, einschließlich der Bediensteten mit befristeten Arbeitsverträgen, auf insgesamt 288, davon 176 Frauen und 108 Männer, wobei 107 der Laufbahngruppe AD „Verwaltungsräte/innen“ und 178 der Laufbahngruppe AST „Assistenten“ angehören.

Das „Managementteam“

Es war Gerhard Guckenberger, der im Sekretariat das Verfahren des Managementteams einführte. Dabei ging es darum, die stellvertretenden Generalsekretäre und die Dienststellenleiter regelmäßig um den Generalsekretär zu versammeln, um die interne Information anzuschleifen und die laufende Arbeit in den verschiedenen Bereichen zu bewerten. Die Sitzungen fanden zunächst ein- bis zweimal monatlich in Brüssel statt, und eine gewisse Zeit lang wurden auch die Vertreter der Kabinette der christlich-demokratischen Kommissionsmitglieder hinzugezogen. In diesem Rahmen wurden die Treffen mehr als zwei Jahre lang regelmäßig am Sitz der Kommission abgehalten, wobei auch

a Seit seiner Gründung im Jahr 1953 hatte das Sekretariat der Fraktion also 11 Generalsekretäre (fünf Deutsche, vier Italiener, einen Portugiesen, einen Dänen) und 16 stellvertretende Generalsekretäre (vier Deutsche, vier Italiener, drei Franzosen, drei Spanier, einen Briten, einen Niederländer). Lediglich drei stellvertretende Generalsekretäre stiegen zu Generalsekretären auf: Arnaldo Ferragni, Gerhard Guckenberger und Martin Kamp. Die acht anderen Generalsekretäre, Hans-Joachim Opitz, Carl Otto Lenz, Alfredo De Poi, Giampaolo Bettamio, Sergio Guccione, Mário David, Klaus Welle und Niels Pedersen, hatten diese Funktion vorher nicht inne. In der Fraktion gab es insgesamt fünf Sonderberater.

die parlamentarischen Berater der EVP-Kommissionsmitglieder zugegen waren.

Auf Veranlassung von Klaus Welle^a wird dieses informelle Leitungsgremium ab 1999 zu einer festen Einrichtung. Der Generalsekretär ruft jeden Montag in seinem Brüsseler oder Straßburger Büro formal eine begrenzte Anzahl von Mitarbeitern, die stellvertretenden Generalsekretäre, den oder die Sonderberater, die Dienststellenleiter sowie den stellvertretenden Generalsekretär der EVP und die engen Mitarbeiter des Generalsekretärs zusammen. Jeder ist aufgefordert, die in der kommenden Woche seinen Bereich betreffenden Themen darzulegen.^b

Erneuerung und Professionalisierung

Per 13. Oktober 2008 waren 115 der insgesamt 203 im Stellenplan aufgeführten Bediensteten mit unbefristeten Verträgen zwischen 2000 und 2008 eingestellt worden, was von einer umfassenden personellen Erneuerung des Sekretariats zeugt.^c

Dieser Zuwachs an Angestellten der Fraktion geht mit einer Spezialisierung einher. Die Dienststellen werden immer stärker strukturiert. Der innovativste Impuls geht von Klaus Welle aus, der schon 1999 die Verantwortlichkeiten der einzelnen stellvertretenden Generalsekretäre, die jeder für einen Dienst zuständig sind, klarer voneinander abgrenzt. Weitere Angestellte werden ebenfalls zu Dienstleitern ernannt, ohne dass sie den Titel stellvertretender Generalsekretär führen: Robert Fitzhenry für den Pressedienst und Niels Pedersen für Parlamentarische Arbeiten. Die Dienststelle Parlamentarische Arbeiten wird in vier, später in fünf Arbeitsgruppen untergliedert, die Referatsleitern unterstellt werden, entsprechend den ständigen Arbeitskreisen, die von den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden geleitet werden.

a Klaus Welle regte außerdem den Mitgliedern des Managementteams vorbehaltene halbjährliche Sitzungen an, die an zwei halben Tagen im Schloss Genval bei Brüssel stattfanden. Ihr geselligerer Rahmen und die Abgeschiedenheit ermöglichen einen ausführlichen Meinungsaustausch über die mittelfristigen Strategien und beflügeln den Teamgeist. Die Sitzungen in Genval werden unter der Leitung von Niels Pedersen fortgeführt und finden zweimal jährlich statt. Die letzte derartige Sitzung wurde von Martin Kamp am 31. Januar 2008 im Schloss von La Rocq (Arquennes) in Wallonisch-Brabant abgehalten.

b Über jede Sitzung wird Protokoll geführt, wofür seit dem 18. März 1999 Deborah Warren verantwortlich ist.

c Für den Zeitraum August 2004-April 2008 wurden 70 Bedienstete einschließlich 22 Verwaltungsräten/innen eingestellt: Thomas Bickl, Kai Wynands, Theodoros Georgitopoulos, Peter Adler, Greet Gysen, Michael Speiser, Alena Carna, Marzena Rogalska, Joanna Jarecka-Gomez, Andrea Laskava, Fani Zarifopoulou, Boglarka Bólya, Klemen Zumer, Mercedes Alvaronzales, Mauro Belardinelli, Daniela Senk, Balázs Széchy, Antti Timonen, Alfredo Sousa de Jesus, Nicole Wirtz, Mina Dermendjieva und Botond Török-Illyes.

Der Stellenplan wird von den nachfolgenden Generalsekretären nach Absprache und im Einvernehmen mit dem Präsidium regelmäßig geändert, um den Bedürfnissen der Fraktion gerecht zu werden. Dabei wird eine Personalpolitik betrieben, bei der die Fähigkeiten und Verdienste gewürdigt werden. Auf diesem Wege entstehen weitere Dienststellen oder Referate, wie der Dienst Beziehungen zu den nationalen Parlamenten, die Personalabteilung, das Referat Politische Strategie, die Finanzabteilung, das Referat Interparlamentarische Delegationen, die Informatikabteilung, die Internet-Gruppe und das Referat Plenartagungen und legislative Koordination.

Die beiden personalstärksten Dienststellen sind der Dienst Parlamentarische Arbeiten und der Pressedienst, die allein mehr als die Hälfte des Personals beschäftigen. Zum Dienst Parlamentarische Arbeiten gehören sieben Referatsleiter unter Führung des Dienststellenleiters Miguel Papi-Boucher. Außerdem ist anzumerken, dass die Fraktion Außenbüros in den Hauptstädten der größten EU-Staaten eröffnet hat, denen jeweils ein bis drei Mitglieder des Sekretariats angehören und die die Mitglieder der Fraktion in ihren jeweiligen Ländern unterstützen sollen. 2008 gab es solche externen Büros in Berlin, London, Paris, Rom und Warschau, und demnächst wird auch eines in Bukarest eröffnet. Darüber hinaus sollte das Robert-Schuman-Berufs-kolleg in Budapest nicht unerwähnt bleiben.

Die seit Ende 2007 von Andreas Folz geleitete Finanzabteilung hat die oftmals heikle Aufgabe, die Mittel zu verwalten, die das Parlament für gemeinsame Informationsmaßnahmen der nationalen Delegationen und der Parlamentsmitglieder bereitstellt. Für das Jahr 2009 beläuft sich der Haushalt der Fraktion auf 30 Millionen Euro. Dieses Budget umfasst weder die Beamtenbezüge noch die Entschädigungen der Parlamentsmitglieder, die vom Europäischen Parlament getragen werden, sondern ist hauptsächlich zur Finanzierung von Informationsmaßnahmen der Fraktionsmitglieder, Dienstreisekosten der Fraktionsangestellten, insbesondere in Straßburg, bestimmter Kosten von externen Sitzungen und Verwaltungskosten gedacht. Aufgrund der ständigen Verschärfung der Kontrollvorschriften, die für die Verwendung dieser Mittel gelten, wird den für die Finanzen der Fraktion zuständigen Bediensteten Konsequenz und diplomatisches Geschick sowohl gegenüber den Abgeordneten als auch gegenüber der Verwaltung abverlangt.

Soweit es den Generalsekretären möglich ist, verfolgen sie hinsichtlich der Anträge der nationalen Delegationen eine kontinuierliche Personalpolitik. Diese Politik beruht auf zwei Grundsätzen: Einstellung der Verwaltungsräte/innen und Assistenten, die der Fraktion jedes Jahr zur Verfügung gestellt werden, im Wege von Auswahlverfahren unter

Berücksichtigung des Stellenplans für die Bediensteten der Fraktionen, der zahlenmäßigen Stärke und der sprachlichen Vielfalt innerhalb der Fraktion; und Würdigung der Verdienste jedes für eine Beförderung infrage kommenden Angestellten, in Abstimmung mit dem von den Bediensteten gewählten Personalrat und nach Entscheidung des Präsidiums.

Gute Beziehungen zwischen dem einzelnen Sekretariatsmitglied und der Fraktion als seinem Arbeitgeber setzen in jedem Fall politisches Vertrauen voraus. Ohne dieses Vertrauen, das sowohl Loyalität gegenüber den wichtigsten ideologischen Orientierungen der EVP-ED als auch die Verpflichtung zur Diskretion und Vertraulichkeit sowie eine erhöhte Dienstbereitschaft gegenüber den Abgeordneten einschließt, wäre der moralische Vertrag unwirksam. Es kam in der Geschichte und Kultur der Fraktion nur äußerst selten vor, dass der rechtliche Vertrag, der sowohl die Rechte als auch die Pflichten der Beamten regelt, gebrochen wurde.

Das Sekretariat wird allmählich dazu bewogen, von einer „familiären“ zu einer „professionellen“ politischen Kultur überzugehen. Es werden bestimmte Managementmethoden eingeführt, die im Privatsektor gebräuchlich sind, wie berufliche Fortbildung, Einzelcoaching und außerhalb stattfindende Dienstseminare (Away Days). Die Bediensteten werden der gleichen jährlichen Beurteilung unterzogen, wie sie in der Verwaltung üblich ist. Darüber hinaus werden von der Verwaltung des Europäischen Parlaments bereichsübergreifende Auswahlverfahren durchgeführt, um die interne Mobilität zu fördern.

Nur wenige Bedienstete der Fraktion überschritten den Rubikon und schlugen eine politische Laufbahn ein. So wurden Carmen Fraga Estévez und Gerardo Galeote ins Europäische Parlament und Guillermo Martínez Casañ in die spanischen Cortes Generales gewählt, wobei Letzterer nach Ablauf seiner Amtszeit zur Fraktion zurückkehrte.

Babylonisches Sprachgewirr in den Aufzügen und Rollenkoffer

Die ersten Jahre des neuen Jahrtausends markieren einen Wendepunkt in der Atmosphäre und im Alltag der Fraktions- und Sekretariatsmitglieder. Zunächst sieht sich das Parlament aufgrund der allgemeinen Erhöhung seines Personalbestands dazu veranlasst, die Erweiterung der Gebäude in Brüssel und Straßburg effizient zu planen. Der gigantische Gebäudekomplex, der im Umkreis des Brüsseler Plenarsaals errichtet wurde, trägt neben anonymen Abkürzungen, die für die Inbetriebnahme der einzelnen Bauwerke stehen (D1, D2, D3, D4), sym-

bolisch die Namen europäischer Persönlichkeiten: Altiero-Spinelli-Gebäude, in dem seit 2000 die Büros der Fraktionsmitglieder und des Sekretariats untergebracht sind, Paul-Henri-Spaak-Gebäude, wo sich der Plenarsaal, die Büros des Präsidiums und der Verwaltung befinden, Karamanlis-Passercelle, József-Antall-Gebäude sowie die neuen Räumlichkeiten rund um den Leopold-Bahnhof.^a

In Straßburg haben die Fraktionsmitglieder und ein Teil des Sekretariats seit 1999 ihre Büros im Louise-Weiss-Gebäude, in dem sich auch der neue Plenarsaal befindet. Ein anderer Teil des Sekretariats behielt seine Räume in dem nach Winston Churchill benannten IPE-Gebäude auf der anderen Ill-Seite. Geht man während der Sitzungstage in dieser oder jener Richtung über die Brücke, die die beiden Gebäude miteinander verbindet, so herrscht dort ein Gewimmel wie in einem Ameisenhaufen.

Die EVP-ED-Fraktion, die als einzige Vertreter aus allen 27 Mitgliedstaaten in ihren Reihen hat, verfügt sowohl in Brüssel als auch in Straßburg über einen Sitzungssaal, der mit 21 Dolmetscher-Kabinen ausgestattet ist. Während der Sitzungen der Fraktion oder ihrer wichtigsten Organe sorgen hier 63 Konferenzdolmetscher für die prompte Verständigung.

Jeder, der den in zwei Jahrzehnten mit dem Leben des Parlaments einhergehenden außergewöhnlichen Wandel beobachtet hat, wird feststellen, wie anpassungsfähig das Organ ist. Der Ausbau der technischen Kapazitäten für die neuen Kommunikationssysteme (Intranet, Internet) hat diesen allmählichen Wandel einer Organisation, in der von 1953 bis 1986 zunächst neun nationale Kulturen das Zusammenleben erlernten, erleichtert. In den zwei darauffolgenden Jahrzehnten von 1986 bis 2006 hat sich deren Anzahl und damit die Vielfalt verdreifacht. Diejenigen, die einst im Fahrstuhl des Parlaments oder bei Tisch in der Cafeteria sofort die Sprache ihres Nachbarn zu identifizieren vermochten, waren dazu später nicht mehr in der Lage. Wäre der mythenhafte Turm zu Babel in der Antike mit Aufzügen ausgestattet gewesen, hätte man darin bereits dieselbe Akzent- und Sprachenvielfalt vernommen wie im Europäischen Parlament!

Das Dienstagabendfieber

a In Brüssel hatten der Fraktion seit 1979 Büros im Belliard-Gebäude, dann im Remard-, Remorqueur- und Montoyer-Gebäude zur Verfügung gestanden. Die aufeinanderfolgenden Umzüge zwischen diesen Gebäuden, an denen eifrig gebaut oder die instandgesetzt wurden, der katastrophale Parkplatzmangel und die allgemeine räumliche Enge hinterließen bei denen, die dort tätig waren, nicht nur positive Erinnerungen ...

Das Leben des Beamten richtet sich weitgehend nach dem Leben des Parlamentsmitglieds. Die Dienstreisen von Brüssel nach Straßburg, die Sitzungen des Fraktionsvorstands und die Studientage sind jedes Mal mit Ortswechseln verbunden, die den schnellen Rhythmus und die Identität des Amtes bestimmen und die Lebensweise jedes Einzelnen prägen. Verwaiste und sich wieder füllende Kantinen, topaktuelle oder versagende Rechner, die den unverzüglichen Einsatz des Informatik-Dienstes der Fraktion erfordern, das vertraute Surren der Rollenkoffer in den Korridoren der verschiedenen Parlamentsgebäude sind ebenfalls Seiten des Alltagslebens all jener, die in der Fraktion arbeiten. Die alle Kräfte mobilisierenden, mitunter spannungsgeladenen Momente sind überwältigend. Man kann von „Dienstagabendfieber“ sprechen, wenn die Parlamentsmitglieder anlässlich der von 19.00 bis 21.00 Uhr in Straßburg stattfindenden Fraktionssitzung in großer Zahl ihre persönlichen Plätze einnehmen. Die Beamten und Assistenten, die aus Platzgründen nur begrenzt zugelassen werden, versuchen, die Debatten, in denen über die Abstimmungslisten für die Berichte im Plenum entschieden wird, zu verfolgen. Es kommt zu spontanen vertraulichen Gesprächen. Dies sind der Moment und der Ort, von denen jeder weiß, dass er die meisten Gesprächspartner treffen kann.

Das Ganze ähnelt mitunter dem Forum Romanum. Der Vorsitzende muss ab und an zur Ordnung rufen, damit wieder Ruhe einkehrt. Mitunter kann ein Eingreifen erforderlich sein, um die Gemüter zu beruhigen. Die Abgeordneten und die Beamten müssen oft unter Zeitdruck arbeiten, insbesondere wenn Tagungen stattfinden. Gelegentlich muss innerhalb der Fraktion abgestimmt werden, um zwei sich herauschälende Tendenzen gegeneinander abzugrenzen. Es ist Aufgabe des Vorsitzenden, die Abstimmung einzuleiten, während der Generalsekretär für die Stimmenauszählung verantwortlich ist. Manchmal heben Abgeordnete ungestüm hervor, wie wichtig ein Thema für ihr Land oder für die Industrie oder für die Verbraucher oder für die Landwirte oder für die Wähler in ihrem Wahlkreis ist. Dabei müssen sich der Vorsitzende und sein Generalsekretär stets bemühen, beherrscht und gelassen zu bleiben.

Schließlich werden die Themen nacheinander abgehandelt, die Redner werden weniger zur Eile getrieben, die Anträge zur Geschäftsordnung werden seltener. Am Ende der Sitzung kehrt jeder wieder zurück, die einen in die Hotels, die anderen in die Restaurants, wo die Diskussionen fortgesetzt werden oder ausgelassene Stunden ihren Anfang nehmen ...

Eine Flut junger Menschen

Die Personalverjüngung und der Anstieg der Zahl der parlamentarischen Assistenten trugen zum allgemeinen Gefühl einer regen Dynamik und Tatkraft bei. Außerdem entwickelte sich das Parlament zu einem Raum, der Besuchern offensteht. Lässt man den Blick über die Eingangshallen und breiten Gänge in den Gebäuden in Brüssel oder auch, wenn dort Tagungen stattfinden, in Straßburg schweifen, hat man das Gefühl einer wahrhaften Flut junger Menschen, die sowohl durch Vielfalt als auch durch Lebendigkeit gekennzeichnet ist.^a Nichts ist mehr zu spüren von der gedämpften und zweifellos weniger aufgeladenen Atmosphäre, die hier noch vor einigen Jahren herrschte und die immer noch in Luxemburg zu erleben ist, wo nur die Beamten der Verwaltung des Europäischen Parlaments tätig sind.

Als Forum, Ausstellungsraum und Austragungsort symbolträchtiger Ereignisse und kultureller Veranstaltungen ist das Europäische Parlament eine äußerst lebendige Einrichtung. Die Fraktion hat sich einen festen Platz in dieser Strategie der Öffentlichkeitsarbeit und Demokratisierung erobert. Ihre Teilnahme an den Tagen der offenen Tür, die jedes Jahr im Mai in Brüssel und Straßburg stattfinden, wird durch Marketingprodukte verdeutlicht, die das Logo mit dem Herzen und den Sternen auf blauem Grund tragen. Bei den Papier- und Online-Veröffentlichungen war ebenfalls ein beeindruckender Anstieg zu verzeichnen, wobei die Erfordernisse der Mehrsprachigkeit berücksichtigt wurden. Enorme Anstrengungen sind erforderlich, um die Verständigungsschwierigkeiten zwischen den Bürgern und den politischen Institutionen der Union abzubauen, die in einigen Mitgliedstaaten zum negativen Ausgang von Volksentscheiden geführt haben.

Handwerker für einen Tag oder Erbauer von Kathedralen?

Man wird sich erinnern, dass einer der ersten Fraktionsbeamten, der Italiener Arnaldo Ferragni, mit wehmütigem Unterton den Pioniergeist wachrief^{f585}, der die Mitglieder des Sekretariats in der Anfangszeit beflügelte: „*Wir arbeiteten wie wahre Mönche im Dienste der europäischen Organe*“. Zwar waren sie weniger zahlreich, doch wurden sie durch das Gefühl geeint, an einem neuartigen, beispiellosen historischen Unterfangen teilzuhaben, dessen erklärte Ziele Frieden, Versöhnung und Wiederaufbau hießen. Ein halbes Jahrhundert später hat sich das psychologische und soziologische Umfeld stark gewandelt.

a Zur Veranschaulichung der Jugendlichkeit und Vitalität des Fraktionssekretariats konnte Martin Kamp beim Jahresabschlussempfang am 17. Dezember 2008 in Straßburg für das laufende Jahr 20 Geburten innerhalb des Sekretariats vermelden!

Es hat sich ein vollständiger Generationswechsel vollzogen, sodass die Sekretariatsbediensteten keine persönliche Beziehung mehr zum Zweiten Weltkrieg haben, auf dem der „Gründermythos“ der europäischen Idee beruhte. Für die jungen Mitarbeiter aus den 12 neuen Mitgliedstaaten stellt eine Tätigkeit beim Europäischen Parlament eine einmalige berufliche Chance dar, auch wenn die mit dieser Funktion verbundenen finanziellen Vorteile durch das seit 1. Mai 2004 geltende neue Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften etwas geschmälert wurden. Nach wie vor bestehen selbst bei gleichwertiger Hochschulausbildung erhebliche Gehaltsunterschiede zwischen den nationalen Beamten der ehemaligen sozialistischen Staaten und den EU-Beamten.

Ein Gefühl des Stolzes

Schließen die materiellen Beweggründe andere, mehr auf die Werte und auf die Würdigung des Charakters der Arbeit, ihres Umfelds und ihrer Perspektiven bezogene Motive aus? Es kann wohl davon ausgegangen werden, dass das Gefühl, in einem kosmopolitischen, globalisierten, einflussreichen Umfeld im Zentrum des europäischen Entscheidungsprozesses zu arbeiten, für die meisten Fraktionsbediensteten, die über ein hohes Ausbildungsniveau und hohe Sprachkompetenz verfügen, äußerst befriedigend ist. Der direkte Kontakt zu den durch die Medien auf nationaler Ebene bekannt gemachten Parlamentsmitgliedern ist bereichernd und stimulierend. Die mit einem Beschäftigungsverhältnis bei der Fraktion verbundenen statutsrechtlichen Garantien verringern die Ängste vor unsicheren Arbeitsplätzen, die seit zwei krisengeschüttelten Jahrzehnten den europäischen Arbeitsmarkt beherrschen. Die Reiseaussichten, die sich durch die Dienstreisen der Fraktion in die EU-Länder oder, wenn es um die Begleitung einer der zahlreichen interparlamentarischen Delegationen des Parlaments geht, auch darüber hinaus bieten, werden ebenfalls geschätzt. Andererseits sind die Aufgabenspezialisierung innerhalb des Sekretariats, die hohe Anzahl von Kollegen, manchmal auch die Sprachbarriere sowie die über mehrere Etagen der Gebäude in Brüssel und in Straßburg verstreuten Büros den persönlichen Kontakten untereinander nicht gerade förderlich. Trotzdem kann nichts das ziemlich starke Zugehörigkeitsgefühl zum Sekretariat und sogar einen gewissen Stolz zunichtemachen.

Charles Péguy rief die Allegorie des Königs von Frankreich in Erinnerung, der die Baustelle der erst Jahrzehnte später fertiggestellten Kathedrale von Chartres besichtigte. An den ersten ihm unter die Augen kommenden Handwerker gewandt, der dabei ist, Steine zu klopf-

fen, richtet der Monarch die Frage: „Was tut Ihr da?“ – „Wie Ihr wohl seht, klopfe ich Steine. Das ist hart, ich habe Rückenschmerzen, ich habe Durst und mir ist heiß. Ich übe ein grässliches niederes Gewerbe aus, ich bin ein Untermensch.“ Der König geht weiter und kommt zu einem anderen Mann, der Steine klopft, und dem dabei nicht unwohl zu sein scheint. „Was tut Ihr da?“ – „Nun was wohl, ich verdiene meinen Lebensunterhalt. Ich klopfe Steine. Ich habe kein anderes Handwerk gefunden, um meine Familie zu ernähren, ich bin ganz zufrieden, dass ich dieses habe.“ Der Monarch setzt seinen Weg fort und nähert sich einem dritten Steinmetz, der mit einem strahlenden Lächeln sagt: „Ich, Herr König, ich baue eine Kathedrale.“

Es gibt im Sekretariat der Fraktion sicherlich einige „Handwerker“, die ihrer Arbeit einen geringeren Sinn beimessen und weniger Befriedigung darin finden; die meisten sind sich jedoch dessen bewusst, dass sie durch ihre Tätigkeit im Parlament einen Beitrag zum politischen Projekt Europa leisten.

Kapitel XXXIII

WIEDERVEREINIGUNG DES KONTINENTS: DIE UNION DER 15 BIS 27 MITGLIEDSTAATEN

„... auch nach Osten müssen wir blicken, wenn wir an Europa denken. Zu Europa gehören Länder, die eine reiche europäische Vergangenheit haben. Auch ihnen muß die Möglichkeit des Beitritts gegeben werden. Europa muß groß sein, muß Kraft haben, muß Einfluß haben, um seine Interessen in der Weltpolitik zur Geltung bringen zu können.“⁵⁸⁶

Konrad Adenauer, 1967

Das Tor nach Europa öffnet sich: Die historische Entscheidung von Kopenhagen im Juni 1993

Im Dezember 1991 erinnert der Europäische Rat von Maastricht daran, *„daß der Vertrag über die Europäische Union (...) vorsieht, daß jeder europäische Staat, dessen Regierungssystem auf demokratischen Grundsätzen beruht, Mitglied der Union werden kann“⁵⁸⁷.*

Am 20. Januar 1993 verabschiedet das Europäische Parlament seine Entschließung zur Gestaltung und Strategie der Europäischen Union im Hinblick auf ihre Erweiterung. Angesichts der historischen Veränderungen des Kontinents findet eine Neuordnung der Beziehungen der Europäischen Gemeinschaft zum Osten statt. Der Beitritt muss auf der Grundlage des Vertrags von Maastricht erfolgen. Die Erweiterung muss jedoch gleichzeitig mit einer Vertiefung der Gemeinschaft einhergehen, indem sie effektiver und demokratischer gestaltet wird. In diesem Zusammenhang betont Jean Penders, dass *„die Europäische Union nur dann neue Mitglieder aufnehmen kann, wenn sie sich auf der Grundlage eines Grundgesetzes zu einer Union föderaler Art und mit begrenzten konkreten Befugnissen sowie vollständig ausgebildeten demokratischen Institutionen weiterentwickelt“⁵⁸⁸.* Dies erfordert Änderungen auch in sensiblen Bereichen wie der Ratspräsidentschaft, der Zusammensetzung der Kommission und der Sprachenregelung.

Der dänischen Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 1993 obliegt es, auf diese Herausforderungen Antworten zu finden. Der Europäische Rat von Kopenhagen am 21. und 22. Juni erkennt offiziell die Berufung der mittel- und osteuropäischen Länder (MOEL) zum Beitritt zur Union an und legt in diesem Zusammenhang drei wesentliche Beitrittskriterien fest. Das politische Kriterium: stabile Institutionen als Garantie für die demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, Wahrung der Menschenrechte sowie die Achtung und den Schutz von Minderheiten; das wirtschaftliche Kriterium: eine funktionierende Marktwirtschaft sowie die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften in der Europäischen Union standzuhalten; das Kriterium der Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstandes: die Fähigkeit der Beitrittskandidaten, die aus einer Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen zu übernehmen und sich die Ziele der politischen Union sowie der Wirtschafts- und Währungsunion zu eigen zu machen.⁵⁸⁹

Das Europäische Parlament begrüßt diese Entscheidung am 24. Juni in seiner Entschließung zu den Ergebnissen des Rates. Das Parlament betont jedoch, und übernimmt damit einen Textvorschlag der EVP-Fraktion, dass die Europäische Gemeinschaft auch in der Lage sein müsse, diese Erweiterung ohne Beeinträchtigung ihres normalen Funktionierens zu verkräften. Vor dem Beitritt der MOEL zur Union müsse daher eine Revision des institutionellen Rahmens der Gemeinschaft erfolgen. Wie es die Fraktion bereits beim Beitritt Österreichs, Schwedens und Finnlands gefordert hatte, müsse die Erweiterung der Europäischen Union gleichzeitig mit einer Vertiefung einhergehen. Fernand Herman erklärt: „*Das einzige, worauf Sie sich einigen können, ist die Erweiterung um jeden Preis. Das wird ohne institutionelle Veränderung zum Selbstmord der Gemeinschaft und vor allem der Kommission führen, die auf seltsame Weise mit diesem Selbstmordprogramm verbunden ist.*“⁵⁹⁰ Und Jean Penders fügt hinzu: „*Es ist jedoch nicht möglich, daß eine solche Strategie nur eine Erweiterung beinhaltet. Wie verhält es sich nämlich mit der noch immer – wie ich hoffe – nicht vergessenen Vertiefung der Europäischen Gemeinschaft?*“⁵⁹¹

Obwohl die Spannung zwischen Vertiefung und Erweiterung erst später teilweise gelöst werden kann, nähern sich die mittel- und osteuropäischen Länder über Assoziierungsabkommen der Gemeinschaft an. Dieser Status als assoziierte Staaten bedeutet, wie vom Europäischen Rat von Kopenhagen bestätigt wurde, für diese Länder sozusagen die Eintrittskarte zur Union, doch für einen nicht näher präzisierten künftigen Zeitpunkt.⁵⁹²

In einem Zeitraum von etwas mehr als zwei Jahren (März 1994 bis Juni 1996) stellen nicht weniger als zehn Länder einen Beitrittsan-

trag⁵⁹³: Polen (1994), Ungarn (1994), Bulgarien (1995), Estland (1995), Lettland (1995), Litauen (1995), Rumänien (1995), die Slowakische Republik (1995), Slowenien (1996) und die Tschechische Republik (1996). Zypern und Malta hatten bereits 1990 einen Antrag gestellt.

Die damit einhergehenden Herausforderungen sind groß. In seinem Bericht über den „Beitritt der Länder Mittel- und Osteuropas“⁵⁹⁴ erinnert Arie Oostlander daran, dass *„die Vereinigung aller Völker Europas in einer freien und demokratischen Ordnung unter einem gemeinsamen europäischen Dach zu den Triebfedern sowohl der Gründung der Europäischen Gemeinschaft als auch der demokratischen Umwälzungen in Mittel- und Osteuropa gehörten.“* Doch er betont auch, dass *„jede Erweiterung der Europäischen Union um die Länder Mittel- und Osteuropas eine Lösung der wichtigen institutionellen Probleme erfordert.“*⁵⁹⁵ In der Debatte im Plenum weist er am 30. November 1994 auf die Notwendigkeit hin, die Politik der Union in verschiedenen Bereichen anzupassen, um sowohl eine politische als auch eine wirtschaftliche Erweiterung zu ermöglichen: *„Das erfordert außer der institutionellen noch etliche andere Reformen im Inneren. Die Landwirtschaftspolitik, Verkehrspolitik, Kohle und Stahl sowie die Strukturfonds wurden bereits erwähnt. (...) Die Kriterien für diesen Beitritt sind ein wichtiger Teil dieser Entscheidung. Wir wollen eine Europäische Union, die eine wahrhaft solidarische Rechtsordnung bietet und sich auf das gründet, was man als die jüdisch-christlichen Werte dieser Kultur bezeichnet, und die breite Unterstützung findet. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, eine gute Politik der Minderheiten. und Menschenrechte sind die Kriterien, die wir in erster Linie vorschreiben.“*⁵⁹⁶

Auf dem Europäischen Rat von Essen am 9. und 10. Dezember 1994 wird eine Heranführungsstrategie zur weiteren Annäherung der mit der Europäischen Union assoziierten Länder beschlossen.⁵⁹⁷ Sie gründet sich auf die Assoziierungsabkommen, das im Mai 1995 vorgelegte Weißbuch, in dem die Schlüsselmaßnahmen für jeden Sektor des Binnenmarktes beschrieben und die Prioritäten für die Angleichung der Rechtsvorschriften festgelegt werden, den strukturierten Dialog auf institutioneller Ebene und das PHARE-Programm als wichtigstes Finanzierungsinstrument der Heranführungsstrategie.

Ein Jahr später legt der Europäische Rat von Madrid fest, dass die Beitrittsverhandlungen sechs Monate nach dem Europäischen Rat von Amsterdam 1996 einzuleiten sind, auf dem insbesondere die Frage der Vertiefung geklärt werden soll.⁵⁹⁸

Die Heranführungsstrategie der EVP-Fraktion

Auf ihren Studientagen in Helsinki im August 1996 legt die EVP-Fraktion ihre Strategie für die künftige Erweiterung um die MOEL fest. Dieses Treffen bietet der gesamten christdemokratischen Familie erneut Gelegenheit, zusammenzukommen und den Vorträgen hochrangiger Persönlichkeiten zu lauschen. Einige Mitglieder der Europäischen Kommission, wie der Niederländer Hans van den Broek, zuständig für die Beziehungen zu den MOEL, der Österreicher Franz Fischler, zuständig für die Landwirtschaft, und Wim van Velzen, Präsident der EUCD und Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Zentraleuropa“ der EVP-Fraktion, sind besonders aktiv. Die Fraktion hat diesmal auch einige Persönlichkeiten aus Osteuropa eingeladen: den stellvertretenden Vorsitzenden der christlich-demokratischen Volkspartei Ungarns, László Surján, den Vorsitzenden der christlich-demokratischen Bewegung der Slowakei, Jan Carnogursky, und das Mitglied der „Freiheitsunion“ Polens, Hanna Suchoka, die ihren Visionen und Hoffnungen im Zusammenhang mit dem Erweiterungsprozess Ausdruck verleiht: *„Wirklich sehr wichtig im Augenblick ist meines Erachtens, daß versucht werden sollte, umzudenken. Wenn ich als Ex-Ministerpräsidentin nun versuche, anders zu denken, so stellt sich für die westlichen Länder meines Erachtens das gleiche Problem. Auch die im Westen lebenden Bürger sollten meiner Meinung nach umdenken und sich darauf vorbereiten, in einer offenen und nicht in einer bipolaren Welt zu leben. (...) Wenn wir jetzt in einer Fraktion, der Fraktion der Europäischen Volkspartei, zusammengeschlossen sind, halte ich es für sehr wichtig und notwendig, daß uns von ihnen geholfen werden kann, nicht etwa neue Schranken zu schaffen und neue Befürchtungen zu wecken, sondern eine neue, offene Gesellschaft aufzubauen. Die Erziehung unserer Gesellschaft stellt heute eines der dringenden Probleme dar. (...) Ich möchte meine Ausführungen damit beschließen, daß ich die Worte des ehemaligen österreichischen Vizekanzlers Dr. Busek zitiere, der 1992 Polen einen Besuch abstattete. Er sagte: Laßt uns Europa erweitern, und zwar nicht auf der Landkarte und nicht von der Zahl der Mitgliedstaaten her gesehen, nicht, was die Zahl der Institutionen und ihre Rechtsprechung betrifft, sondern vielmehr in unserem Denken und in unserem Fühlen. Die Fortführung Europas ist letzten Endes die Liebesgeschichte, die zu unserer Tradition gehört“⁵⁹⁹.*

Der am 2. Oktober 1997 unterzeichnete Vertrag von Amsterdam⁶⁰⁰ erinnert daran, dass die Aufnahme in die Europäische Union wesentlich von der Einhaltung der Grundsätze abhängt, auf denen die Europäische Union beruht: Freiheit, Demokratie, Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie Rechtsstaatlichkeit. Auch die

Frage der institutionellen Neuordnung wird behandelt. Zur Reform der Institutionen, die ursprünglich nur für sechs Mitgliedstaaten ausgelegt waren, ist eine neue Regierungskonferenz abzuhalten. Bei der Aussprache im Plenum am 26. Juni 1997 fordert Wilfried Martens erneut: *„Die Europäische Union muß in den kommenden Jahren eine historische Verantwortung auf sich nehmen und die demokratischen Staaten auf dem europäischen Festland vereinigen. Das ist ohne eine Reform ihrer Organe nicht zu machen und vor allem nicht ohne qualifizierte Mehrheitsbeschlüsse im Rat. (...) Ohne diese Reformen wird die Union verwässert. (...) Es stellt sich für mich die große Frage: Wer verteidigt die allgemeinen Interessen? Wer verteidigt die Interessen Europas? Helmut Kohl hat das getan, jahrelang. (...) Das ist der neue Geist, den wir brauchen. Denn ich fürchte, daß uns der historische Auftrag, alle demokratischen Länder von Europa in der Union zu vereinen, allerdings überfordern wird – wenn wir keine guten kohärenten und politischen Strukturen wollen, damit es zu einer wahren Union kommen kann, nicht nur einer Freihandelszone, sondern einer wahren Union, die auch in der Welt eine Rolle spielen kann“*⁶⁰¹.

Eine Antwort darauf kann nur die europäische Exekutive liefern. Die Kommission Santer veröffentlicht am 16. Juli 1997 ihre Mitteilung zur „Agenda 2000: Eine stärkere und erweiterte Union“, der die Stellungnahmen zu den verschiedenen Beitrittsanträgen beiliegen. Der Vorschlag der Kommission⁶⁰² befasst sich mit drei Herausforderungen, denen sich die Union gegenüber sieht: dem Ausbau und den erforderlichen Reformen der Unionspolitik (insbesondere der Gemeinsamen Agrarpolitik und der Politik des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts), den eigentlichen Verhandlungen mit den Bewerberländern und der Schaffung eines neuen Finanzrahmens für den Zeitraum 2000-2006.^a

In dem umfangreichen Dokument wird darüber hinaus die Einleitung von Verhandlungen mit einer ersten Gruppe von Ländern vorgeschlagen. Alle Bewerberländer Mittel- und Osteuropas – mit Ausnahme der Slowakei – erfüllen die politischen Beitrittskriterien. Vor der Aufnahme der Verhandlungen müssen aber Bulgarien, Lettland, Litauen und Rumänien noch Fortschritte erzielen, insbesondere bei der Wirtschaftsreform sowie bei der Übernahme und Umsetzung der Rechtsvorschriften und Regeln der Europäischen Union.

a Die Haushaltsvorschläge werden vom Europäischen Parlament und vom Rat innerhalb der maximalen Haushaltsgrenzen angenommen, die noch vor der Aussicht auf die Erweiterung festgelegt worden waren (1,27 % des BIP der Union).

„Keine Diskriminierung unter den Bewerberländern“

Diese Lösung entspricht nicht ganz den Vorstellungen des Parlaments und insbesondere der EVP-Fraktion, die gefordert hatte, dass die Verhandlungen allen Bewerberländern den gleichzeitigen Beitritt zur Union ermöglichen sollten. Der niederländische Kommissar Hans van den Broek bemerkt dazu: *„Die Stellungnahmen der Kommission zu den Beitrittsanträgen stützen sich auf die im Jahr 1993 vom Europäischen Rat in Kopenhagen festgelegten Beitrittskriterien. Diese beziehsich auf die politische und wirtschaftliche Lage in den Bewerberländern und ihre Fähigkeit, die mit dem Beitritt verbundenen Verpflichtungen zu übernehmen, z. B. Wahrung des gemeinschaftlichen Besitzstands. (...) Ich weiß, dass sich das Parlament für einen gleichzeitigen Beginn der Verhandlungen mit allen Bewerberländern ausgesprochen hat. Auch die Kommission betont stetig, dass die Erweiterung ein globaler Prozess ist, der alle Bewerberländer einbezieht. Alle werden von der intensivierten Heranführungsstrategie profitieren, alle werden Beitrittspartnerschaften abschließen und alle werden zusätzliche Beihilfen der Union erhalten, um die in der Stellungnahme aufgezeigten Probleme zu überwinden. Die objektive und detaillierte Analyse der Kommission lässt jedoch keinen Zweifel an der Tatsache, dass es zwischen den Bewerberländern natürliche Unterschiede gibt, die aus einer ganzen Reihe historischer, politischer und wirtschaftlicher Ursachen resultieren. (...) Es wird aber keine Aufgenommenen und Abgewiesenen geben, sondern nur Aufgenommene und Vor-Aufgenommene, wobei letztere die Möglichkeit haben, sich ersteren anzuschließen, sobald sie die erforderlichen Kriterien erfüllen.“*

Der Vorsitzende der EVP-Fraktion, Wilfried Martens, kritisiert diese Entscheidung der Europäischen Kommission heftig: *„Ich möchte Ihre Präsidentschaft vor den katastrophalen Folgen für die Einheit unsere Kontinents warnen, die ein Gefühl der Frustration bei den Völkern, die nicht zur ersten Erweiterungsrunde gehören werden, bedeuten wird. Sie dürfen nicht vergessen, daß es sich bei der Öffnung der Union gegenüber den mittel- und osteuropäischen Ländern, den baltischen Staaten und Zypern um einen politischen Prozeß par excellence handelt. Wenn wir uns auf die wirtschaftlichen Kriterien beschränken, dann verkümmert das europäische Projekt zu einer reinen Freihandelszone. Wir streben jedoch eine politische Union an, der ein demokratisches Ideal zugrundeliegt und die sich auf ein Projekt stützt, bei dem es um Kultur und Zivilisation geht, wie dies aus geopolitischen Gründen notwendig ist.“⁶⁰³*

Auch Hans-Gert Pöttering vertritt diesen Standpunkt nachdrücklich, wie er Bundeskanzler Helmut Kohl in einem persönlichen Schreiben

mitteilt.^a Im Parlament bekräftigt er: *„Wenn die Kommission vorschlägt, Beitrittsverhandlungen mit sechs Staaten zu beginnen, also fünf plus eins, muß deutlich gemacht werden, daß die anderen beitriftswilligen fünf Staaten nicht ausgeschlossen werden. Es darf keine Unterscheidung in in und out geben!“*⁶⁰⁴

Efthimios Christodoulou fügt hinzu: *„Die Position des Europäischen Parlaments in dieser Frage war durchaus eindeutig. Wir haben gesagt, alle sollten von Anfang an bei den Verhandlungen dabeisein, und zwar unabhängig vom Zeitpunkt ihres Abschlusses.“*⁶⁰⁵ Auch er kritisiert die Haltung der Kommission: *„Genaugenommen machen also die Staaten, die nicht in der ersten Verhandlungsrunde sind, abgesehen vom eigentlichen Verhandlungsprozeß, ganz normal mit. (...) Warum können wir also nicht mit allen gleichzeitig beginnen? Und ich sage das auch aus den politischen Gründen, die hier bereits dargelegt wurden, denn die grundlegende politische Plattform der demokratischen Kräfte in vielen dieser Staaten ist der Beitritt zur Europäischen Union, und deshalb dürfen wir bei diesen Völkern keine Zweifel aufkommen lassen.“*⁶⁰⁶

Der Wendepunkt in Stockholm, 10. September 1997

Anlässlich der Studientage der Fraktion vom 8. bis 11. September in Stockholm kommt es zu lebhaften Diskussionen.⁶⁰⁷ Selbst Kommissar Hans van den Broek, der die Kommission verteidigt, hinterfragt den Standpunkt der Kommission: Praktiziert die Kommission nicht eine Form der Diskriminierung?⁶⁰⁸ Genau dieser Meinung sind die Abgeordneten und einige von ihnen, wie Michl Ebner, erinnern an die Verpflichtung, die die Fraktion in der Erklärung von Helsinki eingegangen ist. Der Franzose Pierre Bernard-Reymond bedauert *„den Eindruck einer Entgleisung“* der Kommission.

Hans-Gert Pöttering und der schwedische stellvertretende Fraktionsvorsitzende Staffan Burenstam Linder sind überzeugt, dass von Stockholm eine positive Botschaft an alle Bewerberländer und ein entschlossenes Signal an den Europäischen Rat und die Kommission ausgehen muss. In seinem Zimmer im Hotel Nelson im Zentrum der Altstadt, dessen Einrichtung an das Innere eines alten englischen Marineschiffes erinnert, arbeitet Pöttering am Abschlussdokument der von ihm geleiteten Arbeitsgruppe „Erweiterung“. Das Dokument soll am nächsten Tag im Saal des Riksdagen angenommen werden, in dem die Fraktion ihre Sitzung abhält.^b Die Worte werden genau abgewogen und

a Interview mit Hans-Gert Pöttering, 25. August 2008, Brüssel.

b Gespräch des Autors mit Hans-Gert Pöttering, 25.03.2009.

sind für das Schicksal aller Bewerberländer entscheidend^a: *„Die EVP wünscht, daß ein verstärkter Beitritts- und Verhandlungsprozeß mit all den Staaten Mittel- und Osteuropas, die die politischen Bedingungen für eine Mitgliedschaft erfüllen, sowie mit Zypern im Jahre 1998 eröffnet werden sollten. Der Verhandlungsrhythmus und der Abschlußtermin hängen davon ab, wieweit die einzelnen Beitrittskandidaten die Voraussetzungen für den Beitritt erfüllen.“*⁶⁰⁹ Nach einer befürwortenden Stellungnahme von Arie Oostlander, einer moralischen Autorität in der Fraktion zur Frage der Erweiterung, der sich Hans-Gert Pöttering per Telefon anschließt, schlagen die Fraktion und die Partei vor, am 1. Januar 1998 mit allen Bewerberländern Verhandlungen einzuleiten. Diese sollen entsprechend der jeweiligen Leistungen der Teilnehmer in einem mehr oder weniger intensiven Rhythmus ablaufen. Der Abschluss der Verhandlungen und das Beitrittsdatum der zukünftigen Mitgliedstaaten hängen somit von der Eigenleistung der Bewerberländer ab.

Diese Strategie wird von der Fraktion am 1. Oktober in Brüssel einstimmig gebilligt. In einem Gespräch mit dem Koordinator der sozialdemokratischen Fraktion für die Erweiterung, Hannes Swoboda, verständigen sich die beiden größten Fraktionen auf dieses Vorgehen bei der Abstimmung über die Entschließung des Europäischen Parlaments. Die EVP-Partei erarbeitet in diesem Sinne den Vorschlag, der auf dem Parteitag am 11. November 1997 in Toulouse vorgelegt wird. Der endgültige Text von Toulouse enthält wortwörtlich die Schlüsselabsätze der Entschließung der Fraktion.

Bestätigung der Thesen der EVP durch den Europäischen Rat im Dezember 1997

Der Europäische Rat von Luxemburg im Dezember 1997 greift die Thesen der EVP von Toulouse auf. Aufgrund der aktiven Mitwirkung der EVP an den Verhandlungen ist dies nicht überraschend.⁶¹⁰ Obwohl die Aufteilung der Bewerberländer in zwei verschiedene Gruppen nicht verhindert werden konnte, sind diese doch eindeutig und umfassend in den Beitrittsprozess einbezogen. Die Verhandlungen beginnen mit den folgenden sechs Ländern (später als „Luxemburg-Gruppe“ bezeichnet): Estland, Ungarn, Polen, der Tschechischen Republik, Slowenien und Zypern. Gleichzeitig werden beschleunigt Vorbereitungen für die Verhandlungen mit den Ländern der zweiten Gruppe (Bulgarien, Lettland, Litauen, Rumänien und Slowakische Republik) getroffen. Diesen

^a Sie sollen auf dem EVP-Kongress in Toulouse am 11. November 1997 verabschiedet werden.

fünf Ländern werden 100 Millionen Euro für die Finanzierung von Maßnahmen zur Verfügung gestellt, die es ihnen ermöglichen sollen, bei der Durchführung der Wirtschaftsreformen aufzuholen.

Angesichts dieses großen Erfolgs der Fraktion verkündet Wilfried Martens auf den Studententagen von Berlin am 6. März 1998: *„Um die engagierte Mitwirkung der EVP-Fraktion an diesem Erweiterungsprozeß, der nunmehr begonnen hat, deutlich zu machen, haben wir die höchsten Regierungsvertreter einiger beitrittswilliger Länder gebeten, an unseren Arbeiten teilzunehmen. Wir sind der Auffassung, daß es fortan in unserem gemeinsamen Interesse liegt, die Fragen der Zukunft, die für uns im Rahmen des entstehenden, großen Europas von Belang sind, auch gemeinsam zu erörtern. Die EVP-Fraktion hat sich dafür eingesetzt, daß dieser umfassende Prozeß des Beitritts neuer Länder ohne Ungleichbehandlung erfolgt und es jedem beitrittswilligen Land ermöglicht, die erforderlichen Anstrengungen im Hinblick auf die Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstands zu unternehmen.“*⁶¹¹

Der ebenfalls in Berlin anwesende litauische Außenminister, Algirdas Saudargas, erklärt bewegt: *„Wenn ich den heutigen Anlaß mit früheren Anlässen vergleiche, dann werde ich niemals den sieben oder acht Jahre zurückliegenden Tag vergessen, an dem ich mit der Christdemokratischen Fraktion zusammentraf. In diesen lange zurückliegenden Tagen hatten wir ganz andere Zeiten und ganz andere Reden. Wenn wir diese Zeiten mit heute vergleichen, dann haben sich die Verhältnisse beträchtlich geändert; wir sind auf einem guten Weg, und wir sind Mitglieder der EVP – und damit haben wir schon viel erreicht. Ich möchte allen Mitgliedern der Europäischen Union zu der Wirtschafts- und Währungsunion gratulieren. Dies ist eine große Leistung, die der Politik der EVP entspricht.“*⁶¹² Vilém Holáň, stellvertretender Vorsitzender der tschechischen christdemokratischen Partei und Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten im tschechischen Parlament, bemerkt: *„Mit der Aufnahme der Beitrittsverhandlungen zur Europäischen Union ist für die Tschechische Republik eine völlig neue Situation entstanden. Seit der Revolution haben wir auf diesen Moment gewartet, und nach acht Jahren ist er endlich Wirklichkeit geworden.“*⁶¹³

Auf der Zielgeraden: 2004 als Ziel der „Lamassoure-Änderung“

Die Europäische Konferenz, eine der vom Rat von Luxemburg eingeführten Neuerungen im Beitrittsprozess, findet erstmalig am 12. März 1998 statt. Ziel ist die Zusammenführung der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft und der Bewerberländer, um über die folgenden grenzüberschreitenden Fragen zu beraten: Justiz und Inneres, insbesondere

Kriminalität und Drogen, und die GASP. Im Oktober desselben Jahres findet eine zweite Konferenz statt.

Ebenfalls im Frühjahr 1998 werden die „Beitrittspartnerschaften“ eingeführt. Während die Kommission Berichte über die Fortschritte der einzelnen Bewerberländer verfasst, die für jedes Land individuelle Prioritäten und Finanzhilfen festlegen, führen die Bewerberländer nationale Programme zur Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstands durch. Die Verhandlungen zwischen den fünfzehn EU-Mitgliedstaaten und den sechs der Luxemburg-Gruppe können beginnen.

Die Arbeitsgruppe „Erweiterung“ unter dem Vorsitz von Hans-Gert Pöttering strebt den Abschluss der Beitrittsverhandlungen bis 2004 an. Die Herausforderung ist gewaltig, aber die Christdemokraten halten am vereinbarten Zeitplan fest: Die Erweiterung soll noch vor den nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament abgeschlossen sein, damit die der Union frisch beigetretenen Völker unmittelbar und in vollem Umfang an der demokratischen Debatte teilnehmen können.⁶¹⁴ Zu diesem Zweck reicht Alain Lamassoure im September 2000 einen Änderungsantrag zum Bericht Brok über die Erweiterung ein, der vorschlägt, *„dass sich die Institutionen der Union und der Mitgliedstaaten in den Beitrittsländern, mit denen die Verhandlungen aufgenommen wurden, dafür einsetzen, dass alles unternommen wird, damit die ersten Beitrittsverträge noch vor den Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 2004 und die folgenden Verträge in der nächsten Wahlperiode in Kraft treten können.“*⁶¹⁵

Die Mitgliedstaaten sind sich untereinander allerdings nicht einig. Es gilt daher, den Rat zu überzeugen, und die Fraktion wirft dazu ihr volles Gewicht in die Waagschale. Im Juni 2001 gelingt es der schwedischen Ratspräsidentschaft in Göteborg schließlich, eine Einigung zu erzielen. Das Beitrittsjahr 2004 wird bestätigt, als Datum für den Abschluss der Verhandlungen wird das Jahr 2002 festgelegt. Im Plenum unterstützt die Fraktion die Entschließung des Parlaments zum Europäischen Rat, in der die Kommission sowie die Regierungen der Mitgliedstaaten und der Bewerberländer aufgefordert werden, *„alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um sicherzustellen, dass das Ziel einer Beteiligung der Bürger der Bewerberländer an den Europawahlen im Jahr 2004 erreicht wird und folglich bis Ende 2002 Beitrittsverträge entsprechend der jeweiligen Entwicklung der einzelnen Länder abgeschlossen werden können, um der historischen Verpflichtung der Europäischen Union gerecht zu werden.“*⁶¹⁶

Dieser enge Zeitplan ist natürlich nicht unproblematisch, vor allem für die Europäische Gemeinschaft, die nach dem Nein der Iren zum Vertrag von Nizza vor neuen Schwierigkeiten bei ihrer institutionellen

Strategie steht. Aber auch für die Bewerberländer, in denen der Druck hinsichtlich der Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstands und der Politik- und Wirtschaftsstrukturen deutlich spürbar ist, ist die Umsetzung des Zeitplans schwierig. Doch die Fraktion erinnert daran, dass die Hoffnung in der Politik nicht aufgegeben werden dürfe. Am 4. September 2001 legt Elmar Brok im Namen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten eine EntschlieÙung vor, in der das Europäische Parlament seine Unterstützung für den Erweiterungsprozess der Union bekräftigt. Die Union bedürfe der institutionellen Reformen ebenso wie der Erweiterung. Aus diesem Grund müssten die Kampagnen zur Information der Öffentlichkeit ausgeweitet werden.⁶¹⁷

Vorbereitung der Erweiterung durch das Parlament und die Fraktion

Nicht nur die Integration der neuen Mitgliedstaaten in Europa muss vorbereitet werden, die neuen Abgeordneten benötigen auch einen Platz im Europäischen Parlament. Am 19. November 2002 begrüÙt das Plenum in StraÙburg 199 Abgeordnete aus den dreizehn Bewerberländern zu einer außerordentlichen Debatte über die Erweiterung.⁶¹⁸ Die Anwesenheit dieser europäischen Abgeordneten, die auf denselben Bänken Platz nehmen wie ihre Kollegen, erlaubt einen ersten Eindruck von der künftigen europäischen Demokratie des Jahres 2004. Traditionsgemäß sitzen die Abgeordneten im Europäischen Parlament nicht nach ihrer jeweiligen Nationalität getrennt, sondern entsprechend ihrer politischen Zugehörigkeit. Es herrscht eine enthusiastische Stimmung, vor allem in Bezug auf die fünfzehn Jahre der politischen Wandlung, die der Osten des Kontinents erlebt hat, aber auch in Bezug auf die vielen Anstrengungen, die die Bewerberländer für die Union unternommen haben.

Am Tag darauf nimmt das Europäische Parlament den Bericht Brok über die Erweiterung mit 505 Stimmen bei 20 Gegenstimmen und 30 Enthaltungen an.⁶¹⁹

Gleichzeitig verfolgt die EVP-ED-Fraktion weiter ihre Strategie. Der Fraktionsvorstand begibt sich regelmäßig in die verschiedenen GASP-Bewerberländer: im Februar und Juni 1998 nach Warschau^a und Bukarest, im Juni und Dezember 2000 nach Bratislava und Riga, im März und November 2001 nach Nikosia und Budapest, 2002 nach Prag und

a Es findet ein Treffen mit den Mitgliedern der neugewählten polnischen Regierung statt, so mit Ministerpräsident Jerzy Buzek, der der Fraktion im März 2004 beitreten sollte.

Ljubljana, 2003 nach Warschau und 2005 nach Sofia und Bukarest. Im Zuge dieser Treffen gewährt die Fraktion den Ländern Unterstützung und diskutiert gemeinsam mit ihnen die Fortschritte und Probleme im Zusammenhang mit ihrem Beitritt zur Europäischen Union. Darüber hinaus empfängt die Fraktion führende Politiker der Bewerberländer im Europäischen Parlament in Straßburg. Bereits seit Anfang der 1990er Jahre beteiligen sich zahlreiche Fraktionsmitglieder am Wiederaufbau christlich-demokratischer und konservativer Parteien im Osten. Über die Robert-Schuman-Stiftung zeigt die Fraktion zusätzlich Präsenz. Zusammen mit der Bildungsarbeit des gleichnamigen Instituts in Budapest leistet die Stiftung einen erheblichen Beitrag nicht nur zur Ausbildung junger qualifizierter Politiker in Osteuropa, sondern auch zum Wachstum der christlich-demokratischen Familie Europas.

Die EVP selbst passt ihre Organisation mithilfe einer Änderung der Mitgliedsstrukturen und der Einrichtung einer ständigen Arbeitsgruppe an, die sich unter der Leitung von Wim van Velzen ausschließlich mit der Erweiterung befasst. Auf ihrer Vorstandssitzung in Ljubljana am 17. September 2002 führt die EVP-ED-Fraktion „Beitrittspartnerschaften“ mit ihren Schwesterparteien in den Bewerberländern ein. Von September 2002 bis April 2003 übernehmen die europäischen Abgeordneten der EVP-ED-Fraktion die Patenschaft für die Abgeordneten der Bewerberländer, bis diese den Status offizieller Beobachter erhalten. Im Rahmen dieser Partnerschaften erhalten die Schwesterparteien der EVP-ED in den Bewerberländern Unterstützung bei der Vorbereitung der Volksabstimmungen zur Ratifizierung der Beitrittsverträge und den Europawahlen im Juni 2004.

Die Wiederentdeckung Europas

Am 16. April 2003 erklimmen die Abgeordneten der fünfzehn Mitgliedstaaten der EU und der zehn Beitrittsländer der ersten Gruppe (Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern) den steilen Hang westlich der Akropolis. Einer nach dem anderen betreten sie vor dem griechischen Ministerpräsidenten Costas Simitis die Stoa, das heutige Museum auf der Agora. Die identische Reproduktion des Geschenks von Attalos II. Philadelphos, König von Pergamon, wird als Stätte der Unterzeichnung der Beitrittsverträge zum neuen Mittelpunkt des wiederentdeckten Europas.

In den vorangegangenen Monaten waren die Fraktionsmitglieder der EVP-ED mit einigen der Fraktion nahe stehenden Ministern und Kommissionsmitgliedern zusammengekommen, um kurz vor der Unter-

zeichnung der Beitrittsverträge eine Erklärung zu verabschieden, die diesen historischen Augenblick prägen sollte und in der es heißt: „*Das Europa der 25 ist kein Traum mehr*“.

Der Rat von Kopenhagen im Dezember 2002 hatte den Beitritt der ersten zehn neuen Mitglieder ausdrücklich befürwortet und das Europäische Parlament schloss das Dossier im April 2003, weniger als eine Woche vor der Konferenz von Athen, ab. Der Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Elmar Brok, wurde zum Berichterstatter⁶²⁰ über den Abschluss der Beitrittsverhandlungen ernannt.^a Der Bericht, der sich eindeutig für den Beitritt der zehn Bewerberländer ausspricht, wird mit einer breiten Mehrheit von 458 Stimmen bei 68 Gegenstimmen und 41 Enthaltungen angenommen.

Am 1. Mai 2003, ein Jahr vor dem tatsächlichen Beitritt der zehn Bewerberländer zur Union, öffnet das Europäische Parlament 162 Abgeordneten aus den Beitrittsländern als offizielle Beobachter die Türen. Die Beobachter werden von ihren jeweiligen nationalen Parlamenten ernannt und können die Aussprachen in Straßburg verfolgen und sich so mit ihnen vertraut machen. 69 dieser Abgeordneten schließen sich der EVP-ED-Fraktion an, der damit die meisten Abgeordneten aus den neuen Mitgliedstaaten beitreten.

Der Fraktionsvorsitzende Hans-Gert Pöttering ist zufrieden, *„dass es der EVP-ED-Fraktion gelungen ist, 42 % der Beobachter für die Fraktion zu gewinnen. Wir haben uns sehr bemüht, unsere Schwesterparteien auf die Erweiterung im Rahmen eines besonderen „Partnerschaftsprogramms“ und durch enge Kontakte während der Beitrittsverhandlungen vorzubereiten. Wir werden jetzt daran arbeiten, diesen Prozess des Kennenlernens und der Zusammenarbeit zu vollenden und sicherzustellen, dass die 69 neuen Kollegen schnell in Fraktion und Parlament integriert werden.“*^b Auf diese Weise werden sie am besten und wirksamsten die Bürgerinnen und Bürger aus den zehn Beitrittsländern vertreten. (...) Unsere Aufgabe ist es jetzt, gemeinsam daran zu arbeiten, damit das Europa der 25 ein Erfolg wird.“⁶²¹

Übrig bleiben Bulgarien und Rumänien. Die beiden Länder nehmen seit 1997 am Erweiterungsprozess teil, doch aufgrund ihrer wirtschaft-

a Die europäischen Abgeordneten der EVP-ED Jürgen Schröder (Deutschland), Ursula Stenzel (Österreich), Jas Gawronski (Italien) und Michael Gahler (Deutschland) verfassten ihrerseits Berichte über die Tschechische Republik, Malta, Polen und Estland. Die EVP-ED-Fraktion unterstützte auch die Berichte zu den anderen sechs Bewerberländern, die von Abgeordneten anderer Fraktionen erarbeitet wurden.

b Die Beobachter werden in alle Arbeiten des Europäischen Parlaments einbezogen, einschließlich die der Fraktionen und parlamentarischen Ausschüsse, sie verfügen allerdings nicht über ein Stimmrecht. Die sechs Bewerberländer nehmen genau wie die Mitgliedstaaten der Europäischen Union in vollem Umfang an den Europawahlen im Juni 2004 teil.

lichen Lage können sie der Union im Mai 2004 noch nicht beitreten. Der Brite Geoffrey Van Orden stellt im Februar 2004 in seinem Bericht über Bulgarien fest, dass die Verhandlungen zügig voranschreiten: Die Umsetzung der Kriterien von Kopenhagen, die Wirtschaftsstrukturen und die Leistungsfähigkeit Bulgariens hätten sich verbessert, auch die Fristen würden eingehalten. Auf der anderen Seite zögert Van Orden aber nicht, auch auf die noch verbesserungsbedürftigen Punkte zu verweisen: den Kampf gegen das organisierte Verbrechen, die Korruption und den illegalen Handel, sowie den Schutz der Minderheit der Roma.

Der Zeitpunkt des Beitritts Bulgariens und Rumäniens wird in einer Stellungnahme der Kommission vom 26. September 2006 verbindlich festgelegt: Beide Länder können der Union unter Vorbehalt bestimmter Maßnahmen ab dem 1. Januar 2007 beitreten. An diesem Tag schließen sich der Fraktion anstelle der Beobachter, die sich bis zu diesem Zeitpunkt aktiv beteiligten, 13 neue Mitglieder an.

Der Traum wird Wirklichkeit

Am 3. Mai 2004 begrüßt das Europäische Parlament die Vertreter der neuen Mitgliedstaaten. Bereits eineinhalb Monate später sollen die ersten Europawahlen des wiedervereinigten Kontinents stattfinden. Dieser zusätzliche Schritt verstärkt die Anbindung der mittel- und osteuropäischen Länder an die europäisch-demokratische Wirklichkeit noch. Bei der Eröffnung der ersten Tagung drückt Hans-Gert Pöttering im Namen der EVP-ED-Fraktion seine Freude aus: *„Dieser Traum ist Wirklichkeit geworden. Wenn wir heute hier 162 Kolleginnen und Kollegen aus den zehn Ländern begrüßen dürfen, ist das ein großer Tag für die Europäische Union, es ist ein großer Tag für die Demokratie, es ist ein großer Tag für den Parlamentarismus. (...) Solidarność muss für uns für alle Zukunft bedeuten, dass wir die nationalen Interessen einzelner Länder, zum Beispiel der baltischen Staaten mit ihren Minderheiten, die natürlich respektiert werden müssen, aber nicht die Unabhängigkeit der Länder in Frage stellen dürfen, zu unseren machen und umgekehrt. Deswegen müssen wir allem anderen widersprechen (...).“*⁶²²

Die nationalen Parlamente der neuen Mitgliedstaaten entsenden erfahrene Abgeordnete ins Europäische Parlament und viele von ihnen finden natürlich ihren Platz in der EVP-ED-Fraktion. Dies gilt z. B. für die Präsidentin des estnischen Parlaments, Ene Ergma, den Vizepräsidenten des lettischen Parlaments, Andris Argalis, den Präsidenten des Parlaments von Malta, Antonio Tabone, den Präsidenten des slowakischen Parlaments, Pavol Hrusovsky, und den Präsidenten des tschechischen Parlaments, Peter Pithart.⁶²³ Am 26. September 2005 treten

der Fraktion neun rumänische und vier bulgarische Beobachter bei, am 15. Januar 2007 dann die gewählten Abgeordneten dieser Länder.

Feier des Erfolgs der EVP in Budapest im Juli 2004

Um die Bedeutung des Beitritts der neuen Mitglieder zur Union hervorzuheben, beschließt die Fraktion, ihre ersten Studientage nach der Wahl vom Juni 2004 in Budapest abzuhalten. Die Hauptstadt Ungarns bietet wunderschöne Sehenswürdigkeiten: Die Fraktion nimmt ihre Arbeit im Oberhaus der ungarischen Nationalversammlung auf, die ihren Sitz an den Ufern der Donau in einem gotisch inspirierten Bau nach dem Vorbild des Westminster-Palastes hat.

Nach fünf Jahrzehnten kommunistischer Diktatur treten nun 10 Länder mit 75 Millionen Einwohnern der europäischen Familie bei. Die Fraktion erzielt eines ihrer besten Wahlergebnisse. Erfolge feiert sie jedoch nicht nur in den westlichen Ländern Europas, sondern auch in den neuen Mitgliedstaaten. So hat die ungarische Delegation *„die absolute Mehrheit der ungarischen Mandate (13 von 24) errungen“*⁶²⁴, wie Hans-Gert Pöttering in seiner Eröffnungsrede betont.

Die Erklärung von Budapest, die die Fraktion am Ende der Studientage verabschiedet, versteht sich als Erinnerung an die lange und tragische Geschichte, die die Hälfte Europas erlebt hat: *„Am 13. Juni 2004 haben die Europäer einen entscheidenden Schritt in Richtung der Verwirklichung der großen Vision der Gründerväter der Europäischen Union zurückgelegt: Nach 50 Jahren Unterdrückung und kommunistischer Diktatur konnten sich die Völker der acht Länder Mittel- und Osteuropas zum ersten Mal den Ländern anschließen, die ein glücklicheres Schicksal erfahren haben, und in der einzigen direkt gewählten Institution der Europäischen Union, dem Europäischen Parlament, über ihre Vertreter abstimmen. Mit diesem Schritt erlangte das Europa der 25 seine volle Legitimität.“*⁶²⁵

Gedenken an die Solidarność in Danzig im September 2005 und an die Opfer von Budapest im Oktober 2006

Im Rahmen der externen Zusammenkünfte wird auch wichtiger historischer Ereignisse in Europa gedacht, wie bei dem Treffen in Danzig anlässlich des 25-jährigen Jubiläums der Solidarność.

Zu diesem Anlass lädt die Fraktion mehrere Persönlichkeiten der Nachbarstaaten der Union ein: den ukrainischen Präsidenten Wiktor Juschtschenko, der durch die Orangene Revolution an die Macht gekommen war; den georgischen Präsidenten Micheil Saakaschwili, der aus der Rosenrevolution hervorgegangen war; den kroatischen Ministerpräsidenten Ivo Sanader, den Präsidenten der moldauischen

christlich-demokratischen Volkspartei, Iurie Rosca; den Präsidenten der tschechischen ODS Mirek Topolánek; Boris Nemzow von der russischen Partei SPS; den Präsidenten der Partei der belarussischen Volksfront, Vincuk Viacorka, und den ehemaligen Präsidenten des belarussischen Nationalrates, Stanislas Schuschkewitsch. Auch der Präsident der Platforma Obywatelska (Bürgerplattform), Donald Tusk, der 2007 zum polnischen Ministerpräsidenten gewählt werden sollte, ist eingeladen.⁶²⁶

Die wiedererlangte Einheit des Kontinents in Freiheit erfordert gleichzeitig eine intensive „Gedächtnisarbeit“, damit die Opfer des Totalitarismus nicht vergessen werden. Die ungarische Delegation der Fraktion ergriff die Initiative und versammelte die Fraktion am 24. Oktober 2006 zu einem feierlichen Gedenken der blutigen Tage von Budapest im Oktober 1956, als die russischen Panzer den Traum der ungarischen Demokratie brutal zerschlugen. Die Opfer des Kommunismus und des sowjetischen Imperialismus wurden für die Fraktion in den Jahren nach dem Beitritt der neuen Demokratien Mittel- und Osteuropas zu ständigen Symbolen der Werte und der geschichtlichen Bezugspunkte der EVP.

Kapitel XXXIV

**DIE INSTITUTIONELLEN TREFFEN:
AMSTERDAM (1997):
EIN TEILERFOLG, NIZZA (2000):
EIN DESASTER**

**Die unumgängliche Revision gemäß Artikel N
des Vertrags von Maastricht**

Auch wenn der Vertrag von Maastricht die Erwartungen der Europabeauftragten im Wirtschafts- und Währungsbereich erfüllt, so trifft dies doch für seinen institutionellen Teil nicht zu. Zwar hat das Europäische Parlament legislative Befugnisse erworben, doch der Rat behält das letzte Wort im Verfahren, und die Einsatzbereiche des Parlaments sind begrenzt. Bezüglich der Arbeitsweise der Europäischen Kommission und des Rates wird offenbar, dass ihre Entscheidungsmechanismen sehr schnell ins Stocken geraten, wenn sie nicht reformiert werden: Erste unübersehbare Anzeichen hierfür bietet die bevorstehende Erweiterung um Österreich, Finnland und Schweden.

Wohlweislich hatten die Verfasser des Vertrags eine Revisionsklausel in Artikel N vorgesehen. Diese Revision muss spätestens 1996 mit der Einberufung einer Regierungskonferenz auf Antrag eines Mitgliedsstaats oder der Kommission stattfinden. Sehr schnell gehen die ersten Vorschläge zu den verschiedensten Bereichen ein: die Zusammenarbeit im zweiten und dritten Pfeiler (Frankreich und Deutschland), die Ausweitung der Mitentscheidung (Belgien) oder auch die Einführung einer Hierarchie der Gemeinschaftsstandards.

Zahlreiche führende politische Persönlichkeiten der Mitgliedstaaten sprechen sich wiederholt für die Anwendung der „*Revisionsklausel*“ aus, darunter der christdemokratische belgische Premierminister Jean-Luc Dehaene⁶²⁷.

Im Vorfeld der Europawahlen 1994 hat die EVP ehrgeizigere Ziele: Europa braucht eine demokratische Verfassung. Auch wenn der Vertrag von Maastricht ein erster Schritt ist, das Ziel „*eines gleichermäßen handlungsfähigen, solidarischen und demokratischen, bürgernahen Europas mit weniger Bürokratie und weniger Zentralismus ist noch nicht erreicht. Es muß daher unverzüglich eine Europäische Verfassung*

erarbeitet und die für 1996 vorgesehene Regierungskonferenz vorbereitet werden, die das Mandat zur Vervollständigung des Vertrags über die Europäische Union hat.“⁶²⁸ Dieses Ziel beruht auf drei Grundprinzipien, die als Inspiration für die künftige europäische Verfassung dienen sollen: Subsidiarität, Effizienz und Demokratie⁶²⁹. Dies wird die klare Position sein, die die Fraktion im Europäischen Parlament einnehmen wird. Dazu kann sie auf einflussreiche Persönlichkeiten wie den stellvertretenden Vorsitzenden des Institutionellen Ausschusses, den Spanier Íñigo Méndez de Vigo, zählen.

Der Bericht Bourlanges (Mai 1995)

Der Franzose Jean-Louis Bourlanges wird zum Ko-Berichtersteller zur Funktionsweise des Vertrags über die Europäische Union im Hinblick auf die Regierungskonferenz 1996⁶³⁰ ernannt. Nach mühsamer Arbeit im Ausschuss muss am 16. Mai 1995 im Plenum des Europäischen Parlaments über nicht weniger als 700 Änderungsanträge zu seinem umfangreichen und komplexen Bericht abgestimmt werden. Das bewusst kurz und klar abgefasste Dokument wird durch widerstrebende Interessenbekundungen aufgebläht, wodurch letztlich die Kohärenz des Textes beeinträchtigt wird⁶³¹. In dem Bericht wird auf die wesentlichen Bereiche des Vertrags mit dem Ziel eingegangen, das demokratische Defizit abzubauen, den Entscheidungsprozess zu überarbeiten und der großen Herausforderung des neuen Jahrtausends, der Erweiterung, den Weg zu ebnen. Einen wichtigen Aspekt der Überlegungen macht die Außenpolitik aus, in der Handelspolitik, Entwicklungszusammenarbeit und gemeinsame Sicherheitspolitik zusammenfließen müssen. Es wird eine mittlerweile unerlässliche gemeinsame Strategie in den internationalen Organisationen sowie der Übergang zur qualifizierten Mehrheit in humanitären, diplomatischen oder militärischen Angelegenheiten angeregt. Die Staaten, die nicht teilnehmen wollen, sollten die Möglichkeit zur Enthaltung haben, um die Maßnahmen ihrer Partner nicht zu behindern. Die Kommission soll das Initiativrecht in diesem Bereich behalten, und das Europäische Parlament sowie die nationalen Parlamente sollen die demokratische Kontrolle sicherstellen. Den Menschenrechten wird durch den Beitritt der Union zur Europäischen Menschenrechtskonvention Rechnung getragen, während gleichzeitig eine notwendigerweise mit der Wirtschaftspolitik einhergehende Sozialpolitik eingeleitet werden soll.

Am Ende dieses langen Verfahrens äußert sich der Berichtersteller unzufrieden mit seinem Text: „*Das Haushaltsjahr, das heute zu Ende geht, ist (...) recht enttäuschend gewesen, und (...) [wurde] als wahrer*

Kreuzweg empfunden (...) Mir scheint nämlich, daß wir in dieser Sache mit einer extremen Schwierigkeit zu kämpfen hatten. Warum? Ich sage es offen: Weil der Ihnen vorliegende Bericht, der, wie ich glaube, die verschiedenen Anschauungen in diesem Hohen Hause recht deutlich widerspiegelt und daher ein ebenso kohärentes wie für die in diesem Hause vorherrschenden Anschauungen repräsentatives Dokument ist, nicht durch und durch den Erwartungen entspricht, die ich persönlich in ihn gesetzt hatte.“⁶³²

Letztlich haben sich die Abgeordneten anstelle eines klaren und innovativen Aufbaus für ein geometrisch variables Konstrukt entschieden, ohne die Voraussetzungen für eine effiziente verfassungsrechtliche Architektur zu schaffen. Dennoch wird der Bericht zur Revision des Vertrags von Maastricht nach der Abstimmung im Plenum der Reflexionsgruppe zur Vorbereitung der Arbeit der Regierungskonferenz 1996 übermittelt.

Die in symbolischer Anlehnung an die Wiederbelebung des Europa-Gedankens auf der Konferenz von Messina am 1. Juni 1955, die der erste Schritt zu den Römischen Verträgen war (siehe Kapitel 1), am 2. Juni 1995 in der sizilianischen Hafenstadt Messina eingesetzte Gruppe besteht aus Vertretern der Außenminister der Mitgliedstaaten, dem luxemburgischen Christdemokraten Jacques Santer als Vertreter der Kommission sowie zwei Vertretern des Europäischen Parlaments, darunter Elmar Brok. Im Parlament wird Hanja Maij-Weggen zur Ko-Berichterstatterin⁶³³ zu den Arbeiten der Reflexionsgruppe ernannt⁶³⁴. Im Verlauf der Arbeiten des Institutionellen Ausschusses werden wichtige Persönlichkeiten der EVP-Fraktion, wie ihr Vorsitzender, sowie andere christdemokratisch orientierte Politiker, wie das spanische Kommissionsmitglied Marcelino Oreja Aguirre angehört⁶³⁵.

Das Parlament gibt eine grundsätzlich positive Stellungnahme zu den Ergebnissen der Arbeit der Reflexionsgruppe von Messina ab, obgleich es sich enttäuscht darüber zeigt, auf der Regierungskonferenz nicht zu Wort kommen zu können⁶³⁶. Wichtigstes Anliegen der Abgeordneten ist die Stärkung der Rolle des Parlaments im Mitentscheidungsverfahren, worin sie vom Präsidenten der Kommission, Jacques Santer, unterstützt werden.

Die EVP-Fraktion überträgt ab 1995 ihrem stellvertretenden Vorsitzenden Hans-Gert Pöttering die Leitung einer Arbeitsgruppe, die ein Dokument verabschiedet, in dem das Ziel einer Erweiterung der demokratischen Zuständigkeiten des Parlaments näher ausgeführt wird. Das endgültige Dokument wird von der Fraktion in Toulouse verabschiedet.

Licht- und Schattenseite des Vertrags von Amsterdam (Oktober 1997)⁶³⁷

Die Regierungskonferenz wird im März 1996 in Turin eröffnet. Die Verhandlungen zur Überarbeitung des Vertrags über die Europäische Union werden im Wesentlichen zwischen den Außenministern der Fünfzehn geführt. Dies hindert das Europäische Parlament jedoch nicht daran, über seine Beobachter und seinen Präsidenten José María Gil-Robles Gil-Delgado, der dieses Amt seit Januar 1995 innehat, regelmäßig Position zu beziehen und ebenso wie viele andere Abgeordnete insbesondere einen effizienteren Entscheidungsprozess einzufordern⁶³⁸. Als Sprachrohr des Organs, das er vertritt, stellt er eine Liste von 10 Prioritäten auf, die nach Ansicht der Abgeordneten auf der Regierungskonferenz behandelt werden sollten: Vereinfachung des Mitentscheidungsverfahrens auf drei Phasen; Einführung einer wirklichen Mitentscheidung im Haushaltsbereich ohne Unterscheidung zwischen obligatorischen und nichtobligatorischen Ausgaben sowie die Einführung der Zustimmung des Parlaments zu den Eigenmittelbeschlüssen; Verstärkung der demokratischen Repräsentation (durch Einführung vergleichbarer Wahlsysteme in Europa, europäischer politischer Parteien und eines einheitlichen Statuts der Abgeordneten); besserer Schutz der Grundrechte; stärkeres Engagement im sozialpolitischen Bereich; bessere Berücksichtigung des Gesundheitswesens, der Umwelt und des Verbraucherschutzes; ausdrückliche Anerkennung einer Rechtspersönlichkeit der Union; Stärkung des Raums der Sicherheit und des Rechts; Gewährleistung des Zugangs der Bürger zu Informationen und schließlich Einführung von Mechanismen der verstärkten Zusammenarbeit im Falle von Blockaden bezüglich eines dieser Punkte⁶³⁹.

Präsident José María Gil-Robles Gil-Delgado wiederholt diese Forderungen mit Nachdruck auf der Regierungskonferenz am 16. und 17. Juni 1997 in Amsterdam. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union stehen unmittelbar vor der Unterzeichnung eines neuen Vertrags. Zahlreiche Fortschritte sind auf Betreiben des niederländischen EU-Ratsvorsitzes in den letzten sechs Monaten erzielt worden.

So sind das Mitentscheidungsverfahren vereinfacht und sein Anwendungsbereich ausgedehnt worden. Im Zuge dieses erneuerten Verfahrens nimmt das Europäische Parlament in erster Lesung Stellung zu dem Vorschlag der Kommission. Grundlage für die Prüfung im Plenum ist der vom Berichterstatter des zuständigen parlamentarischen Ausschusses formulierte Standpunkt. Anschließend trifft der Rat seine Entscheidung. Erzielen die drei Organe keine Einigung, nimmt das

Europäische Parlament ein zweites Mal Stellung, dieses Mal auf Grundlage des Gemeinsamen Standpunkts der Vertreter der Mitgliedstaaten. Im Ergebnis dieser zweiten Lesung kommt es zu einer Einigung im Parlament, oder es werden neue Änderungsanträge eingebracht, zu denen der Rat und die Kommission Stellung nehmen müssen. Kann der Rat in zweiter Lesung kein Einvernehmen über die Vorschläge des Parlaments erzielen, wird ein Vermittlungsausschuss aus Vertretern des Rates und des Parlaments gebildet. Aufgabe dieses Ausschusses ist es, wie schon sein Name sagt, zwischen den unterschiedlichen Meinungen der Vertreter der Regierungen der 27 und der Europaabgeordneten zu vermitteln⁶⁴⁰.

Die großen Gewinner der Reformen sind erneut die Abgeordneten. Der Schengen-Raum wird zum Besitzstand und die britische Opt-Out-Klausel im sozialpolitischen Bereich wird eingeschränkt. Ein echter Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts wird geschaffen. In institutioneller Hinsicht ermöglicht der Vertrag von Amsterdam eine stärkere Demokratisierung. Nunmehr billigt das Parlament die Ernennung des Kommissionspräsidenten anstatt eine bloße Stellungnahme abzugeben, wodurch die Rolle der Kommission gestärkt wird. Deren Dienststellen werden unabhängig davon, ob sie von der Neuaufteilung der Kommissionsämter – von denen die größten Mitgliedstaaten weiterhin zwei besetzen – zwischen den Staaten betroffen sind, umstrukturiert.

Doch in zwei entscheidenden Punkten schlug die institutionelle Reform fehl, nämlich in der Zahl der Kommissionsmitglieder und der Stimmengewichtung im Rat. Der an den Arbeiten beteiligte Präsident der Europäischen Kommission, Jacques Santer, gibt dies zwischen den Zeilen zu: *„Zur Zahl der Kommissare und der Stimmengewichtung im Rat ist viel Papier gefüllt worden. Man mag bedauern, daß es keine endgültige Einigung in dieser Frage gegeben hat, aber das angenommene Protokoll belegt den politischen Willen der Staats- und Regierungschefs, die institutionellen Fragen vor der Erweiterung zu lösen. Im Übrigen haben wir durch die Einführung der verstärkten Zusammenarbeit auch einen Schritt in diese Richtung unternommen. Die Zahl der Kommissionsmitglieder wird zu gegebener Zeit im Rahmen eines umfassenden Kompromisses, der auch die Stimmengewichtung einschließt, verringert werden. Damit die Erweiterung auf eine Union mit mehr als 20 Mitgliedern in einem geeigneten institutionellen Rahmen erfolgreich vollzogen werden kann, schlägt die Kommission in ihrer Agenda 2000 vor, so früh wie möglich nach Beginn des neuen Jahrtausends eine weitere Regierungskonferenz einzuberufen, um tiefgreifende institutionelle Reformen zu beschließen.“*⁶⁴¹

Für die konkrete Aufteilung der Kommissionsämter muss nun ein neuer Schlüssel gefunden werden. Seinerzeit hat jeder Staat „Anspruch“ auf mindestens einen Kommissionsitz, die größeren Staaten auf zwei. Bei 15 Mitgliedstaaten besteht die Kommission somit aus zwanzig Kommissaren. Mit dem Hinzukommen von zwölf weiteren Staaten Mittel- und Osteuropas steigt die Zahl auf mehr als 30, ohne dass die Kompetenzbereiche der Kommission zunehmen, die eine solche „Posteninflation“ rechtfertigen würden. Auch die Abstimmung im Rat im Rahmen des ersten Pfeilers wird nicht verbessert: Unter dem Druck mehrerer Staaten, die teilweise oder ganz gegen die Ausstattung der Europäischen Union mit supranationalen Befugnissen sind, wird die Erreichung der Sperrminorität erleichtert. Eigentlich sollte das Stimmengewicht je Mitgliedstaat durch eine wohl durchdachte Stimmenverteilung zwischen „großen“, „mittleren“ und „kleinen“ Ländern überarbeitet werden, doch verschärfte sich das Misstrauen paradoxerweise im Zuge der bevorstehenden Osterweiterung, und die Blockadesituationen ließen sich nicht vermeiden.

Doch auch andere Schwachpunkte erhitzen die Gemüter einiger Mitglieder des Parlaments⁶⁴². Schon bald steht der Vertrag von Amsterdam im Mittelpunkt eines umfangreichen Berichts⁶⁴³, zu dessen Mitverfassern Íñigo Méndez de Vigo gehört⁶⁴⁴. In dem Bericht werden die „Ergebnisse“ von Amsterdam systematisch gegen die Erwartungen der Abgeordneten abgewogen. Das Ergebnis lässt sehr zu wünschen übrig, denn der Vertrag von Amsterdam hat viele seiner Ziele nicht erreicht. Seltsamerweise hindert dies Íñigo Méndez de Vigo nicht daran, den Vertrag zum Abschluss seiner Rede im Plenarsaal in den höchsten Tönen zu loben: *„Ich möchte mich speziell an die wenden, die gute Europäer sind, die immer auf der Seite der Vorkämpfer für den Fortschritt und den Aufbau Europas waren, die jedoch jetzt geneigt sind, sich der Stimme zu enthalten oder mit Nein zu stimmen, weil sie glauben, daß der Vertrag von Amsterdam unzureichend ist. Ich erinnere an einige Worte von Ortega y Gasset, die er während einer Rede in Berlin gebraucht hat, als er sich auf Miguel de Cervantes bezog, der, als er schon alt war und sein Leben fast hinter sich hatte, sagte, daß es Momente in unserem Leben gibt, in denen man sich entscheiden muß, ob man Raststätte oder Weg sein will. Raststätte zu sein, bedeutet, sich nicht zu bewegen, sich still zu verhalten. Weg zu sein, bedeutet, Fortschritte zu machen. Der Vertrag von Amsterdam ist ein Weg. Sicherlich ist es für die von uns gesetzten Ziele ein kurzer Weg, sicherlich ist es ein enger Weg, sicherlich hätte es vielen von uns gefallen, wenn dieser Weg eine Allee gewesen wäre, aber das Wichtigste ist, daß es ein Weg ist und daß dieser Weg gegangen wird, anstatt stehenzubleiben und eine Raststätte zu sein. Und deshalb möchte ich diejenigen, die*

immer gewollt haben, daß Europa Fortschritte macht, diejenigen, die immer auf der Seite der Vorkämpfer für das europäische Aufbauwerk waren, bitten, darüber nachzudenken und mit uns allen, die wir mit Ja stimmen werden, diesen Weg zu gehen“⁶⁴⁵.

Die EVP-Fraktion vertritt dieselbe Position: Trotz seiner unübersehbaren Schwachstellen ermöglicht der Vertrag, einen Schritt vorwärts zu gehen, einen kleinen zwar, aber dennoch einen Schritt. Die Anstrengungen müssen also fortgesetzt werden. Elmar Brok lässt seinen Blick schon weiter schweifen: *„Es geht nicht darum, daß wir jeden Sachbereich mit Spezialregelungen in den Vertrag hineinbringen, sondern wir brauchen weniger Spezialregelungen, vielmehr eine Vereinfachung des Vertrags, um alle Politikbereiche unter dieselben Regeln zu bringen. Wir müssen nicht zu einem Riesenvertrag kommen, sondern zu einem kleineren Vertrag. Wir müssen auf Dauer eine Verfassung erreichen, weil dies der einzige Weg ist, um hier wirklich voranzukommen“⁶⁴⁶.*

Es muss also über ein neues institutionelles Treffen nachgedacht werden. Darin liegt wohl letztlich der eigentliche Sinn der Politik der „kleinen Schritte“, die von Jean Monnet und Robert Schuman eingeleitet wurde, die mit Geduld und Beharrlichkeit die europäische Integration vorangetrieben haben.

Die Union erneut vor dem Dilemma: Muss die Vertiefung der Erweiterung geopfert werden?

Alle Hoffnungen waren auf die Regierungskonferenz gerichtet, die im März 1996 in Turin eröffnet wurde. Der Vertrag von Amsterdam, der anderthalb Jahre später unterzeichnet wird, lässt dem Wirken der Dialektik, der zufolge „Vertiefung und Erweiterung“ die zwei Seiten derselben Medaille sind, breiten Raum. Im Verlauf der Wahlkampagne zur Europawahl am 10. und 13. Juni 1999 weist Wilfried Martens darauf hin, dass die institutionelle Reform auf der Prioritätenliste der EVP ganz oben steht⁶⁴⁷. Letzten Endes werde der Amsterdamer Vertrag nur *„eine Phase in einem sich ständig weiterentwickelnden Prozeß“* gewesen sein und nun müsse *„bei der Verbesserung der europäischen Institutionen weitergegangen werden“⁶⁴⁸.*

Es ist erneut eine bevorstehende Erweiterung der Europäischen Union, die die Notwendigkeit einer umfassenden institutionellen Reform in aller Deutlichkeit vor Augen führt. Was dem Vertrag von Amsterdam nicht zur Gänze gelungen ist, soll die nächste Regierungskonferenz vollbringen. Am Ende der Europäischen Ratstagung am 3. und 4. Juni 1999 in Köln bekräftigen die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union die Notwendigkeit, eine Regierungskonferenz

einzuuberufen, um die in Amsterdam nicht geregelten institutionellen Fragen zu lösen.

Vonseiten des neuen Kommissionspräsidenten, des Italieners Romano Prodi, wird der Wunsch an den Christdemokraten und früheren belgischen Ministerpräsidenten, Jean-Luc Dehaene, den früheren Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland, Richard von Weizsäcker, und den ehemaligen Vorsitzenden von British Petroleum und ehemaligen Minister, Lord David Simon of Highbury, herangetragen, völlig frei ihre Ansichten zu den *„institutionellen Auswirkungen der Erweiterung“* zu äußern.

Dem Bericht⁶⁴⁹, den sie am 18. Oktober 1999 vorlegen, ist nichts hinzuzufügen. In Vorbereitung der bevorstehenden Erweiterung um die mittel- und osteuropäischen Länder bedarf es dringend einer institutionellen Reform: *„Die institutionelle Struktur der Europäischen Union wurde in den fünfziger Jahren für eine Gemeinschaft von sechs Mitgliedstaaten geschaffen. (...) Indessen gibt es jetzt unübersehbare Anzeichen dafür, daß dieses System nicht länger in der Weise funktioniert, wie dies in einer Union von fünfzehn Mitgliedern der Fall sein sollte. Daher stellt sich automatisch die Frage, ob die Institutionen, wie sie ursprünglich konzipiert wurden, in einer Union, der in absehbarer Zukunft 25 bis 30 oder noch mehr Länder angehören werden, ihrer Aufgabe noch gerecht werden können.“*⁶⁵⁰

Die Verfasser des Berichts erstellen daher eine Liste mit institutionellen Lösungen. Sie schlagen vor, die individuelle Zuständigkeit der Kommissare klarer abzugrenzen und gleichzeitig die Autorität des Kommissionspräsidenten zu stärken, die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit auf die zweite und dritte Säule auszudehnen und dem Parlament *„bei allen Abstimmungen mit qualifizierter Mehrheit in legislativen Angelegenheiten, die die erste Säule betreffen, (...) eine Mitentscheidungsgewalt“* einzuräumen. Sie streben zudem eine Reform des Rates an, um die Effizienz dieses Organs zu erhöhen, und schlagen *„eine erhebliche Verringerung der Anzahl der Ratsformationen oder einen wirkungsvollen Koordinierungsmechanismus zwischen den Räten“* vor. Schließlich wird in dem Bericht auf die Notwendigkeit verwiesen, dass die Europäische Union auf der internationalen Bühne geschlossen auftritt, und die Mitgliedstaaten, die weiter oder schneller voranschreiten wollen, die Möglichkeit zur verstärkten Zusammenarbeit insbesondere im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik erhalten.

Die Initiativen Frankreichs und Deutschlands

Während seit Februar 2000 eine neue Regierungskonferenz tagt, um eine weitere institutionelle Reform vorzubereiten, beschließt der

deutsche Außenminister Joschka Fischer, die Initiative zu ergreifen. Auf das deutsch-französische Verhältnis bauend hält er am 12. Mai 2000 an der Humboldt-Universität zu Berlin eine sehr föderalistisch geprägte Rede in der Hoffnung, so die Gunst der französischen Regierung zu erringen, die während der Arbeiten der Regierungskonferenz den EU-Ratsvorsitz innehaben wird. Präsident Jacques Chirac antwortet ihm am 27. Juni mit einer etwas ernüchternden Rede vor dem Bundestag.

Was die Form anbelangt, so begrüßt die EVP-ED-Fraktion, dass die maßgeblichen europäischen Politiker wieder eine institutionelle Debatte führen. Der *„deutsch-französische Motor in der europäischen Einigung kann in einer kritischen Phase der europäischen Integration entscheidende neue Anstöße geben“*⁶⁵¹. Was dagegen den Inhalt betrifft, so prüft die Fraktion beide Vorschläge sorgfältig und kompromisslos. Im Ergebnis dessen findet der deutsche Vorschlag in zahlreichen Punkten nicht die Unterstützung der Fraktion⁶⁵², während der französische Standpunkt äußerst genau während des Ratsvorsitzes verfolgt wird⁶⁵³.

Das Scheitern von Nizza (Dezember 2000)

Die institutionelle Debatte führt zu keinerlei Fortschritten in Nizza, wo sich die Staats- und Regierungschefs am Ende des französischen Ratsvorsitzes im Dezember 2000 versammeln. Noch schlimmer wiegt jedoch die Tatsache, dass sich das europäische Gipfeltreffen zum Kampfplatz nationaler Egoismen entwickelt. Keiner der führenden Politiker ist bereit, einen Teil seiner Macht im Entscheidungsprozess oder sein Vetorecht dem gemeinsamen Interesse unterzuordnen. Die Zahl der Kommissare müsste drastisch verringert werden; die Verhandlungsführer von Nizza „einigen sich darauf“, bei einem Kommissar pro Mitgliedstaat zu bleiben. Die Stimmengewichtung bei der Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit verkompliziert sich wegen der zum Teil irrationalen Befürchtungen einiger Mitgliedstaaten, ihren nationalen Einfluss einzubüßen.

Am anderen Ende der Stadt machen sich die Föderalisten auf dem Gelände des ehemaligen Südbahnhofs stark. Im Vergleich zu den demonstrierenden Globalisierungsgegnern, die seit Seattle im Schatten internationaler Konferenzen in die Öffentlichkeit drängen, trotzen nur wenige von ihnen dem Regen, um einen wirklichen Wandel in Europa einzufordern. Zu ihnen gehören italienische und französische Sozialisten, deutsche Grüne und schwedische Liberale. Anwesend sind dort unter anderem auch José María Gil-Robles Gil-Delgado und Alain Lamassoure, der nach Daniel Cohn-Bendit das Mikrofon ergreift: „Was

*heute wichtig ist in Nizza, ist nicht, was sich am anderen Ende der Stadt im Acropole abspielt, von wo nur minder wichtige Entscheidungen ausgehen werden. Ein Kommissar mehr oder weniger, zwei oder drei Abstimmungspunkte mehr oder weniger, damit wird Europa nicht verändert. Was Europa verändert, das sind die Menschen auf der Straße im Namen Europas.*⁶⁵⁴

Das Scheitern von Nizza ist nachhaltig. Knapp 4 Jahre vor der größten Erweiterung sind die Europäer noch immer nicht zu einer Einigung über die künftigen Regeln für das gemeinsame Leben gekommen.⁶⁵⁵ Im Anschluss an dessen Bericht über den Gipfel richtet Hans-Gert Pöttering daher am 12. Dezember 2000 im Namen der Fraktion die folgenden Worte an den französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac: *„Sie haben am Ende des Gipfels gesagt: ‚Der Gipfel von Nizza wird in die Geschichte Europas als ein großer Gipfel eingehen.‘ Ich muss Ihnen leider für unsere Fraktion sagen, dass wir dem nicht zustimmen können. (...) Wir haben leider in den letzten Monaten – und auch dies darf sich niemals wiederholen, weil es wie ein schleichendes Gift in der Europäischen Union wirkt -, den Gegensatz zwischen den großen und den kleinen Ländern erlebt, wobei sich manche große Länder sehr kleinlich, und manche kleine Länder sich großartig verhalten haben. (...) Und wir haben in den letzten Wochen und Monaten mit großer Sorge gesehen, dass die Regierungen immer mehr in einen Intergouvernementalismus zurückfallen, in eine Regierungszusammenarbeit, und ich hoffe, dass der Geist von Pierre Pflimlin, von Robert Schuman und Jean Monnet der Geist und die Vision sein werden, die die Zukunft Europas bestimmen, (...) weil wir zutiefst davon überzeugt sind, dass nur das gemeinschaftliche Europa, starke europäische Institutionen und das Recht, die Demokratie, die Solidarität und den Frieden auf unserem Kontinent sichern.*“⁶⁵⁶

Da sie trotz ihrer Enttäuschung das Kind nicht mit dem Bade ausschütten will, beschließt die EVP-ED-Fraktion, für die Ratifizierung des Vertrags zu werben. Und dies aus einem einfachen Grund: Besser unvollkommene formale Fundamente für die Erweiterungen als gar keine. Die Fraktion möchte noch einen Schritt weiter gehen und beschließt auf dem EVP-Kongress im Januar 2001 in Berlin, eine Entschließung⁶⁵⁷ vorzulegen, um in Vorbereitung des Post-Nizza-Prozesses *„klare Perspektiven (...) zur Überwindung [der] Defizite [des Vertrags]“* anzubieten. So unternimmt die EVP-ED-Fraktion in der Post-Nizza-Phase erhebliche Anstrengungen, um die Regierungen zu einer Revision des Vertrags zu bewegen. In der knapp ein Jahr später angenommenen Erklärung von Laeken finden sich daher viele der auf dem Kongress in Berlin angenommenen Positionen wieder.

Kapitel XXXV

**DER UNION EINE ZUKUNFT GEBEN:
VON DER EUROPÄISCHEN
VERFASSUNG (OKTOBER 2004)
ZUM VERTRAG VON LISSABON
(OKTOBER 2007)**

**Der Erfolg der Europäischen Verfassung (2002)
nach dem Scheitern der Regierungskonferenz in Nizza
(Dezember 2000)**

Natürlich ist das Europäische Parlament mit dem Ergebnis der Europäischen Ratstagung in Nizza vom 7. bis 11. Dezember 2000 nicht zufrieden. In der am 14. Dezember nahezu einstimmig angenommenen Entschließung *„vertritt [das Parlament] die Auffassung, dass die Art und Weise, in der die meisten Staats- und Regierungschefs ihre abschließenden Verhandlungen über den Vertrag von Nizza geführt haben, zeigt, dass sie eher ihren kurzfristigen nationalen Interessen als den Interessen der Europäischen Union Vorrang eingeräumt haben“*. Der komplexe Entscheidungsprozess im Rat für das Erreichen der qualifizierten Mehrheit, die unzureichende Erweiterung des Anwendungsbereichs des Mehrheitsbeschlusses in den für die Erweiterung wichtigen Bereichen und die Beschränkung der gesetzgebenden Mitentscheidung des Europäischen Parlaments zeigen, dass die vom Parlament und der EVP-ED-Fraktion erwartete institutionelle Reform noch längst nicht vollzogen ist. Ganz im Gegenteil. Die Institutionalistinnen der Fraktion sind überzeugt, dass sich wieder einmal gezeigt hat, wie unproduktiv die Methode der Verhandlungen auf Regierungsebene, die den zutiefst national geprägten Sichtweisen nahezu unbegrenzten Raum lassen, ist. Das Parlament fordert daher bereits am 14. Dezember, dass *„zu diesem Zweck (...) ein Konvent ähnlich wie bei der Charta der Grundrechte einberufen werden [sollte], dem Vertreter der Beitrittsländer sowie der Union angehören und in dem keine Partei ein Vetorecht besitzt; nach einer breiten öffentlichen Debatte sollte dieser Konvent einen Entwurf für die Reform, Vereinfachung und Neugestaltung der Verträge mit dem Ziel vorlegen, ein einheitliches, klares und gestrafftes Dokument („Verfassung“) zu schaffen.“*

Der Hinweis auf den Konvent zur Ausarbeitung der Grundrechtecharta ist nicht ohne Bedacht gewählt. Die „Verkündung“ der Grundrechtecharta durch den Europäischen Rat am 10. Dezember 2000 gehört zu den wenigen Erfolgen von Nizza. Bestehend aus Vertretern der nationalen Parlamente (2 Vertreter für jede der 15 nationalen Versammlungen und ebenso viele Stellvertreter), persönlichen Beauftragten der Ministerpräsidenten der Fünfzehn, einem Vertreter des Präsidenten der Europäischen Kommission und einer 16-köpfigen Delegation des Europäischen Parlaments (und ebenso vielen Stellvertretern) führte der Konvent zehn Monate lang einvernehmliche Debatten, in deren Ergebnis ein klarer und präziser Text entstand. Als Beobachter nahmen Vertreter des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften und des Europarates regelmäßig am Konvent teil. Zudem wurden der Wirtschafts- und Sozialausschuss, der Ausschuss der Regionen und der Europäische Bürgerbeauftragte als Institutionen der Europäischen Gemeinschaft um Stellungnahmen zur Charta ersucht. Zwei Sondersitzungen wurden abgehalten, eine mit Vertretern der Beitrittsländer und eine mit Vertretern sonstiger Einrichtungen, Sozialgruppen, Nichtregierungsorganisationen und der Zivilgesellschaft. Über ein EDV-gestütztes System, das im Generalsekretariat des Rates koordiniert wurde, konnten alle interessierten Kreise ihre Beiträge – insgesamt mehrere Hundert – einsenden, die dann den Mitgliedern des Konvents zugeleitet wurden, wodurch eine unmittelbare und transparente Beteiligung ermöglicht wurde. Dank dieser auf Abstimmung und Konsens orientierten Arbeitsmethode konnte ein ausgewogener Text erarbeitet werden, der die nahezu einstimmige Zustimmung der Konventsmitglieder fand.

Die EVP-ED-Fraktion ist angesichts ihrer zahlenmäßigen Stärke im Europäischen Parlament auch zahlreich in der Delegation des Parlaments vertreten, der aus Reihen der EVP-ED Charlotte Cederschiöld, Thierry Cornillet, Ingo Friedrich, Timothy Kirkhope, Hanja Maij-Wegen und Íñigo Méndez de Vigo angehören, der nicht nur Vorsitzender der Delegation des Europäischen Parlaments sondern auch ein Verfechter der Konventsmethode werden wird. Einige der Genannten werden auch an den Beratungen des Konvents über die Zukunft der Union wieder beteiligt sein.

Ein Ziel im Visier: eine Europäische Verfassung

Auf dem Kongress der Europäischen Volkspartei im 11. Januar 2001 in Berlin wirbt Wilfried Martens für eine Europäische Verfassung. Wir brauchen, sagt er, „*einen Grundlagentext, der von einigen unter uns schon als Europäische Verfassung bezeichnet wird*“. Das vom Kongress

in Berlin angenommene Politikprogramm „Eine Union gemeinsamer Werte“ gibt den bei der Aussprache einen Monat zuvor in Straßburg vertretenen Standpunkt der Fraktion wieder, bei der sie insbesondere das vorgeschlagene Verfahren eines neuen Konvents unterstützt hatte: *„Die Europäische Union benötigt einen Verfassungsvertrag, um die Entscheidungsprozesse zwischen den europäischen Institutionen sowie die Aufteilung der Kompetenzen zwischen der Europäischen Union und den einzelnen Mitgliedstaaten in Einklang mit dem Subsidiaritätsprinzip festzulegen. Außerdem muss dieser Verfassungsvertrag eine Grundrechtecharta einschließen. Dieser Verfassungsvertrag, der von den Völkern im Rahmen des demokratischen Verfahrens verabschiedet werden muss, soll durch eine Versammlung ausgearbeitet werden, die ähnlich wie die Versammlung zur Ausarbeitung der Grundrechtecharta zusammengesetzt ist.“*

Die Fraktion besteht auf der „Konventsmethode“

Die Einsetzung des Europäischen Konvents ist unmittelbar der Fraktion zugute zu halten, die die Zusage dazu im Gegenzug zur Anerkennung des Vertrags von Nizza erhält⁶⁵⁸. Obgleich er selbst die großen diplomatischen Konferenzen angeregt hat, aus denen die Europäischen Ratstagungen hervorgegangen sind, weist Valéry Giscard d'Estaing bei den Studientagen der Fraktion im März 2000 in Paris darauf hin, dass die Methode der Regierungskonferenz bei den institutionellen Reformen gescheitert ist⁶⁵⁹. Nizza wird als weiteres Beispiel hierfür in die Geschichte eingehen. Um der institutionellen Reform neuen Schwung zu geben, braucht es daher mehr als eine Regierungskonferenz, wie Íñigo Méndez de Vigo in seinem Bericht⁶⁶⁰ von 2001 im Namen des Ausschusses für konstitutionelle Fragen deutlich unterstreicht: *„Dass sich die Methode der Regierungszusammenarbeit erschöpft hat, wird in der Erklärung über die Zukunft der Union im Anhang zum Vertrag von Nizza implizit anerkannt.“*

Zur Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates in Göteborg im Juni 2001 legt die Fraktion eine EntschlieÙung⁶⁶¹ vor, in der sie die Auffassung vertritt, dass *„das endgültige Ergebnis der nächsten Regierungskonferenz im Wesentlichen von ihrer Vorbereitung abhängen wird, und (...) aus diesem Grund die Einrichtung eines Konvents entsprechend dem organisatorischen Aufbau und dem Mandat des für die Ausarbeitung der Charta der Grundrechte eingesetzten Konvents [vorschlägt]“*.

Die EVP-ED-Fraktion möchte den Konvent aktiv vorbereiten. Im Zusammenwirken zwischen Fraktion und Partei wird vor dem Gipfeltreffen von Laeken ein für die Strategie der Christdemokraten

entscheidendes Dokument entstehen: *„Eine Verfassung für ein starkes Europa“*⁶⁶².

In den Schlussfolgerungen des Dokuments erinnert die EVP daran, wie sie sich für den Konvent eingesetzt hat: *„Wir wollen Vorreiter für ein klares und kohärentes Konzept für die Zukunft der Europäischen Union sein. Nur dann lässt sich der Erfolg der Europäischen Einigung fortsetzen und ein effizientes Europa schaffen – für uns und für kommende Generationen. (...) Dies ist unser Beitrag zum Bau eines demokratischeren, transparenteren und effizienteren Europa. Unser Ziel ist ein Europa, das in der Lage ist, Lösungen für die Herausforderungen einer globalisierten Welt anzubieten und angemessene Antworten auf die Fragen unserer Bürger zu finden. (...) Institutionen und deren Reformen sind kein Selbstzweck. Aber sie sind notwendig, um ein erweitertes Europa zu bauen, das handlungsfähig ist und Freiheit und Menschenrechte, Frieden und Wohlstand für alle Bürger gewährleisten kann.“*⁶⁶³

In der Schlusserklärung ihrer Tagung in Laeken im Dezember 2001 sprechen sich die Staats- und Regierungschefs dafür aus, *„im Hinblick auf eine möglichst umfassende und möglichst transparente Vorbereitung der nächsten Regierungskonferenz (...) einen Konvent einzuberufen, dem die Hauptakteure der Debatte über die Zukunft der Union angehören“*.⁶⁶⁴

Da liegt der historische Bezug zu einem berühmten Vorgänger, dem Konvent von Philadelphia, quasi auf der Hand. Das Problem, das Alain Lamassoure in einem Satz zusammenfasst, ist nämlich genau das gleiche: *„Wie lässt sich eine lockere Konföderation von Nachbarstaaten in eine starke Union verwandeln, die gleichwohl deren Identität wahrt?“*⁶⁶⁵ Hinzu kommt vielleicht auch der ehrgeizige Traum einiger, ähnlich den Vätern der Vereinigten Staaten von Amerika, die neuen Väter der Vereinigten Staaten von Europa zu werden...

In dem von Partei und Fraktion ausgearbeiteten und dem EVP-Vorstand am 6. Dezember 2001 vorgelegten Dokument *„Eine Verfassung für ein starkes Europa“* werden die Ziele konkret benannt. Die innovativen Gedanken des Berichts Herman aufgreifend wird vorgeschlagen, dass der Präsident der Kommission vom Europäischen Parlament gewählt und anschließend vom Rat mit einfacher Mehrheit bestätigt wird. Die Einsetzung der Kommission soll im gleichen Wege erfolgen, ohne dadurch den neu gewählten Präsidenten in seinen Auswahlmöglichkeiten zu beschränken. Diese Methode, die *„den europäischen Parteien [die Möglichkeit bietet] dem Europäischen Parlament ihre eigenen Kandidaten im Rahmen eines Wahlkampfs vorzustellen“*⁶⁶⁶ stellt natürlich einen beträchtlichen Fortschritt für die Demokratie der Union dar. Nach dem Willen der Parlamentarier geht es nicht darum, die europäische Exekutive zu entmündigen, sondern ihr vielmehr *„eine*

entscheidende Rolle im Gemeinschaftssystem“ zukommen zu lassen, und dies insbesondere im Initiativbereich, wie Jean-Luc Dehaene auf der Fraktionssitzung in Genval im September 2001 betont. Die Kommission soll demnach *„das wirkliche Exekutivorgan der Union“* werden. In Laeken wird diese Idee einige Monate später wiederaufgenommen werden.

Doch auch das Europäische Parlament braucht weitere Befugnisse, um der Forderung nach Demokratisierung der Union zu entsprechen. Die Europaabgeordneten müssen nicht nur zahlreich im Konvent vertreten sein, das Parlament muss in der künftigen institutionellen Architektur *„ein dem Europäischen Rat gleichgestelltes gesetzgebendes Gremium werden, was auch Haushaltsbefugnisse einschließt. (...) Die Zusammensetzung des Parlaments sollte die Verteilung der Bevölkerung so ausgewogen wie möglich repräsentieren und dabei gleichzeitig eine Mindestvertretung der kleinsten Staaten gewährleisten. (...) Die Zahl der europäischen Abgeordneten muß auf 700 begrenzt werden, um die Arbeitsfähigkeit sicherzustellen.“*⁶⁶⁷

Nicht zuletzt greifen die Christdemokraten in dem Vorschlag der Fraktion eine Grundsatzinitiative des Berichts Herman auf: den Schutz der Menschenrechte. Die soeben proklamierte neue Charta der Grundrechte lässt sich unproblematisch in die Ergebnisse der Arbeit des Konvents integrieren. Dies ist von sehr konkretem Nutzen, da der somit verfassungsmäßig verankerte Wortlaut der Charta *„rechtlich bindende Beschlüsse bewirken“*⁶⁶⁸ kann.

Nur wenige Monate nach Beginn der Arbeiten des Konvents hält die Europäische Volkspartei im Oktober 2002 ihren jährlichen Kongress in Estoril ab. Der von Fraktion und Partei gemeinsam verfasste Text wird den nationalen Parteien vorgelegt, die diesen vor der Annahme eines endgültigen Standpunkts diskutieren sollen. Diese Debatte ist auch ein Testlauf, denn jede der nationalen Parteien ist im Konvent mit Parlaments- und einige sogar mit Regierungsgesandten vertreten. Drei am Konvent beteiligte Mitglieder der EVP-ED-Fraktion werden beauftragt, vor dem Kongress über verschiedene Aspekte Bericht zu erstatten: Elmar Brok, Alain Lamassoure und Íñigo Méndez de Vigo. Der erste dieser drei „Größen“ ist ein erfahrener Europaabgeordneter und mit allen Geheimnissen des Straßburger Plenarsaals und der Flure von Brüssel vertraut; der zweite ist ein brillanter „Enarch“ und ehemaliger beigeordneter Minister für europäische Angelegenheiten; der dritte ein anerkannter spanischer Konstitutionalist. Die beiden Letztgenannten werden einige Monate nach Abschluss des Konvents viel beachtete Bücher verfassen, die nicht ohne gewissen Einfluss auf die Debatten in ihren jeweiligen Ländern bleiben werden: So veröffentlicht Alain

Lamassoure die „*Histoire secrète de la Convention européenne*“⁶⁶⁹ in Frankreich und Íñigo Méndez de Vigo „*El rompecabezas. Así redactamos la Constitución europea*“⁶⁷⁰ in Spanien. Sie teilen die föderalistische Vision der Fraktion und spielen im Konvent eine wichtige Rolle. Die Abstimmung über den endgültigen Wortlaut erfolgt nach zwei Tagen intensiver Erörterungen und Verfahrensprozeduren. Das Ergebnis lässt den später vom Konvent angenommenen Wortlaut ahnen: „*Wir wagen es nicht, auf diesen Tag zu hoffen, aber zehn Monate später erneut gelesen, enthält er grundsätzlich alle wesentlichen Elemente, die im endgültigen Entwurf enthalten sein werden!*“⁶⁷¹

Die EVP ist natürlich nicht die Einzige, die föderal orientierte und innovative Vorschläge einbringt, aber die meisten anderen stehen allein. „*Das ist damit gemeint, wenn die Engländer von „Meanstream“ sprechen, der „Mittelstrom“ der Europäischen Volkspartei stimmt genau mit dem Mittelstrom des Konvents überein. 30 % der Konventsmitglieder sind Mitglieder der Europäischen Volkspartei, und diese Kraft ist natürlich sehr einflussreich.*“⁶⁷²

Der Einfluss der EVP-ED im Präsidium des Konvents (Februar 2002-Juni 2003)

Dieser als bestimmend empfundene Einfluss der Christdemokraten spiegelt sich in der Auswahl der Präsidiumsmitglieder des Konvents wider. Bevor mit der Arbeit begonnen werden kann, muss zunächst ein Präsident gefunden werden. Dieser sollte ein überzeugter Europäer mit einer vorzugsweise starken Persönlichkeit sein, der in der Lage ist, eine uneinheitliche und gelegentlich zwiegespaltene Versammlung zu leiten, über erwiesene europäische Erfahrung verfügen und zudem für viele bevorstehende Arbeitsmonate zur Verfügung stehen. Oder, wie es die Christdemokraten zusammenfassen, „*eine herausragende und europaweit anerkannte politische Persönlichkeit mit parlamentarischer Erfahrung*“⁶⁷³. Die eigene Eignung als Kandidat erkennend, ohne sich selbst jedoch als solcher ins Spiel zu bringen, wird schließlich zur großen Freude der Fraktion, zu deren Mitgliedern der ehemalige Präsident der Französischen Republik gehörte, Valéry Giscard d'Estaing in dieses Amt berufen.

Was die Zusammensetzung des Präsidiums anbelangt, das den Präsidenten in seiner Arbeit unterstützen soll, spricht sich die Fraktion für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Vertretern des Europäischen Parlaments, der nationalen Parlamente, des Rates und der Kommission aus. Der Rat folgt diesem Wunsch und setzt drei Vertreter der Mitgliedstaaten für die drei aufeinanderfolgenden Präsidenschaften und

jeweils zwei Vertreter für das Europäische Parlament, die nationalen Parlamente und die Kommission ein.

Zur Unterstützung des Präsidenten werden ihm zwei Stellvertreter an die Seite gestellt: der Belgier Jean-Luc Dehaene und der Italiener Giuliano Amato. Dem Präsidium gehört auch der zum Vorsitzenden der Delegation des Europäischen Parlaments gewählte Íñigo Méndez de Vigo an.

Sieben der dreizehn Mitglieder des Präsidiums des Konvents können der politischen Familie der EVP zugeordnet werden: Neben dem Präsidenten Valéry Giscard d'Estaing und dem stellvertretenden Präsidenten Jean-Luc Dehaene gehören dazu auch Íñigo Méndez de Vigo, Kommissionsmitglied Michel Barnier, die spanische Außenministerin Ana Palacio Vallelersundi, der ehemalige irische Premierminister, John Bruton, und als Vertreter der Beitrittsländer der Slowene Alojz Peterle, der künftig der Fraktion angehören sollte.

Mit Elmar Brok, Timothy Kirkhope, Alain Lamassoure, Hanja Maij-Weggen und Antonio Tajani, die zu ordentlichen Konventsmitgliedern ernannt werden, gehören 6 der 16 Parlamentsvertreter der Fraktion an.

Die Parlamentarier bilden mit 46 von insgesamt 62 Mitgliedern die größte Vertretergruppe im Konvent, dem neben den Vertretern des Europäischen Parlaments noch 30 Mitglieder der nationalen Parlamente angehören. Die Regierungen stellen 15 Vertreter und die Kommission 2. Die von der EVP-ED-Fraktion gewollte und vorangetriebene demokratische Legitimität ist unstrittig.

Die Fraktion ist mit dem Ergebnis zufrieden

Im Verlauf des Konvents spielt die EVP-ED-Fraktion wiederholt eine maßgebende Rolle. Sie konzentriert ihre Beiträge auf konkrete Themen. Im Gegensatz zu anderen Fraktionen, Politikern oder Vertretern von Organen gelingt es ihr, eine gewisse Harmonie in ihren Standpunkten und den Debatten auszustrahlen. Dies ist nicht immer einfach, da es in der Fraktion seit dem Anschluss der britischen Konservativen beträchtliche Meinungsunterschiede in der Frage der Integration gibt.

Alain Lamassoure stellt fest, dass *„den Bemühungen der Europäischen Volkspartei zwei Verdienste zukamen. Erstens konnten sehr nahe-stehende Persönlichkeiten in unsere Arbeiten einbezogen werden, die ihre Erfahrungen einbrachten. (...) Zweitens und vor allem aber hat die Europäische Volkspartei einen recht zwanglosen Rahmen zur grundsätzlichen Beendigung der Zankereien um „gemeinschaftlich“ und „zwischenstaatlich“, zwischen „kleinen“ und „großen“ Ländern, „alten Mitgliedstaaten“ und „neuen Mitgliedstaaten“, „Christen“ und „Atheisten“ usw. geboten. Alle diese Themen, die die Partei ebenso wie den Konvent spalteten, für*

die jedoch im „familiären“ Rahmen der Partei leichter eine Einigung gefunden werden konnte.“⁶⁷⁴

Durch die führende Position der Fraktion in der Delegation des Europäischen Parlaments bietet sich dem in den Konvent entsandten Íñigo Méndez de Vigo die Möglichkeit, den Vorsitz in einer der sechs vom Präsidium eingesetzten Arbeitsgruppen zu übernehmen, und zwar in der Gruppe I zum Subsidiaritätsprinzip, die Antworten auf die Fragen im Zusammenhang mit der Kontrolle dieses Prinzips finden soll⁶⁷⁵. Das Sekretariat stellt den Fraktionsmitgliedern seine materiellen und personellen Kapazitäten zur Verfügung, um für eine größtmögliche Verbreitung von Informationen über die Arbeit des Konvents zu sorgen. So wird nach jeder Sitzung des Konvents ein Schreiben der EVP-ED-Fraktion an den Konvent verfasst, und in einem Dossier werden alle im Konvent und seinen Arbeitsgruppen erörterten Themen zusammengefasst.

Einfluss auf die Arbeit des Konvents kann die EVP-ED-Fraktion auch durch ihre Arbeit im Europäischen Parlament über die von ihren Mitgliedern verfassten parlamentarischen Berichte nehmen. So beauftragt der Ausschuss für konstitutionelle Fragen des Europäischen Parlaments, der seine Tätigkeit mit der des Konvents abstimmt, die Franzosen Jean-Louis Bourlanges und Alain Lamassoure mit der Ausarbeitung von zwei Berichten über die Hierarchie der Normen⁶⁷⁶ bzw. die Abgrenzung der Zuständigkeiten⁶⁷⁷. Der Bericht Lamassoure wird im Plenum am 16. Mai 2002 mit 320 Ja-Stimmen bei 60 Nein-Stimmen gebilligt und findet die Unterstützung der vier großen Fraktionen des Parlaments.

Die EVP-ED-Fraktion veranstaltet am 25. und 26. Juni 2003 in Kopenhagen ihre Studientage, um über die Ergebnisse des Konvents und über ihre Strategie für die endgültige Annahme der Verfassung zu diskutieren⁶⁷⁸. Íñigo Méndez de Vigo erläutert dort, in welcher Form der Text des Konvents das Demokratiedefizit der Union ausräumt: Staaten und Bürger werden auf die gleiche Ebene erhoben; das partizipatorische Geschehen in der Union wird durch den Vorschlag aufgewertet, die Rolle der NRO und der Bürger anzuerkennen; die Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit wird in vielen Bereichen die Regel; die Vergemeinschaftung des Pfeilers 3 hat zur Folge, dass dem Parlament mehr legislative Befugnisse zugestanden werden; die Rechtsinstrumente werden vereinfacht; das institutionelle Gleichgewicht bleibt bestehen; die Kommission wird reformiert; mehrere wichtige Ämter werden eingeführt (z. B. der Außenminister); die Charta der Grundrechte wird in die Verfassung aufgenommen.

Die britischen Europaabgeordneten äußern über ihren Sprecher Timothy Kirkhope Vorbehalte. Der erste und zweifellos nicht geringste

Vorbehalt betrifft die Idee der Verfassung selbst, die gegenüber dem Bürger Vorrang haben könnte – eine Vorstellung, die dem britischen Verfassungsdenken abgeht. Zudem wird die Charta der Grundrechte im Land des Habeas-Corpus-Grundsatzes als die Rechte zu stark einschränkend empfunden. Und schließlich werden die von der Europäischen Verfassung erfassten hoheitlichen Domänen Außenpolitik und Justiz als Angriff auf die britische Souveränität angesehen. Timothy Kirkhope gibt seiner Wortmeldung jedoch einen positiven Ausklang, indem er den Verfassungsvertrag als ein nützliches Instrument bezeichnet, auch wenn ihm das Vereinigte Königreich nicht in jeder Einzelheit zustimme.

In Kopenhagen kommen auch Fragen der christlichen Wurzeln Europas, der Rechtspersönlichkeit der EU, der Rolle der kleinen Staaten sowie der Kontrolle der Exekutive durch das Europäische Parlament zur Sprache. Die Fraktionsmitglieder diskutieren über die Zukunft des Textes, insbesondere seine Verabschiedung durch die Regierungskonferenz und die voraussichtliche Annahme im Rahmen von Referenden. Insgesamt ist die EVP-ED-Fraktion sehr zufrieden mit dem Ergebnis des Konvents, der *„die meisten der Ziele, die sie sich bei ihrem Kongress in Estoril gesteckt hatte“*⁶⁷⁹ aufgegriffen hat, wie das slowenische Präsidiumsmitglied Alojz Peterle unterstreicht.

Auf dem Weg zum Verfassungsvertrag (Oktober 2004)

Um die institutionelle Reform der Union zum Abschluss zu bringen, findet am 4. Oktober 2003 in Rom eine Regierungskonferenz mit dem Ziel statt, die wesentlichen Punkte des Verfassungstextes auszuhandeln und rasch zu einem Konsens zu gelangen. Die Protagonisten der EVP-ED-Fraktion hegen die Hoffnung, dass dieser Konsens noch vor dem Ende des italienischen Vorsitzes im Dezember 2003 gefunden wird.

Dem Europäischen Parlament ist allerdings klar, dass die Regierungen Vorbehalte gegenüber einem derart avantgardistischen Text haben werden. Der Ko-Berichtersteller⁶⁸⁰ über den Entwurf eines Vertrags über eine Verfassung für Europa, José María Gil-Robles Gil-Delgado, appelliert daher an die Staatschefs: *„dass die Behandlung und Lösung dieser konkreten Fragen legitimiert ist, sofern damit eine Vervollkommnung des bisher erreichten demokratischen Konsenses gelingt. Dies darf jedoch nicht der Grund dafür sein, erneut in die konstitutionellen Verhandlungen einzutreten, als webten wir Penelopes Leichentuch. Ich würde den Staats- und Regierungschefs sagen, dass dies ein großer Fehler wäre“*⁶⁸¹.

Die EVP-ED-Fraktion unterstützt den italienischen Ratsvorsitz mit aller Kraft in seinem Bemühen, die Regierungskonferenz zu einem Erfolg zu führen. Darauf weist Elmar Brok bei der Plenardebatte am 19. November 2003 im Anschluss an die Arbeit der Regierungskonferenz hin: *„Die italienische Ratspräsidentschaft [ist] zu ermutigen, ihren bisherigen Kurs fortzusetzen und so eng wie möglich am Konventstext zu bleiben, weil er die Balance darstellt, die schwer durch eine andere ersetzt werden kann. (...) Ich glaube, dass unter dieser Voraussetzung die Chance besteht, diese Konferenz zu einem Abschluss zu bringen“*⁶⁸².

Das voraussichtliche Scheitern des Gipfeltreffens im Dezember 2003 vor Augen, veröffentlichen zwei Abgeordnete der EVP-ED-Fraktion, Elmar Brok und Alain Lamassoure, zusammen mit anderen Mitgliedern des Europäischen Parlaments⁶⁸³ eine Erklärung, in der sie die Alarmglocke läuten. Sie vertreten vor allem die Auffassung, dass die Regierungskonferenz auf dem besten Wege ist, den durch die Arbeit des Konvents erzielten Konsens in Gefahr zu bringen. Ihrer Ansicht nach sollten bestimmte Vorschläge nicht von den Regierungen und schon gar nicht von der Kommission infrage gestellt werden. Dabei geht es ihnen vor allem um die Vorschläge zur Einführung der qualifizierten Mehrheit im Rat, zur Zusammensetzung der Kommission nach 2009, zur Reform des Finanzsystems und zur Schaffung des Amtes des Außenministers der Europäischen Union. Sie bezweifeln darüber hinaus *„dass das Europäische Parlament oder die nationalen Parlamente eine Europäische Verfassung billigen könnten, die dem Europäischen Parlament nicht zumindest die vom Konvent im Haushaltsbereich vorgesehenen Zuständigkeiten einräumt.“*

Die Erklärung gipfelt in einer von Misstrauen geprägten Erkenntnis: *„Wir stellen fest, dass die Glaubwürdigkeit der Regierungskonferenz derzeit ernsthaft gefährdet ist“*.⁶⁸⁴

Das Gipfeltreffen im Dezember 2003 zum Ende des italienischen Ratsvorsitzes der Europäischen Union ist eine wahre Enttäuschung, vor allem für die Mitglieder der EVP-ED-Fraktion. Ihr Vorsitzender stellt in der Plenarsitzung am 16. Dezember unumwunden fest: *„Für die Kolleginnen und Kollegen aus unserer Fraktion, die der Europäischen Volkspartei angehören, möchte ich sagen, dass der 13. Dezember des Jahres 2003 kein guter Tag für Europa war.“*⁶⁸⁵

Im ersten Halbjahr des Jahres 2004 arbeitet die irische EU-Ratspräsidentschaft behutsam daran, die gegensätzlichen Positionen zum Verfassungstext anzunähern. Während die großen Gründungsstaaten und das Vereinigte Königreich den Entwurf des Konvents, der ihnen durchaus Vorteile bringt, ohne große Mühen akzeptieren, sträuben sich einige mittelgroße Staaten gegen die neuen Beschlussfassungsverfahren im

Rat. Doch der in Nizza erreichte Kompromiss darf nicht infrage gestellt werden, wie es unter anderem Spanien und Polen tun.

Die EVP-ED-Fraktion setzt sich mit aller Kraft für die Ausräumung der strittigen Punkte ein. Durch ihre regelmäßigen Zusammenkünfte, vor allem ihre Studientage, kann sie die Positionen der Staaten nachvollziehen und versuchen, mit ihnen Einvernehmen zu erzielen oder als Mittlerin gegenüber der europäischen Öffentlichkeit zu fungieren. So nimmt die EVP-ED-Fraktion bei ihren Studientagen in Wien (Österreich) am 23. und 24. März 2004 die Standpunkte Polens zur Kenntnis, die die Botschafterin Polens in Österreich, Irena Ewa Lipowicz, in einer Rede zur Frage der Stimmengewichtung im Rat und zur Bezugnahme auf die christlichen Wurzeln Europas in der Verfassung darlegt⁶⁸⁶.

Erst nach den Europawahlen – bei denen die EVP-ED-Fraktion ihre Position als führende politische Fraktion im Europäischen Parlament untermauert – wird eine Lösung gefunden. Auf der Europäischen Rats-tagung am 17. und 18. Juni 2004 in Brüssel gelingt es dem irischen EU-Vorsitz eine gemeinsame Grundlage für alle Mitglieder der Union zu finden. Wie ihr Vorsitzender, Hans-Gert Pöttering im Plenum zum Ausdruck bringt, ist die EVP-ED-Fraktion alles in allem zufrieden mit den Ergebnissen, *„so dass wir (...) Ja sagen, und in Rom, dieser großen europäischen Stadt, wo 1957 die Römischen Verträge unterzeichnet wurden, wird es dann zur Unterzeichnung kommen“*⁶⁸⁷.

Der von den Staats- und Regierungschefs am 29. Oktober 2004 in Rom verabschiedete Text weicht geringfügig vom endgültigen Wortlaut des Konvents ab. Dennoch ist die EVP-ED-Fraktion der Ansicht, dass dies ein historischer Tag für die Entwicklung der Europäischen Union ist⁶⁸⁸.

Am 11. Januar 2005 billigt das Europäische Parlament in Straßburg die Europäische Verfassung schließlich mit großer Mehrheit: Von den 677 Abgeordneten, die an der Abstimmung teilnehmen, stimmen 500 mit „Ja“⁶⁸⁹. Die vom Sprecher der EVP-ED-Fraktion für konstitutionelle Fragen, Íñigo Méndez de Vigo, vorgelegte EntschlieÙung⁶⁹⁰ hat damit eine außergewöhnlich breite Unterstützung gefunden.

Hans-Gert Pöttering stellt fest, dass die überwiegende Mehrheit der Fraktion die Europäische Verfassung bejahe, *„weil [sie] unser Weg durch das 21. Jahrhundert ist: für ein Europa der Freiheit, der Demokratie und des Friedens! (...) Zu einer Verfassung gehören die Werte. Dies ist neben den Verfahren das Entscheidende: die Werte, die uns verbinden. Denn wenn wir uns nicht der Werte bewusst sind, dann gibt es keine Grundlage, auf der wir politisch handeln können. Wir begrüßen es, dass viele unserer Werte, die wir auch als christliche Werte empfinden, berücksichtigt wurden: die Würde des Menschen, die Würde älterer Menschen, auch die Würde von Kindern (...)“*

Der „Donnerschlag“ der negativen Referenden in Frankreich und den Niederlanden (Mai 2005)

Am 30. Mai 2005 wird ein Albtraum für Europa zur Wirklichkeit. Das Referendum über die Europäische Verfassung in Frankreich scheitert. Mit knapper Mehrheit lehnt ein Gründungsvolk Europas den Text ab. Nur wenige Tage später sagt eine weitere Gründungsnation, die Niederlande, Nein. Was gibt es da zu sagen, was zu tun? Natürlich kamen die Entscheidungen der Völker auf demokratischem Wege zustande, und sie sind daher zu respektieren. Aber gleichzeitig *„haben neun Länder der Europäischen Union, die 50 % ihrer Bevölkerung repräsentieren, diese Verfassung bereits ratifiziert“* und *„ein Land alleine kann die anderen nicht daran hindern, ihre eigene Meinung zur Zukunft Europas zu äußern“*⁶⁹¹.

Die Fraktion zieht schonungslos Bilanz über das Fehlschlagen des französischen Referendums, für das die Sozialisten mitverantwortlich sind⁶⁹², da die Linke eine ziemlich schädliche und populistische Kampagne geführt hat. Sie will jedoch nicht von Krise sprechen, da dies angesichts der Tatsache, dass 9 Länder mit nicht weniger als 220 Millionen Menschen dem Text zugestimmt haben, darunter ein Land durch eine Volksabstimmung mit mehr als 76 % Ja-Stimmen, kontraproduktiv sei⁶⁹³. Es muss daher nach vorne geschaut werden. Nach dem „Nein“ der Niederländer kündigt der Fraktionsvorstand die Einrichtung einer Reflexionsgruppe zur Zukunft der Europäischen Union an⁶⁹⁴.

Auf der nächsten Tagung des Europäischen Rates am 16. Juni regen die Staats- und Regierungschefs eine Reflexionsphase an. Es gilt also abzuwarten. Die Initiative muss jedoch von den Staaten ausgehen, deren angemessene Reaktion lange auf sich warten lässt. Weitere Länder setzen die Ratifizierung des Textes mit Erfolg fort, obwohl seine Zukunft nicht gesichert ist.

Für die Fraktion ist Handeln angesagt: Die Bürger müssen mit Europa versöhnt werden. Wie Margie Sudre auf der Sitzung des Fraktionsvorstands im Juni 2006 in Bordeaux anmahnt, reichen Schlagwörter wie Frieden gegenüber einer Generation, die den Krieg nicht erlebt hat, heute nicht mehr aus⁶⁹⁵.

Die Neubelebung geht von Paris aus: der vereinfachte Vertrag von Lissabon vom 13. Dezember 2007

Nicolas Sarkozy, der Kandidat der UMP für das Amt des Präsidenten der Französischen Republik, ruft im September 2006 zu einem

vereinfachten Vertrag auf, der den Inhalt, aber nicht die Form der Verfassung übernimmt. Der französische Vorschlag ist einfach und pragmatisch. Ohne die beachtlichen Fortschritte des Wortlauts der Europäischen Verfassung insbesondere bezüglich der Entscheidungsmechanismen aufzugeben, müssen bestimmte emotional geladene Symbole entschärft werden. Auch ein Ausweg aus der durch Frankreich verursachten institutionellen Blockade wird darin aufgezeigt.

Für einen neuen, vereinfachten Vertrag spricht sich auch Alain Lamassoure im Vorfeld der französischen Präsidentschaftswahlen gegenüber seinen Kollegen der EVP-ED aus, die am 8. März 2007 zu einer Anhörung über die Zukunft des Verfassungsvertrags zusammengekommen sind. Der französische Abgeordnete schlägt vor, keine grundsätzlichen Neuerungen an dem Entwurf des Konvents vorzunehmen, der alleinige Arbeitsgrundlage bleiben soll. Um die Büchse der Pandora der institutionellen Verhandlungen nicht erneut zu öffnen, müssten jedoch verschiedene verwirrende und den Wortlaut schwerfällig machende Vorschriften gestrichen werden. Schließlich spricht sich Alain Lamassoure für die Unterstützung des Zeitplans des deutschen Vorsitzes mit der Fristsetzung 2009 aus⁶⁹⁶.

Während den Europäern nach und nach die Notwendigkeit des Handelns bewusst wird und sie ihr Vertrauen in Europa zurückgewinnen, plant die EVP-ED-Fraktion einen großen Schlag. Am 25. März 2007 veröffentlicht die Partei und die Fraktion in Gegenwart der anlässlich des 50. Jahrestags der Römischen Verträge am Brandenburger Tor versammelten christlich-demokratischen Familie gemeinsam eine Erklärung mit dem primären Ziel, den europäischen Besitzstand in Erinnerung zu rufen und der Zukunft neu ins Gesicht zu sehen.

In der kurzen, präzisen und wirkungsvollen Erklärung von Berlin⁶⁹⁷ steht bereits, was die Staaten zwei Tage später verkünden werden.

*„Nach 50 Jahren europäischer Integration können wir eine stolze Bilanz ziehen. Vieles, was vor 50 Jahren unvorstellbar war, ist heute selbstverständlich. Wir vergessen nicht, dass es Rückschläge und Enttäuschungen gegeben hat. Aber die Erfolge überwiegen bei weitem. Sie geben uns Mut für die Zukunft. Unsere Aufgabe als Politiker ist es, widerstreitende Interessen zu versöhnen und Probleme zu lösen. Im Geist der Römischen Verträge werden wir auch die vor uns liegenden Herausforderungen bestehen. In diesem Geist wird die EVP weiterarbeiten an der Vollendung der Einheit Europas, im Sinne der Bürger und für Frieden und Freiheit in der Welt.“*⁶⁹⁸

Der Prozess ist wieder in Gang gekommen und die führenden Vertreter der EU, insbesondere die der EVP-Familie, übernehmen erneut die Initiative. Die Wahl von Nicolas Sarkozy zum Präsidenten

der Französischen Republik am 16. Mai 2007, dessen Europaprogramm sich auf die Wiederaufnahme der institutionellen Reformen der Union stützt, ermöglicht die Unterzeichnung eines neuen Vertrags am 13. Dezember 2007 in Lissabon. Mit Unterstützung von Bundeskanzlerin Angela Merkel, die als Ratsvorsitzende im ersten Halbjahr 2007 dem Verfassungsprozess neuen Schwung versetzt hat, gehen die großen substanziellen Verpflichtungen der Europäischen Verfassung in diesen Minivertrag oder vereinfachten Vertrag ein, ohne dass die Formen übernommen werden, die einen Teil der europäischen Öffentlichkeit vor den Kopf stoßen könnten. Der Text wird vor allem semantisch geschliffen: Es heißt nicht mehr europäischer Außenminister, sondern es wird zum Titel des Hohen Vertreters zurückgekehrt. Der Zuständigkeitsbereich bleibt im Wesentlichen der gleiche. Auf die Symbole Europas (seine Hymne, seine Flagge, sein Motto) wird im Wortlaut, aber nicht in der Realität verzichtet. Die europäischen Gesetze und Rahmengesetze werden wieder zu Richtlinien und Verordnungen usw. Kurzum: Auch wenn der Buchstabe der Verfassung sich ändert, ihr Geist bleibt. Und die Befürchtungen des Parlaments vor einer Entfremdung des Werkes erweisen sich als unbegründet, da *„das Mandat [der Regierungskonferenz 2007] viel von der Substanz des Verfassungsvertrags bewahrt, insbesondere die einzige Rechtspersönlichkeit der Union, die Abschaffung der Pfeilerstruktur, die Ausweitung der Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit im Rat und der Mitentscheidung durch Parlament und Rat, den rechtsverbindlichen Status der Charta der Grundrechte sowie die Stärkung der Kohärenz des Handelns der Union im Bereich der auswärtigen Angelegenheiten.“*⁶⁹⁹ Nicht zu vergessen auch der feste Vorsitz der Union, die Stärkung der Haushaltsvollmachten des Europäischen Parlaments, der Kompromiss zur Zusammensetzung der Kommission usw. Mehr noch, die zurückliegende Reflexionsphase ermöglichte *„die Einführung bestimmter neuer Elemente in die Verträge, wie Klimawandel und Solidarität im Energiesektor“*, was von der Fraktion ausdrücklich begrüßt wird⁷⁰⁰. Sicher, der von den 27 in Lissabon unterzeichnete Vertrag hat nicht den Ehrgeiz der Verfassung, aber man kann wie Alain Lamassoure sagen: *„Nun hat Europa wieder Boden unter den Füßen.“*⁷⁰¹

Auch Irland bekundet seine Ablehnung (13. Juni 2008)

Nach der Unterzeichnung des Vertrags muss er noch von jedem einzelnen Mitgliedstaat ratifiziert werden. Dies ist nicht unbedenklich, vor allem, wie man weiß, wenn der Weg der Volksabstimmung beschritten wird. Einige Staaten sind aus historisch gewachsenen Gründen und

demokratischen Traditionen folgend noch nie diesen Weg gegangen: Belgien und Deutschland zum Beispiel, die das Eingehen von Verpflichtungen ihres Staates lieber der Vernunft ihrer nationalen Abgeordneten überlassen. Andere Staaten können zwischen beiden Wegen wählen. Alle, für die das zutrifft, werden sich für den parlamentarischen Weg entscheiden. So auch Frankreich entsprechend dem von Präsident Sarkozy im Wahlkampf geäußerten Willen, der dies als Voraussetzung für die Neuverhandlung des Verfassungsvertrags durchgesetzt hatte. Er hält daran mit Mut und Entschiedenheit fest, und dies umso mehr, da die Ähnlichkeiten zwischen dem Vertrag von Rom und dem von Lissabon so groß sind. Sein Engagement ist überwältigend, denn er stützt sich auf ein nicht ungefährliches Argument: *„(...) Ich füge hinzu, dass es mir merkwürdig vorkommt, das Europäische Parlament den Ort zu nennen, an dem das demokratische Herz Europas schlägt, und gleichzeitig eine parlamentarische Ratifizierung in Frankreich als undemokratisch zu bezeichnen: wenn Europa im Europäischen Parlament demokratisch ist, dann ist Frankreich im französischen Parlament demokratisch!“*⁷⁰² Ausführlicher legt der Präsident diesen Gedanken in einer Rede vor dem Europäischen Parlament zu Beginn der französischen Ratspräsidentschaft dar: *„Ich habe dem französischen Volk vor den Wahlen die parlamentarische Ratifizierung des Vertrags von Lissabon vorgeschlagen. Ich habe vor den Wahlen gesagt, dass ich kein Referendum in Frankreich durchführen werde. Ich habe dies den Franzosen auf demokratische Weise gesagt; das war drei Tage vor meiner Wahl eine Entscheidung, die hätte schwere Konsequenzen haben können. Ich bedauere diese Entscheidung nicht. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass die institutionellen Fragen, die Funktionsregeln in Europa eher eine Sache der Parlamentarier als eine Sache des Referendums sind. Das ist eine politische Entscheidung, zu der ich stehe (Beifall), und das ist eine politische Entscheidung, zu der ich in meinem Land vor den Wahlen stand. Das ist also eine durch und durch demokratische Entscheidung.“*⁷⁰³

Irland hat als einziger Staat keine Wahlmöglichkeit. Die Verfassung des Landes schreibt eine Ratifizierung der europäischen Rechtsvorschriften durch Referenden vor. Die Abstimmung findet am 13. Juni 2008 statt und geht – vorhersehbarer Rückschlag für die einen und überraschend für die anderen – negativ aus. Trotz des großen Respekts für das demokratische Votum überwiegt in der EVP-Familie natürlich die Enttäuschung⁷⁰⁴.

Dies ist ein neuerlicher und heftiger Rückschlag, aber das europäische Aufbauwerk wird niemals ein langer und ruhiger Fluss werden. Elmar Brok spricht sich noch am selben Tag mit den folgenden Worten

für die Fortsetzung des Ratifizierungsprozesses aus: *„Das irische Nein zum Vertrag von Lissabon ist ausgesprochen bedauerlich. Es ist allerdings weiterhin im besten Interesse der EU-Mitgliedstaaten und der Bürger der EU, wenn der Vertrag in Kraft tritt. Darum muss die Ratifizierung ohne Verzögerung weitergehen.“*⁷⁰⁵

Am 31. Juli 2008 ratifiziert Italien den Vertrag von Lissabon, bevor Ende November 2008 das schwedische Parlament an der Reihe ist. Die Tschechische Republik, deren Verfassungsgericht wenige Tage später die letzten Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit des Vertrags von Lissabon ausgeräumt hat, ist auf dem besten Weg der Ratifizierung. Zum Jahresende 2008 hatten 26 Staaten den Vertrag ratifiziert. Das ist eine gute Nachricht, aber die Zeit läuft gegen die Interessen des Europäischen Parlaments und der EVP-ED-Fraktion, die über ihre zwei Sprecher, Elmar Brok und Íñigo Méndez de Vigo, am 9. Oktober 2008 ihre Ungeduld angesichts der Trägheit der irischen Regierung deutlich macht. Dublin darf nicht ewig Zeit gelassen werden, um Lösungen anzubieten: *„Wir sagen den Iren: Ihr müsst uns sagen, was ihr wollt. Es ist eure Pflicht, Vorschläge vorzulegen, aber beeilt Euch und tut dies spätestens im Dezember, denn wir brauchen den Vertrag von Lissabon vor den Europawahlen.“*⁷⁰⁶ Die Fraktion geht davon aus, dass, sofern der Lissabon-Vertrag nicht im November 2009 in Kraft ist, die neue Kommission in Nachfolge der Kommission Barroso auf der Grundlage des Vertrags von Nizza gebildet werden muss, der die Mitgliedstaaten verpflichtet, die Zahl der Kommissionsmitglieder ab 2009 um mindestens ein Mitglied zu verringern.

Kapitel XXXVI

**STÄRKUNG DER POLITISCHEN
KONTROLLE DES PARLAMENTS
ÜBER DIE KOMMISSION: DIE ROLLE
DER EVP-FRAKTION IN DER
GESCHICHTE DER KOMMISSIONEN
SANTER (1994), PRODI (1999)
UND BARROSO (2004)**

**Die neuen interinstitutionellen Beziehungen
zwischen Parlament und Kommission nach Maastricht (1992)**

Mit dem Vertrag von Maastricht ändern sich die bisherigen Spielregeln zwischen Parlament, Rat und Kommission. Die Rolle des Europäischen Parlaments wird durch die Einführung neuer Beschlussfassungsverfahren gestärkt und die Umsetzung der Neuerungen des Vertrags erfordert den Abschluss interinstitutioneller Vereinbarungen.

Im Jahr 1993 wird eine erste Reihe von Vereinbarungen⁷⁰⁷ für die folgenden Bereiche getroffen: Demokratie und Transparenz, Verfahren zur Anwendung des Subsidiaritätsprinzips, Regelungen und allgemeine Bedingungen für die Ausübung der Aufgaben des Bürgerbeauftragten sowie die Arbeitsweise des Vermittlungsausschusses, der zusammentritt, wenn der Rat und das Europäische Parlament beim Mitentscheidungsverfahren keine Einigung erzielen (Artikel 189b des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft). Die Verhandlungen sind langwierig und das Europäische Parlament beklagt regelmäßig, dass bestimmte Grundsätze der Transparenz durch die Weigerung des Rates, Rechtsakte, wie es im Parlament üblich ist, in öffentlicher Abstimmung zu verabschieden, eingeschränkt werden.⁷⁰⁸

Jedoch ist die demokratische Dynamik von Maastricht spürbar und José María Gil-Robles Gil-Delgado zeigt sich äußerst zufrieden mit den zwischen dem Parlament und den beiden anderen Organen getroffenen Vereinbarungen: *„Die Bürger der Mitgliedsländer sollen wissen (...), daß das Europäische Parlament sich auch weiterhin dafür einsetzen wird, daß die übrigen Institutionen ihren Willen zur Transparenz nicht nur bekunden, sondern auch tatsächlich umsetzen, und daß das Gemeinschaftsrecht*

*kodifiziert und klar verständlich gemacht wird, damit alle Bürger es verstehen können (...). Nur so werden wir erreichen, daß die Bürger die Union nicht als etwas Fremdes, Undurchdringliches empfinden, sondern sie als ihre Sache ansehen, als Instrument, um Wohlstand wiederzuerlangen und vor allem aus der Hoffnungslosigkeit herauszukommen.*⁷⁰⁹

Im Jahr 1994 wird eine zweite Reihe von interinstitutionellen Vereinbarungen getroffen, dieses Mal im Hinblick auf die Ausübung des Untersuchungsrechts des Europäischen Parlaments und die Maßnahmen zur Durchführung der nach dem Verfahren gemäß Artikel 189b des EG-Vertrag verabschiedeten Rechtsakte.

Die Vereinbarung ermächtigt das Europäische Parlament, einen nichtständigen Untersuchungsausschuss einzusetzen, der die Aufgabe hat, behauptete Verstöße gegen das Gemeinschaftsrecht oder Missstände bei der Anwendung desselben zu prüfen, welche einem Organ, einer Institution der Europäischen Gemeinschaften oder einer öffentlichen Verwaltung eines Mitgliedstaates zur Last gelegt werden.⁷¹⁰ José María Gil-Robles Gil-Delgado wird vom Ausschuss für institutionelle Fragen zum diesbezüglichen Ko-Berichtersteller⁷¹¹ ernannt.⁷¹² Bei den Aussprachen im Plenum am 18. Januar 1995 erinnert er an die Bedeutung der verstärkten Kontrollbefugnis des Europäischen Parlaments für die Arbeitsweise der Union: *„Wir verabschieden heute einen der noch offenen Punkte des Vertrags von Maastricht (...): das Untersuchungsrecht des Europäischen Parlaments (...). Ich vertraue darauf, daß dieses Parlament seiner Aufgabe gerecht werden und den Text zur Verteidigung des europäischen Bürgers zur Anwendung bringen wird. Das ist unsere Verpflichtung.*“⁷¹³

Die zweite Vereinbarung erfolgt in der Form eines *Modus vivendi* und betrifft das so genannte Ausschussverfahren (Komitologieverfahren). Dieses etwas komplizierte Verfahren spielt bei der Annahme von Maßnahmen zur Umsetzung von Rechtsakten eine entscheidende Rolle: Zur Vereinfachung der Erarbeitung der Rechtsakte wird die Kommission durch einen Ausschuss nationaler Sachverständiger unterstützt. Das Parlament ist nicht beteiligt, obwohl es bei gewissen Rechtsakten zusammen mit dem Rat als Mitgesetzgeber agiert. Die Beteiligung des Europäischen Parlaments am Ausschussverfahren stellt daher für die Abgeordneten eine berechtigte Forderung dar. Mit dem Text von 1994 wird so eine Teilvereinbarung getroffen, die den Abgeordneten eine stärkere Kontrolle der Umsetzung der im Mitentscheidungsverfahren verabschiedeten Rechtsakte zuerkennt.⁷¹⁴ Der im Rahmen der interinstitutionellen Konferenz vom 20. Dezember 1994 angenommene *Modus vivendi* umfasst drei Hauptpunkte: ein von der Kommission anzuwendendes, im Vergleich zur vorhergehenden Praxis

erheblich verbessertes informelles Informations- und Konsultationsverfahren, ein Verfahren der Konsultation durch den Rat, falls ein Maßnahmenvorschlag an den Rat im Anschluss an einen Konflikt zwischen einem Expertenausschuß und der Kommission zurückverwiesen wird, sowie ein Vermittlungsverfahren zwischen Parlament und Rat im Falle der Ablehnung durch das Parlament.⁷¹⁵

Der diesbezügliche⁷¹⁶ Ko-Berichtersteller⁷¹⁷, Jean-Louis Bourlanges stellt sich der Schwierigkeit dieser für viele recht undurchsichtigen Materie. Doch der französische Europaabgeordnete mahnt: *„Was will das Parlament in dieser Angelegenheit wirklich? Das Parlament ist der Ansicht, daß, wenn seine Legislativbefugnis vergleichbar mit oder parallel zu der des Rates wäre, es anormal ist, daß diese Parallelität sich nicht in den Durchführungsmaßnahmen, die zum Inkraftsetzen der Rechtsakte getroffen werden, widerspiegelt.“*⁷¹⁸

Die Kommission Santer: Auftakt zur schrittweisen „Parlamentarisierung“ des politischen Systems in Europa (1994-1999)

Das Ende der Präsidentschaft von Jacques Delors, von 1985 bis 1994 erfolgreicher Präsident der Kommission, stellt den Europäischen Rat vor die Aufgabe, einen Nachfolger zu finden, der von allen Mitgliedstaaten einstimmig unterstützt wird. Da Großbritannien gegen die Kandidatur des den Föderalisten nahestehenden Jean-Luc Dehaene Veto einlegt, ernennt der Europäische Rat am 15. Juli 1994 schließlich Jacques Santer, den amtierenden Ministerpräsidenten Luxemburgs, zum Kommissionspräsidenten. Für die Christdemokraten, die auch Jean-Luc Dehaene unterstützt hatten, wird mit Santer eines der geachteten Mitglieder der politischen Familie der EVP ernannt.

Gemäß dem neuen Amtseinsetzungsverfahren nach Artikel 158 des Vertrags über die Europäische Union ist das Zustimmungsvotum des Europäischen Parlaments erforderlich.

Die Anhörungen der Kommissionsmitglieder enden ohne Abstimmung und ohne individuelle Beurteilung. Die ablehnenden Stellungnahmen der parlamentarischen Ausschüsse gegenüber einigen Kandidaten wirken sich weder auf die Zusammensetzung der Kommission noch auf die Amtszuteilung ihrer Mitglieder aus.

Anlässlich der Vorstellung des Kommissionsprogramms durch Präsident Santer drückt der EVP-Fraktionsvorsitzende Wilfried Martens der Kommission gegenüber seine Unterstützung aus, nicht ohne Santer jedoch an seine aus dem neuen Ernennungsverfahren hervorgehenden Pflichten zu erinnern: *„Seien Sie sich aber dessen bewußt, daß Sie an der*

Spitze eines Gremiums von 20 Kommissarinnen und Kommissaren gleichzeitig den Grundsatz der Kollegialität und der Unabhängigkeit wahren müssen, aber daß diese Kommission, die Sie leiten werden, mehr als alle vorangegangenen durch den Vertrag mit einer gestärkten demokratischen Legitimität ausgestattet ist. Diese Legitimität verleiht Ihnen neue Befugnisse, während sie Ihnen gleichzeitig auch neue Pflichten auferlegt.“⁷¹⁹

Lord Plumb fügt hinzu: *„Wenn wir unser im Maastricht-Vertrag festgeschriebenes Recht, eine Kommission zu bestätigen, ausüben, versuchen wir nicht, die Autorität der Kommission zu verringern. Genau das Gegenteil ist der Fall. Die Europäische Union braucht mehr denn je eine starke, kompetente, effiziente und verantwortliche Kommission, die durch die demokratische Legitimierung mit diesem Verfahren gestützt wird. Wie Herr Santer sagte, brauchen wir eine starke Kommission und ein starkes Parlament.“⁷²⁰*

Verstärkung der Kontrolle der Kommission durch das Parlament im Zuge der BSE-Krise

Eine der ersten Herausforderungen für die Kommission Santer ist das Auftreten einer ansteckenden Rinderseuche in Großbritannien – von den Wissenschaftlern „Bovine spongiforme Enzephalopathie“ (BSE) genannt – deren eventuelle Auswirkungen auf die Volksgesundheit ganz Europa ängstigen. Angesichts des Ausmaßes der Krise setzt das Europäische Parlament im Juli 1996 einen Untersuchungsausschuss ein. Das Parlament, das als Sprachrohr der wachsenden Sorge der Öffentlichkeit vor dieser Gefahr für die Gesundheit agiert, erkennt in der BSE-Krise eine ausgezeichnete Gelegenheit, seinen Einfluss auf institutioneller Ebene auszuweiten und seinen Kritikern zu beweisen, dass das Parlament seine neuen Kontrollbefugnisse aus dem Vertrag von Maastricht voll zu nutzen weiß. Zum Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses wird Fraktionsmitglied Reimer Böge ernannt – *„einer unserer besten Abgeordneten“*, wie der Fraktionsvorsitzende Martens in seinen Memoiren anerkennt.⁷²¹ Am 3. September nehmen die Abgeordneten ihre Arbeit auf, u. a. die EVP-Fraktionsmitglieder Antonios Trakatellis, Jean-Pierre Bébéar, John Alexander Corrie, Ria Oomen-Ruijten und Encarnación Redondo Jimenez.

Der Untersuchungsausschuss kommt seiner Aufgabe nach und spricht sich für eine Umgestaltung der tierärztlichen Kontrolldienste, eine Stärkung des Interventionsrechts des Europäischen Parlaments und der Europäischen Union im Gesundheitsbereich sowie die radikale Neuorientierung der GAP (basierend auf der Qualität der Lebensmittel und nicht mehr ausschließlich auf der Produktivität) in Bezug auf den Binnenmarkt und den internationalen Handel mit

landwirtschaftlichen Erzeugnissen aus. Das Parlament wacht darüber, dass die Kommission diese Verpflichtungen in die Tat umsetzt. Die Lage ist angespannt: Wird die Kommission nicht tätig, muss das Parlament der Kommission das Vertrauen entziehen. Die Europäische Kommission verpflichtet sich daher im Plenum, den Empfehlungen des Europäischen Parlaments Folge zu leisten.

Der Bericht über den Umgang mit der BSE-Krise belegt der Öffentlichkeit, dass das Europäische Parlament seine neuen Kompetenzen zu nutzen weiß und in der Lage ist, den ihr von den Wählern übertragenen Auftrag zu erfüllen. Reimer Böge begrüßt den Erfolg dieser neuen Erfahrung: *„Das Parlament ist in der Lage, jederzeit und auch in allen anderen Angelegenheiten sein Recht auf die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses als Kontrollinstrument durchzusetzen. Dies ist eine Warnung an alle und vielleicht reicht dies aus. Das Europäische Parlament hat eine Verantwortung gegenüber den Bürgern, und nur den Bürgern. Wir können das geschwächte Vertrauen der Bürger nur zurückgewinnen, wenn wir sie vollständig informieren, die Verantwortlichen aufzeigen und die notwendigen politischen Konsequenzen ziehen.“*

Am 18. Februar 1997 prüft das Europäische Parlament den Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses. Dieser stellt der Europäischen Kommission ein katastrophales Zeugnis aus. Ihre Verfehlungen und Versäumnisse sind offensichtlich: Die europäischen Kommissionsmitglieder haben die Risiken einer Übertragung der Krankheit auf den Menschen vernachlässigt, um ein Zusammenbrechen des Rindfleischmarkts zu verhindern.^a Doch ist die aktuelle Kommission Santer dafür verantwortlich zu machen? Zugegeben, ihre Verteidigung war ungeschickt, sie hat Führungsfehler begangen und häufig die Haltungen und Verhaltensweisen der vorhergehenden Kommission übernommen. Die Mitglieder der EVP-Fraktion sind jedoch nicht der Ansicht, dass die Kommission Santer allein für die Krise verantwortlich ist. Der Kommission das Misstrauen auszusprechen, sei daher nicht die beste Strategie. In seiner von der EVP und der Mehrheit der Abgeordneten unterstützten Entschließung geht das Parlament sogar davon aus, dass ein solcher Schritt notwendige Maßnahmen zur Bekämpfung von BSE, insbesondere hinsichtlich der Änderung der Rechtsregelungen, der

a Diese sind jedoch nicht die einzigen Verantwortlichen: In seinem im *Courrier de la Bourse et de la Banque* erschienenen Artikel vom 21. Februar 1997 verweist Fernand Herman auch auf die Verantwortung der Regierung John Majors, die während der gesamten Krise die Durchführung der zur Eindämmung der Epidemie erforderlichen Maßnahmen behinderte. Aber auch dem Ministerrat mangelte es entschieden an politischem Mut. Siehe Fernand Herman, *Europa Patria Mea, Chronique des 15 années de vie politique, économique et sociale européenne*, Didier Devillez Hrsg., 2006, S. 138-141.

Restrukturierung der Kompetenzen innerhalb der Kommissionsdienststellen und Disziplinarmaßnahmen gegenüber verantwortlichen Beamten, nur verzögern würde. Die Kommission wird daher in die Pflicht genommen, die umfangreichen und konkreten Empfehlungen des Untersuchungsausschusses bis Oktober 1997 umzusetzen. Aus diesem Grund schlägt das Europäische Parlament einen bedingten Misstrauensantrag vor.⁷²²

Durch die Arbeit des nichtständigen Untersuchungsausschusses und des Follow-up-Ausschusses erreichte die institutionelle Stellung des Parlaments gegenüber der Kommission eine neue Dimension. In der Plenarsitzung vom 18. November 1997 betont Reimer Böge: *„Meiner Ansicht nach hat sich das Parlament in den vergangenen 16 Monaten zusammen mit dem Untersuchungsausschuss bei der Umsetzung der Empfehlung darum bemüht, dem Gesundheits- und Verbraucherschutz im Binnenmarkt wieder Priorität einzuräumen. Ich warne jedoch die Neugierigen: Das Parlament kann jederzeit ein neues Verfahren einleiten. Möge die Vergangenheit uns allen eine Lehre sein. Außerdem ersuche ich die Kommission, das Parlament in Zukunft als überzeugter Partner dabei zu unterstützen, vorbeugende Maßnahmen zum Verbraucher- und Gesundheitsschutz in den Mittelpunkt der Bemühungen im Binnenmarkt zu stellen.“*⁷²³

Schwächung der Kommission oder Parlamentarisierung der Europäischen Union?

Von diesem Zeitpunkt an etabliert sich eine neue Beziehung zwischen dem Parlament und der Kommission. Die Fraktion verfolgte traditionell den Grundsatz der uneingeschränkten Unterstützung der Kommission als Hauptvertreterin der Gemeinschaftsinteressen. Drei Jahrzehnte lang unterstützte die christdemokratische Fraktion systematisch die institutionelle Position der Kommission, die als Garantin des Gemeinschaftsinteresses und als künftige Exekutive des föderalen Europas galt. Die Christdemokraten verteidigten die Kommission insbesondere gegen die diplomatischen Angriffe bestimmter Regierungen, die versuchten, die Kommission auf die Rolle eines bloßen Sekretariats des Ministerrates zu reduzieren.

Doch nun kommt es zu einem Prozess der Parlamentarisierung und damit zur Weiterentwicklung des politischen Systems der Gemeinschaft. Die EVP-Fraktion engagiert sich aktiv in diesem Prozess, der sich bei zahlreichen Gelegenheiten bewährt und schließlich zum kollektiven Rücktritt der Kommission Santer führt.

Von der Entlastung für das Haushaltsjahr 1996 bis zum Rücktritt der Kommission Santer am 15. März 1999

Knapp ein Jahr später muss das Europäische Parlament zur Entlastung für das Haushaltsjahr 1996 Stellung nehmen. Das Haushaltskontrollverfahren soll gewährleisten, dass *„das Geld der Bürger der Union mit der größten Sorgfalt und Sparsamkeit ausgegeben wurde.“*⁷²⁴ Auf diese Weise soll überprüft werden, ob der EU-Haushalt korrekt verwendet wurde. Diese Prüfung obliegt dem Haushaltskontrollausschuss des Parlaments (CONT). Am Ende der Prüfung gewährt das Europäische Parlament der Europäischen Kommission die Entlastung des Haushalts, d. h. die Validierung der Bilanzen.

Nach dem Bericht des britischen Abgeordneten und Fraktionsmitglieds James Elles⁷²⁵ drücken der von Diemut Theato geleitete CONT und dessen EVP-Mitglieder im März 1998 große Bedenken bezüglich der Gewährung der Entlastung des Haushalts 1996 aus. Das Parlament verweigert die Entlastung zwar nicht, weicht aber vom üblichen Verfahren ab, indem es folgende Punkte hervorhebt: fehlende demokratische Rechenschaftspflicht bei der Betrugsbekämpfung innerhalb der europäischen Institutionen; fehlende Umsetzung der Empfehlungen des Untersuchungsausschusses zum Versandverfahren; fehlende Kohärenz und ordnungsgemäße Haushaltsführung; mittelmäßige Umsetzung der wichtigsten Programme der Außenpolitik sowie Führungsmängel bei der Personalpolitik. Hierbei handelt es sich um eine erste Verwarnung. Um zügiger voranzuschreiten und einer institutionellen Krise vorzubeugen, fordert das Europäische Parlament die Kommission auf, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die bemängelten Punkte bis zum 15. September 1998 zu beheben.

In der Zwischenzeit richtet die Kommission auf Antrag der EVP-Fraktion die UCLAF (Dienststelle zur Koordinierung der Maßnahmen zur Betrugsbekämpfung) zur Untersuchung und Behebung des Betrugsproblems innerhalb der Gemeinschaft ein. Die UCLAF soll Unregelmäßigkeiten zu Ungunsten des Gemeinschaftshaushalts unterbinden. Das Problem besteht allerdings darin, dass es sich dabei um eine interne Dienststelle der Kommission handelt. Aus diesem Grund nimmt das Europäische Parlament im Oktober 1998 – gegen die Mehrheit der Sozialdemokraten – eine EntschlieÙung an, in der die Unabhängigkeit und die Rolle dieser Dienststelle zur Betrugsbekämpfung betont und die Einrichtung einer selbstständigen Behörde gefordert wird, die schließlich mit dem OLAF (Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung) realisiert wird.⁷²⁶

Auf der Grundlage des zweiten Berichts von James Elles⁷²⁷ lehnt das Europäische Parlament im Dezember 1998 mit der Unterstützung der

EVP-Fraktion, die mit den Antworten der Exekutive höchst unzufrieden ist, die Entlastung für das Haushaltsjahr 1996 mit 270 Gegenstimmen bei 225 Ja-Stimmen und 23 Enthaltungen ab und verweist den Bericht an den Haushaltskontrollausschuss. „*Was zuvor lediglich eine Formalität war, wurde nun zu einem Politikum*“⁷²⁸, sollte Wilfried Martens einige Jahre später erklären.

In der Aussprache im Plenum erinnert Diemut Theato daran, dass das Europäische Parlament die Aufgabe habe, „*den Umgang der Kommission mit dem Geld der europäischen Beitragszahler zu überwachen. Die Verantwortung liegt allein bei uns. Der Rat gibt uns lediglich eine Empfehlung, aber wir haben zu entscheiden, ob wir die Kommission für ihre Haushaltsführung entlasten können oder nicht. Für diese Entscheidung müssen wir aber über die notwendigen Informationen verfügen. Weil dies nicht der Fall war, mussten wir im März die Entlastung verschieben, konnten auch nicht im September, wie angekündigt, entscheiden. Auch jetzt im Dezember haben wir noch nicht alle verlangten Informationen, auch wenn uns die Kommission kürzlich ein aus ihrer Sicht erschöpfendes Dokument zur Erlangung der Entlastung übermittelt hat. (...) Andererseits musste sich das Parlament zum Beispiel durch die verstümmelten UCLAF-Unterlagen (...) düpiert fühlen. Ich frage: Kann es denn richtig sein, dass der zu Kontrollierende bestimmt, worüber und wie weit er kontrolliert werden will?*“⁷²⁹

Die SPE-Fraktion nutzt die Ablehnung der Haushaltsentlastung, um einen Misstrauensantrag gegen die Europäische Kommission zu stellen.⁷³⁰ Das Spiel ist unfair: Die verantwortlichen Kommissionsmitglieder sind allesamt Sozialdemokraten, doch um eine Kritik an ihnen zu verhindern, beabsichtigt die Sozialdemokratische Fraktion die Entlastung der gesamten Kommission unter ihrem christdemokratischen Präsidenten.

Am 14. Januar 1999 wird der Antrag mit 293 Gegenstimmen bei 232 Ja-Stimmen abgelehnt. Kommissionspräsident Santer kündigt die Einrichtung einer unabhängigen Gruppe der Weisen an, die alle Vorwürfe aufklären soll. Knapp zwei Monate später, am 15. März, wird der Bericht der Weisen veröffentlicht⁷³¹ und die Kommission tritt wenige Monate vor ihrer Neuwahl geschlossen zurück.

Wilfried Martens erinnert sich mit Bitterkeit an diese entscheidenden Wochen im Herbst 1999: „*Da sie fürchtete, ein Misstrauensantrag werde keine Mehrheit finden, ergriff die Kommission selbst die Initiative und trat zurück. Daraufhin überboten sich die verschiedenen Fraktionen. Die EVP-Fraktion forderte den Rücktritt der ehemaligen französischen Premierministerin Edith Cresson und des Spaniers Manuel Marin, der trotz allem ein guter Kommissar gewesen war. Ich habe alles in meiner*

Macht Stehende getan, um Santer und seine Kommission zu retten. Vergeblich. Eine schwierige Zeit! Noch während der Amtszeit der Kommission Santer wurden die Meinungsverschiedenheiten zwischen Green [Pauline Green, Vorsitzende der SPE-Fraktion, Anm.d.Verf.] und mir immer offensichtlicher. Ich versuchte, einen Kompromiss mit der Kommission zu finden und Verhandlungen einzuleiten, während Green unbedingt ‚klare Entscheidungen‘ wollte. Sie war in keiner Weise für einen Kompromiss zugänglich. Durch den Rücktritt der gesamten Kommission konnte sie ihr Gesicht wahren und einen Großteil der Schuld von ihrer politischen Familie abwenden, obwohl drei Sozialdemokraten – Cresson, Marin und der Finne Erkki Liikanen – auf dem Schafott standen.“⁷³²

Die Kommission Prodi: Gelegenheit für die EVP-ED-Fraktion, ihre Forderungen zu stellen (1999-2004)

Die Nachfolge von Jacques Santer ist schnell geklärt: Bereits Ende März 1999 einigen sich die Staats- und Regierungschefs auf dem Europäischen Rat von Berlin auf Romano Prodi. Dieser stellt den Abgeordneten auf der Tagung im April sein künftiges Programm vor und bekräftigt sein Engagement für die Einleitung von Reformen in der Europäischen Union. Außerdem erklärt er, dass die neue Kommission mehr Transparenz, eine stärkere Rechenschaftspflicht und eine höhere Effizienz gewährleisten werde – wesentliche Bedingungen für das gute Funktionieren der Europäischen Union.

Wilfried Martens, der die rasche Amtseinführung Romano Prodis begrüßt, legt besonderen Wert auf die Beachtung der folgenden drei Punkte: Der designierte Präsident muss innerhalb der Exekutive sowohl auf politischer Ebene als auch in der Verwaltung eine neue Entscheidungskultur einführen (insbesondere durch die Verbesserung des Kontrollsystems), er muss eine ausgewogene Zusammensetzung der Kommission und die gleichberechtigte Teilhabe beider Geschlechter gewährleisten und die Lücke bei der Beschlussfassung in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik schließen. Nach der einheitlichen Währung gilt es nun, auch ein politisches Europa zu schaffen, das im Hinblick auf die neuen Erweiterungen einen unerlässlichen Pfeiler darstellt.

Mit 392 Ja-Stimmen bei 72 Gegenstimmen und 41 Enthaltungen bestätigen die Abgeordneten den neuen Kommissionspräsidenten im Amt.

Nun gilt es, die restlichen Kommissionsmitglieder zu ernennen. Aus den Wahlen vom Juni 1999 geht die EVP-ED-Fraktion als stärkste Fraktion im Parlament hervor. Ihr wichtigstes Anliegen besteht nun darin,

ihren Wahlerfolg in politischen Einfluss, sowohl auf die Ausrichtung des Europäischen Parlaments als auch auf die Zusammensetzung der neuen Kommission umzuwandeln. Für die EVP-ED-Fraktion und insbesondere ihren Vorsitzenden Martens ist klar, dass die Europäische Kommission das Gleichgewicht in Europa nach den Wahlen widerspiegeln muss. Wilfried Martens richtet daher einen Tag nach den Wahlen ein Schreiben an Präsident Prodi, in dem er ihn auffordert, die Ergebnisse der Europawahlen bei der Zusammensetzung der neuen Kommission zu berücksichtigen. Er erinnert daran, dass die Zustimmung der EVP-ED-Fraktion zur Kommission davon abhängt, wie getreu diese das neue politische Gleichgewicht im Hinblick auf ihre Gesamtheit, die Verteilung der Bereiche und der Ämter der Vizepräsidenten, die Qualität der Bewerber und die angemessene Vertretung der Frauen im Kollegium widerspiegelt.⁷³³

In der Aussprache im Plenum am 14. September 1999 bekräftigt der neue Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion, Hans-Gert Pöttering, nach Prodis Erklärung vor dem Parlament den Standpunkt der Fraktion zur neuen Kommission: „*Romano Prodi hat in der Juli-Tagung des Parlaments von der Kommission als einer Art Regierung gesprochen. Wenn man diesen Ausdruck übernimmt – und ich persönlich habe Sympathie dafür –, dann ist diese Regierung, also die Kommission, dem Europäischen Parlament verantwortlich. Dies bedeutet: Die Zeit der Ignoranz gegenüber dem Europäischen Parlament muß endgültig vorbei sein. (...) Dies ist ein Neuanfang nach Monaten der Krise und des Übergangs.*“⁷³⁴

Zur Festigung der neuen Beziehungen zwischen den beiden Institutionen schlägt Hans-Gert Pöttering fünf unerlässliche Voraussetzungen für die künftige Zusammenarbeit zwischen dem Parlament und der Exekutive vor: Die Kommission muss den parlamentarischen Zeitplan einhalten, der vor allen anderen Verpflichtungen der Kommission Vorrang hat; sie muss die Initiativen des Parlaments annehmen und die Vorschläge ausarbeiten, die ihr das Europäische Parlament aufträgt; der Präsident der Exekutive muss sich verpflichten, die Konsequenzen aus einem Misstrauensantrag gegen ein Kommissionsmitglied zu ziehen; die Kommission muss das Europäische Parlament regelmäßig über die Verwaltungsreform informieren und konsultieren und sie muss das Parlament während der Regierungskonferenz (RK) zur Reform des Vertrages unterstützen, um zu verhindern, dass lediglich die Lücken des Vertrages von Amsterdam gefüllt werden.

Die vom Präsidenten der Kommission eingegangenen Verpflichtungen bedeuten für das Parlament und die EVP-ED-Fraktion einen großen Erfolg. Der neue Kommissionspräsident kann nun auf die Unterstützung der Fraktion zählen.

Ende Juli stellt Romano Prodi dem Parlament die 19 von ihm ausgewählten Kommissionsmitglieder vor. Die Wahl Prodis löst in der EVP-ED-Fraktion sofort heftige Kritik aus. Trotz der erweiterten Befugnisse durch den Vertrag von Amsterdam (am 1. Mai 1999 in Kraft getreten) stellt der designierte Präsident eine politisch nicht ausgewogene Exekutive vor. Hans-Gert Pöttering beklagt hinsichtlich der Zusammensetzung der Kommission ein augenfälliges Demokratiedefizit, das nicht den bei den letzten Wahlen ausgedrückten Willen der europäischen Bürger widerspiegeln. Er verweist insbesondere auf Deutschland, wo die Wahl des Kommissionsmitglieds vom deutschen Bundeskanzler durchgesetzt wurde, der weder den Erfolg der CDU/CSU bei den Europawahlen noch die bereits unter Helmut Kohl und in anderen Mitgliedstaaten wie Frankreich, Italien, Spanien und im Vereinten Königreich übliche Praxis, der Opposition ein Amt zuzuweisen, berücksichtigt hatte.

Dennoch versichert Hans-Gert Pöttering, dass die EVP-ED-Fraktion sich bei den Anhörungen der designierten Kommissionsmitglieder aufmerksam, loyal, nicht-diskriminierend und gerecht verhalten werde und die Schlussabstimmung über die Kommission in ihrer Gesamtheit auf der Grundlage der Ergebnisse der verschiedenen Anhörungen erfolgen werde.

Ziel der Anhörungen ist die Prüfung der Qualifikationen der einzelnen Bewerber: Persönlichkeit, Einstellungen, berufliche Eignung für das zugewiesene Amt, Europäismus und moralische Integrität.

Die damalige Präsidentin des Parlaments, Nicole Fontaine, kommentiert die Ereignisse einige Jahre später in ihrem Buch wie folgt: *„Diese Aufgabe war ganz objektiv ein Beispiel für Demokratie auf europäischer Ebene, sowohl vonseiten der künftigen Kommissionsmitglieder, die sich mit möglicherweise ärgerlichen Fragen bombardieren ließen, als auch vonseiten des Europäischen Parlaments, das der Versuchung der Parteinahme widerstand und Verantwortung zeigte.“*⁷³⁵

Die Zustimmung zur Kommission Prodi am 15. September 1999 bedeutet daher einen Erfolg für das Europäische Parlament und läutet eine neue Epoche der Zusammenarbeit zwischen den beiden Organen ein. Sämtliche Bemühungen des Europäischen Parlaments und der Kommission zielen darauf ab, das Vertrauen der Europäer in die europäischen Organe über eine erhöhte Transparenz der Gemeinschaftsmaßnahmen auf Entscheidungs- und Verwaltungsebene und vor allem über die Beachtung des Bürgerwillens wieder herzustellen.

Am 5. Juli 2000 wird ein *Rahmenabkommen* über die Beziehungen zwischen Parlament und Kommission unterzeichnet⁷³⁶, das alle Punkte enthält, auf die sich Hans-Gert Pöttering und Romano Prodi vor dessen

Ernennung zum Kommissionspräsidenten verständigt hatten⁷³⁷. Die Hauptpunkte des Rahmenabkommens betreffen das Gesetzgebungsverfahren, die Beteiligung und Information des Parlaments in Bezug auf die Themen internationale Abkommen und Erweiterung sowie die Übermittlung vertraulicher Informationen. Von nun an trägt jedes Kommissionsmitglied persönlich die politische Verantwortung für seinen Zuständigkeitsbereich und kann individuell zum Rücktritt aufgefordert werden, sollte ihm das Parlament das Vertrauen entziehen. Darüber hinaus müssen die Kommissionsmitglieder ihrer Beteiligung an den Arbeiten des Parlaments in ihrem Amtsbereich Vorrang einräumen.

Die Kommission willigt so zum ersten Mal ein, das Parlament umfassend über alle Verhandlungsphasen bei internationalen Abkommen und der Erweiterung zu informieren und die Einbeziehung des Parlaments in den Bereichen Justiz und Inneres zu verbessern, um eine angemessene Vertretung der Interessen der Bürger zu gewährleisten. Insgesamt wird ein gutes Gleichgewicht erreicht und eine neue Beziehungskultur geschaffen, die die in der europäischen Demokratie erforderliche Kontrolle durch das Parlament und das Initiativrecht der Kommission miteinander vereint.

Die nationalen Behörden kommen dieser Entwicklung allerdings nur widerwillig nach und stellen die Rechtmäßigkeit dieses Schrittes infrage, wie sich etwa aus einer von Nicole Fontaine wiedergegebenen Unterhaltung mit dem deutschen Außenminister Joschka Fischer entnehmen lässt: *„Sie wollten die Kommission kontrollieren, sagte Fischer. Aber Sie haben sie geschwächt. Das war ein Fehler des Parlaments.*

– *Da bin ich anderer Meinung, Herr Minister, antwortete die Parlamentspräsidentin. Unsere Kontrolle über die Kommission hat diese nicht geschwächt, sondern die Demokratie gestärkt. Wir sind für eine starke Kommission.*

– *Sie sagen, sie wollen einen starken König, dabei haben Sie ihn enthauptet.*⁷³⁸

Breite Unterstützung der Kommission Barroso durch die EVP-ED-Fraktion (2004-2009)

Nach den Europawahlen 2004, die der EVP-ED-Fraktion einen erneuten Wahlsieg bescherten, fordert Hans-Gert Pöttering die Staats- und Regierungschefs auf, *„bei der Aufstellung eines Kandidaten für das Amt des Präsidenten der Europäischen Kommission die Ergebnisse der Europawahl zu berücksichtigen.“*⁷³⁹ Die EVP-ED-Fraktion strebt bei der Ernennung der neuen Kommission einen parlamentarischen Ansatz

an. Der Geist der Europäischen Verfassung⁷⁴⁰, die gerade ausgearbeitet wird, stellt eine ernsthafte Verbindung zwischen der politischen Zugehörigkeit des Kommissionspräsidenten und den möglichen Mehrheiten im Europäischen Parlament in Aussicht.

Doch dem Kommissionspräsidenten kommt nach Ansicht der Fraktionsmitglieder vor allem durch den Vertrag von Nizza, dem zu diesem Zeitpunkt einzigen gültigen Vertragstext, eine besondere Bedeutung zu: Der Präsident stellt seine Kommission selbstständig zusammen und das Parlament muss diese dann en bloc als Kommission bestätigen. Die persönliche Verantwortung des Präsidenten vor dem Parlament ist dadurch viel größer als zuvor. Um sicherzustellen, dass seine Wahl gebilligt wird, benötigt er daher zumindest die Unterstützung der größten Fraktion im Parlament.

Die EVP-ED-Fraktion schlägt den Staats- und Regierungschefs „ihren“ Kandidaten vor, den portugiesischen Ministerpräsidenten und Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, PSD, José Manuel Durão Barroso, gegenüber dem belgischen Premierminister Guy Verhofstadt, der Europa zwar ebenfalls zutiefst verbunden ist, aber den Liberalen angehört. Anlässlich des Europäischen Rates vom 27. Juni 2004 begrüßt der Fraktionsvorsitzende Hans-Gert Pöttering die Nominierung von José Manuel Durão Barroso ausdrücklich: *„Durão Barroso gehört der EVP-Familie an und findet ihre volle Unterstützung. Es ist ein positives Zeichen für die Demokratie in Europa, dass die Staats- und Regierungschefs sich jetzt doch, unter Anwendung der neuen Verfassung, entschieden haben, einen Kandidaten aus der politischen Familie zu benennen, die die Europawahlen gewonnen hat.“*⁴¹ Ende Juli erhält José Manuel Durão Barroso mit einer Mehrheit von 413 Stimmen das Vertrauen des Europäischen Parlaments. Die erste Hürde ist genommen.

Der schwierige Fall Rocco Buttigliones

Im August 2004 stellt der ehemalige portugiesische Ministerpräsident seine 25-köpfige Kommission vor. Die Anhörungen vor den parlamentarischen Ausschüssen finden im Oktober statt. Die Auswahl der Kommissionsmitglieder ist schwierig, doch das Kollegium scheint insgesamt gut zusammengestellt und in Bezug auf die Vorgaben der Nationalität, die Anzahl und die politische Zugehörigkeit ausgewogen. Dennoch werden drei Kommissionsmitglieder aufgrund von Interessenskonflikten, zweifelhafter moralischer und politischer Einstellungen oder unzureichender Fachkompetenz in ihrem künftigen Aufgabengebiet angefochten. So soll sich etwa die niederländische Liberale Neelie Kroes mit Wettbewerbsfragen befassen, war in der Vergangenheit jedoch als Geschäftsfrau in der Verwaltung von Großunternehmen

tätig, was bestimmte Interessenkonflikte zur Folge hat. Der ungarische Sozialdemokrat László Kovács hingegen konnte den Energieausschuss nicht von seiner Kompetenz überzeugen.

Den größten Widerstand erfährt jedoch das ehemalige EVP-ED-Fraktionsmitglied Rocco Buttiglione. Der von Silvio Berlusconi vorgeschlagene Italiener und überzeugte Katholik zögert nicht, vor dem Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres seine Überzeugungen kundzutun. Die Liberalen und die Linken im Parlament, die ohnehin enttäuscht sind, dass ihr Kandidat nicht an die Spitze der Kommission gewählt wurde, nehmen einige Äußerungen des Kandidaten zum Anlass, ihr Veto einzulegen. Selbst der Präsident des Europäischen Parlaments, der Sozialdemokrat Josep Borrell Fontelles, tritt aus der seinem Amt obliegenden Zurückhaltung heraus, um einen Mann zu kritisieren, dessen Kompetenz übrigens außer Frage steht. Die EVP-ED-Fraktion unternimmt alles in ihren Kräften Stehende, um zu verhindern, dass Rocco Buttiglione Opfer einer Verfolgung wird. Auch der Vizepräsident des Parlaments, Mario Mauro, prangert die tendenziöse Interpretation der Äußerungen Buttigliones in den offiziellen Zusammenfassungen der Aussprachen des parlamentarischen Ausschusses an.⁷⁴²

Der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten unter dem Vorsitz des Liberalen Jean-Louis Bourlanges, einem ehemaligen EVP-ED-Mitglied, der von der an die Fraktion der Liberalen angeschlossenen Liste von François Bayrou gewählt wurde, verweigert jedoch mit nur einer Stimme Mehrheit Rocco Buttiglione seine Zustimmung. Der Misstrauensantrag scheint damit unausweichlich, trotz aller Bemühungen der Fraktion, die Kommission zu retten.⁷⁴³ Der Fraktionsvorsitzende Hans-Gert Pöttering warnt am 26. Oktober 2004 im Plenum: *„Jeder muss hier wissen: Wenn dieses Kollegium morgen nicht das Vertrauen bekommt, dann geht es nicht darum, dass ein, zwei, drei oder vier Mitglieder ausgetauscht werden, sondern jedes Mitglied des Teams, das sich uns heute vorstellt, steht dann auf dem Prüfstand. Es geht nicht um eine Person, es geht nicht um zwei Personen oder drei, es geht um das gesamte Kollegium, und das müssen wir wissen.“*⁷⁴⁴

Die EVP-ED-Fraktion versucht, die große Gefahr einer Schwächung der Kommission zu verhindern.

Trotz der Unterstützung der EVP-ED-Fraktion handelt Präsident Barroso pragmatisch und stellt am 18. November ein umbesetztes Kollegium, dem Rocco Buttiglione nicht mehr angehört, vor. In der Aussprache im Parlament am 17. November geht Hans-Gert Pöttering auf diese Lösung der Krise ein und bekräftigt die Unterstützung der Fraktion für das neue Kollegium: *„Nun ist die Zeit der Entscheidung*

*gekommen. Die EVP-ED-Fraktion wird der Kommission mit sehr großer Mehrheit das Vertrauen aussprechen. Für die verantwortungsvolle Aufgabe, für das Wohlergehen der Bürger der Europäischen Union und die Einigkeit unseres Kontinents zu arbeiten wünscht die EVP-ED-Fraktion Ihnen Herr Kommissionspräsident Barroso und der ganzen Kommission viel Glück und Erfolg.*⁴⁵

DER BINNENMARKT UND DIE GLOBALISIERUNG

Der „Binnenmarkt“ von 1993: Ein Wachstumsfaktor?

Trotz der Verwirklichung des Binnenmarkts zum 1. Januar 1993 ist Europa weiterhin durch die seit den 1970er Jahren andauernde Wirtschaftskrise gelähmt. Die Arbeitslosigkeit, die seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs einen neuen Höchststand in der Gemeinschaft erreicht hat, wird zu einem ernst zu nehmenden Problem: *„Die Bekämpfung der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit sollte infolgedessen das vorrangige Gebot für die Gemeinschaft sein. Falls es Europa nicht gelingt, einen großangelegten Plan zugunsten der Verringerung der Arbeitslosigkeit zuwege zu bringen, wird die europäische Idee das erste Opfer sein“*, warnt Leo Tindemans⁷⁴⁶. Und Karl von Wogau erklärt: *„Der Standort Europa steckt in einer der schlimmsten Rezessionen der Nachkriegszeit. Die Arbeitslosenrate ist auf Gemeinschaftsebene mittlerweile auf fast 11 % angestiegen, was 17 Millionen der erwerbstätigen Bevölkerung entspricht. (...) Dazu kommen die auf allen Regierungsebenen auf Rekordhöhe angestiegenen Haushaltsdefizite, welche die öffentliche Hand zu gewaltigen Sparmaßnahmen zwingen. Deswegen müssen dringend wirtschafts- und sozialpolitische Lösungen gefunden werden, die sicherstellen, daß der soziale Frieden in den einzelnen Mitgliedstaaten erhalten bleibt.“*⁷⁴⁷ Das Europäische Parlament veröffentlicht im Zuge dessen einen Bericht über die Arbeitsmarktkrise in der Europäischen Gemeinschaft, aus dem hervorgeht, dass die vom Europäischen Rat von Edinburgh im Dezember 1992 getroffenen Entscheidungen nicht weitreichend genug waren.⁷⁴⁸ Auch die EVP-Fraktion befasst sich im ersten Halbjahr 1993 intensiv mit der Wirtschaftskrise. Mit der Erarbeitung des Entwurfs eines Aktionsprogramms der EVP „Für ein wirtschaftlich stärkeres Europa“ wird Fernand Herman betraut, während sich Ferruccio Pisoni mit dem Bereich „Sozialpolitik“ befasst.⁷⁴⁹

Dem Vertrag von Maastricht wurde ein Protokoll zur Sozialpolitik beigelegt, auf dessen Grundlage sich Europa auf diesem Gebiet weiterentwickeln konnte – mit Ausnahme des Vereinigten Königreichs, das das Protokoll ablehnte.

Es gilt nun, eine wirkungsvolle Strategie anzunehmen. Dafür muss zunächst das Vetorecht im Ministerrat aufgehoben und das Mitentscheidungsverfahren angewandt werden, um die Rolle des Europäischen Parlaments zu stärken. Sodann muss das Sozialprotokoll in den Vertrag über die Europäische Union aufgenommen und für alle Mitgliedstaaten rechtsverbindlich gemacht werden. Die Union muss vor allem eine Antwort auf die entscheidende Frage finden, wie die individuellen Bemühungen der Mitgliedstaaten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auf europäischer Ebene wirkungsvoll unterstützt werden können. Das Europäische Parlament richtet dazu 1994 einen nichtständigen Ausschuss für Beschäftigung ein, der das Problem des Abbaus von Arbeitsplätzen analysieren und seine Untersuchungen zu den Maßnahmen der Arbeitslosigkeitsbekämpfung vertiefen soll. Der nichtständige Ausschuss unter dem Vorsitz der Spanierin Celia Villalobos Talero, Mitglied der EVP-Fraktion, spricht sich für eine organisatorische Neugestaltung der Arbeit und die Abschaffung der übermäßigen Besteuerung des von den Unternehmen erwirtschafteten Reichtums aus. Es müsse ein günstigeres Umfeld geschaffen werden, in dem sich das Wachstum wirklich in neuen Arbeitsplätzen niederschlägt. Dazu müsse der Arbeitsmarkt flexibilisiert und die kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) gefördert werden, die ein großes Arbeitsplatzpotenzial bieten.⁷⁵⁰

Zeitgleich veröffentlicht die Europäische Kommission auf Ersuchen des Europäischen Rats von Kopenhagen vom 21. und 22. Juni 1993 den dritten Bericht über Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung⁷⁵¹. In diesem Weißbuch mit dem Untertitel „*Herausforderungen der Gegenwart und Wege ins 21. Jahrhundert*“ geht die Kommission auf mehrere Themenbereiche ein: die optimale Nutzung des Binnenmarktes, die beschleunigte Schaffung transeuropäischer Verkehrs- und Energienetze, die rasche Anpassung an die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien, die Verringerung der finanziellen Risiken zur Ermutigung privater Investoren, sich stärker bei den Vorhaben von europäischem Interesse zu engagieren, sowie die Durchführung eines ehrgeizigen Rahmenprogramms für die Forschung (1994-1998), insbesondere im Bereich der Informationstechnologien.⁷⁵²

Dieses Weißbuch bildet im Arbeitsjahr 1993/1994 den Schwerpunkt des Arbeitsprogramms des Ausschusses für Wirtschaft, Währung und Industriepolitik des Europäischen Parlaments. Der Berichterstatter Karl von Wogau⁷⁵³ und die EVP-Fraktion fordern, das Enddokument müsse eine „*Produktivitätssteigerung im Dialog der Sozialpartner (...) suchen, und nicht durch weitere (...) Ausgabenprogramme der Öffentlichen Hand die Steuerquote weiter anheben und dadurch noch mehr Arbeitsplätze (...)*

gefährden“.⁷⁵⁴ Angesichts dieses Einflusses der Christdemokraten auf die Ausrichtung der Wirtschaftspolitik stimmt die EVP-Fraktion für das Weißbuch.⁷⁵⁵ Jean-Luc Dehaene betont auf dem Gipfel der Staats- und Regierungschefs und Parteivorsitzenden der EVP im Dezember 1993, dass *„das Weißbuch eine gute Arbeitsgrundlage für die Diskussion über die Beschäftigung darstellt. Es ist aber entscheidend, dass wir mit unserer Darstellung in der Öffentlichkeit keine falschen Hoffnungen wecken. Die von der Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen der Gemeinschaft und deren Finanzierung sind vernünftig und binden die Union in zukunftsweisende Unternehmungen ein, wie den Aufbau großer Netze. Die finanzielle Dimension der europäischen Beschäftigungsmaßnahmen ist lediglich eine Folge des Aktionsplans, der umgesetzt werden kann.“*⁷⁵⁶

Die Fraktion befasst sich intensiv mit diesem Thema, während sich die Wirtschaftskrise in Europa erneut verschärft. Die neue Krise ist konjunkturbedingt und hängt mit der weltweiten Wirtschaftslage zusammen. Doch sie hat auch strukturelle Ursachen: Die europäische Industrie erlebt den Zusammenbruch ganzer Sektoren, wie der Stahlindustrie und des Schiffbaus. Mit der Schaffung des Binnenmarktes wurde die Rigidität des Marktes reduziert und gleichzeitig die Flexibilität der Beschäftigung erhöht und Handelshemmnisse abgebaut.⁷⁵⁷ Der Binnenmarkt soll die Anpassung der Europäischen Union an die Globalisierung, die neuen Spielregeln des internationalen Handels und den Aufstieg Chinas, Indiens, Brasiliens und Argentinien zu weltweiten Wirtschaftsakteuren sichern.

Am 6. Juni 1997 stellt die Kommission einen Binnenmarkt-Aktionsplan für den Zeitraum 1998-2000⁷⁵⁸ vor, in dem vier strategische Ziele benannt werden: die Stärkung der Wirksamkeit der Rechtsvorschriften, d. h. die bessere Umsetzung der geltenden Bestimmungen, die Beseitigung der größten Binnenmarktverzerrungen, der Abbau der sektoralen Hindernisse für die Integration der Märkte und die Schaffung eines Binnenmarktes im Dienste der Bürger. Außerdem regt die Kommission die Einführung eines *„Binnenmarktanzeigers“* für alle Mitgliedstaaten an, der jedes Jahr Informationen über den jeweiligen Grad der Umsetzung der Binnenmarktmaßnahmen liefern soll. Erneut wird Karl von Wogau zum Berichterstatter ernannt.⁷⁵⁹ Mit der angenommenen EntschlieÙung unterstützt das Europäische Parlament den Aktionsplan und hofft, dass auf diese Weise bis 2002 ein echter Binnenmarkt geschaffen wird. Das Parlament spricht sich außerdem für eine größere Freizügigkeit der Arbeitnehmer aus und bestätigt die Notwendigkeit gewisser Steuerreformen.

Die gesamte europäische Politik ist in Bewegung. Der luxemburgische Premierminister Jean-Claude Juncker legt vor seinen Amtskollegen die

Zielvorgaben zur Überwindung der Krise in Europa dar: Es gelte, „*einen Prozess in Gang zu setzen, der nicht umkehrbar ist*“. Außerdem bedürfe es „*einer verstärkten Einbeziehung der Union in die Beschäftigungspolitik, bei Festlegung gemeinsamer Ziele für die Mitgliedstaaten und gegenseitiger Kontrolle der Einhaltung dieser Ziele.*“⁷⁶⁰ Im Europäischen Parlament erklärt der luxemburgische Premierminister: „*Sie werden sich sicherlich noch erinnern, welche Klagen über zehn Jahre lang geführt wurden, nämlich der heftige Vorwurf an die politischen Instanzen der Europäischen Union, daß man sich ausschließlich auf die Währungs- und Wirtschaftspolitik konzentriere und daß für die Beschäftigung keine Ziele gesetzt würden. (...) Wir wollen das europäische Projekt dadurch vollkommener gestalten, daß wir den Menschen, insbesondere den Arbeitslosen, in den Mittelpunkt unserer Bemühungen stellen.*“⁷⁶¹

Die Strategien der verschiedenen Institutionen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit weichen jedoch voneinander ab. Im Vorfeld des außerordentlichen Beschäftigungsgipfels nimmt das Europäische Parlament den Bericht⁷⁶² von Wim van Velzen an, in dem mehrere weitreichende Maßnahmen vorgeschlagen werden, u. a. die deutliche Aufstockung der Mittel für allgemeine und berufliche Bildung, die Betreuung von Langzeitarbeitslosen, die Regelung der Arbeitszeit und die Einführung einer Sozialsteuer. In dem parlamentarischen Bericht werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, bei der Beschäftigungspolitik von passiven zu aktiven Maßnahmen überzugehen.

Da sich die EVP nicht allen diesen Forderungen anschließen kann⁷⁶³, entwickelt sie auf ihrem Kongress in Toulouse am 11. November 1997 eigene Leitlinien für die Beschäftigungspolitik. Der angenommene Text umfasst die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Eingliederung benachteiligter Bevölkerungsgruppen (Jugendliche, Frauen, ältere Menschen, Behinderte) in den Arbeitsmarkt, die dauerhafte Weiterbildung der Arbeitnehmer, ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum, die Investitionsförderung und die Stärkung von Forschung und Entwicklung als die Schlüsselemente, die es Europa ermöglichen werden, zum Motor der Weltwirtschaft aufzurücken.⁷⁶⁴

Auf dem außerordentlichen Beschäftigungsgipfel in Luxemburg im November 1997 werden die Grundlagen einer europäischen Strategie festgelegt, die sich an der Methode der wirtschaftlichen Konvergenz orientiert. Die nationale Politik soll sich an vier Leitlinien ausrichten: der besseren Eingliederung in den Arbeitsmarkt, der Entwicklung des Unternehmergeistes, der Förderung der Anpassungsfähigkeit der Unternehmen und Beschäftigten sowie der Stärkung der Politik der Chancengleichheit.⁷⁶⁵

Jean-Claude Juncker spricht in diesem Zusammenhang von einem Neubeginn: *„Die Ergebnisse dieses Gipfels stellen eine Startlinie und nicht eine Ziellinie dar. (...) Angesichts dieser Herausforderung, auf die es keine einfache Antwort gibt, möchte der heutige Europäische Rat, der sich zum ersten Mal voll und ganz dem Problem der Beschäftigung widmet, ein Zeichen für einen Neubeginn bei den Überlegungen und Aktionen der Mitgliedstaaten setzen. (...) Die Maschine ist in Gang gesetzt worden; ich glaube nicht, daß sie jetzt noch gebremst werden kann.“*⁷⁶⁶

Das Europa „des Wachstums und der Beschäftigung“ nach der Lissabon-Strategie

Der wahre Wendepunkt ist Lissabon. Im März 2000 stimmt der Europäische Rat der Strategie für Beschäftigung und Wachstum zu und legt als strategisches Ziel fest, die EU *„bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensgestützten Wirtschaftsraum der Welt zu machen – einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen“*⁷⁶⁷. Für den Österreicher Othmar Karas ist *„der Lissabon-Prozess die Antwort Europas auf die Globalisierung“*⁷⁶⁸. Es wird eine regelmäßige Koordinierung vereinbart und seit 2000 findet jedes Frühjahr eine Sondertagung des Europäischen Rats zur Lissabon-Strategie statt, auf der die Fortschritte bei den Strukturreformen bewertet werden. Auf diese Weise ziehen die Staats- und Regierungschefs über die Entwicklung des Lissabon-Prozesses Bilanz.⁷⁶⁹

In der EVP-ED-Fraktion hat die Wirtschaftsfrage im Zeitraum 2004-2009 politische Priorität. Im Jahr 2002 richtet sie eine Arbeitsgruppe unter der Leitung des Niederländers Wim van Velzen ein, die sich aktiv in die Abstimmungen über die Entschließungsanträge im Anschluss an die Frühjahrstagungen des Europäischen Rats einbringt. Zur Schaffung neuer Arbeitsplätze schlägt die EVP-ED-Fraktion vor, die Bereiche Forschung, Bildung und neue Technologien bevorzugt zu behandeln. Angestrebt wird eine langfristige und nachhaltige Entwicklung, die sich auf eine soziale und umweltfreundliche Marktwirtschaft stützt. Am Vorabend der Europawahlen 2004 ist die Fraktion überzeugt, dass die Umsetzung der Lissabon-Strategie den Ausgangspunkt für Strukturreformen bilden muss⁷⁷⁰. Marianne Thyssen zufolge ist der Inhalt der Lissabon-Strategie zufriedenstellend und schafft ein gutes Gleichgewicht zwischen den drei Säulen Wissen, Forschung und Entwicklung⁷⁷¹.

Am 23. und 24. März 2004 veranstaltet die EVP-ED-Fraktion in Wien ihre Studientage, auf denen sie sich mit Strategien zur Ankurbelung der europäischen Wirtschaft befasst. Othmar Karas verweist auf die Notwendigkeit, den Worten nun auch Taten folgen zu lassen – eine Ansicht, die auch der stellvertretende Vorsitzende Wim van Velzen teilt. Dazu müssen mehr Mittel bereitgestellt werden und bei den Debatten im Rahmen des Haushaltsverfahrens 2005 konzentriert sich die Fraktion daher vor allem auf den *„Beitrag zu Wirtschaftswachstum und langfristiger nachhaltiger Entwicklung“* und die *„Gewährleistung, dass Bürger und Unternehmen im Mittelpunkt der internen politischen Maßnahmen stehen.“* Mit Unterstützung anderer Fraktionen gelingt es den Abgeordneten der EVP-ED-Fraktion, die Haushaltslinien im Zusammenhang mit der Lissabon-Strategie anzuheben.⁷⁷²

Auf den Studientagen in Rom im März 2006 kann die EVP-ED-Fraktion ihre Standpunkte verdeutlichen. Alle Hauptredner betonen, sie seien davon überzeugt, dass die Globalisierung als Chance und nicht als Bedrohung verstanden werden sollte. Es herrscht jedoch auch Einigkeit darüber, dass es einen Ausgleich für ihre wirtschaftlichen und sozialen Folgen geben müsse.⁷⁷³ Der Europäische Rat von Lissabon hatte die größten Herausforderungen herausgestellt: *„Die Europäische Union ist mit einem Quantensprung konfrontiert, der aus der Globalisierung und den Herausforderungen einer neuen wissensbasierten Wirtschaft resultiert. Diese Veränderungen wirken sich auf jeden Aspekt des Alltagslebens der Menschen aus und erfordern eine tiefgreifende Umgestaltung der europäischen Wirtschaft. (...) Die raschen und immer schneller eintretenden Veränderungen bedeuten, daß die Union jetzt dringend handeln muß, wenn sie die sich bietenden Chancen in vollem Umfang nutzen möchte.“*⁷⁷⁴ Joseph Daul fasst das Problem wie folgt zusammen: *„Diese Strategie darf sich nicht auf das Gesetz des Stärkeren stützen, sondern auf eine Mischung aus Wettbewerbsfähigkeit, hohem Beschäftigungsniveau und starkem sozialen Schutz. Wir brauchen eine geregelte Globalisierung.“*⁷⁷⁵

Die Lissabon-Strategie nährt große Hoffnungen. Doch die tatsächlichen Fortschritte sind enttäuschend. Die EVP-ED-Fraktion bedauert die politische Trägheit einiger Mitgliedstaaten, die teilweise sogar zurückrudern. Die entscheidenden Strukturreformen im Rahmen der Lissabon-Strategie werden nicht umgesetzt. José Manuel García-Margallo y Marfil betont, *„dass aufgrund des fehlenden politischen Muts zur Durchführung von notwendigen Reformen es so schwierig sei, die Ziele von Lissabon zu erreichen.“*⁷⁷⁶ Um die zeitnahe Umsetzung dieser Reformen zu gewährleisten, schlägt die Fraktion die Aufstellung eines klaren Fahrplans mit festgelegten Schritten vor. Es bedarf eines neuen

Aktionsplans zur Strukturreform mit einem festen Zeitplan, der bis 2010 voll erfüllt werden muss. Zudem sollten die Zielvorgaben aus der Lissabon-Strategie und insbesondere die folgenden Bereiche stärker in den Mittelpunkt gerückt werden: öffentliche und private Investitionen, vor allem in das Humankapital und für Forschung und Entwicklung, Aufwertung des unternehmerischen Denkens in der europäischen Gesellschaft, Unterstützung der KMU und ein geringeres Gesamtbesteuerungsniveau in der EU. Die Mitgliedstaaten müssen in den Bereichen Beschäftigung, Wachstum, Umwelt und Aufbau eines adäquaten sozialen Netzes ihrer Verantwortung gerecht werden.

Zur Neubelebung der Strategie und um sicherzustellen, dass die Mitgliedstaaten ihren im Rahmen des Lissabon-Programms eingegangenen Verpflichtungen nachkommen, versucht das Europäische Parlament, die nationalen Parlamente stärker in den Prozess einzubeziehen. Nach Ansicht von Marianne Thyssen ist *„das Engagement der nationalen Parlamente daher von grundlegender Bedeutung, da ihnen die Aufgabe zukommt, viele der erforderlichen Reformen in die nationale Gesetzgebung umzusetzen.“*⁷⁷⁷

Um die Einbindung der nationalen Parlamente zu gewährleisten, hält das Europäische Parlament gemeinsame Sitzungen zur Zukunft der Lissabon-Strategie ab.⁷⁷⁸ Auch die von der EVP-ED-Fraktion organisierten Vorbereitungssitzungen sollen die nationalen und europäischen Abgeordneten derselben politischen Familie einander näher bringen und es dem Europäischen Parlament ermöglichen, die Bedenken und Forderungen der nationalen Abgeordneten zu berücksichtigen.⁷⁷⁹

In ihrer Erklärung von Berlin vom März 2007 begrüßen die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union die sichtbaren Erfolge der Lissabon-Strategie, die sich in einem erhöhten Wachstum und einer rückläufigen Arbeitslosigkeit widerspiegeln. Bei dieser Gelegenheit unterstreicht der Europäische Rat, dass ein reibungsloses Funktionieren des Binnenmarkts und die Förderung von Innovation, Forschung und Entwicklung wichtige Impulse zur weiteren Unterstützung dieser positiven Entwicklung geben werden.⁷⁸⁰

In der Plenumsdiskussion über die Erklärung von Berlin erläutert der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion, Joseph Daul: *„Europa muss in einer globalisierten Welt, in der es immer wieder neue Schwerpunkte gibt – ich denke hier an Asien, aber auch an Brasilien – mit wirtschaftlichen und sozialen Reformen reagieren. Es muss sein historisches Potenzial nutzen und sein Sozialmodell stärken.“*⁷⁸¹

Drei Erfolge für die Bürger: günstigere Telefontarife, höherwertige Dienstleistungen und verbesserter Umweltschutz

Gleichzeitig ist die Fraktion der Ansicht, dass die potenziellen Vorteile des Binnenmarkts für die Bürger stärker in den Vordergrund gerückt werden sollten.

Das konkrete Engagement der EVP-ED-Fraktion schlägt sich in drei Dossiers nieder, die direkte Auswirkungen auf das Leben der Bürger Europas haben, da sie sie unmittelbar berühren: die Regulierung der Mobilfunktarife (*Roaming*), die Dienstleistungsrichtlinie (nach dem niederländischen Kommissar und Initiator auch Bolkestein-Richtlinie genannt) und eine wichtige Vorschrift für den Schutz und die Gesundheit der Verbraucher, die REACH-Richtlinie.

Die Roaming-Verordnung geht auf die vom Kommissionsmitglied Viviane Reding übermittelte Empörung der Fraktion über die exorbitanten Tarife zurück, die die Mobilfunkanbieter ihren sich in der Europäischen Gemeinschaft bewegendenden Kunden berechnen⁷⁸². Da der vom Verbraucher verlangte Preis in keinem Verhältnis zu den eigentlichen Kosten der Dienstleistung steht, wird mit der Roaming-Verordnung ein „Eurotarif“ festgelegt, der auf 0,49 Euro pro Minute für ausgehende und auf 0,24 Euro pro Minute für eingehende Anrufe begrenzt ist⁷⁸³. Diese Verordnung wird vom Europäischen Parlament am 27. Juni 2007 in erster Lesung angenommen. Der Standpunkt des Europäischen Parlaments in erster Lesung wird vom Rat unverändert übernommen. Trotz der Größe des Themas und der starken Lobbyarbeit der Mobilfunkbetreiber konnten sich das Parlament, der Rat und die Kommission zügig einigen.

Der Brite Giles Chichester^a ist Vorsitzender des parlamentarischen Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie und der Österreicher Paul Rübiger wird zum Berichterstatter ernannt.⁷⁸⁴ Beide stammen aus der Wirtschaft und der Industrie und ihr Fachwissen erweist sich angesichts der Komplexität des Dossiers als äußerst hilfreich. Die Mobilfunkunternehmen stemmen sich gegen die Annahme des Vorschlags von Viviane Reding.

Die Verhandlungen zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission beginnen sehr früh, wodurch mehrmalige Lesungen vermieden werden können. Die Schnelligkeit, mit der die Verordnung zum Abschluss gebracht wurde, überraschte nicht nur Kommissarin Reding, die feststellt: „*Es ist äußerst selten, um nicht zu*

a Giles Chichester wird am 1.2.2007 von Angelika Niebler, Mitglied der EVP-ED-Fraktion, abgelöst.

sagen ungewöhnlich, dass in nur 10 Monaten ein Gesetzgebungsverfahren zum Abschluss gebracht wird“⁷⁸⁵. Der Verhandlungsführer des Parlaments, Paul Rübig, begrüßt das Ergebnis mit den Worten: „Alles in allem ist es der EVP-ED-Fraktion gelungen, für die Mobiltelefon-Kunden in der ganzen EU den bestmöglichen Deal herauszuholen. Jetzt kann man wirklich sorgenfrei nach Hause telefonieren“⁷⁸⁶.

In der Dienstleistungsrichtlinie geht es um die Förderung des Wirtschaftswachstums und der Beschäftigung in der Europäischen Union durch die Verwirklichung eines echten Binnenmarkts für Dienstleistungen, insbesondere lokaler Dienstleistungen des täglichen Lebens wie Klempner- und Malerarbeiten, Haushaltsdienstleistungen, Fahrzeugvermietungen usw. Mit der Richtlinie sollen die rechtlichen und administrativen Hindernisse beim Ausbau dieser Dienstleistungen überwunden und die Rechte der Kunden gestärkt werden.

Der Vorschlag der Europäischen Kommission befasst sich hauptsächlich mit dem Umfang der erfassten Dienstleistungen, der Frage der für ausländische Dienstleistungen geltenden Gesetze und Vorschriften (die des Ursprungslands oder andere) und dem Schutz der Verbraucher durch die Verwaltungszusammenarbeit der Mitgliedstaaten. Die EVP-ED-Fraktion steckt viel Energie in diesen Vorschlag der Kommission⁷⁸⁷ und ist der Ansicht, dass der in einigen Teilen Europas praktizierte Protektionismus nur zur Schwächung der Wirtschaftsleistung führt⁷⁸⁸. Vonseiten der EVP-ED wird das Dossier im federführenden Binnenmarktausschuss vom britischen Abgeordneten Malcolm Harbour bearbeitet. Im Ausschuss findet ein konstruktiver Dialog zwischen den beiden größten Fraktionen statt.⁷⁸⁹ Das Parlament benötigt zur Änderung des Kommissionsvorschlags eine deutliche Mehrheit, und dies umso mehr, als dieser in den Wirtschaftskreisen einiger Mitgliedstaaten bereits auf großen Widerstand gestoßen war. Während die Abgeordneten über die Änderung des Kommissionsvorschlags beraten, bekunden in Straßburg 30 000 Demonstranten friedlich ihre Unterstützung für die Bemühungen des Parlaments.⁷⁹⁰

Der Text, den die Abgeordneten schließlich am 16. Februar in erster Lesung verabschieden, stellt eine erhebliche Verbesserung des von Kommissionsmitglied Frederick Bolkestein einige Jahre zuvor eingereichten Vorschlags dar. Der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion hebt die wichtige Rolle der Fraktion bei der Verabschiedung des Kompromisses hervor: „Die EVP-ED-Fraktion hat wesentliche Verbesserungen am Kommissionsvorschlag erarbeitet (...). Unsere Fraktion hat diese Richtlinie fast vollständig umgeschrieben, und der Text, der uns heute vorliegt, ist das Ergebnis dieser Arbeit. Dafür war genau jene Kompromissbereitschaft erforderlich, die wir gezeigt haben“⁷⁹¹.

So wurde etwa das Herkunftslandprinzip durch den Grundsatz der Dienstleistungsfreiheit ersetzt, was den freien Verkehr von Dienstleistungen ermöglicht. Gleichzeitig wurden im Bereich der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der sozialen Sicherheit und des Gesundheits- und Umweltschutzes einige wesentliche Ausnahmen beibehalten. Diese sind nach Malcolm Harbour „*ein wichtiger Bestandteil des Kompromisses*.“⁷⁹² Dienstleistungen von allgemeinem Interesse (Gesundheitswesen, Verkehr, audiovisuelle, soziale und juristische Dienstleistungen) fallen demnach nicht unter den Anwendungsbereich der Richtlinie. Und entsprechend der Hauptforderung der europäischen Abgeordneten berührt die Anwendung der Richtlinie weder das in den Mitgliedstaaten geltende Arbeitsrecht noch die Sozialgesetzgebung.

Bei der zweiten Lesung im Europäischen Parlament am 15. November 2006 erinnern die Redner an die gewaltige Arbeit, die die Abgeordneten bei der Ausarbeitung des Kompromisses geleistet haben. Für Charlie McCreevy, Kommissar für den Binnenmarkt, „*hat das Europäische Parlament unter Beweis gestellt, dass es fähig und in der Lage ist, in sehr vielschichtigen Fragen ausgewogene Kompromisse zu finden*.“⁷⁹³ Mauri Pekkarinen, amtierender Ratspräsident, bezeichnet den in erster Lesung angenommenen Text als „*historischen Kompromiss*“⁷⁹⁴. Einen Monat später wird der Text vom Parlament und vom Rat endgültig angenommen.

Die REACH-Regelung ist ein weiterer umfassender Text, der vom Europäischen Parlament verabschiedet wurde. Diese äußerst komplexe Vorschrift regelt den Chemikaliensektor. Mit dem ursprünglichen Entwurf sollte ein neuer regulatorischer Rahmen für die Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe geschaffen werden⁷⁹⁵. Zu diesem Zweck wird eine Europäische Agentur für chemische Stoffe eingerichtet.⁷⁹⁶ Das Vorhaben zielt auf den Ausgleich der auseinander gehenden Interessen der europäischen Chemieindustrie (31 % der Weltproduktion) und des Schutzes der Umwelt und der Gesundheit der europäischen Bürger. Die Herausforderung der Fraktion besteht darin, einerseits den Verbraucher- und Umweltschutz zu gewährleisten, ohne dadurch andererseits die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft der Chemieunternehmen einzuschränken. Dies ist das Grundproblem der *nachhaltigen Entwicklung*.

Im Oktober 2003 wird der Kommissionsvorschlag an den federführenden parlamentarischen Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit übermittelt. Die gemeinsame Anhörung der Ausschüsse für Umwelt, Industrie und Binnenmarkt im Januar 2005, an der über 1 000 Vertreter der verschiedenen Interessengruppen teilnehmen, verdeutlicht die Bedeutung dieser Rechtsvorschrift.

Vor der Plenartagung am 15. November 2005 verweist der Verfasser der Stellungnahme des Binnenmarktausschusses, Hartmut Nassauer, auf den Standpunkt der Fraktion, die sich pragmatischer gibt. Angesichts des komplexen Texts fordert er, „zu einer möglichst effizienten, gezielten, schnellen, unbürokratischen und kostengünstigen Registrierung von Stoffen nach deren tatsächlichem Gefährdungspotenzial zu kommen.“⁷⁹⁷ Die Fraktion sorgt sich um die Wettbewerbsfähigkeit der Chemieunternehmen. Die Chemieindustrie und zahlreiche nachgelagerte Nutzer der Chemieprodukte (wie die Automobil- und Textilindustrie) bemängeln die hohen Kosten und die Unwirksamkeit des von der Kommission vorgeschlagenen Ansatzes.⁷⁹⁸ Auf der anderen Seite steht der Enthusiasmus der Umweltverbände und der Verbraucherschutzorganisationen, die mit dem Kommissionsvorschlag wesentliche Zusagen erhalten. Der Prozess droht ins Stocken zu geraten. Die unterschiedlichen Interessen lassen die Waage in die eine oder andere Richtung ausschlagen und könnten im schlimmsten Fall zu einem Text führen, der so viele Kompromisse enthält, dass er undurchführbar wird.

Hartmut Nassauer schlägt daher vor, statt des ungeeigneten mengenorientierten Ansatzes der Kommission, den der sozialdemokratische Berichterstatter unterstützt, einen Ansatz zu verfolgen, der die Gefahren für Mensch und Umwelt berücksichtigt.⁷⁹⁹ Seiner Ansicht nach müssen die chemischen Stoffe entsprechend ihrer Gefahrenklasse kategorisiert werden.⁸⁰⁰ Es gelingt Hartmut Nassauer, alle Mitglieder des Binnenmarktausschusses auf seine Seite zu bringen und mit den Sozialdemokraten und den Liberalen eine Einigung zu erzielen.⁸⁰¹

Das Ziel der Rechtsvorschrift wird von einer Mehrheit des Parlaments unterstützt: der freie Verkehr von chemischen Stoffen im Binnenmarkt unter Einhaltung der Sorgfaltspflicht. Das Einvernehmen zwischen den stärksten Fraktionen im Europäischen Parlament erweist sich in den Verhandlungen mit dem Rat wieder einmal als Pfund.

Die Fraktion befürwortet die Ausweitung des Welthandels (die Runden in Seattle, Doha und Cancún)

Die europäische Wirtschaft muss einen wichtigen Faktor berücksichtigen: die Globalisierung. Mit der Verwirklichung des Binnenmarktes stieg die Europäische Union zur bedeutendsten Handelsmacht der Welt auf und hängt damit zu einem beträchtlichen Teil von anderen Weltregionen ab: nicht nur von den USA und Japan und natürlich von China und Indien, sondern auch von Afrika und Lateinamerika. In dieser neuen Lage der gegenseitigen Abhängigkeit spielt die EU eine

Schlüsselrolle. Sie ist Mitglied internationaler Regulierungsgremien wie des GATT (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen), der heutigen WTO (Welthandelsorganisation), in der die Europäische Kommission einmalig in der Geschichte der internationalen Beziehungen alle Mitgliedstaaten der Union vertritt. Diese Regelung geht auf die unter Federführung des Deutschen Peter Kittelmann ausgearbeitete und am 13. November 1996 angenommene Entschließung zur Welthandelsorganisation zurück, der zufolge die Europäische Union durch die Kommission als alleiniger Verhandlungsführer in allen Bereichen der WTO-Zuständigkeit vertreten werden soll. Die WTO empfiehlt gleichzeitig, das Parlament „über seine zuständigen Ausschüsse weitestmöglich an den Arbeiten der WTO zu beteiligen“ und fordert, „daß ihm sämtliche im Rahmen der WTO ausgehandelten Übereinkommen zur Zustimmung (...) vorgelegt werden.“⁸⁰²

Die Ausweitung der parlamentarischen Kontrolle ist eine der wichtigsten Forderungen der Fraktion. Im Anschluss an die dritte WTO-Ministerkonferenz in Seattle im Jahr 1999 ruft die Fraktion eine eigene Arbeitsgruppe „WTO“ ins Leben. Unter dem Vorsitz des Finnen Ilkka Suominen sollen die Arbeiten der WTO verfolgt und die in den verschiedenen parlamentarischen Ausschüssen mit verwandten Themen beschäftigten Fraktionsmitglieder regelmäßig zusammengebracht werden.⁸⁰³

Im gleichen Jahr beschließt das Europäische Parlament die Entsendung einer Delegation zu den Verhandlungen in Seattle. Mit 13 Mitgliedern ist die EVP-ED-Fraktion in der Delegation am stärksten vertreten. Zur Delegation gehören der Hauptberichterstatter des Europäischen Parlaments zur WTO-Millenniumsrunde, Konrad Schwaiger, der Berichterstatter des Ausschusses für Landwirtschaft bei der WTO, Arlindo Cunha, der Berichterstatter des Ausschusses für Entwicklung bei der WTO, John Alexander Corrie, der stellvertretende Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion, James Elles, der stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Handel, Renato Brunetta, sowie die Mitglieder des Parlaments Joseph Daul, Michel Hansenne, Thomas Mann, Ruth Hieronymi, Joachim Würmeling, Anders Wijkman, Paul Rübig und Maria-Liese Flemming.

Für die Fraktion ist es Zeit, „der Stimme der Völker Gehör zu verschaffen“⁸⁰⁴. Die von den Abgeordneten der nationalen Delegationen der Mitgliedstaaten unterstützte Delegation des Europäischen Parlaments schlägt die Einrichtung einer Parlamentarischen Versammlung der WTO vor. Das von der Fraktion angeregte Gremium, das zum Zugpferd der Demokratisierung der WTO⁸⁰⁵ wird, wird am 3. Dezember von der Mehrheit der anwesenden Abgeordneten gebilligt. Das Europäische

Parlament widmet sich im Hinblick auf die Einrichtung einer solchen Versammlung umgehend der Organisation einer ersten Tagung, die im Februar 2003 in Genf stattfindet und an der fast 500 Abgeordnete aus 77 verschiedenen Ländern teilnehmen. Seitdem tritt die Versammlung jährlich zusammen.

Aus der „Schlacht von Seattle“, einem Aufstand gegen die herrschende Weltwirtschaftsordnung, gingen eine höchst uneinheitliche Front von Globalisierungsgegnern und das Bedürfnis nach mehr Demokratie hervor. Den Mitgliedern der WTO war es ihrerseits nicht gelungen, sich auf die Tagesordnung für die Verhandlungen der Millenniumsrunde zu verständigen. Die Delegierten der EVP-ED-Fraktion versuchen daher, die Handelspartner der Union von der Notwendigkeit einer neuen Verhandlungsrunde zu überzeugen.⁸⁰⁶

Die vierte Ministerkonferenz der WTO findet vom 9. bis 14. November 2001 in Doha (Katar) statt. Bei der Konferenz gehört die Delegation des Europäischen Parlaments fest zur offiziellen Delegation der Europäischen Union und nimmt in vollem Umfang an den Verhandlungen teil. So kann Joseph Daul die *„durchgängige Transparenz zwischen Rat, Kommission und Parlament während der Verhandlungen“*⁸⁰⁷ rühmen. Die angenommene Tagesordnung von Doha spiegelt die von der EVP-ED-Fraktion verfolgten Ziele wider: das Streben nach einer Einigung über die Liberalisierung des Handels und der Investitionen, die Festigung der grundlegenden WTO-Regeln und die Bekräftigung, dass die Runde und die WTO im Allgemeinen das Ziel verfolgen, die Probleme der Entwicklungsländer anzugehen.

Die Fraktion widmet sich daraufhin der Vorbereitung der fünften Ministerkonferenz, die vom 9. bis 12. September 2003 in Cancún stattfindet. Die Arbeitsgruppe „WTO“ trifft sich erneut unter dem Vorsitz von Wim van Velzen und stellt ein Team von Dienstleistungsexperten zusammen, die sich auf die gemeinsamen Standpunkte in diesem sensiblen Bereich verständigen. Die Sachverständigen befürworten einen erleichterten Marktzugang für Dienstleistungen und die Einbeziehung anderer Bereiche wie Telekommunikation, Finanz-, Verkehrs- und Umweltdienstleistungen in das Regelwerk der WTO. Außerdem spricht sich die Arbeitsgruppe für einen verbesserten Marktzugang für Industriegüter und eine weltweite Senkung der Zolltarife aus und setzt sich für eine Öffnung der WTO für die sogenannten „Singapur-Themen“ ein: Investitionsschutz, Wettbewerbsregeln, Handelserleichterungen und Transparenz im öffentlichen Auftragswesen. Um die Entwicklungsländer stärker einzubeziehen, fordert die Arbeitsgruppe die Mitglieder der WTO auf, dem Beispiel der Europäischen Union zu folgen

und Produkten aus den am wenigsten entwickelten Ländern einen zoll- und quotenfreien Zugang zu ihren Märkten zu gewähren.⁸⁰⁸

Im Rahmen der Delegation des Europäischen Parlaments nehmen auch mehrere Mitglieder der EVP-ED-Fraktion an der Konferenz teil, um den Verlauf der Verhandlungen zu verfolgen.⁸⁰⁹ Die Delegation steht mit Pascal Lamy und Franz Fischler, den beiden Kommissionsmitgliedern, die die Europäische Union vertreten, in ständiger Verbindung, um erzielte Fortschritte zu erörtern und die künftige Strategie festzulegen. Doch zum großen Bedauern der Delegation des Europäischen Parlaments und der EVP-ED-Fraktion scheitern die Verhandlungen erneut.⁸¹⁰

Nach zwei weiteren Niederlagen im Dezember 2005 in Hongkong und im Jahr 2006 in Genf drückt die Fraktion ihre tiefe Besorgnis aus. Georgios Papastamkos und Robert Sturdy, Mitglieder des Ausschusses für internationalen Handel, erklären: *„Es steht viel auf dem Spiel. Uns könnten nicht nur die aus der Handelsliberalisierung resultierenden Vorteile verloren gehen, die im Hinblick auf die Weltwirtschaft immerhin auf 100 Milliarden Euro geschätzt werden, wir laufen auch Gefahr, die Glaubwürdigkeit und Zukunft der WTO als einer Institution zur Steuerung eines regelgebundenen Systems für den internationalen Handel zu zerstören.“*⁸¹¹

Seitdem bekräftigt die Fraktion beständig ihre *„feste Überzeugung, dass von offenen Märkten alle profitieren. (...) Allerdings müssen die internationalen Handelsregeln in der sich globalisierenden Wirtschaft von allen Handelspartnern eingehalten werden, um die Praxis des freien und fairen Handels zu sichern.“*⁸¹²

Kapitel XXXVIII
**DER EURO ALS SCHUTZSCHILD
GEGEN DIE WELTWEITEN
WÄHRUNGSTURBULENZEN
(1999-2009)**

„Der lange Weg zum Euro“⁸¹³

Am 1. Januar 2002 können viele Millionen Unionsbürger neue, auf Euro ausgestellte Banknoten aus den Geldautomaten ziehen. Endlich halten sie die seit vielen Jahren erwartete einheitliche Währung in den Händen. Einige Banken haben bereits Tüten mit Euro- und Cent-Stücken an ihre Kunden verteilt, wobei jeweils eine Seite der Münzen ein Symbol des Ausgabelands trägt. Sammler beginnen, ihren „Eurocollector“ zu bestücken und der Erfolg der Währungsumstellung bestätigt sich, als die Zentralbanken der zwölf Mitgliedsländer der Eurozone mitteilen, dass die Geldscheine der alten Währungen innerhalb von zwei Monaten praktisch vollständig durch die neuen Scheine ersetzt wurden.

Das Euro-Bargeld ist nach dem einheitlichen Pass das wahrscheinlich konkreteste Symbol im Alltag der Europäer seit Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Zwar haben einige Verbraucher, häufig zu Recht, das Gefühl, dass die Händler dazu neigen, die Euro-Preise nach oben aufzurunden, sodass der Eindruck steigender Lebenshaltungskosten entsteht. Trotzdem ist der Euro seit diesem Tag eine Errungenschaft im Alltag, auf die niemand verzichten möchte.

Die einheitliche Währung wurde vor allem zum Vorteil der Europäer eingeführt: Zum einen natürlich, um den Handelsverkehr zu vereinfachen, zum anderen aber auch zur Erleichterung der physischen Mobilität. Fernand Herman, der während des gesamten Prozesses eine bedeutende Rolle spielt, demonstrierte die Vorteile der einheitlichen europäischen Währung anhand einer einfachen Rechnung: Wollte ein Belgier zu Beginn der 1990er Jahre mit 1 000 belgischen Francs in der Tasche eine Reise durch das Europa der zwölf Mitgliedstaaten unternehmen, und tauschte er sein Geld an jeder Grenze in die lokale Währung um, so würden ihn allein die Wechselgebühren in Höhe von 5 % mehr als 45 % seiner ursprünglichen Geldbetragsmenge kosten und er

würde mit wenig mehr als 500 belgischen Francs nach Brüssel zurückkehren, ohne auch nur irgendetwas gekauft zu haben ...

Dieses jetzt so greifbare Symbol ist zudem die Verwirklichung einer Vision und eines politischen Engagements, das die EVP-Fraktion seit Langem geduldig unterstützt hat. Nicht weniger als 33 Jahre sind von den ersten Schritten der Wirtschafts- und Währungspolitik im Jahr 1969 bis zu dem Tag vergangen, als die Banknoten und Münzen in Umlauf kommen.⁸¹⁴ Während dieses langen Prozesses bekräftigt die EVP-Fraktion unaufhörlich ihre Unterstützung und fordert eine umfassendere Integration der Wirtschafts- und Währungspolitik.⁸¹⁵

Ende der 1980er Jahre ist der Wendepunkt erreicht, als die EVP-Familie ihre europäischen Ambitionen wiederentdeckt: „*Das Ende der Eurosklerose*“, erklärt Wilfried Martens, „*ist auch innerhalb der EVP spürbar, wo besonders große Einigkeit über die Zukunft Europas herrscht. Auf dem EVP-Gipfel, der am 30. Mai 1988 im Kanzleramt in Bonn stattfand, wurde bereits ausgiebig über die Verbindungen zwischen Binnenmarkt und Währungsintegration debattiert. Kohl persönlich war ein großer Befürworter der Währungsunion und vertrat die Ansicht, daß der Prozess der europäischen Integration unumkehrbar sein sollte (...) Unsere Abschlußerklärung bekräftigte auf fast prophetische Weise: ‚Der nächste Schritt auf dem Weg zur Europäischen Union, der 1992 erfolgen muß, ist die Errichtung eines großen freien Binnenmarktes sowie der sozialen Rahmenbedingungen. Die Schaffung der Europäischen Union bleibt die gemeinsame Aufgabe und das gemeinsame politische Ziel. Zu diesem Zweck müssen Entscheidungen getroffen und Maßnahmen eingeleitet werden, die über die in der Einheitlichen Europäischen Akte vorgesehenen Reformen hinausgehen, wie (...) die Schaffung der Voraussetzungen für die Errichtung einer europäischen Zentralbank, die den Wert und die Stabilität der europäischen Währung unabhängig überwacht (...)‘.*“⁸¹⁶

1987, kurz nach der Verabschiedung der Einheitlichen Europäischen Akte und acht Monate vor dem Rat von Hannover, organisiert die Fraktion in Paris ein Kolloquium, das sich ausschließlich mit dem Ziel der WWU für 1992 befasst.⁸¹⁷ Die Wirtschafts- und Währungsunion ist zur Priorität geworden. Bei dem Kolloquium in Paris versammeln sich zahlreiche führende Köpfe der Fraktion: Karl von Wogau, Fernand Herman und Isidor Früh, die einen entscheidenden Anteil an der Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes haben werden. Daneben hat die Fraktion hochrangige Persönlichkeiten eingeladen, wie den Vizepräsidenten der Kommission, Frans Andriessen, den ehemaligen französischen Premierminister Raymond Barre sowie den künftigen Kommissar Jacques Barrot. Schließlich sind unter den Teilnehmern auch einige der Personen, die einige Jahre später Schlüsselpositionen besetzen werden

und deren Einsatz es zu verdanken ist, dass die WWU Wirklichkeit werden kann, wie zum Beispiel Edmond Alphandéry. Der künftige Wirtschaftsminister in der Regierung Balladur (1993-1995) ist selbst ein überzeugter Verfechter: *„Es geht darum, ein währungspolitisches Europa aufzubauen. Solange wir keine Einheitswährung in Europa haben, steht zu befürchten, daß das gesamte Gebäude zerbrechlich bleiben wird. Man denke nur daran, wie seit der Abschaffung des Systems von Bretton Woods im Jahre 1971 (...) Europa ständig von währungspolitischen Unruhen erschüttert wird (...). Als Kämpfer für Europa müssen wir deutlich zeigen, daß wir die Bedeutung dieser Entwicklung in jeder Hinsicht verstanden und die Hindernisse berechnet haben. Nur auf diese Weise werden wir unsere Vorschläge durchsetzen können.“*⁸¹⁸

Das Einvernehmen zwischen Staatspräsident François Mitterrand und Bundeskanzler Helmut Kohl tut das Übrige. Der Europäische Rat von Hannover am 27. und 28. Juni 1988 fordert die Europäische Kommission auf, die Schaffung eines einheitlichen Währungsraums und einer dazugehörigen Zentralbank zu prüfen. Am 12. April 1989 wird der Delors-Plan von der Kommission verabschiedet und vorgelegt.⁸¹⁹ Darin sind drei Bedingungen für die Verwirklichung der WWU genannt: Die Währungen müssen vollständig und unumkehrbar konvertiert werden, der Kapitalmarkt ist komplett zu liberalisieren und zwischen den Währungen sind Paritäten einzurichten. Der Plan wird in drei Stufen umgesetzt: Vollendung des Binnenmarktes, Schaffung eines europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) sowie Übertragung der Währungs- und Wirtschaftsbefugnisse auf die europäischen Institutionen und Schaffung einer gemeinsamen Währung.

Entsprechend dem Plan von Delors werden in dem am 7. Februar 1992 unterzeichneten Vertrag von Maastricht die vier Konvergenzkriterien festgelegt, die für eine einheitliche Währung von wesentlicher Bedeutung sind: – Haushaltsdefizit unter 3 % des BIP, – öffentliche Verschuldung unter 60 % des BIP, – die Inflationsrate darf höchstens 1,5 % über der Inflationsrate der 3 europäischen Länder mit der niedrigsten Inflationsrate liegen, – die langfristigen Zinssätze dürfen höchstens 2 % über dem Zinssatz der 3 Länder mit der niedrigsten Inflationsrate liegen.

Die zweite Stufe der WWU beginnt am 1. Januar 1994. Das im Delors-Plan vorgesehene Europäische System der Zentralbanken wird durch das Europäische Währungsinstitut (EWI) ersetzt, das sich aus den Präsidenten der Zentralbanken der Gemeinschaft und einem eigenen Präsidenten zusammensetzt. Die Geldpolitik bleibt bis zur endgültigen Einrichtung des ESZB in der dritten Stufe der WWU in den Händen der Mitgliedstaaten. Das Institut hat die Aufgabe, die dritte Stufe mittels

Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und der Förderung der ECU umzusetzen.

Innerhalb der Fraktion nimmt Karl von Wogau die Zügel in die Hand. Der „Binnenmarkt-Veteran“ empfiehlt, sämtliche im Vertrag von Maastricht enthaltenen Virtualitäten schnellstmöglich umzusetzen. Er hält den Vertrag für asymmetrisch, *„weil er Wege zur Wirtschaftsunion vorschreibt, ohne die notwendige Transparenz herzustellen und ohne die notwendige Kontrolle bei der Verwirklichung der Wirtschaftsunion zu garantieren. Im Mittelpunkt steht hier das Verfahren des Maastrichter Vertrages betreffend die übermäßigen Defizite, bei dem man feststellen muß, daß das Europäische Parlament von diesem Verfahren praktisch ausgeschlossen wurde.“* Außerdem unterstreicht Karl von Wogau die Bedeutung der Information: *„Wir sind davon überzeugt, daß die Wirtschafts- und Währungsunion, so wie sie im Maastrichter Vertrag vorgezeichnet wird, nur dann ein Erfolg sein kann, wenn sie von den Bürgern der Europäischen Union mitgetragen wird. Deswegen sollte zunächst einmal die Öffentlichkeit hergestellt werden.“*⁸²⁰ Diese wenigen Sätze fassen die gesamte Strategie der Fraktion zusammen: Demokratisierung des Prozesses und Informierung der Bürger.

Ein Jahr später zeigt sich das Europäische Parlament beunruhigt über die schleppende Umsetzung der gemeinsamen Währung. Seit der Unterzeichnung des Vertrags von Maastricht sind drei Jahre vergangen, und das EWU besteht erst seit einem Jahr. In der Entschließung des Europäischen Parlaments zum ersten Jahresbericht des Instituts, verfasst von Efthimios Christodoulou,⁸²¹ fordern die Abgeordneten die schnelle Errichtung der EZB, gegebenenfalls noch vor dem Eintritt in die dritte Stufe der WWU⁸²². Am 7. April 1995 fordern sie den Rat, die Kommission und das EWU auf, unverzüglich Einzelheiten zum Zeitplan für die WWU vorzulegen, den Nutzen der einheitlichen Währung zu erläutern und die technische Vorbereitung der dritten Stufe der WWU zu beschleunigen⁸²³. Das Parlament bekräftigt seine Forderung einen Monat später bei der Debatte um die Einführung des ECU als gesetzliches Zahlungsmittel⁸²⁴.

Dank der Beharrlichkeit des Europäischen Parlaments erfolgt am 31. Mai 1995 die Antwort der Kommission in Form der Veröffentlichung des Grünbuchs über die praktischen Fragen des Übergangs zur einheitlichen Währung⁸²⁵. In dem Grünbuch werden drei Aspekte hervorgehoben: die technische Vorbereitung des Übergangs zur einheitlichen Währung, die psychologische Vorbereitung und die Frage der Beziehungen zwischen der einheitlichen Währung und den anderen europäischen Währungen⁸²⁶. Die Fraktionsmitglieder begrüßen den vorgeschlagenen Zeitplan, in dem eine rasche Einführung der gemeinsamen Währung

vorgesehen ist. Karl von Wogau hält den Vorschlag der Kommission für realistisch⁸²⁷.

Der Übergangszeitraum zwischen dem Beginn der dritten Stufe und der tatsächlichen Einführung der einheitlichen Währung gibt ebenfalls Anlass zur Sorge: Es gilt zu verhindern, dass diese schlagartig instabil wird, wenn die nationalen Währungen keine Konvergenz erreichen. Insgesamt sollten nach Meinung der Fraktion alle Spekulationsversuche vermieden und geeignete Vorkehrungen getroffen werden.

Eines der im Vertrag vorgesehenen Gegenmittel besteht darin, den Beitritt der Mitgliedstaaten vom Stand ihrer Fortschritte abhängig zu machen und sie der Währungsunion in differenziertem Integrationsstempo beitreten zu lassen. Die EVP-Fraktion setzt sich jedoch dafür ein, dass es keine „Ausgeschlossenen der WWU“ geben darf. Die Länder, die nicht zum ersten „Waggon“ gehören, müssen eng an den Konvergenzmaßnahmen beteiligt werden. Die Fraktion hofft auf eine starke Sogwirkung⁸²⁸.

Fernand Herman schlägt vor, neue Mechanismen für die Zusammenarbeit im Währungsbereich zu entwickeln, um die Wechselkursrelationen zwischen der gemeinsamen Währung und den Währungen der Länder, die der Währungsunion noch nicht angehören, lenken und damit stabilisieren zu können⁸²⁹.

Das wesentliche Element der Kommunikationsstrategie des Grünbuchs ist jedoch der psychologische Aspekt. Eines der wichtigsten Ziele besteht darin, die europäische Öffentlichkeit, die sehr an ihrer Währung im jeweiligen Mitgliedstaat hängt, davon zu überzeugen, dass die einheitliche Währung notwendig ist. Dies ist keine leichte Aufgabe: Die Mitte der 1990er Jahre durchgeführten Meinungsumfragen ergeben ein unglaubliches Informationsdefizit.

Das Europäische Parlament will das Problem mittels einer gemeinsamen Informationskampagne mit der Kommission in Angriff nehmen. Es will von den Vorteilen der einheitlichen Währung überzeugen und vor allem bestehende Besorgnisse hinsichtlich des Wechsels zu einem neuen Referenzwert zerstreuen⁸³⁰. Karl von Wogau fasst die Lage wie folgt zusammen: *„Wir müssen (...) erreichen, daß diese europäische Währungsunion für die Bürger, für die Unternehmen und nicht zuletzt auch für die Landwirte zu einem Erfolg wird.“*⁸³¹

Der Europäische Rat von Madrid vom 16. Dezember 1995 trifft seinerseits wichtige Beschlüsse zur Einführung der gemeinsamen Währung: So wird die Unumkehrbarkeit des Eintritts in die dritte Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion bestätigt; das Einführungszenario der gemeinsamen Währung verabschiedet; eindeutig bestätigt, dass die Währung am 1. Januar 1999 entsprechend den Konvergenzkriterien,

dem Zeitplan und den Verfahren, die im Vertrag festgelegt sind, in Kraft tritt, und die endgültige Bezeichnung der gemeinsamen Währung gewählt, die von nun an „Euro“ heißt.⁸³²

Íñigo Méndez de Vigo stellt erfreut fest, dass der Zeitplan eingehalten wird, und geht auf zwei wichtige Themen ein: „*das Verhältnis zwischen den Währungen, die sich an der Währungsunion beteiligen bzw. die draußen bleiben*“, und „*das Vorgehen zur Schaffung eines solidari-schen Finanzinstruments zur Wahrung des Grundsatzes des wirtschaftli-chen und sozialen Zusammenhalts*.“⁸³³

Mit der amtlichen Bezeichnung der einheitlichen Währung, dem Euro, geht auch eine lange, in den letzten Jahren in Deutschland geführte Debatte zu Ende: Ein Teil der Nutzer der D-Mark will nicht, dass die eigene Währung mit dem ECU in Verbindung gebracht wird, der bereits mehrmals eine Entwertung hinnehmen musste. Die Fraktion begrüßt die neue Bezeichnung, die in den Verträgen an die Stelle des ECU tritt.⁸³⁴

Für den erfolgreichen Übergang zum Euro sind aufwendige Vorbe-reitungen erforderlich. Ausgehend von den Empfehlungen der Kom-mission, des EWU und des Rates Ecofin entwickelt der Europäische Rat von Madrid ein Referenzszenario in drei Phasen.⁸³⁵

Zunächst gilt es, die Wirtschafts- und Währungsunion in Gang zu setzen. Dieser Schritt vollzieht sich im Laufe des Jahres 1998 mit zwei bedeutenden Entscheidungen: der Erstellung der Liste der teilneh-men-den Mitgliedstaaten und der Errichtung der Europäischen Zentral-bank. Es wird ein Rahmen für die Geld- und Wechselkurspolitik festgelegt. Die Herstellung der Münzen und Banknoten beginnt. In den teilnehmenden Mitgliedstaaten, vor allem in den Verwaltungen, Ban-ken und Finanzinstituten, werden verstärkt Vorbereitungen getroffen.

Schließlich wird die Wirtschafts- und Währungsunion am 1. Januar 1999 endgültig wirksam. In einem Zeitraum von höchstens drei Jahren werden die Umrechnungskurse zwischen dem Euro und den teilneh-menden nationalen Währungen unwiderruflich festgelegt. Die ein-heitliche Währung wird zu einer Währung eigenen Rechts und der Weg zu einer einheitlichen Währung wird von einer Reihe von Bank- und Finanzgeschäften gesäumt.

Am 1. Januar 2002 folgt schließlich auch in materieller Hinsicht der Übergang zum Euro. Innerhalb der ersten sechs Monate sollen die neuen Euro-Banknoten und -Münzen die nationalen Währungen ersetzen. Dieser Zeitraum wurde absichtlich so kurz gewählt, damit für die Nutzer das Alltagsleben durch die parallele Preisangabe nicht unnötig erschwert wird. Dieser greifbare Übergang zum Euro ist der wohl komplizierteste Teil: Registrierkassen müssen neu programmiert,

Automaten mit Münzen ausgestattet werden (...) Und schließlich gilt es, wie Präsidentin Nicole Fontaine anmerkt, „um nur beim Beispiel Frankreichs zu bleiben“, nicht weniger als 36 000 Tonnen Münzen und Geldscheine, „das heißt vier Mal das Gewicht des Eiffelturms!“⁸³⁶, zu transportieren.

Der Kampf um die Konvergenzkriterien

Neben dem Zeitplan für die Einführung des Euro bereitet der Fraktion auch die Frage der Einhaltung der Konvergenzkriterien große Sorgen. Diese wurden entwickelt, um die Wirtschaft der zukünftigen Euro-Zone homogener und stabiler zu gestalten, und sind eine Grundvoraussetzung für das reibungslose Funktionieren der WWU.

Die EVP-Familie misst diesem Modell, von dem der Erfolg des Euro abhängt, große Bedeutung bei. Darauf weist sie auch bei ihrem Kongress im Dezember 1993 in Brüssel hin: „(...) sind die Konvergenzkriterien des Vertrags grundsätzliche Voraussetzungen für die Glaubwürdigkeit dieses Prozesses. Die Europäische Union und die Mitgliedstaaten müssen alle Kriterien für den Beitritt zur Währungsunion aufrechterhalten (...). Jede Infragestellung des währungspolitischen Vereinheitlichungsprozesses führt zu einem Anstieg des Mißtrauens und der Verunsicherung.“⁸³⁷

Im Einklang mit der Kommission steht die EVP-Fraktion der Überarbeitung und sogar der Lockerung dieser Kriterien sehr kritisch gegenüber. Sie sind das Ergebnis eines politischen Gleichgewichts. Sie infrage zu stellen hieße, ein komplettes, noch zerbrechliches Gebilde in Gefahr zu bringen: „Die unterschiedlichen Auffassungen in bezug auf Geist und Inhalt des Vertrags und die Infragestellung der Konvergenzkriterien müssen zwangsläufig negative Auswirkungen haben. (...) In diesem Bereich kann sich die Unsicherheit wie in anderen Bereichen auch zum Nachteil des Prozesses auswirken.“⁸³⁸

Seit dem Europäischen Rat von Dublin am 14. Dezember 1996, bei dem der „Pakt für Stabilität und Wachstum“ endgültig angenommen wird, bringt die Fraktion ihre gesamte Kraft dafür auf, unablässig zu erklären, dass die Reduzierung der Inflation und die Zügelung der Staatsausgaben die Voraussetzung für niedrige Zinssätze, ein gesundes Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen bilden, mit denen wiederum ausländisches Kapital angelockt werden kann. Je mehr Mitgliedstaaten in ihrer täglichen Verwaltungspraxis auf die Einhaltung des Haushalts achten, desto stabiler ist die Währung und desto mehr Vertrauen genießt sie bei den Europäern.

Aus diesem Grund unterstützt die Fraktion den von dem deutschen Finanzminister Theo Waigel vorgeschlagenen Stabilitätspakt⁸³⁹. Mit

diesem wird auf die Sorgen in Bonn reagiert, der deutschen Öffentlichkeit eine europäische Währung anbieten zu können, die ebenso stabil ist wie die D-Mark, und die Fraktion begrüßt, dass der Pakt über die Einführung der einheitlichen Währung hinausgeht und die Politik der Mitgliedstaaten mithilfe eines Sanktionssystems lenkend beeinflussen soll.

Die umfassende Aussprache über die Fragen der Konvergenz und der einheitlichen Währung findet im November 1996 statt. Auf Initiative der EVP-Fraktion wird beschlossen, dass die Länder der Währungsunion, die die Kriterien des Stabilitätspakts hinsichtlich der Haushaltsdisziplin nicht einhalten, die ihnen auferlegten Strafen (0,5 % des BIP) an den Gemeinschaftshaushalt zahlen müssen (Bericht Christodoulou über die Haushaltslage und die übermäßigen Defizite)⁸⁴⁰.

In anderen Initiativberichten werden grundsätzliche Fragen zur Zukunft der WWU angesprochen: so z. B. in dem Bericht Hoppenstedt über die Voraussetzungen für den Übergang zur einheitlichen Währung⁸⁴¹, und dem Bericht Fourçans zur Koordinierung der Haushalts- und Steuerpolitiken in der Währungsunion⁸⁴², in dem gefordert wird, die Harmonisierung der Steuerpolitik zu beschleunigen, um das Steuerdumping bei der Einführung des Euro wirksam zu bekämpfen.

Je näher die Frist rückt, desto dringender wird es, die europäische Öffentlichkeit zu überzeugen. Fernand Herman stellt dies in seinen Chroniken fest: *„Es muss daher von jetzt an (wir befinden uns im Juli 1995, Anm. d. Red.) eine umfassende Informationskampagne begonnen werden, mit der die Vorteile der gemeinsamen Währung in Erinnerung gerufen, die Gefahren der Beibehaltung des derzeitigen Status quo benannt sowie Missverständnisse und Vorurteile aus dem Weg geräumt werden, die in der Frage der einheitlichen Währung weiterhin bestehen.*

*Im Normalfall wäre dies die Aufgabe der nationalen Regierungen und Währungsbehörden. Es ist allerdings illusorisch, anzunehmen, dass sich alle Regierungen mit der gleichen Hingabe diesem Thema widmen würden. Einige hinken weit hinterher. Daher fällt diese Aufgabe der Kommission und dem Europäischen Parlament zu.“*⁸⁴³

Seitens des Europäischen Parlaments übernimmt diese Rolle der Unterausschuss Währung, den die EVP-Fraktion unterstützt, indem sie sich aktiv an seinen Bemühungen, insbesondere bei der dritten Stufe der WWU, beteiligt. Der Unterausschuss leitet 1996 eine Kommunikationskampagne für die Bürger ein, die sich gleichzeitig auch an die Berufsgruppen richtet. *„Nicht nur die großen Unternehmen und die Banken, sondern auch alle anderen Unternehmen müssen sich für interne Organisationsmaßnahmen einsetzen, um den Übergang zum Euro vorzubereiten.“*⁸⁴⁴

In dem Bericht von Fernand Herman zu den Vorschriften im Zusammenhang mit der Einführung des Euro⁸⁴⁵ wird gefordert, die Diskussion mit den Bürgern zu vertiefen und den Verbrauchern die bestmöglichen Informationen zu garantieren, unter anderem durch die Verwendung von Maßnahmen wie der doppelten Preisauszeichnung zwischen 1999 und 2002. Bei der Debatte im Oktober 1996 unterstreicht der Berichterstatter die Notwendigkeit, die europäische Bevölkerung über den laufenden Prozess zu informieren: *„Noch nie hat in der Geschichte unserer Völker eine Operation solchen Ausmaßes stattgefunden, die für so viele Menschen eine so grundlegende Veränderung bedeutet. Deshalb kann das Parlament auch nur immer wieder darauf hinweisen, wie notwendig es ist, die Bevölkerung zu informieren, vorzubereiten und zu beruhigen.“*⁸⁴⁶

Die direkt von den Bürgern gewählten Abgeordneten des Europäischen Parlaments widmen dem Straßengeflüster besondere Aufmerksamkeit. In der Wahlperiode vor der Einführung des Euro geht jeder auf die Befürchtungen des durchschnittlichen Europäers ein und berichtet über seine Erfahrungen auf diesem Gebiet. So erzählt Karl von Wogau während der Plenarsitzung: *„Ich habe am vergangenen Samstag auf dem Marktplatz in Offenburg eine Frau getroffen. Sie hat mir gesagt, daß sie der europäischen Währung sehr skeptisch gegenübersteht. Ich habe sie gefragt, warum. Sie hat mir gesagt, sie hat 54 Jahre lang als Verkäuferin gearbeitet, und sie beabsichtigt jetzt, in Rente zu gehen. Sie hat sich den Rentenbescheid ausdrucken lassen und hat dann erfahren, daß sie monatlich mit 1130,- DM rechnen kann. Sie hat eine Miete von 700,- DM im Monat zu bezahlen. Hier wird doch jeder verstehen, daß sich diese Frau fragt, ob in absehbarer Zeit die Miete und die Lebensmittel teurer werden, weil es sich hier um ihre Lebensgrundlage handelt.“*⁸⁴⁷

Darüber hinaus gilt es, der Skepsis der angelsächsischen Wirtschaftspresse zu begegnen, die unaufhörlich negative Argumente gegen die europäische Währung predigt und ihr Scheitern vorhersagt...

Die unabdingbare Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank

Zur Gewährleistung der größtmöglichen Stabilität der Währung tritt die EVP-Fraktion dafür ein, die Kontrolle der Währung einer unabhängigen Institution zu übertragen. Fernand Herman erinnert 1990 vor den Abgeordneten der Fraktion auf Kreta an Folgendes: *„Nur eine unabhängige Institution ist nämlich in der Lage, den klassischen Versuchungen der Staatsgewalt zu widerstehen, das heißt, der Währungspolitik so lobenswerte Ziele zuzuordnen zu wollen wie Wachstum, Beschäftigung, Abbau der regionalen oder sozialen Ungleichgewichte, während die*

Instrumente zur Erreichung dieser Ziele doch eher steuer- bzw. budgetpolitischer Art sind, weshalb ihr Einsatz weit schwieriger bzw. unpopulärer ist (...) Die währungspolitischen Instrumente hingegen haben eine schmerzlosere, anonymere, diffusere Wirkung. Die Geldmengenexpansion wirkt ein wenig wie ein Drogen, aber auf die anfängliche Euphorie folgen rasch die Schrecken des Entzugs.“⁸⁴⁸

Die Unterzeichner des Maastricht-Vertrags haben aus der Vergangenheit gelernt und stimmen dem Verzicht auf ihre Währungssouveränität zu. Diese wird der Europäischen Zentralbank übertragen.⁸⁴⁹ Die demokratische Kontrolle des Organs wird dadurch gesichert, dass die Bank dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission jährliche Berichte vorlegt.⁸⁵⁰

Auch die Wahl des Präsidenten der EZB trägt zur Gewährleistung ihrer Unabhängigkeit bei. Gefragt ist eine Person mit Überzeugungskraft, die bekannt und anerkannt ist und vor allem in der Lage ist, ihre Befugnisse zu bewahren. Da der Belgier Alexandre Lamfalussy auf die Erneuerung seines Mandats an der Spitze des EWI verzichtet, muss ein Nachfolger bestimmt werden, der am 30. Juni 1998 zum ersten Präsidenten der EZB ernannt wird und am 1. Januar 1999 an der Einführung der einheitlichen Währung teilhat.

Die Wahl der EVP, sowie auch der Präsidenten der europäischen Zentralbanken, fällt auf Wim Duisenberg, der als Wirtschaftswissenschaftler an der Universität Groningen im Norden der Niederlande promoviert hatte und einen Teil seiner Laufbahn beim Internationalen Währungsfonds verbrachte, bevor er Mitte der 1970er Jahre zum Finanzminister seines Landes ernannt wurde. Als Präsident der niederländischen Zentralbank gilt er als Garant für den starken Gulden und eine straffe Geldpolitik.

Karl von Wogau, der Berichterstatter des Europäischen Parlaments über die Ernennung des Präsidenten des Europäischen Währungsinstituts⁸⁵¹, unterstreicht in der Sitzung, wie ernst der Währungsausschuss die Anhörung Wim Duisenbergs genommen hat, „denn wir wissen, daß es sich um eine außerordentlich wichtige personelle Entscheidung handelt.“⁸⁵² Die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank hängt zu einem Großteil davon ab, unter wessen Leitung sie steht.

Der Euro, ein Erfolg für die EVP⁸⁵³

Der Euro erwies sich tatsächlich als unbestreitbarer Erfolg. Die Konvergenzpolitik hatte Früchte getragen: Den europäischen Volkswirtschaften gelang es innerhalb von weniger als fünf Jahren, die

notwendigen Haushaltsmaßnahmen zu verabschieden, wie sie im Stabilitätspakt vorgesehen waren.

Beim Europäischen Rat in Brüssel am 3. Mai 1998 legten die Staats- und Regierungschefs der 15 Unionsmitglieder die Liste der Staaten fest, die den Euro einführen würden. Elf Länder beteiligten sich: Belgien, Deutschland, Spanien, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Österreich, Portugal und Finnland.⁸⁵⁴ Griechenland schloss sich der Gruppe kurze Zeit später, im Jahr 2001, ebenfalls an. Das Vereinigte Königreich, Dänemark und Schweden wollten dem Euroraum hingegen nicht beitreten.

Für den Beschluss vom 3. Mai waren die Zustimmung der Kommission und des Rates sowie die Bestätigung durch das Parlament erforderlich. Wilfried Martens erklärt: *„Wir alle sind uns dessen bewusst, daß sich hier ein beispielloses Ereignis vollzieht. Das Europäische Parlament interveniert mitten in einer Entscheidung, die den Verlauf der europäischen Integration ändern wird. (...) Wir haben als EVP-Fraktion die Wirtschafts- und Währungsunion immer als eines der wichtigsten Ziele der europäischen Integration verteidigt. Sie ist die logische Folge eines Binnenmarktes, der sich vollendet und in dem der Wettbewerb nicht mehr durch Kursschwankungen verzerrt wird. Es kann auch einen neuen Abschnitt bedeuten, wie der Schuman-Plan eine tatsächliche Solidarität zwischen den Teilnehmerländern zustandebringen. (...) Die elf Länder, die nun zur Eurozone gehören, sind die Pioniere des kühnen Europa. Europa kann sich von nun an in der Welt als Partner mit einem schlagkräftigen Instrument internationaler Souveränität beweisen.“*⁸⁵⁵

Die elf Gründerländer der einheitlichen Währung wollten den Euro im Laufe des Prozesses zu einer starken, stabilen Währung machen. Die EVP-Fraktion unterstützte dabei die Bemühungen insbesondere Italiens und Spaniens, die grundsätzliche Reformen vorgenommen haben, um an die erste Welle der Teilnehmerländer der WWU heranzureichen.

Mitte 1998 wird die vollständig neue Europäische Zentralbank eingerichtet und ihr Exekutiv Ausschuss ernannt. Wie vereinbart wird Wim Duisenberg zum ersten Präsidenten der Zentralbank. Der Fortbestand der Einrichtung ist gesichert.

Am 1. Januar 1999 beginnt die dritte und letzte Stufe der WWU. Dieser Tag markiert die Entstehung der einheitlichen Geldpolitik und den Übergang zum Euro. Das Europäische System der Zentralbanken (ESZB) entsteht, und der Wert des Euro gegenüber dem Yen und dem Dollar wird festgelegt. Die Geld-, Finanz- und Börsenmärkte sowie auch neue Emissionen von Staatsschulden werden auf den Euro umgestellt.

Die EVP-Fraktion behält dabei zwei Ziele im Blick: das Vertrauen der Finanzunternehmen und das Vertrauen der europäischen Bürger. Und

das Durchhaltevermögen der Fraktion wird sich auszahlen. Kurz nach der Einführung des Euro auf den Finanzmärkten erlebt die einheitliche Währung zunächst eine langsame, aber kontinuierliche Abschwächung gegenüber dem Dollar. Wurde der Euro zu einem Kurs von 1,17 Dollar eingeführt, so erreicht er kaum ein Jahr später die Parität zu den grünen Geldscheinen und fällt Ende Januar 2000 sogar darunter. Der psychologische Effekt könnte verheerend sein. Die Finanzmärkte scheinen die Widerstandskraft der neuen Währung testen zu wollen, obwohl der Euroraum trotz widriger weltweiter Umstände (Asienkrise und Kosovo-Konflikt) eine Wachstumsphase durchläuft.

„Das öffentliche Interesse für den Wechselkurs des Euro“, ruft die Fraktion im Juli 1999 in Erinnerung, „soll jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die allseits versprochene Stabilität des Euro den Binnenwert betrifft, nicht jedoch den Außenwert. Wichtig ist die Preisstabilität, d. h. das Vermeiden von Inflation. Die Entwicklung des Wechselkurses ist zweitrangiger Natur.“⁸⁵⁶

Schließlich aber hält die europäische Währung Stand. Die Einführung der Banknoten und -Münzen kann am 1. Januar 2002 wie geplant vonstattengehen. Für die Union und vor allem für die meisten ihrer Bürger ist dies ein entscheidender Schritt. Auch die Debatten unter den Abgeordneten bei der Sitzung im Januar 2002 sind von dem Ereignis bestimmt. Für Karl von Wogau beginnt ein neuer Abschnitt. Er war 22 Jahre im Ausschuss für Wirtschaft und Währung tätig, und hatte lange Zeit dessen Vorsitz inne. Er arbeitete stets beharrlich an der Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion mit und blickt jetzt auf das erfolgreiche Ergebnis seiner Bemühungen: *„Wenn man sieht, mit welchem Enthusiasmus am 1. Januar der Euro begrüßt wurde, diese neue Währung für 300 Millionen Menschen in der Europäischen Union, dann muss man sich erinnern, wie schwierig dieser Weg (...) war.“⁸⁵⁷*

Auch zehn Jahre nach dem Rat von Brüssel ist der Erfolg unbestritten. So wollen beim Beitritt der zehn neuen Mitgliedstaaten im Jahr 2004 alle ohne Ausnahme langfristig auch in den Euroraum aufgenommen werden. Slowenien trat im Januar 2007 als erstes dieser Länder bei, gefolgt von Malta und Zypern im Januar 2008. 2009 folgt die Slowakei. Der Euro ist zu einem wesentlichen Integrationsinstrument geworden.

Für die Fraktion bedeutet der Übergang zum Euro nicht nur einen Austausch des Bargelds. Mit der Annahme der einheitlichen Währung entsteht ein starkes Identifikationssymbol. Zudem werden die wirtschaftlichen Strukturen in Europa gestärkt: Der Euro ist eine kontinentweite Währung, mit der weltweite Wirtschafts- und Währungsschocks besser abgefedert werden können. Der Anstieg der Rohstoffpreise, unter anderem der Ölpreise, die in Dollar verhandelt

werden, konnte durch den starken Euro weitgehend kompensiert werden. Vor allem aber stärkt der Euro die wirtschaftliche Stabilität Europas. Das Europäische Parlament beobachtet die Situation regelmäßig, indem es die Lage im Euroraum sowie die der EZB analysiert und debatiert. Die 2007 vorgelegten Berichte waren positiv:⁸⁵⁸ Wachstum und Stabilität wurden bestätigt.⁸⁵⁹ Othmar Karas erklärt, der Euro sei „eine Erfolgsstory. Der Euro ist die erfolgreichste Antwort der EU auf die globalen Herausforderungen. Der Euro und die vier Freiheiten sind die wichtigsten Eckpfeiler eines starken Binnenmarktes. Die Maastricht-Kriterien und der Stabilitäts- und Wachstumspakt sind für mich die erfolgreichsten ordnungspolitischen Leitlinien der Europäischen Union. (...) Wir freuen uns darüber, dass es Konjunkturgewinne gibt, und wir verlangen, dass einerseits die Konjunkturgewinne zum Defizitabbau und zur Reduzierung der Staatsschulden verwendet werden und auf der anderen Seite die Mitarbeiter an den Gewinnen beteiligt werden.“⁸⁶⁰

Oktober 2008: Die Eurogruppe und die Stärke der einheitlichen Währung als Antwort der Europäer auf die weltweite Finanzkrise

Die Subprime-Krise vom Sommer 2007 sowie die ein Jahr später folgende Krise der weltweiten Finanzsysteme konnte dem Vertrauen der Fraktion in den Euro nichts anhaben. Ganz im Gegenteil, und wie auch bereits beim Anstieg der Rohstoffpreise, hat die einheitliche Währung ihre Rolle als Polster gegen Erschütterungen klar erfüllt. Darüber hinaus wurde den führenden Politikern Europas deutlich gemacht, dass Krisen von jetzt an gemeinsam angegangen und nicht mehr einzeln bekämpft werden müssen. Im September 2008 schätzt der französische Ratsvorsitz die Risiken wie folgt ein: Wenn der schwer angegriffene Bankensektor keine Kredite mehr vergeben kann, so droht die gesamte Realwirtschaft in eine Rezession zu fallen. Nicolas Sarkozy lädt seine europäischen Partner am 12. Oktober in den Élysée-Palast. Es ist ein Sonntag, und die europäischen Staats- und Regierungschefs hoffen, vom folgenden Montag an eingreifen zu können, um die Finanzmärkte zu überraschen. Die Ankündigung hat eine gewaltige Wirkung und schlägt sich bereits am nächsten Morgen positiv auf die Märkte nieder: Mehr als 1 700 Milliarden Euro werden den Banken in Europa zur Bewältigung der Krise zur Verfügung gestellt. Zum Vergleich: Der Plan, den FED-Präsident Henry Paulson für die USA vorsieht, hat einen Umfang von 700 Milliarden Dollar, d. h. etwas mehr als 500 Milliarden Euro.

Im Vorfeld des EU-Gipfels zur Krise im Oktober versammeln sich die Vorsitzenden der europäischen und nationalen Fraktionen der EVP-ED im Europäischen Parlament zu ihrem 9. Gipfel. Im Mittelpunkt der Debatten stehen die Krise und die koordinierte Antwort der europäischen Regierungen. Nach dem Treffen begrüßt Joseph Daul *„diesen großen Fortschritt, der beweist, dass sich ein vereintes Europa behaupten und Lösungen für eine komplexe internationale Krise finden kann, indem es seinen Werten und seiner Vision einer sozialen Marktwirtschaft treu bleibt.“*⁸⁶¹

Eine europäische Wirtschaftsregierung?

Der Vorsitz der Eurogruppe, in der die Finanzminister der Mitglieder der Eurozone zusammenkommen, wird ab dem 1. Januar 2005 einer der erfahrensten Persönlichkeiten der christdemokratischen Familie, Jean-Claude Juncker, übertragen. Die Eurogruppe hat die Aufgabe, die gemeinsamen Interessen sowie die Verantwortungsbereiche der einzelnen Länder, die den Euro eingeführt haben, auszumachen, tritt jedoch nicht als europäische Wirtschaftsregierung auf, da ein solches Organ in den Verträgen nicht vorgesehen ist. Sie hat allerdings als Vereinigung der Mitgliedstaaten, die bereit sind, Teile ihrer Souveränität, die für die Einführung einer einheitlichen Währung erforderlich sind, abzutreten, eine Art Vorreiterposition innerhalb der Europäischen Union inne.

Letztendlich untersteht die Verwaltung der europäischen Wirtschaft gemeinsam den Mitgliedstaaten, der Europäischen Zentralbank, der Eurogruppe und der Kommission. Diplomatie, eine gute Kenntnis der Märkte und die für Entscheidungen erforderliche moralische und politische Autorität sind vonnöten (selbst wenn sich letztere als unpopulär erweist), damit die drei institutionellen Hauptakteure, Jean-Claude Trichet für die Europäische Zentralbank, Jean-Claude Juncker für die Eurogruppe und José Manuel Durão Barroso für die Kommission, ihre Aufgaben im Sinne der Verträge erfüllen können und dabei im Einklang mit der politischen Linie der Regierungen handeln. Nach Einschätzung der EVP-ED-Fraktion waren es in der zweiten Jahreshälfte 2008, in der Europa die gewaltigsten Währungsturbulenzen seit dem Krieg durchlebte, vor allem Mitglieder der eigenen politischen Familie, darunter in erster Linie Nicolas Sarkozy und Angela Merkel, die das „Flugzeug Europa“ gesteuert haben. Dennoch gibt es auch große Sorgen darüber, dass aus der Finanzkrise eine wirtschaftliche und soziale Krise wird, die sich zu einer für 2009 vorhergesagten Rezession entwickelt.

Kapitel XXXIX

DIE NEUE INTERNATIONALE STRATEGIE DER FRAKTION IM ERWEITERTEN EUROPA

Die Zukunft der westlichen Balkanstaaten liegt in der Europäischen Union

Nach den Jahren bewaffneter Auseinandersetzungen in den Balkanstaaten beschließt die Europäische Union 1996, direkte Beziehungen zu Bosnien und Herzegowina, Kroatien, der Bundesrepublik Jugoslawien, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien sowie Albanien herzustellen. Damit nimmt eine langwierige und beharrliche Strategie ihren Anfang, deren Ziel es ist, die westliche Balkanregion in die europäische Einflussosphäre einzubinden, auch wenn die Spannungen noch nicht beigelegt sind.

In der Republik Serbien schwelt noch immer der Kriegsbrand. Das Belgrader Regime unter Slobodan Milošević umklammert das Autonomiegebiet des mehrheitlich von Albanern bewohnten, jedoch politisch von den Serben beherrschten Kosovo, das seit der Schlacht auf dem Amselfeld im 14. Jahrhundert als die historische, kulturelle und religiöse Wiege des serbischen Volkes gilt. Seit Beginn der 1990er Jahre schürt Milošević den serbischen Nationalismus und stellt den Autonomiestatus des Kosovo infrage, woraufhin die Kosovo-Albaner die UCK, die Befreiungsarmee des Kosovo, gründen, die ab 1996 einen terroristischen Feldzug gegen die serbische Führung unternimmt. Das Klima der Intoleranz zwischen den beiden Volksgemeinschaften spitzt sich zu. Trotz der Bemühungen der internationalen Gemeinschaft, die Parteien zu befrieden, kommt es auf dem europäischen Kontinent erneut zu einem Krieg. Die von Belgrad ausgeübte Unterdrückung ist furchtbar: nach der von den Serben auf dem Gebiet des Kosovo verhängten Nachrichtensperre gegenüber den internationalen Medien gelangten Scharen vor den Kampfhandlungen fliehender albanischer Flüchtlinge nach Mazedonien und Albanien. Europa will die Schrecken früherer Auseinandersetzungen nicht noch einmal erleben. Die Furcht vor „ethnischen Säuberungen“ und vor einem „geplanten Völkermord“ versetzt den Rat der Europäischen Volkspartei in Sorge, sodass er am 8. April

1999 eine Resolution verabschiedet, in der Folgendes gefordert wird: „Die Europäische Union muss deutlich machen, dass Vertreibung in einem Europa der Menschenrechte an der Schwelle zum 21. Jahrhundert endlich gestoppt werden muss.“⁸⁶²

Die EVP-Fraktion unterstützt das unvermeidlich gewordene Eingreifen der NATO. Der Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Tom Spencer, ruft dazu auf, standfest zu sein: „*Europa muss kämpfen und es wird sich erweisen, dass Europa Recht hat.*“⁸⁶³ Doris Pack, die in der Balkanfrage außerordentliches Engagement zeigte, appelliert während der gesamten Krise an Europa, Frieden stiftend zu wirken⁸⁶⁴. Nach heftigen Luftangriffen der NATO-Streitkräfte auf Belgrad kapituliert die serbische Regierung im Juni. Der Internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien klagt Slobodan Milošević im gleichen Jahr wegen Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord an. Im Herbst 2000 wird seine Regierung im Rahmen einer Volksabstimmung abgewählt. Damit ist das Ende eines der letzten Diktatoren Europas gekommen. Die Präsidentin des Europäischen Parlaments, Nicole Fontaine, begrüßt dies am 5. Oktober 2000 mit den bewegenden Worten: „*Das serbische Volk hat sein Schicksal selbst in die Hand genommen.*“⁸⁶⁵ Für Doris Pack verbindet sich damit die Hoffnung auf „*neue Gesprächspartner*“ in Serbien, denen es gelte „*auf dem Weg nach Europa zu helfen.*“⁸⁶⁶

Slobodan Milošević wird am 1. April 2001 von der neuen serbischen Regierung festgenommen und dem Internationalen Strafgerichtshof überstellt. Er wird nicht erfahren, wie sein Verfahren ausgeht, denn am 11. März 2006 stirbt er im Gefängnis der Vereinten Nationen im niederländischen Scheveningen in den Niederlanden.

Ab 1999 fordert die Europäische Volkspartei vom Europäischen Rat einen „*umfassenden und großzügigen*“ Wiederaufbau- und Stabilitätsplan für den Balkan zur Bewältigung der die Flüchtlinge und die Instabilität unmittelbar betreffenden Probleme sowie längerfristiger Fragen, wie den Wiederaufbau der Region. Darüber hinaus ist die EVP der Ansicht, dass die Balkanregion der erweiterten Europäischen Union angehören solle⁸⁶⁷.

Dieser Forderung wird am 26. Mai 1999 teilweise entsprochen, als ein Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess (SAP) für die westlichen Balkanstaaten eingerichtet wird⁸⁶⁸, der den politischen Rahmen für die Beziehungen der Europäischen Union mit den westlichen Balkanländern bis zum Abschluss ihres Beitrittsprozesses bildet. Der Europäische Rat in Feira im Jahr 2000 bestätigt die europäische Einbindung

der westlichen Balkanländer und bezeichnet die Staaten dieser Region als „*potenzielle Bewerber für den Beitritt zur EU*.“⁸⁶⁹

Die EVP-ED-Fraktion erarbeitet ihrerseits ihren Standpunkt zu zwei Punkten – der endgültigen Stabilisierung der Region und deren schrittweise Einbindung in die EU -, wobei beide eng miteinander verbunden sind. So fordert Ursula Stenzel 2002 bei der Vorstellung ihres Initiativberichts über die Tätigkeit der Europäischen Agentur für Wiederaufbau⁸⁷⁰, dass Europa „*der Realität auf dem Balkan ins Auge sehen müsse*“⁸⁷¹, während Kosovo und Mazedonien zur Stärkung ihrer Demokratie der Unterstützung der EU bedürften.

Die Apriltagung des Europäischen Parlaments 2005 ist der regionalen Integration der westlichen Balkanstaaten gewidmet. Der Standpunkt der EVP-ED-Fraktion wird von der Vorsitzenden der Delegation für die Beziehungen zu den Ländern Südosteuropas, Doris Pack, vorgebracht. Sie fordert den Rat und die Kommission auf, bei der Integration der Balkanstaaten zu vermitteln, während die Balkanstaaten selbst sich die westlichen Normen der Staatsführung und der Wahlen zu eigen machen und ihre Zusammenarbeit mit dem Strafgerichtshof in den Haag ausbauen müssten⁸⁷².

Soweit Bemühungen zu verzeichnen sind, werden sie von der Fraktion ermutigt. In Split verweist Hans-Gert Pöttering darauf, dass die Fraktion den raschen Beitritt Kroatiens zur EU unterstütze und wünsche⁸⁷³. Die Regierung unter Ivo Sanader, die sich zu Demokratie, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft bekannt habe, könne, so Hans-Gert Pöttering, „*in naher Zukunft einen Platz in der Europäischen Union einnehmen*.“⁸⁷⁴ Nach Ansicht von Elmar Brok liegt es im Interesse der Gründerstaaten der EU selbst, den Balkanstaaten die Tür zu öffnen. Im Übrigen ist die Erweiterung nach Auffassung des Vorsitzenden des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten die erfolgreichste Art der Außenpolitik. Wenn diese Länder ihren Blick auf Europa richten und sich in Richtung Rechtsstaatlichkeit und Demokratie entwickeln, so sei dies die beste Form der Sicherheitspolitik, die praktiziert werden könne.

Der Vorstand der EVP-ED-Fraktion bekundet 2007 in Sarajevo in der Person von Vito Bonsignore „*großen Optimismus kurz nach der Paraphierung des Stabilisierungs- und Assoziationsabkommens*“ durch Bosnien und Herzegowina⁸⁷⁵.

Am 17. Februar 2008 erklärt Kosovo seine Unabhängigkeit. Die Entscheidung, die ehemalige Autonome Provinz als unabhängigen Staat anzuerkennen, ist keineswegs selbstverständlich: Sie *könne nicht von Gewaltandrohungen oder radikalen Bestrebungen welcher Art auch immer diktiert werden*, erläutert Joseph Daul⁸⁷⁶. Doris Pack äußert zwei

Tage später bei der Aussprache zu diesem aktuellen Thema im Parlament: *„Das Kosovo ist kein Präzedenzfall. Es ist einmalig. (...) Wir wünschen den serbischen Politikern Gelassenheit und hoffen, dass sie ihre ganze Kraft nun darauf verwenden, dass Serbien seinen Weg in die EU gehen kann.“*⁸⁷⁷ Mit dieser Unabhängigkeit beginnt ein neues Kapitel in den Beziehungen zwischen Europa und den Balkanstaaten.

Die Fraktion unterstützt die demokratischen Kräfte in Belarus, der Ukraine, der Republik Moldau und Georgien

Im Dezember 2005 legt Charles Tannock seinen Initiativbericht über die Europäische Nachbarschaftspolitik⁸⁷⁸ vor. Der Brite bekennt selbst, dass er anfangs im Hinblick auf diese Politik skeptisch⁸⁷⁹ war, mit der die Beziehungen zwischen der erweiterten Union und ihren neuen Nachbarn definiert werden sollen und die erst seit einem Jahr besteht⁸⁸⁰. Am Ende seines Berichts jedoch *„bestätigt er die Billigung einer Politik durch das Europäische Parlament“*, mit der die Außenbeziehungen Europas auf dem *„Bekenntnis zur Rechtsstaatlichkeit, zu einer verantwortungsvollen Staatsführung, zur Achtung der Menschenrechte und zur Chancengleichheit, zu den Grundsätzen der Marktwirtschaft und zur nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung“* aufgebaut werden⁸⁸¹.

Wie es im Bericht Tannock heißt, werden Beziehungen angestrebt, die auf der Einhaltung der demokratischen Werte im Gegenzug zu Handelsbeziehungen⁸⁸² mit Ländern beruhen, die häufig reich an Energiequellen sind oder für Europa strategische Versorgungswege darstellen. Es ist wichtig, dass diese Staaten politische Stabilität erlangen, wie sie in den EU-Mitgliedstaaten besteht.

Im Umfeld der Europäischen Union gibt es zahlreiche Beispiele für turbulente Verhältnisse, wie in Belarus, in der Ukraine, der Republik Moldau und Georgien, Gebieten, in denen Konflikte herrschen und die Lage instabil ist.

Gegen die Diktatur in Belarus

An erster Stelle sei Belarus genannt, zu dem Jacek Saryusz-Wolski sich veranlasst sah zu sagen, dass *„es nicht auf dem Weg einer Diktatur sei, sondern eine solche immer gewesen sei.“*⁸⁸³ Die Lage in Belarus, das unter der Führung von Alexander Lukaschenko steht, der von Christopher Beazley eindeutig als Diktator bezeichnet wird⁸⁸⁴, sei besorgnis erregend.

Seit den Parlamentswahlen im Oktober 2004 beobachtet die Fraktion die dortige Lage sehr aufmerksam. Bogdan Klich und Charles Tannock reichen Mitte September 2004⁸⁸⁵ einen Entschließungsantrag zur Lage

der Menschenrechte und der Demokratie ein, in dem sie „*ein aktiveres und subtileres Konzept (...), das die Isolation einer undemokratischen Regierung ermöglicht*“, verlangen, „*ohne die Gesellschaft zu isolieren*.“⁸⁸⁶ Darüber hinaus fordern sie die Entsendung einer Beobachtermission.

Eine von Bogdan Klich geleitete Delegation der EVP-ED-Fraktion reist mit dem Ziel der Beobachtung der Wahlen nach Minsk⁸⁸⁷. Nach den Wahlen legen Vytautas Landsbergis und Rodi Kratsa-Tsagaropoulou dem Europäischen Parlament im Namen der Fraktion einen Entschließungsantrag vor, in dem die Rechtmäßigkeit der Wahlen angefochten wird. Die Fraktion schlägt vor, die demokratische Opposition zu unterstützen. Darüber hinaus fordert sie die Ausweitung der Liste der Beamten von Belarus, denen Reisen innerhalb der Europäischen Union untersagt sind⁸⁸⁸.

Im selben Jahr schlagen Bogdan Klich, Charles Tannock und Michael Gahler den belarussischen Journalistenverband zum Kandidaten für den Sacharow-Preis⁸⁸⁹ vor, da er sich bereits seit vielen Jahren für Meinungs- und Pressefreiheit eingesetzt habe – ein Engagement, das für viele seiner Mitglieder mit erheblichen Gefahren für die eigene Person verbunden war. Eine klare Mehrheit der Mitglieder entscheidet sich für diese Kandidatur⁸⁹⁰ und dank der Unterstützung der Fraktion wird der Sacharow-Preis im Dezember 2004 dem belarussischen Journalistenverband in Straßburg verliehen⁸⁹¹.

Die Fraktion nimmt Kontakt zu den demokratischen Kräften von Belarus auf, unter ihnen Irina Krasowskaja, Vorsitzende der Bürgerinitiative „We remember“ zur Unterstützung der Menschenrechte⁸⁹², die während der Fraktionssitzung am 7. Juli 2005 empfangen wird, sowie Angelika Borys, Vorsitzende der Union der Polen in Belarus, die anlässlich der Fraktionssitzung am 8. September 2005 erläutert, welcher Verfolgung und Unterdrückung ihre Organisation ausgesetzt ist⁸⁹³.

Angesichts der bevorstehenden Präsidentschaftswahlen in Belarus im März 2006 verstärkt die Fraktion ihre Wachsamkeit. Während der Fraktionssitzung am 1. Februar in Brüssel unterstreicht der von Führungskräften der Vereinigten Demokratischen Kräfte begleitete Kandidat der Opposition, Alexander Milinkewitsch, die Bedeutung der Medienpräsenz in seinem Land und äußert sich pessimistisch, indem er den Wahlsieg seines Gegners, Präsident Alexander Lukaschenko⁸⁹⁴, vorhersagt. Im Anschluss an seine Rede schlägt Jacek Saryusz-Wolski vor, dass während der Wahlen wieder eine Delegation der EVP-ED-Fraktion als Beobachter in Belarus vor Ort sein sollte⁸⁹⁵.

Die Unterdrückung der oppositionellen Kräfte hält während des Wahlkampfes unvermindert an. Alexander Milinkewitsch wird inhaftiert und Bogdan Klich, der diesen Vorgang aufmerksam beobachtet,

macht der Fraktion davon Mitteilung⁸⁹⁶. Die Fraktionsmitglieder bekunden ihre Solidarität mit dem Oppositionellen: Struan Stevenson fordert die Europäische Union auf, Maßnahmen gegen Belarus einzuleiten. Zita Pleštinšá schlägt vor, als Zeichen der Solidarität Kerzen in den Fenstern des Europäischen Parlaments anzuzünden. Vytautas Landsbergis schlägt vor, ein Schreiben an die russische Regierung zu verfassen, die starken Einfluss auf Präsident Lukaschenko habe.

Die Fraktion schlägt die Nominierung von Alexander Milinkewitsch für den Sacharow-Preis 2006 vor⁸⁹⁷ und setzt sie auch durch. Bis zur offiziellen Preisverleihung wird Milinkewitsch zweimal in Haft genommen, wogegen die Fraktion scharfen Protest erhebt. Zur Preisverleihung kann Angelika Borys, die ebenfalls Opfer von Einschüchterungen durch das belarussische Regime ist, den Preisträger nicht begleiten, der somit am 12. Dezember 2006 allein anreist, um seinen Preis entgegenzunehmen, gleichwohl jedoch von der Fraktion herzlich begrüßt und beglückwünscht wird⁸⁹⁸.

Im Februar 2007 veranstaltet die Fraktion Studientage zu Belarus, zu denen demokratische Oppositionelle und zahlreiche Sachverständige eingeladen werden⁸⁹⁹. Sie finden unter veränderten Rahmenbedingungen statt, denn einen Monat zuvor hat Russland Minsk gegenüber eine ernsthafte Energiekrise heraufbeschworen. Das inzwischen von seinem Nachbarn nicht mehr bedingungslos unterstützte Regime unter Lukaschenko beabsichtigt nun anscheinend eine Annäherung an die Europäische Union. Doch die EVP-ED-Fraktion lässt nicht nach in der Ausübung ihrer Kontrolle. Als im September 2008 erneut Parlamentswahlen stattfinden, nimmt Jacek Protasiewicz an der Beobachterdelegation des Europäischen Parlaments teil. Das Urteil des polnischen Abgeordneten fällt gnadenlos aus – nach wie vor seien die Wahlen weit von allen demokratischen Standards entfernt -, und er bringt seine Enttäuschung darüber zum Ausdruck, dass in diesem Prozess nicht einmal die Präsenz eines einzigen Vertreters der Opposition im Minsker Parlament gewährleistet sei⁹⁰⁰.

Unterstützung der Orangen Revolution in der Ukraine

Im Herbst 2004 werden in der Ukraine Präsidentschaftswahlen abgehalten, deren Bedeutung die Fraktion frühzeitig erkennt. Während des Wahlkampfs begibt sich Wladimir Putin nach Kiew, offenbar mit dem Ziel, die Wahlen zu beeinflussen. Charles Tannock zeigt sich darüber beunruhigt und äußert seine Besorgnis über die maßgebliche Rolle der Russischen Föderation, die zahlreiche Wahllokale auf russischem Territorium errichtet hat. Die Fraktion beschließt, an parlamentarischen Ad-hoc-Delegationen sowie an zwei Informationsreisen teilzunehmen⁹⁰¹.

Das Ergebnis des zweiten Wahlgangs der Präsidentschaftswahlen wird von den oppositionellen Kräften der Ukraine um Wiktor Juschtschenko und Julia Timoschenko wegen des Verdachts des Wahlbetrugs infrage gestellt. Elmar Brok, Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, reagiert als einer der Ersten. Die Nichteinhaltung der demokratischen Wahlstandards wird von ihm scharf kritisiert⁹⁰². Einen Monat lang demonstriert die ukrainische Bevölkerung friedlich für Demokratie. Die Orangene Revolution erschüttert nachhaltig die Herrschaft von Leonid Kutschma, eines ehemaligen sowjetischen Apparatschiks, der die Ukraine seit ihrer Unabhängigkeit regierte. In dieser langen bewegten Zeit schlägt der Arbeitskreis „A“ vor, eine Bewertungsgruppe der EVP-ED-Fraktion zu bilden und eine Beobachtermission des Europäischen Parlaments in die Ukraine zu entsenden.⁹⁰³

Unter dem Druck der Straße, aber auch der internationalen Gemeinschaft, organisiert das Regime am 26. Dezember einen „dritten Wahlgang“, in dem der Sieg von Wiktor Juschtschenko endgültig bestätigt wird, dem auf Vorschlag von Jacek Saryusz-Wolski so bald wie möglich angeboten werden soll, vor dem Europäischen Parlament zu sprechen⁹⁰⁴.

Der Besuch von Präsident Wiktor Juschtschenko findet am 23. Februar 2005 statt. Der ukrainische Präsident ist stolz darauf, im Europäischen Parlament zu sein und bezeichnet die Abgeordneten als „Patinnen und Paten“ der wiedergeborenen ukrainischen Demokratie: *„Ihre Unterstützung war für uns bei unserem Kampf im schweren Monat Dezember ein wichtiges Symbol und eine große Ermutigung. Die EU kann sich den legitimen europäischen Ambitionen der Ukraine nicht verschließen. Die EU sollte ihr Angebot an die Ukraine erweitern und ein Assoziierungsabkommen mit offener Perspektive für die EU-Mitgliedschaft anbieten.“*⁹⁰⁵

Am 8. Dezember 2005 veranstaltet die EVP-ED-Fraktion einen Studientag zur Ukraine, zu dem Akademiker, Sachverständige und Politiker eingeladen werden, um ein Jahr nach der Orangenen Revolution die Veränderungen, die sich in der Ukraine vollzogen haben, und die Zukunft des Landes zu erörtern. Für den Vorsitzenden dieses Treffens, Jacek Saryusz-Wolski, *gehörte die Zeit der großen Erklärungen nun der Vergangenheit an und es stehe eine Zeit schwieriger Arbeit bevor, in der es gelte, die europäischen Standards und den europäischen Besitzstand zu übernehmen. Er fügt noch hinzu, dass die europäische Integration die Modernisierung fördere und sobald die Ukraine bereit sei, der EU anzugehören, werde die EU bereit sein, die Ukraine aufzunehmen.*⁹⁰⁶ Eine demokratische Ukraine hat demnach nach Ansicht der Fraktion die Aussicht, Mitglied der Europäischen Union zu werden.

Im Sommer 2007 destabilisiert sich die Lage in der Ukraine erneut. Die politische Krise im Frühjahr, in der sich die Regierung von Julia Timoschenko und Präsident Wiktor Juschtschenko gegenüberstehen, ist zu einer handfesten Verfassungskrise geworden. Das hindert die Fraktion jedoch nicht daran, sich erneut für den künftigen EU-Beitritt der Ukraine auszusprechen. Als das Europäische Parlament den Bericht über ein neues verbessertes Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Ukraine prüft, verweist Zuzana Roithová darauf, dass *„Europa erst dann ein vollständiges Ganzes sein wird, wenn die Ukraine ein Teil der Europäischen Union ist.“*⁹⁰⁷

Eine Delegation der EVP-ED-Fraktion unter der Leitung von Marian-Jean Marinescu, der Nickolay Mladenov, Aldis Kuškus und Zbigniew Zaleski angehören, reist während der Parlamentswahlen vom 30. September 2007 in die Ukraine. Sie beobachtet die Wahlen in Kiew sowie in Obuchow und den Gebieten Mykolajiw und Lwiw. Nach den Wahlen kann Marian-Jean Marinescu erklären, dass die ukrainische Bevölkerung ungehindert wählen konnte⁹⁰⁸. Die Demokratie sei zwar noch schwach, aber im Fortschreiten begriffen.

Die Republik Moldau oder der letzte schwelende Konflikt in Osteuropa

Moldau *„ein kleiner Staat ohne Zugang zum Meer, der ärmste in Europa“*⁹⁰⁹, wie ihn Charles Tannock charakterisierte, steht ebenfalls im Fokus der Fraktion. Nach der EU-Erweiterung um Rumänien und Bulgarien rückt nun die Republik Moldau als Nachbar näher. Diese ehemalige Sowjetrepublik hat mit zahlreichen Problemen zu kämpfen: Kriminalität, illegalem Handel jeder Art und einem latenten politischen Konflikt mit dem abtrünnigen Gebiet Transnistrien, das sich seit den blutigen Zusammenstößen von 1991 unter russischer Herrschaft befindet. Die Lage ist verworren, denn Transnistrien, das weder international noch von seinem russischen Verbündeten anerkannt wird, stellt faktisch ein außerhalb der moldauischen Hoheit stehendes Gebiet dar.

2005 sollen in der Republik Moldau Parlamentswahlen stattfinden. Die Fraktion befürchtet, dass sie nicht fair ablaufen könnten, und beschließt, sich an der Beobachtungsmission zu beteiligen, die beauftragt ist, ihren Ablauf zu verfolgen⁹¹⁰. Die moldauische Regierung muss im transnistrischen Konflikt eine Lösung finden und gleichzeitig die gebührende Achtung der Menschenrechte sowie Medienfreiheit gewährleisten.

Am 24. Februar 2005 wird vom Europäischen Parlament eine von Armin Laschet, Charles Tannock und Bogdan Klich für die EVP-ED-

Fraktion verfasste EntschlieÙung zu den Parlamentswahlen in der Republik Moldau angenommen. Im Verlauf der Aussprache erklärt Zdzisław Zbigniew Podkański, dass die Wahlen vom 6. März „eine neue Entwicklungsstufe und damit auch die Umsetzung der Strategie einleiten können, wie sie im vergangenen Jahr für die künftige Mitgliedschaft in der Europäischen Union angenommen wurde.“⁹¹¹

Vier Mitglieder der EVP-ED-Fraktion, Bogusław Sonik, Tadeusz Zwiefka, Laima Andrikenė und Zdzisław Zbigniew Podkański schlieÙen sich der Ad-hoc-Beobachterdelegation an⁹¹². Die Wahlen besttigendieMachtstellungderKommunistischenPartei, dieKonfliktsituation mit Transnistrien allerdings gelangt zu keiner Lösung.

Im September 2006 wird von den örtlichen Behörden in Transnistrien ein Referendum einberufen, womit sie das Ziel des Anschlusses dieses Teils des Dnjestr-Tals an Russland verfolgen. Die Spannungen zwischen dem separatistischen Regime in Transnistrien und den moldauischen Behörden dauern an und führen insgesamt zu einer Destabilisierung des Landes. Die Fraktion reicht am 25. Oktober 2006 einen EntschlieÙungsantrag⁹¹³ ein, in dem die Durchführung des Referendums aufgrund mangelnder Transparenz und mangelnder Einhaltung der wichtigsten demokratischen Grundsätze mit Nachdruck missbilligt wird. Die Fraktion erkennt die Ergebnisse des Referendums nicht als Ausdruck des Willens der Bevölkerung an, und die Mitglieder des Europäischen Parlaments fordern Russland auf, die Unterstützung der Separatisten einzustellen, die eine Bedrohung für Frieden und Stabilität in der Region darstellen.

Die Georgien-Krise im Sommer 2008 – Rückkehr des Kalten Krieges?

Im Sommer 2008 hält Europa angesichts des Eindringens russischer Panzer in Südossetien und Abchasien den Atem an. Die seit Jahren zwischen der Regierung in Tiflis und den russischsprachigen ossetischen Separatisten latent schwelende Krise bricht schlagartig aus. Präsident Micheil Saakaschwili, der sich die Auseinandersetzungen zunutze macht und die Kontrolle über Südossetien zurückerlangen will, entsendet Anfang August die georgische Armee in diese Provinz. Die Antwort Russlands, das die ossetischen Separatisten unterstützt, erfolgt unmittelbar und auf unverhltnismÙige Weise, wie der Präsident des Europäischen Parlaments, Hans-Gert Pöttering, in seiner Pressemitteilung unterstreicht.⁹¹⁴ Die georgische Armee wird militärisch vernichtend geschlagen und die russischen Panzer befinden sich nur noch einige Kilometer von Tiflis, der georgischen Hauptstadt, entfernt. Fraktionsvorsitzender Joseph Daal fordert einen sofortigen Waffen-

stillstand⁹¹⁵. Vytautas Landsbergis kritisiert die Expansionsdoktrin Russlands⁹¹⁶, die bereits Gegenstand der Aussprache des Europäischen Parlaments war⁹¹⁷. Es bedarf der ganzen Entschlossenheit des französischen Ratsvorsitzes, bis ein Waffenstillstand zwischen den beiden kriegführenden Parteien zustande kommt. Unmittelbar nach der parlamentarischen Sommerpause, am Montag, den 1. September 2008, setzen die Mitglieder eine Aussprache zu der Krise an, in der die Fraktion ihre Unterstützung für Georgien zum Ausdruck bringt. Joseph Daul fordert die Europäische Union auf, „*sich aktiv an der Beilegung dieses Konflikts zu beteiligen*“. Darüber hinaus „*fordert er die Kommission, den Rat und alle Mitgliedstaaten auf, Einheit und Entschlossenheit gegenüber unserem russischen Nachbarn zu zeigen.*“⁹¹⁸

Schwierige Beziehungen zu Russland

Vor dem Hintergrund dieser Spannungen zeichnet sich das besondere Verhältnis ab, das Europa zu Russland unterhält. Russland ist ein bedeutender und naher Nachbar, allerdings kollidieren seine Einflusssphären regelmäßig mit denen des erweiterten Europa. Daher gilt es, eine neue Partnerschaft zu errichten, wie in dem am 26. Mai 2005 vom Europäischen Parlament angenommenen Bericht zu den Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland vorgeschlagen wird⁹¹⁹, den die EVP-ED-Fraktion mit breiter Mehrheit unterstützt⁹²⁰. Aus diesem Bericht geht hervor, „*dass in Europa die Enttäuschung und Frustration*“ über den Zustand der Demokratie und der Wirtschaft in Russland wächst, die nach wie vor weit entfernt von den europäischen Standards seien⁹²¹. In den letzten Jahren hat die Fraktion das Verhalten Russlands in mehreren Bereichen, wie dem Tschetschenien-Konflikt, dem Umgang mit der Geiselnahme in Moskau (2002) und Beslan (2004), der Ermordung der Journalistin Anna Politkowskaja (2006), der Vergiftung eines ehemaligen Mitglieds des russischen Geheimdienstes, Alexander Litwinenko (2006), den häufigen Angriffen auf die Pressefreiheit und die Unterdrückung der Opposition missbilligt⁹²².

Europa wiederum tut sich schwer, eine geschlossene Haltung einzunehmen⁹²³. Daher bestehe die Gefahr, dass Russland die europäische Uneinigkeit ausspielt oder zumindest bestärkt. Diese Sorge sollte sich als berechtigt erweisen, als 2007 Russland im Zusammenhang mit der Umsetzung eines sowjetischen Monuments Druck auf Estland ausübt. Diese Angelegenheit wirbelte im Vorfeld des Gipfeltreffens EU-Russland, das wenig später eröffnet wird, viel Staub auf. In der Plenartagung kommt es zu heftigen Reaktionen seitens der Fraktion⁹²⁴. Am 9. Mai, dem Jahrestag der Schuman-Erklärung, verurteilt Joseph Daul

das Verhalten Russlands, „*das nicht glauben darf, dass es ihm gelingen wird, uns zu spalten*“, und er ruft aus: „*Heute sind wir alle Esten.*“⁹²⁵ Jacek Saryusz-Wolski erklärt, dass man weiterhin mit Russland zusammenarbeiten müsse, „*aber nicht um jeden Preis, auch nicht um den Preis der Souveränität der EU oder eines Mitgliedstaats.*“ Zur Haltung Russlands Estland gegenüber stellt er fest, dass „*Russland vor allem klar werden muss, dass seine Bemühungen, einige EU-Mitgliedstaaten gegen andere auszuspielen, völlig kontraproduktiv sind. Seine Strategie, die EU zu spalten, wird nicht funktionieren. (...) Wenn ein Mitgliedstaat in welchem Bereich auch immer – Handel, Energie oder politische Diskriminierung – anders behandelt wird, als es die Regeln der internationalen Gemeinschaft gebieten –, wird unsere gesamte Union in seinem Namen einschreiten. Unser Parlament ist der Hüter dieser Solidarität.*“⁹²⁶

Die Abhängigkeit von Russland im Energiebereich ist das Hauptproblem. Seit 1999 gewinnt die russische Wirtschaft dank ihres Energiepotenzials zunehmend an Stärke und wird zu einem der wichtigsten Energielieferanten des europäischen Kontinents. Auf ihrer Tagung vom 13. Juni 2007 ist die Fraktion im Hinblick auf die Mitgliedschaft Russlands in der WTO geteilter Meinung. Für die einen werde Russland als Mitglied der WTO deren Regeln respektieren müssen. Ein anderer Teil der Fraktion hat kein Vertrauen, dass Russland die Abkommen, die es unterzeichnet, auch einhalten werde⁹²⁷. Einige Monate später räumt Christopher Beazley, Mitglied des Arbeitskreises „A“ ein, dass die Fraktion keine einheitliche Haltung zu Russland vertritt⁹²⁸.

Weiterhin offen gegenüber den Völkern im arabischen und im Mittelmeerraum

Der Mittelmeerraum und die arabische Welt sind nach wie vor Teil des Sorgenkatalogs der Fraktion. Mit dem Prozess von Barcelona im November 1995 bringt Europa eine anspruchsvolle Mittelmeerpolitik in Gang. Im darauffolgenden Jahr widmet die Fraktion diesem Thema einen Teil ihrer Studientage im griechischen Vouliagmeni. Juan Manuel Fabra Vallés, Mitglied der Delegation für die Beziehungen zu den Maghreb-Staaten und der Arabischen Maghreb-Union, wird mit der Einführung in dieses Thema beauftragt. In seiner Rede zur Durchführung der Europa-Mittelmeer-Konferenz⁹²⁹ macht er die Komplexität dieser Probleme deutlich: „*Zu Beginn der 90er Jahre begann sich klar abzuzeichnen, dass die Probleme im südlichen Mittelmeerraum – politische Instabilität, Terrorismus, Vorrücken des radikalen Islam, massive Einwanderungswellen, wirtschaftliche Stagnation, Drogenhandel und Schmuggel sowie in einigen Ländern das Fehlen einer strikten Achtung*

*der elementarsten Menschenrechte – die Möglichkeiten der einzelnen Staaten, sie allein zu bewältigen, überstiegen und dass die europäische Mittelmeerpolitik (...) bis zum Zeitpunkt der Konferenz von Barcelona nicht ausreichte, da sie sich zwar hohe Ziele gesetzt hatte, jedoch tatsächlich wenig konkret war.*⁴⁹³⁰

Der Barcelona-Prozess leitet eine Neuausrichtung der seit dem Zusammenbruch des Ostblocks mehr auf den Osten fokussierten EU-Außenpolitik ein. Der Mittelmeerraum erfordert einen neuen Dialog. In seiner Zeit als Vorsitzender der EVP-ED-Fraktion besucht Hans-Gert Pöttering zahlreiche islamische arabische Länder, darunter den Iran, wo er informelle politische Gespräche führt. Mit dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Francesco Fiori und weiteren Mitgliedern der Fraktion nimmt er am Zweiten Parlamentarischen Forum Europa-Mittelmeer teil, das am 8. und 9. Februar 2001 in Brüssel stattfindet. Am Vorabend des Forums erklärt er, dass *„in einer Region, die wie keine andere ein Kreuzweg der Geschichte und Kulturen und in der Vergangenheit mehrfach mit Europa verbunden war, der Dialog und die Kooperation der Kulturen im Zentrum wesentlich für das politische Verständnis und eine Voraussetzung für eine fruchtbare politische Zusammenarbeit seien.*⁴⁹³¹

Kurz nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 besteht Hans-Gert Pöttering im Namen seiner Fraktion vor der Konferenz der Präsidenten des Europäischen Parlaments darauf, dass das Parlament in dieser Zeit der Prüfung parallel zur Unterstützung der USA die Initiative zur Durchführung eines dritten Mittelmeer-Forums ergreifen soll⁹³²: es sei notwendig, *„eindeutige Signale an die arabischen Länder auszusenden, um ihnen klar zu zeigen, dass die westliche Welt keinen ‚Bruch‘ zwischen den Kulturen wolle.*⁴⁹³³

Dieser Vorschlag wird tatsächlich von der Konferenz der Präsidenten aufgegriffen. Am 8. November 2001 eröffnet Nicole Fontaine, die in ihrer Eigenschaft als Präsidentin des Europäischen Parlaments zugleich als Kopräsidentin des Forums fungiert, die außerordentliche Sitzung. Das Forum, auf dem zahlreiche Aufrufe zu Frieden und gegenseitigem Verständnis vorgetragen werden, wird von der Fraktion als Gegenmittel gegen den Terrorismus verstanden⁹³⁴. Das Forum setzt seine Tätigkeit regelmäßig fort und wird 2004 zur Parlamentarischen Versammlung Europa-Mittelmeer (PVEM).

Innerhalb des Arbeitskreises „A“ wird eine Arbeitsgruppe „Euro-med“ gebildet, die beauftragt ist, die Arbeit der PVEM zu verfolgen. Die EVP-ED-Fraktion führt regelmäßig Besuche in den Ländern des südlichen Mittelmeerraums durch und veranstaltet gemeinsam mit der Konrad-Adenauer-Stiftung politische Seminare und Europa-Mittel-

meer-Treffen⁹³⁵. Von März 2008 bis März 2009 übt Hans-Gert Pöttering das Amt des Präsidenten der PVEM aus – eine echte Genugtuung für jemanden, der zu Beginn seiner europäischen Laufbahn in den 1980er Jahren durch einen Bericht über die europäische Mittelmeerpolitik bekannt geworden war.

„Gewissensentscheidung“⁹³⁶ Türkei (2004)

Schließlich bleibt noch das „*heikle Thema*“ Türkei – dieser Ausdruck stammt von José Ignacio Salafranca Sánchez-Neyra⁹³⁷. Die Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und später der Europäischen Union zur Türkei bestehen bereits seit Langem. Als traditionelle Verbündete des Westens aufgrund ihrer Mitgliedschaft in der OEEC (1948), im Europarat (1949) und in der NATO (1952) unterzeichnet die Türkei 1963 ein Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. 1995 wird eine Zollunion mit der Türkei gegründet und 1999 beschließt der Europäische Rat von Helsinki, dass die Türkei Beitrittsland werden soll. In Brüssel hingegen wird entschieden, sich mit dieser sensiblen Angelegenheit Zeit zu lassen. 2004 übergibt die Europäische Kommission eine Empfehlung zu den Fortschritten der Türkei auf dem Weg zum Beitritt⁹³⁸, in der sie eine befürwortende Stellungnahme abgibt. Im Parlament wird der Niederländer Camiel Eurlings^a vom Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten beauftragt, den Bericht des Parlaments zu verfassen⁹³⁹.

Die EVP-ED-Fraktion veranstaltet im September 2004, noch vor der Aussprache im Plenum, in Brüssel zwei Studientage zu diesem Thema. Am 13. Dezember 2004 legt die Fraktion im Rahmen der Aussprache zum Bericht Eurlings im Plenum differenzierte Stellungnahmen vor. Auch wenn sich die Türkei im Wirtschaftsbereich zunehmend den europäischen Standards nähert, seien weitere umfangreiche Verbesserungen erforderlich. Auch die Frage der Achtung der Menschenrechte bleibt ungeachtet der Bemühungen in Ankara für die Fraktionsmitglieder aktuell. Der Umstand, dass die Türkei nicht bereit ist, Zypern anzuerkennen, ist für ihre Kandidatur ebenfalls nicht förderlich. Schließlich erläutert der Fraktionsvorsitzende in seiner Rede, dass die große Sorge bestehe, *„sollte die Türkei Mitglied der Europäischen Union werden, dass wir uns zu Tode erweitern und die Identität der Europäer verloren gehen könnte, dass das Wir-Gefühl, das die Grundlage für die Solidarität in der*

a In der Fraktion ist es schon fast Tradition geworden, die politischen Berichte zur Türkei einem der Mitglieder der niederländischen Delegation, wie Arie Oostlander, Camiel Eurlings oder Ria Oomen-Ruijten zu übertragen.

*Europäischen Union ist, Schaden nehmen könnte.*⁹⁴⁰ Dieser Tenor herrscht in der Fraktion vor, die mehrheitlich eine „*privilegierte Partnerschaft*“⁹⁴¹ befürwortet.

Die Debatte im Parlament ist „*lebhaft und rege*“, und letztlich erteilt das Europäische Parlament der Aufnahme von Verhandlungen mit der Türkei auf der Grundlage eines offenen Endes seine Zustimmung⁹⁴². Dieses „Ja“ ist mit Bedingungen verknüpft. Der Europäische Rat vom 16. und 17. Dezember 2004 in Brüssel bestätigt die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen, die im Oktober 2005 beginnen.

Im September 2006 verfasst Camiel Eurlings erneut einen Bericht über die Verhandlungen⁹⁴³, in dem er die Nichtachtung der Meinungsfreiheit und der Minderheitenrechte, Korruption und Gewalt gegen Frauen verurteilt. Im November legt die Europäische Kommission ihrerseits einen zumindest kritischen Bericht vor⁹⁴⁴. Der Rat wiederum stellt Ende desselben Jahres im Zusammenhang mit der Anerkennung Zyperns fest, dass der Prozess stagniere.^a

Ab 2007 kommen die Verhandlungen nur schwer voran, zumal die politische Lage auf türkischer Seite nach wie vor unsicher ist. 2008 wurde die Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan, der 2007 die Parlamentswahlen mit Abstand gewonnen hatte, aufgrund ihrer „*antisekulären Aktivitäten*“ vom Verfassungsgericht beinahe verboten. Die AKP, aus der islamischen Bewegung hervorgegangen, mit der sie angeblich die Beziehungen abgebrochen hat, betrachtet sich als konservative Partei und hat in der Europäischen Volkspartei Beobachterstatus. Ihr Konservatismus, der jegliche Form von Radikalismus ablehnt, wird definiert als Synthese zwischen dem Universalismus und den örtlichen Besonderheiten der türkischen Politik und der türkischen Gesellschaft. Er befürwortet den Modernismus, ohne die Tradition zu negieren, und Rationalität ohne Ablehnung der Spiritualität. Die Wahl von Abdullah Gul im August 2008 zum Präsidenten der Türkei bestätigt die AKP an der Spitze eines sich entwickelnden und sich reformierenden Landes, wobei die Fraktion sich weiterhin die Frage stellt, ob dessen Platz wirklich in der Europäischen Union ist.

a Die türkischen Behörden lehnen es ab, das Zusatzprotokoll zum Abkommen von 2005 auf Zypern anzuwenden.

FREIHEIT, SICHERHEIT UND RECHT IN DER EUROPÄISCHEN UNION

Die Freizügigkeit von Personen nimmt Gestalt an: Der Schengen-Raum (1985-1995)

Von allen Grundfreiheiten ist die Freizügigkeit von Personen für die Bürger wohl am konkretesten spürbar. Diese ist zwar bereits seit den Römischen Verträgen als eines der Ziele der Gemeinschaft festgeschrieben, ihre Verwirklichung erfolgt jedoch nur zögerlich und erst, nachdem die Abgeordneten des Europäischen Parlaments wiederholt ihre Umsetzung forderten (insbesondere im Jahr 1981 mithilfe der Entschließung zum Europa-Pass). Mit dem Weißbuch der Kommission über den Binnenmarkt sowie Artikel 8a der Einheitlichen Europäischen Akte erhält sie rechtliche und wirtschaftliche Relevanz, da jetzt jedermann das Recht hat, frei zu reisen. Allerdings erhält diese Bestimmung erst dann einen politischen Stellenwert, wenn das Symbol der Grenzen tatsächlich abgeschafft ist.

Am 14. Juni 1985 ruft der luxemburgische Ratsvorsitz die Länder der Beneluxstaaten sowie Frankreich und Deutschland zusammen, um ein Abkommen zu unterzeichnen, das für immer in die Geschichte Europas eingehen wird: das Übereinkommen von Schengen. Die Wahl des Ortes ist kein Zufall: Schengen ist ein kleines Dorf am Ufer der Mosel, am Rande des Großherzogtums gelegen, wo dessen Grenzen mit Frankreich und Deutschland verlaufen. Wir befinden uns somit im Herzen des Europas der Grenzen, welches in Folge dieses historischen Treffens der Vertreter der fünf Pionierländer an Bord des Ausflugschiffes „Princesse Marie-Astrid“ kurz vor der Auflösung steht.

Das Übereinkommen tritt praktisch sofort, aber stufenweise in Kraft. Fünf Jahre später (am 19. Juni 1990) wird ein Durchführungsübereinkommen unterzeichnet, mit dem die Grenzkontrollen für Bürger des „Schengen-Raums“ ab Anfang des Jahres 1995 endgültig abgeschafft werden. Die Freizügigkeit von Personen erhält somit erst drei Jahre nach den anderen Grundfreiheiten Gültigkeit, und auch nur für die Hälfte der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft. Schnell folgen aber im Jahr 1990 Italien, 1992 Spanien, Griechenland und Portugal,

1995 Österreich sowie 1996 Dänemark, Finnland und Schweden. Im Zuge der EU-Erweiterung ab 2004 sind bis Ende 2007 bereits neun Staaten beigetreten: Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowenien, die Slowakei, die Tschechische Republik und Ungarn. Nur Zypern will die Kontrollen an seinen Grenzen beibehalten, und nach der Erweiterung von 2007 befinden sich Bulgarien und Rumänien in einer Übergangsphase. Außerhalb der Europäischen Union haben sich zudem Norwegen, Island, die Schweiz und Liechtenstein dem Schengen-Raum angeschlossen. Innerhalb der Europäischen Union haben sich nur das Vereinigte Königreich und Irland zur Nichtteilnahme entschlossen.

Von Nuorgam im hohen Norden Finnlands bis Cabo de São Vicente in Portugal, und vom isländischen Isafjörður bis zu den Ionischen Inseln brauchen die Bürger Europas keine Visa und Pässe mehr vorzuzeigen. Dies stellt einen beträchtlichen Fortschritt dar.

Um diese Freiheit gewährleisten zu können, ohne dabei die Sicherheit zu beeinträchtigen, müssen die einzelstaatlichen Rechtsvorschriften in so sensiblen Bereichen wie Einwanderung, Asylrecht, polizeiliche Zusammenarbeit sowie Bekämpfung des Terrorismus und des illegalen Handels harmonisiert werden. Der Grundsatz des Schengener Übereinkommens sieht also die Abschaffung der Binnengrenzkontrollen zwischen den beteiligten Ländern bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und der nationalen Sicherheit vor (Artikel 2). In dem Übereinkommen sind zudem Ausgleichsmaßnahmen vorgesehen: die Durchsetzung der Kontrollen an den Außengrenzen des Schengen-Raums, die gegenseitige politische Anerkennung von Visa und die Schaffung eines einheitlichen Visums, Aufenthaltstitel, Bearbeitung der Asylanträge sowie die polizeiliche Zusammenarbeit und Rechtshilfe in Strafsachen. Außerdem wird ein Informationssystem (SIS) eingeführt, um die Übermittlung personenbezogener Daten zu ermöglichen.⁹⁴⁵

Die EVP-Fraktion erweist sich während des gesamten Umsetzungszeitraums der Abkommen als besonders realistisch. So empfiehlt sie angesichts der schleppenden Fortschritte des Prozesses die bei diesem komplexen Problem zu ergreifende Maßnahme.⁹⁴⁶ Das Parlament verabschiedet außerdem im Jahr 1994 eine auf eine Anregung der Fraktion zurückgehende Entschließung, in der die Verzögerungen bedauert und die Unterzeichnerländer von Schengen zu einer wirksamen Zusammenarbeit aufgefordert werden, um alle notwendigen Maßnahmen zur Lösung der noch offenen technischen Fragen zu treffen.⁹⁴⁷ Im Bereich der Sicherheit erfordert das Schengener Übereinkommen eine Verlagerung der mit der Einwanderungs-, Asylrecht- und Auslieferungspolitik verbundenen Kontrollen an die Außengrenzen. Voraussetzung dafür ist

die Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten in diesen Bereichen sowie eine optimale Zusammenarbeit zwischen den entsprechenden Diensten (Polizei, Justiz). Die EVP befragt im Bewusstsein aller Auswirkungen des Abbaus der physischen Grenzen den Rat und die Kommission mehrfach zur Schaffung eines Raumes der „Inneren Sicherheit.“⁹⁴⁸ Dazu ist es erforderlich, dass die Mitgliedstaaten ihre Gesetzgebung in den Bereichen Einwanderung, Asylrecht und Bekämpfung von Bandenkriminalität und Drogenhandel anpassen und koordinieren. Schließlich achtet die Fraktion auch auf die Modalitäten der Kontrollen im Schengen-Raum, der nicht in den Gemeinschaftsrahmen fällt, sondern in den zwischenstaatlichen Rahmen. Georg Jarzembowski, Fachmann der Fraktion für dieses Thema, fordert beharrlich parlamentarische Kontrolle und Gerichtskontrolle für Schengen.⁹⁴⁹

Der „Schengen-Raum“ nimmt die künftige Gemeinschaftsrealität vorweg. Indem er die Staaten zur Zusammenarbeit in nationalen Souveränitätsbereichen wie der inneren Sicherheit verpflichtet – in Form der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit, der Einwanderung und dem Asylrecht sowie der Kriminalitätsbekämpfung und dem Drogenhandel – wird Schengen zu einem „geglückten Prototyp des Versuchs eines Europas der unterschiedlichen Geschwindigkeiten.“⁹⁵⁰

Freiheit und Sicherheit

Das Übereinkommen von Schengen sorgt somit von seiner Natur her für ein größeres Maß an Freiheit, zieht allerdings im Gegenzug auch Besorgnisse nach sich, mit denen sich das Europäische Parlament wiederholt beschäftigen muss. Der Kampf ist hart, zumal einige im Parlament nicht einsehen wollen, dass die Öffnung der Grenzen mit einer verstärkten polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit einher gehen muss. Christopher Beazley fasst die Lage treffend zusammen: *„Was dieses Haus politisch spaltet (...) ist, daß wir zwar ebenso entschlossen, wenn nicht entschlossener noch auf die Freizügigkeit bestehen, zugleich aber auch darauf bestehen, daß die Völker Europas neuerlich eine Versicherung erhalten und die wahren Gründe erfahren, weshalb die Grenzen noch nicht geöffnet worden sind. Diese Versicherung kann man ihnen erst dann geben, wenn die Bürger eingesehen haben, daß polizeiliche Zusammenarbeit entscheidend und wesentlich ist, daß die Grenzen sie nicht vor Terrorismus und Drogenhandel bewahrt haben.“*⁹⁵¹

1994 widmet die Fraktion einen Teil ihrer Studientage in Estoril (Portugal) dem Thema der inneren Sicherheit. Zwei hochrangige Persönlichkeiten, die der EVP nahestehen und in ihren Ländern bedeutende Ämter bekleiden, werden eingeladen, im Namen der Fraktion eine Erklärung

abzugeben. Pierre Méhaignerie, französischer Minister, Minister der Justiz, und Günther Beckstein, Innenminister des Landes Bayern (Deutschland), gehen auf die Notwendigkeit ein, die europäische politische Zusammenarbeit im Bereich Innere Sicherheit zu verstärken und fordern die Mitglieder der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament auf, sich dafür einzusetzen: „Bei dieser Auseinandersetzung“ erklärt Günther Beckstein am Ende seiner Rede, „hat das Europäische Parlament (...) absoluten Vorrang, denn Sie sind diejenigen, die die europäische Einigung vorantreiben. Deswegen bitte ich Sie, auch und gerade auf diesen Bereich Ihr Schwergewicht und Ihr Interesse zu legen. Die Bürger in ganz Europa werden es Ihnen danken, wenn die Sicherheit vorgebracht wird.“⁹⁵²

Im Zuge der Erneuerung des Parlaments erhält die EVP-Fraktion eine große Zahl von Sitzen im erst kürzlich eingerichteten Ausschuss für Grundfreiheiten und innere Angelegenheiten, der sich mit diesen Fragen befasst.⁹⁵³ Die Beteiligung an diesem Ausschuss wird nach Inkrafttreten des Vertrags von Maastricht zu einem wesentlichen Bestandteil der Strategie der EVP, die auf die Gewährleistung der Sicherheit abzielt und auch in ihrem Manifest für die Wahlen von 1994 aufgegriffen wird. „Die EU trägt eine große Verantwortung für die innere Sicherheit, das heißt: für die Sicherheit ihrer Bürger.“⁹⁵⁴

Im Februar 1999 appelliert die Europäische Volkspartei auf ihrem XIII. Kongress in Brüssel: „Die Zeit ist reif, die traditionellen Modelle der Verbrechensbekämpfung zu revidieren, die auf der überholten Vorstellung undurchlässiger Grenzen gründen“, und fordert, Methoden zu nutzen, „die auf enger Zusammenarbeit von Justiz und Geheimdienstorganisationen, die ihre Erfahrung im Zusammenhang mit externem Schutz gesammelt haben, Polizei- und Zollbehörden über nationale Grenzen hinaus basieren.“

In der Sitzung des Vorstands und anlässlich ihrer Studientage in Wien vom 1. bis 5. März 1999 behandelt die EVP-Fraktion das Thema „Europa: Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts.“

Hartmut Nassauer, Mitglied der EVP-Fraktion, hat „die notwendige Vergemeinschaftung wesentlicher Teile des dritten Pfeilers“ in Erwägung gezogen. Er hinterfragt die nationale Souveränität: „Wäre es nicht sinnvoller, einen winzigen Teil dieser Souveränität auf die Gemeinschaftsebene zu übertragen, um den Erfolg der Verbrechensbekämpfung sicherzustellen? Wäre dies nicht im Interesse der Bürgerinnen und Bürger?“

Bei den Studientagen der EVP-Fraktion vom 7. bis 11. Mai 2001 in Thessaloniki geht es um Politik in den Bereichen Asyl, Einwanderung und innere Sicherheit im zukünftigen, erweiterten Europa. Hubert Pirker, Mitglied der EVP-ED-Fraktion, ruft in Erinnerung, dass „die Sicherheit ein Grundbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger ist“ und dass „die Sicherheit

zwar im Zuständigkeitsbereich der Staaten liegt, es aber zunehmend der Europäischen Union obliegt, dafür Sorge zu tragen, dass sie gewährleistet wird. Die Bedrohungen haben sich in der Tat verändert. Die organisierte Kriminalität kennt keine Grenzen (...); die Entwicklung der Kommunikationstechnologien hat neue Formen von Vergehen hervorgebracht“.

Bekämpfung des Drogenhandels

Es fehlt auch nicht an neuen Bedrohungen. 1995⁹⁵⁵ verfasst Sir Jack Stewart-Clark, zu dem Zeitpunkt Vizepräsident des Europäischen Parlaments, im Namen des Ausschusses für Grundfreiheiten und innere Angelegenheiten einen Bericht über die Drogenbekämpfung.⁹⁵⁶ Der Berichterstatter ist ein anerkannter Experte auf diesem Gebiet, da er 1986 als Berichterstatter des Untersuchungsausschusses zum Drogenproblem in den Ländern der Gemeinschaft tätig war.⁹⁵⁷ Seine Feststellungen hinsichtlich der Drogenproblematik und der schädlichen Folgen für die Gemeinschaft sind zutreffend. Nach Ansicht des britischen Abgeordneten gilt es, diese „nihilistische Weltanschauung“ zu bekämpfen.⁹⁵⁸ *„Das Drogenproblem verschlimmert sich unerbittlich von Jahr zu Jahr. Die internationalen Drogenkartelle werden aggressiver und eröffnen sich mit wachsender Expansionslust neue Märkte mit neuen Drogen und ständig wechselnden Vertriebsstrukturen; gleichzeitig gelingt es ihnen immer besser, sich zu tarnen und mit ihren Verkaufserlösen zu arbeiten. Noch mehr Sorge bereitet, daß sie ihre immer umfangreicheren Mittel nutzen, um durch politischen Einfluß und durch die Vereinnahmung von Schlüsselsektoren im Geschäfts- und Finanzsektor auf die demokratischen und wirtschaftlichen Prozesse ganzer Länder einzuwirken (...). Alle Mitgliedstaaten und beitriftswilligen Länder der Europäischen Union müssen sich in vollem Umfang für die internationale Zusammenarbeit gegen den Drogenschmuggel und die wachsende Bedrohung durch das internationale Verbrechen engagieren. In der ganzen Europäischen Union muß stetig auf multilaterale Zusammenarbeit in Bereichen wie Auslieferung, Ahndung, Verfolgung, Informationsaustausch usw. hingearbeitet werden. Wir brauchen feste Zeitpläne, doch sollten vorläufig auch bilaterale Abkommen mit allen Ländern über diese wichtigen Angelegenheiten erarbeitet werden. Dies erfordert einen ausgeprägten politischen Willen, der sich bislang noch nicht ausreichend manifestiert. Wir müssen selbstverständlich davon ausgehen, daß unsere Maßnahmen vorbeugend wirken müssen, und daß wir uns nicht darauf beschränken dürfen, lediglich auf die von den kriminellen Organisationen geschaffenen Sachzwänge zu reagieren.“*⁹⁵⁹

Erst im ersten Halbjahr des Jahres 1997 nimmt der Parlamentsausschuss eine Empfehlung zur Harmonisierung der Drogenpolitik und

zwei Berichte über Texte der Kommission und des Rates über synthetische Drogen an. Die Haltung der EVP-Fraktion gegenüber diesen Berichten wird von dem Ziel einer drogenfreien Gesellschaft bestimmt.⁹⁶⁰

1998 wird Hubert Pirker mit der Erarbeitung eines neuen Berichts über die Kontrolle synthetischer Drogen (Designerdrogen) betraut.⁹⁶¹ Die EVP-Fraktion tritt für eine klare Politik ein, die sich gegen die Legalisierung bestimmter Drogen richtet, für die sich die Sozialdemokratische Fraktion zu der Zeit ausspricht. Bei der Abstimmung über den Bericht einer Abgeordneten dieser Fraktion, Hedy d'Ancona (Niederlande), die die Legalisierung weicher Drogen und die Ausgabe von Heroin auf Rezept vorschlägt, stimmt die Fraktion daher dagegen. Die Sozialdemokraten, die auch untereinander nicht einig sind, bewirken bei der Aussprache in der Plenarsitzung eine Rücküberweisung des Berichts in den Ausschuss.⁹⁶²

Der Fraktionssprecher, Hartmut Nassauer, „*hat einige Bedenken gegen die einschränkende Berichterstattung der Kollegin d'Ancona.*“⁹⁶³ Die Ablehnung des Berichts, die auch die nachdrückliche Unterstützung der damaligen britischen Labour-Abgeordneten findet, hat den Nachteil, dass die um den Bericht d'Ancona entfachte Debatte zum Stillstand kommt. Ein zweiter Bericht von Frau d'Ancona fordert keine gesetzliche Regelung mehr und erhält daher die Unterstützung der EVP-Fraktion.⁹⁶⁴ Für den Fraktionssprecher, Sir Jack Stewart-Clark, enthält dieser Bericht „*dennoch viele vernünftige und pragmatische Vorschläge, die von einer großen Mehrheit unterstützt werden können.*“⁹⁶⁵

Neuartige Bedrohungen durch den Terrorismus

Über viele Jahre hinweg ist die EVP-Fraktion die treibende Kraft hinter Entschlüssen, mit denen Terrorakte verurteilt werden. Um nur einige wenige zu nennen: die EntschlieÙung vom 16. Februar 1995 zur Ermordung von Gregorio Ordóñez, Vorsitzender der „Partido Popular“ von Guipuzcoa, Mitglied des baskischen Parlaments, durch die ETA in San Sebastián, die EntschlieÙung vom 18. Mai 1995 zur Entführung des Unternehmenschefs José María Aldaya Etxeburua durch die ETA in der Stadt Hondarribia; die EntschlieÙung vom 14. Dezember 1995 zum Terroranschlag in Madrid am Vorabend des Europäischen Rates am 11. Dezember 1995⁹⁶⁶.

1995 wird Viviane Reding zur Berichterstatterin über den Kampf gegen den Terrorismus in der Europäischen Union ernannt.⁹⁶⁷ In dem Bericht heißt es: „*Beinahe täglich werden irgendwo auf der Welt kleinere oder größere Terroranschläge verübt, bei denen Menschen getötet, verstümmelt oder sonst am Körper verletzt werden, bei denen Gebäude oder*

andere Vermögenswerte zerstört, beschädigt, verunstaltet oder unbrauchbar gemacht werden.“ Für die Berichterstatterin dürfen „diese schon zur Alltäglichkeit gewordenen Nachrichten (...) nicht zur Gewöhnung, zur Abstumpfung oder gar zur Resignation führen.“⁹⁶⁸

Zu dem Zeitpunkt ist der Terrorismus in Europa weder unbekannt noch selten. Es sind jedoch nur einige Länder davon betroffen, wie Frankreich (durch die korsischen Unabhängigkeitskämpfer), Spanien (durch die ETA) und Nordirland (durch die IRA). Dennoch setzt sich die Berichterstatterin für die Idee ein, dass *„die Opfer terroristischer Akte besondere Unterstützung benötigen. Für diese bedeutet ein terroristischer Anschlag in erster Linie die Zufügung unsäglicher Leiden (Tod naher Angehöriger, Verstümmelung, sonstige schwerwiegende und qualvolle Verletzungen am Körper, Verursachung von Ängsten und schweren Traumata, Zerstörung von Hoffnungen und Erwartungen, Vernichtung der materiellen Existenz). Es ist daher von größter Wichtigkeit, den Opfern terroristischer Akte und ihren Familien effiziente materielle und psychologische Hilfe zuteil werden zu lassen, um ihnen zu helfen, diese schmerzvollen Erfahrungen aufzuarbeiten, zu überwinden und auf diese Weise ihre Wiedereingliederung in das gesellschaftliche Leben zu erleichtern.“⁹⁶⁹*

Zu den in dem Bericht vorgeschlagenen Präventionsmaßnahmen gehört unter anderem die Verstärkung der Sicherheitsvorkehrungen im zivilen Luftverkehr. Gemäß dem Initiativbericht, der infolge einer vom Ausschuss für Grundfreiheiten und innere Angelegenheiten im Februar 1996 organisierten Anhörung entsteht, sind terroristische Akte in der Europäischen Union nicht als politische Straftat, sondern als kriminelle Handlungen einzustufen (im Unterschied zu Widerstandskampagnen gegen den in einigen Drittstaaten verübten Staatsterror). In der Entschließung wird zunächst die Ablehnung und Verurteilung aller terroristischen Akte bekräftigt, und die Medien werden aufgefordert, sich nicht für die Zielsetzungen der Täter ausnutzen zu lassen. Zudem wird eine Reihe abgestimmter Maßnahmen zur Untersuchung und Vorbeugung terroristischer Akte vorgeschlagen. Im Teil „Zur Aufklärung und Strafverfolgung“ wird der Rat aufgefordert, Europol so rasch wie möglich die Zuständigkeit zur Bekämpfung des Terrorismus zu übertragen. Ferner werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, terroristische Akte als auslieferungsfähige Straftaten einzustufen und jeden an einem terroristischen Akt Beteiligten strafrechtlich zu verfolgen. Schließlich werden die Mitgliedstaaten angeregt, ihre polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit zu intensivieren, um langfristig die Strafgesetzgebung zur grenzübergreifenden Kriminalität zu harmonisieren.⁹⁷⁰

Die Fraktionssprecherin Ana Palacio Vallelersundi bringt bei der Aussprache am 29. Januar 1997 über den Bericht Reding all ihre

Redekünste für ein Thema auf, das ihr selbst sehr vertraut ist: *„Eine blaue Schleife, Herr Präsident. Der Himmel der Europäischen Union ist heute eine riesige blaue Schleife, die von La Palma bis Malmö, von Rhodos bis Dublin reicht. Die blaue Schleife verkörpert stillschweigend den täglichen Kampf, die soziale Ächtung des Terrorismus und ist als solches im spanischen Baskenland entstanden, einem Gebiet, das von diesem sozialen Übel besonders heftig heimgesucht wird. Die Berichterstatterin hat es bereits gesagt, die Bürger Europas, die in diesem Parlament vertreten sind, erheben laut und klar ihre Stimme: ‚Es reicht, wir alle wenden uns gemeinsam gegen den Terrorismus‘, und ziehen eine Linie: auf der einen Seite die Demokraten, auf der anderen Seite die Terroristen, die nichts als gemeine Verbrecher sind.“*⁹⁷¹

Unglücklicherweise hat es mit dem Terror und seinen prägenden und dramatischen Auswirkungen auf Europa und die übrige Welt noch kein Ende. Am 11. September 2001, zu einem Zeitpunkt, als alle Büroangestellten an ihren Arbeitsplätzen sitzen, prallen zwei Verkehrsflugzeuge in die Zwillingstürme des World Trade Centers in New York. Ein drittes zerschellt in einem Flügel des Pentagons in Washington. In Brüssel ist es zu dem Zeitpunkt bereits nachmittags, und während der Sitzungen der parlamentarischen Ausschüsse verbreitet sich ein Gerücht, aus dem schnell Realität wird: Die USA wurden von einem folgenschweren Terroranschlag erschüttert. Damit hat für die Welt eine neue Zeitrechnung begonnen.

Neben grundsätzlichen Verurteilungen und Solidaritätsbekundungen direkt nach den Ereignissen⁹⁷² plant die EVP-ED-Fraktion erneut die Einführung wirksamer Instrumente zur Terrorismusbekämpfung. Bei der Plenarsitzung am Mittwoch, dem 3. Oktober 2001, äußert sich Hartmut Nassauer zu den neuen Herausforderungen der Europäischen Union: *„Wir müssen unsere Handlungsfähigkeit und Solidarität beweisen. Europäische Handlungsfähigkeit ist bisher oft an dem Einwand nationaler Souveränität gescheitert. Mit Berufung auf nationale Souveränität ist oft wirksames gemeinschaftliches Vorgehen blockiert worden. Nun ist aber nationale Souveränität kein Zweck an sich und schon gar nicht dann, wenn sie der Bewahrung von nationaler Unabhängigkeit gegen Terroristen und dem wirksamen Schutz von Bürgern vor terroristischen Anschlägen eher im Wege steht als sie zu fördern. Deswegen werden wir in Zukunft wirksame Gemeinschaftsinstrumente entwickeln müssen, und wir werden prüfen müssen, ob uns dabei nationale Souveränität eher hilft oder eher schadet.“*⁹⁷³

Das Thema der inneren und äußeren Sicherheit wird vor dem Hintergrund der Bedürfnisse der Bürger nach größerer körperlicher Unversehrtheit und rechtlicher Sicherheit zu einem zentralen Thema.

Dieser Kampf besteht für die EVP-ED-Fraktion vor allem in der Förderung und Weiterentwicklung der Europol- und Eurojust-Strukturen, sowie in der Neufestlegung einer europäischen Verteidigungspolitik und der außenpolitischen Mechanismen, sei es gegenüber einzelnen Staaten (Afghanistan) oder gegenüber Regionen (Partnerschaft Europa-Mittelmeer).⁹⁷⁴

Bei den Wahlen von 2004 bezieht die EVP-ED-Fraktion zum Kampf gegen den Terror Stellung: *„Vorrangig müssen bereits bestehende Maßnahmen schnell umgesetzt werden, insbesondere der Europäische Haftbefehl und die Auslieferungsverfahren zwischen Mitgliedsstaaten. (...) Eine gemeinsame Definition von Terrorismus sollte in den gemeinschaftlichen Besitzstand aufgenommen und erforderliche Rechtsgrundlagen im Vertrag geschaffen werden, (...) welche die Union befähigt, effizient und schnell zu handeln, sowie die Intensivierung der Zusammenarbeit auf internationaler Ebene, insbesondere im Bereich der gemeinsamen nachrichtendienstlichen Aktivitäten. Parallel dazu sind Maßnahmen der Europäischen Union zur Entschädigung der Opfer von Terroranschlägen vorzusehen. Die Strategie der Union zur Bekämpfung des Terrorismus sollte sowohl ex-ante als auch ex-post einer demokratischen Überprüfung unterzogen werden.“*⁹⁷⁵

EUROPOL

Bereits 1975 ermöglichte die Einrichtung der TREVI-Arbeitsgruppe^a eine zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Schwerkriminalität, Terrorismus und Drogenhandel. Im Übereinkommen von Schengen wird eine bessere polizeiliche Zusammenarbeit in diesen Bereichen angeregt, und mit dem Durchführungsabkommen von 1991 wird das Schengener Informationssystem eingerichtet, bei dem die Polizei mithilfe eines Computersystems auf Beschreibungen gesuchter Personen oder gestohlener Gegenstände zugreifen kann.

Der Austausch von Nachrichten reicht jedoch nicht aus. So fordert Deutschland mit Unterstützung Spaniens die Einrichtung einer

a Im Dezember 1975 beschlossen die Justiz- und Innenminister bei der Tagung des Europäischen Rates von Rom, im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit ein Forum zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus einzurichten, was zum Teil darauf zurückzuführen war, dass diese Frage zu dem Zeitpunkt nicht zum Programm von Interpol gehörte. Im Juni 1976 wurde infolge einer Entschließung des Rates die TREVI-Gruppe gegründet (Groupe Terrorisme, Radicalisme, Extrémisme et Violence Internationale), die zur Aufgabe hatte, Informationen über die Koordination der Terrorismusbekämpfung sowie über Ausbildungsmethoden auszutauschen. Mit diesem Schritt treten die Mitgliedstaaten der Gemeinschaft auf Ministerebene zusammen (es sind zunächst 12 Staaten, denen sich später Finnland, Österreich und Schweden anschließen).

wirklichen europäischen Bundespolizei, die nicht nur Strafverfolgung betreiben, sondern auch Festnahmen durchführen kann. Frankreich und Großbritannien lehnen zusammen mit der Mehrheit der Länder der Gemeinschaft diesen Vorschlag ab. Beim Europäischen Rat von Luxemburg (28. – 29. Juni 1991) wird auf Vorschlag von Bundeskanzler Kohl die Gründung eines Europäischen Polizeiamtes (Europol) in den Grundzügen festgelegt, das mit der Bekämpfung des internationalen Drogenhandels und der organisierten Kriminalität befasst sein soll. Die Umsetzung beginnt mit der Einrichtung einer „Drogenstelle“ durch den Europäischen Rat von Maastricht im Dezember 1991.

Das Übereinkommen zur Gründung von Europol wird am 26. Juli 1995 unterzeichnet, tritt aber trotz wiederholter Forderungen, die auf Europäischen Gipfeltreffen^a erhoben werden, erst im Juli 1999 in Kraft, da die Ratifizierung schleppend verläuft. Der Zuständigkeitsbereich von Europol ist auf Vergehen mit internationalem Ausmaß begrenzt: Drogenhandel, illegale Einwanderung, Menschenhandel, Handel mit Fahrzeugen und radioaktiven Substanzen, Geldwäsche, Falschgeld, Terrorismus usw. Der Ministerrat kann die Zuständigkeiten von Europol durch einstimmigen Beschluss auf verschiedene Vergehen der Liste ausweiten.

Anfangs beschränken sich die Aufgaben von Europol auf die Koordination, Unterstützung und Beratung der nationalen Polizeikräfte sowie auf die Weiterleitung von Informationen an alle Gemeinschaftseinrichtungen zu Kontrollzwecken. Im Bericht des Ausschusses für Grundfreiheiten und innere Angelegenheiten vom 22. Januar 1993⁹⁷⁶ wird gefordert, dass die Tätigkeit von Europol auch andere Aspekte der internationalen organisierten Kriminalität umfassen sollte, wie Drogen- sowie Finanz- und Steuerdelikte. In der Entschließung wird die Schaffung einer Berufungsinstanz gegen Europol, die Gründung des Amtes eines Gemeinschaftsinspektors für den Datenschutz sowie die Verbesserung der Rechtshilfe gefordert. Zudem wird verlangt, dem Parlament das Recht auf Anhörung und Befragung der Europolbeamten und anderer Polizeikräfte einzuräumen.⁹⁷⁷

Die EVP-Fraktion selbst fördert die Kontakte zwischen den Mitgliedern des Ausschusses für Grundfreiheiten und innere Angelegenheiten, deren Vorsitz zu Beginn seiner Gründung Amédée Turner innehat, und den Verantwortlichen für das Europol-Projekt in Straßburg.⁹⁷⁸ Die Fraktion macht sich das Inkrafttreten des Maastrichter Vertrags zunutze und rückt diese Frage durch die direkte Befragung des Rates in den Mittelpunkt der Aussprachen bei der Tagung im Dezember 1993.⁹⁷⁹

a Europäisches Gipfeltreffen in Cannes vom 26. und 27. Juni 1995, in Florenz vom 21. und 22. Juni 1996 und in Dublin vom 13. und 14. Dezember 1996.

Unterstützt wird sie dabei von Kommissionspräsident Santer, der die Ansicht vertritt, dass das gegenwärtige System des dritten Pfeilers unzureichend sei, und dass bei der Regierungskonferenz 1996 der Entscheidungsprozess nach dem Vorbild der Gemeinschaftsmethode entscheidend verbessert werden müsse.⁹⁸⁰

Auf dem Europäischen Rat von Dublin am 13. und 14. Dezember 1996 setzt die irische Ratspräsidentschaft das Thema auf ihre Agenda. Es wird vorgeschlagen, eine hochrangige Gruppe einzurichten, die mit der Verfassung von Vorschlägen zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität betraut wird.⁹⁸¹ Eine Regierungskonferenz soll in der Folge die Verträge entsprechend ändern. Im Gegensatz zu diesen allgemeinen Zielsetzungen geht die EVP-Fraktion konkreter an das Thema heran. Zudem wartet sie nicht bis 1996, um sich mit der Lage zu befassen. Auf Ersuchen des Ausschusses für Grundfreiheiten und innere Angelegenheiten verfasst Hartmut Nassauer einen Bericht über Europol, der am 20. Dezember 1995 veröffentlicht wird.⁹⁸² Der Berichterstatter stellt fest: *„Seit Jahren nimmt in Europa die Zahl der registrierten Straftaten zu, während gleichzeitig der Anteil der aufgeklärten Fälle sinkt. Die Kriminalität scheint somit kontinuierlich an Boden zu gewinnen, während der Kampf der Strafverfolgungsorgane immer aussichtsloser wird. (...) In der Öffentlichkeit wird überdies beunruhigt registriert, daß nicht nur die Kriminalität zunimmt, sondern auch die Bereitschaft zur Gewaltanwendung auf Straßen und Plätzen wächst. (...) Die Folgen sind für den demokratischen Rechtsstaat verhängnisvoll.“*⁹⁸³

Für den Berichterstatter ist Europol die einzige Antwort darauf. Bei der Aussprache in der Plenarsitzung am 14. März 1996 räumt er zwar ein, dass Europol keine *„Wunderwaffe“* gegen organisierte Kriminalität sei, er bezeichnet sie aber als *„ein wichtiges Instrument, das genutzt werden muss.“*⁹⁸⁴ Trotz der Schwierigkeiten bei der Ratifizierung der Konvention zur Errichtung von Europol⁹⁸⁵ unterstützt die EVP-Fraktion den Bericht Nassauer weitgehend.

Stellt Europol den Handlungsrahmen der polizeilichen Zusammenarbeit dar, so ist es auch nötig, diesem einen Hintergrund zu verleihen, der den Bemühungen der Staaten zum Thema Sicherheit entspricht. Im Zuge der Gründung von Europol kommt es im Europäischen Parlament zu einer regen Debatte zu dieser Frage, an der sich die EVP-Fraktion umfassend beteiligt. Sir Jack Stewart-Clark hat die Aufgabe, den Bericht über die gemeinsamen Projekte zur polizeilichen Zusammenarbeit⁹⁸⁶ in der Europäischen Union zu verfassen. Der Berichterstatter hofft, durch die *„Einsetzung einer Multidisziplinären Gruppe (...), der die Leiter von Polizei-, Zoll- und anderen Vollstreckungsbehörden, zum Beispiel höhere Staatsbeamte in Innenministerien, angehören“*, noch

über die beiden ersten Vorschläge, die Deutschland in Maastricht unterbreitet hat, hinausgehen zu können.⁹⁸⁷ Zudem müsse die Rolle von Europol „aufgewertet“ werden, und der Berichterstatter reicht Änderungsanträge mit dem Ziel ein, das Parlament an den Debatten zu beteiligen. Die EVP-Fraktion unterstützt den Bericht uneingeschränkt, wie es ihr Sprecher José Mendes Bota „[k]urz, direkt problemorientiert und effizient“, ohne Floskeln zu bemühen, ausdrückt: „Wenn nur die Behörden, die beauftragt sind, die Achtung des Gesetzes in einem Rahmen der Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit durchzusetzen, immer schnell, direkt und effizient in der Bekämpfung des organisierten oder spontanen Verbrechens, das leider unaufhörlich zunimmt, sein könnten!“⁹⁸⁸

Der Europäische Haftbefehl

Die polizeiliche Zusammenarbeit muss unausweichlich mit einer Zusammenarbeit auch im Bereich der Justiz einhergehen. Während die polizeiliche Zusammenarbeit bereits seit 1999 besteht, so dauerte es bis nach den tragischen Attentaten in New York und Washington am 11. September 2001, dass die Mitgliedstaaten der Europäischen Union auch die Entwicklung der justiziellen Zusammenarbeit beschlossen. Die Einführung des Europäischen Haftbefehls ist Ausdruck dieser Bemühungen.

Am 6. Februar 2002 äußert sich das Europäische Parlament im Zuge des Konsultationsverfahrens in einer Stellungnahme zu diesem neuen, der inneren Sicherheit dienenden Instrument. In der Aussprache während der Plenarsitzung spricht sich die EVP-ED-Fraktion mehrheitlich für den vom Ausschuss für Grundfreiheiten und innere Angelegenheiten eingereichten Bericht aus.⁹⁸⁹ Fraktionssprecher Gerardo Galeote erklärt, er sei „davon überzeugt, dass wir mit diesem Vorgehen nicht nur auf eine Forderung eingehen, die von den europäischen Bürgern in aller Entschiedenheit vorgebracht wird, sondern dass wir überdies einen unerlässlichen Beitrag zur Sache der Freiheit leisten. Es gibt keine größere Gefahr für die Freiheit des Denkens und der Meinungsäußerung, für das Recht auf Leben an sich, als die Gewalt, die im Terrorismus zum Ausdruck kommt. Jeder demokratische Staat hat die Pflicht, der Justiz Instrumente an die Hand zu geben, wie wir sie heute diskutieren, um deren Arbeit wirksamer zu gestalten.“⁹⁹⁰

2005 wird der Europäische Haftbefehl eingeführt. Ein Jahr später erstellt das Europäische Parlament einen Bericht zur Bewertung des Systems.⁹⁹¹ Bei der Plenarsitzung am 14. März 2006⁹⁹² unterstützt Demetriou Panayiotis im Namen der EVP-ED-Fraktion den Bericht, den er für ausgezeichnet hält. Außerdem ruft der Fraktionssprecher in

Erinnerung: *„Der Europäische Haftbefehl ist ein Prüfstein für die Kooperationsbereitschaft und den Geist des gegenseitigen Respekts und Vertrauens zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Er stellt einen sehr großen Schritt im Hinblick auf die Schaffung eines gemeinsamen Raumes der Sicherheit und des Rechts sowie eine effektive Maßnahme zur Verbrechensbekämpfung dar. Er bereitet der Rechtsflucht sowie den Schwierigkeiten, die beim politischen Verfahren zur Auslieferung von Verdächtigen auftreten, ein Ende.“*⁹⁹³

Für Demetriou Panayiotis ist die *„Tatsache, dass sich bestimmte Mitgliedstaaten in dreister Weise auf die nationale Souveränität, die Menschenrechte und den angeblichen Vorrang ihrer nationalen Rechtsvorschriften berufen, um die Institution des Europäischen Haftbefehls zu umgehen, (...) gefährlich. Es versteht sich von selbst, dass jeder einzelne Mitgliedstaat sowie alle Mitgliedstaaten generell die grundlegende Verpflichtung haben, in ihren Gerichtsverfahren die Menschenrechte voll und ganz einzuhalten und anzuwenden, da ist kein Raum für unnötige Bedenken.“*⁹⁹⁴

Kontrolle der Einwanderungspolitik

Ziel der Fraktion bleibt die Festlegung einer kontrollierten Einwanderung. Auch bei vielen ihrer Studientage geht es um dieses Thema. In Helsinki entwickelt Hartmut Nassauer im Jahr 1996 seine Thesen: *„Soll Europa, soll die Europäische Union Zuwanderer aufnehmen, und wenn ja, unter welchen Bedingungen? (...) Wenn man dieses einmal gewissermaßen vor die Klammer zieht, dann bleibt die entscheidende Frage: Wollen wir in Europa über politische Flüchtlinge, Bürgerkriegsflüchtlinge, Familiennachzug und Zuwanderung aus humanitären Gründen hinaus generell der Zuwanderung das Tor öffnen? Klassische Einwanderungsstaaten im engeren Sinne sind beispielsweise die Vereinigten Staaten von Amerika, Australien, Neuseeland oder Kanada. Diese Länder definieren Einwanderungsbedingungen und setzen Quoten fest. Wenn Sie diese Bedingungen in der Sache im einzelnen ins Auge fassen, werden Sie feststellen, daß diese Staaten dort ihr nationales Interesse an Zuwanderung definieren und keine Rücksicht nehmen auf die individuellen Interessen der Einwanderer. So werden bei der Einwanderung generell junge Menschen, gut ausgebildete Menschen, Fachleute oder Spezialisten vorgezogen. Wenn man es etwas salopp formuliert: Olympiasieger und Nobelpreisträger.“*⁹⁹⁵

Im Parlament wird die Debatte von der Fraktion bestimmt. Im Juni 1995 nehmen Charlotte Cederschiöld und Kyösti Toivonen an der Parlamentsdelegation zu den Westgrenzen Deutschlands und Österreichs

teil, wo sie sich von den beeindruckenden technischen Mitteln der Zolldienste zur Bekämpfung der illegalen Einwanderung (vor allem der Infrarotüberwachungsanlage) überzeugen.⁹⁹⁶ 1996 verfasst der Ausschuss für Grundfreiheiten und innere Angelegenheiten auf Veranlassung des Rates einen Bericht zur Asylpolitik.⁹⁹⁷ Hartmut Nassauer spricht im Namen der EVP-Fraktion und unterstreicht, dass Europa eine harmonisierte Asylpolitik braucht.⁹⁹⁸ 1999 verabschiedet der Rat eine neue Verordnung für Drittländer, deren Staatsangehörige bei der Einreise in die Europäische Union im Besitz eines Visums sein müssen. Klaus-Heiner Lehne verleiht in der Aussprache während der Plenarsitzung der Freude seiner Fraktion darüber Ausdruck, dass sich die Einwanderungspolitik in eine wirksamere und humanere Richtung entwickelt.⁹⁹⁹

Beim Europäischen Rat von Tampere im Oktober 1999 gelingt es, die gemeinsame Einwanderungspolitik für Europa einen entscheidenden Schritt voranzubringen. Im Vertrag von Amsterdam bereits im Kern vorhanden, wird sie jetzt *„ein umfassendes Migrationskonzept, in dem die Fragen behandelt werden, die sich in bezug auf Politik, Menschenrechte und Entwicklung in den Herkunfts- und Transitländern und -regionen stellen.“*^a Von diesem Zeitpunkt an finden regelmäßige Tagungen des Europäischen Rates zu diesem Thema statt: Laeken im Jahr 2001, Sevilla im Jahr 2002, Thessaloniki im Jahr 2003.

Mit dem Näherrücken der Erweiterung um die mittel- und osteuropäischen Länder erhält diese Frage eine neue Wendung, und um die interne Debatte besser vorbereiten zu können, veranstaltet die Fraktion am 29. März 2001 in Brüssel eine Anhörung mit verschiedenen Fachleuten (Juristen, Universitätsangehörige, nationale Sachverständige und Vertreter der Europäischen Kommission) zum Thema Einwanderung.¹⁰⁰⁰ Bei dieser Anhörung erinnert der stellvertretende Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion, Francesco Fiori, in seiner Eröffnungsrede daran, dass die Einwanderung in der Gesellschaft der Länder Europas kein neues Phänomen ist und dass sie in der Vergangenheit häufig dazu beigetragen hat, den Arbeitskräftemangel auszugleichen. Der stellvertretende Vorsitzende weist jedoch gleichzeitig darauf hin, dass sich die Situation seit den 1970er Jahren umgekehrt hat. An die Stelle der früheren offiziellen Aufnahmemöglichkeiten, die immer weiter zurückgefahren wurden, ist zum Teil die illegale Einwanderung getreten, bei der es sehr viel schwieriger ist, den Einzelfall ins Blickfeld zu rücken und die daher größere Besorgnis hervorruft und mit einem

a Ziffer 11 der Schlussfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rates in Tampere, 15. und 16. Oktober 1999.

Anstieg der Asylanträge einhergeht. Gleichzeitig kann das Phänomen aufgrund der demografischen und politischen Lage in den Herkunftsländern kaum eingedämmt werden. Seit zehn Jahren bemühen sich alle Mitgliedstaaten, die Einwanderungsproblematik besser in den Griff zu bekommen.

Im Mai 2001 widmet die Fraktion einen Teil ihrer Studientage in Thessaloniki der Asyl- und Einwanderungspolitik sowie der inneren Sicherheit in der künftig erweiterten EU. Hubert Pirker, koordinierendes Mitglied der EVP-ED im Ausschuss für Grundfreiheiten, unterscheidet drei große Migrantengruppen: Wirtschaftsmigranten als die bedeutendste Gruppe, Asylbewerber entsprechend der Definition der Genfer Konvention sowie Kriegsflüchtlinge entsprechend der Definition des Europäischen Rates in Tampere, die meist aus den Balkanländern stammen.

Für jede dieser Gruppen sind zudem unterschiedliche Maßnahmen und Rechtsinstrumente erforderlich. Für Asylbewerber müssen Mindestnormen für Verfahren und Anerkennung festgelegt werden. Es ist unannehmbar, dass Asylbewerber jahrelang auf die Entscheidung über Genehmigung oder Ablehnung ihres Antrags warten müssen. Gleichzeitig ist aber auch gegen Betrugsversuche vorzugehen, indem das Eurodac-System und das Dubliner Übereinkommen umgesetzt werden. Mit Blick auf die Wirtschaftsmigranten betont Hubert Pirker insbesondere die Fortentwicklung der Problematik. Zwang die hohe Arbeitslosigkeit die Länder in den 1980er Jahren noch zu einer restriktiven Politik, so könnte die derzeitige demografische Entwicklung eher die Frage nach einem Arbeitskräftemangel in bestimmten Bereichen der Wirtschaft aufwerfen. Schließlich geht Hubert Pirker auf die notwendige Bekämpfung der illegalen Einwanderung ein. Er schlägt in dieser Hinsicht vorbeugende Maßnahmen vor, indem in den Herkunftsländern über die neue Einwanderungspolitik in der Europäischen Union informiert wird, Maßnahmen zur wirtschaftlichen und sozialen Stabilisierung in den Herkunftsländern gefördert und an den Grenzen Vorkehrungen gegen die illegale Einwanderung und die damit verbundene organisierte Kriminalität eingeleitet werden.¹⁰⁰¹

Im Juni 2008 wird in Europa ein neues Instrument eingeführt, das die Fraktion lange gefordert hatte und das für das Thema Einwanderung von entscheidender Bedeutung ist. Die Richtlinie zu den gemeinsamen Normen und Verfahren in den Mitgliedstaaten zur Rückführung illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger wird im Mitentscheidungsverfahren vom Europäischen Parlament und Europäischen Rat verabschiedet. Manfred Weber wird im Ausschuss für Grundfreiheiten und innere Angelegenheiten mit der Erstellung des Berichts betraut.¹⁰⁰²

Zum ersten Mal akzeptieren die Mitgliedstaaten, einen Rechtsrahmen mit Mindestanforderungen für die Behandlung illegaler Einwanderer in einem Bereich einzuführen, in dem bisher jeder Staat eigenständig handelte und zahlreiche Fälle festgestellt worden waren, in denen das Vorgehen hinsichtlich der Achtung der Menschenrechte als grenzwertig einzustufen war. Für Patrick Gaubert, stellvertretender Vorsitzender des Unterausschusses Menschenrechte und Mitglied des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, sowie Vorsitzender der Internationalen Liga gegen Rassismus und Antisemitismus (LICRA) in Frankreich, sind die Vorteile der Richtlinie unbestreitbar, da illegale Einwanderer dadurch einen besseren Schutz in den Mitgliedstaaten genießen würden, in denen er am niedrigsten ist und Europa Einwanderer unter würdigen Bedingungen aufnehmen könne.¹⁰⁰³

Im Juli 2008 unterbreitet die französische EU-Ratspräsidentschaft ihren Partnern den Vorschlag eines Europäischen Paktes zu Einwanderung und Asyl. Der Pakt ist Teil der vier Schwerpunktbereiche von Präsident Sarkozy und wird von der EVP-ED-Fraktion nachdrücklich unterstützt. Brice Hortefeux, französischer Minister für Einwanderung, Integration, nationale Identität und Entwicklungshilfe, der den Pakt initiierte, war von 1999 bis 2005 Mitglied der Fraktion. Somit ist eine europäische Einwanderungspolitik im Entstehen begriffen.

Für ein sichereres Europa

Das Thema Sicherheit gehört von jetzt an zu den Prioritäten der Fraktion. Auch im Dekalog der Fraktion, ihrem unter Leitung von Jaime Mayor Oreja erstellten politischen Programm, nimmt es eine bedeutende Stellung ein.¹⁰⁰⁴ Die Frage wird auch bei den Studententagen in Paris im Juli 2008 erörtert, bei denen fünf Themen auf dem Programm stehen: Terrorismus, organisierte Kriminalität, europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik angesichts neuer Bedrohungen, Energiesicherheit und Lebensmittelsicherheit. In den umfassenden Überlegungen, die sich in der Vielfalt der behandelten Themen ausdrücken, spiegeln sich die Sorgen der Europäer wider, so u.a. Fragen von Energie und Umwelt, die neuen geopolitischen Rahmenbedingungen, die Organisation einer gemeinsamen militärischen Verteidigung in Europa. Außerdem zeigt sich hier die Summe der verschiedenen Tätigkeiten, die die Fraktion seit vielen Jahren betreibt, um ein Europa zu schaffen, „das Schutz bietet, ohne protektionistisch zu sein“, wie Joseph Daul in Erinnerung ruft.¹⁰⁰⁵

Kapitel XLI

DIE GEISTIG-RELIGIÖSEN WERTE DER EVP-ED-FRAKTION: DIALOG UND TOLERANZ

„Wir bauen eine Union gemeinsamer Werte“

Mit der Annahme ihres Grundsatzprogramms in Athen im November 1992 bekräftigt und verdeutlicht die EVP jene Grundwerte, mit denen sich die christdemokratisch geprägte politische Lehre seit einem halben Jahrhundert identifiziert: die Würde und Vorrangstellung des Menschen, die mit Verantwortung einhergehende Freiheit, die Grundrechte des Einzelnen, Gerechtigkeit, Solidarität zwischen den Menschen und den Gemeinschaften, die Ablehnung totalitärer Ideologien, das Tätigwerden mitten im politischen Leben: *„Als christlich-demokratische, aber nicht konfessionelle Partei ist die Europäische Volkspartei vor allem eine Partei der Werte. Trennt man sie von ihren Werten, werden diese Werte vergessen, vernachlässigt oder verwässert und die EVP ist nicht mehr als eine Machtmaschine ohne Seele und ohne Zukunft, während sie gleichzeitig die Universalität und Originalität ihrer Botschaft verliert. Diese gründet sich auf die Auffassung von der unabänderlichen Komplexität jedes einzelnen Menschen und des Lebens in der Gesellschaft.“*¹⁰⁰⁶

Diese Werte bilden den unerschütterlichen Sockel, auf den sich die Politik der EVP-ED-Fraktion seit ihrer Gründung stützt. Sie sind das intakte Erbe einer politischen Lehre, die zwischen den zwei Weltkriegen von den Begründern der Christlichen Soziallehre, Jacques Maritain und Don Sturzo, entwickelt und von Staatsmännern wie Robert Schuman, Konrad Adenauer und Alcide De Gasperi aufgegriffen wurde, als es 1945 galt, einen wirtschaftlich und moralisch zerstörten Kontinent wieder aufzubauen. Für die Parteien, die sich unter dem Banner der EVP sammeln, bedeuten die Werte ein Erkennungszeichen, fördern sie doch die Entstehung einer gemeinsamen politischen Ausrichtung im Sinne von Artikel 138a des Vertrags über die Europäische Union, in dem es heißt: *„Politische Parteien auf europäischer Ebene sind wichtig als Faktor der Integration in der Union. Sie tragen dazu bei, ein europäisches Bewußtsein herauszubilden und den politischen Willen der Bürger der Union zum Ausdruck zu bringen.“*

In der Veröffentlichung *Eine Union gemeinsamer Werte*, angenommen während des 14. Kongresses der Fraktion vom 11. – 13. Januar 2001, macht die Partei ihre Vision für die Zukunft Europas und der Welt deutlich. In der Charta werden die politischen Prioritäten der Partei dargelegt, und es wird erneut bekräftigt, dass diese sich dem verpflichtet fühlt, wofür die Gründerväter eingetreten sind.¹⁰⁰⁷ Vier Jahrzehnte des Aufbaus der Gemeinschaft haben gezeigt, dass die Umsetzung eines Wertesystems, das auf dem Bemühen gründet, sich selbst zu übertreffen, möglich ist. Die von der EVP-Familie 2001 in Berlin angenommene Charta schreibt die Förderung dieses Wertesystems fort und verleiht ihm eine neue Perspektive. Mit der Aufnahme der Werte in einen Referenztext sieht sich die Fraktion als ihr Förderer und Verteidiger. Darüber hinaus bieten die gemeinsamen Grundlagen der Werte der EVP, die im Programm von Athen aufgeführt sind und sich in Übereinstimmung mit der christdemokratischen Philosophie befinden, allen einen festen Bezugspunkt.

Dieser intellektuelle und moralische Pakt wird anlässlich des 50. Jahrestags der europäischen Verträge am 24. März 2007 in Berlin erneuert: „Die EVP betrachtet 50 Jahre erfolgreiche europäische Integration als Verpflichtung, die europäische Idee für das 21. Jahrhundert neu zu beleben. Als führende politische Kraft des neuen Europa und als Erben der Gründerväter wollen wir unserer Verantwortung gegenüber künftigen Generationen gerecht werden.“¹⁰⁰⁸

Die Grundrechte

Bei der Ausarbeitung der Charta der Grundrechte zwischen Dezember 1999 und Dezember 2000 hatte die EVP-ED-Fraktion beträchtlichen Einfluss.¹⁰⁰⁹ Unter Leitung von Ingo Friedrich, Vizepräsident des Europäischen Parlaments, leisteten die Fraktionsmitglieder einen entscheidenden Beitrag zur Erstellung dieses für die politische Union so wesentlichen Textes. Dank der Charta ist Europa nicht mehr ein reiner Markt, es wird zu einer Wertegemeinschaft: „Ein Wertekanon ‚*made in Europe*‘ ist als Fundament für ein stabiles Europa unabdingbar. Durch die Einbeziehung der Grundrechtscharta in die europäische Verfassung würde das christliche Menschenbild zu einer wichtigen und verbindlichen Grundlage unseres Gemeinwesens. In der Grundrechtscharta sind die Würde des Menschen und das Recht auf Unversehrtheit der Person verankert. ‚Person‘ bedeutet Verantwortung für das Individuum – sich selbst – und die Gemeinschaft.“¹⁰¹⁰

Das auf einem Kompromiss beruhende Endergebnis trägt eindeutig den Stempel der Fraktion, insbesondere im zweiten Absatz der

Präambel, in dem es um das geistig-religiöse und sittliche Erbe der Europäischen Union geht.

Trotz großer Unterschiede bei den Verfassungstraditionen gelang es bei dem Konvent, ausdrücklich auf ein „geistig-religiöses und sittliches Erbe“ zu verweisen.

Hinsichtlich des Artikels zum „Recht auf Unversehrtheit der Person“ folgte der Konvent nicht dem Vorschlag der EVP-ED-Familie, die gehofft hatte, das Verbot des reproduktiven Klonens von Menschen auf das Klonen zu therapeutischen Zwecken ausweiten zu können. Allerdings bleibt der Schutz der Unversehrtheit der Person sehr hoch, indem bei vollständiger Achtung des rechtlichen Rahmens immer die freie Einwilligung der betroffenen Person nach vorheriger Aufklärung erforderlich ist. Dies gilt umso mehr, als das Verbot eugenischer Praktiken sowie der Nutzung des menschlichen Körpers zur Erzielung von Gewinn bestätigt wurde.

Im Kapitel II zu den Freiheiten geht es um Grundfreiheiten und insbesondere um Familien und das Recht, eine Ehe einzugehen. Dabei gehen die Artikel 11 Absatz 2 zur Freiheit der Medien und ihrer Pluralität, Artikel 13 zur akademischen Freiheit, Artikel 14 Absatz 3 zur Bildungsfreiheit und der Freiheit zur Gründung von Lehranstalten sowie zum Recht der Eltern, die Erziehung ihrer Kinder zu wählen, direkt auf den Einfluss der EVP-ED-Fraktion zurück.

Artikel 15 zum Recht zu arbeiten und einen frei gewählten Beruf auszuüben, und Artikel 16, in dem die unternehmerische Freiheit anerkannt wird, gehören ebenfalls zur Charta. Bei der endgültigen Fassung des Artikels zum Recht auf Eigentum wurde dem Wunsch der Fraktion entsprochen, sodass eine „*angemessene Entschädigung für den Verlust des Eigentums*“ erfolgen muss, wenn Eigentum „*aus Gründen des öffentlichen Interesses*“ entzogen wird.

Auf Drängen der Delegation des Europäischen Parlaments wurde Artikel 10 Absatz 2 zur Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen aufgenommen. Zudem wurde das Recht auf den Schutz personenbezogener Daten als eine der unverletzlichen Freiheiten des Einzelnen benannt, um aktuellen Gegebenheiten Rechnung zu tragen.

In Kapitel III, in dem es um das Thema „Gleichheit“ geht, wird auf das Diskriminierungsverbot gegenüber Minderheiten und die Anerkennung der kulturellen, religiösen und sprachlichen Vielfalt eingegangen. Die Frauen in der EVP-ED legten besonders großen Wert darauf, die Gleichheit von Männern und Frauen, die Rechte des Kindes und die Integration von Menschen mit Behinderung anzuerkennen und in den Text aufzunehmen.

Ein weiterer Punkt, der für die Delegation der EVP-ED wichtig ist und zu dem sie einen eigenen Beitrag beim Präsidium einreicht, war das Kapitel IV, in dem es um soziale, wirtschaftliche und kulturelle Rechte geht. Beim Wortlaut der Artikel zum Recht auf Unterrichtung von Arbeitnehmern, auf Kollektivverhandlungen und Kollektivmaßnahmen und auf Schutz bei ungerechtfertigter Entlassung wurde eine Mäßigung der häufig radikalen und unrealistischen Ansätze der Linksfaktionen erzielt.

Die Werte der EVP in der europäischen Verfassung: Die Debatte um den Hinweis auf das „jüdisch-christliche Erbe“

Die Führungspersönlichkeiten der EVP schlugen bei ihrem Gipfel in Meise am 15. Oktober 2003 vor, einen Bezug auf die christlichen Wurzeln Europas in die europäische Verfassung aufzunehmen: *„Unserer Ansicht nach muss es einen Bezug auf unser jüdisch-christliches Erbe geben“*, erklärt der EVP-Vorsitzende Wilfried Martens. Diese Formulierung hatte die Fraktion auf Vorschlag von Hans-Gert Pöttering bereits einen Monat vorher im Verlauf der Studententage der Fraktion in Madrid einstimmig angenommen.

Daraufhin fordert ein Teil der Fraktion, in die europäische Verfassung einen Gottesbezug sowie einen ausdrücklichen Verweis auf das jüdisch-christliche Erbe aufzunehmen, da dieses einen so großen Einfluss auf die Geschichte Europas hatte. Nicht alle Mitglieder des Konvents unterstützten jedoch diesen Vorschlag.

Letztendlich stimmt das Europäische Parlament dem von der Fraktion eingereichten Änderungsantrag nicht zu: *„Aber ich möchte heute auch nicht verschweigen, dass viele von uns es begrüßt hätten, wenn wir den Gottesbezug in der Verfassung hätten, weil dadurch die menschliche Begrenztheit zum Ausdruck gekommen wäre. Wir hätten es auch begrüßt, wenn das christlich-jüdische Erbe Erwähnung gefunden hätte“*, erklärt Hans-Gert Pöttering dazu, denn es sei *„wichtig zu wissen, wo unsere eigenen Wurzeln sind, und die kulturelle und religiöse Entwicklung in der Verfassung auch zu erwähnen. Aber obwohl dies nicht in der Verfassung steht und jede Verfassung natürlich ein Kompromiss ist, sagen wir Ja zu dieser Verfassung, weil sie unsere Werte widerspiegelt.“*¹⁰¹¹ Die Verfassung enthält dennoch einen indirekten Verweis, da in der Präambel das religiöse Erbe Europas ausdrücklich erwähnt wird. Zudem erhält das christliche Menschenbild durch die Aufnahme in die Charta der Grundrechte einen besonderen Platz in der Verfassung. Darüber hinaus wird in Artikel 51 des Entwurfs der Status der Kirche und der

religiösen Gemeinschaften ausdrücklich erwähnt, und auch die Aufnahme einer Solidaritätsklausel in die Verfassung entspricht der Vision der christlichen Soziallehre.

Nach der Verabschiedung der europäischen Verfassung durch die 25 Staats- und Regierungschefs am 18. Juni 2004 betont der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament: *„Für die Christdemokraten ist auch ein Wermutstropfen, dass es zum Schluss doch nicht gelungen ist, das christlich-jüdische Erbe in der Präambel zu verankern. Doch auch bei Kritik an Einzelfragen ist die Verabschiedung der Verfassung ein großartiger Erfolg der europäischen Einigung.“*

Die EVP-Fraktion: eine ökumenische Fraktion

Seit ihrer Gründung bemühte sich die Fraktion immer darum, ihre Achtung der religiösen Vielfalt unter Beweis zu stellen, indem sie Mitglieder verschiedener Konfessionen sowie auch konfessionslose Mitglieder aufnahm. *„In unserer Fraktion“,* erinnert Hans-Gert Pöttering, *„sind Katholiken, Protestanten, Anglikaner, Presbyterianer, Methodisten, orthodoxe Christen, Moslems und Juden vereinigt. Die Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und Europäischer Demokraten ist wahrhaft ökumenisch.“*¹⁰¹²

Zu dem Zeitpunkt, als Prophezeiungen zum Kampf der Kulturen in Umlauf kommen und die Gemeinschaft zum Rückzug neigt, erhält das Beharren auf diesen Grundsätzen auch einen politischen Aspekt. Hans-Gert Pöttering erinnerte während seiner Präsidentschaft häufig daran: *„Christliche Werte achten wir als wesentlichen Bestandteil unserer abendländischen Kultur. Bei unserer Arbeit legen wir aber auch einen Schwerpunkt auf den Dialog mit anderen Religionen und Kulturen. Damit leistet die EVP-ED-Fraktion (...) ihren Beitrag sowohl zur Verständigung innerhalb Europas als auch mit unseren Nachbarn südlich des Mittelmeers und im arabischen Raum. Es geht darum, das Verständnis füreinander zu erhöhen und gemeinsame Ansätze für die Lösung von Problemen zu finden.“*¹⁰¹³

Das Präsidium der EVP-Fraktion trifft regelmäßig mit Vertretern der katholischen Kirche zusammen, um über die Zukunft Europas zu beraten. Dies geschah bereits unter Paul VI., nahm aber insbesondere während des Pontifikats Johannes Pauls II. sowie später unter Papst Benedikt XVI. noch zu. Während der verschiedenen Pontifikate konsultiert die Fraktion die Kirche und unterhält eine auf Verständnis und tiefem Respekt beruhende Beziehung. Der regelmäßige Dialog findet in Form von Zusammentreffen bei der Audienz der Fraktion beim Papst zu Beginn einer neuen Wahlperiode oder von Besuchen des Papstes im Europäischen Parlament statt.

Papst Johannes Paul II. bezeugte regelmäßig seine Unterstützung für das europäische Aufbauwerk. Am 11. Oktober 1988 hielt der Heilige Vater eine Rede vor dem Europäischen Parlament, in der er in Erinnerung rief: *„Seit dem Ende des letzten Weltkrieges hat der Heilige Stuhl unablässig dazu Mut gemacht, Europa zu schaffen. Gewiß, die Kirche hat den Auftrag, allen Menschen ihr Heil in Jesus Christus zu verkünden, was auch immer die Gegebenheiten ihrer geschichtlichen Situation heute sein mögen, denn es gibt nichts, was dieser Aufgabe jemals vorgehen könnte. Zudem betrachtet es die Kirche als ihre Pflicht – ohne die Kompetenz, die ihr eigen ist, zu überschreiten –, die Initiativen zu erhellen, zu begleiten, die von den Völkern unternommen werden und die den Werten und Grundsätzen entsprechen, die die Kirche zu verkünden hat. Dabei beachtet sie die Zeichen der Zeit, die dazu auffordern, die bleibenden Ansprüche des Evangeliums in die sich ändernden Realitäten der Existenz umzusetzen. Wie könnte die Kirche gleichgültig bleiben angesichts des europäischen Einigungswerkes? Sie, die seit Jahrhunderten verwurzelt ist in den Völkern, aus denen Europa besteht und die sie einmal aus der Taufe gehoben hat, Völker, für die der christliche Glaube eines der Elemente ihrer kulturellen Identität ist und bleibt.“*¹⁰¹⁴

Am 6. März 1997 findet eine feierliche Zusammenkunft statt. Die Fraktion ist anlässlich des 40. Jahrestags der Römischen Verträge in den Vatikan eingeladen. Der Fraktionsvorsitzende Wilfried Martens ruft dabei in Erinnerung, dass sich die Europäische Volkspartei nie von ihren geistig-religiösen Wurzeln entfernt hat: Als „Glaubensbewegung“ hänge die Christdemokratie von dem Engagement ihrer christlichen Mitglieder ab (...). Die Bedeutung der Fraktion bestimme sich durch ihre Fähigkeit, die Europäische Union zu einem demokratischen und transparenten, sozialen und menschlichen Europa zu machen.

In Reaktion darauf richtet sich Johannes Paul II. mit folgenden Worten an die Christdemokraten: *„Häufig ist davon die Rede, dass Europa auf grundlegenden Werten aufgebaut werden müsse. Dies erfordert von Christen in öffentlichen Ämtern, der Botschaft Christi stets treu zu sein und ein moralisch rechtschaffenes Leben anzustreben, um so zu bezeugen, dass sie von ihrer Liebe zu Gott und ihrer Liebe für den Nächsten geleitet werden. Darüber hinaus müssen Christen, die am politischen Leben teilhaben, eine besondere Aufmerksamkeit für die Ärmsten, die Hilflosen und all jene aufbringen, die sich nicht zur Wehr setzen können. Sie verfolgen den Wunsch, gerechte Bedingungen zu schaffen, um Familien in ihrer unentbehrlichen Rolle in der Gesellschaft zu unterstützen. Sie erkennen den unvergleichlichen Wert des Lebens und das Recht jedes einzelnen an, geboren zu werden und bis zu seinem natürlichen Tod in Würde zu leben.“* Hinsichtlich der Rolle der Fraktion erklärt er: *„In den*

kommenden Jahren liegt eine bedeutende Aufgabe vor Ihnen, die insbesondere darin besteht, allen Ländern, die dies wünschen, mit Ihrer Hilfe die Erfüllung der Voraussetzungen zu ermöglichen, um dem großen Europa beizutreten. Mit Ihren Aussprachen und Ihren Entscheidungen gehören Sie zu den Erschaffern der europäischen Gesellschaft von morgen. Indem Sie denen Hoffnung geben, die diese verloren haben, und die gesellschaftliche Integration derjenigen vorantreiben, die auf dem Kontinent leben und auch derjenigen, die sich hier niederlassen, kommen Sie Ihrer Berufung als christliche Politiker nach.“

Jedes dieser Treffen stellt für die Fraktion eine Gelegenheit dar, ihren Respekt und ihre Achtung gegenüber der Dynamik zu bezeugen, die Papst Johannes Paul II. den Völkern Osteuropas einzuflößen vermochte. Am 30. November 2004 verleiht Hans-Gert Pöttering dem Heiligen Vater die Robert-Schuman-Medaille, um seine Rolle als den Kontinent einigende Kraft zu würdigen. Zu dieser Gelegenheit richtet der Papst ein apostolisches Schreiben an Hans-Gert Pöttering, in dem er die Bedeutung des Einsatzes für die grundlegenden Werte, wie unter anderem den Wert des Lebens, bekräftigt. Ferner dankt der Papst der Fraktion und ihrem Vorsitzenden für ihren Einsatz zur Verankerung der christlichen Wurzeln in der Europäischen Verfassung. *„Nur ein Europa mit einer starken religiösen, moralischen und kulturellen Identität kann sich anderen auf konstruktive und friedliche Art und Weise öffnen.“*^a

Das lange Pontifikat von Johannes Paul II. hat den Heiligen Vater zu einer der höchsten moralischen Instanzen unserer Zeit werden lassen. Nach seinem Ableben im April 2005 fühlte sich daher die gesamte europäische Familie verwaist.

Hans-Gert Pöttering bezeichnete Johannes Paul II. als *„großen Polen, großen Europäer, großen Papst“*. Er würdigt ihn als einen *„historischen Giganten“*. Ohne ihn wäre die Einigung Europas in Frieden und Freiheit nicht möglich gewesen. Wenn heute Abgeordnete aus acht Ländern Mitteleuropas im Europäischen Parlament und in der Fraktion vertreten seien, sei dies ein wesentliches Verdienst des Papstes.

Am Freitag, den 8. April 2005 reist Hans-Gert Pöttering zusammen mit Mitgliedern des Fraktionspräsidiums zu den Trauerfeierlichkeiten nach Rom.

In der Vorstandssitzung am 1. und 2. September 2005 in Gdansk würdigt die Fraktion den Heiligen Vater erneut. Das Datum hat eine besondere Symbolik, da die EVP-ED-Fraktion außerdem den 25. Jahrestag der Solidarność begeht. Der Fraktionsvorsitzende hebt insbesondere die

a Schreiben an Hans-Gert Pöttering vom 30. November 2004.

Rolle des Papstes Johannes Paul II. bei der Entstehung der Solidarność und der Freiheit in Polen hervor. Der Aufruf des Papstes – *„Habt keine Angst, verändert das Antlitz dieser Erde“* – ebnete dem polnischen Volk den Weg zur Freiheit.

Der Nachfolger Johannes Paul II., Kardinal Ratzinger, nimmt nach seiner Wahl am 19. April 2005 den Namen Benedikt XVI. an. Der Fraktionsvorsitzende nimmt an der liturgischen Feier auf dem Petersplatz in Rom zu Beginn des Pontifikats des neuen Papstes teil. In seinem Glückwunschsreiben an den neuen Papst unterstreicht Hans-Gert Pöttering die Bedeutung der Namenswahl: *„Sie haben (...) den Namen des Heiligen Benedikt, des Schutzpatrons Europas, gewählt. Dies ist eine besonders große Freude für unsere Christlich-demokratische Fraktion. Wir sehen in diesem Namen eine Unterstützung für die Einheit unseres Kontinents, die in dieser Stunde der Ratifizierung der Verfassung Europas von so großer Bedeutung ist.“*

Bei ihren Studientagen zum Thema Europa in Rom wird die EVP-ED-Fraktion in einer Audienz am 30. März 2006 Benedikt XVI. vorgestellt. Der Papst beginnt seine Rede mit einem Verweis darauf, wie wichtig Europa für die Päpste stets war. Zudem stellt Benedikt XVI. fest, dass sich die heutige Audienz einreihet *„in eine lange Reihe von Treffen zwischen meinen Vorgängern und politischen Bewegungen christlicher Prägung.“* Das Papstamt mag geistiger Art sein, doch nimmt der Papst dadurch nicht weniger Anteil an den Geschehnissen des Jahrhunderts. Seine Haltung gegenüber Europa ist die eines besonnenen Beobachters. Um die gesetzten Ziele erreichen zu können, *„wird es wichtig sein, sich mit kreativer Treue vom christlichen Erbe inspirieren zu lassen, das auf so besondere Weise zur Identitätsbildung dieses Kontinents beigetragen hat. Durch eine Wertschätzung seiner christlichen Wurzeln wird Europa in der Lage sein, den Entscheidungen seiner Bürger und Völker sichere Orientierung zu geben, ihnen stärker ins Bewußtsein zu rufen, daß sie einer gemeinsamen Zivilisation angehören, und in allen das Engagement unterstützen, sich um einer besseren Zukunft willen den Herausforderungen der Gegenwart zu stellen.“* Der Papst erklärt weiter: *„Ich weiß es deshalb zu schätzen, daß Ihre Fraktion das christliche Erbe Europas anerkennt. Dieses bietet wertvolle ethische Richtlinien bei der Suche nach einem Gesellschaftsmodell, das auf die Anforderungen einer bereits globalisierten Wirtschaft und auf demographische Veränderungen eine angemessene Antwort gibt, indem es Wachstum und Arbeitsplätze, den Schutz der Familie, gleiche Bildungschancen für die Jugend und Sozialfürsorge zusichert. Ihre Unterstützung des christlichen Erbes kann darüber hinaus wesentlich zum Sieg über eine jetzt in Europa weit verbreitete Kultur beitragen, die den Ausdruck*

eigener religiöser Überzeugungen in die Sphäre des Privaten und Subjektiven verbannt.“

Dialog mit der orthodoxen Kirche

Vor allem auf Initiative der griechischen Delegation der Fraktion führt diese seit 1996 einen regelmäßigen Dialog mit den Vertretern der orthodoxen Kirche. Das erste Treffen fand auf Einladung Bartholomäus I. am 27. und 28. April 1996 am Sitz des Ökumenischen Patriarchats in Istanbul statt. Anschließend wurde ein jährlicher Dialog aufgenommen. Dies trug dazu bei, die Völker des Balkans einander anzunähern, die Zivilgesellschaft in Südosteuropa zu stärken und die Kirchen und politischen Organe zu einer Annäherung und damit zu engerer Zusammenarbeit zu bewegen.

Mit dem Beitritt von Bulgarien und Rumänien, deren Bevölkerung zum großen Teil der orthodoxen Kirche angehört, nahm das gegenseitige Interesse noch zu. Zwei Themen waren bei den elf Dialogen zwischen der orthodoxen Kirche und der EVP-ED-Fraktion von 1996 bis 2008 vorherrschend: die Menschenrechte und die Zusammenarbeit mit den lokalen Kirchen, die am Wiederaufbau der postkommunistischen Gesellschaften teilhatten. Der Fraktionsvorsitzende Joseph Daul erklärte im Jahr 2007: *„Wenn wir menschliche Würde erwarten, brauchen die Zivilgesellschaften auch ihre Glaubensgemeinschaften. Das Glaubensrecht ist ein individuelles Menschenrecht, das geachtet werden muss. Unser jährlicher Dialog muss dazu dienen, diese Arbeit voranzubringen. Er muss auch den Völkern Europas, den Gläubigen unserer verschiedenen Kirchen, das Wesen von Religion und Politik im aktiven Handeln demonstrieren.“*¹⁰¹⁵

Dieser Dialog trägt dazu bei, die soziale, aber auch die kulturelle Kluft zwischen Westeuropa und Mittel- und Osteuropa zu überwinden: *„Wenn wir von Christentum reden, dann verstehen wir hier in Deutschland darunter zunächst Katholizismus und Protestantismus. Ein Blick auf unsere europäischen Nachbarn verdeutlicht jedoch, dass das Christentum in Europa noch viele andere Gesichter hat. Die Osterweiterung führt uns dieses deutlich vor Augen: (...) Die Bedeutung der östlichen Orthodoxie ist uns in West- und Mitteleuropa bisher weitgehend unbekannt. Dieses Defizit versucht unsere Fraktion seit einigen Jahren auszugleichen.“*¹⁰¹⁶

Es gilt, eine psychologische Spaltung zu überwinden, die auf das Schisma von 1054 zurückgeht und deren politische und kulturelle Auswirkungen bis heute spürbar sind. Die gesellschaftliche Spaltung zwischen Ost und West könnte bei einigen der osteuropäischen Länder dazu führen, dass der Integrationsprozess behindert wird.

Die Fraktion und die Vertreter der orthodoxen Kirche verfolgen dabei mehrere Ziele, die Hans-Gert Pöttering in seiner Rede beim vierten Dialog am 8. und 9. Juni 2000 in Istanbul wie folgt beschreibt: *„Das erste Ziel dieses Dialogs ist ein Ende von eintausend Jahren getrennter Entwicklung der europäischen Christen, so wie die Christdemokraten nach dem Zweiten Weltkrieg den Bruderkriegen zwischen den Völkern Europas ein Ende gesetzt haben. Das zweite Ziel dieses Dialogs besteht darin, die Kirchen in beitriftswilligen Staaten wie Bulgarien und Rumänien – und potentiell auch Serbien – dazu zu ermutigen, sich für die Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft, der Menschenrechte, der Demokratie und der Lebensqualität der Menschen aktiv einzusetzen.“*

Der Aufenthalt in Istanbul, der Hauptstadt des Byzantinischen Reiches und Schnittpunkt zwischen den Zivilisationen, wo Christentum und Islam aufeinander treffen, ermöglicht den Beginn des Dialogs mit der anderen großen monotheistischen Religion, dem Islam. Wim van Velzen, stellvertretender Fraktionsvorsitzender, betont bei der Erläuterung der Schlussfolgerungen dieser Treffen die Notwendigkeit des Dialogs zwischen den europäischen Christdemokraten und dem Islam und ergänzt, dass die Teilnehmer des Parlaments für diesen Dialog zunächst einmal über gute Kenntnisse ihres eigenen Glaubens verfügen müssen.

Der Dialog öffnete sich somit schrittweise auch für muslimische und jüdische Vertreter. 2002 schlossen sich der Heilige Stuhl und die calvinistische und die lutherische Kirche dem fünften Dialog an. 2003 standen die europäische Verfassung und die Vorbereitung der Geistlichkeit und der Bevölkerung auf die Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 2004 auf der Tagesordnung. Der neunte Dialog zwischen der EVP-ED-Fraktion und dem Ökumenischen Patriarchat fand am 20. und 21. Oktober 2005 erneut in Istanbul statt und hatte die geistig-religiösen Grundlagen des erweiterten Europas zum Thema. In der Abschlusserklärung des Treffens begrüßten die Teilnehmer insbesondere erneut die Einrichtung einer Arbeitsgruppe zum Dialog mit dem Islam. Die Teilnehmer aus den drei großen monotheistischen Religionen, Christen, Juden und Orthodoxe, sprachen sich für die Religionsfreiheit und insbesondere für das Recht auf die freie Ausübung des Glaubens, das Recht, die Kinder im eigenen Glauben zu unterweisen, und das Recht von Religionsgemeinschaften auf Grundbesitz aus.

Beim zehnten Treffen, das am 9. und 10. November 2006 in Bratislava stattfand, wurden die europäischen Perspektiven diskutiert, die sich den Staaten des westlichen Balkans im Rahmen des 2003 vom Europäischen Rat gebilligten „Prozesses von Thessaloniki“ öffnen. Das Treffen fand unter Vorsitz von Alojz Peterle statt, ehemaliger Premier-

minister von Slowenien und Koordinator der EVP-ED-Fraktion für den Dialog mit der orthodoxen Kirche, und wurde vom Erzbischof der Slowakei eröffnet.

Die Teilnehmer stellten abschließend fest, dass der Prozess von Thessaloniki Fortschritte mit sich gebracht hat, durch die der Frieden gesichert und der Status von Kroatien und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien als Bewerberländer der Europäischen Union gefördert werden konnte. Zudem seien der Bevölkerung in Albanien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro und Serbien (Kosovo) europäische Perspektiven in Aussicht gestellt worden. Die Teilnehmer begrüßten die Unterstützung der Europäischen Kommission für ein Programm zum Wiederaufbau religiöser und historischer Gebäude, die zum Weltkulturerbe zählen und bei den Konflikten in jüngster Zeit zerstört worden waren.

Der elfte Dialog findet im Oktober 2008 in Rumänien unter dem Titel „Interkultureller Dialog auf Grundlage gemeinsamer Werte für Frieden und Wohlstand in Europa“ statt.

Im Jahr 2008 nimmt die Fraktion auch regionale Dialoge auf, von denen der erste im März im georgischen Tiflis unter dem Vorsitz von Marian-Jean Marinescu und Seiner Eminenz Metropolit Emmanuel von Frankreich stattfindet. Zum Abschluss der Zusammenkunft wird eine Entschließung zur „Zusammenarbeit für Kultur und Frieden“ angenommen, in der gefordert wird, den religiösen Dialog in die Nachbarschaftspolitik zu integrieren. Der zweite regionale Dialog findet im Juli in Kiew statt. Er befasst sich mit dem Dialog mit der Ukraine, Belarus, der Republik Moldau, Rumänien und Polen und wird von Joseph Daul, Marian-Jean Marinescu und Seiner Exzellenz Emmanuel geleitet.¹⁰¹⁷ Bei diesem regionalen Dialog sind politische und religiöse Vertreter der Union und der teilnehmenden Länder zu dem Thema „Die Rolle der Kirchen in den Regionen Osteuropas“ versammelt.

Die Fraktion öffnet sich gegenüber der muslimischen Welt

Parallel zu diesen Dialogen veranstaltet die Fraktion Zusammenreffen mit Vertretern der muslimischen Welt. Das Ziel dabei ist identisch mit dem des Dialogs mit hochrangigen Vertretern der anderen großen Religionen, nämlich der Religion in Europa eine Stimme zu verleihen. Der Dialog mit den Muslimen, der bereits vor den Attentaten vom 11. September begann, entfaltet im daraufhin entstehenden Klima der pauschalen Verurteilung seine ganze Tragweite.

Am 6. März 2002 veranstaltet Tokia Saïfi ein Zusammenreffen zwischen den Mitgliedern der EVP-ED-Fraktion und den Botschaftern der

arabischen und muslimischen Länder bei der Europäischen Union. Dieses Treffen versteht sich als Testlauf und findet im Europäischen Parlament statt. Unter dem Titel „*Der europäisch-arabische Dialog nach den Anschlägen vom 11. September 2001*“ stellt es das erste einer langen Reihe von Zusammentreffen auf höchster Ebene dar. Unter dem gemeinsamen Vorsitz von Hans-Gert Pöttering und Nassir Alassaf, Doyen des arabischen diplomatischen Korps und Botschafter des Königreichs Saudi-Arabien, debattieren die Mitglieder des Europäischen Parlaments und die Botschafter über die europäisch-arabische Zusammenarbeit, die Bekämpfung des internationalen Terrorismus sowie die Lage im Nahen Osten. Tokia Saïfi erklärt dazu: „*Europa und die arabisch-muslimischen Länder haben die wahren Ausmaße der Tragödie vom 11. September erkannt. Das politische Bemühen Europas um Annäherung und um Partnerschaft mit den Ländern des Mittelmeerraums muss sich sobald wie möglich in einem konkreten Projekt niederschlagen.*“

Hans-Gert Pöttering wendet sich mit drei Botschaften an die Versammlung: gemeinsame Bekämpfung des Terrorismus, gemeinsamer Kampf für den Frieden in Nahost, und Engagement für einen strukturierten geistigen Dialog zwischen den monotheistischen Religionen, die auf den gemeinsamen Gründervater Abraham zurückgehen. „*Europa hat eine besondere Verantwortung dafür, den Dialog auszubauen und unsere Partnerschaft zu bekräftigen, insbesondere über den Barcelona-Prozess*“, folgert Präsident Hans-Gert Pöttering.

Tokia Saïfi leitet, nachdrücklich unterstützt von Präsident Hans-Gert Pöttering, eine weitere Initiative in Richtung der Welt-Islam-Konferenz ein. Aus dem Kreise der Vertreter der gesamten Islamischen Weltliga treffen am 23. April 2002 22 Personen im Europäischen Parlament mit Fraktionsmitgliedern zusammen. Dazu zählen Dr. Abdullah bin Abdul Al Turki, der Generalsekretär der Liga, sowie Dr. Moustapha Ceric, der Großmufti von Sarajevo.

Zusammen mit Fraktionsmitglied Edward McMillan-Scott, der für die Beziehungen zur arabischen Welt verantwortlich ist, trifft Hans-Gert Pöttering am 19. Februar 2003 in Brüssel mit den Botschaftern von sechs arabischen Ländern¹⁰¹⁸ sowie mit Vertretern der Arabischen Liga zusammen. Gerade zu einem Zeitpunkt, als die USA einen zweiten Krieg im Irak beginnen, ist es von großer Bedeutung, den Gesprächsfaden zwischen Europa und der arabischen Welt enger zu zurren.

Die Initiative für den Dialog geht jedoch nicht allein von der Fraktion aus. Im November 2005 treffen Mitglieder der Schura und der Madschlis von Bahrain – also des Parlaments und der Beratenden Versammlung – auf ihr Betreiben hin mit Mitgliedern der Fraktion

zusammen, die vom stellvertretenden Vorsitzenden Othmar Karas angeführt werden. Themen sind die Zivilgesellschaft, die auf Werte gegründete Politik, der islamische Glaube, die christlichen Werte sowie die politische und wirtschaftliche Situation in der Golfregion.

Im Anschluss an dieses Treffen setzen die Mitglieder des Königreichs Bahrain und der EVP-ED-Fraktion eine gemeinsame Erklärung auf, in der sie anerkennen, dass die Völker der islamischen und der europäischen Länder Nachbarn sind und die Möglichkeit haben, gemeinsam für den Fortschritt der Menschen einzutreten, und dass Muslime und Christen Toleranz üben und sich gegenseitig achten müssen. Sie verleihen ihrer Entschlossenheit Ausdruck, sich für die Bekämpfung des Terrorismus sowie die Achtung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten einzusetzen, und äußern die Hoffnung, dass ihr Dialog zum gegenseitigen Verständnis zwischen den europäischen und den arabischen Völkern beiträgt.

Treffen mit dem Dalai Lama

Die drei großen Religionen, die auf Abraham zurückgehen, bilden den religiösen Mittelpunkt Europas. Die Fraktion ist sich jederzeit aber auch des Bestehens des Buddhismus, eines der anderen großen Glaubensbekenntnisse der Menschheit bewusst, dessen herausragenden Vertreter, den Dalai Lama, die Fraktion aufgrund seines Einsatzes sowohl für moralische als auch für politische Werte seit Langem unterstützt. Das Oberhaupt des tibetischen Buddhismus war mehrmals Gast der EVP-Fraktion. Im Oktober 1996 hieß ihn Wilfried Martens im Namen der Fraktion willkommen, und 2001 fiel diese Aufgabe Hans-Gert Pöttering zu: *„Es ist für die Politik und Politiker wichtig, über das politische Tagesgeschäft hinaus, das Gespräch mit geistigen und geistlichen Führern in der Welt zu suchen, und mit ihnen über die großen Fragen, die die Welt heute bewegen, zu diskutieren. Der Dalai Lama ist einer der großen, unbestrittenen geistlichen Persönlichkeiten der Welt und es ist ein großartiges Ereignis, ihn im Plenum des Europäischen Parlaments zu empfangen und zu hören.“*¹⁰¹⁹

Am 4. Dezember 2008 kam der Dalai Lama auf Einladung von Hans-Gert Pöttering im Rahmen einer feierlichen Sitzung in Brüssel erneut mit den Mitgliedern des Europäischen Parlaments zusammen. Auch bei dieser Gelegenheit wurde er trotz der Spannungen mit Peking, die diesen Besuch hervorrief, herzlich empfangen.

Der Besuch war das Ergebnis viermonatiger Vorbereitungen durch die fraktionsübergreifende Arbeitsgruppe „Tibet“ des Europäischen

Parlaments unter Vorsitz von Thomas Mann, der etwa 40 Mitglieder angehören.

Ein zentraler Wert der Fraktion: Toleranz

Als übergreifende Losung der Fraktion lässt sich die Toleranz bezeichnen. Das Thema Toleranz gewann bereits in den 1980er Jahren mit dem steigenden Rassismus in Europa an Bedeutung und bildet einen der Schlüsselwerte der Fraktion.

Seit dem Jahr 1996 hat das Präsidium Malta als Ort der Initiative zu diesem Thema auserkoren. Hier wurde am 14. Juni 1996 eine *Erklärung von Malta zur Toleranz* angenommen. Der Begriff *Toleranz* wird darin wie folgt definiert: „*Intoleranz ist die Weigerung, Menschen zu akzeptieren, die anders sind als man selbst. Sie öffnet Tür und Tor für fanatische Denkweisen, die ihren Ursprung in kollektiven Ängsten haben und an den Schwachstellen einer Gesellschaft gedeihen, die unfähig ist, soziale Bindungen und Solidarität zwischen den Mächtigen und den Schwachen, den Reichen und den Mittellosen aufrechtzuerhalten. Der Mensch ist auf der Suche nach dem Sinn seines Lebens. Er sucht die Sicherheit in der Bestätigung seiner Identität, was nur zu häufig dazu führt, daß er die des anderen ablehnt. Eine Schwächung der Institutionen der Volksvertretung, Orientierungslosigkeit oder ins Wanken geratener Glaube können den Einzelnen empfänglich machen für Populismus und Fanatismus*“.

Die Wahl Malts als Ort der Verkündung der Erklärung erfolgte bewusst. Carlos Robles Piquer, stellvertretender Fraktionsvorsitzender und wesentlich für das Projekt verantwortlich, wählte die Mittelmeerinsel aufgrund ihrer Besonderheiten aus: Hier treffen die drei monotheistischen Kulturen aufeinander.

Die Fraktion beschloss, eine historische, philosophische und politische Lesung zum Thema Toleranz zu veranstalten. Zu diesem Zweck waren Andrea Riccardi, Professor an der Universität La Sapienza in Rom und Gründer der Gemeinschaft San'Egidio in Rom, sowie Abdeljelil Temimi, Professor für Zeitgeschichte an der Universität Tunis, eingeladen, über die Beziehung zwischen Christentum und Islam zu diskutieren.

In der Erklärung heißt es: „*Die Fraktion der Europäischen Volkspartei des Europäischen Parlaments, deren kulturelle und politische Vorstellung auf der Würde und dem Wert jedes einzelnen und folglich auf dem Respekt vor dem anderen in seiner Eigenheit wie in seiner Komplementarität beruhen, bekundet ihr entschlossenes Festhalten an Werten wie Toleranz und gegenseitiges Verständnis und Achtung des anderen in seinem Anderssein als eine Bereicherung der eigenen Werte – ihr Festhalten also*

an jenem Gedankengut, das für die Erhaltung des Weltfriedens und des Fortschritts der Menschheit unerlässlich ist.“

Eine weitere Initiative dieser Art entsteht auf Anregung von Margie Sudre, der Vorsitzenden der französischen Delegation in der Fraktion: ein Informationsbesuch des Präsidiums und der nationalen Delegationsleiter unter Leitung des Fraktionsvorsitzenden Hans-Gert Pöttering auf der Insel La Réunion vom 27. bis 30. Oktober 2003. Die Delegation der Fraktion kam dort mit der Gruppe für den Interreligiösen Dialog zusammen, die auf den exemplarischen Wert des Bemühens um gegenseitige Toleranz und gegenseitiges Verständnis verwies: Bei diesem seit 1998 geführten Dialog sind die jüdische, die buddhistische, die Bahai-, die muslimische, die orthodox-katholische, die römisch-katholische, die hinduistische, die protestantisch-lutherische, die protestantisch-malgassische und die tamilisch-katholische Religion vertreten. Der Interreligiöse Dialog tritt für Frieden und einen Laizismus nach französischem Vorbild ein, bei der von einer „Koexistenz“ der Religion zur „Proexistenz“ übergegangen werden soll. Speziell wurde im Zuge des Dialogs ein Manifest erarbeitet, in dem das Recht auf Andersartigkeit betont wird, welches insbesondere eine bessere Kenntnis des jeweils Anderen erfordert: *„Unsere Unterscheide bringen uns zusammen“* anstelle von *„Unsere Unterschiede ängstigen und trennen uns.“*¹⁰²⁰ Am 27. und 28. Oktober 2008 kommt die Fraktion, wieder auf Initiative von Margie Sudre, erneut auf La Réunion zusammen, jetzt unter Vorsitz von Joseph Daul. Hier wird ein weiteres Mal der beispielhafte Charakter des interreligiösen Dialogs auf der Insel betont.

„Toleranz ist wichtig. Aber sie geht nicht nur in eine Richtung, sondern sie geht in beide Richtungen.“

Innerhalb der Fraktion gerät der Umstand nicht aus dem Blick, dass Toleranz immer gegenüber allen Religionen angewandt werden muss, wie der Fraktionsvorsitzende Hans-Gert Pöttering mit folgenden Worten bei einer Rede in Straßburg am 15. Februar 2006 bekräftigt: *„Seit 1989 habe ich 16 arabische bzw. islamische Länder besucht. Bei einem Besuch Riads, der Hauptstadt Saudi-Arabiens, fragte mich der Vorsitzende des Schura-Rates, ein angenehmer, gebildeter hoher moslemischer Geistlicher, wie die Moslems in Deutschland und Europa behandelt würden. Ich antwortete, sie könnten in ihren Moscheen beten und hätten alle religiösen Rechte, obwohl die Moslems in Europa nicht immer hinreichend in die Gesellschaft integriert seien. Meine Gegenfrage lautete, ob es zutreffe, dass wenn eine Muslima oder ein Muslim Christin oder Christ werden wolle, dieses nach dem Gesetz mit dem Tode bestraft werde. Eine Antwort habe ich nicht erhalten, was einer Bestätigung gleichkam.“*

Der mich begleitende deutsche Botschafter bemerkte später, eine solche Frage zu stellen habe bisher niemand gewagt. Ich habe meine Frage nicht für besonders mutig gehalten, doch bin ich fest davon überzeugt, dass der notwendige Dialog mit dem Islam nur erfolgreich sein wird, wenn er sich auf Wahrheit und gegenseitige Toleranz gründet.“¹⁰²¹ Eine andere Rede beendet er mit den Worten: „Toleranz ist wichtig. Aber sie geht nicht nur in eine Richtung, sondern sie geht in beide Richtungen. Toleranz, Versöhnung, Verständigung muss sich auf die Wahrheit gründen, und dafür treten wir ein.“¹⁰²²

Die Fraktion bemühte sich stets darum, deutlich zu machen, dass das Konzept der Toleranz auch seine Grenzen hat. Toleranz ist kein Selbstzweck, sondern gründet sich zunächst auf eine Kenntnis der eigenen Identität: *„Im Mittelpunkt unserer westlichen Werte steht die Würde des Menschen. Auf dieser Grundlage müssen wir die wichtigste intellektuelle Herausforderung unserer Zeit bewältigen: den Dialog der Kulturen und Zivilisationen. Er wird nur Erfolg haben, wenn wir uns gegenüber ehrlich und offen gegenüber allen anderen sind und uns nicht hinter allen möglichen Tabus verstecken, wenn wir vereint den Willen haben, gemeinsam für das Gemeinwohl der Menschen zu arbeiten.“¹⁰²³*

Für Hans-Gert Pöttering ist Toleranz erst möglich, wenn wir über eigene religiöse Überzeugungen verfügen und aufgrund dieser Sicherheit auch für andere Glaubensrichtungen offen sein und diese achten können.¹⁰²⁴

Ikone der EVP-Fraktion: Robert Schuman

Jede Institution gewinnt durch die Ehrung ihrer Wurzeln, ihrer Kultur und ihrer Bezugspunkte an Stärke. Für die Christdemokraten war Robert Schuman seit der Gründung der Fraktion im Parlament die deutlichste Verkörperung ihres Ideals. Als Gründungsmitglied der Fraktion und Präsident des Europäischen Parlaments wurde er zudem zur Ikone der Fraktion, als das Präsidium auf Vorschlag von Egon Klepsch im Juli 1986, anlässlich der Gedenkfeiern zum 100. Geburtstag von Robert Schuman, beschloss, die „Robert-Schuman-Medaille“ zu vergeben, um damit *„Persönlichkeiten zu ehren, die durch ihr öffentliches Handeln und ihren persönlichen Einsatz den Frieden, das europäische Aufbauwerk und die Werte im Dienste des Menschen gefördert haben.“* Von 1986 bis 2007 haben 114 Persönlichkeiten die Schuman-Medaille erhalten, wobei neun posthum geehrt wurden. Die meisten Medaillen wurden unter dem Vorsitz von Egon Klepsch, Wilfried Martens und Hans-Gert Pöttering verliehen (32, 35 bzw. 31). Unter dem Vorsitz von Leo Tindemans ging die Medaille an fünf Persönlichkeiten, darunter an Egon Klepsch

selbst sowie Valéry Giscard d'Estaing, unter Joseph Daul erhielten zwei Personen, Angela Merkel und der ehemalige Präsident Maltas, Guido de Marco, die Auszeichnung. Der Großteil der Ausgezeichneten steht für die „sicheren Werte“ der Christdemokraten: ehemalige Fraktionsvorsitzende, Parlamentspräsidenten, Kommissionsmitglieder, Regierungschefs, Fraktionsmitglieder.^a Andere, wie Johannes Paul II., Jacques Delors und Jelena Bonner wurden als Zeichen der Wertschätzung ausgezeichnet, die die Fraktion ihnen entgegenbringt.

Am 12. Oktober 1993 fordert der Präsident der „Stiftung zur Zusammenarbeit Christlicher Demokraten Europas“, Horst Langes, die Stiftung von nun an in „Robert-Schuman-Stiftung“ umzubenennen. Die im Juli 1989 gegründete Stiftung ist eine Einrichtung der EVP-Fraktion, die von einem von der Fraktion benannten Verwaltungsrat geführt wird. Ihre Ziele sind in Artikel 2 der Satzung festgelegt, nach denen die Werte und Ideale der Christdemokraten und der europäischen Einigung durch die finanzielle Unterstützung von Fortbildungsmaßnahmen, Publikationen und demokratischen Veranstaltungen gefördert werden sollen. Auch das Bildungsinstitut in Budapest heißt Robert-Schuman-Institut, und der Sitzungssaal der Fraktion in Straßburg trägt den Namen „Forum Robert Schuman“.

Selbstverständlich gedenkt die Fraktion alljährlich auch des Schuman-Plans, der am 9. Mai 1950 in einer Erklärung verkündet wurde.

Die Fraktion hält damit eine bestimmte Tradition aufrecht und verfügt so über eine unangefochtene „Ikone“^b, die gleichzeitig für die Versöhnung, die wahren Werte der Christdemokraten und die Geburtsstunde Europas steht.

Schließlich ist zu betonen, dass die Gedenktradition der Fraktion auch die Erinnerung an ihre eigene Geschichte beinhaltet. So legte Hans-Gert Pöttering Wert darauf, den 50. Jahrestag der Christlich-demokratischen Fraktion am 1. Juli 2003 mit eindrucksvollen Feierlichkeiten zu begehen, und veranstaltete eine Feier in Straßburg, an der unter anderem Mikuláš Dzurinda, der slowakische Ministerpräsident, Loyola de Palacio Vallelersundi, Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Jean-Pierre Raffarin, der französische Premierminister, Helmut Kohl und Wilfried Martens teilnahmen. Zu dieser Gelegenheit wurde eine Festschrift verteilt und drei jungen Studierenden ein Robert-Schuman-Stipendium verliehen.

a Siehe Anhang 4.

b Seit dem 8. August 1988 nutzt die EVP-Fraktion zudem ein Logo („Herz Europas“), das all ihre Dokumente schmückt.

Kapitel XLII

DIE ÖFFNUNG DER EVP-ED-FRAKTION GEGENÜBER DER ZIVILGESELLSCHAFT UND DER EUROPÄISCHEN POLITIK

Die Fraktion geht auf die Europäer zu

Die Fraktion hat ihre Rolle als politische Akteurin Europas von Beginn an offen und zielorientiert ausgelegt. Sie widmete sich hauptsächlich der Wahrnehmung der klassischen parlamentarischen Verantwortlichkeiten wie den Ausschussdebatten und den Aussprachen und Abstimmungen im Plenum, die mit ihren Gesetzgebungs-, Haushalts- und Kontrollbefugnissen zusammenhängen; zugleich entfaltete die Fraktion jedoch andere Aktivitäten, mit denen sie ihren politischen Einfluss auszudehnen vermochte.

Sie hielt es für unerlässlich, Informationen von den lokalen Mandatsträgern und den Bürgern, den Entscheidungsträgern in Politik, Organisationen, Unternehmen und Gewerkschaften ebenso wie in den Bereichen Kultur und Forschung oder auch von geistlichen Würdenträgern einzuholen und zugleich die Herausforderungen des europäischen Einigungsprozesses, die Rolle des Europäischen Parlaments sowie die Ziele und Ergebnisse der Arbeit der Fraktion besser zu erklären.

Diese Orientierung nach außen, über die üblichen Arbeitsorte des Parlaments hinaus, und die zahlreichen neuen Kontakte, die auf diesem Wege geknüpft wurden, haben die Vernetzung gefördert und der Fraktion im Laufe der Jahrzehnte zu immer mehr Einfluss verholfen.

Studientage und externe Sitzungen des Fraktionsvorstands

Bereits 1957 entschloss sich die EVP-Fraktion, bestimmte Treffen – ihre Studientage oder Vorstandssitzungen – außerhalb ihrer üblichen Arbeitsorte in Brüssel, Straßburg und Luxemburg abzuhalten. Darüber hinaus unternahmen die Abgeordneten bereits im Rahmen der interparlamentarischen Delegationen zahlreiche Reisen in die einzelnen Regionen Europas und der übrigen Welt.

Die *Studientage*, die an zweieinhalb Tagen in einer entspannteren und freundlicheren Atmosphäre stattfinden, als sie der etwas förmliche Rahmen des Europäischen Parlaments bietet, können bis zu 500 Personen zusammenführen.

Die Studientage dienen der Ausarbeitung der politischen Linie der Fraktion zu zentralen Themen des aktuellen Geschehens in der Politik und der Gemeinschaft.

Die *Sitzungen des Fraktionsvorstands und die Sitzungen des Präsidiums mit den Leitern der Nationalen Delegationen* finden im kleineren Kreis von 100 bis 130 Personen statt, einschließlich Beamten und Dolmetschern.^a

Über hundert Zusammenkünfte in 32 verschiedenen Ländern

Zwischen November 1957 in Rom und Juli 2008 in Kiew kam die EVP-ED nicht weniger als 209 Mal außerhalb des Europäischen Parlaments zusammen, um in 32 verschiedenen Staaten ihre Vorstandssitzungen und Studientage, aber auch religiöse Dialoge oder interparlamentarische Foren abzuhalten. Bis zu den allgemeinen Direktwahlen zum Europäischen Parlament finden diese Treffen zwar regelmäßig, aber selten statt. Zwischen der ersten und der zweiten Zusammenkunft vergehen vier Jahre. Ab 1961 gewöhnt es sich die Fraktion an, bis 1975 jedes Jahr ein bis drei solcher Begegnungen, hauptsächlich Studientage, auszurichten. Eine Zeit lang werden die Hauptstädte bevorzugt: Rom, Paris, Den Haag, Luxemburg, Bonn.^b In dieser Geografie spiegelt sich das Europa der Gründerstaaten wider. Ab 1976 finden externe Sitzungen häufiger in anderen Großstädten statt, was auf den demokratischen Wandel der Institution und auf die Bemühungen der Fraktion um größtmögliche Nähe zu ihren Wählern hindeutet.

Studientage oder Fraktionsvorstandssitzungen fanden in nahezu allen Hauptstädten der 27 Mitgliedstaaten sowie in großen Regional-

a Auf Bitten der Fraktionsmitglieder ist ein halber Tag des Aufenthalts der Entdeckung des Gastortes und kulturellen Besichtigungen vorbehalten wie der Besichtigung des ungarischen Parlaments und der Kronjuwelen von König István in Budapest 2001, dem Besuch des regionalen Naturparks Pilat und des Kunst- und Industriemuseums in Saint Etienne (Frankreich) 2003 oder auch dem des rumänischen Parlamentspalastes und des Nationalen Kunstmuseums in Bukarest (Rumänien) 2005. Diese Reisen fördern das gemeinsame Erleben bewegender oder eindrucksvoller Momente: die außerordentliche Vorführung des riesigen Weihrauchgefäßes in der Sankt-Jakobs-Kathedrale in Santiago de Compostela (Spanien), das Vertrautmachen mit dem harmonischen Zusammenleben von Buddhisten, Muslimen und Christen auf der Insel La Réunion (Frankreich) oder auch die keineswegs zufällige Begegnung mit dem Weihnachtsmann in seiner lappländischen Heimat in Finnland!

b Dass Brüssel in dieser Liste fehlt, lässt sich damit erklären, dass die belgische Hauptstadt schnell einer der Tagungsorte der Europäischen Parlamentarischen Versammlung wurde. Im Zeitraum 1957-1975 führt die Fraktion dennoch Studientage und Sitzungen ihres Fraktionsvorstands in Ostende (1965), Lüttich (1970) und Namur (1973) durch.

hauptstädten wie Nizza (Frankreich) 1968, Namur (Belgien) 1973, Florenz (Italien) 1973 und 1982, Aachen (Deutschland) 1981, München (Deutschland) 1983, Toulouse (Frankreich) 1985 und 1997, Granada (Spanien) 1992 oder Edinburgh (Vereinigtes Königreich) 2002 statt, wurden aber auch in kleineren Städten wie Bressanone (Italien) 1976, La Grande-Motte (Frankreich) 1980, Marbella (Spanien) 1989 oder Cannes-Mandelieu (Frankreich) 1995 sowie in abgelegenen Regionen wie Sardinien, nämlich in Cala Gonone (Italien) 1975, in Funchal auf der Insel Madeira (Portugal) 1989, in Saariselkä in Lappland (Finnland) 2002 oder auf den Azoren (Portugal) 2007 abgehalten. Von 1962 bis 2007 waren insgesamt über 70 Orte Gastgeber der EVP-ED-Fraktion.

Entdeckung der regionalen und nationalen politischen Gegebenheiten in Europa

Diese unterschiedlichen Zielorte ermöglichen es, sich mit den Gegebenheiten in den einzelnen Mitgliedstaaten vertraut zu machen und deren ganze Vielfalt zu erfassen. Der Austragungsort der Studientage bietet die Möglichkeit, sich eingehender mit den spezifischen Problemen der betreffenden Region, der Stadt oder des Gebiets zu befassen. So rücken die Studientage in Cala Gonone (Italien) 1975 die Regionalpolitik in den Vordergrund, die in Toulouse (Frankreich) 1985 die neuen Technologien und Airbus, die in Palermo (Italien) 1988 die Beziehungen zum Mittelmeerraum und den Entwicklungsländern, die in Valencia (Spanien) 1993 die Strukturfonds und den Mittelmeerraum sowie die in Schwerin (Deutschland) 1993 die Lage in den neuen Bundesländern. Diese Treffen verfolgen jedoch hauptsächlich den Zweck, auf nationaler und auf EU-Ebene eine Bestandsaufnahme der politischen Situation in dem jeweiligen Land vorzunehmen: so etwa 1986 in Porto Carras (Griechenland) eine Bestandsaufnahme über die politische Lage in Griechenland, 1994 in Estoril (Portugal) über die politische und sozioökonomische Situation in Portugal, 1995 in Brügge (Belgien) zum Thema Belgien in Europa, 1996 in Helsinki (Finnland) über Finnland in der Europäischen Union und die baltischen Staaten, 1997 in Stockholm (Schweden) über Schweden in der Europäischen Union, 1998 in Vilamoura (Portugal) über die politische Lage in Portugal, 1999 in Wien (Österreich) über die politische und wirtschaftliche Lage in Österreich, 2000 in Paris (Frankreich) über die politische Situation in Frankreich und die französische Ratspräsidentschaft oder 2006 in Rom (Italien) über die politische Lage in Italien.

1999 empfängt die Fraktion in Wien (Österreich) den Vorsitzenden der ÖVP-Fraktion im österreichischen Nationalrat, Andreas Khol, sowie den Vizekanzler Wolfgang Schüssel; Gastredner bei den Studientagen 2000 in Paris sind der UDF-Vorsitzende François Bayrou, der

ehemalige Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing sowie mehrere französische Abgeordnete der RPR (Françoise de Panafieu, Pierre Albertini und Pierre Lequiller); bei denen 2003 in Madrid (Spanien) der spanische Ministerpräsident José María Aznar und der Generalsekretär der Partido Popular, Mariano Rajoy Brey, während schließlich die Studientage in Budapest (Ungarn) 2004 mit Pál Schmitt, Vizepräsident der FIDESZ, und Ibolya Dávid, Parteivorsitzender des Magyar Demokrata Fórum (MDF), stattfinden.

Auf diese Weise bieten die Studientage die Gelegenheit, die Vielgestaltigkeit der 53 nationalen Parteien, die der EVP-ED-Fraktion angehören, besser kennen und schätzen zu lernen und ihnen in ihren Ländern die politische Unterstützung angedeihen zu lassen, derer sie oft vor Wahlen und zur Bestätigung ihres europäischen Engagements bedürfen.

Zudem erleichterte die feste lokale und nationale Verwurzelung der EVP-Mitglieder und der Abgeordneten der zur EVP-Fraktion gehörigen politischen Parteien das Reisen in Städte, Regionen oder sogar Länder, die von EVP-Mandatsträgern geführt wurden: so 1985 nach Toulouse (Frankreich), dessen Bürgermeister Dominique Baudis ist, 1986 nach Lissabon (Portugal), wo der portugiesische Ministerpräsident Aníbal António Cavaco Silva seinen Sitz hat, 1987 nach Konstanz (Deutschland) mit Alois Partl, Landeshauptmann von Tirol, 1991 nach Lourdes (Frankreich) mit dessen Bürgermeister Philippe Douste-Blazy, 1995 nach Brügge (Belgien) mit dem Ministerpräsidenten der flämischen Regierung, Luc Van Den Brande, 1996 nach Helsinki (Finnland) mit dem finnischen Finanzminister und Vorsitzenden der Kokoomus-Partei, Sauli Niinistö, 1998 nach Berlin (Deutschland) mit dem Bundespräsidenten Roman Herzog und dem Oberbürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen, 1999 nach Wien (Österreich) mit dem Vizekanzler und Minister für auswärtige Angelegenheiten, Wolfgang Schüssel, 2003 nach Saint Etienne (Frankreich) mit der stellvertretenden Bürgermeisterin Françoise Grossetête, 2003 nach Kopenhagen (Dänemark) mit Bendt Bendtsen, stellvertretender Ministerpräsident Dänemarks und Vorsitzender von Det Konservative Folkeparti, und schließlich 2006 nach Bordeaux (Frankreich) mit Hugues Martin, Mitglied der französischen Nationalversammlung und Bürgermeister von Bordeaux.

Die letzten Studientage von Paris boten den Fraktionsmitgliedern die Gelegenheit, am 2. Juli 2008 im Elysée-Palast mit dem amtierenden Vorsitzenden des Europäischen Rates, Nicolas Sarkozy, zu einem freundschaftlichen und freimütigen Gespräch zusammenzutreffen, in

dem zugleich nachdrücklich zum Engagement für Europa aufgerufen wurde.^a

Unterstützung der befreundeten politischen Kräfte in den Bewerberländern

Ebenso bedeutsam sind die Treffen, die in den beitragswilligen Staaten bzw. in den neuen Beitrittsländern stattfinden. 1977, nach dem Tod von General Franco und zu Beginn der Demokratisierung in Spanien, veranstaltet der Fraktionsvorstand eine seiner Tagungen in Madrid. 1978 begibt er sich nach Oporto in Portugal. Dieses Beispiel macht gewissermaßen Schule vor der Erweiterung um Österreich (Sitzung des Fraktionsvorstands in Wien im Jahr 1990) und Schweden (Sitzung des Fraktionsvorstands in Stockholm im Jahr 1992). Im Rahmen der bevorstehenden Erweiterung nach Mittel- und Osteuropa erinnert Hans-Gert Pöttering daran, dass *„die EVP-ED-Fraktion den Wunsch geäußert hatte, dass ihr Vorstand zweimal jährlich in der Hauptstadt eines Beitrittslandes tagt.“*¹⁰²⁵ Rechnet man die anderen großen Tagungen hinzu, so begibt sich die Fraktion in neun Jahren in zehn verschiedene Länder: in die Republik Polen (1998, 2003 und 2005), Lettland (2000), Malta (1996), in die Slowakische Republik (2000 und 2006), die Republik Zypern (2001), die Republik Ungarn (2001 und 2004), die Tschechische Republik (2002), nach Rumänien (1998, 2002 und 2005), in die Republik Slowenien (2002) und in die Republik Bulgarien (2005). Der Vorstand tritt außerdem in Split in Kroatien (2006) und in Sarajevo in Bosnien und Herzegowina (2007) zusammen, zwei Staaten, an deren europäischer Perspektive keinerlei Zweifel besteht.

Die Fraktion achtete besonders darauf, die politischen Entscheidungsträger der Bewerberländer zu empfangen: Jan Carnogursky, Vorsitzender der Christlich-demokratischen Bewegung der Slowakei, Gediminas Vagnorius, Ministerpräsident Litauens, Ivan Kostov, Ministerpräsident Bulgariens, Algirdas Saudargas, Minister für auswärtige Angelegenheiten Litauens, Radu Vasile, Ministerpräsident Rumäniens, Jerzy Buzek, Ministerpräsident Polens, Mikuláš Dzurinda, Ministerpräsident der Slowakei, Victor Orban, Ministerpräsident Ungarns, Glafkos Ioannou Clerides, Präsident der Republik Zypern, und Ioannis Kasoulides, Außenminister Zyperns, genossen somit die besondere Aufmerksamkeit der Fraktion.

Studientage können auch in einem Land stattfinden, das unlängst beigetreten ist, wie in Dublin (Irland) 1974, auf Rhodos (Griechenland)

a Das Abendessen, das die Fraktion am darauffolgenden Tag im Schloss Versailles veranstaltete, war selbstverständlich ein Höhepunkt in den persönlichen Erinnerungen, die sich die Mitglieder und das Sekretariat von diesen letzten Jahren bewahren werden...

1983, in Lissabon (Portugal) 1986, in Helsinki (Finnland) 1996, in Stockholm (Schweden) 1997 oder aber in Budapest (Ungarn) 2004. Die wirtschaftlichen, politischen und medialen Auswirkungen dieser Treffen, die Hunderte von Menschen mobilisieren können, werden von den nationalen Delegationen der Fraktion besonders gewürdigt.

Der von der Fraktion eingeleitete Dialog mit der orthodoxen Kirche ermöglichte es ihr, sich auch in die Hauptstädte von Ländern zu begeben, deren Beitritt in weiter Ferne liegt oder eine rein hypothetische Aussicht ist, wie nach Istanbul in den Jahren 1996, 2000, 2003 und 2004, nach Tiflis in Georgien und nach Kiew in der Ukraine im Jahr 2008.

Begegnungen mit europäischen Persönlichkeiten aus den unterschiedlichsten Kreisen

Die Verlagerung der Studientage und der Sitzungen des Fraktionsvorstands ermöglicht darüber hinaus Begegnungen mit Persönlichkeiten der Zivilgesellschaft, des geistigen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens, deren die Fraktion bedarf, um ihren Kenntnisstand und ihr Verständnis für die Realitäten in Europa zu vervollkommen. Zu den geistlichen Würdenträgern zählen die Päpste Paul VI. und Johannes Paul II., mit denen mehrere Begegnungen stattfanden, Papst Benedikt XVI. im Jahr 2006, Kardinal Pappalardo, Antonio Mattiazzo, Bischof von Padua, und Tadeusz Gocłowski, Erzbischof von Gdansk; zu den Akademikern Jerzy Lukaszewski, Rektor des Europa-Kollegs in Brügge, Étienne Cerexhe, Dekan der juristischen Fakultät an der Universität Namur, Joachim Starbatty, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Tübingen, Jean-Louis Quermonne, Vorsitzender der Reflektionsgruppe zur Reform der europäischen Organe im „Commissariat au Plan“, und Carlo Secchi, Rektor der Bocconi-Universität; und zu den einflussreichen Politikern der ukrainische Präsident Wiktor Juschtschenko, der Präsident der Republik Georgien, Micheil Saakaschwili, sowie der Ministerpräsident der Republik Kroatien, Ivo Sanader.^a Zahlreiche Persönlichkeiten der Zivilgesellschaft, darunter u. a. Hugo Geiger, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, George Van Reeth, Direktor der Europäischen Raumfahrtagentur, Claude Goumy, Direktor des Matra-Zentrums Toulouse, Albert Scharf, Inten-

a Ferner haben mehrere Kommissionsmitglieder den Standpunkt der Europäischen Kommission erläutert und gezeigt, dass sie sich der christdemokratischen politischen Familie und der EVP verbunden fühlen: Carlo Scarascia Mugnozza, Karl-Heinz Narjes, Lorenzo Natali, Etienne Davignon, Filippo Maria Pandolfi, Frans Andriessen, Franz Fischler, Viviane Reding, Peter Schmidhuber, Stavros Dimas, Jacques Barrot, Giorgios Contogeorgis, Peter Sutherland, Abel Matutes, Sir Leon Brittan, Marcelino Oreja, Mario Monti, Yves-Thibault de Silguy, Loyola de Palacio Vallelersundi, Christopher Patten, Michel Barnier, Ján Figel', Franco Frattini, Andris Piebalgs, Joe Borg, Benita Ferrero-Waldner.

dant des Bayerischen Rundfunks und Präsident der Union der Europäischen Rundfunkorganisationen, Leif Johansson, Vorstandschef von Volvo, und Jean-François Dehecq, Vorstandsvorsitzender der Sanofi-Synthélabo-Gruppe, legen anschaulich dar, vor welchen Herausforderungen die Wirtschaft und die Gesellschaft Europas stehen.

Zukunftsweisende Überlegungen innerhalb der Fraktion: von Nostradamus (1996) zum Europäischen Ideen-Netzwerk (2002)

Nostradamus: eine kleine Arbeitsgruppe für prospektive Analysen

Im Herbst 1995 wendet sich Wilfried Martens, der seit etwas mehr als einem Jahr Fraktionsvorsitzender ist, mit folgenden Worten an einen seiner engen Mitarbeiter: *„Diese Fraktion erfordert viel Arbeit und Aufmerksamkeit, um das Alltagsgeschäft zu bewältigen. Von Sitzung zu Sitzung investiert man seine ganze Zeit, um sich mit der Gegenwart zu befassen und die laufenden europäischen Geschäfte zu führen. Sollte es nicht möglich sein, die Kreise zu erweitern und von einem möglichst breiten und prospektiven Blickwinkel aus über die Zukunft nachzudenken?“*^a

Es wird der Auftrag erteilt, in Erfahrung zu bringen, welche Abgeordneten ebenfalls der Auffassung waren, dass außerhalb des formalen Rahmens der Fraktion mit aus unterschiedlichen Bereichen kommenden Persönlichkeiten gemeinsame Überlegungen über gesellschaftliche Probleme angestellt werden sollten und man sich uneingeschränkt für die Zukunft engagieren müsse. Karl von Wogau, Efthimios Christodoulou, José María Gil-Robles Gil-Delgado und einige Delegationsleiter zeigen sich interessiert. Nach drei vorbereitenden Treffen in Brüssel bringt Wilfried Martens im Januar 1996 eine informelle Arbeitsgruppe mit der Bezeichnung Nostradamus auf den Weg, die zu einer Plattform für den Gedankenaustausch über die wichtigsten Herausforderungen an die europäische Gesellschaft des 21. Jahrhunderts wird. Es finden vier Seminare in Belgien statt, bei denen Experten angehört werden. Beim ersten, das am 28. und 29. März 1996 in Limelette abgehalten wird, behandeln die Professoren Hughes Portelli, Jan Kerhofs und Alain Stekke das Thema Werte und politische Vertretung. Die drei folgenden Treffen finden in Genval bei Brüssel statt. Das vom 4. und 5. Juli 1996, zu dem insbesondere Jan Pieter Hendrik Donner, Vorsitzender des niederländischen Wissenschaftsrates für Regierungspolitik, und Jérôme

a Gespräch zwischen Wilfried Martens und dem Autor.

Vignon, Leiter der „Forward Studies Unit“ der Europäischen Gemeinschaft, eingeladen werden, ist der Zukunft der europäischen Gesellschaft im Kontext der Globalisierung gewidmet. Am 28. und 29. November 1996 werden die Werte und die Zukunft des Sozialstaats erörtert. Das letzte Seminar wird am 30. und 31. Januar 1997 veranstaltet und befasst sich mit den neuen Bedrohungen, den neuen Formen des Terrorismus und der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Europa. Hierzu werden Xavier Raufer, Professor am Pariser Institut für Kriminologie, Jürgen Storbeck, Direktor von Europol, und Gustavo de Aristegui, Chef des Kabinetts des spanischen Innenministers, eingeladen.

In ihren Anfängen setzt sich die Nostradamus-Arbeitsgruppe aus einigen Fraktionsmitgliedern und ihren Gästen zusammen.

Im März 2000 beschließt das Fraktionspräsidium auf Antrag von Hans-Gert Pöttering, eine ambitioniertere Arbeitsgruppe zu schaffen, die insbesondere den Vertretern der nationalen Parteien offenstehen sollte¹⁰²⁶, um Übereinstimmungen zwischen den politischen Mitte-Rechts-Familien festzustellen und deren unterschiedliche Ansätze zu vergleichen. Diese Zusammenkünfte finden weiterhin am See von Genval auf dem Lande bei Brüssel statt und werden als Genval-Treffen bezeichnet.

Die erste Begegnung im Schloss Genval findet am 14. und 15. September 2000 zum Thema „Die Zukunft der Volksparteien in Europa“¹⁰²⁷ statt. Sie bringt den Fraktionsvorstand mit geladenen Frauen und Männern aus der Politik sowie Persönlichkeiten aus der Zivilgesellschaft zusammen, darunter Valéry Giscard d'Estaing, Wolfgang Schäuble und Lord Brittan of Spennithorne.

Bei der zweiten Begegnung am 26. und 27. April 2001 wird das Thema „Der Mensch in der New Economy“ behandelt¹⁰²⁸. Teilnehmer des Treffens sind Alain Madelin, ehemaliger Industrieminister und Verfechter des Liberalismus nach französischer Art sowie des Leistungsvergleichs nach europäischer Art, Peter Norman und Chris Gent, Vorstandsvorsitzender von Vodafone, des größten europäischen Telekommunikationskonzerns.

An der dritten Begegnung, die am 13. und 14. September 2001 zum Thema „Europäisches Regieren: Folgen für die politischen Ziele Europas“¹⁰²⁹ stattfindet, nehmen Hans-Gert Pöttering, Michel Barnier, Alain Lamassoure, Dirk Hudig, ehemaliger Generalsekretär der UNICE, sowie Jean-Luc Dehaene teil.

EIN: Aufbau eines europäischen Mitte-Rechts-Netzwerkes für den Ideenaustausch (2002)

Aus den Genval-Begegnungen geht eine neue Form von Mitte-Rechts-„Think-Tanks“ hervor, die der Vorstellung des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden James Elles zufolge miteinander vernetzt werden sollen. Besser bekannt unter der englischen Abkürzung EIN, die für „European Ideas Network“ (Europäisches Ideen-Netzwerk) steht, wird das Projekt am 5. Februar 2002 dem Präsidium der Fraktion vorgestellt, das ihm zustimmt und seine finanzielle Förderung beschließt¹⁰³⁰. „*Das EIN begründet sich*“, wie sein Initiator erläutert, „*auf den Gedanken, dass der Ideenprozess die Lebensader der Politik ist. Für den Erfolg einer Mitte-Rechts-Politik, wo die Linke versagt hat, müssen wir mit Phantasie und Offenheit in die Zukunft schauen. Das EIN ist ein wesentlicher Teil dieses Prozesses.*“¹⁰³¹

EIN ist ehrgeiziger und stärker strukturiert als Nostradamus.^a Schon bei seinem Start im Sommer 2002 wurde es konzipiert, um neue Ideen zu fördern und Informationen darüber auszutauschen, wie die gewaltigen wirtschaftlichen, sozialen und internationalen Herausforderungen, denen sich Europa stellen muss, am besten bewältigt werden können. Mit ihm soll auf europäischer Ebene eine Gemeinschaft von Politikverantwortlichen geschaffen werden, deren Erfahrungen und Sachkenntnis als Grundlage für die Verbesserung der Analysen und des strategischen Vorgehens der Fraktion dienen sollen. Das Netzwerk führt Politiker, Geschäftsleute, Wissenschaftler, Intellektuelle, Journalisten und Vertreter der Zivilgesellschaft, die der rechten Mitte nahe stehen, zusammen, aber auch parteilose Experten und Kommentatoren von außerhalb. Dieses Netzwerk ist obendrein einzigartig in Europa, was James Elles mit folgenden Worten erläutert: „*Unsere politische Familie hat als einzige ein Gremium für den Ideenaustausch dieser Art ins Leben gerufen. Wir haben dies getan, weil das Bedürfnis, Ideen auszutauschen, neue Denkansätze zu entwickeln und Bezugswerte für nationale und europäische Erfahrungen zu sammeln, immer größer wird.*“¹⁰³²

Das EIN ist auf die folgenden sechs Ziele ausgerichtet: Förderung neuer Ideen und Austausch erfolgreicher Rezepte zur Bewältigung der wirtschaftlichen, sozialen und internationalen Herausforderungen; Erweiterung des Erfahrungsbereichs politischer Entscheidungsträger in einem globaleren Zusammenhang; Wirken auf bewusst europäischer Grundlage; Aufbau von Kontakten zu Personen, die ansonsten

a Verantwortlich für das Sekretariat von Nostradamus war seit seiner Einrichtung Pascal Fontaine. Unter der Leitung von James Elles wurde das Sekretariat des EIN von 2002 bis 2008 zunehmend erweitert und erfreute sich insbesondere der Mitarbeit von Anthony Teasdale, Henri Lepage und Guillermo Martínez Casañ.

nicht in die politischen Parteien eingebunden sind, vor allem junge Leute; Durchführung von Konferenzen und Seminaren und schließlich Stärkung des kollektiven geistigen Potenzials und Verbesserung der Qualität des Entscheidungsprozesses von Mitte-Rechts in Europa¹⁰³³.

Ein Jahr nach seiner Gründung knüpft das EIN Kontakte zu etwa 20 nationalen Think-Tanks, darunter die Politische Akademie der ÖVP, die Fondation pour l'Innovation Politique, die Robert-Schuman-Stiftung, das Institut Montaigne, die Hanns-Seidel Stiftung, die Konrad-Adenauer-Stiftung, das Walter Eucken Institut, die Fondazione Libérale, die Stiftung Nova Res Publica, die FAES-Stiftung, Civitas, das Conservative Research Department, das European Policy Forum und Policy Exchange.

Das EIN versteht sich als ein „virtuelles Zentrum für den Ideenaustausch via Internet.“¹⁰³⁴ Folglich stattet es sich mit einer Website¹⁰³⁵ aus und veröffentlicht seit Sommer 2006 einen halbjährlichen Newsletter. 2002 werden zunächst acht Arbeitsgruppen gebildet. 2008 sind es 12¹⁰³⁶, die durch eine Beratungsgruppe¹⁰³⁷ ergänzt werden. Die Koordination des Netzwerks erfolgt über die Sitzungen der Lenkungsausschüsse der Arbeitsgruppen, die im Sommer und Winter jeweils ein Mal mit dem Vorsitzenden der EVP-ED-Fraktion zusammentreffen. An diese Überprüfungstreffen schließen sich Abendessen an, bei denen ein Ehrengast das Wort ergreift.

Jeder Arbeitsgruppe steht ein Lenkungsausschuss vor, dem ein Vorsitzender, ein Berichterstatter sowie vier oder fünf andere Sachverständige angehören. Diese Gruppen arbeiten nach einem Jahresrhythmus: Sie treten in der ersten Jahreshälfte in Brüssel oder in einer anderen Hauptstadt eines Mitgliedstaats zusammen und lassen ihre Überlegungen in die im September stattfindende Sommeruniversität einfließen. Ihr Mandat wird jedes Jahr im Herbst erneuert.

Wesentlicher Bestandteil des Europäischen Ideen-Netzwerks ist jedoch seine Sommeruniversität, die seit 2002 an jeweils drei Tagen im September stattfindet. Sie lehnt sich an die Sommeruniversitäten an, die von den nationalen Parteien veranstaltet werden, und führt Mitglieder der EVP-ED-Fraktion, Politiker der Mitgliedstaaten, Experten, Mitglieder der Zivilgesellschaft sowie Forscher und Intellektuelle, die den „Think-Tanks“ des EIN angehören, zusammen, damit sie ein Thema oder auch mehrere erörtern können.

Die erste Sommeruniversität findet in der geschichtsträchtigen Universitätsstadt Oxford im Vereinigten Königreich am Christ Church College und an der Saïd Business School statt. Sie vereint 150 Teilnehmer und wird von zahlreichen politischen Persönlichkeiten Europas unterstützt, darunter Angela Merkel, damals Vorsitzende der CDU, José

María Aznar, Ministerpräsident Spaniens, und Valéry Giscard d'Estaing, damals Vorsitzender des Konvents zur Zukunft der Europäischen Union¹⁰³⁸.

2003 ist die spanische Stadt El Escorial Gastgeberin des Netzwerks. Diese zweite Sommeruniversität findet in einem größeren Rahmen statt; 250 Teilnehmer treffen sich, um zwei Themen, Terrorismus und Klimawandel, zu erörtern, was Grundlage für die Einrichtung von zwei neuen Arbeitsgruppen ist¹⁰³⁹.

2004 tritt das EIN in eine neue Phase ein. In Berlin, wo die Konrad-Adenauer-Stiftung tatkräftig an der Durchführung der Sommeruniversität mitgewirkt hat, kommen 300 Teilnehmer zusammen. Die Verbindung zu den nationalen „Think-Tanks“ wird verstärkt, und die Veranstaltung ist zum ersten Mal in zwei Teile gegliedert. Zunächst findet die eigentliche Sommeruniversität statt und die Arbeitsgruppen legen ihre Schlussfolgerungen dar. Mehrere europäische Persönlichkeiten leisten ihren Beitrag. Angela Merkel, mittlerweile Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, hält eine Rede zum Thema „Deutschland modernisieren und Europa erweitern: Die wichtigsten Herausforderungen“, der ehemalige spanische Ministerpräsident José María Aznar spricht zum Thema „Die Bekämpfung des Terrorismus eint den Westen“, der ehemalige französische Premierminister Edouard Balladur über die „Neuausrichtung des Atlantischen Bündnisses“, der vorheriger britische Innenminister Kenneth Clarke legt dar, „Welche Lehren wir aus dem Irakkrieg ziehen müssen“, und der Botschafter der Vereinigten Staaten bei der Europäischen Union, Rockwell Schnabel, referiert über die „Stärkung der transatlantischen Partnerschaft“. Anschließend findet die Europäische Ideen-Messe statt. Das Motto dieser öffentlichen Ideen-Messe lautet „Die Welt im Jahr 2020“. Zahlreiche Politiker und Intellektuelle beteiligen sich an dieser öffentlichen Debatte: Carl Bildt, ehemaliger schwedischer Ministerpräsident, Frederick Kempe, Herausgeber des „Wall Street Journal Europe“, Alain Madelin, Ana Palacio Vallelersundi, ehemalige spanische Außenministerin, Francis Fukuyama, Autor von „Das Ende der Geschichte“, Bruce Sterling, Autor von Science-Fiction-Romanen, und schließlich Peter Sloterdijk, deutscher Philosoph und Neokantianer. Zum Abschluss der Messe unterzeichnen 25 Organisationen eine Gemeinsame Erklärung, in der sie ihre Entschlossenheit bekräftigen, zusammenzuarbeiten und die Mitte-Rechts-Politik in Europa zu unterstützen¹⁰⁴⁰.

Nach der Veranstaltung in Berlin kommen die EIN-Mitglieder 2005 in der portugiesischen Hauptstadt zusammen. 300 Teilnehmer aus 27 Ländern finden sich im Kulturzentrum Belém in Lissabon ein. Nach Kategorien aufgeschlüsselt, befanden sich unter den Teilnehmern u. a.

„55 EP-Abgeordnete, 15 Abgeordnete nationaler Parlamente, 64 Think-Tank- oder Politexperten, 34 Unternehmensleiter, 35 Politikberater oder -aktivisten, 28 Wissenschaftler und 23 Journalisten.“¹⁰⁴¹

Nachdem die Debatten von Wilfried Martens und vom Vorsitzenden der portugiesischen Partido Social Democratica, Luis Marques Mendes, eröffnet wurden, werden zahlreiche Persönlichkeiten gebeten, das Wort zu ergreifen: das ehemalige Mitglied der Europäischen Kommission, Chris Patten, der Präsident der Europäischen Kommission und ehemalige portugiesische Ministerpräsident, José Manuel Durão Barroso, der ehemalige spanische Ministerpräsident, José María Aznar, und der Präsident der UNICE und ehemalige Präsident des französischen Arbeitgeberverbandes MEDEF, Ernest-Antoine Seillière. Die Europäische Ideen-Messe fand in Form von zwei Rundtischgesprächen statt. Professor Aníbal Cavaco Silva, ehemaliger portugiesischer Ministerpräsident, Antonio Borges, ehemaliger Vizepräsident der Bank von Portugal, Ashraf Ghani, ehemaliger Finanzminister Afghanistans, und Craig Mundie, Senior-Vizepräsident und technischer Leiter von Microsoft, nehmen an einem ersten Rundtischgespräch zum Thema „Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur in der Welt von morgen“ teil, bei dem der Europaabgeordnete Jacek Saryusz-Wolski den Vorsitz führt. Zu einem zweiten Rundtischgespräch zum Thema „Europas Reaktionen auf künftige Herausforderungen“ kommen Carl Bildt, ehemaliger schwedischer Ministerpräsident, John Wood, Vorsitzender der Europäischen Strategie-Stiftung für Forschungsinfrastrukturen und Bernard-Henri Lévy, französischer Philosoph und Schriftsteller, zusammen. Den Vorsitz bei diesem Rundtischgespräch führt János Martonyi, Managing Partner von Baker and McKenzie und ehemaliger ungarischer Außenminister.

2006 wählt das Europäische Ideen-Netzwerk Lyon zum Veranstaltungsort für seine fünfte Sommeruniversität. Die Teilnehmerzahl beläuft sich wiederum auf 300. Gegenstand der Vollversammlungen sind die Globalisierung und die ständige Forderung an die EVP-ED-Fraktion, eine auf einer Wirtschaftsreform basierende „Agenda für Erneuerung“ auszuarbeiten. Kommissionspräsident José Manuel Durão Barroso, der ehemalige schwedische Ministerpräsident Carl Bildt, der Vizepräsident der Europäischen Kommission, Jacques Barrot, und der französische Verkehrsminister Dominique Perben nehmen daran teil. Bei den Rundtischgesprächen der Europäischen Ideen-Messe ergreifen noch weitere bedeutende Persönlichkeiten das Wort, so der Botschafter der USA bei der Europäischen Union, Clayland Boyden Gray, sowie der Vorstandsvorsitzende von Peugeot-Citroën, Jean-Marie Folz.

Im September 2007 findet das EIN in Warschau zum Thema „Die Welt im Jahre 2025: Möglichkeiten und Herausforderungen für die Zukunft“ statt. Die Netzwerkmitglieder, die Think-Tanks und die politischen Stiftungen teilen sich im Laufe des Jahres in 12 thematische Arbeitsgruppen sowie sieben Task Forces auf und treffen sich allerorts in Europa – Brüssel, Paris, London, Berlin, Budapest, Den Haag, Bonn und Madrid – sowie in Washington DC. In Warschau ergreifen die folgenden Persönlichkeiten in den Debatten das Wort: José Manuel Durão Barroso, Präsident der Europäischen Kommission, Garri Kasparow, Vertreter der Vereinigten Bürgerfront Russlands, Ashraf Ghani, Präsident der Universität von Kabul und ehemaliger Finanzminister von Afghanistan, Jeremy Rifkin, Schriftsteller und Vorsitzender der Stiftung für Wirtschaftstrends (*Foundation on Economic Trends*), der mit derartigen Treffen vertraute José María Aznar sowie Jerzy Buzek, Mitglied des EP und ehemaliger Ministerpräsident von Polen. Es werden drei Themen behandelt: „Die dritte industrielle Revolution“, „Russland“ und „Netzwerke im Internet“. Es sprechen David Winston, Präsident der Winston Group, Frederick Wallace Smith, Präsident des Competitive Enterprise Institute, und Lech Wałęsa, ehemaliger polnischer Staatspräsident und Friedensnobelpreisträger¹⁰⁴².

Die Sommeruniversität 2008 findet in Fuggi/Italien zum Thema „Die Rolle von Werten in einer unsicheren Welt“ statt. Anwesend sind Persönlichkeiten wie Wilfried Martens, José Manuel Durão Barroso, Hans-Gert Pöttering und der französische Premierminister François Fillon¹⁰⁴³. Aufgrund der aktuellen Lage, die in jenem Jahr herrscht, stehen Wirtschaftsfragen im Mittelpunkt der Diskussionen¹⁰⁴⁴.

Es ist der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Jaime Mayor Oreja, der den Vorsitz bei dieser letzten EIN-Veranstaltung in der laufenden Wahlperiode übernimmt. James Elles war am 11. März 2008 zurückgetreten, da er seiner Auffassung nach nicht mehr die notwendige Freiheit besaß, um seine Tätigkeit fortzuführen. Tatsache ist, dass das EIN, so angesehen und bedeutend es wegen des Einbringens von Ideen und Kontakten in die Think-Tanks der rechten Mitte in Europa auch gewesen sein mag, in den Augen vieler Fraktionsmitglieder zu einem echten „Staat im Staate“ innerhalb der Fraktion, zu einem „Ungetüm“ mit steigenden Kosten und einer unüberschaubaren Organisation geworden war. Das Fraktionspräsidium bekundete seine Entschlossenheit, die Ziele und Maßnahmen von EIN, insbesondere im Zusammenhang mit der parlamentarischen Arbeit und mit Blick auf die Europawahlen im Juni 2009, besser in die Fraktionsorgane einzubinden. Im Dezember 2008 beschließt das Präsidium, den Haushalt von EIN in Höhe von 370 000 EUR für das Jahr 2009 zu bestätigen und Wien

als Austragungsort für die Sommeruniversität 2009 zu bestimmen. Gleichwohl wird das neue Präsidium ab Juli 2009 über die Zukunft des Europäischen Ideen-Netzwerks zu entscheiden haben.

Bewahrung einer privilegierten Beziehung zu den nationalen Parlamenten

1984, zu Beginn der zweiten Wahlperiode nach der Einführung von allgemeinen und direkten Wahlen, wird der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Giovanni Giavazzi mit der Pflege der Beziehungen zu den christdemokratischen Fraktionen der nationalen Parlamente betraut. Diese Initiative ging auf die Erfahrungen von drei Treffen mit den Fraktionsvorsitzenden zurück, die die EVP-Fraktion 1982 in Luxemburg und 1983 in Berlin und in Rom organisiert hatte¹⁰⁴⁵. Zudem wurde damit auf eine Kritik reagiert, die bei der Wahl der Europaabgeordneten geäußert worden war: Während bis 1979 gewissermaßen direkte und organische Verbindungen zwischen den europäischen Institutionen und den nationalen Parlamenten bestanden, lässt die Entstehung eines eigenständigen europäischen Parlaments bei den einzelstaatlichen Parlamenten die Befürchtung aufkommen, sie könnten in der Gemeinschaft an Einfluss verlieren. Es gilt, eine neuartige Zusammenarbeit zwischen den Europaabgeordneten und den Abgeordneten auf nationaler Ebene zu entwickeln. Die EVP-Fraktion wird dem gerecht, indem sie Beziehungen zu ihren nationalen Amtskollegen knüpft. Zwischen November 1984 und April 1985 reist Giovanni Giavazzi in acht der neun Länder der Gemeinschaft, in denen Parteien bestehen, die zur EVP-Familie gehören. Sehr schnell wird auf beiden Seiten die Entschlossenheit deutlich, die Beziehungen zu intensivieren und ihnen einen regelmäßigeren Charakter zu verleihen¹⁰⁴⁶.

1989 wird die Konferenz der Ausschüsse für Gemeinschafts- und Europa-Angelegenheiten (besser bekannt als COSAC) der Parlamente der Europäischen Union geschaffen, die sich aus jeweils sechs Vertretern jedes nationalen Parlaments und des Europäischen Parlaments zusammensetzt, die gemeinsam beraten. Dieses Kooperationsgremium wird durch die später angenommenen Erklärungen Nr. 13 und 14 zum Vertrag über die Europäische Union anerkannt und bietet gleichsam einen institutionellen Rahmen für die Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten.

Dies hindert die EVP-Fraktion nicht daran, eigene Verbindungen zu den einzelstaatlichen Parlamenten zu knüpfen. 1991 reist Georgios Saridakis, stellvertretender Vorsitzender der EVP-Fraktion und zuständig für die Beziehungen zu christdemokratischen Fraktionen in den

nationalen Parlamenten, durch die Hauptstädte der Gemeinschaft, um Verbindungen zu den christdemokratischen Entscheidungsträgern auf nationaler Ebene aufzunehmen. Während die Debatte über den künftigen Vertrag von Maastricht eingeleitet wird, legt er die Prioritäten der EVP-Fraktion im Hinblick auf die zwei Regierungskonferenzen über die Politische Union und die Wirtschafts- und Währungsunion dar. Durch die Besuche von Georgios Saridakis in Luxemburg (26. März), Paris (18. April), Madrid (10.-11. April), Bonn (25. April), Rom (23. Mai), Den Haag (28. Mai) und Dublin (29. Mai) wird das Interparlamentarische Kolloquium vorbereitet, das die EVP-Fraktion am 3. und 4. Juni 1991 in Luxemburg veranstaltet. Mit diesen Treffen werden drei Ziele verfolgt: erstens sollen ein Dialog, eine mögliche Verständigung und ein gemeinsames Vorgehen mit den der EVP nahestehenden Fraktionen in den nationalen Parlamenten gefördert werden; zweitens sollen die Fraktionen und Parteien aufgefordert werden, Druck auf ihre jeweiligen Regierungen auszuüben, um die Regierungskonferenzen zu konkreten Ergebnissen in Richtung einer Normalisierung der Europäischen Union zu führen; und drittens schließlich sollen die Fraktionen in die Ratifizierung der Ergebnisse der Regierungskonferenzen eingebunden werden¹⁰⁴⁷.

Die Beziehungen zwischen der Fraktion und den einzelstaatlichen Parlamenten wurden ausgebaut. 2007 schuf das Sekretariat der Fraktion einen Dienst für Beziehungen zu den nationalen Parlamenten, der verantwortlich ist für die Verbindungen zu den EVP-ED-Fraktionen in den nationalen Parlamenten, die Durchführung Gemeinsamer Parlamentarischer Tagungen zu bestimmten Themen, die Beziehungen zur COSAC, die Beziehungen zur Parlamentarischen Versammlung des Europarates und zur PV der Westeuropäischen Union sowie für die Beziehungen zur Interparlamentarischen Union.

Darüber hinaus veranstaltet die Fraktion ein- bis zweimal jährlich, bei jedem Wechsel der Ratspräsidentschaft, ein Gipfeltreffen mit den Vorsitzenden der EVP-ED-Fraktionen in den nationalen Parlamenten, das einem bestimmten Thema gewidmet ist: Standpunkten im Hinblick auf eine bevorstehende Tagung des Europäischen Rates¹⁰⁴⁸, einem wichtigen europäischen Ereignis¹⁰⁴⁹ oder auch einem speziellen Thema¹⁰⁵⁰. Aktuellen Fragen wird nicht ausgewichen, wovon der 9. Gipfel vom 13. Oktober 2008 zeugt, auf dem auch die Krise erörtert wurde¹⁰⁵¹.

Die Rolle der nationalen Parlamente wird von der Fraktion umso besser verstanden, als ihnen der Vertrag von Lissabon in seinem Artikel 12 einen höheren Stellenwert in der Arbeitsweise der Union einräumt. Edward McMillan-Scott weist mit folgenden Worten darauf hin:

„Nach den neuen Leitlinien des EU-Reformvertrags wird den nationalen Parlamenten erstmals eine wichtigere Rolle im europäischen Entscheidungsprozess zuerkannt. Fortan werden sie nicht nur im Bereich der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, sondern auch in das Verfahren zur Änderung der Verträge und in die Unterrichtung über alle Anträge auf Beitritt zur Europäischen Union einbezogen.“

Die Verbindung zu den nationalen Parlamenten gilt nunmehr als unerlässlich, um das Vertrauen der Öffentlichkeit zu stärken. Jede der beiden demokratischen Vertretungsebenen, die der nationalen Parlamente und die des Europäischen Parlaments, muss nun ihre Befugnisse ausüben und dabei die der jeweils anderen Ebene achten. Dem Europäischen Parlament wurde mit seiner Direktwahl ab dem Jahr 1979 eine besondere Legitimität verliehen, die mit dem Voranschreiten des europäischen Einigungswerks nur wachsen konnte. Es wurde ein Punkt erreicht, an dem es kein Zurück mehr gibt und der ausschließt, dass die Kontrolle über die europäischen Exekutivorgane wieder auf die nationale Ebene zurückverlagert wird.

Kapitel XLIII
DIE EVP-ED-FRAKTION
UNTER DEM VORSITZ
VON JOSEPH DAUL (2007-2009)
UND DER WAHLERFOLG
IM JUNI 2009

**Die Wahl Joseph Dauls und der neue Fraktionsvorsitz
(9. Januar 2007)**

Die Kandidatur Hans-Gert Pötterings für das Amt des Präsidenten des Europäischen Parlaments, die von der gesamten Fraktion unterstützt wurde, war bereits Wochen zuvor beschlossene Sache. Aufgrund eines zu Beginn der Wahlperiode geschlossenen Abkommens mit der Sozialdemokratischen Fraktion hatte diese bei der Präsidentschaftswahl im Juli 2004 die Unterstützung der EVP-ED-Fraktion für eines ihrer Mitglieder, den Spanier Josep Borrell Fontelles, erhalten. Daher war es keine Überraschung, als Hans-Gert Pöttering am 16. Januar 2007 bereits im ersten Abstimmungsgang mit 450 Stimmen zum Präsidenten gewählt wurde, während Monica Frassoni 145, Francis Wurtz 48 und Jens-Peter Bonde 46 Stimmen erhielten.

Innerhalb der EVP-ED freute sich eine Person besonders über das Ergebnis: Joseph Daul, der künftig den Platz seines nun zum Präsidenten des Europäischen Parlaments ernannten Vorgängers im Plenarsaal übernimmt, den dieser sieben Jahre lang innehatte, kann mit dem erfolgreichen Ausgang einer lang gereiften Strategie zufrieden sein. Für ihn ist sein Kollege Hans-Gert Pöttering im Laufe der Jahre zu einem Freund geworden, mit dem er die gleichen Überzeugungen, die gleiche Politikleidenschaft und dieselben Ambitionen für Europa teilt. Grundlage dieser Einigkeit ist die Verbundenheit zur französisch-deutschen Verständigung, jenem rotem Faden, dem bereits seit 1950 Robert Schuman, Konrad Adenauer und Charles de Gaulle folgten. Wie sein elsässischer Landsmann Pierre Pflimlin ist Joseph Daul ein Mann der Grenze, dessen familiäres Erbe von Kriegserinnerungen und einer langen Folge leidvoller Erfahrungen geprägt war. Geboren wurde er im April 1947 in Straßburg, knapp zwei Jahre nach der Befreiung des

Elsass. Diese Gemeinsamkeiten, die ihre Generation geprägt hat, und der Einsatz für die Versöhnung bilden für die beiden Männer den Kern ihrer Interessenübereinstimmung. Dennoch lassen sich auch zahlreiche Unterschiede feststellen. So ist Hans-Gert Pöttering ein studierter Jurist, der bereits in sehr jungen Jahren in seiner Partei, der CDU, politisch aktiv wurde. Joseph Daul entstammt einer Familie von Landwirten und übernahm im Alter von 20 Jahren selbst den auf Rinderzucht und den Anbau von Zuckerrüben spezialisierten, 7 ha großen Betrieb. Hans-Gert Pöttering ist seit 30 Jahren im Parlament aktiv, und die Europa-Politik ist das große Thema seines Lebens. Joseph Daul wiederum hatte sich bis zu seiner Wahl ins Europäische Parlament im Jahr 1999 nie um ein nationales oder europäisches Mandat bemüht. Nach seiner landwirtschaftlichen Berufsausbildung engagierte er sich jedoch in der Gewerkschaft und übernahm das Amt des Bürgermeisters seiner 1000-Einwohner-Gemeinde Pfettisheim, 12 km von Straßburg gelegen. Hans-Gert Pöttering ließe sich zudem der Gruppe der „Theoretiker“, Joseph Daul hingegen der der „Praktiker“ zuordnen. Bei dieser Unterscheidung wird jedoch der wesentliche Aspekt missachtet, der sie einander nahebringt: Beide sind Männer der Politik, fasziniert von den Handlungsmöglichkeiten, die die Betätigung im öffentlichen Leben und der Umgang mit Macht mit sich bringen.

Joseph Daul erklimmte nach und nach alle Stufen, die ihn bis an die Spitze der französischen Bauerngewerkschaft führten, einer der mächtigsten Lobbies in Europa, die eine beträchtliche Zahl landwirtschaftlicher Betriebe vertritt und sich für die wesentlichen wirtschaftlichen Interessen Frankreichs und Europas einsetzt. Bei Ausbruch der BSE-Krise im Jahr 1997 war er Präsident des Französischen Landesverbands der Rindfleischerzeuger und vermochte es, seinen Erfahrungsschatz aus den Kooperativen, Landwirtschaftskammern und verschiedenen Zweigen dieses Berufs einzubringen, um in Zusammenarbeit mit den nationalen und europäischen Behörden zur Überwindung der Krise beizutragen.

Diese Erfolge veranlassten Nicolas Sarkozy, ihn aufzufordern, bei den Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 1999 auf einem vorderen Listenplatz des RPR zu kandidieren. Die Abgeordneten der von Sarkozy angeführten Liste schlossen sich entsprechend der Zusage von Jacques Chirac und Alain Juppé der EVP-ED-Fraktion an. Hier findet Joseph Daul seine Vorstellungen für Europa verkörpert. Sehr bald verbündet er sich mit den Mitgliedern der deutschen Delegation, deren Sprache er fließend beherrscht. Als Mitglied des Landwirtschaftsausschusses schlägt ihn die EVP-ED-Fraktion dank seiner Fähigkeiten im Januar 2002 für das Amt des Ausschussvorsitzenden vor. In dieser

Eigenschaft befasst er sich mit schwierigen und komplexen Fragen hinsichtlich der Reform einer sich fortwährend erneuernden Politik, die dem gesellschaftlichen Wandel und dem Lauf der Weltmärkte Rechnung tragen muss, und widmet sich eingehend den multilateralen Handelsverhandlungen des GATT. Zu dieser Erfahrung kommt eine weitere große Verantwortung hinzu: Er übernimmt den Vorsitz der Konferenz der Ausschussvorsitzenden, eines strategischen Organs des Europäischen Parlaments, dessen Aufgabe es ist, die horizontalen Fragen der 20 parlamentarischen Ausschüsse zu koordinieren und die Tagesordnung der Plenartagungen vorzubereiten.

So gerüstet sieht sich Joseph Daul von der deutschen Delegation ersucht, die Nachfolge Hans-Gert Pötterings anzutreten. Die französische Delegation unterstützt diesen Vorschlag nachhaltig, und in den letzten Wochen des Jahres 2006 werden auch die Verhandlungen mit den anderen nationalen Delegationen in der Fraktion aufgenommen.

Eine enge Wahl

Am 9. Januar 2007 sitzt der noch einige Tage amtierende Vorsitzende Hans-Gert Pöttering in Brüssel der Fraktionssitzung vor, die um 14.10 Uhr beginnt. Hans-Gert Pöttering begrüßt zunächst die Ankunft der neuen Abgeordneten aus Rumänien und Bulgarien. Anschließend steht die sofortige Wahl des Vorsitzenden auf der Tagesordnung, für die sich vier Kandidaten in jeweils zehnminütigen Beiträgen vorstellen. Zunächst spricht Othmar Karas, der bisherige Schatzmeister, anschließend präsentieren sich Gunnar Hökmark und Antonio Tajani, und schließlich Joseph Daul. Der Fraktionssaal ist bis auf den letzten Platz gefüllt. Um 16.35 Uhr werden die Ergebnisse des ersten Wahlgangs verkündet: Die 256 gültigen abgegebenen Stimmen verteilen sich wie folgt auf die vier Kandidaten: Gunnar Hökmark erhält 74 Stimmen, Joseph Daul 71, Antonio Tajani 62 und Othmar Karas 49. Im zweiten Wahlgang rückt Joseph Daul mit 88 Stimmen auf den ersten Platz vor, es folgen Gunnar Hökmark mit 86 und Antonio Tajani mit 77 Stimmen. Um 18.00 Uhr, im dritten Wahlgang, sind noch zwei Kandidaten im Rennen, wobei auf Joseph Daul 134 Stimmen und auf seinen Mitbewerber Gunnar Hökmark 115 Stimmen entfallen.

Für einige bestätigt dieser erfolgreiche Ausgang die traditionelle Linie der Fraktion, die sich der französisch-deutschen Verständigung verschrieben hat und der sozialen Marktwirtschaft sowie der Entwicklung einer Union zugeneigt ist, die auf einer Reihe gemeinsamer politischer Maßnahmen beruht. Die andere Linie, der die Anhänger Gunnar Hökmarks folgen, hätte eine liberalere Auffassung der Union bevorzugt, in der diese als Freihandelszone gesehen wird, die mit einer

großen atlantischen Zone verschmelzen soll. Da die Abstimmung in geheimer Wahl erfolgte, stellen die politischen Modelle der einzelnen Kandidaten zwar sicher einen der Aspekte für die Entscheidung, aber wohl nicht den einzigen dar. Daneben spielen bestimmte nationale Gruppierungen sowie persönliche Faktoren eine Rolle.

Joseph Daul nimmt auf dem Podium Platz. Seine erste Botschaft ist nur kurz und beschreibt den von ihm angestrebten Stil seiner Mandatszeit, die von Effizienz geprägt sein soll. Er macht zwei Zusagen: Die erste bezieht sich auf die nahe Zukunft und besteht natürlich darin, sich in der folgenden Woche für die Wahl Hans-Gert Pötterings zum Parlamentspräsidenten einzusetzen; mit der zweiten verschreibt er sich der ernsthaften politischen Herausforderung, den großen Vorsprung der EVP-ED-Fraktion gegenüber den anderen Fraktionen bei den Wahlen im Juni 2009 aufrechtzuerhalten.

Am 10. Januar wählt die Fraktion in Brüssel ihre zehn stellvertretenden Vorsitzenden: Othmar Karas, Marianne Thyssen^a, Struan Stevenson, Jaime Mayor Oreja, Vito Bonsignore, Gunnar Hökmark, József Szájer, Hartmut Nassauer, João de Deus Pinheiro und Marian-Jean Marinescu.

Möglichst effiziente Organisation der parlamentarischen Arbeit

Joseph Daul beherrscht meisterhaft die Kunst der Verhandlungsführung mit dem Ziel eines Kompromisses, in dem sich die Mehrheit der Beteiligten wiederfindet, sodass rasch zum Handeln übergegangen werden kann. An der Spitze einer Fraktion mit 278 Mitgliedern aus 27 Ländern und 51 nationalen Parteien wird es ihm nicht an Gelegenheiten mangeln, diese Fähigkeit unter Beweis zu stellen.

Die Aufteilung der Ämter zwischen den zehn stellvertretenden Vorsitzenden – stets eine schwierige Aufgabe – muss zügig vorgenommen werden. Zunächst gilt es, in Einzelgesprächen, bei denen Vertrauensverhältnisse eine Rolle spielen, gleich einem Beichtvater die Wünsche der Einzelnen zu ermitteln. Anschließend ist die Verteilung der Zuständigkeiten für die wesentlichen Tätigkeiten der Fraktion zu planen. Und schließlich muss dabei die kollegiale und staatenübergreifende Natur eines gewählten Organs geachtet werden, das als Vertretung der gesamten Fraktion und nicht der einzelstaatlichen Delegationen auftreten

^a Es ist anzumerken, dass dem neuen Fraktionsvorstand bei elf Mitgliedern nur noch eine Frau angehört, während im letzten zwei Frauen vertreten waren. Die Kandidaten oder Kandidatinnen für den Fraktionsvorstand werden von den nationalen Delegationen vorgeschlagen, je nach Anzahl der ihnen nach dem d'Hondt-Verfahren zustehenden Stellen.

will, vor allem, da diese in Form der monatlichen Sitzung des Präsidiums und der nationalen Delegationsleiter in Straßburg noch in einem weiteren Rahmen vertreten sind.

In den Aussprachen wird bald eine Einigung erzielt. Othmar Karas behält sein Amt als Schatzmeister und trägt weiterhin die Verantwortung für die externen Sitzungen der Fraktion sowie die Vorbereitung des Wahlkampfes. Marianne Thyssen, Struan Stevenson, Jaime Mayor Oreja, Gunnar Hökmark und João de Deus Pinheiro übernehmen jeweils den Vorsitz in einem der fünf Arbeitskreise A, B, C, D, E. Hartmut Nassauer wird mit den parlamentarischen Arbeiten betraut, wodurch ihm während der Plenarsitzungen eine Führungsrolle bei den Arbeiten im Zusammenhang mit der Abstimmung über Berichte zuteil wird. Vito Bonsignore übernimmt erneut den für die Beziehungen zu den einzelstaatlichen Parlamenten zuständigen Bereich, der häufig einem stellvertretenden Vorsitzenden aus Italien zufällt. József Szájer koordiniert die institutionelle Strategie der Fraktion und Marian-Jean Marinescu ist für die Beziehungen zu den Ländern der „Nachbarschaftspolitik“, einschließlich des Dialogs mit der orthodoxen Kirche, zuständig.

Konstituierende Sitzung und das d'Hondt-Verfahren

Von ebenso großer Bedeutung ist die Aussprache bei der konstituierenden Sitzung des Parlaments im Januar 2007. Wie jeweils zur Hälfte einer Wahlperiode üblich, ist über die Besetzung der Schlüsselpositionen in der Fraktion und im Parlament zu entscheiden. Hier stellt sich jedoch ein Problem: Einige Delegationen fordern eine Überprüfung der Modalitäten des d'Hondt-Verfahrens. Dieses Verfahren der proportionalen Aufteilung, benannt nach einem belgischen Politikwissenschaftler aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, wird mit Zustimmung aller Fraktionen seit Jahren angewandt. Der größte Vorteil des Verfahrens besteht in der strikten Wahrung der Verhältnismäßigkeit entsprechend der Größe der nationalen Delegationen. Jedem Amt, vom Fraktionsvorsitzenden bis zu den stellvertretenden Vorsitzenden der parlamentarischen Delegationen, wird eine bestimmte Punktzahl zugeordnet. Es wird eine Liste aufgestellt, und alle Delegationsleiter nennen bei einem Treffen mit dem Präsidium nacheinander, ihrer Größe entsprechend, ihre Wunschposten: zunächst die deutsche Delegation, dann die britische, die italienische Delegation usw. Die meisten „kleinen“ Delegationen sind erst an der Reihe, nachdem die „großen“ ihre Wahl mehrmals getroffen haben. Daher sind auch Flexibilität und politisches Taktgefühl vonnöten, damit sich niemand ernsthaft benachteiligt fühlt. Dem Vorsitzenden kommt bei diesen Treffen,

die häufig den Charakter eines agrarpolitischen Verhandlungsmarathons annehmen, eine bedeutende Rolle zu. So kann eine Entscheidung bei größeren Schwierigkeiten auf den Folgetag vertagt werden, wodurch sich zwischenzeitlich im Büro des Vorsitzenden mit den Betroffenen viele Lösungen entwickeln lassen.

Am 15. Januar werden die Verhandlungen mit einem relativ breiten Konsens abgeschlossen. Gunnar Hökmark wird mit der Leitung einer Arbeitsgruppe beauftragt, die für die Zukunft bestimmte strittige Punkte klären soll: Unterliegen die Ämter der Quästoren ebenfalls diesen Verhandlungen? Wie viele Punkte werden den einzelnen Ämtern zugeordnet? Wie werden die Koordinatoren bestimmt? Auch diese Feinheiten werden nach mehrmonatigen Diskussionen schließlich geklärt. Es wird beschlossen, dass die Ämter der Quästoren in die Verteilung nach dem d'Hondt-Verfahren einbezogen werden, die der Koordinatoren hingegen nicht, und dass den Posten jeweils zwischen einem und drei Punkten zugeordnet werden.

„Die Abwesenden haben immer Unrecht“

Der Fraktionsvorsitzende Joseph Daul liebt seine Arbeit und scheut keine Mühe, um für jedes Problem eine Lösung zu finden. Allerdings ist er auch der Überzeugung, dass diejenigen unter seinen Kollegen, die die wesentlichen Grundlagen der Gemeinschaftsdisziplin nicht achten, kaum für eine längere Karriere in der Fraktion geschaffen sind. Die wichtigste Regel, die die Fraktionsmitglieder seiner Ansicht nach einzuhalten haben, ist die, bei der Diskussion und der Entscheidung über die Themen, die bei der Sitzung auf der Tagesordnung stehen, anwesend zu sein. Will ein Abgeordneter, der während der Fraktionswoche in Brüssel gefehlt hat, in Straßburg eine bereits abgeschlossene Debatte noch einmal aufgreifen, so weigert sich der Vorsitzende ausdrücklich, die geleistete Arbeit infrage zu stellen. *„Die Abwesenden haben immer Unrecht“*, wiederholt er bei dieser Gelegenheit gerne, und niemand würde sich seiner Entschiedenheit widersetzen. Bei den Aussprachen wird Wert auf eine gewisse Zurückhaltung gelegt, um zu vermeiden, dass die gleichen Argumente mehrmals vorgebracht werden und dadurch weniger Zeit für andere Themen bleibt. Joseph Daul bemüht sich dabei aber immer um eine angemessene Antwort auf die Fragen seiner Kollegen. Tritt ein politischer Konflikt auf, bei dem sich zwei nationale Delegationen oder unterschiedliche Interessen gegenüber stehen, so schlägt er vor, unter der Leitung eines der zuständigen stellvertretenden Vorsitzenden eine kleine Arbeitsgruppe einzusetzen, um so eine Sackgasse oder eine angespannte Stimmung zu vermeiden. Gerne macht er auch in dem ihm eigenen entspannten Tonfall den

Vorschlag, die Diskussion bei einem Glas elsässischen Weißwein weiterzuführen ...

Gegenüber den anderen Fraktionen nimmt Joseph Daul eine sowohl kooperative als auch entschlossene Haltung ein. Ein kooperatives Herangehen ist geboten, wenn die Verträge eine absolute Mehrheit fordern, damit das Parlament von seiner Mitentscheidungsbefugnis Gebrauch machen kann. *„Im Europäischen Parlament hat auch die Arbeit mit den anderen Fraktionen große Bedeutung. Wenn ich mir den Gesundheitscheck der Gemeinsamen Agrarpolitik ansehe, so ist es der Fraktion in ihrer Zusammenarbeit mit den anderen Fraktionen stets gelungen, eine sehr starke Mehrheit, wenn nicht sogar Einstimmigkeit zu erzielen.“*¹⁰⁵²

Hingegen ist ein entschiedenes Vorgehen angebracht, wenn es um die Loyalität und Solidarität gegenüber der EVP-ED-Fraktion geht. So verhinderte Joseph Daul mit großer Entschlossenheit das Veto der Sozialdemokratischen Fraktion gegen die Ernennung von Gerardo Galeote zum Vorsitzenden der Konferenz der Ausschussvorsitzenden. Ebenso reagierte der Fraktionsvorsitzende unverzüglich auf den deplatzierten Einwurf von Daniel J. Hannan^a während der Plenarsitzung in Straßburg am 31. Januar 2008, als dieser Kritik an der Art Hans-Gert Pötterings, die Aussprachen zu führen, übte. Der konservative Abgeordnete aus Großbritannien wurde wenige Tage später formell aus der Fraktion ausgeschlossen. Da er sich der zahlenmäßigen Übermacht seiner Fraktion bei der Konferenz der Fraktionsvorsitzenden gewiss sein kann, bemüht sich Joseph Daul wie auch sein Vorgänger Hans-Gert Pöttering stets darum, den Positionen und Interessen der EVP-ED-Fraktion Vorrang einzuräumen. Allerdings lässt sich ohne absolute Mehrheit, wie es bei der Fraktion der Fall ist^b, nicht immer ein Sieg erringen. Der Vorsitzende muss daher häufig sein Verhandlungsgeschick unter Beweis stellen, um Gelegenheitsallianzen zu bilden. Dabei werden sowohl mit den Liberalen oder der Sozialdemokratischen Fraktion auf der linken Seite als auch mit der UEN-Fraktion auf der Rechten Kooperationen eingegangen.

Eine recht delikate diplomatische Angelegenheit bot dem Fraktionsvorsitzenden erneut Gelegenheit, die Solidarität mit seinen Kollegen und die Entschlusskraft, die eine solche Solidarität bisweilen verlangt, unter Beweis zu stellen: Im Anschluss an Reisen des Fraktionsvorstands nach Washington und Peking wurde auch Kontakt mit Moskau aufgenommen. Im Herbst 2008 folgte darauf eine Einladung, die auch

a Siehe Seite 377.

b Die absolute Mehrheit der Mitglieder des Parlaments ist mit 393 Stimmen erreicht. Der EVP-ED-Fraktion fehlen somit im Jahr 2008 105 Stimmen (393 – 288 = 105), die in anderen Fraktionen gefunden werden müssen.

ein Zusammentreffen mit Ministerpräsident Wladimir Putin einschloss – wobei diese Einladung allerdings nur dem Fraktionsvorsitzenden selbst galt. Joseph Daul bekräftigte mehrmals, nicht ohne seine Kollegen, die stellvertretenden Vorsitzenden, anreisen zu wollen. Da der Kreml dies ablehnte, wurde die Reise zunächst verschoben und fand schließlich vom 11. bis 13. Februar 2009 gemäß den Bedingungen der Fraktion statt.

Ausweitung und Neuordnung der Organe der Fraktion

Seit die Zahl der Fraktionsmitglieder ab dem Jahr 2000 so stark gestiegen war, hat auch die Vielfalt ihrer Organe, Arbeitsgruppen, interfraktionellen Arbeitsgruppen, Stiftungen und Think Tanks zugenommen, die den Vorzug bieten, auf politischer Ebene sehr aktiv zu sein und sich die Fähigkeiten und die Eigeninitiative ihrer aktivsten Mitglieder zunutze machen zu können. Bei der Sitzung des Fraktionsvorstands am 22. April 2008 betonte Joseph Daul, wie wichtig es sei, die verschiedenen Strukturen besser aufzuteilen und zu koordinieren, um Doppelarbeit und Konkurrenz zu vermeiden. So ist die Fraktion bisher für die Schuman-Stiftung verantwortlich, die auf Initiative von Egon Klepsch gegründet wurde und mit ihrem Eigenkapital die Ausbildung von Praktikanten aus den neuen Ländern sowie andere Tätigkeiten finanziert, wie Veröffentlichungen oder die Teilnahme an Konferenzen zur Förderung christdemokratischer Ideale. 2008 wird sie von Jacques Santer geleitet. Davon unabhängig ist das Robert-Schuman-Institut: Dieses hat seinen Sitz in Budapest und ist ebenfalls auf die Förderung von Fortbildungsmaßnahmen für junge Menschen aus Parteien ausgerichtet, die der EVP nahestehen. Das Europäische Ideen-Netzwerk EIN (European Ideas Network), seit dem Rücktritt von James Elles am 11. März 2008 unter Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden Jaime Mayor Oreja, organisiert Sitzungen thematischer Arbeitsgruppen sowie zusammen mit einer Reihe von europäischen Mitte-Rechts-Think Tanks eine jährliche Sommeruniversität.

Schließlich trifft seit 1997 regelmäßig jeweils in einem der Länder des Balkans der orthodoxe Dialog zusammen, der zudem „regionale Dialoge“ mit Georgien, der Ukraine und der Republik Moldau organisiert. Auf gleiche Weise sorgen der Europa-Mittelmeer-Dialog sowie der europäisch-arabische Dialog und die Gipfeltreffen mit den Mitgliedern der nationalen Parlamente für eine zunehmend stärkere Wirkung der Fraktion, die weit über die Aktivitäten des Parlaments hinausgeht.

Allein die Zahl der öffentlichen Anhörungen, die im Rahmen der ständigen Arbeitskreise A, B, C, D und E seit Januar 2008 veranstaltet werden, demonstriert das Interesse der Abgeordneten an den Möglichkeiten, die

ihnen die Fraktion und das Parlament bieten: So finden unter anderem Anhörungen zu den Themen Syrien, Pflanzenschutzmittel, Roamingverordnung, Frauen und Unternehmen, zivile Luftfahrt, Raketenabwehrschirm, Atommüll, Schiffsunfälle, handelspolitische Schutzinstrumente, Scharia in Europa, staatliches Handeln in der Europäischen Union, Verkehr, Überwachung der Finanzmärkte, Regionalpolitik, Mobilität der Studierenden, Tibet, GAP, Frauen und Spiritualität statt.

Eine der zahlreichen Aufgaben Joseph Dauls besteht angesichts dieser Vielfalt darin, Konflikte hinsichtlich der Veranstaltungstage oder der Benennung eines Vorsitizes zu schlichten, wobei ihn das Sekretariat unterstützt, das für die Organisation derartiger Aktivitäten unentbehrlich ist. Er sieht sich sogar gezwungen, einige der Vorschläge, die dem Vorsitz unterbreitet werden, abzulehnen. Die zeitlichen Beschränkungen hängen unweigerlich damit zusammen, wie viel Zeit während der Fraktionssitzung in Brüssel vor einer Tagung in Straßburg sowie während den Wochen der Mini-Plenartagungen in Brüssel und der Tagung in Straßburg zur Verfügung steht. Die Verwaltung des Europäischen Parlaments stellt der Fraktion bestimmte Mittel zur Verfügung, was vor allem die Nutzung von Sitzungsräumen^a sowie Dolmetscherteams beinhaltet. Die Sitzungen der Fraktion, das heißt allgemeine Fraktionssitzungen, Arbeitskreissitzungen, der Vorsitz, der Vorstand und die Leiter der Delegationen haben dabei natürlich Vorrang. Das Tagespensum der Fraktion hat sich somit im Laufe der Jahre zu einer beeindruckenden Folge von Versammlungen entwickelt, zu denen noch die Treffen der einzelnen nationalen Delegationen kommen, für die keine Verdolmetschung erforderlich ist.^b

Vervollständigen ließe sich diese Aufzählung durch die Veranstaltung von Studientagen und externen Vorstandssitzungen außerhalb der Arbeitsorte des Parlaments, wie 2008 im Februar in Nikosia, im

a In Straßburg finden die Fraktionssitzungen im Robert-Schuman-Forum im Louise-Weiss-Gebäude statt. In Brüssel werden sie nach zehn Jahren im Paul-Henri-Spaak-Gebäude nun seit Dezember 2008 in einem Raum des neuen József-Antall-Gebäudes abgehalten, der 450 Personen Platz bietet.

b Im Bemühen um eine Rationalisierung der verfügbaren Zeit und eine Beschleunigung der Beschlussfassung in der Fraktion fasst das Präsidium am 6. Mai 2009 einen Beschluss, wonach die Funktionsweise der Arbeitskreise geändert wird. Ihre Anzahl wird von fünf auf vier reduziert, wobei ihnen jeweils ein stellvertretender Fraktionsvorsitzender vorsitzt. Die vier Arbeitskreise treffen sich jeweils dienstags während der Fraktionswoche in Brüssel. Vorher findet jeweils ein Vorstandstreffen statt, an dem der Vorsitzende, zwei stellvertretende Vorsitzende und die Koordinatoren teilnehmen und bei denen gedolmetscht wird. Bei den dadurch besser vorbereiteten Treffen der Arbeitskreise können dann Entscheidungen getroffen werden, sodass am darauffolgenden Mittwoch beim Plenum der Fraktion und dann in Straßburg weniger Diskussionen innerhalb der EVP-ED-Fraktion erforderlich sind.

April in Portorož in Slowenien, im Juli in Paris und im Oktober auf der Insel La Réunion, zu denen noch die Sitzungen der orthodoxen Dialoge im März in Georgien, im Juli in der Ukraine und im Oktober in Rumänien hinzukommen, außerdem die Universität der EIN im August in Fiuggi in Italien. Dies vermittelt eine Idee davon, zu welcher mächtigen Politik- aber auch Verwaltungsmaschine die Fraktion im Laufe der Jahre geworden ist.

Der persönliche Einsatz Joseph Dauls für die Unterstützung der Schwesterparteien in Mittel- und Osteuropa

Nach Ansicht des Fraktionsvorsitzenden sollte die in der EU praktizierte Kultur der Zusammenschlüsse, des Einbeziehens der Partner und des Teamgeistes auch auf die Beziehungen mit den neuen Ländern ausgeweitet werden. Joseph Daul misst den Kontakten mit den Ländern, die zwischen 2004 und 2007 der Union beigetreten sind, große Bedeutung bei. Er erklärt, seine Tätigkeit sei stark von Reisen in diese Länder geprägt gewesen, damit sich diese gut in Europa einfügen und wir im Jahr 2009 nicht mehr von alten und neuen Ländern sprechen müssen.¹⁰⁵³

Eine Strategie der drei Stufen: erstens, die neuen Mitglieder der EU

Zwischen Januar 2007 und Juni 2009 verfolgt der neue Vorsitzende eine Strategie in drei Stufen. Zunächst versichert er die Parteien der beiden neuen Länder, deren EU-Beitritt mit dem Beginn seines Fraktionsvorsitzes zusammenfällt, Rumänien und Bulgarien, seiner Unterstützung sowie seines besonderen Bemühens darum, sie in der Fraktion gut vertreten zu wissen. Während des Wahlkampfes für die ersten Wahlen zum Europäischen Parlament in Rumänien reist er am 7. Oktober 2007 nach Timișoara, um die demokratische Partei des Staatspräsidenten Traian Băsescu, zu unterstützen.

Bei seinem Besuch in Sofia wird eine erweiterte Repräsentanz Bulgariens in der Fraktion in Aussicht gestellt. Hier trifft er mit Boiko Borisov zusammen, dem Vorsitzenden der neuen Partei GERB, „Bürger für eine europäische Entwicklung in Bulgarien“, und versichert ihm, dass die EVP-ED-Fraktion die neu auf die politische Bühne Bulgariens getretene Partei herzlich willkommen heißen wird. Fünf Abgeordnete werden aus dieser Partei gewählt und der Fraktion angehören. Diese profitiert vor allem von der wachsenden rumänischen Vertretung, einer Allianz aus der Demokratischen Partei und der Liberalen Partei, da sich die Zahl der Fraktionsmitglieder dadurch um 18 Abgeordnete

erhöht und die Fraktion im Januar 2008 mit 288 Mitgliedern so stark sein wird wie nie zuvor. Mit ihrer Vorstandssitzung in Sofia am 19. und 20. März 2009, wenige Wochen vor den Europawahlen, stellt die Fraktion erneut ihren Einsatz für die proeuropäischen demokratischen Kräfte in einem neuen Mitgliedsland der Union unter Beweis.

Der Fraktionsvorsitzende reist auch nach Slowenien, um dort den Kandidaten für die Präsidentschaftswahl am 21. Oktober 2007, Alojz Peterle, zu unterstützen, der Mitglied der EVP-ED-Fraktion ist und bei der Demokratisierung Sloweniens eine historisch bedeutsame spielte.

Ebenso unterstreicht er bei seinem Besuch in der Slowakei im Juni 2006 den persönlichen Beitrag von Mikuláš Dzurinda, zwischen 1998 und 2006 Vorsitzender einer Mitte-Rechts-Koalition, zur Modernisierung und zum Wiederaufbau seines Landes. Die Fraktion unterstützt zudem Iveta Radicova, Kandidatin der rechten Mitte und der EVP-ED bei den Präsidentschaftswahlen in der Slowakei, die im zweiten Wahlgang vom 5. bis 12. April 2009 im Duell mit dem amtierenden sozialdemokratischen Präsidenten Ivan Gasparovic ein achtbares Ergebnis erzielt.

Auch Ungarn konnte sich der Unterstützung der Fraktion gewiss sein, nachdem der sozialdemokratische Ministerpräsident im Oktober 2006 die umstrittene Entscheidung traf, das ungarische Parlament von der Polizei absperren zu lassen und so die Abgeordneten der FIDESZ an der Ausübung ihrer politischen Rechte zu hindern. Joseph Daul reist am 19. Mai 2007 nach Budapest und spricht auf Einladung von Viktor Orbán, dem ehemaligen Ministerpräsidenten, vor dem Kongress dieser Partei. *„Es gibt keine alten und neuen Länder, nur alte Ideen und neue Ideen, politische Führer der „alten Art“ und politische Führer, die als Neuerer und Reformatoren auftreten“*, ruft der Fraktionsvorsitzende aus.

Polen nimmt in der Strategie der persönlichen Kontakte, die Joseph Daul mit den Vorsitzenden der Parteien der EVP in den neuen Ländern pflegt, einen besonderen Platz ein. Der erste Kontakt mit Donald Tusk, dem Vorsitzenden der Bürgerplattform, kommt am 20. September 2007 in Warschau anlässlich der Sommeruniversität des Europäischen Ideen-Netzwerkes zustande. Donald Tusk gewinnt die folgenden Parlamentswahlen und kann die Fraktion bei ihren Studentagen in Warschau am 28. April 2009 als Ministerpräsident seines Landes begrüßen. In Warschau spricht außerdem der stellvertretende Ministerpräsident und Wirtschaftsminister Waldemar Pawlak, der Vorsitzende der anderen Komponente der Regierungsmehrheit, der Polnischen Volkspartei, und ebenfalls Mitglied der EVP, vor der Fraktion.

Die baltischen Länder stehen ebenfalls auf der Agenda der Fraktion: So gratuliert Joseph Daul am 26. Februar 2009 Valdis Dombrovskis,

Mitglied der Fraktion seit 2004, zu seiner Ernennung in das Amt des lettischen Ministerpräsidenten. Dies wird für den 38-jährigen Wirtschaftswissenschaftler, der mit der Bewältigung der Finanzkrise, einer der schwersten Krisen des Landes seit seiner Unabhängigkeit, konfrontiert ist, sicher keine leichte Aufgabe.

Zudem tagt der Fraktionsvorstand am 16. und 17. April 2009 in Tallinn, wo er mit Tunne Kelam, einem der Teilnehmer des demokratischen Widerstandes gegen den Kommunismus und einzigem Mitglied der estnischen Delegation, sowie mit dem ehemaligen estnischen Ministerpräsidenten und Vorsitzenden der Partei Isamaa ja Res Publica Liit (IRL), die seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion ebenfalls der EVP angehört, Maart Laar, zusammentrifft. Zu den strategischen Themen, mit denen sich die Fraktion in Tallinn befasst, gehören die künftigen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland, die Sicherheit an den Außengrenzen und die Entwicklung des Baltikums.

Zweitens, die künftigen Beitrittskandidaten

Im Februar 2003 reichte Kroatien seine Bewerbung um den Beitritt zur Europäischen Union ein. Dieses dem ehemaligen Jugoslawien angehörende Land zählt bereits seit Jahrzehnten kulturell und wirtschaftlich zu Europa, und sein Ministerpräsident Ivo Sanader, dessen Partei der EVP angehört, setzt alles daran, dass sein Land 2010 der EU beitreten kann. Bei einem Empfang in Zagreb am 9. Januar 2009 bekräftigt Joseph Daul, dass seine Fraktion, die auch ihre Vorstandssitzung im Mai 2006 in Split abhielt, diese Bewerbung weiterhin unterstützt. Der Beitrittsprozess ist seit vielen Jahren von einem Territorialstreit mit Slowenien überschattet, den die politischen Organe der beiden Länder durch gegenseitigen guten Willen überwinden müssen.

Der Fall der Ukraine ist komplexer, sodass hier noch kein Datum für einen möglichen Beitritt feststeht. Ein großer Teil der Fraktion, darunter die Delegationen Polens und der baltischen Staaten, spricht sich für eine unumkehrbare Annäherung aus, die schließlich in einen vollständigen Beitritt dieses großen Landes münden sollte. Bedingt durch ihre geografische Lage und ihre Geschichte ist die Ukraine, die sich auch um die Aufnahme in die NATO bemüht, die letzte geopolitische Pufferzone zur ehemaligen Sowjetunion. Seit der „Orangen Revolution“ im Jahr 2004 bemüht sich das Land um einen Weg nach Europa, muss sich dabei aber immer der schwierigen, von Energieabhängigkeit geprägten Beziehungen zu seinem mächtigen Nachbarn Russland sowie auch dessen argwöhnischen Befindlichkeiten bewusst sein. Der Fraktionsvorsitz traf am 13. Juni 2008 in Kiew zusammen und bekräftigte erneut die Unterstützung der EVP für wirtschaftliche Reformen, die

Bekämpfung der Korruption sowie den verstärkten Schutz der Bürger vor Kriminalität. Für den Fraktionsvorstand ist es natürlich nicht leicht, über die interne politische Rivalität zwischen dem ukrainischen Präsidenten Wiktor Juschtschenko und seiner Ministerpräsidentin Julia Timoschenko hinwegzusehen, die vielfach harsche Züge annimmt. Allerdings ist festzustellen, dass die beiden ukrainischen Regierungsführer zwar auf persönlicher Ebene Rivalen sind, gleichzeitig aber insgesamt die gleiche, westlich orientierte Zukunftsvision für ihr Land haben und sich über den gemeinsamen Wunsch, die Bindungen zur EVP enger zu gestalten und den europäischen Weg ihres Landes weiter zu verfolgen, näher kommen.^a

Und drittens, die Länder der „östlichen Nachbarschaft der Union“

Die Ukraine, die sich nicht offiziell um eine Mitgliedschaft bei der EU beworben hat, ist die bedeutendste politische Macht in einer geografischen Zone, die sich vom östlichsten Rand Europas bis in den Kaukasus erstreckt. Weitere ehemalige Sowjetrepubliken wurden von der Europäischen Union zu einer umfassenden regionalen Partnerschaft eingeladen, so die Republik Moldau, die selbst naturgemäß enge Beziehungen mit Rumänien unterhält; Georgien, das seine eigene demokratische Revolution durchgeführt hat und sich mit Russland nach wie vor in einem schwelenden Konflikt befindet, sowie Armenien, Aserbaidschan und Belarus, das zwar weiterhin autoritär regiert wird, dabei aber im Ausland auch für seine aktiven demokratischen Kräfte bekannt ist. Mit Blick auf die am 7. Mai 2009 in Prag zwischen der Europäischen Union und diesen sieben Ländern unterzeichnete „EURONEST“-Ver einbarung schlagen der Fraktionsvorsitzende und der Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Parlaments, Jacek Saryusz-Wolski, der Konferenz der Präsidenten des Parlaments die Einrichtung einer gemeinsamen Versammlung aller Teilnehmer von EURONEST vor. Am 15. Januar 2009 unterstützt das Parlament diesen Vorschlag, der nach den Wahlen im Juni 2009 und der Einsetzung des neuen Parlaments umgesetzt werden soll. Der künftigen Versammlung, die sich an dem Modell der Versammlung EUROMED mit den Anrainerstaaten des südlichen Mittelmeeres und der EUROLAT mit den Ländern Lateinamerikas orientiert, werden 120 Mitglieder angehören, die jeweils zum gleichen Teil aus dem Europäischen Parlament und aus den Parlamenten der östlichen Partnerländer stammen. Thema der Versammlung wird der gemeinschaftliche Umgang mit so

a Dieses ausgeprägte Interesse an der EVP äußert sich zum Beispiel durch die gleichzeitige Anwesenheit der beiden Konkurrenten beim EVP-Gipfel am 19. März 2009 in Brüssel.

heiklen Fragen wie Energieversorgung, Umwelt, Bekämpfung der organisierten Kriminalität und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit sein. Für die EVP ist die Einrichtung dieser Verbindungen die demokratischste Möglichkeit, die Stabilisierung dieser Länder zu unterstützen, die in ihrer Nachbarschaft zu Russland, das die Auflösung der Sowjetunion und das Ende der auf die Zarenzeit zurückgehenden territorialen Ambitionen in der Region weder auf politischer Ebene noch in der öffentlichen Meinung wirklich akzeptiert hat, immer noch Unbehagen verspüren.

Die schwierige, aber unumgängliche Partnerschaft mit Russland

Bei den zahlreichen Besuchen und politischen Kontakten, die Joseph Daul zusammen mit den hochrangigen EVP-Mitgliedern in den neuen mittel- und osteuropäischen Ländern sowie in den östlichen Nachbarländern unterhielt, konnte er sich ein Bild von dem Einfluss Russlands in dieser Region machen, das insgesamt als schwieriger, gelegentlich auch als bedrohlicher Partner empfunden wird, mit dem aber dennoch unbedingt partnerschaftliche Beziehungen aufrechterhalten werden müssen. Der Fraktionsvorsitz fasst daher den Beschluss, über die parlamentarischen Partner der Fraktion in der Duma mit den russischen Verantwortlichen zusammenzutreffen. Zudem soll die Praxis von regelmäßigen Treffen mit den Mitgliedern des US-Kongresses, die Hans-Gert Pöttering in der vorangegangenen Wahlperiode eingeführt hatte, auch auf Russland ausgeweitet werden.

Die für den Herbst 2008 geplante Reise wurde verschoben, weil die russischen Verantwortlichen wissen ließen, dass Ministerpräsident Wladimir Putin bereit sei, ausschließlich Joseph Daul, nicht aber die anderen stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden zu treffen. Der Fraktionsvorsitzende lehnte dies ab, und schließlich akzeptierte der Kreml den Vorschlag eines Treffens am 13. Februar 2009 zwischen dem Ministerpräsidenten und der Delegation der Fraktion, der neben dem Vorsitzenden die stellvertretenden Vorsitzenden Othmar Karas, Jaime Mayor Oreja, József Szájer, Hartmut Nassauer, Struan Stevenson und Marian-Jean Marinescu angehörten.

Der Vorsitz wurde bei seiner Ankunft vom Präsidenten der Duma, Boris Gryslov, und mehreren Ausschussvorsitzenden sowie zwei Regierungsmitgliedern begrüßt, mit denen er Fragen bezüglich der Achtung der Menschenrechte und der Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und Russland in den Bereichen Wirtschaft und Energie besprach, die noch verstärkt werden könnte.

Das Treffen mit Wladimir Putin fand im „Weißen Haus“ statt, dem Sitz des Ministerpräsidenten. Dieser betonte, wie wichtig ihm die

Verbindungen zur stärksten Fraktion im Europäischen Parlament sind. Die Aussprache verlief in einer offenen Atmosphäre, wie es im diplomatischen Sprachgebrauch heißt, wonach alle Beteiligten sehr direkte Argumente vorbringen. Zunächst ging es um die Frage der Menschenrechte. Wladimir Putin erklärt, die Beziehungen müssten ausgeweitet und vertieft werden, zeigt sich aber sehr erstaunt darüber, was das Parlament über Russland sagt. Er frage sich, woher die Besucher diese Informationen beziehen¹⁰⁵⁴, und fährt dann mit der Feststellung fort, dass einige Länder der Europäischen Union weit davon entfernt seien, ihre Minderheitenprobleme auf vollständig demokratische Art und Weise gelöst zu haben. In Russland gebe es 145 Millionen Bürger aus unterschiedlichen ethnischen Gruppierungen, von denen der Großteil jeweils eine eigene Sprache spreche. Dies sei das Ausmaß, mit dem das Land konfrontiert sei. Die Unterredung dauerte eineinhalb Stunden und gab Joseph Daul Gelegenheit, alle ihm bedeutsam erscheinenden Fragen mit Wladimir Putin zu besprechen: die Zukunft der Handelsbeziehungen, die Energiesicherheit, die Landwirtschaft, die Beziehungen zur Ukraine und zu Georgien, die neue Regierung der Vereinigten Staaten sowie Sicherheitsaspekte. Das aber wohl markanteste Thema für das EVP-ED Präsidium war die Nachdrücklichkeit, mit der der russische Premierminister den gemeinsamen Raum der christlichen Zivilisation betonte, dessen Grundlage die Werte bildeten, die Russland und Europas gemein seien. Der Vorsitz erhielt von Wladimir Putin die klare Botschaft, dass dessen Partei „Einiges Russland“ sich der EVP und ihrer Fraktion annähern will. In seinen Schlussfolgerungen nach der Rückkehr nach Brüssel äußerte Joseph Daul die Ansicht, dass der Vorschlag Wladimir Putins einer koordinierten Abstimmung mit der Partei bedürfe, und dass die Fraktion die Arbeiten der russischen Menschenrechtsvereinigung aufmerksam verfolgen werde.

Der Fraktionsvorsitzende unter dem deutschen Ratsvorsitz (Januar-Juni 2007) und dem französischen Ratsvorsitz (Juli-Dezember 2008)

Die Uhren stehen günstig für Joseph Daul, da er sein Amt im Januar 2007 übernimmt, als auf der politischen Bühne Europas ihm sehr vertraute Akteure ihren Auftritt haben. Der neugewählte Parlamentspräsident Hans-Gert Pöttering behält die Arbeiten der Fraktion weiterhin aufmerksam im Blick. Er wohnt jeder dienstagabends stattfindenden Sitzung in Straßburg bei. Sein Kabinett besteht mehrheitlich aus Mitarbeitern, die dem Fraktionssekretariat angehörten oder ihm nahestehen,

angefangen beim Kabinettschef Klaus Welle. Der ehemalige Generalsekretär der Fraktion ist für die EVP-ED weiterhin ein täglicher Gesprächspartner, dessen strategisches und organisatorisches Talent die politische Führung der Fraktion sehr zu schätzen weiß. Zudem ist er ein Weggefährte des neuen Generalsekretärs Martin Kamp, der sein Amt auf Vorschlag von Joseph Daul am 1. September 2007 antritt. Ab dem Beginn des Jahres 2007 erkennen Hans-Gert Pöttering, Joseph Daul und Klaus Welle die Chance, die sich der Fraktion dadurch bietet, dass ihr mit dem Kommissionspräsidenten José Manuel Durão Barroso, der aus der gleichen politischen Familie stammt^a, sowie Angela Merkel als amtierende EU-Ratspräsidentin vom 1. Januar bis zum 30. Juni 2007 wichtige Ansprechpartner zur Verfügung stehen.

Noch günstigere Voraussetzungen ergeben sich mit der turnusmäßigen Übernahme der Ratspräsidentschaft durch Frankreich vom 1. Juli bis 31. Dezember 2008, die von Nicolas Sarkozy wahrgenommen werden könnte. Frankreich befindet sich gerade mitten im Wahlkampf. Dabei tritt Nicolas Sarkozy, dessen Initiativkraft und Aktionsfreude sowie dessen Engagement für die Rolle Frankreichs in Europa allgemein anerkannt werden, gegen die sozialistische Kandidatin Ségolène Royal an. Sein anhaltender Vorsprung in den Meinungsumfragen lässt auf einen Sieg hoffen. Die Chance, dass Deutschland und Frankreich in so rascher Folge den Ratsvorsitz innehaben, wird in Zukunft nur sehr selten auftreten, solange der Grundsatz des halbjährlich wechselnden Vorsitzes jedes der 27 Staaten beibehalten wird. Es wird mindestens dreizehneinhalb Jahre, für den Fall des Beitritts Kroatiens auch 14 Jahre dauern, bis die beiden großen Gründerländer wieder so viel Verantwortung tragen. Zudem ist nicht gewährleistet, dass die Reihenfolge weiterhin zu einer solchen zeitlichen Nähe führt.

Selbstverständlich wird Joseph Daul bald der Bundeskanzlerin vorgestellt, zu der Hans-Gert Pöttering ein gutes Verhältnis hat. Angela Merkel empfängt Joseph Daul am 10. Januar in Berlin. Die proeuropäische politische Linie der CDU hat seit der starken Ära von Kanzler Kohl neuen Schwung erhalten.

a Der Barroso-Kommission, zu der seit ihrer Gründung am 22. November 2004 mit dem Slowaken Ján Figel' ein ehemaliges Fraktionsmitglied zählt, gehören ebenfalls der EVP nahestehende Kommissionsmitglieder an, wie Vizepräsident Jacques Barrot, Franco Frattini, der nach dem Sieg Silvio Berlusconi am 13. April 2008 zum Außenminister ernannt und durch den Vorsitzenden der italienischen Delegation der Fraktion, Antonio Tajani, ersetzt wird, das ehemalige Fraktionsmitglied Viviane Reding, der Grieche Stavros Dimas, Joe Borg aus Malta, die Österreicherin Benita Ferrero-Waldner und der Lette Andris Piebalgs. Der Fraktionsvorsitz und die der EVP nahestehenden Kommissionsmitglieder kommen bei einem monatlichen Essen an jedem Dienstag der Fraktionswoche in Brüssel zusammen.

Die Christdemokraten als Initiatoren der Erklärung von Berlin vom 24. März 2007

Anfang 2007 erwartet Europa eine neue Initiative, mit der die Union die institutionelle Krise – beschönigend als Reflexionsphase bezeichnet – nach der Ablehnung des Verfassungsvertrags durch die französischen und niederländischen Wähler im Frühjahr 2005 zu überwinden vermag. Es ist Zeit, dass die am europäischen Aufbauwerk Beteiligten sich feierlich zum Gemeinschaftssystem bekennen. Am 24. März 2007 lädt Angela Merkel den Rat der EVP-Regierungschefs und -Parteien nach Berlin ein, um den 50. Jahrestag der Römischen Verträge zu begehen. Der Ratspräsident, der Präsident des Europäischen Parlaments und der Kommissionspräsident unterzeichnen eine „Erklärung zu Europa“, in der die gesamten Errungenschaften des europäischen Aufbauwerks für die Völker hervorgehoben werden und die Zusage gegeben wird, eine gemeinsame Vision für die Zukunft des Kontinents zu entwerfen.

Joseph Daul ist ebenfalls in Berlin dabei. Bei der Veranstaltung geht es neben der symbolischen Botschaft dieses Gedenktages im Herzen des vereinten Kontinents um die Schritte, mit denen der scheinbar zum Stillstand gekommene europäische Prozess unverzüglich wieder in Gang gebracht werden kann.

Die Wahl von Nicolas Sarkozy stärkt den Einfluss der EVP

Frankreich befindet sich inmitten des Wahlkampfes für die einige Wochen später stattfindenden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen. Nicolas Sarkozy, in Europa-Fragen beraten von Alain Lamassoure, unterbreitet einen Vorschlag: Er regt an, einen neuen, sehr viel kürzeren Vertrag aufzusetzen, in dem die wesentlichen institutionellen Bestimmungen der Verfassung beibehalten, aber keine wirtschaftlichen und sozialen Fragen angesprochen werden, die in einem Teil der Öffentlichkeit für Ängste und Missverständnisse gesorgt haben. Angela Merkel und Hans-Gert Pötering zögern zunächst, die sorgfältig ausgeführte Arbeit der Mitgliedstaaten infrage zu stellen. Welches Interesse verfolgt Europa? Es will der Krise entkommen und seinen Weg angesichts der beschleunigten Globalisierung weiterverfolgen. Joseph Daul steht dem Mini-Vertrag positiv gegenüber und sieht darin das Bemühen um eine Vereinfachung und einen realistischen Schritt in der herrschenden politischen Stimmung.

Die Wahl von Nicolas Sarkozy am 6. Mai 2007 und die rasche Bildung der Regierung (der mit Roselyne Bachelot und Brice Hortefeux zwei Fraktionsmitglieder angehören) geben einen entscheidenden Impuls. Joseph Daul hat ein gutes Verhältnis zu dem neuen französischen

Präsidenten, zu dem er einen direkten Zugang hat, sowie auch zu Premierminister François Fillon. Nicolas Sarkozy und Angela Merkel, die schließlich ebenfalls von dem Mini-Vertrag überzeugt ist, stimmen ihre Kollegen im Europäischen Rat auf eine erneute Regierungskonferenz ein. Jetzt gilt es, rasch zu handeln. Der portugiesische Ratsvorsitz führt die Aufgabe fort, und am 23. Juli wird in Lissabon die mit der Ausarbeitung eines „vereinfachten EU-Vertrags“ beauftragte Regierungskonferenz eröffnet.

Dublin blockiert den vereinfachten Vertrag (13. Juni 2008)

Unverzüglich wird mit der Ausarbeitung des neuen Vertrags begonnen. Alain Lamassoure fordert einen „Vertrag mit der Schere“, bei dem die wesentlichen in der Verfassung vorgeschlagenen institutionellen Reformen beibehalten werden. Anschließend muss er noch ratifiziert werden, damit die neuen Bestimmungen zeitgleich mit den Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2009 und der Wiedereinsetzung der Barroso-Kommission in Kraft treten können. Dafür greifen alle Staaten auf das Verfahren der parlamentarischen Ratifizierung zurück – abgesehen von Irland, wo die Verfassung ein Referendum vorsieht.

Es folgt der Schock des 13. Juni 2008: Die irische Bevölkerung lehnt den Vertrag mit 53 % der abgegebenen Stimmen ab. Joseph Daul bringt die Bestürzung des gesamten EVP-Teils der Fraktion zum Ausdruck. Einige britische Mitglieder des ED-Teils hingegen sind wohl fast erfreut ...

Europa stürzt erneut in eine tiefe Krise. Wieder ist Geduld gefordert – was jedoch keine Tatenlosigkeit bedeutet. Zwei Wochen nach dem Donnerschlag von Dublin übernimmt Nicolas Sarkozy den amtierenden Ratsvorsitz der Europäischen Union. Die Fraktion hatte in Vorbereitung auf das Treffen mit dem Staatspräsidenten in der ersten Juliwoche ihre Studientage in Paris geplant. Am 2. Juli um 18.00 Uhr werden die Mitglieder der Fraktion im Elysée-Palast empfangen, wo Nicolas Sarkozy sich mit Bestimmtheit an seine Zuhörer wendet. Es gebe nur die Wahl, den Prozess fortzusetzen oder bei der Globalisierung auf der Strecke zu bleiben. Er wolle ein starkes Europa, das seinen Verpflichtungen nachkommt. Die Iren müssten sich bewusst werden, wie viel es die Gesamtheit kostet, wenn sie ihre Blockade nicht aufheben, angefangen damit, dass der Erweiterungsprozess ins Stocken gerät. Der französische Präsident ermahnt die Europaabgeordneten, mit allen Mitteln weiter aktiv zu bleiben.^a

^a Nicolas Sarkozy spricht sich bei dieser Gelegenheit auch dafür aus, dass Joseph Daul seine Arbeit im Parlament auch über den Juni 2009 hinaus fortsetzt.

Die Invasion in Georgien und die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise (August-Oktober 2008)

Drei Wochen später wird Europa durch den brutalen Einfall russischer Panzer in Georgien daran erinnert, dass es seine Rolle erfüllen muss, um einen Rückfall in Imperialismus und Krieg zu vermeiden. Nicolas Sarkozy stellt erneut seine Reaktionsfähigkeit unter Beweis. Nach kurzfristigen Treffen zwischen Russen, Europäern und Amerikanern werden ein Waffenstillstand sowie die Grundlagen für eine Einigung erzielt.

Das Aufatmen ist jedoch nur von kurzer Dauer. Im Jahr 2008 fällt die Sommerpause aus, als die Finanzkrise, aus dem Konkurs einiger amerikanischer Banken entstanden, die Börsen auf der ganzen Welt in Turbulenzen stürzt. Auch hier findet Nicolas Sarkozy gemeinsam mit Gordon Brown, Angela Merkel, dem Präsidenten der Euro-Gruppe, Jean-Claude Juncker, und dem Präsidenten der EZB, Jean-Claude Trichet, eine Lösung. Im September einigen sie sich auf einen Plan zur Unterstützung der Banken, um so eine Panik unter den Sparern und den Zusammenbruch des Finanzsystems zu verhindern. Nicolas Sarkozy ist sich der Bedeutung der Unterstützung durch das Europäische Parlament bewusst und folgt am 22. November einer Einladung, sich hier zu äußern. Bei dieser Gelegenheit erinnern ihn seine Parteifreunde von der UMP im Parlament daran, wie wichtig es ist, mit allen 27 Ländern der Union gemeinsam zu handeln, um keine Befürchtungen hinsichtlich einer Vorherrschaft der großen Länder aufkommen zu lassen. Zwar besteht stets die Versuchung, Fragen zu Europa mit einigen der großen Führungspersönlichkeiten zu besprechen, doch ohne Vertrauen kann die Union nicht funktionieren. Es muss die nötige Zeit aufgebracht werden, um alle Regierungen zu überzeugen und an der gemeinsamen Entscheidung teilhaben zu lassen, um zu verhindern, dass Hintergedanken und Frustrationen zur Gründung von heimlichen Allianzen und Gegenbewegungen beitragen. Dies würde dazu führen, dass die Union in Einzelteile zerfällt. Um dem vorzubeugen, spricht sich Joseph Daul für Solidarität und eine abgestimmte Reaktion gegenüber der Krise aus, da seiner Ansicht nach Europa in Krisen stets vorangeschritten sei. Europa halte in Krisen besser zusammen als wenn alles gut gehe.^a

a Nach Ansicht des Fraktionsvorsitzenden sollte die in der EU herrschende Kultur der Zusammenschlüsse, des Einbeziehens der Partner und des Teamgeistes auch auf die Beziehungen mit den neuen Ländern ausgeweitet werden. Joseph Daul misst den Kontakten mit den Ländern, die zwischen 2004 und 2007 der Union beigetreten sind, eine große Bedeutung bei. Er erklärt, seine Tätigkeit sei stark von Reisen in diese Länder geprägt gewesen, damit sich diese gut in Europa einfügen und damit wir im Jahr 2009 nicht mehr von alten und neuen Ländern sprechen müssen. (Interview Agence Europe, 3.11.2008).

Am 16. Dezember 2008 spricht Nicolas Sarkozy erneut in Straßburg, um eine Bilanz des französischen Ratsvorsitzes zu ziehen und die Ergebnisse des Europäischen Rates vorzulegen. Mit dem ihm eigenen Elan unterstreicht der französische Präsident, wie wichtig die Bemühungen der 27 Mitglieder für die Annahme des „Klima- und Energiepakets“ sind, das zur Reduzierung der Treibhausgase beitragen soll. Nicolas Sarkozy begrüßt den Beitrag der EVP-ED-Fraktion und ihres Vorsitzenden bei der Bestimmung der Position des Europäischen Parlaments im Mitentscheidungsverfahren.

Turbulenzen in Prag: Der heikle tschechische Ratsvorsitz (1. Januar-30. Juni 2009)

Beim 19. Kongress der ODS wird am 7. Dezember 2008 in Prag eine Entschließung verabschiedet, die größere Änderungen in der Zusammensetzung der EVP-ED-Fraktion erwarten lässt. Die tschechische Partei, die dem ED-Teil der Fraktion angehört, nennt als eine ihrer Prioritäten für die Wahlen im Juni 2009 die Schaffung einer neuen anti-föderalistischen Fraktion im Parlament, was den Ausstieg ihrer Abgeordneten bedeuten würde, die der Fraktion seit 2004 angehören. Dieser Standpunkt des Ministerpräsidenten und Parteichefs Mirek Topolánek, der am 1. Januar 2009 die amtierende Präsidentschaft des Europäischen Rates übernehmen soll, steht in direktem Zusammenhang mit dessen innenpolitischer Konkurrenz zu Staatschef Václav Klaus, selbst ein provokativ auftretender Souveränist und eifriger Verfechter des Ultraliberalismus von Margaret Thatcher.

Joseph Daul führt am 14. Januar 2009 in Straßburg bei der Vorstellung des Halbjahresprogramms des tschechischen Ratsvorsitzes aus, dass die Präsidentschaft drei große Krisen bewältigen müsse: die wirtschaftliche und soziale Krise, den Gasstreit zwischen Russland und der Ukraine, von dem die Union und ihre Nachbarstaaten stark in Mitleidenschaft gezogen werden, und den Ausbruch eines neuen Krieges im Nahen Osten. Angesichts dieser Herausforderungen könnten die EU-Länder nur einen einzigen wirksamen Standpunkt einnehmen, nämlich geschlossen aufzutreten, Solidarität an den Tag zu legen und entschiedene und konzertierte Maßnahmen zu ergreifen.

Die Bemühungen trugen insbesondere in Bulgarien und Rumänien Früchte: Die rumänische Delegation vergrößerte sich nach den Wahlen vom 10. Dezember 2007 auf 18 Mitglieder, nachdem einige Mitglieder der ehemaligen Liberalen Partei sich der Fraktion angeschlossen. Marian-Jean Marinescu, unterstützt von Paolo Licandro im Sekretariat, unterstützte Joseph Daul in dem Bemühen, die Stellung der Fraktion in diesem Land zu festigen.

Allerdings hat die Regierung Topolánek selbst mit großen innenpolitischen Schwierigkeiten zu kämpfen, da ihr am 24. März 2009 das Misstrauen ausgesprochen und sie durch eine Expertenregierung ersetzt wurde. Damit gerät die Ratifizierung des Vertrags von Lissabon durch die Tschechische Republik zunehmend ins Wanken, da der Vertrag zwar am 18. Februar 2009 von der Abgeordnetenversammlung gebilligt wurde, aber noch der Zustimmung des Senats und der Unterzeichnung durch den Staatschef bedarf, der regelmäßig seine geringe Bereitschaft zu einer schnellen Ratifizierung zeigt.

Mehr noch als die politische Lage in Tschechien ist die Stimmung in diesem Winter 2009 jedoch von der weltweiten Finanzkrise bestimmt, die nach der Wahl von Barack Obama ausgedehnte diplomatische Aktivitäten nach sich zieht.

Drei wichtige Gipfeltreffen im April 2009

Drei aufeinanderfolgende Treffen auf höchster Ebene vermitteln der Öffentlichkeit das Gefühl, dass die Verantwortungsträger der Welt sich bemühen, das Vertrauen in die Wirtschaftsakteure wieder herzustellen.

Zunächst findet am 2. April der G20-Gipfel statt, bei dem die 20 Regierungschefs der weltweit größten Mächte zusammenkommen, die allein 80 % der Weltwirtschaft repräsentieren. Zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg einigen sich Amerikaner, Europäer, Chinesen, Russen, Brasilianer, Saudis und andere aufstrebende Volkswirtschaften gemeinsam auf ein umfangreiches Programm zur Ankurbelung der Wirtschaft und auf den Erlass neuer Regelungen, mit denen die Möglichkeiten des Steuerbetrugs auf internationaler Ebene eingeschränkt und den Aktivitäten des Bankensektors eine moralische Basis gegeben werden soll. Dieser Gipfel wurde auf Anregung des französischen Ratspräsidenten Nicolas Sarkozy einberufen, und die Zusammenarbeit zwischen dem französischen Präsidenten und der deutschen Bundeskanzlerin hatte großen Einfluss auf die dort verfassten Schlussfolgerungen. Joseph Daul äußert sich grundsätzlich zufrieden. In einer Pressemitteilung erklärt der Fraktionsvorsitzende, die europäische rechte Mitte sei für eine soziale Marktwirtschaft, also für eine Wirtschaft, die bestimmten Regeln unterliegt, mit denen der notwendige soziale Zusammenhalt gefördert werden kann. Der G20 stelle einen Schritt in diese Richtung dar. Europa habe gut daran getan, Druck auszuüben, um dieses Ergebnis zu erreichen, und es müsse diesen Druck aufrechterhalten, damit die Entschlüsse von London so rasch wie möglich umgesetzt werden.

Im Anschluss daran findet in Straßburg und Kehl ein weiterer lang erwarteter Gipfel, der NATO-Gipfel, statt, bei dem zum einen

Frankreich wieder vollständig in die militärischen Befehlsstrukturen integriert wird und zum anderen der neue Präsident der USA Gelegenheit hat, seine Verbündeten zu einem stärkeren Engagement bei der Wiederherstellung der Demokratie in Afghanistan aufzufordern. Die EVP begrüßt den Wiedereintritt und die Übernahme strategisch wichtiger Ämter durch Frankreich ausdrücklich, da dadurch das traditionelle Ziel der Fraktion, die eine atlantische Allianz mit einem ausgegogenen Verhältnis zwischen ihren beiden Säulen, der amerikanischen und der europäischen, befürwortet, einen weiteren Schritt näher rückt. Frankreich, das sich stets für die europäische Verteidigung stark gemacht hatte, spielt nunmehr eine glaubwürdigere Rolle, indem es im Inneren der NATO daran arbeitet, seine Partner für die Idee einer europäischen Sicherheitsidentität zu begeistern. Die Synergieeffekte hinsichtlich der Streitbeilegung und die Aufgabenverteilung innerhalb der Allianz werden von nun an gerecht verteilt. Das politische Europa ist in Straßburg einen weiteren Schritt vorangekommen.

Schließlich bietet der Europa-USA-Gipfel am 5. April in Prag Barack Obama eine weitere Gelegenheit, das neue internationale Engagement der Vereinigten Staaten zu bekräftigen. Mit der Äußerung, die Bewerbung der Türkei um den Beitritt zur Europäischen Union zu unterstützen, stieß er jedoch auf sehr zurückhaltende Reaktionen, insbesondere in Frankreich, wo er daran erinnert wurde, dass die Entscheidung zu diesem Thema ausschließlich eine europäische Angelegenheit ist.

Nun steht aber bereits die schwedische Präsidentschaft bereit, die in der zweiten Jahreshälfte 2009 antreten wird. Der Fraktionsvorstand trifft unter Leitung von Joseph Daul am 6. März 2009 in Stockholm mit Ministerpräsident Fredrik Reinfeldt zusammen. Dieser sitzt einer Mitte-Rechts-Koalition vor, der auch die Moderata Samlingspartiet, eine Mitgliedspartei der EVP, angehört. Für Joseph Daul wird die schwedische Präsidentschaft zwar eine Präsidentschaft der Krise sein, sie müsse jedoch auch die Präsidentschaft einer neuen Chance für Europa sein. Mit ihr werde dank einer ehrgeizigen Klima- und Energiestrategie und einer kühnen Politik der Wachstumsförderung nach neuen Chancen für die Schaffung von Arbeitsplätzen gesucht.

Die politische Vorbereitung der Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2009

Joseph Daul hat sich als neuer Fraktionsvorsitzender einer großen Verpflichtung verschrieben: alles zu unternehmen, um den Vorsprung der EVP-ED-Fraktion gegenüber ihren Mitbewerbern aufrechtzuerhalten. In diesem Sinne wurde bei dem Seminar in Genval, zu dem der Vorsitz

am 29. und 30. Januar 2007 zusammenkam, ein Entschluss getroffen: Die EVP-ED-Fraktion muss eine politische Strategie entwickeln, die auf einem möglichst durchschlagenden und konkreten Programm beruht und die den Wählern, denen sich die Bewerber 2009 präsentieren, zugänglich ist. Je größer und vielfältiger die Fraktion geworden ist, desto schwieriger lässt sich eine klare Linie ausmachen. Welche gemeinsamen Interessen und Erwartungen haben die Bürger, deren wirtschaftliche und soziale Entwicklung ja zunehmend Unterschiede aufweist? Wie werden der Rückgang der Bevölkerung und die Zukunft des Gesundheits- und Rentensystems in Helsinki oder Sofia empfunden? Wird die Einwanderung in Rom wie in Hamburg als Unsicherheitsfaktor angesehen? Nur einige Fragen von vielen, für die ein Programm und ein Bemühen um Kohärenz erforderlich sind.

In den letzten Jahrzehnten hatte sich die EVP-Fraktion die beim Parteitag der EVP verabschiedeten Wahlprogramme zu Eigen gemacht, zu deren Entwicklung sie beigetragen hatte. Seit die Fraktion jedoch von der Partei unabhängig ist, da diese nach dem Vertrag von Nizza über eigene Mittel verfügt und die europäischen Parteien anerkannt wurden, muss sie von sich aus ihre eigene politische Strategie entwickeln und dabei den engen Kontakt zu der von Wilfried Martens geführten Partei aufrecht erhalten.

Jaime Mayor Oreja wird in Genval die Aufgabe übertragen, in Abstimmung mit den Obleuten in den Ausschüssen und den Vorsitzenden der Arbeitskreise eine Prioritätenliste zu entwerfen. Im Mai 2007 kann der stellvertretende Vorsitzende aus Spanien ein Dokument mit dem Namen „Dekalog“ vorlegen, das zehn Prioritäten aufzählt, die in vier Kapitel unterteilt sind: „Für ein Europa der Werte“, „Für ein prosperierendes und wachsendes Europa“, „Für ein sichereres Europa“, „Für ein solidarischeres Europa“. Diese Themen sind anschließend von den nationalen Delegationen zu überprüfen, die ihre Änderungsvorschläge einreichen können. Die Arbeit erweist sich als langwierig und gelegentlich eintönig. Jaime Mayor Oreja ist mehrfach erstaunt angesichts der Schwierigkeit, Reaktionen, geschweige denn die Zustimmung seiner Kollegen zu erhalten. Darüber hinaus müssen die Tätigkeiten des Europäischen Ideen-Netzwerks, des Think Tanks der Fraktion, berücksichtigt werden, das sich bei seiner Sommeruniversität mit ähnlichen Themen beschäftigt hat.^a

Joseph Daul erhöht die Anzahl der Treffen, und schließlich kann den Gästen des „Europäischen Abends“ der Fraktion am 4. März 2008 im

a Da das Präsidium ihn nicht eingeladen hatte, am 4. März das Wort zu ergreifen, reicht James Elles mit Schreiben vom 11. März 2008 seinen Rücktritt als Vorsitzender des EIN ein.

Saal „Concert noble“ in Brüssel der Dekalog vorgestellt werden. Hans-Gert Pöttering, José Manuel Durão Barroso, Wilfried Martens, Joseph Daul und Jaime Mayor Oreja präsentieren das in Form einer Broschüre veröffentlichte Ergebnis. In der Zwischenzeit wurde der Text einer näheren Betrachtung unterzogen, um aus dem Dekalog Argumente hinsichtlich der Wahl von 2009 zusammenzutragen. Die damit beschäftigten Arbeitsgruppen hatten ihre Berichte im Januar 2008 verabschiedet, und das Ziel besteht jetzt darin, all diese Arbeiten im Wahlmanifest der Fraktion zusammenzufassen. Gleichzeitig nimmt Othmar Karas, der wie in der vorangegangenen Wahlperiode auch mit der Vorbereitung der Wahlen beauftragt ist, Beratungen mit der PR-Abteilung der Fraktion auf.

Im Zuge dieser Beratungen wird ein Wahlslogan erkoren, den die Fraktion am 17. März 2009 bei einem „Europäischen Abend“ in der „Autoworld“ im Cinquantenaire-Park in Brüssel verabschiedet und der Öffentlichkeit vorstellt. Der Vorsitzende und die stellvertretenden Vorsitzenden enthüllen vor fast tausend Gästen die Worte, die von nun an den Namen der Fraktion schmücken sollen: „Europe’s driving force“ – „Europas treibende Kraft“. Joseph Daul und Wilfried Martens nutzen diesen Abend zudem, um José Manuel Durão Barroso ihrer Unterstützung bei der Verlängerung seines Mandats als Kommissionspräsident zu versichern. Zwei Tage später, am 19. März, wird dies beim Gipfeltreffen der EVP in Vorbereitung des Europäischen Rates erneut bekräftigt.

Weiterhin ungelöst ist das institutionelle Problem, auf welches das Parlament über seinen Ausschuss für konstitutionelle Fragen in dem Bericht von Jean-Luc Dehaene aufmerksam gemacht hat. Wann kann das im Juni 2009 gewählte Parlament der Einsetzung des Präsidenten der neuen Kommission zustimmen? Die EVP-Fraktion hofft darauf, den Geist des Vertrags von Lissabon vorwegnehmen zu können und den Europäischen Rat dazu zu bringen, bei der Nominierung die Ergebnisse der Wahlen vom 7. Juni gebührend zu berücksichtigen. Die rechtliche und politische Situation ist jedoch komplex und den Wählern nur schwer zu vermitteln. Auf rein rechtlicher Ebene kann der Vertrag von Lissabon erst angewendet werden, wenn ihm in dem in Irland geplanten Referendum zugestimmt wird, wobei für dieses Referendum noch kein Datum feststeht. Auch die Tschechische Republik hat ihren Ratifizierungsprozess noch nicht abgeschlossen.

Der EVP-Kongress in Warschau am 29. und 30. April 2009: Vom roten Stalin-Stern zur blauen Flagge Europas

Den beeindruckenden Palast der Kultur und der Wissenschaften im Herzen von Warschau krönt ein 230 Meter hoher Zinnenturm. Dieses

1955 eingeweihte, im rein stalinistischen Stil erbaute Gebäude mit monumentalen Ausmaßen war damals ein „Geschenk“ des „großen sowjetischen Bruders“ an das polnische Volk. Auf der Tribüne sprachen Nikita Chruschtschow, Ho Chi Min und Kim Il-sung, und dort veranstaltete die Kommunistische Partei Polens (PVAP) von Gomułka bis Jaruzelski alle ihrer Kongresse.

Ende der 1980er Jahre zögert die demokratische Regierung Polens angesichts der hohen Abrisskosten, ihn zu beseitigen. Mit der Zeit wurde aus dem ehemals verabscheuten Symbol des Kommunismus ein Zeichen für den Sieg der Freiheit. Anlässlich des 5. Jahrestags des Beitritts Polens zur Europäischen Union und des Kongresses der Europäischen Volkspartei ist der Palast von einer riesigen europäischen Flagge geschmückt, die eine Seite des Turmes bedeckt. In ihr werden am 29. April die 3000 Delegierten und Gäste, die die 74 Mitgliedsparteien der EVP repräsentieren, empfangen.

Die historische Wende ist eindrucksvoll und prägt die Haltung der polnischen Parlamentarier und ihrer Gäste. Diejenigen, die die kommunistische Zeit miterlebt haben, erinnern sich daran, wie an der Spitze des Turms Tag und Nacht der rote Stern des Kommunismus leuchtete. Dank der blauen Flagge mit dem Sternenkreis werden sie sich langsam mit dem gefürchteten „Stalinbau“ anfreunden können, der im Laufe der Zeit zu einem ironischen Augenzwinkern der doch tragischen Geschichte geworden ist.^a

Die Fraktion hält sich ebenfalls in Warschau auf, wo sie ihre Studientage veranstaltet. In dem großen, geschmückten und mit riesigen Bildschirmen ausgestatteten Saal verabschiedet die EVP ihr Wahlprogramm für die 7. Wahlperiode und stellt ihren Wahlslogan vor: „Strong for the people“ – „Stark für die Menschen“. Dies ist gleichzeitig eine beeindruckende Demonstration ihrer eigenen politischen Macht, an der die Delegierten teilhaben können. Zwölf Ministerpräsidenten, Donald Tusk für Polen, François Fillon für Frankreich, Angela Merkel für Deutschland, Konstantínos Karamanlís für Griechenland, Jan-Peter Balkenende für die Niederlande, Silvio Berlusconi für Italien, Jean-Claude Juncker für Luxemburg, Herman von Rompuy für Belgien, Fredrik Reinfeldt für Schweden, Andrius Kubilius für Litauen, Lawrence Gonzi für Malta und Emile Boc für Rumänien, stellen zusammen bereits knapp die Hälfte der Regierungschefs der Union dar.

Es sprechen Parlamentspräsident Hans-Gert Pöttering und Kommissionspräsident José Manuel Durão Barroso sowie Joseph Daul. Zudem stellen sich auch die Regierungschefs der drei Kandidatenländer vor,

a Aussage von Zbigniew Zaleski am 6. Mai 2009.

Ivo Sanader für Kroatien und Nikola Gruevski für die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien sowie Sali Berisha, der leidenschaftliche albanische Tribun, der seinen Beitrittswunsch vor seiner Nationalflagge, dem schwarzen Adler auf rotem Grund, stehend verdeutlicht. Auch der Präsident Georgiens, Micheil Saakaschwili, ist nach Warschau gereist, um den Europäern für ihre Unterstützung bei den Geschehnissen der jüngsten Vergangenheit zu danken, bei denen die territoriale Einheit seines Landes in Gefahr war.

Der Parteivorsitzende Wilfried Martens und Generalsekretär Antonio López-Istúriz White übergeben anschließend das Wort an die Vize-Regierungschefs aus Österreich, Dänemark, Finnland und der Tschechischen Republik, wo die EVP ebenfalls an Regierungskoalitionen beteiligt ist. Anschließend sprechen nacheinander die der EVP angehörenden Oppositionsführer aus Spanien, Zypern, Portugal, Ungarn, Irland, Estland und Bulgarien.

Abschließend erhebt sich der gesamte Saal zu stehenden Ovationen für Lech Wałęsa, der sich als Gründer der Solidarność und als ehemaliger Präsident der Republik Polen den Beifall der EVP-Abgeordneten verdient hat.

Der Kongress in Warschau gibt wenige Wochen vor den Wahlen vom 4. und 7. Juni das Startzeichen für die Wahlkampagnen in den einzelnen Ländern.

Ein schwieriger Wahlkampf: Die Sorge vor Wahlabstinz und Protestwahlen

Während der IWF für das Jahr 2009 einen Rückgang von durchschnittlich 4 % des BIP in der Europäischen Union ankündigt, erweist sich der Wahlkampf als schwierig. Zum einen vereinigen die Euroskeptiker, die sich aus nationalistischen oder populistischen Strömungen oder der extremen Rechten nähren, ihre Angriffe, um die Politik der Organe der Europäischen Union anzuprangern und darüber hinaus das gesamte Prinzip der Demokratie auf europäischer Ebene infrage zu stellen. Zum anderen fühlt sich die Öffentlichkeit nur unzureichend und schlecht informiert und scheint die komplexen Funktionsmechanismen der Union nicht zu verstehen. Die proeuropäischen Parteien sind stark beunruhigt, dass die Bürger zunehmend den Wahlen fernbleiben und damit die seit 1984 stetig abnehmende Beliebtheit von Europawahlen bestätigen könnten.

Paradoxerweise zeigt sich der Gegensatz zwischen der EVP und der SPE, den beiden bedeutendsten Gegenspielern, nicht in allen Mitgliedstaaten auf die gleiche Weise. In einigen Ländern bemühen sich die Koalitionsregierungen, die Folgen der Krise gemeinsam zu bewältigen.

In anderen unterstützen sozialdemokratische Regierungen die Barroso-Kommission, während die sozialdemokratischen Oppositionsparteien in den von EVP-Parteien geführten Ländern die bisherige Kommission für ihren Wirtschaftsliberalismus kritisieren, den sie für den Zusammenbruch des Banken- und Finanzsystems und die zunehmende Arbeitslosigkeit verantwortlich machen.

Die EVP hat bei solchen Auseinandersetzungen die richtige Antwort parat: Es waren die großen Führungspersonlichkeiten der EVP, insbesondere Nicolas Sarkozy und Angela Merkel, die beim G20-Gipfel in London am 2. April den Ton angaben und die Entscheidungen anregten, die Finanzkreise moralisch in die Pflicht zu nehmen und zusammen mit den wichtigsten weltweiten Partnern die Bemühungen um die Konjunkturbelebung zu verstärken. Die EVP bekräftigt im Wahlkampf ihr Festhalten an der sozialen Marktwirtschaft, die die Grundlage ihrer Wirtschaftsdoktrin bildet. Laut dieser muss der Markt ausreichend auf Wettbewerb ausgerichtet sein, um Reichtum zu erzeugen, der wiederum die Voraussetzung für die mit Blick auf die soziale Solidarität notwendige Verteilung bildet. Die Regierenden der ehemaligen „Volksdemokratien“ erinnern nachdrücklich an die nachteiligen Folgen der verstaatlichten Wirtschaft, die nicht nur zu Engpässen, sondern auch zum Entzug der Grundfreiheiten geführt hat.

Die EVP unterstreicht die bedeutenden Errungenschaften der ablaufenden Wahlperiode, die mit der Verabschiedung von Richtlinien zu den Themen Sicherheit, Umwelt, Gesundheit, Binnenmarkt und Mobilfunk die täglichen Lebensbedingungen der europäischen Bürger positiv beeinflusst hat. Die Fraktion spricht sich für die rasche Ratifizierung und Umsetzung des Vertrags von Lissabon aus, der einen zusätzlichen Schritt in Richtung der Demokratisierung der Union und der Stärkung ihrer gemeinschaftlichen Beschlussfähigkeit bedeuten würde.

Zum Ende des Wahlkampfs ergreifen Angela Merkel und Nicolas Sarkozy am 31. Mai 2009 gemeinsam die Initiative und veröffentlichen in den auflagestarken Zeitungen „Journal du Dimanche“ in Frankreich und „Welt am Sonntag“ in Deutschland ein gemeinsames Schreiben. Dabei nennen die beiden Länder ihre Prioritäten, die weitestgehend denen entsprechen, die die EVP in Warschau verabschiedet hat: eine verantwortungsbewusste Marktwirtschaft, die Unternehmer und Arbeitnehmer über Spekulanten stellt, die Bekämpfung des Klimawandels, ein redlicher Welthandel, der auf Gegenseitigkeit beruht, eine gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik – kurz: ein „starkes und geeintes Europa“, aber auch ein „Europa, das uns schützt“.

Der große Erfolg der EVP-Fraktion am Abend des 7. Juni 2009

Als gegen 20.00 Uhr die ersten Hochrechnungen im Pressezentrum einlaufen, welches das Europäische Parlament in seinen Gebäuden in Brüssel eingerichtet hat, bemisst Joseph Daul, der vor Ort ist, um den Wahlabend vor den Vertretern der gesamten europäischen Presse direkt zu kommentieren, die Aufgaben, die ihn in den folgenden Wochen erwarten. Die EVP erzielt in Italien, Frankreich, Polen, Deutschland und praktisch allen Mitgliedstaaten, in denen sie Kandidaten aufgestellt hat, große Erfolge. Die Sozialdemokratische Fraktion hingegen erlebt den stärksten Rückgang ihrer Geschichte. Der Abstand zwischen den beiden wichtigsten Fraktionen im Parlament war noch nie so groß – nach vorläufigen Schätzungen beträgt er mehr als hundert Sitze. Daraus lässt sich eindeutig schließen, dass die Wähler angesichts der Herausforderungen der schweren Wirtschaftskrise, die Europa erfasst hat, ihr Vertrauen lieber in Mitte-Rechts-Regierungen setzen. Die EVP ist in 19 der 27 derzeitig amtierenden Regierungen an der Regierung beteiligt. Die Sozialdemokraten verfügen weder über das passende Programm noch über die notwendige Glaubwürdigkeit, um den Wählern Sicherheit und Begeisterung zu vermitteln. Auch die liberale Fraktion muss einen signifikanten Rückgang ihrer Mitgliederzahlen hinnehmen.

Die Wahlbeteiligung erreicht einen neuen Tiefstand und sinkt von 45,4 % im Jahr 2004 auf 43,2 % im Jahr 2009.

Zwar wird die endgültige Zusammensetzung der Fraktionen erst bei der konstituierenden Sitzung feststehen, doch entfallen in einem Parlament mit 736 Sitzen auf die EVP vorläufig 264 Sitze^a – wobei sie in einem Parlament mit 785 Sitzen sogar 288 Sitze erzielen würde –und obwohl sie auf 27 Abgeordnete aus Großbritannien und ihre 12 Verbündeten aus der tschechischen ODS verzichten muss. Ein Erfolg dieses Ausmaßes kam unverhofft. Der Misserfolg der Sozialdemokraten und der Aufstieg euroskeptischer Kräfte, die große Schwierigkeiten haben, sich zu organisieren und einen kohärenten Diskurs zu führen, rücken die Position der EVP-Fraktion in den Mittelpunkt. Noch mehr als in der Vergangenheit muss sie ihre Rolle als treibende und motivierende Kraft im Herzen der Union erfüllen.

a Von den 264 gewählten Abgeordneten gehörten 144, also 54,5 %, bereits dem vorherigen Parlament an.

Joseph Daul übernimmt nach seiner Wiederwahl als Fraktionsvorsitzender am 23. Juni 2009 das Steuer

Die ersten Fragen, mit denen sich die EVP beschäftigen muss, sind taktischer Natur: Mit welchen Kräften will sie eine politische oder technische Allianz eingehen, um in der ersten Hälfte der Wahlperiode die Präsidentschaft des Europäischen Parlaments zu erlangen? Wie lässt sich gleichzeitig die Einsetzung José Manuel Durão Barrosos als Präsident der Kommission erreichen, wenn dabei die Fristen eingehalten werden sollen, die den politischen Interessen des Europäischen Parlaments entgegenkommen, und die nötige Mehrheit erzielt werden soll, um die zukünftige Kommission dazu zu bringen, einen „Vertrag für die Wahlperiode“ abzuschließen, mit dem das Vertrauen der Wähler wiedergewonnen werden kann? Zudem sind rasch weitere Verhandlungen innerhalb der Fraktion einzuleiten, um über die Besetzung der wichtigsten und verantwortungsvollsten Ämter zu entscheiden: die Position des Fraktionsvorsitzenden, des Präsidenten des Europäischen Parlaments, der stellvertretenden Vorsitzenden der Fraktion und Vizepräsidenten des Parlaments sowie der Vorsitzenden der parlamentarischen Ausschüsse.

Wie üblich wird für die Ämterverteilung sowohl im Parlament als auch in der Fraktion das d'Hondt-Verfahren angewendet, bei dem die Ergebnisse und neuen Verhältnisse berücksichtigt werden; dies erfordert allerdings auch, dass die Zusammensetzung der Fraktionen spätestens bis zur konstituierenden Sitzung im Juli abgeschlossen sein muss, um handlungsfähig zu sein.

Innerhalb der Fraktion sind die Zahlen am Tag nach der Wahl klar. Mit 42 Abgeordneten behält die CDU/CSU ihren ersten Platz. Ihr folgt die italienische Delegation, die 35 Sitze erzielt hat, welche sich unter der neuen PDL, „Popolo della Libertà“, einem Zusammenschluss der Forza Italia und der Nationalen Allianz, der UDC, die bereits durch Carlo Casini in der Fraktion vertreten ist, und dem neuen Abgeordneten der Südtiroler Partei aufteilen. Die französische Delegation erzielt einen beachtlichen Erfolg und hält jetzt dank der Glaubwürdigkeit der europaorientierten Tätigkeit von Nicolas Sarkozy und der Weigerung der Wähler, der Sozialistischen Partei und der MoDem von François Bayrou in einer Protestabstimmung gegen die Regierung zu folgen, 29 statt 18 Sitze. Die PORP, „Platforma Obywatelska Rzeczpospolitej Polskiej“, von Premierminister Donald Tusk, der vor Kurzem in Warschau den Kongress der EVP empfangen hatte, erhielt 25 Sitze, wodurch die polnische Delegation zusammen mit den drei Sitzen der PSL, „Polskie Stronnictwo Ludowe“ mit 28 Abgeordneten auf den vierten

Rang aufsteigt. Die spanische Volkspartei behält mit 23 Sitzen ihr Ergebnis praktisch bei, die ungarische FIDESZ erhält 14 Sitze, was ein beachtliches Ergebnis darstellt und auf eine erfolgreiche Zukunft auf der innenpolitischen Bühne gegenüber den Sozialisten hoffen lässt, und die rumänische Delegation bildet mit 14 Abgeordneten das Ende der Reihe der nationalen Delegationen mit mehr als 10 Sitzen. Portugal (10 Abgeordnete), Griechenland (8), Bulgarien (6), Österreich (6), Slowakei (6), Belgien (5), die Niederlande (5), Schweden (5), Litauen (4), Irland (4), Finnland (4), Luxemburg (3), Slowenien (3), Malta (2), Zypern (2), die Tschechische Republik (2), die den Verlust der ODS an die britischen Konservativen zu spüren bekommt, Estland (1), Dänemark (1) und Lettland (3) komplettieren den Kreis der nationalen Delegationen, von denen am Wahlabend nur die Vertreter des Vereinigten Königreichs fehlen.

Als erste formelle Entscheidung, die die Fraktion am 17. Juni einstimmig bei nur einer Enthaltung fällt, ändert sie ihre Geschäftsordnung und nimmt wieder den Namen an, den sie vor der Namensänderung im Jahr 1999 auf Forderung der britischen Konservativen getragen hatte: „Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)“.

Sämtliche Bezüge zu dem Teil der „Europäischen Demokraten“ und dem Recht eines Teils der Fraktion, den konstitutionellen Verpflichtungen der EVP nicht folgen zu müssen, werden aus dem Text gestrichen.

Der 23. Juni 2009 bezeichnet einen der ersten Entscheidungstage der neuen Wahlperiode.^a Um 15.00 Uhr schreitet die neu zusammengesetzte Fraktion unter dem Vorsitz von Hartmut Nassauer, einem stellvertretenden Vorsitzenden, der sich nicht erneut zur Wahl gestellt hat, zur Wahl ihres neuen Vorsitzes. Einziger Kandidat für das Amt des Vorsitzenden ist Joseph Daul. Von den 264 Mitgliedern, die derzeit der Fraktion angehören, sind 239 an diesem Tag in Brüssel vor Ort und nehmen an der Abstimmung teil. Joseph Daul wird mit einer komfortablen Mehrheit von 225 Stimmen bei 11 Enthaltungen und drei Gegenstimmen für einen Zeitraum von zweieinhalb Jahren wiedergewählt.

a Die 264 Fraktionsmitglieder, die bei der konstituierenden Sitzung am 23. Juni erfasst werden, unterliegen Artikel 3 der Geschäftsordnung, in dem das europäische Engagement und die Werte betont werden, die mit der Mitgliedschaft bei der EVP-Fraktion einhergehen: „3. Die Mitglieder sind einer Politik verpflichtet, die auf der Grundlage einer Verfassung auf den Prozess einer föderalen Einigung und Integration in Europa gerichtet ist, welche ein konstituierendes Element der Europäischen Union als Union der Bürger und Staaten darstellt.“

4. Auf der Grundlage des Gemeinschaftsmodells in der Europäischen Union definieren sie ihre Werte und Ziele im Einklang mit dem geltenden Wahlprogramm der EVP, in Übereinstimmung mit Grundsätzen wie Freiheit und Demokratie, sowie unter Beachtung des Rechts, der Menschenrechte und der Subsidiarität.“

Gleich darauf stimmt die Fraktionen über die Wahl der zehn stellvertretenden Vorsitzenden ab. 11 Kandidaten stellen sich der Fraktion kurz vor. Die meisten Stimmen können Jaime Mayor Oreja (200), Corien Wortmann-Kool (197), József Szájer (192), Manfred Weber (185), Vito Bonsignore (183), Othmar Karas (177), Rumiana Jeleva (167), Paulo Rangel (164), Marian-Jean Marinescu (132) und Ioannis Kasoulides (121) auf sich vereinigen.

Somit werden fünf stellvertretende Vorsitzende aus der letzten Wahlperiode in ihrem Amt bestätigt und fünf neue bestimmt, während Gunnar Hökmark, ehemaliger stellvertretender Vorsitzender, der sich auch erneut zur Wahl gestellt hatte, nicht bestätigt wird. Dem Vorsitz gehören nunmehr zwei Frauen – statt zuvor einer – an. Zudem ist auch der Gesamtanteil der Frauen in der neuen Fraktion größer als ihr Anteil in der vorherigen Wahlperiode: Stellten Frauen in der letzten Fraktion nur 25 % der Abgeordneten, so sind in der neuen Fraktion 88 Frauen vertreten, die 33 % der Abgeordneten ausmachen, womit die Fraktion dem Durchschnitt des Parlaments sehr nahe kommt.

Gestärkt durch die erneuerte Legitimität nennt Joseph Daul die Trümpfe der Fraktion für die delikate Phase der politischen Verhandlungen, die vor ihr liegt. Die EVP verfügt über 36 % der Sitze, gegenüber 25 % für die Sozialdemokraten und 11 % für die Liberalen. Auch im Rat und in der Kommission hat die EVP eine starke Mehrheit. Die Fraktion muss sich dafür einsetzen, in enger Abstimmung mit José Manuel Durão Barroso einen „Vertrag für die Wahlperiode“ zu entwickeln, in dem die wesentlichen Faktoren des Programms, mit dem die EVP vor die Wähler getreten ist, aufgenommen werden: eine soziale Marktwirtschaft, in der der Mensch, und nicht die Spekulation im Mittelpunkt des Wirtschaftsprozesses steht, die Vollendung des Binnenmarktes, eine Sicherheitspolitik, die mit Energie- und Nahrungsmittelsicherheit einhergeht, ein kluger Einsatz des Subsidiaritätsprinzips, die Festlegung der endgültigen Grenzen der Union sowie eine gemeinsame Einwanderungspolitik.

Wie lässt sich im Parlament eine ausreichende Mehrheit finden, um diese Ziele erreichen zu können? Die Frage der Allianzen bleibt offen und betrifft sowohl die technische Vereinbarung, mit der die Verteilung der verantwortungsvollen Positionen im Parlament für die beiden Hälften der Wahlperiode festgelegt wird als auch die politische Vereinbarung zur Gewährleistung der Einsetzung der neuen Kommission.

Hinsichtlich der Ernennung des Fraktionskandidaten für das Amt des Parlamentspräsidenten, der am 15. Juli gewählt werden soll, geht die Fraktion als stärkste Kraft davon aus, dieses Amt in der ersten Hälfte der Wahlperiode zu stellen. Wird bis zum 7. Juli keine Einigung

zwischen der italienischen Delegation, die sich für Mario Mauro ausspricht, und der polnischen Delegation, die Jerzy Buzek unterstützt, erzielt, so fällt die Entscheidung zwischen den beiden Bewerbern über eine fraktionsinterne Abstimmung.

Mit Blick auf die Diskussionen mit den anderen Fraktionen über Zeitpunkt und Bedingungen für die Einsetzung des Kommissionspräsidenten wird am 24. Juni die Ansicht vertreten, dass eine Entscheidung erst nach der ersten offiziellen Sitzung der Fraktionsvorsitzenden getroffen werden kann. Bis dahin soll eine Reflexions- und Verhandlungsphase dazu genutzt werden, die Strategien der einzelnen Beteiligten näher zu bestimmen. In diesem Sinne kommt die EVP-Fraktion am 29. Juni zu 2. Juli in Athen in Griechenland zusammen, um Abschied von den scheidenden Abgeordneten zu nehmen, einigen von ihnen die Schuman-Medaille zu verleihen und den neuen Mitgliedern die Möglichkeit zu geben, sich besser kennenzulernen.

Die intensive Vorbereitungsphase für die konstituierende Sitzung vom 14. bis 16. Juli 2009

Nach den Tagen in Athen, zu denen 700 Personen zusammengekommen waren, lichtet sich das Bild und es beginnen entscheidende Verhandlungen. Mario Mauro verkündet, dass er im Sinne der Solidarität und Einigkeit in der Fraktion seine Bewerbung für das Amt des Parlamentspräsidenten zurückzieht. Somit ist Jerzy Buzek der einzige Kandidat, den die Fraktion am 7. Juli bestätigt. Joseph Daul ist an allen Fronten aktiv. So trifft er nach seiner Rückkehr aus Athen in Stockholm mit der neuen schwedischen Ratspräsidentschaft der Union zusammen. Diese möchte die Einsetzung des Kommissionspräsidenten im Parlament von Juli auf September verschieben. Die Fraktion nimmt diese Absicht zur Kenntnis, die dem Wunsch einer Mehrheit des Parlaments entspricht. Zwischenzeitlich muss der Fraktionsvorsitzende Verhandlungen in verschiedene Richtungen führen: Zunächst spricht er mit den anderen neu zusammengesetzten Fraktionen über die Verteilung der Vorsitze der Ausschüsse und der interparlamentarischen Delegationen. Mit der neuen Sozialdemokratischen Fraktion, die sich von nun an „Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament“, PASD, nennt, um dem Beitritt der italienischen Demokraten Rechnung zu tragen, und der 184 Abgeordnete angehören, wird eine technische Vereinbarung getroffen. Dank dieser Vereinbarung fällt das Amt des Parlamentspräsidenten in der ersten Hälfte der Wahlperiode dem Bewerber der EVP zu, die im Gegenzug in der zweiten Hälfte den Kandidaten der PASD unterstützt. Die technische Vereinbarung betrifft hinsichtlich der

Verteilung der Ausschussvorsitze auch die Liberale Fraktion (ALDE), der 84 Abgeordnete angehören und an deren Spitze der ehemalige belgische Premierminister Guy Verhofstadt steht. Die drei größten Fraktionen bemühen sich um einen Konsens, um die Zwangsverteilung durch das d'Hondt-Verfahren zu vermeiden und die Posten der Vorsitzenden entsprechend den Wünschen und dem jeweiligen Gewicht der Fraktionen zu verteilen. Gleichzeitig muss der Fraktionsvorsitzende die nationalen Delegationen der EVP davon überzeugen, sich häufiger gütlich untereinander zu einigen, um die Wünsche der Abgeordneten zu erfüllen, denen legitimerweise daran gelegen ist, Verantwortung in Bereichen zu übernehmen, die ihren Präferenzen entsprechen.

In der Woche vom 7. bis zum 10. Juli finden vor allem Treffen zwischen dem Präsidium und den Delegationsleitern statt. Nach teilweise schwierigen Kompromissen, dem Appell an den gesunden Menschenverstand und einvernehmlichen Gesprächen gelingt es, die Zuständigkeiten für die kommenden zweieinhalb Jahre zu verteilen.

Der Fraktionsvorsitzende hat keine Mühe gescheut, um zu vermeiden, dass das unausweichliche, mit der Verteilung der zwangsläufig beschränkten Posten einhergehende Schachern um Ämter, auf die jeweils mehrere Abgeordnete Anspruch erheben, von denen einige sehr gewitzt, andere hingegen frisch gewählt sind, zu Frustrationen und Bedauern führen. Seine Erfahrung und seine Vorliebe für pragmatische Vereinbarungen erleichtern die Aufgabe und sorgen für eine optimistische Stimmung, die in den folgenden Wochen, in denen die EVP ihren Wahlerfolg genießt, anhält.

Gerade der 5. Juli bringt der EVP-Familie noch eine gute Neuigkeit: Die Zahl der Fraktionsmitglieder steigt dank dem Beitritt einer finnischen Abgeordneten auf 265. Zudem bringen die Parlamentswahlen in Bulgarien der GERB-Partei die absolute Mehrheit der Sitze ein, so dass sich die EVP auf 14 amtierende Regierungschefs innerhalb der Europäischen Union berufen kann. Somit kann Wilfried Martens an diesem Tag erfreut feststellen, dass die EVP zum ersten Mal in der Geschichte der erweiterten Union die absolute Mehrheit unter den Mitgliedern des Europäischen Rates hält.

Die Wahl von Jerzy Buzek als erster Erfolg der EVP in der neuen Wahlperiode

Der Einfluss der EVP im neuen Parlament bestätigt sich auch mit der Wahl von Jerzy Buzek am 14. Juli 2009 zum Präsidenten des Parlaments in der ersten Runde, in der er 555 Stimmen erhält, seine Gegenkandidatin der Linken, Eva-Britt Svensson aus Schweden, hingegen nur 89 Stimmen. Das Parlament würdigt mit dieser großen Mehrheit für

den Bewerber der EVP die Wahl der Fraktion, die auf den ehemaligen polnischen Ministerpräsidenten und Mitbegründer der Bewegung Solidarność gefallen war, der entscheidend dazu beigetragen hat, Europa vom Kommunismus zu befreien. Zwanzig Jahre nach der demokratischen Revolution, als sich die Hälfte des Kontinents emanzipierte, und fünf Jahre nach dem Beitritt seines Landes und der anderen „ehemaligen Volksdemokratien“ zur Europäischen Union bekräftigt die Wahl Jerzy Buzeks symbolhaft die Freiheitsliebe Europas und schlägt in der Geschichte der europäischen Integration ein neues Kapitel auf. Joseph Daul beendet seine Rede zur Begrüßung der Wahl des neuen Präsidenten mit der Feststellung, es werde nun nicht länger West- und Osteuropa geben, sondern ein Europa. Für den scheidenden Präsidenten Hans-Gert Pöttering ist diese „Stabübergabe“ auch von großer emotionaler Bedeutung. Das Parlament werde im Bewusstsein und in den Herzen der Menschen nun wirklich als der geeignetste Ort für eine langfristige Versöhnung der Völker und für die Versprechen der zukünftigen Dynamik des europäischen Aufbauwerks wahrgenommen.

Fazit

WURZELN, VERMÄCHTNIS, ZUKUNFT

Darlegung der Fraktionsgeschichte und Sinngebung

1950-2009: In diesem Buch wurden fast sechs Jahrzehnte Geschichte einer europäischen politischen Organisation, jener der europäischen Christdemokraten und Gemäßigten im Europäischen Parlament, dargestellt.

Dabei wurden zwei Ziele verfolgt:

– Zum einen sollte der Ablauf der wichtigsten Ereignisse des europäischen Integrationsprozesses in diesem Zeitraum geschildert und beleuchtet werden, indem er in drei große Perioden, die möglichst der Logik einer dialektischen Verkettung entsprechen sollten, untergliedert wurde: die Aussöhnung nach dem Krieg, als in den Westeuropäern der Geist des Wiederaufbaus geweckt wurde; dann die Festigung des Friedens auf der Grundlage ehrgeiziger Ziele wie Binnenmarkt und einheitliche Währung, und schließlich die Erneuerung der Europäischen Union nach dem Ende des Kommunismus und der Wiedervereinigung des Kontinents. Als 1979 allgemeine Wahlen in das Verfahren zur Bestellung der Abgeordneten Einzug hielten, kam es zu einem entscheidenden Wandel in der Entwicklung des Europäischen Parlaments und der EVP-Fraktion. Der fortschreitende Machtzuwachs der demokratischen Institution im Dreigestirn des gemeinschaftlichen Entscheidungsprozesses kam unmittelbar den wichtigsten Akteuren, nämlich den Fraktionen, zugute, und erst recht jener, die seit 1999 die zahlenmäßig stärkste ist.

– Zum anderen sollte dieser historische Prozess mit Sinn erfüllt werden, weshalb die Werte herausgearbeitet wurden, die ihn getragen und ihm unablässig die Kraft und die Dynamik verliehen haben, ohne die er mehrmals zum Scheitern verurteilt gewesen wäre. Jeder Mann und jede Frau, die mehr oder weniger umfassend und persönlich an dieser Geschichte beteiligt waren, werden sich ihre eigene Lesart, ihre eigene Erinnerung an die Ereignisse bewahren. Doch höchstwahrscheinlich werden sie alle die Gewissheit teilen, dass – abgesehen von den

Fakten – die Stunden und Tage, die sie innerhalb der Fraktion und des Parlaments verbrachten, einen Sinn, einen tiefen Sinn hatten, der den Bedürfnissen der europäischen Völker entsprach und insgesamt ihre Lebensbedingungen verbessert sowie ihre Sicherheit und Freiheit gestärkt hat.

Wenn sich im Übrigen diejenigen, die am Alltagsleben der Fraktion, an ihren Sternstunden wie auch an ihren Routinearbeiten, an den Begegnungen und Reisen teilhatten; diejenigen, die sich teilweise mit der Institution identifizierten und daraus das Gefühl entwickelten, an einem bedeutungsvollen und spannenden Prozess mitgewirkt zu haben – wenn sich all jene in diesem Buch wiederfinden, dann wäre das Ziel, das sich der Autor gesetzt hat, erreicht.

Die Krisen – Zeichen von Veränderung

Die Krisen und der Eindruck des „Stop and Go“, die sich aus der Chronologie und aus den Fakten ergeben, sind wesentlicher Bestandteil dieses Versuchs, die Geschichte Europas und der Fraktion darzulegen. Sie deuten sogar darauf hin, dass die Veränderung stetig am Werk war, Widerstände erzeugte, Verkrustungen aufdeckte, selbst heftige Ablehnung hervorrief, wie das Scheitern der EVG 1954, die Krise des „leeren Stuhls“ 1965, die Vetos gegen die britischen Beitrittsgesuche 1961 und 1967 oder der negative Ausgang der Referenden zum Vertrag von Maastricht im Juni 1992 in Dänemark und zum Vertrag von Lissabon im Mai 2005 in Frankreich und in den Niederlanden. Die Krisen, verstanden im weitesten Sinne als ernste wirtschaftliche und soziale Schwierigkeiten, die die europäischen Länder seit 1973, dem Jahr des ersten Ölpreisschocks, in unterschiedlichem Maße erlebten und die seit der Rezession 2009 mit unerwarteter Härte wiederkehren, sind ebenfalls ein Unsicherheitsfaktor im europäischen Aufbauwerk. Sie sind Prüfstein für die europäische Solidarität und wecken erneut die Versuchung, durch Protektionismus und Haushaltsdefizite Abhilfe zu schaffen. Im Allgemeinen werden sie im Wege des Dialogs und durch die Einführung neuer gemeinsamer Vorgehensweisen überwunden. Niemand in der EVP-Fraktion würde die verheerenden Folgen leugnen, zu denen es kam, weil die Demokratien politisch nicht in der Lage waren, die Krise von 1929 gemeinsam zu bewältigen. Nach der anhaltenden Rezession zogen Totalitarismus und Krieg auf. Die Europäer von heute müssen alles in ihrer Macht Stehende tun, um einen Rückfall in ein solches Szenario zu verhindern.

Überzeugung und Toleranz

1976 wurden die Christdemokraten zu Abgeordneten der Europäischen Volkspartei. Der Name hat sich geändert, doch das Fundament der politischen Prinzipien, von denen Generationen von Parlamentsmitgliedern und Beamten beseelt waren, die die Protagonisten dieser Geschichte sind, ist dasselbe geblieben. Müsste man es in zwei Worte fassen, so würde man mit all der Einschränkung, die eine solche Vereinfachung voraussetzt, Überzeugung und Toleranz nennen.

Die Überzeugung: Die Einheit Europas ist eine unabdingbare Notwendigkeit

Europa entspricht einer Notwendigkeit. Es ist keine Schicksalsfügung, kein mechanisches Getriebe, geschweige denn eine Höllenmaschine, die von Technokraten gesteuert wird, wie es seine Kritiker beschrieben haben, die von der dirigistischen, lange Zeit prosovjetschen, extremen Linken kamen oder aber von der nationalistischen extremen Rechten, die die fremdenfeindlichen und rassistischen Kräfte sowie die Gegner jedweder Teilung der Hoheitsrechte hofierten. Europa ist vielmehr eine objektive Notwendigkeit, die lediglich den Lauf der Weltgeschichte seit dem Ende des 19. Jahrhunderts bestätigt: Die Beschleunigung des technischen Fortschritts hat der Menschheit neue Möglichkeiten eröffnet, ihre Leiden gelindert, ihr Betätigungsfeld erweitert, den Wert ihrer Arbeit erhöht.

Der Aufschwung des Westens hat die Tatkraft seiner Nationen angefaßt und zugleich perverse Auswirkungen hervorgerufen: Er hat den Kolonialismus hervorgebracht und den Anstoß zu Entartungen gegeben, die zur Entfesselung des Ersten Weltkriegs führten. Übertriebenes Selbstbewusstsein, maßloser Landhunger, unbändige Verherrlichung der Nationen und Herrschergeist haben das Unfassbare bewirkt: dass Millionen von Männern jubelnd und siegessicher auf dem ganzen Kontinent in den Kampf zogen und eines nach dem anderen, wie in einem tragischen Dominospiel, mit sich rissen, Republiken, Monarchien, Kaiserreiche, vom Atlantik bis zum Ural und bis zum Bosphorus.

Stefan Zweig hat auf großartige Weise versucht, in seinem Buch „Die Welt von gestern“ (1941) das Unerklärliche zu erklären. Er beschreibt darin den Glanz des ausgehenden 19. Jahrhunderts, die Weltausstellungen, in denen die spektakulärsten Errungenschaften jedes Landes aufgeboten wurden; das Vertrauen in die Wissenschaft und Technik und deren unbegrenzte Möglichkeiten, die grandiosen Baukunstwerke, die Paris, Berlin, Madrid und London verschönerten; den Toleranzgeist, in dem sich die gesellschaftliche Entwicklung unter den

Habsburgern vollzog; die Verbrüderung zwischen den englischen, russischen, deutschen, österreichisch-ungarischen Monarchien, die durch Familienbande geeint waren... All dies zerbarst binnen weniger Wochen, trotz verhaltener Proteste der Pazifisten, die umgehend aus den Debatten ausgeschlossen wurden. Die Verzweiflung und die übersteigerte Sensibilität des Schriftstellers trieben ihn 1943, inmitten des Zweiten Weltkriegs, in den Selbstmord; auf diese Weise bezeugte er mit seinem eigenen Leben, dass er es überdrüssig war, mit anzusehen, dass das Leid des Ersten Weltkriegs nicht ausgereicht hatte, um den Menschen von der Barbarei zu heilen. Der Schriftsteller hätte nur noch einige Monate Geduld und Hoffnung hegen müssen, denn zur selben Zeit wehrten sich Männer mit stärkeren Nerven gegen den Nationalsozialismus und den Stalinismus und erkannten die Vorboten eines neuen Zeitalters.

Bereits im März 1943 entwarf Jean Monnet in seiner in Algier verfassten Denkschrift die Umriss eines demokratischen Europa, das auf der Grundlage eines einzigen Versprechens für immer von seinen Irrtümern befreit würde: gemeinsame Ausübung der Hoheitsgewalt im Rahmen demokratischer und egalitärer Institutionen. Um keinen Preis durften die Fehler aus der Zeit nach dem Waffenstillstand von 1918 wiederholt werden: die willkürliche Ausplünderung der Kaiserreiche, die den Weg für neue Formen des Nationalismus ebnete; die Bestrafung der Besiegten, die Rachegefühle weckte; die Ineffizienz des neuen, durch das Vetorecht gelähmten Völkerbunds¹⁰⁵⁵, das Unvermögen der Demokratien angesichts der wiederholten Vorstöße der Populisten und Extremisten. Diese Denkschrift von Algier¹⁰⁵⁶ bildet die Grundlage der Prinzipien, die am 9. Mai 1950 im Schuman-Plan verkündet wurden. Den Christdemokraten oblag es von nun an, die Vision zu verwirklichen und den Kurs in diesem neuen gemeinschaftlichen Aufbauwerk, das durch die Verträge von Paris und Rom begründet wurde, zu halten. Gemeinsam mit den Sozialisten und den Liberalen im Parlament teilten sie die Last, diesen Konsens zu bewahren, obgleich die Tätigkeit aller Fraktionen und die tägliche Ausübung der parlamentarischen Zuständigkeiten in all unseren Ländern durch die legitime Rivalität zwischen den demokratischen politischen Kräften gekennzeichnet war.

Keine Familie ohne Toleranzgeist

Der zweite Schlüssel zum Erfolg der EVP-Fraktion in ihrer politischen Arbeit liegt darin, dass die Identität jeder ihrer nationalen Delegationen und jedes ihrer Mitglieder stets geachtet wird. Ohne Sinn für Toleranz, der in den Bestimmungen der Geschäftsordnung wie auch in der

Kultur der Leitungsorgane verankert ist und von den Fraktionsvorsitzenden, angefangen bei Emmanuel Sassen bis hin zu Joseph Daul, umgesetzt wurde bzw. wird, hätte die Fraktion nicht von ihrer herausragenden Stellung im Parlament profitieren können.

Die soziologischen Veränderungen, durch die die europäischen Gesellschaften in den vergangenen sechs Jahrzehnten geprägt waren, als sie abwechselnd den wirtschaftlichen Wiederaufbau, Vollbeschäftigung, die Urbanisierung sowie die Konsumgesellschaft und dann die ersten Ölpreisschocks, die Stagflation, die Globalisierung, Finanzkrisen, den Übergang zum postindustriellen Zeitalter und die Unsicherheit der Beschäftigung erlebten, hatten erhebliche Auswirkungen auf die in der EVP-Fraktion vertretenen politischen Kräfte. Die Bemühungen um eine Anpassung an diese neuen Konstellationen in den nationalen Parteien und die Integration der aufstrebenden Parteien des postkommunistischen Europa sind den politischen Entscheidungsträgern zugutezuhalten, die nacheinander die Führung der EVP-Fraktion innehatten.

Drei Männer haben definitiv eine ausschlaggebende Rolle in diesem existenziellen Wandlungsprozess gespielt, ohne den die Christlich-demokratische Fraktion zwar nicht ins Abseits geraten wäre, jedoch zumindest einen verhältnismäßigen Niedergang und einen Führungsverlust erlitten hätte: Diese Männer sind Helmut Kohl, Wilfried Martens und Hans-Gert Pöttering. Sie werden in den Rang der praxisorientierten Führungspersönlichkeiten aufsteigen, in den Rang jener, die sich seit der vorangehenden Generation für den Aufbau einer starken und pluralistischen Fraktion eingesetzt haben: Robert Schuman, Alain Poher, Hans-August Lückner und Egon Klepsch.

Die Lehren aus der britischen Affäre

Zwar ist Toleranz eine Tugend und gehört zum ursprünglichen Wertekanon der christdemokratischen Lehre, doch hat sie ihre Zerreißproben erlebt, ohne die jede Tugend sich erst noch als solche erweisen müsste. Die heftigen Zwischenfälle in den Beziehungen zwischen der EVP-Fraktion und den britischen Konservativen muten wie eine echte Saga an, deren Ausgang 2009 eingedenk dieser „Geschichte, deren Lauf sich hinter einer Maske verbirgt“, nur als eine ihrer zeitweiligen Überraschungen betrachtet werden kann.

Zunächst voller Vorbehalte gegen die Eingliederung in die Fraktion, obwohl sie in den Jahren 1960 und 1970 unter der Führung pro-europäisch eingestellter Persönlichkeiten wie Harold McMillan, Edward Heath und Chris Patten mehrheitlich das gemeinschaftliche Aufbauwerk

Europas befürworteten, versuchten die Konservativen am 1. Mai 1992, sich der „größten nicht-sozialistischen Fraktion“ anzuschließen. Zur gleichen Zeit übernahm eine neue, unter dem Einfluss der neoliberalen Doktrin und der Person von Margaret Thatcher stehende Generation von Tory-Führern die Kontrolle über die Konservative Partei. Es war nicht leicht für die Christdemokraten, mit dieser paradoxen Situation umzugehen. Die Vorsichtsmaßnahmen, die sowohl von Egon Klepsch als auch von Leo Tindemans getroffen wurden, um die aufrichtige europäische Gesinnung der Neulinge zu prüfen, zeugen von der Entschlossenheit der Fraktion, sich ihre Identität im Kern zu bewahren und dabei zugleich die Vorteile eines Mitgliederzuwachses zu nutzen.

Die besondere Stellung Großbritanniens in der Europäischen Gemeinschaft geht darauf zurück, dass es die von Clement Attlee geführte Labour-Regierung ablehnte, sich von Anfang an zu den Grundprinzipien des Schuman-Plans zu bekennen. „Sie sind nicht verhandelbar“, hatte ihnen Jean Monnet entgegengehalten, der im Mai 1950 von Robert Schuman und Konrad Adenauer beauftragt worden war, außer in Italien und in den Beneluxstaaten auch in London zu sondieren, was man von dem deutsch-französischen Vorschlag hielt. Da die Briten erst 1972 der EWG beitraten, können sie sich zweifelsohne nicht das moralische Verdienst anrechnen, das den Mitgliedern eines Clubs die Eigenschaft eines Gründungsmitglieds verleiht.

Nachdem sie 1992 den Status eines der Fraktion „nahestehenden Mitglieds“ erworben hatten, erwirkten sie später im Jahr 1999 von der Fraktion deren Umbenennung in „EVP-ED-Fraktion“. Die Konservativen stellten damals den Toleranzgeist der einzelnen Vorsitzenden, die dieses neue Gebilde führten, auf eine harte Probe. Einige nationale Delegationen und einzelne Mitglieder bekundeten ihre Vorbehalte, ja sogar ihren Widerstand gegen die Zugeständnisse, die den Briten gemacht wurden, insbesondere die Änderung der Geschäftsordnung im Jahr 2004, die es ihnen ermöglichte, Ansichten zu verteidigen, die dem massiven Engagement der Fraktion für die 2003 vom Konvent angenommene Europäische Verfassung entgegenstanden.

Der Austritt der italienischen Mitglieder der PPI, der Franzosen der von François Bayrou geführten UDF sowie des überzeugten Europaaanhängers Gérard Deprez von der belgischen PSC im Juni 2004 ist hauptsächlich auf innenpolitische Ursachen zurückzuführen. Allerdings wurde das britische Argument im richtigen Moment herangezogen, um ihre Abkehr von einer Fraktion zu rechtfertigen, die nach ihrem Dafürhalten den Kompromissgeist zu weit getrieben und den Kern des christdemokratischen Vermächtnisses berührt hatte. Die anderen Delegationen waren der Auffassung, dass die Vormachtstellung der

Fraktion, gestützt auf ihre zahlenmäßige Überlegenheit gegenüber der Sozialdemokratischen Fraktion, einige Zugeständnisse wert sei. Es gab einen „Mainstream“ in der EVP-Fraktion, dem zufolge die Konservativen, deren Abgeordnete, abgesehen von der reinen Verfassungsdiskussion, mehrheitlich eine konstruktive Arbeit in den Parlamentsausschüssen leisteten, ihren Platz in der EVP-ED-Konstellation haben sollten. Außerdem ermöglichte es der Fraktionsflügel der Europäischen Demokraten, die tschechischen Abgeordneten der ODS aufzunehmen, die ihre Europaspesis teilte.

Die Überzeugungskraft der Parteiführer der Konservativen, die bestrebt waren, jene Mitglieder nicht zu enttäuschen, die durch die Bemühungen von David Cameron zum Verlassen der EVP-Fraktion und zur Bildung einer neuen Fraktion bewegt worden waren, hat bewirkt, dass der Austritt der scheidenden Abgeordneten, die auf der Grundlage dieses Engagements ihr Amt fortsetzen konnten, von der Fraktion im Frühjahr 2009 wie die Chronik eines angekündigten Bruchs erlebt wurde.

Straßburg, 11. März 2009. Die Sitzung des Präsidiums und der Delegationsleiter beginnt. Joseph Daul kündigt eine wichtige Mitteilung an. Er kommt gerade von einem Gespräch mit William Hague, dem persönlichen Vertreter von David Cameron, zu dem ihn der Leiter der britischen Delegation Timothy Kirkhope und der Generalsekretär begleitet hatten. Es ist derselbe William Hague, mit dem Wilfried Martens, Hans-Gert Pöttering und die anderen führenden Vertreter der EVP 1999 die Vereinbarungen von Málaga geschlossen hatten, die den britischen Konservativen einen Sonderstatus in der Fraktion zusicherten. Die Entscheidung, die Joseph Daul bereits im November 2008 von David Cameron angekündigt worden war, wird unwiderruflich bestätigt: Die britischen Konservativen, die am 7. Juni 2009 gewählt werden, werden nicht mehr der Fraktion angehören. Sie verkünden ihre Absicht, zusammen mit den tschechischen Mitgliedern der ODS und anderen Partnern eine neue Fraktion zu bilden.

Joseph Daul legt die Situation kurz und bündig dar: Das Partnerschaftsabkommen zwischen den Konservativen und der EVP werde für diese Wahlperiode einseitig beendet. Den Worten des Fraktionsvorsitzenden zufolge, der den Entschluss der Briten zwar bedauert, jedoch zur Kenntnis nimmt, handelt es sich um eine „gütliche Trennung, nicht um eine Scheidung“. Nacheinander äußern sich die Delegationsleiter. Worte des Bedauerns und Forderungen nach Klarstellung wechseln einander ab. Die Arbeit der meisten ausscheidenden britischen Mitglieder wird in einem kameradschaftlichen Geist gelobt. Trotzdem herrscht eine angespannte Atmosphäre, jeder hat das Gefühl, einem

einschneidenden Ereignis im Leben der Fraktion beizuwohnen. Doch es gilt, an die Zukunft zu denken: Der Vorsitzende stellt fest, dass der ED-Flügel der Fraktion keine Daseinsberechtigung mehr hat, dass die Statuten folglich geändert und künftig nur noch der EVP angehörende Abgeordnete in die Fraktion aufgenommen werden. Diese Klarstellung wird am Vorabend der Europawahlen als unerlässlich betrachtet.

Außerdem verpflichten sich der Vorsitzende und der Leiter der britischen Delegation, jeden einzelnen Fall der Sekretariatsmitglieder, die für den ED-Flügel arbeiten, mit größtem Verantwortungsbewusstsein zu behandeln.

Die weitere Zusammenarbeit mit der neuen Fraktion, die die britischen Konservativen zu bilden versuchen, wird von deren politischen Entscheidungen sowie von den Bündnissen abhängen, welche die EVP, getragen von der Hoffnung, auch im neuen Parlament ihre Führungsposition vor der SPE aufrechtzuerhalten, schließen wird.

Aus den siebzehnjährigen Erfahrungen dieser arrangierten Ehe, die durch eine einvernehmliche Trennung beendet wurde, lässt sich eine schlichte Lehre ziehen: Politische Zweckbündnisse sind auf Dauer nicht tragfähig, wenn sie das Wesen einer Organisation an sich, ihre Authentizität infrage stellen. Die Christdemokraten und die Gemäßigten, die sich ihnen nach und nach anschlossen, insbesondere die Franzosen von der UMP, die Italiener von der Forza Italia, die Spanier von der Partido Popular, die nordischen Konservativen sowie die mittel- und osteuropäischen Parteien, bleiben einem konsequenten Diskurs gegenüber ihren Wählern treu. Dieser Diskurs schließt seit den Anfängen des europäischen Aufbauwerks die Vorstellung von einer Union ein, die in der Welt ausgleichend wirkt und deren Handlungsfähigkeit durch ihre fortschreitende Einheit und die interne Solidarität gewährleistet wird, die sich auf starke demokratische Institutionen gründen. Robert Schuman und seine Zeitgenossen legten den stabilen Grundstein für einen pro-europäischen Konsens, dem keine Partei dieser Familie untreu werden kann, ohne ihre Identität zu verlieren.

Die Wähler haben diesem Authentizitätsanspruch, der einer glaubwürdigen politischen Debatte zugrunde liegen muss, offensichtlich Recht gegeben. Nachdem sich die EVP-Fraktion des ED-Flügels entledigt hatte, baute sie im Ergebnis der Wahlen vom Juni 2009 ihren Vorsprung gegenüber der Sozialdemokratischen Fraktion aus und behauptete ihre Position als stärkste politische Kraft. Die britischen Konservativen hingegen, die nur noch auf 25 statt der vorherigen 27 Sitze kamen, errangen nicht den erhofften Erfolg und trugen sogar dazu bei, die radikalste und europafeindlichste Gruppe der britischen Wählerschaft zu stärken, indem sie die Wahl von 13 UKIP-Abgeordneten

ermöglichten, die für den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union plädieren.

Die neuen „Gründungsmitglieder“ des wiedervereinigten Europa

Die britische Affäre kann den Haupterfolg der Fraktion im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts nicht in den Hintergrund drängen: die schrittweise, sorgfältig vorbereitete und von der Partei und der Fraktion der EVP unterstützte Einbindung der neuen demokratischen Parteien Mittel- und Osteuropas, die 2004 bzw., was Rumänien und Bulgarien anbelangt, 2007 für den Beitritt zugelassen wurden. Dies war eine gewaltige Herausforderung, die hervorragend bewältigt wurde und aus der die EVP-Fraktion den größten Nutzen zog. Es wird noch viel gegenseitige Rücksichtnahme der aus zwei Welten stammenden Abgeordneten erforderlich sein, die lange Zeit durch den unbarmherzigen Kalten Krieg und den undurchdringlichen Eisernen Vorhang voneinander getrennt waren. Die alten „Westeuropäer“ werden gewiss einen Schritt weiter gehen müssen, um das Wesen des ehemaligen Kommunismus und das Trauma der Verlassenheit zu verstehen, das die Völker erfasste, die nach Jalta, als sich der Westen rasch den Drohungen Stalins und dem Druck seiner Panzer und Raketen beugte, in die Isolation gerieten. Es hat große Bedeutung für die EVP-Fraktion, das Leid anzuerkennen, das in Prag, Warschau und Budapest, in den annektierten baltischen Staaten sowie in Bukarest oder Sofia ertragen wurde, die den Wahnvorstellungen unbeherrschter Diktatoren ausgeliefert waren. Als der Fraktionsvorstand am 2. September 2005 in Gdansk zusammentrat, hob er zu Recht hervor, dass die Mitglieder von Solidarność aufgrund ihres Beitrags zur Entstehung dieses neuen Europa den Status eines „Gründungsmitglieds“ verdienen. Ihr Widerstandsgeist, ihr Glaube an Werte, aufgrund derer sie die jahrelange Verfolgung und Gefangenschaft moralisch gestärkt zu überstehen vermochten, machten sie ursprünglich zu Europäern. 1979 hatte Johannes Paul II. den Polen und dem unterjochten Europa im Ganzen zugerufen: „*Habt keine Angst!*“. Dieser bemerkenswerte Appell stärkte den Mut der Völker.

Denn, und das ist die Schlussfolgerung, zu der man gelangt, wenn man die vielen Ereignisse erneut Revue passieren lässt, die EVP-Fraktion wird 2009 ein neues Europa zu führen haben. Der Geist der Gründerväter ist allgegenwärtig, er wacht über das Wesentliche und kann von jedem beschworen werden, so wie sich das Amerika von Barack Obama auf Lincoln, Hamilton und Jefferson beruft. Doch die Welt hat

sich grundlegend verändert, der Geist des Friedens ist fest im Herzen der Gesellschaft verankert und es zeichnet sich keine klar erkennbare Bedrohung ab, die die jungen Generationen dazu veranlassen würde, wie im Jahr 1914 gegeneinander in den Krieg zu ziehen. Einzig der Dschihad-Terrorismus legt eine mörderische und erbarmungslose Feindseligkeit gegenüber Europa sowie allen demokratischen Gesellschaften an den Tag. Die europäischen Jugendlichen wären andererseits zutiefst erstaunt und frustriert, wenn sie heute mit Grenzkontrollen, dem Verschwinden des Euro und der Abschottung der Arbeitsmärkte konfrontiert würden und es ihnen unmöglich wäre, ihr Hochschulstudium außerhalb ihres Herkunftslandes fortzusetzen.

Die Verantwortung der künftigen Generationen

Die siebte Wahlperiode des neu gewählten Europäischen Parlaments beginnt im Juli 2009 und endet im Juli 2014.

Die EVP-Fraktion, die einen durchschlagenden Erfolg errang, hat ihren Vorsprung gegenüber der Sozialdemokratischen Fraktion sensationell ausgebaut, weshalb ihr die schwere Verantwortung zufällt, in der Wahlperiode 2009-2014 die meisten politischen Initiativen zu ergreifen.

August 1914, Juli 2014: Man mag darin die Bosheit oder die Ironie erkennen, dass die Erinnerung an den Zusammenbruch der „Welt von gestern“, die Stefan Zweig so teuer war, am Ende eines Jahrhunderts auf den Tag genau mit der Geburt der Welt von Morgen zusammenfällt, der Geburt eines Europa, das höchstwahrscheinlich die Länder des westlichen Balkan aufnehmen wird, darunter Bosnien und seine Hauptstadt Sarajevo, wo der tödliche Schuss fiel, der den Kontinent entflamte und den Lauf der Welt veränderte.

In der Geschichte der EVP-Fraktion werden sich neue Kapitel öffnen, die von den aufstrebenden Generationen, jener der 2009 und später jener der 2014 gewählten Abgeordneten, geschrieben werden, solange die repräsentative Demokratie eine der Triebkräfte der Integration des Kontinents sein wird. Kroaten, Griechen, Iren, Litauer, Spanier – 35 Nationen werden zweifellos lernen müssen, gemeinsam auf der Grundlage der gegenseitigen Achtung ein Europa zu lenken, das keine andere Wahl hat, als seinen Part in der neuen Rollenverteilung zwischen Asien, Afrika, Russland, dem Mittelmeerraum und Amerika zu übernehmen.

Gewaltige Herausforderungen müssen bewältigt werden: Es gilt, wieder Vertrauen und Stabilität auf dem Balkan zu schaffen, Formen des ethnischen Irredentismus ohne Waffengewalt zurückzudrängen

sowie gemeinsam mit der Türkei Mittel und Wege für eine möglichst integrierte und erfolversprechende Partnerschaft zu finden, die eventuell zur vollständigen Integration dieses Landes in die Union führen könnte, sofern es deren Bedingungen und Folgen uneingeschränkt akzeptiert. Es wird einen Dialog mit dem starken und doch so schwachen Russland geben, mit dem im Umbruch befindlichen Amerika, mit Afrika, das sich müht, das hoffnungslose Elend zu überwinden, mit der Welt südlich des Mittelmeers, deren engagierte Kräfte darauf brennen, an der Entwicklung teilhaben zu können, und deren Schicksal untrennbar mit dem unsrigen verbunden ist.

In den kommenden Monaten und Jahren wird es ferner darum gehen, die richtigen Antworten für das geordnete Funktionieren einer freien Wirtschaft zu finden, in deren Rahmen die Marktgesetze und die Sozialgesetze besser miteinander in Einklang gebracht werden müssen, Wachstum zu gewährleisten ist und gleichzeitig die sozial Schwächsten geschützt werden müssen.

Fünf Voraussetzungen für den künftigen Erfolg der EVP

Die Voraussetzungen, unter denen die EVP-Fraktion die treibende Kraft des demokratischen Europa bleibt, sind dieselben, auf die sich ihr bisheriger Erfolg gründete:

- Eine tragfähige Zusammenarbeit zwischen Fraktion und Partei, jede im Rahmen ihrer politischen Funktion, jedoch denselben Werten verpflichtet. Die Partei ist von ihrer Gründung im Jahr 1976 bis zu den interinstitutionellen Bestimmungen, aufgrund derer sie ab 2004 über eigene Mittel und eine autonome Fraktionsstruktur verfügen konnte, finanziell unabhängiger geworden und entfaltet immer vielseitigere Aktivitäten. 2009 vereint die Partei 74 nationale Parteien aus 39 Ländern. Da Wilfried Martens seit 1990 ununterbrochen Parteivorsitzender ist, werden kontinuierliche und loyale Arbeitsbeziehungen zur Fraktion gewährleistet, deren Vorsitz er von 1994 bis 1999 ebenfalls innehatte. Doch die Fraktion hat auch alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel genutzt, um über ihre traditionellen parlamentarischen Funktionen hinaus eine vielgestaltigere politische Ausstrahlung zu erreichen. Es kommt vor allem darauf an, das strategische Vorgehen der beiden Organisationen, die dieselbe politische Familie vertreten, sowohl bei der Vorbereitung des Wahlkampfes als auch in den diplomatischen Beziehungen zu den neuen Parteien der Bewerberländer oder in der Nachbarschaftspolitik hinreichend aufeinander abzustimmen. Durch den Austritt der britischen und tschechischen Konservativen aus der Fraktion im Juni 2009, mit dem der Existenz des ED-Flügels

ein Ende gesetzt wurde, werden die politischen Beziehungen zwischen Fraktion und Partei wesentlich klarer werden und ihre Zusammenarbeit und ihre Kommunikation nach außen dürfte erleichtert werden.

- Eine zunehmende Öffnung gegenüber den einzelstaatlichen Parlamenten und den tragenden Kräften der europäischen Gesellschaft, damit das Parlament nicht als eine Institution wahrgenommen wird, der die nationalen Gegebenheiten und die Alltagsorgen der europäischen Bürger fremd sind.

- Das tägliche Praktizieren der Kultur der Toleranz, ohne die die große Vielfalt der nationalen Delegationen, die in der Fraktion zwangsläufig zunehmen wird, die Missverständnisse zu mehren und das gemeinsame Vorgehen zu lähmen droht.

- Die Achtung der eigenen Werte, eine solide Kenntnis der Wurzeln, eine interne Organisation, die öffentlichkeitswirksame Strategien zu entwickeln vermag.

- Ein Sekretariat, das im Dienste des „Gemeinwohls der Fraktion“ steht. Dabei wird besonderer Nachdruck auf den energischen Kurs des Präsidiums und der Generalsekretäre der Fraktion gelegt, die stets dafür Sorge trugen, den supranationalen Geist innerhalb des Sekretariats zu wahren. Es ist die ständige Pflicht des Generalsekretärs, dem Druck der nationalen Delegationen standzuhalten, die bei jeder Neuwahl des Parlaments und der Leitungsorgane der Fraktion versuchen, die Beamten des Sekretariats für sich zu vereinnahmen, indem sie Kriterien der Nationalität bemühen. Bei ihm laufen die Anträge zusammen, und er muss folglich an die Regeln des Statuts der Bediensteten des Sekretariats gemahnen. Ohne diese Kontinuität des Dienstes im allgemeinen Interesse der Fraktion würde die Stoßkraft der Abgeordneten in der Ausschussarbeit oder bei den Abstimmungen im Plenum zunichte gemacht. Die Glaubwürdigkeit der Fraktion in ihren politischen Beziehungen zu den anderen Fraktionen hängt von ihrer internen Disziplin ab, von der fachlichen Qualität ihrer Berater und von ihrer Sichtbarkeit als Partner, der sich für die Einhaltung eines konsequenten politischen Kurses einsetzt. Die Logistik, die erforderlich ist, damit eine Struktur aus 288 Abgeordneten und ebenso vielen ihnen zur Seite stehenden Beamten, die aus 27 Mitgliedstaaten stammen und in 23 Sprachen sowohl in Straßburg als auch in Brüssel arbeiten, funktionieren kann, verlangt von jedem höchste Professionalität und persönliches Engagement. Darüber hinaus können die Abgeordneten die Dienste eines oder mehrerer persönlicher Assistenten in Anspruch nehmen, deren Statut vom Präsidium des Parlaments angenommen wurde und ab Juli 2009 anwendbar ist.

„Europa ist eine Frage von Krieg und Frieden“

Die EVP-Fraktion ist tief in der Geschichte der Christdemokratie und der gemäßigten Parteien verwurzelt, die teilweise bereits vor dem Zweiten Weltkrieg, zumeist jedoch danach die politische Landschaft der Mitte und der rechten Mitte in Europa prägten. Sie sind stark, weil sie aus einem Gedankengut schöpfen, das stets darauf ausgerichtet ist, Freiheit und Solidarität, wirtschaftliche Effektivität und Einhaltung der Spielregeln, Initiativgeist und Verbundenheit mit den christlich-jüdischen Werten in Einklang zu bringen.

Dank dieser Wurzeln vermochten die Christlich-demokratische Fraktion und die EVP eine entscheidende Rolle in der Geschichte des Parlaments und des europäischen Aufbauwerks wahrzunehmen. An die künftigen Generationen der 2009 gewählten Parlamentsmitglieder wird ein bedeutendes Vermächtnis weitergegeben. Wird es ausreichen, um die wenn nicht furchtbar, so doch gefährlich anmutenden Herausforderungen anzugehen, die sich zu Beginn dieses 21. Jahrhunderts ankündigen? Unsere Länder werden der Reihe nach von den Auswirkungen der Erderwärmung und daraus resultierender Umweltkatastrophen, von grenzübergreifenden Tierseuchen und einer Finanzkrise getroffen, die seit 1929 einmalig in ihrer Art ist. Sie bringt das internationale Bankensystem ins Wanken, heizt erbarmungslos die Arbeitslosigkeit an und birgt für die schwächsten Volkswirtschaften Europas die Gefahr von Konkursen und sozialen Unruhen.

Mehr denn je bedarf es einer abgestimmten und solidarischen europäischen Antwort. Europa hat die Krise nicht ausgelöst; es wurde erdacht, um auf einer Ebene und mit Mitteln darauf zu reagieren, die die kritische Masse dieser neuen, unaufhaltsamen und unumkehrbaren globalen Wirtschaft erreichen.

Bedeutet das nun Wirtschaftskrieg? Bedeutet es Krieg überhaupt, Drohgebärden, Destabilisierung? Abgesehen von dem Weg, der seit 60 Jahren bewusst und mutig beschritten wird, werden die Europäer keine zweite Chance bekommen. Helmut Kohl wird nicht müde, unablässig zu wiederholen: *„Europa ist eine Frage von Krieg und Frieden“*. Und als Jean Monnet zu einem Zeitpunkt, da sich eine der zahllosen, die Geschichte des europäischen Aufbauwerks prägenden Krisen abzeichnete und die Moral und den Willen der Europäer dämpfte, gefragt wurde, was getan werden müsste, gab er seelenruhig zur Antwort: *„Weitermachen, weitermachen, weitermachen.“*

ANHÄNGE

Anhang 1

ZEITTADEL

Erster Teil: Die Ära der Wegbereiter (1952-1979)

19. September 1946 Erklärung von Winston Churchill in Zürich, in der er zur Aussöhnung zwischen Frankreich und Deutschland und zum Aufbau von Kontinentaleuropa aufruft. Er fordert zur Gründung „einer Art Vereinigte Staaten von Europa“ auf.
- Mai-Juni 1947 Gründungsversammlung der Nouvelles Équipes Internationales (NEI), des Vorläufers der Europäischen Union Christlicher Demokraten (EUCD) in Chaudfontaine (Belgien). Eine Arbeitsgruppe wird mit der Ausarbeitung von Vorschlägen zur Neugestaltung Europas beauftragt.
5. Juni 1947 Marshall-Plan: Hilfe der USA für Europa. Die UdSSR lehnt diese Hilfe ab und zwingt ihre Satellitenstaaten, sie ebenfalls nicht in Anspruch zu nehmen.
4. April 1949 Washingtoner Vertrag zur Gründung der Atlantischen Allianz.
9. Mai 1950 Von Jean Monnet angeregte Erklärung des französischen Außenministers Robert Schuman, in der er als „erste Etappe der europäischen Föderation“ die Zusammenlegung der Kohle- und Stahlproduktion Frankreichs und Deutschlands in einer internationalen Organisation vorschlägt, die den anderen Ländern zum Beitritt offensteht.
18. April 1951 Unterzeichnung des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) durch die sechs Mitgliedstaaten Frankreich, Deutschland, Italien, Belgien, Niederlande und Luxemburg.
27. Mai 1952 Unterzeichnung des Vertrags zur Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) durch die sechs Mitgliedstaaten in Paris.
10. August 1952 Schaffung der Hohen Behörde unter dem Vorsitz von Jean Monnet in Luxemburg.
10. September 1952 Eröffnungssitzung der Gemeinsamen Versammlung der EGKS (78 designierte Mitglieder in den sechs nationalen Parlamenten) in Straßburg.
11. September 1952 (Inoffizielle) Gründung der CD-Fraktion in der Gemeinsamen Versammlung der EGKS. Emmanuel Sassen wird zum Vorsitzenden gewählt.
13. September 1952 Die Gemeinsame Versammlung nimmt den Vorschlag des deutschen Bundeskanzlers Konrad Adenauer über die Gründung einer „Ad-hoc-Versammlung“ zur Ausarbeitung eines europäischen Verfassungsentwurfs an.
9. März 1953 Annahme des Vertragsentwurfs zur Errichtung einer Europäischen Politischen Gemeinschaft durch die Ad-hoc-Versammlung.
23. Juni 1953 Hinterlegung der Erklärung zur Gründung der CD-Fraktion in der Gemeinsamen Versammlung und deren offizielle Anerkennung gemäß Artikel 33a der zu diesem Zeitpunkt geltenden Geschäftsordnung (38 Mitglieder).
11. Mai 1954 Wahl von Alcide De Gasperi zum Vorsitzenden der Gemeinsamen EGKS-Versammlung (am 19. August 1954 verstorben).
20. Mai 1954 Ernennung des Generalsekretärs der Christlich-demokratischen Fraktion in der Gemeinsamen EGKS-Versammlung, Hans-Joachim Opitz (DE).

30. August 1954 Ablehnung der EVG durch die französische Nationalversammlung trotz deren bereits erfolgter Ratifizierung durch Deutschland und die Beneluxstaaten.
29. November 1954 Wahl von Giuseppe Pella (IT) zum Vorsitzenden der Gemeinsamen EGKS-Versammlung.
- 1.-2. Juni 1955 Konferenz der Außenminister der Sechs in Messina. Politische Einigung über die Wiederbelebung des europäischen Aufbauwerks. Auf Vorschlag der Außenminister wird ein Ausschuss unter dem Vorsitz von Paul-Henri Spaak gebildet. Die Arbeit des Spaak-Ausschusses dient fortan als Verhandlungsgrundlage für die Römischen Verträge.
27. November 1956 Wahl von Hans Furler (DE) zum Präsidenten der Gemeinsamen Versammlung.
25. März 1957 Unterzeichnung der beiden Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EAG oder Euratom) in Rom. Wunsch der Unterzeichnerstaaten ist es, auf der Grundlage dieser Verträge „eine immer engere Union der Völker Europas“ zu schaffen.
1. Januar 1958 Inkrafttreten der Römischen Verträge. Walter Hallstein, ein enger Mitarbeiter von Konrad Adenauer, wird zum Präsidenten der EWG-Kommission ernannt.
24. Februar 1958 Wahl von Pierre Wigny (BE) zum Vorsitzenden der Christlich-demokratischen Fraktion der Parlamentarischen Versammlung.
27. Februar 1958 Eindeutiges Votum für eine Gemeinsame Versammlung als Kontrollorgan der drei Gemeinschaften. Die Versammlung erhält die Bezeichnung Europäische Parlamentarische Versammlung.
19. März 1958 Tagung der Parlamentarischen Versammlung der drei europäischen Gemeinschaften. Mit 67 von 142 Mitgliedern bilden die Christdemokraten die größte Fraktion. Robert Schuman, einziger Kandidat sämtlicher Fraktionen, wird zum Präsidenten der Versammlung gewählt.
- 3.-11. Juli 1958 Ministerkonferenz in Stresa über die Ziele einer gemeinsamen Agrarpolitik.
6. Oktober 1958 Wahl von Alain Poher (FR) zum Vorsitzenden der Christlich-demokratischen Fraktion.
1. Januar 1960 Nominierung des Generalsekretärs der Christlich-demokratischen Fraktion in der Parlamentarischen Versammlung, Carl Otto Lenz (DE).
4. Januar 1960 Stockholmer Übereinkommen zur Errichtung der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) (Vereinigtes Königreich, Schweden, Norwegen, Dänemark, Schweiz, Österreich und Portugal).
28. März 1960 Wahl von Hans Furler (DC/DE) zum Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung.
17. Mai 1960 Die Parlamentarische Versammlung nimmt den Entwurf einer Übereinkunft über die allgemeine und unmittelbare Wahl des Parlaments an.
5. September 1960 General de Gaulle spricht sich für ein „Europa der Staaten“ aus.
- 10.-11. Februar 1961 Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs in Paris: Plan zur Errichtung einer Europäischen Politischen Union.
9. August 1961 Antrag des Vereinigten Königreichs auf den Beitritt zur EWG.
14. Januar 1962 Verabschiedung der ersten Vorschriften zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) mit einer Finanzierungsregelung, die bis zum 30. Juni 1965 gelten soll.
30. März 1962 Die Parlamentarische Versammlung nimmt die Bezeichnung Europäisches Parlament an.
17. April 1962 Pariser Konferenz: Scheitern des Plans einer Politischen Union (Fouchet-Plan).
14. Januar 1963 Pressekonferenz von General de Gaulle, in der er den Beitritt Großbritanniens und der anderen beitragswilligen Länder in die EWG ablehnt.
21. März 1964 Wahl von Jean Duvieusart (DC/BE) zum Präsidenten des Europäischen Parlaments.

8. April 1965 Vertrag über die Fusion der Exekutivorgane der drei Gemeinschaften zur Einsetzung eines gemeinsamen Rates und einer gemeinsamen Kommission für die EGKS, die EWG und Euratom.
1. Juli 1965 Beginn der „Politik des leeren Stuhls“: Frankreich lehnt die Stärkung der Befugnisse der Kommission und des Parlaments ab und nimmt aufgrund von Meinungsverschiedenheiten über die Finanzierung der GAP sowie über die jeweiligen Befugnisse und Mittel der Kommission und des Europäischen Parlaments nicht mehr an den Verhandlungsgremien in Brüssel teil.
24. September 1965 Wahl von Victor Leemans (DC/BE) zum Präsidenten des Europäischen Parlaments.
- Dezember 1965 In Taormina nehmen die Nouvelles Équipes Internationales/NEI die Bezeichnung Europäische Union Christlicher Demokraten (EUCD) an. Mariano Rumor und Leo Tindemans werden zum Vorsitzenden bzw. zum Generalsekretär gewählt.
- 28.-29. Januar 1966 Die sechs Mitgliedstaaten schließen den Luxemburger Kompromiss, der aus der Sackgasse des „leeren Stuhls“ führen soll. Die Verträge werden nicht geändert. Allerdings setzt Frankreich die Beibehaltung des Grundsatzes der Einstimmigkeit bei Beschlüssen des Ministerrates durch. Die Arbeit der Gemeinschaft kommt wieder in Gang.
1. Februar 1966 Ernennung des Generalsekretärs der Christlich-demokratischen Fraktion Arnaldo Ferragni (IT).
7. März 1966 Wahl von Alain Poher (FR) zum Präsidenten des Europäischen Parlaments. Wiederwahl am 13. März 1967 und am 12. März 1968.
9. März 1966 Wahl von Joseph Illerhaus (DE) zum Vorsitzenden der Christlich-demokratischen Fraktion.
1. Juli 1967 Die Fusion der Exekutivorgane der drei Gemeinschaften (Kommissionen der EGKS, der EURATOM und der EWG) wird wirksam.
6. Juli 1967 Jean Rey löst Walter Hallstein als Präsident der gemeinsamen Kommission ab.
27. November 1967 Erneute Ablehnung des Beitritts Großbritanniens, Irlands und Dänemarks durch General de Gaulle.
1. Juli 1968 Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes in den Bereichen Industrie und Landwirtschaft.
21. August 1968 In der Nacht marschieren die Truppen von fünf Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrags (UdSSR, DDR, Polen, Ungarn und Bulgarien) in die Tschechoslowakei ein.
11. März 1969 Wahl von Mario Scelba (DC/IT) zum Präsidenten des Europäischen Parlaments. Wiederwahl am 10. März 1970.
27. April 1969 Rücktritt von General de Gaulle.
17. Juli 1969 Einigung über den Barre-Plan zur Zusammenarbeit im Währungsbereich.
25. November 1969 Wahl von Hans-August Lückner (DE) zum Vorsitzenden der CD-Fraktion.
- 1.-2. Dezember 1969 Gipfeltreffen in Den Haag (Niederlande). Einigung in den drei Bereichen „Vollendung“ (Finanzierung der Landwirtschaft), „Vertiefung“ (Wirtschafts- und Währungsunion sowie politische Zusammenarbeit), „Erweiterung“ (Aufhebung des französischen Vetos gegen Großbritannien und andere beitriftswillige Länder). Von diesem Gipfeltreffen geht die Wiederbelebung des europäischen Aufbauwerks aus.
- 21.-22. April 1970 Unterzeichnung des Vertrags von Luxemburg zur Einführung eines neuen Haushaltsverfahrens sowie der Vereinbarung über eine endgültige Haushaltsordnung zur Finanzierung der GAP. Ab dem 1. Januar 1975 soll der Gemeinschaftshaushalt aus Eigenmitteln finanziert werden. Mit den neuen Bestimmungen werden dem Parlament echte Befugnisse eingeräumt, sodass es nicht mehr nur beratendes Organ ist.
8. Oktober 1970 Annahme des Berichts Werner über die Wirtschafts- und Währungsunion.

- Dezember 1970 Polen: Beginn von Streiks und Arbeiterunruhen in Danzig (Gdansk), Gdingen (Gdynia) und Stettin (Szczecin).
15. August 1971 US-Präsident Richard Nixon hebt die Gold-Konvertierbarkeit des Dollars auf. Internationale Währungskrise.
22. Januar 1972 Unterzeichnung der Beitrittsverträge Großbritanniens, Irlands, Dänemarks und Norwegens (letzterer wird am 25. September in einer Volksabstimmung von Norwegen abgelehnt).
24. April 1972 Einrichtung der Europäischen Währungsschlange (Schwankungsbreite von $\pm 2,25\%$).
- 19.-21. Oktober 1972 Gipfeltreffen der neun Mitgliedstaaten in Paris: erstes Gipfeltreffen der neun Mitgliedstaaten, das die Umwandlung der Europäischen Gemeinschaft in eine Europäische Union beschließt. Die Christlich-demokratische Fraktion ist von dieser Konferenz enttäuscht, denn ihr Anliegen ist aufgrund demokratischer Erwägungen die Aufwertung der Rolle des Parlaments.
1. Dezember 1972 Ernennung des Generalsekretärs der Christlich-demokratischen Fraktion, Alfredo De Poi.
1. Januar 1973 Großbritannien, Irland und Dänemark werden Mitglieder der EG.
16. Januar 1973 Vergrößerung der Versammlung auf 198 Mitglieder.
- 9.-10. Dezember 1974 Zweites Gipfeltreffen in Paris. Schaffung des Europäischen Rates auf Initiative des französischen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing, in dem die Staats- und Regierungschefs regelmäßig zusammentreffen sollen. Verzicht auf die Praxis der Einstimmigkeit in allen Bereichen und allgemeine unmittelbare Wahlen zum Europäischen Parlament.
21. Februar 1975 Die EUCD beauftragt Wilfried Martens (CVP/BE) und Hans-August Lückner, im Hinblick auf die allgemeinen unmittelbaren Wahlen zum Europäischen Parlament ein Statut und ein politisches Programm für eine „Partei der Christdemokraten der EG-Mitgliedstaaten“ vorzulegen.
22. Juli 1975 Unterzeichnung des zweiten Vertrags zur Änderung bestimmter Haushaltsbestimmungen. Wichtigste Neuerungen sind die Anerkennung des Europäischen Parlaments und des Ministerrates als Haushaltsbehörde der Europäischen Gemeinschaft, die Einführung eines Abstimmungsverfahrens (Vermittlung) zwischen dem Europäischen Parlament und dem Ministerrat unter Einbeziehung der Kommission sowie die Errichtung eines Rechnungshofs.
1. August 1975 Schlussakte von Helsinki im Rahmen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE).
9. September 1975 Alfred Bertrand (BE) wird zum Vorsitzenden der Christlich-demokratischen Fraktion gewählt.
8. Juli 1976 Konstituierende Sitzung der EVP in Luxemburg. Leo Tindemans (BE) wird einstimmig zum Vorsitzenden der EVP gewählt. Sein Mandat wird im Juli 1978 verlängert.
20. September 1976 Unterzeichnung des Akts zur Einführung allgemeiner unmittelbarer Wahlen der Abgeordneten des Europäischen Parlaments.
8. März 1977 Wahl von Emilio Colombo (DC/IT) zum Präsidenten des Europäischen Parlaments.
5. Mai 1977 Wahl von Egon Klepsch (D) zum Vorsitzenden der Christlich-demokratischen Fraktion.
28. Juli 1977 Spanien stellt offiziell den Antrag auf Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft.
14. März 1978 Die Christlich-demokratische Fraktion bezeichnet sich nunmehr als Christlich-demokratische Fraktion (Fraktion der EVP).
- 6.-7. Juli 1978 Auf Initiative von Präsident Valéry Giscard d'Estaing und Bundeskanzler Helmut Schmidt billigt der Europäische Rat in Bremen die Grundzüge eines neuen europäischen Währungssystems.
16. Oktober 1978 Kardinal Karol Józef Wojtyła wird unter dem Namen Johannes Paul II. zum Papst gewählt.

- 13. März 1979 Einführung des Europäischen Währungssystems.
- 28. Mai 1979 Unterzeichnung des Beitrittsvertrags mit Griechenland in Athen. Am 1. Januar 1981 wird Griechenland zehnter Mitgliedstaat.

Zweiter Teil: Die Ära der Erbauer (1979-1994)

- 7. und 10. Juni 1979 Erste allgemeine unmittelbare Wahlen der Abgeordneten des Europäischen Parlaments (Von 111 Millionen Stimmen entfallen 32,8 Millionen auf die EVP. Die EVP-Fraktion zählt 107 der insgesamt 410 Abgeordneten).
- 17. Juli 1979 Umbenennung der Fraktion in „Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christlich-demokratische Fraktion).
- 13. Dezember 1979 Das Europäische Parlament lehnt mit einer Mehrheit von 288 Stimmen bei 64 Gegenstimmen und einer Enthaltung den Gemeinschaftshaushalt für 1980 ab.
- Juli 1980 Erneuter Aufstand der Werftarbeiter an der polnischen Ostseeküste. Gründung der Unabhängigen Gewerkschaft Solidarność im September.
- November 1980 Die Fraktion zählt 40 Bedienstete, unter ihnen 20 in der Rue Belliard in Brüssel und 20 in Luxemburg. Später werden 60 weitere Bedienstete eingestellt. Gründung einer Verwaltungsstelle im Fraktionssekretariat.
- 1. Januar 1981 Griechenland tritt der Gemeinschaft als 10. Mitgliedstaat bei. Die Anzahl der Europaabgeordneten erhöht sich auf 434. Die Mitglieder der Partei „Nea Demokratia“ gehören dem Parlament als Unabhängige an (am 18. Oktober 1981 finden in Griechenland Europawahlen statt).
- 18. November 1981 Der Vorschlag Genscher-Colombo über institutionelle Veränderungen wird dem Europäischen Parlament vorgelegt.
- 23. Dezember 1981 Die griechische Delegation der Nea Demokratia wird in die EVP-Fraktion aufgenommen. Die Anzahl der Fraktionsmitglieder erhöht sich von 109 auf 117.
- 12. Januar 1982 Vertragsentwurf der EVP-Fraktion (über die erste Etappe der Verwirklichung der Europäischen Union).
- 20. Januar 1982 Paolo Barbi wird zum Vorsitzenden der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament gewählt.
- 6. Mai 1982 Veranstaltung der EVP-Fraktion in Aachen zum Thema „Europa ohne Grenzen“. Die EVP-Fraktion spricht sich für die Erleichterung der Grenzkontrollen aus.
- 19. Juni 1983 Feierliche Deklaration zur Europäischen Union anlässlich des Europäischen Rates in Stuttgart.
- 14. Februar 1984 Annahme des von der EVP-Fraktion umfassend unterstützten Entwurfs des Vertrages zur Gründung der Europäischen Union („Spinelli-Vertrag“) durch das Europäische Parlament.
- 14. und 17. Juni 1984 Zweite Wahlen zum Europäischen Parlament.
Die EVP-Fraktion zählt 110 der insgesamt 484 Abgeordneten.
- 18. Juli 1984 Wiederwahl von Egon Klepsch zum Vorsitzenden der EVP-Fraktion.
- Januar 1985 Die neue Kommission tritt unter dem Vorsitz von Jacques Delors ihr Amt an.
- 10. März 1985 Michail Gorbatschow wird Erster Sekretär der KP der UdSSR.
- 14. Juni 1985 Unterzeichnung des Übereinkommens von Schengen betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen (Belgien, Deutschland, Frankreich, Luxemburg, Niederlande).
- 9. September 1985 Eröffnung der Regierungskonferenz in Luxemburg. Die Entscheidung, eine Regierungskonferenz zur Änderung der EU-Verträge einzuberufen, geht auf das Gipfeltreffen in Mailand am 28. und 29. Juni 1985 zurück.
- 1. Januar 1986 Beitritt Portugals und Spaniens zur Europäischen Gemeinschaft. Damit werden Spanien und Portugal elftes bzw. zwölftes Mitglied der Europäischen

- Gemeinschaften. Die Mitglieder des Demokratischen und Sozialen Zentrums (CDS) Portugals und die spanischen Parteien Unión de Centro Democrático, Partido Nacionalista Vasco sowie Unió Democràtica de Catalunya werden Mitglieder der EVP-Fraktion. Dem Parlament gehören nunmehr 518 Abgeordnete an. Die EVP-Fraktion zählt 118 Mitglieder.
- 17.-18. Februar 1986 Unterzeichnung der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) in Luxemburg.
 15. März 1986 Ernennung des Generalsekretärs der EVP-Fraktion, Sergio Guccione (IT).
 8. Juli 1986 Schaffung der Schuman-Medaille durch die EVP-Fraktion im Rahmen der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag von Robert Schuman.
 4. Dezember 1986 Wiederwahl von Egon Klepsch zum Vorsitzenden der EVP-Fraktion.
 20. Januar 1987 Wahl des Parteiführers der konservativen britischen Abgeordneten, Lord Plumb, zum Präsidenten des Europäischen Parlaments. Seine Wahl wird von der EVP-Fraktion unterstützt.
 9. Mai 1987 Unter Verweis auf das Datum der Erklärung von Robert Schuman (9. Mai) und im Zusammenhang mit der Annahme des Berichts Adonnino über das Europa der Bürger (28.-29. Mai 1985) bestimmt die Kommission den 9. Mai zum Tag der Europäischen Gemeinschaft (Europatag).
 14. Juni 1987 10 Mitglieder der EVP-Fraktion treffen mit 10 SPE-Mitgliedern zusammen, um ein Verfahren zur Umsetzung der Einheitlichen Europäischen Akte („Die 130 anhängigen Vorschläge der Kommission“) sowie die Zusammenarbeit zwischen den beiden Sekretariaten festzulegen.
 1. Juli 1987 Inkrafttreten der Einheitlichen Europäischen Akte. Von diesem Zeitpunkt an geht die EVP-Fraktion zu einer gewissen Zusammenarbeit mit der Sozialistischen Fraktion über, damit das Parlament die Mehrheiten erreichen kann, die es ihm ermöglichen, eine vollwertige Rolle im Verfahren der zur Verwirklichung des Binnenmarktes erforderlichen Zusammenarbeit zu spielen.
 27. Juni 1988 Europäischer Rat von Hannover. Einsetzung eines *Ad-hoc-Ausschusses*, der Vorschläge zur Währungsunion unterbreiten soll. Eine Gruppe von Sachverständigen wird vom Europäischen Rat beauftragt, Überlegungen zu einem europäischen Währungsraum mit einer einheitlichen Währung anzustellen. Den Vorsitz der Gruppe übernimmt Jacques Delors.
 8. August 1988 Annahme des neuen Logos der EVP-Fraktion „*PPE, The Heart of Europe*“ durch das Präsidium.
 - 15.-18. Juni 1989 Dritte Direktwahlen zum Europäischen Parlament. Die Mitgliedsparteien der EVP-Fraktion (einschließlich der spanischen Partei Alianza Popular, die von den Konservativen zur EVP-Fraktion überwechselt) erringen 122 Mandate. Das Europäische Parlament umfasst 518 Mandate.
 - 26.-27. Juni 1989 Europäischer Rat in Madrid. Beschluss der Eröffnung einer Regierungskonferenz. Der Europäische Rat beschließt, den Delors-Plan zu befolgen und neue Verhandlungen zur Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion einzuleiten.
 17. Juli 1989 Beitrittsantrag Österreichs. Wiederwahl von Egon Klepsch (EVP/DE) zum Vorsitzenden der EVP-Fraktion.
 18. Oktober 1989 Die EVP-Fraktion gründet die „Stiftung zur Zusammenarbeit Christlicher Demokraten Europas“ (ab 1994 Robert Schuman-Stiftung).
 29. Oktober-2. November 1989 Reise des Vorsitzenden der EVP-Fraktion nach Ungarn.
 9. November 1989 Mit dem Fall der Berliner Mauer endet die Teilung Deutschlands.
 22. Dezember 1989 Sturz von Ceausescu in Rumänien.
 - 8.-12. Januar 1990 Fraktionssitzung in Berlin (Deutschland). Sitzung im Reichstag und Besuch Ostberlins sowie Treffen mit Vertretern der Ost-CDU, der Kirchen und des Demokratischen Aufbruchs.

10. Mai 1990 Wahl des belgischen Ministerpräsidenten Wilfried Martens zum EVP-Vorsitzenden.
19. Juni 1990 Die Beneluxländer, Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland unterzeichnen das Übereinkommen zur Durchführung des Schengener Übereinkommens von 1985 zur Vereinfachung der Kontrollen an den Binnengrenzen der Unterzeichnerstaaten.
1. Juli 1990 Die erste Etappe der Wirtschafts- und Währungsunion tritt in Kraft.
3. Oktober 1990 Deutsche Wiedervereinigung.
- 14.-16. November 1990 8. Kongress der Europäischen Volkspartei in Dublin. Verabschiedung des Dokuments „Für eine föderale Verfassung der Europäischen Union“. Dieser Standpunkt der EVP wird von der EVP-Fraktion in das Europäische Parlament getragen, das sich anlässlich der Regierungskonferenz für die Ausarbeitung einer Europäischen Verfassung ausspricht.
- 27.-30. November 1990 Konferenz der Parlamente der EG in Rom, an der 21 EVP-Mitglieder teilnehmen. Während die Regierungen die Verhandlungen über den künftigen Vertrag über die Europäische Union vorbereiten, veranstaltet das Europäische Parlament ein Treffen der Abgeordneten der Europäischen Gemeinschaft. Die europäischen Abgeordneten der EVP-Fraktion und die nationalen Abgeordneten gleicher politischer Überzeugung konnten im Sinne einer politischen und einer Währungsunion sowie des Abbaus des demokratischen Defizits durch die Einbindung des Europäischen Parlaments in den Rechtsetzungsprozess auf die Schlusserklärung Einfluss nehmen.
24. Januar 1991 Ernennung des Generalsekretärs der EVP-Fraktion, Gerhard Guckenberger (DE).
10. Dezember 1991 Einigung des Europäischen Rates betreffend den Vertrag über die Europäische Union (Vertrag von Maastricht, unterzeichnet am 7. Februar 1992).
12. Dezember 1991 Die europäischen Abgeordneten Valéry Giscard d'Estaing, Alain Lamassoure, Jeannou Lacaze und Robert Hersant (alle vier Franzosen) verlassen die liberale Fraktion und wechseln in die EVP-Fraktion.
14. Januar 1992 Wahl von Egon Klepsch (EVP/DE) zum Präsidenten des Europäischen Parlaments. Wahl von Leo Tindemans (EVP/BE) zum Vorsitzenden der EVP-Fraktion.
7. Februar 1992 Unterzeichnung des Vertrags über die Europäische Union in Maastricht. Die mit diesem Vertrag geschaffene Union basiert auf den Europäischen Gemeinschaften (erster Pfeiler), die um zwei Bereiche der Zusammenarbeit ergänzt werden (zweiter und dritter Pfeiler): Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) sowie Justiz und Inneres (JI).
1. Mai 1992 32 britische und 2 dänische konservative Abgeordnete schließen sich der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament offiziell als nahestehende Mitglieder an. Änderung des Artikels 1 des Fraktionsstatuts: „Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und Nahestehenden“.
2. Juni 1992 Die Ratifizierung des Vertrags von Maastricht über die Europäische Union wird von der dänischen Bevölkerung abgelehnt (50,7 % Nein-Stimmen).
20. September 1992 51 % „Ja-Stimmen“ beim Volksentscheid über Maastricht in Frankreich.
- 11.-13. November 1992 Neunter EVP-Kongress in Athen. Annahme der Erklärung „Die Verantwortung der Christdemokraten in einer sich wandelnden Welt“. Die EVP spricht sich für die Ausarbeitung einer richtigen Verfassung der Europäischen Union aus, die auf den Grundsätzen der Demokratie, der Subsidiarität und des Föderalismus beruht.
- 11.-12. Dezember 1992 Beschlüsse des Europäischen Rates in Edinburgh bezüglich des Sitzes der Organe, der Finanziellen Vorausschau bis 1999 (Annahme des „Delors-II-Pakets“).
1. Januar 1993 Inkrafttreten des Gemeinsamen Binnenmarktes.

1. Februar 1993 Einleitung von Verhandlungen mit Österreich, Finnland und Schweden.
18. Mai 1993 Bei einer zweiten Volksabstimmung in Dänemark wird der Vertrag von Maastricht gebilligt.
- 21.-22. Juni 1993 Europäischer Rat in Kopenhagen. In Kopenhagen werden die von den Beitrittsländern zu erfüllenden Kriterien festgelegt. Es wird eine Aufstellung der zehn Länder vorgelegt, die diese Kriterien erfüllen.
1. November 1993 Mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Maastricht wird die Gründung der Europäischen Union vollzogen. Kennzeichnend sind die Einführung des Verfahrens der Mitentscheidung und die Ausweitung der Gesetzgebungs- und Kontrollbefugnisse des Europäischen Parlament.
1. Januar 1994 Beginn der zweiten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion mit der Gründung des Europäischen Währungsinstituts (EWI) in Frankfurt.
- 9.-12. Juni 1994 Vierte Direktwahlen zum Europäischen Parlament. Die EVP-Fraktion erlangt 157 Mandate. Durch die generelle Änderung der Anzahl der Sitze für die einzelnen Mitgliedstaaten im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung Deutschlands erhöht sich die Anzahl der Sitze im Europäischen Parlament auf 567.
5. Juli 1994 Wahl von Wilfried Martens zum Vorsitzenden der EVP-Fraktion. Billigung der Ernennung von Jacques Santer (EVP/LU) zum Kommissionspräsidenten durch das Europäische Parlament.
1. Januar 1995 Beitritt Österreichs, Finnlands und Schwedens. Das Europäische Parlament zählt nunmehr 626 Mitglieder. 5 Parteien schließen sich der EVP an: die Österreichische Volkspartei, die schwedischen Kristdemokratiska Samhällspartiet (derzeit Kristdemokraterna) und Moderata Samlingspartiet (Moderaterna), die Kansallinen Kokoomus Finnlands und die dänische Konservative Folkeparti. Damit umfasst die EVP-Fraktion 173 Mitglieder.
- 15.-16. Dezember 1995 Der Europäische Rat in Madrid beschließt die Bezeichnung „Euro“ für die einheitliche Währung. Als Zeitpunkt für den Übergang zur dritten Stufe der WWU wird Ende 1999 bestätigt.
11. November 1996 Beitritt von neun portugiesischen Europaabgeordneten der Partido Social Democrata (PSD) zur EVP-Fraktion. Die EVP-Fraktion setzt sich nunmehr aus 180 Mitgliedern zusammen.
14. Januar 1997 Wahl von José Maria Gil-Robles Gil Delgado von der spanischen Partido Popular (SP/EVP) zum Präsidenten des Europäischen Parlaments (338 Stimmen für Gil-Robles, 117 Stimmen für Catherine Lalumière).
10. April 1997 Ernennung des Generalsekretärs der EVP-Fraktion, Mário David (PT).
- 16.-17. Juni 1997 Der in Amsterdam tagende Europäische Rat erteilt seine Zustimmung zu einem neuen Vertrag. Der Vertrag von Amsterdam wird am 2. Oktober 1997 unterzeichnet. Annahme des Stabilitäts- und Wachstumspakts.
- 12.-13. Dezember 1997 Europäischer Rat in Luxemburg. Beschluss der Einleitung des Erweiterungsprozesses mit zwölf Ländern.
- 1.-2. Mai 1998 Europäischer Rat in Brüssel. Benennung der elf für den Euro qualifizierten Länder: Deutschland, Österreich, Belgien, Spanien, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande und Portugal. Ernennung des Präsidenten der Europäischen Zentralbank.
9. Juni 1998 Die italienischen Abgeordneten der Forza Italia (20 Mitglieder) schließen sich der EVP-Fraktion an. Damit zählt die EVP-Fraktion 200 Mitglieder.
1. Januar 1999 Beginn der dritten Stufe der WWU. Der Euro wird an den Finanzmärkten eingeführt.
8. Februar 1999 Ernennung des Generalsekretärs der EVP-Fraktion, Klaus Welle (DE).
23. März 1999 Das Europäische Parlament verabschiedet eine Entschließung über den Rücktritt der Europäischen Kommission unter der Leitung von Jacques Santer und über die Einsetzung einer neuen Kommission.
- 24.-25. März 1999 Der Sondergipfel des Europäischen Rates in Berlin nimmt die Finanzielle Vorausschau für 2000-2006 an. Die Regierungen der fünfzehn Mitgliedstaaten

erzielen politische Einigung über das Reformpaket der Agenda 2000, das die Finanzen der Union, die Agrar- und Regionalpolitik, die Heranführungshilfen und die Ausgaben für EU-Beiträge im Zeitraum 2000-2006 betrifft.

1. Mai 1999 Inkrafttreten des Vertrags von Amsterdam. Erweiterung der Gesetzgebungs- und Kontrollbefugnisse des EP. Ausweitung des Anwendungsbereichs der Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit im Rat.
5. Mai 1999 Amtseinführung des Präsidenten der Europäischen Kommission, Romano Prodi (IT), durch das Europäische Parlament.
- 3.-4. Juni 1999 Europäisches Gipfeltreffen in Köln. Es wird beschlossen, die Ausarbeitung einer Charta der Grundrechte einem aus Beauftragten der Staats- und Regierungschefs, des Präsidenten der Europäischen Kommission sowie Mitgliedern des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente bestehenden Konvent zu übertragen.
Beschluss zur Einberufung einer neuen Regierungskonferenz über die „Relikte von Amsterdam“.

Dritter Teil: Die Ära der Erneuerer (1994-2009)

- 10.-13. Juni 1999 Fünfte Wahlen zum Europäischen Parlament. Es werden 233 Mitglieder der EVP-Fraktion gewählt. Die EVP ist die stärkste Fraktion.
13. Juli 1999 Wahl von Hans-Gert Pöttering zum Vorsitzenden der EVP-Fraktion.
15. Juli 1999 Um dem Standpunkt der britischen Konservativen Rechnung zu tragen, nimmt die Fraktion bei der konstituierenden Sitzung der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und der Europäischen Demokraten (EVP-ED) eine entsprechende Namensänderung vor. Beitritt der französischen Abgeordneten der RPR (Sammlungsbewegung für die Republik). Damit zählt die EVP-ED-Fraktion 233 Mitglieder.
20. Juli 1999 Wahl von Nicole Fontaine zur Präsidentin des Europäischen Parlaments.
15. September 1999 Vertrauensvotum des Europäischen Parlaments für den neuen Kommissionspräsidenten Romano Prodi (404 Ja-Stimmen; 153 Nein-Stimmen; 27 Enthaltungen).
- 15.-16. Oktober 1999 Europäischer Rat in Tampere (Finnland).
Dieses Gipfeltreffen befasst sich mit der Verwirklichung eines europäischen Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts.
- 10.-11. Dezember 1999 Europäischer Rat in Helsinki (Finnland). Bei diesem Gipfeltreffen werden vor allem Fragen der Erweiterung erörtert und es werden wichtige Beschlüsse gefasst: Die Türkei wird als Bewerberland für den Beitritt zur Europäischen Union anerkannt. Beschlossen wird auch die Einleitung von Beitrittsverhandlungen mit fünf weiteren Ländern Mittel- und Osteuropas. Die Länder des ehemaligen Jugoslawiens werden zu potenziellen Bewerberländern erklärt.
17. Dezember 1999 Konstituierende Sitzung des aus 62 Mitgliedern bestehenden Konvents zur Ausarbeitung der Charta der Grundrechte. Vorsitzender ist Roman Herzog.
- 7.-10. Dezember 2000 Europäischer Rat in Nizza. Verkündung der Europäischen Charta der Grundrechte. In der Erklärung zur Zukunft der Union wird ein Bericht über die institutionelle Reform an den Europäischen Rat in Laeken im Dezember 2001 gefordert.
26. Februar 2001 Unterzeichnung des Vertrags von Nizza.
7. Juni 2001 Negativer Ausgang des Referendums zum Nizza-Vertrag in Irland (54 % Nein-Stimmen).
- 15.-16. Juni 2001 Europäisches Gipfeltreffen in Göteborg.
Entsprechend dem Antrag des Europäischen Parlaments (Änderungsantrag Lamasource) beraumt der Rat für Ende 2002 Verhandlungen mit den MOEL an, um den neuen Ländern die Teilnahme an den Wahlen im Juni 2004 zu ermöglichen.

- 11. September 2001 Terroranschläge auf die Zwillingstürme des World Trade Center in New York und auf das Pentagon in Washington (USA).
- 14. November 2001 Hans-Gert Pöttering wird als Fraktionsvorsitzender bestätigt.
- 14.-15. Dezember 2001: Europäischer Rat in Laeken (Belgien). Einberufung eines Konvents zur Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfs.
- 1. Januar 2002 Beginn der spanischen Ratspräsidentschaft. Offizielle Einführung des Euro (Scheine und Münzen).
- 28. Februar 2002 Eröffnungssitzung des Konvents zur Zukunft Europas unter dem Vorsitz von Valéry Giscard d'Estaing im Europäischen Parlament in Brüssel.
- 19. Oktober 2002 Referendum in Irland über die Ratifizierung des Vertrags von Nizza.
- Nach der Ablehnung des Abkommens am 8. Juni 2001 billigt Irland den Vertrag von Nizza über die Reform der Gemeinschaftsinstitutionen und die Erweiterung der Europäischen Union mit 62,89 % der Stimmen.
- 21. Februar 2003 Antrag der Republik Kroatien auf EU-Mitgliedschaft.
- 20. März 2003 Beginn der Militärfaktion der USA und des Vereinigten Königreichs im Irak.
- 5. Mai 2003 Offizielles Zeremoniell der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament sowie der EVP zur Begrüßung der 69 neuen Mitglieder/Beobachter.
- 13. Juni 2003 Einvernehmliche Annahme der Verfassung durch den Konvent.
- 1. Juli 2003 Fünfzigster Jahrestag der EVP-ED-Fraktion in Straßburg.
- 4. Oktober 2003 Eröffnung der mit der Annahme des Entwurfs der Europäischen Verfassung beauftragten Regierungskonferenz.
- 1. Januar 2004 Ernennung des Generalsekretärs der EVP-ED-Fraktion, Niels Pedersen (DK).
- 10. März 2004 Abstimmung über die Änderung der Geschäftsordnung für den ED-Teil in der Fraktion. Die in Artikel 5b genannten Mitglieder haben das „Recht, ihre eigenständigen Ansichten zu konstitutionellen und institutionellen Fragen in Bezug auf die Zukunft Europas zu entwickeln und zu fördern“. Der ED-Teil soll das Recht erhalten, einen Fraktionsvizepräsidenten zu stellen.
- 1. Mai 2004 Die Tschechische Republik, Estland, Zypern, Lettland, Litauen, Ungarn, Malta, Polen, die Slowakei und Slowenien treten der Europäischen Union bei. Das EP umfasst nun 732 Mitglieder.
- 10.-13. Juni 2004 Sechste Wahlen zum Europäischen Parlament. 450 Millionen Bürger in 25 Mitgliedstaaten sind zur Teilnahme an den Wahlen aufgerufen. Die EVP-ED-Fraktion behält ihren Platz als stärkste Fraktion im Europäischen Parlament bei. Sie ist die einzige Fraktion, in der Abgeordnete aus 25 Mitgliedstaaten vertreten sind und der über 200 Abgeordnete angehören.
- 29. Juni 2004 Ernennung des Präsidenten der Europäischen Kommission, José Manuel Durão Barroso (PT).
- 13. Juli 2004 Hans-Gert Pöttering wird erneut zum Vorsitzenden der EVP-ED-Fraktion gewählt.
Die Anzahl der Vizepräsidenten wird auf neun erhöht. Die Mitglieder der tschechischen Partei SNK werden Mitglieder der EVP-ED-Fraktion. Die tschechische ODS, die portugiesische Partido Popular und die italienische Partito Pensionati schließen sich dem ED-Teil der EVP-ED-Fraktion an. Damit besteht die Fraktion aus 268 Mitgliedern.
- 29. Oktober 2004 Unterzeichnung des Vertrags über eine Verfassung für Europa durch die Staats- und Regierungschefs in Rom.
- 18. November 2004 Amtseinführung der Barroso-Kommission durch das Europäische Parlament für den Zeitraum 2004-2009 (449 Ja-Stimmen gegen 149 Nein-Stimmen bei 82 Enthaltungen).
- 12. Januar 2005 Annahme des Verfassungsvertrags durch das Europäische Parlament (Bericht Mendez de Vigo-Leinen).

29. Mai 2005 Negativer Ausgang des Referendums zum Verfassungsentwurf in Frankreich (54,7 % Nein-Stimmen).
1. Juli 2005 „Nein“ beim Referendum in den Niederlanden (61,6 %).
3. Oktober 2005 Aufnahme von Verhandlungen mit der Türkei und Kroatien.
- 16.-17. Dezember 2005 Europäischer Rat in Brüssel. Annahme der Finanziellen Vorausschau 2007-2013. Höchstbetrag 1,45 % des BIP, was 862 Milliarden Euro entspricht.
21. Mai 2006 Referendum zur Unabhängigkeit Montenegros (50,5 % Ja-Stimmen).
1. Januar 2007 EU-Beitritt Bulgariens und Rumäniens. Damit gehören dem EP 785 Abgeordnete an. Die Bevölkerung der Europäischen Union wächst auf 492 Millionen Einwohner an. In der EU bestehen 23 Amtssprachen. Der EVP-ED-Fraktion gehören zu diesem Zeitpunkt 277 Mitglieder an.
9. Januar 2007 Das MdEP Joseph Daul wird zum neuen Vorsitzenden der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament gewählt.
16. Januar 2007 Das Mitglied der EVP-ED-Fraktion, Hans-Gert Pöttering, wird mit 450 Stimmen zum Präsidenten des Europäischen Parlaments gewählt.
24. März 2007 Die europäischen Spitzenpolitiker Hans-Gert Pöttering (MdEP und Präsident des Europäischen Parlaments), Angela Merkel (Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland und amtierende Ratspräsidentin) sowie José Manuel Durão Barroso (Kommissionspräsident) treffen anlässlich des 50. Jahrestages des Vertrags von Rom in Berlin zur Unterzeichnung einer Erklärung zu Europa zusammen. In dem Dokument wird auf die Erfolge der EU im letzten halben Jahrhundert verwiesen und eine gemeinsame Vision für die Zukunft skizziert.
6. Mai 2007 Wahl von Nicolas Sarkozy zum Präsidenten der Französischen Republik.
6. Juni 2007 Nach den ersten Wahlen zum Europäischen Parlament in Bulgarien am 20. Mai 2007 schließen sich fünf neue Mitglieder Bulgariens von der GERB-Partei der Fraktion an, die damit 278 Mitglieder zählt.
23. Juni 2007 Der Europäische Rat kommt unter dem Vorsitz der Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland, Angela Merkel, überein, eine Regierungskonferenz einzuberufen, die mit der Ausarbeitung eines neuen Vertrags beauftragt werden soll.
27. Juni 2007 Angela Merkel erhält die Schuman-Medaille der Fraktion und Hans-Gert Pöttering wird zum Ehrenvorsitzenden der EVP-ED-Fraktion ernannt.
9. Juli 2007 Einweihung des Pierre-Pflimlin-Gebäudes in Straßburg.
23. Juli 2007 Die portugiesische Ratspräsidentschaft eröffnet in Lissabon offiziell die mit der Ausarbeitung eines europäischen Reformvertrags beauftragte Regierungskonferenz.
1. September 2007 Martin Kamp wird zum Generalsekretär der EVP-ED-Fraktion ernannt.
13. Dezember 2007 Unterzeichnung des Vertrags von Lissabon.
1. Januar 2008 Beitritt Zyperns und Maltas zum Euro-Währungsgebiet, dem 15 Mitglieder angehören. Stärkung der rumänischen Vertretung in der Fraktion, die nunmehr 288 Mitglieder zählt.
18. Februar 2008 Unabhängigkeit des Kosovo.
27. Februar 2008: 1 Euro = 1,51 US-Dollar / Juli 2002: 1 Euro = 1 US-Dollar.
13. Juni 2008 Negativer Ausgang des Referendums zum Lissabon-Vertrag in Irland (53 % Nein-Stimmen).
- 2.-4. Juli 2008 Studententage der Fraktion in Paris.
- August 2008 Invasion russischer Truppen in Georgien.
- Oktober 2008 Globale Finanzkrise.
15. Dezember 2008 Antrag Montenegros auf Beitritt zur Europäischen Union.
1. Januar 2009 Beitritt der Slowakei zum Euro-Währungsgebiet, das nunmehr 16 Mitglieder umfasst.
- 19.-20. März 2009 Europäischer Rat zur Weltwirtschaftskrise.
2. April 2009 G20-Gipfel in London.
3. April 2009 NATO-Gipfel in Straßburg und in Kehl.

- 5. April 2009 EU-USA-Gipfel in Prag.
- 28.-30. April 2009 Kongress der EVP und Studientage der Fraktion in Warschau.
- 7. Mai 2009 Beendigung der Zugehörigkeit der britischen Konservativen zur Fraktion.
- 4.-7. Juni 2009 Siebte Wahlen zum Europäischen Parlament. Großer Erfolg für die EVP-Fraktion, die nun 264 Abgeordnete zählt.
- 19.-20. Juni 2009 Europäischer Rat.
- 23. Juni 2009 Wiederwahl von Joseph Daul zum Vorsitzenden der EVP-Fraktion.
- 29. Juni-2. Juli 2009 Studientage der Fraktion in Athen.
- 14. Juli 2009 Konstituierende Versammlung des neuen Parlaments. Wahl von Jerzy Buzek zum Präsidenten des Europäischen Parlaments.

Anhang 2

LISTE DER MITGLIEDER DER FRAKTION DER CD, DER EVP UND DER EVP-ED SEIT 1952

Belgien

Rika de Backer-van Ocken	1984-1989
Ivo Belet	seit 2004
Alfred Bertrand	1952-1961, 1972-1979
Frieda Brepoels	seit 2004
Alfred Califice	1968-1972
Raphael Chanterie	1981-1999
Lambert Croux	1979-1989
Albert De Gryse	1961-1972
Jean-Luc Dehaene	seit 2004
Paul De Keersmaecker	1974-1981
Gérard Deprez	1984-2004
Marguerite De Riemaecker-Legot	1958-1961
Pierre Deschamps	1974-1979, 1980-1984
Pierre De Smet	1952-1965
Emile De Winter	1965-1972
Maurice Dewulf	1968-1974, 1977-1979
Joseph Dupont	1961-1968, 1971-1972
Jean Duvieusart	1958-1965
Mathieu Grosch	seit 1994
Michel Hansenne	1999-2004
Charles Heger	1972-1974
Jaak Henckens	1979-1981
Fernand Herman	1979-1999
Anna Hermans	1989-1994
Raymond Langendries	seit 2004
Victor Leemans	1958-1971
Théodore Lefevre	1952-1958
Philippe Le Hodey	1958-1961
Pol M.E.E. Marck	1981-1994
Lucien Hubert Martens	1972-1977
Wilfried Martens	1994-1999
Victor Michel	1979-1982
Henri Moreau de Melen	1965-1968
Charles-Ferdinand Nothomb	1979-1980
René Pêtre	1961-1968, 1972-1976
Alfonsine Phlix	1981-1984
Karel Pinxten	1989-1991
Guillaume Schyns	1977-1979

Leon Servais	1968-1972
Miet Smet	1999-2004
Paul Struye	1952-1958
Marianne Thyssen	seit 1991
Leo Tindemans	1979-1981, 1989-1999
Marcel Albert Vandewiele	1972-1973, 1974-1984
Johan van Hecke	1999-2002
Paul Vankerhoven	1982-1984
Eric Van Rompuy	1981-1984
Joris Verhaegen	1973-1974, 1977-1981
Joannes J. Verroken	1979-1984
Pierre Wigny	1952-1958

Bulgarien

Konstantin Dimitrov	2007
Martin Dimitrov	2007
Philip Dimitrov Dimitrov	2007
Rumiana Jeleva	seit 2007
Nickolay Mladenov	seit 2007
Stefan Sofianski	2007
Petya Stavreva	seit 2007
Vladimir Urutchev	seit 2007
Dushana Zdravkova	seit 2007

Dänemark

Frode Nør Christensen	1989-1994
Peter Klaus Duetoft	1987-1988
Erhard V. Jakobsen	1982-1987, 1988-1994
Marie Jepsen	1992-1994
Frode Kristoffersen	1994-1999
Arne Melchior	1994
Christian Foldberg Rovsing	1992-2004, seit 2007
Poul Schlüter	1994-1999
Gitte Seeberg	2004-2007

Deutschland

Jochen van Aerssen	1977-1989
Heinrich Aigner	1961-1988
Siegbert Alber	1977-1997
Helmut Karl Artzinger	1965-1977
Otto Bardong	1984-1989, 1994-1999
Rolf Berend	seit 1994
Helmut Bertram	1952-1953
Kurt Birrenbach	1957-1961
Philipp von Bismarck	1978-1989
Erik Blumenfeld	1973-1989
Reinhold Bocklet	1979-1993
Reimer Böge	seit 1989
Christian Ulrik von Boetticher	1999-2004

Liste der Mitglieder der Fraktion der CD, der EVP und der EVP-ED seit 1952

Jürgen Brand	1993-1994
Ursula Braun-Moser	1984-1989, 1990-1994
Heinrich von Brentano	1952-1955
Elmar Brok	seit 1980
Friedrich Burgbacher	1958-1977
Daniel Caspary	seit 2004
Arved Deringer	1958-1970
Albert Deß	seit 2004
Hans Dichgans	1961-1970
Stefan Dittrich	1965-1973
Werner Dollinger	1956-1958
Manfred A. Ebel	1984-1989
Walter Eckhardt	1954-1956
Christian Ehler	seit 2004
Ernst Engelbrecht Greve	1958-1962
Markus Ferber	seit 1994
Karl-Heinz Florenz	seit 1989
Otmar Franz	1981-1989
Fernand Friedensburg	1958-1965
Ingo Friedrich	seit 1979
Isidor Früh	1973-1989
Karl Fuchs	1977-1984
Honor Funk	1989-1999
Hans Furler	1955-1973
Michael Gahler	seit 1999
Hugo Geiger	1958-1961
Eugen Gerstenmaier	1952-1954
Roland Gewalt	seit 2005
Anne Karin Glase	1994-2004
Lutz Goepel	seit 1994
Alfred Gomolka	seit 1994
Alfons Goppel	1979-1984
Ingeborg Gräßle	seit 2004
Maren Günther	1993-1999
Otto von Habsburg	1979-1999
Wolfgang Hackel	1985-1989
Karl Hahn	1958-1970
Wilhelm Hahn	1979-1987
Kurt Härzschel	1973-1977
Helga Haller von Hallerstein	1993-1994
Kai-Uwe von Hassel	1979-1984
Renate Charlotte Heinisch	1994-1999
Fritz Hellwig	1959
Wilhelm Helms	1979-1984
Günter Henle	1952-1953
Ruth Hieronymi	seit 1999
Karl-Heinz Hoffmann	1979-1989
Karsten Friedrich Hoppenstedt	1989-1999, seit 2004
Joseph Illerhaus	1958-1970
Richard Jaeger	1953-1954
Hans Edgar Jahn	1970-1979
Georg Jarzembowski	seit 1991
Elisabeth Jeggle	seit 1999
Martin Kastler	2003-2004, seit 2008

Hans Katzer	1979-1984
Hedwig Keppelhoff-Wiechert	1989-2004
Kurt Georg Kiesinger	1956-1958
Peter Kittelmann	1994-1999
Ewa Klamt	seit 1999
Christa Klauf	seit 1994
Egon A. Klepsch	1973-1994
Hans Jürgen Klinker	1962-1973, 1977-1979
Karsten Knolle	1999-2004
Dieter Lebrecht Koch	seit 1994
Herbert W. Köhler	1979-1981
Christoph Konrad	seit 1994
Hermann Kopf	1952-1961
Gerhard Kunz	1977-1978
Werner Langen	seit 1994
Brigitte Langenhagen	1990-2004
Horst Langes	1979-1994
Armin Laschet	1999-2005
Kurt Joachim Lauk	seit 2004
Kurt Lechner	seit 1999
Klaus-Heiner Lehne	seit 1994
Gerd Lemmer	1979-1994
Aloys Michael Lenz	1953-1970
Marlene Lenz	1979-1999
Paul Leverkusuhn	1958-1959
Peter Liese	seit 1994
Heinrich Lindenberg	1958-1961
Walter Löhr	1959-1973
Hans August Lücker	1958-1984
Rudolf Luster	1978-1994
Ernst Majonica	1979-1984
Kurt Malangré	1979-1999
Thomas Mann	seit 1994
Hans-Peter Mayer	seit 1999
Xaver Mayer	1994-2004
Siegfried Meister	1970-1973
Linus Memmel	1965-1977
Winfried Menrad	1989-2004
Meinolf Mertens	1979-1989
Friedrich Merz	1989-1994
Peter Michael Mombaur	1994-2004
Marlies Mosiek-Urbahn	1994-1999
Emilia Franziska Müller	1999-2003
Gerd Müller	1989-1994
Günther Müller	1988-1989, 1992-1993
Hans-Werner Müller	1977-1979
Josef Müller	1965-1973
Ernst Müller-Hermann	1958-1965, 1977-1984
Werner Münch	1984-1990
Karl-Heinz Mursch	1973-1977
Hartmut Nassauer	seit 1994
Angelika Niebler	seit 1999
Franz-Josef Nordlohne	1979-1981
Josef Oesterle	1954-1959

Liste der Mitglieder der Fraktion der CD, der EVP und der EVP-ED seit 1952

Doris Pack	seit 1989
Georg Pelster	1952-1958
Hartmut Perschau	1989-1991
Gabriele Peus	1984-1989
Gero Pfennig	1979-1985
Gerhard Philipp	1957-1958, 1959-1966
Markus Pieper	seit 2004
Fritz Pirkl	1984-1993
Hans Poetschki	1984-1989
Hans-Gert Pöttering	seit 1979
Wolfgang Pohle	1953-1957
Horst Posdorf	seit 2005
Bernd Posselt	seit 1994
Maria Probst	1958-1965
Hermann Pünder	1952-1956
Albert Pürtsen	1979-1980
Godelieve Quisthoudt-Rowohl	seit 1989
Renate-Charlotte Rabbethge	1979-1989
Alexander Radwan	1999-2008
Herbert Reul	seit 2004
Hans Richarts	1958-1973
Clemens Riedel	1965-1973
Günter Rinsche	1979-1999
Wilmar Sabaß	1955-1957
Bernhard Sälzer	1979-1993
Casimir Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Berleburg	1979-1984
Wolfgang Schall	1979-1984
Edgar Josef Schiedermeier	1993-1999
Heinrich Schild	1958-1961
Ursula Schleicher	1979-2004
Ingo Schmitt	1999-2005
Horst Schnellhardt	seit 1994
Paul Schnitker	1979-1984
Konrad Schön	1979-1989
Jürgen Schröder	seit 1994
Klaus Peter Schulz	1973-1977
Andreas Schwab	seit 2004
Konrad Karl Schwaiger	1994-2004
Hermann Schwörer	1970-1979
Renate Sommer	seit 1999
Leopold Späth	1984-1989
Gerd Springorum	1966-1977
Heinz Starke	1971-1979
Franz Ludwig Schenk Graf von Stauffenberg	1984-1992
Gabriele Stauner	1999-2004, seit 2006
Franz Josef Strauss	1952-1956
Anton Storch	1958-1965
Diemut Theato	1987-2004
Stanislav Tillich	1994-1999
Thomas Ulmer	seit 2004
Hanna Walz	1973-1984
Kurt Wawrzik	1977-1989

Manfred Weber	seit 2004
Rudolf Wedekind	1981-1989
Otto Weinkamm	1959-1965
Anja Weisgerber	seit 2004
Brigitte Wenzel-Perillo	1999-2004
Rudolf Werner	1970-1973
Rainer Wieland	seit 1997
Karl von Wogau	seit 1979
Joachim Würmeling	1999-2005
Hans J. Zahorka	1984-1989
Axel N. Zarges	1984-1989
Werner Zeyer	1977-1978
Jürgen Zimmerling	1999-2004, 2005
Sabine Zissener	1999-2004

Estland

Tunne Kelam	seit 2004
-------------	-----------

Finnland

Raimo Ilaskivi	1996-1999
Ville Itälä	seit 2004
Riitta Jouppila	1995-1996
Piia-Noora Kauppi	1999-2008
Eija-Riitta Anneli Korhola	seit 1999
Ritva Laurila Tellervo	1995-1996, 1999
Marjo Matikainen-Kallström	1996-2004
Jyrki Otila	1996-1999
Sirpa Pietikäinen	seit 2008
Kirsi Piha	1996-1999
Pirjo Rusanen	1995-1996
Eva-Riitta Siitonen	seit 2009
Alexeter Stubb	2004-2008
Ilkka Suominen	1999-2004
Kyösti Toivonen	1995-1996
Ari Vatanen	1999-2004

Frankreich

Jean-Pierre Abelin	1984-1989
Jean Aubame	1958-1959
Jean-Pierre Audy	seit 2005
Monique Badénes	1989-1994
Roselyne Bachelot-Narquin	2004-2007
Dominique Baudis	1984-1988, 1994-1997
Pierre Baudis	1981-1984
François Bayrou	1999-2002
Jean-Pierre Bébéar	1994-1999, 2002-2004
Pierre Bernard-Reymond	1984-1986, 1989-1999
Jean-Louis Bourlanges	1989-2004

Liste der Mitglieder der Fraktion der CD, der EVP und der EVP-ED seit 1952

Jean-Marie Caro	1976-1979
Henry Chabert	1991-1994
René Charpentier	1958-1967
André Colin	1958,1964-1978
Francisque Collomb	1979-1984
Thierry Cornillet	1999-2004
Joseph Daul	seit 1999
Michel Debatisse	1979, 1984-1989, 1992-1994
Georges de Brémond d'Ars	1993-1999
Francis Decourrière	1994-2004
Marielle de Sarnez	1999-2004
Marie-Hélène Descamps	seit 2002
Christine de Veyrac	seit 1999
André Diligent	1979-1984
Philippe Douste-Blazy	1989-1993
Nicole Fontaine	1984-2002, seit 2004
André Fourçans	1993-1994, 1996-1999
Brigitte Fouré	seit 2008
Janelly Fourtou	1999-2004
François Froment-Meurice	1992-1994
Patrick Gaubert	seit 2004
Jean-Paul Gauzès	seit 2004
Valéry Giscard d'Estaing	1991-1993
Françoise Grossetête	seit 1994
Ambroise Guellec	seit 2004
Marie-Thérèse Hermange	1999-2004
Robert Hersant	1984-1989, 1991-1996
Brice Hortefeux	1999-2005
Thierry Jean-Pierre	1998-2004
Roger Karoutchi	1999
Fabienne Keller	2002
Josef Kurtz	1953-1956
Jeannou Lacaze	1991-1994
Alain Lamassoure	1991-1993, seit 1999
Jean Lecanuet	1979-1988
Bernard Lehideux	1998-1999
Alain Madelin	1999-2002
Jacques Mallet	1984-1989
Hugues Martin	1999-2004
Véronique Mathieu	seit 2004
François de Menthon	1952-1958
Claude Mont	1978-1979
Elizabeth Montfort	2003-2004
Louise Moreau	1979-1984
Philippe Morillon	1999-2004
Elisabeth Morin-Chartier	seit 2007
Erwin Mueller	1952-1956
Jean-Thomas Nordmann	2002
Hervé Novelli	1999-2002
Olivier d'Ormesson	1979-1984
Roger Partrat	1987-1988
Pierre Pflimlin	1962-1967, 1979-1989
Alain Poher	1952-1978
Jean-Pierre Raffarin	1994-1995

Marc Reymann	1989-1994
Marie-France de Rose	1998-1999
Nicolas Sarkozy	1999
Tokia Saïfi	1999-2002, seit 2004
Anne-Marie Schaffner	2002-2004
Robert Schuman	1958-1962
Jean Seitlinger	1979-1984
Maurice-René Simonnet	1979-1984
Franz Singer	1952-1953
André Soulier	1994-1999
Bernard Stasi	1994-1998
Margie Sudre	seit 1999
Pierre Henri Teitgen	1952-1958
Jacques Toubon	seit 2004
Jean-Marie Vanlerenberghe	1986-1989, 1993-1994
Ari Vatanen	seit 2004
Dominique Vlasto	seit 2000
Yves Verwaerde	1994-1999
Françoise de Veyrinas	2002-2004
Adrien Zeller	1974-1976, 1989-1992

Griechenland

Georgios Anastassopoulos	1984-1999
Emmanouil Angelakas	seit 2007
Stelios Argyros	1994-1999
Ioannis Averoff	1999-2004
Leonidas Bournias	1981-1984
Ioannis Boutos	1984 -1985
Efthimios Christodoulou	1984-1990, 1994-1999
Georgios Dimitrakopoulos	seit 1994
Dimitrios Evrigenis	1984 -1986
Christos Folias	1999-2004
Achillefs Gerokostopoulos	1981-1984
Kyriakos Gerontopoulos	1984 -1989
Marietta Giannakou-Koutsikou	1984-1990, 1999-2000
Ioannis Gklavakis	seit 2004
Konstantinos Gontikas	1981-1984
Menelaos Hadjigeorgiou	1990-1994
Konstantinos Hatzidakis	1994-2007
Meropi Kaldi	2004
Konstantinos Kallias	1981-1984
Konstantinos Kaloyannis	1981-1984
Filotas Kazazis	1981-1984
Rodi Kratsa-Tsagaropoulou	seit 1999
Efstathios Lagakos	1989-1994
Panayotis Lambrias	1984-1999
Ioannis Marinou	1999-2004
Manolis Mavrommatis	seit 2004
Nana Mouskouri	1994-1999
Marie Panayotopoulos-Cassiotou	seit 2004
Efstratios Papaefstratiou	1981-1984
Georgios Papastamkos	seit 2004

Liste der Mitglieder der Fraktion der CD, der EVP und der EVP-ED seit 1952

Ioannis Pasmazoglou	1989-1994
Filippos Pierros	1989-1994
Mihail Protopapadakis	1981-1984
Antonis Samaras	2004-2007
Georgios Saridakis	1986-1994
Pavlos Sarlis	1989-1999
Margaritis Schinas	seit 2007
Konstantinos Stavrou	1984-1994
Antonios Trakatellis	seit 1994
Ioannis Tzounis	1984-1989
Nikolaos Vakalis	seit 2004
Ioannis Varvitsiotis	seit 2004
Stavros Xarchakos	2000-2004
Christos Zacharakis	1999-2004
Nikos Zardinidis	1981
Georgios Zavvos	1990-1994

Irland

Mary Elizabeth Banotti	1984-2004
Colm Burke	seit 2007
Mark Clinton	1979-1989
Patrick Mark Cooney	1989-1994
Simon Coveney	2004-2007
Donald Creed	1973-1977
John Walls Cushnahan	1989-2004
April Doyle	seit 1999
Thomas Dunne	1973-1977
Antony Esmonde	1972-1973
Alan Gillis	1994-1999
Jim Higgins	seit 2004
Gerald L'Estrange	1977-1979
John Joseph McCartin	1979-2004
Charles McDonald	1973-1979
Mairead McGuinness	seit 2004
Gay Mitchell	seit 2004
Tom O'Donnell	1979-1989
Christopher Gerard O'Malley	1986-1989
Thomas Raftery	1984-1989
Richie Ryan	1972-1973, 1977-1986
Dana Rosemary Scallon	1999-2004

Italien

Pietro Adonnino	1979-1984
Gabriele Albertini	seit 2004
Giuseppe Alessi	1969-1972
Giulio Andreotti	1974-1976
Generoso Andria	2000-2004
Armando Angelini	1960-1968
Alfredo Antoniozzi	seit 2004
Dario Antoniozzi	1972-1976, 1979-1989

Aldo Arroni	1998-1999
Antonio Azara	1952-1954
Claudio Azzolini	1998-1999
Monica Stefania Baldi	1998-1999
Valerio Baldini	1998-1999
Giovanni Barbagli	1979-1984
Paolo Barbi	1979-1984
Paolo Bartolozzi	2001-2004, seit 2008
Emilio Battista	1955-1969
Giulio Battistini	1959-1969
Lodovico Benvenuti	1952-1954
Silvio Berlusconi	1999-2001
Giovanni Bersani	1960-1989
Gerardo Bianco	1994-1999
Rosaria Bindi	1989-1994
Giovanni Boano	1969-1976
Guido Bodrato	1999-2004
Antonio Boggiano-Pico	1952-1959
Andrea Bonetti	1989-1994
Gian Piero Boniperti	1998-1999
Paolo Bonomi	1958-1959
Vito Bonsignore	seit 2004
Franco Borgo	1984-1994
Giacinto Bosco	1959-1960
Giorgio Braccesi	1957-1969
Iles Braghetto	2005-2009
Carl Braitenberg	1958-1959
Giuseppe Brienza	2001-2004
Peter Brugger	1972-1979
Renato Brunetta	1999-2008
Giovanni Burtone	1994-1999
Rocco Buttiglione	1999-2001
Maddalena Calia	2008-2009
Pietro Campilli	1952-1953
Enrico Carboni	1954-1969
Antonio Carcaterra	1954-1969
Giorgio Carollo	2004-2009
Giuseppe Caron	1954-1959
Carlo Casini	1984-1999, seit 2006
Pier Ferdinando Casini	1995-2001
Maria Luisa Cassanmagnago	
Cerretti	1976-1994
Pierluigi Castagnetti	1994-1999
Giuseppe Castiglione	2004-2008
Antonio Cavalli	1953-1959
Giuseppe Cerulli Irelli	1958-1959, 1962-1969
Lorenzo Cesa	2004-2006
Luigi Cesaro	1999-2004
Mauro Chiabrande	1984-1994
Vittorino Chiusano	1984-1989
Michelangelo Ciancaglini	1984-1988
Mario Cingolani	1952-1954
Paolo Cirino Pomicino	2004-2006
Luigi Cocilovo	1999-2004

Liste der Mitglieder der Fraktion der CD, der EVP und der EVP-ED seit 1952

Arnaldo Colleselli	1979-1984
Ombretta Colli	1998-1999
Emilio Colombo	1976-1980, 1989-1992
Maria Paola Colombo Svevo	1994-1999
Felice Contu	1989-1994
Maria Teresa Coppo Gavazzi	1993-1994
Francesco Cosentino	1984
Raffaele Costa	1999-2004
Roberto Costanzo	1979-1989
Joachim Dalsass	1979-1994
Giampaolo D'Andrea	1994-1998
Alessandro Danesin	1998-1999
Francesco De Bosio	1958-1969
Antonio Del Duca	1980-1984, 1988-1989
Alcide De Gasperi	1954
Umberto Delle Fave	1959-1960
Marcello Dell'Utri	1999-2004
Aldo De Matteo	1992-1994
Luigi Ciriaco De Mita	1984-1988 und 1999-2004
Antonio De Poli	2004-2005
Lorenzo De Vitto	1989-1994
Alfredo Diana	1979-1984
Armando Dionisi	2004-2006
Pietro Antonio Di Prima	1998-1999
Francesco Dominedo	1952-1954
Michl Ebner	1994-2009
Sergio Ercini	1982-1989
Amintore Fanfani	1954-1956
Antonio Fantini	1989-1994
Carlo Fatuzzo	1999-2009
Francesco Ferrari	1959-1969
Enrico Ferri	1995-2004
Renzo Eligio Filippi	1979-1984
Livio Filippi	1994-1999
Mario Fioret	1976-1979
Francesco Fiori	1999-2004
Raffaele Fitto	1999-2000
Luigi Andrea Florio	1998-1999
Alessandro Fontana	1996-1999
Arnaldo Forlani	1989-1994
Roberto Formigoni	1984-1993
Mario Forte	1989-1994
Gerardo Gaibisso	1984-1994
Paola Gaiotti De Biase	1979-1984
Giulio Cesare Gallenzi	1989-1994
Bortolo Galletto	1958-1959
Luigi Michele Galli	1969-1976
Elisabetta Gardini	seit 2008
Giuseppe Gargani	seit 1999
Giuseppe Garlato	1960-1969
Riccardo Garosci	1998-1999
Jas Gawronski	1999-2009
Vitaliano Gemelli	1999-2004
Erisia Gennai Tonietti	1961-1969

Alessandro Gerini	1954-1957
Alberto Ghergo	1979-1984
Giovanni Giavazzi	1979-1989
Luigi Girardin	1969-1976
Giovanni Giraud	1969-1976
Vincenzo Giummarra	1979-1989
Guido Gonella	1979-1982
Giovanni Gorla	1989-1991
Luigi Granelli	1976-1979
Pier Antonio Graziani	1994-1999
Dante Graziosi	1959-1969
Teresio Guglielmone	1954-1959
Francesco Guidolin	1989-1994
Antonio Iodice	1984-1994
Francesco Lamanna	1992-1994
Silvio Lega	1979-1984
Innocenzo Leontini	2008
Giacomo Leopardi	1998-1999
Giancarlo Ligabue	1998-1999
Giosuè Ligios	1972-1989
Salvatore Lima	1979-1992
Giorgio Lisi	1999-2004
Eleonora Lo Curto	2008-2009
Calogero Lo Giudice	1989-1994
Raffaele Lombardo	1999-2008
Tarcisio Longoni	1959-1961
Luigi Macario	1979-1984
Franco E. Malerba	1998-1999
Franco Malfatti	1972-1974
Agostino Mantovani	1991-1994
Mario Mantovani	1999-2008
Francesco Marenghi	1960-1969
Franco Marini	1999-2004
Mario Martinelli	1958-1960, 1976-1979
Edoardo Martino	1958-1959, 1961-1967
Clemente Mastella	1999-2004
Mario Mauro	seit 1999
Pietro-Paolo Mennea	2002-2003
Domenico Mennitti	2001-2004
Roberto Mezzaroma	1998-1999
Pietro Micara	1959-1969
Alberto Michelini	1984-1994
Karl Mitterdorfer	1969-1976
Alfeo Mizzau	1984-1989
Marcello Modiano	1979-1984
Lodovico Montini	1952-1954
Lino Gerolamo Moro	1959-1969
Angelo Giacomo Mott	1952-1954
Giuseppe Mottola	1989-1994, 1998-1999
Francesco Musotto	1999-2008
Vito Napoli	1994
Angelo Narducci	1979-1984
Giuseppe Nistico'	1999-2004
Luigi Noé	1969-1979

Liste der Mitglieder der Fraktion der CD, der EVP und der EVP-ED seit 1952

Eolo Parodi	1984-1989, 1990-1994, 1998-1999
Paolo Pastorelli	2001-2004
Aldo Patriciello	seit 2006
Mario Pedini	1959-1969, 1979-1984
Giuseppe Pella	1954-1958
Dino Penazzato	1959-1961
Attilio Piccioni	1956-1969
Flaminio Piccoli	1979-1984
Mariano Pintus	1969-1972
Giuseppe Pisicchio	1999-2004
Ferruccio Pisoni	1972-1979, 1984-1994
Nino Pisoni	1984-1994
Guido Podestà	1998-2009
Danilo Poggiolini	1994-1999
Mario Pomilio	1984-1989
Giovanni Ponti	1960-1961
Ernesto Pucci	1976-1979
Pietro C. Restagno	1959-1960
Cristoforo Ricci	1969-1972
Camillo Ripamonti	1976-1979
Roland Riz	1976-1979
Luigi Candido Rosati	1972-1976
Enrico Roselli	1957-1959
Leopoldo Rubinacci	1958-1969
Mario Giovanni Guerriero Ruffini	1989-1990
Mariano Rumor	1979-1984
Armando Sabatini	1952-1954, 1957-1969
Italo Mario Sacco	1952-1954
Natale Santero	1958-1971
Giacomo Santini	1998-1999, 2001-2004
Sebastiano Sanzarello	2008-2009
Amalia Sartori	seit 1999
Mario Sassano	1979-1984
Gabriele Sboarina	1989-1994
Umberto Scapagnini	1998-2004
Carlo Scarascia Mugnozza	1961-1972
Decio Scardaccione	1969-1972
Mario Scelba	1959-1979
Guglielmo Schiratti	1958-1959
Carlo Secchi	1994-1999
Mariotto Segni	1994-1995
Gustavo Selva	1984-1989
Vittorio Sgarbi	1999-2001
Giovanni Starita	1984-1989
Carlo Stella	1981-1984
Bruno Storti	1959-1969
Antonio Tajani	1998-2008
Amor Tartufo	1958-1963
Luisa Todini	1998-1999
Giuseppe Togni	1952-1956
Zefferino Tomé	1958-1959
Giovanni Travaglini	1979-1984
Michele Troisi	1958-1960
Daniele Turani	1958-1964

Athos Valsecchi	1958-1959
Armando Veneto	seit 2006
Riccardo Ventre	seit 2004
Vincenzo Vernaschi	1972-1979
Marcello Vernola	2004-2009
Mario Vetrone	1969-1976
Guido Viceconte	1999-2001
Vincenzo Viola	1995-1999
Benigno Zaccagnini	1979-1981
Raul Zaccari	1969-1972
Iva Zanicchi	seit 2008
Stefano Zappala'	1999-2009
Ortensio Zecchino	1979-1984
Vinicio Ziino	1952-1954
Mario Zotta	1959-1963

Lettland

Valdis Dombrovskis	2004-2009
Silva Golde	2004
Aldis Kušķis	seit 2004
Liene Liepiņa	seit 2009
Rihards Pīks	seit 2004
Inese Šlesere	2004

Litauen

Laima Andrikienė	seit 2004
Vytautas Landsbergis	seit 2004

Luxemburg

Jean Bech	1959-1968
Nicolas Estgen	1979-1994
Marc Fischbach	1979-1984
Marcel Fischbach	1959-1964
Jean Pierre Glesener	1969-1974
Pierre Grégoire	1958-1959
Erna Hennicot-Schoepges	seit 2004
Joseph Herr	1959-1969
Nicolas Kollwelter	1969-1974
Marcelle Lentz-Cornette	1980-1989
Fernand Loesch	1952-1959
Joseph Lucius	1967-1974
Astrid Lulling	1989-1999, seit September 1999
Nicolas Margue	1952-1959
Ernest Mühlen	1984-1989
Camille Ney	1974-1979
Viviane Reding	1989-1999
Jacques Santer	1974-1979, 1999-2004
Emile Schaus	1968-1969
Jean Spautz	1979-1980, seit 2004

Malta

Simon Busuttill	seit 2004
David Casa	seit 2004
Mario De Marco	2004

Niederlande

Marius J.J. van Amelsvoort	1970-1971
Bouke Beumer	1979-1994
Barend Willem. Biesheuvel	1961-1963
Pieter A. Blaisse	1952-1967
Jacob Boersma	1967-1971
Cornelis Boertien	1967-1971
Elise C. A. M. Boot	1979-1989
Corstiaan A. Bos	1969-1973
Cees Bremmer	2003-2004
Tiemen Brouwer	1967-1973
J.A.H.J.S. Bruins Slot	1952-1955
Philippus van Campen	1958-1967
Petrus Cornelissen	1984-1999
Bert Doorn	seit 1999
Camiel Eurlings	2004-2007
W. F. de Gaay Fortman	1978-1979
Frans van der Gun	1971-1981
Cornelis P. Hazenbosch	1955-1961
Johan Wilhelm van Hulst	1961-1968
Marinus M.A.A. Janssen	1956-1963
James L. Janssen van Raay	1979-1984, 1986-1996
Sjouke Jonker	1979-1984
Marga A.M. Klompe	1952-1956
Friedrich de Koning	1971-1977
Esther de Lange	seit 2007
Pierre J. Lardinois	1963-1967
Wilhelm F. Lichtenauer	1957-1961
Albert Jan Maat	1999-2007
Hanja Maij-Weggen	1979-1989, 1994-2003
Maria Martens	seit 1999
Durk F. van der Mei	1976-1977
Joseph A. Mommersteeg	1971-1973, 1982-1984
Lambert van Nistelrooij	seit 2004
Harry Notenboom	1971-1984
Ria Oomen-Ruijten	seit 1989
Arie Oostlander	1989-2004
Karla Peijs	1989-2003
Jean J. M. Penders	1979-1994
Peter Pex	1994-2004
Cornelis J. van der Ploeg	1958-1971
Joop Post	2007
Bartho Pronk	1989-2004
Cornelis E.P.M. Raedts	1967-1970
Willem Rip	1952-1959
Yvonne van Rooy	1984-1986
Jacqueline C. Rutgers	1963-1967

Pieter J.A. van der Sanden	1973-1974
Emmanuel M.J.A. Sassen	1952-1958
Willem Scholten	1973-1976
Willem J. Schuijt	1958-1977
Jan Sonneveld	1989-1999
Teun Tolman	1978-1989
Wilhelmus Gijsbertus (Wim) van Velzen	1994-2004
Willem J. Vergeer	1978-1989
Maxime Verhagen	1989-1994
Cornelis Visser	seit 2007
G. Vixseboxe	1952-1957
Theodorus E. Westerterp	1967-1971
Corien Wortmann-Kool	seit 2004

Österreich

Marialiese Flemming	1996-2004
Gerfried Gaigg	1995-1996
Karl Habsburg-Lothringen	1996-1999
Othmar Karas	seit 1999
Friedrich König	1995-1996
Milan Linzer	1995-1996
Hubert Pirker	1996-2004, seit 2006
Reinhard Rack	seit 1995
Paul Rübiger	seit 1996
Agnes Schierhuber	seit 1995
Richard Seeber	seit 2004
Michael Spindelegger	1995-1996
Ursula Stenzel	1996-2006

Polen

Jerzy Buzek	seit 2004
Zdzisław Kazimierz Chmielewski	seit 2004
Urzula Gacek	seit 2007
Małgorzata Handzlik	seit 2004
Krzysztof Hołowczyc	seit 2007
Stanisław Jałowiecki	seit 2004
Filip Kaczmarek	seit 2004
Bogdan Klich	2004-2007
Barbara Kudrycka	2004-2007
Zbigniew Krzysztof Kuźmiuk	2004-2005
Janusz Lewandowski	seit 2004
Jan Olbrycht	seit 2004
Paweł Bartłomiej Piskorski	2004-2006
Zdzisław Zbigniew Podkański	2004-2005
Jacek Protasiewicz	seit 2004
Jacek Saryusz-Wolski	seit 2004
Czesław Adam Siekierski	seit 2004
Bogusław Sonik	seit 2004
Janusz Wojciechowski	2004-2005

Zbigniew Zaleski	seit 2004
Tadeusz Zwiefka	seit 2004

Portugal

Teresa Almeida Garrett	1999-2004
Regina Bastos	2000-2004
Luís Filipe Paes Beirão	1986-1987, 1989-1994
António Capucho	1996-1998
Raquel Cardoso	2003-2004
José Vicente Carvalho Cardoso	1987-1994
Carlos Coelho	seit 1998
Carlos Costa Neves	1996-2002
Arlindo Cunha	1996-2003
Eurico De Melo	1996-1999
Maria da Assunção Esteves	seit 2004
Duarte Freitas	seit 2004
José Augusto Gama	1987-1989
João Gouveia	2003-2004
Vasco Graça Moura	seit 1999
Francisco António Lucas Pires	1986-1998
Sérgio Marques	seit 1999
José Mendes Bota	1998-1999
Nélio Mendonça	1996-1999
Jorge Moreira Da Silva	1999-2003
José Pacheco Pereira	1999-2004
Carlos Pimenta	1996-1999
João de Deus Pinheiro	seit 2004
Joaquim Piscarreta	2002-2004
Manuel Porto	1996-1999
Luís Queiró	seit 2004
Fernando Reis	1999-2000
José Ribeiro E Castro	seit 2004
Manuel dos Santos Machado	1987-1989
José Albino Silva Peneda	seit 2004
Helena Vaz Da Silva	1996-1999

Rumänien

Roberta Alma Anastase	2007-2008
Sebastian Valentin Bodu	seit 2007
Nicodim Bulzesc	seit 2007
Călin Cătălin Chiriță	seit 2008
Dragoș Florin David	seit 2007
Constantin Dumitriu	seit 2007
Petru Filip	2007-2008
Sorin Frunzăverde	2007-2008
Daniel Petru Funeriu	seit 2008
Ovidiu Victor Gant	2007
Ioan Lucian Hâmbășan	seit 2009
Monica Maria Iacob-Ridzi	2007-2008
Atila Béla Ladislau Kelemen	2007

Sándor Kónya-Hamar	2007
Adrian Manole	seit 2008
Marian-Jean Marinescu	seit 2007
Iosif Matula	seit 2008
Alexandru Nazare	seit 2008
Rareş-Lucian Niculescu	seit 2007
Dumitru Oprea	2007-2008
Maria Petre	seit 2007
Mihaela Popa	2007-2008
Nicolae Vlad Popa	seit 2007
Flaviu Călin Rus	seit 2008
Csaba Sógor	seit 2007
Teodor Dumitru Stolojan	seit 2007
Károly Ferenc Szabó	2007
Radu Tîrle	2007
Iuliu Winkler	seit 2007
Marian Zlotea	2007-2009

Schweden

Per-Arne Arvidsson	1999-2004
Steffan Burenstam Linder	1995-2000
Gunilla Carlsson	1995-2002
Charlotte Cederschiöld	seit 1995
Karin Falkmer	1995
Christofer Fjellner	seit 2004
Lisbeth Grönfeldt Bergman	2000-2004
Holger Gustafsson	1995
Gunnar Hökmark	seit 2004
Anna Ibrisagic	seit 2004
Lennart Sacrédeus	1999-2004
Per Stenmarck	1995-2004
Margaretha af Ugglas	1995
Ivar Virgin	1995-1999
Peder Wachtmeister	2002-2004
Anders Wijkman	seit 1999
Lars Wohlin	seit 2006

Slowakei

Edit Bauer	seit 2004
Július Brocka	2004
Árpád Duka-Zólyomi	seit 2004
Gal'a, Milan	seit 2004
Tomáš Galbavy	2004
Ján Hudacký	seit 2004
Miroslav Mikolášik	seit 2004
Zita Pleštinská	seit 2004
Peter Šťastný	seit 2004
Anna Záborská	seit 2004

Slowenien

Mihael Brejc	seit 2004
Romana Jordan Cizelj	seit 2004
Ljudmila Novak	seit 2004
Alojz Peterle	seit 2004

Spanien

Alejandro Agag Longo	1999-2002
Julio Añoveros Trias de Bes	1994-1999
Javier Areitio Toledo	1993-1999
Miguel Arias Cañete	1989-1999
María Antonia Avilés Perea	1999-2004
María del Pilar Ayuso González	seit 1999
Juan José Bayona de Perogordo	2002-2004
Daniel Bautista	seit 2009
Francisca Bennasar Tous	1994-1999
Pío Cabanillas Gallas	1986-1991
Leopoldo Calvo-Sotelo y Bustelo	1986-1987
Felipe Camisón Asensio	1995-1999, 2000-2004
Luis Campoy Zueco	1994-1999
Pilar del Castillo Vera	seit 2004
Mercedes de la Merced Monge	1994-1995
Agustín Díaz de Mera García Consuegra	seit 2004
Josep Antoni Duran I Lleida	1986-1987
Laura de Esteban Martin	1994-1999
Arturo Juan Escuder Croft	1989-1992
José Antonio Escudero Lopez	1991-1999
María Teresa Estevan Bolea	1994-1999
Juan Manuel Fabra Vallés	1994-2000
Gerardo Fernández-Albor	1989-1999
Fernando Fernández Martín	seit 1994
Concepció Ferrer I Casals	1987-2004
Carmen Fraga Estévez	1994-2002, seit 2004
Gerardo Galeote	seit 1994
Juan Antonio Gangoi-Llaguno	1986-1987, 1990-1992
Manuel García Amigo	1989-1994
José Manuel García-Margallo y Marfil	seit 1994
Cristina García Orcoyen Tormo	1999-2004
Salvador Garriga Polledo	seit 1994
José María Gil-Robles	
Gil-Delgado	1989-2004
Luis de Grandes Pascual	seit 2004
Cristina Gutiérrez -Cortines	seit 1999
Julen Guimon Ugartechea	1986-1987
Jorge Salvador Hernández Mollar	1995-2004
María Esther Herranz García	seit 2002
Luis Francisco Herrero-Tejedor	seit 2004
Josu Jon Imaz San Miguel	1994-1999
Carlos José Iturgaiz Angulo	seit 2004
José Maria Lafuente Lopez	1991-1994

Carmen Llorca Vilaplana	1989-1994
Cesar Llorens Barges	1986
Antonio López-Istúriz White	seit 2004
Florencio Luque Aguilar	seit 2008
Ana Mato Adrover	2004-2008
Abel Matutes Juan	1994-1996
Jaime Mayor Oreja	seit 2004
Íñigo Méndez de Vigo	seit 1992
Francisco José Millán Mon	seit 2004
Etoni Monforte Arregui	1986-1987
Cristobal Montoro Romero	2004-2008
Juan Andrés Naranjo Escobar	1999-2004, seit 2008
Antonio Navarro	1989-1994
Juan Ojeda Sanz	1999-2004
Marcelino Oreja Aguirre	1989-1993
Marcelino Oreja Arburúa	2002-2004
Leopoldo Ortiz Climent	1989-1993
Ana Palacio Vallelersundi	1994-2002
Loyola de Palacio Vallelersundi	1999-2006
Manuel Pérez Álvarez	1999-2004
José Javier Pómes Ruiz	1993-1994, seit 1996
Encarnación Redondo Jiménez	1994-2004
Mónica Ridruejo Ostrowska	1999-2004
Carlos Ripoll y Martínez	
De Bedoya	1999-2004
Carlos Robles Piquer	1989-1999
Domènec Romera I Alcazar	1989-1994
Luisa Fernanda Rudi Ubeda	2004-2008
José Ignacio Salafranca	
Sánchez-Neyra	seit 1994
Salvador Domingo Sanz Palacio	seit 2008
Joaquín Sisó Cruellas	1989-1999
Fernando Suárez González	1989-1994
Jaime Valdivielso de Cué	1994-2004
José Valverde López	1989-1999
Daniel Varela Suanzes-Carpegna	1994-2009
Luis Vega y Escandon	1986-1987
Alejo Vidal-Quadras	seit 1999
José Vila Abelló	2004
Celia Villalobos Talero	1994-1995
Theresa Zabell	1999-2004

Tschechische Republik

Jan Březina	seit 2004
Milan Cabrnoch	seit 2004
Petr Duchoň	seit 2004
Hynek Fajmon	seit 2004
Jana Hybášková	seit 2004
Miroslav Ouzký	seit 2004
Zuzana Roithová	seit 2004
Nina Škottová	seit 2004
Ivo Strejček	seit 2004

Oldřich Vlasák	seit 2004
Jan Zahradil	seit 2004
Tomáš Zatloukal	seit 2004
Josef Zieleniec	seit 2004
Jaroslav Zvěřina	seit 2004

Ungarn

Etelka Barsi Pataky	seit 2004
Zsolt László Becsey	seit 2004
Antonio De Blasio	seit 2006
Kinga Gál	seit 2004
Béla Glattfelder	seit 2004
András Gyürk	seit 2004
Livia Járóka	seit 2004
Péter Olajos	seit 2004
Csaba Öry	seit 2004
István Pálfi	2004-2006
Pál Schmitt	seit 2004
György Schöpflin	seit 2004
László Surján	seit 2004
József Szájer	seit 2004

Vereinigtes Königreich

Richard Ashworth	2004-2009
Sir Robert Atkins	1999-2009
Richard A. Balfe	2002-2004
Christopher Beazley	1992-1994, 1999-2009
Peter Beazley	1992-1994
The Lord Bethell	1992-1994, 1999-2003
John Bowis	1999-2009
Philip Charles Bradbourn	1999-2009
Philip Bushill-Matthews	1999-2009
Martin Callanan	1999-2009
Bryan Cassidy	1992-1999
Sir Fred Catherwood	1992-1994
Giles Chichester	1994-2009
John Alexander Corrie	1994-2004
Margaret Daly	1992-1994
Nirj Deva	1999-2009
Brendan Patrick Donnelly	1994-1999
Den Dover	1999-2009
James Elles	1992-2009
Jonathan Evans	1999-2009
Jacqueline Foster	1999-2004
Robert Goodwill	1999-2004
Daniel J. Hannan	1999-2008
Malcolm Harbour	1999-2009
Christopher Heaton-Harris	1999-2009
Roger Helmer	1999-2005
Paul Howell	1992-1994

The Lord Inglewood	1992-1994, 1999-2004
Caroline Jackson	1992-2009
Christopher Jackson	1992-1994
Syed Kamall	2005-2009
Sajjad Karim	2007-2009
Edward Kellett-Bowman	1992-1999
Bashir Khanbhai	1999-2004
Timothy Kirkhope	1999-2009
Graham Mather	1994-1999
Anne McIntosh	1992-1999
Edward McMillan-Scott	1992-2009
James Moorhouse	1992-1998
William Francis Newton Dunn	1992-1994, 1999-2000
James Nicholson	1989-1997, 1999-2009
The Lord O'Hagan	1992-1994
Neil Parish	1999-2009
Ben Patterson	1992-1994
Roy Perry	1994-2004
The Lord Plumb	1992-1999
Derek Prag	1992-1994
Peter Price	1992-1994
Sir Christopher Prout	1992-1994
James Provan	1994-2004
John Purvis	1999-2009
Patricia Rawlings	1992-1994
Sir James Scott Hopkins	1992-1994
Madron Richard Seligman	1992-1994
Richard Simmonds	1992-1994
Anthony Simpson	1992-1994
Tom Spencer	1992-1999
John Stevens	1992-1999
Struan Stevenson	1999-2009
Sir Jack Stewart-Clark	1992-1999
The Earl of Stockton	1999-2004
Robert Sturdy	1994-2009
David Sumberg	1999-2009
Charles Tannock	1999-2009
Amédée Turner	1992-1994
Ian Twinn	2003-2004
Geoffrey Van Orden	1999-2009
Theresa Villiers	1999-2005
Michael Welsh	1992-1994

Zypern

Lefteris Christoforou	2004
Panayiotis Demetriou	seit 2004
Ioannis Kasoulides	seit 2004
Ioannis Matsis	seit 2004

ZAHL DER MITGLIEDER NACH NATIONALEN DELEGATIONEN SEIT 1952^a	
Belgien	50
Bulgarien	9
Dänemark	9
Deutschland	187
Estland	1
Finnland	16
Frankreich	85
Griechenland	46
Irland	22
Italien	238
Lettland	6
Litauen	2
Luxemburg	20
Malta	3
Niederlande	59
Österreich	13
Polen	21
Portugal	31
Rumänien	30
Schweden	17
Slowakei	10
Slowenien	4
Spanien	81
Tschechische Republik	14
Ungarn	14
Vereinigtes Königreich	69
Zypern	4
Gesamt	1061^b

a Tabelle erstellt am 27.04.2009 auf der Grundlage von Daten der EVP-ED-Fraktion und des Europäischen Parlaments.

b Ari Vatanen gehörte während der 5. Wahlperiode der finnischen, während der 6. Wahlperiode dagegen der französischen Delegation an.

Anhang 3 WAHLPERIODEN, VORSITZENDE, GENERALSEKRETÄRE

<i>EU</i>	<i>Vorsitzender</i>		<i>Generalsekretär</i>	
6 Länder	10. September 1952	Eröffnungssitzung der Gemeinsamen Versammlung		
	11. September 1952	Emmanuel SASSEN (NL)		
	23. Juni 1953	Offizielle Gründung der CD-Fraktion		
			20. Mai 1954	Hans-Joachim OPITZ (DE)
	November 1953	36 Mitglieder ¹⁰⁵⁷		
	Juli 1954	38 Mitglieder		
	24. Februar 1958	Pierre WIGNY (BE)		
	19. März 1958	Eröffnungssitzung der Parlamentarischen Versammlung (EGKS, EWG, Euratom) 67 Mitglieder ¹⁰⁵⁸		
	6. Oktober 1958	Alain POHER (FR)		
			1. Januar 1960	Carl Otto LENZ (DE)
	16. September 1963	DC Fraktion 61 Mitglieder		
	18. Januar 1966	DC Fraktion 62 Mitglieder		
	9. März 1966	Joseph ILLERHAUS (DE)	1. Februar 1966	Arnaldo FERRAGNI (IT)
	25. November 1969	Hans-August LÜCKER (DE)		
			1. Dezember 1972	Alfredo DE POI (IT)
	9. September 1975	Alfred BERTRAND (BE)	1. Oktober 1976	Giampaolo BETTAMIO (IT)
	5. Mai 1977	Egon KLEPSCH (DE)		
	1. WAHLPERIODE			
7.-10. Juni 1979	107 Mitglieder ^a			

a Der EVP-Fraktion gehören 107 Mitglieder aus sieben Ländern an: 42 deutsche, 30 italienische, 10 belgische, 10 niederländische, 8 französische, 4 irische und 3 luxemburgische Mitglieder.

10 Länder	23. Dezember 1981 ^a	117 Mitglieder		
	20. Januar 1982	Paolo BARBI (IT)		
	2. WAHLPERIODE			
	14.-17. Juni 1984	110 Mitglieder ^b		
	18. Juli 1984	Egon KLEPSCH (DE)		
12 Länder	Januar 1986	118 Mitglieder ^c	15. März 1986	Sergio GUCCIONE (IT)
	3. WAHLPERIODE			
	15.-18. Juni 1989	121 Mitglieder		
			24. Januar 1991	Gerhard GUK-KENBERGER (DE)
	12. Dezember 1991 ^d	128 Mitglieder		
	14. Januar 1992	Leo TINDEMANS (B)		
	1. Mai 1992 ^e	162 Mitglieder		
	4. WAHLPERIODE			
	9.-12. Juni 1994	157 Mitglieder		
5. Juli 1994	Wilfried MARTENS (BE)			
15 Länder	1. Januar 1995	173 Mitglieder ^f		
	11. November 1996	182 Mitglieder ^g		
			10. April 1997	Mário DAVID (PT)
	Juni 1998	200 Mitglieder ^h		
			8. Februar 1999	Klaus WELLE (DE)
	5. WAHLPERIODE			
	8.-13. Juni 1999	233 Mitglieder		
	13. Juli 1999	Hans-Gert PÖTTERING (DE)		
	1. Mai 2003	(+ 69 Beobachter) ⁱ		
6. WAHLPERIODE				
25 Länder	10.-13. Juni 2004	268 Mitglieder	1. Januar 2004	Niels PEDERSEN (DK)
	26. September 2005	(+13 Beobachter) ^j		
	26. September 2006	264 Mitglieder ^k		
	9. Januar 2007	Joseph DAUL (FR)		
27 Länder	Januar 2007	277 Mitglieder ^l		
	6. Juni 2007	278 Mitglieder ^m		
	Januar 2008	289 Mitglieder ⁿ	1. September 2007	Martin KAMP (DE)

a Die Delegation der griechischen Partei *Nea Demokratia* schließt sich der EVP an. Ferner wechselt das dänische Demokratische Zentrum (1 Mitglied) von der ED- in die EVP-Fraktion.

b Auf die EVP-Fraktion entfallen 110 Mitglieder aus neun Ländern: 41 deutsche, 27 italienische, 9 griechische, 9 französische, 8 niederländische, 6 belgische, 6 irische, 3 luxemburgische Mitglieder und 1 dänisches Mitglied.

c Nach dem Beitritt von Spanien und Portugal schließen sich vier neue Parteien der EVP an: 3 spanische Parteien: die *Partido Democrata Popular* (PDP), die *Unio Democràtica de Catalunya* (UDC) und die *Partido Nacionalista Vasco* (PNV), sowie das Centro Democrático Social (CDS) aus Portugal. Die Fraktion zählt – nach der Liste vom 1. Januar 1986 – 8 neue Mitglieder.

d 4 französische Abgeordnete der UDF, ehemals Mitglieder der Liberalen Fraktion, treten der EVP-Fraktion bei.

e Übergang von 32 Abgeordneten der britischen und 2 Abgeordneten der dänischen Konservativen aus der ED- in die EVP-Fraktion.

f Nach dem offiziellen Beitritt Österreichs, Finnlands und Schwedens zur Europäischen Union schließen sich die *ÖVP* (6 Abgeordnete), die *Nationale Koalition* (4 Abgeordnete), die *KdS* (1 Abgeordneter) und die *gemäßigte Sammlungspartei* (5 Abgeordnete) der EVP-Fraktion an.

g Die portugiesische PSD wird Vollmitglied der EVP und ihre Abgeordneten treten der EVP-Fraktion bei.

h Die 20 Abgeordneten der *Forza Italia* schließen sich der EVP-Fraktion an.

i Am 1. Mai 2003 sitzen 162 Abgeordnete aus den Parlamenten der Länder, die der Europäischen Union beitreten, als von ihren jeweiligen Parlament ernannte offizielle Beobachter im Parlament. 69 von ihnen begeben sich in die Reihen der EVP-Fraktion. Dabei handelt es sich um die folgenden Parteien aus den Beitrittsländern: Zypern (2): *DISY*, Tschechische Republik (14): *ODS* (8), *ODA* (1), *KDU-CSL* (3), *US-DEU* (2), Estland (2): *Pro Patria Union* (1) und *Res Publica* (1), Ungarn (12): *Fidesz-MPP* (9), *MDF* (3), Lettland (5): *Latvia's First Party* (1), *People's Party* (2), *New Era* (2), Litauen (4): *Lithuanian Christian Democrats* (1), *Party of New Democracy* (1), *Lithuanian Conservatives* (1), *Union of Modern Christian Democrats* (1), Malta (3): *Nationalist Party* (3), Polen (17): *Law and Justice* (4), *Blok Senate 2001* (2), *Conservative People's Party* (1), *Civic Platform* (5), *Polish People's Party* (4), *Senate' Circle of Peasant's* (1), Slowakei (7): *Slovak Democratic and Christian Union* (3), *Party of the Hungarian Coalition* (2), *Christian Democratic Movement* (2), Slowenien (3): *SDS* (1), *Nova Slovenija* (1), *SLS* (1).

j Die Fraktion nimmt 13 neue Abgeordnete mit Beobachterstatus aus Rumänien (9): *Democratic Alliance of Hungarians*, *Democratic Party* und *Party of National Minority* und Bulgarien (4) auf: *Union of Democratic Force*, *The Democratic Party*, *The Group of the Bulgarian Agrarian National Union- People's Union* und *die Democrats for Strong Bulgaria*.

k Die Abgeordneten von Lars Wohlin (Schweden) schließen sich der EVP-ED-Fraktion an.

l 13 neue Abgeordnete aus Bulgarien (9) *UDF*, *DSB* und *DP* und Rumänien (4) *PD*, *DP*, *UDMR* und *DFDR* treten der EVP-ED-Fraktion bei.

m Im Anschluss an die Europawahlen in Bulgarien schließen sich schließlich 5 (und nicht 4) Abgeordnete der GERB der EVP-ED-Fraktion an.

n Wahl neuer Abgeordneter aus Rumänien.

Anhang 4
**PREISTRÄGER
DER ROBERT-SCHUMAN-MEDAILLE**

E. M. J. A. Sassen	08.07.86
Alain Poher	08.07.86
Hans-August Lücker	08.07.86
Alfred Bertrand	08.07.86
Paolo Barbi	08.07.86
Pierre Pflimlin	08.07.86
Leo Tindemans	08.07.86
Emilio Colombo	08.07.86
Helmut Kohl	08.07.86
Jacques Santer	08.07.86
Konstantinos Mitsotakis	23.09.86
Konstantinos Karamanlis	23.09.86
Willem Vergeer	18.02.87
Giulio Andreotti	02.03.87
Flaminio Piccoli	04.03.87
Mariano Rumor	24.03.87
Piet Bukman	01.04.87
Karl-Josef Hahn	10.04.87
Miquel Coll I Alentorn	09.05.87
Bruno Heck	02.07.87
Pierre Werner	02.07.87
Kai-Uwe von Hassel	11.02.88
Franceco Cosentino	13.12.88
Lorenzo Natali	13.12.88
Peter Sutherland	13.12.88
Karl-Heinz Narjes	13.12.88
Nicolas Mosar	13.12.88
Lord Plumb	24.07.89
Hanja Maij-Weggen	01.05.90
Jean-Claude Juncker	08.07.91
Norbert Schmelzer	08.07.91
Ruud Lubbers	11.12.91
Egon A. Klepsch	14.01.92
Valéry Giscard d'Estaing	13.07.93
Filippo Maria Pandolfi	08.09.93
Jean Dondelinger	08.09.93
Frans Andriessen	08.09.93
Abel Matutes Juan	13.12.94
Raniero Vanni d'Archirafi	13.12.94

Peter Schmidhuber	13.12.94
Ioannis Paleokrassas	13.12.94
René Steichen	13.12.94
Jacques Delors	18.01.95
Manuel García Amigo	27.03.95
Menelaos Hadjigeorgiou	27.03.95
Horst Langes	27.03.95
Ferruccio Pisoni	27.03.95
Rudolf Luster	15.05.95
Günter Rinsche	13.07.95
Hans-Gert Pöttering	15.09.95
Margaretha af Ugglas	03.10.95
Carlos Robles Piquer	03.10.95
Georgios Anastassopoulos	03.10.95
José María Gil-Robles Gil-Delgado	03.10.95
Antonio Graziani	03.10.95
Nicolas Estgen	03.10.95
Lord Kingsland	03.10.95
Otto Bardong	03.10.95
Wilfried Martens	07.11.95
Efthimios Christodoulou	30.04.96
Miltiades Evert	30.04.96
Panayotis Lambrias	30.04.96
Siegbert Alber	27.07.96
The RT Hon Sir Edward Heath	17.09.96
John Bruton	14.01.97
Hans von der Groeben	14.05.97
Manuel Fraga Iribarne	27.08.97
Gerardo Fernández Albor	16.09.97
Franjo Komarica	16.12.97
Ursula Schleicher	15.05.98
Aníbal Cavaco Silva	08.07.98
Poul Schlüter	13.04.99
Radio B2 92, Belgrad (von Veran Matic in Empfang genommen)	14.12.99
Martin M.C. Lee (Vorsitzender der Demokratischen Partei in Hongkong)	18.01.00
Libet Werhahn-Adenauer	01.12.00
Jelena Bonner	03.04.01
Karl von Wogau	14.11.01
Nicole Fontaine	15.01.02
Ingo Friedrich	26.01.02
Wladyslaw Bartoszewski	26.02.02
José María Aznar	01.07.02
Hans van den Broek	02.11.02
Wim van Velzen	15.01.03
Bendt Bendtsen	24.06.03
Anders Fogh Rasmussen	24.06.03
Bertel Haarder	24.06.03
Per Stig Møller	24.06.03
Lord Bethell	21.10.03
John Joseph McCartin	06.07.04
Franz Fischler	26.10.04
Loyola de Palacio Vallelersundi	26.10.04
Chris Patten	26.10.04
Mario Monti	26.10.04

Preisträger der Robert-Schuman-Medaille

Viviane Reding	26.10.04
Papst Johannes Paul II.	30.11.04
Natalya Estemirova	13.01.05
Sergey Kovalev	13.01.05
Erwin Teufel	19.01.05
Tadeusz Mazowiecki	16.02.05
Wolfgang Schäuble	29.06.05
Michel Barnier	06.12.05
Vytautas Landsbergis	13.12.05
Tunne Kelam	04.07.06
Angela Merkel	27.06.07
Guido de Marco	04.07.07
Marianne Thyssen	30.06.09
Jaime Mayor Oreja	30.06.09
Hartmut Nassauer	30.06.09
João de Deus Pinheiro	30.06.09
Ioannis Varvitsiotis	30.06.09
José Manuel Durão Barroso	30.06.09
Jacques Barrot	30.06.09

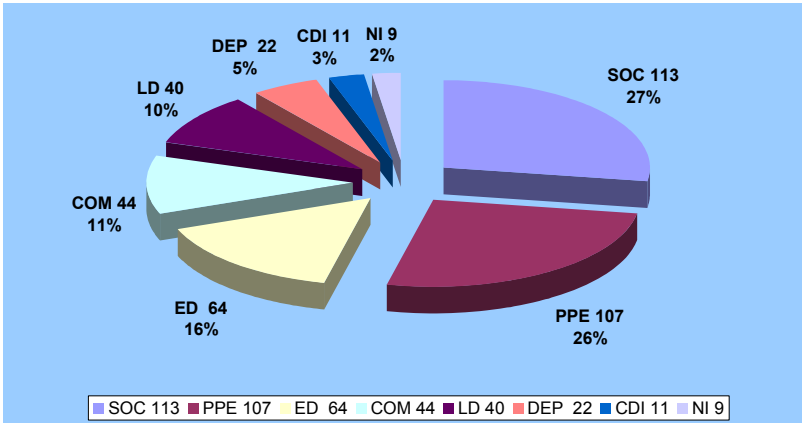
Posthum verliehen an:

Adelino Amaro da Costa	25.06.87
Guido Gonella	04.03.88
Alberto Ghergo	04.03.88
Angelo Narducci	04.03.88
Mario Sassano	04.03.88
Heinrich Aigner	12.04.88
Bernhard Sälzer	28.06.93
Lorenzo De Vitto	28.06.93
Francisco António Lucas Pires	05.02.99

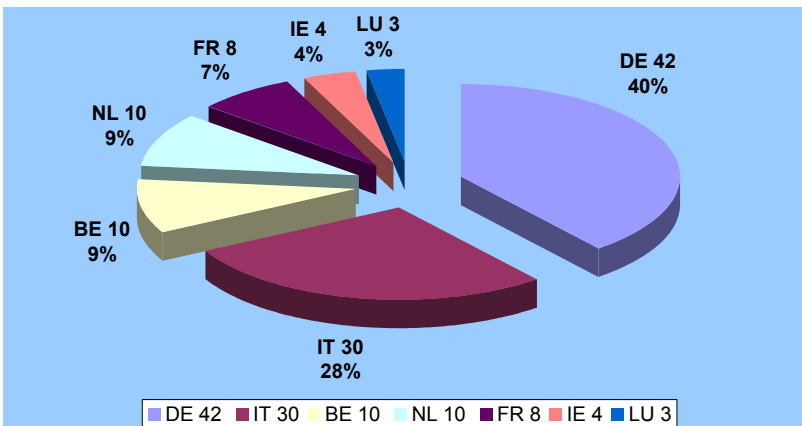
Anhang 5
**VERTRETUNG DER EVP-
 FRAKTION IM EUROPÄISCHEN
 PARLAMENT UND VERTEILUNG
 DER NATIONALEN DELEGATIONEN
 INNERHALB DER FRAKTION**

**Wahlen 1979
 410 Sitze**

Europäisches Parlament

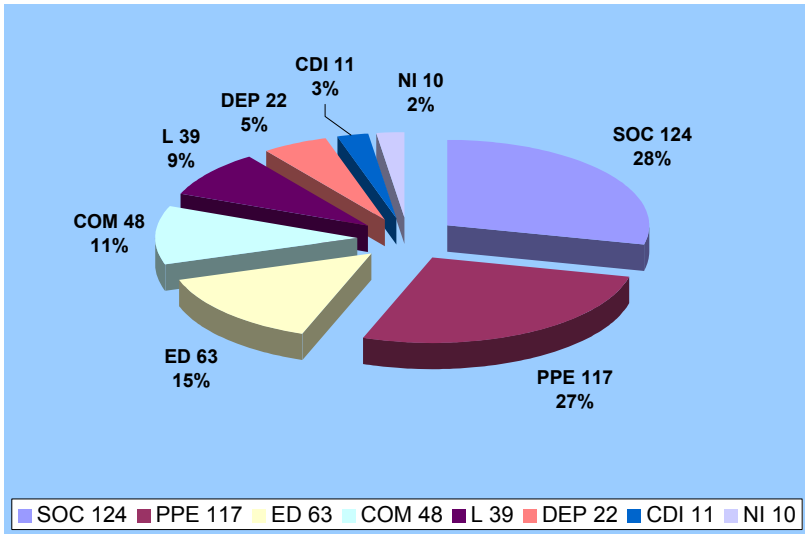


EVP-Fraktion

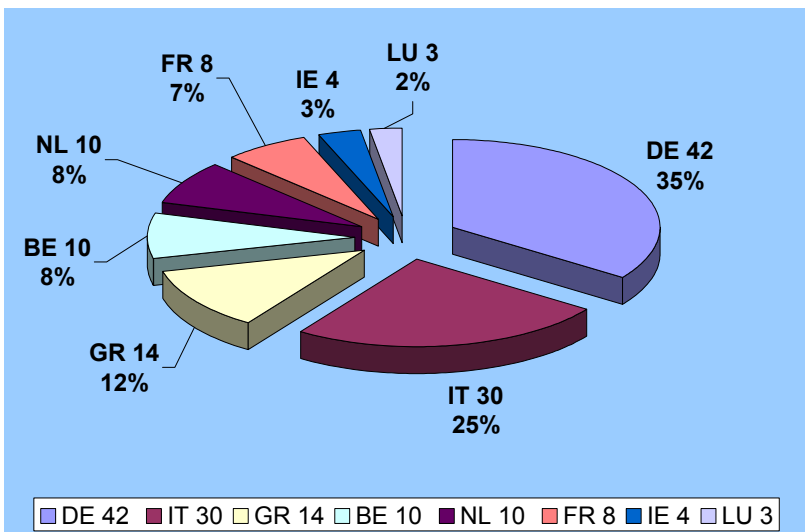


Beitritt von Griechenland 1981 434 Sitze

Europäisches Parlament

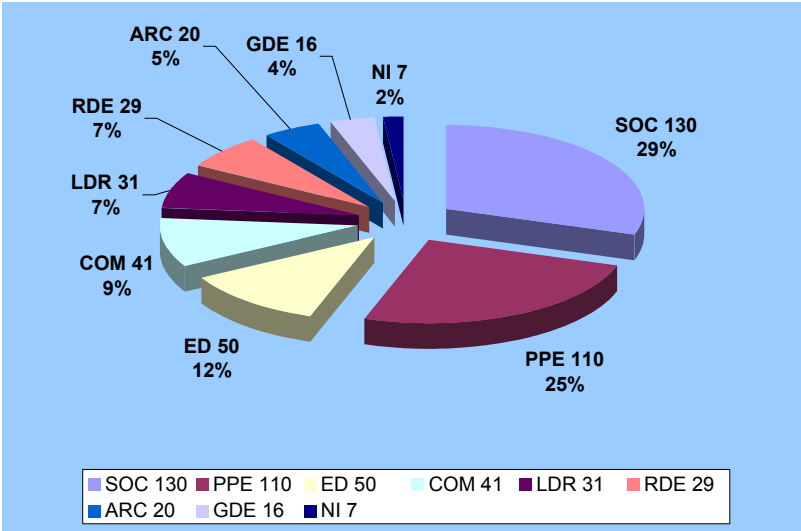


EVP-Fraktion

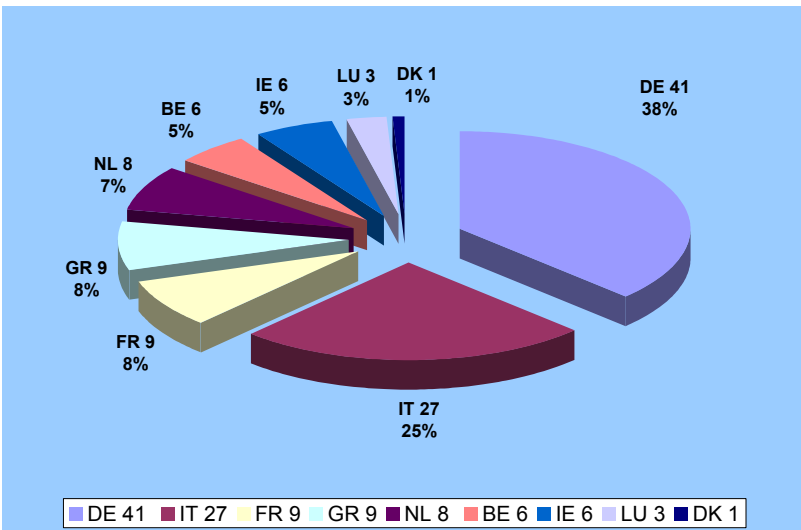


Wahlen 1984 434 Sitze

Europäisches Parlament

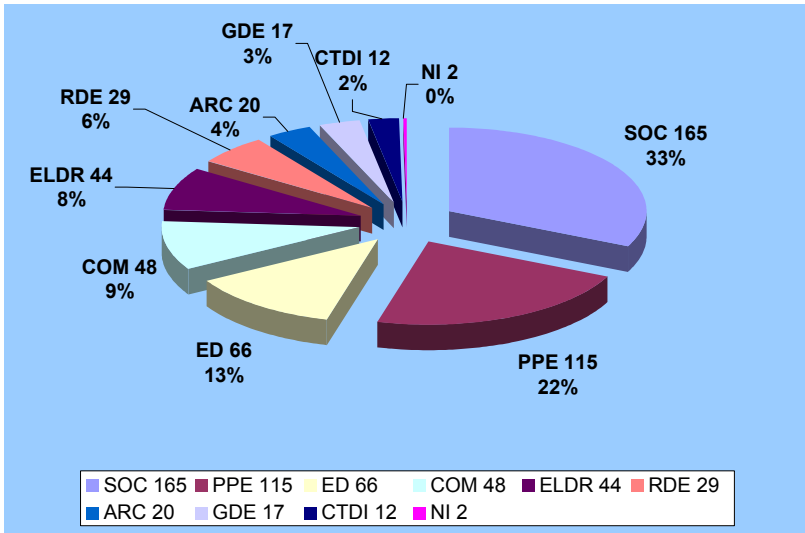


EVP-Fraktion

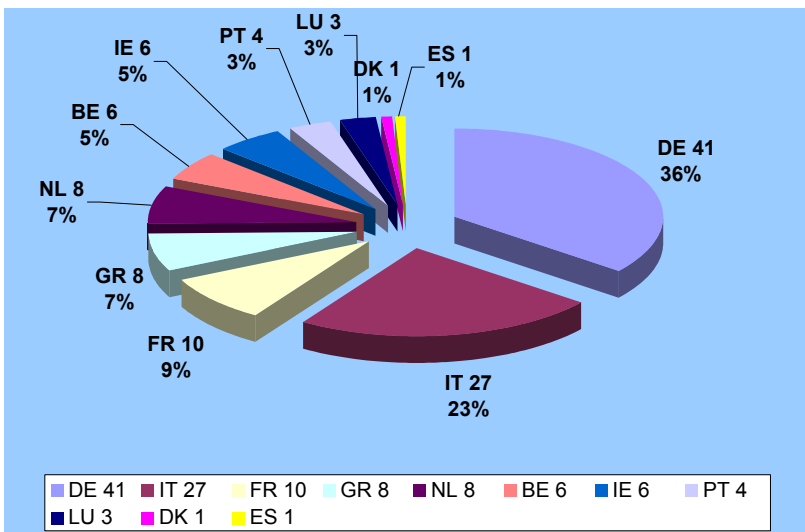


Beitritt von Spanien und Portugal 1986 518 Sitze

Europäisches Parlament

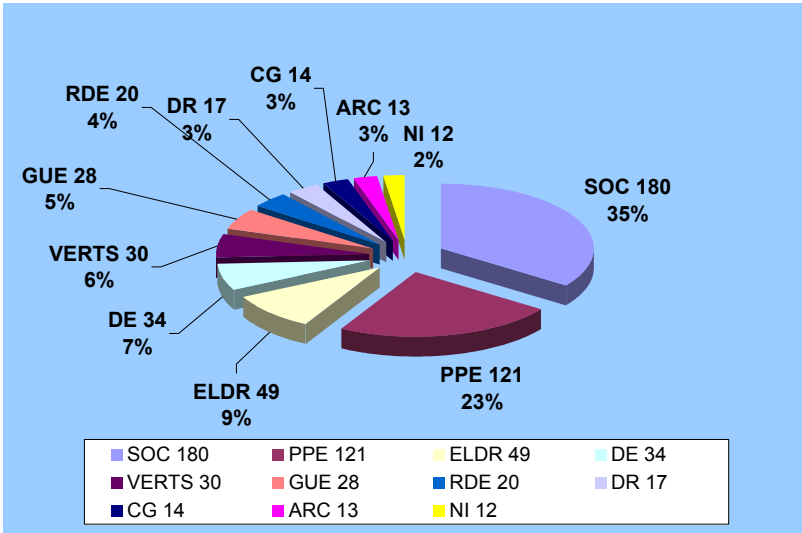


EVP-Fraktion

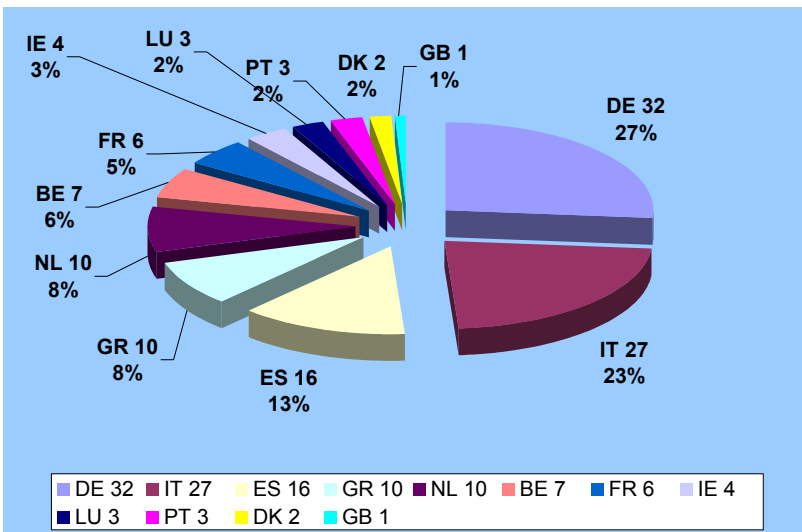


Wahlen 1989 518 Sitze

Europäisches Parlament

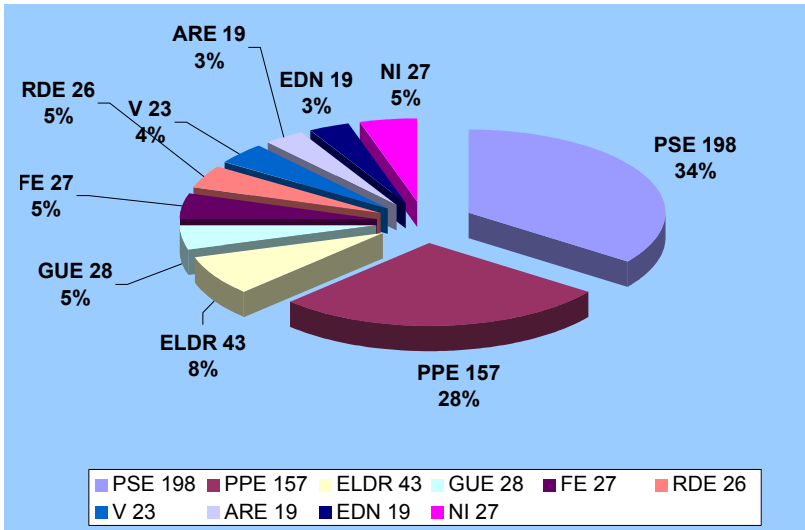


EVP-Fraktion

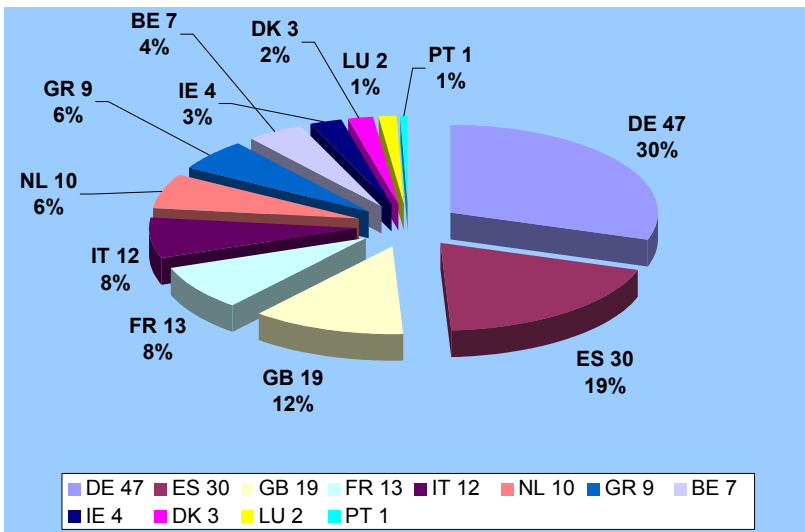


Wahlen 1994 567 Sitze

Europäisches Parlament

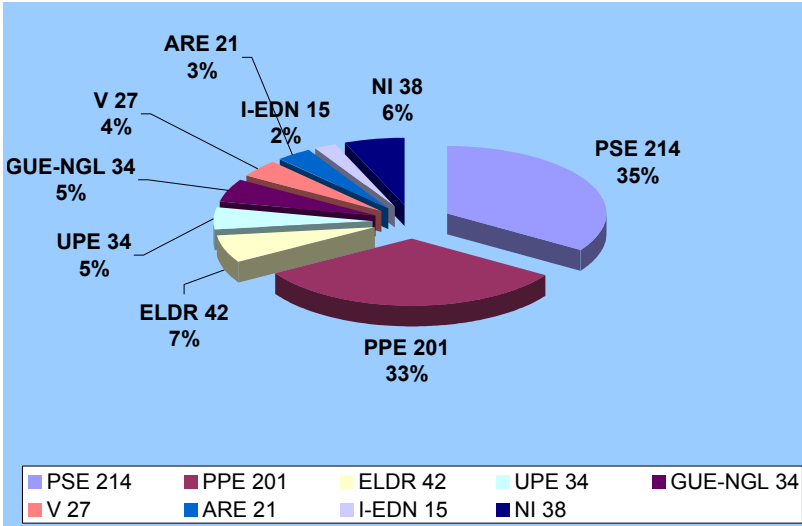


EVP-Fraktion

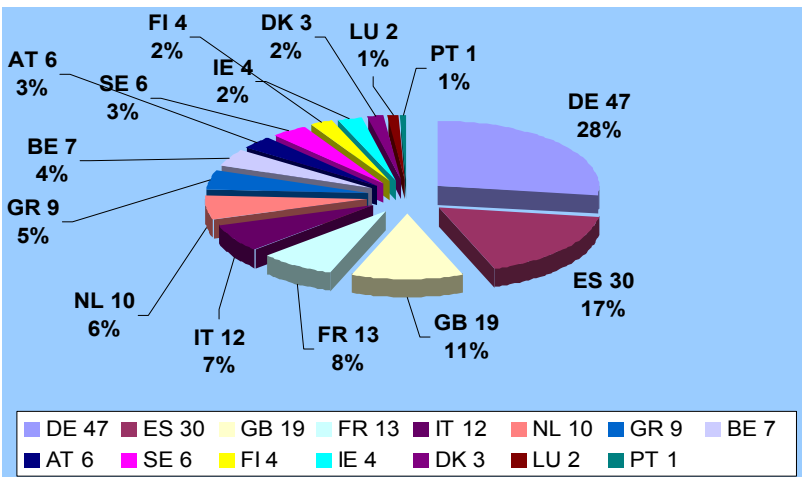


Beitritt von Österreich, Finnland und Schweden 1995 626 Sitze

Europäisches Parlament

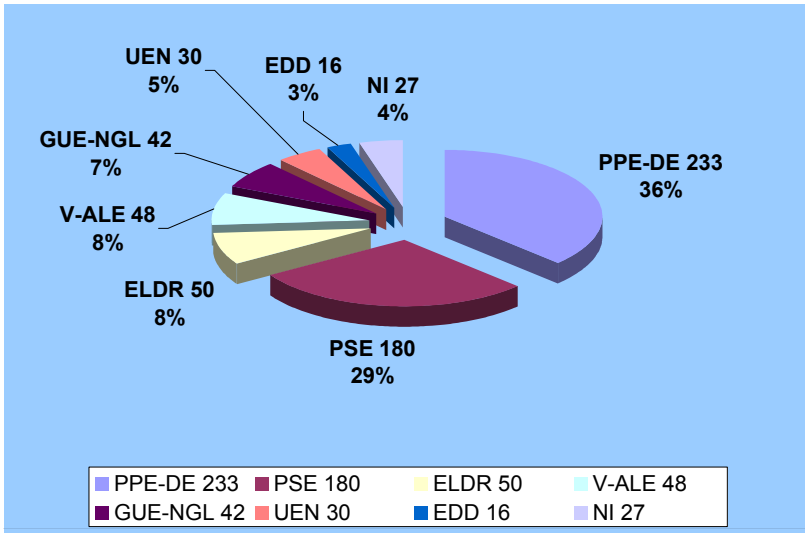


EVP-Fraktion

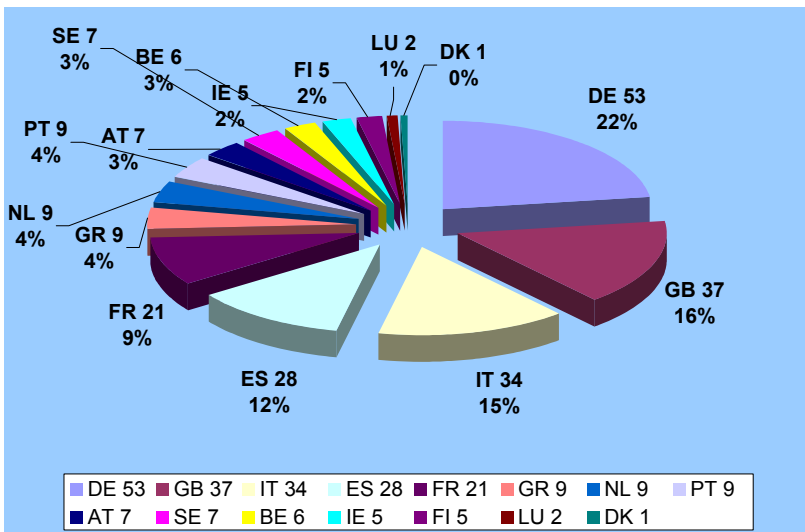


Wahlen 1999 626 Sitze

Europäisches Parlament

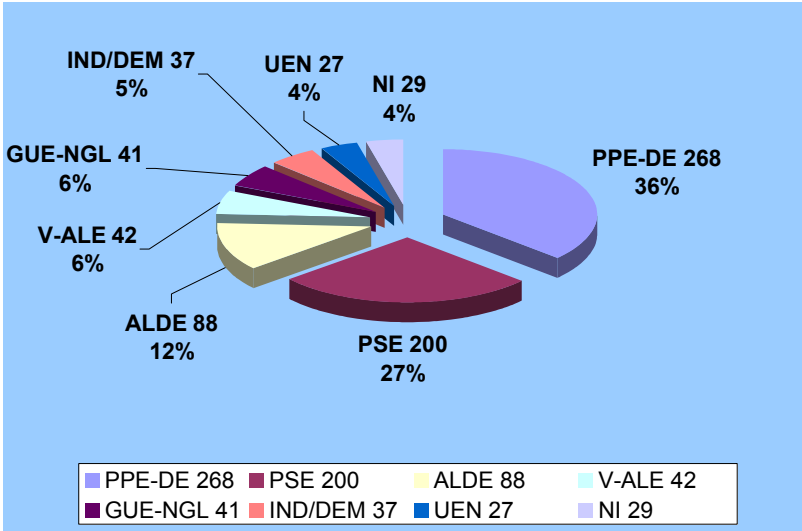


EVP-ED-Fraktion

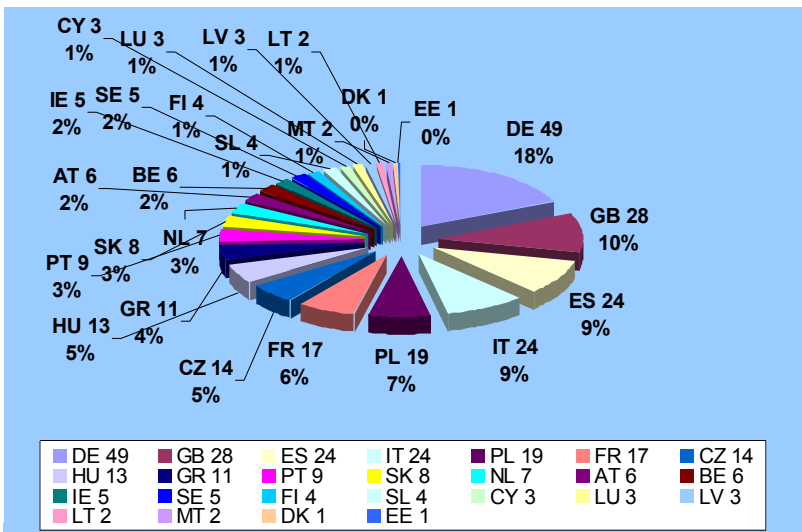


Wahlen 2004 732 Sitze

Europäisches Parlament

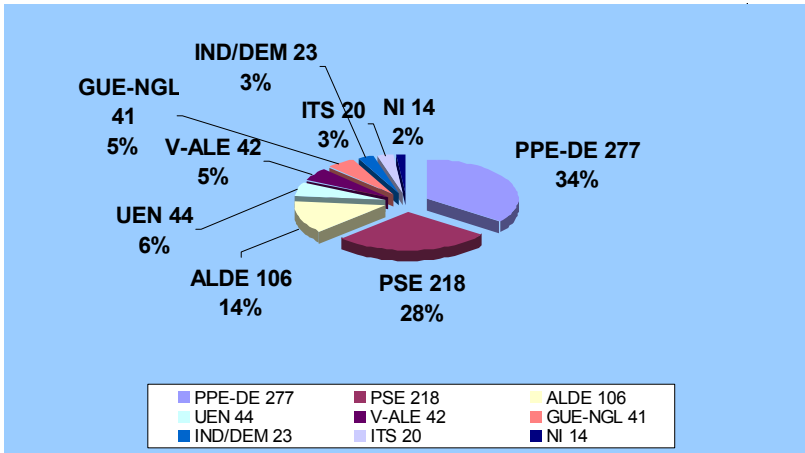


EVP-ED-Fraktion

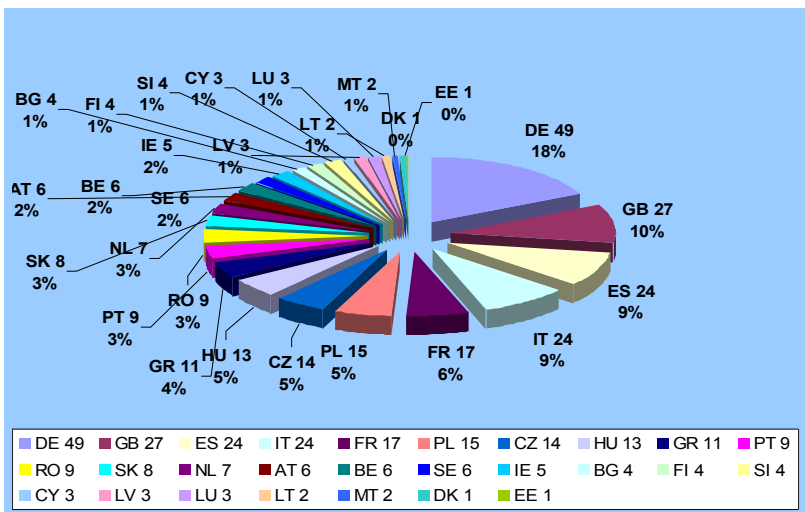


Beitritt von Bulgarien und Rumänien – Januar 2007 785 Sitze

Europäisches Parlament

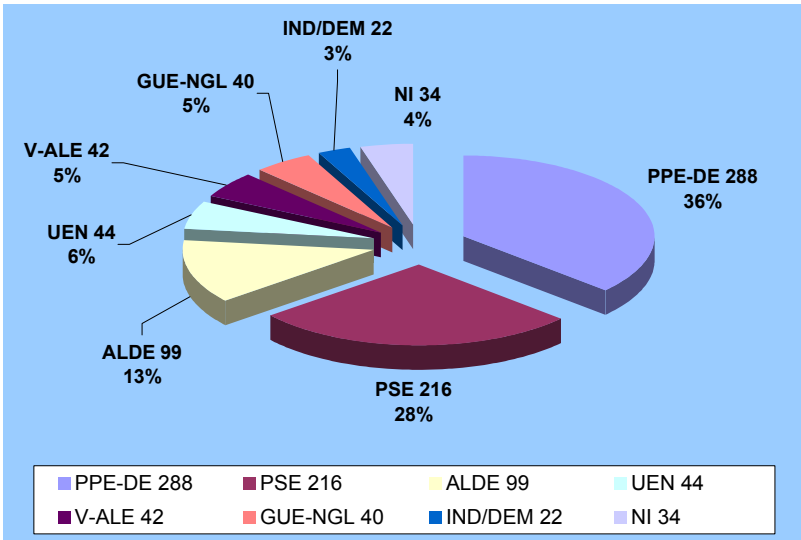


EVP-ED-Fraktion

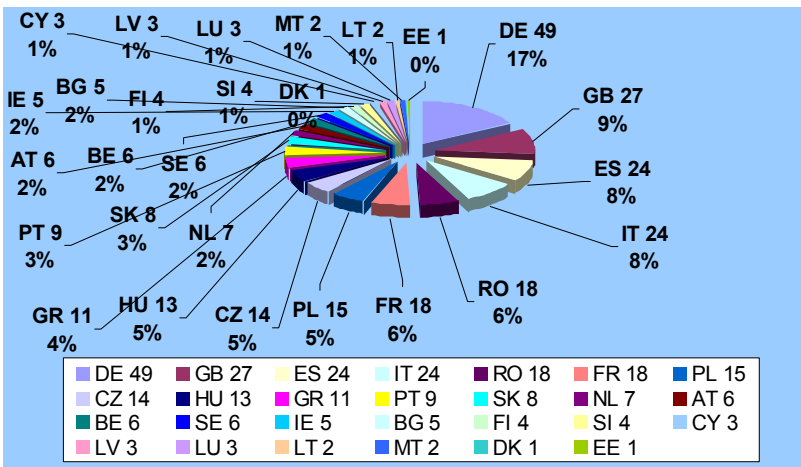


Nach den Wahlen in Bulgarien und Rumänien Dezember 2007 – 785 Sitze

Europäisches Parlament

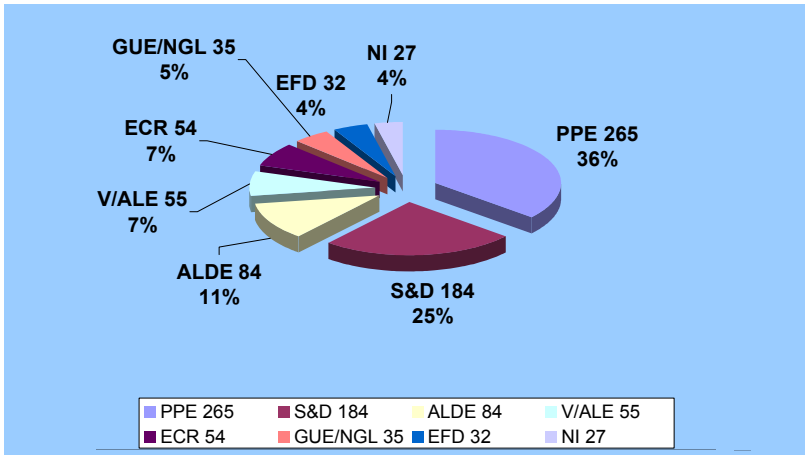


EVP-ED-Fraktion

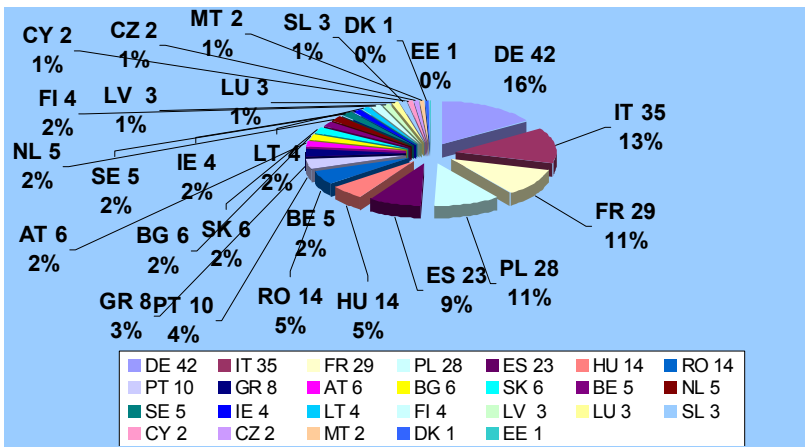


Nach den Wahlen 2009 736 Sitze

Europäisches Parlament



EVP-Fraktion



ERKLÄRUNG DER GRAFIKEN

A. Ländercode

AT	Österreich	BE	Belgien	BG	Bulgarien	CY	Zypern	CZ	Tschech. Republik	DE	Deutschland
DK	Dänemark	EE	Estland	ES	Spanien	FR	Frankreich	FI	Finnland	GR	Griechenland
HU	Ungarn	IT	Italien	IE	Irland	LV	Lettland	LT	Litauen	LU	Luxemburg
MT	Malta	NL	Niederlande	PL	Polen	PT	Portugal	RO	Rumänien	SK	Slowakei
SI	Slowenien	SE	Schweden	GB	Ver. Königreich						

B. Die Fraktionen im Europäischen Parlament

1979

SOC	Sozialistische Fraktion
PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christlich-demokratische Fraktion)
ED	Fraktion der Europäischen Demokraten
COM	Fraktion der Kommunisten und Nahestehenden
LD	Liberale und Demokratische Fraktion
DEP	Fraktion der Europäischen Demokraten für den Fortschritt
CDI	Fraktion für die technische Koordinierung und Verteidigung der unabhängigen Gruppen und Abgeordneten
NI	Fraktionslos

1981

SOC	Sozialistische Fraktion
PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christlich-demokratische Fraktion)
ED	Fraktion der Europäischen Demokraten
COM	Fraktion der Kommunisten und Nahestehenden
L	Liberale und Demokratische Fraktion
DEP	Fraktion der Europäischen Demokraten für den Fortschritt
CDI	Fraktion für die technische Koordinierung und Verteidigung der unabhängigen Gruppen und Abgeordneten
NI	Fraktionslos

1984

SOC	Sozialistische Fraktion
PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christlich-demokratische Fraktion)
ED	Fraktion der Europäischen Demokraten
COM	Fraktion der Kommunisten und Nahestehenden
LDR	Liberale und Demokratische Fraktion
RDE	Fraktion Erneuerungs- und Sammlungsbewegung der Europäischen Demokraten
ARC	Regenbogen-Fraktion: Föderation von: Grün-Alternatives europäisches Bündnis
GDE	Fraktion der Europäischen Rechten
NI	Fraktionslos

1986

SOC	Sozialistische Fraktion
PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christlich-demokratische Fraktion)
ED	Fraktion der Europäischen Demokraten
COM	Fraktion der Kommunisten und Nahestehenden
ELDR	Fraktion der Kommunisten und Nahestehenden
RDE	Fraktion Erneuerungs- und Sammlungsbewegung der Europäischen Demokraten
ARC	Regenbogen-Fraktion: Föderation von: Grün-Alternatives europäisches Bündnis
GDE	Fraktion der Europäischen Rechten
CTDI	Fraktion für die technische Koordinierung und Verteidigung der unabhängigen Gruppen und Abgeordneten
NI	Fraktionslos

1989

SOC	Sozialistische Fraktion
PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christlich-demokratische Fraktion)
ELDR	Liberalen und Demokratische Fraktion
DE	Fraktion der Europäischen Demokraten
VERTS	Fraktion die Grünen im Europäischen Parlament
GUE	Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken
RDE	Fraktion der Sammlungsbewegung der Europäischen Demokraten
DR	technische Fraktion der Europäischen Rechten
CG	Koalition der Linken
ARC	Regenbogen-Fraktion im Europäischen Parlament
NI	Fraktionslos

1994

PSE	Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas
PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christlich-demokratische Fraktion)
ELDR	Fraktion der Liberalen und Demokratischen Partei Europas
GUE	Konföderale Fraktion der Europäischen Unitaristischen Linken
FE	Fraktion Forza Europa
RDE	Fraktion der Sammlungsbewegung der Europäischen Demokraten
V	Fraktion die Grünen im Europäischen Parlament
ARE	Fraktion der Radikalen Europäischen Allianz
EDN	Fraktion Europa der Nationen (Koordinierungsgruppen)
NI	Fraktionslos

1995

PSE	Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas
PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christlich-demokratische Fraktion)
ELDR	Fraktion der Liberalen und Demokratischen Partei Europas
UPE	Fraktion Union für Europa
GUE-NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
V	Fraktion die Grünen im Europäischen Parlament
ARE	Fraktion der Radikalen Europäischen Allianz
I-EDN	Fraktion Europa der Nationen (Koordinierungsgruppen)
NI	Fraktionslos

1999

PPE-DE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten
PSE	Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas
ELDR	Fraktion der Liberalen und Demokratischen Partei Europas
V-ALE	Fraktion die Grünen/ Freie Europäische Allianz
GUE-NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
UEN	Fraktion Union für das Europa der Nationen
EDD	Fraktion für das Europa der Demokratien und der Unterschiede
NI	Fraktionslos

2004

PPE-DE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten
PSE	Sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
V-ALE	Fraktion die Grünen/ Freie Europäische Allianz
GUE-NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
IND/DEM	Fraktion Unabhängigkeit/Demokratie
UEN	Fraktion Union für das Europa der Nationen
NI	Fraktionslos

2007

PPE-DE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten
PSE	Sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
UEN	Fraktion Union für das Europa der Nationen
V-ALE	Fraktion die Grünen/ Freie Europäische Allianz
GUE-NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
IND/DEM	Fraktion Unabhängigkeit/Demokratie
ITS	Fraktion Identität, Tradition, Souveränität
NI	Fraktionslos

2008

PPE-DE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten
PSE	Sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
UEN	Fraktion Union für das Europa der Nationen
V-ALE	Fraktion die Grünen/ Freie Europäische Allianz
GUE-NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
IND/DEM	Fraktion Unabhängigkeit/Demokratie
NI	Fraktionslos

2009

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GREENS/EFA	Fraktion der Grünen / Freie Europäische Allianz
ECR	Europäische Konservative und Reformisten
GUE-NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
EFD	Fraktion „Europa der Freiheit und der Demokratie“
NI	Fraktionslos

Quellenangabe: Archive der EVP-Fraktion, Fraktionsprotokolle, Protokolle des Europäischen Parlaments, Liste der Mitglieder des Europäischen Parlaments, Internationale Organisation für Standardisierung ISO (iso.org).

Anhang 6
**EXTERNE SITZUNGEN
 DER EVP-FRAKTION**

Datum	Ort	Sitzung
11.1957	Rom (IT)	Vorstand und Fraktion
6.1961	Stresa (IT)	Fraktion
11.1961	Paris (FR)	Vorstand und Fraktion
4.1962	Den Haag (NL)	Vorstand und Fraktion
11.1962	Köln (DE)	Fraktion
1.1963	Rom (IT)	Vorstand
3.1964	Paris (FR)	Fraktion
11.1963	Luxemburg	Fraktion
10.1964	Rom (IT)	Fraktion
5.1965	Rouen (FR)	Fraktion
11.1965	Ostende (BE)	Fraktion
2.1966	Paris (FR)	Fraktion
6.1970	Lüttich (LU)	Studientage
5.1971	Luxemburg (LU)	Studientage
9.1971	Catania (IT)	Studientage
5.1972	Rennes (FR)	Studientage
9.1972	Stuttgart (DE)	Studientage
5.1973	Florenz (IT)	Studientage
10.1973	Namur (BE)	Studientage
11.1973	Bonn (DE)	Fraktion
5.1974	Dublin (IE)	Studientage
9.1974	Berlin (DE)	Studientage
5.1975	Den Haag (NL)	Studientage
9.1975	Cala Gonone (IT)	Studientage
3.1976	Bonn (DE)	Vorstand und Fraktion
4.1976	Den Haag (NL)	Vorstand
5.1976	Rom (IT)	Fraktion
5.1976	Brügge (BE)	Vorstand und Fraktion
7.1976	München (DE)	Fraktion
9.1976	Koblenz (DE)	Studientage
2.1977	Madrid (ES)	Vorstand
6.1977	Bressanone (IT)	Fraktion
6/7.1977	Paris (FR)	Fraktion

9.1977	London (GB)	Studientage
9.1977	Bonn (DE)	Fraktion
2.1978	Den Haag (NL)	Fraktion
4.1978	Berlin (DE)	Fraktion
5.1978	Dublin (IE)	Fraktion
6.1978	Berlin (DE)	Fraktion
7.1978	Mandelieu La Napoule (FR)	Studientage
9.1978	Rom (IT)	Fraktion
10.1978	Regensburg (DE)	Studientage
12.1978	Oporto (PT)	Vorstand
4.1979	Rom (IT)	Verwaltungsvorstand
4.1979	Killarney (IE)	Fraktion/Studientage
5.1979	Mainz (DE)	Verwaltungsvorstand
5.1979	auf einem Rheinschiff	Fraktion
5.1979	Maastricht (NL)	Studientage und Verwaltungsvorstand
7.1979	Echternach (LU)	Fraktion
2.1980	Berlin (DE)	Erweiterter Vorstand und Fraktion
7.1980	La Grande Motte (FR)	Studientage
9.1980	Palermo (IT)	Studientage
3/4.1981	Rom (IT)	Fraktion
4/5.1981	Rotterdam (NL)	Fraktion
6.1981	Aachen (DE)	Studientage und Verwaltungsvorstand
9.1981	Neapel (IT)	Studientage
12.1981	Bonn (DE)	Erweiterter Vorstand und Fraktion
3.1982	Kopenhagen (DK)	Vorstand und Fraktion
6.1982	Limerick (IE)	Studientage
9.1982	Florenz (IT)	Studientage
11.1982	Athen (GR)	Fraktion
12.1982	Paris (FR)	Vorstand/4. Kongress der EVP
4.1983	Lissabon (PT)	Vorstand
5.1983	Rhodos (GR)	Studientage
6.1983	Berlin (DE)	Fraktion
9.1983	München (DE)	Studientage
2.1984	Bonn (DE)	Fraktion
3.1984	Amsterdam (NL)	Fraktion
4.1984	Rom (IT)	Fraktion/5. Kongress der EVP
12.1984	Dublin (IE)	Fraktion
5.1985	Athen (GR)	Fraktion
5.1985	Luxemburg (LU)	Studientage
9.1985	Toulouse (FR)	Studientage
4.1986	Den Haag (NL)	Fraktion/6. Kongress der EVP
6.1986	Lissabon (PT)	Studientage
8.1986	Porto Carras (GR)	Studientage

Externe Sitzungen der EVP-Fraktion

10.1986	Florenz (IT)	Erweiterter Vorstand
11.1986	Bonn (DE)	Fraktion
3.1987	Rom (IT)	Fraktion
5.1987	Madrid (ES)	Fraktion
5.1987	Kopenhagen (DK)	Erweiterter Vorstand
6.1987		Berlin (DE)
9.1987	Konstanz (DE)	Studientage
10.1987	Paris (FR)	Fraktion
2.1988	Annecy (FR)	Vorstand
5.1988	Galway (IE)	Studientage
5.1988	Rom (IT)	Erweiterter Vorstand
6.1988	London (GB)	EVP-ED-Kolloquium
9.1988	Palermo (IT)	Studientage
10.1988	Berlin (DE)	Vorstand
2.1989	Athen (GR)	Studientage
3.1989	Lissabon (PT)	Fraktion
4.1989	Den Haag (NL)	Vorstand
5.1989	Barcelona (ES)	Fraktion
7.1989	Madeira (PT)	Studientage
10.1989	Athen (GR)	Vorstand
1.1990	Berlin (DE)	Fraktion
3.1990	Rom (IT)	Fraktion
3.1990	Dublin (IE)	Vorstand
5.1990	Kreta (GR)	Studientage
6.1990	Kopenhagen (DK)	Vorstand
9.1990	Wien (AT)	Vorstand
11.1990	Dublin (IE)	Fraktion/7. Kongress der EVP
11.1990	Rom (IT)	Konferenz und Vorstand
4.1991	Santiago di Compostela (ES)	Studientage
5.1991	Lourdes (FR)	Vorstand
9.1991	Sirmione (IT)	Studientage und Vorstand
12.1991	Den Haag (NL)	Vorstand
4/5.1992	Granada (ES)	Studientage
6.1992	Stockholm (SE)	Vorstand
9.1992	London (GB)	Studientage
11.1992	Athen (GR)	Fraktion
12.1992	Malta (MT)	Vorstand
2.1993	Kopenhagen (DK)	Vorstand
5.1993	Valencia (ES)	Studientage
6.1993	Wien (AT)	Fraktion
8/9.1993	Schwerin (DE)	Studientage
12.1993	Antwerpen (BE)	Fraktion
3.1994	Rom (IT)	Vorstand
4.1994	Paris (FR)	Vorstand
6/7.1994	Estoril (PT)	Studientage
6.1995	Cannes-Mandelieu (FR)	Vorstand
8/9.1995	Brügge (BE)	Studientage

11.1995	Madrid (ES)	Fraktion/11. Kongress der EVP
4/5.1996	Vouliagmeni (GR)	Studientage
6.1996	Malta (MT)	Vorstand
8.1996	Helsinki (FI) und Tallinn (EE)	Studientage
3.1997	Rom (IT)	Fraktion
4.1997	Meran (IT)	Vorstand
8.1997	Santiago di Compostela (ES)	Vorstand
9.1997	Stockholm (SE)	Studientage
11.1997	Toulouse (FR)	Fraktion/12. Kongress der EVP
12.1997	Thessaloniki (GR)	Dialog mit dem Ökumenischen Patriarchat, EVP, EUCD
2.1998	Warschau (PL)	Vorstand
5.1998	Berlin (DE)	Studientage
6.1998	Bukarest (RO)	Vorstand
7.1998	Villamoura (PT)	Studientage
8.1998	Lissabon (PT)	Interparlamentarisches Forum EVP-ODCA Europa-Lateinamerika
3.1999	Wien (AT)	Studientage
5.1999	Madrid (ES)	Vorstellung der EVP-Spitzenkandidaten für die Wahlen 1999
5.1999	Dublin (IE)	Vorstellung der EVP-Spitzenkandidaten für die Wahlen 1999
7.1999	Marbella (ES)	Studientage
2.2000	Thessaloniki (GR)	EVP/EDU/ED-Konferenz
3.2000	Paris (FR)	Studientage
6.2000	Istanbul (TR)	Dialog mit der Orthodoxen Kirche
6.2000	Bratislava (SK)	Vorstand
12.2000	Riga (LV)	Vorstand
1.2001	Berlin (DE)	Studientage/14. Kongress der EVP
3.2001	Nicosia (CY)	Vorstand
5.2001	Thessaloniki (GR)	Studientage
6.2001	Kreta (GR)	Dialog mit der Orthodoxen Kirche
8.2001	Santiago di Compostela (ES)	Vorstand
9.2001	Rom (IT)	Studientage
11.2001	Budapest (HU)	Vorstand
3.2002	Prag (CZ)	Vorstand
5.2002	Saariselkä (FI)	Vorstand
6.2002	Edinburgh (GB)	Studientage
8.2002	Bukarest (RO)	Dialog mit der Orthodoxen Kirche
8.2002	Oxford (GB)	EIN
9.2002	Ljubljana (SI)	Vorstand

Externe Sitzungen der EVP-Fraktion

10.2002	Estoril (PT)	Fraktion/15. Kongress der EVP
3.2003	Regensburg (DE)	Vorstand
4.2003	St. Etienne (FR)	Vorstand
5.2003	Warschau (PL)	Vorstand
6.2003	Kopenhagen (DK)	Studientage
9.2003	El Escorial (ES)	EIN
9.2003	Madrid (ES)	Studientage
10.2003	Istanbul (TR)	Dialog mit der Orthodoxen Kirche
10.2003	Ile de la Réunion (FR)	Präsidium und Vorsitzende der nationalen Delegationen
3.2004	Wien (AT)	Studientage
7.2004	Budapest (HU)	Studientage
9.2004	Berlin (DE)	EIN
10.2004	Thessaloniki (GR)	Dialog mit der Orthodoxen Kirche
4.2005	Sofia (BG)	Vorstand
6.2005	Bukarest (RO)	Vorstand
9.2005	Gdansk (PL)	Vorstand
9.2005	Lissabon (PT)	EIN
10.2005	Istanbul (TR)	Dialog mit der Orthodoxen Kirche
3.2006	Rom (IT)	Studientage/Kongress der EVP
5.2006	Split (HR)	Vorstand
6.2006	Bordeaux (FR)	Vorstand
9.2006	Lyon (FR)	EIN
11.2006	Bratislava (SK)	Dialog mit der Orthodoxen Kirche
1.2007	Berlin (DE)	Präsidium
4.2007	Granada (ES)	Vorstand
6.2007	Ponta Delgada – Azoren (PT)	Vorstand
6.2007	Lissabonn (PT)	Präsidium
7.2007	Malta (MT)	Studientage
7.2007	Washington (USA)	Präsidium
9.2007	Warschau (PL)	EIN
12.2007	Sarajevo (BA)	Vorstand
1.2008	Ljubljana (SL)	Präsidium
2.2008	Nicosia (CY)	Vorstand
17-18.3.2008	Tiflis (GE)	Regionaler Dialog mit der Orthodoxen Kirche
4.2008	Portorož (SL)	Vorstand
5.2008	Paris (FR)	Präsidium
7.2008	Paris (FR)	Studientage
17.7.2008	Kiew (UA)	Regionaler Dialog mit der Orthodoxen Kirche
28-29.8.2008	München (DE)	Präsidium und Vorsitzende der nationalen Delegationen
18-20.9.2008	Fiuggi (IT)	EIN

16-17.10.2008	Iasi (RO)	Dialog der Religionen und Kulturen
10.2008	Ile de la Réunion (FR)	Präsidium und Vorstand
11.2008	Prag (CZ)	Präsidium
3.2009	Sofia (BG)	Vorstand
3.2009	Stockholm	Präsidium
16-17.4.2009	Tallinn (EE)	Präsidium und Vorsitzende der nationalen Delegationen
28-29.4.2009	Warschau (PL)	Studientage/Kongress der EVP
29.6/2.7.2009	Athen (GR)	Studientage

ÜBERSICHTSTABELLE NACH LÄNDERN	
BELGIEN (BE)	4
BOSNIEN-HERZEGOWINA (BA)	1
BULGARIEN (BG)	2
DÄNEMARK (DK)	5
DEUTSCHLAND (DE)	30
ESTLAND (EE)	2
FINNLAND (FI)	2
FRANKREICH (FR)	24
GEORGIEN (GE)	1
GRIECHENLAND (GR)	15
IRLAND (IE)	9
ITALIEN (IT)	29
KROATIEN (HR)	1
LETTLAND (LV)	1
LITAUEN (LT)	
LUXEMBURG (LU)	4 + 20 ^a
MALTA (MT)	3
NIEDERLANDE (NL)	10
ÖSTERREICH (AT)	4
POLEN (PL)	5
PORTUGAL (PT)	11
RUMÄNIEN (RO)	4
SCHWEDEN (SE)	2
SLOWAKEI (SK)	2
SLOWENIEN (SI)	3
SPANIEN (ES)	14
TSCHECHISCHE REPUBLIK (CZ)	2
TÜRKEI (TR)	3
UKRAINE (UA)	1
UNGARN (HU)	2
USA	1
VEREINIGTES KÖNIGREICH (UK)	5
ZYPERN (CY)	2
Gesamt	223

a Sitzungen in Luxemburg ab 1979.

SITZUNGEN IN LUXEMBURG AB 1979

2.1979	Fraktion und Vorstand
5.1979	Fraktion und Vorstand
10.1979	Fraktion
4.1980	Fraktion
6.1980	Fraktion
9.1980	Vorstand
11.1980	Fraktion und Vorstand
12.1980	Fraktion und Vorstand
2.1981	Fraktion
9.1981	Fraktion
6-7.1982	Fraktion
5.1984	Fraktion
7.1985	Fraktion und Vorstand
2.1986	Fraktion
7.1987	Fraktion
11.1988	Fraktion/7. Kongress der EVP
6-7.1992	Vorstand
7.1993	Vorstand
7.1996	Vorstand
7.1997	Vorstand und Interparlamentarische Konferenz EVP-Fraktion, EUCD und EDU

Anhang 7

PERSONENREGISTER

A

- Abelin Jean-Pierre *pages* 251, 628
Adamakis Emmanuel 537
Adenauer Konrad 19, 23, 33, 48, 52-54, 61, 74, 158, 167, 170, 181, 293, 311, 411, 527, 561, 600, 611, 612
Adler Peter 403
Adonnino Pietro 184, 209, 212, 213, 216, 251, 262, 263, 616, 631
af Ugglas Margaretha 364, 640
Agag Longo Alejandro 379, 641
Agardi Atilla 400
Aigner Heinrich 103-105, 182, 191, 209, 211, 217, 218, 236, 300, 624
Al Turki Abdullah bin Abdul 538
Alassaf Nassir 538
Alber Siegbert 180, 191, 227, 624
Albertini Gabriele 391, 631
Albertini Pierre 548
Aldaya Etxeburua José María 516
Alessi Giuseppe 631
Almeida Garrett Teresa 639
Alphandéry Edmond 485
Alphonso XIII 120
Alvargonzales Mercedes 403
Amato Giuliano 443
Anastase Roberta Alma 394, 639
Anastassopoulos Georgios 236, 237, 630
Andreotti Giulio 197, 252, 311, 336-338, 631
Andria Generoso 631
Andriessen Frans 223, 337, 484, 550, 651
Andrikiéné Laima Liucija 393, 636
Angelakas Emmanouil 391, 630
Angelini Armando 631
Añoveros Trias de Bes Julio 641
Antall József 310, 313
Antoniozzi Alfredo 183, 391, 631
Antoniozzi Dario 166, 183, 203, 280, 631
Areitio Toledo Javier 641
Arens Markus 400
Argalis Andris 424
Argyros Stelios 630
Arias Cañete Miguel 641
Armand Louis 65
Aron Raymond 33
Arroni Aldo 632
Artzinger Helmut Karl 102, 624
Arvidsson Per-Arne 381, 640
Ashworth Richard 390, 643
Atkins Robert (Sir) 376, 643
Attale II Philadelphé 422
Attlee Clement 600
Aubame Jean 628
Audy Jean-Pierre 390, 628
Averoff Ioannis 630
Avilés Perea Maria Antonia 378, 641
Ayuso González Maria del Pilar 378, 641
Azara Antonio 632
Aznar López José María Alfredo 121, 292, 293, 295, 337, 361, 371, 378, 383, 389, 399, 548, 555-557
Azzolini Claudio 371, 632
- ### B
- Bachelot-Narquin Roselyne 390, 577, 628
Badénes Monique 628
Baduel Glorioso Maria Fabrizia 203
Baldi Monica Stefania 632
Baldini Valerio 632
Balfe Richard A. 643
Balkenende Jan-Peter 585
Balladur Édouard 485, 555
Banotti Mary Elizabeth 265, 373, 631
Barbagli Giovanni 632
Barbi Paolo 9, 20, 150, 184, 185, 192,

197-200, 206, 209, 212, 229, 243, 615, 632,
 648, 651
 Bardong Otto 624
 Barnier Michel 443, 550, 552, 653
 Barón Crespo Enrique 255
 Barre Raymond 72, 239, 247, 484
 Barrot Jacques 484, 550, 556, 576
 Barry Peter 286
 Barsi Pataky Etelka 393, 643
 Bartholomäus I 535
 Bartolozzi Paolo 391, 632
 Bartoszewski Wladyslaw 652
 Bănescu Traian 570
 Bastiaansen Adriaan 400
 Bastos Regina 639
 Battista Emilio 62, 76, 77, 168, 632
 Battistini Giulio 632
 Baudis Dominique 238, 362, 368, 369,
 379, 548, 628
 Baudis Pierre 238, 628
 Bauer Edit 393, 640
 Bautista Daniel 641
 Bayona de Perogordo Juan José 641
 Bayrou François 379, 380, 386, 388, 466,
 547, 600, 628
 Beazley Christopher 500, 507, 513, 643
 Beazley Peter 643
 Bébéar Jean-Pierre 456, 628
 Bech Jean 71, 636
 Bech Joseph 58
 Beckstein Günther 514
 Becsey Zsolt László 393, 643
 Beethoven Ludwig van 261
 Behrendt Walter 171
 Beirão Luis Filipe Paes 639
 Belardinelli Mauro 403
 Belet Ivo 391, 623
 Bello de Guzman Maria 275
 Bendtsen Bendt 548
 Benedikt XVI (Ratzinger Joseph Alois)
 531, 534, 550
 Beneyto José Maria 398
 Bennasar Tous Francisca 641
 Benvenuti Lodovico 632
 Berend Rolf 624
 Berisha Sali 586
 Berkhouwer Cornelis 171
 Berlusconi Silvio 192, 363, 368, 370,
 371, 373, 377, 383, 466, 576, 585, 632
 Bernard-Reymond Pierre 230, 311, 362,
 417, 628
 Bersani Giovanni 138, 144, 147, 184,
 282, 284-286, 632
 Bertram Helmut 624
 Bertrand Alfred 45, 46, 114, 118, 122,
 124, 125, 128-130, 150, 161, 166, 169-171,
 192, 201, 207, 614, 623, 647, 651
 Bescós Gonzalo 398, 399
 Bethell (Lord) 643
 Bettamio Giampaolo 9, 150, 162, 171,
 192, 193, 199, 242, 402, 647
 Beumer Bouke 187, 338, 637
 Beyen Johan Willem 58
 Bianco Gerardo 373, 632
 Bickl Thomas 403
 Biesheuvel Barend Willem 70, 637
 Biesmuel John 296, 297, 398, 399, 401
 Bildt Carl 331, 371, 555, 556
 Biller Stephen 297
 Bindi Rosaria 266, 267, 632
 Birrenbach Kurt 624
 Blair Tony 295
 Blaise Pieter A. 69, 71, 109, 110, 637
 Blumenfeld Erik 139, 202, 203, 225,
 230, 624
 Boano Giovanni 632
 Boc Émile 585
 Bocklet Reinhold 182, 221, 223, 230,
 265, 624
 Bodrato Guido 378, 387, 632
 Bodu Sebastian Valentin 394, 639
 Boersma Jacob 637
 Boertien Cornelis 637
 Böge Reimer 297, 456-458, 624
 Boggiano-Pico Antonio 45, 632
 Bolkestein Frederick 477
 Bólya Boglarka 403, 701
 Bonde Jens-Peter 561
 Bonetti Andrea 632
 Boniperti Gian Piero 632
 Bonner Yelena 272, 543
 Bonomi Paolo 632
 Bonsignore Vito 391, 499, 564, 565,
 632
 Boot Elise C. A. M. 637
 Borg Joe 550, 576
 Borges Antonio 556
 Borgo Franco 632
 Borisov Boiko 570
 Borloo Jean-Louis 291
 Borrell Fontelles Josep 385, 466, 561
 Borys Angelika 501, 502
 Bos Corstiaan A. 637
 Bosco Giacinto 632
 Bourbon-Parme Zita 179
 Bourlanges Jean-Louis 301, 316, 351,
 362, 379, 380, 387, 390, 428, 444, 455, 466,
 628

- Bournias Leonidas 630
 Boutos Ioannis 237, 630
 Bowis John 376, 643
 Boyden Gray Clayland 556
 Braccesi Giorgio 632
 Bradbourn Philip Charles 376, 643
 Braghetto Iles 391, 632
 Brainbridge Thimothee 297
 Braitenberg Carl 632
 Brand Jürgen 625
 Brandt Willy 178
 Braun-Moser Ursula 275, 625
 Brejc Mihael 393, 641
 Bremmer Cees 637
 Brepoels Frieda 391, 623
 Březina Jan 393, 642
 Brienza Giuseppe 632
 Brittan of Spennithorne Leon (Lord) 550, 552
 Brocka Július 640
 Brok Elmar 180, 181, 263, 312, 394, 420, 421, 423, 429, 433, 441, 443, 446, 451, 452, 499, 503, 625
 Brouwer Tiemen 637
 Brown Gordon 579
 Brugger Peter 91, 632
 Bruis Slot J. A. H. J. S. 637
 Brunetta Renato 378, 480, 632
 Bruton John 337, 374, 443
 Bukman Piet 651
 Bulzesc Nicodim 394, 639
 Burenstam Linder Staffan 382, 417
 Burgbacher Friedrich 94, 97, 625
 Burke Colm 391, 631
 Burtone Giovanni 632
 Busek Erhard 414
 Bushill-Matthews Philip 376, 643
 Busuttill Simon 393, 637
 Buttiglione Rocco 378, 465, 466, 632
 Buzek Jerzy 393, 394, 421, 549, 557, 638
- C**
- Cabanillas Gallas Pio 641
 Cabrnach Milan 393, 642
 Caetano Marcelo 117
 Calia Maddalena 391, 632
 Califice Alfred 623
 Callanan Martin 376, 643
 Calvo-Sotelo y Bustelo Leopoldo 641
 Cameron David 388, 601
 Camisón Asensio Felipe 641
 Campilli Pietro 632
 Campoy Zueco Luis 641
 Capucho António 639
 Carboni Enrico 632
 Carcaterra Antonio 632
 Cardoso Raquel 639
 Carlsson Gunilla 640
 Carna Alena 403
 Carnogursky Jan 414, 549
 Caro Jean-Marie 629
 Carollo Giorgio 391, 632
 Caron Giuseppe 69, 70, 632
 Carrington (Lord) 325
 Carro Delia 303
 Carvalho Cardoso José Vicente 639
 Casa David 393, 637
 Casini Carlo 236, 363, 391, 632
 Casini Pier Ferdinando 632
 Caspary Daniel 389, 625
 Cassanmagnago Cerretti Maria Luisa 179, 184, 188, 191, 198, 273, 276, 280, 282, 288, 316, 326, 345, 632
 Cassidy Bryan 643
 Castagnetti Pierluigi 363, 371, 373, 632
 Castiglione Giuseppe 391, 632
 Catherwood Fred (Sir) 643
 Cavaco Silva Aníbal António 548, 556
 Cavalli Antonio 632
 Ceausescu Nicolae 305, 616
 Cecchini Paolo 255
 Cederschiöld Charlotte 364, 438, 523, 640
 Cerexhe Étienne 550
 Ceric Moustapha 538
 Cerulli Irelli Giuseppe 632
 Cesa Lorenzo 391, 632
 Cesaro Luigi 378, 632
 Chabert Henry 330, 629
 Chanterie Raphaël 238, 291, 304, 313, 623
 Charansky Nathan 225
 Charpentier René 54, 75, 86, 629
 Chatenet Pierre 66
 Chiabrande Mauro 632
 Chichester Giles 362, 476, 643
 Chirac Jacques 178, 362, 369, 372, 373, 435, 436, 562
 Chiriță Călin Cătălin 639
 Chiusano Vittorino 632
 Chmielewski Zdzisław Kazimierz 393, 638
 Christensen Frode Nør 624
 Christodoulou Efthimios 105, 237, 417, 486, 490, 551, 630
 Christoforou Lefteris 644
 Chruschtschow Nikita S. 135, 308, 585
 Ciancaglini Michelangelo 268, 632

Cingolani Mario 632
 Cirino Pomicino Paolo 391, 632
 Clarke Kenneth 555
 Clerides Glafkos Ioannou 549
 Clinton Mark 631
 Cocilovo Luigi 378, 632
 Cockfield Francis Arthur (Lord) 250, 251, 253
 Coelho Carlos 639
 Cohn-Bendit Daniel 435
 Colin André 166, 629
 Coll I Alentorn Miquel 651
 Colleselli Arnaldo 221, 633
 Colli Ombretta 633
 Colling Karl 194, 398, 399
 Collomb Francisque 629
 Colombo Svevo Maria Paola 633
 Colombo Emilio 52, 114, 171-173, 177, 182, 183, 201, 203-205, 207, 239, 250, 285, 313, 314, 327, 337, 345, 399, 614, 615, 633, 651
 Contogeorgis Giorgios 550
 Contu Felice 633
 Cooney Patrick Mark 631
 Coppo Gavazzi Maria Teresa 633
 Cornelissen Petrus A. M. 238, 637
 Cornillet Thierry 379, 380, 438, 629
 Corrie John Alexander 456, 480, 643
 Cosentino Francesco 633
 Costa Neves Carlos 639
 Costa Raffaele 378, 633
 Costanzo Roberto 183, 633
 Couve de Murville Maurice 78
 Coveney Simon 631
 Cox Pat 243, 384
 Creed Donald 631
 Cresson Édith 460
 Croux Lambert 186, 198, 205, 230, 246, 256, 308, 623
 Cunha Arlindo 480, 639
 Cushnahan John Walls 339
D
 Da Costa Adelino Amaro 653
 Dalai-Lama 539
 Dalsass Joachim 184, 221, 222, 633
 Daly Margaret 643
 d'Ancona Hedy 516
 D'Andrea Giampaolo 633
 d'Ormesson Olivier 179, 232, 629
 Danesin Alessandro 633
 Dankert Pieter 198, 239
 Dante Alighieri 634
 Dauchelle Sandrine 31
 Daul Joseph 17, 20, 24, 31, 150, 355, 360, 377, 379, 392, 400, 474, 475, 480, 481, 496, 499, 505, 506, 526, 535, 537, 541, 543, 561-564, 566-572, 574-585, 588-592, 594, 599, 601, 621, 622, 629, 648
 David Dragoş Florin 394, 639
 Dávid Ibolya 548
 David Mário 150, 373, 397-399, 402, 618, 648
 Davignon Étienne 550
 de Arístegui Gustavo 552
 de Backer-van Ocken Rika 275, 623
 De Blasio Antonio 393, 643
 De Bondt Gabriele 162
 De Bosio Francesco 633
 de Brémond d'Ars Georges 629
 de Brouwer Alain 162
 de Cervantes Miguel 432
 de Chateaubriand François-René 76
 de Crombrughe Werner 199, 296
 de Esteban Martin Laura 641
 De Ferranti Basil 247
 de Gaay Fortman W. F. 637
 De Gasperi Alcide 19, 23, 48, 52-54, 56, 61, 123, 167, 178, 293, 527, 611, 633
 de Gaulle (général) 65, 66, 68, 76, 93, 107, 110, 111, 158, 159, 188, 242, 561, 612, 613
 de Grandes Pascual Luis 389, 641
 De Gryse Albert 623
 De Gucht Karel 206
 De Keersmaecker Paul 186, 311, 623
 de Koning Friedrich 637
 de la Merced Monge Mercedes 641
 de Lange Esther 392, 637
 de Maizière Lothar 312
 de Marco Guido 543
 de Marco Mario 637
 de Matteo Aldo 633
 de Melo Eurico 639
 de Menthon François 629
 De Mita Luigi Ciriaco 237, 633
 de Palacio Vallelersundi Loyola 361, 391, 543, 550, 642, 652
 de Panafieu Françoise 548
 De Poi Alfredo 120, 150, 160-162, 192, 402, 614, 647
 De Poli Antonio 391, 633
 De Riemaecker-Legot Marguerite 623
 de Rose Marie-France 630
 de Sarnez Marielle 379, 380, 629
 de Silguy Yves-Thibault 550
 De Smet Pierre 623
 de Veyrac Christine 379, 629
 de Veyrinas Françoise 630

De Vitto Lorenzo 633
 De Winter Émile 623
 Debatisse Michel 147, 224, 236, 239, 308, 629
 Decourrière Francis 379, 629
 Dehaene Jean-Luc 371, 391, 427, 434, 441, 443, 455, 471, 552, 584, 623
 Dehecq Jean-François 551
 Dehousse Fernand 168
 del Castillo Vera Pilar 389, 641
 Del Duca Antonio 633
 Delahaye Marie-Claude 399
 Delle Fave Umberto 633
 Dell'Utri Marcello 378, 633
 Delors Jacques 239, 249, 261, 262, 313, 335, 347, 455, 485, 543, 615, 616
 Demetriou Panayiotis 393, 644
 Deprez Gérard 238, 303, 337, 387, 600, 623
 Deringer Arved 625
 Deriu Marilena 194
 Dermendjiewa Mina 403
 Descamps Marie-Hélène 629
 Deschamps Pierre 144-146, 227, 278, 623
 Deß Albert 389, 625
 Detourbet Christine 303
 Deva Nirj 376, 643
 Dewulf Maurice 623
 Di Prima Pietro Antonio 633
 Diana Alfredo 183, 221, 633
 Díaz de Mera García Consuegra Agustín 641
 Dichgans Hans 625
 Diepgen Eberhard 548
 Diligent André 188, 202, 203, 232, 629
 Dimas Stavros 550, 576
 Dimitrakopoulos Georgios 363, 630
 Dimitrov Konstantin 624
 Dimitrov Martin 624
 Dimitrov Philip Dimitrov 624
 Dionisi Armando 391, 633
 Dittrich Stefan 625
 Dollinger Werner 625
 Dombrovskis Valdis 393
 Dominedo Francesco 633
 Don Sturzo 53, 164, 527
 Donck Véronique 303
 Dondelinger Jean 651
 Donnelly Brendan Patrick 643
 Donner Jan Pieter Hendrik 551
 Dooge James 245, 246, 251, 252
 Doorn Bert 637
 Dos Santos Machado Manuel 639

Douste-Blazy Philippe 548, 629
 Dover Den 376, 643
 Doyle Avril 631
 Dreute Oliver 401
 Duchoñ Petr 393, 642
 Duetoft Peter Klaus 624
 Duisenberg Wim 492, 493
 Duka-Zólyomi Árpád 393, 640
 Dumitriu Constantin 394, 639
 Duncan Smith Iain 386
 Dunne Thomas 631
 Dupont Joseph 623
 Duran I Lleida Josep Antoni 241, 337, 641
 Durão Barroso José Manuel 398, 452, 464-466, 496, 556, 557, 576, 578, 584, 585, 587, 620, 621
 Duvieusart Jean 52, 61, 76, 612, 623
 Dzurinda Mikuláš 543, 549

E

Ebel Manfred A. 625
 Ebner Michl 363, 417, 633
 Eckhardt Walter 625
 Eden Anthony 108
 Efstathopoulos Spyros 303
 Ehler Christian 389, 625
 Elles James 105, 298, 382, 388, 459, 480, 553, 557, 568, 583, 643
 Elles Diana 203, 298
 Engelbrecht Greve Ernst 625
 Ercini Sergio 633
 Erdogan Recep Tayyip 510
 Ergma Ene 424
 Erhard Ludwig 59
 Escuder Croft Arturo Juan 641
 Escudero Lopez José Antonio 641
 Esmonde Anthony 112
 Estemirova Natalya 653
 Estevan Bolea María Teresa 641
 Esteves Maria da Assunção 392, 639
 Estgen Nicolas 187, 236, 238, 636
 Etzel Franz 65
 Eurlings Camiel 392, 509, 510, 637
 Evans Jonathan 376, 643
 Evert Miltiades 652
 Evison Marek 400
 Evrigenis Dimitrios 237, 275, 630
 Eyadéma Gnassingbé 286

F

Fabra Vallés Juan Manuel 507, 641
 Fajmon Hynek 393, 642
 Falkmer Karin 640

Fanfani Amintore 161, 633
 Fantini Antonio 633
 Fatuzzo Carlo 378, 633
 Faure Maurice 168
 Fenech Adami Eddie 337
 Ferber Markus 359, 625
 Fernandez-Albor Gerardo 312, 641
 Fernández Martín Fernando 641
 Ferragni Arnaldo 150, 158-160, 163, 164, 402, 408, 613
 Ferrari Francesco 633
 Ferrer i Casals Concepció 292, 320, 360, 373, 387, 641
 Ferrero-Waldner Benita 550, 576
 Ferri Enrico 368, 633
 Figel' Ján 550, 576
 Filip Petru 394, 639
 Filippi Livio 633
 Filippi Renzo Eligio 633
 Fillon François 557, 578, 585
 Fioret Mario 633
 Fiori Francesco 378, 382, 508, 524, 633
 Fischbach Marc 636
 Fischbach Marcel 636
 Fischer Joschka 435, 464
 Fischler Franz 414, 482, 550
 Fitto Raffaele 378, 633
 Fitzgerald Garret 245
 Fitzhenry Robert 193, 296, 403
 Fjellner Christofer 392, 640
 Flanagan Maria 162
 Flemming Marialiese 480, 638
 Florenz Karl-Heinz 297, 625
 Florio Luigi Andrea 633
 Folias Christos 630
 Folz Andreas 404
 Folz Jean-Marie 556
 Fontaine Nicole 38, 238, 243, 263, 265, 275, 362, 379, 384, 390, 463, 464, 489, 498, 508, 619, 629
 Fontaine Pascal 20, 193, 367, 398, 402, 553
 Fontana Alessandro 633
 Fontanini Mariangella 303
 Forlani Arnaldo 296, 337, 633
 Formigoni Roberto 237, 272, 312, 633
 Forte Mario 633
 Foster Jacqueline 377, 643
 Fouchet Christian 73, 75, 612
 Fourçans André 363, 490, 629
 Fouré Brigitte 390, 629
 Fourtou Janelly 379, 380, 629
 Fraga Estévez Carmen 360, 361, 382, 389, 405, 641
 Fraga Iribarne Manuel 121, 292, 360
 Franco (général) 117, 120, 549
 Franz Otmar 94, 236, 625
 Frassoni Monica 561
 Fratini Franco 550, 576
 Frei Eduardo 281
 Freitas Duarte 392, 639
 Friedensburg Fernand 625
 Friedrich Ingo 35, 94, 180, 438, 528, 625
 Froment-Meurice François 268, 629
 Früh Isidor 221, 484, 625
 Frunzäverde Sorin 394, 639
 Fuchs Karl 625
 Fugmann Friedrich 162
 Fukuyama Francis 555
 Funeriu Daniel Petru 639
 Funk Honor 625
 Furler Hans 52, 61, 62, 64, 77, 102, 134, 135, 143, 150, 157, 612, 625

G

Gacek Urzula 393, 638
 Gahler Michael 375, 423, 501, 625
 Gaibisso Gerardo 633
 Gaigg Gerfried 638
 Gaiotti de Biase Paola 188, 273, 633
 Gál Kinga 393, 643
 Galbavy Tomáš 393, 640
 Galeote Quecedo Gerardo 360, 371, 385, 405, 522, 567, 641
 Gallenzi Giulio Cesare 633
 Galletto Bortolo 633
 Galli Luigi Michele 633
 Gama José Augusto 639
 Ganga Zandzou Jean 286
 Gangoiti-Llaguno Juan Antonio 641
 Gant Ovidiu Victor 639
 García Amigo Manuel 304, 641
 García-Margallo y Marfil José Manuel 361, 474
 García Orcocoyen Tormo Cristina 378, 641
 Gardini Elisabetta 391, 633
 Gargani Giuseppe 633
 Garlato Giuseppe 633
 Garosci Riccardo 633
 Garriga Polledo Salvador 361, 641
 Gaubert Patrick 390, 526, 629
 Gauzès Jean-Paul 390, 629
 Gawronski Jas 423, 633
 Gazzo Emmanuel 156
 Geiger Helmut 550
 Geimer Hortense 155
 Gemelli Vitaliano 633
 Gennai Tonietti Erisia 633
 Genscher Hans-Dietrich 183, 203-205, 207, 615

- Gent Christopher Charles (Sir) 552
 Georgitsopoulos Theodoros 403
 Gerini Alessandro 634
 Gerokostopoulos Achillefs 630
 Gerontopoulos Kyriakos 630
 Gersony Amarylli 399
 Gerstenmaier Eugen 45, 625
 Gewalt Roland 389, 625
 Ghani Ashraf 556, 557
 Ghergo Alberto 634
 Giannakou-Koutsikou Marietta 237, 275, 630
 Giavazzi Giovanni 236, 308, 558, 634
 Gil-Robles Gil-Delgado José María 300, 302, 346, 430, 435, 445, 453, 454, 551
 Gillis Alan 631
 Giordani Francesco 65
 Girardin Luigi 128, 634
 Girauda Giovanni 634
 Giscard d'Estaing Valéry 11, 99, 115, 188, 291, 302, 362, 369, 439, 442, 443, 543, 548, 552, 555, 614, 617, 620, 629
 Giummarra Vincenzo 634
 Gklavakis Ioannis 390, 630
 Glase Anne Karin 625
 Glattfelder Béla 393, 643
 Glesener Jean-Pierre 636
 Gocłowski Tadeusz 550
 Gözl Knut 400
 Göpel Lutz 625
 Golde Silva 636
 Gomolka Alfred 625
 Gomułka Wladyslaw 585
 Gonella Guido 178, 207, 634
 Gontikas Konstantinos 630
 Gonzáles Felipe 292, 338
 Gonzi Lawrence 585
 Goodwill Robert 377, 643
 Goppel Alfons 625
 Gorbatschow Michail 306-309, 311, 317-319
 Gorla Giovanni 634
 Goumy Claude 550
 Gouveia João 639
 Graça Moura Vasco 381, 639
 Granelli Luigi 634
 Gräbke Ingeborg 389, 625
 Graziani Antonio 363, 634
 Graziani Pier Antonio 363, 367, 634
 Graziosi Dante 634
 Green Pauline 461
 Gregoire Pierre 636
 Grönfeldt Bergman Lisbeth 640
 Grosch Mathieu 623
 Grossetête Françoise 362, 379, 382, 548, 629
 Gruevski Nikola 586
 Gryslow Boris 574
 Guccione Sergio 242, 243, 303, 402, 616
 Guccione Stefano 399, 697
 Guckenberger Gerhard 150, 162, 243, 303, 397, 398, 402, 617
 Guellec Ambroise 390, 629
 Guglielmone Teresio 634
 Guidolin Francesco 634
 Guimon Ugartechea Julen 641
 Gul Abdullah 510
 Günther Maren 625
 Gustafsson Holger 640
 Gutiérrez-Cortines Cristina 378, 641, 704
 Gysen Greet 403, 699
 Gyürk András 393, 643
- ## H
- Haarder Bertel 652
 Habsburg-Lothringen Karl 638
 Hackel Wolfgang 625
 Hadjigeorgiou Menelaos 304, 630
 Haerzschel Kurt 625
 Haglund Jesper 400, 699
 Hague William 373, 384, 386, 601
 Hahn Karl 69, 625
 Hahn Wilhelm 625
 Haider Jörg 385
 Haller von Hallerstein Helga 625
 Hallstein Walter 61, 63, 69, 71, 153, 612, 613
 Hămbășan Ioan Lucian 639
 Hamilton Alexander 603
 Handzlik Małgorzata 393, 638
 Hannan Daniel J. 377, 567, 643
 Hänsch Klaus 203
 Hansenne Michel 480, 623
 Harbour Malcolm 376, 477, 478, 643
 Hare Martin 401
 Hartmann Andreas 303
 Hatzidakis Konstantinos 630
 Havel Václav 138, 309, 316
 Hazenbosch Cornelis P. 637
 Heath Edward 112, 113, 294, 599
 Heaton-Harris Christopher 376, 643
 Heck Bruno 651
 Hecké Marianne 162
 Heger Charles 623
 Heinisch Renate Charlotte 625
 Hellwig Fritz 72, 625
 Helmer Roger 377, 643
 Helms Wilhelm 625
 Henckens Jaak 623

- Henle Günter 625
 Hennicot-Schoepges Erna 275, 392, 636
 Herman Fernand 94, 186, 193, 238, 248, 265, 339, 341, 345, 346, 350, 351, 412, 440, 441, 457, 469, 483, 487, 490, 491, 623
 Hermange Marie-Thérèse 379, 629
 Hermans Anna 265, 623
 Hernández Mollar Jorge Salvador 641
 Herr Joseph 636
 Herranz Garcia María Esther 641
 Herrero-Tejedor Luis 389, 641
 Hersant Robert 302, 617, 629
 Herzog Roman 548
 Hieronymi Ruth 375, 480, 625
 Higgins Jim 391, 631
 Hildebrandt Arthur 194, 401, 695
 Hirsch Étienne 66
 Hitler Adolf 152, 236
 Ho Chi Minh 585
 Hoffmann Karl-Heinz 625
 Hökmark Gunnar 392, 563-566, 640
 Holáň Vilém 419
 Holbrooke Richard 331
 Hołowczyc Krzysztof 393, 638
 Hölvenyi György 400
 Honecker Erich 309
 Hoppenstedt Karsten Friedrich 389, 490, 625
 Hortefeux Brice 390, 526, 577, 629
 Howell Paul 643
 Hrusovsky Pavol 424
 Hu Jia 273
 Hudacký Ján 393, 640
 Hudig Dirk 552
 Hybášková Jana 393, 642
- I**
- Iacob-Ridzi Monica Maria 394, 639
 Ibrisagic Anna 392, 640
 Ilaskivi Raimo 628
 Illerhaus Joseph 66, 80, 111, 150, 152, 613, 625
 Imaz San Miguel Josu Jon 360, 641
 Inglewood (Lord) 644
 Ioannidis (général) 117
 Iodice Antonio 291, 302, 634
 Isaacs Adam 400
 Itälä Ville 391, 628
 Iturgaiz Angulo Carlos José 389, 641
 Ivanov Igor 331
 Izetbegović Alija 331
- J**
- Jackson Caroline 298, 644
 Jackson Christopher 644
 Jaeger Richard 625
 Jahn Hans Edgar 138, 625
 Jakobsen Erhard V. 624
 Jałowiecki Stanisław 393, 638
 Jansen Thomas 199, 200, 312, 337, 370
 Janssen van Raay James L. 637
 Janssen Marinus M.A.A. 637
 Jarecka-Gomez Joanna 401, 403
 Járóka Livia 393, 643
 Jaruzelski Wojciech 309
 Jarzembowski Georg 297, 513, 625
 Jean-Pierre Thierry 379, 629
 Jefferson Thomas 603
 Jeggel Elisabeth 375, 625
 Jeleva Rumiana 395, 624
 Jelzin Boris 316-318
 Jenkins Roy 96, 98
 Jepsen Marie 624
 Johannes Paul II (Wojtyła Karol Józef) 173, 532, 533, 534, 543, 550, 603, 614
 Johansson Leif 551
 Jonker Sjouke 191, 202, 637
 Jordan Cizelj Romana 393, 641
 Jouppila Riitta 628
 Jović Borislav 322
 Juan Carlos I^{er} (Don Juan de Borbón y Borbón) 120-122
 Juncker Jean-Claude 95, 337, 371, 471, 473, 496, 579, 585
 Juppé Alain 362, 372, 562
 Juschtschenko Wiktor 425, 502-504, 550
- K**
- Kaczmarek Filip 393, 638
 Kaladjis Angela 194
 Kaldi Meropi 390
 Kallias Konstantinos 198, 630
 Kaloyannis Konstantinos 222, 630
 Kamall Syed 390, 644
 Kamp Martin 14, 31, 150, 303, 397, 399-403, 408, 576, 621, 648
 Kandolf Harald 304
 Karamanlis Konstantinos 119, 120, 196, 237, 585
 Karas Othmar 380, 473, 474, 495, 539, 563, 564, 565, 574, 584, 638
 Karim Sajjad 390, 644
 Kardinal von Toledo 121
 Karoutchi Roger 379, 629
 Kasoulides Ioannis 393, 549, 644
 Kasparov Garry 557
 Kastler Martin 625
 Katzer Hans 178, 626
 Kauppi Piia-Noora 628
 Kavalierakis Elias 303

- Kazazis Filotas 630
 Kearns Fiona 194
 Kekkonen Urho 349
 Kelam Tunne 312, 393, 628
 Kelemen Atilla Béla Ladislau 639
 Keller Fabienne 629
 Kellersmann Klaus 303, 698
 Kellett-Bowman Edward 367, 644
 Kempe Frederick 555
 Kennedy John F. 71, 72, 136
 Keppelhoff-Wiechert Hedwig 626
 Kerhofs Jan 551
 Khanbhai Bashir 377, 644
 Khol Andreas 547
 Kiesinger Kurt Georg 626
 Kim Il-sung 585
 Kingsland (Lord) 652
 Kirk Peter 113
 Kirkhope Timothy 376, 438, 443, 444, 601, 644
 Kittelmann Peter 480, 626
 Klamt Ewa 375, 626
 Klaß Christa 626
 Klaus Václav 580
 Klepsch Egon A. 9, 10, 20, 38, 91, 117, 137-139, 150, 151, 153, 162, 169-172, 178-180, 182, 185, 191, 192, 197-202, 211, 214, 228, 230, 236, 238, 242, 243, 252, 253, 259, 262, 280-282, 285, 291-296, 302-304, 308, 310, 311, 313, 314, 316, 317, 319, 323, 324, 337, 338, 365, 542, 568, 599, 600, 614-617, 626, 647, 648, 651
 Klich Bogdan 393, 500, 501, 504, 638
 Klinker Hans Jürgen 626
 Klompé Margaretha 45, 108, 134, 156, 297
 Knolle Karsten 626
 Koch Dieter Lebrecht 626
 Kohl Helmut 161, 181, 295, 309, 311, 313, 314, 335, 337, 342, 352, 356, 364, 365, 368, 371, 415, 416, 463, 484, 485, 520, 543, 576, 599, 607
 Köhler Herbert W. 626
 Kolane J.T. 286
 Kollwelter Nicolas 636
 Komarica Franjo 652
 König Friedrich 313, 638
 Konrad Christoph Werner 626
 Kónya-Hamar Sándor 640
 Kopf Hermann 45, 46, 151, 626
 Korhola Eija-Riitta 628
 Korthoudt Guy 194
 Kostov Ivan 549
 Kovács László 466
 Kovalev Sergey 653
 Krasowskaya Irina 501
 Kratsa-Tsagaropoulou Rodi 381, 501, 630
 Kristoffersen Frode 624
 Kroes Neelie 465
 Krögel Werner 193, 243
 Kubilius Andrius 585
 Kudrycka Barbara 393, 638
 Kundera Milan 39, 707
 Kunz Gerhard 626
 Kurtz Josef 629
 Kušķis Aldis 393, 504, 636
 Kutschma Leonid 503
 Kuźmiuk Zbigniew Krzysztof 393, 638
 Kyprianou Marcos 391
- L**
 Lacaze Jeannou 302, 617, 629
 Lafuente Lopez José Maria 641
 Lagakos Efstathios 630
 Lamanna Francesco 634
 Lamassoure Alain 302, 379, 419, 420, 435, 440, 441, 443, 444, 446, 449, 450, 552, 577, 578, 617, 619, 629
 Lambrias Panayotis 236, 237, 259, 308, 366, 630
 Lamfalussy Alexandre 492
 Lamy Pascal 482
 Landsbergis Vytautas 317, 320, 393, 394, 501, 502, 505, 636
 Langen Werner 359, 626
 Langendries Raymond 391, 623
 Langenhagen Brigitte 626
 Langes Horst 105, 181, 182, 198, 209, 280, 284, 312, 543, 626
 Lardinois Pierre J. 637
 Laschet Armin 504, 626
 Laskava Andrea 403
 Lauk Kurt Joachim 626
 Laurila Ritva Tellervo 628
 le Hodey Philippe 623
 Le Pen Jean-Marie 235
 Lecanuet Jean 115, 187, 271, 282, 380, 629
 Lechner Kurt 375, 626
 Lee Martin M.C. 652
 Leemans Victor 52, 62, 613, 623
 Lefèvre Théodore 46, 56
 Lega Silvio 634
 Lehideux Bernard 629
 Lehne Klaus-Heiner 524, 626
 Lemmer Gerd 626
 Lentz-Cornette Marcelle 238, 636
 Lenz Aloys Michael 626
 Lenz Carl Otto 110, 150, 158, 159, 181, 402, 612, 647

Lenz Marlene 180, 181, 188, 236, 272-275, 626
 Leo XIII (Pecci Vincenzo Gioacchino Raffaele Luigi) 343
 Leontini Innocenzo 391, 634
 Leopardi Giacomo 634
 Lepage Henri 553
 Lequiller Pierre 548
 L'Estrange Gerald 631
 Leverkuehn Paul 626
 Levi-Sandri Lionello 72
 Lévy Bernard-Henri 556
 Lewandowski Janusz 393, 638
 Licandro Paolo 193, 195, 399, 401, 580
 Lichtenauer Wilhelm F. 637
 Liepiņa Liene 636
 Liese Peter 626
 Ligabue Giancarlo 634
 Ligios Giosuè 88-91, 183, 191, 221, 634
 Liikanen Erkki 461
 Lima Salvatore 634
 Lincoln Abraham 603
 Lindenberg Heinrich 626
 Linzer Milan 638
 Lipowicz Irena Ewa 447
 Lisi Giorgio 378, 634
 Litwinenko Alexander 506
 Llorca Vilaplana Carmen 642
 Llorens Barges Cesar 642
 Lo Curto Eleonora 391, 634
 Lo Giudice Calogero 304, 634
 Loesch Fernand 636
 Löhr Walter 626
 Lombardo Raffaele 378, 634
 Longoni Tarcisio 634
 Lopez de Pablo Pedro 400
 López-Istúriz White Antonio 389, 586, 642
 Lubbers Ruud 186, 295, 296, 302, 337, 338, 341
 Lucas Pires Francisco António 241, 363, 639
 Lucius Joseph 636
 Lulling Astrid 300, 636
 Lukaschenko Alexander 500-502
 Lukaszewski Jerzy 550
 Luque Aguilar Florencio 390, 642
 Luster Rudolf 182, 195, 626
 Lückner Hans-August 53, 54, 84, 112-114, 120, 121, 127, 150, 152, 161, 163-165, 180, 192, 282, 303, 599, 613, 614, 626, 647

M

Maat Albert Jan 637
 Macario Luigi 634

MacMillan Harold 108, 109, 377
 Madelin Alain 379, 552, 555, 629
 Maij-Weggen Johanna R. H. (Hanja) 186, 188, 273-275, 291, 302, 308, 373, 429, 438, 443, 637
 Majonica Ernst 626
 Major John 295, 296, 338, 342, 457, 568
 Makarios III (Khristodoulou Mousskos Mikhaïl) 119
 Malangré Kurt 180, 181, 264, 626
 Malenkow Georgi 133
 Malerba Franco E. 634
 Malfatti Franco 634
 Mallet Jacques 230, 629
 Mandela Nelson 272
 Mann Thomas 480, 540, 626
 Manole Adrian 640
 Mansholt Sicco 72, 87
 Mantovani Agostino 634
 Mantovani Mario Emilio 378, 634
 Marck Pol M. E. E. 623
 Marengi Francesco 634
 Margue Nicolas 45, 46, 157, 636
 Marin Manuel 368, 460
 Marin Marilena 368
 Marinescu Marian-Jean 394, 504, 537, 564, 565, 574, 580, 591, 640
 Marini Franco 378, 634
 Marinos Ioannis 630
 Maritain Jacques 527
 Marković Ante 321
 Marques Mendes Luis 556
 Marques Sérgio 381, 639
 Marshall George 133, 611
 Martens Lucien Hubert 623
 Martens Maria 637
 Martens Wilfried 13, 20, 150, 165, 167, 275, 293-296, 302, 303, 313, 314, 319, 337, 338, 344, 355, 356, 359, 362, 364-374, 381, 383-385, 387, 391, 398, 415, 416, 419, 433, 438, 455, 456, 460-462, 484, 493, 530, 532, 539, 542, 543, 551, 556, 557, 583, 584, 586, 593, 599, 601, 605, 614, 617, 618, 623, 637, 648, 652
 Martin Hugues 379, 548, 629
 Martinelli Mario 634
 Martínez Casañ Guillermo 405, 553
 Martino Edoardo 634
 Martonyi János 556
 Martschenko Anatoli 272
 Mastella Clemente 378, 634
 Mather Graham 644
 Mathieu Véronique 390, 629
 Matic Veran 652

- Matikainen-Kallström Marjo 628
 Mato Adrover Ana 389, 642
 Matonte (marquis de) 361
 Matsis Ioannis 393, 644
 Mattiazzo Antonio 550
 Matula Iosif 640
 Matutes Juan Abel 326, 361, 550, 642
 Mauro Mario 378, 466, 634
 Mavrommatis Manolis 390, 630
 Mayer Hans-Peter 375, 626
 Mayer Xaver 626
 Mayor Oreja Jaime 389, 526, 557, 564, 565, 568, 574, 583, 584, 591, 642, 653
 Mazowiecki Tadeusz 309
 Mazza Luigi 399
 McCartin John Joseph 189, 211, 304, 631
 McCreevy Charlie 478
 McDonald Charles 112, 631
 McGuinness Mairead 391, 631
 McIntosh Anne 644
 McMillan-Scott Edward 298, 538, 559, 644
 Méhaignerie Pierre 337, 369, 514
 Meister Siegfried 626
 Melchior Arne 624
 Melia Michèle 194
 Memmel Linus 626
 Mendes Bota José 522, 639
 Méndez de Vigo Íñigo 360, 428, 432, 438, 439, 441-444, 447, 452, 488, 620, 642
 Mendonça Nélio 639
 Mennea Pietro-Paolo 378, 634
 Mennitti Domenico 634
 Menrad Winfried 626
 Merkel Angela 388, 450, 496, 543, 554, 555, 576-579, 585, 587, 621
 Mertens Meinolf 626
 Merz Friedrich 626
 Mezzaroma Roberto 634
 Micara Pietro 634
 Michel Victor 227, 282-285, 623
 Michelini Alberto 634
 Mikošášík Miroslav 393, 640
 Mikulić Branko 321
 Milinkewitsch Alexander 501, 502
 Millán Mon Francisco José 389, 642
 Milošević Slobodan 321, 323, 325, 328, 331, 497, 498
 Mintoff Dom 180
 Mitchell Gay 391, 631, 736
 Mitsotakis Konstantinos 295, 337, 651
 Mitterdorfer Karl 634
 Mitterrand François 207, 311, 313, 337, 341, 485
 Mizzau Alfeo 634
 Mladenov Nickolay 395, 504, 624
 Mladić Ratko 330
 Mocke Alois 313
 Modiano Marcello 634
 Møller Per Stig 652
 Møller Poul 249
 Mombaur Peter-Michael 626
 Mommersteeg Joseph A. 637
 Monforte Arregui Andoni 642
 Monnet Jean 19, 20, 23, 47, 48, 50, 58, 59, 80, 108, 111, 156, 173, 257, 367, 433, 436, 598, 600, 607, 611
 Mont Claude 629
 Montfort Elizabeth 629
 Monti Mario 550
 Montini Ludovico 46
 Montoro Romero Cristobal 389, 642
 Moorhouse James 644
 Moreau de Melen Henri 623
 Moreau Gisele M.H. 273
 Moreau Jacques 206
 Moreau Louise 188, 232, 629
 Moreira da Silva Jorge 639
 Morillon Philippe 379, 380, 629
 Morin-Chartier Elisabeth 390, 629
 Moro Lino Gerolamo 237, 634
 Mosar Nicolas 651
 Mosiek-Urbahn Marlies 626
 Mott Angelo Giacomo 634
 Mottola Giuseppe 634
 Mounier Emmanuel 54
 Mouskouri Nana 364, 630
 Mueller Erwin 629
 Mühlen Ernest 636
 Müller Emilia Franziska 376, 626
 Müller Gerd 626
 Müller Günther 626
 Müller Hans Werner 626
 Müller-Hermann Ernst 46, 94, 99, 626
 Müller Josef 626
 Münch Werner 263, 265, 626
 Mundie Craig 556
 Mursch Karl Heinz 626
 Musotto Francesco 378, 634

N

- Nagy Imre 309
 Napoli Vito 634
 Naranjo Escobar Juan Andrés 390, 642
 Narducci Angelo 282, 634
 Narjes Karl-Heinz 250, 550, 651
 Nassauer Hartmut 359, 385, 479, 514,

516, 518, 521, 523, 524, 564, 565, 574, 590,
626, 653
 Natali Lorenzo 550
 Navarro Antonio 642
 Nazare Alexandru 640
 Nemtsov Borys 425
 Newton Dunn William Francis 644
 Ney Camille 636
 Nicholson James 644
 Niculescu Rareş-Lucian 394, 640
 Niebler Angelika 626
 Niinistö Sauli 548
 Nistico' Giuseppe 378, 634
 Nixon Richard 95, 614
 Noé Luigi 146, 634
 Nordlohne Franz Josef 626
 Nordmann Jean-Thomas 629
 Norman Peter 552
 Notenboom Harry 94, 99, 100, 104, 105,
187, 209, 211, 214, 637
 Nothomb Charles-Ferdinand 623
 Novak Ljudmila 393, 641
 Novelli Hervé 379, 629

O

Obama Barack 581, 582, 603
 O'Donnell Tom 631
 Oesterle Josef 626
 O'Hagan (Lord) 644
 Ojeda Sanz Juan 378, 642
 Olajos Péter 393, 643
 Olbrycht Jan 393, 638
 O'Malley Christopher Gerard 631
 Oomen-Ruijten Ria 275, 277, 298, 302,
304, 317, 362, 366, 456, 509, 637
 Oostlander Arie 265, 276, 277, 324,
326-329, 413, 637
 Opitz Hans-Joachim 150, 152, 155, 156,
158, 402, 611
 Oprea Dumitru 394, 640
 Orbán Viktor 549, 571
 Ordóñez Gregorio 516
 Oreja Aguirre Marcelino 291, 292, 302,
345, 360, 361, 429, 550, 642
 Oreja Arburúa Marcelino 642
 Orlov Yuri 225
 Ortega y Gasset José 432
 Ortiz Climent Leopoldo 642
 Ortoli François-Xavier 145
 Óry Csaba 393, 643
 Otila Jyrki 628
 Ouzký Miroslav 393, 642
 Owen (Lord) 328, 329

P

Paasikivi Juho Kusti 349
 Pacheco Pereira José 639
 Pack Doris 299, 322, 324, 329, 330, 498,
499, 627
 Palach Jan 309
 Palacio Vallelersundi Ana 361, 517, 555,
642
 Palassof Carlo 303
 Paleokrassas Ioannis 652
 Pálfi István 393, 643
 Palli-Petralia Fanny 275
 Panayiotis Demetriou 393, 522, 523,
644
 Panayotopoulos-Cassiotou Marie 390,
630
 Pandolfi Filippo Maria 550
 Pannella Marco 195
 Papaefstratiou Efstratios 221, 222, 630
 Papaligouras Anastasios 120
 Papastamkos Georgios 390, 482, 630
 Papi-Boucher Miguel 399, 401
 Pappalardo Salvatore 550
 Parish Neil 376, 644
 Parisotto Orazio 399
 Parodi Eolo 635
 Partl Alois 548
 Partrat Roger 629
 Pastorelli Paolo 635
 Pasty Jean-Claude 370
 Patriciello Aldo 391, 635
 Patten Christopher 295, 550, 556, 599
 Patterson Ben 250, 257, 644
 Paul VI (Montini Giovanni) 531, 550
 Paulson Henry 495
 Pawlak Waldemar 571
 Pedersen Merete 297
 Pedersen Niels 150, 297, 397, 399, 402,
403, 620, 648
 Pedini Mario 65-67, 142, 183, 635
 Péguy Charles 409
 Peijs Karla 637
 Pekkarinen Mauri 478
 Pella Giuseppe 52, 57, 59, 61, 612, 635
 Pelster Georg 45, 627
 Penazzato Dino 635
 Penders Jean J. M. 187, 227, 230, 254,
315, 411, 412, 509
 Perben Dominique 556
 Pérez Álvarez Manuel 642
 Perissinotto Giovanni 162
 Perry Roy 644
 Perschau Hartmut 627
 Pesmazoglou Ioannis 631

- Peterle Alojz 323, 393, 394, 445, 536, 571, 641
 Petersen Helveg 329
 Petre Maria 394, 640
 Pêtre René 623
 Petroni Emma 31, 399
 Petrucci Walter 195
 Peus Gabriele 627
 Pex Peter 637
 Pfennig Gero 206, 627
 Pfitzner Stefan 194, 243
 Pflimlin Édouard 721
 Pflimlin Pierre 10, 23, 38, 188, 194, 229, 239, 240, 245, 261, 277, 286, 307, 313, 436, 561, 621, 629
 Philibert Géraldine 400
 Philipp Gerhard 627
 Phlix Alfonsine 623
 Piccioni Attilio 635
 Piccoli Flaminio 207, 635
 Piebalgs Andris 550, 576
 Pieper Markus 389, 627
 Pierros Filippos 631
 Pietikäinen Sirpa 391, 628
 Piha Kirsi 628
 Pīks Rihards 393, 636
 Pimenta Carlos 639
 Pinheiro João de Deus 392, 564, 565, 639
 Pinochet (général) 281
 Pintus Mariano 635
 Pinxten Karel 623
 Pirker Hubert 391, 516, 525, 638
 PirkI Fritz 312, 627
 Piscarreta Joaquim 639
 Pisicchio Giuseppe 378, 635
 Piskorski Paweł Bartłomiej 393, 638
 Pisoni Ferruccio 236, 302, 469, 635
 Pisoni Nino 635
 Pithart Peter 424
 Pleštinská Zita 393, 502, 640
 Plumb Henry 38, 301, 366, 456, 616, 644
 Pocket Monique 194
 Podestà Guido 635
 Podkański Zdzisław Zbigniew 393, 505, 638
 Poetschki Hans 627
 Pöttering Hans-Gert 13, 21, 31, 35, 38, 54, 150, 172, 180, 181, 189, 226, 230, 233, 240, 272, 297, 303, 304, 356, 362, 366, 370, 371, 373, 375, 377, 381-389, 399, 400, 416-418, 420, 423-425, 429, 436, 447, 462-466, 499, 505, 508, 509, 530, 531, 533, 534, 536, 538, 539, 541-543, 549, 552, 557, 561-564, 567, 574-577, 584, 585, 594, 599, 601, 619-621, 627, 648, 652
 Poggiolini Danilo 635
 Poher Alain 46, 52, 56, 61, 62, 75, 79-81, 86, 87, 150, 151, 155, 157-159, 161, 380, 599, 612, 613, 629, 647, 651
 Pohle Wolfgang 627
 Politkovskaïa Anna 506
 Pómes Ruiz José Javier 642
 Pomilio Mario 635
 Pompidou Georges 115
 Ponti Giovanni 635
 Popa Mihaela 394, 640
 Popa Nicolae Vlad 394, 640
 Porretta Alessia 399
 Portelli Hughes 551
 Porto Manuel 639
 Posdorf Horst 389, 627
 Posselt Bernd 359, 627
 Post Joop 392, 637
 Prag Derek 206, 644
 Preto Antonio 303
 Price Peter 644
 Probst Maria 297, 627
 Prodi Romano 295, 434, 461-463, 619
 Pronk Bartho 317, 637
 Protasiewicz Jacek 393, 502, 638
 Protopapadakis Mihail 631
 Prout Christopher (Sir) 293, 295, 296, 301, 644
 Provan James 644
 Pucci Ernesto 635
 Purvis John 377, 644
 Pünder Hermann 627
 Pürtsen Albert 627
 Putin Wladimir 568, 574
- Q**
 Queiró Luís 392, 639
 Quermonne Jean-Louis 550
 Quisthoudt-Rowohl Godelieve 298
- R**
 Rabbethge Renate-Charlotte 188, 273, 282, 287, 627
 Rack Reinhard 364, 638
 Radi Abdelwahad 508
 Radicová Iveta 571
 Radwan Alexander 375, 627
 Raedts Cornelis E.P.M. 637
 Raffarin Jean-Pierre 362, 380, 543, 629
 Raffégeau Pascaline 194
 Raftery Thomas 631
 Rajoy Brey Mariano 548

Rangel Paulo 591
 Rasmussen Anders Fogh 652
 Raufer Xavier 552
 Rawlings Patricia 644
 Reagan Ronald 173, 228, 229
 Reding Viviane 298, 299, 373, 476, 516, 517, 550, 576, 636
 Redondo Jimenez Encarnación 456, 642
 Reh Hans 243
 Reid Alan 297
 Reinfeldt Fredrik 582, 585
 Reis Fernando 639
 Restagno Pietro C. 635
 Reul Herbert 389, 627
 Rey Jean 72, 613
 Reymann Marc 630
 Ribeiro E Castro José 392, 639
 Ribera d'Alcala Riccardó 243
 Riccardi Andrea 540
 Ricci Cristoforo 635
 Richarts Hans 627
 Ridruejo Ostrowska Mónica 378, 642
 Riedel Clemens 627
 Riegler Joseph 313, 337
 Rifkin Jeremy 557
 Rinsche Günter 180-182, 627
 Rip Willem 45, 637
 Ripamonti Camillo 99, 635
 Ripoll y Martínez De Bedoya Carlos 378
 Ripoll Antoine 399, 402
 Riz Roland 635
 Robles Piquer Carlos 300, 366, 540, 642
 Roesch Felicitas 158
 Rogalla Dieter 248
 Rogalska Marzena 403
 Roithová Zuzana 393, 504, 642
 Rømer Harald 295, 297, 370, 397
 Romera i Alcazar Domènec 642
 Roosevelt Franklin 47
 Rosati Luigi Candido 635
 Rosca Iurie 425
 Roselli Enrico 635
 Rovsing Christian Foldberg 392, 624
 Royal Ségolène 576
 Rübigen Paul 476, 477, 480, 638
 Rubinacci Leopoldo 635
 Rudi Ubeda Luisa Fernanda 389, 642
 Ruffini Mario Giovanni Guerriero 635
 Ruhrman Kathrin 303
 Rumor Mariano 121, 183, 191, 237, 613, 635
 Rupérez Javier 292, 293
 Rus Flaviu Călin 394, 640

Rusanen Pirjo 628
 Rutgers Jacqueline C. 637
 Ryan Richie 94, 99, 112, 631
 Ryngaert Johan 304

S

Saakaschwili Micheil 425, 505, 550
 Sabaß Wilmar 627
 Sabatini Armando 45, 635
 Sacco Italo Mario 45, 46, 635
 Sacirbey Muhamed 331
 Sacrédeus Lennart 381, 640
 Sacharow Andrei 225, 226, 271, 272, 278, 330, 501
 Saifi Tokia 379, 390, 537, 538, 630
 Sankt Benedikt 534
 Sankt Thomas von Aquin 343
 Salafranca Sánchez-Neyra José Ignacio 361, 509, 642
 Salazar Antonio de Oliveira 117
 Sälzer Bernhard 182, 304, 627
 Samaras Antonis 390, 631
 Sanader Ivo 425, 550, 572, 586
 Santer Jacques 95, 292, 294, 295, 300, 313, 337, 415, 429, 431, 455-461, 521, 568, 618, 636
 Santero Natale 635
 Santini Giacomo 635
 Sanz Palacio Salvador Domingo 390, 642
 Sanzarello Sebastiano 391, 635
 Saridakis Georgios 317, 558, 631
 Sarkozy Nicolas 369, 379, 390, 448, 449, 451, 495, 496, 526, 548, 562, 576-581, 587, 621, 630
 Sarlis Pavlos 322, 324, 631
 Sartori Amalia 378, 635
 Saryusz-Wolski Jacek 393, 500, 501, 503, 507, 556, 573, 638
 Sassano Mario 635
 Sassen Emmanuel M. J. A. 45, 46, 150, 599, 611
 Saudargas Algirdas 319, 419, 549
 Sayn-Wittgenstein-Berleburg Casimir Prinz zu 627
 Sboarina Gabriele 635
 Scallon Dana Rosemary 631
 Scapagnini Umberto 635
 Scarascia Mugnozza Béatrice 193
 Scarascia Mugnozza Carlo 69, 193, 550, 635
 Scardaccione Decio 635
 Scelba Mario 52, 111, 135, 207, 613, 635
 Schaffner Anne-Marie 630
 Schall Wolfgang 231, 277, 627

- Scharf Albert 550
 Schäuble Wolfgang 384, 552
 Schaus Émile 636
 Schiedermeier Edgar Josef 627
 Schierhuber Agnes 638
 Schild Heinrich 627
 Schinas Margaritis 391, 631
 Schiratti Guglielmo 635
 Schleicher Ursula 180, 181, 188, 273, 627
 Schlüter Poul 624
 Schmelzer Norbert 166
 Schmidhuber Peter 550
 Schmidt Helmut 99, 178
 Schmitt Ingo 627
 Schmitt Pál 393, 548, 643
 Schnabel Rockwell Anthony 555
 Schnellhardt Horst 627
 Schnitker Paul 627
 Scholten Willem 638
 Scholtes Aloyse 162
 Schön Konrad 182, 209, 213, 215, 217, 627
 Schöpflin György 393, 643
 Schröder Jürgen 313, 423, 627
 Schuijt Willem J. 45, 171, 638
 Schulmeister Philipp 400
 Schulz Klaus Peter 627
 Schuman Robert 5, 6, 17-19, 23, 33, 47-49, 51-54, 56, 61, 63, 108, 110, 133, 141, 151, 152, 158, 167, 172, 173, 188, 189, 239, 240, 293, 380, 386, 404, 422, 433, 436, 493, 506, 527, 533, 542, 543, 554, 561, 568, 569, 592, 598-600, 602, 611, 612, 616, 621, 630
 Schumann Maurice 107
 Schüssel Wolfgang 385, 386, 547, 548
 Schwab Andreas 389, 627
 Schwaiger Konrad Karl 480, 627
 Schwetz Mario 399
 Schwörer Hermann 94, 97, 129, 627
 Schyns Guillaume 623
 Scott Hopkins James (Sir) 198, 301, 644
 Scriban Natacha 399
 Seabra-Ferreira Miguel 303
 Secchi Carlo 550, 635
 Seeber Richard 391, 638
 Seeberg Gitte 392, 624
 Seeler Hans-Joachim 206
 Segni Mariotto 635
 Séguin Philippe 369-371
 Seillière Ernest-Antoine 556
 Seitlinger Jean 188, 630
 Seligman Madron Richard 644
 Selva Gustavo 230, 275, 635
 Senk Daniela 403
 Servais Léon 624
 Sestito Franco 243, 398
 Sgarbi Vittorio 378, 635
 Shushkiewich Stanislas 426
 Siekierski Czeslaw Adam 393, 638
 Siitonen Eva-Riitta 628
 Silva Peneda José Albino 392, 639
 Simitis Costas 422
 Simmonds Richard 644
 Simon of Highbury David (Lord) 434
 Simonnet Maurice-René 188, 198, 630
 Simpson Anthony 644
 Singer Franz 630
 Sisó Cruellas Joaquin 642
 Škottová Nina 393, 642
 Šlesere Inese 636
 Sloterdijk Peter 555
 Smet Miet 275, 381, 624
 Smith Frederick Wallace 557
 Soares Mário 384
 Sofianski Stefan 624
 Sógor Csaba 394, 640
 Solschenizyn Alexander 138
 Sommer Renate 375, 627
 Somoza Anastasio 280
 Sonik Bogusław 393, 505, 638
 Sonneveld Jan 638
 Soulier André 362, 630
 Sousa de Jesus Alfredo 403
 Soutullo Sánchez Jorge 304
 Spaak Paul Henri 58, 59, 245, 406, 569, 612
 Späth Leopold 627
 Spautz Jean 636
 Speiser Michael 403
 Spénale Georges 171
 Spencer Tom 498, 644
 Spindelegger Michael 638
 Spinelli Altiero 202, 203, 206, 207, 239, 246, 405
 Springorum Gerd 627
 Stalin Joseph 39, 57, 137, 584, 585
 Starbatty Joachim 550
 Starita Giovanni 635
 Starke Heinz 627
 Stasi Bernard 362, 630
 Šťastný Peter 393, 640
 Stauner Gabriele 376, 389, 627
 Stavreva Petya 395, 624
 Stavrou Konstantinos 317, 631
 Steel David 297
 Steen Edward 368
 Steichen René 652

Stekke Alain 551
 Stella Carlo 635
 Stenmarck Per 640
 Stenzel Ursula 391, 423, 499, 638
 Sterling Bruce 555
 Stevens John 344, 644
 Stevenson Struan 377, 388, 501, 564, 565, 574, 644
 Stewart-Clark Jack (Sir) 515, 516, 521, 644
 Stockton (The Earl of) 377, 644
 Stolojan Teodor Dumitru 394, 640
 Storbeck Jürgen 552
 Storch Anton 627
 Storti Bruno 635
 Strange Alwyn 400
 Strasser Romain 303
 Strauß Franz Josef 45, 46, 627
 Strejček Ivo 393, 642
 Struye Paul 624
 Stubb Alexander 391
 Sturdy Robert 362, 482, 644
 Suárez González Fernando 642
 Suarez Adolfo 121, 122
 Suchoka Hanna 414
 Sudre Margie 379, 380, 448, 541, 630
 Sumberg David 377, 644
 Suominen Ilkka 480, 628
 Surján László 393, 414, 643
 Süßmuth Rita 275
 Sutherland Peter 550, 651
 Svensson Eva-Britt 593
 Szabó Károly Ferenc 640
 Szájer József 393, 394, 564, 565, 574, 643
 Széchy Balázs 403
T
 Tabone Antonio 424
 Tajani Antonio 443, 563, 576, 635
 Tandler Gerold 337
 Tannock Charles 377, 500-502, 504, 644
 Tartufole Amor 635
 Tassinari Gabriella 162
 Teasdale Anthony 297, 553
 Teitgen Pierre-Henri 56, 64, 151, 168, 630
 Temimi Abdeljelil 540
 Teufel Erwin 653
 Thatcher Margaret 173, 295, 580
 Theato Diemut 299, 459, 460, 627
 Thollon Baptiste 31
 Thorn Gaston 217, 286
 Thyssen Marianne 473, 475, 564, 565, 624

Tillich Stanislav 627
 Timonen Antti 403
 Tindemans Leo 11, 20, 117, 150, 161, 166, 172, 177, 178, 182, 186, 197, 199, 201, 205, 215, 227, 238, 245, 261, 282, 287, 288, 291, 294, 296, 302-304, 312, 330, 333, 343, 344, 350, 352, 362, 364-366, 469, 542, 600, 613, 614, 617, 624, 648, 651
 Tîrle Radu 640
 Tito Josip Broz 321, 331
 Todini Luisa 635
 Togni Giuseppe 635
 Toivonen Kyösti 523, 628
 Tolounov Lev 308
 Tolman Teun 223, 236, 638
 Tomé Zefferino 635
 Tonetti Erisia 297
 Topolánek Mirek 388, 425, 580
 Török-Illyes Botond 403
 Toubon Jacques 390, 630
 Trakatellis Antonios 363, 456, 631
 Travaglini Giovanni 635
 Trichet Jean-Claude 496, 579
 Troisi Michele 635
 Tuđman Franjo 331
 Turani Daniele 635
 Turner Amédée 520, 644
 Tusk Donald 426, 571, 585
 Twinn Ian 644
 Tymochenko Yulia 503, 504
 Tzounis Ioannis 230, 237, 631
U
 Ulmer Thomas 389, 627
 Urutchev Vladimir 395, 624
V
 Vagnorius Gediminas 549
 Vahl Anne 303
 Vakalis Nikolaos 390, 631
 Valdivielso de Cué Jaime 642
 Valentin Micheline 155, 156
 Valsecchi Athos 636
 Valverde López José 642
 van Aerssen Jochen 201, 202, 624
 van Amelsvoort M. J. J. 637
 van Campen Philippus 85, 637
 van Den Brande Luc 548
 van den Broek Hans 414, 416, 417
 van der Gun Frans 191, 637
 van der Mei Durk F. 637
 van der Ploeg Cornelis J. 637
 van der Sanden Pieter 638
 van Hecke Johan 624
 van Hulst Johan Wilhelm 637

van Miert Karel 203
 van Nistelrooij Lambert 392, 637
 van Orden Geoffrey 377, 424, 644
 van Reeth George 550
 Van Rompuy Eric 624
 Van Rompuy Herman 337
 van Rooy Yvonne 637
 van Velzen Wim 337, 363, 382, 385, 414, 422, 472-474, 481, 536, 638
 Vance Cyrus 328, 329
 Vandewiele Marcel Albert 227, 624
 Vankerkhoven Paul 229, 624
 Vanlerenberghe Jean-Marie 630
 Vanni d'Archirafi Raniero 651
 Varela Suanzes-Carpegna Daniel 642
 Varvitsiotis Ioannis 120, 390, 631, 653
 Vasile Radu 549
 Vatanen Ari 390, 628, 630, 645
 Vaz da Silva Helena 639
 Vega y Escandon Luis 642
 Veil Simone 172, 177, 178, 197, 238, 273, 275, 291, 301
 Veneto Armando 391, 636
 Ventre Riccardo 391, 636
 Vergeer Willem J. 179, 184, 187, 191, 198, 236, 282, 284, 285, 638, 651
 Verhaegen Joris 624
 Verhagen Maxime 638
 Verhofstadt Guy 465
 Vernaschi Vincenzo 636
 Vernola Marcello 391, 636
 Verroken Joannes 624
 Vertriest Paulette 162
 Verwaerde Yves 630
 Vetrone Mario 636
 Viacorka Vincuk 426
 Viceconte Guido 378, 636
 Vidal-Quadras Alejo 378, 642
 Vignon Jérôme 552
 Vila Abelló José 389, 642
 Villalobos Talero Celia 470, 642
 Villiers Theresa 377, 644
 Viola Vincenzo 636
 Virgin Ivar 640
 Visser Cornelis 392, 638
 Vixseboxe G. 638
 Vlasák Oldřich 393, 643
 Vlasto Dominique 630
 von Bismarck Philipp 180, 198, 230, 624
 von Bötticher Christian Ulrik 376, 624
 von Brentano Heinrich 56, 155, 158, 170, 625
 Von Der Groeben Hans 652
 von Goethe Johann Wolfgang 76

von Habsburg Karl 179
 von Habsburg Otto 179, 180, 187, 230, 272, 275, 277, 283, 316, 324, 325, 327, 328, 359, 625
 von Hassel Kai-Uwe 122, 180, 231, 279, 625, 651
 von Stauffenberg Franz Ludwig Schenk Graf 236, 627
 von Stauffenberg Franz Joseph 236
 von Weizsäcker Richard 434
 von Wogau Karl 35, 94, 181, 247-250, 255, 257, 469-471, 484, 486, 487, 491, 492, 494, 551, 628

W

Wachtmeister Peder 640
 Waigel Theo 371, 489
 Wałęsa Lech 226, 279, 305, 316, 557, 586
 Walz Hanna 67, 188, 191, 210, 273, 297, 627
 Warren Deborah 403
 Wawrzik Kurt 282, 284, 627
 Weber Manfred 389, 525, 628
 Wedekind Rudolf 628
 Weinkamm Otto 628
 Weisgerber Anja 389, 628
 Welle Klaus 150, 243, 297, 368-371, 379, 382, 397-399, 402, 403, 576, 618
 Welsh Michael 644
 Wenzel-Perillo Brigitte 376, 628
 Werhahn-Adenauer Libet 652
 Werner Pierre 94, 95, 108, 651
 Werner Rudolf 628
 Westenbroek Jan 105, 162, 243, 398
 Westerterp Theodorus E. 638
 Wieland Rainer 628
 Wigny Pierre 45, 46, 56, 58, 61, 63, 64, 68, 141, 150, 151, 612, 624, 647
 Wijkman Anders 381, 480, 640
 Winkler Iuliu 394, 640
 Winston David 557
 Wirtz Nicole 403
 Wohlin Lars 640, 649
 Wojciechowski Janusz 393, 638
 Wood John 556
 Woodard Stephen 400
 Wortmann-Kool Corien 392, 638
 Wurtz Francis 561
 Würmeling Joachim 628
 Wynands Kai 403

X

Xarchakos Stavros 631

Y

Yeats Mickael B. 171
York von Wartenburg Wolf 162

Z

Zabell Theresa 378, 642
Záborská Anna 393, 640
Zaccagnini Benigno 636
Zaccari Raul 636
Zacharakis Christos 631
Zahorka Hans-Jürgen 347
Zahradil Jan 393, 643
Zaleski Zbigniew 393, 504, 585, 639
Zanicchi Iva 391, 636
Zappala' Stefano 636
Zardinidis Nikos 631
Zarges Axel N. 628

Zarifopoulou Fani 403
Zatloukal Tomáš 393, 643
Zavvos Georgios 631
Zdravkova Dushana 395, 624
Zecchino Ortensio 206, 636
Zeller Adrien 312, 315, 630
Zeyer Werner 628
Zieleniec Josef 393, 643
Ziino Vinicio 636
Zimmerling Jürgen 628
Zissener Sabine 628
Zlotea Marian 394
Zotta Mario 636
Zumer Klemen 403
Zvěřina Jaroslav 393, 643
Zweig Stefan 597, 604
Zwiefka Tadeusz 393, 505, 639

Anhang 8
**LISTE DER FRAKTIONSMITARBEITER
 AM 31. DEZEMBER 2008**

Fraktionsmitarbeiter	tätig seit
Maria Flanagan	01/10/1973
Gabriele De Bondt	01/01/1975
Marianne Hecké Weber	01/05/1975
Gabriella Tassinari	01/01/1978
Paulette Vertriest	01/09/1978
Arthur Hildebrandt	01/09/1980
Michèle Melia	01/11/1980
Guy Korthoutd	15/01/1981
Pascal Fontaine	01/03/1981
Béatrice Scarascia Mugnozza	01/04/1981
Christina Englert	15/04/1981
Werner Krögel	15/04/1981
Robert Fitzhenry	01/05/1981
Paolo Licandro	01/05/1981
Monique Poket	01/09/1981
Angela Kaladjis	23/12/1981
Charilaos Palassof	23/12/1981
Astride Rohr	15/01/1983
Marilena Deriu	15/04/1983
Fiona Kearns	01/12/1984
Miguel Seabra	01/04/1986
Catarina Caldeira da Silva	15/06/1986
Maria Rosa Llovet – Madrid -	01/07/1986
Anne Vahl	01/09/1986
Klaus Lorenz	01/10/1986
Romain Strasser	17/11/1986
Andreas Hartmann	01/05/1987
Katrin Diemer	05/01/1988
Deborah Warren	01/03/1988
Pascaline Raffégeau	27/06/1988

Martin Kamp	03/01/1989
Karina Kessler	03/01/1989
Johan Ryngaert	06/03/1989
Klaus Kellersmann	17/05/1989
Yolanda Baruque	01/01/1990
Delia Carro	01/01/1990
Guillermo Martínez Casañ	01/01/1990
Maria Toledo	01/01/1990
Ioannis Sambatakos	16/07/1990
Véronique Donck	09/01/1991
Mariangela Fontanini	01/05/1991
Walter Petrucci	01/05/1991
Katrin Ruhrmann	14/10/1991
Bernadette Mertens	06/01/1992
Christine Detourbet	07/01/1992
John Biesmans	01/05/1992
Patricia Halligan	01/05/1992
Carla Troiani	01/05/1992
Patricia Walsh	01/05/1992
Gail Wilmet	01/05/1992
Nathalie Blancquaert	13/06/1992
Marie Louise Dairomont	01/07/1992
Hedwige Petre	01/09/1992
Antonio Preto	12/10/1992
Jorge Soutullo Sanchez	01/01/1993
Eduardus Slootweg	01/04/1993
Anthony Teasdale	01/04/1993
Pietro Cappeddu	01/05/1993
Harald Kandolf	17/01/1994
Concetta Guasto	01/06/1994
Annick Jarles	19/07/1994
Leo Cox	01/05/1995
Taina Mertalo	01/09/1995
Heidrun Ebner	15/10/1995
Juan Manuel Salafranca	16/10/1995
Bettina Blasig	01/02/1996
Véronique de Jonghe	01/02/1996
Teresa Larrinaga – Madrid	01/02/1996
Maria José Izquierdo	01/06/1996
Ana Rosa Vega	01/06/1996
Rupert Krietemeyer	01/09/1996
Joseph Lukyamuzi	01/11/1996
Ana Maria Millan Camino	01/11/1996

Liste der Fraktionsmitarbeiter am 31. Dezember 2008

Joao Costa de Sousa	06/11/1996
Stavros Perdikis	01/03/1997
Frédéric Dumont	17/03/1997
Ioannis Zografos	01/07/1997
Timothy Beyer Helm	01/09/1997
José Botella Serrano	01/09/1997
Oliver Dreute	01/12/1997
Christian Scheinert	01/12/1997
Petra Nawroth – Borsalino	01/01/1998
Thomas Subelack	01/01/1998
Françoise Verburg Petit	01/01/1998
Per Heister	01/02/1998
Amarylli Gersony	22/06/1998
Stefano Guccione	22/06/1998
Luigi Mazza	22/06/1998
Orazio Parisotto – Rom	22/06/1998
Emma Petroni	22/06/1998
Alessia Porretta	22/06/1998
Mario Schwetz	22/06/1998
Claire Mc Nally	09/09/1998
Antoine Ripoll	20/07/1999
Natacha Scriban Cuvelier	20/07/1999
Antonia Giarrizzo	04/08/1999
Anita Linnemann	01/10/1999
Andreas Folz	15/10/1999
Marie-Claude Delahaye – Paris	01/02/2000
Josefina Pelaez Jimeno	01/02/2000
Martin Hare	03/04/2000
Jesper Haglund	05/06/2000
Philipp Schulmeister	01/07/2000
Rosalie Vasco	01/07/2000
Laura Proietti	01/09/2000
Géraldine Philibert	01/11/2000
Barbara Müller	13/11/2000
Markus Arens – Berlin	01/12/2000
Knut Götz	01/01/2001
Adam Isaacs	01/01/2001
Gunnar Larsson	01/01/2001
Pedro Lopez de Pablo	01/02/2001
Elena Zuffellato	01/02/2001
Adriaan Bastiaansen	15/02/2001
Julia Böhm	01/03/2001
Mario Sestito	01/03/2001

James Temple Smithson – London	01/03/2001
Dorte Hansen	01/04/2001
Sébastien Jauquet	01/05/2001
Gianfranco Emanuele	01/06/2001
Astrid Worum – Kabinett des Präsidenten	27/08/2001
Andrea Strasser	01/10/2001
Christiana Vancoillie	15/11/2001
Corinna Zehler	15/11/2001
Peter Jager	01/01/2002
Eleni Diamantoudi	01/02/2002
Stephen Woodard	01/02/2002
Maria Garcia Escomel	06/05/2002
Marianna Olympia Pari	01/07/2002
Alwyn Strange	15/07/2002
David Almiñana	01/11/2002
Jonas Kraft	01/11/2002
Nicole Teixeira	16/01/2003
Yasmina el Houssine	01/02/2003
Jill Bewsher	17/03/2003
Miguel Papi-Boucher	24/03/2003
Rebecca Milsom – London	01/04/2003
Clare de Wit	01/05/2003
Katja Schröder	01/09/2003
Alice Famerée-Vanier	01/04/2004
György Hölvenyi	15/05/2004
Atilla Agardi	15/06/2004
Marek Evison	15/06/2004
Tereza Pinto de Rezende	01/08/2004
Fabienne Rimbaut	01/08/2004
Edina Tóth	01/09/2004
Ina Lommel	01/10/2004
Alberto Andrades Villegas	01/01/2005
Lisa Atkins	01/01/2005
Rosalía Capobianco	01/01/2005
Thomas Bickl	01/02/2005
Kai Wynands	01/02/2005
Patrick Chianese	14/02/2005
Eva Buda	15/02/2005
Martina Klugóva	01/03/2005
Bertrand Mercier	01/03/2005
Ieva Eggink	01/04/2005
Barbara Bandelow	13/04/2005
Sophie Tsoraklidis	18/04/2005

Liste der Fraktionsmitarbeiter am 31. Dezember 2008

Theodoros Georgitsopoulos	01/05/2005
Katarzyna Klaus	01/05/2005
Christine Stöckl	15/06/2005
Peter Adler	01/07/2005
Eugenia Bellino	01/07/2005
Amanda Said	01/07/2005
Greet Gysen	01/09/2005
Jeanne Krmek Rados	29/09/2005
Michael Speiser	03/10/2005
Sandra Carreira	24/10/2005
Alena Carna	01/12/2005
Sidonia Jedrzejewska	01/01/2006
Marzena Rogalska	01/01/2006
Joanna Jarecka-Gomez	01/02/2006
Andrea Laskava	01/02/2006
Fani Zarifopoulou	01/02/2006
Boglarka Bólya	01/04/2006
Lucienne Huber	01/04/2006
Ulla Liesimaa	01/04/2006
Klemen Zumer	01/05/2006
Simona Falso – Rome	01/06/2006
Mercedes Alvargonzalez	01/07/2006
Marie-Christine Amiot Romero	01/07/2006
Mauro Belardinelli	01/07/2006
Graeme Carter	01/07/2006
Michael Hahn	01/07/2006
Evangelia Mitsopoulou	01/07/2006
Miriam Orsagova	01/07/2006
Jan-Willem Vlasman	01/07/2006
Joëlle Meunier	01/09/2006
Zsofia Liphay	16/10/2006
Mateja Miksa	01/11/2006
Ilona Stasienko	01/11/2006
Krisztina Laszlo	01/12/2006
Katerina Desasy Klepsova	01/01/2007
Daniela Senk	16/01/2007
Balázs Széchy	16/01/2007
Antti Timonen	01/03/2007
Alfredo Sousa de Jesus	01/04/2007
Marie-Anne Lepape	01/06/2007
Klaudia Provias- Arbetova	01/06/2007
Jasmin Chehab – Berlin	15/07/2007
Tobias Linnemann	15/07/2007

Stephan Mock – Berlin	01/09/2007
Lisa Mutke	01/09/2007
Nicole Wirtz	01/09/2007
Mina Dermendjieva	16/10/2007
Sevil Terzi	16/10/2007
Botond Török-Illyes	16/10/2007
Maria Amparo Baviera	01/01/2008
Kristina Klimentova	16/01/2008
Biliana Tzarnorechka	01/02/2008
Maria Nieves Aguirre	01/04/2008
Karine Piffert	01/05/2008

Anhang 9

**LISTE DER AM 7. JUNI 2009
GEWÄHLTEN MITGLIEDER^a**

DEUTSCHLAND – 42 Sitze

CDU – 34 Sitze

Burkhard Balz
Reimer Böge
Elmar Brok
Daniel Caspary
Christian Ehler
Karl-Heinz Florenz
Michael Gahler
Ingeborg Gräßle
Peter Jahr
Elisabeth Jeggle
Christa Klafß
Dieter-Lebrecht Koch
Werner Kuhn
Werner Langen
Kurt Lechner
Klaus-Heiner Lehne
Peter Liese
Thomas Mann
Hans-Peter Mayer
Doris Pack
Markus Pieper
Hans-Gert Pöttering
Godelieve Quisthoudt-Rowohl
Herbert Reul
Birgit Schnieber-Jastram
Horst Schnellhardt
Andreas Schwab
Renate Sommer
Thomas Ulmer
Sabine Verheyen
Axel Voss
Rainer Wieland
Hermann Winkler
Joachim Zeller

CSU – 8 Sitze

Albert Deß
Markus Ferber
Monika Hohlmeier
Martin Kastler
Angelika Niebler
Bernd Posselt
Manfred Weber
Anja Weisgerber

Italien – 35 Sitze

PDL – 29 Sitze

Gabriele Albertini
Roberta Angelilli
Alfredo Antonozzi
Raffaele Baldassarre
Paolo Bartolozzi
Sergio Berlato
Vito Bonsignore
Antonio Cancian
Giovanni Collino
Lara Comi
Carlo Fidanza
Elisabetta Gardini
Salvatore Iacolino
Giovanni La Via
Clemente Mastella
Barbara Matera
Mario Mauro
Erminia Mazzoni
Cristiana Muscardini
Alfredo Pallone
Aldo Patriciello
Crescenzo Rivellini
Licia Ronzulli

^a Liste am 14. Juli 2009 erstellt.

Potito Salatto
Marco Scurria
Amalia Sartori
Sergio Paolo Francesco Silvestris
Salvatore Tatarella
Iva Zanicchi

UDC – 5 Sitze

Magdi Cristiano Allam
Antonello Antinoro
Carlo Casini
Luigi Ciriaco De Mita
Tiziano Motti

SVP– 1 Sitz

Herbert Dorfmann

Frankreich – 29 Sitze

UMP - Majorité présidentielle – 29 Sitze

Damien Abad
Jean-Pierre Audy
Michel Barnier
Dominique Baudis
Christophe Béchu
Nora Berra
Sophie Briard Auconie
Jean-Marie Cavada
Alain Cadec
Arnaud Danjean
Rachida Dati
Joseph Daul
Gaston Franco
Marielle Gallo
Jean-Paul Gauzès
Françoise Grossetête
Pascale Gruny
Brice Hortefeux
Philippe Juvin
Alain Lamassoure
Véronique Mathieu
Elisabeth Morin-Chartier
Maurice Ponga
Dominique Riquet
Tokia Saïfi
Marie-Thérèse Sanchez-Schmid
Michèle Striffler
Christine de Veyrac
Dominique Vlasto

Polen – 28 Sitze

PO – 25 Sitze

Piotr Borys
Jerzy Buzek
Małgorzata Handzlik
Jolanta Emilia Hibner
Danuta Maria Hübner
Danuta Jazłowiecka
Sidonia Elżbieta Jędrzejewska
Filip Kaczmarek
Lena Barbara Kolarska-Bobińska
Janusz Lewandowski
Krzysztof Lisek
Elżbieta Katarzyna Łukacijewska
Bogdan Kazimierz Marcinkiewicz
Sławomir Witold Nitras
Jan Olbrycht
Jacek Protasiewicz
Jacek Saryusz-Wolski
Joanna Katarzyna Skrzydlewska
Bogusław Sonik
Róża Gräfin von Thun und Hohenstein
Rafał Kazimierz Trzaskowski
Jarosław Leszek Wałęsa
Paweł Zalewski
Artur Zasada
Tadeusz Zwiefka

PSL – 3 Sitze

Andrzej Grzyb
Jarosław Kalinowski
Czesław Adam Siekierski

Spanien – 23 Sitze

PP – 23 Sitze

Pablo Arias Echeverría
Pilar Ayuso
Pilar del Castillo Vera,
Agustín Díaz de Mera García Consuegra
Rosa Estaràs Ferragut
Santiago Fisas Ayxela
Carmen Fraga Estévez
José Manuel García-Margallo y Marfil
Salvador Garriga Polledo
Luis de Grandes Pascual
Cristina Gutiérrez-Cortines,
Esther Herranz García
Carlos José Iturgaiz Angulo
Teresa Jimenez-Becerril Barrio
Veronica Lope Fontagné

Antonio López-Istúriz White
Gabriel Mato Adrover
Jaime Mayor Oreja
Íñigo Méndez de Vigo
Francisco José Millán Mon
José Ignacio Salafranca Sánchez-Neyra
Alejo Vidal-Quadras
Pablo Zalba Bidegain

Ungarn – 14 Sitze

FIDESZ – 14 Sitze

János Áder
Tamás Deutsch
Kinga Gál
Béla Glattfelder
Enikő Györi
András Gyürk
Ágnes Hankiss
Livia Járóka
Ádám Kósa
Csaba Öry
Pál Schmitt
György Schöpflin
László Surján
József Szájer

Rumänien – 14 Sitze

PDL – 10 Sitze

Elena-Oana Antonescu
Sebastian-Valentin Bodu
Petru-Constantin Luhan
Monica-Luisa Macovei
Marian-Jean Marinescu
Iosif Matula
Rareş-Lucian Niculescu
Cristian-Dan Preda
Theodor-Dumitru Stolojan
Traian Ungureanu

UDMR – 3 Sitze

Csaba Sógor
László Tökés
Iuliu Winkler

Independent – 1 Sitz

Elena Băsescu

Portugal – 10 Sitze

PSD – 8 Sitze

Regina Bastos
Maria da Graça Carvalho
Carlos Coelho
Mário David
José Manuel Fernandes
Maria do Céu Patrão Neves
Paulo Rangel
Nuno Teixeira

CDS-PP – 2 Sitze

Diogo Feio
Nuno Melo

Griechenland – 8 Sitze

Nea Demokratia – 8 Sitze

Marietta Giannakou
Georgios Koumoutsakos
Rodi Kratsa-Tsagaropoulou
Georgios Papanikolaou
Georgios Papastamkos
Konstantinos Poupakis
Theodoros Skylakakis
Ioannis Tsoukalas

Bulgarien – 6 Sitze

GERB – 5 Sitze

Iliana Ivanova
Rumiana Jeleva
Mariya Nedelcheva
Emil Stoyanov
Vladimir Urutchev

Blue Coalition (UDF + DSB + United Agrarians-Mrs Moser) – 1 Sitz

Nadezhda Mihaylova (UDF)

Österreich – 6 Sitze

ÖVP – 6 Sitze

Othmar Karas
Elisabeth Köstinger

Hella Ranner
Paul Rübzig
Richard Seeber
Ernst Strasser

Slowakei – 6 Sitze

SDKU-DS – 2 Sitze

Eduard Kukan
Peter Štastný

SMK-MKP – 2 Sitze

Edit Bauer
Alajos Mészáros

KDH – 2 Sitze

Miroslav Mikolášik
Anna Záborská

Belgien– 5 Sitze

CD&V – 3 Sitze

Ivo Belet
Jean-Luc Dehaene
Marianne Thyssen

CDH – 1 Sitz

Anne Delvaux

CSP/CDH – 1 Sitz

Mathieu Grosch

Niederlande – 5 Sitze

CDA – 5 Sitze

Wim van de Camp
Esther de Lange
Lambert van Nistelrooij
Ria Oomen-Ruijten
Corien Wortmann-Kool

Schweden – 5 Sitze

Moderate Party (M) – 4 Sitze

Anna Maria Corazza Bildt
Christofer Fjellner

Gunnar Hökmark
Anna Ibrisagic

Christian Democrats (KD) – 1 Sitz

Alf Svensson

Irland – 4 Sitze

Fine Gael – 4 Sitze

Jim Higgins
Seán Kelly
Mairead McGuinness
Gay Mitchell

Litauen – 4 Sitze

Homeland Union – Lithuanian Christian Democrats – 4 Sitze

Laima Liucija Andrikienė
Vytautas Landsbergis
Radvilė Morkūnaitė
Algirdas Saudargas

Finnland – 4 Sitze

Kokoomus – 3 Sitze

Ville Itälä
Eija-Riitta Korhola
Sirpa Pietikäinen

Suomen kristillisdemokraatit – 1 Sitz

Sari Essayah

Lettland – 3 Sitze

New Era (Jaunais Laiks) – 1 Sitz

Arturs Krišjānis Kariņš

Civic Union – 2 Sitze

Sandra Kalniete
Inese Vaidere

Luxemburg – 3 Sitze

CSV – 3 Sitze

Georges Bach
Frank Engel
Astrid Lulling

Slowenien – 3 Sitze

**SDS (Slovenska Demokratska
Stranka – Slovenian Democratic
Party) – 2 Sitze**

Romana Jordan Cizelj
Milan Zver

**NSi (Nova Slovenija –
New Slovenia) – 1 Sitz**

Alojz Peterle

**Tschechische Republik –
2 Sitze**

KDU-CSL – 2 Sitze

Jan Březina
Zuzana Roithová

Zypern – 2 Sitze

Democratic Rally – 2 Sitze

Ioannis Kasoulides
Eleni Theocharous

Malta – 2 Sitze

PN – 2 Sitze

David Casa
Simon Busuttil

Danemark – 1 Sitz

Konservative Folkeparti – 1 Sitz

Bendt Bendtsen

Estland – 1 Sitz

**Pro Patria and Res Publica Union
– 1 Sitz**

Tunne Kelam

Anhang 10 - FUßNOTEN

- 1 Kundera, Milan, „La tragédie de l'Europe centrale“, *Le Débat*, Paris, 1983.
- 2 AC/GDC/P.V.5, /GV/CDF/P5, Gemeinsame Versammlung der EGKS, Protokoll der Christlich-demokratischen Fraktion, 5. Sitzung am 23. Juni 1953 in Straßburg, Maison de l'Europe.
- 3 Monnet, Jean, *Erinnerungen eines Europäers*, Carl Hanser Verlag München Wien, 1978, S. 489/490.
- 4 Monnet, Jean, *Erinnerungen eines Europäers*, Carl Hanser Verlag München Wien, 1978, S. 497.
- 5 Lücker, Hans-August, „Alcide de Gasperi zu Ehren“, *CD-Europa Bulletin*, Nr. 18, Dezember 1974, S. 5.
- 6 Interview mit Hans-August Lücker in Bonn, 16. März 2004.
- 7 Pöttering, Hans-Gert, Rede anlässlich der Feier zum 50. Jahrestag der Erklärung von Robert Schuman, 9. Mai 2000.
- 8 Monnet, Jean, *Erinnerungen eines Europäers*, Carl Hanser Verlag München Wien, 1978, S. 483.
- 9 Verhandlungen der Gemeinsamen Versammlung, Außerordentliche Sitzungsperiode November-Dezember 1954, Ausführliche Sitzungsberichte, Sitzung am 29. November 1954, S. 10
- 10 Verhandlungen der Gemeinsamen Versammlung, Außerordentliche Sitzungsperiode November-Dezember 1954, Ausführliche Sitzungsberichte, Sitzung am 1. Dezember 1954, S. 90.
- 11 Verhandlungen der Gemeinsamen Versammlung, Ordentliche Sitzungsperiode 1954-1955, Ausführliche Sitzungsberichte, Sitzung am 21. Juni 1955, S. 518.
- 12 Verhandlungen der Gemeinsamen Versammlung, 2. Außerordentliche Sitzungsperiode 1955-1956, Sitzungsberichte, Sitzung am 16. März 1956.
- 13 Verhandlungen der Gemeinsamen Versammlung, 2. Außerordentliche Sitzungsperiode 1955-1956, Sitzungsberichte, Sitzung am 13. März 1956.
- 14 Verhandlungen der Gemeinsamen Versammlung, 1. Außerordentliche Sitzungsperiode 1956-1957, Ausführliche Sitzungsberichte, Sitzung am 27. November 1956, S. 12.
- 15 Kolloquium mit den Ministern, *Europäische Hefte* Nr. 1, Januar 1960, S. 1, 2
- 16 Diese Klarstellung ist notwendig, da die Römischen Verträge in ihrer deutschen und niederländischen Fassung die Bezeichnung „Europäisches Parlament“ und in der französischen und italienischen Fassung die Bezeichnung „Europäische Parlamentarische Versammlung“ verwenden.
- 17 Bech, Joseph, „Zum zehnten Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge“, *Europäische Hefte* Nr. 25, April 1967, S. 14.
- 18 Verhandlungen der Gemeinsamen Versammlung, Ordentliche Sitzungsperiode 1957-1958, Ausführliche Sitzungsberichte, Sitzung am 19. März 1958, S.23/24
- 19 Wigny, Pierre, Aussprache über die Erklärungen des Vorsitzenden des Rates der Europäischen Gemeinschaften, des Präsidenten der Hohen Behörde und des Präsidenten

- der Europäischen Kommissionen, 19. März 1958, *Verhandlungen der Europäischen Parlamentarischen Versammlung*, Mai 1958, Nr. 1, S. 24.
- 20 Pedini, Mario, „Die Aussichten der Kernenergie in Europa“, *Europäische Hefte* Nr. 18, Januar 1965, S. 54.
- 21 Verhandlungen der Gemeinsamen Versammlung, Sitzungsperiode 1955-1956, Ausführliche Sitzungsberichte, Sitzung am 11. Mai 1956, Oktober 1956, *ABL.EG* Nr. 13, S. 522.
- 22 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, 1962-1963, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 16. Oktober 1962, *ABL.EG* Nr. 59, S. 35.
- 23 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1964-1965, Ausführlicher Sitzungsbericht vom 22. September 1964, *ABL.EG* Nr. 73, S. 27.
- 24 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1966-1967, Ausführlicher Sitzungsbericht vom 18. Oktober 1966, S. 39 ff.
- 25 a. a. O., S. 42/43.
- 26 Gemeinsamen Versammlung, Protokoll Nr. 52 der Christdemokratischen Fraktion, 12. März 1956, Brüssel, S. 2.
- 27 Gemeinsamen Versammlung, Protokoll Nr. 52 der Christlich-demokratischen Fraktion, 12. März 1956, Brüssel, S. 3.
- 28 Verhandlungen der Europäischen Parlamentarischen Versammlung, Sitzungsperiode März-April 1960, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 28. März 1960, *ABL.EG* Nr. 26, S. 20.
- 29 März-Sitzung 1965, „Handelspolitik“, *Europäische Hefte* Nr. 23, März 1966, S. 31.
- 30 Biesheuvel, Barend Willem, „Mehr Realismus in der europäischen Politik“, *Europäische Hefte* Nr. 21, September 1965, S. 16.
- 31 Caron, Giuseppe, „Die Beschleunigung des Gemeinsamen Marktes“, *Europäische Hefte* Nr. 3, Mai 1960, S. 26.
- 32 Blaisse, Pieter A., „Die EWG und die Kennedy-Runde“, *Europäische Hefte* Nr. 16, Mai 1964, S. 19.
- 33 Blaisse, Pieter A. „Die EWG und die Kennedy-Runde“, *Europäische Hefte* Nr. 16, Mai 1964, S. 20.
- 34 Bech, Jean, „Die Europäische Gemeinschaft und die Kennedy-Runde“, *Europäische Hefte* Nr. 25, April 1967, S. 16.
- 35 Die Berichte von Fernand Dehousse und Emilio Battista über die politische Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten sowie der Bericht von René Pleven zu dem Entwurf eines Vertrags zur Errichtung einer Union der Völker Europas, *Verhandlungen der europäischen Parlamentarischen Versammlung*, Juni 1961, September 1961 und Dezember 1961, Nr. 42, 44 und 50, S. 129-134, 71-72, 134-139.
- 36 Von Brentano, Heinrich, „Die Bonner Erklärung vom 18. Juli 1961. Rückblick und Vorausschau.“ *Europäische Hefte* Nr. 9, Oktober 1961, S. 8
- 37 Von Brentano, Heinrich, „Die Bonner Erklärung vom 18. Juli 1961. Rückblick und Vorausschau.“ a. a. O., S. 8
- 38 *Ebd.*, S. 11.
- 39 Adenauer, Konrad, „Gedanken zur Europäischen Integration“, *Europäische Hefte* Nr. 25, April 1967, S. 4-9.
- 40 Charpentier, René, „Ich wähle die Hoffnung“, *Europäische Hefte* Nr. 22, Dezember 1965, S. 23.
- 41 Verhandlungen der Europäischen Parlamentarischen Versammlung, Sitzungsperiode 1961-1962, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 9. März 1961, *ABL.EG* Nr. 38, S. 98.
- 42 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1962-1963, Ausführlicher Sitzungsbericht vom 7. – 11. Mai 1962, *ABL.EG* Nr. 57, S. 83.
- 43 a. a. O., S. 65.
- 44 „Die politische Einheit Europas“, *Europäische Hefte* Nr. 19, April 1965, S. 25.
- 45 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1964-1965, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 19. Januar 1965, *ABL.EG* Nr. 76, S. 47/48.
- 46 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1964-1965, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 24. März 1965, *ABL.EG* Nr. 78, S. 149.

- 47 Am 9. September 1965 gibt General de Gaulle im Élysée-Palast eine Pressekonferenz, in deren Verlauf er die Rolle Frankreichs beim europäischen Aufbauwerk aufzeigt und die Gründe erläutert, die sein Land dazu bewogen haben, seit dem 1. Juli 1965 im Ministerrat keinen Sitz mehr in Anspruch zu nehmen.
- 48 Rumor, Mariano, „Die christlich-demokratischen Parteien und Europa“, *Europäische Hefte*, Nr. 22, Dezember 1965, S. 64.
- 49 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1965-1966, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 18. – 22. Oktober 1965, *ABLEG*, Nr. 81, S.135-136.
- 50 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1965-1966, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 23. – 26. November 1965, *ABLEG* Nr. 82, S. 88-89.
- 51 Illerhaus, Joseph, „Fester politischer Wille führt zum Ziel“, *Europäische Hefte* Nr. 24 Juli 1966, S. 1.
- 52 Illerhaus, Joseph, „Fester politischer Wille führt zum Ziel“, *a. a. O.*, S. 14.
- 53 Rumor, Mariano, „Eine starke EUCD für den „Großstaat“ Europa“, *Europäische Hefte*, Nr. 23, März 1966, S. 14.
- 54 Poher, Alain, „Der Aufbau der Gemeinschaft ist noch nicht beendet“, *Europäische Hefte* Nr. 23, März 1966, Einleitung.
- 55 Lücker, Hans-August, „Die europäische Agrarpolitik“, *Europäische Hefte* Nr. 3, Mai 1960, S. 35/36.
- 56 Dokument Nr. 3 der Europäischen Parlamentarischen Gesellschaft, 1960-1961, Bericht von Hans-August Lücker im Namen des Ausschusses für Landwirtschaft über die Lage in der Landwirtschaft und die Grundprinzipien einer GAP.
- 57 Lücker, Hans-August, „Die europäische Agrarpolitik“, *Europäische Hefte* Nr. 3, Mai 1960, S. 39.
- 58 Van Campen, Philippus, „Die gemeinsame Agrarpolitik“, *Europäische Hefte* Nr. 3, Mai 1960, S. 13.
- 59 *a. a. O.*, Nr. 3, S. 22.
- 60 Charpentier, René, „Die zweite Stufe des Gemeinsamen Marktes“, *Europäische Hefte* Nr. 10, Februar 1962, S. 9.
- 61 Poher, Alain, „Drei Daten: 1945-1950-1962“, *Europäische Hefte* Nr. 10, Februar 1962, S. 3.
- 62 „Die Reaktion des Europäischen Parlaments auf die Haltung der französischen Regierung zur Gemeinsamen Agrarpolitik“, *Europäische Hefte* Nr. 18, Januar 1965, S. 86.
- 63 Ligios, Giosuè, „La politique agricole commune: considérations et perspectives d'avenir“, *Europäische Hefte* Nr. 39, Studientage in Brixen (Italien), Mai 1977, S. 7.
- 64 Einführung von Hans-August Lücker zu den *Studientagen in den Haag (Niederlande)*, *Europäische Hefte* Nr. 35, Mai 1975, S. 1.
- 65 Bericht von Mario Vetrone, „Évolution de la politique agricole commune et efficacité des mécanismes“, *Studientage in den Haag (Niederlande)*, Mai 1975, S. 1-9.
- 66 Früh, Isidor, „La politique agricole dans le cadre d'une politique économique monétaire et commerciale commune“, *Europäische Hefte* Nr. 39, Studientage in Brixen (Italien), Veröffentlichung der EVP-Fraktion, Luxemburg, Mai 1977, S. 24.
- 67 Ligios, Giosuè, „La politique agricole commune: considérations et perspectives d'avenir“, *Europäische Hefte* Nr. 39, S. 9-24.
- 68 Ligios, Giosuè, *a. a. O.*, S. 10.
- 69 *Ebd.*, S. 12.
- 70 Früh, Isidor, „Aspects spécifiques de la politique agricole commune“, *Studientage ...*, *a. a. O.*, S. 45.
- 71 *Ebd.* S. 47.
- 72 *CD-Europa Bulletin*, Juli 1977, Nr. 5, S. 7.
- 73 Erklärung der Pariser Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs vom 20. Oktober 1972.
- 74 Burgbacher, Friedrich, „Reform des Weltwährungssystems“, *CD-Europa Bulletin*, Nr. 12/73, Juli 1973, S. 1.

- 75 Müller-Hermann, Ernst, Europäischer Rat von Bremen und Bonner Wirtschaftsgipfel, 13. September 1978, *Verhandlungen des Europäischen Parlaments*, September 1978, Nr. 233, S. 134.
- 76 Notenboom, Harry, Europäischer Rat von Bremen und Bonner Wirtschaftsgipfel, 13. September 1978, *Verhandlungen des Europäischen Parlaments*, September 1978, Nr. 233, S. 145.
- 77 Dem Kollegium der Präsidenten gehören der Präsident des Gerichtshofs, der Präsident der Hohen Behörde, der Präsident des Parlaments und der Präsidenten des Rates an.
- 78 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1969-1970, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 2. Juli 1969, *ABl.* Nr. 116, S. 122/123.
- 79 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1969-1970, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 10. Dezember 1969, *ABl.* Nr. 120, S. 72 u. 74.
- 80 Notenboom, Harry, „CE. Autonomie financière?“, *CD-Europa Bulletin*, Nr. 1, 1978, S. 6.
- 81 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1972-1973, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzungen vom 3. bis 7. Juli 1972, *ABl.* Nr. 152, S. 201.
- 82 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1975-1976, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzungen vom 7. bis 11. Juli 1975, *ABl.* Nr. 193, S. 278-282.
- 83 „England klopft an die Türe“, *Europäische Gemeinschaften*, Mai 1967, Nr. 106, S. 11.
- 84 Verhandlungen der Gemeinsamen Versammlung, Ordentliche Sitzungsperiode 1954-1955, Ausführliche Sitzungsberichte, Sitzung am 14. Mai 1955, *ABl.* Nr. 8, S. 470 ff.
- 85 Verhandlungen der Europäischen Parlamentarischen Versammlung, Sitzungsperiode 1962-1963, Ausführliche Sitzungsberichte der Sitzungen vom 7. bis 11. Mai 1962, *ABl.* Nr. 57, S. 74.
- 86 Nachrichten aus der Fraktion, *Europäische Hefte*, Nr. 12, Jahrgang 1962, S. 40.
- 87 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1972-1973, Ausführliche Sitzungsberichte der Sitzungen vom 16. bis 19. Januar 1973, *ABl.* Nr. 157, S. 3.
- 88 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1962-1963, Ausführliche Sitzungsberichte der Sitzungen vom 4. bis 8. Februar 1963, *ABl.* Nr. 61, S. 113.
- 89 Verlauf der Verhandlungen von Brüssel, 5. Februar 1963, *Verhandlungen des Europäischen Parlaments*, IV/63, Nr. 61, S. 36.
- 90 Illerhaus, Joseph, Aussprache zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission, 20. November 1967, *Verhandlungen des Europäischen Parlaments*, I/68, Nr. 96, S. 74.
- 91 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1967-1968, Ausführliche Sitzungsberichte der Sitzungen vom 22. bis 26. Januar 1968, *ABl.* Nr. 98, S. 39.
- 92 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, a. a. O., S. 42.
- 93 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1971-1972, Ausführliche Sitzungsberichte der Sitzungen vom 5. bis 9. Juli 1971, *ABl.* Nr. 140, S. 73.
- 94 Van der Sanden, Pieter, „Überlegungen zur Erweiterung der Gemeinschaft“, *CD-Europa Bulletin*, Nr. 6/74, April 1974, S. 6.
- 95 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1972-1973, Ausführliche Sitzungsberichte der Sitzungen vom 16. bis 19. Januar 1973, *ABl.* Nr. 157, S. 2 ff.
- 96 Am 15. Januar 1973 beschließen die 27 an der Fraktionssitzung teilnehmenden Mitglieder einstimmig die Aufnahme der irischen Fine Gael in die Fraktion. Protokoll der Fraktionssitzung vom Montag, 15. Januar 1973 in Straßburg, S. 5; PV/783/73/MMs, Protokoll des Fraktionsvorstands vom Dienstag, 9. Januar 1973 in Brüssel, S. 8. Die Abgeordneten der Fine Gael hatten im November 1972 schriftlich ihren Beitritt zur Christlich-demokratischen Fraktion beantragt. Protokoll der Fraktionssitzung vom Montag, 15. Januar 1973 in Straßburg, S. 4 a.

- 97 Nach den Wahlen in Irland am 28. Februar 1973 ändert sich nichts an der irischen Delegation im Europäischen Parlament (5 Abgeordnete der Fianna Fáil, 3 der Fine Gael und 2 der Labour-Partei). PV/803/73/MMs, Protokoll der Fraktions-sitzung vom Montag, 12. März 1973 in Straßburg, S. 2.
- 98 PV/784/73/MMs, Protokoll des Fraktionsvorstands vom Montag, 15. Januar 1973 in Brüssel, S. 3.
- 99 PV/786/73/MMs, Tagung des Verwaltungsvorstands der Fraktion und des Vorstands der Konservativen, Dienstag, 16. Januar 1973 in Straßburg, S. 2.
- 100 Bordry, François, „Das Europäische Parlament: Neuer Schwung für Europa“, *CD-Europa Bulletin*, Nr. 1/73, 12.-15. Februar 1973, S. 13.
- 101 Aus Lücker, Hans-August, „Der Beitritt Spaniens zur Europäischen Gemeinschaft“, Studententage in London (1., 2. und 3. September 1977), *Europäische Hefte Nr. 40*, Christlich-demokratische Fraktion, Luxemburg, September 1977, S. 46.
- 102 *Ebd.*
- 103 Dok. EP 323/77.
- 104 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1977-1978, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzungen vom 10. bis 14. Oktober 1977, *ABl.* Nr. 221, S. 98.
- 105 „EUJCD über Portugal“, *CD-Europa Bulletin* Nr. 8, Mai 1974, S. 6 und „Delegation der portugiesischen Demokratischen Volkspartei in Brüssel“, *CD-Europa Bulletin* Nr. 13-14, September 1974, S. 11.
- 106 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1974-1975, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzungen vom 17. bis 21. Februar 1975, S. 150.
- 107 *CD-Europa Bulletin* Nr. 2, Februar 1975, S. 2.
- 108 Am 25. April 1975 fanden lediglich Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung statt.
- 109 Da Costa, A., „CDS: ein Sieg unter schwierigsten Bedingungen“, *CD-Europa Bulletin* Nr. 4, April 1976, S. 5.
- 110 Auszug aus einem Artikel von Hans Edgar Jahn, „Die Lösung der Zypernfrage ein europäisches Problem“, *CD-Europa Bulletin* Nr. 15, Oktober 1974.
- 111 Technische Universität Athen.
- 112 „Contacts avec le gouvernement et les partis en Grèce“, *CD-Europa Bulletin* Nr. 11, November 1975, S. 14.
- 113 „Le Groupe DC s'oppose à la violence en Espagne d'où qu'elle vienne“, *CD-Europa Bulletin* Nr. 10/15, Oktober 1975, Herausgeber: CD-Fraktion des Europäischen Parlaments, Brüssel, S. 4 f.
- 114 Zitiert von Hans-August Lücker, *CD-Europa Bulletin*, April 1975, Nr. 4, S. 15.
- 115 Verhandlungen der Gemeinsamen Versammlung, Sitzung vom Mai 1953, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 15. Juni 1953, S. 25.
- 116 Verhandlungen der Gemeinsamen Versammlung, *a. a. O.*
- 117 Protokoll der 1. Sitzung der Christlich-demokratischen Fraktion in Straßburg, Dienstag, 16. Juni 1953, S. 1-2.
- 118 „Memorandum der Hohen Behörde zu Wohnungsfragen (Luxemburg, 12. Oktober 1953)“.
- 119 „Die EGKS startet ein Programm zum Bau von Arbeiterwohnungen“, *Europäische Gemeinschaft*, April-Mai 1961, Nr. 4-5.
- 120 Sitzungsbericht der außerordentlichen Sitzung der Gemeinsamen Versammlung der EGKS am 29. November 1956, Aussprache über den Bericht von Herrn Nederhorst im Namen des Ausschusses für Fragen der Sozialpolitik zur Schaffung, zu den Aufgaben und zur Zusammensetzung einer oder mehrerer paritätischer Ausschüsse im Rahmen der Gemeinschaft.
- 121 Verhandlungen der Europäischen Parlamentarischen Versammlung, Sitzungsperiode 1959, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 9. Januar 1959, *ABl.* Nr. 9, S. 110-111.
- 122 Verhandlungen der Europäischen Parlamentarischen Versammlung, Sitzung vom Oktober 1960, Sitzungsbericht der Sitzung vom 13. Oktober 1960, *ABl.* Nr. 32, S. 117-118.

- 123 Verhandlungen der Europäischen Parlamentarischen Versammlung, *a. a. O.*
- 124 „Die Christdemokraten für den sozialen Fortschritt in einem geeinten Europa“, *CD-Europa Bulletin*, Nr. 4, April 1975, S. 14.
- 125 Bertrand, Alfred, „An erster Stelle steht der Mensch“, *CD-Europa Bulletin*, Nr. 19/73, Dezember 1973, S. 1.
- 126 „Die Christdemokraten für den sozialen Fortschritt in einem geeinten Europa“, *CD-Europa Bulletin*, Nr. 4, April 1975, S. 15.
- 127 Girardin, Luigi, „Verpflichtungen für ein vereintes Europa“, *CD-Europa Bulletin*, Nr. 12/73, Juli 1973, S. 5.
- 128 „Plenartagung – 22.-26. September 1975“, *CD-Europa Bulletin*, Nr. 9, September 1975, S. 9.
- 129 DOC/1131/79, Arbeitsbericht der CD-Fraktion (EVP-Fraktion) über den Zeitraum zwischen dem ersten und dem zweiten Kongress der EVP, März 1978 – Februar 1979, Luxemburg, Februar 1979, S. 8-9.
- 130 Protokoll der Fraktionssitzung, Luxemburg, 25. April 1955.
- 131 Verhandlungen der Gemeinsamen Versammlung, 1. Außerordentliche Sitzung 1956-1957, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 29. November 1956, *ABl. Nr. 14*, S. 86.
- 132 Protokoll des Fraktionsvorstands vom 10. Juni 1960, Brüssel.
- 133 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1964-1965, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzungen vom 11. bis 14. Mai 1964, *ABl. Nr. 71*, S. 47.
- 134 Schuman, Robert, *Für Europa*, Nagel Verlag Hamburg, Genf, Paris, 1963, S. 31.
- 135 Zum Beispiel forderte Erik Blumenfeld zu Beginn des Jahres 1978 in einem Bericht über die europäische politische Zusammenarbeit die Beteiligung des Europäischen Parlaments an der Ausarbeitung der Leitlinien für die gemeinsame Außenpolitik. In: Europäisches Parlament – Christlich-demokratische Fraktion – Sekretariat, „Arbeitsbericht der CD-Fraktion des Europäischen Parlaments (EVP-Fraktion) über den Zeitraum zwischen dem ersten und dem zweiten Kongress der EVP“, März 1978 – Februar 1979, S. 8.
- 136 Stebbins, Richard P., Mc Cellan, Grant S., *The United States in World Affairs, 1953*, New York, Harper & Brothers, New York for the Council of Foreign Relations, 1955, S. 348.
- 137 Bericht von Adolf Süsterhenn auf dem Kongress der Nouvelles Equipes Internationales in Bad Ems, September 1951, ACDP IX-002-011/4.
- 138 Auszug aus der Ansprache des Präsidenten Hans Furler, *Verhandlungen der Europäischen Parlamentarischen Versammlung*, Sitzung vom 27. November 1956, Januar 1957, Nr. 14, S. 11.
- 139 Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, *Analytischer Bericht über die Verhandlungen zu den Außenbeziehungen der Gemeinschaft und zur geplanten Entwicklung derselben im Lichte der aktuellen politischen Entwicklung*, Ordentliche Sitzung, 21. Mai 1954, (Dokument Nr. 4).
- 140 Dokumente des Kongresses in Freiburg im Breisgau, ACDP IX-002-013.
- 141 *a. a. O.*
- 142 Protokoll Nr. 2 der Sitzung der Christlich-demokratischen Fraktion in Straßburg, Freitag, 19. Juni 1953, S. 1.
- 143 Protokoll des Fraktionsvorstands vom 14. Oktober 1960, Straßburg.
- 144 Verhandlungen der Europäischen Parlamentarischen Versammlung, Sitzungsperiode 1956-1957, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 27. November 1956, *ABl. Nr. 14*, S. 10-11.
- 145 Verhandlungen der Europäischen Parlamentarischen Versammlung, Sitzungsperiode 1967-1968, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzungen vom 19. bis 23. Juni 1967, *ABl. Nr. 92*, S. 122-123.
- 146 Verhandlungen der Europäischen Parlamentarischen Versammlung, Sitzungsperiode 1968-1969, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 1. Oktober 1968, *ABl. Nr. 106*, S. 37-41.

- 147 EntschlieÙung über die politischen Konsequenzen der Ereignisse in der Tschechoslowakei, *Amtsblatt*, Nr. C 108/21 vom 19. Oktober 1968, S. 21.
- 148 AbschlussentschlieÙung, die auf dem XIII. Kongress Christlich-demokratischer Parteien angenommen wurde, Venedig, 12.-15. September 1968, *Europäische Hefte*, Nr. 28, Dezember 1968, S. 45-51.
- 149 Konzept, das in der *Enzyklika von Papst Johannes XXIII.* vom 11. April 1963 vorgestellt und vertreten wurde.
- 150 Siehe zum Beispiel „Die Position der belgischen Partei PSC (Christdemokraten) zu den Ost-West-Beziehungen in den abschließenden EntschlieÙungen des XXII. Nationalkongresses der belgischen PSC“, *Europäische Hefte*, April 1967, S.103-105.
- 151 Andreotti, Giulio, „Die politische Zusammenarbeit im Bereich der Außenpolitik und der Ost-West-Beziehungen“, *Europäische Hefte*, Nr.33, Juni 1974, S. 38.
- 152 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1975-1976, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzungen vom 22. bis 26. September 1975, *ABl. Nr. 194*, S. 133.
- 153 Andreotti, Giulio „Die politische Zusammenarbeit im Bereich der Außenpolitik und der Ost-West-Beziehungen“, *Europäische Hefte*, Nr. 33, Juni 1974, S. 44.
- 154 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1974-1975, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzungen vom 7. bis 11. April 1975, *ABl. Nr. 189*, S. 83.
- 155 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1975-1976, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzungen vom 22. bis 26. September 1975, *ABl. Nr. 194*, S. 128.
- 156 „Stellungnahme der CD-Fraktion zu den Schlussfolgerungen der Konferenz von Helsinki“, *CD-Europa Bulletin*, Nr. 9, September 1975, S. 10.
- 157 *CD-Europa Bulletin*, Nr. 4, Juni 1977, S. 8.
- 158 Arbeitsbericht der EVP-Fraktion des EP, 1978 – Juli 1979.
- 159 Europäisches Parlament – Christlich-demokratische Fraktion – Sekretariat, „Arbeitsbericht der CD-Fraktion des Europäischen Parlaments (EVP-Fraktion) über den Zeitraum zwischen dem ersten und dem zweiten Kongress der EVP“, März 1978 – Februar 1979, S. 7.
- 160 „Koblenz: Studientage der CD-Fraktion“, *CD-Europa Bulletin*, Nr. 8, Oktober 1976, S. 6.
- 161 Verhandlungen der Europäischen Parlamentarischen Versammlung, Konstituierende Sitzung vom März 1958, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 19. März 1958, *ABl. Nr. 1*, S. 22.
- 162 Der Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Artikel 131 ff. sowie Artikel 238.
- 163 Verhandlungen der Europäischen Parlamentarischen Versammlung, Sitzungsperiode 1961-1962, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzungen vom 8. bis 10. Mai 1961, *ABl. Nr. 40*, S.27-61 und 66-67.
- 164 Verhandlungen der Europäischen Parlamentarischen Versammlung, *a. a. O.*, S. 47.
- 165 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1964-1965, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzungen vom 23. bis 27. November 1964, *ABl. Nr. 75*, S. 10.
- 166 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1963-1964, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 16. September 1963, *ABl. Nr. 65*, S. 22-24.
- 167 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1962-1963, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzungen vom 19. bis 23. November 1962, *ABl. Nr. 60*, S. 164 f.
- 168 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1962-1963, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzungen vom 15. bis 19. Oktober 1962, *ABl. Nr. 59*, S. 173 f.
- 169 „Das Abkommen von Lomé signalisiert eine verstärkte demokratische Beteiligung“, *CD-Europa Bulletin*, Nr. 10, Oktober 1975, S. 7.

- 170 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1974-1975, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzungen vom 11. bis 14. März 1975, *ABL. Nr. 188*, S. 132-133.
- 171 Bersani, Giovanni, „Ein großes internationales Ereignis: 46 Länder Afrikas, aus dem Karibischen und Pazifischen Raum assoziieren sich der EG“, *CD-Europa Bulletin*, Februar 1975, Nr. 2-75, S. 15.
- 172 Bersani, Giovanni, „Ein großes internationales Ereignis: 46 Länder Afrikas, aus dem Karibischen und Pazifischen Raum assoziieren sich der EG“, *a. a. O.*, S. 14.
- 173 Deschamps, Pierre, „Das Abkommen von Lomé – ein erneuertes und erweitertes Assoziationsabkommen“, *CD-Europa Bulletin*, Februar 1975, Nr. 2-75, S. 17.
- 174 *CD-Europa Bulletin*, Nr. 5, Juli 1977, S. 2.
- 175 Bersani, Giovanni, „Ein großes internationales Ereignis: 46 Länder Afrikas, aus dem Karibischen und Pazifischen Raum assoziieren sich der EG“, *CD-Europa Bulletin*, Februar 1975, Nr. 2-75, S. 14.
- 176 Deschamps, Pierre, „Das Abkommen von Lomé“, *CD-Europa Bulletin*, Februar 1975, Nr. 2-75, S. 17.
- 177 Deschamps, Pierre, „Europa muss sich für die dritte Welt engagieren“, *CD-Europa Bulletin*, Mai 1975, Nr. 5, S. 6.
- 178 Deschamps, Pierre, „Europa muss sich für die dritte Welt engagieren“, *a. a. O.*, S. 6.
- 179 Zum Standpunkt der Christdemokraten: Pierre Deschamps, „Aufzeichnung über die Menschenrechte und die Verhandlungen über Lomé II“, *Europäische Hefte*, Nr. 41, Juli 1978, S. 54-56.
- 180 Deschamps, Pierre, „Aufzeichnung über die Menschenrechte und die Verhandlungen über Lomé II“, *Europäische Hefte*, Nr. 41, Juli 1978, S. 43.
- 181 „Entwicklung, der neue Name für Frieden“, *CD-Europa Bulletin, Lomé II*, 4 – 1978, S. 2.
- 182 Siehe z. B. Deschamps, Pierre, „Menschenrechte und Apartheid“ in „Aufzeichnung über die Menschenrechte und die Verhandlungen über Lomé II“, *Europäische Hefte*, Nr. 41, Juli 1978, S. 47.
- 183 Arbeitsbericht der CD-Fraktion (EVP-Fraktion) über den Zeitraum zwischen dem ersten und dem zweiten Kongress der EVP, März 1978 – Februar 1979, Luxemburg, Februar 1979, S. 14.
- 184 Schlussklärung der Gipfelkonferenz von Kopenhagen, 14.-15. Dezember 1973, *Archive des Europäischen Parlaments*.
- 185 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1977-1978, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzungen vom 8. bis 11. März 1977, *ABL. Nr. 214*, S. 4-7.
- 186 *CD-Europa Bulletin* Nr. 4, 1979, S. 3.
- 187 De Crombrughe, Werner, Leitartikel, *CD-Europa Bulletin*, September 1984.
- 188 Jansen, Thomas, *Die Europäische Volkspartei. Entstehung und Entwicklung*, Brüssel, Generalsekretariat der EVP, 2006, S. 235-236.
- 189 Thomas Jansen erinnert daran, dass Paolo Barbi zwei Bücher über seine Beteiligung am europäischen Aufbauwerk verfasst hat: *Napoli-Strasburgo e ritorno. I cinque anni al Parlamento Europeo di Paolo Barbi*, Società Editrice Napolitana, 1985; *L'Unione Europea. Da Fontainebleau a Lussemburgo. Storia di una grande occasione mancata*, Società Editrice Napolitana, 1986.
- 190 Jansen, Thomas, *Die Europäische Volkspartei. Entstehung und Entwicklung*, Brüssel, Generalsekretariat der EVP, 2006, S. 236.
- 191 „Entwurf einer Europäischen Akte“, *Bulletin der Europäischen Gemeinschaften*, November 1981, Nr. 11, S. 99-104.
- 192 „Entwurf einer Europäischen Akte“, *a. a. O.*, Punkt 3) im Zweiten Teil.
- 193 Rede von Hans-Dietrich Genscher, Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, vor dem Europäischen Parlament, in Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1981-1982, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzungen vom 16. bis 20. November 1981, *ABL. Nr. 1-277*, S. 229 f.
- 194 Rede von Emilio Colombo, Außenminister der Republik Italien vor dem Europäischen Parlament, in Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode

- 1981-1982, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzungen vom 16. bis 20. November 1981, *ABl. Nr. 1-277*, S. 236.
- 195 *Ebd.*, S. 236.
- 196 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1981-1982, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzungen vom 16. bis 20. November 1981, *ABl. Nr. 1-277*, S. 242.
- 197 *a. a. O.*, S. 241.
- 198 Dok. 1-648/82.
- 199 Lambert Croux legt zudem vier Punkte dar, auf die das Parlament aufmerksam machen möchte: „1. Das Parlament kann unserer Meinung nach nicht umhin, festzustellen, daß die Verträge in bezug auf die Beschlußfassung bei Abstimmungsverfahren im Rat eingehalten werden müssen. 2. Bei der Stärkung der Rolle des Parlaments müssen die Entschlüsse berücksichtigt werden, die das Parlament 1981 und 1982 mit dem Ziel verabschiedet hat, die Beziehungen zwischen den einzelnen Institutionen im Rahmen der bestehenden Verträge zu verbessern. 3. Für das Parlament wäre es unannehmbar, (...) daß Beschlüsse über die Rolle des Parlaments gefaßt werden, ohne daß das Parlament selbst an diesen Beschlüssen beteiligt wäre. 4. Das Parlament weist nachdrücklich auf seine eigenen Aktivitäten, insbesondere in seinem Institutionellen Ausschuß, auf dem Gebiet der Reform der Verträge und der Verwirklichung der Union hin. Nach unserer Auffassung besteht kein Widerspruch zwischen dem Entwurf einer Europäischen Akte und den eigenen institutionellen Bemühungen und Zielsetzungen des Parlaments auf etwas längere Sicht (...)“, in Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1982-1983, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzungen vom 11. bis 15. Oktober 1982, *ABl. Nr. 1-289*, S. 253.
- 200 EVP-Fraktion, *Herausforderung Europa. Grundsatzpositionen, Verwirklichungen und Zielsetzungen der Fraktion der EVP 1979 bis 1984*, Dezember 1983, S. 219.
- 201 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1983-1984, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzungen vom 12. bis 16. September 1983, *ABl. Nr. 1-303*, S. 35.
- 202 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, *a. a. O.*, S. 47.
- 203 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1983-1984, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzungen vom 13. bis 17. Februar 1984, *ABl. Nr. 1-309*, S. 39.
- 204 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1979-1980, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzungen vom 10. bis 14. Dezember 1979, *ABl. Nr. 249*, Dezember 1979, S. 90.
- 205 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1980-1981, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzungen vom 26. bis 27. Juni 1980, *ABl. Nr. 1-258*, S. 70.
- 206 Arbeitsbericht der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christlich-demokratische Fraktion), Juli 1980-Juli 1981, Luxemburg, Oktober 1981, S. 53.
- 207 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1980-1981, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzungen vom 13. bis 17. Oktober 1980, *ABl. Nr. 1-261*, S. 57.
- 208 *a. a. O.*
- 209 *Ebd.*, S. 67 f.
- 210 *CD-Europa Bulletin* Nr. 1, 1981, S. 3.
- 211 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1981-1982, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzungen vom 14. bis 18. September 1981, *ABl. Nr. 1-274*, S. 49.
- 212 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1981-1982, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzungen vom 14. bis 18. Dezember 1981, *ABl. Nr. 1-278*, S. 50-52.
- 213 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1981-1982, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzungen vom 3. bis 5. November 1981, *ABl. Nr. 1-276*, S. 38.
- 214 *ABl. C 194* vom 28.07.1982.

- 215 *Tägliches Bulletin der Agence Europe*, Nr. 3402, 1. Juli 1982, S. 5-6.
- 216 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1982-1983, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzungen vom 26. bis 29 Oktober 1982, *ABl. Nr. 1-290*, S. 4 f.
- 217 *a. a. O.*, S. 25.
- 218 *Ebd.*, S. 45.
- 219 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1982-1983, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzungen vom 13. bis 17. Dezember 1982, *ABl. Nr. 1-292*, S. 29f.
- 220 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1982-1983, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzungen vom 7. bis 11. Februar 1983, *ABl. Nr. 1-294*, S. 42 f.
- 221 *Tägliches Bulletin der Agence Europe*, Nr. 3545, 11. Februar 1983, S. 5-5a.
- 222 *Tägliches Bulletin der Agence Europe*, Nr. 3751, 15. Dezember 1983, S. 6-6a..
- 223 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1983-1984, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzungen vom 12. bis 16. Dezember 1983, *ABl. Nr. 1-307*, S. 247.
- 224 Arbeitsbericht der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christlich-demokratische Fraktion), Juli 1984-Juli 1985, September 1985, S. 232-237.
- 225 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1984-1985, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzungen vom 12. bis 16. November 1984, *ABl. Nr. 1-319*, S. 116.
- 226 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, *a. a. O.*, S. 122f.
- 227 Arbeitsbericht der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christlich-demokratische Fraktion), Juli 1984-Juli 1985, September 1985, S. 233.
- 228 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, *Ebd.*, S. 116.
- 229 Der Ausdruck entstammt dem Arbeitsbericht der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christlich-demokratische Fraktion) Juli 1981-Juli 1982, September 1982, S. 61.
- 230 Arbeitsbericht der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christlich-demokratische Fraktion), Juli 1981-Juli 1982, September 1982, S. 61.
- 231 Früh, Isidor, „Aspects spécifiques de la Politique agricole commune“, *Europäische Hefte* Nr. 35, Studientage in Den Haag, 5.-7. Mai 1975, S. 24.
- 232 *Ebd.*
- 233 Europäische Volkspartei, Herausforderung Europa, *a. a. O.*, S. 55.
- 234 *Ebd.*, S. 57.
- 235 Sir Henry Plumb (Großbritannien), *der als „eifriger Reformator der europäischen Agrarpolitik nach englischem Muster“ auftretende ehemalige Journalist der Financial Times*. Arbeitsbericht der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christlich-demokratische Fraktion), Juli 1981-Juli 1982, Luxemburg, September 1982, S. 62.
- 236 Dok. EP 1-397/79.
- 237 Dok. EP 1-278/82, Dok. EP1-667/81 und Dok. EP 1-412/82.
- 238 Dok. EP 1-396/79.
- 239 Dok. EP 1-720/79.
- 240 Dok. EP 1-566/81
- 241 Dok. EP 1-731/81.
- 242 Dok. EP 1-41/80.
- 243 Dok. EP 1-392/81 und Dok. EP 1-413/82.
- 244 Dok. EP 1-57/81.
- 245 Arbeitsbericht der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christlich-demokratische Fraktion), Juli 1981-Juli 1982, Luxemburg, September 1982, S. 68.
- 246 Dok. EP 1-411/82, Bericht im Namen des Landwirtschaftsausschusses zum Vorschlag der Kommission an den Rat (Dok. 1-36/82 KOM(82) 408 endg.) über eine Verordnung zur Beschleunigung der Agrarentwicklung in bestimmten Gebieten Griechenlands.
- 247 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1981-1982, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzungen vom 5. bis 9. Juli 1982, *ABl. Nr. 1-287*, S. 314.

- 248 Dok. EP 1-184/82, Bericht im Namen des Landwirtschaftsausschusses zum Vorschlag der Kommission an den Rat (Dok. 1-1089/81 – KOM(82) 12 endg.) über eine Richtlinie zur Änderung der Richtlinien 72/159/EWG, 72/160/EWG und 72/161/EWG zu den Agrarstrukturen.
- 249 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1981-1982, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzungen vom 14. bis 18. Juni 1982, *ABL. Nr. 1-286*, S. 39f.
- 250 Europäische Volkspartei, Herausforderung Europa, *Ebd.*, S. 59.
- 251 *Arbeitsbericht der Fraktion der Europäischen Volkspartei, Juli 1984 – Juli 1985*, Europäisches Parlament, Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christlich-demokratische Fraktion), Sekretariat, Luxemburg, September 1985, S. 68.
- 252 KOM(85) 333.
- 253 *Flash*, 16. Januar 1986, II/34/86/SL-CL/D-F/edd.
- 254 Doc. A2-185/85.
- 255 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1985-1986, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzungen vom 13. bis 17. Januar 1986, *ABL. Nr. 2-334*, S. 131/132.
- 256 Bericht A2-155/87, mündliche Anfrage 0-120/87 und EntschlieÙung B2-1247/87.
- 257 EVP-Fraktion, *Herausforderung Europa. Grundsatzpositionen, Verwirklichungen und Zielsetzungen der Fraktion der EVP 1979 bis 1984*, Dezember 1983, S. 7.
- 258 EVP, Politique extérieure européenne commune, *Œuvrer pour l'unification européenne*, März 1981, Archive der EVP-Fraktion, Europäisches Parlament, Brüssel, S. 61.
- 259 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1979-1980, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzungen vom 11. bis 15. Februar 1980, *ABL. Nr. 251*, S. 318f.
- 260 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1979-1980, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzungen vom 19. bis 23. Mai 1980, *ABL. Nr. 251*, S. 305.
- 261 Dok. 1-707/79.
- 262 EVP, Politique extérieure européenne commune, *Œuvrer pour l'unification européenne*, März 1981, Archive der EVP-Fraktion, Europäisches Parlament, Brüssel, S. 22-23.
- 263 Dok. 1-778/79 geändert II.
- 264 Dok. 1-779/79 geändert.
- 265 Dok. 1-773/79.
- 266 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1979-1980, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzungen vom 11. bis 15. Februar 1980, *ABL. Nr. 251*, S. 318f.
- 267 Dok. A2-38/86.
- 268 Tindemans, Leo, Redebeitrag in der Aussprache über die Menschenrechte in Polen, 17. September 1980, *ABL.*, Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Ausführlicher Sitzungsbericht, Nr. 1-260, S.184.
- 269 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1980-1981, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzungen vom 15. bis 19. September 1980, *ABL. Nr. 1-260*, S. 155.
- 270 Fraktion der Europäischen Volkspartei, *Arbeitsbericht der Fraktion, Juli 1981-Juli 1982*, September 1982, Luxemburg, S. 50.
- 271 Christlich-demokratische Fraktion, „Le Parlement Européen adopte le rapport de Pierre Deschamps sur la situation en Pologne“, *Flash*, 24. Juni 1982, Brüssel.
- 272 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1983-1984, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzungen vom 14. bis 18. November 1983, *ABL. Nr. 1-306*, S. 55.
- 273 Pflimlin, Pierre, „Paix et liberté“, *CD-Europa Bulletin Nr. 3*, 1983, S. 9.
- 274 „Freiheit bewahren. Frieden schaffen. Europa einigen“, Dokumente vom IV. Kongress der EVP, *CD-Europa Bulletin Nr. 1*, 1983, S. 8.

- 275 „Entschließung“, Dokumente vom IV. Kongress der EVP, *CD-Europa Bulletin Nr. 1*, 1983, S. 10.
- 276 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1983-1984, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzungen vom 14 bis 18. November 1983, *ABl. Nr. I-306*, S. 46.
- 277 Dok. 1-957/83.
- 278 Dok. 1-956/83.
- 279 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1983-1984, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzungen vom 14 bis 18. November 1983, *ABl. Nr. I-306*, S. 41f.
- 280 EVP-Fraktion, „Explication de vote de Paul Vankerkhoven (PSC-PPE/B) concernant la proposition de résolution sur le déploiement de missiles en Europe occidentale“, *Flash*, 16. November 1983, Straßburg, S. 1.
- 281 EVP-Fraktion, „Explication de vote de Paul Vankerkhoven (PSC-PPE/B) concernant la proposition de résolution sur le déploiement de missiles en Europe occidentale „, a.a.O., S. 1.
- 282 *Ebd.*, S. 1.
- 283 Dok. 2-1206/84.
- 284 Dok. 2-1206/84.
- 285 EVP-Fraktion, „Situation internationale. L'avenir de la sécurité de l'Europe“, *Dossier sur les Journées d'Etude de Florence*, 30. August – 3. September 1982, Europäisches Parlament, S. 12.
- 286 EVP-Fraktion, „Sicherheit und Verteidigung“, *Arbeitsbericht der EVP-Fraktion, Juli 1981 – Juli 1982*, September 1982, S. 51.
- 287 Lecanuet, Jean, *CD-Europa*, April 1984, S. 17.
- 288 EVP-Fraktion, „Situation internationale. L'avenir de la sécurité de l'Europe“, *Dossier sur les Journées d'Etude de Florence*, 30. August – 3. September 1982, S. 13.
- 289 EVP-Fraktion, „Situation internationale. L'avenir de la sécurité de l'Europe“, a.a.O., S. 13.
- 290 Dok. B1-0119/80.
- 291 EVP-Fraktion, *Arbeitsbericht der EVP-Fraktion, Juli 1979 – Juli 1980*, August 1980, S. 15.
- 292 Dok. 1-119/80.
- 293 Dok. 1-119/80.
- 294 Dok. B2-171/86.
- 295 EVP-Fraktion, *Arbeitsbericht der EVP-Fraktion, Juli 1985 – Juli 1986*, Europäisches Parlament, Luxemburg, September 1986, S. 72.
- 296 Pflimlin, Pierre, *Mémoires d'un Européen*, Paris, Librairie Arthème Fayard, 1991.
- 297 Leo Tindemans, Präsident des Ministerrats, 22. Januar 1987.
- 298 Europäischer Rat von Fontainebleau, 25./26. Juni 1984, Europa-Rapid – Pressemitteilungen, *DOK/84/2*.
- 299 *Arbeitsbericht der EVP-Fraktion, Juli 1984 – Juli 1985*, Europäisches Parlament, EVP-Fraktion, September 1985, S. 13.
- 300 Pflimlin, Pierre, *Mémoires d'un Européen*, Librairie Arthème Fayard, 1991, S. 348.
- 301 Dok. A 2-17/85.
- 302 *Arbeitsbericht der EVP-Fraktion, Juli 1984 – Juli 1985*, Europäisches Parlament, EVP-Fraktion, September 1985, S. 30.
- 303 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1984-1985, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 17. April 1985, Nr. 2-325, S. 116.
- 304 Erklärung zum Abschluss des Treffens der christlich-demokratischen Regierungschefs und der Vorsitzenden der EVP-Mitgliedsparteien, Rom, 19. und 20. Juni 1985, *Arbeitsbericht der EVP-Fraktion, Juli 1984 – Juli 1985*, Europäisches Parlament, EVP-Fraktion, September 1985, S. 17-18.
- 305 Kolloquium „Wirtschafts- und Währungsunion: Ziel 1992“, EVP(CD)-Fraktion, 5.-6. Oktober 1987, Paris, S. 14.
- 306 Tagung der EVP-Fraktion in Aachen, 6. Mai 1982.

- 307 Dok. A1-1552/83.
- 308 Dok. 2-704/84.
- 309 Dok. A1-32/84.
- 310 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1983-1984, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzungen vom 9. bis 13. April 1984, *ABl. Nr. 1-313*, S. 24.
- 311 *Europäische Hefte*, Nr. 50, Mai 1985, S. 19.
- 312 *Europäische Hefte*, Nr. 50, Mai 1985, S. 66.
- 313 Dok. A2-50/85.
- 314 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1984-1985, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzungen vom 10. bis 14 Juni 1985, *ABl. Nr. 2-327*, S. 114-115.
- 315 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1984-1985, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzungen vom 10. bis 14 Juni 1985, *ABl. Nr. 2-327*, S. 120.
- 316 Bericht des Ad-hoc-Ausschusses für institutionelle Fragen (Brüssel, 29.-30. März 1985), *Bulletin der Europäischen Gemeinschaften*, März 1985, Nr. 3, S. 111-119.
- 317 EntschlieÙung mit der Stellungnahme des Europäischen Parlaments zu der Einberufung einer Regierungskonferenz der Mitgliedstaaten, wie sie am 28. Juni 1985 vom Europäischen Rat in Mailand beschlossen wurde, *ABl. Nr. C 229*, S. 29-30.
- 318 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1985-1986, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzungen vom 8. bis 12 Juli 1985, *ABl. Nr. 2-328*, S. 52.
- 319 *Arbeitsbericht der EVP-Fraktion, Juli 1985 – Juli 1986*, Europäisches Parlament, EVP-Fraktion, September 1986, S. 18.
- 320 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1985-1986, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzungen vom 9. bis 13. Dezember 1985, *ABl. Nr. 2-333*, S. 138-139.
- 321 EntschlieÙung zur Stellungnahme des Europäischen Parlaments zur einzigen Europäischen Akte, die von der Regierungskonferenz am 16. und 17. Dezember 1985 gebilligt wurde, 16. Januar 1986, *ABl. Nr. C 36*, S. 144-145.
- 322 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1985-1986, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzungen vom 13. bis 17 Januar 1986, *ABl. Nr. 2-334*, S. 220.
- 323 Art. 7 Absatz 2 der Einheitlichen Akte, *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften*, Nr. L 169 vom 29. Juni 1987.
- 324 Art. 13 der Einheitlichen Akte, *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften*, Nr. L 169 vom 29. Juni 1987.
- 325 Dok. A2-42/87.
- 326 Kommission der Europäischen Gemeinschaften, „Europa 1992. Die große Herausforderung“, *SEK (88)524*, 13. April 1988.
- 327 Dok. A2-39/88.
- 328 Dok. B2-390/88.
- 329 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1987-1988, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzungen vom 13. bis 17. Juni 1988, *ABl. Nr. 2-366*, S. 173-174.
- 330 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1987-1988, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzungen vom 13. bis 17. Juni 1988, *ABl. Nr. 2-366*, S. 176.
- 331 Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Hannover, 26.-27. Juni 1988, *DOK/88/8*.
- 332 *Arbeitsbericht der EVP-Fraktion, Juli 1987 – Juli 1988*, Europäisches Parlament, EVP-Fraktion, Sekretariat, Luxemburg, September 1988, S. 17.
- 333 Dok. A3-0102/91.
- 334 Dok. A3-0417/92.
- 335 Protokoll der Sitzung vom 22. November 1990, Teil II, Ziff. 6. EntschlieÙung zum Gipfel in Rom, 24. Januar 1991, *ABl. Nr. C 48* vom 25. Februar 1991.

- 336 Studientage, Galway, 2.-6. Mai 1988, *Europäische Hefte*, Nr. 56, S. 7.
- 337 Pflimlin, Pierre, *Mémoires d'un Européen de la IVe à la Ve République*, Paris, Fayard, 1991, S. 371.
- 338 Europäischer Rat vom 25./26. Juni 1984 in Fontainebleau, Europa-Rapid-Pressemitteilungen, DOC/84/2.
- 339 Bericht des Ad-hoc Ausschusses „Für ein Europa der Bürger“ beim Europäischen Rat, SN/848/6/85 (EDC), *EP 98.125*.
- 340 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1983-1984, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzungen vom 24. bis 27. Juli 1984, *ABl. Nr. 2-315*, S. 44.
- 341 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1984-1985, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzungen vom 8. bis 12. Juli 1985, *ABl. Nr. 2-328*, S. 57.
- 342 Dok. A2-139/85.
- 343 Dok. A2-133/85.
- 344 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1985-1986, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzungen vom 11. bis 15. November 1985, *ABl. Nr. 2-332*, S. 116.
- 345 Dok. A2-18/89.
- 346 „*Das Europa der Bürger*“, EVP-Fraktion, Texte und Dokumente, Brüssel 1993, S. 8.
- 347 Dok. A3-199/91.
- 348 Dok. 1-78/83 A+B.
- 349 Dok. A2-109/86.
- 350 Dok. A3-92/91.
- 351 Dok. A3-73/90.
- 352 Dok. A3-305/90. In dem Bericht wird vorgeschlagen, die Haushaltsmittel für die Programme ERASMUS, COMET, LINGUA und TEMPUS aufzustocken und zusätzliche Maßnahmen für wirtschaftlich und sozial benachteiligte Studenten einzuführen.
- 353 Dok. A2-119/86.
- 354 Dok. A3-139/92. In dem Bericht geht es um die Bekämpfung des Analphabetentums, Anreize zum Studieren und zum Erlernen von Fremdsprachen sowie die Anerkennung von Abschlüssen und Studienzeiten.
- 355 „*Das Europa der Bürger*“, EVP-Fraktion, Texte und Dokumente, Brüssel 1993, S. 10.
- 356 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1990-1991, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 14. Juni 1991, *ABl. Nr. 3-406*, S. 423.
- 357 Dok. A3-0300/91.
- 358 Dok. A3-0298/92.
- 359 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1992-1993, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 16. Dezember 1992, *ABl. Nr. 3-425*, S. 205.
- 360 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1993-1994, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 17. November 1993, *ABl. Nr. 3-428*, S. 123.
- 361 Dok. A3-0133/94.
- 362 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1985-1986, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 11. bis 15. November 1985, *ABl. Nr. 2-332*, S. 104 f.
- 363 Dok. B2-1124/85 geändert und Dok. B2-1125/85.
- 364 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1985-1986, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 11. bis 15. November 1985, *ABl. Nr. 2-332*, S. 120.
- 365 Der Initiativbericht über diese Frage wurde noch vor dem Vorschlag der Kommission (Dok. A2-197/87) vorgelegt, die Abstimmung darüber fand am 15. Dezember 1987 statt.

- 366 Dok. A2-392/88.
- 367 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1993-1994, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 17. November 1993, *ABl. Nr. 3-428*, S. 128 f.
- 368 Lecanuet, Jean, „Unsere Auffassung vom Menschen leitet unser demokratisches Menschenbild“, *CD-Europa Bulletin* Nr. 3, 1980, S. 12.
- 369 *ABl. EG Nr. C 103* vom 27. April 1977.
- 370 Fraktion der EVP, *30 Jahre. 1953-1983*, Juni 1983, S. 52.
- 371 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1985-1986, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzungen vom 9. bis 13. Dezember 1985, *ABl. EG Nr. 2-333*, S. 326-327.
- 372 EVP-Fraktion, *Arbeitsbericht der Fraktion, Juli 1979 – Juli 1980*, August 1980, S. 127.
- 373 EVP-Fraktion, *Arbeitsbericht der Fraktion, Juli 1979 – Juli 1980*, August 1980, S. 127.
- 374 *ABl. EG Nr. C 50* vom 9. März 1981, S. 35.
- 375 *ABl. EG Nr. C 46* vom 20. Februar 1984, S. 42.
- 376 EVP-Fraktion, *Arbeitsbericht der Fraktion, Juli 1984 – Juli 1985*, September 1985, S. 252.
- 377 KOM(81) 758 endg.
- 378 Richtlinie des Rates vom 19. Dezember 1978 zur schrittweisen Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen im Bereich der sozialen Sicherheit (79/7/EWG), *Amtsblatt* Nr. L 6 vom 10. Januar 1979, S. 24; Richtlinie des Rates vom 24. Juli 1986 zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen bei den betrieblichen Systemen der sozialen Sicherheit (86/378/EWG), *Amtsblatt* Nr. L 225/40 vom 12. August 1986.
- 379 Dok. A 2-95/87.
- 380 Dok. A 2-294/87.
- 381 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1987-1988, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzungen vom 12. bis 16. Oktober 1987, *ABl. EG Nr. 2-356*, S. 59-60.
- 382 Dok. A3-285/91.
- 383 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1987-1988, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzungen vom 12. bis 16. Oktober 1987, *ABl. EG Nr. 2-356*, S. 88.
- 384 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1987-1988, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzungen vom 12. bis 16. Oktober 1987, *ABl. EG Nr. 2-356*, S. 79.
- 385 EVP-Fraktion, *Arbeitsbericht der EVP-Fraktion, Juli 1985 – Juli 1986*, Europäisches Parlament, Luxemburg, September 1986, S. 55.
- 386 Dok. B2-1416/85.
- 387 *Die gemeinsame und feierliche Erklärung des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit*, Juni 1986.
- 388 Dok. B3-518-546-578 und 595/90.
- 389 Dok. B3-932-969-987-988-989 und 1012/90.
- 390 Dok. B3-973 und 1049, Dok. B3-1049/92.
- 391 *Arbeitsbericht der EVP-Fraktion*, Juli 1991 – Juli 1992, S. 23.
- 392 *Gemeinsame Entschliessung vom 15. Juli 1993*, EP 174.419, S. 11.
- 393 Resolution der Vereinten Nationen vom 21.2.1992, Resolution 815 vom 30.3.1993, Resolution 842 vom 17.6.1993.
- 394 Pflimlin, Pierre, *Le choix d'une vie*, Entretiens avec Edouard Pflimlin et Carole Monmarché, Editions du Signe, 2001, S. 123-124.
- 395 Fraktion der EVP, *30 Jahre. 1953-1983*, Juni 1983, S. 52.
- 396 „Schlusserklärung des III. EVP-Kongresses“, *CD-Europa Bulletin* Nr. 3, 1980, S. 10-11.
- 397 EVP-Fraktion, *Herausforderung Europa. Grundsatzpositionen, Verwirklichungen und Zielsetzungen der Fraktion der EVP, 1979 bis 1984*, EVP-Fraktion, Dezember 1983, S. 10-11.

- 398 EVP-Fraktion, *Herausforderung Europa. Grundsatzpositionen, Verwirklichungen und Zielsetzungen der Fraktion der EVP, 1979 bis 1984*, EVP-Fraktion, Dezember 1983, S. 10-11.
- 399 Dok. A2-117/85, Abstimmung über den Bericht am 22.10.1985.
- 400 EVP-Fraktion, *Arbeitsbericht der Fraktion, Juli 1985 – Juli 1986*, September 1986, Luxemburg, S. 51.
- 401 Wortmeldung von Kai-Uwe von Hassel im Rahmen der Aussprache vom 8. Juli 1982, in: EVP-Fraktion, *30 Jahre. 1953-1983*, Juni 1983, S. 48.
- 402 „Uruguay: les partis démocratiques exclus“, *CD-Europa Bulletin*, Nr.° 2, 1982, S.13.
- 403 „Die politische Lage in Lateinamerika“ in *Arbeit an der europäischen Einigung, Sachbeiträge aus der Fraktion der EVP (CD-Fraktion) des Europäischen Parlaments*, EVP-Fraktion, März 1982, S. 75.
- 404 Klepsch, Egon A. *Entschließungsantrag im Namen der Fraktion der Europäischen Volkspartei vom 14. September 1981 zu El Salvador*, Dok. 1-486/81, Archiv des Europäischen Parlaments, Luxemburg.
- 405 Dok. 1-138/82.
- 406 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1980-1981, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzungen vom 14. bis 18. April 1980, *ABl. Nr. 1-255*, S. 109.
- 407 Klepsch, Egon, „Solidarität mit Lateinamerika“, Studententage Lissabon, 2.–6. Juni 1986, *Europäische Hefte* Nr. 52, Juni 1986, S. 143.
- 408 *a. a. O.*, S. 143.
- 409 *Ebd.*, S. 148.
- 410 In ihrer Wortmeldung im Verlauf der Aussprache zur Entwicklungspolitik der Gemeinschaft sagt Renate-Charlotte Rabbethge: „*Unser Europäisches Parlament war im Kampf gegen Armut und Hunger in der Welt geeint; die Entscheidung liegt auf der Hand: wo Hunger herrscht, kann es keine Freiheit geben*“. In *Fraktion der EVP. 30 Jahre. 1953 -1983*, Juni 1983, S. 48.
- 411 Aussprache über den Hunger in der Welt am 16. und 18. September 1980, in *Fraktion der Europäischen Volkspartei, 30 Jahre. 1953 -1983*, Juni 1983, S. 37.
- 412 Dok. 1-327/79.
- 413 Dok. 1-393/79; Fraktion der EVP, *Herausforderung Europa: Grundsatzpositionen, Verwirklichungen und Zielsetzungen der Fraktion der EVP, 1979 bis 1984*, Brüssel, Dezember 1983, 278 S., S. 188.
- 414 „Hunger in der Welt“, *CD-Europa Bulletin* Nr. 3, 1980, S. 17.
- 415 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1979-1980, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzungen vom 22. bis 26. Oktober 1979, *ABl. Nr. 246*, S. 298.
- 416 Fraktion der EVP, *Herausforderung Europa: Grundsatzpositionen, Verwirklichungen und Zielsetzungen der Fraktion der EVP, 1979 bis 1984*, Brüssel, Dezember 1983, S. 189.
- 417 „Die Europäische Gemeinschaft und ASEAN“, in *Europa Information „Außenbeziehungen“*, Nr. 27/79- Dezember 1979, Sprechergruppe der Kommission, 1979, *Arbeit an der europäischen Einigung*, Sachbeiträge aus der Fraktion der Europäischen Volkspartei, Mai 1982, S. 65.
- 418 Dok. 1-416/79.
- 419 Dok. 1-223/79.
- 420 Dok. 1-284/80.
- 421 Dok. 1-821/80; Dok. 1-177/80.
- 422 Dok. 1-734/79.
- 423 Fraktion der EVP, *Herausforderung Europa: Grundsatzpositionen, Verwirklichungen und Zielsetzungen der Fraktion der EVP, 1979 bis 1984*, Dezember 1983, S.185.
- 424 Fraktion der EVP, *Arbeitsbericht der Fraktion der EVP, Juli 1980 – Juli 1981*, Oktober 1981, S. 167.
- 425 „V. Tagung der Beratenden Versammlung AKP-EWG“, *CD-Europa Bulletin* Nr. 3, 1980, S. 13.

- 426 Colombo, Emilio, „Le Parti Populaire Européen et l’Afrique: Les Grands choix politique“, *Europäische Hefte*, Studentage in Limerick vom 1.-4. Juni 1982, Juni 1982, Nr. 46, S. 31.
- 427 a. a. O., S. 32.
- 428 Fraktion der EVP, *Arbeitsbericht der Fraktion der EVP, Juli 1984 – Juli 1985*, September 1985, S. 220.
- 429 Fraktion der EVP, *Arbeitsbericht der Fraktion der EVP, Juli 1984 – Juli 1985*, September 1985, S. 223.
- 430 Pflimlin, Pierre, *Mémoires d’un Européen de la IV^{ème} à la V^{ème} République*, Fayard, Paris, 1991, S. 340.
- 431 Fraktion der EVP, *Arbeitsbericht der Fraktion der EVP, Juli 1984 – Juli 1985*, September 1985, S. 212.
- 432 Sohail, Anne-Marie, „L’utilisation de la Convention Lomé III comme instrument de promotion des sociétés pluralistes dans les pays d’Afrique“, Journées d’Etude de Lisbonne, 2-6 1986, *Europäische Hefte* Nr. 52, Juni 1986, S. 133.
- 433 *Die EVP-Fraktion und die künftigen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und den AKP-Ländern*, Juni 1998.
- 434 a. a. O.
- 435 Martens, Wilfried, *Mémoires pour mon pays, a. a. O.*, S. 295.
- 436 Martens, Wilfried, *Mémoires pour mon pays, a. a. O.*, S. 296.
- 437 Gil-Robles Gil-Delgado, José-María, *Passion d’Europe*, Brüssel, Racine, PPE-DE.
- 438 Fraktion der EVP, „L’Evolution des relations est-ouest et l’avenir de l’Europe“, Arbeitsdokument für die Studientage der Fraktion in Brüssel am 13. November 1987, S. 1.
- 439 Fraktion der EVP, „L’Evolution des relations est-ouest et l’avenir de l’Europe“, Arbeitsdokument für die Studientage der Fraktion in Brüssel am 13. November 1987, S. 2.
- 440 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1987-1988, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzungen vom 12 bis 16. Oktober 1987, *ABl. Nr. 2-356*, S. 122.
- 441 Fraktion der EVP, „La Vie du Groupe. La présidence du Groupe du PE à Moscou“, *Flash* der Sitzung, Nr. 3, 1987, S. 2.
- 442 *Arbeitsbericht der Fraktion der EVP, Juli 1986 – Juli 1987*, September 1987, S. 6.
- 443 Fraktion der EVP, „Colloque du Groupe sur la « Perestroïka » de Mikhaïl Gorbathev“, *Flash* vom 13. November 1987, S. 2.
- 444 Fraktion der EVP, „Colloque du Groupe sur la « Perestroïka » de Mikhaïl Gorbathev“, *Flash* vom 13. November 1987, S. 3.
- 445 Protokoll des Fraktionsvorstands, 29. Oktober 1989.
- 446 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1989-1990, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzungen vom 20. bis 24. November 1989, *ABl. Nr. 3-383*, S. 192-197.
- 447 Fraktion der EVP, „Intervention de Pierre Bernard-Reymond (F) dans le débat sur l’Europe centrale et l’Europe de l’Est“, *Flash*, Dok.III/89/228: AV-mm-F, 22. November 1989, S. 1.
- 448 a. a. O.
- 449 Fraktion der EVP, „Erklärung der EVP-Fraktion zu den neuen Perspektiven der Europäischen Gemeinschaft für die 90er Jahre“, *Flash*, Dok. III/260/89/SL/D/en, Straßburg, 7. Dezember 1989, S. 1.
- 450 a. a. O.
- 451 *Ebd.*
- 452 Fraktion der EVP, „Feierliche Sitzung der Fraktion der EVP im Europäischen Parlament anlässlich der Deutschen Wiedervereinigung“, Dok. III/90/501/AV-mm/D, *Flash*, Brüssel, 2. Oktober 1990, S. 1.
- 453 a. a. O., S.1-2.
- 454 *Ebd.*, S. 2.
- 455 *Ebd.*
- 456 *Ebd.*

- 457 *Ebd.*
- 458 *Ebd.*
- 459 *Ebd.*
- 460 *Europäische Hefte*, Studientage auf Kreta, vom 30. April bis 4. Mai 1990, Nr. 59, April/Mai 1990, S. 42.
- 461 Wortmeldung von Jean-Louis Bourlanges zu Polen, *Flash*, 14. September 1989, Dok. III/89/75/AV-mm/F, S. 1.
- 462 Fraktion der EVP, Studientage in Schwerin, 30. August – 3. September 1993.
- 463 Fraktion der EVP, „Besuch von Boris Jelzin bei der Fraktion der EVP im Europäischen Parlament“, *Flash*, Dok. III/91/268/AV-mm/F, 16. April 1991, S. 2.
- 464 Fraktion der EVP, *Arbeitsbericht, Juli 1991 – Juli 1992*, S. 13.
- 465 Dok. B2-1052/87.
- 466 Landsbergis, Vytautas, *Jahre der Entscheidung: Litauen auf dem Weg in die Freiheit. Eine politische Autobiographie*. edition tertium, Ostfildern vor Stuttgart, 1997, S. 22-25.
- 467 Fraktion der EVP, „L'Internationale Démocrate-chrétienne réunie à Bruxelles rencontrera la presse le 18 janvier 1991“, *Flash* vom 17. Januar 1991, Brüssel, Dok. III/16/91/CL/hv, S. 1.
- 468 Fraktion der EVP, „Appel du Ministre lithuanien des affaires étrangères Algirdas Saudargas“, *Flash* vom 18. Januar 1991, Brüssel, Dok. III/91/25/YP-AV-mm, S. 1.
- 469 Fraktion der EVP, „Wilfried Martens, Président du PPE : Les dirigeants soviétiques doivent respecter la volonté des peuples baltes“, *Flash* vom 18. Januar 1991, Brüssel, Dok. CL/hv, S. 1.
- 470 Fraktion der EVP, „Wilfried Martens et Egon A. Klepsh expriment à Mikhaïl Gorbatchev leur inquiétude à propos de la situation dans les Etats baltes“, *Flash* vom 24. Januar 1991, Straßburg, Dok. III/64/91/CL/hv, S. 1.
- 471 Dok. PE 146.416; Fraktion der EVP, *Arbeitsbericht, Juli 1990 – Juli 1991*, September 1991, S. 43.
- 472 Dok. PE 152.804; Fraktion der EVP, *Arbeitsbericht, Juli 1990 – Juli 1991*, September 1991, S. 43.
- 473 Fraktion der EVP, Protokoll der Fraktionssitzung vom Dienstag, den 9. Juli 1991, Straßburg, Dok FR\PV\114153.JR, S. 1.
- 474 Dok. A3-109/93.
- 475 Europäisches Parlament, Generaldirektion Studien, *La crise dans la ex-Yougoslavie*, Luxemburg, 1993, S. 14.
- 476 Die Serben lehnen beispielsweise eine Unabhängigkeit der Vertretungen des Bundes der Kommunisten in den einzelnen Republiken ab und treten für den Erhalt eines zentralen jugoslawischen Bundes der Kommunisten ein. Die Slowenen wollen nicht länger einem Bundesgremium unterstellt sein. Sie legen einen Vorschlag zur Umstrukturierung der Bundespartei vor, um die Autonomie der Kommunistischen Parteien in den Republiken zu gewährleisten. In: Europäisches Parlament, Generaldirektion Studien, *La crise dans la ex-Yougoslavie*, Luxemburg, 1993, S. 20.
- 477 Fraktion der EVP, „Yougoslavie and Kosovo“, *Flash Session*, Sitzungen vom 18. bis 22. Februar 1991, S. 13.
- 478 *a. a. O.*, S. 13.
- 479 Fraktion der EVP, „Yougoslavie: Le maintien des frontières actuelles, gage de paix dans les Balkans“, *Flash Session*, Sitzung vom 11. bis 15. März 1991, S. 21.
- 480 Fraktion der EVP, *Arbeitsbericht, 1991-1992*, S. 24.
- 481 Fraktion der EVP, *Arbeitsbericht, 1991-1992*, S. 24.
- 482 Fraktion der EVP, *Arbeitsbericht, 1991-1992*, S. 24.
- 483 Fraktion der EVP, „La question yougoslave: Si l'armée intervient, la Communauté doit reconnaître l'indépendance de la Croatie et de la Slovénie“, *Flash Session*, Sitzungen vom 8 bis 12. Juli 1991, S. 24.
- 484 Fraktion der EVP, „La question yougoslave: Si l'armée intervient, la Communauté doit reconnaître l'indépendance de la Croatie et de la Slovénie“, *Flash Session*, Sitzungen vom 8 bis 12. Juli 1991, S. 21.
- 485 *a. a. O.*, S. 21.

- 486 *Ebd.*, S. 21.
 487 *Ebd.*, S. 22.
 488 *Ebd.*, S. 22-23.
 489 *Ebd.*, S. 23.
 490 *Ebd.*, S. 23
 491 *Ebd.*, S. 23.
 492 Am 15. September 1991.
 493 Am 15. Oktober 1991.
 494 Fraktion der EVP, „La Yougoslavie: la communauté peut et doit montrer sa force politique et sa cohésion à l'échelle mondiale“, *Flash Session*, Sitzungen vom 9. bis 13. September 1991, S. 9.
 495 *a. a. O.*
 496 *Ebd.*
 497 *Ebd.*
 498 *Ebd.*, S. 9-10.
 499 Fraktion der EVP, „Aide humanitaire à l'ex-Yougoslavie: D'un côté les vivres et les médicaments, de l'autre les obus“, *Flash Session*, Sitzungen vom 9. bis 13. März 1992, S. 23.
 500 Fraktion der EVP, „Urgences“, *Flash Session*, Sitzungen vom 9. bis 13. März 1992, S. 27.
 501 Fraktion der EVP, „L'UEDC condamne l'agression „inacceptable“ de la Serbie contre la Bosnie-Herzégovine“, *Flash Session*, Sitzungen vom 11. bis 15. Mai 1992, S. 6.
 502 *a. a. O.*, S. 6.
 503 *Ebd.*, S. 6.
 504 Dok. A3-208/92.
 505 Fraktion der EVP, „Les relations avec les républiques de l'ex-Yougoslavie: l'Europe entâchée du sang yougoslave“, *Flash Session*, Sitzungen vom 8. bis 12. Juni 1993, S.16-17.
 506 *a. a. O.*, S. 17.
 507 *Ebd.*, S. 17.
 508 *Ebd.*, S. 17.
 509 *Ebd.*, S. 19.
 510 *Ebd.*, S. 19.
 511 Fraktion der EVP, „La situation en Bosnie-Hertégovine“, *Flash Session*, Sitzungen vom 24. bis 28. Mai 1993, S. 8.
 512 *a. a. O.*, S. 8.
 513 *Ebd.*, S. 8.
 514 *Ebd.*, S. 9.
 515 *Ebd.*, S. 9.
 516 *Ebd.*, S. 9.
 517 Fraktion der EVP, „Le Groupe du PPE soutient et participe à la grande Opération „Europe- Sarajevo““, *Flash Session*, Sitzungen vom 18. bis 22. Januar 1993, S. 8.
 518 Die EVP-Fraktion vertritt die Auffassung, dass das Europäische Parlament mit einer Vergabe des Sacharow-Preises 1993 an die Redaktion der Tageszeitung *Oslobodjenje* nicht nur seine Unterstützung für die Meinungs- und Pressefreiheit als wesentliche Grundlagen einer Demokratie, sondern auch seine uneingeschränkte Verurteilung der Menschenrechtsverletzungen und insbesondere der ethnischen Säuberungen im ehemaligen Jugoslawien zum Ausdruck bringt, wo Frauen, Männer und Kinder Tag für Tag den unterschiedlichsten Gewaltakten zum Opfer fallen. Innerhalb dieser Welt des Krieges bietet *Oslobodjenje* einen kleinen Funken Hoffnung und Menschlichkeit. In: Fraktion der Europäischen Volkspartei, „ Le Groupe du PPE propose la candidature du quotidien *Oslobodjenje* de Sarajevo pour le prix Sakharov 1993 du Parlement européen „, *Flash Session*, Sitzungen vom 13. bis 17. September 1993, S. 3.
 519 Dok. EP 215.213.
 520 Dok. EP 215.213.

- 521 Dok. EP 215.213.
- 522 *Pour la démocratie européenne*, EVP, Texte und Dokumente 2/1991, S. 5.
- 523 „Manifeste ‚Europe 2000‘“, Parlamentarische Konferenz von Luxemburg, 4.-6. Juli 1990, EVP-Fraktion, Forschungs- und Dokumentationsdienst, def./II.
- 524 EVP-Fraktion, *Pour la démocratie européenne*, Texte und Dokumente, 2/1991, S. 3.
- 525 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1991-1992, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 23. Oktober 1991, *ABl. Nr. 3-410*, S. 169.
- 526 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1991-1992, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 23. Oktober 1991, *ABl. Nr. 3-410*, S. 178.
- 527 a. a. O.
- 528 *Ebd.*, S. 185.
- 529 Herman, Fernand, „Le beurre et l’argent du beurre“ in „*Europa Patria Mea*“, Didier Devillez Hrsg., Brüssel 2006, S. 37.
- 530 a. a. O., S. 32.
- 531 *Ebd.*, S. 29.
- 532 Martens, Wilfried, *Mémoires pour mon pays*, a. a. O., S. 285.
- 533 Gemäß der Präambel des Vertragsentwurfs: „*In der Absicht, gemeinsamen Institutionen nach dem Grundsatz der Subsidiarität nur die Zuständigkeiten zu übertragen, die sie benötigen, um die Aufgaben zu bewältigen, die sie wirkungsvoller wahrnehmen können als jeder einzelne Mitgliedstaat für sich.*“ und Artikel 12: „*Die Union wird nur tätig, um die Aufgaben zu verwirklichen, die gemeinsam wirkungsvoller wahrgenommen werden können als von den einzelnen Mitgliedstaaten allein, insbesondere Aufgaben, deren Bewältigung ein Handeln der Union erfordert, weil ihre Ausmaße oder ihre Auswirkungen über nationale Grenzen hinausreichen.*“
- 534 Vertrag über die Europäische Union, *ABl. Nr. C 224*, 31. August 1992.
- 535 *Flash*, 3. Juni 1992, III/401/92/CL/ssi.
- 536 EVP-ED-Fraktion, *Leo Tindemans – Der Europäer*, Dienststelle Forschung, Dokumentation und Veröffentlichungen, S. 98.
- 537 Studententage, London, 7. – 11. September 1992, *Europäische Hefte*, S. 13-15.
- 538 *Flash*, 9. September 1992, III/588/92.
- 539 *Flash*, 23. September 1992, III/624/92/LT.
- 540 *Flash*, 30. Juni 1992, III/92/477/AV-mm.
- 541 Entschließung zu den Ergebnissen des Europäischen Rates vom 21. und 22. Juni in Kopenhagen, *ABl. Nr. C 194* vom 19. Juli 1993.
- 542 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1993-1994, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 9. Februar 1994, *ABl. Nr. 3-442*, S. 126.
- 543 a. a. O., S. 126.
- 544 *Ebd.*, S. 133.
- 545 *Ebd.*, S. 129.
- 546 *ABl. Nr. C 61* vom 28. Februar 1994, S. 155.
- 547 Studententage in Konstanz, 31. August – 2. September 1987, *Europäische Hefte*, Nr. 55, Luxemburg, August-September 1987, Fraktion der Europäischen Volkspartei (CD) des Europäischen Parlaments, 1987, S. 81-146.
- 548 *Flash*, 1. Juni 1988, II/308/88/YP/hv.
- 549 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1988-1989, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzungen vom 16. bis 20. Januar 1989, *ABl. Nr. 2-373*, S. 79.
- 550 a. a. O., S. 84
- 551 Artikel J4.1 des Vertrags von Maastricht: „Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik umfasst sämtliche Fragen, welche die Sicherheit der Europäischen Union betreffen, wozu auf längere Sicht auch die Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik gehört, die zu gegebener Zeit zu einer gemeinsamen Verteidigung führen könnte.“
- 552 Vorwort zu den Dokumenten über die Erweiterung, EVP-Fraktion – Forschungs- und Dokumentationsdienst, Februar 1993.

- 553 „Ist die Neutralität einiger Beitrittskandidaten vereinbar mit der Einführung einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik?“, Arbeitsdokument, Wissenschaft und Dokumentation, Oktober 1993, S. 2.
- 554 „L'adhésion de l'Autriche à l'Union européenne“, *Bericht über das Kolloquium der EVP-Fraktion*, Wien, 16.-17. Juni 1993, Forschungs- und Dokumentationsdienst.
- 555 „Ist die Neutralität einiger Beitrittskandidaten ...“, *a. a. O.*, S. 2.
- 556 *Arbeitsbericht der Fraktion der EVP, Juli 1991 – Juli 1992*, Vorwort, S. 8.
- 557 Herman, Fernand, „*Europa Patria Mea*“, *a. a. O.*, S. 28.
- 558 *Erklärung von Athen, angenommen auf dem IX. Kongress der EVP*, 11.-13. November 1992, Athen, „La responsabilité des Démocrates-Chrétiens dans un monde en plein évolution“, Art. 227 und 228.
- 559 *Flash*, 8. April 1992, III/277/92/CL/hv.
- 560 Dok. A3-0189/92.
- 561 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1992-1993, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 20. Januar 1993, *ABl. Nr. 3-426*, S. 185.
- 562 *a. a. O.*, S. 189.
- 563 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1992-1993, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 14. Juli 1993, *ABl. Nr. 3-433*, S. 187-188; Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1993-1994, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 17. November 1993, *ABl. Nr. 3-438*, S. 146-147.
- 564 EntschlieÙung zu den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 10. und 11. Dezember 1993 in Brüssel, angenommen am 15. Dezember 1993.
- 565 EntschlieÙung zum Stand der Beitrittsverhandlungen mit Österreich, Schweden, Finnland und Norwegen, angenommen am 9. Februar 1994.
- 566 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1993-1994, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 4. Mai 1994, *ABl. Nr. 3-448*, S. 146-147.
- 567 Insbesondere François Froment-Meurice, Jean-Louis Bourlanges und Fernand Herman.
- 568 *Dok. A3-0345/94, Dok. A3-0344/94, Dok. A3-0346/94, Dok. A3-0343/94, Dok. A3-0299/94, Dok. A3-0298/94, Dok. A3-0304/94.*
- 569 Martens, Wilfried, *Mémoires pour mon pays*, Brüssel, Racine, 2006, S. 307.
- 570 *a. a. O.*, S. 306.
- 571 *Ebd.*, S. 323.
- 572 *Ebd.*, S. 314.
- 573 *Ebd.*, S. 314.
- 574 *Ebd.*, S. 317.
- 575 Protokoll – Fraktionssitzung, CD/bem, 9. Juni 1998.
- 576 Protokoll – Fraktionssitzung, CD/bem, 9. Juni 1998.
- 577 Martens, Wilfried, *Mémoires pour mon pays, Ebd.*, S. 338.
- 578 *Ebd.*, S. 338.
- 579 Protokoll der Sitzung der EVP-Fraktion vom 13. Juli 1999 in Brüssel.
- 580 *Le Monde*, 13. Januar 2007.
- 581 Siehe nächstes Kapitel.
- 582 Wilfried Martens, *Mémoires pour mon pays, Ebd.*, S. 340.
- 583 Siehe Bericht von Nicole Fontaine, in: *Mes combats à la présidence du parlement européen*, Plon, 2002.
- 584 Protokoll der Vorstandssitzung vom 29. August 2006.
- 585 Siehe S. 160 ff.
- 586 Konrad, Adenauer, „Gedanken zur Integration“, *Europäische Hefte*, Nr. 25, April 1967, S. 7.
- 587 Schlussfolgerungen des Vorsitzes.
- 588 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1992-1993, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 20. Januar 1993, *ABl. Nr. 3-426*, S. 206.
- 589 EVP-ED-Fraktion, „*Der Weg zur Erweiterung Europas – 1993-2003*“, S. 9.
- 590 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1992-1993, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 23. Juni 1993, *ABl. Nr. 3-432*, S. 146.

- 591 a. a. O., S. 150.
- 592 *Jahrbuch der EVP-Fraktion, Juli 1992 – Juli 1993*, Einleitung, S. 6.
- 593 „*Itinéraire pour une Europe élargie – 1993-2003*“, S. 9.
- 594 Doc. A4-0081/94.
- 595 *Jahrbuch der EVP-Fraktion, Juli 1994 – Juli 1995*, Nachtrag, S. 6.
- 596 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1994-1995, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 30. November 1994, *ABl. Nr. 4-454*, S. 5.
- 597 „*Der Weg zur Erweiterung Europas – 1993-2003*“, S. 10.
- 598 „*Der Weg zur Erweiterung Europas – 1993-2003*“, S. 10.
- 599 Studententage Helsinki 26. – 30. August 1996, Rede von Hanna Suchocka, Mitglied der „Freiheitsunion“, Polen, S. 47.
- 600 Infodoc „Die Erweiterung der Europäischen Union – Chronik der wichtigsten Etappen“, November 1999, S. 7.
- 601 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1996-1997, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 26. Juni 1997, *ABl. Nr. 4-503*, S. 71.
- 602 „*Der Weg zur Erweiterung Europas – 1993-2003*“, S. 11.
- 603 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1996-1997, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 16. Juli 1997, *ABl. Nr. 4-504*, S. 58.
- 604 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1996-1997, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 16. Juli 1997, *ABl. Nr. 4-504*, S. 125.
- 605 a. a. O., S. 129.
- 606 *Ebd.*, S. 129.
- 607 „*Der Weg zur Erweiterung Europas – 1993-2003*“, S. 12.
- 608 „Die Erweiterung der Europäischen Union“, Studententage der EVP-Fraktion, Stockholm, September 1997, S. 2.
- 609 Vorschlag der EVP-Fraktion für den XII: EVP-Kongress in Toulouse vom 9. bis 11. November 1997, „Die Europäische Union und ihre Erweiterung müssen im Interesse aller Europäer ein Erfolg werden“, 11. November 1997.
- 610 „*Der Weg zur Erweiterung Europas – 1993-2003*“, S. 13.
- 611 Studententage der EVP-Fraktion, 4. – 6. Mai 1998, Berlin, S. 5.
- 612 a. a. O., S. 43.
- 613 *Ebd.*, S. 57.
- 614 Hans-Gert Pöttering zum EU-Gipfel in Göteborg: Ein Gipfel der guten Erklärungen, die Taten müssen folgen, 17. Juni 2001 (2001, *Jahrbuch der EVP-ED-Fraktion*, S. 216).
- 615 Dokument PE 285.644, Änderungsantrag zum Bericht Brok über die Erweiterung.
- 616 „*Der Weg zur Erweiterung Europas – 1993-2003*“, S. 21.
- 617 a. a. O., S. 21.
- 618 *Ebd.*, S. 26.
- 619 *Ebd.*, S. 26-27.
- 620 Dok. A5-0111/2004.
- 621 05.05.2003, „Die EVP-ED-Fraktion begrüßt 69 Beobachter aus den zehn Beitrittsländern“, *Jahrbuch der EVP-ED-Fraktion*, 2003, S. 74.
- 622 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 2003-2004, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 3. Mai 2004.
- 623 Protokoll der Fraktionssitzung, 3. Mai 2004, Straßburg.
- 624 Studententage der EVP-ED-Fraktion, 5. – 8. Juli 2004 in Budapest, Publikation der Dienststelle Dokumentation, Veröffentlichungen und Forschung, S. 5.
- 625 Erklärung von Budapest, 8. Juli 2004, Studententage der EVP-ED-Fraktion, 5. – 8. Juli 2004 in Budapest, Publikation der Dienststelle Dokumentation, Veröffentlichungen und Forschung, S. 61.
- 626 Sitzung des Vorstands der EVP-ED-Fraktion in Danzig, 1. – 2. September 2005, Publikation der Dienststelle Dokumentation, Veröffentlichungen und Forschung.
- 627 Jean-Luc Dehaene, „De Intergouvernementale Conferentie van 1996 en de toekomst van Europa“, *Internationale Spectator*. Juni 1995, Nr. xlix-6, S. 302-307.

- 628 EVP, *Manifest zur Europawahl 1994*, angenommen vom Vorstand der EVP, Brüssel, 3. Februar 1994, S. 4.
- 629 a. a. O., S. 4-5.
- 630 Dok. A4-0102/95.
- 631 Die Koordinatoren der Fraktionen im parlamentarischen Ausschuss waren nach langen Diskussionen zu dem Ergebnis gelangt, dass der Bericht von zwei Ko-Bericht-erstattem der beiden größten Fraktionen des Europäischen Parlaments, EVP und SPE, ausgearbeitet werden sollte. Die übrigen Fraktionen sollten in Form von 17 thematischen Arbeitsdokumenten an dem Bericht beteiligt werden, die von je einem Mitglied des Ausschusses ausgearbeitet werden sollten. In: Arbeitsbericht der Fraktion der Europäischen Volkspartei (CD-Fraktion), Juli 1994 – Juli 1995, S. 250.
- 632 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1994-1995, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 16. Mai 1995, *ABl. Nr. 4-463*, S. 20.
- 633 Zusammen mit Raymonde Dury (belgische Sozialdemokratin).
- 634 Dok. A4-0068/96.
- 635 Arbeitsbericht der Fraktion der EVP (Christlich-demokratische Fraktion), Juli 1994 – Juli 1995, S. 251.
- 636 Für eine ausführlichere Auflistung der Empfehlungen des Berichts siehe Arbeitsbericht der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christlich-demokratische Fraktion), Juli 1995 – Juli 1996, S. 278-280.
- 637 Titel in Anlehnung an den Artikel in „La Libre Belgique“: „Ombres et lumière du nouveau traité“, 19. Juni 1997, Nr. 170, S. 2.
- 638 José María Gil-Robles Gil-Delgado, *Passion d'Europe*, Brüssel, Racine, EVP-ED, Brüssel, 2003, S. 77-78.
- 639 a. a. O.
- 640 Europäisches Parlament, *Vermittlungsverfahren und Mitentscheidung – Ein Leit-faden zur Arbeit des Parlaments als Teil der Rechtsetzungsinstanz*, Juli 2007, 38 S.
- 641 RAPID. Der Presse- und Informationsdienst der Europäischen Kommission [speech/97/200, 02.10.1997].
- 642 José Maria Gil-Robles Gil-Delgado, *Passion d'Europe*, *Ebd.*, S. 91-92.
- 643 Dok. A4-0347/97.
- 644 Zusammen mit Dimitris Tsatsos (griechischer Abgeordneter der Sozialdemokratischen Partei Europas).
- 645 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1997-1998, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 19. November 1997.
- 646 a. a. O.
- 647 Wilfried Martens, Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Wahlkampagne vor den Europawahlen, Toulouse, 30. Mai 1999.
- 648 *Die wichtigsten Erfolge der EVP-Fraktion*, in: „Leitfaden der EVP-Fraktion“ für die Europawahlen im Juni 1999, Brüssel, Abteilung Forschung und Dokumentation der EVP-Fraktion, Dezember 1998, S. 71.
- 649 Jean-Luc Dehaene, Richard von Weizsäcker und David Simon, *Institutionelle Auswirkungen der Erweiterung*, Bericht an die Europäische Kommission, Brüssel, 18. Oktober 1999.
- 650 a. a. O., S. 1.
- 651 Siehe Pressemitteilung vom 27. Juni 2000, *Hans-Gert Pöttering: Große Rede Chiracs zeichnet neue Wege der europäischen Integration*.
- 652 Siehe Pressemitteilung vom 12. Mai 2000, *Hans-Gert Pöttering weist Fischers Idee eines europäischen Zwei-Kammern Parlaments zurück/ Hans-Gert Pöttering rejects Fischer's version of a two chamber European Parliament*.
- 653 Siehe Pressemitteilung, *Hans-Gert Pöttering, Vorsitzender der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament, in Erwiderung auf Jacques Chirac, Präsident der Französischen Republik, zum Programm der französischen Präsidentschaft der Europäischen Union*, 4. Juli 2000.
- 654 Alain Lamassoure, *Histoire secrète de la Convention européenne*, Paris, Fondation Robert Schuman/Albin Michel, 2004, S. 27.

- 655 Siehe Infodok, *Der Konvent über die Zukunft der Europäischen Union – ein Erfolg der EVP-ED-Fraktion*, Brüssel, Dienststelle Dokumentation – Veröffentlichungen – Forschung der EVP-ED-Fraktion, Januar 2002.
- 656 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 2000-2001, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 12. Dezember 2000.
- 657 Post-Nizza-Entschließungsantrag der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament, angenommen vom 14. EVP-Kongress in Berlin.
- 658 Wilfried Martens, *Mémoires pour mon pays*, *Ebd.*, S. 349.
- 659 Rede von Valéry Giscard d'Estaing, ehemaliger Präsident der Französischen Republik, bei den Studientagen der EVP-ED-Fraktion in Paris (6. bis 9. März 2000), Veröffentlichung der EVP-Fraktion, S. 67 in der französischen Fassung.
- 660 Dok. A5-0168/2001.
- 661 Dok. B5-0405/2001.
- 662 Pressemitteilung der EVP-ED-Fraktion vom 13. Dezember 2001, *Hans-Gert Pöttering, EVP-ED-Fraktionsvorsitzender: Europäischer Rat von Laeken: Weichenstellungen für die Zukunft Europas*.
- 663 *Eine Verfassung für ein starkes Europa*, Beschlossene Textversion der Arbeitsgruppe „European Policy“, vorgelegt auf der EVP-Vorstandssitzung am 6. Dezember 2001 in Brüssel, Arbeitsübersetzung des englischen Originaltextes, S. 15.
- 664 Schlussfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rates von Laeken (14. und 15. Dezember 2001): Anlage I: Erklärung von Laeken zur Zukunft der Europäischen Union, in: Bulletin der Europäischen Union. 2001, Nr. 12, S. 21-26.
- 665 Alain Lamassoure, *a. a. O.*, S. 84.
- 666 *a. a. O.*, S. 13-14.
- 667 *Ebd.*, S. 11-12.
- 668 *Ebd.*, S. 10.
- 669 Editions Fondation Robert Schuman et Albin Michel, Paris 2004.
- 670 Biblioteca nueva. Real Instituto Elcano 2005.
- 671 Alain Lamassoure, *Ebd.*, S. 308.
- 672 *Ebd.*, S. 309.
- 673 Dok. A5-0368/2001.
- 674 Alain Lamassoure, *Ebd.*, S. 51.
- 675 Siehe Schreiben Nr. 3 der EVP-Fraktion an den Konvent, Sitzung vom 23. und 24. Mai 2002, in: *Konvent zur Zukunft der Europäischen Union*, Dossier Nr. 3, Dienststelle Dokumentation – Veröffentlichungen – Forschung der EVP-ED-Fraktion, Juni 2002, S. 3.
- 676 Dok. A5-0425/2002.
- 677 Dok. A5-0133/2002.
- 678 Jahrbuch der EVP-ED-Fraktion, 2003, S. 168-174.
- 679 Jahrbuch der EVP-ED-Fraktion, *a. a. O.*, S. 172.
- 680 Zusammen mit Dimitris TSATSOS (SPE – Griechenland).
- 681 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 2003-2004, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 24. September 2003.
- 682 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 2003-2004, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 19. November 2003.
- 683 Andrew Duff (britischer Liberaler) und Klaus Hänsch (deutscher Sozialdemokrat). Zu dieser Gruppe gehört auch ein herausragender Politiker Italiens, der frühere Außenminister und spätere Senator Lamberto Dini.
- 684 Erklärung von Elmar Brok, Lamberto Dini, Andrew Duff, Klaus Hänsch und Alain Lamassoure, Mitglieder des Konvents.
- 685 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 2003-2004, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 16. Dezember 2003.
- 686 Jahrbuch der EVP-ED-Fraktion, Brüssel, 2004, S. 115.
- 687 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 2003-2004, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 21. Juli 2004.
- 688 Siehe Pressemitteilung vom 29. Oktober 2004, Hans-Gert Pöttering zur Unterzeichnung der Verfassung in Rom.

- 689 Lediglich 137 Abgeordneten stimmten dagegen und 40 enthielten sich. Siehe Protokoll der Sitzung vom 12. Januar 2005, Dok. PE 352.981, S. 4.
- 690 Dok. A6-0070/2004.
- 691 Pressemitteilung vom 30. Mai 2005 des Vorsitzenden der EVP-ED-Fraktion, Wilfried Martens.
- 692 PV\569576DE, Sitzung der EVP-ED-Fraktion, P3C050 Brüssel, 1. Juni 2005, 11.00-13.00 Uhr.
- 693 *a. a. O.*
- 694 PV\570281DE, EVP/ED-Fraktionssitzung, 6. Juni 2005, Straßburg. Am selben Tag wurde Herr Helmer, Mitglied des ED-Zweigs, aus der Fraktion ausgeschlossen.
- 695 Sitzung des Fraktionsvorstands der EVP-ED, Bordeaux, 29.-30. Juni 2006, Dienststelle Dokumentation – Veröffentlichungen – Forschung der EVP-ED-Fraktion, Dezember 2006, S. 11.
- 696 *Welche Zukunft hat der Verfassungsvertrag: Wie kommen wir aus der Sackgasse?*, Anhörung der EVP-ED-Fraktion, Brüssel, 8. März 2007, Dienststelle Dokumentation – Veröffentlichungen – Forschung der EVP-ED-Fraktion, Juni 2007, S. 6-9.
- 697 Erklärung von Berlin, *Die Zukunft zusammen, 1957-2007*, Gemeinsame Erklärung der Europäischen Volkspartei und der EVP-ED Fraktion im Europäischen Parlament anlässlich des 50. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge, Berlin, 24. März 2007, Veröffentlichung der Fraktion, Brüssel, Mai 2007.
- 698 Erwägungsgrund 11 der Erklärung von Berlin.
- 699 Jahrbuch der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament, 2007, Brüssel, S. 231.
- 700 *Ebd.*
- 701 Redebeitrag von Alain Lamassoure auf dem Europa-Konvent der UMP am 30. Januar 2008 in Paris.
- 702 Europäisches Parlament, Sitzungsperiode 2007-2008, Ausführlicher Sitzungsbericht der Plenarsitzung vom 13. November 2007.
- 703 *a. a. O.*
- 704 Pressemitteilung der EVP vom 13. Juni 2008: „EPP disappointed with Irish referendum result – EPP summit will assess treaty impasse“. *Siehe* Protokoll der Fraktionssitzung vom 16. Juni 2008, PV\730297FR.
- 705 Pressemitteilung von Elmar Brok vom 13. Juni 2008, „EU-Reformvertrag: Ratifikationsprozess muss trotz irischer Ablehnung weitergehen“.
- 706 *Bulletin Quotidien Europe* Nr. 9758, 10. Oktober 2008.
- 707 Arbeitsbericht der Europäischen Volkspartei (Christlich-demokratische Fraktion), Juli 1993-Juli 1994, S. 276.
- 708 Arbeitsbericht der EVP-Fraktion, Juli 1993-Juli 1994, S. 280.
- 709 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1993-1994, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 17. November 1993, *ABl. Nr. 3-438*, S. 117.
- 710 Arbeitsbericht der EVP-Fraktion, Juli 1994-Juli 1995, S. 227.
- 711 Zusammen mit Biagio de Giovanni (SPE-Italien).
- 712 Dok. A4-0003/95.
- 713 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1994-1995, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 18. Januar 1995, *ABl. Nr. 4-456*, S. 128.
- 714 Arbeitsbericht der EVP-Fraktion, Juli 1994- Juli 1995, S. 224.
- 715 Arbeitsbericht der EVP-Fraktion, Juli 1994- Juli 1995, S. 227-228.
- 716 Dok. A4-0003/95.
- 717 Zusammen mit Biagio De Giovanni (SPE-Italien).
- 718 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1994-1995, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 18. Januar 1995, *ABl. Nr. 4-456*, S. 128-129.
- 719 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1994-1995, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 17. Januar 1995, *ABl. Nr. 4-456*, S. 23.
- 720 *a. a. O.*, S. 37.
- 721 Wilfried Martens, *Mémoires pour mon pays, Ebd.*, S. 325.

- 722 Arbeitsbericht der EVP-Fraktion, Juli 1996-Juli 1997, S. 221.
- 723 Reimer Böge, Sitzungsprotokoll vom 18.11.1997, S. 17.
- 724 Entschließung PE A4-0097/98, angenommen am 31.03.1998.
- 725 Dok. A4-0097/98.
- 726 Dok. A4-0240/99.
- 727 Dok. A4-0502/98.
- 728 Wilfried Martens, *Mémoires pour mon pays, Ebd.*, S. 325.
- 729 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1998-1999, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 15. Dezember 1998.
- 730 Von 65 Abgeordneten der SPE und dem Fraktionsvorsitzenden Hervé Fabre-Aubrespy (Union für ein Europa der Nationen – Frankreich) eingereicht.
- 731 Dok. B4-0065/99, Dok. B4-0109/99, Dok. B4-0110/99.
- 732 Wilfried Martens, *Mémoires pour mon pays, Ebd.*, S. 326.
- 733 Siehe Pressemitteilung der EVP-Fraktion vom 30. Juni 1999, *EVP-Fraktion wird einer politisch unausgewogenen Kommission nicht zustimmen.*
- 734 Siehe Pressemitteilung der EVP-ED-Fraktion vom 15. September 1999, *Einsetzung der neuen Kommission schafft neue Grundlage der Zusammenarbeit zwischen Parlament und Kommission* und die Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1999-2000, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 14. September 1999.
- 735 Nicole Fontaine, *Mes combats à la présidence du Parlement européen*, Plon, 2002, S. 71.
- 736 Das Abkommen (C5-0349/2000) war im Plenum mit 365 Stimmen bei 100 Gegenstimmen und 45 Enthaltungen angenommen worden. Die große Mehrheit im Parlament beruhte vor allem auf der breiten Zustimmung der EVP-ED-Fraktion, während die SPE-Fraktion gespalten war (51 Gegenstimmen und 11 Enthaltungen).
- 737 2000 EVP-ED-Fraktion Jahrbuch, Dezember 2000, S. 200.
- 738 Nicole Fontaine, *a. a. O.*, S. 78.
- 739 Drei Fragen an Hans-Gert Pöttering, *Le Monde*, 14. Juni 2004.
- 740 Siehe insbesondere den neuen Artikel I-27 Absatz 1: „*Der Europäische Rat schlägt dem Europäischen Parlament nach entsprechenden Konsultationen mit qualifizierter Mehrheit einen Kandidaten für das Amt des Präsidenten der Kommission vor; dabei berücksichtigt er das Ergebnis der Wahlen zum Europäischen Parlament. Das Europäische Parlament wählt diesen Kandidaten mit der Mehrheit seiner Mitglieder. Erhält dieser Kandidat nicht die Mehrheit, so schlägt der Europäische Rat dem Europäischen Parlament innerhalb eines Monats mit qualifizierter Mehrheit einen neuen Kandidaten vor, für dessen Wahl das Europäische Parlament dasselbe Verfahren anwendet.*“
- 741 Pressemitteilung der EVP-ED-Fraktion vom 29. Juni 2004, *Hans-Gert Pöttering zur Nominierung des neuen Kommissionspräsidenten: Barroso – ein exzellenter Kandidat.*
- 742 Siehe Pressemitteilung vom 12.10.2004.
- 743 Protokoll der Sitzung der EVP-ED-Fraktion, Montag, 25. Oktober 2004, Straßburg, PV\545819DE, 10.11.2004.
- 744 Rede von Hans-Gert Pöttering am 26. Oktober 2004.
- 745 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 2004-2005, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 17. November 2004.
- 746 Arbeitsbericht der EVP-Fraktion, Juli 1992 – Juli 1993.
- 747 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1993-1994, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 9. März 1994, *ABl. Nr. 3-445*, S. 74.
- 748 Team MIMOSA, Bericht für das Europäische Parlament über die Beschäftigungskrise in der Europäischen Gemeinschaft, Analyse alternativer Strategien, CEPI und OFCE, Paris, April 1993.
- 749 Beide Dokumente *siehe* Sitzung der EVP-Fraktion vom 7. September 1993, Dienststelle Dokumentation, Brüssel, 6. September 1993.
- 750 Arbeitsbericht der EVP-Fraktion, Juli 1994 – Juli 1995, S. 273.
- 751 Dok. KOM(1993)700.

- 752 Mitteilung „*Umsetzung des Weißbuchs über Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung*“, EVP-Fraktion, Juli 1994, S. 3-4.
- 753 Dok. A3-0122/94.
- 754 Arbeitsbericht der EVP-Fraktion, Juli 1993 – Juli 1994, S. 86.
- 755 Dok. A3-0384/93.
- 756 Dehaene, Jean-Luc, in *Bericht über den Gipfel der EVP-Regierungs- und Parteichefs*, Brüssel, 9.12.1993, S. 4.
- 757 Arbeitsbericht der EVP-ED-Fraktion, Juli 1997 – Juli 1998, S. 52.
- 758 Dok. KOM(1997) 184.
- 759 Dok. T4-0584/1997.
- 760 Infodok „Beschäftigung nach dem Europäischen Rat von Luxemburg“, Dezember 1997, S. 4-5.
- 761 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1997-1998, Ausführlicher Sitzungsbericht der Plenarsitzung vom 17. Dezember 1997.
- 762 Dok. A4-0307/97.
- 763 Arbeitsbericht der EVP-Fraktion, Juli 1997 – Juli 1998, S. 83.
- 764 Infodok „Schaffung von Arbeitsplätzen in Europa: Die Prioritäten der EVP-Fraktion und die Schlussfolgerungen des Gipfels von Köln“, S. 1.
- 765 Infodok „Beschäftigung nach dem Europäischen Rat von Luxemburg“, Dezember 1997, S. 4.
- 766 *a. a. O.*, S. 5.
- 767 Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Europäischer Rat von Lissabon, 23. und 24. März 2000, S. 2.
- 768 Rede auf den Studientagen in Rom im März 2006.
- 769 Protokoll des Präsidiums der Fraktion, 10.12.2002.
- 770 EVP-ED-Fraktion, *Prioritäten der EVP-ED-Fraktion für 2004-2009*, S. 9.
- 771 Mitteilung „4. Gipfel der EVP-ED-Fraktionsvorsitzenden der EU-25“, 4. April 2005, S. 22.
- 772 Jahrbuch der EVP-ED-Fraktion, 2004, S. 187.
- 773 Jahrbuch der EVP-ED-Fraktion, 2006, S. 130.
- 774 Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Europäischer Rat von Lissabon 23.-24. März 2000, S. 1.
- 775 Pressemitteilung „Prioritäten des Europäischen Parlaments: Europa muss seine Überzeugungen bekräftigen und die Bürger wieder mobilisieren“, Joseph Daul, 13. Februar 2007.
- 776 Mitteilung „4. Gipfel der EVP-ED-Fraktionsvorsitzenden der EU-25“, 4. April 2005, S. 24-25.
- 777 Mitteilung „*Sitzung der EVP-ED-Fraktion: Die Parlamente auf dem Weg nach Lissabon*“, 31. Januar – 1. Februar 2006, S. 5.
- 778 In den Jahren 2004, 2005, 2007.
- 779 Mitteilung „*Sitzung der EVP-ED-Fraktion: Die Parlamente auf dem Weg nach Lissabon*“, 31. Januar – 1. Februar 2006, S. 5.
- 780 Pressemitteilungen über die Frühjahrstagung des Europäischen Rates, 12. März 2007, S. 1.
- 781 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 2006-2007, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 14. März 2007.
- 782 Jahrbuch der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament 2007, S. 199.
- 783 Verordnung (EG) Nr. 717/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Roaming in öffentlichen Mobilfunknetzen in der Gemeinschaft.
- 784 Jahrbuch der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament 2007, S. 275.
- 785 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 2006-2007, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 23. Mai 2007.
- 786 Jahrbuch der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament 2007, S. 275.
- 787 Jahrbuch der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament 2005, S. 230.
- 788 Jahrbuch der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament 2006, S. 334.
- 789 Siehe Protokoll der Fraktionssitzung vom Mittwoch, 8. Februar 2006 in Brüssel, S. 1.

- 790 Diese Zahl wird im Plenarsaal durch den Sitzungsleiter bekanntgegeben. Siehe ausführlicher Bericht über die Verhandlungen des Europäischen Parlaments vom 14. Februar 2006.
- 791 Jahrbuch der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament 2006, S. 334.
- 792 Jahrbuch der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament 2006, S. 285.
- 793 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 2006-2007, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 15. November 2006.
- 794 a. a. O.
- 795 Szájer, József, MdEP, Vorstand der EVP-ED-Fraktion, *Zusammenfassung – Europäische Richtlinie über chemische Stoffe („REACH“-Richtlinie)*, 15. Februar 2005.
- 796 a. a. O.
- 797 Pressemitteilungen der EVP-ED-Fraktion von Hartmut Nassauer, 2. Dezember 2004 und 28. März 2005.
- 798 Szájer, József, MdEP, Vorstand der EVP-ED-Fraktion, *Erläuterung – Gemeinschaftsrichtlinie über chemische Stoffe („REACH“)*, 30. August 2005, S. 3.
- 799 Interview mit Tanja Valentin, Assistentin des Abgeordneten Hartmut Nassauer, 17. Juni 2008.
- 800 Hartmut Nassauer, *Entwurf einer Stellungnahme des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz für den Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH)*, 2003/0256, 4.5.2005.
- 801 Hartmut Nassauer, *Klares Signal des Binnenmarktausschusses: Gesamtkompromiss zu REACH wird angesteuert*, Press Office, Flash, Brüssel, 14. September 2005.
- 802 Dok. T4-0595/1996.
- 803 Jahrbuch der EVP-ED-Fraktion, 2000, S. 204.
- 804 Jahrbuch der EVP-ED-Fraktion, 2000, S. 206.
- 805 Mitteilung „Doha (Katar) oder das Wirken der EVP-ED für eine neue Welthandelsorganisation“, April 2002, S. 3.
- 806 Dok. T5-0160/1999.
- 807 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 2001-2002, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 11. Dezember 2001.
- 808 Jahrbuch der EVP-ED-Fraktion, 2003, S. 235-236.
- 809 Concepció Ferrer, Wim van Velzen, Ilkka Suominen, Paul Rübzig und Michel Hansenne.
- 810 Dok. T5-0412/2003.
- 811 Jahrbuch der EVP-ED-Fraktion, 2006, S. 318.
- 812 Jahrbuch der EVP-ED-Fraktion, 2007, S. 191.
- 813 Der Titel entstammt dem Werk von Wilfried Martens, *Mémoires pour mon pays, Ebd.*, S. 247.
- 814 1969 beschließen die Staats- und Regierungschefs in Den Haag, einen mehrstufigen Plan zur Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion festzulegen (Werner-Plan von 1970). 1972 wird die Währungsschlange eingerichtet, die 1979 durch das europäische Währungssystem abgelöst wird. Gekoppelt an den Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit (EFWZ, 1974) gewährleistet es während der 1980er Jahre und nach den schwierigen 1970er Jahren (Ölpreisschocks, internationale Währungskrisen) eine Zeit der Währungsstabilität in Europa: schwache Inflation, Wechselkursstabilität, Vermeidung von Risiken durch Währungsspekulation,...
- 815 So zeugt bereits ihr politisches Programm im Jahr 1979 vom großen Nachhall dieses Themas, siehe insbesondere: *Elections directes 1979, Eléments d'information sur la politique européenne vue par le Groupe Démocrate-Chrétien (Groupe du Parti Populaire Européen)* des Europäischen Parlaments, S. 167ff.
- 816 Wilfried Martens, *Mémoires pour mon pays, Ebd.*, S. 247.
- 817 Kolloquium „Wirtschafts- und Währungsunion: Ziel 1992“, Paris, 5.-6. Oktober 1987, Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christlich-demokratische Fraktion), 1987.

- 818 Kolloquium „Wirtschafts- und Währungsunion: Ziel 1992“, Fraktion der EVP-Fraktion, Paris, 5.-6. Oktober 1987, S. 45.
- 819 Bericht über die Wirtschafts- und Währungsunion in der Europäischen Gemeinschaft, *Europe Documents*, 20.04.1989, Nr. 1550/1551.
- 820 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1994-1995, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 13. Dezember 1994, *ABl. Nr. 4-455*, S. 61.
- 821 Dok. A4-132/95.
- 822 Arbeitsbericht der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christlich-demokratische Fraktion), Juli 1994 – Juli 1995, S. 92.
- 823 Dok. A4-0066/95.
- 824 Dok. A4-0112/95.
- 825 KOM (95)333 endg.
- 826 Infodoc, „Die EVP-Fraktion und die Vorbereitung des Übergangs zur einheitlichen Währung“, Juli 1995, S. 2.
- 827 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1995-1996, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 24. Oktober 1995, *ABl. Nr. 4-469*, S. 21.
- 828 Infodoc, „Die EVP-Fraktion und die Vorbereitung des Übergangs zur einheitlichen Währung“, Juli 1995, S. 5.
- 829 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1995-1996, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 24. Oktober 1995, *ABl. Nr. 4-469*, S. 14.
- 830 Infodoc, „Die EVP-Fraktion und die Vorbereitung des Übergangs zur einheitlichen Währung“, Juli 1995, S. 5.
- 831 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1995-1996, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 24. Oktober 1995, *ABl. Nr. 4-469*, S. 21.
- 832 „*Wirtschaftlicher Wiederaufbau in Europa im Rahmen sozialer Integration*“, Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Madrid, 15. und 16. Dezember 1995.
- 833 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1995-1996, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 13. Dezember 1995, *ABl. Nr. 4-472*, S. 206.
- 834 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1995-1996, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 16. Januar 1996, *ABl. Nr. 4-473*, S. 62.
- 835 Infodoc, „Der Weg zur einheitlichen Währung (nach Madrid)“, März 1996, S. 3-4.
- 836 Nicole Fontaine, *a. a. O.*, S. 145.
- 837 *Europa 2000: Einheit in Vielfalt, Aktionsprogramm 1994-1999 der EVP*, verabschiedet beim Kongress in Brüssel vom 8.-10. Dezember 1993.
- 838 *Europäische Union: Ziel 96 – Interparlamentarische Konferenz vom 29.-31. März 1995 in Brüssel, Arbeitsgruppe E „Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion“*.
- 839 „Le ‚pacte de stabilité‘ pour l’Europe proposé par le Ministre allemande des finances Theo Waigel“, *Europe Documents*, 24. November 1995, Nr. 1962, S. 1-3.
- 840 Dok. A4-0371/96.
- 841 Dok. A4-0352/96.
- 842 Dok. A4-0192/97.
- 843 Fernand Herman, *Europa Patria Mea, Chronique de 15 années de vie politique, économique et sociale européenne*, Didier Devillez Editeur, Brüssel 2006, S. 109.
- 844 Arbeitsbericht der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christlich-demokratische Fraktion), Juli 1996 – Juli 1997, S. 75f.
- 845 Dok. A4-0375/96.
- 846 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1996-1997, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 27. November 1996, *ABl. Nr. 4-491*, S. 16.
- 847 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1996-1997, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 27. November 1996, *ABl. Nr. 4-491*, S. 12.
- 848 Fernand Herman, „Kosten und Vorteile der Wirtschafts- und Währungsunion“, Rede bei den Studientagen auf Kreta, *Europäische Hefte, a. a. O.*, S. 18.
- 849 Siehe Titel VI des Vertrags von Maastricht, Kapitel 2, Artikel 105. *ABl. Nr. C 191* vom 29.7.1992.
- 850 Siehe insbesondere Artikel 109B.
- 851 Dok. A4-0372/96.

- 852 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1996-1997, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 27. November 1996, *ABl. Nr. 4-491*, S. 11.
- 853 Titel aus Infodoc, *Der Euro, ein Erfolg für die EVP*, März 1999, Dienststelle Forschung und Dokumentation der EVP-Fraktion.
- 854 Entscheidung des Rates vom 3. Mai 1998 gemäß Artikel 109j Absatz 4 des Vertrags, *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften (ABl.)*, 11.05.1998, Nr. L 139, S. 30-35.
- 855 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1997-1998, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 2. Mai 1998, *ABl. Nr. 4-518*, S. 128-129.
- 856 Arbeitsbericht der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christlich-demokratische Fraktion), Juli 1998-Juli 1999, S. 69.
- 857 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 2001-2002, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 16. Januar 2002.
- 858 Dok. A6-0264/2007; Dok. A6-0266/2007.
- 859 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 2006-2007, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 11. Juli 2007.
- 860 *a. a. O.*
- 861 Pressemitteilung vom 14. Oktober 2008: „Crisse financière: les leaders parlementaires du Centre-Droit saluent la détermination européenne.“
- 862 „Der Kosovo-Konflikt hat Konsequenzen für Europa“, Resolution des Rates der Europäischen Volkspartei, beschlossen am 08. April 1999.
- 863 Frei übersetzt aus der Pressemitteilung vom 15.4.1999, „Learning the lessons of Kosovo“.
- 864 Siehe insbesondere die Pressemitteilung vom 10.2.1999 „Letzte Chance für eine Lösung im Kosovo nicht verpassen – Engagement der NATO muss aufrecht erhalten werden/ We not miss the last chance for a solution in Kosovo – Involvement of NATO must be maintained“, Doris Pack MEP.
- 865 Plenardebatten des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 2000-2001, ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 5. Oktober 2000.
- 866 *a. a. O.*
- 867 „Der Kosovo-Konflikt hat Konsequenzen für Europa“, vom Rat der Europäischen Volkspartei am 8. April 1999 in Brüssel angenommene Entschließung, *a. a. O.*
- 868 Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament vom 26. Mai 1999 über den Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses für die Länder Südosteuropas [KOM (1999) 235 endg. – Nicht im Amtsblatt veröffentlicht].
- 869 Ziffer 67 der Schlussfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rates in Santa Maria da Feira, 19. und 20. Juni 2000.
- 870 Dok. A5-0226/2002.
- 871 Arbeitsbericht der EVP-ED-Fraktion, 2002, Brüssel. In: Jahrbuch der EVP-ED-Fraktion, 2002, S. 308.
- 872 Arbeitsbericht der EVP-ED-Fraktion, 2005, Brüssel. In: Jahrbuch der EVP-ED-Fraktion, 2005, S. 271.
- 873 Sitzung des Vorstandes der EVP-ED-Fraktion in Split, 11.-12. Mai 2006, Veröffentlichung der Dienststelle Dokumentation – Veröffentlichungen – Recherche, S. 7.
- 874 Arbeitsbericht der EVP-ED-Fraktion, 2006, Brüssel. In: Jahrbuch der EVP-ED-Fraktion 2006, Brüssel, S. 112.
- 875 Arbeitsbericht der EVP-ED-Fraktion, 2007, Brüssel. In: Jahrbuch der EVP-ED-Fraktion, 2007, S. 130.
- 876 Pressemitteilung von Joseph Daul am 17. Februar 2008, „Il est impératif de préserver la paix au Kosovo“.
- 877 Plenardebatten des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 2007-2008, Ausführlicher Sitzungsbericht vom 20. Februar 2008.
- 878 Dok. A6-0399/2005.
- 879 Plenardebatten des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 2005-2006, Ausführlicher Sitzungsbericht vom 18. Januar 2006.

- 880 Siehe Mitteilung der Kommission vom 12. Mai 2004: „Europäische Nachbarschaftspolitik – Strategiepapier“ [KOM(2004) 373 – Nicht im Amtsblatt veröffentlicht].
- 881 Bericht über die Europäische Nachbarschaftspolitik, *a. a. O.*, S. 16 und 17.
- 882 Plenardebatten des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 2005-2006, Ausführlicher Sitzungsbericht vom 18. Januar 2006.
- 883 Protokoll der Sitzung der EVP-ED-Fraktion, 11. Januar 2006, Brüssel, S. 3.
- 884 *a. a. O.*
- 885 Gemeinsamer Entschließungsantrag B6-0038/2004 vom 15. September 2004.
- 886 Plenardebatten des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 2004-2005, Ausführlicher Sitzungsbericht vom 14. September 2004.
- 887 Arbeitsbericht der EVP-ED-Fraktion, 2004. In: Jahrbuch der EVP-ED-Fraktion 2004, S. 295.
- 888 Arbeitsbericht der EVP-ED-Fraktion, 2004. In: Jahrbuch der EVP-ED-Fraktion 2004, S. 296.
- 889 Protokoll der Sitzung der EVP-ED-Fraktion, 25. Oktober 2004, Straßburg.
- 890 Protokoll der Sitzung der EVP-ED-Fraktion, 28. Oktober 2004, Straßburg.
- 891 Arbeitsbericht der EVP-ED-Fraktion, 2005. In: Jahrbuch der EVP-ED-Fraktion 2005, S. 154.
- 892 Protokoll der Sitzung der EVP-ED-Fraktion, Donnerstag, 7. Juli 2005, Straßburg, S. 1.
- 893 Protokoll der Sitzung der EVP-ED-Fraktion, 8. September 2005, Straßburg.
- 894 Protokoll der Sitzung der EVP-ED-Fraktion, 1. Februar 2006, Brüssel.
- 895 Arbeitsbericht der EVP-ED-Fraktion, 2006. In: Jahrbuch der EVP-ED-Fraktion 2006, S. 288.
- 896 Protokoll der Sitzung der EVP-ED-Fraktion, 16. März 2006, Straßburg.
- 897 Protokoll der Sitzung der EVP-ED-Fraktion, 5. September 2006, Straßburg; Protokoll der Sitzung der EVP-ED-Fraktion, 24. Oktober 2006, Straßburg.
- 898 Protokoll der Sitzung der EVP-ED-Fraktion, 12. Dezember 2006, Straßburg.
- 899 Studientage zu Belarus, 8. Februar 2007, Brüssel, Veröffentlichung der Dienststelle Dokumentation, Veröffentlichungen und Recherche.
- 900 Presseerklärung von Jacek Protasiewicz vom 29. September 2008, „Elections in Belarus: Initial results show election process in Belarus is still far from democratic“.
- 901 Arbeitsbericht der EVP-ED-Fraktion, 2004. In: Jahrbuch der EVP-ED-Fraktion 2004, S. 299.
- 902 Pressemitteilung von Elmar Brok, 22. November 2004, „Präsidentchaftswahlen in der Ukraine: Wahlbetrug wird politische Konsequenzen seitens der EU nach sich ziehen müssen“.
- 903 Protokoll der Sitzung der EVP-ED-Fraktion, 1. Dezember 2004, Brüssel.
- 904 Protokoll der Sitzung der EVP-ED-Fraktion, 5. Januar 2005, Brüssel.
- 905 Arbeitsbericht der EVP-ED-Fraktion, 2005. In: Jahrbuch der EVP-ED-Fraktion 2005, S. 258.
- 906 EVP-ED-Fraktion, Pressemitteilung vom 12. Dezember 2005.
- 907 Plenardebatten des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 2006-2007, Ausführlicher Sitzungsbericht vom 12. Juli 2007.
- 908 EVP-ED-Fraktion, Pressemitteilung vom 2. Oktober 2007.
- 909 Plenardebatten des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 2004-2005, Ausführlicher Sitzungsbericht vom 23. Februar 2005.
- 910 Arbeitsbericht der EVP-ED-Fraktion 2005. In: Jahrbuch der EVP-ED-Fraktion: S. 260.
- 911 Plenardebatten des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 2004-2005, Ausführlicher Sitzungsbericht vom 23. Februar 2005.
- 912 Protokoll der Sitzung der EVP-ED-Fraktion, 21. Februar 2005, Straßburg.
- 913 Doc. B6-0541/2006.
- 914 Pressemitteilung zur Lage in Georgien vom 13. August 2008 mit der Rede von Präsident Pötering.

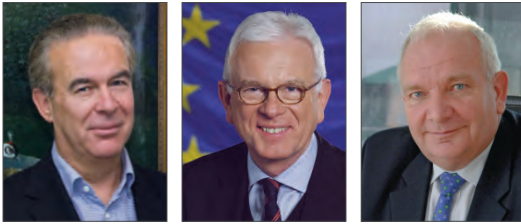
- 915 Pressemitteilung von Joseph Daul am 11. August 2008 „Aufruf zu sofortigem Waffenstillstand im Kaukasus“.
- 916 Pressemitteilung von Vytautas Landsbergis am 9. August 2008, „Russian expansionist doctrine is becoming a reality“.
- 917 Dok. P6_TA(2006)0456.
- 918 Plenardebatten Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 2008-2009, Ausführlicher Sitzungsbericht vom 1. September 2008.
- 919 Dok. A6-0135/2005.
- 920 Arbeitsbericht der EVP-ED-Fraktion 2005. In: Jahrbuch der EVP-ED-Fraktion 2005, S. 171.
- 921 Dok. A6-0135/2005 /Begründung.
- 922 Plenardebatten des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 2006-2007, Ausführlicher Sitzungsbericht vom 9. Mai 2007.
- 923 Arbeitsbericht der EVP-ED-Fraktion 2005, S. 170.
- 924 Arbeitsbericht der EVP-ED-Fraktion 2007. In Jahrbuch der EVP-ED-Fraktion 2007, S. 279.
- 925 Plenardebatten Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 2006-2007, Ausführlicher Sitzungsbericht vom 9. Mai 2007.
- 926 *a. a. O.*
- 927 Protokoll der Sitzung der EVP-ED-Fraktion, 13. Juni 2007, Brüssel, S. 1.
- 928 Protokoll der Sitzung der EVP-ED-Fraktion, 7. November 2007, Brüssel, S. 1.
- 929 *Europäische Hefte*, Studientage in Vouliagmeni, 29. April bis 3. Mai 1996, EVP-Fraktion, S. 57-61.
- 930 *Europäische Hefte*, Studientage in Vouliagmeni, 29. April bis 3. Mai 1996, EVP-Fraktion, S. 57.
- 931 Arbeitsbericht der EVP-ED-Fraktion 2001. In Jahrbuch der EVP-ED-Fraktion, 2001, Brüssel, S. 226/27.
- 932 *a. a. O.*, S. 229.
- 933 *Ebd.*
- 934 Arbeitsbericht der EVP-ED-Fraktion, 2001. In: Jahrbuch der EVP-ED-Fraktion, Brüssel, 2001, S. 230.
- 935 Arbeitsbericht der EVP-ED-Fraktion, 2007. In: Jahrbuch der EVP-ED-Fraktion 2007, Brüssel, S. 180.
- 936 Plenardebatten des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 2004-2005, Ausführlicher Sitzungsbericht vom 13. Dezember 2004.
- 937 Studientage der EVP-ED-Fraktion zur Türkei 23. -24. September 2004, Veröffentlichung der Dienststelle Dokumentation – Veröffentlichungen – Recherche, Brüssel 2004, S. 9.
- 938 Empfehlung der Europäischen Kommission zu den Fortschritten der Türkei auf dem Weg zum Beitritt, Brüssel, 6.10.2004, KOM(2004) 656 endg.
- 939 Dok. A6-0063/2004.
- 940 Plenardebatten des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 2004-2005, Ausführlicher Sitzungsbericht vom 13. Dezember 2004.
- 941 *a. a. O.*
- 942 Arbeitsbericht der EVP-ED-Fraktion, 2004. In: Jahrbuch der EVP-ED-Fraktion 2004, Brüssel, S. 312/13.
- 943 Dok. A6-0269/2006
- 944 KOM (2006) 649 endg.
- 945 „Freiheit und Sicherheit in der Europäischen Union“, Dokumentation der EVP-Fraktion, Juli 1995.
- 946 *Argumentaires du Groupe du PPE*, „Elections européennes de juin 1994“, Sekretariat der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, S. 85 (frz. Fassung).
- 947 Dok. B3-0171/94; B3-0200/94.
- 948 Arbeitsbericht der Fraktion der Europäischen Volkspartei, Juli 1989 – Juli 1990, Europäisches Parlament, EVP-Fraktion (Christlich-demokratische Fraktion), September 1990, S. 21.

- 949 Verhandlung des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1992-1993, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 17. November 1992, *ABL Nr. 3-424*, S. 81.
- 950 Pascal Fontaine, „Note de réflexion, L'Europe et ses sept architectes“, Brüssel, 17. Juli 1991.
- 951 Verhandlung des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1992-1993, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 14. Juli 1993, *ABL Nr. 3-433*, S. 176.
- 952 Aus der Rede von Günther Beckstein, Minister des Landes Bayern, vor der EVP-Fraktion bei den Studientagen in Estoril (Portugal – 27. Juni bis 1. Juli 1994), *Europäische Hefte*, Juni – Juli 1994, Nr. 66, S. 68.
- 953 Und zwar elf ständige Mitglieder. Zudem erhält die EVP-Fraktion durch die Ernennung von Maria Paola Colombo Svevo (Italien) auch den Vorsitz im Ausschuss.
- 954 „Manifest zur Europawahl 1994“, angenommen vom Faktionspräsidium in Brüssel am 3. Februar 1994, S. 2.
- 955 Arbeitsbericht der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christlich-demokratische Fraktion), Juli 1994 – Juli 1995, S. 209.
- 956 Dok. A4-0136/95.
- 957 Bericht von Sir Jack Stewart-Clark im Namen des Untersuchungsausschusses zur Drogenproblematik in den Ländern der Europäischen Union über die Ergebnisse der Untersuchung, Amt für Amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg, September 1986.
- 958 Arbeitsbericht der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christlich-demokratische Fraktion), Juli 1996 – Juli 1997, S. 168.
- 959 Siehe Einführung zum Bericht A4-0136/95, *a. a. O.*
- 960 Arbeitsbericht der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christlich-demokratische Fraktion), Juli 1996 – Juli 1997, S. 168.
- 961 Dok. A4-0157/98.
- 962 Arbeitsbericht der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christlich-demokratische Fraktion), Juli 1997 – Juli 1998, S. 150.
- 963 Verhandlung des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1997-1998, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 15. Januar 1998.
- 964 Arbeitsbericht der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christlich-demokratische Fraktion), Juli 1998 – Juli 1999, S. 218.
- 965 Verhandlung des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1998-1999, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 5. Oktober 1998.
- 966 Siehe Fußnote 1 in Infodoc, „Die EVP-ED-Fraktion an der Spitze im Kampf gegen den Terrorismus“, Brüssel, Oktober 2001, S. 1.
- 967 Dok. A4-0368/96.
- 968 *a. a. O.*, S. 11.
- 969 *Ebd.*, S. 14.
- 970 Arbeitsbericht der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christlich-demokratische Fraktion), Juli 1996 – Juli 1997, S. 150.
- 971 Verhandlung des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1996-1997, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 29. Januar 1997.
- 972 Verhandlung des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 2001-2002, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 12. September 2001.
- 973 Verhandlung des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 2001-2002, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 3. Oktober 2001.
- 974 Infodoc, „Die EVP-ED-Fraktion an der Spitze im Kampf gegen den Terrorismus“, Dienststelle Forschung und Dokumentation der EVP, Oktober 2001.
- 975 EVP-ED-Fraktion, „*Prioritäten der EVP-ED-Fraktion für 2004-2009 – Ein Ideenbeitrag zur Politikgestaltung*“, S. 28.
- 976 Dok. B3-1461/91; Dok. B3-0432/92.
- 977 Dok. A3-0382/92.
- 978 Argumentaires du Groupe du PPE, „Elections européennes de juin 1994“, Sekretariat der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, S. 85 (frz. Fassung).
- 979 Dok. B3-1691/93; Dok. B3-1692/93; Dok. B3-1724/93.

- 980 *Agence Europe* vom 25 Februar 1995, Nr. 648, S. 2.
- 981 Siehe Infodoc, „Justiz und Inneres“, Dienststelle Forschung und Dokumentation der EVP, Mai 1997.
- 982 Dok. A4-0335/95.
- 983 *a. a. O.*, S. 10.
- 984 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1994-1995, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 14. März 1996, *ABl. Nr. 4-478*, S. 241.
- 985 *Siehe* unten.
- 986 Dok. A4-0110/99.
- 987 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1998-1999, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 23. März 1999.
- 988 *a. a. O.*
- 989 Dok. A5-003/2002.
- 990 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 2001-2002, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 6. Februar 2002.
- 991 *a. a. O.*
- 992 Dok. A6-0049/2006.
- 993 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 2005-2006, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 14. März 2006.
- 994 *a. a. O.*
- 995 Hartmut Nassauer „Die Einwanderungs- und Asylpolitik und der Schutz der Grenzen“, Studientage in Helsinki (Finnland, 26. bis 30. August 1996).
- 996 Arbeitsbericht der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christlich-demokratische Fraktion), Juli 1994 – Juli 1995, S. 235.
- 997 Dok. A4-0315/96.
- 998 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1996-1997, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 13. November 1996.
- 999 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 1998-1999, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 9. Februar 1999.
- 1000 „Compte rendu de l'audition du Groupe PPE-DE sur l'immigration“, Brüssel, Dienststelle Dokumentation – Veröffentlichungen – Forschung der EVP-ED-Fraktion, 29. März 2001.
- 1001 Studientage in Thessaloniki (Griechenland), vom 7. bis 11. Mai 2001, Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christlich-demokratische Fraktion) und der Europäischen Demokraten im Europäischen Parlament, Brüssel, 2001, S. 19-20.
- 1002 Dok. A6-0339/2007.
- 1003 Pressemitteilung vom 18. Juni 2008, „Patrick Gaubert réagit à l'adoption du rapport sur la directive retour“.
- 1004 „Der „Dekalog“ der EVP-ED-Fraktion. Eine politische Strategie für den Zeitraum 2008-2009“, Brüssel, März 2008, S. 9-13.
- 1005 Studientage der EVP-ED-Fraktion in Paris, 2.-4. Juli 2008, interne Veröffentlichung der Fraktion, Oktober 2008, S. 17.
- 1006 EVP, Programm von Athen, November 1992.
- 1007 EVP, „Eine Union gemeinsamer Werte“, Berlin, Januar 2001. 08. Die Gründerväter der Union – Jean Monnet, Robert Schumann, Alcide de Gasperi und Konrad Adenauer – waren auch die Gründer der Partei. Die EVP ist die große europäische Partei, die einzige, die in der Lage ist, die vor uns liegenden großen Aufgaben zu erfüllen. Unser politischer Ansatz gründet auf Dialog und Konsens. Wir brauchen jetzt eine neue Generation politischer Architekten, die unsere Vision von Europa und unsere Vorstellung von der Bedeutung, Europäer zu sein, verwirklicht.
- 1008 Gemeinsame Erklärung der Europäischen Volkspartei und der EVP-ED Fraktion im Europäischen Parlament anlässlich des 50. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge, Berlin, 24. März 2007, (10).
- 1009 *Siehe* Kapitel 34.
- 1010 Hans-Gert Pöttering, „Die europäische Union: Werte – Politik – Wirtschaft“, Rede im Königlichen Universitätszentrums Maria Cristina, El Escorial, 4. Mai 2006.

- 1011 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 2004-2005, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 11. Januar 2005.
- 1012 Hans-Gert Pöttering, „Ansprache anlässlich der Präsentation der EVP-ED-Fraktion bei seiner Heiligkeit Papst Benedikt XVI.“, 30. März 2006, Vatikan.
- 1013 Hans-Gert Pöttering, „Die europäische Union: Werte – Politik – Wirtschaft“, Rede im Königlichen Universitätszentrums Maria Cristina, El Escorial, 4. Mai 2006.
- 1014 Ansprache von Papst Johannes Paul II. bei seinem Besuch im Europäischen Parlament, Europapalast – Straßburg (Frankreich), 11. Oktober 1988.
- 1015 EVP-ED-Fraktion, „Dialoge zwischen der Orthodoxen Kirche und der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament“, 2007, S. 11.
- 1016 Pöttering, Hans-Gert, „Mensch Religion Europa – Die Europäische Union – eine Wertegemeinschaft“, S. 9.
- 1017 Pressemitteilung vom 24. Juli 2008, „The EPP-ED Group in the European Parliament forges new links with Eastern European churches and political representatives“.
- 1018 Nassir Al-Assaf, Botschafter des Sudans und Doyen der arabischen Botschafter, Aicha Belarbi, Botschafter von Marokko, Abdulazeez Al-Sharikh, Botschafter von Kuwait, Soliman Awaad, Botschafter von Ägypten, Alia Bouran, Botschafter von Jordanien, Chawki Armali, palästinensischer Bevollmächtigter und Mohamed Zaaf, Direktor des Verbindungsbüros der Arabischen Liga in Brüssel.
- 1019 Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Sitzungsperiode 2001-2002, Ausführlicher Sitzungsbericht der Sitzung vom 24. Oktober 2001.
- 1020 Protokoll der Versammlung des Vorsitzes und der nationalen Delegationsleiter der EVP-ED-Fraktion, Réunion, 27.-30. Oktober 2003.
- 1021 „Der Einfluss von Robert Schumanns Visionen auf das heutige Europa“, Rede an der Andrassy Universität, Budapest, 30. Mai 2006.
- 1022 In „Meinungsfreiheit und Respekt gegenüber Glaubensbekenntnissen“, Rede vor dem Europäischen Parlament, Straßburg, 15. Februar 2006.
- 1023 Pöttering, Hans-Gert, „Die Rolle der Europäischen Union in der Welt – unsere transatlantische Verantwortung“, Rede an der Harvard University, Cambridge (USA), 10. Oktober 2006.
- 1024 Protokoll der gemeinsamen Konferenz zu Christentum und Islam, 26.-27. September 2002.
- 1025 *Der Weg zur Erweiterung Europas 1993-2003, a. a. O.*, S. 34.
- 1026 Protokoll des Präsidiums der EVP-ED-Fraktion, 13. März 2000.
- 1027 Protokoll des Präsidiums der EVP-ED-Fraktion, 14.-15. September 2000.
- 1028 Protokoll des Präsidiums der EVP-ED-Fraktion, 13. Dezember 2000.
- 1029 Protokoll des Präsidiums der EVP-ED-Fraktion, 4. Juli 2001.
- 1030 Protokoll des Präsidiums der EVP-ED-Fraktion, 5. Februar 2002.
- 1031 Jahrbuch der EVP-ED-Fraktion, 2002, S. 133.
- 1032 Jahrbuch der EVP-ED-Fraktion, 2003, S. 185.
- 1033 Siehe Website des EIN.
- 1034 Broschüre über die EIN-Sommeruniversität in Oxford, 2002, S. 1.
- 1035 Siehe Website des EIN.
- 1036 Mit ebenso vielfältigen Themen: Reform der öffentlichen Dienstleistungen, Wettbewerbsfähigkeit und Innovation, Wirtschafts-, Währungs- und Finanzpolitik, Globale sicherheitspolitische Herausforderungen, Demografischer Wandel und Zuwanderung, Globalisierung, Schaffung von Arbeitsplätzen in Europa, Europäische Governance, Terrorismus und innere Sicherheit, Energie- und Umweltpolitik, Die digitale Wirtschaft sowie Die geografischen Grenzen der Europäischen Union.
- 1037 Nachhaltige Landwirtschaft und Lebensmittelsicherheit.
- 1038 Broschüre über die Sommeruniversität Oxford, *a. a. O.*, 2002.
- 1039 Broschüre über die Sommeruniversität El Escorial, 2003.
- 1040 Broschüre über die Sommeruniversität Berlin, 2004
- 1041 Jahrbuch der EVP-ED-Fraktion, 2005, S. 127.
- 1042 Jahrbuch der EVP-ED-Fraktion, 2007, S. 154-155.
- 1043 *Bulletin de l'Agence Europe* vom 17. September 2008.

- 1044 Broschüre über die EIN-Sommeruniversität, 18.-20. September 2008, Fiuggi, Italien, EVP-ED-Fraktion, Oktober 2008.
- 1045 Arbeitsbericht, Juli 1984-Juli 1985, Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christlich-demokratische Fraktion), September 1985, S. 271.
- 1046 *a. a. O.*, S. 272.
- 1047 Vermerk von M. B. Scarascia Mugnozza über die Organisation der Besuche von G. Saridakis bei den christdemokratischen Fraktionen der nationalen Parlamente und den christdemokratischen Parteien, Brüssel, 19.3.1991.
- 1048 So am Vorabend des Europäischen Rates von Göteborg, während des Gipfeltreffens am 21. und 22. Mai 2001.
- 1049 Gipfeltreffen am 4. und 5. April 2002 zum Konvent über die Zukunft der Union und zur Erweiterung.
- 1050 Beispielsweise war das Gipfeltreffen vom 15. April 2008 dem Thema Freiheit, Sicherheit und Recht in Europa gewidmet.
- 1051 Pressemitteilung vom 13.10.2008, „9th Summit of the Chairmen of the EPP-ED Parliamentary Groups in the EU: cooperation is vital in times of economic and financial crisis“.
- 1052 Interview Agence Europe, 3.11.2008.
- 1053 Interview Agence Europe, 3.11.2008.
- 1054 Internes Protokoll der EVP-ED-Fraktion vom 18.2.2009, „EPP-ED Group, Presidency Visit to Moscow“.
- 1055 1919 wegen seines Beitrags zur Koordinierung der französisch-britischen Kriegsanstrengungen zum stellvertretenden Generalsekretär des Völkerbundes ernannt, zieht sich Jean Monnet 1923 aus dieser Organisation, die sich als unfähig erwiesen hatte, den Aufstieg des Faschismus aufzuhalten, zurück.
- 1056 „Denkschrift an die provisorische Regierung Frankreichs“, Jean Monnet, *Erinnerungen eines Europäers*, Carl Hanser Verlag München Wien, 1978.
- 1057 Protokoll der Sitzung des Präsidiums der Gemeinsamen Versammlung, 21. November 1953.
- 1058 AC/GDC/COR/1111/MM, Liste der Mitglieder der CD-Fraktion, Straßburg, 19. März 1958.



Zum Verfasser, Pascal Fontaine, Doktor der Politikwissenschaften (Universität Paris), war der letzte Assistent des europäischen Gründervaters Jean Monnet, mit dem er von 1974 bis 1979 zusammenarbeitete. Im Anschluss war er seit 1981 als Verwaltungsbeamter in der EVP-Fraktion, als Kabinettschef von Parlamentspräsident Pierre Pflimlin (1984-1987) und als stellvertretender Generalsekretär der EVP-Fraktion (1995-2008) tätig. Seither bekleidet er innerhalb der Fraktion das Amt des Sonderberaters.

Das Vorwort schrieb Hans-Gert Pöttering, der dem Europäischen Parlament seit 1979 angehört, von 1999 bis 2007 Vorsitzender der EVP-ED-Fraktion und von 2007 bis 2009 Präsident des Europäischen Parlaments war. Im Juni 2009 wurde er als Abgeordneter erneut in das Parlament gewählt.

Die Einführung stammt von Joseph Daul, der dem Europäischen Parlament seit 1999 angehört und seit 2007 EVP-Fraktionsvorsitzender ist. Im Juni 2009 wurde er erneut in dieses Amt gewählt.

Herzenssache Europa - Eine Zeitreise 1953-2009

Dieses Buch will Sie einladen, die Rolle zu erkunden, die eine der wichtigsten politischen Kräfte, die sich im Europäischen Parlament herausgebildet haben, in der Zeit von ihrer Konstituierung im Jahre 1953 bis zu ihrem überwältigenden Erfolg bei den Europawahlen im Juni 2009 gespielt hat.

Die Christlich-demokratische Fraktion, die später zur Fraktion der Europäischen Volkspartei wurde, vereinigt die große Mehrheit der politischen Parteien des Zentrums sowie der gemäßigten und konservativen Parteien im Europa der 27. Ihre politischen Positionen erlangten eine zunehmende Bedeutung für die Entscheidungsfindung innerhalb der Europäischen Union. Als Protagonistin der wichtigsten europäischen Ereignisse ist die EVP-Fraktion in erster Linie eine Vereinigung von Männern und Frauen, die durch einen gemeinsamen Wertekanon und ein gemeinsames Engagement für das europäische Einigungswerk miteinander verbunden sind.

Dieses Buch wurde mit Hilfe von bisher unveröffentlichtem Archivmaterial und von Interviews verfasst und kann all denjenigen als wertvolle Informationsquelle dienen, die mehr über die Geschichte des europäischen Aufbauwerks erfahren wollen.

Einbandgestaltung

Vincent Van Gogh, *Weizenfelder unter Gewitterwolken*,
1890, Bildausschnitt. © Van Gogh Museum, Amsterdam

ISBN 978-2-87386-609-9



9 782873 866099



Racine